

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MINISTERIUMS DES AUSSERN

ERSTER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

Jackson Library-UNCG
DB46 .A5 1930 c.1 v.1
Austro-Hunga / Österreich-Ungarns Aussenpoli NGUU



3 0510 0621049V S

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY



DB
46
A5
1930
v.1

*This book must
not be taken
from the building*

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
19.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908
BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

Σ Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium des
K. und K. Hauses und des Äusseren



ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG
1930

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
v. 1

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

1. BAND

13. MÄRZ 1908 BIS 26. FEBRUAR 1909

INHALT

	Seite
Vorwort	VII
I. Gründe und Vorgeschichte des Werkes	VII
II. Der Umfang	VIII
III. Die archivalischen Grundlagen	IX
IV. Die Auswahl	IX
V. Die Bearbeitung	XII
VI. Die Anordnung	XIV
VII. Die Überschriften (Titelregesten)	XVIII
VIII. Die Editionsgrundsätze	XXII
IX. Die Fußnoten	XXIV
Verzeichnis der Abkürzungen	XXVII
Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern 13. März 1908 bis 26. Februar 1909.....	I



Digitized by the Internet Archive
in 2025

VORWORT

I. Gründe und Vorgeschichte des Werkes.

Die diplomatischen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes aus der Vorkriegszeit liegen in einer monumentalen Ausgabe vor. Das entsprechende englische Aktenwerk ist schon weit vorgeschritten, die Veröffentlichung des französischen wurde bereits begonnen, die des italienischen steht in nächster Zeit in Aussicht. Zahlreiche Akten des russischen Ministeriums des Äußern sind bereits veröffentlicht worden, eine Gesamtausgabe ist bereits angekündigt. So fehlte in diesem Reigen gewaltiger Aktenwerke von allen am Weltkriege beteiligten europäischen Großmächten nur Österreich-Ungarn. Denn die bisherigen Ausgaben der Akten und Urkunden des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern^{a)} umfassen, so wertvolle Dienste sie der Forschung auch geleistet haben, nur zeitlich und sachlich beschränkte Gebiete. Es erschien daher als eine Ehrenpflicht der österreichischen Historiker diese Lücke zu schließen, eine Pflicht, an die sie in zahlreichen in- und ausländischen Veröffentlichungen immer wieder erinnert wurden.

Außerdem waren noch folgende schwerwiegende Umstände zu berücksichtigen. Sofort nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns hatte man den Vertretern einiger Nachbarstaaten^{b)} den freien Zutritt zu den Archiven des Wiener Auswärtigen Amtes (damit also die freie ungehinderte Einsicht in die Akten und Fundbehelfe) sowie das Entlehnungsrecht zugestehen müssen. Von diesem Zugeständnis, das späterhin in eigenen Archivverträgen festgelegt wurde, haben diese Staaten ausgiebigen Gebrauch gemacht und sind auf diese Weise in den Besitz von Abschriften zahlreicher diplomatischer Akten der alten Monarchie, auch aus der für die Vorgeschichte des Krieges wesentlich in Betracht kommenden Zeit, gelangt. Die genannten Archivverträge stellen diese Bestände zwar unter den Schutz des Amtsgeheimnisses und untersagen die schriftstellerische Verwertung. Dennoch verraten mehrere seither im Ausland erschienene Veröffentlichungen unleugbar die Verwertung der Wiener Archive. Überdies endet die Schutzfrist bei einigen Staaten schon mit dem Jahre 1930.

Angesichts dieser Tatsachen konnte mit der Inangriffnahme einer planmäßigen Veröffentlichung der Vorkriegsakten des Wiener Kabinetts nicht mehr gezögert werden.

^{a)} Vgl. unten S. XXVII die im Verzeichnis der Abkürzungen angeführten einschlägigen Veröffentlichungen.

^{b)} L. Bittner, Die zwischenstaatlichen Verhandlungen über das Schicksal der österreichischen Archive nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns in: Archiv für Politik und Geschichte III 58 ff., 81 ff. Vgl. auch unten S. XII, XIV.

Ein derartiges Unternehmen konnte nicht von privater Seite ausgehen, sondern nur von einer amtlichen Körperschaft. Andererseits mußte es eine Körperschaft sein, die sich in voller wissenschaftlicher Freiheit bewegen konnte. Beide Eigenschaften vereinigt die seit 1897 bestehende Kommission für neuere Geschichte Österreichs. Es ist das hohe Verdienst des Obmannes des Geschäftsausschusses dieser Kommission Emil Ottenthal, daß er die Bedeutung und die Dringlichkeit des Unternehmens voll erfaßte und sich daher auf eine Anregung der beiden Bearbeiter hin im Frühsommer des Jahres 1926 für die Übernahme des Werkes durch die Kommission entschied. Dank der unermüdlichen und einsichtsvollen Förderung durch Oswald Redlich, der nach dem Rücktritt Emil Ottenthals die Leitung der Geschäfte der Kommission übernahm, konnte das Unternehmen im Oktober 1926 organisatorisch und rechtlich begründet und in der Folge ungestört fortgeführt und beendet werden. Der Präsident des Österreichischen Bundesverlages für Unterricht, Wissenschaft und Kunst August Wotawa und dessen Vizepräsident Franz Drexler ferner die Gruppenleiter Karl und Leopold Drexler haben durch die Übernahme des Verlags und unausgesetzte tatkräftige Unterstützung einen wertvollen Anteil an dem Zustandekommen des Werkes. Über alles Lob erhaben ist die Leistung der Österreichischen Staatsdruckerei und ihrer Organe, insbesondere des Direktors Johann Tschander und des Gruppenleiters Josef Müller, die die Drucklegung des großen Werkes in wenigen Monaten ermöglichten. Der Einband wurde von Franz Retzl entworfen.

II. Der Umfang.

Die Beschränktheit der Geldmittel, die Dringlichkeit der Fertigstellung und die Rücksicht auf die buchhändlerische Absatzmöglichkeit bestimmten die Kommission für neuere Geschichte Österreichs im Einvernehmen mit dem Verleger von vornherein einen bestimmten Umfang festzusetzen. Das Werk sollte nicht mehr als acht mittelstarke Bände umfassen. Man beschloß daher, sich nur auf die letzten allerwichtigsten Jahre vor Kriegsausbruch zu beschränken: Auf die Jahre seit der bosnischen Krise. Es wurde jedoch nicht erst mit der Erklärung der Annexion Bosniens und der Herzegowina vom 5. Oktober 1908 begonnen, sondern es wurden auch alle Schriftstücke, die mit der unmittelbaren diplomatischen Vorbereitung dieses Willensaktes zusammenhingen, aufgenommen. Die Aktenstücke über die interne Vorbereitung der Annexion sowie über andere auswärtige Verhandlungen, die noch in ihren Ausläufern in die Zeit nach der Annexion hineinspielen (z. B. die mazedonischen Reformen), wurden weggelassen. Als zeitlicher Endpunkt des Werkes wurde der Tag des Bekanntwerdens der allgemeinen russischen Mobilisierung, das ist der 31. Juli 1914, gewählt, der die verhängnisvolle Entscheidung für den Ausbruch des Krieges brachte. Die Aufnahme der Verhandlungen mit den einzelnen, später kriegführenden Staaten bis zur jeweiligen Kriegserklärung hätte den Rahmen der Veröffentlichung gesprengt, ohne die eigentliche Aufgabe des Werkes, die Aufklärung über die Vorgeschichte des Krieges, wesentlich zu fördern.

III. Die archivalischen Grundlagen.

Die archivalische Grundlage des Werkes bildet die Registratur der politischen Sektion des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, Politisches Archiv genannt. Dieses wird im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien verwahrt und ist, von einigen übrigens nicht umfangreichen Auslieferungen an einzelne Nachbarstaaten^{a)} abgesehen, im ganzen und großen wohl erhalten.^{b)} Es umfaßt den gesamten Schriftenwechsel des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern in politischen Angelegenheiten teils nach territorialen Gesichtspunkten, teils nach bestimmten Gegenständen angeordnet.^{c)} Demnach finden sich Korrespondenzen mit einer bestimmten Mission, mit einer bestimmten Behörde sowohl in der betreffenden territorialen Abteilung als auch in den Sachabteilungen.

Alle diese Abteilungen des Politischen Archivs, darunter die gesondert verwahrten Geheimakten, ferner die dem Politischen Archiv angegliederten Akten des Kabinetts (Sekretariats) des Ministers und die Protokolle des gemeinsamen Ministerrats^{d)} wurden verwertet. Es wurden ferner auch herangezogen: die Registraturen der Kanzlei der Delegationen,^{e)} des Pressedepartements und der verschiedenen administrativen und handelspolitischen Abteilungen des Ministeriums des Äußern sowie die Registraturen der auswärtigen Vertretungen, deren politischer Teil allerdings für die in Betracht kommende Zeit vielfach nur mehr sehr unvollständig vorliegt,^{f)} und endlich auch die Registratur der Kabinettskanzlei des Kaisers und Königs Franz Josef I.

Andere österreichische und österreichisch-ungarische Archive und Registraturen wurden nicht verwertet.^{g)}

IV. Die Auswahl.

Der Anteil der vier mit der Auswahl betrauten Historiker an der Durchforschung der archivalischen Bestände ist folgender.^{h)} Hans Uebersberger,

^{a)} L. Bittner, a. a. O. S. 90.

^{b)} Allerdings finden sich Lücken, besonders in der persönlichen Korrespondenz der Minister und der Beamten des Ministeriums, was dadurch zu erklären ist, daß viele dieser Korrespondenzen nicht amtlich behandelt und von dem betreffenden Beamten an sich genommen wurden. So ist z. B. der vorhandene Briefwechsel mit dem Erzherzog Franz Ferdinand auffallend dürftig. Auch fehlen viele Briefe, die zwischen dem Generalstabschef Franz Conrad Freiherrn von Hötzendorf und den Ministern des Äußern gewechselt und von Conrad in seinem Werke „Aus meiner Dienstzeit“, 5 Bände, Wien 1922 ff., angeführt wurden.

^{c)} Diese Sachabteilungen sind meist an die verwandten territorialen Abteilungen angeschlossen, so z. B. die umfangreichen Abteilungen „Annexionskriese“, „Tripolis Krieg“, „Balkankriege“ an die Abteilung „Türkei“, „Marokkokrise“ an die Abteilung „Marokko“ usw. Vgl. unten Anm. h.

^{d)} Dieser setzte sich in der Regel aus den den beiden Staaten der Monarchie gemeinsamen Ministern des Äußern, des Krieges und der Finanzen sowie den Ministerpräsidenten der beiden Staaten zusammen.

^{e)} So hießen die zur Beratung der „gemeinsamen“ und damit also auch der auswärtigen Angelegenheiten abgeordneten Ausschüsse des österreichischen Reichsrates und des ungarischen Reichstages.

^{f)} Vgl. unten S. XVI, XXIII Anm. c, XXIV.

^{g)} Zahlreiche Akten der militärischen Stellen sind übrigens in dem oben Anm. b angegebenen Werk des Freiherrn von Conrad wiedergegeben.

^{h)} Die Aufteilung erfolgte nach territorialen Gesichtspunkten. Jeder Mitarbeiter übernahm jedoch auch die den territorialen Abteilungen angeschlossenen Sachabteilungen. Vgl. oben Anm. c.

der die osteuropäischen Abteilungen und damit, entsprechend der Richtung der österreichisch-ungarischen Politik seit 1908, den größeren Teil der auszuwählenden Bestände übernahm, erledigte den Großteil der Geheimakten, die Sammelfaszikel über den Kriegsausbruch 1914, die Abteilungen: Rußland, Türkei (samt den umfangreichen Betreffabteilungen über die Annexionskrise, den Tripoliskrieg, die Balkankriege usw.), Albanien, Bulgarien, Montenegro, Serbien, Balkankonsulate und Ministerratsprotokolle, einen Teil der Registraturen der auswärtigen Vertretungen und einige kleinere Abteilungen; Alfred Francis Pribram die Abteilungen: Deutsches Reich, England, Frankreich, Italien, Griechenland, Rumänien, Marokko, Vereinigte Staaten von Amerika sowie einige kleinere Abteilungen; Heinrich Srbik sämtliche übrigen europäischen und außereuropäischen Staaten, den Schriftenwechsel mit dem Kaiser und König und mit den österreichischen, österreichisch-ungarischen und ungarischen Behörden sowie den größten Teil der internen Akten des politischen Archivs, die Akten des Kabinetts (Sekretariats) des Ministers und die Registratur der Delegationskanzlei; Ludwig Bittner den Rest der Geheimakten und der internen Akten des politischen Archivs, die Registraturen des Pressedepartements und der Kabinettskanzlei des Kaisers und Königs, die Nachprüfung nach den Registern und die Nachlese in den administrativen und handelspolitischen Schriftbeständen des Ministeriums des Äußern. Ihm oblag auch die Organisierung der mit der Veröffentlichung verbundenen Arbeiten.

Bei der Auswahl der Schriftstücke wurde nach folgenden Gesichtspunkten vorgegangen. Wie schon bemerkt, wurden für die Zeit vor dem 5. Oktober 1908 nur jene Schriftstücke ausgewählt, die mit der diplomatischen Vorbereitung der Annexion Bosniens und der Herzegowina in Zusammenhang standen. Die Auswahl setzte demnach erst mit dem 5. Oktober 1908 in vollem Umfang ein. Sie mußte jedoch auch für die Folgezeit eine sehr sorgfältige sein, um den Umfang des Werkes in den vorgesteckten Grenzen zu halten. Denn der nach den Beschlüssen der Kommission in Betracht kommende Aktenstoff hatte immer noch einen Umfang von mehreren hunderttausend Blättern, aus denen nun eine Auswahl für ein Werk von bloß mehreren tausend Druckseiten getroffen werden mußte. Deswegen wurden von der Kommission für neuere Geschichte und den Mitarbeitern in gemeinsamer Beratung gewisse Richtlinien für die Auswahl aufgestellt. Natürlich konnten diese Richtlinien nicht starre, unbewegliche Anweisungen bieten, sondern es mußte in jedem einzelnen Fall der Beurteilung des Auswählenden nach seiner Kenntnis der geschichtlichen und aktenmäßigen Zusammenhänge und der Literatur überlassen werden, wie weit er zu gehen hatte.^{a)}

Der großen Politik im eigentlichen Sinne, also den wichtigen diplomatischen Aktionen, wurde der unbedingte Vorzug vor allen anderen Fragen der auswärtigen Politik gegeben. Damit ergab sich eine fast völlige Ausscheidung aller Verhandlungen über rechts- und wirtschaftspolitische, kulturelle, staatspolizeiliche und administrative Fragen, die nur soweit berücksichtigt wurden, als sie von hochpolitischen nicht zu trennen waren,

^{a)} Vgl. auch unten S. XIII, XXIV.

wie dies z. B. bei vielen Aktenstücken über die großserbische Bewegung der Fall ist. Diese selbst war einer der wichtigsten, am Ausbruch des Weltkrieges mitwirkenden Faktoren, während z. B. den anderen Nationalitätenbewegungen doch nicht dieselbe unmittelbare Bedeutung zukam, so daß eine annähernd gleiche Heranziehung nicht stattfinden konnte. Unter den die große Politik behandelnden Schriftstücken wurden wieder jene bevorzugt, in denen ein tätiges Eingreifen und eine bestimmte Stellungnahme Österreich-Ungarns zum Ausdruck kommt. Denn der Zweck der Veröffentlichung ist es ja, in erster Linie die österreichisch-ungarische Außenpolitik zu schildern. Die Schriftstücke, die rein erzählend die Beziehungen zwischen dritten Staaten oder innere Vorgänge in anderen Staaten u. dgl. schildern, fanden vielfach, auch wenn sie inhaltlich noch so bedeutsam waren, eine geringere Berücksichtigung. Damit ist schon gegeben, daß die von Wien ausgehenden Stücke, die schriftlichen oder drahtlichen Weisungen stärker herangezogen wurden als die einlaufenden Berichte.

Eine weitere Einschränkung ergab der Grundsatz, vor allem solche Stücke zu bringen, die bisher Unbekanntes bieten, dagegen Stücke, deren Inhalt auch anderweitig festgestellt werden konnte, auszuschneiden. Deshalb wurden Berichte über Presseäußerungen, über Reden in Parlamenten u. dgl. nur selten verwertet. Allerdings sind wir in dieser Hinsicht nicht so weit gegangen, alle Stücke, die anderwärts gedruckt vorlagen, auszuschneiden. Da wir großes Gewicht auf die möglichst lückenlose Wiedergabe der zu einer bestimmten Verhandlung gehörigen Stücke legten,^{a)} haben wir mitunter auch derartige Akten aufgenommen. Es wurden daher nicht nur die in den österreichisch-ungarischen Rotbüchern^{b)} meist unvollständig abgedruckten Stücke nochmals veröffentlicht, sondern auch die im Rotbuch der Republik Österreich von 1919^{c)} in ihrem vollen Wortlaut gebrachten.^{d)}

Weitere Ausscheidungsmöglichkeiten ergab der Grundsatz, vornehmlich nur diplomatische Akten im engeren Sinne, also den schriftlichen Niederschlag des Verkehrs des Ministers des Äußern mit den eigenen und fremden diplomatischen Vertretungen aufzunehmen. Der Schriftenwechsel mit den österreichischen, österreichisch-ungarischen und ungarischen Behörden wurde daher nur in besonderen Fällen ausgewählt. Dagegen wurden die in großer Zahl vorhandenen Privatbriefe und sonstigen internen Aufzeichnungen ausgiebig berücksichtigt, Konfidentenberichte^{e)} jedoch einer strengen Sichtung unterzogen.

a) Vgl. unten S. XII.

b) Unten S. XXVII Verzeichnis der Abkürzungen: unter Oe. U.

c) Ebenda unter Oe.

d) Dieses Rotbuch hatte nur die Bestimmung, Nachträge und Ergänzungen zum österreichisch-ungarischen Rotbuch über die Vorgeschichte des Krieges 1914 zu bringen und war daher an den Rahmen des letzteren gebunden. Es ergaben sich daher noch zahlreiche Ergänzungen. Die Weglassung der im österreichischen Rotbuch von 1919 veröffentlichten Stücke in unserem Werke hätte um so mehr als Lücke empfunden werden müssen, als dieses Rotbuch heute nur mehr schwer erhältlich ist. Vgl. übrigens unten S. XXVI.

e) Berichte von Vertrauensleuten in den auswärtigen Staaten, deren Namen geheim gehalten und auch in den Akten nicht genannt wurden.

Wir sind übrigens bei der Auswahl, je näher wir zeitlich dem Kriegsausbruch kamen, immer weitherziger vorgegangen.^{a)} Für die Zeit von der Mordtat von Sarajevo bis zum Kriegsausbruch kamen fast alle oben geschilderten Beschränkungen in Wegfall. Für diese Zeit wurde sozusagen alles aufgenommen, was an politischen Schriftstücken vorhanden war.

Eines kann jedenfalls für die gesamte Auswahl Tätigkeit festgestellt werden. Sie ist nach bestem Wissen und Gewissen in voller Unparteilichkeit nur nach streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die wissenschaftliche Stellung der Kommission für neuere Geschichte Oesterreichs und der mit der Auswahl betrauten Personen schloß jede andere Behandlungsweise aus. Unser Werk beansprucht daher denselben Grad von Glaubwürdigkeit wie die entsprechenden Aktenwerke für die anderen am Kriege beteiligten Großmächte, deren Urheber und Herausgeber sich zu denselben Grundsätzen bekannt haben. Die besonderen österreichischen Verhältnisse bieten noch eine weitere Bürgschaft: Eine parteiische Auswahl, die Schonung bestimmter Mächtigkeitsgruppen, einzelner Staaten und Personen wäre den Bearbeitern schon deshalb nicht möglich gewesen, weil mehrere der Nachbarstaaten zahlreiche Bestände der in Betracht kommenden Archive entlehnt und hievon Abschriften in einem unsererseits im einzelnen nicht feststellbaren, jedenfalls aber sehr großem Ausmaße hatten anfertigen lassen.^{b)} Übrigens wurde die Vorbereitung der Veröffentlichung auch streng vertraulich durchgeführt,^{c)} damit die Mitarbeiter vollkommen unbeeinflusst ihres Amtes walten konnten.

V. Die Bearbeitung.

Diese wurde von Ludwig Bittner und Hans Uebersberger allein durchgeführt, weil Alfred Francis Pribram und Heinrich Srbik durch andere dringende wissenschaftliche Verpflichtungen an der weiteren Teilnahme verhindert waren. Die Bearbeitung selbst bestand in der Leitung der Abschriftnahme, in der Herstellung des druckfertigen Textes, in der Verfassung der Titelregesten und der Fußnoten und vor allem in einer mehrfachen Überarbeitung zwecks Herstellung möglichst weitgehender innerer Geschlossenheit unter Anpassung an die notwendige räumliche Beschränkung. Wir waren daher bestrebt, alle Verhandlungen, zu deren Aufnahme wir uns entschlossen hatten, möglichst lückenlos zu bringen und vor allem die in den einzelnen Schriftstücken zitierten oder auch nur angedeuteten Stücke, soweit sie nicht ohnehin schon zur Auswahl gelangt waren, noch heranzuziehen.^{d)} Dadurch ergab sich fast eine zweite Durcharbeitung der Originalbestände, da tausende der zitierten Einzelakten, oft aus den entlegensten Abteilungen, nun unter neuer Beleuchtung abermals zur Prüfung kamen. Andererseits mußten wir

a) Die Akten für fast vier Jahre — von der bosnischen Krise bis zum Ausbruch des Balkankrieges — umfassen ungefähr 4000, jene für die restlichen zwanzig Monate 7200 Nummern.

b) Oben S. VII.

c) Vgl. unten S. XIV.

d) Vgl. oben S. XI Anm. a.

bestrebt sein, durch energische Beseitigung aller Wiederholungen und unwesentlich erscheinenden Stücke eine Überschreitung des uns bewilligten Umfangs zu verhüten.

Es würde zu weit führen, im einzelnen zu schildern, wie auf diese Weise das Werk in seiner endgültigen Gestalt erwuchs. Der Stoff wurde dreimal durchgearbeitet. Bei der ersten Bearbeitung blieben die angefertigten Abschriften der ursprünglich ausgewählten Stücke zunächst in der Anordnung der Originalbestände gelagert. In dieser Anordnung wurden sie einer nochmaligen Überprüfung an der Hand der Originalfaszikel unterzogen, an welcher Arbeit für einen Teil der Aktenstücke über die bosnische Krise noch A. F. Pribram teilnahm, der auch für einen großen Teil der anderen Abschriften ein vorläufiges Gutachten über die Eignung zur Aufnahme abgab. Sodann wurden die abgeschriebenen Stücke nach den Behörden und Personen gelagert, mit denen der Minister des Äußern Schriften gewechselt hatte. So entstanden durchlaufende Reihen von Korrespondenzen mit den österreichisch-ungarischen Vertretungen im Auslande und den entsprechenden fremden Vertretungen sowie mit den inländischen Stellen. Danach lag z. B. die gesamte ausgewählte Korrespondenz mit der Botschaft in Paris und mit dem französischen Botschafter in Wien von 1908 bis zum 31. Juli 1914 in einer einheitlichen Reihe vereinigt vor. Diese Lagerung ermöglichte die Prüfung des ganzen Stoffes nach territorialen Gesichtspunkten, die Erfassung der Zusammenhänge in einem kleinen Kreis und damit eine weitere Ausfüllung von Lücken, eine neuerliche Ausmerzung von Wiederholungen und unwesentlichen Stücken. Sie ermöglichte auch die Nachprüfung an der Hand der nach territorialen Gesichtspunkten geführten amtlichen Register, eine bequeme Kontrolle der Datierungen und Geschäftszahlen. Sodann wurden alle Abschriften in die endgültige chronologische Reihe gebracht und in dieser Lagerung einer nochmaligen Lesung unterzogen. So ergab sich eine Sichtung des gesamten Stoffes nach drei Gesichtspunkten: 1. Nach Verhandlungen in der Originallagerung, also vornehmlich nach dem Gegenstand, 2. nach den territorialen, 3. nach den zeitlichen Zusammenhängen. Dadurch hoffen die beiden Bearbeiter ihrem Ziel, der Erreichung möglichst weitgehender innerer Geschlossenheit und Ausscheidung alles unwesentlichen Beiwerks, soweit nahegekommen zu sein, als dies bei einer derartigen Ausgabe möglich ist, die mit den vorliegenden Aktenstücken als gegebenen Größen zu tun hat.

Außerdem haben die Verfasser versucht, nach Möglichkeit alles vorhandene Material zur Lösung der in der Literatur behandelten oder sonst auftauchenden Einzelfragen beizubringen. Wenn solche Lösungen manchmal nur unvollkommen gelangen, so ist eben die Mangelhaftigkeit der Überlieferung daran schuld.

Diese drei Lesungen sowie die Verfolgung der Einzelfragen haben die beiden Bearbeiter in gemeinsamer Arbeit durchgeführt. Ein bestimmter Anteil jedes von ihnen wäre im einzelnen schwer abzugrenzen. Bei der letzten Lesung hat Ludwig Bittner besonders die Zeit vom Beginn des Werkes bis zum 30. August 1912 und vom 28. Juni bis zum 31. Juli 1914, Hans Uebersberger vornehmlich die Zeit vom 1. September 1912 bis zum 27. Juni 1914 bearbeitet.

Die Durchforschung der Originalfaszikel und Register, die Herstellung und Überprüfung der Abschriften und alle weiteren editionstechnischen Arbeiten wurden ausschließlich mit Unterstützung des Beamtenkörpers des Haus-, Hof- und Staatsarchivs durchgeführt. Sie erforderten eine wohl-durchdachte Organisation. Denn zu den natürlichen Schwierigkeiten so ausgedehnter Aktenarbeiten trat noch die Notwendigkeit der vertraulichen Behandlung und die Verpflichtung, die archivalischen Bestände ständig zur Benützung durch die Delegierten der Nachbarstaaten bereitzuhalten, denen der jederzeitige freie Zutritt zu den Archivräumen vertragsmäßig zugesichert ist.^{a)} Es gereicht dem Beamtenkörper des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, an dessen Spitze dem Vizedirektor Lothar Groß, sicherlich zur Ehre, daß all dies in den dienstfreien Stunden ohne jegliche Störung der sonstigen wissenschaftlichen und amtlichen Arbeiten der Anstalt geleistet werden konnte. Um die Organisation und Durchführung dieser Arbeiten hat sich Josef K. Mayr hervorragend verdient gemacht. Dieser wie auch Fritz Antonius, Fritz Reinöhl und Otto Brunner haben die vier Mitarbeiter bei der Auswahl unterstützt und nebst Oskar Schmid, Paul Kletler und Rudolf Wiedermayer die Herstellung der druckfertigen Texte besorgt. Fritz Reinöhl hat außerdem die Anfertigung, Verteilung und Einordnung der Abschriften überwacht, sowie zeitweilig unterstützt durch Franz Huter das Personenregister bearbeitet und fast gleichzeitig mit dem Abdruck der Texte fertiggestellt. Die durch langjährige Tätigkeit im Politischen Archiv des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern gewonnenen Erfahrungen Rudolf Wiedermayers sind dem Werke vielfach zugute gekommen, vor allem bei der Aufsuchung von Einzelstücken und bei der Bestimmung der vorkommenden Handschriften. An der Lesung der Korrekturen^{b)} haben sich alle Genannten sowie Rolf Wolkan, Walther Latzke, Franz Huter und Wilhelm Kraus beteiligt. Die Abschriften wurden durchwegs von Beamten des Archivs (Franz Pfandler, Philippine Wirth, Viktor Marek und Renate Dollhopf) pünktlich und genau hergestellt. Die mehrfach notwendigen Reihungen und Zählungen der Abschriften sowie deren Numerierung hat Robert Schramm in verlässlicher Weise besorgt.

VI. Die Anordnung.

Wir haben uns nach reiflicher Überlegung für die chronologische Anordnung entschieden. Maßgebend war hiefür neben vielen anderen Erwägungen die Tatsache, daß der überwiegende Teil der Aktenstücke gemäß dem Charakter der österreichisch-ungarischen Außenpolitik mit den Orientfragen zusammenhängt, welche daher bei einer Anordnung nach Gegenständen einen unverhältnismäßig großen Raum eingenommen hätten.

Das im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern bei den politischen Akten übliche Datierungsverfahren erheischte ferner die Anordnung der Aktenstücke nach dem Ausstellungsdatum, genauer gesagt nach dem Datum, das die Schriftstücke in der Datierungsformel des Textes

a) Vgl. oben S. VII.

b) Vgl. oben S. VIII.

tragen (z. B. Berlin, den 9. Juli 1913). Dieses Datum erscheint auch in den amtlichen Registern eingetragen und ist bestimmend für die Reihenfolge der Geschäftszahlen. Nach ihm und nach den Geschäftszahlen werden die Aktenstücke auch in den Folgestücken desselben Ausstellers zitiert.^{a)} Die Anordnung nach diesem Datum ist demnach die einfachste und übersichtlichste und erleichtert die Auffindung der einzelnen zitierten Aktenstücke. Eine Anordnung auf Grund der Kanzleivermerke über die Absendung und den Eingang, die in anderen ähnlichen Veröffentlichungen die Handhabe für eine gleichmäßige Reihung bieten, war nicht durchführbar, denn diese Vermerke erschienen nicht auf allen Aktenstücken gleichmäßig angebracht.

Was die Kanzleivermerke über das Absendungsdatum betrifft, so finden wir wohl auf den einlangenden Chiffretelegrammen der auswärtigen Vertretungen Tag, Stunde und Minute der Absendung vermerkt. Dagegen fehlen derartige genaue Vermerke bei den schriftlichen Berichten dieser Vertretungen und bei den Erlässen an sie fast immer. In der Regel stellen die Angaben der Datierungsformel dieser Berichte und Erlässe gemäß der im Ministerium des Äußern bei den politischen Akten herrschenden Übung auch das Absendungsdatum dar. Sie bringen jedoch nur den Tag, nicht aber Stunde und Minute der Absendung. Ebenso verhält es sich bei den Tagesberichten, bei denen meist der Tag, nicht aber Stunde und Minute der Ausfertigung zu ermitteln ist.^{b)} Bei den Konzepten der ausgehenden Chiffretelegramme fehlen Vermerke über die wirkliche Abgangszeit fast immer. Es finden sich hier nur Vermerke über den Zeitpunkt der Vollendung der Chiffrierung („chiffriert“ mit Angabe von Tag, Stunde und Minute).^{c)} Nach Vollendung der Chiffrierung wurden die Telegramme nicht immer sofort auf dem Telegraphenamt aufgegeben, sondern oft erst nach mehreren Stunden. So kam

^{a)} Bei allen schriftlichen Erledigungen (Berichten, Noten, Erlässen, Tagesberichten u. dgl.) bezeichnet dieses Datum tatsächlich den Tag der Ausfertigung. Es war bei den politischen Akten üblich, Reinschrift, Unterschrift und Absendung an einem und demselben Tag durchzuführen. Bei den Konzepten der Chiffretelegramme gibt die Datierungsformel genau genommen nicht das Datum der Ausfertigung, sondern das Datum der Übergabe zur Chiffrierung (Übertragung in Geheimschrift) wieder. Das Stadium der Ausfertigung besteht hier eigentlich in der Vollendung der Chiffrierung. Da jedoch auch die Chiffretelegramme nach dem Datum der Datierungsformeln in den Registern eingetragen, mit den Geschäftszahlen versehen und in den späteren Folgestücken des Ausstellers zitiert werden, so mussten auch sie in derselben Weise gereiht werden. Die Daten der Chiffrierung wurden selbstverständlich ebenfalls bei jedem Stück angegeben. Übrigens erfolgte die Chiffrierung bei der überwiegenden Mehrzahl der Stücke an dem in der Datierungsformel angegebenen Tage.

^{b)} Bei der Datierung der Tagesberichte und sonstigen ähnlichen Aufzeichnungen über Unterredungen ging man nicht gleichmäßig vor. Bald finden wir das Datum der Unterredung allein, bald das Datum der Aufzeichnung allein, bald beide Daten zugleich angegeben. Im ersten Fall wurde die Aufzeichnung unter dem Datum der Unterredung, in den beiden anderen Fällen unter dem Datum der Aufzeichnung eingereiht. War auch das Datum der Unterredung bekannt, dann wurde unter diesem ein Verweis angebracht.

^{c)} Wir haben diese Vermerke, wo sie sich fanden, in den Titelregesten (unten S. XXI) wiedergegeben. Sie sind übrigens oft nicht ganz verlässlich. In Zeiten, in denen sich die Abfertigungen so stark häuften, daß das Chiffredepartement seiner Aufgabe nur mit größter Mühe nachkommen konnte, hat man oft fiktive, frühere Daten angegeben, um Beschwerden der drängenden Referenten vorzubeugen.

es, daß in den späten Abendstunden chiffrierte Telegramme des Ministeriums des Äußern erst am nächsten Tag aufgegeben wurden, im Telegraphenamt das Datum dieses nächsten Tages erhielten und in den darauf eingehenden Antworten der Vertretungen im Ausland mit diesem letzteren Datum zitiert wurden.^{a)} Diese Daten der wirklichen Absendung wurden jedoch in den Konzepten und Registern fast niemals vermerkt. Sie hätten sich nur aus den Registraturen der österreichisch-ungarischen Vertretungen im Ausland oder der sonstigen empfangenden Stellen ermitteln lassen, was in vielen Fällen gar nicht möglich gewesen wäre, da diese Registraturen teils nur unvollständig erhalten, teils nicht zugänglich waren.

Bei den Vermerken über die Eingangsdaten können wir ähnliche Beobachtungen machen. Tag, Stunde und Minute des Einlangens wurden zwar auf den einlaufenden Telegrammen regelmäßig amtlich vermerkt, nicht aber auf den Berichten, Privatschreiben und Noten, auf denen meist — auch nicht immer — wohl der Tag, niemals aber Stunde und Minute des Einlangens eingetragen erscheint.^{b)}

Sowohl bei der Anordnung nach den Abgangsvermerken als auch bei der nach den Eingangsvermerken wäre es nicht möglich gewesen, die genaue Vermerke tragenden Stücke (mit Angabe von Tag, Stunde und Minute) in die mit unvollkommenen Vermerken versehenen Stücke (nur mit Tag oder auch mit diesem nicht) einzureihen.^{c)} Es war also nur die Anordnung nach dem Ausstellungsdatum allgemein und gleichmäßig durchführbar.

Mit dieser Entscheidung waren jedoch noch nicht alle Schwierigkeiten behoben. Es entstand ferner auch die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die oft sehr zahlreichen Aktenstücke gleichen Ausstellungsdatums geordnet werden sollten. Eine zeitliche Anordnung war auch hier nicht möglich, da die Angaben der Datierungszeilen immer nur den Tag, niemals aber Stunde und

^{a)} Vgl. unten S. XVIII, XX Anm. g, XXV. Dagegen werden die einlangenden Telegramme der Vertretungen im Ausland in den Antworten des Ministeriums nicht mit ihrem Absendungsdatum, sondern mit ihrem Ausstellungsdatum zitiert. Vgl. z. B. die Aktenstücke n. 8832, 8863, 8875. Auch die Vertreter im Ausland zitieren ihre eigenen Telegramme vielfach nach dem Ausstellungs- und nicht nach dem Absendungsdatum. Vgl. z. B. n. 8186, 8215, 8223, 8293.

^{b)} Wir haben die Eingangsdaten, wo sie sich ermitteln ließen, in den Titelregistern (unten S. XXI) angeführt. Ihre Kenntnis ist für die Erfassung der geschichtlichen Vorgänge gewiß oft von großem Wert, weil sie den terminus a quo bieten, von dem an eine Nachricht auf die Entscheidungen des Ministers einwirken konnte. Aber auch hier muß man Vorsicht walten lassen. Es war in Wirklichkeit durchaus nicht so, daß die Aktenstücke immer in der zeitlichen Folge des Eintreffens zur Kenntnis des Ministers oder der Referenten gelangten. Die Chiffretelegramme kamen oft in grossen Paketen vom Telegraphenamt in das Chiffredepartement. Man hat den Eindruck, daß viele Eingangsvermerke nicht den Zeitpunkt des Einlangens beim Telegraphenamt, sondern oft sehr summarisch den des Einlangens beim Chiffredepartement wiedergeben. Nach Einlangen wurden die Telegramme zur Entzifferung ausgeteilt. Je nach der Schwierigkeit des Stückes oder nach der Geschicklichkeit des Entziffernden wurde man früher oder später damit fertig. Da konnte es leicht vorkommen, daß ein später eingelaufenes Stück früher zur Bearbeitung gelangte als ein früher eingetroffenes. Dieselben Verschiebungen konnten auch im Zuge der Bearbeitung durch die Referenten erfolgen.

^{c)} Bei Zirkulartelegrammen kam es sogar vor, daß die einzelnen Erledigungen verschiedene Chiffrierungsvermerke trugen. Z. B. n. 8854.

Minute vermerken. Eine Anordnung nach sachlichen Gesichtspunkten hätte sich nur bei einer ganz geringen Zahl solcher Stücke desselben Ausstellungstages durchführen lassen. Wir entschlossen uns daher zur Reihung nach einem starren, immer gleichmäßig durchführbaren Schema. Maßgebend für die Aufstellung des Schemas war die Erwägung, daß der weitaus größte Teil der abgedruckten Aktenstücke aus dem Schriftenwechsel des Ministeriums des Äußern mit den Vertretungen im Ausland besteht und wir uns der Kürze und Deutlichkeit halber entschlossen hatten, diesen Schriftenwechsel in den Titelregistern nach den Missionssitzen zu bezeichnen.^{a)} Demnach wurden alle Schriftstücke gleichen Ausstellungsdatums nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Missionssitze (Athen, Belgrad, Berlin, Cetinje usw.) angeordnet. Rund(Zirkular)telegramme und -erlässe an mehrere Missionen wurden unter der ersten in dem betreffenden Stücke genannten Mission eingereiht. Für die anderen Missionen wurden Verweise angebracht.

In jede der so entstandenen territorialen Untergruppen wurden auch alle anderen Aktenstücke gleicher territorialer Zugehörigkeit eingefügt. Die Korrespondenzen mit dem griechischen Gesandten sind daher unter Athen, die mit dem serbischen unter Belgrad, die Unterredungen mit dem Fürsten zu Wied unter Durazzo usw. zu suchen.

Die Anordnung innerhalb dieser nach dem Namen der betreffenden Missionssitze aneinandergereihten territorialen Untergruppen der Aktenstücke gleichen Datums ist im ganzen und großen folgende:

1. Telegramme an die eigene auswärtige Vertretung.
2. Tagesberichte und Aufzeichnungen über Unterredungen mit dem Vertreter des betreffenden fremden Staates.
3. Handschreiben des Kaisers und Königs an das fremde Staatshaupt.
4. Erlässe und Privatschreiben an die eigene auswärtige Vertretung.
5. Noten und Privatschreiben an die Vertreter des fremden Staates.
6. Telegramme der eigenen auswärtigen Vertretung.
7. Handschreiben des fremden Staatshauptes.
8. Berichte und Privatschreiben der eigenen auswärtigen Vertretung.
9. Noten und Privatschreiben der Vertreter des fremden Staates.

Die — übrigens nicht zahlreichen — Korrespondenzen mit den Konsulaten wurden, da die territoriale Zugehörigkeit vieler dieser Ämter gerade in unserer Zeit wechselte, nicht in die territorialen Untergruppen, sondern selbständig nach dem Namen des Konsulatssitzes eingereiht.

An die diplomatischen Akten des betreffenden Tages schließen sich dann gegebenenfalls noch die Korrespondenzen mit inländischen Personen und Behörden, und zwar ebenfalls nach der alphabetischen Reihenfolge der Korrespondenten.

Lagen an einem und demselben Tage mehrere Stücke gleicher Art und Herkunft vor, so wurden sie nach der Abfolge der Geschäftszahlen der ausfertigen (nicht der empfangenden!) Stelle^{b)} angeordnet. In den seltenen

^{a)} Vgl. unten S. XIX.

^{b)} Vgl. unten S. XX.

Fällen, wo diese fehlen, war die Anordnung nach den Eingangs- oder Absendungsdaten möglich.

Dies erscheint auf den ersten Blick verwirrend. Hält man sich jedoch gegenwärtig, daß immer das ausgehende Stück vor dem eingehenden, die Telegramme immer vor den schriftlich ausgefertigten, der Schriftenwechsel mit den eigenen Vertretungen immer vor dem mit den fremden, der Schriftenwechsel mit den inländischen Behörden immer am Schluß jedes Tages gereiht sind, so wird die Auffindung einzelner Stücke nicht schwer fallen. Dies um so weniger, als sich ja nur an ganz wenigen Tagen alle oben angegebenen Arten von Schriftstücken nebeneinander vorfinden.

Diese Anordnung hält in sehr vielen Fällen auch die tatsächliche Abfolge der Bearbeitung und Vorlage an den Minister fest. Sie erleichtert ferner das Nachschlagen und ermöglicht es, jedes Stück bei Kenntnis des Korrespondenten, des Ausstellungsdatums und der Geschäftszahl aufzufinden. Da diese Anhaltspunkte in den amtlichen Zitaten fast immer gegeben erscheinen, konnten auf diese Weise viele Fußnoten erspart werden.^{a)} Selbst in den S. XVI erwähnten Fällen, in denen statt der Ausstellungs-, die Absendungsdaten zitiert werden, verhilft die Geschäftszahl zur Auffindung. Unsere Anordnung erleichtert ferner die gesonderte Betrachtung der diplomatischen Verhandlungen mit bestimmten Staaten. Sie hat natürlich auch ihre Nachteile. So hat sie — allerdings nur in wenigen Fällen — zur Folge, daß Antworttelegramme vor die sie bedingenden Anfragen gereiht werden mußten. Dem konnte jedoch durch Verweise abgeholfen werden. Eine andere gleichmäßig durchführbare Anordnung war, wie oben bemerkt, bei den geschilderten Verhältnissen nicht zu finden.

VII. Die Überschriften (Titelregesten).

Bei der Behandlung der Einzelstücke trachteten wir die Anforderungen nach wissenschaftlicher Genauigkeit und Übersichtlichkeit mit der Notwendigkeit, möglichst Raum zu sparen, in Einklang zu bringen. Wir haben uns daher bemüht, alle Wiederholungen und Doppelangaben nach Möglichkeit auszumerzen. Deshalb wurden alle Angaben der Aktenstücke über Aussteller, Empfänger, Datierung und Geschäftszahl mit den Feststellungen über die Verfasser der Konzepte und über die Überlieferung in kurzen, gleichmäßig eingerichteten Titelregesten zusammengefaßt und die diesen Angaben entsprechenden formelhaften Teile der Aktenstücke im Texte nicht nochmals zum Abdruck gebracht.

Diese Titelregesten wurden mit fortlaufenden Nummern versehen, die bei allen Verweisen in den Texten und in den Fußnoten mit n. und der betreffenden Nummer (zur Unterscheidung von den mit Nr. bezeichneten Geschäftszahlen) zitiert werden.

Auf die fortlaufenden Nummern folgt in den Regesten die Bezeichnung der Art des Schriftstückes (Bericht, Erlaß, Telegramm, Privatschreiben, Tagesbericht usw.) im Anschlusse an die im Ministerium des Äußern übliche Benennungsweise. Fast alle ein- und ausgehenden Telegramme (dagegen

^{a)} Vgl. oben S. XVI, unten S. XXV.

nur wenige Berichte und Erlässe) waren in Geheimschrift (Chiffre) ausgefertigt worden. Dies kommt in dem Klammervermerk: „chiff.“ bei den ausgehenden und dem Überlieferungsvermerk „Entzifferung“ bei den eingehenden Stücken ohnehin zum Ausdruck, so daß die Bezeichnung „Chiffre-telegramm“ usf. nur dann erfolgte, wenn derartige Vermerke fehlen. Dagegen erhielten alle in gewöhnlicher Schrift ausgefertigten Telegramme die Bezeichnung „Telegramm in claris.“ Die mitunter in den Akten gemachte Unterscheidung zwischen offiziellen und nicht offiziellen Privatschreiben wird in den Regesten nicht durchgeführt, da dieser Unterscheidung keine eindeutig bestimmten Formen der Ausfertigung und Formulierung entsprechen.

Daran schließt sich eine möglichst eindeutige, in die Augen fallende und kurze Bezeichnung der korrespondierenden Personen und Behörden.^{a)} Als Aussteller der ausgehenden und Empfänger der eingehenden Stücke erscheinen bei der überwiegenden Mehrzahl der Aktenstücke die Leiter des Wiener Ministeriums des Äußern, also bis 10. März 1911 Alois Freiherr später Graf Aehrenthal, vom 11. März 1911 bis 23. Mai 1911 der Botschafter in Konstantinopel Markgraf Johann Pallavicini, der in dieser Zeit mit der Führung der Amtsgeschäfte während des Krankheitsurlaubes des Grafen Aehrenthal betraut war, vom 24. Mai 1911 bis 17. Februar 1912 wieder Graf Aehrenthal, vom 17. Februar 1912 bis 31. Juli 1914 Graf Leopold Berchtold. Um fortgesetzte Wiederholungen zu sparen, werden diese Personen in den Regesten als Aussteller der ausgehenden und Empfänger der eingehenden Stücke nicht genannt. Wenn also darüber nichts weiter bemerkt wird, so handelt es sich immer um die obengenannten Leiter des Ministeriums. Wenn jedoch andere Personen als Aussteller der ausgehenden und Empfänger der eingehenden Stücke erscheinen, wird dies in den Regesten hervorgehoben.

Als Empfänger der ausgehenden und Aussteller der eingehenden Schriftstücke erscheinen bei der überwiegenden Mehrzahl die ständig beglaubigten österreichisch-ungarischen Botschafter und Gesandten. Der Kürze und der Übersichtlichkeit halber wurde in allen diesen Fällen die umständliche Wiedergabe des Titels und des Familiennamens dieser Diplomaten durch die Angabe des Missionssitzes ersetzt. „Telegramm nach Berlin“ bedeutet also z. B.: Telegramm des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Grafen Aehrenthal (Berchtold) an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Grafen Ladislaus von Szögyény-Marich usf.^{b)} Mit „Rom“ wird immer die Korrespondenz mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter am k. italienischen Hof, mit „Rom-Vatikan“ die mit dem Botschafter beim päpstlichen Stuhl bezeichnet. Erscheinen als Empfänger der ausgehenden und als Aussteller der eingehenden Stücke andere Personen oder Behörden, so wird deren Titel in den Regesten möglichst kurz und eindeutig

^{a)} Vgl. oben S. XVII.

^{b)} Die Namen der auswärtigen Vertreter sind bei allen einlaufenden Stücken ohnehin aus den Unterschriften zu ersehen. Bei den ausgehenden Stücken ermöglicht die territoriale Anordnung der Stücke desselben Datums (vgl. oben S. XVII) eine rasche Ermittlung.

angegeben.^{a)} Dies geschah auch bei den Korrespondenzen mit den Geschäftsträgern und Konsuln, die mit ihrem Namen und Amtstitel angeführt werden.^{b)}

An die Angabe der Aussteller und Empfänger schließt sich in den Regesten die Angabe des Ausstellungstages genau im Anschluß an die Vorlagen.^{c)} Die Angabe des Ausstellungsortes unterblieb bei allen Stücken, die in Wien oder an dem Sitz der betreffenden auswärtigen Vertretung ausgestellt erscheinen. Bei undatierten Stücken wurde das Ausstellungsdatum möglichst genau ermittelt und unter Klammer angegeben.^{d)}

Nun folgt die Angabe der Geschäftszahl des Ausstellers,^{e)} nicht des Empfängers, eingeleitet mit Nr. (zum Unterschied von den mit n. eingeleiteten Zitaten der fortlaufenden Nummern der Veröffentlichung).^{f)} Diese Geschäftszahlen sind von besonderer Wichtigkeit, weil die amtliche Zitierung oft ausschließlich nach ihnen erfolgt. Auch wenn die in den amtlichen Zitaten angegebenen Tagesdaten infolge der Verschiedenheit von Ausstellungs- und Absendungsdaten nicht genau zutreffen,^{g)} so verhilft immer die Geschäftszahl zur Auffindung. Für die Zuteilung der Geschäftszahlen bestanden folgende Vorschriften. Die Telegramme der auswärtigen Vertretungen wurden bei jeder Vertretung in besonderer, mit jedem Jahr neu beginnender Zählung in arabischen Ziffern^{h)} numeriert, ebenso die vom Ministerium des Äußern an die auswärtigen Vertretungen abgesendeten Telegramme. Die Berichte der auswärtigen Vertretungen wurden in derselben Weise numeriert, nur daß alle Berichte eines Tages die gleiche arabische Ziffer erhielten und deren Unterscheidung durch beigesezte Großbuchstaben angezeigt wurde (Nr. 41 A, 41 B usw.).ⁱ⁾ Die schriftlichen Erlässe des Ministeriums erhielten die fortlaufende Zahl des Exhibitenprotokolls (Journals) der politischen Sektion des Ministeriums. Diese Zahlen wurden in den Regesten neben dem Tagesdatum¹ wiedergegeben.

^{a)} Wir haben dabei die insbesondere den ausländischen Lesern nicht immer geläufigen amtlichen Titel und Prädikate oft durch Bezeichnungen ersetzt, die rasch die Stellung der betreffenden Persönlichkeiten oder Behörden erfassen läßt; dies gilt insbesondere von den Bezeichnungen „kaiserlich-königlich“, an deren Stelle „österreichisch“, „Kaiser und König“ an dessen Stelle „Kaiser“ gesetzt wird, usw.

^{b)} Nur bei den Runderlässen und -telegrammen wurde davon abgesehen, um die Regesten nicht zu schwerfällig zu machen.

^{c)} Vgl. oben S. XV.

^{d)} Nach Abschluß des Druckes muß festgestellt werden, daß n. 2212 besser in den Oktober des Jahres 1910 (vgl. Anm. c zu n. 2285) einzureihen gewesen wäre. Hinsichtlich der Datierung der Tagesberichte u. dgl. siehe oben S. XV Anm. b.

^{e)} Siehe oben S. XVII, XVIII.

^{f)} Siehe oben S. XVIII, XIX.

^{g)} Vgl. oben S. XVI.

^{h)} Bei irrümlichen Wiederholungen von Nummern wurde die Nummer des zweiten Stückes mit dem Beisatz „bis“ (lateinisch: zweimal) oder a versehen. Nur in der Zeit der Julikrise finden wir einige Fälle, in denen Stücke aus späteren Tagen niedrigere Geschäftszahlen tragen als Stücke aus früheren Tagen. Diese Stücke wurden in unserer Veröffentlichung nach der Einlaufszeit eingeordnet.

ⁱ⁾ Beim ersten Bericht eines Tages wurde durch weitere Beisetzung des Großbuchstabens des letzten Berichtes desselben Tages (41 A—D) angemerkt, wie viel Berichte an diesem Tage noch abgesendet wurden. In den Regesten wird dieser Beisatz weggelassen. Desgleichen auch der weitere Beisatz „P“ (Politisch, zum Unterschied von den administrativen Berichten), der sich in den Berichten des Jahres 1914 findet.

Bei Rund(Zirkular)erlassen und -telegrammen findet sich in den Regesten neben der Geschäftszahl unter Klammer noch eine Ziffer beigelegt (vgl. die Aktenstücke n. 112, 868, 1428, 2827, 3361, 5136, 6403 usw.). Diese Vermerke sind durch das im Wiener Ministerium des Äußern augenscheinlich viel häufiger als in anderen auswärtigen Ämtern geübte Verfahren bedingt, gewisse Weisungen ungefähr gleichen Inhalts an mehrere auswärtige Vertretungen oder sonstige Behörden in einem einzigen Konzept zusammenzufassen. Je nach der Lage der Dinge erschien es erforderlich, den einzelnen dieser Vertretungen neben dem gleichlautenden Hauptinhalt noch besondere Einzelweisungen zu geben. Zu diesem Zwecke wurden die in den Konzepten der betreffenden Zirkularweisung ausgeworfenen Adressen fortlaufend numeriert. Diese Nummern wurden dann zur Kennzeichnung der für jede einzelne Adresse bestimmten Sätze und Satzteile verwendet. Nach diesen Nummern waren die Reinschriften der entsprechenden Einzelerledigungen auszufertigen. Wir haben dieses Verfahren auch beim Abdruck beibehalten und die Nummern der betreffenden Schreibanweisungen im Regest unter Klammer neben der Geschäftszahl und im Text am Anfang der betreffenden Absätze angebracht.

Nach der Geschäftszahl bringen die Regesten unter Klammer die Eingangsdaten der beim Ministerium eingehenden^{a)} und die Absendungsdaten der vom Ministerium ausgehenden Stücke, soweit sich eben amtliche Vermerke hierüber vorfinden. Wie schon oben S. XV bemerkt wurde, ist das Absendungsdatum bei den schriftlichen Erledigungen gleich dem Ausstellungsdatum. Bei den ausgehenden Telegrammen sind die genauen Absendungsdaten nur in ganz seltenen Fällen amtlich festgehalten. Bei diesen findet sich nur das Datum der Übertragung in Geheimschrift vermerkt. Dies wird in den Regesten durch das Wort „chiffr.“ angedeutet. Die Daten der Absendung der beim Ministerium eingehenden Stücke werden nur in der Zeit vom 28. Juni bis 31. Juli 1914 neben den Eingangsdaten angegeben.^{b)}

Am Schluß der Regesten werden die Angaben über die Art der Überlieferung gebracht: Ausfertigung (Original), Entzifferung (die Abschriften der in Geheimschrift eingelangten, im Chiffredepartement entzifferten und sodann vernichteten Originaleinlaufstücke), Konzept, Abschrift, Auszug usw. Bei den Konzepten wurde unter Klammer angemerkt, welche Beamten das Konzept geschrieben (S.), verbessert und abgeändert (V.) und genehmigt hatten (G.). Es handelt sich hier im wesentlichen und von besonderen Betrauungen abgesehen um die Minister und ihre Vertreter (oben S. XIX), um die mit den politischen Angelegenheiten befaßten Sektionschefs und leitenden Beamten^{c)} sowie um die Vorstände und zugewiesenen Beamten des

^{a)} Vgl. oben S. XVI Anm. b.)

^{b)} Hierbei ist zu beachten, „daß die Abgänge aus St. Petersburg usw. nach osteuropäischer Zeit — 1 Stunde vor der mitteleuropäischen — die aus Paris, London usw. nach westeuropäischer Zeit — 1 Stunde nach der mitteleuropäischen — angegeben sind.“ Vgl. „Die deutschen Dokumente zum Kriegeausbruch 1914“, zweite Ausgabe, Berlin 1927, I S. XVI.

^{c)} Siehe Personenregister (IX. Band) unter: Call, Esterhazy, Forgách, Macchio, Müller, Pogatscher, Rhemen und Szápáry.

Kabinetts des Ministers,^{a)} der Referate I,^{b)} I A,^{c)} I H. P.,^{d)} II,^{e)} III und IV^{f)} und Vg) der Politischen Sektion und des Pressedepartements.^{h)}

Diese Feststellungen sind von großer Wichtigkeit nicht nur für die geschichtliche Beurteilung des Einzelstückes, sondern auch für biographische und verwaltungsgeschichtliche Forschungen. Allerdings müssen auch sie mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden. Der Schreiber (S.) ist nicht immer der geistige Urheber des Stückes. Viele von jungen Beamten geschriebene Konzepte dürften sogar nur Diktate der Minister oder anderer leitender Beamtenⁱ⁾ darstellen, deren Mitwirkung äußerlich entweder gar nicht oder nur in den Verbesserungen (V.) oder Genehmigungen (G.) zum Ausdruck kommt. Immerhin werden in diesen Vermerken die Anhaltspunkte für den Werdegang eines Konzeptes gegeben, die eben aus den Akten ermittelt werden konnten.

VIII. Die Editionsgrundsätze:

Der Abdruck erfolgt nach der besten jeweils vorhandenen Überlieferung. Der Wortlaut, die Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlagen wurde genau beibehalten, auch dort, wo offensichtlich Unrichtigkeiten vorlagen. Diese Abweichung von den gebräuchlichen Editionsgrundsätzen schien uns durch den besonderen Charakter der Veröffentlichung geboten. Nur die gröbsten und sinnstörendsten Fehler wurden durch ein „So!“

^{a)} Siehe Personenregister unter: Gagern, Hoyos Alexander, Kinsky Franz, Szápáry Friedrich, Walterskirchen. Hier und in den folgenden Anmerkungen werden nur die Beamten genannt, deren Schrift in den aufgenommenen Konzepten vorkommt.

^{b)} Dieses bearbeitete 1908 bis 1914 die Staaten Türkei, Ägypten, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Montenegro, Griechenland und Persien, 1909 bis 1914 auch Rußland, 1908—1911 auch Indien, China, Japan und Siam. Siehe Personenregister unter: Andrian, Berger, Brusselle, Calice, Egger, Flotow, Franckenstein, Gautsch, Hohenlohe-Waldenburg, Khuen-Héderváry, Kiß, Kwiatkowski Rémi, Matscheko, Musulin, Nemes, Pogatscher, Rappaport, Rudnay. Für die Bearbeitung der mit dem Attentat von Sarajewo zusammenhängenden Akten siehe auch unter Wiesner.

^{c)} April 1914 für die albanischen Angelegenheiten geschaffen. Siehe Personenregister unter: Rappaport.

^{d)} Ein 1908 und anfangs 1909 bestehendes Referat für die Verkehrs-, Finanz- und Bankfragen am Balkan und in der Türkei. Siehe Personenregister unter: Ioannovics und Princig.

^{e)} Für die Beziehungen mit dem päpstlichen Stuhl und 1911 bis 1914 auch für Indien, China, Japan, Siam. Die Beamten des Referates II wurden auch zur Bearbeitung der mit der Julikrise 1914 im Zusammenhang stehenden Fragen herangezogen. Siehe Personenregister unter Berger, Dipauli, Musulin, Strautz.

^{f)} 1908 bis 1914 mit einigen Verschiebungen zwischen den beiden Referaten für das Deutsche Reich, Frankreich, Italien, England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Niederlande, Luxemburg, Belgien, Schweiz, Portugal, Spanien, alle afrikanischen Staaten außer Ägypten, alle amerikanischen Staaten, 1908 und Anfang 1909 auch für Rußland. Siehe Personenregister unter: Biegeleben, Dumba, Koziebrodzki, Otto, Ugron, Wense.

^{g)} Politische Informationen. Siehe Personenregister unter: Čudić, Dumba, Oppenheimer, Pitner, Urbas, Vesque.

^{h)} Siehe Personenregister unter: Jettel, Kánia, Montlong, Winternitz. Beamte anderer Departements tauchen in unserer Veröffentlichung nur in wenigen Fällen auf.

ⁱ⁾ So beruhen viele solcher Konzepte auf Diktaten des Gesandten Pogatscher.

hervorgehoben, offensichtlich ausgelassene Wörter unter eckiger Klammer eingesetzt. Alle sonstigen Bemerkungen und Zusätze der Bearbeiter werden durch Kursivschrift hervorgehoben.

Der Abdruck der Konzepte^{a)} erfolgte nach dem endgültig genehmigten Text. Es wurde in den meisten Fällen davon abgesehen, neben dem endgültigen Text auch den ursprünglichen Text abzudrucken und die vor Genehmigung vorgenommenen Änderungen besonders zu kennzeichnen. Denn ein solches Verfahren hätte den Umfang des Werkes über Gebühr anschwellen lassen.

Die Entzifferungen^{b)} wurden nach den vorliegenden, im Chiffredepartement hergestellten Niederschriften mit allen Amtsvermerken über fehlende (angedeutet durch drei Punkte und entsprechende Fußnoten) und verstümmelte Satzteile sowie über zweifelhafte Lesungen (angedeutet durch Einklammerung und entsprechende Fußnoten) gebracht.^{c)}

Die Raumnot zwang uns zu der, wie wir zugeben, ungewöhnlichen Maßnahme, die in den Vorlagen gemachten Absätze nicht einzuhalten, sondern die meisten Stücke fortlaufend (ohne Absatz) zu drucken. Dies bedeutet für den Leser gewiß eine Unbequemlichkeit, die er aber vielleicht eher entschuldigen wird, wenn er erfährt, daß dadurch Raum zur Aufnahme von Aktenstücken im Umfang fast eines ganzen Bandes gewonnen werden konnte, die sonst hätten weggelassen werden müssen. Nur durch derart einschneidende Sparmaßnahmen ist es möglich geworden, in acht verhältnismäßig nicht allzu starken Bänden 11.200 Aktenstücke unterzubringen. Übrigens entsprechen die Absätze in den Vorlagen oft nicht der logischen Gliederung — vielfach wurde für jeden neuen Satz ein Absatz gemacht —, sodaß durch ihre Beibehaltung die Lesbarkeit eines Stückes auch nicht erhöht worden wäre. Dies lehrt schon ein Blick auf die wenigen Stücke, in denen wir uns aus besonderen Gründen zur Beibehaltung der Absätze entschlossen (z. B. n. 32). In den seltenen Fällen, in denen in anderen Stücken solche Absätze zitiert werden, haben wir genaue Hinweise zu ihrer Feststellung gegeben. Wir haben übrigens die Absätze überall dort beibehalten, wo es durch eine besondere Gliederung des Textes geboten war, wie z. B. bei Protokollen oder Zirkularweisungen (oben S. XXI).

Auch haben wir davon abgesehen, alle oft recht verschwenderisch und nicht immer sinngemäß angebrachten Unterstreichungen durch Sperrdruck hervorzuheben.

Die immer wiederkehrenden formelhaften Teile und Amtsvermerke, deren Inhalt ohnehin im Titelregist wiedergegeben erscheint (Anschrift, Datierung, Eingangs- und Entzifferungsvermerke usw.) sowie reine Höflichkeitsphrasen (Anrede und Courtoisieformeln) am Anfang und am Schluß der Stücke (nicht aber die im Text) wurden weggelassen.

Bei den Unterschriften haben wir die Wiedergabe der Vornamen, Titel und Prädikate unterlassen, wenn die betreffenden Persönlichkeiten

^{a)} Vgl. auch unten S. XXIV.

^{b)} Vgl. oben S. XXI.

^{c)} Die Herstellung des richtigen Textes aus den Archiven der Botschaften und Gesandtschaften wurde nicht versucht, da diese Archive nur sehr unvollständig erhalten sind. Vgl. auch S. IX.

durch den Familiennamen und das Titelregest eindeutig bestimmt waren. Die sonstigen näheren Angaben sind aus dem Personenregister zu ersehen. Im übrigen haben wir uns bezüglich der Einsetzung der Unterschriften genau an die Vorlagen gehalten und demnach bei Konzepten die Unterschriften nur dann eingesetzt, wenn sie dort ausdrücklich vorgeschrieben waren, was bei den Konzepten der Telegramme häufig, dagegen bei Erlässen und Tagesberichten fast niemals der Fall ist. Es wäre unrichtig gewesen, auch bei diesen Stücken die Unterschrift des Ministers einzusetzen, denn in Wirklichkeit sind die Ausfertigungen vieler von den Ministern genehmigter, ja sogar eigenhändig entworfenen Stücke von stellvertretenden Beamten, die Ausfertigungen vieler von stellvertretenden Beamten genehmigter Stücke von den Ministern unterschrieben worden. Es ist in den meisten dieser Fälle weder aus den Akten des Ministeriums noch aus den verschiedenen Behelfen ersichtlich, wer tatsächlich die Ausfertigung unterschrieben hat. Dies könnte nur nach den in den Archiven der Empfänger erliegenden Ausfertigungen festgestellt werden, die aber nur sehr unvollständig vorlagen,^{a)} teilweise wie z. B. die in den Archiven fremder Staaten erliegenden überhaupt nicht zugänglich waren. Wir mußten uns daher damit begnügen, einfach den Befund am Konzept wiederzugeben. Das Fehlen der Unterschrift darf jedoch nicht die Meinung erwecken, daß das betreffende Stück nicht ordnungsmäßig ausgefertigt worden sei. Alle aufgenommenen Konzepte wurden daraufhin unter Heranziehung aller vorhandenen Anhaltspunkte geprüft. Bei den wenigen abgedruckten Konzepten nicht abgegangener Stücke wurde im Regest ein entsprechender Vermerk angebracht.

Von diesen überall gleichmäßig durchgeführten Kürzungen abgesehen, haben wir die Aktenstücke vollständig abgedruckt. Wenn einzelne Teile des Textes weggelassen wurden, weil sie entweder wörtliche oder inhaltliche Wiederholungen bereits abgedruckter Stücke oder Ausführungen enthalten, die nach den für die Auswahl aufgestellten Richtlinien (vgl. oben S. X ff.) weggelassen werden konnten, so wird dies mittels kurzer durch je drei Punkte eingeschlossener Vermerke in Kursivschrift über den Inhalt der weggelassenen Stellen (bei Wiederholungen unter Hinweis auf die Nummern der betreffenden Stücke unserer Veröffentlichung) angedeutet.

IX. Die Fußnoten.

Die Fußnoten wurden mit Rücksicht auf die gebotene Raumersparnis möglichst knapp gehalten. Sie bringen zunächst alle auf den Aktenstücken angebrachten Amtsvermerke, soweit ihre Kenntnis für die Beurteilung notwendig ist und soweit ihr Inhalt nicht schon in den Titelregesten^{b)} verwertet ist, wie dies bei den Eingangs-, Absendungs-, Chiffrierungs- und Genehmigungsvermerken der Fall ist.

Die Randbemerkungen der Leiter des Ministeriums (vgl. oben S. XIX) wurden ausnahmslos berücksichtigt und in den durch arabische Ziffern ausgewiesenen Fußnoten wiedergegeben, alle anderen Randbemerkungen,

^{a)} Vgl. oben S. IX, XXIII Anm. c.

^{b)} Vgl. oben S. XVIII.

auch die selten vorkommenden des Kaisers^{a)} in den durch Kleinbuchstaben angezeigten Fußnoten. Alle diese Randbemerkungen spielen übrigens in unseren Akten eine viel geringere Rolle als in denen des deutschen oder englischen auswärtigen Amtes. Statt ihrer verfaßte man viel häufiger eigene Aufzeichnungen, Tagesberichte, Notizen u. dgl.

Außer diesen Amtsvermerken enthalten die durch Kleinbuchstaben angezeigten Fußnoten^{b)} Verweise auf andere Stücke des Werkes, die mit ihren durch vorangesetztes n. gekennzeichneten fortlaufenden Nummern angeführt werden. Die Nummern der Veröffentlichung, in denen das betreffende Stück amtlich zitiert wird, werden hier ausnahmslos verzeichnet.^{c)} Dagegen werden die amtlichen Zitate selbst nur dann mit Fußnoten über die Nummern der ihnen entsprechenden Aktenstücke unserer Veröffentlichung versehen, wenn diese nicht schon auf Grund der Angaben der Zitate über Aussteller, Datum und Geschäftszahl gefunden werden können (vgl. oben S. XVIII, XX). Doch ist dabei zu beachten, daß infolgeder oben S. XVI hervorgehobenen Umstände die Zitate bei in den späten Abendstunden chiffrierten und dann erst am nächsten Tag aufgegebenen Telegrammen oft um einen Tag differieren. Zur Auffindung verhilft hier jedoch die Geschäftszahl. Wenn die Telegramme mit der angegebenen Geschäftszahl unter dem zitierten Tag nicht gefunden werden, muß der nächst frühere Tag nachgeschlagen werden.

Über diese Verbindung der schon äußerlich durch die Zitate als zusammengehörig gekennzeichneten Stücke hinaus wurde auch versucht, alle überhaupt inhaltlich zusammengehörigen Stücke durch derartige Verweise miteinander zu verknüpfen. Eine restlos erschöpfende Vollständigkeit war hier natürlich nicht zu erreichen und kann erfahrungsgemäß bei derartigen Werken auch durch dickleibige Sachregister nicht erzielt werden. Beide Verweisreihen decken sich auch nicht immer, wodurch vielleicht mitunter der Eindruck eines Mangels an Systematik erweckt werden dürfte. Immerhin dürften diese Verweise zusammen mit dem Personenregister die Verfolgung der meisten Verhandlungen in allen ihren Phasen ermöglichen, zumal ja auch die Anordnung (vgl. oben S. XVIII) den Überblick über die Verhandlungen mit bestimmten Staaten erleichtert.

Außer diesen Verweisen enthalten die Fußnoten auch mehr oder weniger ausführliche Inhaltsangaben der zitierten, in unserer Veröffentlichung jedoch nicht abgedruckten Stücke, Richtigstellungen offensichtlicher Irrtümer und sonstige Aufklärungen, die sich aus den Akten ergeben.

Die Dokumente sollen selbst für sich sprechen. Die Bearbeiter haben es unterlassen, zu den einzelnen Verhandlungen und Ereignissen Stellung zu

^{a)} Die Kanzleivermerke oder Zeichen, welche andeuten, daß die betreffenden Aktenstücke dem Kaiser vorgelegt wurden, wurden nicht einzeln verzeichnet, weil sie sich auf so zahlreichen Stücken finden, daß eine besondere Erwähnung nur in einzelnen Fällen notwendig erschien. Ebenso wurden einfache Einsichtsvorschreibungen, Anweisungen und Aktenzeichen zur Vervielfältigung und Verteilung an bestimmte eigene auswärtige Vertretungen nur ausnahmsweise vermerkt.

^{b)} Die spärlich vorkommenden Fußnoten in den Akten selbst werden durch Sternchen angezeigt.

^{c)} Vgl. oben S. XII.

nehmen. Sie haben daher auch im allgemeinen von den schnell veraltenden Literaturangaben abgesehen und sich lediglich mit Hinweisen auf die vorhergehenden Veröffentlichungen aus dem Archiv des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern^{a)} sowie auf einige Nachschlagewerke begnügt, welche die Orientierung über einzelne in den Akten behandelte Ereignisse, über öffentliche Kundgebungen, Parlamentsreden, Staatsverträge u. dgl. ermöglichen.

Wien, im November 1929.

Ludwig Bittner, Hans Uebersberger.

^{a)} Vgl. oben S. XI und S. XXVII Verzeichnis der Abkürzungen unter Gooss, Oe., Oe. U., Pribram.

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

C. d. M. = Kabinett des Ministers.

Conrad = Franz Conrad von Hötzendorf, Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, 5 Bände, Wien 1922 ff.

G. = Genehmigung.

G. P. = Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme. Bd. 1—40. Berlin 1926, 1927.

Gooss = Roderich Gooss, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkriegs, Wien 1919.

K. d. M. = Kabinett des Ministers.

Martens N. R. G. 3. S. = G. F. de Martens, Nouveau Recueil Général de traités 3. Serie, Leipzig 1909 ff.

o. D. = ohne Datum.

o. Nr. = ohne Nummer.

Oe. = Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch. I.—III. Teil (28. Juni bis 27. August 1914). Republik Österreich. Staatsamt für Äußeres. Wien 1919.

Oe. U. = Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. K. u. k. Ministerium des Äußern. Wien 1915.

Oe. U. Balkan = Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan 13. August 1912 bis 6. April 1913. K. u. k. Ministerium des Äußern. Wien 1914.

Oe. U. Bosnien = Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina 1908 bis 1909. K. u. k. Ministerium des Äußern. Wien 1909.

Oe. U. Italien = Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis zum 23. Mai 1915. K. u. k. Ministerium des Äußern. Wien 1915.

Oe. U. Rumänien = Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien in der Zeit vom 22. Juli 1914 bis zum 27. August 1916. K. u. k. Ministerium des Äußern. Wien 1916.

Parlament. Chron. d. ö.-u. Mon. = Parlamentarische Chronik. Beilage zur Politischen und volkswirtschaftlichen Chronik der österreichisch-ungarischen Monarchie, hrsg. von Karl Neisser. Wien 1911 ff.

Polit. Chron. d. ö.-u. Mon. = Politische Chronik der österreichisch-ungarischen Monarchie, hrsg. von Karl Neisser, Wien 1910 ff.

Pribram = Alfred Francis Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. I. Band. Wien und Leipzig 1920.

S. = Schrift.

V. = Verbesserung.

Nr. 1. Aufzeichnung über zwei, am 13. und 14. März 1908 stattgehabte Unterredungen mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien.^{a)} Konz. (S. Aehrenthal).

Geheim. Der Fürst erkundigte sich nach den Verhandlungen zwischen den Cabinetten, betonte, daß Bulgarien seine ruhige, correcte Haltung bewahren wolle, daß aber hiezu das Fortschreiten der Reformation^{b)} und ein Schutz des immer mehr bedrohten bulgarischen Elementes in Macedonien die notwendige Voraussetzung bilde. Auf seine Frage sagte ich dem Fürsten, daß obige Gesichtspunkte mit den Ideen und Zielen des Wiener Cabinettes durchaus übereinstimmten. Ich könne Bulgarien nur eine zuwartende, scharf beobachtende Politik empfehlen. Fürst Ferdinand betheuerte nochmals, daß er an seiner bisherigen, gewiß gemäßigten und verständigen Haltung nichts ändern wolle. Gestützt auf das Ministerium Malinow und dessen radikalen Anhang, werde es ihm (dem Fürsten) hoffentlich gelingen, Bulgarien von dem gefährlichen macedonischen Gensindel etwas zu säubern. Eine leichte Aufgabe werde dies aber nicht sein. Eine ernste Präoccupation bildet für den Fürsten die neue Orientierung der russischen Politik.^{b)} Aus seinen Worten klang Mißtrauen gegen diese und gegen die Person des Herrn Iswolsky heraus. Er wollte mich dadurch zu critischen Äußerungen gegen den russischen Minister verleiten, indem er auf seine Informationen über die in St. Petersburg gegen mich bestehende tiefgehende Verstimmung verwies. Der Fürst knüpfte hieran die Erwägung, daß es ihm sehr schwer fallen werde, einem etwaigen Drucke der russischen Politik in der Richtung einer activeren Bethätigung Bulgariens Widerstand zu leisten. Auf die Petersburger Informationen reflektirte ich nur insoferne, als ich meine bestimmte Hoffnung aussprach, das bisherige Verhältniß zwischen beiden Kaiserreichen werde keine Änderung erleiden. Anlangend den möglichen Druck seitens der russischen Politik, gab ich dem Fürsten zu verstehen, daß mir in solchem Falle ein Widerstreben des Fürstenthums nicht recht denkbar und auch nicht von Nutzen schiene. Ich machte aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Rußland, wenn es Bulgarien zu einem Conflict mit der Türkei drängen sollte, von egoistischen Trieben geleitet würde und nicht von Velleitäten der Humanität und Brüderlichkeit. Fürst Ferdinand müsse sich dann klar vor Augen halten, daß Rußland die Lösung der Meerengen-Frage in die Hand nehmen wolle, wobei Bulgarien ihm eine wichtige Unterstützung bieten würde. Ich constatirte ausdrücklich in unseren Besprechungen, daß all' diese Combinationen der

Zukunft angehören dürften. Heute hätte ich keinen Anhaltspunkt anzunehmen, daß das Zarenreich sich in ein neues folgenreiches Abenteuer einzulassen gedenke. Die innere und finanzielle Consolidierung Rußlands seien die Ziele des Cabinetts Stolypine-Iswolsky. Rußland, welches Ende des Jahres ein Anlehen von 1200 Millionen Rubel werde aufnehmen müssen, sei sohin kein Staat, von dem eine Action im nahen Orient prämeditirt und eingeleitet werden dürfte. Eine andere Sache sei es, ob sich Herr Iswolsky stark genug erweisen werde, um der unläugbar vorhandenen Disposition Englands, die türkische Frage mit Hülfe Rußlands in's Rollen zu bringen, sich zu erwehren. Es werde sich bald herausstellen, worauf die englischen Liberalen abzielen. Alles in Allem genommen, sei ich nicht geneigt, an ein rasches Tempo in der weiteren Entwicklung der macedonischen Verhältnisse zu glauben. Zur streng persönlichen Orientierung des Fürsten wolle ich noch Folgendes hinzusetzen: Dem Wiener Cabinette liege ebensowenig ein Forcieren der Ereignisse als etwa die Permanenz der status quo-Politik im Sinne. Sollten die Dinge par la force des choses ins Rollen kommen, würden wir eine zuwartende Haltung einnehmen und Bulgarien nicht in den Arm fallen. Der Fürst frug mich, was ich ihm über die Rolle Rumäniens in einem solchen Falle mittheilen könne und ob für diese Eventualität die zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien bestehende geheime Convention ihre Gültigkeit behielte. Mit König Carol will der Fürst bisher nie direct über die Frage der Haltung Rumäniens in einem Kriege mit der Türkei gesprochen haben, er weiß jedoch, daß der König entschlossen ist, über die Donau zu gehen, wenn die bulgarischen Truppen die Rhodope-Linie überschreiten. Es ist ihm ferner bekannt, daß Rumänien als Preis für seine Neutralität das Festungs-Dreieck Rustschuk-Schumla-Varna verlangt. Auf diese Combination werde und könne Bulgarien niemals eingehen. Aus des Fürsten Andeutungen konnte ich indeß ersehen, daß er einen gewissen Preis zu zahlen doch bereit sein würde. Ich vermied es, auf das Thema näher einzugehen, beschränkte mich auf nachstehende Bemerkungen: Die Convention mit Rumänien^{c)} sei auf der Voraussetzung abgeschlossen, daß das Königreich von einer Aggression bedroht werde, nicht aber daß dasselbe selbst sich in einen Offensiv-Krieg einlasse. Ich könnte nur wärmstens die weitere Pflege möglichst freundschaftlicher Beziehungen zu König Carol und Rumänien empfehlen. Sowohl mit Sturdza wie auch mit T. Jonescu, dem wahrscheinlichen künftigen Chef der Conservativen, werde zu reden sein. Ich hielte es im bulgarischen Interesse für klug, die Zukunftspläne nicht schon jetzt zu devoilieren, sondern erst in dem Momente, wo Bulgarien entschlossen wäre, seine expectative Haltung zu modificiren, mit Vorschlägen nach Bukarest zu gehen. Oesterreich-Ungarn könnte einen Accord zwischen Rumänien und Bulgarien nur gerne sehen. Serbien und dessen König betreffend, führte der Fürst eine scharfe Sprache. Belgrad sei ein Verbrecherherd, der zerstört werden sollte. Fürst Ferdinand apostrophirte mich direct mit der Anfrage, was mit diesem unglücklichen Lande einst geschehen würde! Er gieng so weit, die Einverleibung des Königreiches in die Monarchie zu insinuiren. Auch meinte Seine königliche Hoheit, daß es notwendig wäre, Serbien zurück-

zuhalten, falls dieses in einem Conflict Bulgariens mit der Türkei auf Seite letzterer Macht stünde.

Indem ich den Eintritt dieser Möglichkeit unter gewissen Umständen immerhin einräumte, wiederholte ich meine frühere Bemerkung, daß zu derlei Erörterungen der Zukunft der jetzige Augenblick nicht geeignet sei. Resümirend möchte ich erwähnen, daß ich nicht den Eindruck empfieng, Fürst Ferdinand bereite sich zu einer Action vor. Er besorgt eher, zu derselben von Rußland gedrängt zu werden, auch zieht er Complicationen infolge englischer Intriguen in Betracht. Auf König Eduard, wie auf die englische Politik überhaupt ist der Fürst gegenwärtig sehr schlecht zu sprechen. Unseren Standpunkt faßte ich darin zusammen, daß ich für die nächste Zeit ernstere Verwicklungen im nahen Orient nicht vorhersehe, außer daß England sich thatsächlich für ein actives Eingreifen entschließen sollte. Im Allgemeinen versicherte ich den Fürsten der Sympathie Oesterreich-Ungarns und deutete an, daß, auch beim Verlassen der status quo-Politik, die Interessen der Monarchie mit jenen des Fürstenthums nirgends collidieren.

^{a)} Mit Erlaß vom 2. April 1908 Nr. 412 (Konz. S. Franckenstein; G. Pogatscher) nach Sofia und mit Erlaß vom 16. April 1908 Nr. 468 (Konz. S. Franckenstein; G. Pogatscher) nach Bukarest zur Einsichtnahme mitgeteilt. Vgl. n. 27, 87, 1010. —

^{b)} Gemäß dem Anlageplan des ganzen Werkes unterblieb die Aufnahme der Aktenstücke betreffend die Reformaktion in Mazedonien. Über den damaligen Stand der Frage vgl.: Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme, die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes (fernerhin zitiert: G. P.), XXV. Bd. (Berlin 1927) Nr. 8761 ff. — ^{c)} A. F. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I (Wien 1920) 85; G. F. de Martens, Nouveau recueil général des traités 3. S. X (Leipzig 1920) 69.

*Nr. 2. Aide Mémoire des russischen Ministeriums des Äußern
14./27. April 1908 (vom russischen Botschafter übersandt 28. April 1908).^{a)}
Ausfert.*

Au cours d'un entretien avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie au sujet de l'attitude prise par le Gouvernement Impérial et Royal dans la question des chemins de fer balcaniques le lendemain même de son discours à la Douma, M. Isvolsky a rappelé au Comte de Berchtold que les premières déclarations du Baron d'Aehrenthal faites tant par voie officielle que par l'organe de l'Ambassadeur de l'Autriche-Hongrie à St. Pétersbourg, lui avait permis d'espérer que le Cabinet de Vienne se montrerait favorable à la démarche entreprise par le Gouvernement serbe et appuyée par le Gouvernement Impérial. Dans une notice en date du 7/20 mars dernier, remise à M. Isvolsky par le Comte de Berchtold,^{b)} il était dit, qu'en ce qui concerne spécialement la création d'un raccordement transversal avec l'Adriatique, le Baron d'Aehrenthal relève qu'il demeure fidèle à sa manière de voir manifestée dans le communiqué de la „Correspondance politique“ du 14 courant^{c)} et qu'il n'a pas d'objection à soulever contre une pareille entreprise, dont il accueillerait l'exécution avec sympathie, tout

en considérant que cette affaire ne regardait que la Serbie et la Turquie. Or, dans une conversation avec le Chargé d'Affaires de Russie, le Ministre Impérial et Royal des Affaires Etrangères a paru formuler certaines restrictions de nature à affaiblir son adhésion au point de vue exposé dans la déclaration de M. Isvolsky au sujet de l'attitude du Cabinet de St. Pétersbourg dans la question des voies ferrées balcaniques. Il résulterait, du fait de ces restrictions, une situation des plus difficiles. Au cours du même entretien, M. Isvolsky, tout en attirant l'attention du Comte de Berchtold sur ses efforts constants de se maintenir, malgré mainte difficulté, sur un terrain d'entente et de bonne harmonie avec le Cabinet de Vienne, représenta à son interlocuteur qu'il n'avait pas hésité à prendre publiquement la défense des accords austro-russes et à témoigner en faveur du bon droit de l'Autriche-Hongrie dans la question du chemin de fer de Sandjack. Prêt à continuer dans cette voie et tenant essentiellement à ne pas rompre le fil qui relie Vienne à St. Pétersbourg, il trouve indispensable que le Baron d'Aehrenthal de son côté lui facilite cette tâche. M. Isvolsky considère qu'il faudrait pour cela, que la question du chemin de fer prît, à Constantinople, une tournure satisfaisante à son point de vue. Le Cabinet de St. Pétersbourg s'abstient loyalement de toute obstruction au projet austro-hongrois; mais du moment où il est reconnu, que la question des chemins de fer n'a qu'un caractère économique, la Turquie est évidemment tenue à observer une entière impartialité à l'égard des diverses lignes dont les projets lui sont soumis ou sont appuyés par les diverses Puissances. Il ne s'agirait d'ailleurs en ce moment que de procéder à des études préparatoires pour les lignes susmentionnées et il serait très important que ces études puissent être commencées simultanément. Si, comme l'affirme la Sublime Porte, il y a des empêchements à faire fonctionner une commission dans les régions albanaises par lesquelles doit passer une partie de la ligne Adriatique, on pourrait pour le moment, se borner à l'étude du tracé entre Mardaré et le bourg de Stimla, aux environs du chemin existant entre Uskub et Mitrovitza. M. Isvolsky est persuadé que si les deux Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie expriment à Constantinople à ce sujet un avis identique, la Porte ne tarderait pas à s'y ranger ce qui contribuerait beaucoup à produire une détente dans la situation et à renforcer la bonne intelligence qui doit exister entre les deux Cabinets. En vue de ce qui précède et fort des assurances sincères du Comte de Berchtold d'agir de tout son pouvoir en faveur du maintien de la solidarité entre l'Autriche-Hongrie et la Russie dans les affaires balcaniques, le Gouvernement Impérial se plaît à espérer que le Baron d'Aehrenthal voudra bien prendre en sérieuse considération les vœux justifiés du Cabinet de St. Pétersbourg et lui prêter son concours auprès de la Porte afin d'assurer la construction des voies ferrées projetées pour le développement économique dans les Balcons.

^a) Vgl. n. 3. Die Verhandlungen über die Balkanbahnen fallen nicht in den Rahmen dieser Veröffentlichung. Das vorliegende Stück wurde nur aufgenommen, weil es zum Verständnis der folgenden Verhandlungen mit Rußland über die Vorbereitung der Annexion notwendig ist. Über den damaligen Stand der Frage vgl. G. P. XXV Nr. 8691 ff. — ^b) Vgl. G. P. XXV S. 361 Nr. 8743. — ^c) Wiener Abendpost vom 14. Feb. 1908 Nr. 37.

Nr. 3. Aide-Mémoire für die russische Regierung, 1. Mai 1908 (dem russischen Botschafter am 3. Mai übergeben).^{a)} Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Dans son aide-mémoire en date du 27 avril dr. l'Ambassade Impériale de Russie, en parlant de la question d'un raccordement transversal avec l'Adriatique,^{b)} avait au nom du Cabinet de St. Pétersbourg exprimé l'espoir que le Gouvernement Impérial et Royal prêterait à ce dernier son concours auprès de la Porte afin d'assurer la construction des différentes voies ferrées projetées pour le développement économique des Balkans. En réponse à cet aide-mémoire le Cabinet de Vienne tient avant tout à constater qu'il reste fidèle à la manière de voir exposée dans le communiqué officiel du 14 février dr.:^{c)} il accueille avec sympathie tous les projets de chemins de fer dans les Balkans, persuadé que la construction de voies ferrées est l'agent le plus puissant du développement économique et de la civilisation en général. Le Baron d'Aehrenthal dans sa conversation avec le Chargé d'Affaires de Russie ne s'est pas écarté de ce point de vue; il a seulement fait remarquer à M. Sverbéew que l'Autriche-Hongrie avait un projet à elle d'un raccordement transversal par la Bosnie et que ce raccordement qui, tout en favorisant l'exportation serbe, était destiné à alimenter les chemins de fer des provinces occupées, l'intéressait naturellement en premier lieu. C'est aussi dans l'ordre d'idées du communiqué du 14 février que le Marquis Pallavicini, muni d'instructions de la part de son Gouvernement, s'était fait entendre vis-à-vis du Grand-Vézir et du Ministre des Affaires étrangères. Cet Ambassadeur qui vient de passer quelque temps en congé, trouvera prochainement à son retour à Constantinople, l'occasion de préciser une fois de plus auprès de la Sublime Porte le point de vue du Baron d'Aehrenthal à l'égard de la question des voies ferrées des Balkans en général. Il a mission de renouveler ses recommandations au sujet des projets de raccordement bulgare et grec, auxquels le Cabinet de Vienne n'a jamais cessé de s'intéresser et d'appuyer de même la demande concernant les travaux d'étude du tracé de Mardare à Stimlja. Le Gouvernement Impérial et Royal serait très heureux si son concours pouvait amener le résultat désiré par le Cabinet de St. Pétersbourg. Ainsi que le Baron d'Aehrenthal a cru devoir le relever mainte fois et comme du reste M. Isvolsky le reconnaît lui-même dans son aide-mémoire, la question des chemins de fer des Balkans n'a qu'un caractère économique et se trouve entièrement en dehors du terrain politique, le seul auquel se rapporte l'entente: il ne paraît donc pas opportun que le Marquis Pallavicini fasse cette démarche conjointement avec son collègue de Russie. Quant à l'avis du Gouvernement Impérial que les études préparatoires pour les différentes lignes de raccordement devraient être commencées simultanément avec celles de la jonction Uvac—Mitrovica, le Cabinet de Vienne ne saurait à son regret souscrire à cette thèse; M. Isvolsky veut bien admettre qu'en demandant à la Sublime Porte un Iradé pour la ligne de raccordement entre les chemins de fer de Bosnie et le réseau turc, nous n'ayons fait usage que de notre bon droit: il va donc de soi qu'il y a une différence essentielle entre la ligne du Sandžak et les autres projets à l'appui desquels on ne saurait invoquer vis-à-vis de la Sublime Porte, l'autorité

d'un traité international. Le Cabinet de Vienne a au reçu de l'Aide-Mémoire du 14 avril constaté avec une entière satisfaction que le Gouvernement Impérial s'est abstenu à Constantinople de toute obstruction au projet austro-hongrois; en prenant acte de ces assurances le Cabinet de Vienne croit devoir faire ressortir qu'il avait toujours cru pouvoir compter même sur une attitude sympathique du Gouvernement Impérial au moment de la réalisation du chemin de fer du Sandžak. Le Cabinet de St. Pétersbourg connaît en effet depuis l'an 1900 notre intention de réaliser le raccordement Uvac—Mitrovica dès que la construction des chemins de fer de Bosnie serait terminée; ce raccordement a aussi fait l'objet d'un entretien du Comte Gołuchowski avec le Comte Lamsdorff lors de la visite de ce dernier à Vienne en 1902;^{d)} c'est au courant de cette même visite que Sa Majesté l'Empereur et Roi reçut en audience l'éminent homme d'Etat russe et lui parla de la grande importance que la question du raccordement Uvac—Mitrovica présentait pour la Monarchie au point de vue culturel et économique; Sa Majesté Impériale et Royale a exprimé en cette occasion l'espoir que nos démarches futures à Constantinople seraient secondées par la Russie dans le cas où elles rencontreraient des difficultés auprès de la Sublime Porte. Pour conclure, le Cabinet de Vienne croit devoir s'arrêter un moment aux énonciations du Cabinet de St. Pétersbourg „quant au désir de se maintenir malgré maintes difficultés sur un terrain d'Entente et de bonne harmonie avec le Cabinet de Vienne“. L'Entente des deux Cabinets s'est manifestée jusqu'à présent par leur étroite collaboration sur la base du programme de Murzsteg^{e)} et par l'activité commune qu'ils exerçaient au nom des deux Puissances les plus intéressées aux affaires des Balkans. Ce rôle spécial étant selon les dernières propositions russes, auxquelles le Cabinet de Vienne n'avait pas cru devoir s'opposer, destiné à disparaître par la substitution des délégués financiers aux agents civils des deux Puissances, il paraîtrait utile de préciser l'idée de cette Entente, telle que le Gouvernement Impérial la comprend aujourd'hui. Si par son interprétation le Cabinet de St. Pétersbourg veut faire entendre qu'il reste fidèle aux principes de désintéressement énoncés d'un commun accord en 1897 par l'Autriche-Hongrie et la Russie,^{f)} le Cabinet de Vienne serait avec plaisir disposé à accepter cette formule. Il lui tient en effet à coeur d'entretenir avec le Gouvernement Impérial des rapports politiques d'amitié et de confiance, convaincu qu'il est que de pareils rapports correspondent seuls aux intérêts monarchiques et conservateurs des deux Pays. C'est précisément pour donner au Gouvernement Impérial une preuve de ses bonnes dispositions que le Gouvernement Impérial et Royal a accepté les propositions russes du mois de mars. Il est aussi prêt, sur l'avis du Cabinet de St. Pétersbourg, à munir l'Ambassade d'Autriche-Hongrie à Constantinople d'instructions conformes au sens de la dépêche du 10 avril, que M. Isvolsky a adressée au Comte Benckendorff.

^{a)} Vgl. n. 4, 5, 9, 15. — ^{b)} Siehe Anm. a zu n. 2. — ^{c)} Wiener Abendpost vom 14. Feb. 1908 Nr. 37. — ^{d)} Vgl. G. P. XVIII Nr. 5504. — ^{e)} L. Bittner, Chronol. Verzeichnis des österr. Staatsverträge, III Nr. 5066. — ^{f)} A. F. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns (Wien 1920) I 78; G. Fr. de Martens, Nouveau recueil général des traités, 3. S. X (Leipzig 1920) 64.

Nr. 4. Tel. des Legationsrates Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 23. Mai 1908 Nr. 98 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bei einem Besuche, den mir heute Herr von Tscharykoff machte, brachte derselbe die Sprache auf die Antwort, die auf das Aide-mémoire Euer Excellenz^{b)} vorbereitet werde. Er äußerte sich dahin, daß in dem russischen Elaborate ausdrücklich betont werden wird, welches große Gewicht die kaiserliche Regierung auf den Fortbestand des Ententeverhältnisses mit Österreich-Ungarn lege. Im Laufe der Jahre, die seit dem Abschlusse der Entente verflossen, hätten sich aber viele Verhältnisse geändert, manches verschwunden, Neues erstanden,^{c)} so daß die damaligen Abmachungen einer Revision bedürftig seien und einer genauen Erläuterung und Präzisierung. In 8 bis 10 Tagen dürfte das Mémoire fertig sein und würde es Herr Iswolsky freudig begrüßen, vor endgiltiger Redaktion einige Punkte desselben mit Graf Berchtold zu erörtern. ... *Russisch-englische Verhandlungen betr. mazedonische und asiatische Fragen ...*

Karl Emil Fürstenberg.

^{a)} Vgl. n. 5. — ^{b)} Vgl. n. 3. — ^{c)} So!

Nr. 5. Tel. nach St. Petersburg, 27. Mai 1908 Nr. 78 (chiff. 5 U 30 p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Telegramm des Prinzen Fürstenberg vom 23. d., No. 98: Da nach dieser Meldung Herr Iswolsky die Absicht zu haben scheint vor endgiltiger Redaction der russischen Antwort auf unser letztes Aide-mémoire einige Punkte derselben mit Euer Exzellenz zu erörtern, möchte ich, wie ich dies Hochdenselben gegenüber bereits mündlich gethan habe, nochmals betonen, daß die Frage der Entente nicht von uns, sondern vom Herrn russischen Minister des Äußern in seinem Mémoire vom 14./27. April aufgeworfen wurde. In meiner Antwort vom 1. Mai habe ich constatirt, daß der Entente in ihrer bisherigen Form, nämlich dem engen Zusammenwirken der beiden Mächte als der am Balcan meist interessirten auf Grund des Mürzsteger Programmes eben durch die letzten, von Rußland ausgegangenen Vorschläge, denen ich mich nicht widersetzen zu sollen glaubte, ein Ende gemacht werde. Ich habe hinzugefügt, daß es unter diesen Umständen nützlich schiene zu präcisiren, wie das Petersburger Cabinet von nun an die Entente auffasse, wenn darunter die Aufrechterhaltung der im Jahre 1897 vereinbarten Principien des Désinteressement verstanden sei, erklärte ich mich gerne bereit diese Formulirung zu acceptiren. Diesen Gedankengang wollen Euer Exzellenz auch bei Ihrer Aussprache mit dem russischen Herrn Minister festhalten und im Übrigen im Sinne meiner mündlichen Instructionen gegenüber etwaigen Anwürfen desselben eine gewisse Reserve beobachten, die mir angesichts der schwankenden und nicht ganz unzweideutigen Haltung Herrn Iswolskys in der letzten Zeit geboten erscheint.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 6.

Nr. 6. Bericht aus St. Petersburg, 20. Mai/2. Juni 1908 Nr. 27 C (eing. 4. Juni).^{a)} Ausfert.

Das hohe Telegramm No. 78 vom 27. v. M., in Betreff der russischen Ausarbeitung eines Memorandums über das Entente-Verhältnis habe ich erhalten. Abgesehen von der ersten Entrevue mit dem Minister des Aeußern nach meiner Rückkehr vom Urlaube bei welcher Letzterer von dieser Angelegenheit Erwähnung tat, mit dem Bemerken gegenwärtig beschäftigt zu sein, die Frage gründlich und gewissenhaft zu studieren, ist das Thema der Entente weder von Herrn Iswolsky noch von Herrn Tscharikoff mir gegenüber berührt worden. Im Sinne der mir mündlich zu Teil gewordenen Weisung habe ich meistenteils keinen Anlaß genommen aus meiner diesbezüglich beobachteten Reserve hervorzutreten. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 9.

Nr. 7. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow in Berlin, 12. Juni 1908 Nr. 857. ^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V.u. G. Aehrenthal).

Für Ihren interessanten Brief vom 20. April^{b)} aus Venedig erlaube ich mir, Ihnen meinen herzlichsten Dank und zugleich auch meine Freude über die günstigen Eindrücke auszusprechen, die Sie diesmal aus Italien mitgenommen haben. Insbesondere haben mich Ihre Beobachtungen über die wahrnehmbare Besserung des Verhältnisses zu uns und über das in Italien zunehmende Verständniß, daß es in Balkanfragen mit uns und Deutschland zusammengehen müsse, mit Genugthuung erfüllt. Ich kann also wohl bei meiner Auffassung bleiben, dass wir mit Herrn Tittoni im Ganzen zufrieden sein können, da er ein verständiger und relativ zuverlässiger Staatsmann ist. Dabei ist mein Vertrauen in seine Politik aber doch nicht unbeschränkt, weil ich ja nicht übersehen kann, dass man in Rom die Beziehungen mit Paris und London sorgfältig pflegt, sondern auch merkbare Annäherungen an Petersburg versucht. Die letztern allzu ernst zu nehmen scheint mir vorläufig nicht erforderlich zu sein. Russland ist kaum schon in der Lage, eine activere Politik zu inauguriren. Man dürfte dort sehr bald, wenn nicht schon jetzt, das Gefühl bekommen, dass es notwendig ist, mit uns im Einvernehmen zu bleiben, wenn die Balkanangelegenheiten sich in einem halbwegs ruhigen Tempo weiterentwickeln sollen. Die letzte Rede Herrn Tittonis^{c)} hat unter nachdrücklicher Betonung des Bundesgedankens in eine warme Huldigung für Seine Majestät den Kaiser, meinen Allergnädigsten Herrn, ausgeklungen. Ich habe ihm hiefür meine Befriedigung aussprechen lassen. Was seine Ausführungen über die Fragen des nahen Orients betrifft, so hat er sich wohl als Meister erwiesen, Wahrheit und Dichtung geschickt durcheinander zu mischen. Aus tactischen Gründen habe ich es nicht für angezeigt erachtet, den zahlreichen Unrichtigkeiten seiner Rede entgegen zu treten, sondern mich damit begnügt, gewisse für die hiesige öffentliche Meinung wichtige Punkte zu präcisiren. ... *Verschiedene mit der diplomatischen Vorbereitung der Annexion nicht zusammenhängende Angelegenheiten* ...

^{a)} Vgl. n. 18. — ^{b)} Nicht aufgenommen, weil mit der diplomatischen Vorbereitung der Annexion nicht zusammenhängend. — ^{c)} Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1908, S. 356.

*Nr. 8. Privatschreiben aus London, 26. Juni 1908 (eing. 29. Juni).
Eigh. Ausfert.*

Als ich vorgestern mit Hardinge über Iswolsky sprach von dem er trotz aller Freundschaft keine besonders hohe Meinung zu haben scheint und im Laufe des Gespräches von seiner Ambition und Eitelkeit die Rede war, ergab sich für mich eine Gelegenheit, die Frage einzuwerfen, ob Iswolsky in seinem Bestreben, eine große Rolle zu spielen, vielleicht mit irgend einer Anregung betreffs Dardanellenfragen hervorgetreten sei. Hardinge verneinte dies entschieden und bemerkte nur, das sei eine Frage welche nicht England sondern alle Signatar Mächte angehe. Ich bin nicht weiter bei diesem Thema verblieben, weil ich nicht den Eindruck erwecken wollte, daß Iswolsky uns gegenüber diese Frage berührt hätte.^{a)}

Mensdorff.

^{a)} Dies war, wenigstens nach dem Befund der Akten, auch nicht der Fall.

Nr. 9. Aide Mémoire des russischen Ministeriums des Äußern; St. Petersburg, 19. Juni/2. Juli 1908 (vom russischen Botschafter in Wien am 6. Juli 1908 übergeben).^{a)} Ausfert.

Le Gouvernement Impérial n'a pas manqué de soumettre à un examen attentif l'Aide-Mémoire que Son Excellence le Baron d'Aehrenthal a communiqué à l'Ambassadeur de Russie à Vienne le 1^{er} mai dernier. Ce document traite de trois questions distinctes: celle des chemins de fer balcaniques, celle de l'entente établie entre la Russie et l'Autriche-Hongrie en 1897 et celle des réformes macédoniennes.

I^o Chemins de fer balcaniques.^{b)}

Afin d'écarter tout malentendu le Gouvernement Impérial tient, avant tout, à préciser les points suivants: En s'abstenant de contrecarrer les démarches faites par le Baron d'Aehrenthal en vue d'obtenir la concession de chemin de fer du sandjak, le Gouvernement Impérial n'a nullement entendu se placer à un point de vue juridique ni toucher à l'article 25 du Traité de Berlin, dont le texte peut donner lieu à diverses interprétations et contestations. Afin de donner à l'Autriche-Hongrie une preuve sincère de son bon vouloir, il s'est borné à considérer que l'entente de 1897 n'ayant établi aucune restriction quant à l'activité économique des parties contractantes, le Gouvernement austro-hongrois était en droit de rechercher sur la péninsule balcanique une concession utile au développement de ses intérêts économiques, de même que toutes les autres Puissances, et en première ligne les Puissances balcaniques, ont le droit de rechercher sur la même péninsule les concessions de chemins de fer qui leur sont favorables. En adoptant ce point de vue M. Iswolsky se montrait beaucoup moins intransigeant que ses prédécesseurs. En effet, lorsqu'en 1900 le bruit avait couru que l'Autriche-Hongrie voulait prolonger son réseau balcanique jusqu'à Mitrovitz, l'Ambassadeur de Russie à Vienne fut chargé de déclarer au Gouvernement austro-hongrois que le Gouvernement Impérial envisagerait l'accomplissement de ce projet comme une infraction au statu

quo dont le maintien était visé par l'entente de 1897. Quant à l'échange de vues se rapportant à l'année 1902, dont fait mention l'Aide-Mémoire du Baron d'Aehrenthal, aucune des pièces se rapportant à cette époque qui se trouvent dans les archives du Ministère Impérial n'est de nature à faire supposer que cet échange de vues ait eu pour résultat de modifier l'opinion du Cabinet Impérial sur le projet susmentionné. Ceci une fois établi, le Gouvernement Impérial prend acte avec la plus vive satisfaction de la déclaration du Cabinet de Vienne que celui-ci reste fidèle à la manière de voir exposée dans le communiqué officiel du 14 février dr., à savoir qu'il accueille avec sympathie tous les projets de chemin de fer dans les Balkans, persuadé que la construction de voies ferrées est l'agent le plus puissant du développement économique et de la civilisation en général. Aussi le Gouvernement Impérial se plaît-il à espérer que lorsque le syndicat international qui s'est constitué dans le but d'entreprendre la construction et l'exploitation d'une ligne qui réunirait le Danube à l'Adriatique en passant par le point-frontière serbe Mardaré adressera à la Sublime Porte d'abord une demande pour l'étude du tracé et ensuite une demande de concession, le Cabinet de Vienne voudra bien appuyer ces démarches. Il est bien entendu que, de son côté, le Gouvernement Impérial continuera à s'abstenir de toute obstruction au projet de raccordement Uvatz—Mitrovitza.

2° Entente de 1897.

L'interprétation que le Cabinet de Vienne a bien voulu donner aux déclarations concernant l'entente entre la Russie et l'Autriche-Hongrie contenues dans l'Aide-Mémoire russe du 27 avril dr. est entièrement conforme à la pensée du Gouvernement Impérial. Celui-ci reste fidèle aux principes de désintéressement énoncés d'un commun accord en 1897,^{c)} et nous constatons avec plaisir que cette formule est entièrement et également acceptable à la Russie et à l'Autriche-Hongrie. Il nous paraît en même temps désirable de définir d'une manière plus précise certains points de cette entente, ce qui pourrait servir à écarter des malentendus et à donner à tout l'accord plus de valeur pratique et de stabilité. Nous devons reconnaître en premier lieu l'entière conformité de vues qui continue à exister entre le Gouvernement Impérial et le Gouvernement austro-hongrois au sujet de la nécessité de maintenir le statu quo actuel aussi longtemps que les circonstances le permettront et de la possibilité d'une entente entre la Russie et l'Autriche-Hongrie pour parer aux éventualités qui pourraient surgir sur la presque île balcanique. (Dépêche du Comte Gołuchowski au Prince Liechtenstein du 8 mai 1897.)^{c)} Dans cet ordre d'idées il pourrait être convenu d'une manière explicite que le statu quo actuel comprend la jonction des lignes ferrées ottomanes en Macédoine avec celles de la Bosnie à travers le sandjak de Novipazar, ainsi qu'avec d'autres lignes balcaniques aboutissant au littoral de l'Adriatique. Il serait entendu, en même temps, que le sandjak de Novipazar s'étend au delà de Mitrovitza jusqu'au bourg Voutchitrn et les hauteurs de Kopaonik et Mokra-Planina. Le statu quo actuel dans le sandjak de Novipazar comprendrait également la continuation du fonctionnement de l'administration ottomane dans ces limites ainsi que la présence des

garnisons austro-hongroises dans les localités de ce sandjak, dans lesquelles ces garnisons sont tenues actuellement. Nous croyons devoir pleinement maintenir les différentes réserves formulées par le Comte Mouraview dans sa Note au Prince Liechtenstein du 5 mai 1897^{c)} et se rapportant aux diverses questions traitées dans la dépêche du Comte Gołuchowski du 26 avril/8 mai^{c)} de la même année; nous continuons, notamment, à être d'avis que la question de la modification de l'état de choses établi par l'article 25 du Traité de Berlin, c'est-à-dire l'annexion de la Bosnie, de l'Herzégovine et du sandjak de Novipazar, a un caractère éminemment européen et n'est pas de nature à être réglée par une entente séparée entre la Russie et l'Autriche-Hongrie. Nous sommes prêts, d'autre part, à reconnaître que la même réserve s'applique à la question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits. Néanmoins, vu l'extrême importance qu'il y aurait pour les deux pays de voir les deux questions susmentionnées réglées conformément à leurs intérêts réciproques, le Gouvernement Impérial serait prêt à en accepter la discussion dans un esprit d'amicale réciprocité. Quant aux autres parties de l'entente de 1897, elles restent, comme par le passé, l'expression exacte des vues du Gouvernement Impérial, lequel se plaît à constater que le Gouvernement austro-hongrois, ainsi qu'il appert de son Aide-Mémoire du 1^{er} mai dr., envisage l'entente de 1897 de la même façon; enfin le Gouvernement Impérial russe tient de son côté à conserver avec le Gouvernement austro-hongrois les rapports les plus amicaux et les plus confiants, en pleine harmonie avec les intérêts monarchiques et conservateurs des deux pays.

3° Réformes macédoniennes.^{d)}

Le Cabinet Impérial prend acte avec la plus vive satisfaction de la déclaration du Gouvernement austro-hongrois qu'il est prêt à munir l'Ambassade d'Autriche-Hongrie à Constantinople d'instructions conformes au sens de la dépêche du 10 avril adressée au Comte Benckendorff.^{d)} Cette dépêche ayant donné lieu à un échange de vues subséquent entre les Cabinets de St. Pétersbourg et de Londres, certains points du programme de réformes qui s'y trouve contenu ont été précisés et éclaircis, sans subir d'ailleurs de modifications essentielles. Le Ministère Impérial est occupé actuellement à établir une rédaction définitive du programme susmentionné qu'il ne manquera pas de communiquer en premier lieu au Cabinet de Vienne et qu'il espère voir adopté par tous les Cabinets comme base d'une future action commune à Constantinople.

^{a)} Vgl. n. 6, 15, 32, 40, 48, 57, 75, 281, 337, 388, 444, 465, 769 Beilage, 1068, 1133, 1788, 1807. — ^{b)} Siehe Anm. a zu n. 2. — ^{c)} Pribram, a. a. O. I 78; Martens N. R. G. 3. S. X 64. — ^{d)} Vgl. Anm. b zu n. 1 und G. P. XXV Nr. 8790.

*Nr. 10. Tel. nach Rom, 3. Juli 1908 Nr. 53 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. u. G. Szápáry).*

Ich wäre mit 26. oder 27. August als Zeitpunkt meiner Begegnung mit Herrn Tittoni einverstanden. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 11.

*Nr. 11. Tel. aus Rom, 5. Juli 1908 Nr. 105 (eing. 6. Juli 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 53. Infolge eines für die ersten Tage August angesetzten Ministerrates muß Herr Tittoni seine Abreise um einige Tage verschieben. Salzburg ist ihm als Begegnungsort durchaus sympathisch und bittet er Euer Excellenz, selbst den Tag zu bestimmen. Je nachdem die Entrevue vor oder nach seinem mährischen Sejour stattfindet, würde er sich entweder zwischen 20.—23. oder aber zwischen 27.—30. zur Verfügung halten. Falls dies Euer Excellenz konvenieren sollte, wären ihm der 21. oder 29. vielleicht die erwünschtesten Tage, doch möchte er dieses ganz dem Ermessen Hochderselben anheimstellen. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 13.

Nr. 12. Bericht des Stellvertreters des Chefs des Generalstabes, Generalmajor Rudolf Langer, an den Chef des Generalstabes, ohne Datum (eing. mit Einsichtsstück des Kriegsministeriums vom 6. Juli 1908 Nr. 5951 am 7. Juli). Abschrift.

... Politische Verhältnisse im Okkupationsgebiete ...

Äußerungen von Beamten der Landesregierung.

Sektionschef Hörmann:

Er und alle Beamten sind darüber erbittert, daß sie gegen die serbischen Angriffe vom gemeinsamen Ministerium nicht unterstützt wurden und auch bisher keine Satisfaktion bekommen haben. Anonyme briefliche Drohungen gegen sein Leben nimmt Sektionschef Hörmann ernst. Er bestätigt, daß die Beamten kein Selbstvertrauen haben und daß Unsicherheit der Auffassung platzgegriffen hat. Er selbst ist angesichts des Verhaltens des gemeinsamen Finanzministeriums gegen ihn auch unsicher geworden. Rolle des Br. Pitner (Kreisvorstand von Mostar) ist unsicher. Die Bauernmasse ist noch nicht illoyal: „positive Einflußnahme“ und materielle Hebung ist erforderlich. Das Besitzrecht der Monarchie auf Bosnien betont Sekt. Ch. Hörmann wohl gesprächsweise, aber nur bei kleineren Anlässen. Rolle der Türken: Erpressungspolitik. Auf meine Frage, ob die in der Otačbina-Affaire bekundete Energie fort dauern wird, gibt er zur Antwort: er hoffe es; sollte er sich täuschen, dann gehen er und Benko in Pension. Er hat mir Photographien von Briefen des Spalajković und des serbischen Preßbureaus an die „Srpska rieč“ gezeigt, die unzweifelhaft feststellen, daß die bosnische Bewegung von Belgrad aus geleitet wird. Auf Grund dieser Briefe und der brieflich eingeholten Zustimmung des Br. Kutschera ist die Ausweisung Talltov's und Vasiljevič's geschehen...

*Nr. 13. Tel. nach Rom, 8. Juli 1908 Nr. 56 (chiffr. 1 U. p. m.).^{a)} Konz.
(S. u. G. Szápáry).*

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 105. Von den beiden von Herrn Tittoni für unsere Begegnung vorgeschlagenen Tagen gebe ich dem 29. August den Vorzug.
Achrenthal.

^{a)} Vgl. n. 14.

Nr. 14. Tel. aus Rom, 10. Juli 1908 Nr. 106 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 56. Herr Tittoni ist mit 29. August ganz einverstanden und wird sich an diesem Tage in Salzburg zur Disposition Euer Exzellenz halten. Lützow.

Nr. 15. Tel. nach St. Petersburg; Semmering, 14. Juli 1908 ohne Nummer (chiffr. 2 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Es ist mir nicht bekannt aus welcher Quelle die von den Tagesblättern gebrachte und vielfach erörterte Nachricht von einem Besuch des Herrn Iswolsky in Wien stammt. Nachdem Fürst Ouroussoff mir gegenüber bei seiner Rückkehr aus Paris, in positiver Weise von einer Cur des Herrn Iswolsky in Karlsbad und von einem nachfolgenden Aufenthalte in Wien gesprochen, habe ich keinen Grund gehabt, der bewußten Nachricht entgegenzutreten. Wahrscheinlich ist diese russischerseits zu dem Ende lancirt worden, um die öffentliche Meinung speciell bei uns für andere Entrevuen (zum Beispiel der in Desio mit Herrn Tittoni) vorzubereiten. Sollte Herr Iswolsky das Thema berühren, so können Sie ihm in meinem Namen sagen, daß ich eine Gelegenheit der Begegnung und Aussprache mit Freuden begrüßen würde.

Streng vertraulich: Vor einer Woche hat Fürst Ouroussoff ein aide-mémoire seiner Regierung^{b)} mitgetheilt, welche^{c)} sich als Antwort auf das ihm am 1. Mai übergebene Memorandum darstellt (Behandlung der Balkan-Bahnen und Präcisirung der Entente unter den jetzigen veränderten Verhältnissen). Wenn auch das russische aide-mémoire mehrere nicht ganz einwandfreie Stellen und für uns nicht annehmbare Anschauungen enthält und, im Hinblick auf den wiederherzustellenden Accord, Rußland den Löwenantheil sichern möchte, so ist das Schriftstück unverkennbar von dem Geiste des Einlenkens und Entgegenkommens beeinflußt. Ich werde die für die weitere Gestaltung der Beziehungen der Monarchie zu Rußland sehr wichtigen Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und meine Erwiderung durch Euer Excellenz zur Kenntniß der kaiserl. Regierung bringen. Der nächste Courier wird den Text des russischen Aide-mémoire überbringen.^{d)} Sie können aber schon jetzt dem Herrn russischen Minister des Aeussern meine Befriedigung über die vertrauensvolle Art aussprechen, mit welcher er seine Vorschläge vorgebracht hat. Aus meiner Erwiderung würde Herr Iswolsky ersehen, daß auch ich großen Werth auf Klarstellung und Befestigung der bisherigen beide Reiche verbindenden Freundschaft lege. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 16. — ^{b)} Vgl. n. 9. — ^{c)} So!. — ^{d)} Laut Bericht vom 4. Juli 1908, Nr. 30 G, hatte Graf Berchtold schon am 3. Juli von Iswolsky eine Abschrift dieses Aide Mémoire erhalten.

Nr. 16. Tel. aus St. Petersburg, 15. Juli 1908 Nr. 116 (eing. 16. Juli 9 U. a. m.). Entziff.

Bezugnehmend auf hohes Telegramm ddto. Semmering, 14. d. Mts. Herr Iswolsky kam heute auf Zeitungsgerüchte über seine angebliche Begegnung mit Euer Excellenz zu sprechen, deren Ausgangspunkt ihm

unbekannt sei. Auf meine im Sinne der bezogenen telegrafischen Instruktionen abgegebenen Äusserungen meinte Minister, daß auch er Begegnung mit Euer Excellenz freudig begrüssen würde. Minister beabsichtigt 15. August n. St. direkt nach Karlsbad zu dreiwöchentlicher Kur zu fahren. Angabe Fürst Urussows von nachfolgendem Aufenthalte in Wien nicht richtig. Weitere Projekte überhaupt noch unbestimmt und von Dispositionen Seiner Majestät des Kaisers abhängig. Berchtold.

Nr. 17. Privatschreiben aus Berlin, 17. Juli 1908 (eing. 19. Juli).a)
Ausfert.

Herr von Tschirschky hat dem Staatssekretär geschrieben, Euere Excellenz würden voraussichtlich um den 20. August in Salzburg mit Herrn Tittoni zusammentreffen. Als Herr von Schoen mir dies erzählte, fügte er hinzu, da er sich zu jener Zeit bereits auf Urlaub, auf seinem Besitze in Berchtesgaden befinden werde, so könnte er eventuell zur Entrevue herüberkommen. Eine derartige Manifestation des Dreibundes schiene ihm einestheils sehr opportun, andererseits verhehle er sich aber nicht, dass sie ebenso gut allarmirend wirken könnte; ausserdem wisse er wohl, dass die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien eine besondere Behandlung erheischen, und schliesse er die Möglichkeit nicht aus, dass es Euerer Excellenz gelegener sein könnte, mit Herrn Tittoni allein zusammen zu treffen. Er wolle daher mit einem Projekte noch nicht an Euere Excellenz herantreten; vielleicht könnte er gegebenen Falles Euere Excellenz und den Herrn italienischen Minister des Äussern auf seinen, nur eine Fahrstunde von Salzburg entfernten Landsitz zum Déjeuner oder Diner einladen. Der Staatssekretär beabsichtigt Euerer Excellenz hierüber seiner Zeit selbst zu schreiben und Hochdieselben zu bitten, ihm ganz aufrichtig Hochderen Ansicht bekannt zu geben. Herr von Schoen hat auch dem italienischen Botschafter von der ihm zugekommenen Mittheilung über die beabsichtigte Entrevue in Salzburg Kenntniss gegeben und ihn auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass er sich zu jener Zeit daselbst in nächster Nähe aufhalten werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 21.

Nr. 18. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bülow;
Norderney, 23. Juli 1908.a) Ausfert.

Ich benutze die Ruhe am Meeresstrand, um Ihnen bestens zu danken für Ihren liebenswürdigen Brief vom 12. v. M., dessen Inhalt mich lebhaft interessiert hat und der mir einen neuen und erfreulichen Beweis dafür liefert, dass zwischen uns in allen wichtigen Fragen Uebereinstimmung herrscht. Insbesondere unterschreibe ich, was Sie über Italien und Tittoni sagen. Mit Genugthuung habe ich daher Ihren Schritt begrüsst, Italien tunlichst auf eine konservative Balkanpolitik festzulegen. Die Antwort Tittonis erscheint mir dazu geeignet, den au fond wohl zweifellos vorhandenen italienischen Neigungen, sich in der mazedonischen Reformfrage England und Russland gegenüber recht gefällig zu erweisen, einen

wirksamen Riegel vorzuschieben. Es wird interessant sein zu beobachten, wie Tittoni sich nunmehr aus der Affaire ziehen wird. ... *mazedonische Reformen*...^{b)} Was Russland anlangt, so nehme ich mit Ihnen an, daß es zu Inaugurierung einer aktiveren Politik zur Zeit kaum in der Lage ist. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich diese Ansicht auch in St. Petersburg mehr und mehr befestigte und dort zu der Ueberzeugung führte, dass ein Zusammengehen mit den alten konservativen Freunden den russischen Interessen mehr entspricht, als ein zu eifriges Nachlaufen hinter dem radikalen Westen... *mazedonische Reformen* ... Nach diesem Vorgange sehe ich den weiteren russischen Vorschlägen mit um so grösserer Ruhe entgegen, als ich zu Ihrer sachlichen und einsichtigen Beurteilung der gerade jetzt an uns herantretenden Probleme volles Vertrauen habe. Soweit Ihnen die russischen Vorschläge unbedenklich erscheinen, werden wir sie, wie ich denke, wohl auch akzeptieren können. Andererseits dürften wir voraussichtlich auch nur dasjenige ablehnen, was etwa nach Ihrer Ansicht zu Komplikationen auf dem Balkan Anlass bieten könnte. Der leitende Gedanke unserer Orientpolitik wird wie bisher so auch in Zukunft darin gipfeln, den Wünschen und Interessen des österreichisch-ungarischen Freundes und Bundesgenossen gerecht zu werden. ... *Adria-Bahn*.^{c)} *Legitimationszwang für galizische Arbeiter* ... Bülow.

a) Vgl. n. 89. — b) Vgl. Anm. b zu n. 1. — c) Vgl. Anm. a zu n. 2.

Nr. 19. Tel. nach St. Petersburg, 24. Juli 1908 Nr. 89 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).

Der russische Botschafter hat mich dieser Tage am Semmering aufgesucht, um mir die von Herrn Iswolsky auch Euer Excellenz übergebenen Vorschläge betreffs Mazedoniens mit dem Bemerken einzuhändigen, daß diese Mitteilung eine streng vertrauliche sei und außer an uns nur an das englische Kabinett erfolge. Die Äußerungen, mit welchen Fürst Urussow diese Übergabe namens seines Ministers begleitete, bewegten sich im Rahmen der von Euer Excellenz einberichteten Bemerkungen Herrn Iswolsky's (Bericht No. 31 A).^{b)} Ich dankte für die Mitteilung mit der Versicherung, daß ich die Vorschläge auf das sorgfältigste und, soweit dies eben thunlich sei, mit Beschleunigung prüfen würde, und dies in demselben Geiste des Entgegenkommens und der Konziliation, den ich den früheren russischen Propositionen gegenüber bereits an den Tag gelegt hätte. Ich sei jedoch gleichzeitig bemüht, auf die allgemeine Situation hinzuweisen, wie sie sich gegenwärtig mit Bezug auf die Reformaktion darstelle. Bei Beginn derselben sei das Bestreben der Mächte dahin gegangen, den Klagen der christlichen Bevölkerung der drei Vilajets über die Gewaltthaten und Bedrückungen der Behörden und der Mohammedaner abzu- helfen, was in einem gewissen Grade auch gelungen sei. Darauf folgte der Kampf der christlichen Nationalitäten unter einander in Form des Banden- unwesens, mit welchem sich zuletzt der neueste englische Vorschlag beschäftige. Nun trete aber ein ganz neues Moment in die Erscheinung, nämlich eine tiefgehende Bewegung zunächst unter den Truppen, dann

aber unter den Mohammedanern überhaupt, ganz besonders unter den Albanesen, eine Bewegung, welche immer weitere Kreise zieht und schon heute über das Reformgebiet hinausgreift. Die weitere Entwicklung derselben lasse sich heute nicht vorhersagen; allein es sei klar, daß sie unter Umständen direkt die Person des Sultans in Mitleidenschaft ziehen, ja auch über die Grenzen des Reiches hinüberschlagen könnte. Die Situation sei also heute eine wesentlich andere als noch vor kurzem. Während wir früher einen erkrankten Körperteil durch eine lokale Behandlung zu heilen versuchten, zeigten sich nun plötzlich ganz neue Krankheitssymptome, welche den gesamten Organismus zu ergreifen scheinen. Eine Fortsetzung unserer Heilungsversuche in Mazedonien ohne jede Rücksicht auf den Zustand des Ganzen könnte die gefährlichste Krise heraufbeschwören. Ich sei also der zuversichtlichen Hoffnung, daß der Herr russische Minister des Äußern sich mit mir in der Auffassung begegne, daß ein intempestives Eingreifen gegenwärtig äußerst gefährlich wäre und daß es geboten erscheine, den weiteren Verlauf der Dinge in Mazedonien und Constantinopel abzuwarten und nichts zu unternehmen, was die dortige Situation noch erschweren würde. Diesen Gesichtspunkten, welche ich dem Herrn russischen Botschafter gegenüber ausführte, möchte ich noch Folgendes hinzufügen: In dem geheimen Aide-Mémoire vom 19. Juni/2. Juli, dessen Beantwortung ich mir vorbehalten habe, akzeptiert Herr Iswolsky meine Interpretation, daß beide Cabinette „restent fidèles aux principes de désintéressement énoncés d'un commun accord en 1897“. Angesichts der in der Türkei nun ausgebrochenen Bewegung und der Konsequenzen, welche ihre weitere Entwicklung möglicherweise mit sich bringen kann, hielt ich es für angemessen und ganz im Geiste jener von uns vereinbarten Prinzipien, daß beide Cabinette darin übereinkommen, sich einer Intervention im nahen Oriente — außer einer vorherigen gegenseitigen Verständigung — zu enthalten. Selbstverständlich würde sich diese Vereinbarung nur auf den Fall beziehen, daß die Ereignisse sich überstürzen sollten und hätte keinen Einfluß auf die Fortsetzung der Reformaktion. Ein derartiger Accord würde eine sichere Basis dafür abgeben, daß beide Regierungen, wie dies dem von Herrn Iswolsky und mir ausgesprochenen Wunsche entspricht, in konservativem Sinne auch weiter zusammen arbeiten und ihren vereinten, mächtigen Einfluß auf die anderen Kabinette ausüben könnten. Euer Excellenz wollen sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen dem Herrn Minister des Äußern gegenüber aussprechen. Ihrer bezüglichen Berichterstattung sehe ich mit Interesse entgegen.

Zu Euer Excellenz persönlicher Information: Ich halte es nicht für opportun, eine von Iswolsky in seinem Briefe an Urussoff gemachte und mir von letzterem wiederholte Bemerkung, daß im Falle der Nichtannahme der Vorschläge „la Russie pourrait se ranger à un autre groupe de puissances“ zu relevieren. Dieselbe ist offenbar als Drohung gedacht gewesen und für die Methoden Herrn Iswolsky's charakteristisch. Euer Excellenz haben diese Methode durchschaut, indem Sie in Ihrer Berichterstattung darauf hinwiesen, es käme dem russischen Minister des Äußern bei der Mitteilung seines Projektes an uns in erster Linie darauf an, sich einen diplomatischen

Erfolg zu sichern. Mit der Andeutung, Rußland würde im Falle der Nichtunterstützung seitens Österreich-Ungarns gezwungen sein, sich einer anderen Gruppe von Mächten anzuschließen, was zur Verschärfung der Lage beitragen könnte, verfolgt Herr Iswolsky den Zweck, uns zu verstehen zu geben, daß er sich für einen möglichen Nichterfolg bereits salviert habe. Im Hinblick auf die wesentlich geänderte Situation werde ich, wie gesagt, auf diese eigentümliche Sprache vorläufig nicht reagieren. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 20, 2084 Anm. d. — ^{b)} Vom 3./16. Juli. Betrifft die neuen Vorschläge zur mazedonischen Reformaktion (vgl. G. P. XXV/2 Nr. 8857 ff.) und wurde daher im Sinne der für die Veröffentlichung festgesetzten Richtlinien nicht aufgenommen.

Nr. 20. Tel. aus St. Petersburg, 27. Juli 1908 Nr. 120 (eing. 9 U. 30 M. p. m.)^{a)} Entziff.

Ministre des affaires étrangères étant absent depuis quelques jours à bord du Standard avec Sa Majesté l'Empereur et ne rentrant en ville que mercredi, j'ai communiqué à son adjoint le contenu du télégramme de Votre Excellence en date du 24 juillet No. 89. M. Tscharykow a pris acte de l'information en question en observant qu'il n'avait pas qualité de se prononcer sur le fond, mais qu'il constatait avec satisfaction „l'esprit d'amitié, de conciliation et de bon voisinage“ qui paraît avoir dicté communication de Votre Excellence.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 22, 35.

Nr. 21. Privatschreiben nach Berlin; Semmering, 30. Juli 1908 Nr. 430 C. d. M.a). Konz. (S. Kinsky; V. u. G. Aehrenthal).

Euer Excellenz haben mir in Ihrem Privatschreiben vom 17. d. M. die Mitteilung gemacht, dass Herr von Schoen geneigt wäre, anlässlich meiner bevorstehenden Entrevue mit Herrn Tittoni eventuell auch nach Salzburg zu kommen. Obgleich ich jede Manifestation des Dreibundes nur mit Freude begrüßen kann, teile ich doch die Ansicht Herrn von Schoens, dass eine solche Kundgebung allarmierend wirken könnte, und es bei der jetzt in Europa herrschenden Unruhe vielleicht vermieden werden sollte, den Dreibundgedanken allzusehr in Evidenz zu stellen. Auch wird sich der Herr Staatssecretär bei seinem richtigen Verständnisse für die Stellung Tittonis in seinem eigenen Lande der Erwägung nicht verschließen, dass es diesem vielleicht angenehmer sein dürfte, in Salzburg mit mir allein zusammenzutreffen. Aus den erwähnten Gründen möchte ich womöglich davon absehen, an den Herrn italienischen Minister des Äussern im Sinne der Anregung Herrn von Schoens heranzutreten. Übrigens ist — wie ich aus dem Schlusssatze Euer Excellenz Schreibens ersehe — Herr Tittoni durch Ihren italienischen Kollegen verständigt worden, dass Herr von Schoen von unserer geplanten Zusammenkunft in Salzburg Kenntnis hat und um diese Zeit auf seinem Landsitz bei Berchtesgaden weilen wird. Demnach dürfte vielleicht Herr Tittoni selbst den Wunsch äussern, den Staatssecretär bei dieser Gelegenheit aufzusuchen. Zum Schlusse möchte

ich noch wiederholen, dass wir zwar nach wie vor an dem bisherigen Gedanken eines innigen österreich-ungarisch-deutschen Bündnisses treu festhalten, es uns jedoch nicht opportun erscheint, diese Intimität zu sehr zur Schau zu tragen, zumal gerade in jüngster Zeit gegen die Ziele unserer Politik so grundlose Verdächtigungen ausgestreut werden.

a) Vgl. n. 59.

*Tel. nach Berlin, 4. Aug. 1908 Nr. 69 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 23.*

*Tel. nach Konstantinopel, 4. Aug. 1908 Nr. 131 (chiffr. 12 U. 40 M. p. m.).
Siehe n. 23.*

*Nr. 22. Privatschreiben nach Konstantinopel; Semmering, 4. Aug. 1908.^{a)}
Abschrift der eigenhändigen Ausfert. Aehrenthals.*

Die Ereignisse in der Türkei haben in den letzten Wochen eine derartig rapide Entwicklung genommen, dass es schwer fällt, sich mit denselben in einem kurzen Schreiben erschöpfend zu befassen. Ich will mich heute bloß mit der Rückwirkung des Sieges der jungtürkischen Bewegung auf unser Verhältnis zur Türkei, zu den Mächten und auf unsere eigenen Interessen (Bosnien) beschäftigen. Das Pronunciamento der türkischen Armee hat die zunehmende Spannung in den Beziehungen der Mächte unter einander, für den Augenblick wenigstens, abgeschwächt. Die Kabinette von London und St. Petersburg stehen vor einem diplomatischen Misserfolge, während wir mehr Voraussicht gezeigt und die reformwütigen Mächte auf die drohenden Gefahren wiederholt und eindringlich aufmerksam gemacht haben.^{b)} Wie Du aus meinen Telegrammen ersehen, stimmen unsere Ansichten grundsätzlich überein. Von einer Fortsetzung der Reformen kann jetzt keine Rede sein; unter uns gesagt, bin ich Deiner Meinung, dass die Action definitiv gescheitert ist. Es wäre aber nicht klug unsererseits gehandelt, wenn wir dies schon heute verkünden würden — nicht klug mit Rücksicht auf die Türkei, nicht klug wegen der Rückwirkung auf einige durch ihre Kurzsichtigkeit blamierte Kabinette. Diese Note wird auch von unserer Presse angeschlagen. Von einer Einmischung der Mächte kann ebenfalls nicht die Rede sein. Das Ziel meiner Politik ist das der Nicht-Intervention und hoffe ich, dass die anderen Kabinette diesem Programme treu bleiben werden. Aber auch wenn die eine oder die andere Macht wieder Erwarten sich zu einer Einmischung entschliesse, wird das nicht notwendigerweise auf unsere Stellungnahme zurückwirken müssen. ... *Mazedonien,^{b)} Albanien* ... In der gegenwärtigen Krise bedeutet Bosnien und die Garnison in Plevlje eine grosse Sorge. Die Verfassungsfrage wird bereits heute in den Zeitungen leidenschaftlich diskutiert und derselben dürfte durch eine hinhaltende dilatorische Politik nicht beizukommen sein. Andererseits bin ich der Überzeugung, dass die Gewährung von politischen Freiheiten an diese Länder nur dann politisch geraten wäre, wenn der letzte Zweifel über ihre Zugehörigkeit gelöst. Unsere Gebirgs-

brigade in Sandschak befindet sich wie in der Luft. Was machen unsere Truppen, wenn sich Alt- und Jungtürken unter ihren Augen raufen oder wenn es zu einem Christenmassacre durch die Mohammedaner kommt?! Ich will eine Politik der skrupulösesten Nicht-Einmischung befolgen, und irgend ein Zufall, ein Überfall, ein partielles Missgeschick einer Unterabteilung kann das Gegenteil bewirken. Am Liebsten würde ich die Brigade an die Drina-Linie zurücknehmen, aber selbstverständlich wäre eine solche Verfügung nur in Verbindung mit einer anderen einschneidenden Massnahme zu vertreten und zu verantworten. ... *Persönliches* ...

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 20, 23, 33, 47. — ^{b)} Vgl. Anm. b zu n. 1 und G. P. XXV/2 Nr. 8869, 8870.

Nr. 23. Tel. nach Rom Nr. 67 (1), Berlin Nr. 69 (2) und Konstantinopel Nr. 131 (3), 4. Aug. 1908 (chiffre. 12 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1.—3. Geheim. Im Auftrage Herrn Tittonis hat der Herzog von Avarna unter Bezugnahme auf die ernste Situation in Constantinopel hier mitgeteilt, dass die kön. Regierung in Gemäßheit der Bestimmungen des Allianzvertrages, welche durch spätere gegenseitige Erklärungen bekräftigt worden seien, keinen Schritt unternehmen und keine Initiative ergreifen werde, ohne sich mit den verbündeten Regierungen berathen zu haben. Ich danke dem Herrn Botschafter für diese Eröffnung, die mich mit lebhafter Befriedigung erfülle. Ganz in diesem Sinne hätte ich gehandelt, als es sich kürzlich um eine möglichst identische Stellungnahme der drei verbündeten Regierungen zu dem (inzwischen suspendirten) englischen Vorschlage betreffs der Bildung eines mobilen Corps zur Bandenverfolgung gehandelt hat. Was die neuesten Ereignisse in der Türkei betreffe, so könne ich dem Herrn Botschafter, nach eingeholten Befehlen S. M. meines allergnädigsten Herrn, mittheilen, dass das Wiener Cabinet eine zuwartende Haltung zu beobachten gewillt sei. Nach unserer Auffassung würde eine allseits adoptirte Politik der Nichtintervention die größten Garantien dafür bieten, dass die Einigkeit der Mächte erhalten bleibe. Die weitere Behandlung der Reformfrage müsse einem spätern Gedankenaustausche der Mächte vorbehalten bleiben. Welches immer aber die weitere Entwicklung der Dinge sein möge, so sei es klar, dass Österreich-Ungarn als die der Türkei am nächsten gelegene Macht hieran das größte Interesse habe und seine Stimme daher Anspruch darauf erheben dürfe, von den Mächten, zumal den verbündeten, gehört zu werden.

1. Im Sinne des Vorstehenden wollen auch Euer Hochgeborn sich dem Herrn Minister des Äußern oder dessen Vertreter gegenüber vernehmen lassen.

2., 3. Vorstehendes theile ich Euer Excellenz zu Ihrer streng vertraulichen Orientirung mit.

^{a)} Vgl. n. 24, 26, 30, 37.

Nr. 24. Tagesbericht über einen Besuch des italienischen Botschafters, 4. Aug. 1908.^{a)} Konz. (S. Schreibmaschine; G. fehlt).

Der Herzog von Avarna hat heute hier mitgeteilt, daß er den Inhalt seiner Unterredung mit Seiner Exzellenz dem Herrn kaiserlichen und königlichen Minister des Äußern über die von Österreich-Ungarn und Italien den Ereignissen in der Türkei gegenüber einzunehmende Haltung, über deren Stellungnahme in der Reformaktion und über den Anspruch der kaiserlichen und königlichen Monarchie, mit Rücksicht auf ihre geographische Lage in allen die Türkei betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden, zur Kenntnis des Herrn Tittoni gebracht habe. Er sei nunmehr seitens des Herrn italienischen Ministers des Äußern beauftragt „de remercier le Baron d'Aehrenthal pour son aimable communication en ajoutant, que ma (Tittoni's) pensée concorde pleinement avec celle qu'il vous a manifestée.“

^{a)} Vgl. n. 23.

Nr. 25. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 4. Aug. 1908 Nr. 36 A (eing. 6. Aug.)^{a)}. Ausfert.

Streng vertraulich. Am letzten Tage des vorigen Monats, kurz bevor Herr Tittoni Rom verlassen hat, hatte ich mit ihm eine längere Unterredung, deren Hauptthema die durch die neuesten Ereignisse in der Türkei geschaffene Lage war. Ich möchte gleich hier bemerken, daß Herr Tittoni — wie auch bei einer späteren Gelegenheit Unterstaatssekretär Pompili — offen bekannten, durch diese Ereignisse vollkommen überrascht gewesen zu sein, was auf die Beobachtungsgabe der italienischen Vertreter am Balkan kein gerade schmeichelhaftes Licht wirft. (Unwillkürlich machte ich einen stillschweigenden Vergleich mit der Berichterstattung unserer diplomatischen und Consular-Vertretungen, von denen ich nebst anderen nur einen Bericht des Herrn General-Consuls Pára vom 8. Juli d. J., Nr. 119,^{b)} hervorzuheben brauche.) Das Urtheil des Herrn Ministers über die Situation in der Türkei lautete — wie nicht anders möglich — sehr reservirt, aber eher dem Pessimismus, denn dem Optimismus zuneigend. Es culminirte in dem Satze, dass man die Entwicklung der Ereignisse vorerst abwarten müsse, und dass es mehr denn je darauf ankomme, dass die Grossmächte einig und geschlossen vorgehen. „Welch' ein Wechsel von einem Tag auf den anderen“ — so begann der Herr Minister seine Ausführungen — „welch' ein überraschender Übergang vom krassesten Absolutismus, der noch gestern geherrscht hat, zur beinahe vollkommensten Anarchie!“ Man könne die gegenwärtigen Zustände wahrlich nur mit dem Worte „Anarchie“ treffend characterisiren, wenn es zum Beispiel zum Sturze eines Ministers genügt hat, dass einige Unzufriedene sich vor dessen Amtslokal zusammenrotten und ihn auspeifen, oder wenn es möglich war, dass Officiere, unter ihnen auch Stabsofficiere, ihren Vorgesetzten, den Artillerie Chef, ungestraft auf der Strasse verhöhnen und ihm öffentlich sogar ins Gesicht speien! Der Sultan gebe einer jeden Forderung der Jungtürken sofort nach, hiedurch seine Popularität allerdings für den Moment kräftigend, doch sei bei einer solchen Politik, nach Ansicht des Herrn Tittoni, die Gefahr naheliegend, dass der Pöbel, zum Bewusstsein seiner

Macht gelangt, sich übermüthig gegen den Sultan selbst kehren und seiner Herrschaft ein Ende zu bereiten versuchen werde. Es sei aber im hohen Grade zweifelhaft, ob dann der hohe Herr über genügend Macht gebieten werde, um solchem Ansturm erfolgreich zu widerstehen. Momentan sei es freilich die einzig richtige Politik, die Entwicklung der Ereignisse abzuwarten und im Vertrauen auf die oft bewährte staatsmännische Geschicklichkeit des Sultans zu hoffen, dass die Türkei aus eigener Kraft den richtigen Weg zur friedlichen Evolution finden wird. Was soll aber geschehen, wenn diese Evolution nicht ohne Blutvergießen vor sich gehen wird und wenn insbesondere auch Leben und Gut fremder Staatsangehöriger bedroht wird?! So sehr er das Gegenteil wünsche, so könne er doch nicht den Gedanken von sich bannen, dass — wenn solche Fälle eintreten sollten — eine bewaffnete Intervention der Mächte möglicher Weise sich als nothwendig erweisen könnte. Vorläufig wolle er, wie gesagt, lieber nicht an eine solche Eventualität denken. Mehr denn je sei es aber nothwendig, dass sich die Mächte gegenseitig mit ehrlicher Offenheit verständigen und, wenn der Moment der Action gekommen sein wird, gleichmäßig und vereint handeln. Ich konnte nicht anders, als dem Herrn Minister hierin zuzustimmen, indem ich meiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass das k. u. k. Cabinet im gegebenen Moment auf seine thatkräftige Unterstützung wird rechnen dürfen. Herr Tissoni schloss die Unterredung mit der Bemerkung, dass man jetzt über all' diese Dinge nur akademisch reden könne und es unmöglich sei, ein Prognosticon über die Entwicklung der Ereignisse in der Türkei zu stellen; bis zur Entrevue mit Euer Excellenz würde die Lage sich vermuthlich so weit klären, dass auch ein practischer Ideenaustausch möglich sein wird. Der Minister hat sich auch meinem russischen Collegen gegenüber, wie ich von diesem erfuhr, in ganz ähnlichem Sinne ausgesprochen. Er hat Rom noch am selben Abend verlassen und dürfte erst in der ersten Hälfte des September, nach seiner österreichischen Reise, hierher zurückkehren.

Somssich.

^{a)} Vgl. n. 26. — ^{b)} Nicht aufgenommen.

Nr. 26. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 5. Aug. 1908 Nr. 114 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute Unterstaatssekretär Pompili vom Inhalt des Telegrammes Nr. 67^{b)} Mitteilung gemacht. Derselbe versicherte mich abermals, wie dies schon seitens Herrn Tissoni in einer am 31. Juli stattgehabten Unterredung geschehen ist, über welche ich in der gestrigen Kuriersexpedition^{c)} berichtete, dass italienisches Kabinett den Standpunkt Euer Excellenz bezüglich der Nothwendigkeit eines einverständlichen Vorgehens der Mächte vollkommen theile. Auch sei zu diesem Zwecke die Politik der zuwartenden Nichtintervention im Hinblick auf die letzten Ereignisse in der Türkei gewiss die einzig richtige. Da jedoch Herr Pompili auf meine Ausführungen, betreffend die Präponderanz unserer Interessen am Balkan und die sich daran knüpfende Erwartung der seinerzeitigen Unterstützung unserer Politik trotz meinerseits wiederholter Versuche sich zu einer Erklärung nicht bewegen liess, habe ich es für richtig befunden,

ihm nachträglich ein schriftliches Promemoria zu übersenden, in welchem dieser Punkt entsprechend ausgeführt ist. Ich tat dies auch um sicher zu gehen, dass die Mitteilung in der gewollten Form an den Minister gelangt, was Unterstaatssekretär noch heute zu tun versprach. Der bezügliche Passus dieses Promemorias lautet folgendermassen: „Quel que soit cependant le cours des événements, il est évident que l'Autriche-Hongrie à cause de sa situation géographique comme pays limitrophe y prend le plus grand intérêt et pour cette raison le cabinet de Vienne aime à croire qu'il pourra en son temps compter sur l'appui des puissances et notamment sur celui des gouvernements alliés.“

Somssich.

a) Vgl. n. 30. — b) Vom 4. Aug. — c) Vgl. n. 25.

Nr. 27. *Privatschreiben an den Fürsten Ferdinand von Bulgarien, 5. Aug.¹⁾ 1908.* a) Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Les sentiments de confiance que Votre Altesse Royale veut bien me témoigner depuis longtemps et l'échange de vues si satisfaisant qui a eu lieu récemment entre Elle et moi, m'engagent à Lui signaler une intrigue dont je viens d'avoir connaissance et qui me semble mériter quelque attention. Il me revient de St. Pétersbourg qu'on y propage, dans les milieux diplomatiques, le texte d'un prétendu traité secret entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie qui aurait été ratifié le 6 juillet et qui stipulerait: qu'en cas de certaine éventualité, le Sultan autoriserait l'Autriche-Hongrie à concentrer des troupes sur le territoire turc et à occuper certaines parties de ces territoires; le gouvernement austro-hongrois, de son côté, garantirait la neutralité de certaine puissance balcanique, la conservation pendant trois ans du statu quo actuel dans les provinces turques de l'Europe et après l'expiration de ce terme, la cessation de tout contrôle européen à la condition que le Sultan introduirait dans ces provinces quelques améliorations qui lui seraient conseillées par l'Autriche-Hongrie. Par un annexe du traité, l'Autriche-Hongrie s'assurerait certains privilèges économiques dans les vilayets de Kossovo et de Monastir. Tel serait le contenu de ce traité secret qui — ai-je besoin de l'affirmer? — n'existe pas, ni ce traité, ni aucun autre traité secret entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie. Evidemment il s'agit là d'une tentative d'embrouiller la situation et de rendre suspecte la politique de la Monarchie. Ce n'est certes pas la première et seule tentative de ce genre; mais je crois utile de signaler celle-ci tout particulièrement à Votre Altesse Royale d'abord parce qu'elle semble avoir eu quelque succès, ensuite parce qu'il y est question de l'attitude de l'Autriche-Hongrie envers la Bulgarie. Il se peut donc très bien qu'on essaie de se servir de cette invention auprès de Votre Altesse Royale pour semer la méfiance et créer un malentendu entre les deux pays. Votre Altesse Royale sait — et dans mes entretiens j'ai eu soin de le préciser nettement — que j'ai toujours conseillé à la Bulgarie une politique de modération et de prudence, mais que je suis bien loin de vouloir me mettre en travers d'une action qui, dans certaines circonstances, pourrait lui être dictée par ses intérêts.

¹⁾ Seiner Majestät vorgelegt. Ischl, 13. Aug. 1908. Aehrenthal.

¹⁾ Vgl. n. 1, 87.

Nr. 28. Bericht des Militäradjoint für Mazedonien, Oberstleutnant von Urbański, an die Botschaft in Konstantinopel; Üsküb, 6. Aug. 1908 Res. Nr. 256 (eing. mit Bericht aus Konstantinopel, 12. Aug. 1908 Nr. 57 J am 15. Aug.). Ausfert.

...*Auswirkungen der jungtürkischen Revolution, serbische Bandenkämpfe* ... Die Serben ventilieren hier mit Eifer die Frage der Neugestaltung der Verhältnisse unseres Occupationsgebietes und propagieren die Ansicht, dass auch aus Bosnien und der Herzegovina Abgeordnete ins neue türkische Parlament entsendet werden müssen. Der hiesige serbische Generalkonsul Živojin Balugčić, der mir gestern, eigentlich durch keine Umstände motiviert, zu meiner Überraschung einen Besuch machte, negierte im Verlaufe des Gespräches jede Kenntnis der eingangs gemeldeten serbischen Bandenaffaire, berührte dann den Besuch des Königs Peter in Österreich, indem er entgegen dem Dementi, mit Überzeugung davon sprach, daß der Besuch des Königs in Wien und Petersburg bereits im Prinzip geregelt sei und es sich lediglich nur mehr um die Entscheidung des Zeitpunktes dieses Besuches handle, der wieder mit der glücklichen Abwicklung des Handelsvertrages im Zusammenhange stehe. Der Generalkonsul, der lange Zeit Privatsecretär des Königs Peter war, erzählte mir weiters bei diesem offenbar tempierten Besuche mit Breite eine Episode, als er eines Morgens beim Eintritt in das Zimmer des Königs diesen an einem Fenster mit dem Ausblicke auf Semlin in Gedanken vertieft fand. Auf die Frage woran er sinne, soll ihm König Peter die Antwort gegeben haben: „Ich verstehe alles was mir Pašić und all' die Leute sagen, aber das Eine werden sie mir nie verständlich machen, weshalb ich mit dem mächtigen Nachbarreiche, auf das ich eben von hier blicke, nicht in Freundschaft leben soll!“ ... *Stellung der fremdländischen Offiziere in Mazedonien* ...
Urbański.

Nr. 29. Privatschreiben an den österr. Ministerpräsidenten, Freiherrn von Beck, 7. Aug. 1908. Abschrift des eigenhändigen Schreibens Aehrenthals.

Geheim. Baron Gagern überbringt dieses Schreiben, welches in gedrängter Kürze, Aufschluss geben soll über die derzeitige internationale Lage. Der Sieg der jungtürkischen Revolution hat zunächst eine Détente in dem Verhältnisse der Mächte untereinander bewirkt. Die englischen und russischen Vorschläge sind theils zurückgezogen theils suspendirt. Nach meiner Ansicht kann die ganze Reformation der Mächte als gescheitert angesehen werden. Formell stehen die Mächte auf dem Standpunkte, dass sie sich vorbehalten, zu einem opportunen Zeitpunkte auf die Reformen durch eine Démarche in Constantinopel zurückzukommen. Dem Experimente eines constitutionellen Regimes in der Türkei können wir mit Ruhe entgegenblicken. Ich habe daher Sorge getragen, dass die Chancen einer Verjüngung der Türkei seitens unserer Presse sympathisch besprochen werden. Das Zusammengehen der Jungtürken mit Albanesen liegt ganz in unserem Interesse, weil hiedurch die Entwicklung des Nationalgefühles bei den

Albanesen in ein rascheres Tempo gelangt. Wenn sich all dies programm-mässig abwickeln würde, wäre, wie gesagt, unsererseits dagegen nicht viel zu bemerken. Ich bin jedoch der Meinung, dass das Experiment, wenigstens soweit die macedonischen Vilajets in Betracht kommen, nicht auf den ersten Wurf gelingen kann. Die Verhältnisse werden sich vielmehr ausbalanciren müssen. Von dieser skeptischen Auffassung ausgehend müssen wir annehmen: entweder eine allgemeine Anarchie — oder über kurz ein Krieg der Türkei mit Bulgarien und Serbien, vielleicht sogar mit anderen Mächten. Welches soll nun die Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den kommenden Ereignissen sein? Ich denke, darüber kann eine wesentliche Meinungsverschiedenheit nicht bestehen. Es ist ein Erfahrungssatz, daß die Monarchie bei Ausbruch einer neuen Crise im Orient ihre Interessen am Wirksamsten dadurch wahrth, dass sie, solange als nur möglich, ruhige, aber wachsame Zuseherin bleibt. Diesfalls habe ich mich den Cabineten bereits ausgesprochen. Die stricte Durchführung des Nicht-Interventions-Prinzipes ist aber insolange gefährdet, als wir im Sandjak von Novibazar mit unseren Garnisonen stehen. Diese befinden sich gewissermassen in der Luft — die Lim-Linie ist keine geeignete Defensiv-Stellung. Irgend ein Zufall, der Ausbruch einer anarchischen Bewegung oder ein Christen-massacre in diesen Gegenden kann eine Intervention unsererseits mit ansehnlichen militärischen Kräften gegen unseren Willen und gegen unser Interesse zur Folge haben. Wollen wir in die türkischen Händel nicht hineingezogen werden, müssten wir uns rasch entschliessen, die militärisch wie politisch zwecklos gewordene Garnison von Plevlje zurückzuziehen. Eine solche Verfügung könnte meiner Überzeugung nach mit Rücksicht auf das Prestige der Monarchie und die berechtigten Gefühle der Armee nur gleichzeitig mit einer anderen Massnahme beschlossen werden, und letztere wäre: Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina. Die Nothwendigkeit der Annexion ergibt sich auch aus der unhaltbaren Lage der Gemeinsamen Regierung in der Frage der Gewährung einer bosnischen Autonomie mit einem Provincial-Landtage als Krönung des Ganzen gedacht. Ein solcher Landtag würde, wenn die Annexion nicht voranginge, uns nur noch erheblichere Schwierigkeiten schaffen. Aus diesen Erwägungen heraus habe ich mich entschlossen, bei Seiner Majestät um die Ermächtigung einzukommen, mit den beiden Herren Ministerpräsidenten und mit den Collegen im gemeinsamen Ministerium über die Vorbereitungen zur Durchführung der Annexion in Verhandlung zu treten. Im Besitze dieser Ermächtigung eile ich Euer Exzellenz entsprechend zu informiren, mit dem Ersuchen, mir Ihre wertvolle Unterstützung in diesem für die Monarchie wichtigen Augenblicke angedeihen zu lassen. Ich glaube, dass nach Innen drei Standpunkte vorangestellt werden müssten: 1. Unbedingte Nothwendigkeit der Zurückziehung der Garnison aus dem Sandjak und der Vornahme der Annexion zu dem Ende, die Interessen der Monarchie vor grossem Schaden zu bewahren. 2. Nothwendigkeit der Annexion, um die Mission Österreich-Ungarns durch Einführung einer Autonomie zu vollenden, — endlich 3. Fortbestand des jetzigen faktischen Verhältnisses der zwei Provinzen zur Monarchie, also kein Präjudiz für die künftige mögliche

Angliederung Bosniens an das eine oder das andere Staatsgebiet. Bosnien und die Herzegowina würden, vom gemeinsamen Ministerium unter der Controlle der beiden Regierungen, als *Corpus separatum*, verwaltet werden. — Bei der Durchführung der gedachten Massnahme wird es sich in erster Linie darum handeln, die betreffenden Gesetze vom Jahre 1880 zu modificiren. Im Jahre 1897 fand, unter Vorsitz Seiner Majestät, eine Ministerkonferenz statt, welche dem gleichen Gegenstande galt und in welchem die Grundzüge für die den Parlamenten in Wien und Budapest vorzulegenden Gesetze festgestellt wurden. Ich schliesse ein Exemplar des damals verfassten Resumé's^{a)} bei und möchte noch hiezu bemerken, dass Letzteres wohl nicht mehr in allen Stücken den heute geltenden Anschauungen entsprechen dürfte. Am 18. August hoffe ich mit Euer Exzellenz hier zusammenzutreffen und von Ihnen eine Mittheilung über Ihre Stellungnahme zur ganzen Frage, sowie zu den Durchführungsmodalitäten entgegenzunehmen. Dr. Wekerle habe ich heute mündlich orientirt; derselbe würde wünschen, am 19. oder 20. August in Wien eine Besprechung dieser dringenden und wichtigen Fragen abzuhalten. Bis dahin erbitte ich im Auftrage Seiner Majestät die strengste Geheimhaltung des Gegenstandes gegenüber Jedermann.

Aehrenthal.

a) Nicht aufgenommen.

Nr. 30. Tel. an den Legationsrat Grafen Josef Somssich in Rom, 9. Aug. 1908 Nr. 70 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Pogatscher).

Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm vom 5. d. Nr. 114. In meiner Unterredung mit dem Herzog von Avarna, die im Telegramme Nr. 67^{b)} resumiert ist, habe ich nicht die Erwartung der seinerzeitigen Unterstützung unserer Politik ausgesprochen, sondern bloß darauf hingewiesen, daß unsere Stimme Anspruch habe besonders von den verbündeten Mächten gehört zu werden. Falls von italienischer Seite darauf zurückgekommen werden sollte, ersuche ich Euer Hochgeboren den betreffenden Passus Ihres Promemoria gesprächsweise in diesem Sinne zu stellen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 37. — b) Vom 4. Aug.

Nr. 31. Tel. aus St. Petersburg, 9. Aug. 1908 Nr. 129 (eing. 5 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Minister Iswolsky gedenkt am 20. d. M. direkt von hier nach Karlsbad zu reisen. Da er von meiner beabsichtigten Kur dortselbst Kenntniss hat, sprach er die Hoffnung aus, angesichts der im Zuge befindlichen Verhandlungen mit mir in Kontakt zu bleiben.

Berchtold.

Nr. 32. Denkschrift; Semmering, 9. August 1908.^{a)} Konz. (S. Musulin) und amtlicher Druck.^{b)}

Schon in der ersten Zeit der Verstimmung des russischen Kabinettes nach der Ankündigung unseres Sandschakbahn-Projektes gab es gewisse

Anzeichen, die dafür sprachen, daß man in St. Petersburg nicht gewillt sei, den Faden der politischen Verständigung abreißen zu lassen, der Ende der 90er Jahre zwischen der russischen und österreichisch-ungarischen Regierung angespannt worden war. Nach den ersten Ausbrüchen des Unmutes kamen bald einlenkende Symptome zum Vorschein und es war vorauszusehen, daß das russische Kabinett in absehbarer Zeit eine Gelegenheit benützen werde, um uns politisch wieder näherzukommen.

Als der Beginn eines solchen Annäherungsversuches kann das russische Aide-Mémoire vom 19. Juni/2. Juli 1. J., als Ganzes betrachtet, angesehen werden. In diesem Schriftstücke kommt mit aller Deutlichkeit der Wunsch der russischen Regierung zum Ausdruck, in der Frage der Weiterführung der Reformen und in jener der Balkanbahnen einen freundschaftlichen Modus vivendi mit uns herzustellen.

Das Aide-Mémoire enthält aber noch mehr: es ergreift die Initiative, um hochpolitische Probleme aufzurollen und stellt politische Zukunftsfragen erster Ordnung, wie den Besitz des Sandschaks von Novibazar und die Herrschaft über Konstantinopel und die Dardanellen, schon heute à l'amiable zur Diskussion. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die russische Diplomatie bei der Einleitung so äußerst wichtiger Verhandlungen eine günstige taktische Ausgangsposition zu sichern bemüht ist; es braucht daher auch nicht besonders aufzufallen, daß in dem russischen Aide-Mémoire schon in der Formulierung der Fragen die Entscheidung zugunsten des russischen Standpunktes gegeben ist; so beansprucht Herr Isvolsky eine aktive Unterstützung des Donau—Adria-Projektes unsererseits, während er bezüglich der Sandschakbahn bloß feststellt, die russische Regierung würde sich auch weiterhin enthalten, demselben in Konstantinopel entgegenzutreten. Markanter noch erscheint das Bestreben, sich den Löwenanteil von vorneherein zu sichern, in der Gegenüberstellung von zwei so ganz ungleichwertigen Kompensationen, wie der Besitz des Sandschaks für uns und jener Konstantinopels für Rußland. Es ist schon nach diesen vorläufigen Bemerkungen ersichtlich, daß wir nicht in der Lage sind, die russischen Vorschläge in den beiden eben erwähnten Belangen in ernstliche Erwägung zu ziehen.

Aus dem übrigen Inhalte des russischen Mémoires ist vor allem zu konstatieren, daß die russische Regierung an dem Prinzipie des désintéressement festzuhalten erklärt, das dem accord vom Jahre 1897 zugrunde lag; die diesbezüglich in dem Mémoire des Wiener Kabinettes vom 1. Mai 1. J. formulierte Frage hat somit eine klare und befriedigende Antwort erhalten und eine Konkordanz der prinzipiellen Auffassungen beider Regierungen ergeben. Dieselbe Übereinstimmung der Anschauungen kann auch bezüglich der von dem Petersburger Kabinette betonten Notwendigkeit konstatiert werden, „de maintenir le statu quo actuel aussi longtemps que les circonstances le permettront“. Auch die in dem russischen Aide-Mémoire dem Begriffe des „statu quo actuel“ gegebene Definition können wir akzeptieren; wir haben zwar bisher an der These festgehalten, daß die Konstruktion von Bahnlinien in der Türkei überhaupt nicht unter den Begriff des status quo falle, während das russische Kabinett jetzt zwei Kategorien von Bahn-

bauten am Balkan aufstellt: solche, durch deren Durchführung der status quo alteriert wird und solche, die er bereits in sich begreife; da aber neben der Sandschakbahn auch unsere projektierte dalmatinische Litoralbahn in der zweiten der beiden Kategorien Platz findet, so ist die dem Begriffe des status quo russischerseits gegebene Ausdehnung wohl unbedenklich.

Auffallend erscheint in diesem Zusammenhange die Anregung, das „au delà de Mitrovitz“ des Berliner Vertrages zu fixieren und die Grenzen des Sandschaks von Novibazar festzulegen. Nach der russischen Proposition würden diese Grenzen sich im Süden von Mitrovitz bis Vucitern, östlich bis zur Kopaonik und westlich bis zur Mokra Planina erstrecken; mit dieser projektierten Delimitierung wird wahrscheinlich der Zweck verfolgt, die nach russischer Anschauung von uns beabsichtigte Annexion des ganzen Sandschaks so zu beschränken, daß die künftige Trasse der serbischen Donau—Adria-Bahn von ihr frei bliebe. Auf den Sandschak bezieht sich noch eine andere Anregung des russischen Mémoires: die Aufrechterhaltung des status quo würde für uns auch die Verpflichtung beinhalten, unser Garnisonsrecht nicht über den gegenwärtigen Umfang auszudehnen.

Diese russischen, den Sandschak betreffenden Vorschläge bilden für uns eine zwingende Veranlassung, unseren Standpunkt in der Frage des Sandschaks selbst einer neuerlichen eingehenden Prüfung zu unterziehen.

In St. Petersburg geht man, wie gesagt, allem Anschein nach von dem Gedanken aus, daß Österreich-Ungarn sich in dem Momente der Annexion Bosniens und der Herzegowina auch den Sandschak selbst einverleiben würde.

Wie einleitend bemerkt wurde, deutet das russische Kabinett in seinem vorliegenden Mémoire an, daß es, gegen eine in seinem Sinne erfolgende Lösung der Frage von Konstantinopel und den Meerengen, bereit sei, uns die Annexion des Sandschaks zuzugestehen. Abgesehen von dem ungeheuerlichen Mißverhältnisse zwischen den beiden Kompensationsobjekten, scheint mir der Moment gekommen, zu untersuchen, ob der Sandschak für uns als Kompensationsobjekt überhaupt in Frage kommen kann, das heißt, ob wir ein ernstliches und plausibles Interesse daran besitzen, uns heute oder morgen zu Herren des Sandschaks zu machen.

Graf Andrassy hat die Grundzüge seiner den Sandschak betreffenden Politik, die bekanntlich zur Aufstellung österreichischer Garnisonen in diesem Gebiete bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der türkischen Verwaltung führte, in einem hochbedeutsamen Schreiben an den Feldzeugmeister Herzog von Württemberg vom 6. August 1879 niedergelegt.

In diesem Schreiben heißt es:

„Der Sandschak Novibazar war durch den Präliminarfrieden von San Stefano zwischen Serbien und Montenegro geteilt. Die Lim-Linie bildete gemäß diesem Traktate die Grenze zwischen diesen beiden Fürstentümern.

Diesem Zustande gegenüber standen uns auf dem Berliner Kongresse drei Wege offen.

Wir konnten erstens den status quo von San Stefano, den Sandschak betreffend, akzeptieren;

wir konnten zweitens die Okkupation und Administration desselben, ebenso wie die Bosniens und der Herzegowina, selbst in Anspruch nehmen, oder endlich denjenigen Weg befolgen, den wir tatsächlich gewählt haben.

Die beiden ersten Modalitäten wären mit Konsequenzen verbunden gewesen, welche eine voraussichtige Politik nicht akzeptieren konnte.

Ich will mir erlauben, dieselben in großen Zügen zu kennzeichnen.

Was zuerst die Annahme des durch den Frieden von San Stefano geschaffenen Zustandes betrifft, so hätte dieselbe die wichtigsten Vorteile der Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in unsere Machtsphäre zunichte gemacht.

Eines der Hauptziele dieser Aktion vom österreichisch-ungarischen Gesichtspunkte war: uns den Orient politisch und materiell zu erschließen; ein leitendes Motiv Europas war es: daß durch unser Dazwischentreten die Vereinigung von Serbien und Montenegro und damit die gewaltsame Slawisierung dieser Hälfte des Orients verhindert werde.

Dem gegenüber enthielt die Teilung des Sandschaks unter die beiden Fürstentümer das gerade Gegenteil: nämlich unsere Absperrung vom Oriente, sowie den Keim eines slawischen Großstaates. Bosnien wäre aus einer Position, die zu politischem und materiellem Einflusse im Oriente führen sollte, zu einer Sackgasse geworden. Wir wären militärisch von feindlich gesinnten Nachbarn umklammert, handelspolitisch gelähmt gewesen; denn jede Eisenbahn, jede Fahrstraße, die unseren Handel nach dem Meere tragen sollte, hätte von dem guten Willen Serbiens und Montenegros, vielmehr beider abgehangen. Die Zukunft hätte die Gefahren dieser Situation noch viel bedrohlicher gestaltet. Die Türkei wäre, von uns gänzlich isoliert, kaum imstande gewesen, ihre Stellung in Albanien zu halten und der größere Teil dieser Provinz wäre naturgemäß Montenegro zugefallen. Schließlich hätten unvorhergesehene Ereignisse oder der natürliche Lauf der Dinge zu einer Vereinigung der benachbarten Fürstentümer unter einer Dynastie führen und damit einen slawischen Großstaat schaffen können, der naturgemäß expansive Wirkung nach Bosnien und Dalmatien entwickeln mußte.

Das waren die unausweichlichen Folgen einer Teilung des Sandschaks Novibazar zwischen Serbien und Montenegro.

Der nächstliegende Gedanke wäre gewesen, den Sandschak Novibazar ebenso wie wir es mit Bosnien getan, ganz in unsere Machtsphäre einzu beziehen, dessen ausschließliche Okkupation und Administration zu übernehmen.

Dieser Modus hätte uns finanziell und militärisch über unsere Kräfte engagiert, aber auch politisch in eine Bahn gelenkt, welche ganz abseits von den großen Zielen war, die Seiner Majestät Politik seit Anbeginn der Orientkrise konsequent geleitet haben.

Die administrative und militärische Beherrschung von Novibazar ist ungleich schwieriger als die von Bosnien und der Herzegowina. Die Bevölkerung ist wilderer Sinnesart, das Land selbst geographisch viel weniger in unserer Machtsphäre gelegen. Seine Armut und Verwahrlosung hätte

die Lasten der Administration, der Mangel an Straßen und Verpflegsquellen die Opfer der Okkupation um ein Bedeutendes erhöht. Die Regierung konnte sich nicht verhehlen, daß ein bewaffnetes Eindringen in den Sandschak ohne Erleichterung seitens der Türkei, wie es in Bosnien nötig geworden, schon deshalb eine unverhältnismäßige Truppenzahl erfordert hätte, weil der Sandschak seiner geographischen Konfiguration nach auch Serbien und Montenegro gegenüber stark exponiert ist. Die gänzliche Übernahme des Sandschaks hätte daher Opfer an Gut und Blut erfordert, welche der Monarchie unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne die zwingendste Notwendigkeit nicht aufgebürdet werden konnten.

Diese Überbürdung wäre jedoch nicht die einzige schädliche Konsequenz einer solchen Maßregel geblieben; noch viel drohender waren die politischen Gefahren, die aus derselben erwachsen konnten.

Unser Erscheinen an der Grenze von Albanien mußte von der Türkei als immediate Bedrohung dieser Provinz, als ein demaskierter Angriff auf Salonich empfunden werden. Es hätte die Pforte, wie das tiefe Widerstreben des Sultans selbst gegen die gemeinsame Besetzung zeigt, in offenen oder heimlichen Widerstand gegen unsere Position gedrängt und uns schließlich gezwungen, gegen die Türkei selbst feindlich aufzutreten. Abgesehen von der strategischen Gefährlichkeit eines solchen Kampfes gegenüber der serbischen Flankenstellung mußten die politischen Konsequenzen desselben von den größten Nachteilen für die Monarchie begleitet sein. Während unser jetziges Vorgehen den Vorteil bietet, unsere Interessen zu wahren und doch allen haltbaren Elementen der europäischen Türkei als Stütze zu dienen, wäre ein Kampf der Türkei mit uns das Signal zu ihrer Vernichtung gewesen. Rußland hätte vor allem, sobald es eine zweite Macht im Streite mit der Pforte engagiert sah, die Räumung der Balkanländer unterlassen, um mit seiner ganzen Macht auf dem Schauplatze zu verbleiben. Es hätte den christlichen Bewohnern von Mazedonien, Ostrumelien, Serbien und Montenegro ein Zeichen gegeben, den letzten Sturm zur gänzlichen Abschüttelung des türkischen Joches zu wagen. Griechenland hätte sich dieser Aktion zu seinen Zwecken angeschlossen. Wir hätten entweder zugeben müssen, daß russische Truppen in Konstantinopel einziehen, oder selbst dahin marschieren müssen, um der russischen Armee zuvorzukommen. Hiezu war aber die Monarchie dermalen nicht vorbereitet.

Konnten wir demnach weder die Teilung des Sandschaks zwischen Serbien und Montenegro zugeben, noch selbst davon ausschließlichen Besitz ergreifen, so blieb nur noch ein Weg übrig: das Recht auf die militärische Besetzung des Sandschaks im Einvernehmen mit der Türkei.

Dies ist der Weg, den die k. und k. Regierung gewählt hat.“

Graf Andrassy sagt an einer anderen Stelle weiters, „die gemeinsame Besetzung des Sandschaks durch österreichisch-ungarische und türkische Truppen bringe den Grundgedanken unserer Orientpolitik zum präzisesten Ausdruck. Dieser Grundgedanke ist: die Erhaltung der Türkei, solange und insoferne sie durch nichts besseres zu ersetzen ist und die Verhinderung großslawischer Formationen, dort, wo die türkische Herrschaft dem Verfall unterliegt.“

Aus diesen Sätzen könnte man den Schluß ziehen, daß die Monarchie, wenn die türkische Herrschaft in diesen Gegenden zusammenbräche, die Hand unbedingt auf den Sandschak legen müßte.

Ich möchte dieser These die nachfolgenden teils militärischen, teils politischen und finanziellen Konsiderationen entgegensetzen, die zum Teile von Graf Andrassy selbst gegen die Okkupation des Sandschaks und zugunsten des von ihm eingeschlagenen Mittelweges ins Treffen geführt wurden.

Den militärischen Gesichtspunkt anlangend, würde uns die Besetzung und Annexion des Sandschaks zwingen, in diesem Défilé für eine lange Reihe von Jahren einen Truppenkörper von der Mindeststärke eines Armeekorps zu unterhalten; dieses Armeekorps würde sich unter den ungünstigsten Verhältnissen nach drei Seiten hin zu schlagen haben, es würde in der rechten Flanke von Montenegro, in der linken von Serbien und in der Front von den Albanesen angegriffen werden, die im Falle eines österreichisch-ungarischen Einmarsches zweifellos gemeinsame Sache mit den Serben und den Montenegrinern machen würden. Es unterliegt daher nach dem einmütigen Urteile der Fachmänner keinem Zweifel, daß eine Vorrückung unsererseits nicht in dem Engpasse des Sandschaks und nur nach erfolgter Sicherung der linken Flanke, also über Serbien erfolgen dürfte, wenn das Eintreten militärisch höchst bedrohlicher Situationen vermieden werden soll. Hiebei habe ich gar nicht in Betracht gezogen, daß die Bindung und Immobilisierung eines ganzen Armeekorps im Momente der Liquidation des türkischen Erbes, also einer notwendigerweise gespannten politischen europäischen Situation, wohl äußerst bedenklich erschiene. Ebenso überzeugend, aber vielleicht noch zwingender sind die Gründe politischer Natur, die gegen eine Einverleibung des Sandschaks sprechen.

Nach der Theorie des Grafen Andrassy würden wir im Momente der Auflösung der Türkei den Sandschak zu okkupieren haben, um die Bildung eines großserbischen Reiches zu verhindern, das sich gewissermaßen automatisch von selbst bilden würde, wenn Serbien und Montenegro im Sandschak zu unmittelbaren Nachbarn geworden wären. Bei dem Gegensatze, der zwischen den serbischen und montenegrinischen Aspirationen erst kürzlich wieder zutage getreten ist, dürfte eine montenegrinisch-serbische staatliche Union auch nach der Teilung des Sandschaks nicht in den Bereich der Wahrscheinlichkeiten gehören; im Gegenteile, ein Konflikt zwischen beiden Staaten dürfte gerade bei der Anmeldung ihrer Ansprüche auf das Gebiet von Novibazar entstehen; würden hingegen wir den Sandschak okkupieren, so würde sich der Einigungsgedanke in Montenegro und Serbien gegen uns richten und den Sandschak für uns zu einer Quelle fortwährender Beunruhigung werden lassen; daß Rußland aus diesem Zustande Nutzen zu ziehen verstünde, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden. Ein Vorwärtsschieben der Monarchie nach dem Süden in der Weise, daß wir uns in dem schmalen Landstrich am Lim militärisch wie politisch zu dem Ende festsetzen, um eine Vereinigung der beiden serbischen Staaten hintanzuhalten, würde also in dieser Richtung keine ausreichende Garantie des Gelingens bieten; eine solche Aktion wäre aber auch aus einem anderen

Grunde ein gewichtiger Fehler; sie würde uns nämlich unweigerlich in einen Gegensatz zu dem albanesischen Volksstamme bringen und so die Früchte jahrelanger und mühsamer Kulturarbeit zugunsten unseres italienischen Konkurrenten vernichten. Die starken albanesischen Niederlassungen im Sandschak und ihre Konnationalen werden jeder fremden Okkupation einen erbitterten Widerstand entgegensetzen; es kann nur in unserem Interesse liegen, wenn sich dieser Widerstand gegen Serben und Montenegriner wendet und so die traditionelle Feindschaft zwischen Albanesen und Slawen aufrecht bleibt. Unsere Politik bezüglich Albaniens geht bekanntlich dahin, eine künftige Autonomie des albanesischen Volkes vorzubereiten und zu verhindern, daß sich Italien an dem albanesischen Ufer der Adria festsetze. Eine Besitzergreifung einzelner Parzellen albanesischen Territoriums stünde mit dieser Politik in striktem Gegensatze.

Zu den politischen und militärischen Bedenken, die gegen eine Annexion des Sandschaks sprechen, kommen schließlich auch die finanziellen. Wir hätten im Sandschak auf eine unabsehbare Reihe von Jahren hinaus eine Defensivstellung zu verteidigen; diese Verteidigung würde aber unverhältnismäßig starke Garnisonen und die Anlage von geradezu ruinösen Befestigungswerken notwendig machen.

Ich habe früher die beiden Grundprinzipien der Andrässyschen Orientpolitik erwähnt.

Das erste derselben, das Prinzip der Erhaltung der Türkei, hat seinen sichtbaren Ausdruck darin gefunden, daß österreichische und türkische Garnisonen gemeinsam und nebeneinander im Limgebiete gelegen sind. Es kann beiläufig bemerkt, nicht behauptet werden, daß man türkischerseits ein Verständnis für die loyalen Absichten gehabt hätte, die uns bei dem Gedanken der gemeinsamen Garnisonierung geleitet haben, im Gegenteil: die Besetzung einiger Punkte des Sandschaks hat uns das Mißtrauen des Sultans eingetragen und uns bisher daran gehindert, eine gesunde und wirtschaftlich förderliche Orientpolitik zu verfolgen.

Das zweite Grundprinzip: die Verhinderung einer großslawischen Formation an unserer südlichen Grenze, ist durch eine Besetzung oder Annexion des Sandschaks, wie wir früher gezeigt haben, kaum zu realisieren; gelänge es aber auch, durch ein Dazwischentreten im Sandschak Serbien und Montenegro dauernd auseinanderzuhalten, so würden wir damit doch nicht das Hauptziel jeder voraussehenden Orientpolitik erreichen, nämlich für den Fall als die Türkei in Europa morsch zusammenbräche, uns sichere Grenzen nach dem Süden zu schaffen.

Solche sichere Grenzen werden wir aber nicht erhalten, wenn wir uns nicht entschließen, das Übel an der Wurzel zu fassen und den großserbischen Zukunftsträumen ein Ende zu machen.

Der Antagonismus zwischen Bulgaren und Serben ist schon heute ein Faktor, mit dem gerechnet werden kann; in Bulgarien ist die Überzeugung vorherrschend, daß der Weg nach Mazedonien über den Leib des serbischen Staates gehen muß und es ist sicher, daß um den Besitz von Üsküb der heftigste Streit zwischen Serbien und Bulgarien entbrennen wird.

Fördern wir in diesem Streite die bulgarische Sache und begünstigen wir die Schaffung eines Großbulgariens auf Kosten Serbiens, so ist die notwendige Vorbereitung getroffen, um in einem Momente günstiger europäischer Konstellation die Hand auf das noch übrige Serbien legen zu können.

Dann hätten wir die sicheren Grenzen, von denen ich früher gesprochen: Ein unter unserer Ägide selbständig gewordenes Albanien, ein Montenegro, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten und ein Großbulgarien, das uns zu Danke verpflichtet ist.

Ich konkludiere also dahin, daß eine Annexion des Sandschaks uns keinerlei wirkliche Vorteile zu bringen vermöchte und daß wir die Endziele unserer Balkanpolitik nicht auf dem Wege über Novibazar, sondern nur auf jenem über Belgrad zu erreichen vermögen.

Man könnte nun einen Widerspruch darin erblicken, daß wir den Bau der Sandschakbahn angekündigt haben, ohne den Willen, uns das Gebiet, das sie durchziehen wird, einmal auch politisch zu eigen zu machen. Dieser Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Die wirtschaftliche Annäherung an Salonichi, die wir durch den Bau der Sandschakbahn anstreben, wird uns gewahrt bleiben, wie immer auch die Machtverhältnisse auf der Strecke Uvač—Mitrovitza sich gestalten werden. Es wäre völlig falsch, sich vorzustellen, daß man das Hinterland des Hafenemporiums haben müsse, dem man die eigenen Produkte zur weiteren Verfrachtung zuführt. Deutschland liefert uns hier den besten Beweis: eine Anzahl der hauptsächlichsten Häfen, die es mit seiner Ausfuhr alimentiert, liegen, wie Genua, Triest und Rotterdam, auf fremdem Territorium; ebenso ist der eine von unseren beiden Hauptausfuhrhäfen — Hamburg — nicht in unserem Besitze.

Es war aber andererseits notwendig, unseren international festgelegten Rechtsanspruch rechtzeitig, das heißt noch bei dem Bestande der Türkei, gewissermaßen bei der Konkursmasse anzumelden, eben damit uns dieser Rechtsanspruch nicht verloren gehe. Durch die Anerkennung unseres guten Rechtes hat die Türkei auch ihre Rechtsnachfolger im Sandschak gebunden; diese Anerkennung ist die Hauptsache; wann die Bahn wirklich gebaut wird, ist erst in zweiter Linie von Interesse. Bleibt die türkische Herrschaft in jenen Gegenden intakt, so verbleibt auch die Teilstrecke Uvač—Mitrovitza unter ähnlichen politischen Verhältnissen wie der Rest der Bahn bis Salonichi. Bricht die türkische Herrschaft in sich zusammen, dann wird die Notwendigkeit sich ergeben, die rechtliche Stellung der österreichischen Gesellschaft der orientalischen Bahnen nicht bloß mit den neuen Herren des Sandschaks — Serbien und Montenegro — sondern auch mit den anderen auf Kosten der Türkei erweiterten Territorialgewalten, in erster Linie mit Bulgarien, bezüglich der Endstrecke bei Salonichi vielleicht auch mit Griechenland, zu regeln.

Eine solche Regelung würde unschwer in der Weise erfolgen, daß sich Österreich-Ungarn etwa auf einer Konferenz à trois oder à quatre seitens der betreffenden Balkanstaaten als Entgelt für die Unterstützung ihrer territorialen Aspirationen eine sehr lange Konzessionsdauer für die

orientalischen Bahnen und eventuell die Bindung von Transittarifen ausbedingen würde.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, ist es nicht zu befürchten, daß die Teilung des Sandschaks zwischen Serbien und Montenegro uns handelspolitisch verhängnisvoll werden könnte; wir werden eine gesicherte Verbindung nach dem ägäischen Meere behalten und auch in der Lage sein, die vielleicht noch wichtigere Verbindung der dalmatinischen Häfen mit dem türkischen Eisenbahnnetze durchzuführen.

Wenn ich nach den bisherigen Ausführungen dieses Memorandums zu den die Beantwortung des russischen Aide-Mémoire betreffenden Konklusionen gelange, so wäre ich der Ansicht, daß auf dieses Mémoire ungefähr in der folgenden Weise zu erwidern wäre:

Wir würden vor allem, dem Gedankengange der russischen Staatschrift folgend, aus ihrem Inhalte hervorheben, daß das russische Kabinett neuerdings in erfreulicher Weise rückhaltslos anerkannt hat, daß unsere Démarchen zur Erlangung der Konzession für die Bahn Uvač—Mitrovitza keineswegs im Widerspruche mit dem Geiste der Entente von 1897 erfolgten. Wir würden fortfahren, indem wir erklärten, daß wir unserem Standpunkte treu bleiben, wonach wir allen Bahnprojekten am Balkan sympathisch gegenüberstehen, daß wir aber die russische Formulierung der Frage nicht ohneweiters zu akzeptieren vermöchten. Rußland würde sich nämlich nur zu etwas negativem, der Enthaltung von jeder Obstruktion unserem Bahnprojekte gegenüber, verpflichten, während es von uns eine positive Tat, die weitere Unterstützung des Donau—Adria-Projektes beansprucht. Eine Verständigung wäre also denkbar, wenn das Petersburger Kabinett sein Ansinnen fallen ließe und die beiden Regierungen sich darauf beschränkten, sich bei den sie interessierenden Bahnprojekten gegenseitig keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Daß die russische Regierung erklärt, an dem accord von 1897 und an dem Prinzipie des désintéressement festzuhalten, würden wir mit Genugtuung begrüßen und feststellen, daß in diesem Punkte bereits eine völlige Übereinstimmung in den Anschauungen beider Regierungen vorliege. Eine gleiche Übereinstimmung würden wir auch bezüglich der von der russischen Regierung betonten Notwendigkeit konstatieren, „de maintenir le statu quo aussi longtemps que les circonstances le permettront.“. Auch auf die Frage der Fixierung des status quo und die Einbeziehung der Bahnfragen in denselben werden wir eingehen können und nur hervorzuheben brauchen, daß nach der russischen Einteilung selbst die uns interessierenden Bahnen, außer der Sandschakbahn auch der Anschluß der dalmatinischen Bahnen an das türkische Bahnnetz, in jene Gruppe fallen, die bereits in dem Begriffe des statu quo actuel enthalten ist.

Wir werden auch gegen die russischerseits proponierte Begrenzung des Sandschakbegriffes und des „au delà de Mitrovica“ keine Einwendung erheben; bezüglich der Bemerkung des russischen Aide-Mémoire, daß der Begriff des status quo im Sandschak das Verbleiben der österreichisch-ungarischen Besatzungen in ihren gegenwärtigen Garnisonen beinhalte, werden wir betonen, daß wir die Rechte, die uns der Berliner Vertrag

verliehen, zwar aufrechterhalten, daß wir aber keineswegs auch darüber schon entschieden haben, ob wir von diesen Rechten jemals Gebrauch machen und unseren Garnisonsbereich weiter ausdehnen werden.

Auf Grund des Gesagten sei es klar, daß wir auf der vom Petersburger Kabinette gewählten Grundlage eine Diskussion der zukünftigen Möglichkeiten am Balkan nicht aufnehmen könnten. Bosnien sei seit dreißig Jahren unser mit den Waffen erobeter Besitz, hingegen würden wir von unserem Rechte, den Sandschak zu okkupieren, aller Voraussicht nach überhaupt keinen Gebrauch machen und auch diesem türkischen Gebietsteile gegenüber auf dem Prinzipie des *désintéressement* verharren.

Im übrigen anerkannten wir vollauf die weise Mäßigung und freundschaftliche Gesinnung in den Darlegungen des Petersburger Kabinettes. Wir fänden auch begreiflich, daß in dem russischen *Mémoire* das Interesse Rußlands an der Frage von Konstantinopel und den Dardanellen zum Ausdruck komme und seien jederzeit bereit, mit Rußland, falls dieses es wünsche, über diesen Gegenstand in einen vertraulichen Gedankenaustausch einzutreten.

a) Vgl. n. 40, 45, 48. — b) Der amtliche Druck, der als endgültige Fassung anzusehen ist, weicht in einzelnen unwesentlichen Punkten und in der Rechtschreibung von dem Konzept von Musulins Hand ab.

Nr. 33. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Aug. 1908 Nr. 261 (eing. 11. Aug. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute dem neuen Grossvezir meinen ersten Besuch abgestattet. Nachdem ich Kiamil Pascha die mir an seinen Vorgänger aufgetragene Message wiederholte und hiebei ganz besonders hervorhob, Euer Exzellenz erwarten, dass die Türkei auch unseren Interessen Rechnung tragen werde, sagte mir der Grossvezir, die Türkei müsse einen ganz besonderen Wert auf die Freundschaft Österreich-Ungarns, mit welchem sie so viele politische und wirtschaftliche Interessen verbinden, legen. Im weiteren Verlaufe des Gesprächs kam er auf das im „Temps“ vom 5. August publizierte Interview mit einem französischen Journalisten zu reden und bemerkte hiezu, dass dasselbe in einem Punkte nicht richtig wiedergegeben wurde. Es hätte nicht heissen sollen, dass die Freundschaft Deutschlands der Türkei bisher wenig genützt habe, sondern er wollte sagen, dass die Freundschaft Deutschlands allein, wie die Geschichte der letzten Jahre beweise, nicht genügt habe. Die Türkei müsse sich also auch auf andere Mächte, namentlich auf Frankreich, England und Österreich-Ungarn stützen. Kiamil Pascha betonte, als er mir dies sagte, dass es in erster Linie Österreich-Ungarn sei, auf dessen Freundschaft die Türkei angewiesen ist. Die Auslassungen des neuen Grossvezir liessen bei mir den Eindruck zurück, dass die neue Ära keinerlei Änderung in Bezug auf die Beziehungen zu der k. u. k. Monarchie bringen dürfte. Was die allgemeine Situation anbelangt, so scheinen die Dinge jetzt in ein normales Fahrwasser zu kommen. Ich habe diesen Eindruck auch aus Gesprächen erhalten, welche ich heute mit mehreren anderen Ministern zu führen Gelegenheit hatte. Die in dem

Privatschreiben Euer Exzellenz vom 4. d. M. ausgesprochene Befürchtung in Bezug auf unsere Gebirgsbrigade im Sandjak erscheint mir im Hinblick auf obiges nicht begründet. Ich erlaube mir aber zu bemerken, dass mir der jetzige Moment nicht geeignet erscheinen würde, die Frage der Annexion Bosniens, wie dies jetzt schon in unserer Presse geschieht, in irgend einer Weise zu erörtern. Unter den heutigen Verhältnissen wäre es nicht ausgeschlossen, dass die Aufwerfung dieser Frage die Türkei mit den übrigen Balkanstaaten gegen uns in ein Lager bringen könnte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 34.

Nr. 34. Privatschreiben aus Konstantinopel, 12. Aug. 1908. a) Abschrift.

... *Persönliches, jungtürkische Revolution*... Deine Besorgnisse für unsere Brigade im Sandschak scheinen mir nicht begründet zu sein.¹⁾ Die Leute, die jetzt an der Macht sind, sind viel zu klug und vorsichtig, um nicht alles aufzubieten, damit nichts Unangenehmes in dieser Beziehung geschehe. Bedenklich wäre es aber meiner Ansicht nach, wenn man im gegenwärtigen Momente unsererseits die staatsrechtliche Frage Bosniens auf's Tapet bringen würde. Dies könnte jetzt, wo die nationalen Gefühle eben zum Durchbruche gelangt sind und wo doch noch eine gewisse Gährung besteht, die bedenklichsten Folgen haben. In meinem Telegramme vom letzten Montag^{b)} habe ich schon angedeutet, dass wir hiedurch die bis jetzt mit Recht als Utopie bezeichnete Idee eines Balkanbundes, mit der Türkei an der Spitze, der Verwirklichung nahe bringen könnten.²⁾ Vorläufig scheint mir also in dieser Beziehung das Prinzip *quieta non movere* das beste zu sein. Darüber, ob man bei den jetzigen staatsrechtlichen Verhältnissen der okkupierten Provinzen dort verfassungsmässige Zustände einführen könnte, steht mir kein Urteil zu; jedenfalls wäre es aber im Hinblick auf die Fortentwicklung, die die Dinge in der Türkei nehmen, sehr wünschenswert, wenn dies auf irgend eine Art und in irgend einer Form möglich gemacht werden könnte. Am Schlusse dieses meines Briefes möchte ich mir noch erlauben, das, was ich in meiner offiziellen Berichterstattung schon wiederholt gesagt habe, nochmals zu betonen, nämlich, dass die Türkei der Zukunft etwas ganz anderes werden dürfte, als das, was sie bisher war. Man würde vielleicht zu weit gehen, wenn man die Entwicklung, welche die Dinge wahrscheinlich hier nehmen werden, mit der Entwicklung, die seinerzeit die Dinge in Japan genommen haben, vergleichen würde, aber eine gewisse Analogie kann doch, und zwar schon jetzt, konstatiert werden. Die Haltung unserer Presse gegenüber den letzten Ereignissen in der Türkei hat hier ausgezeichneten Eindruck gemacht. Ich höre, dass in jungtürkischen Kreisen gesagt wird, nur die österreichische und die ungarische Presse hätten die Lage richtig aufgefasst. Es wird dies auf die Berichterstattung dieser Botschaft zurückgeführt und dankbarst anerkannt.

Pallavicini.

¹⁾ Die Meldungen aus Plevlje beweisen das Gegenteil. — ²⁾ Bulgarien.

a) Vgl. n. 47, 75. — b) n. 33.

Nr. 35. Aide Mémoire des russischen Ministeriums des Äußern; St. Petersburg 1./14. Aug. 1908 (vom russischen Botschafter in Wien nach dem 16. Aug. übergeben und in Abschrift von der Botschaft in St. Petersburg mit Bericht vom 18. Aug. Nr. 34 A, eingel. 20. Aug., übersendet).^{a)} Ausfert.

Ayant soumis l'aide-mémoire très confidentiel du Cabinet de Vienne en date du 27/14 Juillet^{b)} à un examen attentif, le Ministère Impérial des Affaires Etrangères s'empresse de communiquer à Son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal les considérations suivantes au sujet des deux questions traitées dans le susdit aide-mémoire. 1°/ En ce qui concerne les réformes macédoniennes, le Gouvernement Impérial partage entièrement l'avis du Cabinet de Vienne que la situation en Turquie ayant complètement changé à la suite des derniers événements il serait prudent de s'abstenir en ce moment de toute action réformatrice, pouvant compliquer les difficultés et les dangers actuels. Notre point de vue à ce sujet est exposé, avec tous les développements nécessaires, dans la dépêche circulaire du 24 Juillet^{c)} qui a déjà été communiquée au Gouvernement Austro-Hongrois, et nous aimons à croire que, sous ce rapport, il y a entre nous une entière conformité d'opinions. 2°/ Quant à la proposition du Baron d'Aehrenthal que les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg s'entendent à l'effet de s'abstenir d'une intervention en Proche Orient, sauf accord préalable réciproquement conclu à ce sujet, le Gouvernement Impérial considère cette proposition comme étant entièrement conforme à l'esprit de l'accord de 1897,^{d)} aux principes duquel nos deux Gouvernements restent invariablement fidèles, et, par conséquent, il n'hésite pas à l'accepter. En effet, l'accord de 1897 qui posait le principe de désintéressement, admettait en même temps que l'établissement d'un nouvel ordre de choses sur la presqu'île des Balkans donnerait lieu, le cas échéant, à une stipulation spéciale entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. Si le Cabinet de Vienne estime qu'il serait désirable de fixer dès à présent les termes d'une pareille stipulation, nous sommes tout disposés à examiner cette question dans le même esprit de bienveillance et de conciliation dont déclare s'inspirer le Cabinet de Vienne. A cet effet, il importerait avant tout de connaître l'opinion du Cabinet de Vienne sur la définition plus précise de certains points de l'accord de 1897 proposée dans notre aide-mémoire du 17 Juin dernier;^{e)} cette définition une fois établie, on pourrait procéder à la discussion des développements éventuels sur lesquels il y aurait à s'entendre. En terminant, le Cabinet Impérial croit devoir attirer l'attention du Baron d'Aehrenthal sur un trait particulier de la situation actuelle en Turquie; tout en reconnaissant que la Russie et l'Autriche-Hongrie sont les Etats les plus directement intéressés à ce qui se passe dans cet Empire, il faut prévoir que des troubles qui mettraient en danger les intérêts ou les ressortissants d'autres Grandes Puissances, peuvent donner lieu à des propositions d'intervention collective; dans ce cas l'entente projetée permettrait sans nul doute aux deux Cabinets, s'ils étaient amenés à accepter la collaboration des autres Puissances, d'exercer sur celles-ci l'influence solidaire et conservatrice mentionnée dans l'aide-mémoire du Cabinet de Vienne.

^{a)} Vgl. n. 48. — ^{b)} Vgl. n. 20. — ^{c)} Nicht aufgenommen, weil ausschließlich die mazedonische Reformaktion betreffend. Vgl. G. P. XXV/2 Nr. 8872. — ^{d)} Pribram a. a. O. I 78; Martens N. R. G. 3. S. X 64. — ^{e)} Datum irrig. Es handelt sich um n. 9.

Nr. 36. Erlaß nach Berlin, 15. Aug. 1908 Nr. 1470.^a) Konz. (S. Gagern; V. und G.¹) Aehrenthal).

Die Entrevue in Ischl^b) hat mir Gelegenheit gegeben, mit König Eduard und Sir Charles Hardinge politische Fragen zu besprechen. Die Konversation mit König Eduard läßt sich im wesentlichen dahin resümieren, daß der König von der neuen Situation in der Türkei, welche eine Détente in dem Verhältnis zwischen den Mächten herbeigeführt, auch ein freundschaftliches Zusammenwirken Englands und Österreich-Ungarns in Konstantinopel erwartet. Sein Wunsch gehe immer dahin, daß die beiden Reiche möglichst gute Beziehungen zu einander halten und daß dank diesen letzteren der so nötige Friede befestigt werde. Speziell was die Erhaltung des Friedens anlangt, rechnet der König auf die Unterstützung Seines Freundes, Seiner Majestät des Kaisers. Ich benützte das Zusammentreffen mit Sir Charles Hardinge, um ihm nach den in den letzten Monaten vorgekommenen Mißverständnissen und aufgetauchten Schwierigkeiten die Gesichtspunkte, von denen das Wiener Kabinett sich leiten läßt, in folgender Weise zu entwickeln: Österreich-Ungarn hat, bei allem Wunsche, die von der Monarchie im Vereine mit Russland initiierten Reformen zu fördern und tunlichst sicherzustellen, stets darauf verwiesen, daß die Souveränität des Sultans und die Suszeptibilität der Mohammedaner zu beachten sind. Die leitende Idee des Mürtzsteger Programmes war: mit dem Sultan und nicht gegen ihn die Lage der Christen zu verbessern. Österreich-Ungarn hat gegen die englischen Propositionen^c) der letzten Monate nur deshalb gewisse Bedenken geäußert, weil obiger Gesichtspunkt nicht immer genügende Berücksichtigung gefunden hatte. Das Wiener Kabinett war durchdrungen, daß der Sultan — auch in der Hypothese der vollsten Einmütigkeit der Mächte und des energischen Auftretens ihrer Vertreter in Konstantinopel — seine Zustimmung zu diesen Vorschlägen nicht hätte geben können, weil sein Nachgeben die Auflehnung der Mohammedaner zur Folge gehabt hätte. Einzelne der englischen Propositionen hätten zur Trennung der gedachten Provinzen geführt oder eine solche bedeutet und dies könnte der Sultan, auch wenn alle Kabinette einmütig vorgingen, ohne Krieg nicht zugeben. Die jüngsten Ereignisse bestätigen die Richtigkeit dieser Auffassung. Österreich-Ungarn wird die Verbesserung der Verwaltung in der Türkei nach wie vor ernstlich im Auge haben. Es wird bereit sein, in einem einverständlich zu wählenden Augenblicke die Aktion in Konstantinopel wieder aufzunehmen. Bis dahin halten wir, in Übereinstimmung mit der Rede Sir Edward Grey's, an der Auffassung fest, daß eine zuwartende Haltung gegenüber der jungtürkischen Bewegung zu beobachten sein wird. Österreich-Ungarn sucht kein politisches Interesse in den drei Wilajeten und wird im Einklang damit eine Politik der Nicht-Intervention beobachten. Die Monarchie ist in Europa die der Türkei nächst gelegene Großmacht. In Wien erwartet man, daß England, welches mit Österreich-Ungarn stets freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, diesem Umstande Rechnung tragen wird. Wir haben mit der Regierung des Sultans keine wie immer gearteten Vereinbarungen. Wir wünschen zwar die Erhaltung der Türkei in Europa und besonders, ins solange nicht

etwas besseres an die Stelle zu setzen ist. Wenn aber die Türkei in sich zusammenbricht, werden wir keinen Finger rühren, um den natürlichen Prozeß aufzuhalten. Es ist falsch, daß unsere in der letzten Zeit häufig kritisierte Politik auf Instigationen aus Berlin zurückzuführen ist. Wir handelten vollständig frei und unbeeinflußt. Berlin hatte vom Sandschak-Bahn-Projekte nicht viel früher Information erhalten als die anderen Kabinette. Wir haben aber unsere spezifisch österreichisch-ungarischen Interessen, die wir auf eigene Faust zu wahren entschlossen sind. An der Allianz mit Deutschland halten wir unverbrüchlich fest, weil dies unseren Interessen und dem Frieden Europas zu Nutzen kommt. Den Rivalitäten zwischen Deutschland und England stehen wir ferne, insbesondere der Konkurrenz in den Rüstungen zu Wasser, die wir für nicht ungefährlich halten. Sir Charles dankte für meine offene Aussprache und versicherte mich, daß er im Hinblick auf die geänderte Lage in der Türkei aufrichtig hoffe, daß die englische und österreichisch-ungarische Politik dort denselben Weg werde gehen können. Das von mir betonte Festhalten an der Allianz mit Deutschland findet Sir Charles Hardinge selbstverständlich. Vom Standpunkte der englischen Politik sowie der Erhaltung des Friedens überhaupt würde eine Lockerung dieses Bundes ein schweres Unglück bedeuten. In identischer Weise sprach sich über unser Verhältnis zu Deutschland König Eduard zu mir aus. Da sowohl Sir Charles Hardinge als auch ich in der gegenwärtigen Lage im Abwarten das einzig richtige Mot d'ordre erblicken, sind wir auf die Erörterung weiterer Eventualitäten in der Türkei nicht eingegangen.

Streng vertraulich. Hardinge gab mir zu verstehen, daß der Zweck des Besuches in Cronberg der gewesen sei, mit Kaiser Wilhelm eine Aussprache über die Schiffsbaufrage herbeizuführen. Sir Charles habe diesfalls mit Kaiser Wilhelm eingehende, im freundschaftlichsten Tone gehaltene Unterredungen geführt, die aber ein vollkommen negatives Resultat ergeben hätten. Kaiser Wilhelm hat rund heraus erklärt, Er könne an dem votierten Schiffsbauplane nichts ändern. Derselbe sei zur Wahrung deutscher Interessen beschlossen, habe keine Spitze gegen England und dieses letztere könne seine weiteren Rüstungen zur See nach seinem Belieben einrichten. Sir Charles Hardinge zeigte sich über diesen Refus präokkupiert, weil er voraussieht, daß England spätestens im nächsten Sommer die Flottenvermehrung im größeren Maßstabe werde in die Hand nehmen müssen. Ich beantwortete diese Confidence des englischen Diplomaten damit, daß ich diese zwischen Deutschland und England auftauchende ernste Wolke lebhaft bedauere. Bei unseren langjährigen freundschaftlichen Beziehungen sei ich ihm aber eine offene Sprache schuldig und da könne ich ihm nicht verhehlen, daß mir der Refus Kaiser Wilhelms nicht überraschend komme. Nach der vom König Eduard mit Erfolg geführten Entente-Politik, die schließlich doch für Deutschland eine unangenehme Lage schafft, sei es Kaiser Wilhelm sehr schwer gemacht, einen bereits fertiggestellten Flottenbauplan abzuändern. Wenn England im Interesse des Friedens ein langsames Tempo in den Flottenrüstungen wünscht, so müßte eine andere Methode zur Anwendung gelangen. Ich warf den Gedanken hin, daß die

in der Türkei eingetretene Wendung vielleicht auch eine Annäherung zwischen Deutschland und England in der orientalischen Frage ermöglichen und mit der Zeit auf das allgemeine Verhältnis der beiden Staaten zu einander günstig einwirken könnte, wodurch auch die Schiffsbaufrage von ihrer heutigen Schärfe verlieren würde. Da Euer Excellenz am 18. August Gelegenheit haben werden, Kaiser Wilhelm zu sprechen, so sind Sie ermächtigt, Seiner Majestät aus dem Vorstehenden dasjenige mitzuteilen, was Sie als hiezu geeignet ansehen. Eine eingehende Mitteilung kann sodann seitens Euer Excellenz an den Reichskanzler oder den Staatssekretär erfolgen. Zu Ihrer Information füge ich noch hinzu, daß König Eduard die Zustimmung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn erbeten hat, Sir Edward Goschen von hier abberufen zu dürfen, um ihn nach Berlin zu versetzen. An Stelle Sir Edwards soll Mr. Cartwright aus München nach Wien kommen.

¹⁾ Von Seiner Exzellenz Herrn von Müller zu fertigen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 38, 79, 489, 695, 1677. Außer diesen und den anderen durch Verweise in den Fußnoten zu den oben verzeichneten Schriftstücken angeführten Akten finden sich, wie schon eine amtliche Untersuchung im Jahre 1917 festgestellt hatte, im Politischen Archiv keine weiteren Nachrichten über die Ischler Zusammenkunft. — ^{b)} 12./13. August 1908. — ^{c)} G. P. XXV/2 S. 495 ff.

Nr. 37. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 18. Aug. 1908 Nr. 39 C (eing. 20. Aug.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Der derzeitige Leiter des Ministeriums des Äussern, Unterstaatssekretär Pompili, welcher in der Gegend von Perugia begütert ist, soll ein ausgezeichnete Landwirt sein. Er wurde für den Posten, den er jetzt bekleidet, ausersehen, weil sich Herr Giolitti die Fraction, welcher Pompili in der Kammer angehört, auf diese Weise gefügig machen wollte, und weil es hiess, dass er gut Französisch kann. Dies letztere trifft freilich nicht zu; — aber auch sonst besitzt Herr Pompili für sein Amt weder die nötigen Vorkenntnisse noch das Talent. Alles das erschwert den Umgang mit ihm. Das macht es auch erklärlich, dass ich von den zwei Unterredungen, die ich mit dem Herrn Unterstaatssekretär in Angelegenheit des hohen Telegrammes Euer Excellenz Nr. 67^{b)} über die Prävalierung unserer Interessen am Balkan hatte, die Impression davon getragen habe, von ihm überhaupt nicht, oder wenigstens sicher nicht ganz verstanden worden zu sein. Wie ich Euerer Excellenz zu melden die Ehre hatte, hat mich dies veranlasst, den mir gewordenen hohen Auftrag auch schriftlich, in Form eines Promemoria auszuführen. Ich bedauere auf das Lebhafteste, daß die von mir gewählte Ausdrucksweise mit den Intentionen Euerer Excellenz nicht ganz im Einklang war^{a)} und kann zu meiner Entschuldigung Nichts, als meine vollständige bona fides anführen: ich hatte das fragliche Schriftstück mit der grösstmöglichen Sorgfalt verfasst und hatte die — leider irrige — Überzeugung den Sinn Euerer Excellenz Telegramms richtig erfasst und richtig wiedergegeben zu haben. Italienischerseits ist man bisher auf die Angelegenheit nicht zurückgekommen, und gereicht

es mir zur Befriedigung constatiren zu können, dass sich die Nothwendigkeit nicht ergeben hat, meine Worte richtigzustellen. Ich hoffe zuversichtlich, dass sie sich auch nicht ergeben wird. Herr Pompili wird zu einer abermaligen Erörterung des Gegenstandes schwerlich ohne speziellen Auftrag die Initiative ergreifen — hiezu ist er nicht der Mann — und Herr Tittoni wird wohl den Zeitpunkt der Begegnung mit Eurer Excellenz abwarten, um diese wichtige Frage persönlich mit Hochdensenben zu besprechen.

Somssich.

a) Vgl. n. 30. — b) Vom 4. Aug.

Nr. 38. Bericht aus Berlin, 19. Aug. 1908 Nr. 40 A (eing. 21. Aug.).^{a)} Ausfert.

... *Hofnachrichten, Cronberger Entrevue zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard VII.* ... Nach diesen gnädigen Confidencen Kaiser Wilhelms glaubte ich den Intentionen Eurer Exzellenz zu entsprechen, indem ich Seiner Majestät erzählte, Eure Exzellenz hätten mir mitgeteilt, Sir Charles habe Hochdensenben anvertraut, dass er die Schiffbaufrage in Cronberg zur Sprache gebracht aber hiebei ein vollkommen negatives Resultat erreicht habe. Ich habe auch hinzugefügt, Eure Exzellenz hätten dem englischen Unterstaatssecretär versichert, dass der Refus, den er sich bei Seiner Majestät geholt, unter den gegebenen Verhältnissen Hochdieselben keineswegs überraschen konnte. Kaiser Wilhelm war über diese Mitteilung offenbar sehr erfreut. Ebenso war seine Majestät mit dem Verlaufe der Unterredungen Eurer Exzellenz mit König Eduard und Sir Charles Hardinge, die ich Ihm auf Grund der Ausführungen des hohen Erlasses vom 15. August d. J. Nr. 1470 zu skizzieren mir erlaubte, vollkommen einverstanden. Auch nach Seiner Ansicht ist im Hinblick auf die geänderte Lage in der Türkei für alle Mächte kein anderes Vorgehen möglich, als die weitere Entwicklung abzuwarten. Insbesondere hat bei Höchstdensenben die Versicherung König Eduards und Seines Unterstaatssecretärs grosse Befriedigung hervorgerufen, dass auch sie in dem Festhalten an dem österreichisch-ungarisch-deutschen Bündnisse, eine bedeutsame Garantie für die Erhaltung des Friedens erblicken. ... *Manöver der deutschen Armee* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 36, 55.

Nr. 39. Tel. nach St. Petersburg, 19. Aug. 1908 Nr. 105 (chiffr. 5. U. 55 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Gagern).

Ich ersuche Euer Exzellenz mir mitzuteilen, wann Sie Ihren Urlaub antreten und sich sodann möglichst rasch zu mir auf den Semmering zu begeben, da ich eine baldige Aussprache mit Ihnen wünsche.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 41.

Nr. 40. „Protokoll des zu Wien am 19. Aug. 1908 abgehaltenen Ministerrathes für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern Freiherrn von Aehrenthal.“ K. Z. (Kabinettszahl) 34, G. M. C. P. Z. (Gemeinsame Ministerkonferenz, Protokollzahl) 467.a) Konz. (S. Gagern; G. Aehrenthal) und Ausfert.

Gegenwärtige: Der kgl. ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck, der k. u. k. Reichskriegsminister F. Z. M. Freiherr von Schönaich, der k. u. k. Reichsfinanzminister Freiherr von Burián, der k. u. k. Chef des Generalstabes F. M. L. Conrad von Hötzendorf.

Protokollführer: Gesandter Freiherr von Gagern.^{b)}

Gegenstand: Die Frage der Rückwirkung der neuen Aera in der Türkei auf Bosnien und die Herzegovina, beziehungsweise der Annexion dieser Provinzen bei gleichzeitiger Zurückziehung der kaiserlichen und königlichen Garnisonen aus dem Sandschak von Novipazar.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, deren Gegenstand er bei den Konferenzteilnehmern als bekannt voraussetzen zu dürfen glaubt, und geht sodann zur Besprechung der internationalen Lage über, wie sich dieselbe infolge des Sieges der jungtürkischen Bewegung gestaltet hat. In dieser Beziehung führt Redner aus, daß hiedurch eine Veränderung des Verhältnisses der Mächte zueinander herbeigeführt worden und eine gewisse Détente eingetreten sei. Die von den Mächten verfolgte Reformaktion sei jedenfalls als gescheitert zu betrachten; denn entweder erfolge durch das jungtürkische Regime eine Konsolidierung der Türkei aus sich selbst heraus und dann seien Reformen überflüssig, oder es würden grundstürzende Veränderungen dortselbst eintreten und dann sei ebenfalls nicht an die Einführung von Reformen zu denken. Die Mächte hätten sich übrigens rasch in die neue Situation gefunden. England und Rußland hätten ihre letzten Reformvorschläge einstweilen zurückgezogen und man habe sich allseits geeinigt, dem konstitutionellen Experimente in der Türkei gegenüber eine sympathisch abwartende Haltung einzunehmen. Redner habe es für richtig gehalten, dem St. Petersburger Kabinette vorzuschlagen, den von Österreich-Ungarn und Rußland bezüglich ihrer Haltung zur Türkei bisher beobachteten Prinzipien des Désintéressements und der Nichtintervention bis zur Erzielung einer neuen Verständigung treu zu bleiben, welchem Vorschlage Herr Iswolsky zugestimmt habe. Durch den Umschwung in der Türkei hätten nun für die Monarchie zwei Fragen die größte aktuelle Bedeutung erlangt, zu welchen ohne Zeitverlust Stellung genommen werden müsse. Die eine dieser Fragen sei die der Monarchie von den Mächten im Berliner Vertrage übertragene Besetzung und Verwaltung von Bosnien und der Herzegovina, die zweite die ebenfalls auf Grund des genannten Traktates erfolgte Besetzung des Sandschaks von Novipazar. Was die Besetzung dieses Sandschaks gemeinsam mit der Türkei betrifft, so habe Graf Andrassy mit derselben einerseits bezweckt, die Solidarität der Monarchie mit der Türkei und den Wunsch Österreich-Ungarns nach Erhaltung dieser Letzteren zu markieren, andererseits aber

den Zusammenschluß Serbiens und Montenegros zu einem großserbischen Reiche zu verhindern. Seit 29 Jahren halte nun Österreich-Ungarn Garnisonen im Sandschak, doch habe die Politik, welche hierin zum Ausdrucke gelangt, der Monarchie sehr viele Schwierigkeiten bereitet, da infolge der Besetzung dieses türkischen Gebietsteiles die Legende von dem beabsichtigten Vormarsche Österreich-Ungarns nach Salonichi entstanden sei und stets neue Nahrung erhalten habe. Redner hält nun den Augenblick für gekommen, diese Politik zu revidieren und hat in Beantwortung gewisser russischer Vorschläge ein Memorandum^{c)} ausarbeiten lassen, von welchem er jedem der Konferenzteilnehmer ein Exemplar zur Verfügung stellt und in welchem die Frage einer Prüfung unterzogen wird, ob die Besetzung des Sandschaks von Novipazar weiter aufrecht erhalten, beziehungsweise, ob dieser türkische Gebietsteil speziell im Falle des Zusammenbruches der Türkei zu annektieren wäre. Redner gelangt in diesem Memoire aus politischen, militärischen und finanziellen Erwägungen zur Verneinung dieser Frage und betont überdies, daß Österreich-Ungarn, solange es seine Brigade im Sandschak stehen habe, an der bisher befolgten und auch für die Zukunft beabsichtigten Politik der Nichtintervention à la longue nicht festzuhalten in der Lage sein werde, da dort jeden Augenblick Zwischenfälle eintreten könnten, welche die dortige österreichisch-ungarische Garnison in eine äußerst schwierige Lage zu bringen geeignet wären und die Monarchie eventuell zu einer höchst unerwünschten Machtentfaltung zwingen könnten. Redner weist in diesem Zusammenhange auf Mitteilungen des Reichskriegsministers hin, wonach das bisherige sehr gute Verhältnis zwischen der österreichisch-ungarischen und der türkischen Besatzung im Lim-Gebiete schon kein mehr ganz befriedigendes sei und sich zu einem gespannten zu gestalten beginne. Was die Rückwirkung der in der Türkei angebrochenen konstitutionellen Aera auf Bosnien und die Herzegovina betrifft, so bemerkt Redner, daß die Monarchie dort zwar eine große Kulturarbeit geleistet habe, daß aber die Einführung einer Provinzialverfassung noch nicht erfolgt sei. Mit der Einführung einer Konstitution in der Türkei werde diese Frage aber von der größten Aktualität werden, während andererseits die Schaffung einer Provinzialverfassung in Bosnien und der Herzegovina ohne gleichzeitige Annexion dieser Provinzen nicht denkbar sei. Redner habe daher Seiner Majestät vorzuschlagen sich gestattet, in Befolgung des Prinzipes der Nichtintervention und um mit den anderen Mächten auf die gleiche Linie zu kommen, die kaiserlichen und königlichen Garnisonen aus dem Sandschak zurückzuziehen und gleichzeitig zur Vornahme der Annexion mit der Motivierung zu schreiten, daß die Monarchie sonst nicht ihre Mission in Bosnien und der Herzegovina erfüllen könnte. Seine Majestät habe diesem Vorschlage mit dem Auftrage allergnädigst zuzustimmen geruht, behufs Vorbereitung dieser Aktion mit den beiden Ministerpräsidenten das Einvernehmen zu pflegen, und erbitte sich Redner hiemit deren Unterstützung bei Durchführung dieser für die Monarchie so hochwichtigen und bedeutungsvollen Angelegenheit. Redner behält sich vor, über die diplomatische Durchführung der Annexion sowie über den hiefür zu wählenden Zeitpunkt nähere Mitteilungen zu machen

und bezeichnet es als die wichtigste Vorbedingung für die Vornahme der Annexion, daß vorerst über die mit derselben im Zusammenhange stehenden staatsrechtlichen Fragen zwischen den Regierungen eine interne Einigung erzielt werde. Sei dies einmal erreicht, so wäre die Bestimmung des Zeitpunktes für die Durchführung der betreffenden Aktion dem Minister des Äußern zu überlassen.

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck richtet hierauf an den Vorsitzenden das Ersuchen, sich bereits jetzt über das gegenwärtige Verhältnis der Monarchie zu den in Betracht kommenden Mächten sowie darüber zu äußern, wie er sich die diplomatische Durchführung der Annexion denke.

Der Vorsitzende erwidert hierauf, daß er in dieser Frage mit den Mächten bisher noch keine Verhandlungen eingeleitet habe und solche auch insolange als verfrüht ansehen würde, als diesfalls nicht eine interne Einigung zwischen den Regierungen der Monarchie zustande gekommen sei. Was die voraussichtliche Haltung der Mächte im Falle der Umwandlung der Okkupation in eine Annexion anbelangt, so bemerkt Redner zunächst, daß man Deutschlands wohl unbedingt sicher sein könne, da diese Macht jetzt auf Österreich-Ungarn allein angewiesen sei, zumal nach dem Refus, welchen Kaiser Wilhelm dem Könige von England in Cronberg auf dessen Anwurf, den bereits gesetzlich festgelegten deutschen Flottenbauplan zu restringieren, erteilt habe. Rußland habe der Monarchie den Besitz der okkupierten Provinzen mehrfach in geheimen Verträgen zugesichert, so unter anderen im Drei-Kaiser-Bündnisse vom Jahre 1881,^{d)} welches bis zum Jahre 1887 Giltigkeit hatte. Als eine solche Zusicherung könne speziell auch die im Jahre 1884 vom russischen Botschafter in einer im Auftrage seiner Regierung an den Minister des Äußern Grafen Kálnoky gerichteten Note ausgesprochene Erwartung angesehen werden, „que le Gouvernement autrichien n'apportera aucune modification à l'état de choses existant dans les deux provinces occupées aussi longtemps que des circonstances imprévues ne l'exigeront pas impérieusement.“ Seitdem habe Rußland sich auf den Standpunkt gestellt, daß die definitive Regelung der bosnisch-herzegovinischen Frage ebenso wie die Frage des Besitzes von Konstantinopel einer europäischen Entscheidung vorbehalten bleiben müsse, welcher Gedanke im Jahre 1897 anlässlich des Besuches Seiner Majestät in St. Petersburg zum Ausdruck gebracht wurde. Anfangs Juli habe die russische Regierung in einem *Mémoire*^{e)} den Vorschlag gemacht, die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegovina sowie des Sandschaks von Novipazar bis über Mitrovitza hinaus unter Voraussetzung gewisser — allerdings einigermaßen disproportionierter — Kompensationen zum Gegenstande eines freundschaftlichen Gedankenaustausches mit dem Wiener Kabinette zu machen. Die Absicht des Redners gehe nun dahin, dieses zur Zeit noch nicht beantwortete *Mémoire* zum Ausgangspunkte zu nehmen, um mit Rußland vor Durchführung der Annexion der okkupierten Provinzen zu einem Übereinkommen zu gelangen, wobei Redner bereit wäre, dem St. Petersburger Kabinette, falls dasselbe in der Annexionsfrage eine der Monarchie freundliche Haltung beobachte, eine ebenso freundliche Haltung

für den Fall zuzusichern, daß Rußland die Frage der Durchfahrt durch die Dardanellen auf das Tapet bringen sollte. Italien könne auf Grund des Dreibund-Vertrages^{f)} keine Kompensationsansprüche erheben, wenn die Monarchie zur Annexion Bosniens und der Herzegovina schreiten würde. Italien könne nur dann eine Kompensation verlangen, wenn Österreich-Ungarn über die auf Grund des Berliner Vertrages okkupierten Provinzen hinaus von türkischen Gebietsteilen Besitz ergreifen sollte. Frankreich sei zur Zeit zu sehr in Marokko beschäftigt, als daß es daran denken könnte, bezüglich der Balkanhalbinsel aktiv aufzutreten, und auch von England sei kein Widerspruch zu besorgen. Dagegen müsse allerdings mit dem Widerstande der Türkei gerechnet werden, doch werde auch diese zur Zurückhaltung genötigt sein, da sie schweren Zeiten entgegengehe. Redner bemerkt schließlich noch, daß er die russische Zirkularnote,^{g)} womit die Suspendierung der Reformvorschläge angezeigt wurde, beantwortet und bei dieser Gelegenheit dem St. Petersburger Kabinette zugleich mitgeteilt habe, daß er die österreichisch-ungarischen Reformoffiziere beurlaubt habe, wobei er sich von der Erwägung habe leiten lassen, daß es nicht angezeigt sei, dieselben unangenehmen Eventualitäten auszusetzen und sie überdies in ständigem Kontakte mit revoltierenden Offizieren einer fremden Macht zu lassen.

Der kgl. ungar. Ministerpräsident Dr. Wekerle spricht dem Vorsitzenden für die soeben vorgenommenen Ausführungen, welche er als beruhigend bezeichnet, seinen Dank aus. Redner müsse übrigens auch in der Tat voraussetzen, daß die Durchführung der Annexion von seiten der Mächte keinem Widerstande begegnen werde, da seiner Ansicht nach weder die militärische noch die finanzielle Situation der Monarchie es derselben gestatte, sich einem Konflikte mit einer fremden Macht auszusetzen. Dies vorausgeschickt, spricht Redner sich entschieden für die Annexion aus, da durch dieselbe dem Auslande gegenüber eine klare Situation geschaffen und durch die Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Garnisonen aus dem Sandschak von Novipazar speziell Italien und den Balkanstaaten gegenüber bekundet werden würde, daß die Monarchie keine weitergehenden Aspirationen auf türkische Gebietsteile habe. Auch die Lage in den jetzt bloß okkupierten Provinzen werde sich durch die Vornahme der Annexion nicht nur entschieden bessern, sondern es könne sogar gesagt werden, daß eine Konsolidierung der Zustände dortselbst sich ohne Annexion nicht werde erreichen lassen. Davon abgesehen sei die Annexion aber auch die unerläßliche Vorbedingung für die Einführung einer Provinzialverfassung im gegenwärtigen Okkupationsgebiete, bezüglich welcher nunmehr ein beschleunigtes Tempo eingeschlagen werden müsse, welche aber ohne vorherige Annexion zu geradezu unhaltbaren Zuständen führen würde. Ebenso werde auch nur nach durchgeführter Annexion und erfolgter Regelung der Souveränitätsfrage die Frage der Staatsbürgerschaft der Einwohner Bosniens und der Herzegovina geregelt werden können. Redner gibt weiters seiner bestimmten Überzeugung Ausdruck, daß, solange die Annexion nicht erfolgt sei, die subversiven Bewegungen in den süd-slavischen Ländern nicht aufhören werden. Speziell Serbien, dessen

schamlose Umtriebe gegen die Stellung der Monarchie in Bosnien und der Herzegovina bisnun künstlich übersehen wurden, würde, wenn der bisherige ungeklärte Zustand dortselbst weiter bestehen sollte, mit seinen Agitationen in einer Weise fortfahren, welche die Monarchie zwingen würde, gegen das Savekönigreich energisch einzuschreiten. Redner wirft hierauf die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, das Besatzungsrecht der Monarchie bezüglich des Sandschaks in der Weise aufzugeben, daß das Wiederaufleben dieses Rechtes für den Fall stipuliert würde, daß die Türkei nicht imstande wäre, dieses Gebiet zu behalten.

Der Vorsitzende bemerkt demgegenüber, daß ein solcher Vorbehalt wohl nicht gemacht werden könnte, da durch die Annexion der Berliner Vertrag zerrissen werden würde und gerade auf diesem ja das Besatzungsrecht der Monarchie im Sandschak beruhe. Wenn nun durch die Annexion § 25 des Berliner Vertrages abgeändert würde, so könne man sich auf der anderen Seite nicht auf eben denselben Paragraphen berufen.

... Besprechung staatsrechtlicher Fragen ...

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck leitet seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß die heute zur Diskussion stehende Frage eines der größten und schwierigsten Probleme für die Monarchie beinhalte. Redner gibt ohne weiters zu, daß der heutige Zustand in Bosnien und der Herzegovina nicht den Charakter des bleibenden und dauernden tragen und die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan möglicherweise eine solche Wendung nehmen könne, daß von derselben eine sehr nachteilige Rückwirkung auf die Monarchie mit Rücksicht auf ihren Besitz dieser Provinzen zu gewärtigen sei. Die Erwägung sei daher gewiß naheliegend, daß durch die Annexion der beiden Provinzen eine klare Situation geschaffen werden müsse. Die heutige auf dem Berliner Vertrage beruhende Lage der Dinge auf der Balkanhalbinsel sei aus dem Zusammenwirken der Mächte hervorgegangen. Die Annexion Bosniens und der Herzegovina würde eine vollständige Zerreißung des Berliner Vertrages bedeuten, welcher zwar schon heute zahlreiche Löcher aufweise, dessen Gerippe aber immerhin noch bestehe. Redner bezeichnet die vom Vorsitzenden in der heutigen Konferenz erteilten Aufschlüsse als sehr interessant und dankenswert; gleichwohl hätten dieselben aber nicht alle Bedenken zerstreut, welche er bezüglich der diplomatischen Durchführung der Annexion hege. Die Tatsache, daß Rußland seine Zustimmung zur eventuellen Annexion der okkupierten Provinzen mit gewissen weitgehenden Kompensationsforderungen seinerseits verquickt habe, lasse die Annahme vielleicht als nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen, daß jede der Mächte als Preis für ihre Zustimmung irgend welche Forderungen anmelden werde. Dies gelte in erster Linie von Italien, welches bekanntlich seine Blicke auf Albanien richte. Die Gefahr eines Zusammenstoßes mit einer europäischen Macht als Folge der Annexion könne daher nach Ansicht des Redners keineswegs als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden und selbst wenn eine solche würde vermieden werden können, würde man sich immerhin auf einen Konflikt mit der Türkei und mit dem einen oder anderen Balkanstaate gefaßt machen müssen.

... *Besprechung staatsrechtlicher Fragen* ...

Redner (der k. k. Ministerpräsident Freiherr von Beck) würde, was die internationale Seite der Frage betrifft, es als gefährlich ansehen, bloß angesichts des Vorhandenseins einer Gefahr, wie sie ja allerdings infolge des Garnisonierens österreichisch-ungarischer Truppen im Lim-Gebiete bestehe, zur Schaffung eines *fait accompli* zu schreiten. Anschließend hieran gibt Redner der Ansicht Ausdruck, daß die aus der Annexion eventuell resultierenden Gefahren jedenfalls wesentlich vermindert würden, wenn die Monarchie sich zu diesem Schritte erst infolge des Eintrittes einer Zwangslage entschliesse. Wenn man unter dem Drucke einer Zwangslage zur Annexion schreiten würde, würde man sogar überhaupt keines Rechtstitels hiezu bedürfen, da eine solche Lage ihre innere Rechtfertigung in sich trage und man sich auf dieselbe nicht nur dem Auslande, sondern auch den eigenen Legislativen gegenüber berufen könnte. Die erforderliche Zwangslage könne eventuell durch einen die kaiserlichen und königlichen Truppen im Sandschak betreffenden Zwischenfall oder auch durch den Eintritt anarchischer Zustände in der Türkei entstehen. Vielleicht würde es sogar möglich sein, den Eintritt einer Zwangslage zu fördern oder hervorzurufen. Redner schließt seine Ausführungen, indem er nochmals betont, daß er es für nicht unbedenklich halten würde, ohne weitausgreifende diplomatische Vorbereitung an die Annexion heranzutreten, da sonst leicht Komplikationen entstehen könnten, für welche die Monarchie weder militärisch noch finanziell entsprechend gerüstet sei. Redner schlägt vor, daß die beiden Regierungen, welche unterdessen seitens des Ministers des Äußern über den weiteren Gang der internationalen Politik im Hinblick auf die Annexion auf dem Laufenden zu erhalten wären, mit einander in Fühlung treten sollen, um über die Modalitäten der Inkorporierung Bosniens und der Herzegovina innerhalb des Rahmens der dualistischen Staatsform schlüssig zu werden.

Der kgl. ungar. Ministerpräsident Dr. Wekerle bemerkt zunächst, indem er auf eine Äußerung des k. k. Ministerpräsidenten reflektiert, daß die Annexion nicht etwa im Namen Ungarns zu erfolgen hätte, sondern nur unter Berufung auf den der heiligen ungarischen Krone zustehenden Rechtstitel. Der Ansicht des k. k. Ministerpräsidenten, wonach erst der Eintritt einer Zwangslage abgewartet werden solle, um zur Annexion zu schreiten, kann Redner nicht beipflichten, sondern gibt vielmehr der Meinung Ausdruck, daß ein solches Abwarten sehr gefährlich wäre. Heute könne man noch ohne Schlappe und ohne Schädigung des Prestiges der Monarchie die österreichisch-ungarischen Garnisonen aus dem Sandschak zurückziehen, was sogar auf Italien, die Türkei und die Balkanstaaten eine beruhigende Wirkung ausüben würde. Sei dagegen einmal durch irgend einen bedauerlichen Zwischenfall die militärische Ehre der österreichisch-ungarischen Truppen im Lim-Gebiete engagiert, so würde sich deren Zurückziehung nicht mehr so leicht und jedenfalls nicht ohne Einbuße an Prestige bewerkstelligen lassen.

Derk. und k. Chef des Generalstabes F. M. L. Conrad von Hötzendorf ergreift hierauf das Wort, um seiner Ansicht dahin Ausdruck zu geben,

daß die von dem k. k. Ministerpräsidenten als Vorbedingung für die Vornahme der Annexion bezeichnete Zwangslage durch die Ereignisse in der Türkei eigentlich ja schon gegeben sei. Redner glaubt, daß das Abwarten eines Ereignisses, welches die Räumung des Sandschaks seitens der kaiserlichen und königlichen Truppen als erzwungen erscheinen ließe, in Bosnien und der Herzegovina den allerschlechtesten Eindruck hervorrufen würde und sogar einen Aufstand dortselbst hervorrufen könnte. Auch in den Augen der Balkanstaaten würde durch das Zurückziehen der Garnisonen nach Eintritt eines Zwischenfalles das Prestige der Monarchie schwer geschädigt werden. Im übrigen möchte Redner darauf hinweisen, daß die Aufmerksamkeit nicht nur den Gefahren zugewendet werden sollte, welche aus der Annexion entstehen könnten, sondern daß es mindestens ebenso geboten erscheine, die ungleich größeren Gefahren ins Auge zu fassen, welche sich ergeben würden, wenn man sich nicht rechtzeitig zur Annexion entschliesse.

Der Vorsitzende stimmt mit dem k. k. Ministerpräsidenten darin überein, daß die diplomatische Vorbereitung der Annexion jedenfalls eine sehr gründliche sein müsse. In dieser Beziehung hält Redner es jedoch für ausreichend, wenn man mit Rußland zu einem accord gelange und sich der Zustimmung dieser Macht versichere, denn dann sei die Annexion durchführbar. Dagegen würde Redner, wie bereits früher bemerkt, es nicht für opportun halten, auch mit den übrigen Mächten in betreff der Annexion in Verhandlung zu treten. Redner ist im Gegensatze zu der Anschauung des k. k. Ministerpräsidenten der Ansicht, daß für die Monarchie sowohl nach innen wie nach außen eine Zwangslage vorhanden sei.

... Besprechung staatsrechtlicher Fragen. ...

Es ergreift sodann der k. u. k. Reichsfinanzminister Freiherr von Burian das Wort, um sich zur Frage des Maßes der Dringlichkeit der Durchführung der Annexion zu äußern. Redner erinnert zunächst daran, daß er schon lange vor der jungtürkischen Umwälzung in einem Seiner Majestät im April 1. J.^h) unterbreiteten Memoire zur Frage der Annexion Stellung genommen und sich für deren baldige Insverksetzung ausgesprochen habe. Die Ereignisse in der Türkei hätten ihn seither in dieser Überzeugung nur bestärkt und hätten seiner Ansicht nach tatsächlich eine Zwangslage geschaffen. Diese Zwangslage ergebe sich zunächst aus dem politisch-psychischen Zustande der Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina, wo eine dreißigjährige Okkupation diese Bevölkerung gänzlich verändert habe und wo eine unter dem Einflusse der Okkupationsmacht erzogene Generation mit neuen Anschauungen herangewachsen sei. Redner habe schon seit langem ein Programm für die Errichtung von Vertretungskörpern in den okkupierten Provinzen fertiggestellt und dieses Programm brauche auch infolge der jüngsten Ereignisse in der Türkei nicht abgeändert zu werden, wohl aber müsse bezüglich dessen Durchführung ein beschleunigtes Tempo eingeschlagen werden. Diese Vertretungskörper seien dreierlei Art: 1.) Bezirksausschüsse, 2.) Kreisvertretungen und 3.) ein Provinziallandtag nach Art und mit dem ungefähren Kompetenzkreise der österreichischen Landtage. Für die Beschleunigung der Einführung namentlich

des letzterwähnten Vertretungskörpers seien vornehmlich zwei Termine von besonderer Wichtigkeit, nämlich der Termin des Zusammentrittes der Delegationen Ende September und der Zeitpunkt des Zusammentrittes des türkischen Parlamentes. In den Delegationen würden an die gemeinsame Regierung gewiß Anfragen über ihre Pläne hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina gerichtet werden und müsse dieselbe gerüstet sein, auf solche Anfragen klare Antworten zu erteilen. Die Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina werde jedenfalls, wie bereits anlässlich früherer Sessionen, mit Mitgliedern beider Delegationen in Verbindung treten und so einen Druck auf diese letzteren ausüben. Noch wichtiger sei der Termin für den Zusammentritt des türkischen Parlamentes, denn man dürfe sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die erste Tat dieses Parlamentes eine Deklaration bezüglich der Integrität des türkischen Reiches sowie das Verlangen sein werde, daß das Okkupationsmandat der Monarchie von den Mächten als erloschen erklärt werde, und zwar werde dieses Verlangen mit der Motivierung gestellt werden, daß die Monarchie entweder ihre Mission in jenen Provinzen erfüllt habe und sich daher nunmehr aus denselben zurückziehen müsse, oder daß sie die übernommene Mission nicht zu erfüllen imstande gewesen sei und daß in diesem Falle keine *raison d'être* mehr für ihr weiteres Verbleiben dortselbst vorhanden sei. Die Beschleunigung der Einführung verfassungsmäßiger Einrichtungen in Bosnien und der Herzegovina werde aber auch mit Rücksicht auf die dortige Bevölkerung erfolgen müssen, welche niemals zugeben werde, daß sie hiefür weniger reif sei als die Bevölkerungen der angrenzenden Länder, welche sämtlich unter verfassungsmäßigem Regime leben. Von dem Momente an aber, wo eine Landesvertretung in Bosnien und der Herzegovina eingeführt werde, sei auch bezüglich der Durchführung der Annexion eine Zwangslage geschaffen, denn die Einführung eines Provinziallandtages sei ohne gleichzeitige Annexion nicht denkbar. Die Annexion würde von der Bevölkerung, welche nach der Herstellung eines Definitivums förmlich lechze, ruhig hingenommen werden. Einzelne Proteste würden wohl von Anhängern der Idee eines großserbischen Reiches sowie von zum Teile in serbischem Solde stehenden Mohammedanern erfolgen. Im allgemeinen könne aber eher behauptet werden, daß Erstaunen darüber herrsche, daß die Monarchie nicht schon längst die Annexion durchgeführt habe. Der Moment für eine große Tat sei jetzt gekommen. Die Annexion würde auch fremden Agitationen einen Riegel vorschieben, welche gegenwärtig vielfach ein leichtes Spiel haben, da die Leute in den okkupierten Provinzen oft nicht recht wüßten, wohin sie gehören. Die Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina werde durch die Annexion und die als Konsequenz derselben erfolgende Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses dieses Länderkomplexes in die Lage versetzt werden müssen, ihre politischen Rechte in einem Vertretungskörper der Monarchie auszuüben. Zwischen der Errichtung eines Provinziallandtages und der Ausübung der politischen Rechte seitens der Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina dürfe womöglich kein *Spatium* offen bleiben oder dasselbe müsse möglichst kurz bemessen werden, um dem türkischen Parlamente

keine Zeit zu lassen, einen schlechten Einfluß auf die Bevölkerung der okkupierten Provinzen auszuüben. Redner gelangt zu dem Schlusse, daß eine die Annexion dringend erheischende Zwangslage im Okkupationsgebiete gegeben sei und daß die Gefahren, welche mit der Durchführung der Annexion möglicherweise verbunden seien, im Verhältnis zu den Gefahren, welche aus dem Fortbestande des gegenwärtigen Zustandes resultieren würden, verhältnismäßig gering seien.

... Besprechung staatsrechtlicher Fragen ...

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck erklärt sich bereit, in Betreff der Konstruktion einer solchen Gesetzesvorlage mit dem kgl. ungarischen Ministerpräsidenten in Verhandlung zu treten, legt aber Wert darauf, ausdrücklich zu betonen, daß er heute nicht einmal für seine Person in der Lage sei, sich mit der Vornahme der Annexion Bosniens und der Herzegovina einverstanden zu erklären. Um dies seinerzeit eventuell im Namen der österreichischen Regierung tun zu können, werde er die Sache überhaupt im österreichischen Ministerrate zur Sprache bringen und seine Ministerkollegen einweihen müssen. Redner fragt, wie der kgl. ungarische Ministerpräsident sich diesfalls seinen Kollegen gegenüber zu verhalten und ob er dieselben mit der Annexion etwa vor ein fait accompli zu stellen gedenke.

Der kgl. ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle erwidert hierauf, daß auch er heute nicht in der Lage sei, namens der Regierung, an deren Spitze er stehe, der Annexion zuzustimmen und dies einstweilen nur für seine Person tue. Auch er behalte sich vor, im gegebenen Momente seinen Kollegen von der Sache Mitteilung zu machen, werde aber falls dieselben in dieser Frage einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen sollten, aus dieser Haltung für seine Person die Konsequenzen ziehen, da er entschlossen sei, mit dieser von ihm bereits jetzt persönlich übernommenen Verpflichtung zu stehen oder zu fallen.

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck macht seine weitere Stellungnahme in dieser Angelegenheit davon abhängig, ob er bezüglich der Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses der zu annektierenden Provinzen mit dem kgl. ungarischen Ministerpräsidenten zu einem Einverständnis gelangen, sowie ob er die Überzeugung von dem tatsächlichen Vorhandensein einer Zwangslage gewinnen werde. Redner richtet sodann an den Reichskriegsminister die Anfrage, welche Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Annexion militärisch vorzubereiten.

Der k. u. k. Reichskriegsminister F. Z. M. Freiherr von Schönaich erwidert hierauf, daß es in dieser Beziehung genügen werde, die Stände der Truppen im Okkupationsgebiete zu erhöhen und die Truppen in Bosnien und der Herzegovina um die aus dem Sandschak zurückzuziehende Brigade zu verstärken.

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck stellt des weiteren die Frage, wie es mit der militärischen Bereitschaft der Monarchie im Falle eines Konfliktes mit einer europäischen Macht stehe.

Der k. und k. Chef des Generalstabes F. M. L. Conrad von Hötzendorf beantwortet diese Anfrage dahin, daß nach seiner Kenntnis der Sachlage

Russland gegenwärtig nicht in der Lage sei, einen Krieg zu führen und daß auch die militärische Situation der Türkei dormalen keine solche sei, daß von derselben ein Angriff zu befürchten wäre. Deutschland komme wohl überhaupt nicht in Frage, es bleibe somit von Großmächten nur Italien übrig, gegen welches die Monarchie militärisch bereit sei. Vom rein militärischen Standpunkte des gegenseitigen Stärkeverhältnisses wäre ein Krieg mit Italien im gegenwärtigen Augenblicke sogar beinahe wünschenswert, da die Monarchie derzeit noch die militärische Superiorität über Italien habe.

Auf ein seitens des k. k. Ministerpräsidenten in Bezug auf die mögliche Haltung Italiens neuerlich geäußertes Bedenken reflektierend bemerkt der Vorsitzende, daß infolge der Annexion in Italien zwar einiger Lärm entstehen werde, daß sich diese Macht aber im übrigen ruhig verhalten werde. Kraft der Allianz sei Italien eigentlich sogar verpflichtet, Bosnien und die Herzegovina zu verteidigen. Wie bereits früher bemerkt, könne Italien nach dem Dreibundvertrage nur dann einen Anspruch auf Kompensation erheben, wenn der Status quo auf der Balkanhalbinsel, am ägäischen Meere oder am Mittelmeere eine Modifikation erfahre. Für einen solchen Fall sei für Italien Tripolis als Kompensationsobjekt ins Auge gefaßt. Überdies sei mit Italien vereinbart worden, daß weder Österreich-Ungarn noch Italien sich in Albanienⁱ⁾ festsetzen sollte. Was Bosnien und die Herzegovina betrifft, so habe Graf Gołuchowski Herrn Tittoni anlässlich der Entrevue von Abbazia im Jahre 1904^{k)} erklärt, daß diese Provinzen überhaupt ein Objekt seien, welches der Monarchie auf dem Berliner Kongresse bedingungslos anvertraut worden sei und welches also von keiner Seite als ein zu Kompensationsforderungen berechtigender Gegenstand angesehen werden könne. Herr Tittoni habe von dieser Erklärung, wenn auch nur mündlich, Akt genommen. Eine Sondierung des italienischen Ministers des Äußern bezüglich seiner Haltung gegenüber den Annexionsabsichten der Monarchie würde Redner entschieden nicht ratsam finden. Jedenfalls könnte eine einschlägige Mitteilung an denselben nur ganz kurz vor der Proklamierung der Annexion erfolgen, wenn deren Termin schon ganz bestimmt festgesetzt sei.

Nachdem noch die Frage einer eventuellen kurzen Hinausschiebung des Termines für den Zusammentritt der Delegationen erörtert worden war, ohne daß jedoch diesfalls ein Beschluß gefaßt worden wäre, richtet der Vorsitzende noch einen dringenden Appell an die beiden Ministerpräsidenten, über die Frage der künftigen staatsrechtlichen Gestaltung der zu annektierenden Provinzen möglichst bald zu einem Einverständnisse zu gelangen, und macht den von den übrigen Konferenzteilnehmern akzeptierten Vorschlag, am 10. September in Budapest abermals eine gemeinsame Ministerkonferenz abzuhalten, um dort von dem Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den beiden Ministerpräsidenten Kenntnis zu nehmen und über die Frage der Durchführung der Annexion weiter zu beraten und diesfalls womöglich zu einer endgültigen Schlußfassung zu gelangen.

Hierauf schließt der Vorsitzende die Sitzung. Aehrenthal, M. Gager, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung: Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Budapest, am 30. September 1908. Franz Joseph.

^{a)} Vgl. n. 45, 75. — ^{b)} Die Teilnehmer an dem Ministerrat haben die Einsichtnahme in das Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt. — ^{c)} Vgl. n. 32. — ^{d)} Pribram, a. a. O. I 111; Martens N. R. G. 3. S. X 9. — ^{e)} n. 9. — ^{f)} Pribram I 92; Martens N. R. G. 3. S. X 75. — ^{g)} G. P. XXV/2 Nr. 8872. — ^{h)} Nicht aufgenommen. — ⁱ⁾ Pribram I 83; Martens N. R. G. 3. S. X 68. — ^{k)} Pribram I 263.

Nr. 41. Tel. aus St. Petersburg, 20. Aug. 1908 Nr. 134 (eing. 6 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 105 vom 19. d. Mts. Beabsichtige heute Abends Petersburg zu verlassen, könnte Sonntag oder Montag Semmering kommen. Ersuche um Weisung nach Buchlowitz.
Berchtold.

Nr. 42. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Aug. 1908 Nr. 282 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Vorgestern fand in einem Lesehaus in Stambul eine Versammlung hier sich aufhaltender Bosnier statt, welche über die Gründung einer Wohltätigkeitsgesellschaft zur Förderung gemeinnütziger osmanischer Zwecke beriet. Nach mir vorliegendem vertraulichem Berichte waren die gehaltenen Reden sehr gemässigt und enthielten namentlich keine Spitze gegen die Monarchie. Ein Redner hob hervor, dass das Kulturniveau in Bosnien gehoben werden müsse und forderte, dass auf fünfzig Häuser eine Schule käme. Die bevorstehende Gewährung einer Landesvertretung für Bosnien wurde mit Befriedigung begrüsst. Präsident wurde Faik Pascha aus Mostar, Ausschussmitglieder Munir Bey Kapetanovic und Mehmet Nureddin Kara Ahmedovic.
Pallavicini.

Nr. 43. Meldung an den Kaiser; Semmering, 23. Aug. 1908.^{a)} Eigh. Ausfert.

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit gehorsamst zu melden, dass ich Seiner kaiserlichen Hoheit, Erzherzog Franz, keinerlei Mitteilung über die geheimen Verhandlungen mit Russland und über die Vorbereitungen zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina gemacht habe. Ich wollte dies vor der Reise des Erzherzogs nach dem Elsass vermeiden, weil sonst eine gegenständliche Aussprache mit Seiner Majestät Kaiser Wilhelm wohl unvermeidlich gewesen wäre, was im jetzigen Stadium beider Angelegenheiten nicht wünschenswerth erschien. Ich hielt mich zu dieser gehorsamsten Meldung verpflichtet, von der Voraussetzung ausgehend, dass Euer Majestät den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog vor der Abreise nach Deutschland empfangen werden. Endlich bitte ich um die Allergnädigste Erlaubniss einen eben erhaltenen Brief des k. u. k. Chef des Generalstabes,^{b)} welcher neuerdings auf die dringende Notwendigkeit der schleunigen Durchführung der Annexion hinweist im Anbuge ehrerbietigst zu unterbreiten.

Aehrenthal.

^{a)} Im Archiv der Kabinettskanzlei. Vgl. n. 49. — ^{b)} Liegt nicht vor.

Nr. 44. Vortrag an den Kaiser; Semmering, 24. Aug. 1908. Ausfert.

In ehrfurchtsvoller Beantwortung der auf dem Telegramme des kaiserlichen und königlichen Geschäftsträgers in Belgrad vom 20. dieses Monates^{a)} verzeichneten Allerhöchsten Anfrage^{b)} erlaube ich mir, alleruntertänigst zu melden, dass der kaiserlich königliche Ministerpräsident mir nach dem am 18. August abgehaltenen Ministerrate am 19. laufenden Monates die Mitteilung gemacht hat, dass die österreichische Regierung bereit sei, den Handelsvertrag mit Serbien^{c)} trotz des Widerstandes der Agrarier mit Rücksicht auf die von mir geltend gemachten politischen Konsiderationen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit 1. September laufenden Jahres in Wirksamkeit zu setzen. Seitens der königlich ungarischen Regierung liegt eine analoge Zusage vor. Aehrenthal.

^{a)} Tel. aus Belgrad, 20. Aug. 1908 Nr. 70 (eing. 10 Uhr 30 Min p. m.). Entziff. Die betreffende Stelle lautet: „Minister (Milovanović) bittet Euer Exzellenz dringendst — ganz unabhängig von der Frage der Aktivierung des Handelsvertrages — nicht zweifeln zu wollen an seinem ernsten Willen, gute Beziehungen zur Monarchie zu schaffen. Das Inkrafttreten des Vertrages am 1. Sept. wünscht Herr Milovanović wegen starken Drängens aller hiesigen wirtschaftlichen Kreise und besonders auch darum, weil die Nichtaktivierung hier die politische Situation sehr verschärfen würde.“ — ^{b)} Eigenhändige Randbemerkung Kaiser Franz Josephs auf dem in Anmerkung a angeführten Tel. aus Belgrad: „Ist die Aktivierung des Handelsvertrages mittelst Ermächtigungsgesetzes in der österreichischen Reichshälfte gesichert?“ — ^{c)} Verordnung der österr. Regierung vom 29. Aug. 1908. Vgl. L. Bittner, Chronologisches Verz. d. österr. Staatsverträge III S. 595 Nr. 5317.

Nr. 45. Vortrag an den Kaiser, 26. Aug. 1908.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Musulin) u. Ausfert.

Am 13. des laufenden Monates habe ich mir die alleruntertänigste Freiheit genommen, Euer kaiserlichen Majestät eine Denkschrift, betreffend die Beantwortung der geheimen russischen Vorschläge^{a)} und den Entwurf einer Antwortnote,^{b)} zu unterbreiten. Mit Rücksicht auf die Entwicklung, die die Ereignisse in der Türkei nehmen, habe ich geglaubt, den Text der vorerwähnten Antwortnote modifizieren, in unsere Verhandlungen mit dem russischen Kabinette ein rascheres Tempo bringen und auch die Punkte näher präzisieren zu sollen, um die es sich uns bei diesen Verhandlungen handelt. Indem ich diesen veränderten Redaktionsentwurf Euer kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät alleruntertänigst zu unterbreiten mir gestatte, füge ich ehrfurchtsvollst bei, dass ich die Grundzüge dieses Schriftstückes der gemeinsamen Ministerkonferenz vom 19. laufenden Monates mitgeteilt habe. In dem Falle, als Euer kaiserliche und königlich Apostolische Majestät dieser neuen Fassung der an die kaiserlich russische Regierung zu richtende Note Allergnädigst zuzustimmen geruhen, würde ich unsere Antwort der hiesigen kaiserlich russischen Botschaft zur Übermittlung an das Petersburger Auswärtige Amt mitteilen; gleichzeitig würde Euer kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät Botschafter am kaiserlich russischen Hofe, der mit Herrn Iswolsky in Karlsbad zusammentrifft, beauftragt werden, die Verhandlungen mit dem Herrn russischen Minister des Äussern im Sinne unserer Antwortnote weiterzuführen.

Aehrenthal.

Auf der Ausfertigung: Mit dem Aide-Mémoire ganz einverstanden.
Franz Joseph (eigenhändig).

^{a)} Vgl. n. 32, 49. — ^{b)} Vgl. n. 48 Anm. b.

Nr. 46. Privatschreiben an den österreichischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Beck Nr. 1560 (1) und an den ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle Nr. 1561 (2), 26. Aug. 1908. Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

I. u. 2. Geheim. Euer Exzellenz übermittle ich in der Anlage einen Situationsbericht des 9. Gebirgsbrigadecommandos in Plevlje,^{a)} welcher dartut, dass die Erhitzung der Gemüter im Sandjak seit der Verkündung der Verfassungswiederherstellung in der Türkei einen bedrohlichen Charakter angenommen hat und dass sich die Animosität der Bevölkerung bereits in unverkennbarer Weise gegen die österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen zu richten beginnt. Unter dem unmittelbaren Eindruck dieser ernstesten Nachrichten glaube ich Euer Exzellenz darauf aufmerksam machen zu müssen, wie dringlich es mir erscheint, dass die von Euer Exzellenz in Gemässheit der Beschlüsse des letzten gemeinsamen Ministerrathes zu treffenden Vereinbarungen mit dem Herrn kgl. ungarischen Ministerpräsidenten^{b)} je früher finalisiert werden. Indem ich mich beehre, beizufügen, dass ich eine Copie des eingangs erwähnten Brigadecommandosberichtes gleichzeitig auch dem Herrn kgl. ungarischen k. k. Ministerpräsidenten^{b)} zur Verfügung stelle und einer ehegefalligen Rückäusserung Euer Exzellenz im Gegenstande entgegensetze benütze ich etc.

^{a)} Vgl. Beilagen und n. 47, 49, 62 Anm. b, 75. — ^{b)} Hier fehlt offenbar die der Fassung 2 entsprechende Variante: „k. k. Ministerpräsidenten“.

Erste Beilage zu n. 46. Situationsbericht des 9. Gebirgsbrigadecommandos in Plevlje, 20. Aug. 1908 Res. Nr. 18 pers. an das 15. Korpskommando. Abschrift.

Seit der Verkündung der Verfassungsherstellung in der Türkei hat sich eine Erhitzung der Leidenschaften im Sandschak entwickelt, deren Spitze sich nunmehr — wie dies vorausgesehen wurde — ausschließlich gegen die österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen und die mit diesen in Beziehung stehenden Persönlichkeiten richtet und sich bis zur Erbitterung steigert. Schon vor 14 Tagen, gelegentlich des Einzuges der Abgesandten des jungtürkischen Komitees, welche die Bevölkerung auf die jungtürkischen Ideen vereidigten, kam es zu ziemlich unverblühten Äußerungen des Hasses gegen uns. Ilija Popović, Lehrer aus Salonich, sagte unter anderem: „Wir kennen unsere Feinde, wir werden sie in ihrem Blute ersäufen.“ In der Nacht nach dem Einzuge verdeutlichte bereits Popović den Sinn seiner ohnehin unzweideutigen Mittagsrede, indem er auf der Straße vor einer haranguierten Volksmenge ausrief: „Dolje sa Svabom“ (Nieder mit den Schwaben), welcher Ruf fortwährend wiederholt und fortgepflanzt und nunmehr zum ständigen Losungswort wurde. Am 10. d. M. nachts

wurde vor dem hiesigen österr.-ung. Konsulat mit Gejohle und Pfeifen demonstriert. Von da ab begannen Provokationen unserer Soldaten. Man schmähte hinter ihnen, spuckte vor ihnen aus und endlich begannen — letzten Sonntag (16. d. M.) — Steinwürfe, von halbwüchsigen Burschen und Kindern (auch Mädchen), hinter denen aber stets Erwachsene in Bereitschaft standen. Einzelne der so Attaktierten wendeten sich gegen ihre Angreifer, vertrieben und verfolgten sie ein Stück, bis sie ihnen im Schutze der Dunkelheit in den vielen engen Gäßchen mit den sich äußerlich gleichenden Häusern verschwanden. Hierbei wurde ein Soldat durch einen Steinwurf ganz unerheblich verletzt und erlitten dem Vernehmen nach einige Landesbewohner Verletzungen. Das Brigadekommando erfuhr von diesen Vorgängen durch den Zivilkommissär Grafen Draškovich, der sich um diese Zeit in seine Wohnung begeben wollte. Türkischerseits wurde keine Anzeige erstattet. Das Brigadekommando hat in der Angelegenheit sofort nachdrückliche Recherchen gepflogen, als deren Ergebnis in fast Zweifel ausschließender Weise hervorgeht, daß die Provokationen der k. und k. Soldaten planmäßig inszeniert wurden, um Anlaß zu Revolten größeren Stiles zu bieten. Kaum war nach den eben geschilderten Vorgängen — nicht zumindest dank der Einwirkung des Zivilkommissärs — Ruhe eingetreten, als durch das Betreiben einiger Agitatoren — vorab des Gendarmeriekommandanten (Kavallerierittmeister) Hairi Effendi und Filip Gjurašovich — ein Volksauflauf hervorgerufen wurde, welcher sich vor die Wohnung Sulejman Paschas wälzte, mit dem Verlangen, er solle den türkischen Truppen Befehl erteilen, das k. und k. Lager anzugreifen. Da dies Sulejman Pascha natürlich verweigerte, wurden die bis zu ihm ins Zimmer Gedrungenen immer impulsiver und der Pascha wurde im Beisein des neben ihm stehenden obgenannten Gendarmeriekommandanten tätlich insultiert, indem ein halbreifer Bube ihm seinen, angeblich infolge der Verwundung durch einen österreichischen Soldaten geschwellenen Daumen derartig unter die Nase drückte, daß Sulejman Pascha den Kopf ins Genick zurückbeugen mußte. Am Morgen des folgenden Tages wurde auf Befehl des Gendarmeriekommandanten Hairi Effendi — seit 33 Jahren zum erstenmal — der Bazar geschlossen, Telegramme „im Namen des Plevljer Komitees: Kolas Mehmed Ali Bey“ gezeichnet, an das jungtürkische Komitee in Üsküb mit dem peremptorischen Verlangen sofortiger Absetzung Sulejman Paschas und einiger Beamten abgesendet, die Zugänge zur Stadt ohne Vorwissen Sulejman Paschas durch türkische Soldaten abgesperrt, dann wurden Demonstrationen ins Werk gesetzt gegen zirka 40 „svapški spijuni“, darunter Mehmed Pascha Bajrović, Ahmed Effendi Korjenić Sećerović. Die anlässlich der Geburtstagsfeier Seiner Majestät zum Diner bei uns geladenen Notablen holten sich vorher beim „Volke“ die Erlaubnis zur Teilnahme ein, was deren Auffahrt zur Gratulation zum größten Mißvergnügen Sulejman Paschas sehr verzögerte. Das „Volk“ plante Demonstrationen gegen die vom Diner Rückkehrenden, wurde aber an deren Durchführung durch den Einfluß der türkischen Offiziere gehindert. Das Diner selbst verlief in gewohnter Weise; ich und das Offizierskorps ließen es sich angelegen sein, Sulejman Pascha in ganz besonders

auszeichnender Weise zu behandeln, welchem Beispiele auch dessen anwesenden Offiziere und Untergebenen bis auf den mehrgenannten Rittmeister Hairi Effendi Folge leisteten, der seinen Chef vollkommen ignorierte, dafür wiederholt Gelegenheit nahm, mit Filip Gjuraškovich und dem hiesigen Proto Todo ins Ohr zu konferieren. Gestern (19. d. M.) mittags langte das Antworttelegramm des Üsküber Komitees ein, dessen Inhalt ich in großen Zügen sofort durch einen befreundeten türkischen Notablen, genau jedoch erst 8 Uhr abends durch Graf Draškovich erfuhr. Er lautete: „Wir kennen kein Komitee in Plevlje. Der Regierung ist Gehorsam zu leisten, den Fremden Achtung zu bezeigen, jede Ruhestörung zu verhindern. Zur Untersuchung der wider die Regierung erhobenen Beschwerden wird eine Untersuchungskommission von Üsküb nach Plevlje abgeschickt.“ Gegenwärtig herrscht äußerlich leidliche Ruhe, doch währt die Agitation gegen uns fort und wird namentlich von Filip Gjuraškovich, dessen Sohn Vlade (Student aus Salonich), Professor Gjorgio Pejatović (Pejanović?) aus Mostar, hiesigen Professor Lazar Jankulović, dem wiederholt genannten Gendarmeriekommandanten Hairi Effendi, Hadži Hadžibeg Bajrović (Bruder Mehmed Paschas) und anderen energisch betrieben. Auch Versuche zur Provokation von Soldaten, welche die Stadt betreten müssen, dauern weiter. Demnächst werden hier die Wahlen fürs Parlament stattfinden, deren Vorbereitung seit 3 Tagen im Zuge ist, wobei starke Reizungen der öffentlichen Stimmung zu gewärtigen sein werden. Dies die Tatsachen, die auf Grund vollkommen verlässlicher Recherchen erhoben wurden. Das Erlangen von Nachrichten ist jetzt ungemein erschwert, da alle Konfidenten in steter Sorge um ihr Leben sind. Tatsächlich wurden schon Personen, die im Verkehr mit dem Zivilkommissär stehen, gröblich mißhandelt — es betrifft dies gleicher Weise Christen und Mohammedaner. Was die innere politische Organisation des Sandschaks gegenwärtig anbelangt, so ist formell Sulejman Pascha der oberste Machthaber, er ist hochloyal, von unentwegt ritterlicher Gesinnung gegen die k. und k. Truppen, aber seine Macht, wie sein Ansehen ist, wie der vorstehende Bericht zeigt, in sehr enge Grenzen eingeschränkt. Sein eigener Adjutant, Vizemajor Mehmed Ali Bey, verweigert ihm den Gehorsam. Major Sami Bey scheint ein korrekter, anständiger Offizier zu sein, doch ist er schwächlich, nicht impulsiv und daher kaum von besonderem Einflusse. Major Ruždi Bey, ein intelligenter, ziemlich sprachengewandter Mann, macht mir den Eindruck eines Lavierenden, der es mit niemanden verderben will. Die jungen Offiziere sind voll Erbitterung gegen ihren General — einer von ihnen, Leutnant Zekeria Effendi (bis vor einem halben Jahr Detachementkommandant in Metalka), ist der Redakteur der hier erscheinenden handschriftlichen „Vaškovoer Zeitung“, welche sich in Anzeigen gegen Beamte und sonstige öffentliche Persönlichkeiten ergeht. Der schrankenloseste von allen, zugleich der heftigste Agitator gegen die k. und k. Truppen ist der hier oft genannte Hairi Effendi, Kavallerierittmeister und Kommandant der Gendarmerie, dessen — jedoch nur auf diplomatischem Wege erreichbare — Entfernung würde hier manches zum besseren wenden und wäre dringendst erforderlich. In Würdigung dieser Verhältnisse ist das Brigade-

kommando der Anschauung, daß es bei Bewahrung aller Ruhe doch auf alle Eventualitäten vorbereitet sein und alle Maßregeln treffen muß, um die Reibungsflächen zu verringern, dafür allen Vorkommnissen begegnen zu können. Demgemäß wurde ein außerdienstliches Betreten der Stadt verboten, in der Stadt angemessene Bereitschaft und im Lagerrayon (Bogiševac und Balibegovo Brdo, auf welch letzteren die Häuser des Emigrantenviertels hoch hinaufreichen) ein spezieller Beobachtungsdienst angeordnet worden. Bei Durchführung der Übungen wird von der Ermüdung der Truppen Umgang genommen, um dieselbe jederzeit frisch verfügbar zu haben. In Prijepolje ist seit einigen Tagen infolge des korrekten Auftretens des dortigen türkischen Bataillonskommandanten, Major Hali Bey, wie nicht minder durch die momentan durch Sulejman Pascha hervorgerufene bessere Haltung des Kaimakam etwas mehr Ruhe eingetreten. Doch ist bei der allgemein in den Städten herrschenden Wühlarbeit eine Dauer dieser Situation nicht auf lange zu prognostizieren. Auf dem Lande, namentlich im Bereiche der Etappenstraße herrscht derzeit völlige Ruhe. Dieser Bericht wird der Dringlichkeit wegen direkte vorgelegt.

Rhemen m. p., Generalmajor.

Zweite Beilage zu n. 46. Tel. des 9. Gebirgsbrigadekommandos Plevlje an das Reichskriegsministerium, 24. Aug. 1908. Abschrift.

Gemessene vom jungtürkischen Komitee Üsküb nach Plevlje ergangene Weisung, bei sonstiger strenger Strafe: Regierung zu gehorchen und Unruhe zu vermeiden, haben gegenteilige Wirkung erzielt. In Stadt Lage kritisch. Beratung darüber, ob nicht Sulejman Pascha, Mehemed Pascha und 90 andere Persönlichkeiten, teils frühere Machthaber, teils austrophile Notable ermordet werden sollen. Bazar soll morgen trotz Großmarkttag geschlossen werden, was zweifellos Erregung steigern wird, daher Versuch zur Durchführung Vorgeschilderten absichtlich durchaus nicht ausgeschlossen. Sulejman Pascha sehr erregt und deprimiert, hat unverholt ausgesprochen, daß Ordnung nur durch Einflußnahme Konstantinopels anzuhoffen und Anbahnung durch Österreich angemessen gefunden, ausdrücklich beigefügt, er wünscht, daß Brigadekommando höheren Orts meldet, daß er machtlos sei, kritischen Verhältnissen zusteuert, bittet jedoch bei diplomatischer Aktion nicht genannt zu werden. Eigene Garnison konsigniert. Werde alles aufbieten, um eventuelle grausame Taten auch durch bewaffnetes Einschreiten hintanzuhalten, wenn erforderlich werde Bedrohte in österreichisch-ungarisches Lager retten. Melde an Kriegsministerium und 15. Korpskommando.

9. Gebirgsbrigadekommando Plevlje.

Dritte Beilage zu n. 46. Tel. des 9. Gebirgsbrigadekommandos Plevlje an das Reichskriegsministerium, 24. Aug. 1908. Abschrift.

Im Nachhange zum Telegramm vom 24. August 1908. Nacht ruhig verlaufen. Meldung geht an Kriegsministerium und 15. Korpskommando.

9. Gebirgsbrigadekommando Plevlje.

Nr. 47. Privatschreiben nach Konstantinopel; Semmering, 27. Aug. 1908. a)
Abschrift.

Die Besorgnisse, welche ich schon vor einiger Zeit brieflich ^{b)} Dir gegenüber betreffs unserer Brigade im Sandschak ausgesprochen habe, scheinen leider nur zu begründet zu sein, wie Du aus meinen Telegrammen der letzten Tage ersehen hast. Die dortige Situation wird von den Militärs als eine geradezu kritische bezeichnet. Ich will hoffen, dass — wie Du in Deinem freundlichen Schreiben vom 12. dieses Monats bemerkst — die in Konstantinopel jetzt massgebenden Leute zu klug sind, um nicht alles aufzubieten, damit nichts unangenehmes in dieser Beziehung geschehe, und dass daher Deine Schritte von Erfolg begleitet sein werden. Dies wird sich ja bald zeigen. Momentan sehen die Dinge keineswegs vertrauenerweckend aus. Suleiman Pascha ist ganz machtlos und giebt dies unseren Militärs gegenüber offen zu; er selbst regte Schritte unsererseits in Konstantinopel an, bat jedoch, bei denselben nicht genannt zu werden. ^{c)} Wie ungelegen und peinlich irgendein ernsterer Zwischenfall im Lim-Gebiete, an dem unsere Truppen beteiligt wären, sein könnte, brauche ich Dir nicht erst auseinanderzusetzen. Aber selbst wenn ein solcher in der allernächsten Zeit sich vermeiden lassen würde und die dortige Erregung sich wieder läge: die Situation im Lim-Gebiete ist und bleibt eine höchst prekäre. Einige Bataillone in gemeinsamer Garnison mit türkischen Truppen unter den heutigen Verhältnissen, mitten im ottomanischen Territorium, unter einer durch die Ereignisse erregten und von Serbien aus fortwährend verhetzten Bevölkerung, das ist ein unhaltbarer, gefährlicher Zustand, der unsere Politik auch der Türkei gegenüber handikapiert. Andererseits ist die Verfassungsfrage in Bosnien durch die Ereignisse in der Türkei schneller herangereift, so dass ihre Lösung nicht mehr hinausgeschoben werden kann, und dies ist undenkbar ohne gleichzeitige Klärung und Feststellung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit dieser Provinzen. Wir können nicht riskieren, dass der Landtag eine Adresse an das türkische Parlament oder die Signatarmächte richte! — Die jetzige Unklarheit fördert eben alle Agitationen und Intriguen gegen uns. Wie Du siehst, kann es also für uns nicht mehr heissen: *Quieta non movere*. Weder im Sandschak, noch in Bosnien stehen die Dinge still und wenn wir nicht handeln, werden wir der Ereignisse nicht mehr Herr sein. Die Situation da und dort hat — wie ich Dir im strengsten Geheimnisse anvertraue — in mir den Gedanken gezeitigt, unsere Truppen definitiv aus dem Sandschak herauszuziehen und auf die im Berliner Verträge uns dort zugesprochenen Rechte zu verzichten, gleichzeitig damit aber die Annexion Bosniens und der Herzegowina auszusprechen. Ich kann hier die Gründe, die in meinen Augen für ein Aufgeben des Sandschaks sprechen, nicht des näheren ausführen, will sie aber kurz resumieren: militärisch wäre unsere dortige Stellung, auch wenn wir es ganz okkupieren würden, mit der dreifachen Front gegen Serbien, Montenegro und die Türkei immer höchst gefährdet, politisch gewährt sie keine wirkliche Garantie gegen einen eventuellen seinerzeitigen Zusammenschluss Serbiens und Montenegros, en attendant nährt sie aber die Legende von unserem Vormarsche nach Salonich und erfüllt sowohl die Türkei als speziell

die Kossowo-Albanesen mit Misstrauen gegen uns. Ich glaube unser Verzicht auf das Garnisonsrecht etc. im Sandschak könnte in Konstantinopel nur in Einem Sinne gedeutet werden, als eklatanter Beweis nämlich für die volle Richtigkeit unserer Erklärungen, dass wir keinen Landerwerb auf Kosten der Türkei anstreben und aufrichtige Freunde derselben sind. — Was nun die Annexion Bosniens betrifft, so meinst Du in Deinem zitierten Schreiben, dass sie in Konstantinopel die bedenklichsten Folgen haben und sogar die Idee eines Balkanbundes, mit der Türkei an der Spitze, der Verwirklichung näher bringen könnte. Zumindest letztere Befürchtung halte ich für übertrieben. Warum sollte Bulgarien sich gegen uns wenden, weil wir das okkupierte Bosnien annectieren? Gewiss verhehle ich mir nicht, dass die Wirkung der Annexionserklärung an sich in Konstantinopel keine freudige sein könne. Allein die führenden Jungtürken haben sich bis jetzt, wie Du in Deiner Berichterstattung rühmend hervorhebst, als kluge und mässige Politiker erwiesen, welche namentlich auch die Beziehungen mit dem Auslande in vorsichtiger Weise, als Realpolitiker, behandeln wollen. Eine Art Communiqué des Komitees, das ich in den gestrigen Journalen las, dementiert, dass man sich mit der bosnischen Frage beschäftigen werde; das Komitee „wolle keine Eroberungen, sondern nur Reformen im türkischen Besitzteile“. Dies ist höchst vernünftig und staatsmännisch gedacht und gesprochen. Es klingt daraus die Überzeugung, dass an einen Wiedererwerb Bosniens nicht zu denken sei. Und gewiss giebt es unter ihnen keinen Politiker, der dies erstlich in Rechnung zöge. Warum sollte also die blosser Umwandlung eines faktischen in einen rechtlichen Zustand sie zu den extremsten Entschlüssen treiben, namentlich wenn gleichzeitig mit dieser Massregel unsere Truppen das Sandschak verlassen und so unser Verzicht auf weiteren türkischen Landerwerb klar manifestiert wird? Die jungtürkischen Politiker legen, wie Du bezeugst, grossen Wert auf ein gutes Verhältnis zur Monarchie. Bosnien und das Sandschak hängen aber heute wie zwei Schwergewichte an unseren Beziehungen. Das ungeklärte Verhältnis da und dort ist immer mehr die Quelle von Schwierigkeiten und irritierenden Zwischenfällen. Nur wenn in Bosnien und im Sandschak eine klare Situation geschaffen wird, kann ein wirklich und dauernd freundschaftliches Verhältnis zwischen uns und der Türkei hergestellt werden. Glaubst Du, dass die jetzt massgebenden türkischen Politiker sich einem solchen Raisonement, das mir auch tatsächlich begründet erscheint, ganz verschliessen würden? Namentlich, wenn man durchblicken liesse, dass unsere — jetzt so sympathische und wohlwollende — Haltung gegenüber dem neuen Regime natürlich im weiteren Verlaufe von der ihrigen abhängen und das Mass des Entgegenkommens, welches wir in den mancherlei Fragen an den Tag legen werden, welche die Ausführung des jungtürkischen Programmes zwischen der Pforte und den Mächten ergeben wird, sich nach der Rücksicht richten wird, welche man auf unsere Interessen nimmt? Es wäre also für mich von dem grössten Interesse, wenn Du Deine Meinung über die voraussichtliche Wirkung der von mir ins Auge gefassten doppelten Massregel in Konstantinopel und deren mögliche Folgen mir mitteilen und Dich speziell über die Möglichkeit einer vorbereitenden Einwirkung auf die massgebenden

Kreise aussprechen wolltest. Ich stelle es Dir übrigens schon heute anheim — falls Du es für tunlich erachtest — in vorsichtiger Weise eine oder die andere Sondierung vorzunehmen. Bei wem? Auch dies muss ich Dir überlassen. Ich denke ein wenig an Ferid Pascha, will Dir aber, indem ich ihn nenne, durchaus nicht vorgreifen. Bemerken möchte ich schliesslich noch, dass betreffs des Zeitpunktes, in welchem die beiden wichtigen Massnahmen ausgeführt würden, zwar nichts bestimmt ist, dass aber der Lauf der Ereignisse uns vielleicht zu rascherem Handeln drängen könnte, um damit nicht zu spät zu kommen, und dass ich daher schon jetzt mit den vorbereitenden Schritten mich beschäftige. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 49, 53. — b) n. 22. — c) Vgl. Beilagen zu n. 46.

Nr. 48. *Aide Mémoire für die russische Regierung; Semmering, 27. Aug. 1908.* a) Konz. (S. Traxler, b) V. Pogatscher, G. Aehrenthal).

En répondant à l'Aide-Mémoire que Son Excellence l'Ambassadeur de Russie à Vienne a bien voulu transmettre au Baron d'Aehrenthal le 6 juillet dr., c) le Gouvernement Impérial et Royal constate d'abord avec une entière satisfaction que de l'avis même du Gouvernement Impérial l'action du Cabinet de Vienne dans la question du chemin de fer du Sandjak n'était nullement en contradiction avec l'esprit de l'entente de 1897 „qui n'avait établi aucune restriction quant à l'activité économique des parties contractantes“. En ce qui concerne la déclaration du Cabinet de Vienne contenue dans le communiqué officiel du 14 février dr., d) le Gouvernement Impérial et Royal reste en effet fidèle au point de vue qui y est exposé; il ne saurait cependant accepter sans réserve la manière dont le Cabinet de St. Pétersbourg a formulé la question: Si le Gouvernement Impérial veut bien affirmer qu'il continuera à s'abstenir de toute obstruction au sujet du raccordement Uvac—Mitrovitza, il se plaît d'autre part à espérer que le Cabinet de Vienne appuiera effectivement les démarches à faire à Constantinople pour la ligne transversale du Danube à l'Adriatique. Le Cabinet de St. Pétersbourg ne manquera pas de reconnaître la différence essentielle dans le rôle qu'il attribue en cette occurrence aux deux Gouvernements: Le Gouvernement Impérial se borne à une attitude passive, il réclame en même temps du Cabinet de Vienne son concours actif et son appui auprès de la Sublime Porte. Le moyen de s'entendre est donc tout indiqué: Les deux Cabinets observant la même attitude réciproque, le Gouvernement Impérial n'insisterait pas sur la demande d'appui pour le projet transversal du Danube à l'Adriatique, vis-à-vis duquel le Gouvernement Impérial et Royal continuerait à observer une attitude sympathique, conforme à ses déclarations antérieures.

Le Cabinet de Vienne est très-heureux d'apprendre par l'Aide-Mémoire du 6 juillet dr. c) que le Gouvernement Impérial reste fidèle aux principes de désintéressement énoncés d'un commun accord en 1897; il constate donc en cette matière une parfaite identité de vues de la part des deux Cabinets et il se plaît à affirmer que la même conformité existe, tant en ce qui concerne la nécessité de maintenir le statu quo actuel aussi long-

temps que les circonstances le permettraient, que par rapport à la possibilité d'une entente entre la Russie et l'Autriche-Hongrie pour parer aux éventualités qui pourraient surgir sur la presqu'île balcanique. Le Cabinet de Vienne ne voit non plus d'inconvénient à accepter la nouvelle définition que le Gouvernement Impérial vient de donner de l'idée du „statu quo actuel“ par rapport aux différents projets de chemin de fer sur la presqu'île balcanique; il croit toutefois utile de relever que la prolongation des lignes dalmatiques à travers le Monténégro vers Scutari, prolongation prévue par l'article 29 du Traité de Berlin, est, selon la formule du Gouvernement Impérial même, compris dans le statu quo actuel. Quant au Sandjak de Novibazar, nous n'avons pas d'objection à élever contre la délimitation de son étendue telle qu'elle se trouve circonscrite dans l'Aide-Mémoire du 6 juillet.^{c)} Si le Gouvernement Impérial fait ressortir que, selon sa manière de voir, le statu quo actuel dans le Sandjak comprendrait la continuation du fonctionnement de l'administration ottomane dans ses limites ainsi que la présence des garnisons austro-hongroises dans les localités dans lesquelles ces garnisons se trouvent actuellement, nous croyons devoir relever que, certes, nous maintenons les droits que le Traité de Berlin nous confère par rapport à ces contrées. Toutefois, dans certaine éventualité dont il sera question plus loin, nous pourrions être disposés à renoncer à ces mêmes droits en retirant nos troupes de cette région, et à observer au moment de la désagrégation de l'Empire ottoman en Europe — éventualité que nous espérons être très-éloignée — à l'égard du Sandjak le même principe de désintéressement comme pour le reste de la Turquie. Quant à la Bosnie et l'Hercégovine, nous les considérons comme des territoires que nous possédons depuis trente ans, dans lesquels nous sommes entrés en vertu d'un mandat international et que nous avons conquis par la force des armes. Nous apprécions à sa juste valeur l'esprit de modération et de conciliation dont le Mémoire du 6 juillet porte l'empreinte, et nous sommes heureux de constater que le Cabinet de St. Pétersbourg tient aussi de son côté à conserver avec le Gouvernement austro-hongrois les rapports les plus amicaux et les plus confiants. Animés de ce sentiment, nous estimons que les points suivants pourraient servir de base à un accord entre les deux Cabinets: Par rapport aux projets de chemins de fer balcaniques, les deux Gouvernements observeraient la même attitude réciproque de sympathie envers les projets du raccordement Uvac—Mitrovica, de la prolongation des lignes dalmates à travers le Monténégro vers Scutari et de la ligne transversale du Danube à l'Adriatique ou d'autres lignes balcaniques aboutissant au littoral. Les deux Cabinets resteraient fidèles à leur résolution de maintenir le statu quo actuel en Turquie aussi longtemps que les circonstances le permettraient; ils s'engageraient à s'abstenir de toute intervention en proche Orient, sauf accord préalable conclu entre eux à ce sujet. Si toutefois des circonstances impérieuses obligeaient l'Autriche-Hongrie à s'annexer la Bosnie et l'Hercégovine, le Gouvernement Impérial donnerait l'assurance de vouloir observer à l'égard de cette mesure une attitude bienveillante et amicale. De son côté, le Gouvernement Impérial et Royal s'engagerait, aussitôt l'annexion proclamée, à retirer simultanément ses

troupes du Sandjak et à renoncer définitivement à toute occupation de ce territoire. Le Gouvernement Impérial et Royal est convaincu que le Cabinet de St. Pétersbourg ne verrait dans cette manière d'agir qu'une nouvelle confirmation et une manifestation éclatante du principe de désintéressement dont l'accord des deux Empires est inspiré. Le Gouvernement Impérial ayant fait mention de la question de Constantinople, du territoire adjacent et des détroits, nous nous déclarons, le cas échéant, tout disposés à un échange de vues confidentiel et amical à ce sujet.

^{a)} Vgl. n. 32, 35, 45, 57, 63, 75, 79, 281, 326, 337, 444, 465, 518, 1068. —

^{b)} Das erste, in dem oben abgedruckten Aide mémoire wesentlich abgeänderte Konzept ist von Musulin verfaßt; außerdem liegt noch ein zweiter, ebenfalls abgeänderter Entwurf vor, welcher letzterer wahrscheinlich dem Kaiser zusammen mit der Denkschrift vom 9. Aug. am 13. Aug. vorgelegt wurde (vgl. n. 45). Die oben abgedruckte Fassung ist die endgültige. Sie wurde auch mit n. 57 nach St. Petersburg geschickt. — ^{c)} n. 9 (übergeben am 6. Juli). — ^{d)} Communiqué der „Polit. Korrespondenz“, vgl. n. 2.

Nr. 49. Privatschreiben an den Kabinettsdirektor des Kaisers, von Schießl; Semmering, 27. Aug. 1908.^{a)} Eigh. Ausfert.

Ich bestätige dankend den Empfang des Schreibens vom 25. d. M.^{b)} Auf Wunsch Schönaichs war ich gestern in Wien um die Situation in Plevlje mit ihm zu besprechen. Die Nachrichten lauteten in den letzten Tagen eher besorgniserregend. In Folge dessen ordnete ich energische démarches in Constantinopel an. Die betreffenden Instructionen sind Seiner Majestät bekannt. Ich bin mit Schönaich übereingekommen, dass er Seiner Majestät, die nöthigen Vorschläge wegen theilweiser Mobilisirung des 15. Corps unterbreitet. Die Massnahmen würden aber erst nach der Conferenz vom 10. September^{c)} verfügt werden und wäre eine Gefahr des Bekanntwerdens in der Öffentlichkeit nicht vorhanden. Kommt die Conferenz zu einer Übereinstimmung, bin ich der Ansicht, dass wir de l'avant gehen müssten und hiezu würde vor Allem die Sicherung der militärischen Position gegen alle Fährlichkeiten gehören. Ich nehme an dass der Kaiser mit der Vorgangsweise einverstanden sein wird. Übrigens werde ich am 3. September in der Lage sein, die Angelegenheit eingehend zu besprechen.

28. August. Soeben erhalte ich Deine beiden Schreiben vom 26. August.^{b)} Besten Dank. Ich glaube nicht, dass Petersburg nach Berlin eine Mittheilung gemacht hat. Übrigens will ich am 5. September, nach der Entrevue Tittoni, Schön in Berchtesgaden, aufsuchen und bei dieser Gelegenheit ihm eine allgemein gehaltene Confidence für Berlin anvertrauen, natürlich nur über unsere Verhandlungen mit Russland, nicht über Bosnien. Ich hielt es für sehr nothwendig, dass Seine Majestät den Erzherzog vor der Reise nach dem Elsass^{a)} kommen lässt. Ich bitte Dich, bei Seiner Majestät in diesem Sinne eine Anregung zu machen. Vielleicht wäre es möglich, dass der Erzherzog auch am 3. September in Ischl wäre und mir die Gelegenheit geboten würde den höchsten Herrn zu orientieren. Von meinem Standpunkte hätte ich keine Einwendung, wenn Seine Majestät den Erzherzog im Allgemeinen über die Pourparlers mit Russland in die Kenntniss setzt. Solange ich nicht weiss, wie die Conferenz am 10. September

verläuft, darf über die Annexions Absichten nach dem Auslande hin nichts verlauten. Alles Nähere muss ich auf die bevorstehende mündliche Aussprache verschieben. Ich wäre dankbar für ein Wort der Verständigung, wie Seine Majestät meine Anregung wegen Empfanges des Erzherzogs aufgenommen. Die *démarche* in Constantinopel wegen des drohenden Conflictes im Lim Gebiet hat die gewünschte Wirkung gehabt. Aehrenthal.

a) Aus dem Archiv der Kabinettskanzlei. Vgl. n. 43, 45, 46, 47, 53, 62 Anm. b. — b) Liegen nicht vor. — c) Vgl. n. 75.

Nr. 50. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 29. Aug. 1908 Nr. 140 (eing. 5 U. 55 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Heutiges „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht einen „die bosnische Frage“ betitelten Artikel, worin ausgeführt wird, dass man in Wien die Zeit als günstig erachte, um die Annexion der okkupierten Provinzen durchzuführen: die diesbezüglichen diplomatischen Verhandlungen würden demnächst eingeleitet werden, nachdem bereits Sondierungen bei den Berliner Signatarmächten vorangegangen seien. Unlängst brachte „Vossische Zeitung“ im gleichen Belange eine Notiz über angebliche Fühlungnahme des Wiener Kabinettes mit den Signatarmächten.¹⁾ Flotow.

¹⁾ Tel. nach Berlin. Unter Hinweis auf die in den Wiener Blättern erfolgte Zurückweisung der Information Ausw. Amt ersuchen, auf deutsche Presse thunlichst Einfluß nehmen, da Besprechung nicht opportun.

a) Vgl. n. 52.

Nr. 51. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Aug. 1908 Nr. 294 (eing. 2 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Hiesige türkische Blätter beginnen sich mit Bosnien und der Herzegovina zu beschäftigen und zwar in dem Sinne, dass es wünschenswert wäre, dass diesen Provinzen Autonomie gewährt werde. Die staatsrechtliche Frage wird ausdrücklich als eine nicht auf der Tagesordnung stehende bezeichnet. Einige dieser Artikel lege ich per Post vor. Pallavicini.

Nr. 52. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 31. Aug. 1908 Nr. 76 (chiffr. 11 U. a. m.).^{a)} Konz. (S. Kinsky; G. Pogatscher).

Bezug auf Telegramm vom 29. d. M. Nr. 140: Da auch andre Blätter, namentlich südslavische und französische, ähnliche Meldungen brachten, so habe ich ein gestern von hiesigen Zeitungen publiziertes Démenti veranlasst mit dem Beifügen, dass Österreich-Ungarn mit den Mächten nur über zwei die Türkei betreffende Fragen verhandelt hat, nämlich die Beobachtung einer wohlwollend zuwartenden Haltung und das Unterlassen einer Einmischung. Sonstige Gegenstände seien in diesen Verhandlungen nicht berührt worden. Euer Hochwohlgeboren wollen im Auswärtigen Amte darauf hinwirken, dass auf deutsche Presse tunlichst Einfluß genommen werde, damit die eingangs erwähnten Nachrichten nicht weiter verbreitet und inopportune Besprechungen dieses Gegenstandes nach Möglichkeit vermieden werden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 54.

Nr. 53. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 31. Aug. 1908 Nr. 297 (eing. 1. Sept. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng geheim. Privatschreiben vom 27. d. M. erhalten. Ich entnehme demselben, dass die Frage der Annexion Bosniens respektive die Zurückziehung unserer Truppen aus dem Limgebiete als einseitige Massregel unsererseits im Prinzip beschlossen ist. Was die Ausführung dieser Entschlüsse anbelangt, möchte ich mir erlauben, auf Folgendes aufmerksam zu machen. Von einer vorbereitenden Einwirkung auf massgebende hiesige Kreise verspreche ich mir, wenn auch das Aufgeben des Sandjaks in Aussicht gestellt wird, keinerlei Erfolg. Der Sultan ist derzeit kein Machtfaktor und die Regierung vollständig vom Komitee abhängig. Im besten Falle würden wir jetzt von massgebenden Politikern die Antwort bekommen, man müsse den Zusammentritt des Parlamentes abwarten. Meiner unmassgeblichen Meinung nach bleiben also nur zwei Wege offen: Entweder müsste die Pforte und auch die Signatarmächte vor ein überraschendes fait accompli gestellt werden, was vielleicht der sicherste und einfachste Weg wäre, oder aber wir müssten abwarten, bis hier normale Zustände eintreten, das heisst bis ein Kabinett am Ruder ist, welches sich auf eine starke Majorität stützt; mit einem solchen Kabinette könnte man mit Aussicht auf Erfolg die Sache verhandeln. Wenn die erstere Alternative gewählt werden sollte, glaube ich, müsste rasch gehandelt werden, das heisst entweder sofort oder vor Zusammentritt des Parlamentes, also anfangs November; während der Wahlen wäre wohl der schlechteste Zeitpunkt. Ein rasches und entschlossenes Handeln würde, glaube ich, so verblüffen, dass die in meinem letzten Privatbriefe ausgesprochene Befürchtung gegenstandslos werden dürfte. Überhaupt hatte ich diese Befürchtung unter dem Eindruck des ersten Verbrüderungstaumels zwischen Jungtürken und Bulgaren ausgesprochen. Seitdem hat sich vieles geändert. Allerdings müsste auch mit einer Bewegung unter den Albanesen gerechnet werden. Es wäre, glaube ich, jedenfalls im Interesse der Sache gelegen, um einer religiösen Agitation die Spitze zu nehmen, wenn die Frage der Beziehungen der bosnisch-herzegowinischen Mohammedaner zum Scheikh ül Islam vorher geregelt und somit die in Aussicht genommene kirchliche Autonomie der Mohammedaner vorher gewährt werden würde. Die hiesigen türkischen Blätter beschäftigen sich andauernd mit Bosnien. Das Komiteeorgan „Tanin“ weist heute darauf hin, dass die Annexion Bosniens den Berliner Vertrag zur Gänze umstossen würde und gibt der Überzeugung Ausdruck, dass die österreichisch-ungarische Regierung nichts tun werde, was den Weltfrieden gefährden und Österreich-Ungarn mit einer grossen Verantwortung belasten würde.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 49, 60, 62.

Nr. 54. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Sept. 1908 Nr. 145 (eing. 5 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 76 vom 31. v. Mts. Unterstaatssekretär, den ich gestern aufsuchte, hat mir auf das bereitwilligste zugesagt, in der

von Euer Exzellenz angedeuteten Richtung auf die deutsche Presse einzuwirken und nach Tunlichkeit eine journalistische Erörterung der Meldungen über angebliche diplomatische Vorbereitungen zur Annexion Bosniens hintanzuhalten.
Flotow.

Nr. 55. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Sept. 1908 Nr. 42 B (eing. 3. Sept.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. ... *Cronberger Entrevue.* ... Die Worte, die Euere Exzellenz in der Schiffbaufrage Sir Charles Hardinge gegenüber gebraucht, haben, wie Euerer Exzellenz bereits bekannt ist, nicht nur an Höchster Stelle sondern auch bei allen anderen massgebenden Persönlichkeiten einen — ich möchte sagen — hier seltenen Grad von wärmster Erkenntlichkeit ausgelöst. Seine Majestät Kaiser Wilhelm schrieb, wie ich im Auswärtigen Amte vertraulich erfahre, als Randbemerkung zur betreffenden Stelle im Berichte des Grafen Rantzau „Es ist ganz ausgezeichnet, dass diess den Engländern von dritter Seite gesagt wurde.“ Zum Passus über das unverbrüchliche Festhalten an unserer Allianz mit Deutschland schrieb Seine Majestät: „das thut Einem wohl“. Es ist kein Zweifel, dass man hier sich mit dem Gefühle schmeichelt, König Eduard und Sein Unterstaatssecretär des Äussern hätten von Cronberg und Ischl Eindrücke mitgenommen, die man als eine gute Lehre bezeichnen könnte. ... *Rede Kaiser Wilhelms II. in Strassburg.* ...
Flotow.

^{a)} Vgl. n. 38, 79, 681, 1704, 3991.

Nr. 56. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Sept. 1908 Nr. 299 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Heutige Nummer des dem Palais nahestehenden „Terdschuman i Hakikat“ bringt eine Notiz, besagend, dass die bosnisch-herzegovinischen Einwohner bei der k. u. k. Regierung um Einführung einer Landesvertretung, wie sie Kroatien und Dalmatien besitzen, bittlich geworden sind und sich auch an die ottomanische Regierung um Unterstützung ihres Petits bei der ersteren gewendet hätten. Die Pforte habe den Bittstellern wissen lassen, dass die österreichisch-ungarische Regierung sich den Schutz der Rechte der mohammedanischen Angehörigen der von ihr administrierten Provinzen stets besonders angelegen sein liess und dass die türkische Regierung, welche derzeit mit inneren Reformen beschäftigt sei, keinerlei diplomatische Intervention bei der ihr mit Banden aufrichtiger Freundschaft verbundenen k. u. k. Regierung eintreten lassen könne.
Pallavicini.

Nr. 57. Erlaß an den Legationsrat Prinz Karl Emil Fürstenberg in St. Petersburg, 1. Sept. 1908 Nr. 1600.^{a)} Konz. (S. Franckenstein u. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Durchlaucht erhalten in der Anlage zu Ihrer rein persönlichen und streng vertraulichen Information eine Copie des geheimen Aide-Mémoires,^{b)} welches unsere Antwort auf das russische Promemoria enthält, das mir Fürst Urussow am 6. Juli l. J.^{c)} im Auftrage seiner Regierung übergeben hat. Das hier abschriftlich mitfolgende Aide-

Mémoire wird der k. russ. Regierung im Wege des hiesigen k. russ. Botschafters übermittelt werden. Die einschlägigen Verhandlungen mit dem Petersburger Cabinet werden hier geführt werden.

P. S. Da Fürst Ouroussoff momentan in Baden weilt und es daher nicht sicher ist, ob ich ihn werde morgen sehen können, ich aber andererseits Werth darauf lege, daß Herr Tscharykoff thunlichst bald in den Besitz unseres Antwortmémoires gelange, schließe ich ein zweites Exemplar desselben hier an und ersuche Euer Durchlaucht, dasselbe dem Herrn Adjoint zukommen zu lassen. Bei diesem Anlaß sollen Euer Durchlaucht Herrn Tscharykoff auch mittheilen, daß Herr Iswolsky in Karlsbad durch Graf Berchtold von unserem Mémoire Kenntniß erhalten hat und daß wir die Rückäußerung des russischen Cabinetes, der wir mit großem Interesse entgegen sehen, im Wege der hiesigen k. russ. Botschaft erwarten.

a) Vgl. n. 63, 64. — b) Vgl. n. 48. — c) n. 9.

Nr. 58. Tel. an den deutschen Staatssekretär von Schoen in Berchtesgaden, 2. Sept. 1908 Nr. 539 C. d. M.a) Konz. (S. u. G. Gager).

Ich werde Samstag um 10 Uhr vormittag allein in Berchtesgaden eintreffen, von wo ich leider bereits um 1 Uhr nach Salzburg zurückfahren muss, da ich unbedingt noch am selben Abende in Wien einzutreffen genöthigt bin. Meine Frau, welche zur Zeit noch am Semmering weilt, begleitet mich auf dieser Reise nicht und wird daher zu ihrem grossen Bedauern auf die Freude eines Wiedersehens mit Frau von Schoen verzichten müssen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 59, 71.

Nr. 59. Privatschreiben des deutschen Geschäftsträgers, 2. Sept. 1908.a) Ausfert.

Euerer Exzellenz beeile ich mich im Auftrage des Herrn Staatssekretärs von Schoen ehrerbietigst mitzuteilen, dass der Herr Staatssekretär im höchsten Grade über Euerer Exzellenz so ausserordentlich freundlich am 5. d. M. in Aussicht gestellten Besuch erfreut ist. Herr von Schoen lässt Euere Exzellenz bitten, ihm gütigst direkt Stunde der Ankunft und etwaige Begleitung mitteilen zu wollen. Frau von Schoen würde sich ungemein freuen, wenn sie hoffen dürfte, Ihre Exzellenz die Frau Baronin auch in Berchtesgaden begrüssen zu können.

Brockdorff-Rantzau.

a) Vgl. n. 21, 58.

Nr. 60. Tel. nach Konstantinopel, 2. Sept. 1908 Nr. 155 (chiffre. 8 U. 10 M. p. m.).a) Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Streng geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 31. August, Nr. 297. Mit meinem Privatschreiben vom 27. v. M. verfolgte ich den Zweck, Euer Exzellenz Wohlmeinung über die darin berührten Fragen in rein persönlicher Weise einzuholen. Zu einer urgenten Behandlung und telegraphischen Berichterstattung war jetzt kein Anlass und ersuche ich Euer Exzellenz in brieflicher Form darauf zurückzukommen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 81.

Nr. 61. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Sept. 1908 Nr. 302 (eing. 3. Sept. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ich habe heute Ferid Pascha besucht. Es gelang mir, ihn in unauffälliger Weise auf das Thema Bosnien zu bringen. Ich frug ihn, was sich eigentlich hier die Leute denken, wenn sie in den Zeitungen schreiben, dass diese Frage durch das türkische Parlament gelöst werden solle. Ferid Pascha antwortete mir, es sei dies nur für das grosse Publikum bestimmt; jeder türkische Staatsmann wisse, dass dies eine Frage sei, die nicht ...^{b)} durch das türkische Parlament gelöst werden kann. Ich ging dann weiter und bemerkte, es werde sich hier niemand einbilden, dass wir je Bosnien verlassen. Ferid Pascha entgegnete, es gebe sich natürlich hier niemand einer Illusion hin, und stimmte mir vollkommen bei, als ich sagte, dass man im allgemeinen immer auf einen Punkt vergesse, nämlich dass wir dieses Land eigentlich erobert haben. Als ich sah, dass Ferid Pascha über die richtige Situation ganz im Klaren ist, glaubte ich den Moment für gekommen, ihm zu sagen, dass die bosnische Frage allerdings ...^{b)} gelöst werden müsse, da der jetzige Zustand ja nicht ewig dauern könne. Ich liess hiebei die Bemerkung fallen, dass auch die Verhältnisse im Sandjak bei der neuen Sachlage meiner Ansicht nach eine Änderung erfahren könnten, natürlich unter der Voraussetzung, dass gleichzeitig die bosnische Frage endgiltig geregelt werde. Ferid Pascha erfasste sofort meinen Gedanken und antwortete mir: „Ja, das wäre wohl eine grosse Konzession Ihrerseits, aber ich rate Ihnen, tun Sie in diesem Augenblicke nichts; Sie haben ja jetzt keine Regierung hier, mit der Sie solche Fragen verhandeln können.“ Ich brach hierauf dieses Gespräch ab. Dasselbe hinterliess bei mir die Überzeugung, dass wir, wenn Ferid Pascha, was gewiss früher oder später geschieht, wieder ans Ruder kommt, in ganz normaler Weise unser Ziel erreichen können. (Eine)^{b)} eingehende Antwort^{c)} auf Euer Exzellenz Privatschreiben vom 27. v. M. trifft Freitag früh mit Kurier in Wien ein. Die allgemeine Lage sieht Ferid Pascha heute günstig an. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 68, 75, 81. — ^{b)} Chiffre verstümmelt. — ^{c)} Vgl. n. 62.

Nr. 62. Privatschreiben aus Konstantinopel-Jeniköj, 2. Sept. 1908.^{a)} Ausfert.

Mittelst meines ergebenen Telegrammes von vorgestern Nr. 297 habe ich mir erlaubt, das hohe Privatschreiben Euerer Exzellenz vom 27. v. M. in merito zu beantworten. Wie ich dies in jenem Telegramme kurz auseinandergesetzt habe, geht meine Ansicht dahin, dass es mir bei den jetzt hier herrschenden anormalen Verhältnissen nicht möglich erscheint, irgendwie mit den massgebenden Factoren über die Frage der Annexion Bosniens in Erfolg versprechender Weise in einen Ideenaustausch zu treten, geschweige mit der Pforte in dieser Hinsicht zu verhandeln. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass jeder türkische Staatsmann die volle Überzeugung hat, dass wir niemals Bosnien auslassen werden, ebenso ist es gewiss, dass unser Antrag das Limgebiet zu verlassen, dankbarst begrüsst werden würde, aber nicht weniger sicher scheint es mir, dass sich heute niemand trauen würde,

irgend wie auf die Idee, die Frage in diesem Augenblicke zu lösen, einzugehen. Ich bin zum Beispiel ganz gewiss, dass Ferid Pascha mir antworten würde: „Ich bin vollkommen einverstanden, aber jetzt ist nicht der Moment, man müsste das Parlament abwarten.“ Ebenso würden auch die heute am Ruder befindlichen Staatsmänner sprechen. Es wäre also meiner festen Überzeugung nach ganz zwecklos, in diesem Augenblicke die Frage der Türkei gegenüber zur Sprache zu bringen, wir würden uns hiedurch bloß die Situation erschweren, wenn wir entschlossen sein sollten, unter allen Umständen die Sache durchzuführen. Wenn das Letztere der Fall sein sollte, so müsste, wie ich das schon in meinem Telegramme gesagt habe, rasch und entschlossen vorgegangen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde ein solches Vorgehen so verblüffen, dass meiner Ansicht nach kaum Complicationen zu befürchten wären. Aber selbstverständlich kann man dies nicht mit voller Sicherheit behaupten. Es muss vor allem in Betracht gezogen werden, dass sich jetzt das türkische Volk in einer fieberhaften Erregung befindet. Das Factum der Annexion Bosniens könnte immerhin dieser Erregung neue Kraft leihen und dieselbe in eine Bahn lenken, die bedenklich wäre. Die in meinem Privatschreiben vom 12. v. M. ausgesprochene Befürchtung, dass sich auch die anderen Balkanstaaten gegen uns wenden könnten, scheint mir heute allerdings nicht mehr so begründet zu sein, wie damals, als noch die Gefahr bestand, dass Jungtürken und Bulgaren sich verbinden könnten. Heute sind aber die Jungtürken bereits die Herren der Situation und sind auf die Freundschaft der christlichen Bevölkerung nicht mehr so angewiesen. Als ich jene Befürchtung aussprach, dachte ich an die Möglichkeit, dass die macedonischen Bulgaren einen Druck auf das Fürstenthum ausüben könnten, der auch Letzteres in das Lager unserer Feinde hätte bringen können. Es darf immerhin nicht vergessen werden, dass die Balkanstaaten in einem Gefühle einig sind, nämlich in dem Hasse gegen Österreich-Ungarn, weil sie eben uns mehr fürchten als die Türkei. Wenn wir also die Annexion Bosniens durch einen Gewaltstreich — die einseitige Decretierung, dass wir die bisher bloss occupierten Provinzen annectiert haben, wäre ja doch ein solcher — verwirklichen wollen, so müssen wir doch auch die Möglichkeit einer Complication in Rechnung ziehen. Ich neige wohl zur Ansicht hin, dass uns, wenn wir rasch und entschlossen vorgehen, wenn es uns gelingt, die Welt zu überraschen, der Coup gelingen dürfte; es wäre aber leichtsinnig, nicht auch die möglichen Consequenzen eines solchen Vorgehens in ernstliche Erwägung zu ziehen. Der andere, jedenfalls gefahrlose Weg, welchen ich in meinem oben citirten Telegramme angab, ist der, zu warten, bis hier eine Regierung am Ruder ist, mit der man verhandeln kann. Das wäre also erst, nachdem das Parlament in Thätigkeit getreten sein wird, und nachdem man sich eine Idee über die Stabilität der Regierung wird gemacht haben können. Wenn dieser Fall eintritt, nämlich wenn eine auf eine genügende Majorität sich stützende Regierung am Ruder sein wird, dann kann man fast mit Sicherheit sagen, dass Verhandlungen auf der von Eurer Exzellenz ins Auge gefassten Basis früher oder später zu einem günstigen Resultate führen dürften. Ob man bis dahin warten kann, entzieht

sich meiner Beurtheilung, es hängt dies hauptsächlich, glaube ich, davon ab, ob die Einführung verfassungsmässiger Zustände in Bosnien so lange aufgeschoben werden könnte. Allerdings dürften ja die Vorarbeiten für die zu ertheilende Verfassung ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen, man könnte vielleicht auch den Zeitpunkt der Wahlen für den bosnischen Landtag so viel als möglich hinausschieben, aber unter allen Umständen könnten die von mir ins Auge gefassten Verhandlungen mit der Türkei erst einige Wochen nach Zusammentritt des türkischen Parlamentes in Angriff genommen werden. Die zweite Frage, die in Betracht gezogen werden müsste, ist die Frage der Sicherheit unserer Garnisonen im Limgebiete. Ich theile nicht die diesbezüglichen Befürchtungen, glaube vielmehr, dass die jetzigen Machthaber alles aufbieten werden, um gerade in jenen Gebieten die Ruhe aufrecht zu erhalten. Der volle Erfolg, den mein Schritt vom 26. v. M.^{b)} hatte, ist übrigens der beste Beweis, dass meine schon bei einer früheren Gelegenheit in jenem Sinne ausgesprochene Überzeugung begründet war. Bei den heutigen Verhältnissen kann man wohl auch in dieser Hinsicht keinerlei Verantwortung übernehmen, aber wie sich die Dinge jetzt anlassen, liegt kein Grund zu Befürchtungen vor. Die allgemeine Lage scheint sich überhaupt einigermassen zu bessern, so dass man sich jetzt wirklich der Hoffnung hingeben darf, dass bis zum Zusammentritt des Parlamentes nichts eintreten dürfte, was die Ruhe stören könnte. Ich habe mir erlaubt, Euerer Exzellenz einige türkische Zeitungsstimmen über die Frage der Annexion Bosniens zu unterbreiten. Es sind dies durchwegs Zeitungen, die mit dem Comité in enger Fühlung stehen; man kann also aus den von ihnen publicierten Artikeln einen Schluss auf die im Comité herrschenden Ansichten in Bezug auf jene Frage ziehen. Allerdings darf hiebei nicht vergessen werden, dass man die von uns in Aussicht genommenen Gegenconcessionen nicht in Rechnung zieht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass, wenn Letzteres der Fall wäre, das Urtheil über die Frage der Annexion ganz anders ausfallen würde; möglicherweise sogar günstig, aber ich glaube, dass kein türkischer Politiker sich unter den heutigen Verhältnissen trauen würde, einer Regelung dieser Frage näher zu treten, bevor nicht das Parlament versammelt sein wird. Jeder, der so etwas thun würde, wäre der Gefahr ausgesetzt, als ein Verräther an der Constitution gebrandmarkt zu werden, und dies darf niemand wagen. Man würde sich auch schon deshalb hüten, diesbezüglich Stellung zu nehmen, da es nicht ausgeschlossen erscheint, dass sich die Alttürken der Sache annehmen und mit Hilfe des Sultans, der als Hüter Seiner Souveränitätsrechte selbst eventuell auftreten würde, eine reactionäre Strömung in Scene setzen könnten. Ich resumire: Ich glaube mit Bestimmtheit sagen zu können, dass man sich von einer Einwirkung auf die hiesigen massgebenden politischen Kreise, sie für unser Project günstig zu stimmen, im gegenwärtigen Momente nichts versprechen darf. Sollten jedoch Euere Excellenz diese Ansicht nicht theilen, so bitte ich um telegrafische Weisung, ich werde dann sofort den Versuch machen, die mir in dem hohen Privat Schreiben vom 27. v. M. an die Hand gegebenen Argumente bei den hiesigen massgebenden Persönlichkeiten zu verwerthen und das Terrain auf diese

Art vorzubereiten. Allerdings muss auch noch mit der Gefahr gerechnet werden, dass durch eine solche Einwirkung unsere Absichten vorzeitig public werden könnten.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 61, 68, 75, 81. — b) Markgraf Pallavicini war (mit Tel. vom 25. Aug. 1908 Nr. 143 und Semmering, 25. Aug. 1908 ohne Nummer, nicht aufgenommen) auf Grund der aus dem Sandschak eingelaufenen Nachrichten (vgl. Beilage zu n. 46) beauftragt worden, bei der Pforte wegen Bekämpfung der monarchiefeindlichen Agitation und wegen Entfernung des heftigsten Agitators, des Gendarmeriekommandanten Rittmeister Hairi Effendi, einzuschreiten. Mit Tel. vom 26. Aug. 1908 Nr. 286 (eing. 27. Aug. 9 U. a. m., nicht aufgenommen) berichtet Pallavicini, daß er die Abberufung Hairi Effendis und die Einleitung aller nötigen Vorkehrungen bei der Pforte durchgesetzt habe. Vgl. n. 49.

Nr. 63. Privatschreiben des Botschafters in St. Petersburg; Karlsbad, 2. Sept. 1908.a) Eigenh. Ausfert.

Das Aide-Mémoire,^{b)} welches Du mir unterm 29. v. M. zu übermitteln die Güte hattest, ist mir richtig zugekommen und befindet sich seit 30. v. M. in Iswolskys Händen. Letzterer hat es in meiner Gegenwart durchgelesen und dasselbe im Allgemeinen als einen Schritt nach vorwärts auf der Bahn der auch von ihm angestrebten Verständigung bezeichnet. Im Übrigen glaubte er seine definitive gegenständliche Äußerung noch von reiflicherer Überlegung und eingehenderer Prüfung abhängig machen zu sollen. Ich betonte sofort, daß eine baldige Antwort dans la mesure du possible wünschenswerth erscheine, da die Ereignisse an unserer Südostgrenze sich ohne unser Zuthun und gegen unseren Willen überstürzen und uns unversehens vor ein aut-aut stellen könnten. Der Minister versprach mir, dies nicht aus dem Auge lassen zu wollen, beanspruchte jedoch eine gewisse Zeitfrist, um das notwendige Einvernehmen mit Herrn Tscharykoff herzustellen und die höchste Entschliebung seines kaiserlichen Herrn einholen zu können. Bei der heutigen Brunnen-Promenade kam die Angelegenheit neuerlich zwischen uns zur Sprache, indem Iswolsky an der Hand der Zeitungsnachrichten über die okkupierten Provinzen die Frage an mich richtete, ob thatsächlich die Annexion unsererseits bereits für die nächste Zukunft beabsichtigt sei. In meiner Erwiderung beschränkte ich mich darauf zu bemerken, daß die Entscheidung hierüber von Umständen abhängen, welche sich heutzutage nicht vorhersehen ließen. Und als der Minister den Wunsch durchblicken ließ, diese Umstände kennen zu lernen, verwies ich ihn auf die revolutionären Strömungen, von der die Balkanvölker durchsetzt seien, sowie die ethnischen Complicationen, mit welchen man daselbst zu rechnen habe und concludirte dahin, daß die Gefahr eines Herübergreifens der Bewegung und die dadurch bedingte Bedrohung unserer Stellung in jenen Gebieten für unsere weiteren Entschlüsse maßgebend sein müßte, heute aber die Frage noch eine offene sei. Bei diesem Anlasse möchte ich einer heftigen Gemüthswallung Erwähnung thun, die ich kürzlich bei Iswolsky wahrgenommen und auf welche es vielleicht im Interesse des gedeihlichen Fortschreitens der nunmehr engagirten Verhandlungen nützlich wäre, Rücksicht zu nehmen. Der Minister beklagte sich nämlich in bitteren Worten über die Ausfälle unserer und der deutschen

Presse gegen Rußlands „accord mit England“, welcher die türkische Evolution provocirt hätte. Iswolsky nennt dies auf Grund der Dir sattsam bekannten historischen Analyse eine willkürliche und übelwollende Entstellung der Thatsachen und will, falls diese Angriffe fort dauern sollten, mit einem Communiqué repliciren, worin die Rolle präcisirt würde, die dem St. Petersburger Cabinet zugefallen war, seit es von uns und Deutschland in der Justizreform-Aktion im Stiche gelassen worden sei. (Die selbst bei der cholerischen Natur Iswolskys nicht gewöhnliche Vehemenz, mit welcher er seine diesbezüglichen Klagen vorbrachte, dürfte wenigstens zum Theile der Einwirkung der stärkeren Sprudelquelle zuzuschreiben sein, zu welcher er eben an diesem Tage von dem milderen Mühlbrunnen avancirt war.) Daß eine Fortsetzung dieser Zeitungspolemik im höchsten Grade bedenklich wäre für die Finalisirung der engagirten Aktion, erfordert keine weitere Erörterung. In Bezug auf die eventuelle Entrevue in Buchlau sind wir noch zu keinem definitiven Resultate gelangt. Iswolsky betonte unlängst nachdrücklich, wie sehr er eine Aussprache mit Dir zu schätzen wissen würde. Die seinerseits ursprünglich geltend gemachten Besorgnisse wegen einer längeren Reise unmittelbar nach absolvirter Cur in einer seinem nächsten Bestimmungsorte entgegengesetzten Richtung, suchte ich dadurch zu zerstreuen, daß ich ihm die Route Prag—Brünn und von da mittels Extrazuges auf der Transversalbahn bis zur Station Nemotitz suggerirte, von wo wir ihn abholen lassen könnten. Er würde um 7 Uhr früh Carlsbad verlassen, um 4 Uhr Nachm. in Brünn, um 1/2 6 Uhr in Nemotitz und um 7 Uhr Abends in Buchlau eintreffen. Ob dieser Plan, den er noch auf der Karte studieren will, seine definitive Billigung finden wird, vermag ich noch nicht zu sagen. Mit der Cur würde er am 13. d. M. fertig werden. Wie dies mit Deinen Projekten eventuell in Einklang zu bringen wäre, nämlich eine Begegnung am 14. oder 15. d. M. — (möglicherweise würde Iswolsky sich auf dem Wege Prag als Tourist ansehen, das er noch nicht kennt) — kann ich nicht beurtheilen und wäre Dir für eine diesfällige Benachrichtigung selbstredend zu Dank verpflichtet. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 57, 69. — ^{b)} n. 48.

Nr. 64. Tel. des Legationsrates Prinz Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 4. Sept. 1908 Nr. 136 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erlaß vom 1. d. M., Nr. 1600. Aide-mémoire heute Herrn von Tscharykow übergeben, der dasselbe mit heute abends abgehendem Kurier Seiner Majestät dem Kaiser an Bord des Standard senden wird. Tscharykow nahm mit großer Befriedigung davon Kenntniss, dass Euer Excellenz durch Graf Berchtold Herrn Iswolsky ein Exemplar dieses Elaborates zukommen liessen und knüpfte die rege Hoffnung daran, dass dem russischen Minister des Äussern vergönnt sein werde, über den Inhalt mit Euer Excellenz mündlich Rücksprache zu halten. Im Laufe des Gespräches theilte mir der Herr Gerent auf mein diesbezügliches Befragen mit, dass er gestern Herrn Sinowiew telegrafisch befragt habe, ob es nicht mit Hinblick auf Konsolidierung der Verhältnisse in der Türkei besser wäre, sämtliche

russische Gendarmerieoffiziere zu beurlauben. Ich glaube Sinnesänderung hiesiger Regierung auf Beeinflussung seitens Englands zurückführen zu können.

Karl Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 70.

Nr. 65. Bericht der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina an das gemeinsame Finanzministerium, 4. Sept. 1908 Nr. 4182 (eing. als Einsichtsstück des gemeins. Finanzmin. vom 21. Sept. 1908 Nr. 1430/B. H.).^{a)} Auszug (Vesque).

Die der Landesregierung in Sarajevo zur Verfügung stehenden Informationen bestätigen vollkommen die von Nastić in seiner Brochure „Finale“ aufgestellten Behauptungen; allerdings ist in den seit dem Jahre 1906 eingelangten Konfidenten Meldungen von der geplanten Einschmuggelung von Bomben aus Serbien nicht ausdrücklich die Rede, sondern es wird nur im Allgemeinen der Übergang zu einer aktiven Agitationstätigkeit und Propaganda der Tat erwähnt. Mit der beabsichtigten Propaganda der Tat in Bosnien und der Hercegovina muss es auch in Zusammenhang gebracht werden, dass der serbische Sektions Chef Dr. Miroslav Spalajković und der serbische Generalstabshauptmann Milan Vasić gerade zur kritischen Zeit in Bosnien gewelt haben; Spalajković hielt sich vom 24. September — 27. Oktober 1907 bei seinem Schwiegervater Glišo Jeftanović in Sarajevo auf und unternahm auch Ausflüge nach Mostar und Jajce. Allerdings konnten gravierende Wahrnehmungen nicht gemacht werden. Vasić hielt sich vom 6.—11. November vorigen Jahres in Mostar auf und konnte damals auch nichts Auffälliges konstatiert werden; dagegen hat er sich im März laufenden Jahres bei seinem Aufenthalte in der Hercegovina der Spionage sehr verdächtig gemacht und sich jedenfalls als ein gefährlicher Propagandist entpuppt, was auch zu seiner Ausweisung geführt hat. Mit der serbischen Propaganda in Bosnien steht auch die Anwesenheit des serbischen Artillerie Unteroffiziers Spasoje Nešević und des Miloje Gojaković im Zusammenhange. Nešević scheint für die Mitwirkung an einer geplanten Bombeneinschmuggelung in Kombination gestanden zu sein. Nach Überzeugung der bosnisch-herzegovinischen Landesregierung bestehen geheime Waffendepôts in Bosnien und der Hercegovina nicht. Das Einsichtsstück wurde, mit hierämtl. Visum versehen, sub Nr. 1820 am 5. Oktober 1908 zurückgeleitet.

a) Vgl. n. 1528.

Nr. 66. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Sept. 1908 Nr. 308 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Mit heutiger Post unterbreite ich die Übersetzung eines in dem, dem Komitee nahestehenden Blatte „Jeni Gazeta“ erschienenen längeren Artikels über Bosnien. Ich möchte schon jetzt auf den Schluss desselben aufmerksam machen, der beiläufig folgenden Gedankengang hat: Die Türkei, mit inneren Reformen beschäftigt, wird keinerlei Versuch machen, am Status quo zu rütteln, aber sie sei auch nicht gewillt, eine Tangierung

ihrer Rechte als freundschaftlichen Akt hinzunehmen. Weder Russland noch die Türkei seien mit einer einseitigen Lösung der Frage seitens Österreich-Ungarns einverstanden. Nachdem übrigens die österreichisch-ungarische Regierung durch die Zurückziehung ihrer Gendarmerieoffiziere der Türkei einen Beweis ihres Wohlwollens gegeben habe, glaubt man sich der Hoffnung hingeben zu können, dass sie die Frage einer Annexion Bosniens ihrerseits nicht aufrollen werde. Pallavicini.

Nr. 67. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem ital. Minister des Äußern Tittoni in Salzburg, 5. Sept. 1908.^a) Konz. (S. Gager; V. u. G. Aehrenthal).

Die Unterredung mit Herrn Tittoni trug einen sehr freundschaftlichen und vertrauensvollen Charakter. Er war sichtlich bemüht, in allen Fragen einen konzilianten Ton anzuschlagen und hob mit großem Nachdruck die volle Übereinstimmung der Kabinette der Dreibundmächte hervor. Seine Auffassung der neuen Lage in der Türkei ist begreiflicher Weise eine sehr reservierte, da durch den Gang der Ereignisse dortselbst besonders zwei Mächte, das sind Italien und Russland, nicht zufriedengestellt sind und kein Interesse daran haben, daß sich das neue Regime in der Türkei konsolidiere.

Auf einzelne pendente Fragen übergehend, besprachen wir zunächst die von Frankreich und England ausgehende Anregung in Betreff eines Accords wegen Zurückziehung der Gendarmerieoffiziere aus den Reformvilajeten, in welcher Beziehung mittlerweile russischerseits die Anregung gemacht wurde, die Kabinette von London, Paris, Petersburg und Rom sollten, dem Beispiele Österreich-Ungarns folgend, für die Zurückziehung ihrer Offiziere die Form der Beurlaubung derselben jusqu' à nouvel avis adoptieren. Herr Tittoni hat diesen Vorschlag bereits akzeptiert, so daß in dieser Frage zwischen Wien, Rom und St. Petersburg volle Übereinstimmung besteht. Auch in Betreff der englischen Anregung wegen der wohlwollenden Aufnahme seitens der Mächte der zu gewärtigenden türkischen Propositionen — Ernennung eines Financial Adviser's und im Zusammenhange damit Modifikationen in der Stellung der europäischen Finanzkommission — einigten wir uns bald dahin, die türkischen Vorschläge abzuwarten und dieselben dann auch im Sinne des dritten Punktes der russischen Vorschläge zu beantworten, welcher darin gipfelt, von der Pforte vorerst bindende Zusicherungen darüber zu verlangen, in welcher Weise sie ihren als Gegenleistung für die dreiperzentige Zollerhöhung übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden gedenke. Tittoni und ich begegneten uns überhaupt in der Anschauung, daß es keine kluge Politik wäre, in der Frage der Reformorgane allzu rasch die Zügel schießen zu lassen. Es wird sich daher gegenüber dem flotten Tempo, welches die englische Regierung diesfalls einzuschlagen willens scheint, eine gewisse Zurückhaltung empfehlen, welch' letztere auch der in Petersburg maßgebenden Auffassung entspricht.

Tittoni kam wiederholt auf seinen Wunsch zurück, im engsten Einvernehmen mit uns und Deutschland vorzugehen und bittet nur, von allen

Entschließungen, welche das Wiener Kabinett zu treffen gezwungen wäre, rechtzeitig informiert zu werden, damit er in die Lage komme, die öffentliche Meinung seines Landes entsprechend vorzubereiten.

Im gegenwärtigen Augenblicke wäre es unmöglich, die kommenden Ereignisse in der Türkei vorauszusehen und daher auch überflüssig, die von den Mächten etwa zu treffenden Maßnahmen schon heute zu besprechen. Herr Tittoni ist der Ansicht, daß, falls die zuwartende Politik durch irgendwelche Ereignisse unmöglich werden sollte, die Mächte nicht getrennt, sondern ähnlich wie in China vereint vorgehen sollten. Ich nahm keinen Anstand, diesen Gedanken im Prinzip als einen richtigen zu bezeichnen.

Hinsichtlich des Zusammengehens der drei Kabinette, versicherte ich meinem Mitredner, daß ich von demselben Wunsche beseelt sei und er darauf rechnen könne, daß ich ihn nicht mit irgendeiner Entschließung überraschen werde. Unsere Politik gegenüber den neuesten Ereignissen in der Türkei sei bekannt und bewege sich auf derselben Linie wie die der übrigen Mächte. Nur bestünde für Österreich-Ungarn eine besonders schwierige Lage nicht nur wegen der geographischen Nähe zur Türkei, sondern auch weil der Berliner Vertrag der Monarchie zwei Spezialrechte eingeräumt habe. Dies seien die unbefristete Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina und das Garnisonsrecht im Sandschak. Was ersteres anbelangt, so wäre wohl kein Zweifel darüber, daß unser Verbleiben in den okkupierten Provinzen ein dauerndes sei und es nur von den Umständen abhängen werde, daß wir die Form unseres Besitzes in endgiltiger Weise regeln. Ich erinnerte hiebei an den im Jahre 1904 zu Abbazia zwischen Tittoni und Grafen Gołuchowski stattgehabten Gedankenaustausch^{b)} und Herr Tittoni nahm keinen Anstand, in positiver Weise zu erklären, daß selbstverständlich Bosnien und die Herzegowina uns gehören und daß wir in Betreff des Rechtes, das wir in diesen Provinzen haben, die Unterschrift Italiens besitzen. Anknüpfend hieran glaubte ich Herrn Tittoni gegenüber konstatieren zu sollen, daß wir bei einer Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses von Bosnien und der Herzegowina keine Verpflichtungen hätten, Kompensationen zu gewähren. Der Dreibundvertrag datiere vier Jahre nach der Okkupation und stipuliere ausdrücklich, daß territoriale Kompensationen nur dann dem einen oder anderen Kontrahenten zufallen, wenn der eine Teil über den okkupierten Besitzstand hinaus eine temporäre oder definitive Okkupation türkischen Gebietes vornehmen sollte. Ich machte eine Allusion, daß wir Italien gegenüber im Obligo stünden hinsichtlich Tripolis, worauf Tittoni im Vergleiche zum vorigen Jahre sehr reserviert erwiderte, daß wohl noch nicht sobald für Italien der Fall eintreten werde, dorten Fuß zu fassen. Nach seinen Bemerkungen scheint er den Wert einer solchen Einbeziehung afrikanischen Bodens in die italienische Interessen- und Machtsphäre nicht sehr hoch einzuschätzen.

In Hinsicht des Sandschaks bemerkte ich zu Herrn Tittoni, daß auch ich wie Graf Gołuchowski im Jahre 1904 zwar unser Recht, die Garnisonen dortselbst zu vermehren und auszudehnen aufrecht erhalte, daß ich aber als Zeichen des vertrauensvollen Verhältnisses zwischen uns ihm gerne

die Zusicherung gebe, ihn rechtzeitig zu verständigen, wenn unser Interesse es erheischen sollte, die dortigen Garnisonen zu verstärken. Ich fügte hinzu, daß eine solche Notwendigkeit mein politisches Konzept durchkreuzen würde, daß ich aber mit Rücksicht auf die schwankenden Zustände in den dortigen türkischen Verwaltungsgebieten keine Sicherheit besitze, ob nicht eine Verstärkung der dortigen k. u. k. Truppen nötig werden würde. Nachdem es sich aber nicht um eine offensive Vorwärtsbewegung handeln werde, wäre es in meinem eigenen Interesse gelegen, das befreundete italienische Kabinett in einem solchen Falle *préalablement* zu verständigen.

Herr Tittoni nahm meine Zusicherungen mit Dank und Befriedigung entgegen und meinte, daß er auf diese Weise in die Lage versetzt sein werde, irgendeine conservative Maßnahme, welche wir zu ergreifen in die Lage kommen sollten, in seinem Lande zu erklären und zu verteidigen.

Ich lenkte sodann die Aufmerksamkeit Herrn Tittoni's auf die namhaften Schwierigkeiten, die wir mit Serbien haben. Auch in letzterer Zeit gingen die Hetzereien Serbiens nicht nur in der Presse, sondern auch seitens der Organe des Königreiches im Sandschak und in Alt-Serbien fort. Das sei eine weitere Komplikation unserer ohnehin schwierigen Lage. Serbien treibe ein gefährliches Spiel. Seit König Peter durch ein scheußliches Verbrechen auf den Thron gelangt sei und sich ohnmächtig erwiesen habe, die Königsmörder aus seiner Nähe zu entfernen, entwickle sich in Serbien immer mehr ein Herd von revolutionären Bestrebungen, die für die Nachbarn dieses Landes unbequem und eventuell gefährlich werden können. Das Königreich habe sich mit dem stammverwandten Montenegro brouilliert, lebe mit Bulgarien auf sehr gespanntem Fuße und entfalte in der Türkei eine schamlose agitatorische Thätigkeit. In den letzten zwei Jahren unter Pašić habe man auch von Belgrad aus versucht, in Bosnien und Kroatien in einem natürlich gegen uns feindseligen Sinne zu schüren. Unsere Haltung sei bisher die vornehme Ruhe des Starken gegenüber dem Schwachen gewesen. Durch die Durchdrückung des Handelsvertrages hätte ich einen eklatanten Beweis unseres Wohlwollens für Serbien gegeben. Ich wünsche auch heute, daß Herr Milovanović die nötige Autorität bekomme, um sein Vaterland auf der abschüssigen Bahn aufzuhalten. Herr Tittoni würde es aber begreiflich finden, daß, wenn diese Hoffnung sich nicht realisierte, uns der Geduldfaden reißen und wir gezwungen sein würden, den Störenfried, der sich zu einer wirklichen Gefahr für den Frieden auf dem Balkan entwickelt, zu züchtigen. Herr Tittoni zeigte vollkommenes Verständnis für meine Ausführungen in dieser Richtung und bedauert lebhaft die Ohnmacht König Peter's.

Herr Tittoni brachte sodann die Frage der Donau-Adria-Bahn zur Sprache und bemerkte, daß er mit Rücksicht auf das für diese Bahn in Italien sich kundgebende Interesse nicht umhin könne, sich für dieses Projekt einzusetzen und daß er auch bereits wegen Finanzierung desselben sich mit dem Pariser Geldmarkte in Verbindung gesetzt habe. Herr Tittoni ersuchte mich, diesem Projekte meine Unterstützung zu leihen. Ich verwies den Herrn Minister auf meine diesfalls im Allgemeinen abgegebene Erklärung, wonach Österreich-Ungarn sich den verschiedenen in letzterer

Zeit aufgetauchten Eisenbahnprojekten auf dem Balkan gegenüber wohlwollend zu verhalten gedenke,^{c)} bemerkte jedoch gleichzeitig, daß ich dieses Wohlwollen in dem speziellen Falle davon abhängig machen müsse, daß Italien nicht nur dem Projekte der Sandschakbahn, sondern auch jenem der dalmatinischen Küstenbahn seine Unterstützung leihen werde.

Bezüglich Marokkos einigten wir uns sehr bald über unsere Haltung in der jetzigen Phase dieser Frage. Auch Herr Tittoni glaubt nicht, daß die Verstimmung Frankreichs wegen der jetzigen Initiative Deutschlands anhalten werde. Österreich-Ungarn und Italien hätten nichts dagegen, Muley Hafid als Herrscher Marokkos anzuerkennen, sobald seine Autorität in den wichtigsten Teilen des scherifischen Reiches unzweifelhaft bestehen und derselbe bezüglich der Annahme der Algeciras-Akte eine genügende Erklärung abgegeben haben werde. Österreich-Ungarn und Italien hätten keinen Grund, ihre Anerkennung des neuen Sultans von der Erfüllung gewisser finanzieller Entschädigungsansprüche abhängig zu machen. Im übrigen stimmte Herr Tittoni meiner Auffassung zu, daß die Anerkennung Muley Hafids nicht einseitig von einer Macht oder von einer Gruppe von Mächten erfolgen dürfe, sondern nur auf Grund einer festgestellten Willensübereinstimmung sämtlicher Signatarmächte der Konferenz von Algeciras.

Herr Tittoni kam schließlich wieder auf das Thema des Besuches in Rom zurück, indem er den bevorstehenden Besuch Herrn Iswolsky's in Desio als Vorläufer einer Visite des Zaren beim Könige von Italien, wenn auch nicht in Rom, so doch in einer kleinen Stadt des Königreiches oder in einem königlichen Schlosse bezeichnete. Anknüpfend hieran fragte mich Herr Tittoni, ob ich mich nicht bereit finden lassen würde, an einer Sondierung des Vatikans seitens der katholischen Mächte teilzunehmen, um die Voraussetzungen in Erfahrung zu bringen, unter welchen katholische Monarchen nach Rom kommen könnten. Sei es doch im wohlverstandenen Interesse der Katholiken gelegen, die Anomalie zu beseitigen, welche darin gelegen sei, daß nichtkatholische Fürsten leichter mit dem Papste verkehren könnten, als katholische. Ich versicherte Herrn Tittoni, daß es unser lebhafter Wunsch sei, daß diese Frage einmal in Ordnung gebracht werde, da hiedurch ein die Beziehungen Österreich-Ungarns und Italiens in ungünstiger Weise beeinflussendes Moment beseitigt werden würde. Leider sei ich jedoch ebenso wie voriges Jahr auch heuer noch von der Überzeugung durchdrungen, daß angesichts der im Vatikan vorherrschenden Stimmungen jede Sondierung in der angedeuteten Richtung zwecklos wäre. Erst im heurigen Winter habe man dies anläßlich des beabsichtigten Besuches des Fürsten von Monaco wieder wahrnehmen können, wobei die Intransigenz des heiligen Vaters in dieser Frage klar zutage getreten sei. Ich hätte daher das Gefühl, daß, solange diese Dispositionen der Kurie sich nicht ändern, es vorzuziehen sei, sich nicht einem sicheren Refus auszusetzen.

^{a)} Den Botschaften in Berlin, Konstantinopel, London, Paris, Rom, St. Petersburg mitgeteilt. Vgl. auch n. 75, 88, 89, 230, 281. — ^{b)} Pribram, a. a. O. I 263. — ^{c)} Vgl. Anm. a zu n. 2.

Nr. 68. Tel. nach Konstantinopel, 6. Sept. 1908 Nr. 157 (chiffr. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Müller).

Geheim. Euer Exzellenz Privatbrief^{b)} ebenso wie das geheime Telegramm Nr. 302^{c)} über Ihre Unterredung mit Ferid Pascha erhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz weitere Sondierungen in der Angelegenheit nicht vorzunehmen.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 81. — ^{b)} n. 62, — ^{c)} Vom 2. Sept.

Nr. 69. Privatschreiben des Botschafters in St. Petersburg; Karlsbad, 6. Sept. 1908.^{a)} Eigh. Ausfert.

Iswolskys hiesige Cur wird am 13. d. M. absolvirt sein und erklärte er sich mit Vergnügen bereit von diesem Tage an meiner Einladung nach Buchlau Folge zu leisten. Was ihn betrifft würde es somit am Besten passen, wenn die Reise Karlsbad—Prag—Brünn—Nemotitz am 14. oder 15. erfolgen könnte. Da er mit seiner petite santé viel beschäftigt ist, würde er der Attention eines Salonwagens — obwohl er dagegen deprecirte — gewiß dankbar zugänglich sein. Von Brünn aus, wo man um 4 Uhr Nachmittags eintrifft und $\frac{3}{4}$ Stunden auf den Abgang eines Bummelzuges warten müßte, wäre es wünschenswerth dem Minister einen Extrazug für die Strecke Brünn—Nemotitz zur Verfügung zu stellen. Elim Demidoff, den Iswolsky am 13. hier erwartet, würde ihn begleiten und ich dürfte mich ab Prag den hohen Reisenden anschließen. Ich hoffe die Projekte des Ministers lassen sich mit Deinen Intentionen in Einklang bringen und wird das Ganze gut verlaufen! ... *Privatanglegenheiten.* ...
Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 63, 73.

Nr. 70. Bericht des Legationsrates Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 25. Aug./7. Sept. 1908 Nr. 37 B (eing. 9. Sept.). Ausfert.

... *Im Wesentlichen wie n. 64.* ... Streng vertraulich. Aus dem großen Interesse, das Herr Tscharykow an dem Fortgange der in Frage stehenden Action nimmt, ein Interesse, welches ich bereits im Monat Mai zu beobachten Gelegenheit hatte, läßt sich unschwer erkennen, daß der Herr Gerent sich als Autor des Gedankens einer weiteren Ausgestaltung des seinerzeitigen Balkan-Abkommens fühlt und er jedenfalls bestrebt sein wird, seinen Namen mit einem glücklichen beide Theile befriedigenden Abschlusse der engagirten Besprechungen zu verknüpfen. Als ich Herrn Tscharykow, nachdem er seine Ausführungen beendet hatte, von anderen Dingen sprach, spiegelte sich in seinem Antlitze die Ungeduld wieder von dem vor ihm liegenden Aide-mémoire Kenntniß zu nehmen und ich hatte die Thürklinke noch nicht in der Hand, als Herr Tscharykow in die Lectüre desselben bereits vertieft war.
Karl Emil Fürstenberg.

Nr. 71. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 8. Sept. 1908 Nr. 44 A (eing. 11. Sept.).^{a)} Ausfert.

Die hiesige Presse bezeichnete die in den letzten Tagen stattgefundenen Begegnungen Eurer Exzellenz mit Herrn Tittoni und Herrn von Schoen^{b)}

durchgehends als neue Manifestationen der Politik vertrauensvollen Zusammengehens der Dreibundmächte in allen Fragen, die die verbündeten Staaten berühren. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nennt diese Begegnungen wertvolle Kundgebungen der Dreibundpolitik und des ungeschwächten Fortbestandes des Friedensbündnisses, das über ein Vierteljahrhundert in allem Wandel der Zeiten seine Kraft bewährt habe. Den wiederholten Begegnungen von Vertretern der Ententemächte träten die Zusammenkünfte zwischen den Staatsmännern der Dreibundmächte zur Seite, Zusammenkünfte, die wegen des Inhaltes und des Ergebnisses der harmonisch verlaufenen Unterredungen der Staatsmänner des Dreibundes mit Befriedigung zu begrüßen seien. Der Unterstaatssekretär sagte mir beim heutigen Diplomatenempfang, der Bericht Herrn von Schoens über seine Unterredung mit Eurer Exzellenz sei heute früh eingelangt und bereits an den Reichskanzler nach Norderney weitergeleitet worden. Der Staatssekretär hätte darin mit ganz besonderer Wärme die während Eurer Exzellenz Besuches wieder zum Ausdruck gekommene Herzlichkeit der Beziehungen betont und sein lebhaftes Bedauern über die Kürze Hochderen Aufenthaltes in Berchtesgaden hervorgehoben. Flotow.

a) Vgl. n. 58, 75, 89, 182, 272, 281. — b) Eine Aufzeichnung über die Begegnung mit Schoen liegt im Polit. Archiv nicht vor.

Nr. 72. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 8. Sept. 1908 Nr. 44 B (eing. 11. Sept.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich ... *Unterredung Ahmed-Riza-Bey's mit Bülow* ... Fürst Bülow wies im Laufe der Unterredung auf die prävalierende Stellung hin, die Österreich-Ungarn in all' den Fragen des nahen Orientes zukäme und legte Ahmed-Riza nahe, vor Allem eine persönliche Fühlungnahme mit Eurer Exzellenz zu suchen. Ahmed-Riza erwiderte darauf, mit Rücksicht auf die Okkupation Bosniens und der Herzegovina sei die Stimmung im jungtürkischen Lager Österreich-Ungarn gegenüber noch nicht ganz geklärt, er wäre nur zu dankbar, wenn ihm eine Unterredung mit dem leitenden Staatsmanne der Monarchie erwirkt würde, und bat den Reichskanzler, ihm gütigst dazu verhelfen zu wollen. Dieser Bitte stattgebend, hat nunmehr Fürst Bülow den Grafen Rantzau angewiesen, für Ahmed-Riza, der am 15. September in Wien eintrifft, bei Eurer Exzellenz eine Audienz zu erwirken. ... Flotow.

a) Vgl. n. 84.

Nr. 73. Tel. an den St. Petersburger Botschafter in Karlsbad, 9. Sept. 1908 Nr. 551 C. d. M. (chiffr. 1 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Gagern).

Brief vom 6. d. Mts. erhalten. Mit 14. oder 15. September vollkommen einverstanden. Wegen Salonwagen Karlsbad-Brünn und Extrazug Brünn-Nemoschitz Einleitung getroffen. Bitte um Bekanntgabe des definitiven Reiseprogrammes. Reise heute Budapest, bin Samstag Wien. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 74.

Nr. 74. *Tel. in claris des Botschafters in St. Petersburg an den Minister des Äußern in Budapest; Karlsbad, 10. Sept. 1908 ohne Nr. (eing. 12 U. 40 M. p. m.).^{a)} Ausfert.*

Abfahrt Karlsbad Montag 14ten Nachmittag. Weiterreise ab Prag Dienstag 15ten Mittags Endstation Nemotitz nicht Nemoschitz. Näheres brieflich. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 73, 76.

Nr. 75. *„Protokoll des zu Budapest am 10. Sept. 1908 abgehaltenen Ministerrathes für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äussern Freiherrn von Aehrenthal.“ K. Z. 42, G. M. C. P. Z. 468.^{a)} Konz. (S. Gagern und Maschinschrift; V. Beck; G. Aehrenthal) und Ausfert.*

Gegenwärtige: Der königlich ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck, der k. und k. Reichs-Finanzminister Freiherr von Burián, der k. und k. Reichs-Kriegsminister Feldzeugmeister Freiherr von Schönaich.

Protokollführer: Gesandter Max Freiherr von Gagern.^{b)}

Gegenstand: Maßnahmen zur Vorbereitung der Annexion Bosniens und der Herzegovina.

... Besprechung der Parteiverhältnisse in Bosnien und der Herzegovina durch den gemeinsamen Finanzminister sowie Erörterungen staatsrechtlicher Natur ...

Der Vorsitzende gibt sodann einen Überblick über die von ihm bisher in betreff der diplomatischen Vorbereitung der Annexion unternommenen Schritte. Was zunächst Russland betrifft, so erinnert Redner zunächst daran, daß er bereits in der vorangegangenen Ministerkonferenz von einem Memorandum des Petersburger Kabinettes Erwähnung getan habe, worin der Monarchie unter gewissen, allerdings ziemlich weit gehenden Kompensationsforderungen das Anerbieten gemacht wird, Bosnien und die Herzegovina samt dem Sandschak zu annektieren. In Erwiderung hierauf habe Redner unterm 27. August Herrn Iswolsky ein Memorandum zugehen lassen, worin im wesentlichen erklärt wird, dass Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegovina als ein seit dreißig Jahren in seinem Besitze befindliches Territorium betrachte, welches es auf Grund eines internationalen Mandates okkupiert und mit Waffengewalt erobert habe. Dies vorausgeschickt, habe Redner in dem vorerwähnten Memorandum als Basis für eine Verständigung zwischen den beiden Kabinetten folgende Gesichtspunkte aufgestellt: Österreich-Ungarn und Russland halten an ihrem Entschlusse, den gegenwärtigen status quo in der Türkei aufrecht zu erhalten, solange fest, als die Umstände es gestatten, und enthalten sich, ausser im Falle vorangegangener Verständigung untereinander, jeder Einmischung im nahen Oriente. Sollten zwingende Umstände jedoch Österreich-Ungarn veranlassen, Bosnien und die Herzegovina zu annektieren, so würde die russische Regierung dieser Massnahme gegenüber eine wohlwollende und freundliche Haltung einnehmen. Dagegen würde sich das Wiener Kabinett

verpflichten, unmittelbar nach der Proklamation der Annexion seine Truppen aus dem Sandschak zurückzuziehen und endgiltig auf jede Annexion dieses Territoriums zu verzichten. Bezüglich der russischerseits aufgeworfenen Frage von Konstantinopel und dessen angrenzendem Gebiete sowie der Durchfahrt durch die Dardanellen erklärt sich das Wiener Kabinett vorkommenden Falles zu einem vertraulichen und freundschaftlichen Gedankenaustausche bereit. Dieses Memorandum sei von Herrn Iswolsky im allgemeinen freundlich aufgenommen worden. Redner werde nun demnächst in Buchlau mit dem russischen Minister des Äussern zusammen treffen und es werde sich dann Gelegenheit bieten, die Ansicht Herrn Iswolskys über die in dem österreichisch-ungarischen Memorandum enthaltenen Anregungen zu erfahren. Redner könne zwar keine absolute Sicherheit dafür geben, dass die von ihm in dem Memorandum vom 27. August niedergelegten Gesichtspunkte russischerseits angenommen werden, doch betrachte er das Petersburger Kabinett mit Rücksicht auf die in dessen Memorandum vom 6. Juli^{c)} gemachten Anerbietungen als bis zu einem gewissen Grade gebunden, weshalb Redner schon heute der Hoffnung Raum geben zu können glaube, dass von Russland bei der Annexion keine Schwierigkeiten zu erwarten sein werden. Redner kommt sodann auf seinen Besuch beim deutschen Staatssekretär von Schoen in Berchtesgaden^{d)} zu sprechen, welchem gegenüber er bemerkt habe, daß Österreich-Ungarn zwar an seiner konservativen Politik im nahen Oriente festhalte und den gegenwärtigen status quo aufrecht zu erhalten wünsche, dass aber immerhin Ereignisse zwingender Natur eintreten könnten, welche diese Absichten zu durchkreuzen geeignet wären und die Monarchie veranlassen könnten, unter Verzicht auf ihr Besatzungsrecht im Sandschak ihre Truppen von dort zurückzuziehen und zur Annexion Bosniens und der Herzegovina zu schreiten. Herr von Schoen habe für die schwierige Lage, welche für Österreich-Ungarn hinsichtlich der okkupierten Provinzen infolge der jungtürkischen Bewegung entstanden sei, volles Verständnis an den Tag gelegt und nur ein gewisses Erstaunen darüber gezeigt, dass Österreich-Ungarn in seinen Aspirationen auf türkisches Gebiet so massvoll und bescheiden sei. Die Monarchie werde — so habe Herr von Schoen hinzugefügt — für den Fall des Eintrittes der vom Redner angedeuteten Eventualitäten bestimmt auf die Unterstützung Deutschlands rechnen können. Redner führt sodann, auf seine kürzlich stattgehabte Begegnung mit dem italienischen Minister des Äussern^{e)} übergehend, aus, dass er demselben gegenüber betont habe, Österreich-Ungarn wünsche, was seine Politik der Türkei gegenüber betrifft, sich solange als möglich auf derselben Linie zu bewegen wie die übrigen Mächte, doch bestehe für die Monarchie eine besonders schwierige Lage nicht nur wegen ihrer geographischen Lage zur Türkei, sondern auch wegen der ihr durch den Berliner Vertrag hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina sowie des Sandschaks eingeräumten Rechte. Bosnien und die Herzegovina anlangend, könne wohl kein Zweifel bestehen, dass das Verbleiben Österreich-Ungarns in diesen Provinzen ein dauerndes sei und es nur von den Umständen abhängen werde, dass Österreich-Ungarn die Form seines Besitzes dortselbst in definitiver Weise regle. Herr Tittoni

habe auch keinen Anstand genommen, in positiver Weise zu erklären, dass Bosnien und die Herzegovina selbstverständlich Österreich-Ungarn gehören und die Monarchie in betreff des Rechtes auf diese Provinzen die Unterschrift Italiens habe. Auch habe Redner Herrn Tittoni gegenüber bei dieser Gelegenheit konstatieren zu sollen geglaubt, dass Österreich-Ungarn nach den Bestimmungen des vier Jahre nach der Okkupation Bosniens und der Herzegovina geschlossenen Dreibundvertrages im Falle der Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses dieser Provinzen keine Verpflichtung zur Gewährung von Kompensationen an Italien hätte. Bezüglich des Sandschaks habe Redner dem italienischen Minister des Äussern erklärt, dass er ebenso wie Graf Gołuchowski im Jahre 1904 das Recht Österreich-Ungarns, die Garnisonen dortselbst zu vermehren und auszudehnen, aufrecht erhalte, dass eine eventuelle Notwendigkeit hiezu jedoch keineswegs den Absichten des Wiener Kabinettes entsprechen würde. Redner habe übrigens Herrn Tittoni versprochen, in einem solchen Falle die italienische Regierung *préalablement* zu verständigen, um sie in die Lage zu versetzen, eine solche konservative Massnahme Österreich-Ungarns seinem Lande gegenüber zu erklären und zu verteidigen. Auch im Falle der Vornahme der Annexion werde Redner den italienischen Minister des Äussern, wenn auch nur kurz vorher, verständigen müssen, um denselben nicht in eine schwierige Lage seinem Parlamente gegenüber zu bringen. Im allgemeinen habe Redner aus seiner Unterredung mit dem italienischen Minister des Äussern die Überzeugung schöpfen können, dass von Seite Italiens in betreff der Annexion nichts ernstliches zu befürchten sein werde. Redner bemerkt noch weiters, daß die Absicht bestehe, dem Deutschen Kaiser, dem Kaiser von Russland und dem Könige von Italien durch eigenhändige Schreiben Seiner Majestät von der bevorstehenden Annexion Kenntnis zu geben, während dem Könige von England und dem Präsidenten der französischen Republik durch die k. und k. Botschafter in London und Paris in einer zu diesem Zwecke zu erbittenden Audienz die analoge Mitteilung gemacht werden solle. Redner teilt ferner mit, dass er auch versucht habe, sich darüber zu orientieren, wie sich die Türkei im Falle der Annexion verhalten und welchen Eindruck dieselbe dort machen würde und zwar habe er zu diesem Zwecke bei einer besonders markanten Persönlichkeit, wenngleich dieselbe zur Zeit nicht an der Spitze der Regierung stehe, Sondierungen vornehmen lassen. Diese Persönlichkeit sei der gewesene Grossvezier Ferid Pascha, bei welchem Markgraf Pallavicini in sehr vorsichtiger Weise die Eventualität der Räumung des Sandschaks angedeutet und dabei die Möglichkeit der Annexion Bosniens habe durchblicken lassen.^{f)} Ferid Pascha habe darauf mit der Bemerkung reagiert, dass die Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Truppen aus dem Sandschak in der Türkei sicherlich als eine grosse Konzession würde betrachtet werden; trotzdem aber müsse er dringend raten, im gegenwärtigen Momente bezüglich Bosniens und der Herzegovina nichts zu unternehmen, da es ja jetzt eigentlich keine Regierung in der Türkei gebe, mit der man über eine so wichtige Frage verhandeln könnte. Redner habe daraufhin den k. und k. Botschafter in Konstantinopel angewiesen, von weiteren diesfälligen Pourparlers mit Ferid Pascha abzusehen. Redner behalte sich

übrigens vor, knapp vor Proklamierung der Annexion neuerdings an den genannten türkischen Staatsmann heranzutreten. Die türkische Armee sei übrigens derzeit so desorganisiert, dass von der Türkei kaum mehr als ein Protest und allenfalls der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu befürchten sei. Nach erfolgter Annexion und nachdem der erste Lärm sich gelegt haben werde, würden dann aber die Beziehungen zur Türkei aller Voraussicht nach wieder wesentlich bessere werden als vor dem Abbruche, weil dann zwischen der Türkei und der Monarchie ein klares Verhältnis hergestellt sein werde.

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck richtet an den Vorsitzenden die Anfrage, ob es nicht doch ratsam wäre, knapp vor der Annexion direkt an den Sultan heranzutreten und ihm die Räumung des Sandschaks als Preis für seine Zustimmung zur Annexion anzubieten.

Der Vorsitzende führt demgegenüber aus, dass der k. und k. Botschafter in Konstantinopel anfänglich selbst Bedenken gegen die Vornahme der Annexion im gegenwärtigen Momente geltend gemacht habe,^{g)} seither aber seine Meinung geändert und sich dafür ausgesprochen habe, dass man diesfalls verblüffend wirken müsse. Für ein rasches Vorgehen sprächen auch Nachrichten, welche dem Redner erst ganz kürzlich zugekommen seien. So sei seitens des k. und k. Geschäftsträgers in Belgrad die Meldung eingelangt, dass das serbische Aktionskomitee „Slovenski Jug“^{h)} mit dem jungtürkischen Komitee zu dem Zwecke in Verbindung getreten sei, um in Bosnien eine aufständische Bewegung zu entfachen und auch in Kroatien zu hetzen und zu intriguierten. Auch machten sich mehrfache Anzeichen dafür bemerkbar, dass im Sandschak von Novibazar alle verlässlichen und der Monarchie wohlgesinnten alten türkischen Funktionäre nach und nach abberufen und durch serbenfreundliche Männer des neuen Regimes ersetzt werden, was die Gefahr eines Konfliktes mit den k. und k. Besatzungstruppen im Sandschak sehr wesentlich steigern. Man dürfe sich eben darüber keiner Täuschung hingeben, dass Serbien alle Hebel in Bewegung setze, um der Monarchie in Bosnien, Kroatien und Dalmatien Verlegenheiten zu bereiten, um eine den eigenen Aspirationen günstige Lage herbeizuführen. Es seien hauptsächlich drei Gründe, welche im gegenwärtigen Augenblicke für ein rasches Handeln sprächen: 1. die Gefahr, dass das im Laufe des November zusammentretende türkische Parlament einen Beschluß bezüglich Bosniens fasse, 2. die Gefahr, dass sich in Bosnien selbst eigenmächtig ein Parlament konstituiere, 3. dass jetzt noch der letzte Augenblick sei, wo die Monarchie aus eigenem, freien Entschlusse aus dem Sandschak herauskommen könne und wo ein solcher Entschluss noch einen mit Vorteil zu verwertenden Akt der Grossmut darstellen würde. Wenn dieser Moment versäumt werde, so würde leicht im Herbst oder Winter ein Incidenzfall im Sandschak eintreten, der nicht nur die Räumung desselben seitens der k. und k. Truppen verhindern, sondern die Monarchie nötigen würde, ihre Stellung dortselbst durch Mobilisierung des 15. Korps zu wahren.

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck ergreift hierauf das Wort, um dem gemeinsamen Finanzminister sowie dem Vorsitzenden für deren sehr eingehende Darlegungen zu danken und bemerkt, daß ein ihm

seitens des Letzteren mitgeteilter Bericht des Brigadekommandos in Plevljeⁱ⁾ über die dortige Lage tatsächlich grossen Eindruck auf ihn gemacht habe und er nunmehr selbst anerkennen müsse, dass die Situation dortselbst leicht einen sehr bedenklichen Charakter annehmen könnte. Redner müsse selbst zugeben, dass faktisch eine Zwangslage vorhanden sei, welche es im höchsten Grade wünschenswert erscheinen lasse, dem Zustande des Zweifels ein Ende zu machen. Was die diplomatische Vorbereitung betreffe, so habe Redner volles Vertrauen in den Vorsitzenden, welcher diesfalls ja auch die Verantwortung trage.

... Staatsrechtliche Vorbereitung der Annexion ...

Der Vorsitzende lässt weiters den Entwurf einer an die Pforte zu richtenden Note verlesen, womit die Konstantinopeler Konvention vom 21. April 1879 gekündigt und der Pforte eröffnet wird, dass die Monarchie hiemit wieder die Freiheit ihrer Entschliessungen hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina zurückerlangt hat.^{k)}

... Erörterungen staatsrechtlicher Natur ...

Der Vorsitzende bringt sodann die Frage der im Hinblick auf die bevorstehende Annexion zu treffenden militärischen Massnahmen zur Diskussion und ersucht den k. und k. Reichskriegsminister Feldzeugmeister Freiherrn von Schönaich, sich hierüber zu äussern, welcher zunächst daran erinnert, dass er bereits in der vorangegangenen gemeinsamen Ministerkonferenz die Verstärkung der in Bosnien und der Herzegovina dislozierten Truppen durch Erhöhung der Stände derselben sowie durch Zurückziehung der Gebirgsbrigade aus dem Sandschak als notwendig bezeichnet habe. Redner weist darauf hin, dass er keine gesetzliche Grundlage habe, um die erforderlichen Standeserhöhungen durch Einberufung von Ersatzreservisten zu bewerkstelligen und dass daher, nachdem auch eine Verschiebung von Truppenkörpern aus der Monarchie wegen deren gegenwärtigen geringen Ständen nicht tunlich sei, nichts übrig bleibe, als eine teilweise Mobilisierung zu verfügen, wodurch in der öffentlichen Meinung allerdings ein unangenehmer Eindruck hervorgerufen werden würde. Die Stärke der Truppen im Okkupationsgebiete und in Süddalmatien betrage zur Zeit einen Verpflegsstand von 26.000 Mann, wovon jedoch nur 20.000 Mann als Gefechtsstand in Rechnung gestellt werden könnten. Durch teilweise Mobilisierung des 15. Korps könnten diese 20.000 Mann auf einen Gefechtsstand von 64.000 Mann gebracht werden. Redner erinnert an die im Jahre 1878 gemachten üblen Erfahrungen, wo man anfänglich unterlassen habe, die nötigen militärischen Massnahmen zur Okkupation zu treffen und dann infolge der Ereignisse genötigt gewesen sei, weit grössere Massnahmen als die ursprünglich erforderlich gewesen zu treffen.

Der kgl. ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle erkundigt sich nach den Kosten, welche aus einer eventuellen Mobilisierung des 15. Korps erwachsen würden und wie lange die Mobilisierung würde aufrecht erhalten werden müssen.

Der k. und k. Reichskriegsminister Feldzeugmeister Freiherr von Schönaich beantwortete diese Anfrage dahin, dass die Mobilisierung im ersten Monate auf 48 Millionen, in jedem folgenden auf 6 Millionen zu

stehen kommen würde und dass man, wenn die Mobilisierung einmal verfügt sei, die Truppen wohl bis zum Frühjahr werde beisammen halten müssen, was einen Kostenaufwand von 100 Millionen verursachen würde.

Der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Beck bezeichnet es als in hohem Masse wünschenswert, dass, wenn irgend tunlich, die Mobilisierung wegen des schlechten Eindruckes auf das Ausland vermieden werde. Auch auf die politischen Kreise des Inlandes würde die Mobilisierung wegen der grossen Kosten und wegen der tiefgreifenden wirtschaftlichen Folgen einen äusserst ungünstigen Eindruck hervorbringen. Redner wäre daher dafür, dass man auch in dieser Beziehung den Eintritt einer Zwangslage abwarte, auf welche man sich dann nach Innen und nach Aussen würde berufen können.

Der Vorsitzende führt aus, dass die von dem Reichskriegsminister angeführten Reminiszenzen aus dem Jahre 1878 auf ihn einen starken Eindruck gemacht hätten. Immerhin würde Redner das Wort „Mobilisierung“ vorerst gerne vermieden sehen, wenn er auch der Ansicht sei, dass es bedenklich wäre, ohne irgendwelche besondere militärische Vorkehrungen dem Winter und Frühjahr entgegenzugehen. Sollte die Annexion zu irgend einer, wenn auch nicht bedeutenden aufständischen Bewegung Anlass geben, so würde dann die Mobilisierung den Mächten gegenüber gerechtfertigt erscheinen.

Der k. und k. Reichs-Finanzminister Freiherr von Burián spricht sich dahin aus, dass die a priori-Mobilisierung entschieden einen schlechten Eindruck hervorrufen und als Mangel an Vertrauen in die Bevölkerung ausgelegt werden würde. Es wäre nach Ansicht des Redners daher angezeigt, die Mobilisierung erst einige Tage, eventuell eine Woche, nach der Annexion anzuordnen, wenn man etwa sehen werde, dass die Sache nicht ganz ruhig abläuft, wodurch dann ein grosser moralischer Effekt erzielt werden würde. Redner möchte jedoch nochmals betonen, dass nach den Aussagen aller seiner Vertrauensmänner die Annexion, von allfälligen kleineren Demonstrationen abgesehen, anstandslos werde durchgeführt werden können.

Nachdem noch der k. k. Ministerpräsident sich der Ansicht des Vorredners angeschlossen hat, konkludiert der k. und k. Reichs-Kriegsminister Feldzeugmeister Freiherr von Schönaich dahin, dass man immerhin den Versuch machen könne, vorläufig ohne Mobilisierung auszukommen und diese erst dann eintreten zu lassen, wenn der Landeschef, welcher diesfalls bereits mit entsprechenden Instruktionen versehen sei, einen dahingehenden Antrag stellen würde.

Der Vorsitzende schliesst hierauf die Sitzung, indem er sich vorbehält, zur endgiltigen Bereinigung der heute noch offen gebliebenen Fragen in nächster Zeit nochmals eine gemeinsame Ministerkonferenz einzuberufen.

Aehrenthal. M. Gagern, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung: Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, 16. November 1908. Franz Joseph.

^{a)} Vgl. n. 40, 49, 88. — ^{b)} Die Teilnehmer an dem Ministerrat haben die Einsichtnahme in das Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt. — ^{c)} n. 9, übergeben 6. Juli. — ^{d)} Vgl. n. 71, 89. — ^{e)} Vgl. n. 67. — ^{f)} Vgl. n. 61. — ^{g)} n. 34, 62. — ^{h)} Diese Nachrichten beruhen wahrscheinlich auf den der Belgrader Gesandtschaft in die Hände gespielten apokryphen Dokumenten (vgl. n. 98 Anm. b). — ⁱ⁾ Vgl. n. 46. — ^{k)} Vgl. n. 81.

Nr. 76. Privatschreiben des St. Petersburger Botschafters; Karlsbad, 11. Sept. 1908.^{a)} Eigh. Ausfert.

Meinen gestrigen Telegrammen^{a)} will ich nachfolgende Zeilen betreffend das Reiseprogramm des Ministers anreihen. Das Projekt en passant Prag anzusehen, ist Anfangs fallen gelassen, schließlich wieder aufgenommen worden, doch will Iswolsky das strengste Incognito wahren, um sich Journalisten vom Leibe zu halten und politische Missdeutungen zu vermeiden. Das Hauptinteresse des Ministers bilden die Prager Privatpalais und will ihm Erwein Nostitz, mit welchem ich ihn hier bekannt machte, hiebei an die Hand gehen, vor Allem sein eigenes schönes Haus ihm persönlich zeigen. Der Aufenthalt Iswolskys in Prag, — von welchem ich Coudenhove bereits verständigte — wird übrigens ein zeitlich recht beschränkter sein, indem er Carlsbad Montag den 14. um 5 U. 32 Nachmittags verlassend, in Prag um 9 U. 30 Abends eintrifft und den nächstfolgenden Tag, Dienstag den 15. um 11 U. 25 Mittags weiterfährt, um in Brünn Nachmittags um 4 Uhr anzulangen. Von Brünn würde die Weiterreise auf der Bahn Brünn—Vlarapass mittels Separatzugs erfolgen bis zur Station Nemetitz (nicht Nemoschitz), welche circa 5 U. 30 Nachmittags erreicht würde. Dort möchten unsere Fahrgelegenheiten harren zur 3/4stündigen Waldfahrt nach Buchlau; Ankunft daselbst somit circa 7 Uhr Abends. Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir die Zeit Deines Eintreffens in Buchlau telegrafieren wolltest, da ich meine Rückreise dementsprechend einteile. König Eduard ist hier und in Marienbad allerdings öfters mit Iswolsky zusammengekommen, doch hatten diese Begegnungen, wenigstens ins solange ich hier anwesend war, keinen demonstrativen Charakter, sondern waren mehr die unvermeidliche Folge der unstillbaren Vergnügungssucht des königlichen Curgastes. Ich war zu diesen Zusammenkünften ausnahmslos gleichfalls zugezogen und konnte constatiren, dass dieselben auf das Interesse zurückzuführen waren, welches einige weibliche Badegäste der britischen Majestät entgegenbrachten und von Letzterer mit verschieden nuancirter Intensität erwidert wurde. Eine politische Aussprache scheint nur einmal erfolgt zu sein, als nämlich Iswolsky und Clémenceau — noch vor meiner Hieherkunft — von Hetedik Ede^{b)} zur Tafel nach Marienbad befohlen worden waren. Seither ist die Politik völlig in den Hintergrund getreten und hat die Erotik ausschließlich das Feld beherrscht.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 74, 77. — ^{b)} Eduard VII. (in ungarischer Sprache).

Nr. 77. Tel. in claris an den russischen Minister des Äußeren Iswolsky dz. in Karlsbad, 12. Sept. 1908 Nr. 558 C. d. M.^{a)} Konz. (S. u. G. Gagern).

Très heureux de Vous rencontrer chez Berchtold Vous informe que Wagon-Salon sera à Votre disposition le 14 à Karlsbad et train spécial le 15 à Brünn.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 76.

Nr. 78. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem serbischen Minister des Äußern Milovanović, 14. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. Gagern; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Bei dem Besuche, welchen mir Herr Milovanović, von Marienbad kommend, hier abstattete, wiederholte er zunächst die korrekten und freundschaftlichen Versicherungen, welche er bereits dem kaiserlichen und königlichen Gesandten sowie dem kaiserlichen und königlichen Geschäftsträger in Belgrad erteilt hatte. Es bilde seine hauptsächlichste Sorge, die Beziehungen zur Nachbar-Monarchie, welche unter dem früheren Regime zu wünschen übrig ließen, tatsächlich und dauernd zu bessern und vertrauensvoll zu gestalten, denn er sei überzeugt davon, daß Serbien nur durch eine Anlehnung an den mächtigen Nachbar seine Zukunft sichern könne; sich zu demselben in einen dauernden Gegensatz zu stellen, wäre geradezu wahnwitzig. Mein Mitredner deutete hier an, daß nach seiner Ansicht Serbien in einem solchen Falle Gefahr laufe, von der Landkarte ganz zu verschwinden. Herr Milovanović äußerte, daß er eher angenehm überrascht gewesen sei, bei der Durchbringung des Handelsvertrages mit der Monarchie^{b)} auf geringere Schwierigkeiten gestoßen zu sein, als er selbst erwartet hatte, darin sehe er einen Beweis, daß die Anschauung, welche er für die einzig vernünftige halte, doch auch im Lande immer weitere Kreise, wenn auch bloß allmählich zu gewinnen scheine. Andererseits könne man sich aber nicht verhehlen, daß die öffentliche Meinung in Serbien seit den erschütternden Ereignissen, welche den Dynastiewechsel begleiteten, sich noch immer in steter vibrierender Bewegung befinde. Dies erkläre manche Erscheinungen im öffentlichen Leben des Königreiches, welche im Auslande manchmal vielleicht übertrieben oder mißdeutet werden. Herr Milovanović schloß seine Ausführungen mit der Bitte, ihm Kredit zu gewähren, damit er seine Absichten in Bezug auf die Beziehungen zur Monarchie ausführen könne. Ich erwiderte dem Herrn serbischen Minister des Äußern zunächst, daß es auch mein Bestreben sei, gute Beziehungen zu Serbien zu unterhalten, einen vollen Beweis für diese wohlwollende Gesinnung Serbien gegenüber hätte ich durch meine Haltung in Angelegenheit des Handelsvertrages erbracht. Die Versicherungen des Herrn Ministers, daß er bestrebt sein werde, die unter dem früheren Regime nicht ganz befriedigenden Beziehungen mit uns zu bessern, nähme ich gerne entgegen, die jetzige Regierung im Königreiche sei jedoch erst so kurze Zeit im Amte, daß ich mit meinem Urteile über die Wirkung des Regierungswechsels zurückhalten und mir einige Skepsis auferlegen müsse. Ich könnte aber nur ganz offen mich dahin aussprechen, daß die Politik des früheren Kabinettes eine halsbrecherische genannt werden müsse. Dieselbe habe Serbien so ziemlich mit sämtlichen Nachbarn verfeindet, was speziell die Monarchie betreffe, sei ein Zweifel darüber nicht möglich, daß jenes Kabinett jede feindselige Agitation gegen uns begünstigt und geschürt habe. Eine solche Haltung dem Nachbarreiche gegenüber könne für uns zwar unangenehm sein, für Serbien aber dürfte sie als geradezu gefährlich bezeichnet werden. Es schiene mir daher ein gründliches examen de conscience und eine Umkehr in erster Linie für Serbien selbst höchst angezeigt. Die Versicherungen, die in dieser Beziehung vom Herrn Minister

mir eben erteilt worden seien, wären ja an sich sehr erfreuliche; allein ich könnte nicht umhin, mich daran zu erinnern, daß ich dieselben Beteuerungen fast mit denselben Worten an derselben Stelle seinerzeit auch von dem Vorgänger des Herrn Ministers gehört hatte. Es sei also wohl begreiflich und gerechtfertigt, wenn wir uns auf bloße Worte nicht mehr verlassen könnten, sondern Taten verlangen müßten. Da Herr Milovanović erwähnte, daß ihm Herr Iswolsky eine rückhaltlose Aussprache mit mir dringend ans Herz gelegt habe, benützte ich diesen Anlaß, um meinem Mitredner gegenüber nachdrücklich festzustellen, daß die Nebel, welche eine kurze Zeit zwischen hier und Petersburg lagerten, zerstreut seien und daß eine volle Übereinstimmung der Anschauungen zwischen den beiden Kabinetten hinsichtlich des nahen Orientes wieder hergestellt sei. Meine Unterredung mit Herrn Milovanović wickelte sich übrigens ganz glatt und in angenehmer Form ab.

a) Vgl. n. 79. — b) Vgl. n. 44.

Nr. 79. Aufzeichnung über eine am 16. Sept. 1908 in Buchlau geführte Unterredung mit dem russischen Minister des Äußern Iswolsky, ohne Datum. a) Amtliche Abschrift (Konzept laut Amtsvermerk nicht in das Archiv gelangt).

Der Beginn unserer mehrstündigen Besprechungen in Buchlau war eine sehr ausführliche, wenn auch in ruhigem und versöhnlichem Tone vorgebrachte Rekrimation Herrn Iswolskys betreffs der Vergangenheit, mit der Tendenz, mir die Schuld an dem Bruche der Entente und daran zuzuschreiben, daß Rußland genötigt gewesen sei, eine Annäherung an England zu suchen.

Ich habe die oratorischen Leistungen meines sprachgewandten Kollegen durch anderthalb Stunden über mich ergehen lassen, dann aber durch einige in energischem Tone vorgebrachte Bemerkungen Herrn Iswolsky zu verstehen gegeben, daß ich es für vollkommen überflüssig hielte, die alten Mißverständnisse wieder hervorzuzerren, daß es ihm aber im übrigen nicht gelungen sei, mich von der Notwendigkeit seiner Aktion in diesem Winter und ebensowenig davon zu überzeugen, daß es erforderlich gewesen wäre, sich von uns zu trennen und in das englische Fahrwasser einzulenken; ich habe hinzugefügt, daß nicht nur ich, sondern die ganze öffentliche Meinung der Monarchie mit Befremdung und Verstimmung gesehen hätten, wie Rußland, welches während des japanischen Krieges und der inneren Revolution an Österreich-Ungarn einen treuen Freund und Nachbar besessen hätte, der es ihm möglich gemacht habe, sich ungestört mit dem äußeren Gegner abzufinden, diesem selben Österreich-Ungarn mit leidenschaftlicher Gegnerschaft begegnet wäre, bei dem ersten Versuche, seine selbstverständlichen wirtschaftlichen Interessen sich zu sichern.

Meine deutliche Sprache ist nicht ohne Eindruck auf Herrn Iswolsky geblieben; er ließ die retrospektiven Betrachtungen fallen; wir wandten uns der Gegenwart zu und besprachen an der Hand des Memoires vom 27. August l. Js. die einzelnen Punkte desselben.

Die Ergebnisse, zu denen wir gelangten, waren die folgenden:

Bezüglich der Frage der Eisenbahnen ist Herr Iswolsky mit unserer Redaktion vollkommen einverstanden: Die beiden Kabinette werden den Bahnprojekten gegenüber, die das eine, beziehungsweise das andere, interessieren, eine sympathische Haltung einnehmen. Was die dalmatinische Linie anbelangt, die wir unter dem Begriffe des „statu quo actuel“ auf dem Gebiete der Bahnbauten aufgenommen wissen wollen, hat Herr Iswolsky um eine Aufklärung gebeten; er hat mir eine vielleicht aus älterer Zeit stammende Information aus Cetinje vorgelesen, in welcher unser Petit so formuliert erscheint, als ob es sich darum handle, auf montenegrinischem Territorium eine österreichische Bahn zu bauen, die sich in österreichischer Verwaltung befinden und mit einem österreichischen Beamtenapparate versehen sein würde. Ich habe Herrn Iswolsky bemerkt, daß hier ein Mißverständnis vorliegen müsse. Der Berliner Vertrag hat ein Stück Montenegro zwischen Dalmatien und die Türkei gelegt und uns gleichzeitig das Recht gesichert, quer durch dieses neue Stück montenegrinischen Territoriums eine Verbindung mit der Türkei herzustellen. Um diese Verbindung durch Montenegro handle es sich uns. Im übrigen sei es schließlich gleichgiltig und für uns ohne besondere Bedeutung, ob diese Querbahn von Montenegro selbst oder ebenso mit unserer Beihilfe gebaut würde, wie die Linie Antivari—Virpazar mit italienischer Unterstützung. Ich habe Herrn Iswolsky zugesagt, daß ich ihm eine französische Formulierung dieses unseres Standpunktes noch nach Tegernsee zukommen lassen wolle und ausdrücklich bemerkt, daß es sich uns nicht um eine Unterstützung unseres Petites in Cetinje, sondern höchstens darum handle, daß man russischerseits dort zu verstehen gebe, man halte unsere Interpretation des Artikels XXIX des Berliner Vertrages für die richtige.

Herr Iswolsky hat auch die politischen Schlußfolgerungen des Memoires vom 27. August l. Js. angenommen und als den Interessen Rußlands entsprechend anerkannt. Was die Annexion Bosniens und der Herzegovina anbetrifft, versuchte Herr Iswolsky zuerst, sich hinter der seinerzeitigen Murawieff'schen Formel^{b)} zu verschanzen; er hat aber auf meinen Hinweis, ich könne mich mit einer solchen Antwort nicht begnügen und es sei hoch an der Zeit, daß Rußland zu dieser schon so oft ventilirten Frage endlich definitiv Stellung nehme, kein Bedenken getragen, mir zu erklären, daß Rußland, wenn wir gezwungen sein würden, zur Annexion zu schreiten, diesem Geschehnisse gegenüber eine freundschaftliche und wohlwollende Haltung einnehmen würde. Der Herr russische Minister hat gleichzeitig die große Mäßigung und Zurückhaltung anerkannt, die in unserem Verzicht auf den Sandschak zum Ausdruck komme, und der Meinung Raum gegeben, daß das fait accompli der Annexion durch die zur selben Zeit erfolgende Zurückziehung unserer Truppen aus dem Sandschak jedenfalls in einem milderen Lichte erscheinen würde.

Indem er sich über diesen Gegenstand des weiteren ausließ, bemerkte Herr Iswolsky, daß er die Konsolidierung des Besitzstandes der Monarchie, die durch die Annexion Bosniens und der Herzegovina erfolgen würde, keineswegs mit Mißtrauen betrachte; er dürfe aber bei seiner Zustimmung

die speziellen russischen Interessen nicht aus dem Auge verlieren und müsse auch die Wirkungen erwägen, die die von uns herbeizuführende Modifikation des Berliner Vertrages auf die Balkanstaaten und die allgemeine Lage in der Türkei ausüben würde.

Die russischen Interessen anlangend, formulierte Herr Iswolsky die ihm schon lange am Herzen liegenden Wünsche bezüglich einer Durchfahrt russischer Kriegsfahrzeuge durch die Meerengen. Er begann mit einer Wiederholung der seitens russischer Staatsmänner schon bei früheren Anlässen des öfteren abgegebenen Erklärung, daß Rußland territoriale Erwerbungen weder in Konstantinopel noch um Konstantinopel im Auge habe. Bei der von ihm beabsichtigten Modifikation des Vertragsrechtes handle es sich ihm eigentlich um eine akademische Bestimmung, die Rußland die Möglichkeit bieten solle, seine verschiedenen Eskadren, statt durch kostspielige Schiffsbauten, aus dem Reservoir der Schwarzen Meer-Flotte zu verstärken. In diesem Sinne würde es sich ihm um unsere Zustimmung zu einer Formulierung handeln, die beiläufig den folgenden Wortlaut haben könnte:

„L'Autriche-Hongrie donne l'assurance d'observer une attitude bienveillante et amicale dans le cas où la Russie se verrait amenée par ses intérêts à faire des démarches pour obtenir le libre passage à travers les Dardanelles de bateaux de guerre Russes isolés. Il est bien entendu que cette modification des droits existants ne doit pas porter atteinte à l'indépendance et à la sécurité de la Capitale Ottomane et que cette même facilité ne pourrait être refusée aux autres Etats riverains de la Mer Noire.“

Ich habe Herrn Iswolsky erwidert, daß es uns darum zu tun sei, ein Terrain politischer Verständigung mit Rußland auch für die Zukunft vorzubereiten. Wir seien daher auch in dieser Frage zu einem freundschaftlichen Entgegenkommen bereit und ich könnte ihm in Aussicht stellen, daß wir willens seien, seine Formulierung zu akzeptieren, wenn Rußland uns inzwischen, im Momente der Annexion Bosniens und der Herzegovina, eine wohlwollende und freundschaftliche Haltung bewiesen haben würde. Die Lösung der Frage müsse jedenfalls in dem Sinne erfolgen, daß die Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe nur einzeln und nicht eskadrenweise vorgesehen werde, daß der türkische Besitz Konstantinopels unangetastet bleibe und die Sicherheit und Unabhängigkeit der türkischen Hauptstadt nicht bedroht werde. Herr Iswolsky war sehr erfreut über die Zustimmung, die ich ihm unsererseits zu seiner Formulierung in Aussicht stellte und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen würde, eine Redaktion zu finden, die auch von den anderen interessierten Faktoren akzeptiert werden könnte. Meine Frage, ob er auch das englische Kabinett bereits sondiert habe, verneinte der Herr russische Minister und bemerkte, daß ihm die schwierige Aufgabe, das Kabinett von St. James zu gewinnen, noch bevorstünde. Da Englands Interesse an der Meerengen-Frage in den letzten Jahren ein wesentlich geringeres geworden sei, hoffe er übrigens auch in London auf ein günstiges Resultat.

Auf die Frage übergehend, welche Rückwirkung die Annexion der okkupierten Provinzen auf die einzelnen Balkanstaaten und auf die Lage

der Türkei im allgemeinen ausüben würde, hob Herr Iswolsky hervor, daß wir, seiner Ansicht nach, trotz der Aufgabe des Sandschaks auf eine starke Erregung in den verschiedenen Balkanzentren und vielleicht auf weitgehende Entschließungen der betreffenden Balkanregierungen gefaßt sein müßten. Als wir diese Seite des Problems ventilierten, stimmten wir darin überein, daß sich als mögliche Folgen der Annexion Bosniens die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die definitive Angliederung Kretas an Griechenland ergeben würden. Wir begegneten uns in der Anschauung, daß wir diesen Neuordnungen rein formellen Charakters, durch welche die faktischen Machtverhältnisse nicht modifiziert würden, kein Hindernis in den Weg legen wollten, daß wir hingegen unsere Bemühungen darauf richten müßten, neue territoriale Erwerbungen der einzelnen Balkanstaaten auf Kosten der Türkei zu verhindern, da es unser gemeinsames Interesse sei, das ottomanische Reich so lange als möglich in seiner gegenwärtigen Gestalt zu erhalten.

Nicht so glatt wie bezüglich Bulgariens und Griechenlands vollzog sich unsere Besprechung der Serbien und Montenegro etwa zu gewährenden Konzessionen. Herr Iswolsky brachte hier die merkwürdige Anregung vor, daß es sich vielleicht empfehlen dürfte, diese beiden Staaten durch auf unsere Kosten erfolgende Grenzregulierungen für die Tatsache der Annexion günstig zu stimmen. Ich bin dieser eigentümlichen Zumutung mit großer Entschiedenheit entgegengetreten und habe Herrn Iswolsky erklärt, daß von einer solchen Kombination nicht die Rede sein könne; es sei ganz ausgeschlossen, daß die Monarchie mit irgend einem Balkanstaate über die Zession auch nur eines Kilometers verhandle; ganz besonders treffe dies aber auf Serbien zu, das uns gegenüber eine perfide und unterwühlende Politik betreibe. Was Herr Iswolsky hier tun könnte, sei, die serbischen Kreise durch den Hinweis zu trösten, daß sich das Königreich — wenn es jetzt korrekt bleibe — seinerzeit, wenn sich größere Veränderungen auf der Balkanhalbinsel ergeben würden, schadlos halten könnte und daß dann auch Österreich-Ungarn sich einer territorialen Vergrößerung Serbiens nach dem Süden nicht entgegenstellen würde.

Als Herr Iswolsky mir für dieses Entgegenkommen seinen Dank aussprach, bemerkte ich noch kurz, daß man Serbien eventuell eine äußerliche Satisfaktion dadurch zuteil werden lassen könne, daß man einen Vertreter des Königreiches als Donau-Uferstaat ebenso wie einen solchen Bulgariens in die europäische Donau-Kommission einberufe.

Bezüglich Montenegros machte mich Herr Iswolsky darauf aufmerksam, der Artikel XXIX des Berliner Vertrages enthalte neben der Bestimmung unseres Baurechtes noch einige andere Restriktionen der montenegrinischen Souverainität, die dort sehr peinlich empfunden würden. Montenegro dürfe keine Kriegsflagge führen und keine Kriegsfahrzeuge besitzen, der Hafen von Antivari müsse fremden Kriegsschiffen verschlossen bleiben, Befestigungen dürften keine errichtet werden und die Ausübung der See- und Sanitäts-Polizei stehe Österreich-Ungarn zu. Er rege nun die Frage an, ob wir uns nicht mit der Erwägung beschäftigen könnten, wenigstens einzelne dieser internationalen Servitute fallen zu lassen. Von dem Gedanken

ausgehend, daß wir durch die von uns selbständig vorgenommene Annexion Bosniens und der Herzegovina eine Bestimmung des Berliner Vertrages gewissermaßen in autoritärer Weise selbst weiter entwickeln, nahm ich die Anregung des russischen Ministers ad referendum, bemerkte aber sofort in nachdrücklicher Weise, daß Österreich-Ungarn niemals in der Lage sein würde, Montenegro die Herstellung von Küstenbefestigungen oder gar die Anlage eines Kriegshafens zuzugestehen; wir hätten gewiß keine Furcht vor Montenegro, aber müßten verhindern, daß montenegrinische Häfen jemals zu Stützpunkten fremder Flotten werden könnten und unsere Politik müßte mit der größten Wachsamkeit darauf gerichtet sein, uns die Freiheit der Adria und die Verbindung mit dem Mittelmeere zu erhalten.

Herr Iswolsky schien eher an die Möglichkeit zu glauben, daß die eben besprochenen eventuellen Modifikationen des Berliner Vertrages von der Pforte ohne einen energischen Widerstand hingenommen werden würden und rechnet damit, durch Verhandlungen mit der Pforte und mit den Kabinetten eine diese Modifikationen sanktionierende Revision des Berliner Vertrages herbeiführen zu können. Er frug mich um meine Ansicht über die technische Durchführung seines Gedankens. Ich sprach mich dahin aus, daß die Grundzüge der Revision jedenfalls im Wege von Verhandlungen zwischen den Kabinetten festgelegt werden müßten — Verhandlungen, bei denen natürlich von Bosnien und der Hercegovina nicht mehr die Rede sein dürfe. Eine Schlußkonferenz behufs Finalisierung der Abmachungen schiene mir allerdings unvermeidlich und da es mit Rücksicht auf die Suszeptibilität der einzelnen Mächte wohl nicht tunlich sei, dieselbe in einer der europäischen Kapitalen tagen zu lassen, dürfte es sich wohl empfehlen, auf die Botschafter-Konferenz in Konstantinopel zurückzugreifen. Wie ich bemerkte, ist Herrn Iswolsky die Idee einer Konferenz in Konstantinopel nicht sehr sympathisch.

Gelegentlich der Besprechung der Situation in der Türkei erwähnte der Herr russische Minister auch die Anregung Herrn Tittoni's, die Mächte sollten im Falle einer allgemeinen Bedrohung der Christen in der europäischen Türkei nicht einzeln, sondern nur in ihrer Gesamtheit intervenieren. Diese Kollektiv-Intervention würde ungefähr so wie jene erfolgen, die im Jahre 1896 vorbereitet war. Damals hätte sich eine internationale Flotte, in welche jede der Großmächte zwei Schiffe entsendete, in der Nähe der Meerengen versammelt; Rußland habe sich bei dieser Gelegenheit vorbehalten, ein Pfand-Objekt am Schwarzen Meere für den Fall in Besitz zu nehmen, als es zu einer Verletzung der Meerengen-Verträge kommen sollte, und dieses Pfand solange im Besitze zu behalten, als fremde Kriegsschiffe sich in den Dardanellen befänden.

Ich habe mich zu dieser Mitteilung Herrn Iswolsky's völlig passiv verhalten.

Wenn wir auch — Herr Iswolsky und ich — die Hauptpunkte des von uns abzuschließenden Arrangements erschöpfend besprachen, kamen wir doch überein, daß Herr Iswolsky es übernehmen würde, die Konklusionen, zu denen wir gelangten, in großen Zügen zu Papier zu bringen; der Herr russische Minister wird mir diese Redaktion tunlichst bald übermitteln.

Auf die Frage, die Herr Iswolsky schließlich noch stellte, nämlich, wann wir wohl den Moment für gekommen erachteten, die Annexion von Bosnien und der Herzegovina auszusprechen, antwortete ich ihm, daß es da zunächst darauf ankommen dürfte, wie die Berichte aus Sarajevo und Plevlje lauten würden. Es sei aber sehr leicht möglich, daß die Annexion schon in den ersten Oktobertagen, knapp vor Zusammentritt der Delegationen, ausgesprochen würde. Als Herr Iswolsky bemerkte, daß es ihm lieber gewesen wäre, wenn dieses Ereignis sich erst nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg — Mitte Oktober l. Js. — abgespielt hätte, weil er dann in der Lage gewesen wäre, die Orientierung der russischen öffentlichen Meinung selbst zu übernehmen, stand ich nicht an zu erklären, daß es auch mir viel lieber gewesen wäre, wenn sich Herr Iswolsky im Momente der Annexion in St. Petersburg hätte befinden können, daß wir aber vor einer Zwangslage stünden und daß ich daher, wie gesagt, nicht dafür einstehen könnte, daß die Annexion nicht schon vor den Delegationen vor sich gehen würde; jedenfalls würde er von mir eine vorherige rechtzeitige Verständigung erhalten.

Als wir diesen Teil unserer Unterredung, der sich auf die zwischen Österreich-Ungarn und Rußland pendenten Fragen bezog, abgeschlossen hatten, ging Herr Iswolsky, indem er mit großer Befriedigung das günstige Resultat unserer Aussprache hervorhob, zu einer Würdigung der politischen Verhältnisse Europas im allgemeinen über.

Der Herr russische Minister betonte zunächst mit Emphase, Rußland sei zumindest für die nächsten zwanzig Jahre auf eine Friedenspolitik im eminenten Sinne angewiesen und seine Rolle könne daher nur in der eines beruhigenden Vermittlers in allen europäischen und außereuropäischen Fragen bestehen. Herr Iswolsky versicherte, daß er nur notgedrungen die Beziehungen Rußlands zu England in Reval weiter entwickelt habe; über die beiden bestehenden Ententen bezüglich Persiens und Zentralasiens hinauszugehen, lag absolut nicht im Interesse Rußlands, dasselbe habe auch keinerlei weitere Engagements.

Sorgen bereite ihm das Verhältnis zu Deutschland. Sicherlich wünsche nicht nur er, sondern der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung Rußlands, in Frieden und Eintracht mit dem mächtigen Nachbar zu leben. Es gebe aber in der Berliner Politik Unstimmigkeiten, die nur zu oft ihre störende Wirkung ausüben. Trotzdem er beispielsweise das englische Anerbieten, den accord über Persien auch auf den persischen Golf auszu dehnen, abgelehnt und von dieser Ablehnung das Berliner Kabinett unter Betonung der Rücksichtnahme auf die deutschen Interessen loyal verständigt habe, fahre man deutscherseits fort, in Persien gegen Rußland zu schüren. Auch die jüngste Initiative Deutschlands in der Marokko-Frage könne er nicht verstehen und müsse sie mißbilligen, weil sie irritierend auf Frankreich wirke. Mit Clémenceau habe er sehr eingehende Besprechungen gepflogen und den französischen Staatsmann als einen sehr ruhig und nüchtern denkenden Politiker befunden, der durchaus bereit wäre, die Politik der gegenseitigen Nadelstiche in der marokkanischen Frage aufzugeben. Wie Herr Iswolsky mir mitteilte, beurteilt Clémenceau das Verhältnis zwischen Deutschland und England mit großem Pessimismus und

ist überzeugt, daß dasselbe zum Kriege führen werde. Clémenceau hege weiters die Besorgnis, im Augenblicke eines Konfliktes mit England werde Deutschland irgend einen Vorwand benützen, um über Frankreich herzufallen. Der französische Staatsmann perhorresziert daher jedes engere Bündnis mit England, durch das Frankreich in den deutsch-englischen Gegensatz hineingezogen werden könnte.

Ich habe zu Herrn Iswolsky bemerkt, daß ich seine pessimistische Beurteilung des Verhältnisses zwischen Deutschland und England bis zu einem gewissen Grade teilte. Den eigentlichen Grund dieser unerfreulichen Tatsache fände ich darin, daß England erst auf dem Wege von Konferenzen, dann auf jenem von direkten Verhandlungen von Deutschland zu erlangen trachtete, daß es ein langsames Tempo in der Ausgestaltung seiner Flotte einschlage. England wolle sich auf dem two powers-standard erhalten, schließe Ententen mit Frankreich und Rußland ab und verlange von Deutschland die Anerkennung der britischen Superiorität zur See. Daß auf diesem Wege eine Besserung des Verhältnisses beider Staaten nicht zu erreichen sei, sei wohl selbstverständlich und ich hätte mit dieser meiner Meinung auch gegenüber Sir Charles Hardinge in Ischl^{c)} nicht zurückgehalten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 78, 80, 81, 82, 86, 87, 89, 132, 143, 154, 159, 179, 196, 230, 281, 326, 337, 371, 386, 388, 463, 517, 518, 626, 705, 990, 1068, 2403, 3235. — ^{b)} Pribram, a. a. O. I 82; Martens N. R. G. 3. S. X 67. — ^{c)} Vgl. n. 36, 55.

Nr. 80. Meldung an den Kaiser, 17. Sept. 1908.^{a)} Eigh. Ausfert.^{b)}

Ich melde gehorsamst, dass die gestrige Besprechung in Buchlau ein befriedigendes Ergebniss geliefert hat. Herr Iswolsky anerkennt die Zwangslage, in welcher sich die Monarchie befindet und hat sich im Prinzipie einverstanden erklärt, im Falle der Annexion eine freundschaftliche Haltung zu beobachten. Als Aequivalent regte der russische Minister, eine gleiche Haltung Oesterreich-Ungarns an, wenn Russland eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen über die Durchfahrt durch die Meerengen vorschlagen sollte. Ich habe ihm dies, gleichfalls nur im Prinzip, in Aussicht gestellt. Die detaillirte Aufzeichnung über die Bestimmungen des abzuschliessenden Arrangements hoffe ich, Euer Majestät, in der allernächsten Zeit unterbreiten zu können. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 79. — ^{b)} Im Archiv der Kabinettskanzlei.

Nr. 81. Privatschreiben nach Konstantinopel, 18. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Geheim. Deine beiden interessanten Telegramme vom 31. v. M. und 2. d. M. Nr. 297 und 302 sowie Dein freundliches Privatschreiben vom 2. d. enthalten einen vollkommenen Aufschluß über die Fragen, welche ich an Dich in den wichtigen Belangen gerichtet hatte, die mich jetzt beschäftigen. Deine Bemerkungen und die vorsichtige, von Dir bei Ferid Pascha vorgenommene Sondirung bestärkten mich in der Auffassung, dass an Verhandlungen in Constantinopel über Bosnien jetzt gar nicht gedacht werden könnte. Weitere Versuche oder Sondirungen wären daher zwecklos und bedenklich und ich habe Dich daher mit meinem Telegramme vom

6. No. 157 ersucht, davon abzusehen. Mit unserer Action zu warten, bis in Constantinopel eine Regierung ans Ruder käme, mit der Verhandlungen gepflogen werden könnten, wäre eine unsichere Perspective und auch mit Rücksicht auf die andern in Betracht kommenden Umstände nicht thunlich. Wie ich Dir streng geheim mittheilen kann, ist, besonders durch meine Aussprache mit Iswolsky,^{b)} die Action diplomatisch, so weit dies möglich ist, vorbereitet und soll in den ersten October-Tagen vor sich gehen. Formell^{c)} stelle ich mir dieselbe so vor, dass wir der Pforte die mit ihr abgeschlossene Constantinopler Convention vom 21. April 1879^{d)} mittelst Note kündigen und ihr in derselben mittheilen, dass wir unsere Truppen aus dem Sandschak zurückziehen und bezüglich der occupirten Provinzen unsere volle Actionsfreiheit wiedernehmen. Von dieser Kündigung der besagten Convention würden wir die Signatarmächte in Kenntniss setzen. Diese Methode bietet den Vortheil, dass wir nicht erst die formelle Zustimmung der Mächte einzuholen brauchen. Eventuellen Einwendungen gegenüber würden wir unsere Auffassung dahin formuliren, dass unser Vorgehen zwar im Berliner Verträge nicht stipulirt ist, dem Wortlaute und Geiste desselben aber nicht widerspricht. Die Proclamirung der Annexion respective die Evacuation des Sandschak würde gleichzeitig mit diesen formellen, diplomatischen Mittheilungen erfolgen. Die für Constantinopel bestimmten Instructionen werden zeitgerecht von hier abgehen. Für heute möchte ich aber im Zusammenhange mit dem Vorhergehenden eine Frage berühren, die Deine Person betrifft. Ist es opportun oder nicht, dass Du im Momente der Annexionserklärung in Constantinopel seist? Die Misstimmung und Erregung, die zweifellos entstehen wird — wenn ich auch hoffe, dass sie durch das gleichzeitige Aufgeben des Sandschak wesentlich gemildert sein wird — dürfte sich wohl weniger gegen Dich als gegen mich richten. Vielleicht würdest Du auch Mittel und Wege finden, um einigermaßen aufklärend und beruhigend einzuwirken, wenn dies auch in einem solchen Momente ziemlich erschwert sein dürfte. Diesem möglichen Nutzen Deiner Anwesenheit in Constantinopel stehen andere Erwägungen gegenüber. Dass man so weit gienge, Dir etwa die Reisepässe zuzustellen, ist wohl als unwahrscheinlich zu bezeichnen; ist diese Eventualität aber unter dem neuen Regime ganz ausgeschlossen? Abgesehen von diesem extremen Falle aber frage ich mich, ob nicht Deine zukünftige Stellung in Constantinopel darunter leiden könnte, dass Du in dieser difficilen Periode dort seiest und die Geschäfte führest? Dies wäre mir sehr unerwünscht, da ich ja grosses Gewicht darauf lege, dass uns Deine werthvolle Kraft und Mitarbeit gerade dort erhalten bleibe. Zweifelsohne wirst Du selbst an Ort und Stelle am Besten das Gefühl haben, welcher der beiden Alternativen der Vorzug zu geben ist. Ich bitte Dich daher, mir Deine Auffassung mitzutheilen und zwar, da die Zeit drängt und es wohl nicht angienge, dass Du erst knapp vor der Annexionserklärung von Constantinopel abreisest, ersuche ich Dich um eine kurze telegraphische Mittheilung. Dein Urlaubsansuchen hast Du in Deinem letzten Schreiben bereits selbst von der Frage unserer Action abhängig gemacht.

a) Vgl. n. 60, 83, 85. — b) Vgl. n. 79. — c) Vgl. n. 75 Anm. k. — d) Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 316 Nr. 4192.

Nr. 82. Privatschreiben an den russischen Minister des Äußern Iswolsky in Tegernsee, 21. Sept. 1908 Nr. 1766 (abgesendet im Wege der Wiener russischen Botschaft 21. Sept.).^{a)} Konz. (S. Khuen; G. Musulin).

Lors de notre dernier entretien à Buchlaub^{b)} nous avons parlé entre autres de la ligne dalmatique que nous désirons continuer sur territoire monténégrin jusqu' à la frontière turque et je vous ai promis de vous faire parvenir la rédaction d'une formule dans laquelle notre point de vue se trouverait exposé. Cette rédaction serait la suivante: „Le traité de Berlin ayant séparé la Dalmatie de la Turquie par une bande de territoire monténégrin, il nous a en même temps concédé le droit d'établir à travers le nouveau littoral monténégrin une voie ferrée pour nous garantir la libre communication de la Dalmatie avec l'Empire Ottoman. Il s'agit donc pour la Monarchie de la construction d'un chemin de fer à travers le littoral monténégrin, ce chemin de fer fût il construit par le Monténégro seul ou avec l'assistance de l'Autriche-Hongrie. La Russie voudra bien faire comprendre à Cetigné qu'elle considère l'interprétation ci-dessus exposée comme conforme à l'esprit du traité de Berlin.“ J'espère, mon cher Collègue, que vous serez bientôt à même de me faire parvenir la rédaction de notre arrangement à Buchlau sur la ligne politique à suivre d'un commun accord dans les affaires de la Péninsule Balkanique. Quant à la question de la Bosnie et l'Herzégovine je ne suis pas encore à même de vous donner des informations sur la date précise à laquelle nous procéderons à l'annexion de ces Provinces. Vous pouvez cependant compter sur ma promesse de vous avertir de ce fait un moment plus tôt.

^{a)} Vgl. n. 86. — ^{b)} Vgl. n. 79.

Nr. 83. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Sept. 1908 Nr. 337 bis (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng geheim. Erhalten Euer Excellenz streng geheimes Privatschreiben vom 18. d. M. Nach reiflicher Ueberlegung aller Umstände glaube ich mich dahin aussprechen zu sollen, dass es mir nicht angezeigt erscheinen würde, bei der Durchführung der ins Auge gefassten Aktion nicht gegenwärtig zu sein. Es könnte dies hier als Furcht vor den möglichen Konsequenzen ausgelegt werden, was den Eindruck erwecken würde, dass wir selbst das Gefühl haben, im Unrechte zu sein. Bezüglich der an die Pforte zu richtenden Note möchte ich mir erlauben, folgendes vorzuschlagen. Die Zurückziehung unserer Garnison aus dem Sandjak wäre meiner Meinung nach in den Vordergrund zu stellen als ein Beweis unseres vollen Vertrauens in die neue Aera sowie in die Macht der Türkei, unter den neuen Verhältnissen den status quo selbst aufrechtzuerhalten. Ferner müsste klar ausgesprochen werden, dass wir auf sämtliche übrigen Rechte, die hinsichtlich des Sandjaks sich aus dem Berliner Verträge ergeben — also auch auf das Recht des Baues von militärischen und kommerziellen Kommunikationen — verzichten. An dieses Präludium hätte sich dann meiner Auffassung nach die ausdrückliche Erklärung zu schliessen, dass wir die okkupierten Provinzen annektiert haben, denn nur durch so eine Erklärung wäre das „fait accompli“,

welches Euer Excellenz vorzuschweben scheint, geschaffen. Ich glaube nämlich, dass man sich hier mit einer fertigen Tatsache noch am leichtesten abfinden wird. Privatschreiben folgt mit morgen per Orient-Express abgehenden Kurier.^{a)}
Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 85, 90, 99.

Nr. 84. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 23. Sept. 1908 ohne Nummer (chiffr. 2 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Zu Euer Excellenz Information: Ich habe gestern in Wien Ahmed Riza Bey, der nach Constantinopel reist, empfangen. Seine Darlegungen gipfelten in der Bitte dem neuen Regime Credit zu gewähren, damit es das Vertrauen der Mächte erwerben könne. Ich verwies ihn auf die sympathische zuwartende Haltung, welche wir gleich von Beginn der neuen Ära eingenommen und den andern Cabineten anempfohlen haben, sowie auf die von uns schon gegebenen Beweise des Wohlwollens. Auf Bosnien machte mein Mitredner bloss eine entfernte Anspielung; meinerseits gab ich der Erwartung Ausdruck, man werde in Constantinopel nicht utopistische, sondern practische Politik machen. Ahmed, der mir einen günstigen Eindruck machte, schien seinerseits von dem Empfange bei mir nicht unbefriedigt.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 72, 788.

Nr. 85. Privatschreiben aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Sept. 1908 (eing. 25. Sept.).^{a)} Eigenh. Ausfert.

Geheim. Mit meinem gestrigen Telegramme^{b)} habe ich die in Deinem geheimen Privatschreiben vom 18. d. M. an mich gestellte, meine Person betreffende Frage beantwortet. Ich verhehle mir nicht, dass mein Hierbleiben, während der Durchführung der ins Auge gefassten Action, unangenehme Consequenzen, namentlich bezüglich meiner zukünftigen Stellung in Constantinopel nach sich ziehen könnte, ja dass sogar Letztere unmöglich werden könnte, aber ich glaube, dass vor Allem der Erfolg ins Auge gefasst werden muss. Persönliche und andere Rücksichten müssen in den Hintergrund treten. Wenn man hier Erfolge erzielen will, muss man in erster Linie mit dem Gedankengang der Türken rechnen. Würde ich jetzt, bevor die Action in Scene gesetzt wird Constantinopel mit Urlaub verlassen, so würde dies gewiss als Furcht vor den möglichen Consequenzen ausgelegt werden und den Erfolg wenigstens zur Hälfte compromittieren. Meiner Erfahrung nach muss man hier vor Allem zu imponieren wissen und energisch auftreten. Deshalb habe ich mir in meinem gestrigen Telegramme vorzuschlagen erlaubt, dass in der an die Pforte zu richtenden Note klipp und klar ausgesprochen werde: „Bosnien und die Herzegovina sind annectiert.“ Man darf um keinen Preis den Glauben aufkommen lassen, dass noch etwas abgehandelt werden könnte. Eben deshalb habe ich auch vorgeschlagen gleich vom Anfang an reinen Tisch zu machen und auch unsererseits auf alle Rechte den Sandschak betreffend ausdrücklich zu verzichten. Die Sandschakbahn wird, wenn wir die Verzinsung des Baukapitals übernehmen,

trotzdem gebaut werden. Was die Redaction der Note anbelangt, möchte ich bitten, falls dieselbe nicht in Wien vorgenommen werden sollte, mir baldmöglichst genaue Instructionen zukommen zu lassen, da es wegen der Kürze der Zeit nicht möglich sein dürfte den Text der Note behufs Approbation vorzulegen. Ich glaube, nämlich annehmen zu können, dass Alles bis zum Zusammentritt der Delegationen, also bis zum 8. October, fertig sein soll. Die Note müsste daher spätestens am 6. October der Pforte überreicht werden. Uebrigens wird ja diese Note mehr eine Formalität sein; ausschlaggebend für den Erfolg wird meine Aussprache mit dem Grossvezier sein. Ich möchte Dich also bitten mir in dieser Beziehung möglichst freie Hand zu lassen. Den Erfolg in der Sandschakbahn-Angelegenheit habe ich nur dadurch erreicht, dass ich dem damaligen Grossvezier erklärte: „die Bahn wird unter allen Umständen gebaut werden.“ In dem vorliegenden Falle aber muss ich sagen können: „Bosnien und die Herzegovina sind von nun an oesterr. ung. Provinzen, wem dies nicht passt, der mache uns den Krieg.“ Wenn ich so sprechen darf, glaube ich für den Erfolg einstehen zu können, wenigstens insofern als man sich hier mit einem Proteste an die Mächte begnügen, im Uebrigen aber sich in das Schicksal fügen wird. Der Protest wird nicht zu umgehen sein, die Regierung muss dies thun um sich gegenüber dem Parlamente den Rücken zu decken. Welchen Eindruck die Sache auf die hiesige öffentliche Meinung, auf das Comité und auf die Presse machen wird, lässt sich heute wohl schwer voraussagen. Wahrscheinlich wird man sich aufregen, vielleicht gegen die Botschaft demonstrieren oder auch mich persönlich insultiren. Dies Alles muss riskirt werden. Hoffentlich geschieht nichts dergleichen, vielleicht gelingt es mir sogar den Türken die Sache mundgerecht zu machen, man muss aber auf alles gefasst sein. Nebenc) den gegenwärtigen Verhältnissen, wo man mit Factoren zu rechnen hat, die man eigentlich nicht genügend kennt, stehen die Dinge ganz anders, als zur Zeit, wo es sich nur um den Sultan und die Pforte handelte. Man darf also selbst die Eventualität eines formellen Abbruches der Beziehungen nicht als eine vollkommen ausgeschlossene bezeichnen. Ich werde mit Energie, aber auch mit der gebotenen Vorsicht, vorgehen, fortiter in re, suaviter in modo und hoffe zum Ziele zu gelangen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 90, 99. — b) n. 83. — c) So!

Nr. 86. Privatschreiben des russischen Ministers des Äußern Iswolsky; Egern am Tegernsee, 23. Sept. (neuen Stils) 1908 (eing. vor dem 30. Sept.).a) Eigenh. Ausfert.

Je m'empresse de Vous remercier de Votre lettre du 20 sept.^{b)} contenant l'exposé de Votre point de vue dans la question de la prolongation de la ligne Dalmatique. J'ai déjà expédié à St. Pétersbourg, pour être soumis à Sa Majesté l'Empereur, mon projet de réponse à Votre dernier memorandum, que j'ai rédigé sur la base de notre entretien à Buchlau.^{c)} Si ce projet obtient la sanction de mon Auguste Maître notre memorandum responsif Vous sera transmis dans le plus bref délai possible. C'est Vendredi que je vais à Berchtesgaden faire ma visite à M. de Schoen et Samedi soir je quitte

Munich pour le nord de l'Italie où, le 22 Septembre, je verrai M. Tittoni. Le 1^{er} Octobre je compte arriver à Paris, et c'est là (à l'Ambassade de Russie) que je Vous prierai de m'adresser les communications que Vous auriez à me faire. Laissez moi Vous dire encore une fois tout le plaisir que j'ai eu à Vous révoir et veuillez croire etc. Iswolsky.

^{a)} Vgl. n. 97, 103, 303, 483, 998, 1068. — ^{b)} Richtig 21. Sept. Vgl. n. 82. — ^{c)} Vgl. n. 79.

Nr. 87. Aufzeichnung über die Unterredungen mit Fürst Ferdinand von Bulgarien in Budapest am 23. und 24. Sept. 1908, ohne Datum.^{a)} Konz. (S. Khuen; G. Aehrenthal).

Geheim. Die wichtigsten Punkte, welche in meinen beiden Unterredungen mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien in Budapest am 23. und 24. September berührt wurden, sind kurz die folgenden: Ich sagte Seiner königlichen Hoheit, dass zwischen mir und Iswolsky in Buchlau^{b)} eine befriedigende Aussprache über den nahen Orient stattgefunden habe, welche voraussehen lässt, dass die Politik der beiden Reiche in der nächsten Zukunft zumindest in ihren Hauptlinien sich in derselben Richtung und im gegenseitigen Einvernehmen bewegen werde. Ich hielt es für opportun, Ihm (dem Fürsten) hievon Mittheilung zu machen, weil dies für Ihn von grossem Werte sein könne. Iswolsky und ich seien darin einig, dass wir die Türkei innerhalb ihres gegenwärtigen factischen Besitzstandes so lange als möglich zu erhalten bestrebt sein werden. Eine Politik, welche sich gegen diese Integrität des türkischen Besitzes kehren würde, könnte also nicht auf unser Beider Unterstützung rechnen. Hingegen würde ich der Realisirung etwaiger sonstiger Wünsche des Fürstenthumes keine Schwierigkeiten in den Weg legen, in dieser Beziehung könnte ich jedoch nur für mich sprechen und müsste es Ihm (dem Fürsten) überlassen, Sich eventuell der Zustimmung Iswolsky's noch zu versichern. Bezüglich der Frage, welche Haltung gegenwärtig den bulgarischen Interessen am besten entspräche, sei ich natürlich nicht in der Lage, Ihm einen bestimmten Rath zu ertheilen, da Er ja am besten die Wünsche und Bedürfnisse Seines Landes kenne. Ich möchte Ihn nur vom Standpunkte der internationalen Situation auf zwei Gesichtspunkte aufmerksam machen: einerseits möge das Fürstenthum nicht eine Politik der Abenteuer verfolgen, welche die Unterstützung der Mächte nicht finden könnte, andererseits sei aber doch darauf Bedacht zu nehmen, dass Bulgarien nicht einen vielleicht günstigen Moment zur Erreichung legitimer Wünsche versäume und die Superiorität, welche dem Fürstenthume seine Armee, solange dieselbe in ihrer gegenwärtigen Stärke aufrechterhalten werden kann, am Balkan gewährleiste, nicht ungenützt lasse. Ich verhehlte dem Fürsten nicht, dass auch unsere Situation in Bosnien und im Sandschak infolge der letzten Ereignisse in der Türkei eine schwierigere geworden sei und wir daher bald in dem Falle sein könnten, diesbezügliche Entschliessungen zu fassen.

^{a)} Vgl. n. 1, 27, 100, 133, 183, 328, 889, 1175, 1318, 1440, 2547. — ^{b)} Vgl. n. 79.

Nr. 88. Privatschreiben an den ital. Minister des Äußern Tittoni, 25. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Aehrenthal).

Dans nos entretiens de Salzbourg^{b)} nous avons touché entre autres la question de la Bosnie et de l'Herzégovine et à celle de nos garnisons dans le Sandjak de Novibazar. J'ai constaté alors, comme l'a fait du reste le Comte Gołuchowski à Abbazia, que notre administration de la Bosnie — pays que nous avons du reste conquis par les armes — n'est pas limitée par un terme quelconque et que par conséquent la solution définitive de la question était une affaire à régler entre la monarchie et l'Empire Ottoman. Vous avez bien voulu, mon cher collègue, acquiescer à ma manière de voir de sorte qu'un malentendu entre nous à l'égard de ce problème politique me paraît heureusement exclu. Quant aux garnisons que nous entretenons dans le Sandjak de Novibazar je Vous ai averti — si je m'en souviens bien — que certaines éventualités pourraient nous obliger à les renforcer; j'ai ajouté que ne manquerai pas de Vous informer à temps d'une pareille décision. Je puis aujourd'hui Vous annoncer que la question du Sandjak a formé tout dernièrement l'objet de délibérations dans les conseils des Ministres de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique^{c)} et que l'opinion a prévalu, non pas de renforcer les troupes qui tiennent garnison dans le Sandjak mais au contraire de les retirer et de renoncer pour l'avenir à l'exercice des droits militaires et administratifs que le traité de Berlin a conférés à la Monarchie par rapport à ces contrées. En sanctionnant cette décision Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, mon auguste Maître se verra en même temps obligé de s'occuper d'une autre question, celle de la Bosnie et de l'Herzégovine dont l'annexion devra être prononcée; l'incorporation de ces deux provinces nous permettra de les pourvoir d'un régime constitutionnel ardemment désiré par la population entière et de garantir ainsi dans l'esprit du traité de Berlin la stabilité de l'état de choses qui y est établi. J'ai tenu à Vous prévenir, mon cher collègue, quelque temps en avant de ces mesures et je me plais à espérer que Vous trouverez dans ma présente communication la confirmation explicite de mes déclarations antérieures: notre politique reste en effet une politique éminemment conservatrice, nous gardons ce que nous possédons depuis 30 ans, mais nous sommes loin de toute idée d'agression ou de conquête territoriale. Délivrés de l'incertitude de la situation en Bosnie-Herzégovine et au Sandjak, nous nous trouverons vis-à-vis de la Turquie sur le même pied que les autres Puissances et il nous sera plus facile que jusqu'à présent d'agir dans les affaires du Balkan de concert avec les cabinets. Il m'importe de Vous parler, mon cher Ministre, dans le courant de cette lettre encore d'une autre question importante, sur laquelle Vous avez attiré mon attention à Salzbourg: je fais allusion à la question de la visite des Souverains catholiques à Rome. Vous avez précisé votre point de vue en ce sens, qu'il ne s'agissait pas de forcer la main du Saint Père, mais bien d'opérer d'une manière délicate un sondage confidentiel pour constater si au Vatican les principes dominaient toujours qui rendaient la situation des Souverains catholiques inférieure à celle des autres. Pour Vous donner, mon cher collègue, une nouvelle preuve de mon sincère désir de contribuer dans la mesure du possible à résoudre toutes les questions qui pourraient exercer une

influence fâcheuse sur nos rapports d'intimité politique, je me fais un plaisir de Vous annoncer que je saisirai — dès que l'incident du Nonce Apostolique^{d)} aura été clos — une prochaine occasion pour m'informer d'une manière discrète des dispositions du Vatican. Je ne manquerai pas de Vous tenir au courant du résultat de mes démarches confidentielles; jusque là je Vous prie, mon cher collègue, de me garder le secret le plus absolu dans l'intérêt même du résultat de mon entreprise.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 89, 96, 111, 132, 315. — ^{b)} Vgl. n. 67. — ^{c)} n. 75. — ^{d)} Es handelt sich um den Konflikt mit dem apostolischen Nuntius Granito di Belmonte in der Wahrundangelegenheit.

Nr. 89. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow, 26. Sept. 1908 Nr. 1795.^{a)} Konz. (S. Gagern; V. u. G. Aehrenthal).

Ich bitte zunächst meinen wärmsten Dank entgegennehmen zu wollen für den Brief vom 23. Juli, mit dessen Beantwortung ich nur deshalb gezögert habe, weil sich seither so Vieles ereignet hat, was zu einem Gedankenaustausche zwischen uns Veranlassung zu geben geeignet war. Sie begreifen, daß mich der radikale Wechsel in der Türkei am meisten beschäftigt und daß ich auch die Rückwirkung der türkischen Revolution auf das Verhältniß der Mächte untereinander im Auge behalten muß. Bei Besprechung der jetzt aktuellsten Fragen möchte ich mit unserem Freund und Bundesgenossen Italien beginnen. Sie wissen durch Schön, daß ich mit meinen Besprechungen in Salzburg^{b)} zufrieden war. Tittoni hat mir den lebhaften Wunsch ausgesprochen und auch äusserlich bekundet, mit Deutschland und mit uns in engstem Contacte zu bleiben. Diese Tendenz, den Dreibund zu affirmiren, kann uns nur passen. Ich habe ihn natürlich darin bestärkt und es wird sich jetzt darum handeln, die italienische Politik in diesem besseren Fahrwasser zu erhalten. Russland betreffend hat Schön es ebenfalls übernommen Sie über die seit Anfang Juli obschwebenden Verhandlungen zu informiren. Meine Haltung gegenüber den Iswolsky'schen Eröffnungen war zunächst eine zwar freundliche, aber zugleich abwartende. Meine Ansicht war, die Pourparlers fortzusetzen, ohne mich besonders zu beeilen. Die türkische Revolution hat auf den Gang unserer Verhandlungen beschleunigend gewirkt. Nach der Wiedereinführung der türkischen Verfassung ergab sich für uns die unbedingte Nothwendigkeit, mit dem bisherigen absoluten Regime in Bosnien zu brechen. Ausserdem stellte sich für uns die Unhaltbarkeit der Stellung unserer Garnisonen im Sandjak von Novibazar heraus. Unsere Truppen in diesem türkischen Gebiete sollten, nach Ansicht des Grafen Andrassy, die Solidarität Österreich-Ungarns und der Türkei in Bezug auf die Durchführung und Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages markiren. Wir hätten gewiß Nichts daran zu ändern gehabt, solange wir durch ein Regime in Constantinopel die Bürgschaft besaßen, daß das Einvernehmen mit uns speciell im Sandjak aufrecht erhalten bleibt. Das Alles hat sich seit den Juli-Ereignissen in der Türkei gründlich geändert. Drei Wege standen mir offen, auf denen ich die Politik der Monarchie engagiren konnte. Zunächst der Weg, an der Verfassungsfrage in Bosnien nicht zu

rühren, unter Hinweis darauf, daß die Verhältnisse dafür noch nicht günstig sind, wir konnten auch im Sandjak den jetzigen Status quo aufrecht erhalten, aber in beiden Theilen entsprechende militärische Vorkehrungen treffen, um nicht von den schamlosen Hetzereien der Serben, welche in letzter Zeit von dem jungtürkischen Comité wenigstens geduldet werden, überrascht zu werden. Eine solche Verstärkung unserer Garnisonen im Sandjak, die Mobilisirung des 15. Corps in Sarajevo, wäre sicherlich von unseren Gegnern als Beweis einer aggressiven Politik gedeutet worden. Der zweite Weg, den ich einschlagen konnte, war der, von militärischen Vorkehrungen abzusehen und in Belgrad eine comminatorische Sprache zu führen, indem ich die dortige Regierung für jeden Zwischenfall in Bosnien und im Sandjak verantwortlich machte. Eine solche Politik hätte leicht zu einem bewaffneten Conflict mit dem Königreiche geführt, unsere Lage im Sandjak nicht verbessert und auch unsere Beziehungen zu den Mächten, anstatt sie zu klären, eher getrübt. Endlich stand mir der dritte Weg offen, den ich einschlagen will, Seiner Majestät meinem Allergnädigsten Herrn vorzuschlagen, unsere Truppen aus dem Sandjak herauszuziehen, auf eine Occupation jener Gebiete definitiv zu verzichten, gleichzeitig aber die Annexion der beiden Provinzen als *fait accompli* auszusprechen. Ich entschied mich für diese Lösung, nicht nur weil sie den specifischen Interessen Österreich-Ungarns gerecht wird, sondern auch weil hiedurch die allgemeine Constellation der Mächte am wenigsten berührt wird. Um nun die Frage der Annexion mit dem geringsten Risiko zu verbinden, war eine vorgängige Verständigung mit Russland nöthig. Russland hat die Annexion der beiden Provinzen gleich zu Anfang unserer Verhandlungen aufs Tapet gebracht. In Buchlau^{c)} hat Iswolsky nach einer von mir vorgebrachten eingehenden Darlegung unserer Beweggründe sich mit der von mir in Aussicht genommenen Vorgangsweise im Principe einverstanden erklärt und eine freundschaftliche Haltung Russlands zugesichert. Iswolsky hat natürlich die Gelegenheit wahrgenommen, um die Rückwirkung der Annexion Bosniens und der Herzegovina auf die Balkanverhältnisse sowie auf die specifisch russischen Verhältnisse zur Erörterung zu bringen. Er glaubt, daß so wie so eine Revision zahlreicher Bestimmungen des Berliner Vertrages sich als unerlässlich herausstellen dürfte, und diese Revision auf friedlichem Wege durchzusetzen sein werde. Dieser Optimismus ist darauf gegründet, daß die Türkei sich mit dem Fallenlassen rein formaler Rechtsansprüche, die sich mit den faktischen Machtverhältnissen nicht decken, abfinden werde, weil sie als Ersatz dafür freie Hand in ihren inneren Angelegenheiten erhält. Iswolsky denkt sich auch den Augenblick gekommen, wo er auf sein großes Ziel — eine Modificirung der Bestimmungen betreffend die Meerengenfrage — zusteuern könnte. Bei der Behandlung dieser äusserst wichtigen Frage habe ich mir die so treffenden Ausführungen Ihres Schreibens vom 8. December v. Js.^{d)} gegenwärtig gehalten. Iswolsky perhorrescirt jeden territorialen Anspruch in und um Constantinopel. Er fände es im Interesse Russlands gelegen, wenn der heutige territoriale Besitz der Türkei — exclusive Bosnien und Herzegovina, Ost-Rumelien und Kreta — solange als möglich intakt bliebe. Für den Fall einer weiteren Abbröckelung des türkischen Besitzstandes bleibt Rußland

seinen früher mit uns ausgetauschten Zusicherungen treu, daß es für ein Belassen der türkischen Herrschaft in Constantinopel et le territoire adjacent eintreten will. Die Meerengen blieben somit nach wie vor unter der Herrschaft der Türkei. Die Änderung würde sich bloß auf die Einräumung des Rechtes an die Uferstaaten des schwarzen Meeres beziehen, daß Kriegsschiffe einzeln die Meerengen passieren dürfen. Als Gegenleistung für die freundschaftliche Haltung Rußlands bei der Durchführung der Annexion Bosniens habe ich Iswolsky eine gleich freundschaftliche Haltung der Monarchie in Ansehung des erwähnten russischen Petites in Aussicht gestellt jedoch nur unter der ausdrücklich betonten Voraussetzung, daß die an den geltenden Bestimmungen vorzunehmenden Änderungen die Selbständigkeit und die Sicherheit der Residenz des Sultans nicht tangieren dürfen. Wenn also Russland faktisch diese heikle Frage wird anschneiden wollen, werden jedenfalls weitere Negotiationen nöthig sein, in welchen die uns russischerseits zu bietenden Garantien für die Wahrung unserer Interessen und Rechte am Balkan und am Bosphorus zu prüfen und festzustellen sein werden. Ich halte dafür, daß diese unsere Interessen in Constantinopel so ziemlich gleichartig mit den Interessen Deutschlands sind und daß die Bürgschaften, die wir diesfalls werden verlangen müssen, so ziemlich dieselben sein werden wie die, welche Deutschland anstreben wird. Iswolsky wird Sie ja im Laufe des Oktober aufsuchen und offenbar die Frage auch mit Ihnen besprechen. Mir gegenüber versicherte er, daß er in der Meerengenfrage kein Engagement mit England eingegangen ist. Indem ich den russischen Wünschen Entgegenkommen bewies, habe ich mich auch von dem allgemeinen Bestreben leiten lassen, Russland von England etwas zu entfernen. Iswolsky betonte nachdrücklichst, wie sehr er wünsche, nicht durch Österreich-Ungarns und Deutschlands Politik mehr als ihm lieb, in die Arme Englands getrieben zu werden. Iswolsky in diesen Dispositionen zu bestärken, scheint mir auch in Deutschlands Interesse gelegen zu sein, besonders jetzt im Hinblick auf dessen nicht wolkenlose Beziehungen zu England und den manchmal accentuirten aggressiven Zug in der englischen Politik. Iswolsky sprach mir sehr lange und eingehend von seinem Wunsche, mit Deutschland auf den besten Fuß zu kommen, doch muß ich, um der Wahrheit gerecht zu werden, eingestehen, daß er in manchen Belangen sich stark unter französischem und englischem Einflusse befindet. Dies gilt besonders von seiner Beurtheilung der Beziehungen Deutschlands zu England und Frankreich. Herrn Clémenceau hat Herr Iswolsky sehr pessimistisch gefunden. Der französische Ministerpräsident hat keinen Anstand genommen, ihm zu sagen, daß er den Krieg zwischen Deutschland und England für unvermeidlich halte und daß bei Eintritt einer solchen Katastrophe die Gefahr bestünde, Deutschland werde sich mit aller Wucht auf Frankreich werfen und dasselbe zu zertrümmern trachten. Um nun einer solchen Gefahr zu entgehen, wünscht Clémenceau, jedes weitere Engagement mit England zu vermeiden. Es würde mich nicht wundern, wenn in Marienbad und Karlsbad gewisse militärische Angelegenheiten zur Sprache gekommen wären, etwa in der Weise, daß Rußland Frankreich die Zusicherung erteilt, daß es gegen die französischerseits zu übernehmende glatte Durchführung

der für den Herbst projectirten Anlehensoperationen eine Verstärkung der Garnisonen in Polen eintreten lässt. Es wird sich zeigen, ob meine Vermuthung irgend eine Unterlage hat, jedenfalls kann man aber aus der Thatsache, daß größere Anleihen in der nächsten Zeit durchzuführen sein werden, darauf schließen, daß sowohl in Petersburg als in Paris der starke Wunsch, jede Trübung zu vermeiden, die Oberhand behalten wird. Von den bevorstehenden Entschliessungen meines Allergnädigsten Herrn verständige ich gleichzeitig Herrn Tittoni.^{e)} In Salzburg habe ich ihm gegenüber die Frage der Annexion — allerdings eher akademisch — erörtert und hiebei eine verständige Auffassung constatirt. Ich theile ihm unter Einem mit, daß ich geneigt bin, ihm in einer ihm sehr am Herzen liegenden Frage ein wichtiges Entgegenkommen zu bezeigen. Ich meine nämlich, eine vertrauliche Démarche im Vatican über die dortigen Dispositionen hinsichtlich des Besuches katholischer Souveräne in Rom. Ich mache mir zwar keine Illusionen über die Aufnahme, welche meinem Schritte zu Theil werden wird, glaube aber, daß es klug ist, einen solchen in der nächsten Zeit zu unternehmen, um der italienischen Regierung unsere freundschaftliche Gesinnung in unzweideutiger Weise zu dokumentiren. Ich hoffe, daß diese Mittheilung Tittoni in guter Stimmung erhalten und seine Position stärken wird. Ich werde nächstens eine Gelegenheit haben, mit dem spanischen Minister des äußern über die Frage zu conferiren. In Madrid besteht der lebhafteste Wunsch, daß König Alfonso mit dem Könige von Italien in Berührung trete. Sie dürfen mit mir in der Ansicht übereinstimmen, daß es in unserem Interesse gelegen ist, einen Versuch zu machen, diese beiden Monarchen einander etwas näher zu bringen. Mein Allergnädigster Herr wird vor der Durchführung der Annexion an Kaiser Wilhelm schreiben und ihm seine Beweggründe für diesen Schritt auseinander setzen. Herr von Sz  gy  nyi ist beauftragt, das Schreiben des Kaisers und Königs persönlich zu übergeben. Ich wäre Ihnen zu besonderem Danke verpflichtet, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, für den Botschafter, der am 4. Oktober in Berlin sein wird, eine Audienz womöglich für den 5. oder 6. Oktober zu erwirken.^{f)} Wir rechnen mit vollem Vertrauen auf Deutschlands Unterstützung, wie auch Letzteres von uns Beweise erhalten hat, daß wir in erster Stunde fest zu unseren Freunden stehen.

^{a)} Vgl. n. 71, 92, 136, 182, 266, 281, 451. — ^{b)} Vgl. n. 67. — ^{c)} Vgl. n. 79. — ^{d)} G. P. XXII Nr. 7384. — ^{e)} n. 88. — ^{f)} Vgl. n. 122.

Nr. 90. Tel. nach Konstantinopel, 28. Sept. 1908 Nr. 179 (chiffre. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Streng geheim. Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm vom 22. d. Nr. 337 bis und Privatschreiben vom 23. d.: Den von Euer Excellenz mit voller Objectivität vorgebrachten Erwägungen schliesse ich mich an und sehe demnach von Ihrer Beurlaubung in diesem Momente ab. Die Euer Excellenz aus meinen geheimen Mittheilungen bereits bekannten Entschliessungen werden bereits demnächst zur Ausführung gelangen und ist der 7. October für die bezüglichen Kundmachungen in Aussicht genommen.

Mit dem am nächsten Mittwoch, 30. September, abgehenden Courier erhalten Euer Excellenz den Text der an die Pforte zu richtenden Note der Botschaft im Geleite diesbezüglicher Instructionen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 99.

Nr. 91. Privatschreiben an den Unterstaatssekretär des englischen Auswärtigen Amts, Sir Charles Hardinge, 28. Sept. 1908 Nr. 1807.^{a)}
Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Le Comte Mensdorff qui vient de partir pour Londres est chargé de Vous transmettre officiellement la copie d'une dépêche destinée à informer le Gouvernement de Sa Majesté Britannique de certaines décisions importantes, prises par le Cabinet de Vienne à l'égard du Sandjak de Novibazar et des Provinces occupées. Il s'agit de la prochaine annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine et de notre renonciation aux droits que le traité de Berlin nous a conférés dans le Sandjak. Il me tient à cœur d'ajouter à la communication officielle de ces faits quelques lignes personnelles pour Vous éclairer entièrement sur la situation et pour Vous expliquer d'une manière plus ample les motifs qui ont amené les résolutions que j'ai mentionnées plus haut. Depuis que sur l'initiative des Délégués Anglais le sort de la Bosnie et de l'Herzégovine a été en 1878 confié à la Monarchie dans le but „d'y établir une administration stable et forte“, comme s'exprimait Lord Salisbury, ces deux pays n'ont pas cessé d'être l'objet des soins assidus du Gouvernement austro-hongrois; grâce à un travail constant et fructueux ces provinces ont peu à peu atteint un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; le Gouvernement Impérial et Royal suivant ces progrès d'un œil bienveillant et attentif et informé des désirs intimes de la population s'était depuis longtemps occupé de la question de doter ces provinces d'un régime autonome et constitutionnel; nous avions à cet effet l'intention de procéder par étapes; l'autonomie des communautés rurales avait fait le commencement et l'œuvre entreprise devait être un jour couronnée par la convocation d'une diète à Sarajevo. L'évolution en Turquie a hâté la marche des événements: ce que nous avons pris en vue pour un avenir plus ou moins éloigné, nous ne croyons pas devoir le refuser plus longtemps aux habitants de la Bosnie et de l'Herzégovine en présence de la nouvelle ère politique inaugurée à Constantinople. Nous ne saurions cependant procéder à l'octroi d'un régime constitutionnel pour la Bosnie et l'Herzégovine avant d'avoir réglé d'une manière définitive la situation politique de ces provinces; il est évident que la réunion d'une diète à Sarajevo ne peut être proclamée que par le pouvoir souverain. Voilà donc les raisons impérieuses qui nous ont obligés de précipiter la solution de la question et qui feront que l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine sera prononcée sous peu par Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Mon Auguste Maître. Comme il a été dit plus haut et comme il ressort du reste aussi de la note officielle qui Vous sera remise, nous renonçons au moment de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine à l'exercice des droits que le traité de Berlin nous a conférés par rapport au Sandjak. En agissant ainsi et en retirant nos

troupes du Sandjak nous donnons à la Turquie une preuve éclatante de notre confiante amitié, nous opposons un démenti énergique aux racontars qui nous prêtent des convoitises territoriales et nous préparons le terrain pour pouvoir agir dans les affaires du Balkan en parfaite harmonie avec les autres puissances; délivrés de l'incertitude de la situation en Bosnie-Herzégovine et au Sandjak il nous sera en effet plus facile que jusqu'à présent de procéder en Orient de concert avec les autres cabinets.

^{a)} Die Zustellung dieses Schreibens erfolgte laut Amtsvermerk auf demselben Wege wie bei n. 116. Vgl. n. 93, 114, 175, 228 Anm. c.

Nr. 92. Privatschreiben Kaiser Franz Josefs I. an den deutschen Kaiser Wilhelm II.; Budapest, 29. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Die jüngsten Ereignisse in der Türkei, die dort zur Herstellung verfassungsmässiger Zustände führten, sind nicht ohne Rückwirkung auf die von meiner Regierung verwalteten Länder, Bosnien und die Herzegovina, geblieben. Haben diese Provinzen, die sich culturell und materiell in erfreulicher Weise entwickelten, schon seit geraumer Zeit ihrem Wunsche nach constitutionellen Einrichtungen Ausdruck gegeben, so haben sich diese Bestrebungen angesichts der veränderten Sachlage im osmanischen Reiche so nachdrücklich geltend gemacht, dass meine Regierung nicht glaubt, ihnen länger entgegen treten zu können, soll die friedliche Entwicklung der Dinge an der Südgrenze der Monarchie vor einer Störung bewahrt bleiben. Da nur die souveräne Gewalt die Verleihung einer Verfassung vorzunehmen vermag, werde ich mich gezwungen sehen, die Annexion von Bosnien und der Hercegovina auszusprechen. Wir verständigen von dieser Sachlage die Kaiserlich-Ottomanische Regierung und eröffnen ihr gleichzeitig, dass wir zum Beweise unserer eminent friedlichen und jeden Gedanken einer territorialen Erwerbung am Balkan abweisenden Politik die im Sandschak garnisonierenden Truppen zurückziehen und für die Zukunft auf die Ausübung der Vorrechte verzichten, die uns der Berliner Vertrag bezüglich des Sandschaks von Novibazar eingeräumt hat. Ich erachte es für eine Pflicht der innigen persönlichen und Bundesfreundschaft, die Uns verbindet, Dir von diesem Geschehnisse ohne Verzug Mittheilung zu machen. Du wirst dasselbe — Ich bin dessen sicher — mit freundschaftlichem Wohlwollen beurteilen und Uns die Würdigung nicht versagen, dass wir nur unter dem Drucke der unabweislichen Notwendigkeit gehandelt haben.

Franz Joseph.

^{a)} Vgl. n. 89, 116 Anm. a, 121, 136, 137, 273.

Nr. 93. Privatschreiben Kaiser Franz Josefs I. an König Eduard VII. von England; Budapest, 29. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Il Me tient à cœur de T'avertir Moi-même et en personne d'une décision importante que Je Me verrai sous peu obligé de prendre et que Tu jugeras — J'en suis sûr — dans l'esprit de l'amitié intime et traditionnelle qui Nous unit. Il s'agit d'un problème dont la solution ne saurait être ajournée sans danger pour le développement pacifique des événements à

proximité des frontières de Mes Pays. Le sort de la Bosnie et de l'Herzégovine a été en 1878 sur l'initiative des Délégués Britanniques confié à l'Autriche-Hongrie dans le but d'y établir „une administration stable et forte“. Ces provinces sont arrivées depuis, grâce aux soins assidus de Mon Gouvernement à un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; elles aspirent donc légitimement aux bienfaits d'un régime autonome et constitutionnel, régime que Mon Gouvernement ne croit pas pouvoir leur refuser plus longtemps en présence des événements imprévus qui viennent de se dérouler en Turquie. Or, il ne paraît pas possible de procéder à l'octroi d'une constitution pour la Bosnie et l'Herzégovine avant d'avoir réglé d'une manière définitive la situation politique de ces provinces. Ce ne sont donc pas des considérations d'utilité politique, mais les exigences impérieuses de la situation qui M'obligeront à procéder à l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine. J'ai soin d'ajouter que la décision que Je Me verrai obligé de prendre ne changera en rien l'orientation conservatrice de la politique de l'Autriche-Hongrie et que Mon Gouvernement observera aussi à l'avenir les principes de désintéressement qu'il a établis à maintes reprises. C'est dans cet ordre d'idées que J'ai autorisé Mon Gouvernement à renoncer au moment de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine à l'exercice des droits militaires et administratifs que le traité de Berlin nous a conférés dans le Sandjak de Novibazar. Le rappel immédiat de Mes troupes qui actuellement y tiennent garnison sanctionnera cette renonciation.

François Joseph.

^{a)} Die Zustellung dieses Schreibens erfolgte laut Amtsvermerk auf demselben Wege wie bei n. 116. Vgl. n. 91, 105, 140, 226, 244, 559.

Nr. 94. Tel. an den Gesandten Grafen Albert Nemes in Paris 29. Sept. 1908 Nr. 34 (chiffre 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (G. Gagern).

Botschafter Graf Khevenhüller eintrifft Freitag früh. Euer Hochgeboren werden beauftragt dahin zu wirken, dass der Botschafter am 3., spätestens 4. October mit Herrn Pichon zusammen treffen könne.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 102.

Nr. 95. Privatschreiben Kaiser Franz Josefs I. an den Präsidenten der französischen Republik; Budapest, 29. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Les événements qui viennent de se dérouler en Turquie ont fait mûrir un problème qui formait déjà depuis longtemps l'objet de la sollicitude de Mon Gouvernement. Il s'agit de la Bosnie et de l'Herzégovine. Ces deux provinces ont atteint grâce aux soins assidus de l'administration austro-hongroise, un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; elles aspirent donc légitimement aux bienfaits d'un régime autonome et constitutionnel, régime que Mon Gouvernement ne croit pas pouvoir leur refuser plus longtemps en présence de la nouvelle ère politique inaugurée à Constantinople. Comme cependant il ne paraît pas possible de procéder à l'octroi

d'une constitution pour la Bosnie et l'Herzégovine avant d'avoir réglé d'une manière définitive la situation politique de ces provinces, Je Me verrai obligé d'en prononcer l'annexion définitive. Cette décision — J'ai soin de l'ajouter — ne changera en rien l'orientation conservatrice de la politique de l'Autriche-Hongrie et Mon Gouvernement observera aussi à l'avenir, vis-à-vis du Balkan, les principes de désintéressement qu'il a établis à maintes reprises. C'est dans cet ordre d'idées que J'ai autorisé Mon Gouvernement à renoncer au moment de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine à l'exercice des droits militaires et administratifs que le traité de Berlin nous a conférés dans le Sandjak de Novibazar. Le rappel immédiat de Mes troupes qui actuellement y tiennent garnison sanctionnera cette renonciation. J'ai cru devoir avertir immédiatement Votre Excellence de ces importantes décisions qui nous sont dictées par la nécessité; Elle les appréciera — J'en suis sûr — dans un esprit d'amicale sympathie conforme aux excellentes relations qui existent si heureusement entre Nos deux pays.

François Joseph.

a) Vgl. n. 116 Anm. a, 118, erste Beilage zu n. 311, 365.

Nr. 96. Privatschreiben Kaiser Franz Josefs I. an König Viktor Emanuel III. von Italien; Budapest, 29. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Les rapports d'amitié et d'alliance établis de longue date entre Nos Maisons et Nos Pays me font un devoir d'avertir Votre Majesté d'une décision que Je me verrai sous peu obligé de prendre. Il s'agit d'un problème dont la solution ne saurait être ajournée sans danger pour le développement pacifique des événements à proximité des frontières de Mes Pays. La Bosnie et l'Herzégovine sont arrivées aujourd'hui, grâce aux soins assidus de Mon Gouvernement, à un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; elles aspirent donc légitimement aux bienfaits d'un régime autonome et constitutionnel, régime que Mon Gouvernement ne croit pas pouvoir leur refuser plus longtemps en présence des événements imprévus qui viennent de se dérouler en Turquie. Or, il ne paraît pas possible de procéder à l'octroi d'une constitution pour la Bosnie et l'Herzégovine avant d'avoir réglé d'une manière définitive la situation politique de ces provinces. Ce ne sont donc pas des considérations d'utilité politique, mais les exigences impérieuses de la situation qui M'obligeront à procéder à l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine. Je suis persuadé que Votre Majesté appréciera d'une manière amicale et fidèle à l'esprit de l'alliance qui Nous unit, une mesure qui Nous est dictée par la nécessité et que Nos Ministres ont déjà prévue et discutée dans leurs entretiens sur les éventualités futures dans les Balkans. Il est entendu que la décision que Je me verrai obligé de prendre à l'égard de la Bosnie et de l'Herzégovine, ne changera en rien l'orientation conservatrice de la politique de l'Autriche-Hongrie et que Mon Gouvernement observera aussi à l'avenir les principes de désintéressement qu'il a établis à maintes reprises. J'ai dans cet ordre d'idées autorisé Mon Gouvernement, à renoncer au moment de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine

à l'exercice des droits militaires et administratifs que le Traité de Berlin confère à la Monarchie dans le Sandjak de Novibazar. Le rappel immédiat de Mes troupes qui actuellement y tiennent garnison sanctionnera cette renonciation.

François Joseph.

a) Vgl. n. 88, 116 Anm. a, 195, 400, 732.

Nr. 97. Privatschreiben Kaiser Franz Josefs I. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland; Budapest, 29. Sept. 1908.^{a)} Konz. (S. Musulin).

Tu n'es pas sans connaître les pourparlers entamés depuis un certain temps entre Nos deux Gouvernements en vue d'affermir les bases de Notre entente dans les affaires de l'orient et d'établir solidement pour l'avenir les idées générales de la politique à suivre d'un commun accord dans la péninsule balcanique. Je n'ai pas besoin de relever combien J'attache de prix au succès de ces pourparlers, fermement convaincu que Je suis, qu'un arrangement comme celui que Nos Gouvernements ont en vue, servira le mieux les principes monarchiques et conservateurs qui Nous tiennent à cœur dans l'intérêt même de l'avenir de Nos deux Empires. En travaillant à l'heureux développement de ces questions de si haute importance, Mon Gouvernement a dû s'occuper également d'un autre problème d'une gravité exceptionnelle dont la solution ne saurait être ajournée sans danger pour le développement pacifique des événements, à proximité des frontières de Mes pays. Il s'agit de la situation de la Bosnie et de l'Herzégovine. Ces deux pays sont arrivées aujourd'hui, grâce aux soins assidus de Mon Gouvernement, à un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; ils aspirent donc légitimement aux bienfaits d'un régime autonome et constitutionnel, régime que Mon Gouvernement ne croit pas pouvoir leur refuser plus longtemps en présence des événements imprévus qui viennent de se dérouler en Turquie. Or, il ne paraît pas possible de procéder à l'octroi d'une constitution pour la Bosnie et l'Herzégovine avant d'avoir réglé d'une manière définitive l'avenir politique de ces provinces. Le moment semble donc venu auquel M. de Giers faisait allusion dans un télégramme adressé au Prince Lobanow le 27 février 1884 en parlant „de circonstances imprévues qui pourraient obliger le Gouvernement Autrichien à modifier l'état de choses existant dans les deux provinces occupées“. Ce ne sont en effet pas des considérations d'utilité politique, mais les exigences impérieuses de la situation qui M'obligeront de procéder à l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine. Persuadé de Ton amitié éprouvée et confiant en la force des liens traditionnels qui unissent Nos deux Empires, J'ai la ferme conviction que Tu apprécieras d'une manière bienveillante une mesure qui Nous est dictée par la nécessité et que feu Ton Père et Grand-père ont prévue et acceptée sans réserves.^{b)} Pour Te prouver que cette décision n'est nullement en contradiction avec l'orientation conservatrice de la politique de l'Autriche-Hongrie et que Mon Gouvernement reste fidèle aux principes de désintéressement établis en 1897, Je n'ai qu'à Te dire que J'ai autorisé Mon Gouvernement à renoncer au moment de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine à l'exercice des droits militaires et administratifs que le

Traité de Berlin confère à la Monarchie dans le Sandjak de Novibazar. Le rappel immédiat de Mes troupes qui actuellement y tiennent garnison sanctionnera cette renonciation. François Joseph.

^{a)} Vgl. n. 86, 103, 106, 116 Anm. a, 144, 477, 484, 505, 1565. — ^{b)} Reichstädter „Abkommen“ vom 8. Juli 1876 (A. F. Pribram, The secret Treaties of Austria—Hungary 1879—1914 II, Cambridge 1921, 188; E. v. Wertheimer, Neues zur Orientpolitik des Grafen Andrassy in: Historische Blätter hrsg. vom Haus-, Hof- und Staatsarchiv I, Wien 1921, 265), Budapest Convention vom 15. Jan. 1877 samt Zusatzkonvention (A. F. Pribram a. a. O. 190 und 199; E. v. Wertheimer a. a. O. 454 und 458; Relations entre la Russie et l'Allemagne 1873—1914, Moskau 1922, Sonderausgabe aus Krasnyj Archiv I 50 und 58; die in Artikel I angeführte Depesche vom 30. Dez. 1875 und das Berliner Memorandum vom 12. Mai 1876 sind gedruckt in: Martens, Nouveau Recueil général des traités 2. S. III 1 und 12), Berliner Übereinkunft zwischen der österr.-ung. und der russischen Regierung vom 13. Juli 1878. Die russische Erklärung über diese Übereinkunft (Ausfert.) hat folgenden Wortlaut:

Les Soussignés Plénipotentiaires de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie, et de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, désirant maintenir l'accord établi entre leurs Souverains, en vue des conséquences ultérieures du Congrès de Berlin, après y avoir été dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

Le Gouvernement Impérial d'Autriche-Hongrie ayant renoncé à saisir le Congrès de la question du transfert de l'administration ottomane à l'Autriche-Hongrie dans le Sandjak de Novi-Bazar, défini dans le protocole No. 8 de la séance du 28 juin 1878 du Congrès de Berlin, afin de faciliter ainsi l'entente entre les deux Gouvernements, le Gouvernement Impérial de Russie s'engage de son côté à n'élever aucune objection si, à la suite des inconvénients pouvant résulter du maintien de l'administration ottomane dans le sandjak de Novi-Bazar, l'Autriche-Hongrie se voyait amenée occuper définitivement ce territoire comme le reste de la Bosnie et de l'Herzégovine.

Il demeure entendu que le Gouvernement de l'Autriche-Hongrie prêterait son concours au Gouvernement Impérial de Russie sur le terrain diplomatique, conformément aux vœux des deux Souverains, afin d'écarter les difficultés qui pourraient surgir dans l'exécution des décisions du Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont revêtu le présent acte de leurs signatures et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le premier du mois juillet, mil huit cent soixante dix-huit.

treize

[L. S.] Gortchacow m. p.

[L. S.] Schouwaloff m. p.

[L. S.] Oubril m. p.

Das hier angeführte Protokoll vom 28. Juni 1878 ist gedruckt bei Martens, Nouveau Recueil général des traités 2. S. III 346. Vgl. ferner den Geheimvertrag vom 18. Juni 1881 (Pribram, Die polit. Geheimverträge Österreich-Ungarns I, Wien 1920, 14; Martens, N. R. G. 3. S. X 11).

Nr. 98. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 30. Sept. 1908 Nr. 56 B (eing. 2. Okt. 1908).^{a)} Ausfert.

Geheim. Mit meinem ergebensten Bericht No. 53 B geheim vom 10. des Monates ^{b)} hatte ich die Ehre, Euer Exzellenz gehorsamst zu melden, dass die XXV. Sitzung des Slovenski Jug durch das Erscheinen des kgl. Volkswirtschaftsministers Kosta Glavinić plötzlich unterbrochen wurde. Herr Glavinić war vom Ministerpräsidenten Velimirović beauftragt, beim Vereine zu intervenieren. Die Art und Ursache dieser Intervention sind aus dem ergebenst beigeschlossenen, bisher nicht zugänglichen Geheimprotokoll ersichtlich. Eine Photographie des Originals dieses Geheim-

dokumentes^{c)} erlaube ich mir gleichfalls beizufügen. Herr Glavinić be-
rühmt sich seiner einstigen persönlichen Teilnahme an der Arbeit des
Slovenski Jug, versichert, dass alle Minister des derzeitigen Kabinetts
dem Vereine die größte Anerkennung zollen, und bittet schliesslich, dass
der Slovenski Jug, für einige Tage, d. h. bis zur Rückkehr von Herrn Milo-
vanović die Arbeit einstelle. Die Ursache dieser Intervention war ein Wiener
Telegramm des Ministers des Äussern, der beim dortigen serbischen Ge-
sandten Simić Schwerwiegendes erfahren haben soll.^{d)} Franz.

^{a)} Vgl. n. 75 Anm. h, 135, 165 Anm. b, 487 Anm. b, 512 Anm. b. —

^{b)} Dieser Bericht enthält Mitteilungen über einige, der Belgrader Gesandtschaft
in die Hände gespielte apokryphe Dokumente (vgl. n. 1769 und 1972). Von diesem,
mehrere starke Pakete umfassenden Material wurden nur einige Stichproben —
und zwar in den folgenden Aktenstücken zitierte Dokumente — abgedruckt: Das
oben gebrachte sowie die Beilagen zu n. 598 und 1742. Zu dem vorliegenden Bericht
vgl. n. 1795. — ^{c)} Diese liegt bei, wird jedoch nicht abgedruckt. — ^{d)} Vgl. Beilage
und n. 113. •

Beilage zu n. 98. Amtliche Übersetzung eines apokryphen Dokumentes.

Zentralleitung.

Beratungsbeschlüsse und Entscheidungen, erbracht und entschieden
beim 25. Zusammentritte der Zentralleitung des „Slovenski Jug“.

Belgrad, am 1. September 1908.

1. Über die Ursache des Besuches des Herrn Glavinić.

Referat des Herrn Präsidenten:

Die Zentralleitung hat die heutige Sitzung unterbrochen, um ihr
gewesenes Mitglied, den jetzigen Volkswirtschaftsminister, anzuhören, welcher
als Mitglied der Regierung erschienen ist und gehört zu werden wünscht.

Herr Kosta Glavinić hat uns mitgeteilt:

Geehrte Herren! Als Euer Kollege habe ich in diesen geweihten
Räumen viel Zeit damit verbracht, um in Gemeinschaft mit Euch einen
Modus zu finden, wie man unseren Brüdern, die der Fremdling unterjocht
hat, helfen könnte, ferner um einen Weg zu schaffen, auf dem wir vereint
mit ihnen an der Verwirklichung des heiligen Gedankens der Vereinigung
des Serbenthums arbeiten könnten.

Mein Vorgehen sowie meine Schritte, die ich für diese heilige Sache
bisher unternommen habe, reichen gewiss hin, um jeden Verdacht über
meine Absichten und Pläne zu beseitigen (wenn ein solcher bei Euch je
erwachen konnte). Ich bitte Euch, meine Herren, mich nicht falsch zu ver-
stehen. Euch ist gewiss bekannt, dass die Presse unserer benachbarten
Länder in der letzten Zeit das offizielle Serbien unaufhörlich als den Urheber
der Unruhen nicht nur in Alt-Serbien und Mazedonien, sondern auch in
den von Österreich-Ungarn okkupierten Landesteilen verdächtigt. Dies
hat Herrn Milovanović Anlass gegeben, über diese Erscheinung ernstlich
nachzudenken, und haben wir in unserem letzten Ministerrat diese Frage
gründlich behandelt und erwogen.

Wie Euch schon bekannt ist, hat der Herr Minister eine Abänderung
Eures Reglements (Statuts) nach seinem Gutdünken verlangt. Wenn ich
mich nicht irre, so verhandelt Ihr auch jetzt hier über denselben Gegenstand.

Ich versichere, meine Herren, dass wir im Kabinette alle ohne Ausnahme über das Erwachen des Selbstbewusstseins unserer Brüder jenseits der Drina, welche als reifes Volk bereit sind, sich aus dem Joche Österreich-Ungarns zu befreien, sehr erfreut sind und hoffen, dass dieses in Bosnien und der Herzegovina heute so reich geäußerte Bestreben auch unserer gegenwärtigen Regierungspolitik nützen wird. Alles das, meine Herren, hätte aber ohne Euer Bemühen und ohne unsere tatkräftige Mithilfe nicht eintreten können.

Ich weiss momentan nicht, was Herr Milovanović vom Gesandten Herrn Simić in Wien so Schwerwiegendes erfahren hat, als er sich bewogen sah, uns mittels Depesche zu verständigen, dass wir bis zu seiner Rückkehr dem Klub jede Arbeit hier wie drüben verwehren.

Herr Velimirović hat mich ersucht, Euch dies mitzuteilen, und Euch zu bitten, dieser Forderung nachzukommen. Ich komme hiemit dieser Pflicht nach und bitte Euch ebenfalls, das zu erfüllen, was von Euch für jetzt verlangt wird.

Beschluss: Der Präses der Zentralleitung dankt im Namen des Klubs für die Aufmerksamkeit und das Vertrauen, welches die erstere bei den Mitgliedern der Regierung genießt und versichert Herrn Kosta Glavinić, dass die Zentralleitung sich auch weiters bemühen wird, dieses erlangte Vertrauen durch seine fernere Arbeit zu erhalten und zu festigen. Gleichzeitig hebt der Präsident hervor, daß die heutige Sitzung als beschlossen betrachtet und die Forderung des Herrn Glavinić zur Kenntnis genommen und respektiert werden wird.

Die Zentralleitung.

Der Vicepräsident:
Lj. Jovanović m. p.

Der Präsident:
B. Marković m. p.

Nr. 99. Erlaß nach Konstantinopel, 30. Sept. 1908 Nr. 1809.^a) Konz. (S. Pogatscher u. Khuen; G. Aehrenthal).

Geheim. Die Euer Exzellenz aus meinen geheimen Mitteilungen bereits bekannten Entschliessungen betreffs der Annexion Bosniens und der Herzegovina sowie der Räumung des Sandschaks von Novibazar werden der Pforte und den Mächten gegenüber in der Form zur Ausführung gelangen, dass wir den mit der ersteren bezüglich dieser Gebiete geschlossenen Vertrag, nämlich die Konvention von Konstantinopel vom 21. April 1879, kündigen und diese Kündigung den Signatar-Mächten zur Kenntnis bringen. In der Anlage erhalten Euer Exzellenz den Text der an die Pforte zu richtenden bezüglichen Mitteilung, für welche mir die Form einer note verbale der k. u. k. Botschaft am entsprechendsten scheint. Sollten Euer Exzellenz jedoch finden, dass eine note signée den dortigen Usancen besser entspräche, so hätte ich auch hiegegen keine Einwendung; in diesem Falle wollen Euer Exzellenz die Schlussformel entsprechend modifizieren. In der Redaktion dieser Mitteilung ist den Konsiderationen tunlichst Rechnung getragen, die Euer Exzellenz diesfalls, speziell in Ihrem Telegramme vom 22. d. M. vorgebracht haben. Die Zurückziehung unserer Truppen aus dem Sandschak ist daselbst in den Vordergrund gerückt und als Beweis

unseres Vertrauens in die neue Aera sowie in die Fähigkeit der Türkei den status quo daselbst allein aufrechtzuerhalten, hingestellt. Eine ausdrückliche Verzichtleistung auf die im Berliner Verträge stipulierten Rechte betreffs des Baues von Kommunikationen erschien allerdings nicht opportun, weil in der erwähnten Konvention von diesen Rechten nicht die Rede ist und wir in der Mitteilung an die Pforte ja nur auf die Konvention Bezug nehmen. Der Ausdruck „Annexion“ ist in unsere Redaktion nicht aufgenommen, allein die Wendung „que nous reprenons l'entière liberté d'action“ gibt in schonender Form demselben Gedanken mit genügender Klarheit Ausdruck, umsomehr als durch das gleichzeitig erscheinende Allerhöchste Manifest jeder Zweifel behoben werden wird. Nachdem für diesen Akt der 7. Oktober in Aussicht genommen ist, die Verständigung der Pforte aber gleichzeitig erfolgen soll, so wollen Euer Exzellenz die Uebermittlung der Note an die Pforte gleichfalls am 7. Oktober zu möglichst früher Stunde bewerkstelligen. Was die Wirkung unseres Vorgehens in Konstantinopel betrifft, so können wir uns, wie Euer Exzellenz dies selbst hervorheben, darüber nicht täuschen, dass dieselbe namentlich unter den ersten Eindrücken, trotz der gleichzeitigen Räumung des Sandschaks eine ungünstige sein dürfte, dass ein formeller Protest der Pforte die wahrscheinliche Folge sein und vielleicht auch unter der Bevölkerung eine gewisse Erregung Platz greifen wird. Ich möchte mich jedoch der Hoffnung hingeben, dass die anfängliche Irritation mit der Zeit einer ruhigeren Stimmung weichen und dass es speziell Euer Exzellenz gelingen wird, durch eine entsprechende Darlegung unserer Haltung auf gewisse massgebende Politiker in beruhigender Weise einzuwirken. Den geeigneten Zeitpunkt für eine solche Einwirkung sowie die näheren Modalitäten derselben glaube ich vollkommen dem Ermessen Euer Exzellenz überlassen zu sollen und ich bin mit der Sprache, welche Euer Exzellenz in Ihrem geheimen Privatschreiben vom 23. I. M. in Aussicht nehmen, vollkommen einverstanden. Euer Exzellenz dürften bei den türkischen Politikern Verständnis dafür finden, dass einerseits die Annexion Bosniens und der Herzegovina nur die nunmehr unabweislich gewordene Umwandlung eines faktischen in einen rechtlichen Zustand bedeutet und dass andererseits die Zurückziehung unserer Truppen aus dem Sandschak, welche Massregel vielfach — besonders im Inlande — abfällig beurteilt werden wird, ein schwerwiegender und eklatanter Beweis dafür ist, dass wir jeden Gedanken an einen Ländererwerb auf Kosten des jetzigen türkischen Besitzstandes perhorreszieren; anderenfalls wäre ja diese unsere Massregel gar nicht erklärlich. Wiederholt haben die jungtürkischen Politiker und ihre publizistischen Organe den grossen Wert betont, welchen sie auf ein wirklich gutes Verhältnis zur Monarchie legen. Nun haben aber die Erfahrungen insbesondere der letzten Monate gezeigt, dass die ungeklärte Lage einerseits in Bosnien, andererseits im Sandschak eine Quelle fortwährender irritierender Zwischenfälle ist und namentlich von uns feindlich gesinnter Seite nicht ohne Erfolg dazu ausgenützt wird, um die Mohamedaner der gegen uns gerichteten Agitation dienstbar zu machen. Nur wenn an Stelle der bisherigen Ungewissheit in Bosnien und dem Sandschak eine klare Situation tritt, werden die Beziehungen zwischen den beiden

Reichen auf eine gesunde Grundlage gestellt und können sich zu dauernd freundschaftlichen und vertrauensvollen gestalten. Ein solches Raisonement dürfte vielleicht nicht ohne günstige Wirkung auf die Stimmung und Haltung der Pforte und der türkischen Politiker uns gegenüber bleiben. Mit Rücksicht auf die Erregung, welche unser Vorgehen zunächst möglicherweise in Konstantinopel und in der Provinz hervorrufen dürfte, glaube ich Euer Exzellenz nahelegen zu sollen, während der kritischen Zeit den Mitgliedern der Botschaft eine gewisse Vorsicht in ihren Bewegungen anzuempfehlen. Ebenso halte ich es für opportun, dass unsere Konsularvertreter in der Türkei in demselben Sinne instruiert werden und ersuche demnach Euer Exzellenz, am 7. Oktober eine bezügliche telegraphische Chiffre-Weisung an dieselben ergehen zu lassen. Zu Ihrer vollständigen Orientierung beehre ich mich Euer Exzellenz auch den Text der an die k. u. k. Botschafter in Berlin, London, Paris, St. Petersburg und Rom ergangenen Weisung in der Anlage^{b)} mitzuteilen.

^{a)} Oe.-U. Bosnien I Nr. 1 unter dem 3. Okt. — Dieser Erlaß wurde am selben Tag unter Nr. 1811 dem interimistisch mit der Führung der Geschäfte des Zivilagenten in Mazedonien betrauten Generalkonsul Alfred Rappaport in Saloniki mit der Weisung mitgeteilt, in demselben Sinne auf Hilmi Pascha und die hervorragenderen Mitglieder des jungtürkischen Komitees einzuwirken. Vgl. n. 85, 90, 126. — ^{b)} Vgl. n. 116, 117, 208.

Beilage zu Nr. 99. Entwurf einer vom Botschafter in Konstantinopel an die türkische Regierung zu richtenden Verbalnote; Konstantinopel, 7. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Pessler; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Note verbale.

Lorsque le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique conclut il y a bientôt 30 ans avec le Gouvernement Impérial ottoman la convention du 21 avril 1879 destinée à régler par rapport au Sandjak de Novibazar l'exécution de l'article XXV du traité de Berlin, il se rendait parfaitement compte de l'étroite solidarité des intérêts qui unissait dans ces parages la monarchie austro-hongroise et l'Empire ottoman. Cette solidarité d'intérêts se manifestait entre autres dans celle des dispositions de la convention de Constantinople qui prévoyait la présence simultanée de garnisons austro-hongroises et ottomanes dans certaines localités du Sandjak. Le but visé par cette coopération amicale des troupes austro-hongroises et ottomanes a été pleinement atteint. Nous avons réussi à maintenir l'ordre et à assurer la paix de l'Europe, qu'une conflagration dans ces parages aurait pu facilement mettre en danger à un moment, où l'Empire ottoman était affaibli par les suites d'une guerre sanglante. Depuis, la situation a subi un changement radical; les 30 années qui ont suivi la signature de la convention de Constantinople ont donné à l'Empire ottoman le temps de se recueillir; le mouvement politique surtout qui se manifeste à l'heure qu'il est en Turquie, sous les auspices de Sa Majesté le Sultan, laisse entrevoir une affirmation de l'idée de l'Etat ottoman et par là même une consolidation des bases de l'Empire. Le Gouvernement Impérial et Royal a donné — il n'y a pas longtemps — au Gouvernement Impérial une preuve de ses intentions éminemment bienveillantes et pacifiques en informant

la Sublime Porte qu'il était, le cas échéant, tout disposé à insérer dans la convention future concernant le raccordement Uvac-Mitrovica une clause portant que la Monarchie n'userait plus dorénavant de son droit de placer des troupes sur d'autres points du Sandjak que ceux où elles se trouvent actuellement sans un accord préalable avec le Gouvernement Impérial. Aujourd'hui où l'inauguration d'une nouvelle ère politique à Constantinople paraît être d'excellent augure pour l'avenir de l'Empire le Cabinet de Vienne se plaît à espérer que le Gouvernement Impérial réussira à lui seul à maintenir l'ordre dans le Sandjak et de remplir ainsi dans ces contrées la tâche qui y incombait jusqu'à présent à la coopération des deux Gouvernements. Le Gouvernement Impérial et Royal n'hésite donc pas à déclarer qu'il renonce à faire valoir à l'avenir les droits que la convention de Constantinople lui confère par rapport au Sandjak de Novibazar. Quant aux troupes Impériales et Royales, elles ont reçu l'ordre d'évacuer les localités où elles tiennent garnison. Par ce fait de haute importance le Cabinet de Vienne n'entend pas seulement donner au Gouvernement Impérial une preuve éclatante de sa confiance et de ses sentiments sincèrement amicaux, il oppose par là en même temps le démenti le plus formel aux bruits qui lui prêtent des ambitions égoïstes et des convoitises territoriales. S'il est entendu que le Gouvernement Impérial et Royal n'a plus l'intention de faire appel aux dispositions du traité de Constantinople en tant qu'elles se rapportent au Sandjak de Novibazar, il lui incombe d'autre part le devoir de préciser son point de vue à l'endroit des autres questions spécifiées dans cette même convention. La mission que le traité de Berlin lui a confiée en Bosnie et en Herzégovine l'Autriche-Hongrie l'a remplie pour le bien de ces populations et dans l'intérêt même de l'Empire ottoman. En effet, seule la situation créée en Bosnie et en Herzégovine par le traité de Berlin et maintenue à l'état de stabilité par l'Autriche-Hongrie a permis à la Turquie de concentrer ses forces pour la sauvegarde de l'intégrité territoriale de l'Empire. La Bosnie et l'Herzégovine sont arrivées aujourd'hui — grâce au travail assidu de l'administration austro-hongroise — à un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; le moment paraît donc venu de couronner l'œuvre entreprise en octroyant à ces provinces les bienfaits d'un régime autonome et constitutionnel, ardemment désiré par la population entière. Le Gouvernement Impérial et Royal doit cependant pour réaliser ses intentions généreuses régler d'une façon précise la situation de ces deux provinces et pourvoir à une garantie efficace contre les dangers qui pourraient menacer la stabilité du régime établi en 1878. Le Cabinet de Vienne se voit donc devant l'impérieuse nécessité de s'affranchir des réserves contenues dans la convention de Constantinople et de reprendre quant à la Bosnie et l'Herzégovine son entière liberté d'action; il aime à croire que les relations entre les deux pays, délivrées de l'incertitude de la situation en Bosnie-Herzégovine et dans le Sandjak ne feront que gagner en présence de l'état de choses bien défini et normal que nous voulons établir. L'Ambassade Impériale et Royale est chargée de porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement Impérial. Constantinople 7 Octobre 1908.

a) Oe.-U. Bosnien I Nr. 1. Die Note wurde jedoch laut Amtsvermerk Musulins schon am 6. Okt. nachmittags übergeben. Vgl. auch n. 149, 208, 239, 256.

Nr. 100. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Sept. 1908 Nr. 80 A
(eing. 3. Okt.).^{a)} Ausfert.

Geheim. . . . *Verstimmung zwischen Türkei und Bulgarien wegen Nichteinladung des bulgarischen Agenten Geschoff zu einem diplomatischen Diner.* . . . Man tadelt jetzt fast allgemein die Haltung der Regierung in der Geschoff-Affaire und hebt hervor, dass es ein Fehler war, bei der gegenwärtigen Situation die Frage des Vasallenverhältnisses Bulgariens ohne Grund aufs Tapet zu bringen. Ferid Pascha sprach sich neulich mir gegenüber mit großer Entschiedenheit in diesem Sinne aus und verhehlte mir nicht, dass er jetzt mit Besorgniss in die Zukunft blickt. Auch von anderer Seite höre ich dasselbe Urtheil aussprechen. Man fürchtet allgemein, dass Bulgarien heute oder morgen seine Unabhängigkeit declarieren könnte. In jungtürkischen Kreisen wird allerdings vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Türkei die Unabhängigkeit Bulgariens ruhig hinnehmen könnte, ja dass die Lösung des gegenwärtig rein formellen Vasallenverhältnisses für die Türkei sogar ein Vortheil wäre; um keinen Preis möchte man aber mit der Unabhängigkeitsfrage auch jene Ostrumeliens definitiv gelöst wissen. Diese Provinz hätte nach Ansicht dieser Kreise in ihrem derzeitigen Verhältnisse zur Pforte respective zum Fürstenthume zu verbleiben. Der Hintergedanke, welcher dieser Combination zu Grunde liegt, ist der, dass die Türkei sich in einigen Jahren vollkommen consolidieren und dann die ostrumelische Frage ihrem Interessen entsprechend zu lösen imstande sein werde. Allgemein wird behauptet, dass die Türkei Ostrumelien ohne Krieg nicht aufgeben könne und selbst unter den gegenwärtigen, ungünstigen Verhältnissen einen solchen riskiren müsste. Von unserem Standpunkte aus scheint es mir nicht erwünscht, wenn im gegenwärtigen Augenblicke die Frage der Unabhängigkeit Bulgariens aufs Tapet kommen sollte, man wird in diesem Falle ohne Zweifel hier den Argwohn hegen, dass wir dabei die Hand im Spiele haben und einen Zusammenhang zwischen dieser Angelegenheit und der von uns ins Auge gefassten Aktion construieren. Auch würde es für die türkische Regierung auf diese Art viel schwerer sein, gleichzeitig die eventuellen Folgen der beiden Ereignisse zu überwinden.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 87, 101, 124, 156.

Nr. 101. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Sept. 1908 Nr. 80 C
(eing. 3. Okt.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe gestern mit Baron Marschall bei Marquis Imperiali gespeist. Nach dem Essen hatten wir einen längeren Ideenaustausch über die beiden jetzt auf der Tagesordnung stehenden Fragen, nämlich Geschoff-Affaire und ostrumelische Eisenbahnfrage. Im Laufe dieses Gespräches machte uns der italienische Botschafter einige nicht uninteressante Mittheilungen über eine Unterredung, die er vorgestern mit dem Grossvezir hatte. . . . *Ostrumelische Eisenbahnen.* . . . Mein italienischer College machte, wie er uns weiter erzählte, im Laufe dieses Gespräches dem Großvezir eine Andeutung über die Möglichkeit, dass

sich Bulgarien, wenn die Geschoff-Affaire nicht geregelt werden würde, unabhängig erklärt. Diese Bemerkung des italienischen Botschafters brachte Kjamil Pascha in die grösste Aufregung. Sich vor Erregung aufrichtend antwortete er: „Dies wäre der Krieg! Ich selbst würde mich, wenn Bulgarien so etwas wagen würde, wieder jung fühlen und wir alle hätten dann nur einen Gedanken, nämlich mit Bulgarien endgiltig abzurechnen.“ Die obige Erzählung des italienischen Botschafters machte auf Baron Marschall sichtlichen Eindruck. Er sagte, er sei der Überzeugung, dass Kjamil Pascha wirklich so denkt, wie er gesprochen hat; denn auch seine eigenen Informationen, welche hauptsächlich aus militärischen Kreisen stammen, stimmen mit den Äusserungen des Grossvezirs vollkommen überein. In der Armee herrsche grosse Erbitterung gegen Bulgarien und es könne seiner Ansicht nach keinem Zweifel unterliegen, dass es zwischen Bulgarien und der Türkei zum Kriege kommen würde, wenn Bulgarien durch die Erklärung seiner Unabhängigkeit auch das staatsrechtliche Verhältniss Ostrumeliens zur Türkei ändern wolle. Mein italienischer College stimmt der diesbezüglichen Auffassung Baron Marschalls vollkommen bei. Beide Botschafter sind der Ansicht, dass die Türkei, wenn es jetzt zum Kriege käme, auf die Hilfe Serbiens, Griechenlands, ja sogar Rumäniens rechnen könnte. Was speciell Rumänien anbelangt, meinte Baron Marschall, dass es unter allen Umständen schon durch Aufstellung eines Beobachtungscorps an der Grenze Bulgariens die Kräfte des Fürstenthums theilweise lahmlegen würde.^{b)} Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 100, 104. — ^{b)} Vgl. n. 127.

Nr. 102. Tel. des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 30. Sept. 1908 Nr. 22 (eing. 7 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm No. 34. Herr Pichon erwartet Botschafter Graf Khevenhüller Samstag, den 3. October um 9½ Uhr vormittages bei sich.^{a)} Nemes.

^{a)} Amtsvermerk: Graf Khevenhüller wurde am 1. October schriftlich von dem Inhalte dieses Telegrammes verständigt. Wense. 21. Okt. 1908.

Nr. 103. Privatschreiben an den russischen Minister des Äußern Iswolsky in Paris; 30. Sept. 1908 Nr. 1812.^{a)} Konz.^{b)} (S. Musulin).

Je réponds par ces lignes à votre aimable lettre en date du 23 septembre, par laquelle vous avez bien voulu me faire savoir que votre projet de réponse à notre dernier memorandum, rédigé sur la base de notre entretien à Buchlau, a déjà été expédié à St. Pétersbourg pour être soumis à Sa Majesté l'Empereur. Je crois donc pouvoir attendre d'un jour à l'autre l'arrivée de votre note responsive. Quant à ma récente promesse de vous avertir un moment plus tôt, dès qu'une décision définitive aura été prise par rapport à la Bosnie et l'Hercegovine — je suis aujourd'hui à même de vous communiquer très confidentiellement que les dernières querelles qui nous sont parvenues sont de nature à hâter la solution de cette question. J'ai dans ce sens présenté mon rapport à Sa Majesté l'Empereur et Roi mon Auguste maître et la date du 7 octobre prochain a été fixé pour l'annexion des deux provinces. Les

Cabinets seront avertis de ce fait le jour même de la proclamation Impériale. En vous informant mon cher collègue de ce qui précède et cela plusieurs jours avant le terme du 7 octobre j'ai — fort de l'esprit de notre entretien de Buchlau — la ferme conviction que nous pouvons compter sur une attitude bienveillante et sympathique de la part de la Russie. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 97, 144, 326, 465. — ^{b)} Amtsvermerk (Peßler): Ausfertigung wurde von Seiner Exzellenz dem Herrn Minister unterfertigt. 30. Sept. Peßler. Durch Seine Exzellenz Graf Khevenhüller nach Paris mitgenommen. Peßler.

Nr. 104. *Tel. aus Konstantinopel, 1. Okt. 1908 Nr. 355 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.*

Baron Marschall hat mich heute aufgesucht und mir nahegelegt, dass man in hiesigen Regierungskreisen wegen unserer Haltung in der bulgarischen Frage besorgt sei. Man glaube, sagte er, Österreich-Ungarn unterstütze die Unabhängigkeitstendenz Bulgariens mit Rücksicht auf bosnische Frage, die man einer Lösung zuführen wolle. Ich antwortete dem deutschen Botschafter, dass die Frage der Unabhängigkeit Bulgariens mit Bosnien gar nichts zu tun habe. Wenn überhaupt von der bulgarischen Unabhängigkeit jetzt die Rede sei, so träfe niemand anderen die Schuld als eben die türkischen Staatsmänner, welche ohne auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen und ohne allen Grund die Frage des Vasallenverhältnisses Bulgariens auf die Tagesordnung gezerzt haben. Was aber Bosnien anbelange, sagte ich Baron Marschall, sei es lächerlich, wenn man sich türkischerseits der Illusion hingeben sollte, wir würden je dieses Land verlassen. Diese Frage könne früher oder später nur in einem Sinne definitiv gelöst werden, nämlich in dem Sinne der Annexion unsererseits. Der deutsche Botschafter stimmte mir in letzterer Beziehung vollkommen zu, meinte aber, das jetzige türkische Regime würde zusammenbrechen, wenn die Lösung der bosnischen Frage mit jener der bulgarischen zeitlich zusammenfallen sollte. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 101, 108.

Nr. 105. *Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Széchényi in London, 1. Okt. 1908 Nr. 61 (chiffr. 9 U. a. m.).^{a)} Konz. (S. Paul Esterházy; G. Call).*

Der heute abgereiste Graf Mensdorff wünscht Samstag den 3. 1. Mts., im Laufe des Tages Sir Charles Hardinge aufzusuchen falls dieser in London ist. Bitte mit Letzterem Stunde zu vereinbaren und Seiner Exzellenz bei dessen Ankunft in London über das Verfügte Meldung zu erstatten.

^{a)} Vgl. n. 93.

Nr. 106. *Tel. an den Legationssekretär Alexander Freiherrn von Lago in St. Petersburg; Budapest, 1. Okt. 1908 ohne Nr. (chiffr. 9 U. 45 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Gagern).*

Graf Berchtold trifft Montag den 5. Oktober Früh in St. Petersburg ein. Euer Hochwohlgeboren wollen schon jetzt die erforderlichen Schritte

unternehmen, damit der Botschafter, wenn irgend möglich, am 5. oder 6. Oktober vom Kaiser Nikolaus behufs Überreichung eines Schreibens Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät^{b)} in Audienz empfangen werde.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 107. — ^{b)} n. 97.

Nr. 107. Tel. des Legationssekretärs Alexander Freiherrn von Lago aus St. Petersburg, 1. Okt. 1908 Nr. 137 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 1. d. M. aus Budapest. Herr von Tscharykow versprach sofort nötige Schritte wegen Audienz Grafen Berchtold einzuleiten. Kaiser Nikolaus befindet sich noch in finnländischen Schären, wohin Botschafter voraussichtlich wird reisen müssen. Gleichlautend nach Budapest. Lago.

Nr. 108. Tel. des Legationsrates Grafen Laurenz Szápáry aus Bukarest, 2. Okt. 1908 Nr. 52 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Der hiesige türkische Gesandte stellte heute an Ministerpräsidenten, Herrn Sturdza, im Auftrage seiner Regierung die offizielle Anfrage, welche Haltung Rumänien für den Fall eines Krieges zwischen der Türkei und Bulgarien einnehmen werde. Der Gesandte zeigte einen bezüglichen telegraphischen Auftrag aus Konstantinopel. In demselben wird mitgeteilt, das zu Folge Informationen aus Sofia die bulgarische Regierung die Absicht habe, die Unabhängigkeit Bulgariens zu proklamieren. Da die Türkei nicht zugeben wolle, dass die türkische Provinz Ostrumelien ihr durch eine Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entrissen werde, beabsichtige die Türkei, die Provinz Ostrumelien nach erfolgter Proklamierung der Unabhängigkeit mit Waffengewalt von Bulgarien zurückzuerobern. Herr Sturdza bittet Euer Exzellenz dringend, ihm eine Mitteilung zukommen zu lassen, wenn die Unabhängigkeitserklärung tatsächlich erfolgen sollte. Er versicherte, daß im Falle eines Krieges zwischen Türkei und Bulgarien die rumänische Regierung ihre Entschlüsse im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn fassen werde. Um einer Überrumpelung durch eingetretene Ereignisse vorzubeugen, sucht Herr Sturdza durch die obige, an Euer Exzellenz gerichtete Bitte mit Euer Exzellenz in Fühlung zu bleiben. Ich habe Herrn Sturdza gefragt, ob Rumänien gegenwärtig ebenso wie vor einigen Wochen vollkommen freie Hand sowohl gegenüber Bulgarien wie gegenüber der Türkei habe. Herr Sturdza versicherte mich, daß Rumänien weder gegenüber der Türkei noch gegenüber Bulgarien für den Fall eines Krieges zwischen beiden irgendwelche Verpflichtung habe. Herr Sturdza ermächtigte mich, dies Euer Exzellenz zu melden. Der Ministerpräsident begibt sich morgen nach Sinaia, um mit Seiner Majestät dem König die Anfrage der türkischen Regierung zu besprechen. Ich treffe Montag vormittag mit Sturdza zusammen. Ich bitte Euer Exzellenz, mich bis dahin telegraphisch beauftragen zu wollen, Herrn Sturdza die Versicherung geben zu dürfen, dass Euer Exzellenz ihn verständigen lassen werden, sobald die von Konstantinopel gemeldeten Absichten der bulgarischen und der türkischen

Regierung zur Ausführung gelangen. Ich bitte ferner, behufs Verständigung des Herrn Sturdza mir mitteilen lassen zu wollen, ob Euer Exzellenz über die Absicht der bulgarischen Regierung, die Unabhängigkeit zu erklären, und über den darauf folgenden Ausbruch eines Krieges zwischen der Türkei und Bulgarien mit den obigen gleichlautende Informationen zugekommen sind. Über die Antwort, die Herr Sturdza dem türkischen Gesandten erteilt hat, berichte ich in meinem nächsten Telegramm. Szápáry.

a) Vgl. n. 104, 109.

Nr. 109. Tel. des Legationsrates Grafen Laurenz Szápáry aus Bukarest, 2. Okt. 1908 Nr. 53 (eing. 3. Okt. 9 U. a. m.) a) Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramme Nr. 52. Herr Sturdza erwiderte auf die Frage des türkischen Gesandten, welche Haltung Rumänien im Falle eines Krieges zwischen der Türkei und Bulgarien einnehmen werde, daß er diesbezüglich keine bindenden Erklärungen abgeben könne. Die türkische Regierung habe in Bukarest nicht angefragt, bevor der erste verletzende Schritt gegen den bulgarischen Agenten in Konstantinopel unternommen wurde. Die Pforte hätte sich die Komplikationen, die aus einer Brückierung Bulgariens entstehen könnten, vergegenwärtigen sollen. Der türkische Gesandte gab der Meinung Ausdruck, daß die Pforte bei dem Vorgehen gegenüber Bulgarien Komplikationen nicht heraufbeschwören und nur das tatsächliche Verhältnis zwischen der Türkei und Bulgarien markieren wollte. Herr Sturdza antwortete, wie er mir mitteilte, dass die Pforte, welche statt Schwierigkeiten in auswärtigen Fragen zu vermeiden, den ersten Inzidenzfall herbeiführte, nun selbst trachten müsse, aus der Situation einen Ausweg zu finden. Vor einigen Tagen fragte der hiesige bulgarische Agent Herrn Sturdza, nicht in offizieller Weise wie heute der türkische Gesandte sondern gesprächsweise, wie sich die rumänische Regierung im Falle eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei verhalten würde. Herr Sturdza antwortete damals auch, er könne für diese Eventualität keine bindenden Erklärungen abgeben. Die Sympathie Rumäniens für Bulgarien könne er für diesen Fall nicht in Aussicht stellen, denn die rumänischen Bestrebungen auf dem Balkan seien darauf gerichtet, dass am Balkan Ruhe und Ordnung herrschen. Falls Bulgarien der Türkei den Krieg erkläre oder durch sein Verhalten die Türkei zu einem Kriege zwingt, so würden die Sympathien Rumäniens nicht auf Seite des Ruhestörers sein. Ich fand Herrn Sturdza heute nach dem Besuche des türkischen Gesandten in besorgnisvoller Stimmung. Er leitete das Gespräch damit ein, dass er mich ersuchte, die Mitteilungen, die er mir mache, streng vertraulich zu behandeln, da es sich um eine sehr ernste Frage handle. Im Verlaufe der Unterredung kam er wiederholt auf die Versicherungen zurück, Rumänien werde im Falle einer Konflagration am Balkan seine Haltung im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn regeln und bat, um dies zu ermöglichen, um die in meinem Telegramm Nr. 52 angeführten Informationen.

Szápáry.

a) Vgl. n. 114, 124.

*Nr. 110. Privatschreiben des russ. Botschafters, 19. Sept. 2. Okt. 1908.^{a)}
Eigenth. Ausfert.*

Je suis chargé de Vous prévenir confidentiellement et amicalement de ce que l'entretien de Mr. Isvolsky avec Mr. Tittoni, à Desio, ayant porté sur la Bosnie et l'Herzégovine; Mr. Isvolsky a mis son interlocuteur au courant de l'échange de vues, dans ses détails, qu'il a eue avec Votre Excellence à Buchlau, au sujet de cette question. Le Ministre des Affaires Etrangères d'Italie a paru disposé à entrer dans le même ordre d'idées et Mr. Isvolsky a lieu de croire qu'il s'en expliquera avec le Cabinet de Vienne, sous peu.

Ouroussoff.

^{a)} Vgl. n. 111, 159, 483, 1068.

*Nr. 111. Tel. des ersten Sektionschefs im Ministerium des Äußern
Guido Freiherrn von Call an den Minister des Äußern in Budapest,
2. Okt. 1908 Nr. 4 (eing. 6 U 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Aus Mitteilungen bekannter Quelle geht hervor, dass Herzog von Avarna dringend nach Rom berufen wurde; Herr Tittoni teilt ihm mit, die Eröffnungen Izvolski's seien von ausserordentlicher Wichtigkeit; er, Tittoni, bereite eine Antwort auf das Schreiben Euer Excellenz vor; Avarna ist beauftragt, Euer Excellenz zu bitten, vor Eintreffen seiner Antwort keine entscheidenden Beschlüsse zu fassen. In einer anderen Mitteilung, die das von Fiori verbreitete Gerücht der Annexion betrifft, spricht Herr Tittoni Avarna gegenüber die Hoffnung aus, das Wiener Cabinet werde sich nicht zu einem coup de tête verleiten lassen, der unabsehbare Konsequenzen hätte. Dem italienischen Geschäftsträger in Petersburg sagte Herr von Tscharykow, er habe erfahren, dass die österreichisch-ungarische Regierung die staatsrechtliche Stellung Bosniens und der Herzegowina zu modificieren beabsichtige u. zw. gelegentlich der nächsten Delegationen; er sei dadurch ebenso präoccupiert, wie durch die Haltung Bulgariens; nach seinen Quellen würde die Türkei die Unabhängigkeitserklärung des Fürstentumes mit dem Krieg beantworten.

Call.

^{a)} Vgl. n. 88, 110, 120, 130.

Erlaß nach Athen, 3. Okt. 1908 Nr. 1850. Siehe n. 112.

*Nr. 112. Erlaß nach Belgrad Nr. 1847 (1),^{a)} Bukarest Nr. 1848 (2),^{b)}
Cetinje Nr. 1849 (3),^{b)} Athen Nr. 1850 (4) und Sofia Nr. 1851 (5),^{c)}
3. Okt.^{d)} 1908^{e)}. Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

1.—5. Geheim bis zum 7. Okt. Euer etc. erhalten in der Anlage die Abschrift eines Zirkularerlasses an die k. und k. Botschaften bei den Signatarmächten. In diesem Zirkularerlasse werden die k. und k. Vertreter in Paris, Berlin, London, Rom und St. Petersburg angewiesen, zur Kenntniss der betreffenden Regierungen zu bringen, daß Seine k. und k. Apostolische Majestät, unser allergnädigster Herr, demnächst die Verleihung einer Verfassung an Bosnien und die Herzegowina und im Zusammenhange hiemit die Annexion dieser Provinzen auszusprechen geruhen wird.

1. Indem ich Euer Wohlgeboren das Vorstehende zu Ihrer rein persönlichen Information mitteile, verständige ich Sie gleichzeitig, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina am 7. Oktober l. J. stattfinden wird; zu irgend einer Mitteilung an die serbische Regierung über den Gegenstand haben wir natürlich keine Veranlassung. Ich empfehle Euer Wohlgeboren daher, an diesem und den folgenden Tagen eine gewisse Vorsicht bei Ihrem Verkehre außerhalb der Gesandtschaft zu beobachten und dieselbe auch den Herren und dem Personale der k. und k. Gesandtschaft und des k. und k. Konsulates anzuempfehlen.

2. Ich ersuche Euer Durchlaucht, von dem Inhalte dieses Zirkularerlasses Seine Majestät den König im Namen unseres allergnädigsten Herrn und in meinem eigenen im geeigneten Wege Kenntnis zu geben und auch Herrn Sturdza in streng vertraulicher Weise von der bevorstehenden Annexion der okkupierten Provinzen zu verständigen. Ich überlasse es Euer Durchlaucht, an der Hand der Ausführungen des Zirkularerlasses Seiner Majestät dem König und dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber die Motive auch mündlich darzulegen, die für Seine k. und k. Apostolische Majestät bei der Proklamierung der Annexion maßgebend waren; einen besonderen Nachdruck wollen Euer Durchlaucht auf den Umstand legen, daß die von uns schon lange beabsichtigte Einführung verfassungsmäßiger Zustände in Bosnien und der Herzegowina angesichts der Evolution in der Türkei nicht wohl länger hinausgeschoben werden, daß aber andererseits die Verleihung einer konstitutionellen Autonomie nur seitens der souveränen Gewalt erfolgen konnte. Da die Annexion Bosniens und der Herzegowina am 7. Oktober l. J. ausgesprochen werden wird, wollen sich Euer Durchlaucht auch an diesem Tage des Auftrages entledigen, der in dem vorliegenden Erlasse enthalten ist.

3. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, Fürst Nikolaus von dem Vorstehenden am 7. Oktober l. J., dem Tage, an dem die Annexion Bosniens und der Herzegowina ausgesprochen werden wird, Mitteilung zu machen. Euer Hochwohlgeboren wollen Ihrer Eröffnung in meinem Namen hinzufügen, daß dem Fürsten und der fürstlichen Regierung nunmehr Gelegenheit geboten sei, einen Beweis für die freundschaftlichen Gefühle zu erbringen, deren Versicherung wir ihrerseits so oft entgegengenommen haben. In diskreter Weise können Euer Hochwohlgeboren dem Fürsten gegenüber einfließen lassen, daß wir in dem zu erwartenden Falle, als das Fürstentum der vollzogenen Tatsache der Annexion gegenüber eine korrekte und sympathische Haltung bewahren würde, bereit wären, die dem Fürsten am Herzen liegende Frage der Subventionen für Strassenbauten im Fürstentume in Seinem Sinne zu regeln. Euer Hochwohlgeboren könnten weiter auch bemerken, daß wir unter derselben Voraussetzung nicht abgeneigt wären, in Zukunft mit dem Fürstentume in Verhandlungen einzutreten über eventuelle Modifikation einzelner der die Souveränität Montenegro's einschränkender Bestimmungen des Artikels XXIX des Berliner Vertrages. Ganz persönlich könnten Euer Hochwohlgeboren in vorsichtiger Weise auch andeuten, daß ich eventuell bestrebt sein würde, Seiner mir bekannten Ambition, die Inhaberschaft eines österreichisch-ungarischen Regiments verliehen zu erhalten, allerhöchsten Ortes das Wort zu reden.

4. und 5. Die vorstehende Mitteilung ist bis zu der am 7. d. M. erfolgenden Annexion Bosniens und der Herzegowina als streng geheim zu betrachten und nur zu Ihrer persönlichen Information bestimmt.

^{a)} Amtsvermerk: Zu expedieren am 3. Okt. — ^{b)} Amtsvermerk: Persönlich übergeben am 3. Okt. — ^{c)} Amtsvermerk: Am 30. [Sept.] zu expedieren. Vgl. n. 145. — ^{d)} Das Konz. ist offenbar vorausdatiert, vgl. oben Anm. c. — ^{e)} Vgl. n. 116, 170, 171.

Nr. 113. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 3. Okt. 1908 Nr. 57 A (eing. 5. Okt.).^{a)} Ausfert.

Von einer unbedingt verlässlichen Persönlichkeit wird mir ein Gespräch hinterbracht, in welchem Herr Milovanović sich über Serbiens Verhältnisse zu Österreich-Ungarn ausgesprochen hat, wobei er den privaten Charakter der Unterredung betonte. Der Herr Minister sagte, er habe versucht und versuche noch, die Agitation gegen die Monarchie zu dämpfen. Das Aufhören der Hetze und Propaganda wurde ihm zugesichert, wenn er Garantie leiste, dass die Monarchie in Bosnien-Herzegowina nichts gegen das serbische Interesse unternehmen wird. Diese Garantie möchte er, Milovanović, gerne geben, kann es aber nicht, weil er, wie jedermann in Serbien von der Allerhöchsten Thronrede schicksalsschwere, Serbien empfindlich tangierende Entscheidungen erwartet. Wenn in den Delegationen die Annexion ausgesprochen würde oder Entschlüsse verkündet werden, die das Wort „Annexion“ vermeiden, aber tatsächlich darauf hinauslaufen, so könne er — Milovanović — sich für gar nichts verbürgen. Die Erregung des serbischen Volkes würde das weitere Verhalten und Vorgehen diktieren. Der erste Teil dieser Eröffnungen geht von der Ansicht aus, dass das Königreich Serbien ein Wort dreinzureden hat, wenn Österreich-Ungarn sein Verhältnis zu den okkupierten Provinzen präzisiert. Ebenso falsch, wie diese Ansicht, ist auch die Perspektive, dass die Agitation gegen uns ein Ende nehmen würde. In dem undenkbbaren Fall einer Konnivenz gegenüber serbischen Präntionen würde die Agitation gegen die Monarchie natürlich erst recht einsetzen. Der zweite Teil der Ausführungen des Herrn Milovanović enthält eine Drohung. Der Herr Minister dürfte gewußt haben, dass seine Äusserungen mir hinterbracht werden; sie sind, glaube ich, bestimmt, zu Euer Exzellenz hoher Kenntnis zu kommen.

Franz.

^{a)} Vgl. n. 98 Anm. d.

Erlaß nach Berlin, 3. Okt. 1908 Nr. 1838. Siehe n. 116.

Erlaß nach Berlin, 3. Okt. 1908 Nr. 1843. Siehe n. 117.

Erlaß nach Bukarest, 3. Okt. 1908 Nr. 1848. Siehe n. 112.

Erlaß nach Cetinje, 3. Okt. 1908 Nr. 1849. Siehe n. 112.

Erlaß nach London, 3. Okt. 1908 Nr. 1839. Siehe n. 116.

Erlaß nach London, 3. Okt. 1908 Nr. 1844. Siehe n. 117.

*Nr. 114. Tel. aus London, 3. Okt. 1908 Nr. 57 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Ich habe heute nachmittag Sir Charles Hardinge gesprochen und ihm den Brief Euer Exzellenz^{b)} übergeben, als streng vertrauliche Mitteilung. In eine Diskussion über unsere bevorstehende Aktion wollte er, wie er mir ausdrücklich sagte, vorläufig nicht eingehen. Er spricht aber Euer Excellenz seinen aufrichtigen Dank für Hochderen Schreiben aus, das er in einigen Tagen zu beantworten gedenke. Er schien die Gründe zu unserem Vorgehen zu würdigen, bemerkte aber gleich, daß, was ihn zunächst beschäftigte „nur der Contrecoup sei“, den die Annexion hervorrufen könnte. Die Bestrebungen Bulgariens beunruhigen ihn. Eine Unabhängigkeitserklärung jetzt scheint ihm sehr bedenklich, weil dies das neue Regime in der Türkei erschüttern, die Reaktionsbestrebungen kräftigen und möglicherweise allgemeine Konflagration am Balkan hervorrufen könnte. Er befürchtet Kompensationsansprüche von verschiedenen Seiten; Griechenland, Serbien und möglicherweise Italien. Als ich ihm im Laufe des Gespräches streng vertraulich sagte, ich hätte den Eindruck, daß Russland unsere bevorstehende Annexion in freundschaftlichem Sinne aufnehmen würde, schien ihn das sehr zu beruhigen. Er sagte mir, dass wenn Russland und Italien unser Vorgehen günstig aufnehmen, die Annexion sich in einem viel (günstigeren)^{c)} Lichte zeigen würde. (Wenn ich autorisiert würde, etwas in diesem Sinne hier am 7. oder bald nachher zu sagen, würde es ohne Zweifel günstigen Effekt haben.) Ich bin von König Eduard eingeladen worden, am Montag den 5. d. M. in Balmoral einzutreffen und bis Ende der Woche zu verbleiben. Ich werde also die Note^{d)} am 7. d. M. durch Grafen Széchényi im Foreign Office überreichen lassen, wenn ich nicht bis dahin anderen Befehl von Euer Excellenz erhalte. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 91, 109, 115. — ^{b)} n. 91. — ^{c)} Chiffre fehlt. — ^{d)} n. 116.

*Nr. 115. Tel. aus London, 3. Okt. 1908 Nr. 58 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Sekretiert. Im Nachhange zum heutigen Telegramme 57. Ich habe heute abends Sir Ch. Hardinge wieder getroffen, der mir sagte, er habe heute nachmittag Telegramm des englischen Botschafters in Paris erhalten, dass Monsieur Louis vom französischen Auswärtigen Amte ihm sagte, „wir hätten der französischen Regierung Mitteilung von bevorstehender Annexion Bosniens gemacht und dass Deutschland, Russland und Italien zugestimmt hätten“. Unterstaatssekretär wiederholte mir, dass auch nach näherer Überlegung seine Hauptbesorgnis die sei, welche Wirkung unsere Aktion auf die Balkanstaaten haben würde. Er besorgt, dass bulgarische Unabhängigkeit gleichzeitig mit unserer Annexion proklamiert würde, was natürlich das neue Regime in der Türkei schwer schädigen würde. Von Sofia hört er, dass Fürst Ferdinand es seiner Regierung überlassen möchte, in seiner Abwesenheit den Schritt zu machen, während diese darauf bestehe, dass er zurückkehre und Verantwortung mit seiner Regierung trage. Vertraulich sagte mir Unterstaatssekretär, dass englische Regierung vor einiger

Zeit der Türkei den Rat erteilt hätte, bei jeder etwaigen Veränderung Ruhe zu bewahren, Fragen, welche den Berliner Vertrag betreffen, vor das Forum der Mächte zu bringen und jedenfalls keinen Krieg zu beginnen. Ganz England sei jetzt intensiv turkophil und die Türken anerkennen, dass frühere Haltung der englischen Regierung keine Hostilität gegen Türkei, sondern nur gegen das frühere Regime bedeutete. Sollte eine Reaktion in Konstantinopel eintreten — was immerhin befürchtet werden kann — so würde englische Stimmung wieder sofort sich verändern. Ich sagte Sir Ch. Hardinge eindringlichst, dass mit Rücksicht auf das bedeutende Entgegenkommen, welches wir durch Aufgeben unserer Rechte im Sandschak beweisen, englische Regierung im gegebenen Momente den Rat erteilen sollte, unsere Aktion in freundschaftlichstem Sinne aufzunehmen; da wir nichts mehr wünschen, als mit einem reorganisierten ottomanischen Reich die besten freundnachbarlichen Beziehungen zu unterhalten. Dadurch würde England der Türkei und der allgemeinen Beruhigung den besten Dienst erweisen. Auch betonte ich stark die von der k. u. k. Regierung beabsichtigte Erteilung einer Konstitution. Sir Ch. Hardinge anerkannte Richtigkeit der meisten meiner Argumente; erwartet aber starke allgemeine Erregung infolge unserer Aktion. Er bemerkte schliesslich, dass diese leicht zum Sturze Herrn Iswolskys führen könnte. Er sei begierig, was dieser sagen werde, denn niemand sei ängstlicher vor Presskritiken als der russische Minister des Äussern. Mensdorff.

a) Vgl. n. 118.

Nr. 116. Erlaß nach Paris Nr. 1837, Berlin Nr. 1838, London Nr. 1839, Rom Nr. 1840 und St. Petersburg Nr. 1841, 3. Okt. 1908.a) Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Pour assurer le développement pacifique des territoires situés au sud de la frontière de la Monarchie, le traité de Berlin confia à l'Autriche-Hongrie l'administration de la Bosnie et de l'Herzégovine avec en plus le droit de garnison dans le Sandjak de Novibazar, en réservant aux Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie de s'entendre à ce sujet. Cette entente fut amenée par la convention de Constantinople signée le 21 avril 1879, qui prévoyait la présence simultanée de garnisons austro-hongroises et ottomanes dans certaines localités du Sandjak. Le but visé par cette coopération amicale de troupes austro-hongroises et ottomanes a été pleinement atteint: nous avons réussi à maintenir l'ordre et à assurer la paix de l'Europe, qu'une conflagration dans ces parages aurait pu facilement mettre en danger. Depuis, la situation a subi un changement radical. La Turquie alors affaiblie par les suites d'une guerre sanglante, et impuissante à assurer à elle seule l'ordre et la tranquillité dans le Sandjak, s'est recueillie pendant les trente années qui suivirent la signature de la convention de Constantinople. Le mouvement politique surtout qui s'y manifeste à l'heure qu'il est sous les auspices de Sa Majesté le Sultan, laisse entrevoir une affirmation de l'idée de l'Etat ottoman et par là une consolidation des bases de l'Empire même. Dans ces circonstances le Cabinet de Vienne se plaît à espérer que le Gouvernement ottoman réussira sans autre appui à maintenir l'ordre

dans le Sandjak et à remplir seul dans ces contrées la tâche qui y incombait jusqu'à présent à la coopération des deux Gouvernements. Aussi le Gouvernement Impérial et Royal n'a-t-il pas hésité à informer la Sublime Porte qu'il renonçait à faire valoir à l'avenir les droits que la convention de Constantinople lui a conférés par rapport au Sandjak de Novibazar. Quant aux troupes Impériales et Royales, le Gouvernement Ottoman a été également informé qu'elles ont reçu l'ordre d'évacuer les localités où elles tiennent garnison. Par ce fait de haute importance le Cabinet de Vienne n'entend pas seulement donner au Gouvernement Impérial Ottoman une preuve éclatante de sa confiance et de ses sentiments sincèrement amicaux, il oppose par là en même temps le démenti le plus formel aux bruits qui lui prêtaient des ambitions égoïstes et des convoitises territoriales. En portant à la connaissance du Gouvernement Impérial Ottoman son intention de ne plus faire appel aux dispositions de la convention de Constantinople en tant qu'elles se rapportent au Sandjak de Novibazar, le Cabinet de Vienne crut nécessaire de préciser en même temps sa manière de voir quant aux autres questions spécifiées dans cette même convention. La mission que le traité de Berlin lui a confiée en Bosnie et en Herzégovine, l'Autriche-Hongrie l'a remplie pour le bien de ces populations et dans l'intérêt même de l'Empire Ottoman. En effet, seule la situation créée en Bosnie et en Herzégovine par le traité de Berlin et maintenue à l'état de stabilité par l'Autriche-Hongrie a permis à la Turquie de concentrer ses forces pour la sauvegarde de l'intégrité territoriale de l'Empire. La Bosnie et l'Herzégovine sont arrivées aujourd'hui — grâce au travail assidu de l'administration austro-hongroise — à un haut degré de culture matérielle et intellectuelle; le moment paraît donc venu de couronner l'œuvre entreprise en octroyant à ces provinces les bienfaits d'un régime autonome et constitutionnel ardemment désiré par la population entière. Le Gouvernement Impérial et Royal doit cependant pour réaliser ses intentions généreuses régler d'une façon précise la situation de ces deux provinces et pourvoir à une garantie efficace contre les dangers qui pourraient menacer la stabilité du régime établi en 1878. Le Cabinet de Vienne se voit donc devant l'impérieuse nécessité de s'affranchir des réserves contenues dans la convention de Constantinople et de reprendre quant à la Bosnie et l'Herzégovine son entière liberté d'action. Le Gouvernement austro-hongrois a eu soin d'informer la Sublime Porte par l'intermédiaire de l'Ambassade Impériale et Royale à Constantinople du point de vue ci-dessus exposé; il a en même temps exprimé l'espoir que les relations entre les deux pays, délivrées de l'incertitude de la situation en Bosnie-Herzégovine et dans le Sandjak ne feront que gagner en présence de l'état de choses bien défini et normal que nous voulons établir. Veuillez, Monsieur l'Ambassadeur, porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement auprès duquel Vous êtes accrédité et laisser sur demande copie de la présente dépêche entre les mains de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 3 Nr. 2. — Diese offenbar vorausdatierten Erlässe wurden ebenso wie die Erlässe n. 117 von den anfangs Oktober auf ihre Posten abreisenden Botschaftern mitgenommen (laut Amtsvermerk). Vgl. n. 91, 99, 112 Anm. d, 114, 118, 137, 155, 176, 178, 192, 195, 197, erste Beilage zu n. 311, 729, 780.

Nr. 117. Erlaß nach Paris Nr. 1842, Berlin Nr. 1843, London Nr. 1844, Rom Nr. 1845 und St. Petersburg Nr. 1846, 3. Okt. 1908. Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Im Nachhange zur hieramtl. Depesche vom heutigen Tage Nr. 1837 (1838 bis 1841) erhalten Euer Exzellenz in der Anlage eine Abschrift der in Konstantinopel am 7. 1. M. zu übergebenden Notifikation,^{a)} in welcher die Kündigung der Konvention von Konstantinopel vom 21. April 1879 ausgesprochen wird, zu Ihrer rein persönlichen Kenntnissnahme. Ich schließe weiters diesem Erlasse einen Abdruck der genannten Konvention bei. Bezüglich der eingangs erwähnten Depesche will ich nur bemerken, daß in derselben die Gründe, die Seine k. und k. Apostolische Majestät zur Annexion Bosniens und der Herzegowina bestimmt haben, überzeugend dargestellt erscheinen. Euer Exzellenz wollen dieselben daher auch in Ihren vertraulichen Unterredungen mit dem Herrn Minister des Äußern verwerten und den Nachdruck darauf legen, daß die geänderten Verhältnisse in der Türkei es nicht rätlich erscheinen ließen, mit der schon lange in's Auge gefaßten Verleihung einer verfassungsmäßigen Autonomie an Bosnien und die Herzegowina noch länger zuzuwarten, daß diese Verleihung aber andererseits naturgemäß nur von der souveränen Gewalt vorgenommen werden konnte.

^{a)} Beilage zu n. 99.

Nr. 118. Tel. aus Paris, 3. Okt. 1908 Nr. 23 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sekretiert. Dem Präsidenten der Republik habe ich heute nachmittags den Brief Seiner Majestät^{b)} überreicht. Ich gab hierzu einige Erläuterungen und betonte, dass Russland, Deutschland und Italien mit uns einverstanden seien. Der Präsident nahm meine Mitteilung freundlich auf, meinte nur, wir würden durch die Annexion Bulgarien dazu verleiten, die Unabhängigkeit zu erklären. Mit Herrn Pichon habe ich heute früh gesprochen und um absolute Diskretion bis Dienstag abends gebeten. Nachmittags brachte die Agence Fournier die Nachricht, dass ich vom Präsidenten empfangen wurde, und hat auf die Börse verstimmend gewirkt. Diese Indiskretion kommt jedenfalls vom Auswärtigen Amte. Die Zirkularnote^{c)} übergebe ich Mittwoch früh. Ich konnte durch vertrauliche Informationen erfahren, dass beim Ministerpräsidenten gegen uns Verstimmung herrscht. Auch Herrn Pichon schienen meine Eröffnungen sehr zu bestürzen. Grund zu dieser Stimmung ist, dass man mit Euer Excellenz Antwort in der Marokko-Affaire vom 27. v. M.^{d)} nicht zufrieden ist, anderseits auf englische Einflüsterung urteilt, wir stünden hinter den Bulgaren in der Bahnsequestration. Es wäre gut, wenn Euer Excellenz baldmöglichst erklären würden, dass wir mit der russischen Anregung einverstanden sind. Wenn ich auf die Presse Einfluss nehmen soll, wird es hierzu Dienstag abend zu spät sein. Meine Rückkehr und die Audienz bei Herrn Fallières erzeugen ungeheuerliche Gerüchte. Man spricht von Marokko, Bulgarien und bisher am

wenigsten vom wirklichen Beweggrund. Der Casablanca-Zwischenfall^{e)} scheint in eine weniger befriedigende Phase getreten zu sein. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 115, 119, 128, 311. — ^{b)} n. 95. — ^{c)} n. 116. — ^{d)} Verbalnote an die Wiener französische Botschaft vom 27. Sept. 1908 Nr. 1796 betreffend die Anerkennung Mulay Hafids als Sultan von Marokko. Nicht aufgenommen. Vgl. G. P. XXIV Nr. 8451. — ^{e)} G. P. XXIV Nr. 8370.

Nr. 119. Tel. aus Paris, 3. Okt. 1908 Nr. 24 (eing. 4. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sekretiert. Habe soeben Tardieux vom Temps gesprochen. Er wird eventuell und ohne klingendes Entgelt für uns eintreten. Wäre es nicht zulässig, dass ich die Zirkularnote bereits Dienstag im Auswärtigen Amte übergebe und abends am 6. d. Mts. im Temps einrücken lasse? Für diese Primeur wäre die Zeitung für uns ganz gewonnen. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 118, 128, 161.

Erlaß nach Rom, 3. Okt. 1908 Nr. 1840. Siehe n. 116.

Erlaß nach Rom, 3. Okt. 1908 Nr. 1845. Siehe n. 117.

Nr. 120. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 3. Okt. 1908 Nr. 142 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tittoni, welcher für zwei Tage hier eingetroffen ist, hat mich gestern abends zu sich bitten lassen. Er äusserte sich über die Entrevue mit Herrn Iswolsky mit der grösstmöglichen Befriedigung. Wenn Österreich-Ungarn, Russland und Italien — so sagte Tittoni — in allen Fragen der äusseren Politik einig zusammenhalten, wie dies jetzt der Fall ist, sei eine Gegnerschaft weder von Seite Frankreichs noch von Seite Englands zu befürchten und auch ganz unmöglich. Dies sei das Grundprinzip seiner Politik. Aus den Äusserungen Iswolskys habe er die Überzeugung gewonnen, dass die vor Kurzem bestandene Abkühlung in unseren Beziehungen zu Russland infolge des stattgehabten persönlichen Meinungs-austausches vollkommen behoben und einer aufrichtigen Entente gewichen sei. ... *Türkisch-bulgarischer Konflikt...* Somssich.

^{a)} Vgl. n. 111.

Erlaß nach St. Petersburg, 3. Okt. 1908 Nr. 1841. Siehe n. 116.

Erlaß nach St. Petersburg, 3. Okt. 1908 Nr. 1846. Siehe n. 117.

Erlaß nach Sofia, 3. Okt. 1908 Nr. 1851. Siehe n. 112.

Nr. 121. Tel. des Sektionschefs Guido Freiherrn von Call an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 4. Okt. 1908 Nr. 86 (chiff. 10 U. a. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Call).

Euer Hochwohlgeboren wollen sich sogleich im Auswärtigen Amt erkundigen, ob und wann Seine Majestät Kaiser Wilhelm den Botschafter Herrn von Szögyény, welcher heute Abends mit einem Allerhöchsten Handschreiben^{b)} in Berlin eintrifft behufs Entgegennahme desselben empfangen wird. Call.

^{a)} Vgl. n. 122, 123. — ^{b)} n. 92.

Nr. 122. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 4. Okt. 1908 Nr. 87 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Aehrenthal).

Ich habe durch Fürsten Bülow^{b)} um eine Audienz Botschafters Herrn von Szögyénys bei Kaiser Wilhelm für den 5. oder 6. Oktober angesucht. Euer Hochwohlgeboren wollen sich bei Herrn Unterstaatssekretär sofort erkundigen ob der Reichskanzler über die Entschliessung Seiner Majestät eine Verständigung an das Auswärtige Amt hat gelangen lassen; wenn dies noch nicht der Fall, so wäre dieselbe zu betreiben. Botschafter trifft heut Abend Berlin ein. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 121, 123. — ^{b)} Vgl. n. 89.

Nr. 123. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 4. Okt. 1908 Nr. 163 (aufg. 7 U. 30 M. p. m., eing. 5. Okt. 9 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 87.^{a)} Unterstaatssekretär teilt mir soeben Folgendes mit: Fürst Bülow hat im Auswärtigen Amte anfragen lassen, wo sich Kaiser Wilhelm am 5. oder 6. d. M. befinden werde, und welcher der beiden Tage mit Rücksicht auf den Aufenthaltsort Seiner Majestät geeignet erschiene zum Empfange des Herrn Botschafters von Szögyény. Das Auswärtige Amt berichtete dem Reichskanzler, Seine Majestät werde sich am 5. in Rominten, am 6. d. M. in Königsberg aufhalten und noch am 6. in Cadinen eintreffen. Am entsprechendsten schiene eine Audienz am 6. d. M. in Königsberg. Unterstaatssekretär erwartet heute abends spätestens morgen früh diesbezügliche Mitteilung, sei es direkt vom kaiserlichen Hoflager, sei es durch Fürst Bülow aus Norderney. Flotow.

^{a)} Dürfte wohl irrig so statt 86 entziffert worden sein. Das Tel. nach Berlin Nr. 87 wurde erst 11 U. 30 M. p. m. chiffriert.

Nr. 124. Tel. an den Legationsrat Grafen Laurenz Szápáry in Bukarest, 4. Okt. 1908 Nr. 43 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Hochgeboren Telegramme No. 52 und 53 erhalten. Euer Hochgeboren wollen vor Allem Herrn Sturdza meinen herzlichsten Dank für seine vertrauensvolle und offenherzige Aussprache übermitteln sowie für seine Versicherung, dass Rumänien im Falle eines bulgarisch-türkischen Krieges seine Entschlüsse im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie treffen werde. Ich meinerseits werde nicht versäumen, ihn sofort zu verständigen, falls mir conclusive Mittheilungen über die bulgarische Absicht, die Unabhängigkeit zu erklären, zukommen sollten. Ein solcher Entschluss scheint meinen Informationen zufolge angesichts des so inopportunen Vorgehens der Türkei in der Geschoff-Affaire^{b)} nicht ausgeschlossen, eines Vorgehens das weder mit den bisherigen Gepflogenheiten noch mit der thatsächlichen Stellung Bulgariens im Einklange steht. Sollte das Fürstenthum infolge dieser Brückirung und mit Rücksicht auf die stärker hervortretenden nationalistischen Tendenzen in Constantinopel sich bestimmt sehen, seine Unabhängigkeit zu proclamiren, um Garantien

zu schaffen gegen die Wiederkehr verletzender Zwischenfälle, so hätte wohl die Türkei selbst die Veranlassung dazu gegeben. Wenn es in der Entwicklung der Ereignisse liegen sollte, dass eine eventuelle Unabhängigkeitserklärung des Fürstenthumes zum Ausbruche eines türkisch-bulgarischen Krieges führe, so würde es meiner Ansicht nach den Interessen Rumäniens am Besten entsprechen, wenn das Königreich eine neutrale Haltung einnähme. Auch wir würden einer solchen Eventualität gegenüber, so lange es die Umstände gestatten, an dem Principe der Neutralität und Nichtintervention festhalten, unter der natürlichen Voraussetzung dass der Kriegszustand auf Bulgarien und die Türkei localisirt bleibe. Für unsere weitere Stellungnahme müsste auch die Haltung der übrigen Mächte massgebend sein. Was schliesslich die Nachrichten von eventuellen türkischen Velleitäten bezüglich Ostrumeliens anbelangt, so wären die massgebenden Factoren in der Türkei wohl schlecht berathen, wenn sie solchen Bestrebungen nachgeben würden, die mit der factischen, seit so langer Zeit unangefochten bestehenden Sachlage in grellem Widerspruche stünde. Zum Schlusse wollen Euer Hochgeboren Herrn Sturza versichern, dass es mein Wunsch sei, mit ihm in steter Fühlung zu bleiben und dass ich nicht ermangeln werde, ihm den Umständen entsprechend weitere Mittheilungen zukommen zu lassen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 127, 139. — b) Vgl. n. 100.

Nr. 125. Tel. nach Konstantinopel, 4. Okt. 1908 Nr. 184 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 362. Ich bin damit einverstanden, dass Euer Exzellenz bewusste Note Dienstag Nachmittag übergeben.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 126, 149.

Nr. 126. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Okt. 1908 Nr. 362 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf geheimen Erlaß Nro. 1809. Falls Verlautbarung schon in den Morgenblättern vom Mittwoch erfolgen sollte, bitte ich um Instruktionen, ob ich die Note nicht Dienstag nachmittags übergeben könnte, da wegen des Ramazan Übergabe nicht vor 12 Uhr mittags stattfinden könnte.¹⁾

Pallavicini.

¹⁾ einverstanden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 125.

Nr. 127. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 4. Okt. 1908 Nr. 363 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Wie der hiesige rumänische Geschäftsträger, Herr Carp, einem Mitglied der Botschaft mitteilt, hat Rumänien eine Truppendivision bei Pitesti mobilisiert. Carp fügt hinzu, daß diese Maßnahme einen günstigen Eindruck bei der Pforte hervorgerufen habe.

Pallavicini.

^{a)} Mit Tel. vom 4. Okt. 1908 Nr. 44 (chiffr. 9 U. p. m.) nach Bukarest mit dem Ersuchen um Berichterstattung mitgeteilt. Vgl. n. 101 Anm. b, 124, 149.

*Nr. 128. Tel. nach Paris, 4. Okt. 1908 Nr. 35 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. Call u. Pogatscher; G. Call).*

Geheim. Euer Exzellenz Telegramme vom 3. l. M. Nr. 23 und 24 habe ich empfangen. Ich ersuche Euer Exzellenz, die bewusste Zirkularnote, wie vereinbart, jedenfalls erst Mittwoch den 7. im Auswärtigen Amte zu überreichen. Vorgängige Mitteilung an „Temps“ erscheint mir untunlich. Ich war erstaunt, Ihrem Telegramme sowie den Zeitungen zu entnehmen, dass Sie den Brief Seiner k. und k. Apostolischen Majestät dem Herrn Präsidenten der Republik bereits am 3. l. M. überreicht haben, während dies instruktionsgemäss am 5. oder 6. hätte erfolgen sollen.^{b)} Was die von Euer Exzellenz Herrn Fallières gegenüber gemachte Bemerkung betrifft, dass Russland, Deutschland und Italien mit uns einverstanden seien, so hätte ich es lieber gesehen, wenn Hochdieselben Sich nur in dem Sinne geäußert hätten, dass wir mit Zuversicht annehmen, die genannten Mächte würden uns bei dem bewussten Anlasse ihre freundschaftliche Gesinnung bezeugen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 129, 182. — ^{b)} Eigenhändige Randbemerkung Kaiser Franz Josef's auf einer Abschrift: „Ich war auch ebenso erstaunt als unangenehm berührt, besonders wegen des nachtheiligen Eindrucks, welchen die Mittheilung an den Präsidenten der Republik als Ersten bei den Souveränen hervorrufen muss. F. J.“

*Nr. 129. Tel. aus Paris, 4. Okt. 1908 Nr. 25 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Die gestern abends im „Temps“ erschienene Notiz über meinen Empfang durch den Präsidenten der Republik wurde dem Redakteur durch Herrn Clémenceau gegeben. Heute sind alle Zeitungen voll von Nachrichten über unsere Balkan-Aktion. Meldungen meistens unrichtig, Ton im allgemeinen nicht ungünstig; man befürchtet Zwiespalt unter den Mächten, weil Einverständnis Russlands und Italiens nicht bekannt. Habe, um Diversion zu bewirken, dem „Temps“, dessen ich nun sicher bin, Mitteilung gemacht über unsere Antwortnote in Marokko-Angelegenheit. Hiedurch glaube ich auch Herrn Pichons Vorwurf zu durchkreuzen. Herr Iswolsky ist heute früh hier eingetroffen. Brief übergeben. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 118, 128, 141.

*Nr. 130. Tel. nach Rom, 4. Okt. 1908 Nr. 84 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Khuen; G. Pogatscher).*

Herr Tittoni hat mir durch den Herzog von Avarna mitteilen lassen, daß ihm Herr Iswolsky bei ihrer kürzlichen Zusammenkunft wichtige Mitteilungen gemacht habe, welche mit dem Gegenstande meines letzten Schreibens an den Herrn italienischen Minister des Äußern im Zusammenhange stünden. Er ersuche mich, keinerlei bezügliche Entschlüsse zu fassen, bevor er — Tittoni — nicht die Gelegenheit habe, durch den Herzog von Avarna, den er gleichzeitig nach Rom berufe, mir seine Auffassung über die betreffenden Fragen bekannt zu geben. Ich antwortete dem Herzog von Avarna, daß Euer Exzellenz bereits beauftragt worden seien, Herrn

Tittoni erschöpfende Mitteilungen zu überbringen und daß Hochdieselben auch schon abgereist seien. Die Eröffnungen, welche der Herr Minister Euer Exzellenz zu machen sich veranlaßt sehen sollte, würde ich selbstverständlich im Geiste unserer Freundschaft aufnehmen und zum Gegenstande sorgfältiger Erwägung machen. Um diesen Gedankenaustausch zu vereinfachen und zu erleichtern, schiene es mir zweckmäßig, denselben durch Vermittlung Euer Exzellenz zu führen, nachdem Hochdieselben eben jetzt beauftragt seien, sich mit Herrn Tittoni in denselben wichtigen Fragen auszusprechen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. III, 131, 179.

Nr. 131. Erstes Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern Tittoni, Rom, 4. Okt. 1908.^{a)} *Eigenh. Ausfert.*

Le duc Avarna vous remettra ma réponse à votre lettre particulière du 25 septembre. Il pourra aussi vous répéter avec plus de détail tout ce que je lui ai dit à l'égard de la question de la Bosnie-Erzegovine. Sur ce que vous m'avez communiqué à propos de vos démarches pour la visite à Rome, j'ai gardé le secret même avec le duc Avarna.

Tittoni.

a) Vgl. n. 130, 132.

Nr. 132. Zweites Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern Tittoni; Rom, 4. Okt. 1908 (vom ital. Botschafter übergeben 6. Okt.).^{a)} *Ausfert.*

J'ai reçu votre lettre particulière en date du 25 septembre dernier, concernant les questions de la Bosnie et de l'Herzégovine ainsi que de Vos garnisons dans le sandjack de Novi Bazar et Vous remercie de la communication préalable que Vous avez bien voulu me faire des décisions prises à cet égard par le Gouvernement Impérial et Royal. Lors de nos entretiens de Salzbourg Vous m'avez dit que selon Vous la question de la Bosnie et de l'Herzégovine n'avait pas un caractère international et devait être résolue entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie, mais Vous n'avez pas annoncé vos intentions quant à l'annexion et moi ne la croyant ni probable ni proche je ne me suis pas prononcé à ce sujet, en me bornant seulement à Vous prier de vouloir bien m'informer préalablement de la décision qu'à l'avenir Vous auriez pû prendre. Vous connaissez comme moi, mon cher Collègue, les objections qui Vous ont été présentées dans l'entrevue de Buchlaub^{b)} par Monsieur Izvolsky relativement à cette question, qui, d'après son avis, aurait dû être coordonnée avec le règlement des questions suivantes, à savoir:

des détroits dans le Bosphore,

de l'exercice des droits militaires administratifs conférés à la Monarchie par le Traité de Berlin dans le sandjack de Novi Bazar,

et des dispositions relatives aux facultés Vous ayant été attribuées par l'article 29 dudit Traité dans le Monténégro.

Vous me permettrez de Vous faire connaître ma manière de voir au sujet de ces trois points. Ce n'est pas en notre pouvoir de résoudre le

premier point; tout ce que nous pouvons faire c'est d'assurer la Russie qu'à l'occasion nous ne ferions pas d'objections. Quant au second il n'y a pas lieu de me prononcer, le Gouvernement Impérial et Royal ayant déjà cru y donner la même solution indiquée par Monsieur Izvolsky. Pour ce qui a trait au troisième point il me semble qu'il ne pourrait pas soulever de difficultés du moment qu'il serait bien établi qu'à la suite de votre renonciation aux facultés qui Vous sont attribuées par l'article 29 du Traité de Berlin le Prince de Monténégro s'engagerait moyennant une déclaration formelle — à titre de compensation pour cette renonciation — à ne pas instituer à Antivari un port militaire. Et comme une espèce de corollaire à cette déclaration, je pense que Vous reconnaîtrais^{c)} comme moi l'opportunité qu'il y aurait de procéder en ce cas entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie à la stipulation pour le Monténégro d'un arrangement identique à celui concernant l'Albanie, qui serait dès lors basé sur le désintéressement réciproque des deux Puissances. Monsieur Izvolsky me disait Vous avoir déclaré que si la discussion sur ces conditions n'était pas acceptée par Vous il se réservait de proposer la convocation d'un Congrès pour la revision du Traité de Berlin auquel l'annexion de la Bosnie-Herzégovine portait atteinte. Vous comprenez qu'il serait bien difficile aux Puissances signataires du Traité de Berlin de décliner cette invitation. Les idées que je viens de Vous exposer avec la même franchise avec laquelle Vous me parlez dans votre lettre, ne vise^{c)} pas à faire opposition en principe à l'annexion de la Bosnie-Herzégovine à la Monarchie, mais elles ont uniquement pour but de faire ressortir la nécessité d'après mon avis à ne pas précipiter la question mais de la faire précéder par des accords préalables entre l'Autriche-Hongrie, l'Italie et la Russie auxquels sans doute se rallieraient les autres Puissances. Je ne saurais Vous cacher du reste l'impression peu favorable que l'annexion pourrait produire sur l'opinion publique en Italie si elle n'était pas accompagnée de la déclaration que l'annexion est effectuée avec le consentement de toutes les Puissances et si de mon côté je n'étais pas en mesure, le cas échéant, de faire connaître publiquement que les deux Puissances alliées ont pris des accords préalables à cet égard. Mais en faisant abstraction de cette circonstance si le règlement de la question de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine à la Monarchie avait lieu sur la base précitée on aurait l'avantage de rendre possible cette entente entre l'Italie, l'Autriche-Hongrie et la Russie que Vous désirez et que pour ma part aussi je crois non seulement désirable mais nécessaire. Ainsi qu'il Vous l'a déclaré à Buchlau, Monsieur Izvolsky semblerait tout disposé à suivre la même ligne de conduite que Vous par rapport aux questions balkaniques. Or, l'entente qui s'établirait à ce sujet entre les trois Puissances sauvegarderait leurs intérêts réciproques, augmenterait la force et le prestige de la Triple Alliance et serait un élément précieux pour la cause de la paix. Ces idées me semblent si claires et si conformes aux dispositions que Vous avez toujours manifestées dans les entretiens que j'ai eu l'honneur d'avoir avec Vous, que j'ai une confiance absolue dans le favorable accueil qu'elles rencontreront auprès de Vous.

Tittoni.

^{a)} Vgl. n. 131, 157, 159, 281, 315, 337, 338, 625, 886. — ^{b)} n. 79. — ^{c)} So!

Nr. 133. Tel. des Legationssekretärs Grafen Otto Czernin aus Sofia, 4. Okt. 1908 Nr. 80 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Französischer Gesandter teilt mir soeben vertraulich mit, er habe ein offizielles Telegramm erhalten, wonach Graf Khevenhüller gestern dem Präsidenten der Republik ein Schreiben Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät überreicht hätte, in welchem die Annektierung Bosniens und der Hercegovina und gleichzeitig die Zurückziehung der Truppen aus dem Sandjak notifiziert wird. Ich antwortete, ich wisse gar nichts. Ich würde gehorsamst bitten, mir mit Rücksicht auf die Abwesenheit des k. u. k. Gesandten telegraphische Instruktionen zur Regelung meiner Sprache herabgelangen zu lassen. Nach obiger Quelle wäre Rückkehr des Fürsten Ferdinand für heute abends in Rustschuck erwartet und Unabhängigkeitserklärung Bulgariens unmittelbar bevorstehend.

Otto Czernin.

^{a)} Vgl. n. 87, 145.

Nr. 134. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 5. Okt. 1908 Nr. 65 recte 75 (eing. 6. Okt. 4 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Soeben publiciertes Extrablatt der „Politika“ besagt, dass hiesiges Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Nachricht erhielt, dass Annexion Bosniens am 8. d. M. ausgesprochen werden wird. Es wird verlangt: sofortige Mobilisierung und Kampf auf Leben und Tod gegen Monarchie. Nur in diesem Falle werden andere Mächte Serbien unterstützen. Hiesige Manöver sollen abgesagt und die hiefür bereiten Divisionen rasch heute nachts an die Drinagrenze geworfen werden. Volksversammlung für heute abends 6 Uhr einberufen. Stadtbevölkerung äusserst erregt. Kavalleriepatrouillen durchziehen Strassen. Kronrat einberufen; soll Entscheidung treffen. Militärattaché bittet, Obiges sofort auch an Chef des Generalstabes mitteilen^{b)} und fügt bei, dass übrige Militärattachés heute nachmittags auf Manöverfeld abgereist sind.

Franz.

^{a)} Vgl. n. 135. — ^{b)} Amtsvermerk: Wurde direkt mitgeteilt.

Nr. 135. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 5. Okt. 1908 Nr. 76 (eing. 6. Okt. 4 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Die hiesige österreichische Bankfirma Andrejević erhielt strengst geheim von D. Marinković, Bankdirektor, Deputierten und Führer der Progressisten sowie etwas später von Herrn Redding, Direktor der Zemaljska Banka, welche die Bank der Altradikalen, auch des Herr Pašić und Paču ist, die Nachricht, dass der heutige Kronrat unter Vorsitz des Königs die sofortige Mobilisierung der gesamten Armee und die Kriegserklärung an die Monarchie für den Fall der Proklamierung der Annexion beschlossen hat. Die Banken der zwei letztgenannten Herren sind die Debitoren der erstgenannten Firma. König, der heute zu den Manövern abreisen sollte, hat bis jetzt Belgrad nicht verlassen, soll jedoch beabsichtigen, morgen zu fahren. Am heute rasch improvisierten Meeting nahm fast nur Jugend teil und wurden Sympathiekundgebungen vor englischer, französischer, italienischer und türkischer

Gesandtschaft veranstaltet. Der türkische Gesandte zeigte sich der Menge und sprach seinen Dank aus. Morgen Dienstag 3 Uhr grosse Volksversammlung unter freiem Himmel, an der alle führenden Politiker teilnehmen werden. Slovenski jug^{b)} hat laut konfidentieller Meldung für heute abends Sitzung einberufen, um Rollen für morgige Volksversammlung zu verteilen. In der ganzen Stadt herrscht viel Aufregung. Ueberall erschallt der Ruf: Nieder mit Österreich. Militärattaché bittet Obiges dem Chef des Generalstabes sofort mitzuteilen.^{c)} Franz.

a) Vgl. n. 134, 162, 164. — b) Vgl. n. 98. — c) Amtsvermerk: Wurde direkt mitgeteilt.

Nr. 136. Tel. aus Berlin, 5. Okt. 1908 Nr. 164 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Sekretiert. Da Unterstaatssekretär mir soeben sagt, dass Kaiser Wilhelm vor übermorgen mir kaum eine Audienz zu erteilen in der Lage sein wird, habe ich das Handschreiben unseres Allernädigsten Herrn^{b)} Herrn Stemrich übergeben und ihn ersucht, Verfügungen zu treffen, damit es jedenfalls noch morgen in die Hände Seiner Majestät gelange; dies sagte er mir bestimmt zu. Zugleich habe ich darauf bestanden, dass Kaiser Wilhelm mir dennoch im Laufe der allernächsten Tage eine Audienz gewähre. Unterstaatssekretär glaubt, dass Kaiser Wilhelm mich in Königsberg, wo er sich damals noch auf der Durchreise aufhalten soll, empfangen kann.

Streng vertraulich. Infolge der dauernden Abwesenheit Kaiser Wilhelms, des Reichskanzlers und des Staatssekretärs von Berlin befindet sich Herr Stemrich in einer sehr schwierigen Lage. Er teilte mir mit, dass Euer Excellenz an den Fürsten Bülow gerichtetes Schreiben^{c)} mit einem daran angeschlossenen Vortrag des Reichskanzlers erst morgen an Kaiser Wilhelm gelangen wird. Fürst Bülow lege Wert darauf, dass Kaiser Wilhelm den Inhalt dieser Schriftstücke genau studiere, bevor er mich in Audienz empfängt. Unterstaatssekretär fügte streng vertraulich hinzu, dass der Reichskanzler in seinem Vortrag die bundesfreundliche Zustimmung zu unserer Aktion Kaiser Wilhelm wärmstens anempfehle. Szögyény.

a) Vgl. n. 137. — b) n. 92. — c) n. 89.

Nr. 137. Tel. aus Berlin, 5. Okt. 1908 Nr. 166 (eing. 6. Okt. 8 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Soeben erhalte ich die Nachricht vom Unterstaatssekretär, dass Kaiser Wilhelm mich am Höchsten Hoflager in Rominten empfangen wird. Demzufolge fahre ich in Begleitung Legationssekretärs Grafen Hoyos mit dem morgigen Frühzuge dahin. Das Allerhöchste Handschreiben^{b)} ist heute vom Auswärtigen Amte mit Spezialkurier an Seine Majestät gesendet worden. Da ich am 7. d. M. noch keinesfalls in Berlin zurück sein kann, wird Baron Flotow in meinem Auftrage das mir übergebene Zirkulare^{c)} dem Unterstaatssekretär vorlesen und eine Abschrift überreichen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 136. — b) n. 92. — c) n. 116. Vgl. n. 148.

Nr. 138. Tel. an den Legationsrat Grafen Laurenz Szápáry in Bukarest, 5. Okt. 1908 Nr. 46 (chiff. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Khuen, G. Pogatscher).

Geheim. Die in meinem gestrigen Telegramme Nr. 43 berührte Eventualität der bulgarischen Unabhängigkeits-Erklärung ist mittlerweile zur Thatsache geworden. Ich kann angesichts dieses Ereignisses, welches so zu sagen dem natürlichen Laufe der Dinge entspricht, nur auf meine gestrigen Bemerkungen und auf die schon früher von uns wiederholt geltend gemachten Considerationen verweisen. In diesem Sinne möchte ich den entschiedenen Rath wiederholen, dass Rumänien eine ruhige Haltung beobachte und keinen Entschluss fasse, welcher auf die künftigen Beziehungen zum Nachbarlande schädlich einwirken könnte. Ich füge dem hinzu, dass wir betreffs Regelung der Stellung Bulgariens bereits mit dem Petersburger Cabinet in Fühlung getreten sind. Euer Hochgeboren wollen ehethunlichst Gelegenheit nehmen, um Herrn Sturdza im obigen Sinne eindringlich zu sprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 139, 184.

Nr. 139. Tel. des Legationsrates Graf Laurenz Szápáry aus Bukarest, 5. Okt. 1908 Nr. 54 (eing. 9 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ministerpräsident Sturdza dankt Euer Excellenz verbindlichst für die Mitteilungen des hohen Telegrammes 43 geheim. Herr Sturdza, welcher die Lage mit Seiner Majestät dem Könige besprochen hat, theilte mir heute mit, dass Rumänien gegenüber den Ereignissen in der Türkei und Bulgarien vorläufig eine zuwartende Haltung einnehmen werde. Voller Besorgnisse ist Herr Sturdza über das Verhalten Bulgariens, welches ohne Einwilligung der Signatarmächte des Berliner Vertrages eigenmächtig vorgeht. Die in meinem Berichte vom 2. d. M. No. 46 B^{b)} angedeuteten Gefahren, welche Rumänien durch eine Machtentwicklung Bulgariens entstehen würden, markierte Sturdza heute besonders prononciert. Er sprach von bulgarischen Begehrlichkeiten auf türkisches Gebiet ausserhalb Ost-rumeliens und von der Gefahr, welche die rumänische Dobrutscha seitens Bulgariens bedrohe. Wie leicht wäre es Rumänien, so fuhr Sturdza fort, sich jetzt mit der Türkei zu verbinden und Bulgarien tüchtig zu schlagen. In diesem Falle würde Rumänien die die Dobrutscha bedrohende Gefahr für längere Zeit abwehren. Herr Sturdza teilt die Ansicht Euer Excellenz, dass die Türkei Gegenmassregeln Bulgariens selbst veranlasst habe, konstatiert aber gleichzeitig, dass infolge dieser die Türkei treffenden Schuld Bulgarien nunmehr mit Ausserachtlassung der Bestimmungen des Berliner Vertrages die Eisenbahn okkupiert habe und nahe daran sei, die Unabhängigkeit nicht nur des im Berliner Vertrage begrenzten Bulgariens, sondern auch Ostrumeliens zu proklamieren. Durch ein solches Vorgehen Bulgariens entstehe im europäischen Oriente ein rechtloser Zustand, bei welchem nur derjenige gewinne, welcher wie Bulgarien rücksichtslos vorwärts schreite. Ich erwiderte Herrn Sturdza, dass ich diese seine Besorgnisse Euer Excellenz melden werde, und bat um die Ermächtigung, Euer Excellenz die Versicherung zu wiederholen, dass Rumänien seine Entscheidungen im Falle

der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und im Falle eines türkisch-bulgarischen Krieges im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn treffen werde. Herr Sturadza versicherte, dass er ohne Einverständnis Euer Excellenz weder gegen noch zu Gunsten Bulgariens oder der Türkei irgend welche Schritte unternehmen werde, und ersuchte mich, seine in meinen Telegrammen Nr. 52 und 53 gemeldeten Zusicherungen nochmals Euer Excellenz zu unterbreiten.

Szápáry.

a) Vgl. n. 138, 140. — b) Nicht abgedruckt.

Nr. 140. Tel. aus London, 5. Okt. 1908 Nr. 59 (eing. 6. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sekretiert. Allerhöchstes Schreiben^{b)} in Balmoral König überreicht und eingehend im Sinne der erhaltenen Instruktionen mit ihm besprochen. Seine Majestät bezeichnete wiederholt Zusammentreffen bulgarischer Unabhängigkeitserklärung mit unserer Aktion als bedauerlich. Über Bulgarien war König aufgebracht und erwartet nicht ohne Beunruhigung Nachrichten über türkische Aktion. König wie immer voll Freundschaft und Verehrung für Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät. Er sprach Hoffnung aus, dass unsere Mitteilung an die türkische Regierung in möglichst freundlicher Weise gemacht wird. Seine Majestät befürchtet Ansprüche Griechenlands und möglicherweise auch anderer Länder infolge der bulgarischen Unabhängigkeit.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 93, 139, 143, 152. — b) n. 93.

Nr. 141. Tel. aus Paris, 5. Okt. 1908 Nr. 26 (eing. 9 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ton der Pariser Presse bisher sehr zufriedenstellend. Habe mit Figaro, Débats und Siècle unterhandelt. Glaube erstes Blatt mit 6000, zweites mit selbem Betrage und drittes mit 4000 Francs sichern zu können. Der Temps geht mit uns ohne Bezahlung. Ich bitte um Weisung, ob ich abschliessen darf.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 119, 129, 142.

Nr. 142. Tel. aus Paris, 5. Okt. 1908 Nr. 28 (eing. 6. Okt. 5 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Tardieux war heute abends bei mir und sagte mir, dass Iswolsky hier Standpunkt vertrete, er stimme durchaus nicht der Annexion bei. Russland wolle in dieser Frage mit Frankreich und England gehen. Er wird Idee lancieren, eine Revision des Berliner Vertrages anzustreben. In diesem Sinne ist ein Artikel heute im Temps erschienen. Haltung russischen Ministers ist nach dem, was mir Euer Excellenz mitteilten, ganz unerklärlich und riecht nach Verrat.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 141.

Nr. 143. Tel. nach St. Petersburg, 5. Okt. 1908 Nr. 113 (chiff. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).

Nous venons d'apprendre que l'indépendance de la Bulgarie a été proclamée ce matin à Tirnovo. Dans mes entretiens avec Monsieur Iswolsky

à Buchlau,^{b)} nous avons compté avec l'éventualité de cet événement qui, en somme, correspond à la situation que la Bulgarie, aidée par la bienveillance des Puissances, s'est créée depuis bien longtemps. Envisageant la question sous ce jour, nous étions d'accord que nous n'avions pas de motif pour nous opposer à ce que nous considérons comme le cours naturel des choses. Aujourd'hui que notre prévision s'est réalisée, je crois rester fidèle à l'esprit qui a présidé à nos entretiens en proposant au Gouvernement Impérial Russe de nous adresser conjointement aux autres cabinets pour provoquer une entente relativement à la reconnaissance du nouvel état de choses en Bulgarie et du rétablissement de ses rapports avec la Sublime Porte. Je crois aller au devant des intentions du cabinet de Saint Pétersbourg en lui suggérant cette démarche, qui je suis sûr, servira efficacement à maintenir la paix dans les Balkans. Je vous prie de vous exprimer vis-à-vis de Monsieur Tscharykoff dans le sens de ce qui précède et de m'informer de sa réponse.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 140, 156, 160. — b) n. 79.

Nr. 144. Tel. aus St. Petersburg, 5. Okt. 1908 Nr. 138 (eing. 7 U. 25 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Nachdem Seine Majestät Kaiser Nikolaus, welcher gegenwärtig Eskadrerevue passiert, mich nicht sofort in Audienz empfangen kann, habe ich Allerhöchstes Handschreiben^{b)} Herrn Tscharykow gegen Zusicherung übergeben, dass dasselbe noch heute an seine höchste Bestimmung geleitet werde. Spezialkurier wird sich zu diesem Zwecke unverzüglich in die finnischen Schären begeben, sodass fragliche Mitteilung morgen, 6. d. Mts. früh, Seiner Majestät zu Handen gestellt sein wird. Wegen Tages der Audienz wird mir nachträglich Verständigung zukommen. Wie mir Gehilfe des Ministers vertraulich eröffnet, hat telegrafische Meldung Herrn Iswolskys aus Paris über erhaltenes Privatschreiben Euer Excellenz^{c)} betreffend Termin der Annexionserklärung Seine Majestät veranlasst, Minister des Äussern hieher zu berufen, um mündliches Referat des letzteren entgegenzunehmen vor Beantwortung des Handschreibens unseres Allerhöchsten Herrn; Audienz dürfte daher auch erst nach Anhörung Iswolskys, dessen Eintreffen für Mittwoch gewärtigt wird, erteilt werden.

Berchtold.

a) Vgl. n. 233. — b) n. 97. — c) n. 103.

Nr. 145. Tel. an den Legationssekretär Grafen Otto Czernin in Sofia, 5. Okt. 1908 Nr. 32 (chiff. 3 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher.)

Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm vom 4. l. M. Nr. 80. Das durch die letzte Courierexpedition übermittelte Paquet enthält die Instruktionen, die für die Regelung der Sprache des Grafen Thurn bestimmt sind. Der Herr Gesandte ist gestern von hier mit dem Orientexpress auf seinen Posten abgereist.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 112 Anm. c, 133, 161.

Nr. 146. Handschreiben Kaiser Franz Josefs I. an den Minister des Äußern; Budapest, 5. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal) u. Ausfert.

Lieber Freiherr von Aehrenthal! Durchdrungen von der unerschütterlichen Überzeugung, dass die hohen kulturellen und politischen Zwecke, um deren willen die Oesterreichisch-ungarische Monarchie die Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegovina übernommen hat, und die mit schweren Opfern erzielten Erfolge der bisherigen Verwaltung nur durch Gewährung von ihren Bedürfnissen entsprechenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden können, für deren Erlassung aber die Schaffung einer klaren und unzweideutigen Rechtsstellung der beiden Länder die unerlässliche Voraussetzung bildet, erstrecke Ich die Rechte Meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegovina und setze gleichzeitig die für Mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit. Zur Kundgebung der friedlichen Absichten, die Mich bei dieser unabweislichen Verfügung geleitet haben, ordne Ich gleichzeitig die Räumung des Sandschaks von Novibazar von den dahin verlegten Truppen Meiner Armee an.

Franz Joseph. — Aehrenthal.

^{a)} Über die sonstigen einschlägigen Handschreiben, Verordnungen und Gesetze vgl. E. Bernatzik, Die österr. Verfassungsgesetze, Wien 1911, S. 1030 ff.

Nr. 147. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 6. Okt. 1908 Nr. 79 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im heutigen Abendblatte erschien Verordnung, mit welcher Reserve behufs vollständiger Komplettierung der Truppenstände einberufen wird. Minister des Äußern versuchte gegenüber dem Vertreter des k. k. Korrespondenzbureaus diese Einberufung als Vorsichtsmassregel darzustellen, sagte, die derzeitigen Stände der Truppen seien zu gering, um Ausartungen von Manifestationen zu verhindern. Dies ist aber falsch, weil auch die Reserve der Ingenieure, technischer Truppen, Sanitäts- und administrativer Einheiten einberufen wurde. Milovanović sagte obgenanntem Vertreter, dass er sehr befürchtet, Volksbewegung nicht eindämmen zu können. Zu bulgarischer Unabhängigkeitserklärung äusserte er, dass diese nur die Türkei angehe. Mithin wäre für diesen Fall kein serbisch-türkisches Bündnis geschlossen worden. Die Manifestanten werden stark und erfolgreich beeinflusst, nicht gegen Bulgarien zu demonstrieren. Gegenüber dem italienischen Geschäftsträger betonte Minister des Äußern, dass er persönlich den Krieg gegen die Monarchie vermeiden wolle, dass er aber mit grösster Besorgnis der nächsten Zukunft entgegen sehe. Volksbewegung rechnet, dass durch Krieg späteres Eingreifen der Mächte zu Gunsten Serbiens ermöglicht wird und Situation für Serbien durch Geschlagenwerden nicht ungünstiger werden kann, als durch Zulassung von Annexion. Ob Volksbewegung niedergehalten werden kann, ob es Regierung will, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Minister des Äußern nach übereinstimmenden Schilderungen völlig niedergebrochen und nicht mehr Herr seiner Nerven.

Franz.

^{a)} Vgl. n. 163.

Tel. nach Berlin, 6. Okt. 1908 Nr. 91 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 151.

Nr. 148. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 6. Okt. 1908 Nr. 167 (eing. 1 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr von Szögyény wird morgen früh 9 Uhr in Rominten von Kaiser Wilhelm in Audienz empfangen. In Abwesenheit des Botschafters begab ich mich zum heutigen Empfang ins Auswärtige Amt. Unterstaatssekretär sagte mir, er habe, den Intentionen des Reichskanzlers entsprechend, allen Missionschefs, die die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegovina berührten, folgendermassen geantwortet: Die Initiative zur Annexion gienge von Österreich-Ungarn selbst aus, was bei einer Grossmacht, wie der Monarchie ganz selbstredend sei. Die Stellung Deutschlands sei zwar mit Rücksicht auf die besonders guten Beziehungen, die es nicht nur zu Österreich-Ungarn, sondern auch zur Türkei zu unterhalten wünsche, im Augenblick keine leichte. Deutsche Regierung stehe aber als treuer Bundesgenosse Österreich-Ungarns gänzlich an dessen Seite. Ein 30jähriges freundschaftliches Bündnis verknüpfe beide Mächte mit einander, ein Bündnis, das durch diese ganze Zeit hindurch den Frieden Europas gewahrt habe; dies bleibe auch fürderhin für Deutschland richtunggebend. Wie Stemrich hinzufügte, soll diese Auffassung auch in der deutschen Presse zum Ausdrucke gebracht werden. Hiezu erfahre ich von anderer Seite im Auswärtigen Amte, dass Herr von Tschirschky vom Fürsten Bülow beauftragt ist, Euer Exzellenz die freundschaftlichsten Zusicherungen des Reichskanzlers zu übermitteln und hiebei darauf hinzuweisen, dass die Nachricht, wonach Baron Marschall sich angeblich rücksichtlich der Annexion in einem uns unfreundlichen Sinne geäussert hätte, jeder Grundlage entbehrt. Flotow.

^{a)} Vgl. n. 137, 169.

Tel. nach Konstantinopel, 6. Okt. 1908 Nr. 187 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 151.

Nr. 149. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Okt. 1908 Nr. 369 (aufg. 7 U. 10 M. p. m.; eing. 7. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Note in Angelegenheit Bosniens^{b)} soeben übergeben. Ich habe sowohl mit dem Grossvezir, als auch dem Minister des Äussern eine sehr eingehende Unterredung gehabt. Ersterem las ich eine Kopie der Note vor, das Original liess ich durch Legationssekretär Weinzel, während ich mit Kiamil Pascha unterhandelte, Ferid Pascha übergeben. Im Laufe der Lektüre der Note gab ich Kiamil Pascha entsprechende Erklärungen, die, wie ich glaube, den gewünschten Erfolg hatten. Der Grossvezir polemisierte wohl mit mir mitunter selbst in so erregter Weise, dass ich genötigt war, gegen einzelne seiner Behauptungen zu protestieren, aber im grossen und ganzen gingen seine Argumentationen dahin, dass die bosnische Angelegenheit keine Schwierigkeiten gemacht hätte, wenn nicht die bulgarische Unabhängigkeitserklärung damit in Verbindung stünde. Der Grossvezir stellte mit grosser Entschiedenheit die Behauptung auf, dass Bulgarien, ohne unserer Mithilfe sicher zu sein, niemals so vorgegangen wäre. In der Sache selbst

berief sich Kiamil Pascha wiederholt auf den Berliner Vertrag und gab mir zu verstehen, dass die Türkei die ohne vorherige Verhandlungen vorgenommene Abänderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Bosniens unmöglich widerspruchslos hinnehmen könne. Ich setzte meinem Mitredner auseinander, dass es sich um ein *fait accompli* handle, von dem niemand etwas ändern wird und dass wir uns in gar keine Diskussion weder mit der Türkei noch mit den Mächten darüber einlassen werden. Ich sagte ferner, es sei im Interesse der Türkei gelegen, die Sache ohne irgend einen Protest ihrerseits hinzunehmen. Auf diese Art würde zwischen uns und der Türkei die Situation eine klare sein, was bei jetziger Lage der Dinge für dieses Reich von Vorteil sein könnte. Meine Auseinandersetzungen imponierten dem Grossvezir sichtlich und liessen bei mir den Eindruck zurück, dass die Pforte nicht einmal protestieren werde. Nach obiger Unterredung begab ich mich zum Minister des Äussern, dem ich in gleicher Weise sprach. Die Antwort, die mir Tewfik Pascha gab, bestärkte mich in der Annahme, dass die Türkei mit Beziehung auf Bosnien nicht protestieren, hingegen in der bulgarischen Frage die Intervention der Mächte anrufen werde. Ich sah auch Baron Marschall auf der Pforte, der die Lage heute gleichfalls bedeutend ruhiger auffasste, als er dies gestern tat. Aus meinen Gesprächen mit den Ministern gewann ich auch die Impression, dass die Lage des Kabinettes Kiamil Pascha nicht so gefährlich ist als es den Anschein hatte.

Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 5 Nr. 3. Vgl. n. 125, 150, 211. — b) Beilage zu n. 99.

Nr. 150. Note des türkischen Botschaftsrates Reschad Hikmet, 6. Okt. 1908 Nr. G¹ 30879 Nr. S¹ 67 (eing. 6. Okt.).^{a)} Ausfert.

Il y a à peu près une semaine je m'étais rendu au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères, où en l'absence de Votre Excellence, qui n'avait pas encore commencé à recevoir les chefs des missions étrangères, j'avais eu une entrevue avec Son Excellence Monsieur le Baron de Call au sujet des Provinces de la Bosnie-Herzégovine. Tout en déclarant à Monsieur le Premier Chef de Section que nous étions absolument convaincus que le Gouvernement Impérial et Royal ne se départirait point de sa politique loyale et conservatrice à notre égard et qu'il désirait maintenir le statu quo dans les Balkans et particulièrement dans les Provinces occupées, j'avais ajouté que je lui serais très obligé, s'il voulait bien me dire ce qu'il y a de vrai dans tout ce qu'on raconte au sujet desdites Provinces. Son Excellence m'avait répondu qu'il n'était pas tout à fait au courant des détails du projet de Monsieur le Baron de Burian mais qu'il croyait pouvoir me déclarer que Monsieur le Ministre des Finances commun songeait à la création des conseils communaux et plus tard des conseils d'arrondissements et de préfecture et beaucoup plus tard, peut-être, comme le couronnement de cette œuvre de décentralisation, à la création d'une diète locale. Il avait même ajouté qu'on avait comparé ce système à une pyramide et comme la construction de ces monuments avait exigé des centaines d'années, la réalisation du projet de Monsieur de Burian, c'est-à-dire la création d'une diète

exigerait elle-même de nombreuses années. Comme j'avais parlé également de la campagne menée par certains journaux cléricaux au sujet d'un changement du statu quo politique dans la Bosnie-Herzégovine, c'est-à-dire de l'annexion, Son Excellence m'avait affirmé catégoriquement „qu'il n'a jamais été question d'autre chose que d'une diète“. Je n'avais jamais douté, comme j'ai eu l'honneur de le dire plus haut, de la politique franche et amicale du Gouvernement Impérial et Royal et cette assurance officielle n'a fait que confirmer ma conviction. Aussi est-ce avec le plus grand plaisir que je l'ai communiquée à mon Gouvernement. En effet, cette réponse constituait le démenti le plus formel et le plus éclatant contre les bruits absurdes et malveillants qu'on faisait circuler avec force détails dans certains cercles politiques au sujet de la proclamation de l'annexion des Provinces occupées en même temps que celle de l'indépendance de la Bulgarie. Ces nouvelles mensongères et calomnieuses ne visent d'après moi à rien moins qu'à profiter de la surexcitation des esprits dans l'Empire Ottoman pour tâcher de troubler si possible les relations amicales qui existent si heureusement entre les deux Etats. Cependant comme les journaux viennois continuent à publier des articles sensationnels concernant l'annexion des Provinces occupées et que ces publications, surtout en ce moment, sont de nature à produire chez nous une impression des plus pénibles, je serais obligé à Votre Excellence si Elle voulait bien me donner l'assurance que le Gouvernement Impérial et Royal ne songe point à modifier dans lesdites Provinces le statu quo basé sur le traité de Berlin. Réchad Hikmet.

a) Amtsvermerk des Gesandten Rudolf Pogatscher: Über Auftrag ad acta. Pogatscher. — Vgl. n. 149, 173.

Nr. 151. Tel. nach London Nr. 65 (1), Paris Nr. 39 (2), Rom Nr. 90 (3), St. Petersburg Nr. 117 (4), Konstantinopel Nr. 187 (5) und Berlin Nr. 91 (6), 6. Okt. 1908 (chiff. 11 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

1.—6. Ich telegraphire an Graf Thurn wie folgt: scribatur Telegramm nach Sofia vom 6. Oktober No. 33 von „Der hiesige bulgarische Agent“ bis „Regelung Ihrer Sprache“ in extenso. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Orientierung. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 179.

Nr. 152. Tel. aus London, 6. Okt. 1908 Nr. 60 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nro. 59. Aus den Äusserungen König Eduards empfang ich Eindruck, dass englische Regierung etwas beunruhigt ist und besonders Zusammenbruch neuen Regimes in der Türkei befürchtet. Aus Berlin und Petersburg einlaufende Telegramme respektiver englischer Botschafter scheinen Zweifel darüber auszusprechen, ob die dortigen Regierungen zu unserer Aktion bezüglich Bosniens und der Hercegovina so sehr zustimmen würden, wie es in der ersten Meldung aus Paris gesagt

war. Hier in Balmoral wird befürchtet, dass im Parlamente und Presse hier stark kritisiert werden wird, dass wir fait accompli geschaffen haben, ohne vorher mit England und Frankreich gesprochen zu haben, die als Signatarmächte berechtigt wären, befragt zu werden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 153.

Nr. 153. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 6. Okt. 1908 Nr. 61 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ad Telegramm Nro. 60. Hiesige Tagesblätter publizieren heute anscheinend offziöses Communiqué, worin Standpunkt der hiesigen Regierung dahin präzisiert wird, England könne einer einzelnen Macht nicht das Recht einräumen, eine internationale Abmachung ohne Zustimmung der anderen Signatarmächte abzuändern. Die englische Regierung werde sonach nicht anerkennen, was geschehen ist, ins solange sie nicht die Ansicht der anderen Mächte, insbesondere der am nächsten interessierten Türkei kenne. Es sei zu hoffen, dass türkische Regierung die bisher gezeigte Mässigung und Ruhe bewahren und sich einer aktiven Repression enthalten werde. Széchényi.

a) Oe.-U. Bosnien 6 Nr. 4.

Tel. nach Paris, 6. Okt. 1908 Nr. 39 (chiff. 11 U. p. m.). Siehe n. 151.

Nr. 154. Tel. aus Paris, 6. Okt. 1908 Nr. 29 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky hat mich heute nachmittags besucht und mit mir eine lange und eingehende Konversation gehabt. Zuerst brachte der Minister Rekrimationen vor über Euer Exzellenz Vorgehen in der Sandjakbahn-Affaire. Russland sei bei dieser Gelegenheit als quantité négligeable behandelt worden. Auf meinen Einwurf, dass diese Sache der Vergangenheit angehöre und ich vermuten müsse, dass er sich über dieses Thema mit Euer Exzellenz in Buchlau^{b)} genügend ausgesprochen habe, ging er auf die Besprechung der gegenwärtigen Lage ein. Der Unterschied der Auffassung zwischen Russland und uns liege darin, dass er die Sache als eine europäische Angelegenheit behandelt wissen wolle, während Euer Exzellenz die Sache so charakterisieren, als liege sie ausschliesslich zwischen der (Pforte)^{c)} und uns. Der Minister erwähnte, dass er diese Ansicht Euer Exzellenz gegenüber vertreten habe. Nun sei die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens gekommen, gegen welche er noch vor Kurzem energisch protestiert habe und die sich in unakzeptabler Form vollzogen hat. Er nimmt an, dass beide Ereignisse in einem engen Causalnexus stehen und dass wir die Bulgaren zu dem Wagnisse ermutigt hätten. Hier habe ich energisch widersprochen. Ich erinnerte den Minister an die Verpflichtungen, die Russland bereits in der Reichstädter Konvention^{d)} auf sich genommen habe und die es nach meiner Auffassung dazu verpflichtet, in der Annexionsfrage uns keine Schwierigkeiten zu bereiten. Fortsetzung unter Nr. 30. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 155, 158, zweite Beilage zu n. 311. — b) Vgl. n. 79. — c) Chiffre fehlte. — d) Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 155. Tel. aus Paris, 6. Okt. 1908 Nr. 30 (eing. 11 U. p. m.).^{a)}
Entziff.

Fortsetzung von Nr. 29. Herr Iswolsky stellte dies auch nicht in Frage, kam aber immer wieder darauf zurück, dass der Titel auf dem wir stehen, im Berliner Vertrag durch Übereinstimmung der Grossmächte gegeben sei. Er halte es für unmöglich, diese beiden in so rascher Aufeinanderfolge erfolgten Verletzungen des Berliner Vertrages widerspruchslos hinzunehmen. Russland sei im Berliner Vertrage durch mehrere Stipulationen gebunden und wolle sich von denselben befreien. Iswolsky sprach es deutlich aus, dass er Russlands Zustimmung zur Annexion nicht verweigern wolle, dass er aber dieselbe, wie Euer Exzellenz bekannt, an gewisse Bedingungen knüpfe. Er werde demnächst bei den Mächten die Einberufung eines Kongresses beantragen. Als ich ihn frug nach Programm und Versammlungsort, antwortete er, ad 1 Revision des Berliner Vertrages, ad 2 Ausschluss der Hauptstadt einer Grossmacht, worauf ich einwarf: also Brüssel. Er bat mich, ihm die Zirkularnote,^{b)} welche morgen übergeben wird, vorzulesen, was ich tat. Der Minister sagte mir, er habe für seinen Vorschlag bereits die Majorität der Grossmächte gewonnen und Sie begreifen, fügte er hinzu, dass eine jede mit ihrer Spezialforderung erscheinen wird. Herr Iswolsky bleibt bis Freitag in Paris, geht auf sechs Tage nach London und kommt dann wieder hieher zurück. Herr Stanciov hat heute hier ganz kurz Unabhängigkeitserklärung notifiziert, ohne sich auf Definition des Titels einzulassen. Herr Pichon nahm die Mitteilung entgegen ohne Protest. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. zweite Beilage zu n. 311. — ^{b)} Vgl. n. 116.

Nr. 156. Tel. nach Rom, 6. Okt. 1908 Nr. 88 (chiffr. 5 M. p. m.).^{a)} Konz.
(S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

La proclamation de l'indépendance de la Bulgarie — événement provoqué en dernier lieu par l'incident Guechoff^{b)} — me semble correspondre à la situation que la Bulgarie aidée par la bienveillance des Puissances s'est créée depuis bien longtemps. Je pense donc que nous n'avons pas de motif pour nous opposer à ce qui doit être considéré comme le cours naturel des choses. Dans ces circonstances il me paraît indiqué d'amener une entente des cabinets relativement à la reconnaissance du nouvel état de choses en Bulgarie et du rétablissement de ses rapports avec la Sublime Porte. Je crois répondre aux intentions du cabinet de Rome en lui proposant de se joindre au Gouvernement Impérial et Royal pour provoquer cette entente qui, je suis sûr, servira efficacement à maintenir la paix dans les Balkans. Je m'adresse en même temps et dans le même sens au cabinet de St. Pétersbourg. Veuillez communiquer ce qui précède à Monsieur Tittoni et m'informer de sa réponse. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 143, 160, 161, 179. — ^{b)} Vgl. n. 100.

Nr. 157. Tel. nach Rom, 6. Okt. 1908 Nr. 89 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

... wie n. 159 von „Herr Iswolsky“ bis „abgeschlossen betrachtete“ ... Ich ersuche Euer Exzellenz das Vorstehende mit aller thunlichen Beschleunigung zur Kenntnis Herrn Tittonis zu bringen und ihm meine lebhafteste Befriedigung darüber auszudrücken, daß dieses für die 3 Mächte erfreuliche Resultat zu Stande gekommen sei. Ich werde nicht säumen eine präzise Redaction unserer Entente ausarbeiten zu lassen und dieselbe Herrn Tittoni zu übermitteln.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 132, 179, 215, 337, 358, 744, 886, 1659, 1728.

Tel. nach Rom, 6. Okt. 1908 Nr. 90 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 151.

Nr. 158. Tel. nach St. Petersburg, 6. Okt. 1908 Nr. 115 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Im Verlaufe der Delegations-Verhandlungen, die am 9. l. M. beginnen, werde ich auch über die Stellungnahme der einzelnen Mächte zu der bis dahin erfolgten Annexion Bosniens und der Herzegovina befragt werden. Was Russland betrifft möchte ich sagen, daß zwischen mir und Herrn Iswolsky, betreffend der Lage im nahen Orient und der möglichen Eventualitäten am Balkan — also auch bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegovina — eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Einvernehmen geführt habe; ich hätte also allen Grund, anzunehmen, daß das russische Cabinet der Thatsache der Annexion gegenüber eine freundschaftliche Haltung beobachten würde. Euer Excellenz wollen Herrn Tscharykoff von dem Vorstehenden Kenntniss geben und womöglich eine Aeusserung seinerseits provociren; ich glaube nicht, dass er Schwierigkeiten machen wird, dem Tenor meiner oben wiedergegebenen Ausführungen zuzustimmen, da ja Herr Iswolsky bekanntlich auch mit der Annexion sogar des Sandžaks gerechnet hatte. Von unserem Einvernehmen in der Dardanellenfrage werde ich — wie Euer Excellenz zu dem Herrn Adjoint noch bemerken wollen — nicht reden, ohne diesbezüglich weitere Mittheilungen von Herrn Iswolsky erhalten zu haben.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 154, 196, 201, 326, 327.

Nr. 159. Tel. nach St. Petersburg, 6. Okt. 1908 Nr. 116 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Geheim. Herr Iswolsky hat mich durch Fürst Ouroussoff^{b)} wissen lassen, daß er Herrn Tittoni in Desio in die Details unseres Buchlauer Gedankenaustausches^{c)} eingeweiht habe; letzterer hätte hiefür volles Verständniss gezeigt und erklärt, mit mir ohne Verzug in Fühlung treten zu wollen. Thatsächlich erhalte ich eben einen Brief des italienischen Ministers,^{d)} in welchem derselbe ausführt, daß es für ihn der italienischen Öffentlichkeit gegenüber von Werth wäre, auf einen bestehenden Balkanaccord zwischen Italien, Rußland und Österreich-Ungarn hinweisen zu

können. Als Grundlagen dieses accords würden folgende Punkte gelten, die im allgemeinen mit den Buchlauer Verabredungen übereinstimmen: 1. Rußland und Italien nehmen gegenüber der Thatsache der Annexion Bosniens und der Herzegovina eine freundschaftliche Haltung ein. 2. Italien und Österreich-Ungarn beobachten eine entgegenkommende Haltung bezüglich der russischen Wünsche in der Dardanellenfrage. 3. Österreich-Ungarn verzichtet auf gewisse, näher zu bestimmende, ihm durch den Art. XXIX des Berliner Vertrages betreffs Montenegros eingeräumten Sonderrechte, hingegen verpflichtet sich Montenegro Antivari nicht zu einem Kriegshafen auszugestalten. 4. Italien und Österreich-Ungarn erstrecken ihr Albanien betreffendes, das gegenseitige désintéressement stipulirende arrangement auf das Fürstentum Montenegro. Ich erklärte dem Herzog von Avarna, daß ich die vorstehenden Punkte, die auch in den Buchlauer Verabredungen figurirten, acceptirte und daher den accord zwischen Italien, Rußland und Österreich-Ungarn im Princip als abgeschlossen betrachtete. Ich ersuche Euer Exzellenz, das Vorstehende mit aller thunlichen Beschleunigung zur Kenntniss Herrn Iswolskys zu bringen und ihm meine lebhafteste Befriedigung darüber auszudrücken, daß Dank seiner Aussprache mit Herrn Tittoni dieses für die drei Mächte erfreuliche Resultat zu Stande gekommen sei. Eine Fixirung des Abkommens wird möglich sein, sobald ich in den Besitz der Redaktion Herrn Iswolskys über unser Buchlauer Arrangement gelangt sein werde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 157, 170, 219, 281, 358. — b) n. 110. — c) n. 79. — d) n. 132.

Tel. nach St. Petersburg, 6. Okt. 1908 Nr. 117 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 151.

Nr. 160. Tel. aus St. Petersburg, 6. Okt. 1908 Nr. 139 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). a) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 113 betreffs bulgarischer Unabhängigkeits-erklärung. Herr von Tscharykow erklärte mir, Kaiser Nikolaus sei auf das peinlichste berührt durch überhasteten Entschluss des Fürsten Ferdinand, welcher unter flagranter Missachtung Russlands erfolgt sei. Im Laufe der letzten sechs Wochen sei der bulgarischen Regierung zweimal kategorisch zu verstehen gegeben worden, dass sie im Falle eines solchen, den Frieden bedrohenden „Abenteuers“, nicht auf Russlands moralische oder materielle Hilfe rechnen dürfe. An der zweiten Demarche hätten sich auch die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens beteiligt. Unter diesen Umständen müsse hiesige Regierung Bulgarien seinem Schicksale überlassen. Ministergehilfe fragt sich, ob nicht Sobranje voreilige und dem Anscheine nach eigenmächtige Handlungsweise des Fürsten desavouiren werde. Vertraulich theilte mir Herr Tscharykow mit, dass russische Regierung beabsichtigt, am Tage nach Annexionserklärung Bosniens und der Hercegovina zur Beruhigung der stark irritierten öffentlichen Meinung mit Anregung Revision des Berliner Vertrages durch Konferenz hervorzutreten, welch letztere sich dann auch mit Neuordnung in Bulgarien zu befassen hätte. Auf meine Bemerkung, dass nach Inhalt Buchlauer Besprechung Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett zu gehen hätten, um

unter Ausschaltung Annexionsfrage Substrat für Konferenz festzulegen, erwiderte Ministergehilfe, solche Vorgangsweise würde durch geplante Initiative nicht vereitelt werden, zumal Vorschlag Zeit und Ort der Konferenz nicht präzisieren soll. Herrn Iswolskys Berufung nach Petersburg infolge jüngster Ereignisse in suspenso und dessen ...^{b)} E. Grey und Fürst Bülow neuerdings in Aussicht gestellt.

Berchtold.

a) Vgl. n. 156, 161, 328. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 161. Tel. nach Sofia, 6. Okt. 1908 Nr. 33 (chiff. 11 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Der hiesige bulgarische diplomatische Agent ist heute bei mir erschienen um mir im Auftrage seiner Regierung in offizieller Weise von der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens Mittheilung zu machen. In meiner Erwiderung hob ich hervor, daß wir die aufsteigende Entwicklung des Fürstentums stets mit sympathischem Interesse verfolgt und zu wiederholten Malen Beweise unseres aufrichtigen Wohlwollens gegeben hätten. In demselben Geiste beurtheilten wir auch das neueste Ereignis, von dem mir Herr Sarafoff soeben Mittheilung gemacht habe. Hiebei gäben wir uns der Hoffnung hin, dass Bulgarien, welches seinen lang gehegten Wunsch erfüllt sähe, nun umso mehr bestrebt sein werde ein Element der Ruhe und Ordnung am Balkan zu sein. Dieses Bestreben würde aber im gegenwärtigen Augenblicke am Besten dadurch documentirt werden, dass die bulgarische Regierung sich bemühte wieder gute Beziehung zur Türkei herzustellen und zu pflegen. Bezüglich der Frage der Anerkennung der neugeschaffenen Situation und der im Interesse der Erhaltung des Friedens gebotenen Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Sofia und Constantinopel hätte ich bereits mit anderen Cabineten Fühlung genommen. Ich schloss unsere Unterredung, indem ich der bestimmten Erwartung Ausdruck gab, dass Bulgarien es nunmehr ganz besonders als Ehrensache betrachten werde den so begründeten Forderungen der Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen unverzüglich volle Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen und mir auf diese Weise die beabsichtigte freundschaftliche Haltung zu ermöglichen. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und zur Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 145, 151, 156, 160, 173, 319.

Nr. 162. Vortrag an den Kaiser, 6. Okt. 1908. Konz. (S. u. G. Gagern).

Indem ich Euer Majestät im Anschlusse zwei Telegramme Allerhöchster Geschäfts-trägers in Belgrad vom gestrigen Tage^{a)} alleruntertänigst zu unterbreiten mir gestatte, welche sich mit den dortselbst cursirenden Nachrichten über eine bevorstehende Mobilisirung der serbischen Armee beschäftigen, nehme ich mir die ehrerbietigste Freiheit Euer Majestät gehorsamst zu melden, daß ich diese Meldungen heute mit Kriegsminister F. Z. M. Freiherrn von Schönaich sowie mit dem Chef des Generalstabes F. M. L. Conrad von Hötendorf besprochen habe. Letzterer hat für den

meiner Ansicht nach unwahrscheinlichen Fall, daß Serbien thatsächlich zur Mobilisierung schreiten sollte, Vorschläge ausgearbeitet, um unsererseits Gegenmaßregeln zu ergreifen. Ich bleibe mit den beiden Genannten in Verbindung und treffe morgen Abend um 9 Uhr in Budapest ein.

a) n. 134, 135.

Nr. 163. Tel. an den Legationssekretär Otto Franz in Belgrad, 7. Okt. 1908 Nr. 44 (chiff. 11 U. 40 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Erhalten Telegramm von gestern No. 79. Euer Wohlgeboren wollen mir nach Rücksprache mit dem k. u. k. Militärattaché mit grösster thunlicher Beschleunigung möglichst praecise telegraphische Meldung über die Einberufung der Reserven erstatten und speciell anführen um welche Cathorien der Reserve es sich handelt. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 166.

Nr. 164. Tel. an den Legationssekretär Otto Franz in Belgrad, 7. Okt. 1908 Nr. 45 (chiff. 4 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Wohlgeboren wollen Herrn Milovanović noch heute aufsuchen oder ihm schriftlich mitteilen, dass ich von der serbischen Regierung eine correcte Haltung erwarte. Serbien würde sich andererseits großen Gefahren aussetzen. Österreich-Ungarn sei speciell mit Rußland und Italien betreffend die Behandlung aller Balkanfragen, also auch betreffend die Angliederung der occupirten Provinzen, in vollem Einvernehmen. Eine aggressive Politik Serbiens würde von keiner Seite Unterstützung finden. Gleichzeitig mit dieser Mittheilung wollen Euer Wohlgeboren von dem Herrn serbischen Minister des Äussern Aufklärung verlangen über die gestern verfügte Einberufung der Reserven. Diese durch nichts motivirte Maßnahme müßten wir als gegen uns gerichtet betrachten und falls dieselbe nicht in befriedigender Weise aufgeklärt oder zurückgenommen würde, unsererseits Gegenmaßregeln ergreifen. Bei Ihrer Unterredung, über deren Resultat Euer Wohlgeboren ehethunlichst nach Wien und an mich nach Budapest telegrafiren wollen, werden Sie Herrn Milovanović gegenüber in ruhiger aber entschiedener Weise den ganzen Ernst der Lage betonen.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 7 Nr. 7. Vgl. n. 135, 167, 181.

Nr. 165. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 7. Okt. 1908 Nr. 80 (eing. 10 U. a. m.). Entziff.

König ist bereits heute abends vom Manöverfeld nach Belgrad (zurückgekehrt),^{a)} Manöver werden morgen Mittwoch abgebrochen werden. Bei der heutigen Volksversammlung waren circa 10000 Menschen, darunter viele Leute der besseren Stände, viele Bauern, auch Offiziere. Ämter und Schulen waren geschlossen, um Teilnahme zu ermöglichen. Von jeder

Partei sprach ein Redner. Der eine versicherte, dass Montenegro den Bruderzwist vergessen habe und fieberhaft rüste, um mit Serbien zu marschieren. Diese Behauptung findet sich auch in den heutigen Zeitungen auf Grund angeblicher Telegramme aus Cetinje. Ein zweiter Redner versicherte, dass bosnisch-hercegovinischer Aufstand unmittelbar bevorstehe, ebenso Revolution der Serben, Slovenen und Slovaken der Monarchie. Der Nationalist Gjorgević sprach in seiner Rede Beschimpfungen gegen die Person unseres Allerhöchsten Herrn aus. Die Reden wurden mit lauter Begeisterung aufgenommen. Nach der Versammlung formierte sich Zug zum Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, wo der Beschluss der Volksversammlung für Ministerpräsident abgegeben wurde. Beschluss besagt, dass jeder Serbe bereit ist, alle Opfer zu bringen, um Versuch der Annexion zu verhindern. Weitere Demonstrationen unterblieben. Aus verlässlicher Quelle erfahre ich, dass bei gestrigem Kronrat Pašić, sowie Stojanovic, Führer der Jungradikalen, nachdrücklichst den Krieg gegen die Monarchie verlangt haben. Daraufhin wurde vorläufig Einberufung der Reserve angeordnet. Konsulat Nisch meldet, dass Einberufung beurlaubter Offiziere und Mannschaften in der Nacht auf heute Dienstag telegraphisch durchgeführt wurde. Bevölkerung scheint zu hoffen, dass Demonstrationen uns einschüchtern werden, und dass bei Präzisierung unseres Verhältnisses zu okkupierten Provinzen zum mindesten das Wort „Annexion“ vermieden werden wird. Man glaubt nun, dass diese Präzisierung nicht unmittelbar bevorsteht. Für den Fall der Annexion und darauffolgenden Kriegausbruchs wird gerechnet, dass während des Krieges und nachfolgender Konferenzen sich Verwicklungen unter Grossmächten ergeben werden und so Monarchie verhindert werden wird, Erfolge zu realisieren. Meiner blossen Vermutung nach scheint Regierung, Armee mobilisieren und konzentrieren, aber nicht Krieg erklären zu wollen. Durch Entsendung von Komitatschis, Bombenattentate und Aufstände soll dann Aktion eingeleitet werden. Diese verbrecherischen Handlungen würden dann nachdrücklichst gelehnet werden, wenn wir Krieg erklären.^{b)} ... Franz.

^{a)} Chiffre fehlt. — ^{b)} Hier folgen Nachrichten, die wahrscheinlich auf den der Belgrader Gesandtschaft in die Hände gespielten apokryphen Dokumenten (vgl. n. 98) beruhen.

Nr. 166. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 7. Okt. 1908 Nr. 84 (eing. 9 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 44. Offiziell ist: Einberufung der nötigen Zahl von Reservisten sämtlicher Waffengattungen des ersten Aufgebotes. Laut Kundschaftermeldungen alle Reservisten des ersten Aufgebotes bereits einberufen, so dass der Ausdruck „nötige Zahl“ nur eine Cachierung dieser Massnahme bedeuten würde. Das mobilisierte erste Aufgebot hat rund 110.000 Mann Gefechtsstand. Weitere Konfidenten-Nachrichten besagen, dass für den 14. d. M. auch die Mobilisierung eines Teiles des zweiten Aufgebotes beschlossen sei. Das ganze zweite Aufgebot wird auf 60.000 Mann Gefechtsstand geschätzt. Franz.

*Nr. 167. Tel. nach Berlin Nr. 92, St. Petersburg Nr. 118, Paris Nr. 40, London Nr. 66 und Rom Nr. 91, 7. Okt. 1908 (chiff. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Das Belgrader Amtsblatt vom 5. 1. M. veröffentlicht eine Verordnung, mittelst welcher die Reserven einberufen werden. Wir haben in Belgrad wegen dieser nicht motivirten Maßregel, die wir nur als gegen uns gerichtet betrachten können, Aufklärungen verlangt und werden gezwungen sein, falls dieselben nicht befriedigend ausfallen zum Schutze unseres Besitzes Gegenmaßregeln zu ergreifen. Euer Exzellenz wollen von dem Vorstehenden der Regierung bei der Sie beglaubigt sind unverzüglich Mittheilung machen und der Hoffnung des k. u. k. Cabinetes Ausdruck geben, daß die fremden Vertreter in Belgrad im eigensten Interesse Serbiens zur Mässigung und Bewahrung einer correkten Haltung einrathen werden. Eine gleiche telegrafische Weisung ergeht auch an die andern k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 8 Nr. 8. Vgl. n. 164, 193, 195, 199, 206.

Nr. 168. Tel. des Berliner Botschafters aus Rominten, 7. Okt. 1908 ohne Nr. (eing. 6 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Heute früh hier eingelangt, bin ich gleich nach meiner Ankunft von beiden Majestäten mit ganz ausserordentlicher Herzlichkeit empfangen worden. Nach dem Déjeuner machte ich mit Seiner Majestät einen zweistündigen Spaziergang. Über den Inhalt der bedeutungsvollen Unterredung werde ich von Berlin, wohin ich heute abends zurückkehre, ausführlich telegraphieren. Was die Annexion Bosniens und der Herzegowina betrifft, sieht Kaiser Wilhelm vollkommen ein, dass Seine Majestät unser Allergnädigster Herr unter den gegebenen Umständen zu derselben schreiten musste und beauftragte mich, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät hiezu seine aus tiefstem Herzen stammenden aufrichtigen Glück- und Segenswünsche zu übermitteln. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 182.

Nr. 169. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 7. Okt. 1908 Nr. 168 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Namen des Herrn Botschafters habe ich heute morgens dem Unterstaatssekretär die Zirkularnote vom 3. d. Mts. No. 1838 vorgelesen und ihm Abschrift derselben hinterlassen. Herr Stemrich, der den Anlass dazu benützte, um die aufrichtige Bundestreue seiner Regierung unserer Monarchie gegenüber besonders hervorzuheben, hat die Veranlassung getroffen, dass Kopien der Abschrift Kaiser Wilhelm und Fürst Bülow sogleich zugesendet werden. Herr von Schön kehrt morgen nach Berlin zurück. Flotow.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 7 Nr. 6. Vgl. n. 148, 204.

*Nr. 170. Tel. nach Cetinje, 7. Okt. 1908 Nr. 50 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).
Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

Mit Bezug auf den geheimen Erlass^{a)} betreffend die Mittheilung an den Fürsten über die Annexion Bosniens und der Herzegowina. Bezüglich der von uns in Aussicht genommenen Verzichtleistung auf gewisse noch näher zu bestimmende Vorrechte, die uns der Artikel 29 des Berliner Vertrages einräumt, sind wir bereits mit Russland und Italien im Einvernehmen.^{b)} Euer Hochwohlgeborn sind ermächtigt hievon dem Fürsten gegenüber vertraulichen Gebrauch zu machen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 112. — ^{b)} Vgl. n. 159.

*Nr. 171. Tel. aus Cetinje, 7. Okt. 1908 Nr. 58 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Auf meine im Sinne des hohen Auftrages vom 3. Oktober l. J. Z. 1849, heute dem Fürsten von Montenegro gemachte Mitteilung über die erfolgte Annexion Bosniens und der Hercegovina antwortete mir Seine königliche Hoheit, dass er seit 30 Jahren über das Schicksal der genannten Provinzen nicht im Zweifel war „jedoch lebhaft bedauern müsse, dass bei diesem Anlasse die Hoffnungen, welche er auf die Freigebigkeit der k. u. k. Regierung gebaut hatte, enttäuscht worden seien. Eine Grenzregulierung, welche einzelne von montenegrinischen Blute getränkte Gebiete der Hercegovina Montenegro zugewiesen hätte, würde uns die Herzen ganz Montenegros für immer verpflichtet haben. Nichtsdestoweniger würden die guten Beziehungen des Fürstentums zur Nachbarmonarchie infolge der Annexion keine Änderung erfahren“. Meine Mitteilung, dass für den Fall einer korrekten Haltung der fürstlichen Regierung der vollzogenen Tatsache der Annexion gegenüber die k. u. k. Regierung bereit wäre, die Frage der Strassenbaubsubvention in dem erwünschten Sinne zu regeln, wie auch, dass wir in der Zukunft geneigt wären, über eventuelle Modifikationen einzelner Bestimmungen des Berliner Vertrages zu unterhandeln, nahm der Fürst mit Dankbarkeit entgegen. Fürst Nikolaus meinte jedoch bezüglich des letzteren Punktes, dass das Entgegenkommen der k. u. k. Regierung so sehr er es zu schätzen wisse, heute keinen Wert mehr habe. Fortsetzung folgt.^{a)} Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 172.

*Nr. 172. Tel. aus Cetinje, 7. Okt. 1908 Nr. 59 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes No. 58. Denn mit Hinblick auf die stattgehabten verschiedenen Verletzungen des Berliner Vertrages sei er genötigt, in einer noch heute den hiesigen Vertretern der Signatarmächte des Berliner Vertrages zukommenden Note, gegen die mit dem vorerwähnten Verträge im Widerspruche stehende Annexion Bosniens und der Herzegowina Einspruch zu erheben und für den Fall der Annahme dieser vollzogenen Thatsache seitens der Mächte, die Bedingungen des Artikels XXIX für nicht mehr bindend zu erklären und für Montenegro auch im Litorale

die volle Souveränität zu beanspruchen. Der Text der mir in Aussicht gestellten Note, wie auch jener einer demnächst zur Veröffentlichung gelangenden, mit Ausfällen gegen Österreich-Ungarn gewürzten Proklamation an das montenegrinische Volk, scheint bereits seit Längerem vorbereitet gewesen zu sein. Ich werde über dieselben Euer Exzellenz telegrafisch Bericht erstatten.

Kuhn.

a) Vgl. n. 185.

*Nr. 173. Note des türkischen Botschaftsrates Reschad Hikmet, 7. Okt. 1908
No. G¹ 30883, No. S¹ 68 (eing. 8. Okt.).a) Ausfert.*

Mon Gouvernement a appris avec un sentiment de profonde surprise la proclamation d'indépendance du Prince de Bulgarie. Cet acte inspiré du Prince qui constitue une violation du Traité de Berlin ne s'explique en aucune façon. Le Gouvernement Princier, en méconnaissant les stipulations du dit Traité, a donné une preuve des plus significatives de son mépris du droit international, de ses propres engagements et de son manque de déférence pour les conseils des Grandes Puissances. Aussi mon Gouvernement, comme signataire du dit Traité et autres actes y relatifs et au nom de Sa Majesté Impériale le Sultan, Suzerain de la Bulgarie et Souverain de la Roumélie Orientale, s'élève avec force contre l'attitude du Prince Ferdinand et fait un pressant appel aux Puissances co-signataires du Traité de Berlin, en les priant instamment d'aviser au plus tôt aux dispositions nécessaires telles que la réunion d'une conférence, pour examiner les conditions du rétablissement de l'ordre légal tant en Bulgarie que dans la Roumélie Orientale et le maintien des intérêts divers que les traités assurent à l'Empire Ottoman. Le Gouvernement Impérial pourrait avoir recours à la force pour faire respecter lui-même ses droits qui ne peuvent jamais être prescrits sans son consentement, mais respectueux des traités et soucieux du maintien de la paix européenne et des intérêts généraux en cause, il désire éviter d'arriver à une pareille extrémité et s'en remet aux Puissances signataires du Traité de Berlin. Il attendra avec calme la décision à laquelle elles s'arrêteront. Cependant je proteste d'ores et déjà formellement et au nom de mon Gouvernement contre l'infraction qui vient d'être portée au Traité de Berlin et fais les réserves les plus expresses pour tous les droits qui sont assurés au Gouvernement Impérial par les actes internationaux et les conventions qui sont intervenus dans la suite.

Réchad Hikmet.

a) Vgl. n. 150, 161, 174.

*Nr. 174. Note des türkischen Botschaftsrates Reschad Hikmet, 7. Okt. 1908
No. G¹ 30884, No. S¹ 69 (eing. 8. Okt.).a) Ausfert.*

J'ai appris avec un sentiment d'immense regret la nouvelle officielle de la proclamation de l'annexion à la Monarchie austro-hongroise des Provinces occupées de la Bosnie-Herzégovine. Sans entrer pour le moment dans la discussion du fond de la question, je m'empresse de protester catégoriquement, au nom de mon Gouvernement, contre cet acte et fais les réserves les plus formelles pour tous les droits qui sont garantis et reconnus au

Gouvernement Impérial sur les Provinces ottomanes susvisées par le Traité de Berlin et les autres actes y relatifs. Réchad Hikmet.

^{a)} Vgl. n. 173, 208, 209.

Tel. nach London, 7. Okt. 1908 Nr. 66 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 167.

Nr. 175. Tel. nach London, 7. Okt. 1908 Nr. 67 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Khuen; G. Aehrenthal).

Der englische Botschafter hat mir gestern ein Promemoria^{b)} übergeben, laut welchem Sir Edward Grey mich unter Bezugnahme auf mein persönliches Schreiben an Sir Charles Hardinge^{c)} an das dem Londoner Verträge angefügte Protokoll vom 17. Jänner 1871^{d)} erinnert, welchem auch Österreich-Ungarn beigetreten sei. Mit Hinblick darauf könnte die englische Regierung eine Verletzung des Berliner-Vertrages nicht billigen, noch eine Modification desselben ohne Zustimmung der Mächte und insbesondere der Türkei anerkennen. Sir Edward Goschen sei angewiesen, in diesem Sinne bei mir Vorstellungen zu erheben und mir die Nothwendigkeit nahezu legen, den Entschluss der Annektierung Bosniens und der Herzegovina zum Gegenstande einer nochmaligen Erwägung zu machen. Ich sagte dem Herrn englischen Botschafter in Erwiderung auf seine Mittheilung, ich sei einigermaßen überrascht, dass auf mein persönliches, freundschaftliches Schreiben an Sir Charles Hardinge in dieser Form geantwortet werde, auch scheine mir die Mittheilung des Herrn Botschafters nicht ganz in dem Geiste der Freundschaft gehalten, von welchem ich mich bei meinem Schreiben leiten ließ. Ganz entschieden müsste ich mich gegen die Auffassung verwehren, als ob unser Vorgehen betreffs Bosniens dem Berliner Verträge widerspräche. Letzterer enthalte bloß die Bestimmung, dass Österreich-Ungarn jene Provinzen okkupiere und verwalte, eine Beschränkung dieses Rechtes nach irgend einer Richtung ist darin nicht enthalten und die Bevollmächtigten der Monarchie auf dem Berliner Kongresse hätten ausdrücklich erklärt, dass Österreich-Ungarn dieses Recht als dauernd betrachte. Ebenso sei von den Souveränitätsrechten des Sultans bloß in der Constantinopler Konvention die Rede, dies sei also eine Frage, welche zwischen uns und der Türkei zu regeln sei, weshalb wir eben die Kündigung dieser Konvention vorgenommen hätten. In der offiziellen Mittheilung, welche mittlerweile unsererseits an das Londoner Kabinet im Gegenstande gemacht worden sei, würden die Gründe erschöpfend dargelegt, aus welchen der Entschluss der k. und k. Regierung ein unabweislicher geworden sei. Ich gäbe mich der Hoffnung hin, dass das Londoner Kabinet sobald es von diesen Erwägungen in Kenntnis gesetzt sei, seine Ansicht modifizieren und unser Vorgehen freundschaftlich beurteilen werde. Ich ersuche Euer Exzellenz sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen möglichst bald dem Herrn Staatssekretär gegenüber auszusprechen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 176, 192, 251. — ^{b)} Nicht aufgenommen, weil der wesentliche Inhalt oben wiedergegeben erscheint. — ^{c)} n. 91. — ^{d)} Gedruckt: „Das Staatsarchiv“ XX 190.

Nr. 176. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 7. Okt. 1908 Nr. 62 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Nachdem der Herr Botschafter Graf Mensdorff vom König in Barmal zurückgehalten wurde, habe ich die mit Erlass No. 1839 vom 3. d. M. angeordnete Mitteilung Sir Charles Hardinge heute Mittag gemacht. Der Herr Staatssekretär nahm die Ausführungen zur Kenntnis und dankte für die Überlassung der Kopie der obbesagten Weisung. Hardinge sagte mir hierauf, er könne mir bezüglich Standpunktes der englischen Regierung nur wiederholen, was Sir E. Goschen vor 2 Tagen beauftragt war, Euer Excellenz zu melden,^{b)} nämlich, dass die königlich grossbritannische Regierung eine Verletzung des Berliner Vertrages nicht ratifizieren (approve) noch eine Änderung an derselben anerkennen könne, bezüglich deren die anderen Mächte insbesondere die Türkei nicht befragt worden sei. Unterstaatssekretär verwies auf das Annex vom 17. Jänner 1871 zum Londoner Vertrag. Vertraulich. Sir Charles Hardinge ging auf meine im Geiste der zitierten Weisung sowie auf andere im gleichen Sinne vorgebrachten Argumente zwar ein, doch hielt er allem entgegen, es handle sich nicht um das „was“, aber das „wie“ es gemacht worden ist. Széchényi.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 6 Nr. 5. — ^{b)} Vgl. n. 175.

Nr. 177. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 7. Okt. 1908 Nr. 63 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Heutige „Times“ reproduziert in einer Korrespondenz aus Paris den Wortlaut der seinerzeit von Graf Andrassy über Wunsch türkischen Vertreters beim Berliner Kongress unterzeichneten geheimen Erklärung,^{b)} wonach Okkupation Bosniens und Herzegovinas als ein Provisorium betrachtet werde. Sir Charles Hardinge erklärte mir, dieses bisher geheim gehaltene Dokument sei Foreign Office aus den Archiven zwar bekannt gewesen, doch nicht von hier aus „Times“-Korrespondenz mitgeteilt worden. Széchényi.

^{a)} Vgl. n. 211 Anm. a, 226, 639. — ^{b)} Die geheime österreichisch-ungarische Erklärung an die türkische Regierung, Berlin, 13. Juli 1878 (Amtl. Abschrift), hat folgenden Wortlaut:

Sur le désir exprimé par les Plénipotentiaires Ottomans au nom de leur Gouvernement, les Plénipotentiaires Austro-Hongrois déclarent au nom du Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique que les droits de Souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan sur les provinces de Bosnie et d'Herzégovine ne subiront aucune atteinte par le fait de l'occupation dont il est question dans l'article relatif aux dites provinces du traité à signer aujourd'hui; que l'occupation sera considérée comme provisoire et qu'une entente préalable sur les détails de l'occupation se fera immédiatement après la clôture du congrès entre les deux Gouvernements.

Die türkische Gegenerklärung (Ausfert.) lautet:

Conformément au désir exprimé par Leurs Excellences les plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie, les plénipotentiaires Ottomans déclarent que la déclaration que Leurs Excellences les plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie leur ont délivrée ce matin au sujet de l'article 25 du traité de Berlin ne sera pas livrée à la publicité avant qu'on ne se soit entendu là-dessus. Berlin le 13 juillet 1878.

Al. Carathéodory, Mehemed Ali, Sadoullah.

Tel. nach Paris, 7. Okt. 1908 Nr. 40 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 167.

*Nr. 178. Tel. aus Paris, 7. Okt. 1908 Nr. 32 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Anlässlich der heute erfolgten Übergabe der Zirkularnote^{b)} habe ich mit Herrn Pichon einen Gedankenaustausch gehabt über die von Russland proponierte Konferenzidee. Der Minister sagte, er akzeptiere sie im Prinzip, verlange aber vorher ein bis ins kleinste Detail ausgearbeitetes Programm. Frankreich werde die Annexion nicht beanstanden, glaube aber so wie Russland, dass diese Frage im gemeinsamen Einvernehmen behandelt werden müsse. Was den Versammlungsort betrifft, hat der Minister keine besonderen Wünsche. Was Bulgarien anbelangt, meinte Pichon, dass er auf einer Entschädigung der Türkei hinsichtlich des Tributes Ostrumeliens bestehen müsse. Er fügte hinzu, dass er hoffe, die Konferenz werde der Türkei moralische Genugtuung gewähren. Khevenhüller.

^{a)} Oe.-U. Bosnien II Nr. 12 (unter dem 8. Okt.). Vgl. n. 214. — ^{b)} n. 116.

Tel. nach Rom, 7. Okt. 1908 Nr. 91 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 167.

*Nr. 179. Tel. aus Rom, 7. Okt. 1908 Nr. 144 (eing. 10 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Erhalten Euer Excellenz Telegramme No. 84 und 87^{b)} bis 90. — Vor einer halben Stunde angekommen, fuhr ich über dessen Bitte direkt zu Herrn Tittoni, der seinen Landaufenthalt infolge der Ereignisse aufgegeben hat und ziemlich präokkupiert ist. Inhalt Euer Excellenz Telegrammes No. 89 verursachte ihm lebhaftere Befriedigung. Aus seinen Worten entnehme ich, daß Herr Iswolsky die Bereitwilligkeit Euer Excellenz auf Modifikation des Artikels 29 einzugehen, in Buchlau^{c)} nicht oder mangelhaft verstanden hat. Derselbe habe, als er in Desio war, mit Ungeduld eine diesbezügliche bindende Zusage Euer Excellenz erwartet und als dieselbe ausblieb, sich missmutig geäußert: „Naturellement le Baron Aehrenthal croit pouvoir se passer de la Russie, puisqu'il continue son chemin sans tenir compte de nos conditions.“ Unter diesen Umständen befürchte Herr Tittoni, dass Herr Iswolsky inzwischen in Paris für das seitens Frankreichs und Englands mit solchem Nachdruck befürwortete Konferenzprojekt bereits unwiderföhllich gewonnen sein könnte. Tittoni steht der Konferenzidee wenig sympathisch gegenüber und wird auf vertraulichem Wege Alles tun, um sie zu verhindern. Dringe dieselbe aber dennoch durch, so ist er ausser Stande, die Beteiligung abzulehnen. Auch in diesem Falle aber würde seiner Auffassung nach der neugeschlossene Akkord die Basis des Verhaltens der Dreibundmächte und Russlands bilden. Mit Rücksicht auf hiesige öffentliche Meinung würde Minister des Aeussern grossen Wert darauf legen, das Projekt einer Revision des Artikels 29 baldmöglichst in die Öffentlichkeit dringen zu lassen (was auch dem Könige sehr erwünscht wäre), er bittet Euer Excellenz um ehethunlichste Mitteilung Ihrer diesbezüglichen Auffassung und des hiefür einzuschlagenden Modus. Herr Pansa hat aus Berlin

berichtet, deutsche Regierung sei von unserem Annexionsprojekte nicht verständigt worden und erkläre diesen Umstand zum Theile Sprache der deutschen Presse. Ich erwiderte Herrn Tittoni, es müsse hier ein Missverständnis vorliegen. Haltung übriger Mächte hat Tittoni unzweifelhaft stutzig gemacht und fand ich ihn rücksichtlich Annexion weit mehr von Sorge erfüllt, als vorgestern in Desio. Dort sagte er mir im engsten Vertrauen (denn eine diesbezügliche Indiskretion könnte ihm den Kopf kosten): „Ne me trahissez pas, mais au fond je suis presque content de votre annexion; ce sont ces situations mal définies et manquant de netteté que je crains et qui sont une source de danger.“ König von Italien war ungemein gnädig und freundlich; als ich zu Ende gesprochen hatte, sagte er: Vous avez beau dire mais c'est tout de même un bon coup de canif que vous donnez au traité de Berlin. — Bezug auf Telegramm No. 88. Bezüglich Anerkennung bulgarischer Unabhängigkeit zweifelt Herr Tittoni natürlich keinen Augenblick, dass sie schliesslich überall erfolgen werde, doch möchte er augenblicklich noch den Gang der Dinge abwarten, bevor er einen Schritt ergreift. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 215. — ^{b)} Tel. Nr. 87 liegt nicht vor. Es findet sich auch keine Protokolleintragung hierüber. — ^{c)} Vgl. n. 79.

*Tel. nach St. Petersburg, 7. Okt. 1908 Nr. 118 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 167.*

*Nr. 180. Tel. des Sektionschefs Ladislaus Müller von Szentgyörgy an den Minister des Äußern in Budapest über einen Besuch des serbischen Gesandten, 8. Okt. 1908 Nr. 18 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).*

Der hiesige serbische Gesandte ist heute bei mir erschienen um auftrags-gemäss eine Note zu überreichen. Ohne dieses Schriftstück zu übernehmen, überliess ich es Herrn Simitsch mir dasselbe vorzulesen, was der Herr Gesandte auch that. Es war der bereits in den heutigen Morgenblättern erwähnte Protest seiner Regierung gegen die Annexion Bosniens und der Herzegovina.^{b)} Ich habe den Instruktionen Euer Excellenz entsprechend hierauf Herrn Simitsch erwidert, dass ich den Protest der serbischen Regierung nicht entgegennehmen könne, da derselben ein Rechtstitel für einen solchen Einspruch fehle. Der Herr Gesandte schien hierauf vorbereitet und bemerkte, dass er diesen Standpunkt begreife, dass jedoch seine Regierung angesichts der allgemeinen Erregung in Serbien nicht umhin konnte gegen die Annexion zu protestieren. Ich knüpfte hieran an, indem ich erwiderte, die serbische Regierung thäte gut daran, auf die erregte Stimmung beschwichtigend einzuwirken; Massnahmen, wie jene der Einberufung der Reserven könnten jedoch nur den gegentheiligen Effekt haben. Herr Simitsch versuchte sodann diese Massnahmen als keineswegs gegen uns gerichtet darzustellen, indem er erklärte, dass angesichts der schon durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sowie durch die Annexion geschaffenen Situation und der aus diesem Anlasse entstandenen Erregung in Serbien eine gewisse militärische Bereitschaft unerlässlich erschien, dass

aber überdies mit der Einberufung von Reserven nur der Zweck verfolgt würde, die Lücken zu füllen, welche durch die am 14. l. M. erfolgende Entlassung der ausgedienten Mannschaften entstünden. Es sei ganz ausgeschlossen, dass Serbien an militärische Unternehmungen gegen Österreich-Ungarn denke.

Müller.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 9 Nr. 8. Vgl. n. 1161. — ^{b)} „Neue Freie Presse“, 8. Okt. 1908. Vgl. auch „Wiener Zeitung“ vom 9. Okt. 1908 Nr. 233 S. 10.

Nr. 181. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 8. Okt. 1908 Nr. 86 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Telegramm No. 45 vom 7. d. Mts. erhalten. Ich habe um 11 Uhr abends Auftrag genauestens ausgeführt. Der Herr Minister des Aeussern diktierte mir am Schluss der Unterredung die Antwort: dass die getroffenen Verfügungen nach Gesinnung und Intentionen der Regierung keinen aggressiven Charakter haben, dass sie nur eine Vorsichtsmassregel bedeuten angesichts der Erregung im Innern und der Gefahr von äusseren Complicationen, und dass im Übrigen die Art der Anwendung der Verfügungen genügend deren obbezeichnete Ziele dartun wird. Der Minister des Aeussern erklärte den letzten Satz so, dass derzeit nur so viel Leute einberufen würden, als nötig sind, um die Armee auf einen Stand von 20.000 Mann zu bringen. Der k. u. k. Militärattaché bezeichnet dies als unwahr, weil der heutige Stand der Armee circa 30.000 Mann beträgt. Die mit Verordnung vom 6. d. Mts. einberufene Reservemannschaft wird diesen Stand noch erhöhen, da es doch ausgeschlossen erscheint, dass in kritischen Zeiten Mannschaft, die schon unter den Fahnen ist, entlassen und durch neue Reservemänner ersetzt wird. Konfidentenmeldungen besagen, dass alle Reservisten aller Waffengattungen des ersten Aufgebotes einberufen werden, was einen Gefechtsstand von 110.000 Mann bedeuten würde. Im Laufe der Unterredung mit dem Herrn Minister des Aeussern liess ich ihn deutlich erkennen, dass meiner Privatansicht nach diese Aufklärung keine befriedigende ist. Er versicherte aber nur immer von Neuem, dass seine Worte wahr, ehrlich und loyal seien, dass es ja verrückt wäre, wenn Serbien die Grossmacht Oesterreich-Ungarn angreifen wollte. Gleichlautend Budapest. Franz.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 11 Nr. 13. Vgl. n. 221.

Nr. 182. Tel. aus Berlin, 8. Okt. 1908 Nr. 169 (aufg. 3 U. p. m., Eingangsdatum nicht angegeben).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm von gestern aus Rominten.^{b)} Die lange Unterredung, die ich gestern mit Kaiser Wilhelm hatte, der auch der Vertreter des auswärtigen Amtes, Freiherr von Jenisch, zugezogen war, leitete Seine Majestät mit den Worten ein, er müsse mir ganz offen gestehen, er sei sehr unangenehm berührt gewesen, dass er die Nachricht über die unmittelbar bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegovina zuerst den Zeitungen entnommen habe und dass Graf Khevenhüller das diesbezügliche Handschreiben unseres Allergnädigsten Herrn schon am 3. d. M. dem Präsidenten der französischen Republik

überreicht habe,^{c)} als er, Kaiser Wilhelm, der treueste Bundesgenosse Seiner kais. und königlich. Apostolischen Majestät, nicht einmal noch die Nachricht erhalten hatte, dass ein Allerhöchstes Handschreiben auch an ihn gelangen würde. Ich glaube, dass es mir gelungen ist, im Laufe meines Gesprächs den üblen Eindruck, den diess auf Seine Majestät gemacht hatte, vollkommen zu zerstreuen, was mir um so leichter gelungen ist, als es sich herausstellte, dass Kaiser Wilhelm von Euer Excellenz Unterredung mit Herrn von Schoen in Berchtesgaden^{d)} und von Euer Excellenz eingehendem Schreiben an den Reichskanzler^{e)} erst am 6. ds. Mts. Nachmittag Kenntniss erhalten hatte. Ich machte Seine Majestät darauf aufmerksam, dass Euer Excellenz über Hochherren Absicht, die Annexion Bosniens und der Herzegovina in allernächster Zeit durchzuführen, den Staatssekretär schon am 4. v. M.^{d)} in Berchtesgaden in erschöpfender Weise unterrichtet hatten und dass ein hierauf bezüglicher sehr ausführlicher Brief^{e)} Euer Exzellenz dem Reichskanzler schon vor etwa zehn Tagen zugestellt worden ist. Seine Majestät bedauerte lebhaft, hiervon nicht früher Kenntniss erhalten zu haben und versicherte mir, wie dies auch durch Freiherrn von Jenisch bestätigt wurde, dass Herr von Schoen ihm zwar gleich nach der Unterredung mit Euer Excellenz kurze telegrafische Meldung erstattet habe, dass aber der ausführliche Vortrag des Staatssekretärs sowie auch der von Euer Excellenz an den Reichskanzler gerichtete Brief erst am 6. ds. Mts. in seine Hände gelangt sei. Was die vorzeitige Übergabe des Allerhöchsten Handschreibens an Herrn Fallières betrifft, gab ich meiner Überzeugung Ausdruck, dass dies nur in Folge eines Missverständnisses geschehen sein müsste, da ich bestimmt wisse, dass alle betreffenden Botschafter von Euer Excellenz den Auftrag erhalten hätten, die Allerhöchsten Handschreiben erst am 5. oder 6. d. Mts. zu übergeben. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 183. — b) n. 168. — c) n. 118, 128. — d) Vgl. n. 71. — e) n. 89.

*Nr. 183. Tel. aus Berlin, 8. Okt. 1908 Nr. 170 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 169. Seine Majestät dankte mir für diese Aufklärungen, die ihn offenbar vollständig beruhigt hatten. Höchstderselbe erklärte mir in der bündigsten Weise, daß er die Notwendigkeit unserer Action in jeder Beziehung vollkommen würdige und daß er in wärmster Anhänglichkeit an die Person unseres Allernädigsten Herrn und in unerschütterlicher Bundestreue nach wie vor an unserer Seite stehen werde. Im Laufe unserer langen Unterredung kam Kaiser Wilhelm wiederholt auf diese Versicherung zurück, doch bemerkte er, es sei sehr bedauerlich, daß die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und Ostrumeliens mit der Annectierung Bosniens und der Herzegovina zusammenfalle. Höchstderselbe frug mich, ob ich etwas darüber wisse, daß, wie von verschiedenen Seiten verbreitet werde, Fürst Ferdinand während seines jüngsten Aufenthaltes in Budapest^{b)} den Zeitpunkt der Ausführung seiner lang gehegten Pläne mit Euer Excellenz besprochen hätte. Engländerseits werde behauptet,

daß der Fürst sogar eine Ermunterung unsererseits zur sofortigen Unabhängigkeitserklärung erhalten habe. Es sei dies nach seiner Überzeugung gewiß eine feindselige Unterstellung. Ich habe Seiner Majestät geantwortet, daß mir bisher über die Unterredung, welche Fürst Ferdinand in Budapest gepflogen hat nichts genaueres bekannt sei, daß ich aber überzeugt bin, daß diese englische Insinuation nicht begründet ist. Wiederholt kam Kaiser Wilhelm darauf zurück, daß das Vorgehen des bulgarischen Herrschers und seiner Ratgeber ganz anders beurteilt werden müsse, als unsere Action in Bosnien. Es könne nicht bezweifelt werden, daß die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens im Widerspruche mit Berliner Vertrag steht, wogegen die Ausdehnung der Souveränität Seiner k. und k. Apostolischen Majestät auf die occupierten Provinzen eigentlich nur eine natürliche Folge der Bestimmungen des Vertrages sei. Kaiser Wilhelm ist daher auch fest entschlossen, falls die Einladung zu einem Congress behufs Revidierung der Bestimmungen des Berliner Vertrages tatsächlich erfolgen sollte, an einem solchen nur unter der Bedingung teilzunehmen, wenn a priori festgelegt würde, daß die erfolgte Annectierung Bosniens und der Hercegovina dort in keiner Weise zur Sprache kommen dürfe. Der Kaiser meint, daß die Congreß-Idee von Rußland, wenn auch nicht initiiert, so doch wärmstens unterstützt werden wird, um bei dieser Gelegenheit die Dardanellenfrage den russischen Wünschen entsprechend zu lösen. Die ganze in der russischen Presse zum Ausdruck kommende Entrüstung habe lediglich den Zweck, die öffentliche Meinung Europas auf Forderung vorzubereiten und Herrn Iswolsky einen Eitelkeitserfolg zu sichern. Seine Majestät bemerkte hiezu, daß er auch in dieser Frage, an welcher Deutschland nicht direct interessiert sei, dem k. und k. Cabinet den Vorrang überlassen würde, sowie in allen Balkanfragen Hand in Hand mit uns vorzugehen wünsche, er lege aber das allergrößte Gewicht darauf, rechtzeitig von allen Entschlüssen der k. und k. Regierung informiert zu werden, damit er seine Verfügungen danach treffen könne. Über die Chancen Rußlands in der Dardanellenfrage sprach sich Seine Majestät nicht ungünstig aus und glaubt, daß keine Macht dem russischen Cabinet wirklich ernste Schwierigkeiten bereiten dürfte. Gleichlautend Budapest.

Szögyény.

a) Vgl. n. 205. — b) Vgl. n. 87.

*Nr. 184. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 8. Okt. 1908 Nr. 58 (eing. 12 U. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Wurde eben vom Könige von Rumänien in Audienz empfangen, welche über zwei Stunden dauerte. Nachdem Seine Majestät die Mitteilung betreffs Annexion Bosniens und der Herzegovina dankend zur Kenntnis genommen und sich über dieselbe eingehend und mit großem Interesse informierte, sprach mir der König lange über die politische Lage. Ich möchte hierüber en résumé noch heute abends folgendes melden: Der König glaubt nicht an einen türkisch-bulgarischen Krieg. Trotzdem sollten die Großmächte seiner Meinung nach in Konstantinopel drohend (sic!) zu Ruhe mahnen und in dem Sinne Vorstellungen machen, daß selbst im

Falle einer bulgarischen Niederlage die Unabhängigkeitserklärung nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte. Die Haltung rumänischer Regierung betreffend versicherte Seine Majestät, daß es ihm nicht einfalle, zu mobilisieren. Die Probemobilmachung der 3. Division zu Manöverzwecken war schon lange vorher beschlossen. Selbst für den gänzlich unwahrscheinlichen Fall eines Krieges werde Rumänien ruhig zusehen und abwarten. Nach Sofia habe er bereits seine Glückwünsche gelangen und dort wissen lassen, daß er die Unabhängigkeit schon jetzt anerkennen würde, wenn er dadurch den Beschlüssen der Großmächte nicht vorgreifen würde. Der König sprach lächelnd über die großsprecherischen Attitüden der serbischen Hetzer uns gegenüber. Er kritisierte auch die Haltung der englischen Presse, meinte aber zugleich, daß die „Times“, welche in den letzten Jahren zum reinen Geschäftsblatte geworden sei, nicht mehr ganz ernst genommen zu werden verdient. Schönburg.

^{a)} Mit Tel. aus Budapest, 9. Okt. 1908 Nr. 2 nach Sofia mitgeteilt. Vgl. auch n. 138, 889, 1010.

Nr. 185. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1908 Nr. 60 (eing. 3 U. 57 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinen Telegrammen Nos. 58 und 59. Die mir soeben zugekommene Zirkularnote des fürstlich montenegrinischen Ministers des Äussern bringt mir zur Kenntnis, dass die fürstliche Regierung die Annexion Bosniens und der Herzegovina durch Österreich-Ungarn als arbiträre Verletzung des Berliner Vertrages ansehe. Sollten die Signatarmächte diesen Akt als vollzogene Tatsache hinnehmen, so würde die fürstliche Regierung hierin eine Annullierung des genannten Vertrages erblicken und sich sonach der im Artikel 29 enthaltenen Verpflichtungen entziehen erachten. Text folgt mit Kurierexpedition. Ich hatte bereits gelegentlich meines vormittägigen Empfanges beim Fürsten nicht unterlassen, denselben darauf aufmerksam zu machen, dass die Annexion Bosniens und der Herzegovina mit dem Wortlaute des Berliner Vertrages keineswegs im Widerspruche stehe, doch bestand der Fürst bei seiner Ansicht, dass Montenegro nach all den erfolgten Verletzungen des Berliner Vertrages nun auch die ihm durch denselben auferlegten Fesseln lösen könne. Fürst Nikolaus, welcher mich am Nachmittag zu sich bitten liess, klagte mir, er habe sich zur Absendung der Note entschliessen müssen, da sein Ministerium mit der Demission drohte. Seine Lage sei eine äusserst schwierige, da man ihn für den dem Serbentum durch die Annexion versetzten Todesstoss verantwortlich machen werde. Fortsetzung folgt. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 186, 274.

Nr. 186. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1908 Nr. 61 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes No. 60. Aus der Proklamation, welche noch heute erscheinen werde, habe er getrachtet, anstössige Stellen, soweit möglich, zu eliminieren. Er sei kein Fanatiker und sei überzeugt, dass den beiden Provinzen unter Seiner k. und k. Apostolischen Majestät

Regierung ein besseres Los beschieden sein werde als unter irgend einer Regierung, doch dürfe er nicht vergessen, dass er Serbe sei und müsse den Wünschen seines Volkes und seiner Regierung Rechnung tragen. Fürst ersuchte mich schliesslich, Euer Excellenz die Bitte zu unterbreiten, ob nicht durch eine Grenzregulierung in der Herzegowina den montenegrinischen Wünschen entgegen gekommen werden könnte, was Montenegro für immer uns verpflichten würde. Letzteres wäre ja mit Rücksicht auf die Nachrichten aus Serbien und die voraussichtlich uns gegnerische Haltung der Türkei, Englands, Frankreichs und, wie er anzunehmen Grund habe, auch Russlands nicht zu unterschätzen. Ich verhehlte dem Fürsten nicht, dass mir sein Wunsch aussichtslos erscheint, doch insistierte Seine königliche Hoheit, denselben Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen. Anlässlich der in den Abendstunden veröffentlichten und vom Ministerium gegenzeichneten Proklamation des Fürsten an sein Volk, welche gehässige Ausfälle gegen die Nachbarmonarchie enthält, kam es zu uns feindseligen Demonstrationen, doch wurde die Ordnung von den Truppen aufrecht erhalten und eine Demonstration vor der k. u. k. Gesandtschaft, vor welcher ein Wachdetachment verblieben ist, verhindert. Kuhn.

a) Vgl. n. 188.

Nr. 187. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1908 Nr. 62 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Die gestern abends veröffentlichte Proklamation des Fürsten an sein Volk gibt dem Schmerze Ausdruck, dass die beiden Schwesternprovinzen Bosnien und Herzegowina durch deren Annexion an Österreich-Ungarn den serbischen Armen entrissen und einem fremden Staatswesen einverleibt worden seien; dass nunmehr Gräber von für die Freiheit der erwähnten Provinzen gefallenen Montenegrinern von fremden Füßen getreten werden und eine fremde Hand wird die den Montenegrinern entgegengestreckten Hände der Herzegowinesen umklammern. Das Volk solle aber den Mut nicht aufgeben, da auch für Montenegro ...^{b)} kommen werde. Zum Schlusse wird in der Proklamation erwähnt, dass angesichts dieser Verletzung des Berliner Vertrages dessen die Souveränität Montenegros im Küstenland einschränkende Bestimmungen für dasselbe ausser Kraft getreten seien und appelliert der Fürst an seine Untertanen, ihm auch in dieser schmerzvollen Zeit für das Serbentum, die er mit demselben bis an sein Lebensende teilen werde, Hilfe und Beistand zu leisten. Kuhn.

a) Vgl. n. 190, 640, 1167. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 188. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1908 Nr. 63 (eing. 9. Okt. 9 U. 10 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Fürst Nikolaus liess mich heute zu sich bitten, um mir mitzuteilen, dass die ihm zukommenden Berichte über die infolge der Annexion erregte Stimmung im Lande besonders im Nikšicer Kreis sehr beunruhigend seien. Ich erwiderte dem Fürsten, dass es ihm wohl gelingen werde, die Stimmung seines Volkes, welches ihm treu ergeben sei, wenn er wolle, zu beruhigen. Der Fürst erwiderte, sein Volk liebe ihn, da er immer auf dessen Gefühle

Rücksicht genommen. Er sei, obwohl er mich gebeten hatte, nicht als nicht zu berücksichtigender Faktor behandelt zu werden, ohne dass wir auf diesen Wunsch Rücksicht genommen hätten, vor das fait accompli der Annexion gestellt worden und habe daher sein Land auf ein für Montenegro so folgenschweres Ereignis nicht vorbereiten können. Durch die Annexion der Herzegowina, die verwandtschaftliche und Blutsbande mit Montenegro verbinden, seien, wenn auch unrealisierbare Hoffnungen zerstört worden, welche den Montenegrinern zu ihrem dürftigen Leben notwendig waren. Er fürchte, dass die Stimmung im Lande Folgen haben könnte, für welche er die Verantwortung nicht übernehmen könne. Ich antwortete Seiner königl. Hoheit, dass ich dies meiner Regierung melden werde, welche die nötigen Vorkehrungen treffen werde, um auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Fortsetzung folgt. Kuhn.

a) Vgl. n. 186, 189.

*Nr. 189. Tel. aus Cetinje, 8. Okt. 1908 Nr. 64 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung meines Telegrammes No. 63. Schliesslich ersuchte mich Fürst Nikolaus, von Euer Excellenz die Ermächtigung zur Reise nach Budapest zu erbitten, um Hochderselben einzelne Erwägungen, welche der Fürst mir zusammenstellen werde, zu unterbreiten. Ich wendete ein, dass ich ja diese Erwägungen Euer Excellenz telegraphisch einberichten könnte, worauf Seine königliche Hoheit meinte, er müsse dieses vorerwähnte Ansuchen an mich stellen, um sein Gewissen zu beruhigen und sich sagen zu können, dass er alles versucht habe, um Ereignissen, die er nicht werde verhindern können, vorzubeugen. Fürst Nikolaus war während der Unterredung in bald äusserst erregter und bald in sehr gedrückter Stimmung, was dadurch zu erklären sein dürfte, dass seine Hoffnung auf eine Intervention einer der Grossmächte verringert worden sein mag. Kuhn.

a) Vgl. n. 190.

*Nr. 190. Bericht aus Cetinje, 8. Okt. 1908 Nr. 63 (eing. 12. Okt.).^{a)}
Ausfert.*

In Ergänzung meiner bezüglichlichen telegrafischen Berichterstattung beehre ich mich Eurer Exzellenz in der Anlage die anlässlich der Annexion Bosniens und der Herzegovina an die hiesigen Vertreter der Signatarmächte des Berliner Vertrages gerichtete Circularnote^{b)} in Abschrift zu unterbreiten. Der Fürst hatte anfänglich infolge meiner Mitteilung, dass das k. u. k. Kabinet im Falle einer korrekten und sympathischen Haltung Montenegros der Annexion gegenüber geneigt wäre, über eventuelle Modifikationen einzelner Montenegro belastender Bestimmungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages in der Zukunft zu verhandeln, die Absicht mit der Note zurückzuhalten und Euere Exzellenz durch meine Vermittlung zu ersuchen, unserseits auf die uns im vorerwähnten Artikel eingeräumten Rechte zu verzichten. Da jedoch, wie der Fürst mir noch im Laufe des Vormittags mitteilen liess, das fürstliche Ministerium auf der Aufnahme

des Nachsatzes in der Note, laut welchem sich Montenegro, für den Fall der Gutheissung der Annexion durch die Mächte, sich auch seinerseits der ihm im Berliner Verträge auferlegten Verpflichtungen entbunden erachte, bestand und mit seiner Demission drohte, sei die Note in der anfänglich vorbereiteten Textierung zur Versendung gelangt. Bezüglich der in Übersetzung beigeschlossenen Proklamation,^{c)} von welcher mir der Fürst einige Stellen vorlas, machte ich Seine königliche Hoheit darauf aufmerksam, dass mir selbe nicht gerade geeignet erscheine, die, wie Er behaupte, erregten Gemüter in seinem Lande zu beruhigen, im Gegenteile. Der Fürst meinte jedoch, Er habe schon so Mühe gehabt, eine Menge scharfe Ausfälle gegen die Nachbarmonarchie enthaltende Stellen zu streichen, mehr habe Er bei seinem Ministerium, welches die Proklamation gegenzeichne, nicht durchsetzen können. Auch habe Er auf die Gemütsstimmung Rücksicht nehmen müssen — „au fond c'est de la limonade qui calmera les esprits de mes sujets“. Nach den heutigen Mitteilungen des Fürsten über die Demonstrationen in Podgorica und Nikšić, vorausgesetzt, dass die bezüglichen Meldungen der Wahrheit entsprechen, scheint die Proklamation auf die Bevölkerung keineswegs beruhigend gewirkt zu haben. Kuhn.

a) Oe.-U. Bosnien 12 Nr. 14. Vgl. n. 189, 223, 274. — b) Beilage. — c) Nicht aufgenommen. Vgl. n. 187.

Beilage zu n. 190. Note des montenegrinischen Ministeriums des Äußern an den Gesandten in Cetinje, 24. Sept. (7. Okt.) 1908 Nr. 5278.^{a)} Abschrift.

Au nom du Gouvernement Princier, j'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence qu'il considère l'annexion par l'Autriche-Hongrie des provinces turques Bosnie et Herzégovine comme une violation arbitraire du traité de Berlin. En tant que les Puissances signataires de ce traité reconnaîtront cet acte comme un fait accompli, le Gouvernement Princier le regardera de son côté comme annulant l'ensemble du susdit traité et relevant la Principauté de toutes les obligations qui en découlent pour lui, notamment de celles prévues par l'article 29 limitant la liberté d'action du Monténégro et ses droits Souverains sur son littoral, ses ports et ses eaux.
Dr. L. Tomanović.

a) Oe.-U. Bosnien 12 Nr. 14.

Nr. 191. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Okt. 1908 Nr. 374 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Gestern haben vor der englischen und französischen Botschaft wieder Sympathiekundgebungen stattgefunden. Von uns feindseligen Demonstrationen war bisher nichts zu bemerken. Der Ministerrat von gestern abends soll sich mit der Redaktion der Antwort auf unsere Note befasst haben. Aus Aeusserungen meines englischen Kollegen entnehme ich, dass es sich doch, wenn auch nur um einen formellen Protest handeln wird. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 13 Nr. 17.

Nr. 192. Tel. aus London, 8. Okt. 1908 Nr. 64 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe Inhalt der Zirkulardepesche,^{b)} die gestern im Foreign Office übergeben wurde, auch gestern in Balmoral dem König Eduard mitgeteilt, ebenso wie dem Kabinettsmitglied Lord Morley, der bei Seiner Majestät weilt. Dagegen, dass Bosnien und die Herzegowina der Monarchie dauernd einverleibt wird, erheben sie an und für sich keine Einwendungen, sprechen aber Bedauern aus, dass Signatarmächte nicht vorher konsultiert wurden. Ich bemerkte eine kleine Empfindlichkeit darüber, dass England vor ein fait accompli gestellt wird, ohne vorherige freundschaftliche Auseinandersetzung. Man meint, dass unsere Aktion und bulgarische Unabhängigkeit dem neuen Regime in der Türkei einen empfindlichen Schlag geben wird, der vielleicht Deutschland angenehm ist, weil dadurch dem Sultan demonstriert wird, dass, solange er sich an die deutsche Freundschaft hielt, er vor derartigen Eingriffen geschützt war. Die Frage wird immer aufgeworfen, was wird Russland nun tun? König spricht Erwartung aus, dass eine Konferenz wird berufen werden müssen, um die Ansprüche der verschiedenen anderen Bewerber zu prüfen und zu sehen „ob das ottomanische Reich weiter bestehen, oder in Stücke fallen soll“. Die Hauptsache ist, nach Ansicht Seiner Majestät, die Verhinderung eines Krieges. Die von mir ausführlich vorgebrachten Argumente für unsere Handlungsweise fanden Aufmerksamkeit und ihre Richtigkeit wurde auch nicht in Frage gestellt. Die Bedenken sind: Das Zusammentreffen unserer Aktion mit der Bulgariens, die Überraschung der Signatarmächte und die daraus resultierenden Ansprüche, die von anderen Seiten erhoben werden. Aus meinem Gespräch mit Lord Morley entnehme ich, dass die Idee einer Konferenz nicht von der hiesigen Regierung ausgeht. Sir Edward Grey kommt Freitag nach London. Ich werde ihn morgen dort sprechen und Inhalt gestrigen Telegrammes Nr. 67 dem Staatssekretär gegenüber verwerten. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 175. — ^{b)} n. 116.

Nr. 193. Tel. aus Paris, 8. Okt. 1908 Nr. 33 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Euer Exzellenz im Telegramm No. 40 enthaltenen Auftrag habe ich sofort in Ausführung gebracht. Herr Pichon hat mir gestern gesagt, dass er den auf Urlaub befindlichen Gesandten nach Belgrad zurück beordert und dem serbischen Vertreter Vesnich ernstliche Vorstellungen gemacht habe. Man ist in Folge der serbischen Hetze und wegen Creta in grosser Sorge und wird mehr denn je die russische Kongressidee stützen. Gleichlautend Budapest. Khevenhüller.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 13 Nr. 15.

Nr. 194. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 8. Okt. 1908. Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).

Der italienische Botschafter ist heute hier erschienen und hat unter Bezugnahme auf die Unterredung, die er gestern mit Seiner Exzellenz dem Herrn k. u. k. Minister des Äußern über die Anerkennung der in Bulgarien geschaffenen neuen Situation gehabt hat, von einem Telegramme

Mittheilung gemacht, in welchem ihn Herr Tittoni von den Instructionen verständigt, die er dem italienischen Vertreter in Sofia auf dessen Bitte um Verhaltungsmaßregeln ertheilt hat. Diese Instructionen, die auch den italienischen Consularvertretungen in Bulgarien zur Richtschnur dienen, lauten — wie der Herzog von Avarna hier erklärte — dahin, daß die Situation bis zum Momente der Anerkennung des Königreiches Bulgarien seitens der Mächte die gleiche bleibe, wie bisher, und daß der italienische Vertreter in Sofia daher unter Beobachtung einer wohlwollenden Haltung sich jeder Handlung enthalten solle, die als Anerkennung der in Bulgarien proclamirten neuen Situation seitens Italiens aufgefaßt werden könnte. Über Anfrage des Herzogs von Avarna wurden ihm die im selben Gegenstande an den k. u. k. Vertreter in Sofia ergangenen Instructionen mitgetheilt.

Nr. 195. Tel. aus Rom, 8. Okt. 1908 Nr. 145 (eing. 9 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 91. Italienische Regierung hat sofort ihren Vertreter in Belgrad beauftragt, dort Ruhe und Mässigung zu predigen. Tittoni glaubt indessen keineswegs an einen acte de folie seitens Serbiens. Minister des Äussern lenkte meine Aufmerksamkeit auf eine mehr als bloss stylistische Divergenz zwischen dem Text des Allerhöchsten Handschreibens^{a)} und jenem der gestern übergebenen Note rücksichtlich des Sandjaks.^{b)} In ersterem ist vom Berliner Vertrage, in letzterem nur von einer zwischen uns und der Pforte abgeschlossenen Konvention die Rede. Selbstverständlich sei des Kaisers Wort, an dem nicht gemäkelt werden kann, für ihn das massgebende. Er bat mich, dieses Euer Excellenz zur Kenntniss zu bringen mit der Bitte, d'en prendre acte. Charakteristische Merkmale der momentanen hiesigen Situation sind: I) Sehr prononcierte Tendenz in parlamentarischen Kreisen, sich in der jetzigen Krise nicht allzuweit von England zu entfernen. II) Auftauchen von Kompensationsforderungen seitens des radikalen Milieus — vorläufig noch in ziemlich bescheidenem Masse. III) Velleität der persönlichen Gegner Tittonis, die Situation zu einem Sturm gegen ihn auszunützen. Regierung, öffentliche Meinung und Presse bewahrten bisher eine nachahmenswerte Ruhe. Das heute hier veröffentlichte Temps-Interview Iswolskys verursacht Tittoni keine Überraschung. Auch der König sagte mir gestern: „Nous autres, nous ne dirons rien — mais êtes-vous aussi sûr de la Russie?“ Tittoni sieht die Konferenz (auf die Russland noch mehr als England drängt) nunmehr als etwas unvermeidliches an. „Si j'étais moi à la place du Baron Aehrenthal, je l'accepterais de suite et de bon gré pour ne pas avoir l'air de me laisser forcer la main. En somme qu'est ce qui peut arriver? Il est clair que l'Europe ne peut pas faire autrement que de sanctionner l'annexion et qu'elle ne demandera pas l'évacuation de la Bosnie.“ Er sieht im Geiste eine Konferenz von ganz kurzer Dauer unter persönlicher Beteiligung der Minister des Äussern. Englischer Kollege sagte mir gestern abends, er habe vor einigen Tagen Auftrag erhalten, italienische Regierung zu ersuchen, in Sofia vor überstürzter Unabhängigkeitserklärung zu warnen. Tittoni habe dem Ansuchen der englischen Regierung Folge geleistet. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} n. 96. — ^{b)} n. 116.

*Nr. 196. Tel. aus St. Petersburg, 8. Okt. 1908 Nr. 140 (eing. 10 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Antwort auf Telegramm Nro. 115 vom 6. d. M. Herr von Tscharikoff hat nichts einzuwenden gegen Mitteilung in Delegationen, dass zwischen Euer Exzellenz und Herrn Iswolsky betreffs der Lage im nahen Orient und der im Bereiche der Möglichkeit gelegenen Eventualität daselbst — also auch bezüglich der Annexion Bosniens und der Hercegovina — eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe. Dagegen erhob Ministergehilfe Einsprache gegen Schlusspassus insbesondere Worte „freundschaftliche Haltung“, betonend, dass nach den ihm vom Minister zugekommenen Direktiven russische Regierung Annexionserklärung als unserem liberum arbitrium entstammende Massnahme betrachte, welcher sie zwar nicht entgegentrete, wodurch aber Berliner Vertrag in einem Punkte abrogiert werde, daher Entscheidung hierüber der Konferenz der Signatarmächte zustehe. Auf meinen Einwand, dass sowohl in der Aufzeichnung Euer Exzellenz über die Buchlauer Entrevue,^{b)} wie im Texte des von Tittoni vorgeschlagenen Accords die Worte „freundschaftliche Haltung“ figurieren, brachte mir Tscharikoff ein gestern hier eingelangtes Telegramm Iswolsky's aus Paris zur Verlesung mit folgendem Passus: „(Passez XI) Je me suis appliqué avant tout à détruire la fausse impression créée ici (Paris) par l'Ambassadeur de l'Autriche-Hongrie comme quoi son gouvernement procédait à l'annexion avec l'approbation de la Russie et de l'Italie. J'ai répliqué aussitôt que j'avais au contraire nettement déclaré au Baron Aehrenthal que nous considérons l'annexion comme une atteinte portée au traité de Berlin et comme devant faire l'objet de délibération des puissances.“ Ministergehilfe versprach Euer Excellenz Anfrage noch heute an Iswolsky nach Paris zu telegraphieren behufs eventueller direkter Erledigung, bittet aber Euer Excellenz bis auf weiteres behufs Vermeidung höchst bedenklicher Differenz von Vorstehendem Kenntnis zu nehmen. Von Einvernehmen in Dardanellenfrage ersuchte Tscharikoff keine Erwähnung zu tun, da Angelegenheit noch nicht reif sei, überdies erst Mitteilung Petersburg erfolgen müsste.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 198, 201, 218, 219, 326. — ^{b)} n. 79.

*Nr. 197. Tel. aus St. Petersburg, 8. Okt. 1908 Nr. 141 (eing. 7 U. 45 M.
p. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Memorandum betreffs Annexion Bosniens und der Herzegowina^{b)} heute Herrn Tscharykoff vorgelesen und Abschrift hinterlassen. Ministergehilfe nahm Mitteilung mit Bemerken entgegen, dass kaiserliche Regierung unseren Schritt als aus unserem freien Willen hervorgegangene Aktion betrachtet, deren Motivierung vollkommen anerkannt werde, durch welche aber Berliner-Vertrag modifiziert erscheint, daher Entscheidung der Mächte-Konferenz zuzufallen hätte. Ich bemerkte, dass selbstverständlich entsprechende Abänderung des Artikels XXV des Berliner Vertrages von

Konferenz zu sanktionieren wäre, dass aber Hochdieselben bei Unterredung mit Herrn Iswolsky gegen diesbezügliche Verhandlung von vorneherein Einspruch erhoben hätten. Herr von Tscharykoff nahm diese Bemerkung schweigend zur Kenntnis. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 10 Nr. 10. Vgl. n. 218, 325. — b) n. 116.

*Nr. 198. Tel. aus St. Petersburg, 8. Okt. 1908 Nr. 144 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Im Nachhange zu hierortigem Telegramme No. 140 vom 8. d. M. Anknüpfend an Passus gestern von Herrn von Tscharykoff verlesenen Telegrammes Herrn Iswolskys „Je me suis appliqué à détruire fausse impression comme quoi gouvernement d'Autriche-Hongrie procédait à l'annexion avec l'approbation de la Russie“ stellte ich Ministergehilfen gegenüber fest, dass Tenor dieser Auslassung im Widerspruche stehe zu dem mir vom russischen Minister des Äussern in Buchlau gegebenen Résumé seiner Besprechung mit Euer Excellenz. Letzteres hätte Accord über Balkanangelegenheiten konstatiert, als deren erster Punkt Annexion Bosniens und der Herzegowina figurierte. Jüngste Kundgebung Ministers sei so gefasst, als hätten wir ohne Zustimmung Russlands gehandelt. Angesichts dieses Widerspruches müsse ich um Aufklärung bitten, nachdem ich gezwungen wäre, um meine Abberufung zu bitten, wenn sich mir gegenüber getane Aussprache Herrn Iswolsky's als Irreführung herausstellen sollte. Ministergehilfe erging sich in Beteuerungen, dass Russland an Prinzipien der Buchlauer Uebereinkunft vollkommen festhalte, dass bloss die Fassung noch nicht endgiltig redigiert sei und hierzu Iswolsky's Rückkehr abgewartet werde. Soviel er wisse, sei Ausdrucksweise „la Russie ne s'oppose pas“ in Aussicht genommen, diesen Standpunkt habe auch Herr Iswolsky in seinen Äusserungen in Paris vertreten. Er sei überzeugt, dass im Wesen kein Unterschied in der Auffassung bestehe. Ich versicherte Herrn Tscharykoff, dass dies auch mein aufrichtiger Wunsch sei, dass ich aber ihn doch bitten müsse, den Minister auf peinliche Impression aufmerksam zu machen, die seine Darstellungsweise auf mich hervorgerufen, da letztere dem Anscheine nach Wiedergabe desavouiere, welche ich von Résumé Iswolsky's sowohl Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unserem Allergnädigsten Herrn wie Euer Excellenz erstattet. Berchtold.

a) Vgl. n. 201, 218, 232.

Nr. 199. Tel. aus St. Petersburg, 8. Okt. 1908 Nr. 146 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 118 vom 7. d. Mts. Herr von Tscharykoff sagte zu, unverzüglich Mahnung nach Belgrad ergehen zu lassen wegen Wahrung maßvoller und korrekter Haltung angesichts letzter Ereignisse. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 13 Nr. 16.

Nr. 200. Tel. aus St. Petersburg, 8. Okt. 1908 Nr. 147 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Heutige „Rossia“ veröffentlicht Artikel, in welchem Stellungnahme der russischen Regierung zu Ereignissen am Balkan präzisiert wird. Russland habe durch 30 Jahre onerose Bestimmungen des Berliner Vertrages ertragen, müsse jetzt aber Stimme erheben, nachdem letzterer durch Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und Annexion Bosnien-Herzegowinas verletzt wurde. Für Unabhängigkeit Bulgariens habe Russland gekämpft und geblutet, könne daher gegen dieselbe nicht auftreten. Es müsse jedoch darauf bestehen, dass eine neue Konferenz die verschobene Rechtsordnung am Balkan wieder herstelle. Übrige Presse weniger vehement als gestern, befasst sich hauptsächlich mit zukünftiger Konferenz, die in Petersburg stattfinden müsste, und den Russland und den Balkanstaaten zukommenden Kompensationen.

Berchtold.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 10 Nr. 11.

Nr. 201. Aufzeichnung für die Äußerungen des Ministers des Äußern in den Delegationen, 8. Okt. 1908.^{a)} Ausfert.

1. Exposé vom 8. Oktober 1908, Seite 4: Das bereits bestehende Einvernehmen mit Italien ist in Bezug auf den Balkan in ähnlicher Weise ausgestaltet worden, wie das Einvernehmen mit Russland, so dass man wohl von einer gleichen Auffassung der drei Mächte über die dortige Lage zu sprechen berechtigt ist. 2. Vertrauliche Mitteilungen in der österreichischen Delegation: „Der Standpunkt der k. und k. Regierung ist der, dass die Angliederung Bosniens und der Herzegowina als eine Angelegenheit betrachtet wird, die wir mit der Türkei auszutragen haben. Wir haben die Notifizierung unseres Entschlusses in Konstantinopel den übrigen Signatarmächten mit einer eingehenden Darlegung unserer Motive mitgeteilt und über diese Mitteilung ist jetzt ein Gedankenaustausch im Zuge. Es ist selbstverständlich, dass wir die Stimmung und Stellung einiger Mächte zu dieser Frage früher sondiert haben. Wir haben unsere Absicht mit unserem Alliierten Deutschland in freundschaftlicher Weise besprochen, mit Italien und Russland einen Gedankenaustausch gepflogen über die Lage im Orient, wie sie sich durch die Ereignisse des Sommers ergeben hat, über die dort möglichen Eventualitäten, darunter auch über die Angliederung Bosniens und der Herzegowina, und diese Aussprache hat zu einem befriedigenden Resultate geführt.“ 3. Vertrauliche Mitteilung in der ungarischen Delegation: „Wir haben die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die Monarchie als eine Frage angesehen, die zwischen uns und der Türkei zu ordnen ist. Die Bestimmungen des Berliner Vertrages in Beziehung auf Bosnien und die Herzegowina und den Sandschak verwiesen uns auf eine Entente mit der Türkei. Ich werde also diese Entente anstreben und gebe mich der Zuversicht hin, dass sie eintreten wird. Wir haben von unserem Schritte in Konstantinopel den anderen Mächten gleichzeitig Kenntnis gegeben. Eine vorherige Mitteilung oder Anfrage war nicht tunlich. Was ich getan habe, bestand darin, dass ich von der bestehenden Zwangslage

unseren Alliierten Deutschland freundschaftlich in Kenntnis setzte und sonach mit unserem anderen Alliierten Italien und mit Russland, mit dem wir seit Jahren in Fühlung stehen, einen streng vertraulichen Gedankenaustausch gepflogen habe; über die Lage in der Türkei, wie sie sich infolge der Juli-Revolution gestaltet hat, über die Möglichkeiten, die sich in der nächsten Zeit ergeben könnten, also auch über die Notwendigkeit, uns die beiden Provinzen anzugliedern, und dieser Gedankenaustausch hat zu einem befriedigenden Resultate geführt.

^{a)} Hervorgerufen durch Interpellation Biankini in der österr. Delegation, Budapest, 8. Okt. 1908. Vgl. n. 158, 196, 198, 218, 318, 386.

*Nr. 202. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 9. Okt. 1908
Nr. 92 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Bureau-Konstituierung der Skuptschina erfolgt erst morgen. In den nächsten zwei Tagen muss es sich zeigen, ob die Majorität des serbischen Parlamentes den Frieden oder den Krieg will. Im ersteren Falle könnte das derzeitige Kabinett im Amte verbleiben, alle Kriegsvorbereitungen rückgängig machen und gegen die Demonstrationen einschreiten. Sollte auch nach zwei Tagen die Situation so stehen wie heute, d. h. friedliche offizielle Versicherungen uns gegenüber, aber krieglerische Vorbereitungen und Nicht-Eingreifen gegen wildeste Demonstrationen und wüsteste Pressausbreitungen, so glaube ich, dass der Moment gekommen sein wird, wo wir eine Klärung der Lage durch irgend einen Schritt herbeiführen sollten. Für den Fall, dass wir ein Ultimatum stellen sollten, wäre meiner ergebensten Ansicht nach zu verlangen: Erster Punkt: Rückgängigmachung der Kriegsvorbereitungen. Zweiter Punkt: Energischestes Auftreten gegen alle Demonstrationen. Dritter Punkt: Abänderung der serbischen Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze, damit in Zukunft von der hiesigen Regierung gefordert werden kann, masslose Agitationen und Angriffe gegen fremde Mächte zu verhindern. (Ablehnung)^{b)} auch eines Teiles dieser Forderungen dürfte Krieg bedeuten. Für diesen soll sich gestern abends der Hauptausschuss der alt-radikalen Partei ausgesprochen haben. Heute fordert auch das offiziöse Regierungsorgan „Samouprava“ mit allem Nachdruck die Entscheidung durch die Waffen. Die heutige „Politika“ enthält die wütendsten, niedrigsten Beschimpfungen nicht wiederzugebender Art der Person unseres Allergnädigsten Herrn. Der deutsche Geschäftsträger wird heute abends im Auftrage seiner Regierung Demarche machen und zur Mässigung raten. Dieser Schritt dürfte hier (keinen)^{c)} Eindruck machen. Gleichlautend Budapest.

Franz.

^{a)} Vgl. n. 220. — ^{b)} Chiffre fehlt. — ^{c)} Chiffre verstümmelt.

*Nr. 203. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad,
9. Okt. 1908 Nr. 59 (eing. 10. Okt.). Ausfert.*

Von gut informierten und zuverlässigen Quellen werde ich verständigt, dass Ministerialbeamte und solche der Municipalität beabsichtigen, die Mitglieder der k. u. k. Gesandtschaft, insbesondere den k. u. k. Militär-

Attaché, tötlich zu insultieren. Ich glaube dies Euer Exzellenz ergebenst melden zu sollen zugleich mit der Versicherung, dass von den Mitgliedern der k. u. k. Gesandtschaft Vorsicht und Zurückhaltung geübt wird, soweit es mit den Dienstesinteressen vereinbar ist. Franz.

Nr. 204. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin; Budapest, 9. Okt. 1908 Nr. 1 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 168 vom 7. Oktober erhalten. Euer Hochwohlgeboren wollen Herrn Stemrich in meinem Namen herzlichst danken für die bundesfreundliche Aufnahme die unsere Bosnien und die Herzegovina betreffende Circularnote bei ihm gefunden hat. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 15 Nr. 21.

Nr. 205. Tel. aus Berlin, 9. Okt. 1908 Nr. 172 (eing. 10. Okt. 8 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte heute mit Herrn von Schoen, der soeben von seinem Urlaube zurückgekehrt, eine längere Besprechung. Von dem Inhalte meiner vorgestrigen Unterredung mit Kaiser Wilhelm in Rominten hatte der Staatssekretär durch einen Bericht des Vertreters des Auswärtigen Amtes am kaiserlichen Hoflager schon genaue Kenntniss. Dieser Bericht, in den mir Staatssekretär Einsicht gab, entspricht vollkommen jener Meldung, die ich Euer Exzellenz mit Telegramm No. 169 und No. 170 erstattet habe. Selbstredend sei er, Herr von Schoen, mit der Auffassung Kaiser Wilhelms und mit den Konsequenzen, die Höchstderselbe aus der gegenwärtigen Situation ableite, vollkommen einverstanden. Deutschland befinde sich — das brauche er nicht zu versichern — insoferne in einer schwierigen Lage, als, wie bekannt, Deutschland nach wie vor sehr bedeutende materielle Interessen in der Türkei zu berücksichtigen habe, welche offenbar Gefahren ausgesetzt wären, wenn türkischerseits der deutschen Regierung der berechtigte Vorwurf eines unfreundlichen Vorgehens gemacht werden könnte. Dies werde aber deutsche Regierung nicht hindern, dem bewährten Bundesverhältnis Rechnung tragend, Österreich-Ungarns Aktion nachdrücklich zu unterstützen. Baron Marschall sei angewiesen worden, sich ganz in diesem Sinne an massgebender Stelle in Konstantinopel auszusprechen. Dasselbe habe er, Herr von Schoen, dem neuen hiesigen türkischen Botschafter gegenüber getan und ihm in der entschiedensten Weise erklärt, dass die Annexion Bosniens und der Herzegowina in keiner Weise mit dem wohlaufgefassten Sinne der Bestimmungen des Berliner Vertrages im Widerspruche stehe. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 222.

Nr. 206. Tel. aus Berlin, 9. Okt. 1908 Nr. 175 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Statim. Telegramm Nr. 92^{b)} erhalten. Serbischer Geschäftsträger hat gestern dem Staatssekretär im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt,

dass das serbische Kabinett gegen die Annexion Bosniens und der Herzegovina, welche mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages im Widerspruch stehe und mit den Interessen Serbiens unvereinbar sei, protestieren müsse. Herr von Schoen hat, wie er mir sagte, dem serbischen Geschäftsträger geantwortet, dass er, abgesehen von jedem Mangel an Gewicht eines ähnlichen serbischen Protestes in keiner Weise zugeben könne, dass die Annexion mit den Bestimmungen des Berliner Vertrages im Widerspruch stehe und nicht einsehe, wie diese Massnahme mit den Interessen Serbiens kollidiere. Staatssekretär habe hinzugefügt, er könne der serbischen Regierung im eigenen Interesse nur zur Mässigung und Bewahrung einer korrekten Haltung raten. Deutscher Gesandter in Belgrad ist telegrafisch in gleichem Sinne instruiert. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Oe.-U. Bosnien 14 Nr. 18. — b) Vom 7. Okt. 1908.

Nr. 207. *Tel. aus Cetinje, 9. Okt. 1908 Nr. 65 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.*

Anlässlich heute abends im grösseren Umfange stattgefundener Demonstrationen gelang es dem exzedierenden Pöbel trotz Bewachung der Gesandtschaft einige Fenster des Palais sowie des Beamtenwohnhauses einzuwerfen. Ich habe sofort Ministerpräsidenten vom Vorfalle in Kenntnis gesetzt und die fürstliche Regierung für Sicherheit des Gesandtschaftsgebäudes verantwortlich gemacht und um entsprechende Vorsichtsmassregeln ersucht. Die mir soeben zugekommene Antwort gibt lebhaftem Bedauern der fürstlichen Regierung über das Geschehnis Ausdruck, stellt die Einleitung einer strengen Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen in Aussicht. Fürstliche Regierung habe verdoppelte Sicherheitsmassregeln getroffen und garantiere Sicherheit dieser Gesandtschaft sowie der Annexe und ihrer Bewohner. Auch Seine königliche Hoheit hat mir im Laufe des Abends sein lebhaftes Bedauern über den ihn tief betrübenden Vorfall zum Ausdrucke bringen lassen. Kuhn.

a) Oe.-U. 15 Nr. 22.

Nr. 208. *Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Geschäftsträgers, 9. Okt. 1908^{a)}. Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Müller).*

Der türkische Geschäftsträger ist heute hier erschienen, um auftragsgemäß eine an ihn gerichtete Depesche seiner Regierung zur Verlesung zu bringen, in welcher dieselbe in Beantwortung der Note des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel, vom 6. l. Mts.,^{b)} gegen die Verletzung des Artikels XXV des Berliner Vertrages und der Konvention von Konstantinopel Protest erhebt. Der Geschäftsträger, welcher beauftragt war, über Verlangen die hier beigeschlossene Copie der erwähnten Depesche zu hinterlassen, hat bei diesem Anlasse die Bitte vorgebracht, seine gestern eingelangte, nunmehr gegenstandslos gewordene einschlägige Note^{c)} zurückziehen zu dürfen. Eine eventuelle Antwort Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Äußern sei er seiner Regierung allsogleich zu melden beauftragt.

a) Vgl. n. 99, 225, 239. — b) Vgl. Beilage zu n. 99 Anm. a. — c) Vgl. n. 174.

Beilage zu n. 208. Tel. des türkischen Ministers des Äußern, Tewfik Pascha, an die türkische Botschaft in Wien; Konstantinopel, 8. Okt. 1908 Nr. 114 (eing. 9. Okt.)^a). Abschrift.

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie nous a communiqué, d'ordre de son Gouvernement, la note dont la teneur suit: . . . *wie Beilage zu n. 99* . . . Le Gouvernement Ottoman ayant examiné avec toute l'attention qu'elles méritent, les considérations exposées dans cette note, a le devoir de déclarer qu'il ne peut point partager la manière de voir du Gouvernement Impérial et Royal. En effet, l'administration de la Bosnie-Herzégovine, dans sa forme actuelle, est basée sur l'article XXV du Traité de Berlin ainsi que sur la Convention de Constantinople de 1879 qui en est le développement. Ces actes diplomatiques définissent explicitement le caractère de l'occupation et de l'administration austro-hongroise desdites Provinces et le maintien des droits souverains ottomans. Aucune dérogation à ces actes ne peut être opérée sans l'accord unanime de la Turquie, souveraine de ces contrées, et des autres hautes parties contractantes. Le Gouvernement Ottoman se voit donc dans la nécessité de réserver tous les droits que découlent en sa faveur des traités internationaux et de protester contre la violation de ces actes par le Gouvernement Impérial et Royal.

^a) Oe.-U. Bosnien 17 Nr. 24.

Nr. 209. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1908 Nr. 376 (eing. 9 U. m p.).^a) Entziff.

Geheim. Ich habe heute früh eine Unterredung mit dem Minister des Äussern gehabt. Derselbe teilte mir mit, dass ich in den nächsten Stunden eine Antwort auf unsere Note bezüglich Bosniens erhalten werde. Nach Äusserungen Tewfik Paschas ist diese Note allerdings eine Art Protest, aber in sehr milder Form. Dieselbe besagt, die Pforte könne Euer Exzellenz Auffassung nicht teilen und sei der Ansicht, dass die Angelegenheit einer einverständlichen Regelung der vertragsschliessenden Teile des Berliner Vertrages vorbehalten werden müsse. Am Ende der Note kommt auch das Wort „protester“ vor. Bei den Signatarmächten wird kein Protest erhoben, sondern denselben von dieser Note bloss Kenntnis gegeben werden. Tewfik Pascha sagte mir ganz offen, dass es lediglich im Hinblick auf die öffentliche Meinung nothwendig war, eine Art Protest zu erheben; in Wirklichkeit werde aber die Pforte die Sache nicht weiter verfolgen. Man kann also, glaube ich, diesen Protest ruhig ad acta legen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Minister des Äussern, der türkische Geschäftsträger in Wien habe irrtümlicherweise anlässlich der Übermittlung des Zirkulares in der bulgarischen Angelegenheit auch wegen Bosnien protestiert. Dieser Protest sei telegraphisch zurückgezogen worden. Aus den weiteren Auslassungen des Ministers konnte ich entnehmen, dass sich die Pforte mit dem fait accompli der Annexion Bosniens vollkommen abgefunden hat. Auf meine Bemerkung „wir können also die Angelegenheit als zwischen uns definitiv erledigt betrachten“ erwiderte Tewfik Pascha zustimmend. Bezüglich Bulgariens wird sich die Türkei gleichfalls aggressiven Vorgehens enthalten.

Der Minister sagte mir, es seien bis jetzt nur gewisse militärische Vorsichts-massregeln getroffen worden, um für alle Fälle bereit zu sein. Namentlich werden die Stände der an der Grenze befindlichen Truppen verstärkt. In Betreff Serbiens sagte mir Tewfik Pascha der serbische Gesandte habe ihn neulich gefragt, was die Türkei wegen Bosniens tun werde, worauf er ihm die Antwort gab: „Dies ist eine Sache zwischen uns und Österreich-Ungarn. Soviel kann ich Ihnen aber jetzt schon sagen, dass es zwischen uns und Österreich-Ungarn zu keinen Feindseligkeiten kommen wird.“ Herr Nenadović bemerkte hierauf, die öffentliche Meinung Serbiens sei so erregt, dass man sie nicht mehr zurückhalten könne. Die Antwort Tewfik Paschas auf diese Bemerkung lautete: „Trachten Sie also dieselbe zu beruhigen.“ Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Vgl. n. 174, 210, 239.

Nr. 210. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1908 Nr. 377 (eing. 9 U. p. m.)^a). Entziff.

Die Angelegenheit der Annexion Bosniens ist laut meines heutigen Telegrammes Nro. 376, insoferne die Türkei hiebei in Betracht kommt, als erledigt anzusehen. Bisher haben keinerlei feindselige Demonstrationen weder gegen die Botschaft noch gegen meine Person stattgefunden. Nichtsdestoweniger glaube ich den Moment gekommen, wo ich mich, unter dem Vorwande Euer Exzellenz zur mündlichen Berichterstattung nach Budapest berufen zu sein, auf einige Zeit von Konstantinopel absentieren sollte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind meiner hiesigen Tätigkeit sehr enge Schranken gezogen, und ist es glaube ich besser, man wartet jetzt ruhig ab, bis sich die Gemüter vollständig kalmiert haben. Falls Euer Exzellenz mit meinem Vorschlag einverstanden sein sollten, bitte ich um telegraphische Mitteilung, damit ich nach Massgabe der Situation den Moment für meine Abreise wählen könne. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 240

Nr. 211. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1908 Nr. 83 A (eing. 12. Okt.)^a). Ausfert.

In Vervollständigung meines Telegrammes vom 6. l. M. No. 369 beehre ich mich Euer Excellenz über meine Unterredungen mit dem Grossvezir und dem Minister des Äussern, anlässlich der Übergabe der Note in Angelegenheit der Annexion Bosniens, eingehendere Meldung zu erstatten. Als ich beim Grossvezir eintrat, sagte ich, ich hätte ihm eine Communication von Seiten meiner Regierung zu machen und würde ihm die Copie einer Note vorlesen, welche ich soeben dem Minister des Äussern übergeben liess. Kjamil Pascha unterbrach mich mit den Worten: „Sie wollen wahrscheinlich über Bulgarien reden.“ Ich antwortete: „Nein über Bosnien.“ Hierauf begann ich die Lecture der Note. Während des Vorlesens brachte ich die mir in dem hohen Erlasse vom 30. v. M. No. 1809 an die Hand gegebenen Argumente vor. Bei dem Passus, dass wir beschlossen haben,

unsere Garnisonen aus dem Sandjak herauszuziehen, unterbrach mich Kjamil Pascha mit den Worten: „Ihre Truppen im Sandjak stören uns gar nicht, Sie könnten sie ja auch dort lassen. Auch gegen Ihr weiteres Verbleiben in Bosnien haben wir gar nichts.“ Ich reflectierte auf diese Bemerkung nicht weiter und setzte meine Lecture fort. Als ich zu der Stelle kam, die von unseren Beschlüssen in Betreff Bosniens selbst handelt, bemächtigte sich Kjamil Paschas, der bis dahin ruhig war, eine grosse Erregung, die in den Worten zum Ausdruck kam: „Sie haben sich mit Deutschland und Russland früher verständigt und Bulgarien zur Unabhängigkeitserklärung ermuthigt. Bulgarien hätte nie gewagt, sich unabhängig zu erklären, wenn es nicht sicher gewesen wäre, an Österreich-Ungarn einen Rückhalt zu haben. Ich weiss, dass beide Ereignisse nämlich die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und Ihr Vorgehen in der bosnischen Frage in enger Verbindung stehen.“ Kjamil Pascha liess sogar in seiner Erregung einige abfällige Bemerkungen über die „traditionelle“ österreichische Politik fallen, so dass ich mich genötigt sah, zwar in voller Ruhe, aber sehr nachdrücklich zu protestieren und zu erklären, dass ich diese Sprache nicht zulassen könne. Kjamil Pascha lenkte sofort ein und bemerkte, er meine nur, Österreich hätte schon wiederholt in der Vergangenheit eine Politik gemacht, die es später zu bereuen hatte und er fürchte, dass dies auch jetzt bezüglich der österreichisch-ungarischen Politik gegenüber Bulgarien der Fall sein würde. Ich erwiderte hierauf, ich sei nicht gekommen, um mit ihm über die bulgarische Frage zu discutieren. Es handle sich um die bosnische Angelegenheit. Morgen werden, sagte ich, unsere Truppen den Sandjak von Novi Bazar verlassen, andererseits wird aber in Bosnien und der Herzegowina ein Manifest erscheinen, laut welchem diese Provinzen als österreichisch-ungarische Provinzen erklärt werden. Dies sei ein Factum und wer mit diesem Factum nicht einverstanden ist, könne uns den Krieg erklären. Auf diese Worte wurde Kjamil Pascha sofort nachgiebiger gestimmt und sagte: „Wir werden Ihnen gewiss nicht den Krieg erklären.“ Unsere Conversation nahm von diesem Momente versöhnlichere Formen an. Ich setzte dem Grossvezir auseinander, warum wir gezwungen seien, gerade jetzt das staatsrechtliche Verhältnis Bosniens zu regeln und fügte hinzu, dass durch diese Regelung unsere Beziehungen zur Türkei nur an Herzlichkeit und Innigkeit gewinnen können, namentlich deshalb, weil nunmehr dem Misstrauen, welches früher bestand, dass wir uns gegen Süden noch weiter ausdehnen wollen, der Boden entzogen sei. Diese Argumentation schien dem Grossvezir einzuleuchten. Er sagte: „Ja, wenn es sich nur um Bosnien handeln würde und namentlich wenn Sie früher mit uns über die Sache in Verhandlung getreten wären, so hätten wir uns ja sehr schnell verständigt. Das Schlimme ist nur, dass diese Angelegenheit mit der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung verwickelt wurde. Dies wird auf unsere öffentliche Meinung einen sehr schlechten Eindruck machen.“ Aus diesen Worten konnte ich ersehen, dass man in der bosnischen Angelegenheit nicht mit einem ernstern Widerstand seitens der Türkei wird rechnen müssen. Ich trachtete nun noch, den Grossvezir dazu zu bewegen, dass er selbst von einem auch nur formellen Proteste absehe. Er gab mir wohl keine bindende

Zusage, aber ich hatte das Gefühl, dass sich Kjamil Pascha von einem Proteste nichts erwartet und dass er die bosnische Angelegenheit als eine erledigte betrachtet. Wir schieden in freundschaftlichster Weise von einander. Vom Grossvezir begab ich mich zum Minister des Äussern. Da Tevfik Pascha schon die Note gelesen hatte, erübrigte mir bloß meine in der Conversation mit Kjamil Pascha vorgebrachten Argumente zu wiederholen. Ich sprach dem Minister des Äussern in ebenso energischer Weise und liess ihm keine Zweifel darüber, dass wir überhaupt eine Discussion dieser Frage, weder mit der Türkei noch mit den anderen Mächten zugeben. Tevfik Pascha sprach mir dann in sozusagen schüchternem Tone von einer von Graf Andrassy, Baron Haymerle und Graf Károly unterfertigten Declaration, laut welcher die Occupation Bosniens nur eine provisorische sei.^{b)} Hierauf antwortete ich dem Minister des Äussern, dass weder in dem Berliner Vertrag noch in der Convention von Constantinopel von dem provisorischen Charakter der Occupation die Rede sei. Es gehe vielmehr aus den Protocollen der Verhandlungen über die letztgenannte Convention hervor, dass die türkischen Delegierten einen derartigen Passus in jene Convention aufnehmen wollten, dass sie aber, nachdem der österreichisch-ungarische Bevollmächtigte sich dagegen erklärt hatte, die Sache fallen liessen. Wie dem auch immer sei, jetzt müsse mit dem fait accompli gerechnet werden. Tevfik Pascha gab sofort nach und sagte blos: „Aber die Unabhängigkeits-erklärung Bulgariens mit Inbegriff Ostrumeliens können wir doch nicht ruhig über uns ergehen lassen; dagegen werden wir unter allen Umständen protestieren und wir hoffen, dass wir wenigstens in diesem Punkte Ihre Unterstützung finden werden.“ Diese Worte des Ministers des Äussern bestärkten mich in der Auffassung, dass die bosnische Frage, insofern die Türkei in Betracht kommt, als eine erledigte zu betrachten ist. Die Pforte wird vielleicht protestieren aber dieser Protest wird nur einen formellen Charakter haben. Pallavicini.

a) Vgl. n. 268 Anm. b. — b) Vgl. n. 177 Anm. b.

Nr. 212. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1908 Nr. 83 B (eing. 12. Okt.)^{a)}. Ausfert.

Die beiden grossen Ereignisse der Woche, die Unabhängigkeits-erklärung Bulgariens und die Annexion Bosniens und der Herzegowina sind den hiesigen diplomatischen Kreisen ziemlich überraschend gekommen und haben sie im höchsten Grade aufgeregt. In der Nacht von Sonntag auf Montag kam der Minister des Äussern nach Therapie und suchte den englischen, französischen und deutschen Botschafter auf, um ihm die Nachrichten mitzutheilen, welche der Pforte aus Sophia zugekommen waren und um sie zu fragen, ob ihren Informationen nach diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen. Der französische und der englische Botschafter hatten, wie es scheint, schon damals theils von ihren Regierungen theils aus Sophia gleichlautende Informationen erhalten und zwar sowohl in Betreff der bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung Bulgariens als auch der zu erwartenden Annexion Bosniens. Baron Marschall hatte die Absicht, am

Montag auf kurzen Urlaub nach Deutschland zu reisen. Selbstverständlich gab er sofort diese Absicht auf; er begab sich hingegen am nächsten Morgen wie die meisten meiner Collegen auf die Pforte. Ich sah ihn unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Stadt und traf ihn, den sonst so ruhigen Mann, in einer unbeschreiblichen Aufregung. Der Grund dieser ausserordentlichen Aufregung bestand darin, dass er in dem Zusammentreffen der beiden Ereignisse nicht allein eine grosse Gefahr für den Frieden erblickt sondern auch eine sehr schädliche Rückwirkung auf die Stellung Deutschlands in diesem Lande erwartet. In letzterer Beziehung hat er nicht unrecht gehabt. Heute ist Deutschland nach Österreich-Ungarn das bestgehasste Land in der Türkei. Diese Situation wird englischerseits nach Kräften ausgenützt. Selbst Russland ist im gegenwärtigen Momente bis zu einer gewissen Popularität gekommen, namentlich als Verbündeter Frankreichs und als vermeintlicher Gegner Österreich-Ungarns. Ich habe an demselben Tage, nämlich Montag, einem Diner auf der französischen Botschaft beigewohnt und zwar in Gesellschaft meines deutschen und russischen Collegen. Selbstverständlich wurden nach dem Speisen die beiden Tagesfragen lebhaft besprochen. Baron Marschall war noch immer aufgeregt und machte kein Hehl daraus, dass er mit grossem Pessimismus in die Zukunft sieht. Auch Herr Constans sprach sich in ähnlichem Sinne aus. Hingegen schien Herr Zinoview mit der Wendung der Dinge ganz zufrieden zu sein. Ich machte ihm vertraulich von dem Schritte Mittheilung, welchen ich am nächsten Tage bei der Pforte zu machen in der Lage sein werde. Der russische Botschafter nahm diese Mittheilung dankend zur Kenntniss und sagte mir, er habe bis jetzt aus Petersburg keinerlei Andeutung bekommen, dass wir die Absicht hätten, in Betreff Bosniens einen entscheidenden Schritt zu machen. Herr Zinoview konnte seine Befriedigung nicht verhehlen, als ich ihm sagte, wir würden unsere Garnisonen aus dem Sandjak zurückziehen. Seine erste Frage war: „Et votre chemin de fer?“ Worauf ich ihm antwortete, dass die Eisenbahn mit der Zurückziehung der Truppen aus dem Sandjak nichts zu thun habe. Die Sandjakhahn ist noch immer für Herrn Zinoview das rothe Tuch. Nichtsdestoweniger schien er mir zufrieden zu sein und sagte mir, er werde der türkischen Regierung rathen, sich in das Unvermeidliche zu fügen und nichts Unüberlegtes zu thun. Ich habe Grund zur Annahme, dass Herr Zinoview dies am folgenden Tage — er wurde unmittelbar vor mir vom Grossvezir empfangen — auch thatsächlich gethan hat. Mein italienischer College war in den letzten Tagen krank. Ich sah ihn erst gestern. Er ist noch etwas schwach und daher erregbar. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, wenn Marquis Imperiali von den letzten Ereignissen, die ihm ganz unerwartet gekommen sind, sehr impressionirt ist. Er betonte namentlich, dass seines Wissens die italienische Regierung von unseren Absichten nichts wusste, was aus einer ihm seitens Herrn Tittonis kürzlich zugekommenen Depesche hervorzugehen scheine. Baron Marschall hat sich seit einer am letzten Dienstag stattgefundenen Unterredung mit dem Grossvezir sichtlich beruhigt. Ich traf ihn noch an demselben Tage auf der Pforte und gestern stattete er mir einen längeren Besuch ab. Bei letzterer Gelegenheit sagte

mir der deutsche Botschafter, er sehe jetzt wieder mit mehr Ruhe in die Zukunft. Die bosnische Angelegenheit namentlich scheine ihm in gutem Fahrwasser zu sein. Wenn auch die Pforte protestieren würde, so könne man doch schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, dass dieser Protest nur ein formeller sein werde. Weniger beruhigt ist Baron Marschall in Betreff der bulgarischen Frage. Diesbezüglich sieht er noch ziemlich schwarz. Er glaube, es müsse der Türkei unter allen Umständen irgend eine Compensation gegeben werden. Eine solche würde der deutsche Botschafter in einer Garantie der Mächte des europäischen Besitzstandes der Türkei erblicken. Diese Idee scheint auch mir einer ernstlichen Erwägung werth zu sein. Mein englischer College ist unter allen Botschaftern derjenige, der durch die Ereignisse am wenigsten überrascht war und dem sie sogar bis zu einem gewissen Grade ganz gut passen. Englands Stellung ist jetzt in der That eine so zu sagen dominierende in diesem Lande. Die Türkei unternimmt heute gewiss nichts, ohne vorher den Rath Sir G. Lowther einzuholen. Der englische Botschafter glaubt wohl nicht an Krieg, er sagte mir aber heute, es müsse doch seitens Bulgariens Alles vermieden werden, was hier weitere Beunruhigung zu erzeugen geeignet wäre, sonst könnte die Situation gefährlich werden. Auch Sir Gerald sprach mir so wie Baron Marschall von der Nothwendigkeit, der Türkei wenigstens für den Verlust Ostrumeliens, welches Tribut zahlte, irgend eine Compensation zu geben.

Pallavicini.

P. S. Marquis Imperiali sagte mir heute, er habe von Herrn Tittoni eine Depesche erhalten, laut welcher die italienische Regierung keine Einwendung gegen die Annexion Bosniens mache, jedoch die Abänderung des Artikels 29 des Berliner Vertrages erwarte. Dies hätten übrigens Euer Excellenz bereits zugestanden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 235, 268 Anm. b.

*Nr. 213. Tel. aus London, 9. Okt. 1908 Nr. 66 (eing. 10 Okt. 8 U. a. m.)^{a)}.
Entziff.*

Heute morgens von Balmoral zurückgekehrt habe ich eben Sir Edward Grey gesehen. Staatssekretär wiederholte seinen Standpunkt, dass er der einseitigen Aufhebung eines Vertrages nicht zustimmen könne. Durch unser Beispiel haben sich jetzt andere Mächte eigenmächtig Rechte angeeignet und es sei unabsehbar, was noch kommen werde. Der Berliner Vertrag sei so gut wie zerrissen, wenn jeder Staat sich derjenigen Bestimmungen entledigt, die ihm unbequem seien, und die Giltigkeit aller Verträge überhaupt werde in Frage gestellt. Ich gab nicht zu, dass wir Berliner Vertrag verletzt, sondern nur die Aufhebung unserer Konvention mit der Türkei vorgenommen hätten, wobei wir derselben eine sehr bedeutende Kompensation im Sandjak geben. Sir Edward Grey meinte, wenn wir dasselbe im Einvernehmen mit der Türkei getan hätten, so würde gewiss niemand etwas dagegen eingewendet haben, so aber hätten wir die Türkei wie einen untergeordneten Staat behandelt. Das neue Regime sei dadurch und durch das, was seither folgte, schwer erschüttert. Ich

benützte alle unsere Argumente und betonte neuerdings, dass hier Bedeutung der Rückgabe unserer Rechte im Sandjak unterschätzt werde, dass, jemehr die türkische Regierung diese von uns gegebene Kompensation würdige und in das richtige Licht stelle, sie destoweniger ihr Prestige einbüßen wird. Grey stellte vieles von mir Gesagte nicht in Abrede, kam aber immer darauf zurück, dass Vertragsrechte nur durch Zustimmung aller Beteiligten verändert werden können. Von einer eventuellen Konferenz sprach er als von einer Möglichkeit, war sich aber noch ganz im (Unklaren),^{b)} wie und was verhandelt werden könne. (Ich habe Eindruck, dass Konferenz hier nicht gewünscht.) Unsere Unterredung war durchaus freundschaftlich und er bewahrte durchwegs die verbindlichste Form, kam aber immer darauf zurück, dass die Situation und die Folgen unabsehbar wären und dass er sich nicht verhehlen könne, dass die nächsten Monate ernst und voll Arbeit sein werden. Er gebe überall Ratschläge der Mässigung und Ruhe und habe dies auch dem serbischen Geschäftsträger gegenüber getan. Kreta sei auch eine Komplikation, weil die vier Mächte sich bei Zurückziehung der türkischen Besatzung speziell verpflichtet hätten, die Souveränität des Sultans zu wahren. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 228. b) Chiffre fehlt.

Nr. 214. Tel. nach Paris; Budapest, 9. Okt. 1908 Nr. 1 (chiff. 9 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 32 erhalten. Der Standpunkt, den Herr Pichon der Konferenzidee gegenüber einnimmt, deckt sich vollkommen mit dem meinigen; die Voraussetzung, unter der wir dem Zusammentritt einer Konferenz zustimmen würden, wäre auch für uns die eines vorher präzise formulirten Programmes. In diesem Sinne habe ich mich auch bereits in Buchlau zu Herrn Isvolsky geäußert, als dieser mir damals zuerst von der Idee einer Konferenz sprach; ich betonte nämlich, daß dieser Konferenz jedenfalls eingehende Verhandlungen zwischen den Mächten vorangehen müßten. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 14 Nr. 19.

Nr. 215. Tel. nach Rom; Budapest, 9. Okt. 1908 Nr. 1 (chiff. 7 U. p. m.). Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 144. Es ist mir nicht recht verständlich, wieso Herr Iswolsky gegenüber Herrn Tittoni Zweifel betreffs meiner Bereitwilligkeit geäußert haben kann, auf Modification des Artikels XXIX des Berliner Vertrages einzugehen; wir sind über diesen Gegenstand in Buchlau sogar zu einem Einvernehmen gelangt. Da ich mittlerweile im Sinne meines Telegrammes an Euer Exzellenz No. 89 betreffs der Grundlagen unserer entente à trois mich auch nach Petersburg gewendet habe, muß inzwischen jeder Zweifel beim Petersburger Cabinet geschwunden sein. Ein Vorschlag betreffs Einberufung einer Konferenz ist uns bis jetzt nicht zugekommen; unter allen Umständen stimme ich mit Herrn Tittoni darin überein, daß der neugeschlossene Accord die Basis des Verhaltens der

Dreibundmächte und Rußlands zu bilden hätte. Was den Wunsch Herrn Tittonis anbelangt, die von uns besprochene Modification des Artikels XXIX schon jetzt in die Öffentlichkeit zu bringen, so bemerke ich, daß ich noch heute in einer Ausschußsitzung der oesterreichischen Delegation die Erklärung abzugeben gedenke, daß wir geneigt seien, wegen Verzichtleistung auf gewisse näher zu bestimmende im Art. XXIX stipulierte Sonderrechte in Verhandlungen einzutreten. Ich bin vollkommen einverstanden, daß Herr Tittoni seinerseits gelegentlich von dieser meiner Erklärung, der Öffentlichkeit gegenüber Akt nehme.

Aehrenthal.

Nr. 216. Tagesbericht über eine Mitteilung des ital. Botschafters, 9. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Müller).

Herr Tittoni hat heute hier durch den Herzog von Avarna mitteilen lassen, dass der italienische Vertreter in Belgrad sofort angewiesen worden ist, dem serbischen Cabinet die seitens der k. u. k. Regierung gewünschten Rathschläge zur Mässigung und Besonnenheit zu ertheilen.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 15 Nr. 20 (mit unrichtigem Regest).

Nr. 217. Tel. aus Rom, 9. Okt. 1908 Nr. 146 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Protestnote der Pforte gegen Annexion wurde heute vorgelegt. Herr Tittoni sieht darin eine neue Komplikation der ohnedies verwickelten Lage, nachdem dadurch Beteiligung Österreich-Ungarns an einer eventuellen Konferenz erschwert oder verhindert werden könnte. Der König frug mich neulich, ob ich glaube, dass die Türkei protestieren werde: ich erwiderte: „Probablement, Sire, de même qu'elle a protesté dans le temps contre l'occupation de l'Erythrée, ce qui n'a pas empêché l'Italie d'y rester.“ Campagne gegen Herrn Tittoni nimmt an Intensität zu. Heute besuchte mich Herr Luzzatti (vermutlich mit Vorwissen des Ministers des Äussern) und schilderte mir die gefährdete Lage des letzteren. Falle dieser, so sei dieses ein unersetzlicher Verlust. Er frug mich, ob es nicht Mittel und Wege gebe, durch einen grossmütigen Akt die Herzen der Nation zu gewinnen und Tittonis Position zu stärken, eventuell zu retten. Auf meine Bitte, zu präzisieren, wies er auf die Möglichkeit hin etwa auf dem Gebiete der Universitätsfrage dem italienischen Elemente bei uns einen Beweis des Wohlwollens und der Fürsorge zu geben. Seine Anspielung auf Triest als Sitz dieser Hochschule wies ich als undiskutierbar zurück. Ich glaube, dass Herrn Luzzattis pessimistische Auffassung den Ereignissen voraneilt; dass Herr Tittoni in eine schwierige Lage kommen würde, habe ich weder Euer Exzellenz noch mir selbst jemals verhehlt. Zur Regelung meiner Sprache wäre es für mich von Wert über die Stellungnahme Euer Exzellenz gegenüber dem Konferenzprojekt eine Andeutung zu haben. Kollegen und Journalisten gegenüber spreche ich als meine Privatmeinung aus, dass es uns ziemlich gleichgiltig sein kann, ob sie zustande kommt oder nicht, nachdem sie ohnedies an dem fait accompli nichts ändern könne. Nichts sei verkehrter als ein Zustandekommen derselben etwa für uns als einen Echec ansehen zu wollen.

Auch Herr Tittoni konstatierte mir gegenüber das sichtliche Erkalten des englischen Interesses an der Konferenz, seit die Meerengenfrage aufgetaucht sei. Soeben telephonierte mir der Journalist De Fiori, dass für heute abends vor der Botschaft eine Demonstration geplant sei. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 231, 414.

Nr. 218. Tel. nach St. Petersburg; Budapest 9. Okt. 1908 Nr. 1 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Excellenz geheime Telegramme No. 140 und 141. Im Sinne Ihrer Rücksprache mit Herrn Tscharykoff werde ich in den Delegationen mich dahin äussern, „dass zwischen Herrn Iswolsky und mir betreffend die Lage im nahen Oriente und der im Bereiche der Möglichkeit gelegenen Eventualitäten daselbst — also auch bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegovina — eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt hatte“. Was die von Herrn Iswolsky angefochtene angebliche Äusserung des Grafen Khevenhüller betrifft, dass wir die Annexion mit Zustimmung Russlands und Italiens durchführten, so lautete dieselbe in Wirklichkeit bloss dahin, dass wir auf eine freundschaftliche Haltung Russlands und Italiens rechnen zu dürfen glaubten. Nicht unwidersprochen kann ich jenen Passus in dem Telegramme Herrn Iswolskys an den Herrn Adjoint lassen, wonach er mir in Buchlau ausdrücklich vorgehalten habe, dass Russland die Annexion als eine Verletzung des Berliner Vertrages auffasse; Herr Iswolsky hat sich zu mir nie in dieser Weise ausgedrückt, wir haben in Buchlau bekanntlich vereinbart, dass wir die freundschaftliche Haltung Russlands in der Annexionfrage mit einer eben solchen in der Frage der Dardanellen beantworten würden. Zu Ihrem Telegramme No. 141 will ich nur ausdrücklich bemerken, dass wir Conferenzenverhandlungen, die über die Sanction des *fait accompli* der Annexion hinausgingen, ablehnen müssten, eine Thatsache, die Herrn Iswolsky aus unserer Buchlauer Unterredung bekannt ist. Erhalte soeben Euer Excellenz Telegramm No. 144 vom 8. l. M. und bin mit Ihrer Sprache, die meine Situation Herrn Iswolsky gegenüber bedeutend stärkt, vollkommen einverstanden. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 219.

Nr. 219. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 9. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Müller).

Der hiesige russische Botschafter hat heute hier die anruhende Copie eines an ihn gerichteten Telegrammes des Herrn Iswolsky vom 8. l. M. übergeben, in welchem die in dem ebenfalls vom 8. datirten Telegramme des Grafen Berchtold No. 140 erwähnte Anfrage Herrn Tscharikoffs an den Herrn russischen Minister des Äußern beantwortet wird. Diese Anfrage gieng dahin, ob Herr Iswolsky damit einverstanden sei, dass der k. u. k. Minister des Äußern den Delegationen mittheile, dass er auf eine freundschaftliche Haltung der russischen Regierung zur Annexionserklärung rechnen konnte. Es wurde dem Fürsten Urussow, nach Einsichtnahme in das erwähnte Telegramm des Herrn Iswolsky, in analoger Weise wie

dies Graf Berchtold Herrn Tscharykoff gegenüber getan hat, der Einwand gemacht, dass sowohl in der Aufzeichnung über die Buchlauer Unterredung wie auch im Texte des von Herrn Tittoni vorgeschlagenen Accords^{b)} die Worte „freundschaftliche Haltung“ vorkommen. Fürst Urussow suchte sodann die telegraphische Antwort des Herrn russischen Ministers des Äußern dahin zu erklären, dass dieser seine freundschaftliche Haltung nicht in Abrede stellen wolle, sondern nur den größten Werth darauf lege, dass der Anschein vermieden werde, als sei die Annexion auf Grund dieser Verständigung zwischen dem Wiener und dem St. Petersburger Cabinet erfolgt.

^{a)} Vgl. n. 227, 232, 233, 326. — ^{b)} Vgl. n. 159.

Beilage zu n. 219. Tel. des russischen Ministers des Äußern an den Wiener russischen Botschafter; Paris, 8. (neuen Stils) Okt. 1908. Abschrift.

Le Gérant du Ministère des Affaires Etrangères me communique la teneur d'un télégramme du Baron d'Aehrenthal à propos de l'intention de celui-ci de mentionner aux Délégations qu'il avait eu un échange de vues avec moi au sujet de l'annexion et que cet échange de vues avait abouti à un résultat satisfaisant, de sorte qu'il pouvait compter sur une attitude favorable de notre part. Je Vous prie de prévenir le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie qu'une déclaration faite dans cette forme m'obligerait à une rectification. A la suite du langage tenu ici par le Comte Khevenhüller et des commentaires de la presse, j'ai été déjà forcé de remettre les choses au point dans une entrevue publiée par le „Temps“ — ce que j'ai fait avec tous les ménagements possibles pour l'Autriche-Hongrie. Je devrai donc rétablir d'une manière formelle le point de vue que j'ai soutenu vis-à-vis du Baron d'Aehrenthal, notamment que la question de l'annexion ayant un caractère Européen, doit être soumise à la sanction des Puissances signataires du Traité de Berlin et que, de plus, elle justifie des demandes de compensations des autres Puissances intéressées. Il est à observer que dans la circulaire Austro-Hongroise aucun compte n'est tenu de ce point de vue et que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie soutient ici la thèse que l'annexion ne regarde que l'Autriche-Hongrie et la Turquie. Tout en espérant que l'échange de vues de Buchlau aura contribué à aplanir les voies à une issue pacifique de la crise provoquée par l'Autriche-Hongrie, je crois devoir constater que celle-ci a agi en dehors de toute entente définitive avec nous. J'ajoute que la situation, telle qu'elle apparaissait au moment de l'entrevue de Buchlau, est sensiblement modifiée par le coup de tête de la Bulgarie favorisé, sans aucun doute, par l'Autriche-Hongrie, et commis en dépit de nos conseils.

Nr. 220. Tel. an den Legationssekretär Otto Franz in Belgrad; Budapest, 10. Okt. 1908 Nr. 2 (chiffre. 11. Okt. 1 U. 30 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Wohlgeboren Telegramm vom 9. l. M. No. 92. Trotz der noch andauernden großen Erregung und kritischen Lage in Belgrad hege ich doch die Hoffnung, daß man dort zu Besonnenheit zurückkehren werde. In diesem Sinne habe ich mich (wie Euer Wohlgeboren aus den

Telegrammen des Correspondenz-Bureaus des näheren entnehmen werden) heute in den Delegationen geäußert; — ich möchte daher die in Ihrem Telegramme erwogenen Eventualitäten noch nicht ins Auge fassen und so lange als möglich mir die Freiheit meiner Entschliessungen wahren. — Graf Forgách trifft am Dienstag hier ein; je nach dem Verlaufe der Dinge, gedenke ich ihn im Laufe der nächsten Woche nach Belgrad zurückzusenden, wovon Euer Wohlgeboren den Minister des Äußern gelegentlich informieren wollen. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 16 Nr. 23.

Nr. 221. Tagesbericht über einen Besuch des serbischen Gesandten, 10. Okt. 1908. Konz. (S. Franckenstein; G. Müller).

Der hiesige serbische Gesandte hat heute hier im Auftrage seiner Regierung unter Bezugnahme auf die von dem k. u. k. Geschäftsträger am 8. v. M.^{a)} in Belgrad gemachte Demarche, bei welcher um Aufklärung über die in Serbien angeordneten militärischen Massnahmen ersucht wurde, die selben Aufklärungen gegeben die Herr Milovanovich Herrn Franz ertheilt hat und die in dem hier beigeschlossenen Telegramm^{a)} aus Belgrad wiedergegeben sind.

a) Vgl. n. 181.

Nr. 222. Tel. nach Berlin; Budapest, 10. Okt. 1908 Nr. 2 (chiffr. 11. Okt. 1 U. 30 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm No. 169 und 170 erhalten. Ich bin sehr glücklich, dass es Euer Exzellenz gelungen ist die Misstimmung Seiner Majestät Kaiser Wilhelms durch die erschöpfende Aufklärung des Sachverhaltes wieder ganz zu beseitigen. Die so freundschaftlichen und bestimmten Äusserungen Seiner Majestät sind für uns ein Gegenstand tiefer Dankbarkeit und grosser Beruhigung. Bezüglich der Congressidee stehen wir ganz auf demselben Standpunkte den Seine Majestät in so präciser Weise formulirt hat — wir könnten es nicht acceptiren, dass die Annexion auf dem Congress zum Gegenstand der Discussion gemacht werde; die Voraussetzung unserer Theilnahme ist daher ein vorheriges Einvernehmen mit der Türkei über unsere Souveränität in Bosnien, da wir es nicht riskiren dürfen, dass die Türkei am Congresse ihren Protest erneuere. In diesem Sinne spreche ich mich auch Herrn Iswolsky und Herrn Pichon gegenüber dahin aus, dass das Programm der Conferenz unter allen Umständen in präciser Weise früher formulirt werden müsste. Eine amtliche Anregung zur Beschickung einer Conferenz liegt mir bis jetzt nicht vor, doch haben die früher erwähnten Minister diese Idee in verschiedenen Unterredungen gestreift. Ich werde es mir jedenfalls selbstverständlicher Weise angelegen sein lassen, die deutsche Regierung rechtzeitig von allen Entschliessungen der k. u. k. Regierung zu informieren. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne äussern und ersuchen, dass Ihre Mittheilungen zur Kenntniss Seiner Majestät des deutschen Kaisers gebracht werden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 237.

Nr. 223. Tel. nach Cetinje; Budapest, 10. Okt. 1908 Nr. 1 (chiffr. 11. Okt. 1 U. a. m.),^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren Telegramme No. 58—65 erhalten. Ihre geschickte und entschiedene Haltung dem Fürsten gegenüber hat meinen vollen Beifall gefunden. Die Auslassungen des Fürsten und sein Manifest dürften nicht in jedem Punkte tragisch zu nehmen sein; immerhin können wir uns nicht verhehlen, dass in Cetinje ebenso wie in Belgrad eine hochgradige Erregung gegen uns Platz gegriffen hat und dass es daher auf die persönliche Haltung des Fürsten, der einen grossen Einfluss besitzt, ganz bedeutend ankommt: es liegt in seiner Hand uns an der Grenze der Herzegovina Verlegenheiten zu bereiten. Euer Hochwohlgeboren wollen daher nichts unversucht lassen, um auf die Stimmung und die Entschlüsse des Fürsten Einfluss zu gewinnen. Sie können darauf hinweisen, dass die österreichisch-ungarische Politik für die ökonomischen und politischen Wünsche des Fürstentums volles Verständnis besitze und dass speciell ich in dieser Richtung thätig sei und in den möglichen Eventualitäten der Zukunft auch weiterhin thätig sein würde. Bezüglich einer Modification der Bestimmungen des Artikels XXIX stehen wir — wie Euer Hochwohlgeboren schon bekannt — bereits mit Russland und Italien in Fühlung. Geheim: Da der Fürst Ihnen und uns gegenüber wiederholt über Unzulänglichkeit seiner Mittel Klage geführt hat, so wollen Euer Hochwohlgeboren daran anknüpfen und dem Fürsten sagen, dass Sie es — falls er im gegenwärtigen Momente eine korrekte Haltung uns gegenüber bewahre — auf sich nähmen, bei mir durchzusetzen, dass ihm ein Betrag von einer halben Million Kronen zur freien Verfügung gestellt werde. — Diese Form Ihres Engagements müsste gewählt werden, weil die k. und k. Regierung sich einer eventuellen Ablehnung des Fürsten nicht aussetzen kann. — Wenn Euer Hochwohlgeboren die vorstehenden Aufträge beim Fürsten ausgerichtet haben, dürfte derselbe vermuthlich darauf verzichten mir seine Wünsche durch Euer Hochwohlgeboren persönlich übermitteln zu lassen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 267.

Nr. 224. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Okt. 1908 Nr. 380 (eing. 7 U. p. m.),^{a)} Entziff.

Heutige „Tanin“ publiziert einen gehässigen Artikel gegen Österreich-Ungarn und fordert das Publikum auf, keine österreichisch-ungarischen Waren zu kaufen und Bestellungen in der Monarchie rückgängig zu machen. Der Boykot hat tatsächlich schon seit gestern begonnen. Vor mehreren österreichischen Kaufhäusern fanden feindselige Ansammlungen statt. Die Polizei verhält sich passiv. Ich habe schon Schritte im Polizeiministerium unternehmen lassen. Heute wiederhole ich dieselben auf der Pforte. Unter den heutigen Verhältnissen kann man allerdings auf keine Erfolge rechnen und ist überhaupt jede Intervention meinerseits auch in anderem Belange für den Moment aussichtslos. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 17 Nr. 25.

Nr. 225. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Okt. 1908 Nr. 84 A (eing. 13. Okt.)^{a)} Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich Euerer Excellenz die mir von der Pforte übermittelte Antwortsnote in Angelegenheit der Annexion Bosniens und der Herzegovina zu unterbreiten. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 16 Nr. 24. Vgl. n. 239, 256.

Beilage zu n. 225. Note des türkischen Ministers des Äußern an den Botschafter in Konstantinopel, 8. Okt. 1908 Nr. Gl 74658, Nr. Sl 87a). Ausfert.

Le soussigné, Ministre des Affaires Etrangères, a eu l'honneur de recevoir la note que Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique a bien voulu lui adresser, le 6 de ce mois pour l'informer que le Cabinet de Vienne a décidé de reprendre quant à la Bosnie et l'Herzégovine son entière liberté d'action et d'évacuer le Sandjak de Novibazar ... Wie Beilage zu n. 208 von „Le Gouvernement Ottoman ayant“ bis „par le Gouvernement Impérial et Royal“ ... Le soussigné, Ministre des Affaires Etrangères, est chargé de porter ce qui précède à la connaissance de Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie pour être communiqué à son Gouvernement. Tevfik.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 17 Nr. 24.

Nr. 226. Tel. aus London, 10. Okt. 1908 Nr. 67 (eing. 3 U. a. m.). Entziff.

Gestern nachmittags von Balmoral abgereist, hatte ich Eindruck, dass König Eduard Situation weniger günstig beurteilt als am ersten Tage. Namentlich die vorgestrige Timesnachricht vom geheimen Verträge (Telegramm Nro. 63)^{a)} schien Seine Majestät impressioniert zu haben. Beim Abschied nach Jagdfrühstück sagte mir Seine Majestät, er hoffe, die Lage würde sich besser gestalten, als sie ihm jetzt erscheine. Auch machte er wiederholte Bemerkungen über einseitige Aufhebung eines Vertrages, über die Folgen, welche unser Vorgehen für die Türkei haben werde, ferner: die Sache sei nicht so einfach, wie ich meine. Dies alles war in gnädigste, freundlichste Form gekleidet. Antwort des Königs auf Allerhöchstes Handschreiben^{b)} wird im Foreign Office aufgesetzt, nachdem — wie Seine Majestät bemerkte — er als konstitutioneller Monarch einen derartigen Brief nicht ohne Rat des verantwortlichen Ministers absenden könne. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

^{a)} Vom 7. Okt. — ^{b)} n. 93.

Nr. 227. Tel. aus London, 10. Okt. 1908 Nr. 69 (eing. 11. Okt. 9 U. 30 M. a. m.)^{a)} Entziff.

Urgent. Je viens de rencontrer M. Iswolsky à un dîner. Il m'a exprimé le désir de causer avec moi et nous avons arrangé qu'il vienne déjeuner chez moi lundi. Dans les quelques mots que nous avons pu échanger

il m'a dit que Votre Excellence lui rend sa position bien difficile et ne prenait pas en considération l'énorme importance qu'avait aujourd'hui l'opinion publique en Russie. Il est venu ici dans l'intention d'aplanir et de pacifier, et il (fait)^{b)} tout son possible pour atteindre ce but, mais il espère que nous ne lui rendrions pas la tâche trop difficile. Ich habe dann noch mit Graf Benckendorff gesprochen, der meinte, es müsse eine Formel gefunden werden, über die man sich verständigen könne. Englische Regierung sei darauf verfallen, dass irgend eine Art von Nachtragssanktion für das gefunden werden müsse, was sie hier als eine Verletzung eines internationalen Vertrages ansehe. Beide russischen Diplomaten machten mir den Eindruck, sehr zu wünschen, eine allseitig befriedigende Lösung zu finden. Ich erwiderte, dass ich jederzeit bereit sei, Euer Exzellenz alles zu unterbreiten, was zu einer günstigen Lösung jetziger gespannter Lage führen könnte. Falls Euer Exzellenz Aufträge für Herrn Iswolsky hätten, wäre es sehr erwünscht, wenn ich dieselben bis Montag Früh haben könnte. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 219, 242, 243. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 228. Bericht aus London, 10. Okt. 1908 Nr. 46 (eing. 12. Okt.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Ich benütze eine sichere Gelegenheit, um in Kürze meinen Telegrammen aus Balmoral und von hier^{b)} einige Worte beizufügen. Der Standpunkt der hiesigen Regierung, wie sie mir Sir Edward Grey gestern darlegte und wie er es auch öffentlich erklärte, ist der, dass England nicht zustimmen könne, dass ein internationaler Vertrag einseitig aufgehoben werde. Nach seiner Ansicht hätten wir den Bestimmungen des Londoner Vertrages vom 17. Jänner 1871 entgegengehandelt und überdies den Berliner Vertrag zerrissen. Wie ich Sir Edward Grey kenne, wird er von diesem Standpunkte nicht abweichen und wir werden die vorstehende Argumentation wie eine steinerne Wand bei jeder weiteren Besprechung vor uns aufgerichtet finden. Die Besorgnis Sir Edwards ist jetzt vor Allem die, zu verhindern, dass das neue Regime in der Türkei in die Brüche gehe und ein allgemeines Chaos entstehe. Er sprach von Creta, Montenegro und der — seither nicht bestätigten Unabhängigkeits-Erklärung Albaniens, welche letztere Nachricht ihm die allerbedenklichste schien. Seine Rathschläge werden — wie er mir sagte — überall im Sinne der Ruhe und Mässigung ertheilt. Hinter all der Beunruhigung der hiesigen Regierung und der öffentlichen Meinung liegt wohl vor Allem die Sorge, was wird Russland verlangen? Deshalb hatte ich auch den Eindruck, dass der Gedanke einer Konferenz hier nicht sympathisch sei. Als Sir Edward mir von der Möglichkeit einer Konferenz sprach, sagte ich, dass ich über diesen Punkt ganz ohne Information von Euer Excellenz sei, aber annehmen müsse, dass wir eine Discussion über Bosnien nicht zugeben würden. Vieles wird von den Unterredungen zwischen den englischen Staatsmännern und Herrn Iswolsky abhängen. Derselbe ist gestern Abend hier eingetroffen und wird von den grossen Blättern heute Früh an leitender Stelle sympathisch begrüsst, wobei ihm und Russland allerhand Schmeichelhaftes gesagt und stark

betont wird, dass er hierher komme, ganz frei mit England und Frankreich zusammenzuwirken und in keiner Weise durch irgend eine Verabredung an Euer Excellenz gebunden, unsere Action in Bosnien zu unterstützen. Morgen wird der russische Minister an einer ihm zu Ehren gegebenen Hof-
tafel bei Seiner Majestät dem Könige, der heute Abend zurückkehrt, theilnehmen und Montag oder Dienstag bei Sir Edward Grey diniren. Es wird hier gewiss nichts versäumt werden, was Herrn Iswolsky bei seiner bekannten Eitelkeit und Anglomanie, angenehm berühren kann. Die Frage ist nun, wird er die Dardanellen-Durchfahrt hier zur Sprache bringen oder nicht? Dass dies hier nicht angenehm wäre, ist zweifellos, denn abgesehen von den Bedenken, die England immer dagegen hatte, würde es jetzt auch noch einen furchtbaren Schlag für das neue Regime in der Türkei bedeuten. Ich sollte also unvorgeflich meinen, dass Herrn Iswolsky auf jedem anderen Gebiete das grösste Entgegenkommen gezeigt und die weitgehendsten Concessionen angeboten werden, falls er nicht auf der Frage der Dardanellen besteht. Mein deutscher College, den ich gestern Abend sprach, theilt diesen Eindruck. Graf Metternich hat gestern Sir Edward Grey gesprochen und ihm im Laufe der Conversation erklärt, Deutschland werde selbstverständlich seinem Bundesgenossen zur Seite stehen, sei aber nicht früher von unseren Intentionen verständigt worden, als die Anderen. Auch betonte Graf Metternich, dass in Deutschland keinerlei Hostilität gegen das neue Regime in der Türkei bestehe und die deutsch-türkischen Beziehungen die besten seien. Sir Edward Grey bezeichnete auch meinem deutschen Collegen gegenüber die Situation als ernst. Der Staatssekretär scheint sehr mit dem Gedanken beschäftigt, wie man den Türken Compensationen beschaffen könne. Metternich antwortete ihm — ohne dass wir uns besprochen hätten — mit dem Hinweis auf die von uns gegebene bedeutende Compensation im Sandjak, und bezüglich Bulgariens führte er aus, dass wohl auf finanziellem Gebiete — für den Tribut von Ostrumelien — sich ein Arrangement werde bewerkstelligen lassen. Wie ich bereits gemeldet habe (gestriges Telegramm Nr. 66), sprach Sir Edward Grey sich mir gegenüber sehr besorgt aus. Die Krise, die man Jahre lang mit grösster Mühe hintangehalten hätte, sei nun plötzlich aufgerollt und er erspare mir den Vorwurf nicht, dass dies durch unser Vorgehen geschehen sei. Ebenso wie der König am letzten Tage in Balmoral, zeigte mir Sir Edward — wenn auch in der denkbar höflichsten, ich möchte fast sagen, schonendsten Form — seine Verstim-
mung über unsere Action. Auf alle meine ausführlichen Gegenreden und Argumente, deren Richtigkeit er nicht in Abrede stellte, kam immer wieder die Antwort: „Ja, wenn Sie das vorher mit der Türkei abgemacht hätten, wäre nichts einzuwenden. Wie soll man aber die tiefe Verletzung des türkischen Selbstgefühles darüber wieder gut machen, dass die Regierung in Constantinopel überhaupt nicht informiert und vor ein fait accompli gestellt wurde.“ Auch der König, als ich Ihm das Allerhöchste Schreiben überbrachte, stellte, während Er es las, die Frage „Ist die türkische Regierung damit einverstanden?“ Dasselbe that Sir Charles Hardinge bei Empfang des Briefes Euer Excellenz.^{c)} Es ist immer wieder nicht das Factum der Annexion der occupirten Provinzen, das kritisiert wird, sondern

die Überrumpelung der Türkei und der Signatar-Mächte durch das fait accompli, die Schädigung des neuen Regimes in Constantinopel, und das Beispiel, welches wir — nach hiesiger Auffassung — den anderen Staaten gegeben hätten, welche die Bestimmungen des Berliner Vertrages lästig empfinden. Ich hatte erwartet, dass voraussichtlich nicht die Annexion an und für sich es sein würde, welche hier den Unwillen erregen dürfte. Der Sturm der Entrüstung, der nun in der Öffentlichkeit ausgebrochen ist, übersteigt allerdings meine Erwartungen. England ist wieder einmal von einem der hier sporadisch auftauchenden Indignations Anfälle erfasst und diesmal richtet sich derselbe gegen uns. Dieser Bewegung liegt natürlich das Gefühl zu Grunde, dass die Kreise der englischen Politik gestört wurden, die Beziehungen zu Russland möglicherweise geschädigt und der Erfolg der jetzt hier vergötterten Jung Türken in Frage gestellt werden könnte. Das Alles wird nun in eine moralische Entrüstung gekleidet, welche die ganze öffentliche Meinung erfasst hat. Es schiene mir momentan zwecklos, vielleicht sogar schädlich, bei der jetzigen Stimmung Aufklärungen durch die Presse zu geben und habe ich es abgelehnt, mich interviewen zu lassen. In Paris mögen die Erklärungen des Grafen Khevenhüller, die übrigens alle hier reproducirt wurden, einen wohlthuenden Effect haben. Hier würde — im jetzigen Moment — jede Erklärung unsererseits nur Anlass zu neuen Angriffen geben. Ich will hoffen, dass, wenn der erste Sturm der Erregung vorübergegangen ist, sich Anlässe ergeben werden, wo man die etwas nüchterner gewordene Öffentlichkeit im Wege der Presse wird aufklären können. (Vielleicht lässt sich schon im Laufe der nächsten 2 Wochen etwas in dieser Richtung thun.) Es wird aber jedenfalls viel Zeit, Ruhe und Takt erfordern, um das erschütterte Vertrauen hier wieder herzustellen.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 276. — b) Vgl. n. 213. — c) n. 91.

Nr. 229. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 10. Okt. 1908. Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).

Der hiesige französische Botschafter ist heute hier erschienen, um auftraggemäß die Mitteilung zu machen, daß Herr Pichon dem ihm durch Herrn Crozier übermittelten und auch durch Graf Khevenhüller verdolmetschten Wunsche des Herrn k. u. k. Ministers des Äußern bereitwilligst entsprochen habe, indem er Herrn Vesnich ernste Vorstellungen gemacht und hiebei betont habe, daß Serbien, wenn es sich in ein kriegarisches Abenteuer stürzen oder einen Konflikt mit der österreichisch-ungarischen Monarchie provozieren würde, auf die Sympathie Frankreichs und der übrigen Mächte keinen Anspruch hätte, geschweige denn auf deren Unterstützung rechnen könnte. Herr Pichon habe überdies den französischen Vertreter in Belgrad beauftragt, auf die dortige Regierung im Sinne der Mäßigung und Besonnenheit einzuwirken. Ferner habe Monsieur Pichon auch mit Herrn Iswolsky über diesen Gegenstand gesprochen und dieser ebenfalls im gleichen Sinne wie der Herr französische Minister des Äußern Herrn Vesnich Vorstellungen gemacht sowie außerdem den russischen

Vertreter in Belgrad angewiesen, dort eine analoge Démarche zu machen. Schließlich bemerkte Herr Crozier, daß Herr Pichon stets gerne bereit sei, sich dem Wiener Kabinette gefällig zu zeigen, und ließ gleichzeitig durchblicken, daß der Herr französische Minister des Äußern durch eine Rückäußerung des Herrn k. u. k. Ministers des Äußern auf die im Vorstehenden wiedergegebene Mitteilung gewiß sehr angenehm berührt sein würde.

*Nr. 230. Tel. aus Rom, 10. Okt. 1908 Nr. 147 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Erklärung des Baron Burián, Italien habe der Annexion im Voraus zugestimmt, kommt hier ungelegen, weil sie die Haltung Italiens in schroffen Gegensatz zu jener Englands darstellt. Heutige Tribuna enthält hoch-offiziöse „Richtigstellung“, wonach Herr Tittoni erst Ende September, knapp vor dem Besuche Herrn Iswolsky's^{b)} von der beschlossenen und unmittelbar bevorstehenden Annexion Kenntnis erhielt. In Salzburg habe, sagt mir Tittoni,^{c)} nur ein rein akademischer Ideenaustausch über die Eventualität einer Annexion stattgefunden, ebenso wie über viele hypothetische Eventualitäten. Das gleiche erzählte hier zu Lande Herr Iswolsky bezüglich Buchlau; jedem Versuche einer gründlichen Erörterung des Themas seinerseits sei von Seite Euer Exzellenz ausgewichen worden. An intensiver Raschheit zunehmende Angriffe hiesiger Presse richten sich mehr gegen Herrn Tittoni als gegen uns. Leitmotiv ist das Dilemma: Wusste er, so ist er mitschuldig; wusste er nicht, so ist er unfähig. Die kühle reservierte Haltung der deutschen Presse wird hier vielfach kommentiert. Graf Monts ist auf Urlaub, deutscher Geschäftsträger ohne jede Information seitens seiner Regierung. Bezogener Tribuna-Artikel folgt per Post. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 231, 279. — ^{b)} Vgl. n. 79. — ^{c)} Vgl. n. 67.

*Nr. 231. Tel. aus Rom, 10. Okt. 1908 Nr. 148 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Auf eine vertrauliche Anfrage Herrn Tittonis hat Marquis San Giuliano geantwortet, es sei ausgeschlossen, dass die englische Regierung auf einer Konferenz gegen Annexion sachliche Opposition mache. Im übrigen habe sie sich in der Konferenzidee zu weit avanciert, um jetzt noch umkehren zu können, werde aber für strenge Umgrenzung des Programmes Sorge tragen. Tittoni ist in tief gedrückter Stimmung und wiederholte mir heute fast wörtlich die mit gestrigem Telegramm^{b)} gemeldeten Ausführungen Herrn Luzzattis. Soeben erhielt ich den Besuch des heute zurückgekehrten Herrn Murawiew. Derselbe berichtete in einzelnen Punkten die mit heutigem Telegramm Nr. 147 gemeldete Version von Herrn Iswolskys Buchlauer Erinnerungen, gab mir aber zu verstehen, dass letzterer wieder ziemlich gegen uns gereizt sei. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 259. — ^{b)} n. 217.

Nr. 232. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 10. Okt. 1908 Nr. 3 (chiffr. 11. Okt. 1 U. 30 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Der hiesige russische Botschafter hat folgendes Telegramm des Herrn Iswolsky, de dato Paris, 8. I. M. zur Kenntnis gebracht: ... wie Beilage zu n. 219 ... Euer Excellenz haben mit Ihrem Telegramme vom 8. die Fassung mitgeteilt, der Herr Tscharykoff ausdrücklich zugestimmt hat, wonach betreffs des nahen Orients etc. eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe. Ferner haben Euer Excellenz mit Telegramm No. 144 mitgeteilt, in welcher Weise Euer Excellenz den Auslassungen des russischen Herrn Ministers des Äussern entgegengetreten sind; Herr Tscharykoff wollte es übernehmen, seinen Minister entsprechend zu informiren. Ich möchte meinerseits mit Bezug auf den Schlusssatz des vom russischen Botschafter mitgetheilten Telegrammes Herrn Iswolskys bemerken, dass die Buchlauer Entente nur deshalb noch nicht schriftlich fixiert ist, weil Herr Iswolsky die versprochene Redaktion mir bis heute noch nicht hat zukommen lassen. Von dem in Buchlau erzielten Einverständniss hat ja übrigens Herr Tittoni gerade durch Iswolsky erfahren. Durch das zwischen Euer Excellenz und Herrn Tscharykoff erzielte oberwähnte Einvernehmen dürfte voraussichtlich für Herrn Iswolsky jeder Anlass entfallen, „mich zu rectificiren“. — Sollte aber wider Erwarten Herr Iswolsky nach seinem Interview mit dem Redakteur des Temps nochmals auf die angebliche Discrepanz zwischen unseren Auffassungen des in Buchlau Vereinbarten zurückkommen, so könnte ich nicht umhin, auch meinerseits mich an die Öffentlichkeit zu wenden, wozu sich im Laufe der Delegationsverhandlungen reichlich Gelegenheit bieten würde. Bei diesem Anlass könnte ich dann natürlich nicht anders als darauf hinweisen, dass bereits ein geheimes Protokoll aus dem Jahre 1878^{b)} uns die definitive Occupation zusichert und dass Herr Iswolsky im Laufe der im heurigen Sommer gepflogenen Pourparlers sogar die Annexion des Sandžaks ins Auge gefasst hatte. Ich gebe mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, dass es zu dieser Eventualität nicht kommen wird und dass unsere Besprechungen, an denen nun ja auch Herr Tittoni betheiligt ist, freundschaftlich fortgesetzt und zu einem allseits befriedigenden Resultat in Gestalt der vollen Entente führen werden.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 247, 248, 327, 386, 444. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 233. Bericht aus St. Petersburg, 27. Sept./10. Okt. 1908 Nr. 39 (eing. 13. Okt.).^{a)} Ausfert.

Am 5. I. M. in St. Petersburg eingetroffen, hatte ich am selben Tage eine Besprechung mit dem Ministergehilfen Herrn Tscharykoff in Betreff der angesuchten Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus zwecks Überreichung des die Annexion Bosniens und der Herzegovina notifizierenden Handschreibens Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn.^{b)} Herr Tscharykoff, welcher eben aus den finnischen Schären zurückgekommen war, wo er die Befehle seines kaiserlichen Herrn in dieser Angelegenheit entgegengenommen hatte, bedeutete mir, dass Seine Majestät

infolge Revuepassierung einer Escadre auf hoher See nicht in der Lage sei mich sofort zu empfangen. Auf mein Bemerken, dass das mir anvertraute Schreiben noch heute, spätestens morgen, dem Kaiser Nikolaus zugestellt werden müsste, bot sich der Ministergehilfe an, dasselbe unverzüglich durch Spezialkurier an Bord der kaiserlichen Yacht gelangen zu lassen, worüber mir die im Anbuge mitfolgende schriftliche Bestätigung zugekommen ist. Im weiteren Verlaufe unserer Konversation bemerkte Herr Tscharykoff vertraulich, dass der Kaiser das offenbar die Annexionsfrage behandelnde Allerhöchste Schreiben nicht ohne Anhörung seines „constitutionellen“ Ministers beantworten wolle, daher den Letzteren telegraphisch rückberufen habe. Als mich Tags darauf die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens abermals zum Ministergehilfen führte, erwähnte er, die Rückberufung Herrn Iswolskys sei in suspenso, indem Seine Majestät dem Minister anheimgestellt habe, entweder direkt zurückzukommen oder den Heimweg über London zu nehmen. Es scheint, dass Herr Iswolsky darauf aufmerksam gemacht hatte, es könnte in London übel vermerkt werden, wenn er die bereits vor längerer Zeit angenommene Einladung Seiner Majestät des Königs Edward zur Hofafel ignorieren würde. — Seither ist die Antwort des Ministers aus Paris hier eingelangt, dass er vorerst nach London gehe — wo er heute eingetroffen ist — um dann mit kurzem Aufenthalte in Berlin — zwecks Rücksprache mit dem Fürsten Bülow — hierher zurückzukehren. Es dürften bis dahin noch circa 8 Tage vergehen, so dass auch meine Berufung zur Audienz nicht früher zu gewärtigen ist. Den bisherigen Dispositionen zufolge soll Seine Majestät am 5./18. d. M. aus den finnischen Schären zurückkehren und würde ich dann in Peterhof von Höchstdemselben empfangen werden. Berchtold.

a) Vgl. n. 144. — b) n. 97.

Beilage zu n. 233. Schreiben des Gehilfen des russischen Ministers des Äußern an den Botschafter in St. Petersburg, 22. Sept./5. Okt. 1908. Ausfert.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que la lettre de Sa Majesté Impériale Royale et Apostolique, jointe à Votre lettre en date d'aujourd'hui, a été expédiée à Sa Majesté l'Empereur, mon Auguste Maître, ce soir, à 9 heures, par un courrier spécial, à bord d'un torpilleur, qui rejoindra le yacht de Sa Majesté en mer. Tscharykow.

Nr. 234. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 11. Okt. 1908 Nr. 97 (eing. 12 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Gestern früh kam der nach Tokio ernannte italienische Botschafter, Marquis Guiccioli, hier an, um dem König sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Abends beim Hofdiner zu Ehren des Botschafters sprach sich der König, wie der verlässliche italienische Militärattaché erzählte, ganz offen mehrmals dahin aus, dass er keinen anderen Ausweg als den Krieg sehe. Der König dürfte durch solche Äusserungen vielleicht sein Prestige im Volk heben wollen und den Italienern die Notwendigkeit dartun, dass

Serbien Kompensationen für die Annexion Bosniens und der Herzegowina erhalte. Nach dem Diner hat der italienische Geschäftsträger ein Gespräch geführt, das mir vom Mitredner, den ich für vertrauenswürdig halte, hinterbracht wurde. Der italienische Geschäftsträger führte aus, Österreich-Ungarn habe ganz unnötigerweise Bosnien und die Herzegowina annektiert und die Serben sollten Agitationen und Demonstrationen energisch fortsetzen, um Österreich-Ungarn zum Ultimatum zu zwingen oder doch zu erreichen, dass die Wünsche des „dauernd erregten serbischen Volkes“ bei der Revision des Berliner Vertrages gehört werden müssten. Gegen solche Wünsche würden sich England, Frankreich und Russland vielleicht nicht unbedingt ablehnend verhalten, Italien natürlich neutral bleiben. Der italienische Geschäftsträger, welchen ich soeben gesprochen habe, schien schlechtes Gewissen zu haben. Er erzählte, dass bei dem gestrigen Hofdiner sämtliche Minister mit Ausnahme von Milovanović in nachdrücklichster Weise den Wunsch nach Krieg ausgesprochen haben, ebenso der Kronprinz. Italiens Stellung hier wegen verwandtschaftlicher Beziehungen der Höfe schwierig, die dadurch bewirkte nicht ganz klare Haltung des hiesigen italienischen Vertreters verstärkt hier die Hoffnung, dass ein Krieg, wenn schon keine militärischen so doch politische Chancen habe. Gleichlautend Budapest. Franz.

a) Vgl. n. 293 Anm. b.

Nr. 235. Tel. aus Berlin, 11. Okt. 1908 Nr. 177 (eing. 12 U. m.).a)
Entziff.

Vertraulich. Ich hatte Gelegenheit, den Staatssekretär heute auf die Meldung der Blätter aufmerksam zu machen, wonach deutscher Botschafter in Konstantinopel im Auftrage Kaiser Wilhelms dem Grossvezir erklärt habe, er müsste mit grösstem Nachdrucke gegen die Supposition protestieren, dass die Vorfälle auf dem Balkan auf einer Entente Österreich-Ungarns mit Deutschland basierten; dieselben seien, ohne dass Ansicht Deutschlands eingeholt worden wäre, erfolgt. Ich habe ohne mich auf einen Auftrag zu berufen, bemerkt, dass diese Erklärung Baron Marschalls Euer Exzellenz unangenehm berühren könnte und dass aus derselben leicht ein Widerspruch mit den mir von Kaiser Wilhelm gemachten Versicherungen herausgedeutet werden könnte. Herr von Schoen erwiderte mir, diese Erklärung habe lediglich den Zweck gehabt, die aufgeregte und verrannte öffentliche Meinung in Konstantinopel zu beruhigen und auszudrücken, dass nicht wie von manchen Seiten behauptet wird, bei der Aktion Österreich-Ungarns Deutschland das treibende Element gewesen sei; die Annexion sei vielmehr auf eine höchst eigene Entschliessung Österreich-Ungarns zurückzuführen. Herr von Schoen wiederholte mir dabei, dass Deutschland in dieser ganzen Frage auch weiter treu an unserer Seite stehen werde und versprach mir, auf die deutsche Presse, deren ein Teil sich jetzt darin gefällt, die schwierige Stellung Deutschlands ganz besonders zu unterstreichen, entsprechend einzuwirken. Insbesondere werde er die Kölnische Zeitung ermahnen

nicht ähnliche Artikel zu bringen, wie jener in der gestrigen Mittagsausgabe, in welcher unter der Spitzmarke „die Krise im Orient“ Österreich-Ungarn des Vertragsbruches beschuldigt und die Haltung Deutschlands keineswegs den Tatsachen entsprechend dargestellt (werde).^{b)} Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 212, 272. — ^{b)} Chiffre fehlt.

*Nr. 236. Tel. aus Berlin, 11. Okt. 1908 Nr. 178 (eing. 10 U. p. m.).
Entziff.*

Streng vertraulich. Mein englischer Kollege erzählt streng vertraulich, Sir Edward Grey telegraphiere, Herr Iswolsky habe sich in einer langen Unterredung, die er mit ihm hatte, in sehr aufgeregter Weise über die Art und Weise der Durchführung der Annexion Bosniens und der Herzegowina ausgesprochen. Er habe behauptet, dass er nach der letzten Unterredung mit Euer Exzellenz keineswegs erwarten konnte, dass Euer Exzellenz diese Aktion so rasch zur Ausführung bringen würden. Auch über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sprach sich Iswolsky im höchsten Grade abfällig aus. Herr von Schoen sagte mir heute vertraulich, dass sich Iswolsky dem deutschen Botschafter in London gegenüber in ähnlicher Weise geäußert habe. Staatssekretär schreibt die böse Laune des russischen Ministers des Äussern hauptsächlich dem Umstande zu, dass, wie er erfahre, dieser bei den Kabinetten von Paris und London in der Dardanellenfrage sehr großen Schwierigkeiten begegne. Auch mit den russischen Anlehenoperationen stünde es schlecht, indem das Haus Rothschild erklärt habe, dass von einem Anlehen, welches für dieses Jahr in Aussicht genommen war, vor dem nächsten Jahre keine Rede sein könne. Gleichlautend Budapest.

Szögyény.

*Nr. 237. Tel. aus Berlin, 11. Okt. 1908 Nr. 179 (eing. 10 U. p. m.).
Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 2 aus Budapest^{a)} und Inhalt desselben dem Staatssekretär heute mitgeteilt. Euer Exzellenz Ausführungen in Betreff eines eventuellen Kongresses stimmt Herr von Schoen vollinhaltlich bei. Auch nach seiner Auffassung müsste Programm der Konferenz unter allen Umständen a priori in präziser Weise formuliert sein; auch hält Staatssekretär es für ganz richtig, dass eine Diskussion über die Annexion nicht zugelassen werden könne. Österreich-Ungarn müsse sich über diese Frage mit der türkischen Regierung verständigen, da es jedenfalls vermieden werden sollte, dass die Türkei ihren Protest auf dem Kongresse erneuere. Dem Wunsche Herrn von Schoen entsprechend habe ich ihm Notiz über den Inhalt Euer Exzellenz Telegramms übergeben, die er allsogleich Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm vorlegen wird. Gleichlautend Budapest.

Szögyény.

^{a)} Vom 10. Okt.

Nr. 238. Tel. aus Berlin, 11. Okt. 1908 Nr. 180 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Gegenüber einer von Pariser Blättern dem Grafen Khevenhüller zugeschriebenen Äusserung, wonach Rumänien verpflichtet sei, im Falle internationaler Konflikte, die sich aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina ergeben könnten, gegen Russland mobil zu machen, ist gestern in den Wolfschen Depeschen auf Wunsch des hiesigen rumänischen Gesandten ein Communiqué erschienen, laut welchem weder die Einverleibung der okkupierten Provinzen noch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens vitale Interessen Rumäniens berühre und bedrohe; die dem österreichisch-ungarischen Botschafter in den Mund gelegten Äusserungen können daher unmöglich in dem angegebenen Sinne gefallen sein. Rumänien werde nur im Falle der Gefährdung seiner eigenen Lebensinteressen — wofür bisher keinerlei Anzeichen vorliegen — mit den Waffen in der Hand seine Existenz verteidigen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 239. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 11. Okt. 1908 Nr. 1 (chiff. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Kinsky; G. Pogatscher).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 376 geheim. Mit grosser Befriedigung habe ich aus demselben entnommen, dass, soweit man aus der Sprache Tewfik Paschas einen Schluss ziehen kann, die Pforte sich mit dem fait accompli der Annexion abzufinden scheint, und dass bei den Signatarmächten kein Protest erhoben sondern denselben bloss von der türkischen Antwort an uns Kenntnis gegeben werden soll. Zur Klarstellung des Sachverhaltes bemerke ich, dass der ottomanische Geschäftsträger in Wien bereits am 7. eine kurze Protestnote gegen die Annexion überreicht hat, in welcher jedoch auf einen Auftrag seiner Regierung nicht Bezug genommen ist. Es macht also den Eindruck, dass diese Enuntiation nur von ihm persönlich ausgieng. Am 9. d. M. hat der türkische Geschäftsträger, diesmal unter ausdrücklicher Berufung auf eine Weisung der Pforte, eine zweite Note überreicht, in welcher nach Anführung des ganzen Textes unserer am 6.^{b)} in Constantinopel überreichten Note in kurzen Worten gegen die Verletzung des Berliner Vertrages und der Convention von Constantinopel protestirt wird. Nachdem Minister des Äussern Ihnen gegenüber bemerkt hat, dass ein vom chargé d'affaires in Wien überreichter Protest telegrafisch zurückgezogen wurde, so könnte darunter vielleicht die im obigen erwähnte zweite Note gemeint sein. Ich wäre Euer Exzellenz verbunden, den Sachverhalt wenn tunlich aufzuklären. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 253, 256. — ^{b)} Beilage zu n. 99.

Nr. 240. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 11. Okt. 1908 Nr. 2 (chiff. 11 U. p. m.). Konz. (S. Kinsky; G. Pogatscher).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 9. No. 377. Gegen beabsichtigte kurze Absentierung hätte ich principiell nichts einzuwenden, behalte mir jedoch vor erst in einigen Tagen Euer Exzellenz eine bezügliche Antwort zukommen zu lassen, da ich hoffe, dass sich die Situation recht bald weiter klären und speciell in Serbien eine Beruhigung eintreten wird. Dies zu Euer Exzellenz vorläufiger Information. Aehrenthal.

Nr. 241. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 11. Okt. 1908 Nr. 383 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Ich erfahre aus sicherer Quelle, dass die Vertreter von Russland, England und Frankreich morgen der Pforte eine Note übergeben werden, laut welcher ihre Regierungen die auf der Balkanhalbinsel kürzlich erfolgten Veränderungen nicht annehmen werden, solange dieselben nicht von allen Signatarmächten akzeptiert sein würden. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 255.

Nr. 242. Tel. nach London; Budapest, 11. Okt. 1908 Nr. 1 (chiffr. 12. Okt. 1 U. a. m.).^{a)} Konz. (S. Gagern, V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme No. 69 und 70. Euer Exzellenz können Herrn Iswolsky sagen, daß ich auf seine Stellung immer entsprechend Rücksicht genommen habe, indem ich von den Buchlauer Abmachungen, die beiderseitiges Engagement stipulieren, keinen Gebrauch gemacht und in der vertraulichen Sitzung der Delegation nur von dem gesprochen habe, was zwischen Graf Berchtold und Herrn Tscharykoff ausgemacht worden war. Konferenz anlangend habe ich grundsätzlich keine Einwendung, könnte aber zur Frage erst Stellung nehmen nach genauer Fixierung des Programmes. Nachdem unser Standpunkt darin besteht, daß Fallenlassen der Konvention vom Jahre 1879 und hieraus folgende Konsequenzen, das sind die Erstreckung der Souveränität Seiner Majestät auf Bosnien und die Herzegowina und die Räumung des Sandschaks von Novipazar, Angelegenheiten sind, welche zwischen uns und der Türkei zu regeln sind, muß ich frühere Verständigung mit dieser letzteren anstreben. Ich kann mich dem nicht aussetzen, daß die Türkei auf einer Konferenz eine neuerliche Verwahrung gegen die staatsrechtliche Angliederung dieser Provinzen erhebt. Ist aber einmal dieses Einvernehmen, welches mir nicht unwahrscheinlich dünkt, erreicht, so könnte die Konferenz nebst der Verhandlung über andere Fragen diese zwischen uns und der Türkei zustande gekommene Vereinbarung bezüglich Bosniens und des Sandschaks von Novipazar zur Kenntnis nehmen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 257, 277, 302.

Nr. 243. Tel. aus London, 11. Okt. 1908 Nr. 70 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 69. Nach Unterredung Sir Edward Greys mit Herrn Iswolsky scheint Geneigtheit für eine Konferenz zugenommen zu haben. Mein deutscher Kollege teilt mir mit, dass er gestern Herrn Iswolsky gesprochen hat. Es scheint ziemlich sicher, dass russischer Minister des Äussern bei einer Konferenz die Frage der Dardanellen nicht anregen wird — somit stünde der Entente Russlands mit England und Frankreich nichts mehr im Wege. Auch Iswolsky spricht von Kompensationen für die Türkei (Entschädigung für Ost-rumeliens Tributpflicht und orientalische Bahn). Gruppe von England,

Frankreich und Russland will, dass eine Konferenz die Annexion Bosniens und Hercegovinas legalisiere. Kompensation unsererseits wäre Aufhebung unserer Rechte auf Sandjak und unserer Rechte aus Artikel 29 des Berliner Vertrages. Graf Metternich ist der Ansicht, dass es sehr wünschenswert wäre, eine Formel zu finden, um eine Konferenz zu ermöglichen. Findet sie nicht statt, so dürfte ohne Zweifel der Anschluss Russlands an die Westmächte fester gekittet werden, eine Beruhigung am Balkan nicht eintreten und die Agitation gegen uns und das bei uns stehende Deutschland auf der ganzen Linie weiter geführt werden. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 242.

Nr. 244. Privatschreiben König Eduards VII. von England an Kaiser Franz Josef I.; 11. Okt. 1908 (überreicht am 18. Okt.).^{a)} Ausfert.

Je viens de recevoir la lettre^{b)} par laquelle Tu as bien voulu m'avertir de la décision importante que Tu as prise de procéder à l'annexion de la Bosnie et de l'Herzegovine, et je tiens à Te remercier d'avoir pensé à me faire connaître Ta manière de voir d'une façon si conforme à notre amitié. Cependant, je ne saurais que T'exprimer tous mes regrets de voir^{c)} prendre une telle décision, surtout à l'heure où les événements survenus en Bulgarie ont déjà compromis la situation dans les états balkaniques. Aussi, je ne Te cacherai pas non plus que je tiens beaucoup aux principes consacrés dans le Protocole du 17 Janvier 1871,^{d)} d'après lesquels le Traité de Berlin^{e)} ne saurait être modifié sauf avec le consentement des Puissances Contractantes, et surtout, dans le cas actuel, de la Turquie, qui est la Puissance la plus intéressée. J'apprends avec un vif plaisir que Ta décision prise dans les circonstances ne changera en rien l'orientation conservatrice de la politique de l'Autriche Hongrie, et je Te prie etc. Edouard.

a) Laut Tel. des Ministers des Äußern aus Budapest, 16. Okt. 1908. —

b) n. 93. — c) So! — d) Gedruckt: Das Staatsarchiv XX 190. — e) Wohl irrig für Paris.

Nr. 245. Tel. nach Paris; Budapest, 11. Okt. 1908 Nr. 2 (chiffr. 11 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Kinsky; G. Pogatscher).

Ich lese eben im Abendblatte der „Neuen freien Presse“ vom 10. d. Mts. die angeblichen Aeufferungen Euer Excellenz im „Siècle“. Ich bin vollkommen einverstanden mit dem, was darin über die Stellungnahme Oesterreich-Ungarns gegenüber der Konferenzidee gesagt ist. Jedoch müßte ich, falls die folgenden Passagen die Aeufferungen Euer Excellenz richtig wiedergeben, Hochdieselben ersuchen, eine größere Reserve in ihren Appreciationen betreffs der Stellung der fremden Regierungen zu beobachten. Schon die Euer Excellenz zugeschriebenen positiven Erklärungen über die ausdrückliche Zustimmung Russlands zur Annexion hatten dazu beigetragen, meine Position gegenüber Herrn Iswolsky schwieriger zu gestalten. Ebenso würde ich es für unerläßlich halten, daß Euer Excellenz die Ihnen vom „Siècle“ in den Mund gelegten Bemerkungen, wonach Oesterreich-Ungarn gewisse Kompensationen für die Pforte, wie Modifikationen der Kapitulationen etc. vorschlagen werde, in geeigneter Weise richtig stellen; denn es liegt mir

ferne, die k. u. k. Regierung in Fragen zu engagieren, welche wichtige österreichisch-ungarische und internationale Interessen berühren und reiflicher Erwägung bedürfen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 258.

Nr. 246. Tel. aus Rom, 11. Okt. 1908 Nr. 149 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Situation verschärft sich hier zusehends. Herr Tittoni sprach mir ganz offen von der Eventualität, dass das Kabinett Giolitti fällt. Von Paris werde eine intensive Agitation insceniert, die nichts weniger bezwecke, als einen Ministerwechsel und die Sprengung des Dreibundes. Aus inhihierten Presstelegrammen gehe hervor, mit welchen Mitteln gearbeitet werde, um Italien gegen uns zu verhetzen. Erschwert werde die Lage weiter durch die Sprache der englischen Presse, welche Tittoni seinen „Verrat“ an der türkischen Freiheitsbewegung vorhält. Hiezu kommt noch ein ihm signalisierter (mir nicht vorliegender) Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, wonach Deutschland seine vorherige Zustimmung zur Annexion rundweg ableugnet. Seine, Tittonis, Position werde dadurch eine ungemein exponierte und gefährdete; ein unbedachtes Wort könne sie zu einer unhaltbaren machen. Er bitte Euer Exzellenz dringend, Ihren ganzen Einfluss aufzubieten, damit das Thema der „vorherigen Mitwisserschaft und Gutheissung der Annexion seitens Italiens“ bei uns womöglich mit keinem Worte mehr berührt werde — weder seitens der leitenden Kreise noch seitens der Presse. Je weniger über Italien gesprochen werde, desto besser. „Aujourd’hui je crois encore être maître de la situation — demain je puis ne plus l’être.“ Herr Giolitti hat sich mit ihm solidarisch erklärt. Auf meine Frage, ob er die Möglichkeit ernstlich admittiere, dass die kompakte und wohldisziplinierte Majorität den Ministerpräsidenten im Stich lässt, antwortete er, die Bewegung sei eine so starke, dass man für gar nichts gut stehen könne. Gleichlautend Budapest. Lützow.

a) Vgl. n. 250, 263, 264.

Nr. 247. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 11. Okt. 1908 Nr. 5 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Kinsky; G. Pogatscher).

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegr. aus Budapest No. 3: Die Ausführungen desselben sind natürlich dazu bestimmt, von Euer Exzellenz gegenüber Hrn. Tscharykow, respective durch dessen Vermittlung gegenüber Hrn. Iswolsky verwertet zu werden. Aehrenthal.

Nr. 248. Tel. aus St. Petersburg, 11. Okt. 1908 Nr. 149 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 3 vom 11. d. M. Herr von Tscharykoff will angesichts der Demarche des Fürsten Urusoff bei Euer Excellenz keine Verantwortung für Redaktion der Interpellationsbeantwortung übernehmen, wozu er nunmehr, wo Minister in legalem Wege Euer Excellenz informiert hat, sich nicht befugt fühle. In Ergänzung der vom russischen

Botschafter in Wien gemachten Mitteilung glaubt aber Ministergehilfe nachstehenden Auszug einer gestern eingelangten geheimen Depesche des Herrn Iswolsky Euer Excellenz zur Verfügung stellen zu sollen, welcher für die Redigierung von Nutzen sein könnte: „Nous sommes prêts à reconnaître les résultats de l'échange de vues à Buchlau et à Désio comme acquis et devant définir d'avance les grandes lignes de l'attitude de la Russie, l'Autriche-Hongrie et de l'Italie à la future conférence sans toutefois que cela empêche les puissances à discuter et à accepter d'autres points qui pourraient surgir.“
Berchtold.

a) Vgl. n. 261, 280, 281 Anm. g, 318.

Nr. 249. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 12. Okt. 1908 Nr. 100 (eing. 5 U. 50 M. p. m.) a) Entziff.

In heutiger Sitzung der Skupschtina wurden dem Kriegsminister 16 Millionen Dinars bewilligt. Dieser unbedeutende Betrag dürfte der Rest der französischen Anleihe sein, der in hiesiger Bank lag und für Bahnbauten etc. bestimmt war. Präsident der Skupschtina hielt eine Rede, die die historische Begründung der Annexion als Fälschung bezeichnete. Weiters gab er der Hoffnung Ausdruck auf Hilfe seitens Frankreichs, Englands, Italiens und Russlands. Schliesslich wurde eine einstimmig gefasste Resolution verlesen, die Protest erhebt gegen die Annexion und erklärt, dass die Skupschtina bereit ist, alle Opfer zu bringen, mit der Regierung solidarisch ist und alle ihre Massnahmen gutheisst. Als^{b)} die wichtigste dieser Massnahmen ist wohl, dass der Minister des Aeussern morgen oder übermorgen nach Paris und London fährt. Gleichlautend Budapest.
Franz.

a) Oe.-U. Bosnien 18 Nr. 26. — b) So!

Nr. 250. Privatschreiben des Sektionschefs Ladislaus von Müller an den deutschen Botschafter, 12. Okt. 1908. a) Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).

Auf Grund einer telegraphischen Meldung des k. u. k. Botschafters in Rom,^{a)} dass von Paris aus eine intensive Agitation inscenirt werde, die auf einen Ministerwechsel in Italien und die Sprengung des Dreibundes abziele, und dass es Herrn Tittoni erwünscht wäre, wenn die in unverfrorener Weise und mit grossen Geldmitteln betriebene französische Campagne in einem österreichischen oder deutschen Journal signalisirt würde, hat Seine Exzellenz Baron Aehrenthal die Veröffentlichung eines aus Rom datirten Telegrammes veranlasst, in welchem auf die Verhetzung der italienischen Presse durch Frankreich aufmerksam gemacht wird. Seine Exzellenz der Herrn Minister bringt Vorstehendes mit der Bitte zur Kenntnis Euerer Exzellenz, Hochdieselben mögen sich freundlichst veranlasst finden, dahin zu wirken, dass die deutsche Presse in gleichem Sinne orientirt werde. Indem ich diesen Weg im Hinblick auf die vorgerückte Stunde einzuschlagen genöthigt bin, bitte ich den Ausdruck etc.

a) Vgl. n. 246, 263.

*Nr. 251. Tel. aus Cetinje, 12. Okt. 1908 Nr. 71 (eing. 7 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Wohl infolge der bereits gemeldeten Note des englischen Kabinettes^{b)} hat die fürstliche Regierung gestern an die hiesigen Vertreter der Signatarmächte des Berliner Vertrages, mich ausgenommen, eine Note gerichtet, in welcher unter Hinweis auf die von Montenegro für die Befreiung Bosniens und der Herzegowina gebrachten blutigen Opfer gegen die Annexion dieser Provinzen durch Österreich-Ungarn Protest erhoben wird. Sollte dieser Protest bei den Grossmächten kein Gehör finden, so verlangt die fürstlich montenegrinische Regierung, dass ihr nicht jegliche Kompensation verweigert werde, welche geeignet ist, das zum Schaden des Fürstentums verrückte politische und geografische Gleichgewicht wiederherzustellen. In hiesigen Regierungskreisen scheint man sich der Hoffnung hin zu geben, dass es zum Zusammentritte einer Konferenz zwecks Revision des Berliner Vertrages kommen werde. Sollten seitens dieser Konferenz die montenegrinischen Wünsche d. i. eine territoriale Kompensation eventuell auf türkische Kosten unberücksichtigt bleiben, so will man, wie aus offenen Äusserungen der kompetenten Faktoren zu schliessen ist, ein *va banque*-Spiel riskieren, da Montenegro welchem in seinen heutigen Grenzen keinerlei Zukunft beschieden sei, diesen letzten Moment für eine Besserung seines Loses ausnützen müsse. Text der im heutigen Amtsblatte veröffentlichten Protestnote folgt per Kurierexpedition.^{a)} Gleichlautend Budapest. Kuhn.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 18 Nr. 27. Vgl. n. 252. — ^{b)} Die vorhergehenden Telegramme aus Cetinje enthalten keine Meldung über eine englische Note. Es wird hier wohl auf das in n. 175 erwähnte engl. Promemoria Bezug genommen.

*Nr. 252. Bericht aus Cetinje, 12. Okt. 1908 Nr. 65 (eing. 15. Okt.).
Ausfert.*

Im Nachhange zu meinem ergebenen Telegramme Nr. 71 beehre ich mich Euerer Excellenz in der Anlage die Abschrift der seitens der fürstlichen Regierung an die hiesigen Vertreter der Signatarmächte des Berliner Vertrages gerichteten Protestnote gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina ganz ergebenst zu unterbreiten. Dieser k. und k. Gesandtschaft ist diese Note, welche im Glas Crnogorca vom 10. d. Mts. in serbischem Texte veröffentlicht worden ist, wol wegen der hier bekannt gewordenen unsererseits erfolgten Zurückweisung der serbischen Protestnote nicht zugemittelt worden. Infolge der bereits gemeldeten Antwort des Londoner Cabinets^{a)} gibt man sich hier der Hoffnung hin, dass es zu einer Konferenz zwecks Revision des Berliner Vertrages kommen werde, und scheint ernstlich entschlossen vorläufig auf die Bevölkerung beruhigend zu wirken und eine zuwartende Haltung zu beobachten. Die dem Volke bekannt gegebene Antwort Sir Edward Greys hat zu Ovationen für England Anlass gegeben, — es wurden Samstag Nachmittag das Bild S. M. des Königs von England und die englische Flagge von einer demonstrierenden Menge unter Hochrufen auf England durch die Strassen von Cetinje getragen, — und wiegt man sich wol hauptsächlich infolge derselben nicht nur im Volke sondern

auch in den Regierungskreisen in der Illusion, dass angesichts der freundschaftlichen Haltung Englands eine territoriale Compensation für Montenegro nicht ausbleiben werde.

Kuhn.

a) Vgl. Anm. b zu n. 251.

Beilage zu n. 252. Note des montenegrinischen Ministeriums des Äußern an den deutschen Gesandten in Cetinje, 27. Sept. (10. Okt.) 1908. Abschrift.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement Impérial ce qui suit: Pour toute la nation serbe la Bosnie et l'Herzegovine en sont le cœur. Ayant, de 1876 à 1878, combattu pour leur affranchissement et ayant inondé leur sol du sang de ses fils, le Monténégro voyait déjà ses efforts récompensés par les arrangements préliminaires de S. Stéfano, quand le traité de Berlin vint le dépouiller de ce qu'il avait conquis par ses armes, grevant le peu de ce que lui avait été laissé de restrictions au profit de la grande Monarchie des Habsbourg. Cette dernière ayant par le même traité reçu le mandat d'occuper ces deux provinces afin d'y introduire l'ordre et la paix et la question Bosno-Herzegovinienne s'étant constituée de ce fait, la nation serbe, ferme dans sa foi en la justice des Puissances signataires du traité de Berlin, se mit à en attendre patiemment une solution qui répondant à ces justes aspirations, rendrait un jour la réunion de ces deux provinces à la Serbie et au Monténégro. Par une proclamation de Sa Majesté l'Empereur et Roi d'Autriche-Hongrie cette question a été arbitrairement résolue au détriment de la nation Serbe privant en même temps le Monténégro du dernier espoir d'acquérir les conditions nécessaires et indispensables à son existence politique. L'Europe elle-même, s'étant formée et consolidée sur le principe national, le Monténégro croit de son droit et devoir de protester de toute son énergie contre cette injustice qui lui est faite en même temps qu'à toute la nation Serbe et de demander justice et réparation. Mais, si cet appel devait ne point trouver d'écho auprès des Puissances signataires du traité de Berlin, le Gouvernement de Son Altesse Royale demande qu'il ne lui soit refusée aucune compensation apte à rétablir l'équilibre politique et géographique si gravement compromis au détriment de la Principauté.

L. Tomanovitch.

Nr. 253. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Okt. 1908 Nr. 385 (eing. 13. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 1 von gestern. Ich werde heute die Angelegenheit der türkischen Protestnote bei Tewfik Pascha zur Sprache bringen und klarstellen. Soweit die Regierung in Frage kommt, glaube ich den Versicherungen Tewfik Paschas Vertrauen entgegen bringen zu können. Was hingegen die öffentliche Meinung, namentlich die jung-türkische anlangt, treten seit einigen Tagen sehr bedenkliche Symptome zum Vorschein. Die Erregung gegen die Monarchie wird täglich grösser. Hiebei ist besonders auffallend, dass Bulgarien bei den feindseligen

Demonstrationen keinerlei Rolle mehr spielt und sich alles gegen Österreich-Ungarn wendet. Die Boykottbewegung gegen unsere Waren und gegen Benützung unserer Lloydschiffe, die Haltung der Presse, ferner die aus der Provinz, namentlich aus Albanien kommenden Nachrichten bilden Belege dafür. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die jungtürkische Partei auf diese Weise die öffentliche Meinung von reaktionären Bestrebungen ablenken will. Unter diesen Umständen könnte meiner Ansicht nach eine eventuelle Verwicklung unsererseits mit Serbien, was die Türkei betrifft, vorläufig noch nicht absehbare Folgen haben. Gestern fand eine serbisch-montenegrinische Demonstration in Pera gegen Österreich-Ungarn vor der serbischen Gesandtschaft statt. Bemerkenswert ist auch die Tendenz der jungtürkischen Presse, die ungarische öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und gegen Österreich aufzutreten. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

Nr. 254. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Okt. 1908 Nr. 386 (eing. 12. U. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ich habe soeben eine längere Unterredung mit Kiamil Pascha gehabt. Der Grossvezier sagte mir, dass alle Mächte mit Ausnahme Österreich-Ungarns ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hätten, an einer Konferenz teilzunehmen. Alle meine Kollegen hätten ihm heute diesbezüglich eine Mitteilung gemacht. Er fügte hinzu, er hätte von mir eine ähnliche Kommunikation erwartet. Ich antwortete hierauf, dass, soviel ich weiß, die hohe Regierung nichts gegen die Idee der Konferenz einzuwenden hätte, vorausgesetzt, dass die Annexion Bosniens nicht diskutiert werde. Kiamil Pascha machte hierauf folgende Bemerkung: „Einige Ihrer Kollegen haben gemeint, es müssten die zwei Fragen, die bulgarische und die bosnische, auf das Programm der Konferenz gesetzt werden. Ich antwortete ihnen: „Meiner Ansicht nach sollte die bosnische Angelegenheit ganz ausgeschlossen und nur die bulgarische als einziger Programmpunkt aufgestellt werden.“ Ich sprach dem Grossvezier meine Anerkennung über diesen weisen Entschluss aus und sagte ihm, ich werde hierüber meiner Regierung berichten, worauf er einwarf, seine persönliche Ansicht sei aber noch nicht jene des Kabinetts. Meine Antwort auf diese Bemerkung lautete: Ich nehme Ihre Erklärung als vom Grossvezier kommandiert schon jetzt zur Kenntnis. Kiamil Pascha widersprach nicht. Auch aus den weiteren Auslassungen des Grossveziers konnte ich entnehmen, dass auch er, gleichwie Tewfik Pascha, den türkischen Protest gegen die Annexion nicht ernst nimmt und dass er sich mit dem fait accompli ausgesöhnt hat. Ich benützte diese Gelegenheit, um den Grossvezier von dem Boykott gegen unsere Waren und über die Presshetze gegen die Monarchie in sehr ernster Weise zu reden. Kiamil Pascha versprach mir, auf die öffentliche Meinung beruhigend einwirken zu wollen. Sowohl er, als auch der Minister des Äussern sprachen mit Entrüstung von den letzten Vorfällen in Cetinje und Antivari. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 19 Nr. 28. Vgl. n. 275.

Nr. 255. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Okt. 1908 Nr. 387 (eing. 12 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramm von gestern Nr. 383. Die Nachricht, laut welcher die Botschafter von Frankreich, England und Russland der Pforte heute eine Note übergeben sollten, ist nicht richtig. Mein italienischer Kollege teilt mir hingegen mit, dass sowohl er, als auch die Botschafter von England, Russland und Frankreich heute der Pforte erklärt hätten, ihre respektiven Regierungen würden die durch uns vorgenommenen Veränderungen solange als nicht zu Recht bestehend betrachten, bis sie nicht von allen Signatarmächten des Berliner Vertrages anerkannt worden wären. Baron Marschall sagte mir, er höre, der englische Vorschlag gehe jetzt dahin, als Programm für die Konferenz Kompensationen für die Türkei ausfindig zu machen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 262, 405, 439, 498, 780 Anm. d.

Nr. 256. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Okt. 1908 Nr. 388 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm von gestern Nr. 1. Tewfik Pascha wiederholte heute das, was er mir letzten Freitag sagte, nämlich dass die Antwort der Pforte auf unsere Note vom 6. d. M.^{a)} die mir am 9. d. M. zugestellte Note^{b)} war. Diese Note wurde den anderen Mächten in (Abschrift)^{c)} mitgeteilt. Wenn der türkische Geschäftsträger in Wien eine Protestnote übergeben hat, so könne es nur ein Irrtum seinerseits sein. Es wurde ihm bloss der Text der an mich gerichteten Note zu seiner eigenen Information mitgeteilt, nicht aber mit dem Auftrage, dieselbe dem k. u. k. Ministerium bekanntzugeben. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. Beilage zu n. 99. — ^{b)} Vgl. Beilage zu n. 225. — ^{c)} Chiffre fehlt.

Nr. 257. Tel. aus London, 12. Okt. 1908 Nr. 72 (eing. 12 U. m.).^{a)} Entziff.

Confidentiel. Reçu télégramme No. 1^{b)} de Budapest. Je viens de voir Monsieur Iswolsky; plein de récrimination contre Votre Excellence. Il estime que Votre Excellence a agi en dehors de l'accord qui, dans son idée, était toujours de présenter chaque modification à l'assentiment des Puissances. Monsieur Iswolsky déclare cependant être très désireux de ne pas envenimer nos relations et dans ce but il prie instamment Votre Excellence de s'abstenir de se référer publiquement à un accord avec la Russie ce qui l'obligerait à des rectifications publiques et officielles qui compliqueraient la situation. Il a le plus vif désir de trouver une issue de cette crise actuelle dans un sens amical. Il m'a répété continuellement qu'il s'efforçait ici de l'amener, que l'attitude de l'Angleterre était beaucoup plus intransigente que celle du gouvernement russe et qu'il voulait, dans les circonstances actuelles, éviter que l'Europe se divise en deux camps. Il répétait avec la plus grande instance qu'il ne veut nullement former un groupe avec l'Angleterre et la France qui serait dirigé contre l'Autriche-

Hongrie et l'Allemagne, comme il sait mieux que personne que les questions des Balkans ne peuvent être résolues que par un accord entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. Je l'ai laissé parler, me bornant à dire que je ne pouvais pas accepter tout ce qu'il disait, mais qu'à mon avis il ne s'agissait pas de récriminations mais de trouver une forme pratique pour la solution qu'il désirait. Il me répondit qu'il croyait qu'on la trouverait par une conférence et je lui ai parlé dans le sens du télégramme de Votre Excellence. Sa réponse était que si nous arrivions à une entente avec la Turquie, cela faciliterait évidemment mais que nous ne pouvions pas maintenir l'attitude intransigeante que les questions de Bosnie et du Sandjak ne concernaient que la Turquie et nous. Il développait avec beaucoup d'éloquence qu'il était contraire à la dignité d'une Grande Puissance et à celle de notre Auguste Souverain de tenir deux provinces sans la signature des puissances, comme l'avait fait la Bulgarie avec la Roumélie Orientale. A son avis, ce serait la mission de notre diplomatie de s'assurer avant la conférence de l'assentiment des autres puissances. Pour sa part, il ne nous ferait certainement pas de difficultés. Comme je revenais toujours à la question quel serait à son avis le programme d'une conférence, qui la proposerait, et comment ce projet se cristalliserait éventuellement, il me dit qu'il faudrait s'entendre et fixer les points dont elle s'occuperait. Il déclare hautement qu'il ne demande rien pour la Russie et qu'il ne serait pas question des détroits. Malgré tous ces griefs contre Votre Excellence dans sa conversation qu'il caractérisa lui-même de toute personnelle — pas comme ministre des affaires étrangères — il m'a prié de formuler ce que je télégraphierais à Votre Excellence d'une façon amicale et me répéta encore qu'il voulait éviter tout ce qui pourrait envenimer nos rapports. Herr Iswolsky, der auch viel davon sprach, wie sehr Euer Excellenz seine Stellung in Russland erschüttert hätten, scheint jetzt zu hoffen, dass vielleicht Deutschland eine vermittelnde Rolle für das Zustandekommen einer Konferenz übernehmen könnte. Er glaubt, dass hier und in Deutschland Geneigtheit bestände in dieser Hinsicht zusammen zu wirken. Ich war seit Freitag nicht im Foreign Office, wo ich voraussichtlich nur dasselbe wie damals hören würde. Es wäre aber vielleicht zweckmässig zu versuchen, mit Sir Edward Grey eine Konversation über etwaige Konferenz neuerlich aufzunehmen, wenn auch vorläufig nur als persönliche Anregung in meinem Bestreben, ein Terrain zur Verständigung zu finden. Hiezu wäre es sehr wichtig, einige Winke von Euer Excellenz darüber zu erhalten, nach welcher Richtung meine Bestrebungen sich bewegen sollten.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 276, 302; — b) Vom 11. Okt.

Nr. 258. Tel. aus Paris, 12. Okt. 1908 Nr. 36 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 2 aus Budapest. Ich hatte Herrn Iswolsky gegenüber den Standpunkt betont, dass Russland nicht in der Lage sei, seine Zustimmung zur Annexion an Bedingungen zu knüpfen oder zu verweigern und dass ich nach seiner Aussprache mit Euer Exzellenz mich über seine Rückhältigkeit wundern müsse. Bevor ich Wien verliess, erlaubte

ich mir Euer Exzellenz zu fragen, ob wir von Russland, Deutschland und Italien Widerstand zu gewärtigen hätten. Nachdem Euer Exzellenz mit Nein antworteten, hielt ich mich für ermächtigt, hier zu sagen, dass wir hofften, die drei Mächte seien nicht gegen uns. Die Siècle-Meldung gieng viel weiter, als meine Aussprache; ich hatte gesagt, dass man für die Türkei moralische Satisfaktionen auf gewissen Gebieten finden könne und zählte solche exemplifikativ auf. Habe heute in mehreren Blättern rektifizieren lassen. Für uns habe ich bisher teils mit, teils ohne Geld gesichert: Eclair, Gaulois, Figaro, Siècle, Temps, Radical, Petit Parisien und Echo de Paris. Gegen uns schreiben nur Débats, Matin und im Journal ehemaliger Minister Hanotaux. Gleichlautend Budapest. Khevenhüller.

Nr. 259. Tel. nach Rom; Budapest, 12. Okt. 1908 Nr. 2 (chiffre. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme bis inclusive No. 148. Eine Anregung wegen Zusammentrittes einer Konferenz ist bis jetzt nicht an mich gelangt; was meine Stellung zu diesem Gedanken betrifft, so bin ich nicht grundsätzlich gegen dieselbe, wohl müßte aber dem Zusammenritte der Konferenz eine präzise Formulirung des Programmes vorausgehen. Wir könnten nicht zugeben, daß die Pforte an die Konferenz mit einem neuerlichen Proteste herantrete und daß das fait accompli der Annexion zum Gegenstande der Discussion gemacht werde. Wir stehen bekanntlich auf dem Standpunkte, daß die Erstreckung der Souveränität Seiner k. und k. Apostolischen Majestät auf Bosnien und die Räumung des Sandžaks Angelegenheiten sind, die zwischen uns und der Türkei zu regeln sind. Die Voraussetzung der Konferenz wäre also ein Einvernehmen zwischen uns und der Türkei, worauf dann von der Konferenz der Art. XXV des Berliner Vertrages abrogirt würde. Erhalte soeben Euer Exzellenz Telegramme No. 149 und 150. Ich werde mir selbstredend angelegen sein lassen, alles zu vermeiden, was die Stellung Herrn Tittonis der öffentlichen Meinung Italiens gegenüber erschweren könnte und mir die Rücksicht auf ihn immer vor Augen halten. Ich habe, wie Euer Exzellenz bekannt, im Exposé nur darauf hingewiesen, daß das mit Italien bereits bestehende Übereinkommen in ähnlicher Weise, wie das mit Rußland ausgestaltet wurde, so daß man wohl berechtigt sei, von einer gleichen Auffassung der drei Mächte über die dortige Lage zu sprechen. Ebenso habe ich mich vorgestern in einer weiteren Rede in den Delegationen darauf beschränkt, zu sagen, daß zwischen uns, Italien und Rußland über die möglichen Eventualitäten am Balkan — also auch die Annexion Bosniens und der Herzegovina — eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt habe. Herr Tscharykoff hat sich mit dieser Erklärung — die übrigens in einer vertraulichen Sitzung geschah und der Presse nicht mitgetheilt wurde — ausdrücklich einverstanden erklärt. Was Herrn Tittoni betrifft, so glaube ich bei der Abgabe einer solchen Erklärung ganz in seinem Sinne zu handeln, indem mir ja der Herr Minister in seinem Privatschreiben vom 4. d. M. und durch Herzog von Avarna geradezu den Wunsch ausgedrückt hatte,

sich seinerseits auf einen accord préalable zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Rußland berufen zu können; er hat mir bekanntlich zugleich die Punkte desselben mitgetheilt, die ich auch sofort annahm. Ich glaube, daß eine Berufung Herrn Tittonis auf diese Entente ihm auch gegenüber der öffentlichen Meinung Italiens eine starke Stellung geben müßte; er könnte hier speciell auf unsere Aufgabe des Sandžaks und darauf hinweisen, daß wir gerade mit Rücksicht auf Italien uns bereit gefunden hätten, eine Modification gewisser Bestimmungen des Art. XXIX des Berliner Vertrages principiell zuzugestehen. Ich begreife, daß Herr Tittoni mit Rücksicht auf den Eindruck in Italien eine Ablehnung der englischen Anregung betreffs der in Constantinopel abzugebenden Erklärung für bedenklich halten würde. Gegen die von Herrn Tittoni beabsichtigte Formulierung „que le Gouvernement du Roi est d'avis que le traité de Berlin ne peut subir des modifications sans un accord avec les Puissances signataires“ habe ich keine Bedenken, wenn derselben der Nachsatz hinzugefügt wäre: „Le Gouvernement du Roi est entré en pourparlers avec les Cabinets pour amener cet accord“; dieser Zusatz, der mir willkommen wäre, dürfte auch Herrn Tittoni entsprechen, da in demselben ein Hinweis auf die oberwähnte entente à trois enthalten ist. Dieser Zusatz hätte den weiteren Vortheil, daß aus demselben eine Initiative der königlichen Regierung entnommen werden könnte, was in Italien sicherlich guten Eindruck machen würde. Was die Bemerkung Herrn Tittonis über die von Paris aus betriebene intensive, gegen den Dreibund gerichtete Agitation anbelangt, so möchte ich dem entgegenhalten, daß die französische Regierung nicht nur auf Serbien in dankenswerter Weise beruhigend eingewirkt hat, sondern mir eigens mittheilen ließ, daß es ihr ferne liege, Österreich-Ungarn Verlegenheiten zu bereiten, daß sie uns im Gegentheile gerne gefällig sein wolle. Auch die Haltung der französischen Presse ist jetzt eine maßvolle zu nennen.

Aehrenthal.

a) Gleichzeitig unter Nr. 4 nach Berlin zur streng vertraulichen Verwertung gegenüber der deutschen Regierung mitgeteilt. Vgl. auch n. 261, 262, 270.

Nr. 260. Tel. nach Rom; Budapest, 12. Okt. 1908 Nr. 3 (Datum der Chiffr. nicht angegeben). Abschrift.

Bezug auf Telegramm Nr. 151. Ich veranlasse gleichzeitig die Veröffentlichung eines aus Rom datierten Telegrammes in der Neuen Freien Presse, worin auf die französische Campagne zur Verhetzung der italienischen Presse hingewiesen wird und lasse hievon Herrn von Tschirschky mit dem Bemerkten in Kenntniss setzen, dass es erwünscht wäre, wenn die deutsche Presse im gleichen Sinne orientiert würde.

Nr. 261. Tel. nach Rom; Budapest, 12. Okt. 1908 Nr. 4 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Zu meinem heutigen Telegramme Nr. 2. In meiner zuversichtlichen Auffassung der Situation und in meiner Anschauung über die Vereinbarungen in Buchlau und Desio werde ich durch eine eben erhaltene

Meldung des Grafen Berchtold bestärkt. Derselbe theilt mir eine ihm von Herrn Tscharykoff zur Verfügung gestellte geheime Depesche Herrn Iswolskys an den Adjoint mit, die folgenden Wortlaut hat: ... wie n. 248 von „*Nous sommes*“ bis „*surgir*“ ... Euer Exzellenz können von Vorstehendem Herrn Tittoni eine streng vertrauliche Mittheilung machen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 270.

Nr. 262. Tel. aus Rom, 12. Okt. 1908 Nr. 150 (eing. 4 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich hatte heute nicht weniger als vier Unterredungen mit Herrn Tittoni. Derselbe hat heute ein Telegramm des Marquis San Giuliano erhalten, wonach englische Regierung in Konstantinopel Erklärungen abgeben werde, sie könne die jüngsten Veränderungen erst dann als rechtsgiltig anerkennen, wenn sämmtliche Signatarmächte zugestimmt hätten. San Giuliano empfiehlt Tittoni dringendst, der Aufforderung Sir Edward Greys, sich diesem Schritte anzuschliessen, Folge zu leisten, da andernfalls die gesammte öffentliche Meinung Englands sich gegen ihn erheben würde. Der contre-coup auf die öffentliche Meinung hier sei unausweichlich und werde das Schicksal des Ministers besiegeln. Selbstverständlich habe ich Herrn Tittoni auf den höchst ungünstigen Eindruck aufmerksam gemacht, den ein derartiger Schritt Italiens bei uns hervorrufen müsse. Er bat mich, Euer Exzellenz vorzuhalten, dass er sich in einer absoluten Zwangslage befinde; die Ablehnung der englischen Aufforderung sei gleichbedeutend mit seiner sofortigen Demissionierung. Letzteres halte ich, wie die Stimmung heute ist, für absolut richtig. Er wird eine möglichst unverfängliche Textierung wählen und zwar in dem Sinne: „que le gouvernement du Roi est d'avis que le traité de Berlin ne peut subir des modifications sans un accord avec les puissances signataires.“ Ich habe nicht weiter insistiert, da es ganz zwecklos gewesen wäre. Er sagte selbst: „si le Baron Aehrenthal préfère que je donne dès à présent ma démission, je suis prêt à le faire.“ In einem streng geheimen Telegramm berichtet Marquis San Giuliano weiters, die Animosität der englischen Regierung gegen uns sei eine derartige, dass selbst Herr Iswolsky sich bemüht habe, beruhigend einzuwirken, en leur demandant de réfléchir jusqu'où leur attitude actuelle pourrait finalement mener. Gleichlautend Budapest.

Lützow.

a) Vgl. n. 255, 259, 263 Anm. a, 625.

Nr. 263. Tel. aus Rom, (12.)^{a)} Okt. 1908 Nr. 151 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).^{b)} Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 149. Es wäre dem Minister des Äussern erwünscht, wenn die in unverfrorenster Weise und mit grossen Geldmitteln betriebene französische Campagne zur Verhetzung der italienischen Presse in einem österreichischen oder deutschen Journal signalisiert würde. Sie arbeite, wie gesagt, direkt auf Sprengung des Dreibundes, und sei es ihr gelungen, selbst das Regierungsblatt Popolo Romano zu bestechen. Eine öffentliche Signalisierung des Vorgehens werde erstens die deutsche

Regierung aus ihrer Gleichgültigkeit aufwecken, anderseits in Paris zur Vorsicht mahnen. Ich bitte Euer Excellenz um Drahtnachricht über das Verfügte. Gleichlautend Budapest. Lützow.

a) Die Entziff. des vorstehenden Tel. Nr. 151 trägt das Datum: 11. Okt., aufg. 1 U. 20 M. a. m., eing. am 12. Okt. 9 U. a. m.; das Tel. Nr. 150 ist datiert vom 12. Okt., aufg. 1 U. 20 M. a. m., eing. 4 U. a. m. Das Datum des Tel. Nr. 151 muß also wohl mit 12. Okt. angesetzt werden. — b) Vgl. n. 250, 260, 264.

Nr. 264. Bericht aus Rom, 12. Okt. 1908 Nr. 46 C (eing. 14. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Die Idee, die französischen Pressmachinationen (Telegramme No. 149 und No. 151) an die Öffentlichkeit zu bringen, gieng von mir aus, wurde aber von Herrn Tittoni begierig aufgenommen, und hofft derselbe sehr, dass Euere Excellenz Mittel und Wege finden lassen werden, dieselbe zu realisiren. Dies zu thun, scheint mir für uns von unzweideutigem politischen Interesse. Mit Rücksicht auf mögliche oder sogar wahrscheinliche Indiskretionen habe ich nicht geglaubt von hier aus Etwas in der Sache zu veranlassen. Tittoni sagt mir, Giolitti sei furieux de cette campagne, deren Endzweck sei, die beiden Minister zu entzweien, Italien gegen uns zu verhetzen, den Irredentismus zu galvanisiren, das Cabinet zu stürzen und Italien ganz in die englisch-französisch-russische Gruppe hinüberzulocken. Der Plan ist nicht übel ausgedacht, ich sehe keine andere Remedur als die Intrigue aufzudecken und der Öffentlichkeit preiszugeben. Was hier im Wege der Inhibirung von Telegrammen geschehen konnte, um dem Umfuge zu steuern, ist geschehen; Tittoni sagt mir alle Telegramme an französische Zeitungen würden jetzt der Censur vorgelegt! Der Comble wurde erreicht, als der vom Minister-Präsidium und der Consulta subventionirte Popolo Romano plötzlich umsattelte und in dem beiliegenden Artikel^{a)} zwischen den beiden Ministern Zwist zu säen trachtete, — durch Devalvirung unserer Concessionen rücksichtlich des Artikels 29. Der Chefredacteur, ad audiendum verbum citirt, liess sich entschuldigen — er habe abreisen müssen! Dies beweist — meint mit Recht Tittoni — über welche Fonds die französische Botschaft verfügen müsse, denn — wie das Blatt vorhersehen konnte — wurden die italienischen Subventionen sofort sistirt! Ich habe heute den Deutschen Geschäftsträger zu mir gebeten und ihm bezüglich dieser Presscampagne, von deren Existenz er keine Ahnung hatte, einen Floh ins Ohr gesetzt! Lützow.

a) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 265. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 13. Okt. 1908 Nr. 61 A (eing. 16. Okt.). Ausfert.

Die Strassen-Demonstrationen in Belgrad haben so ziemlich aufgehört. Wie die Mehrzahl derselben von der Pašić-Partei und berufsmässigen Agitatoren inszenirt waren, so wurden sie auch mit einem mot d'ordre vorläufig eingestellt. Die Frage, was die Zukunft bringen wird, ist noch nicht gelöst. Das einstimmige Vertrauens-Votum, das die Skupchtina gestern

der Regierung votirt hat, gestattet nicht, mit Sicherheit auf Friedensliebe des Parlamentes zu schliessen. Dieses Votum erfolgte nach einer geheimen Beratung, in welcher die Stellungnahme der Abgeordneten für den Frieden durch Erwecken falscher Hoffnungen erzielt wurde. Der Minister des Äussern stellte Hülfe seitens einzelner Grossmächte bei der bevorstehenden Revision des Berliner Vertrages in Aussicht und verwies auf günstigere Kriegs-Chancen, wenn alle Kriegs-Vorbereitungen in Ruhe getroffen werden und der Anschluss an Montenegro gefunden werden kann. Die Haltung der bauerlichen Abgeordneten unterscheidet sich nur wenig von jener der städtischen; um was die Ersteren friedliebender sind, unterliegen sie auch leichter dem Einfluss der Agitatoren und Unruhestifter. Übereinstimmend lauten alle mir zugekommenen Nachrichten dahin, dass Pašić und sein Anhang ihr Programm „Kampf gegen Österreich-Ungarn, auch mit den Waffen“ nicht aufgeben haben. Sie können es auch nicht. Ihre Partei würde nicht lebensfähig bleiben, wenn sie nicht das Äusserste zu wagen bereit ist. Auch im Falle, dass ein Krieg nur Verluste und nirgends Gewinn bringen würde, wäre das Fiasco der Partei ein geringeres als im Falle des Programm-Wechsels. Die Stärke der Pašić-Gruppe liegt in dem von ihr geübten Terrorismus und in den kritiklosen serbischen Volksmassen, die ausschliesslich von Schlagworten beherrscht werden. König Peter hat sich bald für, bald gegen den Krieg geäussert, je nach seinen Zuhörern. Seine Entschlüsse sind nur von den Interessen seiner Dynastie diktirt. Ist die Fortdauer der Herrschaft der Karageorgevitche durch einen Krieg weniger gefährdet, als durch sich ins Unvermeidliche fügen, so wird der Abenteuerer-Sinn des serbischen Herrschers die erstere Eventualität wählen. Die Partei Pašić und die ungefestigte Stellung der Dynastie lassen die Zukunft unsicher scheinen. Dem gegenüber giebt das Verhalten der derzeitigen Regierung keine Garantie. Während in früheren Jahren die serbische Armee in dieser Jahreszeit nur einen Stand von circa 10.000 Mann aufwies, wird er jetzt auf 50.000 erhöht. Und um noch eine bedeutend grössere Zahl von ausgebildeten Soldaten zur Verfügung zu haben, werden die Reservisten nur für kurze Zeit einberufen, dann entlassen und durch andere ersetzt. Die 16 Millionen Dinar, die gestern für den Kriegsminister vom Finanzausschuss der Skupchtina gefordert wurden, sind laut Antrag für Ankauf von Munition, Gewehrläufen, für Bekleidungszwecke und Beschaffung von Verpflegungsartikeln bestimmt. Es verlautet, dass noch weitere Zuwendungen an den Kriegsminister erfolgen sollen, dass die Gesamt-Summe in Teilbeträgen angesprochen werden wird, um Aufsehen zu vermeiden. Diese Kriegsvorbereitungen können auch bezeichnet werden als ein Nachholen von Versäumnissen. Das serbische Heer soll so weit gebracht werden, dass es den Namen einer gerüsteten Armee verdient. Tatsächlich wird aber die militärische Kraft des Landes wesentlich erhöht. Für die Zukunft kann mit Sicherheit nur Eines erwartet werden: Der Tag, an dem auch die letzten bosnischen Träume an der realen Wahrheit zerschellen. Der Aufschub der endgültigen Klärung ist allen Parteien in Serbien willkommen; den einen, um den Krieg der Banden und der Armee bis ins letzte Detail vorzubereiten, den anderen, um auf friedlichem Wege Kompensationen für Phantasieverluste zu erwirken.

Von England und Italien wurden solche hier in Aussicht gestellt, vermutlich auch von anderen Mächten. Herr Milovanović scheint nun tatsächlich noch nicht zu wissen, welche Kompensationen die Regierung fordern soll. Wenn aber solche überhaupt bewilligt werden, so ist es doch sicher, dass sie hier nie als vollwertiger Ersatz für bosnische Träume anerkannt werden würden. Der Tag der definitiven Ernüchterung wird zeigen, ob die Partei Pašić stark genug sein wird, um König und Land zu Aktionen hinzureissen; beginnen würden sie durch Auftauchen von Banden und terroristische Attentate in den neuen Provinzen der Monarchie. Die gerüstete serbische Armee würde den Rückhalt bilden und — wie man hofft — tatkräftige Unterstützung durch Montenegro und die Türkei finden. Würde nüchterne Erwägung gegenüber dem Terrorismus des Pašić und seiner Gesinnungsgenossen eine Rolle spielen, so müsste hier erkannt werden, dass zu einem späteren Zeitpunkt die militärischen Chancen Serbiens relativ grössere, die politischen aber noch geringere sein werden als jetzt. Heute würde bei einem Krieg der Monarchie mit diesem Lande von Übelwollenden die letzte Ursache der Friedensstörung in der Annexion unserer neuen Provinzen gesucht werden; später, wenn sich die Grossmächte über Berechtigung oder Nicht-Berechtigung von serbischen Kompensations-Forderungen geeinigt haben werden, wäre die Hülfe einer Grossmacht gegen Österreich-Ungarn noch weniger zu erwarten. Der Krieg ist für den Moment vermieden, und giebt dieser Erfolg der auswärtigen Politik der Monarchie ihr ja für spätere Zeiten völlige Aktionsfreiheit gegenüber Serbien, und die Aussicht auf Lokalisierung eines Krieges. Ob der Tag der definitiven Ernüchterung in Serbien den Krieg bringt, oder ob er nur neue Erschütterungen in der inneren Geschichte des Landes zur Folge haben wird, lässt sich in diesem anarchistisch-sozialistischen Staatsgebilde, das sich Monarchie nennt, nicht voraussagen.

Franz.

Postscriptum: Soeben erfahre ich, dass für morgen wieder grössere Demonstrationen angesagt sind.

Franz.

*Nr. 266. Tel. aus Berlin, 13. Okt. 1908 Nr. 182 (eing. 11 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Vertraulich. Mit dem Reichskanzler der gestern von Norderney zurückgekehrt ist, hatte ich heute eine lange Unterredung. Fürst Bülow begann damit, mir zu sagen, dass er nach einem eingehenden Gespräche, welches er gestern mit Kaiser Wilhelm hatte, konstatieren konnte, dass die Auffassung Seiner Majestät über die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene internationale Lage vollkommen mit der seinigen übereinstimme. Vor allem bemerkte er, Kaiser Wilhelm sei insbesondere durch den Umstand etwas verstimmt gewesen, dass die Übergabe des Allerhöchsten Handschreibens an Höchstdenselben zwei Tage später erfolgte, als an den Präsidenten der französischen Republik. Nach der Aussprache jedoch, die Seine Majestät mit mir in Rominten hatte, sei diese Verstimmung vollkommen gewichen. Deutscherseits habe man weder die Veranlassung noch die Neigung, das Vorgehen Österreich-Ungarns in der Frage der

Annexion zu kritisieren; man habe den festen Willen, unbedingt an unserer Seite zu stehen und zu bleiben. Unser Allergnädigster Herr, dies wiederholte der Fürst mehrmals, könne in die unerschütterliche Bundestreue Kaiser Wilhelms das festeste Vertrauen setzen. Sollten aus der jetzigen Situation Schwierigkeiten oder Komplikationen entstehen, so dürfe Österreich-Ungarn in jeder Beziehung auf Deutschland rechnen. Übrigens glaubt er, der Reichskanzler, dass bedeutende Verwicklungen nicht zu befürchten seien. Rußland könne keinen Krieg heraufbeschwören; England und Frankreich würden wegen der orientalischen Frage sich gewiss auf keine kriegerischen Unternehmen einlassen. Die Türkei werde sich mit Protest begnügen und man könne doch nicht annehmen, dass wegen serbischer oder montenegrinischer Ungezogenheiten der Weltfriede gefährdet werden würde. Baron Marschall habe den bündigsten Auftrag erhalten, auf die türkische Regierung beruhigend einzuwirken und ihr vorzuhalten, dass die Türkei gegen ihr eigenes Interesse handeln würde, wenn sie sich in den Verlust der bosnischen Vilajete nicht ruhig hineinfinden würde, zumal diese Provinzen ihr schon seit dreißig Jahren de facto verloren gegangen sind und es sich daher jetzt nur um den Verlust einer Scheinsouveränität handle. Streng vertraulich fügte Fürst Bülow hinzu, dass er gegen den Zusammentritt einer Konferenz sehr schwere Bedenken hege. Er werde in dieser Beziehung von Herrn Iswolsky mit Telegrammen bombardiert und zu einer Vermittlerrolle aufgefordert. Dem gegenüber lege er sich die grösste Zurückhaltung auf, da er befürchte, dass in einer Konferenz auch solche Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden, welche Deutschland und Österreich-Ungarn unwillkommen sein könnten. Die voraussichtliche Gruppierung der Mächte in einer solchen Konferenz — Rußland, England, Frankreich und möglicherweise auch Italien — wäre uns jedenfalls sehr unangenehm und a priori würden wir einer Überstimmung ausgesetzt sein. Deutschland könnte nur unter der Bedingung auf der Konferenz erscheinen, wenn früher durch einen Meinungsaustausch zwischen allen Kabinetten über sämtliche Fragen, die auf der Konferenz besprochen werden sollten, eine vollständige Übereinstimmung hergestellt werden könnte. In keinem Falle dürfte das *fait accompli* der Annexion Bosniens und der Herzegowina zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden, da dies mit der Würde der Habsburger Monarchie und mit der durch dringende Notwendigkeit begründeten Entschliessung Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät nicht vereinbar wäre. Zum Schlusse kam Reichskanzler auf die Unabhängigkeit Bulgariens zu sprechen und sagte mir, dass nach seiner Meinung die seinerzeitige Anerkennung derselben nicht nur von der Regelung der Eisenbahnfrage, sondern auch noch von anderen Bedingungen und Kompensationen für die Türkei abhängig gemacht werden müsse. Fürst Bülow ersucht mich, Euer Exzellenz seine freundschaftlichen Grüsse zu übermitteln; seine obgedachten Darlegungen — so fügte Reichskanzler bei — enthielten zwar schon im Grossen und Ganzen die Beantwortung des hochinteressanten letzten Schreibens Euer Exzellenz,^{b)} doch werde er nicht ermangeln, dasselbe, sobald er Zeit finde, zu beantworten. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 281. — b) n. 89.

*Nr. 267. Tel. aus Cetinje, 13. Okt. 1908 Nr. 74 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Fürst Nikolaus äusserte sich Herrn von Jurystowski gegenüber, er fühle sich hauptsächlich dadurch, dass man ihn erst von der vollzogenen Tatsache verständigt habe, verletzt und empfinde besonders die ihm in einer für das Vaterland so schmerzvollen Zeit in Aussicht gestellte materielle Unterstützung verletzend, worauf ihm erwidert wurde, dass man hiemit ja nur den öfters von ihm geäusserten Wünschen entgegenkommen wollte. Seine königliche Hoheit kam sodann auf territoriale Kompensationen zu sprechen und meinte, er verstehe, dass solche jetzt nicht gegeben werden können, dass er sich aber mit einem Versprechen begnügen würde. Aus den vorstehenden Mitteilungen wie aus Äusserungen des Fürsten meinem deutschen Kollegen gegenüber glaube ich schliessen zu können, dass es sich dem Fürsten in erster Linie um eine Genugtuung für seine gekränkte Eitelkeit handelt (Empfang des Fürsten von Bulgarien in Budapest dürfte mitwirken). Eine solche würde er in einem offziellem Empfange durch Seine Majestät den Kaiser und König, Allerhöchstwelchem er sein Anliegen direkt vorbringen möchte, erblicken. Auch der Erbprinz liess mich wissen, dass er sich sehr gerne nach Wien begeben würde und sich den besten Erfolg von seiner Aussprache mit Euer Excellenz verspreche. Da bei der Abneigung des Fürsten gegen ein Geldgeschenk im gegenwärtigen Augenblicke ich vorläufig mit der Ausführung der bezüglichlichen hohen Weisung zuwarten zu sollen glaube, bitte ich Euer Excellenz mich wissen zu lassen, ob ich gelegentlich auf die Idee eines offziellen Empfanges des Fürsten in Budapest nach vorheriger Feststellung des seitens desselben vorzubringenden Anliegens in sonderender Weise eingehen darf. Gleichlautend Budapest. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 223, 282.

*Nr. 268. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 13. Okt. 1908 Nr. 3
(chiffr. 11 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Aus der von Euer Exzellenz gemeldeten Sprache des Ministers des Äußern konnte man den Eindruck gewinnen, daß die Pforte beginne, sich mit dem fait accompli der Annexion abzufinden. Im Gegensatz zu diesem anscheinend günstigen Symptom stehen einige Tatsachen der allerletzten Zeit: so die Boykottbewegung und die zahlreichen in den Provinzen veranstalteten Protest-Meetings, welche nach den Meldungen unserer Konsuln auf ein mot d'ordre, sei es des Zentral-Komitees, sei es der Regierung, zurückzuführen sind. Es scheint mir notwendig, daß Euer Exzellenz in eindringlicher Weise die Pforte darauf aufmerksam machen, daß eine solche Einwirkung der maßgebenden Kreise die Erregung in gefährlicher Weise steigern und die Beziehungen zwischen der Monarchie und der Türkei dauernd verschlechtern müßte, eine Konsequenz, die gewiß nicht im Interesse der Türkei liegt. Daß wir im gegenwärtigen Momente zur Annexion schreiten mußten, ergab sich mit Notwendigkeit aus der innerpolitischen Situation in Bosnien und der Herzegowina, daß wir aber gleichzeitig auch auf die Interessen der Türkei die vollste Rücksicht nahmen und unsere

Freundschaft für dieselbe keinen Abbruch erlitten hat, geht aus der gleichzeitigen Cession des Sandschaks hervor; unser Verzicht auf dieses Gebiet ist in den Beziehungen der Mächte zur Türkei eine singuläre Erscheinung; wir hoffen, daß dies von der Türkei in Bälde voll verstanden werden wird. Wir sind aufrichtig gewillt, in unseren Beziehungen zur Türkei das alte freundschaftliche Verhältnis so rasch als möglich wiederherzustellen und die mit der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina sowie der Räumung des Sandschaks zusammenhängenden Fragen im vollen Einvernehmen mit ihr zu regeln. Dieses Einvernehmen ist die selbstverständliche Voraussetzung unter der allein wir uns an der Konferenz beteiligen könnten, deren Zusammentritt in der letzten Zeit so vielfach ventiliert wird; wir könnten nämlich nicht zugeben, daß die Türkei auf dieser Konferenz, sei es neuerlich mit einem Proteste hervortrete oder auch nur die Frage der Annexion zur Diskussion stelle. Die Tätigkeit der Konferenz würde sich in diesem Belange darauf beschränken, unser Einvernehmen mit der Türkei zu konstatieren und den Artikel XXV des Berliner Vertrages zu abrogieren. Gelegentlich der vorstehenden Mitteilungen wollen Euer Exzellenz den türkischen Ministern gegenüber besonders hervorheben, daß wir nach Bereinigung der jüngst eingetretenen bloß formalen Veränderungen, die den türkischen Machtbesitz nicht betroffen hätten, alles Interesse daran haben würden, den faktischen Besitzstand der Türkei zu erhalten. Aehrenthal.

P. S. Erhalte eben Ihre interessante Berichterstattung vom 9. l. Mts.^{b)} und ersehe aus derselben, daß auch Ihnen der Gedanke vorschwebt, der Türkei gegenüber unser Interesse an der Erhaltung ihres faktischen Besitzstandes zu betonen. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 20 Nr. 29. Vgl. n. 275, 285, 286. — ^{b)} Vgl. n. 211, 212.

Nr. 269. Tel. aus London, 13. Okt. 1908 Nr. 75 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eben mit französischem Botschafter gesprochen, der mir keinen Zweifel darüber liess, dass Herr Iswolsky hier mit Sir. E. Grey über die Meerengenfrage konferiere und dass dieselbe Gegenstand der eventuellen Konferenz sein dürfte (im Gegensatz zu Iswolskys Äusserungen mir gegenüber). Über die Lage sprechend, erklärte Herr Cambon eine Konferenz als die einzige Möglichkeit, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. „Mais si l'Autriche-Hongrie posait comme condition que la Bosnie ne soit pas même nommée, la conférence deviendrait impossible. N'importe quelle interprétation vous mettez au traité de Berlin, il n'en reste pas moins sûr que la question de la Bosnie et du sandjak font partie d'un traité signé par toutes les puissances. Pour rester dans son rôle de puissance qu'on considère comme une des bases de la stabilité européenne, l'Autriche-Hongrie doit avoir la ratification des puissances. Vous pourriez vous arranger d'avance avec tous les gouvernements pour qu'il n'y eût aucune discussion, mais une sanction quelconque des puissances signataires est indispensable. Personne ne songe à revenir à ce qui a été fait“. M. Cambon parla même — mais comme d'une éventualité qu'il écartait — de la possibilité d'une conférence sans

l'Autriche-Hongrie, si nous adoptions une attitude tout-à-fait intransigeante. Pour ce qui est des détroits, il me dit que M. Iswolsky en causait avec Sir E. Grey, M. Cambon ne croit pas improbable qu'on arrive à s'entendre en faisant certaines conditions. Il semblait croire qu'on n'était pas tout-à-fait opposé ici à un arrangement qui devrait faire partie de la conférence. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 287.

Nr. 270. Tel. aus Rom, 13. Okt. 1908 Nr. 152 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Reçu télégramme No. 2. a) M. Tittoni serait heureux, si Votre Excellence arrivait à un accord préalable avec la Turquie avant réunion de la conférence, ce qui faciliterait beaucoup la position du gouvernement italien, auquel l'opposition ne pourrait plus reprocher d'être le bourreau de la liberté en Turquie. Il recommandera vivement cette solution à l'Ambassadeur de Turquie. En s'associant à la démarche anglaise à Constantinople, Tittoni ajoutera les paroles suggérées par Votre Excellence dont il attend un bon effet. Je lui ai donné connaissance confidentielle du contenu de votre télégramme No. 4, dont il éprouvait vive satisfaction. Position du ministre reste difficile, pour ne pas dire compromise; j'en réfère dans un télégramme suivant. Lützow.

a) Budapest, 12. Okt. 1908.

Nr. 271. Tel. aus Rom, 13. Okt. 1908 Nr. 153 (eing. 11 U. 20 M.p. m.).^a) Entziff.

Auffassung des Ministers des Äussern über seine Lage ist die folgende: Die Opposition, und an ihrer Spitze Herr Sonnino, schreckt vor keinen, selbst den politisch gefährlichsten Mitteln zurück, um ihn zu stürzen, alle Leidenschaften würden aufgewühlt, jede persönliche Rancune ausgenützt, ja man liebäugle schon sichtlich mit dem Irredentismus. Herrn Giolittis persönliche Autorität, verbunden mit der Nähe der Wahlen, würde der Regierung bei einer Abstimmung wahrscheinlich noch die Majorität sichern, aber seine, Herrn Tittonis Autorität, sei dahin, seine Demission nur eine Frage der Zeit. Sein Rücktritt sei gleichgiltig, aber mit ihm falle auch seine Direktive in der auswärtigen Politik. Die Ursache seines Sturzes tracierte deutlich seinem Nachfolger die einzuschlagende Bahn vor. Was er angestrebt und nahezu erreicht habe: enges, auf wirkliches Vertrauen basierendes Zusammengehen mit Österreich-Ungarn sei wieder in weite Ferne gerückt. Auf Jahre hinaus werde die Politik Italiens uns gegenüber die Spuren der Ereignisse der vorigen Woche tragen; auch wenn er am Ruder bliebe, würde ihm die öffentliche Meinung nicht gestatten, auf der bisherigen Bahn zu verharren, stetes Misstrauen würde jeden seiner Schritte Österreich-Ungarn gegenüber begleiten. Er sagte: Le moment est critique et décisif pour les relations entre les deux pays pendant les années à venir. Seul un mouvement spontané de générosité éclairé de Sa Majesté l'Empereur peut sauver la situation, un mouvement qui irait droit au cœur de toutes nos populations, qui les ferait vibrer de joyeuse reconnaissance. „Croyez-Vous, par exemple, qu'il soit possible que Sa Majesté l'Empereur et Roi par un acte de grâce

spontané accorde l'université italienne à Trente? L'effet en serait prodigieux dans tout le pays. J'admets que peut-être cela peut causer quelque discussion dans vos chambres, quelques moments d'ennui pour la Présidence du Conseil, mais est-ce que les rapports avec l'Italie, le fruit de tant d'années de travail, ne valent pas un ennui passer? Ne me suis-je pas exposé moi à bien des difficultés intérieures dans le même but? Je ne vous parle pas de Trieste — je sais que la chose est impossible — mais la population du Trentin est dévouée à l'Empereur, ce qu'elle déteste, ce sont les Pangermanistes, mais elle est fidèle et attachée au sceptre Impérial. Ne croyez pas que je plaide ma cause à moi; je suis indépendant et je n'en vivrai que plus longtemps pour avoir quitté la Consulta; il ne s'agit pas de moi, mais de l'avenir des deux pays.“ Ich habe ihm versprochen, dass seine Worte zur Allerhöchsten Kenntnis gelangen würden, und habe nicht unterlassen, ihn auf die grossen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die sich der Erfüllung seines Wunsches entgegen stellten. Was er über die zukünftigen Beziehungen sagt, ist im wesentlichen richtig, zumal sich die Opposition durch ihre jetzige Campaigne bis zu einem gewissen Grade selbst die Hände gebunden hat. Andererseits frage ich mich, ob Herr Tittoni — obzwar er seine Landsleute besser kennen muss als ich — nicht vielleicht die Wirkung des angestrebten Aktes etwas überschätzt in einer so verfahrenen Lage wie der gegenwärtigen. Wenn unsere inneren Verhältnisse ohne allzu grosses Risiko es gestatten, schiene mir der Gedanke nicht a limine abzuweisen; eine absolute Garantie für den Erfolg möchte ich nicht übernehmen. Falls Euer Exzellenz mündlichen Bericht über die Situation wünschten, könnte ich mich (die gesammte römische Gesellschaft noch abwesend) ohne dass es auffallen würde, auf einige Tage absentieren. Wenn Tittonis Idee von vorne herein aussichtslos, wäre Reise selbstverständlich zwecklos. Gleichlautend Budapest. Lützow.

a) Vgl. n. 414, 458.

Nr. 272. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 14. Okt. 1908 Nr. 98 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).

Erhalten Telegramm des Herrn Botschafters vom 11. I. M. No. 177. Von dem Versprechen Herrn von Schöns auf die deutsche Presse zu Gunsten einer freundlicheren Haltung uns gegenüber in der Angelegenheit der Annexion einzuwirken, nehme ich dankend Akt, muss jedoch bemerken, dass ausser der „Kölnischen Zeitung“ auch die officiöse Norddeutsche Allgemeine einen nur wenig freundlichen Artikel gebracht hat. In diesem Artikel ist unter Anderem gesagt, dass die deutsche Regierung einen anderen modus procedendi bei der Annexion gewünscht hätte; Herr von Schön dürfte sich erinnern, dass er sich in Berchtesgaden, — als ich ihm meine Absichten darlegte^{a)} — mit denselben ausdrücklich einverstanden erklärte. Ich darf wohl der Zuversicht Ausdruck geben, dass es der freundschaftlichen Bemühung des Herrn Staatssekretärs gelingen dürfte ähnliche unliebsame Auslassungen, die im Ausland irre machen könnten, in Zukunft zu verhindern. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 71.

Nr. 273. Privatschreiben des deutschen Kaisers Wilhelms II. an Kaiser Franz Josef I.; Berlin, 14. Okt. 1908^{a)} (überreicht vom deutschen Botschafter am 16. Okt.).^{b)} Ausfert.

Herzlich danke ich Dir für das freundliche Schreiben, in welchem Du mir die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina mitzutheilen die Güte hattest. Die Gründe, die Dich zu diesem wichtigen Schritte bewogen haben, weiss ich sehr wohl zu würdigen. Du kannst auch in dieser Frage auf meine unwandelbare persönliche Freundschaft und Verehrung, wie auf die enge Bundesfreundschaft zählen, die unsere Reiche verbindet. Die Einverleibung wird gewiss den beiden Provinzen, die sich unter Deiner Verwaltung so ausgezeichnet entwickelt haben, zum Segen gereichen. Dass Du Dich entschlossen hast, gleichzeitig Deine im Sandschak von Novibazar garnisnirenden Truppen zurückzuziehen und für die Zukunft auf die Ausübung der Vorrechte zu verzichten, die Du im Berliner Vertrag für dieses Sandschak erworben hast, halte ich für eine weise Massnahme, der ich nur zustimmen kann. Dieser Schritt wird gewiss eine gute Wirkung haben, da er die Friedlichkeit Deiner Absichten kundgiebt und es der Türkei, deren Schonung und Stärkung ja gleicher Weise im Interesse unserer verbündeten Reiche liegt, erleichtern wird, sich in die neue Ordnung der Dinge zu finden.

Wilhelm.

^{a)} Vgl. n. 92, 362. — ^{b)} Laut Tel. an den Minister des Äussern in Budapest, 15. Okt. 1908 Nr. 50, das den Besuch des Botschafters beim Kaiser für den 16. Okt. ankündigt. Vgl. auch n. 296.

Nr. 274. Tel. nach Cetinje, 14. Okt. 1908 Nr. 53 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren haben mir mit Brief vom 8. I. M. No. 63 den Text der mit Telegramm vom selben Datum No. 60 angekündigten Note der fürstlichen Regierung vorgelegt, in welcher die Annexion als arbiträre Verletzung des Berliner Vertrages bezeichnet und im Falle der Anerkennung dieses fait accompli die Emancipation vom Artikel 29 desselben Vertrages angekündigt wird. Wir können der fürstlichen Regierung nicht das Recht zugestehen, auf diplomatischem Wege zur Annexion Bosniens und der Herzegovina uns gegenüber Stellung zu nehmen. Ich ersuche daher Euer Hochwohlgeboren das Original der betreffenden Note im kurzen Wege zurückzustellen und dies mündlich mit der obigen Motivirung zu erklären. Es wäre mir erwünscht gewesen wenn Euer Hochwohlgeboren aus eigener Initiative die Note nicht angenommen hätten.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 21 Nr. 30. Vgl. n. 284, 640.

Nr. 275. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 14. Okt. 1908 Nr. 391 bis (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nro. 3 von gestern. Ich werde morgen Gelegenheit haben im Sinne des hohen Telegrammes dem Grossvezir und Minister des Äussern gegenüber mich auszusprechen. Ich möchte nur bemerken, dass ich die mir an die Hand gegebenen Argumente zum

grössten Teil bereits der Pforte gegenüber verwertet habe, was auch aus meiner bisherigen Berichterstattung hervorgeht. Bloss von der Abrogation des Artikels XXV des Berliner Vertrages konnte ich, weil dazu nicht ermächtigt, bisher nicht sprechen. Ich werde dies morgen tun. Aus meinen Telegrammen vom 12. d. M.^{a)} und von heute^{b)} geht hervor, dass die Pforte gar nicht die Absicht hat, die Annexionsfrage in das Programm der geplanten Konferenz aufzunehmen. Die Erbitterung die hier herrscht ist nicht so sehr die Folge der Annexion Bosniens, sondern der Koinzidenz derselben mit der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung. Die Annahme des türkischen Vorschlages durch uns, auf der Konferenz nur die bulgarische Frage zu behandeln, würde das beste Mittel sein, um mit einem Schlag die Situation zu ändern. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) n. 254. — b) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 276. Tel. nach London; Budapest, 14. Okt. 1908 Nr. 2 (chiff. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).

Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 10. No. 46 und Telegramm No. 72 vom 12. l. Mts. Aus meinem Telegramme vom 11. l. Mts. Budapest No. 1 haben Euer Exzellenz ersehen, daß ich mich gegen die Konferenzidee durchaus nicht ablehnend verhalte, daß aber aus den darin angeführten Gründen die Voraussetzung hiezu ein Einvernehmen mit der Türkei ist, welches zu erreichen ich mich bestrebe. Meine Nachrichten aus Konstantinopel über die Dispositionen des Großvezirs und des Ministers des Aeußern lauten in diesem Punkte nicht ungünstig. Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß die Konferenz (die natürlich ein vorher im Einvernehmen der Mächte hergestelltes präzises Programm haben müßte) von diesem Einvernehmen — sobald es hergestellt ist — ohne Diskussion Akt nehme und den Artikel XXV des Berliner Vertrages abrogiere. Es scheint mir also keine wesentliche Verschiedenheit zwischen meiner und der Auffassung Herrn Iswolsky's zu bestehen und, falls Euer Exzellenz noch Gelegenheit hiezu haben, so wäre es mir sehr erwünscht, wenn Sie dies dem Herrn russischen Minister des Aeußern darlegen würden. In demselben Sinne können Euer Exzellenz sich auch zu Sir Edward Grey aussprechen.

a) Oe.-U. Bosnien 21 Nr. 31. Vgl. n. 288, 302.

Nr. 277. Tel. aus London, 14. Okt. 1908 Nr. 78 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich bitte Euer Excellenz um Entschuldigung, wenn meine Meldungen widersprechend lauten, ich bemühe mich eben, Euer Excellenz möglichst rasch über das Gehörte zu berichten. Habe soeben vertrauliche Unterredung mit meinem russischen Kollegen gehabt, der von der Konferenz sprach. Die Hauptschwierigkeit scheint ihm, wie dieselbe eingeleitet werden und ein Kompromiss zwischen dem türkischen Proteste und dem Standpunkte der k. u. k. Regierung gefunden werden soll. Was das Programm der Konferenz betrifft, das beinahe vollendet ist, das er mir aber nicht mitteilen kann, so scheint ihm dasselbe nichts zu enthalten, was wir nicht

annehmen könnten, ausser vielleicht Unwesentliches, das man auf unseren Wunsch eliminieren könnte. Die Meerengenfrage ist nicht auf dem Programm, wie er mir ausdrücklich erklärte. Meine Bemerkung, dass aber über diese Frage verhandelt werde, bejahte er. Hauptsächlich verhandle man aber mit der Türkei darüber. Übrigens sei jetzt in Russland plötzlich alles dagegen. Nach meiner Unterredung mit Grafen Benckendorff habe ich den Eindruck, dass, wenn nicht vorher Einigung zwischen k. u. k. Regierung und der Türkei erzielt wird — wie in Euer Excellenz Telegramm No. 1^b) erwähnt, — es sehr schwierig sein wird, sich betreffs der Konferenz zu verständigen. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 290. — b) Vom 11. Okt.

*Nr. 278. Tel. nach Paris, 14. Okt. 1908 Nr. 48 (chiff. 7. U. 30 M. p. m.).^a)
Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).*

Eine von Pariser Blättern Euer Excellenz zugeschriebene Äusserung, wonach Rumänien verpflichtet sei, im Falle internationaler Conflicte anlässlich der Annexion Bosniens, gegen Russland mobil zu machen, hat der rumänischen Gesandtschaft in Berlin Anlass zu einem berichtigenden Communiqué durch die Agentur Wolf gegeben. Es ist sehr bedauerlich, dass neuerdings Äusserungen, die angeblich auf Euer Excellenz zurückgehen und die ihrem Inhalte nach höchst unerwünscht sind, in der Presse verbreitet werden. So sehr ich manche Erfolge der Einwirkung Euer Excellenz auf die Pariser Presse würdige, muss ich Sie doch ersuchen in der nächsten Zeit die grösste Reserve in Ihren für die Öffentlichkeit bestimmten Auslassungen zu beobachten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 238, 291.

*Nr. 279. Tel. aus Rom, 14. Okt. 1908 Nr. 155 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).^a)
Entziff.*

Marquis San Giuliano meldet, dass die in England eingetretene Beruhigung zum grossen Teile das Verdienst Herrn Iswolsky's sei. Herr Tittoni konstatiert mir heute mit Befriedigung, Stellung Iswolskys sei kaum weniger gefährdet als die seine und werde unhaltbar, wenn Konferenz unterbleibt oder resultatlos verläuft. Aus Konstantinopel liegt Meldung vor, Pforte werde Protest gegen Annexion auf der Konferenz nicht erneuern. Herzog von Avarna signalisiert Artikel des Neuen-Wiener-Tagblattes von gestern^b) (den Redaktion ihm angeblich als vom Ballplatz stammend bezeichnet hätte), wonach Tittoni von Annexion gewußt und zugestimmt hätte. Minister ist einigermaßen konsterniert und meinte, noch einige solche Artikel würden seinen Untergang besiegeln. Er gibt mir zu verstehen, er werde seinerzeit alles abläugnen „sowie Herr Iswolsky und Schöen es getan hätten“. Im übrigen werde er Diskussion hierüber zu vermeiden trachten, da es weder der Würde Euer Exzellenz noch der seinen entspreche, divergierende Darstellungen von unter vier Augen gehaltenen Unterredungen im Parlamente zu erörtern. Lützow.

a) Vgl. n. 230. — b) Vgl. n. 315.

Nr. 280. *Tel. nach St. Petersburg, 14. Okt. 1908 Nr. 125 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Exzellenz Tel. No. 149 vom 11. I. M. Aus der Ihnen von Herrn Tscharykoff mitgetheilten geheimen Depesche Herrn Isvolskys habe ich mit Befriedigung entnommen, dass derselbe den Gedanken-austausch in Buchlau und Desio ebenso wie ich als Grundlage für die Haltung Russlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens auf einer eventuellen Konferenz ansieht. — Ich habe in streng vertraulicher Weise Herrn Tittoni davon durch Gf. Lützow informirt. Was meine Stellung zu der Konferenzidee betrifft, so könnten wir nicht zugeben, dass die Pforte an die Konferenz mit einem neuerlichen Proteste herantrete und dass das fait accompli der Annexion zum Gegenstande der Diskussion gemacht werde. Wir stehen bekanntlich auf dem Standpunkte, dass die Erstreckung der Souveränität Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät auf Bosnien und die Räumung des Sandschaks Angelegenheiten sind, die zwischen uns und der Türkei zu regeln sind. Die Voraussetzung der Konferenz wäre also ein Einvernehmen zwischen uns und der Türkei, worauf dann von der Konferenz der Artikel XXV des Berliner Vertrages abrogirt würde. Aehrenthal.

^{a)} Mit Tel., Budapest 17. Okt. 1908 Nr. 9 wird Berchtold zur Verwertung des obenstehenden Telegramms gegenüber der russischen Regierung ermächtigt.

Nr. 281. *Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow; Budapest, 15. Okt. 1908.).^{a)} Konz. (S. Musulin u. Pessler; G. Aehrenthal).*

Vor Ihrer jetzt unmittelbar bevorstehenden Zusammenkunft mit Herrn Iswolsky dürfte es Ihnen erwünscht sein, über meinen Gedanken-austausch mit dem Herrn russischen Minister des Aeussern, dessen Inhalt Ihnen ja in seinen großen Zügen bekannt ist, noch eingehender informirt zu werden. Anlässlich des Notenwechsels mit dem russischen Cabinet, der aus unserer Ankündigung des Sandžakbahnprojektes hervorging, kam naturgemäß die Sprache auch auf die Entente vom Jahre 1897 und die Interpretation, die sie in Wien und Petersburg nach dem Verlassen der Basis des Müritzsteger Programmes erfuhr. In dem russischen Aide-Mémoire vom 19. Juni/2. Juli l. J., das ich Ihnen hier streng vertraulich mittheile, wird auf die Definition dieser Entente des näheren eingegangen; bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegovina sowie des Sandžaks wird in diesem Schriftstück allerdings der europäische Charakter dieser Frage vorangestellt und dasselbe bezüglich der Frage von Constantinopel und der Dardanellen zugeben, in einem weiteren Alinea aber ausdrücklich gesagt, daß die kaiserliche Regierung bereit sei, bezüglich beider Fragen in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch einzutreten. Auf dieses Mémoire haben wir am 27. August mit der hier ebenfalls beifolgenden pièce geantwortet, um deren streng vertrauliche Behandlung ich Euer Durchlaucht ebenfalls bitten darf. In den Schlußsätzen unserer Antwort, in welchen wir die Voraussetzungen für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland am Balkan formuliren, lautet der Bosnien und die Herzegovina

betreffende Passus „si toutefois des circonstances impérieuses obligeaient l'Autriche-Hongrie à s'annexer la Bosnie et l'Herzégovine, le Gouvernement Impérial donnerait l'assurance de vouloir observer à l'égard de cette mesure une attitude bienveillante et amicale“; dagegen erklärten wir uns bereit, außer der Zurückziehung unserer Truppen aus dem Sandžak in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch bezüglich Constantinopels und der Meerengen einzugehen. Wie es Ihnen, verehrter Fürst, jedenfalls erinnerlich ist, habe ich Anfangs September Herrn von Schoen bei meinem Besuche in Berchtesgaden eingehend bis zu diesem Momente meiner Aktion informirt.^{b)} Beiläufig eine Woche später erfolgte meine Zusammenkunft mit Iswolsky in Buchlau.^{c)} Ich habe mit dem russischen Minister den ganzen Complex der Balkanfragen eingehend durchgesprochen; wir sind am Schlusse unserer Besprechungen zu der Aufstellung gewisser Grundsätze gelangt, deren Beobachtung allen Eventualitäten am Balkan gegenüber ein einvernehmliches Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands auch in Zukunft ermöglichen würde. Diese Grundsätze waren: Nichtintervention sans accord préalable. Freundschaftliche Haltung Russlands in dem Momente, wo Österreich-Ungarn sich zur Annexion Bosniens und der Herzegovina gezwungen sehen würde. Eben solche Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den russischen Wünschen in der Meerengenfrage unter der Voraussetzung, daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Sicherheit seiner Hauptstadt nicht gefährdet werde und daß Kriegsschiffe der Uferstaaten des Schwarzen Meeres die Meerengen bloß einzeln passiren dürfen. Wohlwollende Haltung im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und einer Angliederung Cretas an Griechenland, Modification zu Gunsten Montenegros des Art. XXIX, sodann aber nach diesen mehr formalen Änderungen, möglichst lange Erhaltung des faktischen Besitzstandes der Türkei. Herr Iswolsky hat es übernommen, eine Redaction unserer Abmachungen zu Papier zu bringen und mir seinerzeit zu übermitteln. Kurz nach Buchlau begab sich bekanntlich Herr Iswolsky zu Herrn Tittoni nach Desio. Der italienische Minister, dem ich bereits in Salzburg^{d)} von der Eventualität der Annexion Bosniens und der Herzegovina gesprochen und den ich seither auch von dem Ergebnisse meiner Aussprache mit Iswolsky unterrichtet hatte, schloß sich unserem Standpunkte an und theilte mir in einem Brief vom 4. Oktober ausdrücklich mit, daß der Durchführung der Annexion ein accord préalable zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Rußland über folgende Punkte vorangehen sollte: Die Meerengenfrage, die Räumung des Sandžaks und die Modification des Art. XXIX des Berliner Vertrages. Noch am 6. Oktober^{e)} erklärte ich mich dem Herzog von Avarna gegenüber mit diesen Stipulationen, wodurch der accord à trois im Prinzipie bereits hergestellt sei, einverstanden und verständigte auch sofort das Petersburger Cabinet. Ich war also zur Annahme berechtigt, daß Italien und Rußland für die Annexion gewonnen seien; bedauerlicherweise hat eine Äußerung des Grafen Khevenhüller, der sich zu weit hinreißen ließ, den Anschein erweckt, als würde ich mich auf die bereits erfolgte formelle Zustimmung Rußlands und Italiens berufen. In den Delegationen habe ich mich darauf beschränkt, in einer vertraulichen Sitzung und ohne

daß meine Äußerungen der Presse zugänglich gemacht worden wären, zu erklären, daß mit Rußland und Italien bezüglich der Eventualitäten am Balkan — also auch bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegovina — eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe. Daß auch Herrn Iswolskys Auffassung der Unterredungen in Buchlau und Desio von der meinen nicht divergiert, geht aus einer geheimen Depesche hervor, die er an Herrn Tscharykoff gerichtet und die dieser dem Grafen Berchtold mitgeteilt hat. Die betreffende Stelle lautet: Nous sommes prêts à reconnaître les résultats de l'échange de vues à Buchlau et à Desio comme acquis et devant définir d'avance les grandes lignes de l'attitude de la Russie, de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie à la future conférence.^{f)} Aus den Meldungen, die mir aus Paris und London zukommen, gewinne ich den Eindruck, daß die dortigen Cabinete Herrn Iswolsky in der Meerengenfrage kein besonderes Entgegenkommen gezeigt haben. Ich denke, daß Sie, verehrter Fürst, mit mir in der Anschauung übereinstimmen, daß es ein günstiges Moment wäre, wenn Rußland darauf verzichtete, die Meerengenfrage jetzt auf einer eventuellen Konferenz zur Sprache zu bringen. Dies würde einerseits den Zusammentritt und die Thätigkeit der Konferenz wesentlich erleichtern, andererseits in Rußland die Erkenntniss wecken, daß der Widerstand gegen die Erfüllung des russischen Lieblingswunsches nicht von uns, sondern gerade von den jetzt an der Nawa so verwöhnten Westmächten herrührt. Von meiner Auffassung der Konferenzidee im allgemeinen sind Sie, verehrter Fürst, durch Szögyény bereits informiert; unsere Übereinstimmung ist eine vollständige. Ein Finvernehmen mit der Türkei, deren Protest auf der Konferenz wir nicht riskieren könnten, ist für uns die Voraussetzung ihrer Beschickung. Glücklicherweise scheinen die Dispositionen des Grossveziers und Tewfik Pachas uns gegenüber insofern nicht ungünstig, als sich wenigstens diese mit dem fait accompli abzufinden beginnen. Es schwebt mir vor, daß man die türkischen Minister in dieser Richtung bedeutend bestärken könnte, wenn man ihnen in Aussicht stellen würde, daß wir geneigt wären, auf der künftigen eventuellen Konferenz eine Kollektivgarantie der Mächte für den faktischen türkischen Besitzstand anzuregen. Aehrenthal.

P. S. Ich erhalte eben ein Telegramm Szögyény's über seine Unterredung mit Ihnen;^{g)} ich bin sehr befriedigt feststellen zu können, daß wir in der Beurteilung der Lage, insbesondere was den Konferenzgedanken betrifft, völlig übereinstimmende Ansichten haben. Aehrenthal.

^{a)} Mit Tel. vom 15. Okt. 1908 Nr. 6 (chiffriert 8 U. a. m.), wird der Botschafter in Berlin angewiesen, Vorsorge zu treffen, daß dieses mit besonderem Kurier am 16. Okt. in Berlin eintreffende Schreiben noch am Vormittag dieses Tages in die Hände des Reichskanzlers gelange. Vgl. n. 89, 451. — ^{b)} Vgl. n. 71. — ^{c)} Vgl. n. 79. — ^{d)} Vgl. n. 67. — ^{e)} n. 159. — ^{f)} Vgl. n. 248. — ^{g)} Vgl. n. 266.

Nr. 282. Tel. aus Cetinje, 15. Okt. 1908 Nr. 80 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Fürst Nikolaus teilte mir heute unter Hinweis auf die ihm gemeldeten, unsererseits an der montenegrinischen Grenze getroffenen militärischen

Massnahmen, wie Verstärkung der Garnison, Geschütztransport in die Krivoschije, Einberufung von Reservisten etc., mit, dass die fürstliche Regierung genötigt sei, auch ihrerseits Vorsichtsmassregeln zu treffen und dass (er)^{a)} für den 5. Oktober alten Styles eine partielle Mobilisierung, zwecks Bewachung der Grenze von der Piwa bis Sutorman, und die Einberufung der im Auslande sich aufhaltenden Montenegriner beschlossen habe. Ich machte den Fürsten auf die schweren Folgen einer solchen Massnahme, wie auch darauf aufmerksam, dass die seitens unserer Militärverwaltung lediglich zur Sicherung gegen alle Eventualitäten getroffenen etwaigen Massnahmen eine natürliche Folge der in Montenegro erzeugten ...^{b)} und kriegerischen Stimmung, welche sich in unqualifizierbaren Ausfällen gegen die Monarchie dokumentiert habe, seien. Fürst Nikolaus erwiderte hierauf, dass die in Aussicht genommenen militärischen Vorkehrungen auch lediglich defensiven Charakter haben, er werde nie uns angreifen, falls er nicht angegriffen werde. Er müsse jedoch diese Massregeln ergreifen, um die Unrichtigkeit der in einem aus Ragusa datierten Telegramme der Neuen Freien Presse vom 11. d. M. enthaltenen ihn tiefstens verletzenden Nachricht, dass seine Zustimmung zur Annexion von uns erkaufte worden sei, da selbe im Volke grosses Aufsehen erzeuge und besprochen werde, zu beweisen. Fortsetzung folgt.^{a)} Gleichlautend Budapest. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 267, 283, 347 a. — ^{b)} Chiffre fehlt.

*Nr. 283. Tel. aus Cetinje, 15. Okt. 1908 Nr. 81 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 80. Ich versäumte nicht, dem Fürsten neuerdings dringendst vorzustellen, dass, wie er wisse, die Dispositionen der k. u. k. Regierung dem Fürstentume gegenüber die wohlwollendsten seien, sowie dass ich ihm für den Fall einer korrekten Haltung jede mögliche Unterstützung der ökonomischen und politischen Entwicklung seines Landes zuzusichern ermächtigt bin. Fürst Nikolaus meinte, dass er ja bisher das Wohl seines Landes in einer freundschaftlichen Anlehnung an uns erblickt habe, dass er aber jedoch gehofft hatte, dass in einem so denkwürdigen Moment, wie es die Annexion Bosniens und der Herzegovina sei, die Grossmütigkeit der k. u. k. Regierung ihm zu einer territorialen Kompensation verhelfen würde. Eine solche, die geeignet wäre, das Montenegro durch den Berliner Vertrag zugefügte Unrecht, — es habe mit den Waffen erobertes Gebiet zedieren müssen, — gut zu machen, würde Montenegro von Serbien trennen und zu unserem Bundesgenossen machen. Ich verhehlte dem Fürsten nicht, dass mir ein solcher Wunsch unerfüllbar scheint. Der Fürst meinte, wenn er mit Seiner Majestät dem Kaiser und König sprechen könnte, so liesse sich alles arrangieren und frug, ob ich nicht die Erlaubnis erhalten hätte, Euer Excellenz dessen Konsiderationen persönlich vorzutragen, worauf ich ihm erwiderte, dass ich dies ja auf telegraphischem Wege tue und auch weiter zu tun bereit sei. Fürst Nikolaus bat mich, Euer Excellenz seine vorstehenden Äusserungen zu melden und fügte bei, dass er von jeder militärischen Verfügung mich in ehrlicher Offenheit vorher

in Kenntnis setzen werde. Schliesslich teilte mir Seine königliche Hoheit mit, dass sich morgen Brigadegeneral Janko Vukotich in Begleitung eines Offiziers in Mission nach Belgrad begeben.^{b)} Gleichlautend Budapest. Kuhn.

a) Vgl. n. 308, 322, 352. — b) Vgl. n. 342, 348, 380, 541.

Nr. 284. Tel. aus Cetinje, 15. Okt. 1908 Nr. 82 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 53. Ich habe heute Nachmittag die betreffende Note dem Ministerpräsidenten mit der mir aufgetragenen Motivierung im kurzen Wege zurückgestellt. Ich hatte mich nicht für ermächtigt gehalten die Note, da selbe keinen Protest enthielt, a limine zurückzuweisen. Kuhn.

a) Oe.-U. Bosnien 22 Nr. 32.

Nr. 285. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Okt. 1908 Nr. 394 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe soeben den in dem hohen Telegramm Nr. 3 de dato Budapest 13. d. M. enthaltenen Auftrag beim Grossvezir und Minister des Äussern ausgeführt. Ich erklärte Kiamil Pascha, dass wir nur unter der Bedingung an einer Konferenz teilnehmen könnten, wenn zwischen uns und der Türkei ein volles Einvernehmen über die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina, sowie über die den Sandjak betreffenden Fragen erzielt sein wird und dass es sich nur darum handeln würde, auf der Konferenz unser Einvernehmen mit der Türkei zu konstatieren und den Artikel XXV zu abrogieren. Gleichzeitig habe ich Kiamil Pascha auch die mir seinerzeit (übersendete)^{b)} Deklaration bezüglich des faktischen Besitzstandes der Türkei gegeben. Der Grossvezir zeigte sich anfangs erfreut, dass wir der Konferenzidee beistimmen. Später fing er aber an, mit allerlei Bedenken zu kommen und mich zu fragen, was für Kompensationen wir noch zu geben gewillt seien. Auf diese eigentümliche Zumutung antwortete ich: Die Kompensation bestehe eben darin, dass wir unsere Rechte bezüglich des Sandjaks aufgeben. Es entspann sich dann eine lange Diskussion, deren Resultat die Erklärung Kiamil Paschas war, er werde die Angelegenheit dem Ministerrat unterbreiten, es werde aber zu bedenken sein, ob die Beteiligung unsererseits an der Konferenz die formelle Anerkennung der Annexion Bosniens von Seite der Türkei aufwiege. In meiner darauffolgenden Unterredung mit dem Minister des Äussern machte ich dieselbe Erklärung und hob besonders hervor, dass es sich eigentlich nur darum handeln würde, den Protest zurückzuziehen. Tewfik Pascha schien mir sehr viel Verständnis für die vorgebrachten Argumente zu haben und als ich ihn von den Einwürfen, die mir der Grossvezir gemacht hatte, sprach, sagte mir der Minister des Äussern, Kiamil Pascha dürfte hiebei an eine Bestimmung des Berliner Vertrages gedacht haben, welche dahin geht, dass die Staaten, welche türkisches Gebiet zugesprochen erhalten, verpflichtet seien, einen verhältnismässigen Teil der türkischen Staatsschulden zu übernehmen. Im Grossen und Ganzen hatte ich den Eindruck, dass Tewfik Pascha sehr geneigt wäre, das volle Einvernehmen mit uns herbeizuführen und den Protest zurückzuziehen.

Da der nächste Ministerrat erst Sonntag stattfindet, dürfte ich eine Antwort nicht vor Montag bekommen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 22 Nr. 33. Vgl. n. 297. — ^{b)} Chiffre fehlt. Die Auflösung „übersendete“ ist wohl unrichtig. Eine Übersendung einer Deklaration ist nach der Aktenlage nicht erfolgt. Es kann sich nur um den in n. 268 erteilten Auftrag handeln.

Nr. 286. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Okt. 1908 Nr. 395 (eing. 16. Okt. 9 U. a. m.)^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 3 ddto. Budapest 13. d. Mts. Ich habe heute beim Großvezir und Minister des Äussern in nachdrücklichster Weise gegen die in letzter Zeit gegen unsere Waren und Schiffe und überhaupt gegen die Monarchie gerichtete Hetze^{b)} und betont, daß dieselbe, wenn sie auch nicht direkt von der Regierung ausgehe, doch von ihr geduldet werde. Es sei dies, sagte ich, besonders im jetzigen heiklen Momente eine sehr ernste Sache, und ich müßte für die Konsequenzen, die hieraus entstehen könnten, die türkische Regierung verantwortlich machen. Ferner habe ich beim Minister des Innern Vorstellung erhoben. Sowohl der Großvezir als auch die beiden Minister versprachen mir, alles zu tun, um die Bewegung einzudämmen und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß dieselbe in einigen Tagen beigelegt werden würde. Ich behalte die Sache im Auge und werde nötigenfalls weitere Schritte tun. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 298. — ^{b)} Wohl zu ergänzen durch: „Einsprache erhoben“.

Nr. 287. Tel. nach London; Budapest, 15. Okt. 1908 Nr. 3 (chiff. 6 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 13. Nr. 75. Aus meinen letzten Telegrammen wissen Euer Exzellenz, daß wir — entgegen der Annahme Herrn Cambons — durchaus nicht auf dem Standpunkte stehen, daß auf einer eventuellen Konferenz Bosniens nicht Erwähnung getan^{a)} dürfe; wir sind vielmehr damit einverstanden, daß dies in der Weise geschieht, daß die Konferenz von unseren bis dahin zu erzielenden Einvernehmen betreffs Bosniens Akt nehme und den Artikel XXV abrogiere. Wenn Sie Gelegenheit haben, Herrn Cambon im vorstehenden Sinne zu informieren, müßten Sie auch — wenn Sie es nicht bei Ihrer letzten Unterredung bereits getan haben sollten — gegen die geradezu herausfordernde Supposition protestieren, als ob an eine Balkankonferenz ohne Beteiligung der nächstinteressierten Großmächte ernstlich gedacht werden könne. Mit Rücksicht auf unsere Aktion scheint es mir höchst wünschenswert, daß Euer Exzellenz mit den englischen Staatsmännern in steter Fühlung bleiben; da dieselben — wie sie melden — des öfteren auf den Gedanken zurückkommen, daß wir ein vorheriges Einvernehmen mit der Pforte hätten herstellen sollen, möchte ich bemerken, daß — wie ich mich wohl vergewissert habe — eine prealable Zustimmung der Türkei nicht zu erreichen gewesen wäre. Aehrenthal.

^{a)} Hier fehlt offenbar das Wort „werden“.

Nr. 288. Tel. aus London, 15. Okt. 1908 Nr. 81 (eing. 8 U. p. m.).^{a)}
Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 2 aus Budapest, 14. d. M. Habe eben Herrn Iswolsky gesprochen, der morgen abreist und entweder vor dem 20. oder nach dem 21. d. M. in Berlin sein wird. Er wiederholte mit grosser Insistenz, dass von seinen dortigen Conversationen viel abhängen werde. Je lui ai dit que Votre Excellence n'était pas opposé à une conférence et dans quelles conditions. Il n'a pas pu ou n'a pas voulu me donner de réponse positive; il a parlé de précédents, la Russie n'ayant pas trouvé incompatible avec son amour propre d'aller aux conférences au sujet de la Mer Noire après le traité de San Stefano. Beaucoup dépendrait de ses conversations à Berlin. Il m'a répété encore quelques griefs contre Votre Excellence parmi lesquels un communiqué que Votre Excellence aurait fait paraître ces jours-ci au sujet de Vos conversations. Il me donna à entendre que la crainte de ces communiqués le forçait d'être prudent et qu'il ne pouvait pour le moment me charger d'un message précis. Mr. Iswolsky dit qu'il sera obligé de s'expliquer à la réception de la douma au sujet de ses entretiens avec Votre Excellence. Il m'a cependant répété et affirmé qu'il ne ferait certainement rien pour compliquer la situation. Ich habe den Eindruck, dass er sich uns gegenüber nicht aussprechen will, bevor er Fürst Bülow gesehen hat. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 289, 302, 303.

Nr. 289. Tel. aus London, 15. Okt. 1908 Nr. 82 (eing. 11 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu heutigem Telegramm Nr. 81. Ich habe eben Sir Edward Grey gesprochen und sagte ihm in Gemässheit des hohen Telegrammes Nr. 2 unter welchen Voraussetzungen Euer Exzellenz an einer Konferenz teilnehmen würden. Staatssekretär meinte, dass wenn wir in der Lage wären, der Türkei etwas zu bieten, was sie für die Einbusse an Prestige, die sie erlitten, entschädigen könne, so würde das offenbar die Situation erleichtern. Obwohl er sehr reserviert war, sagte er mir doch schliesslich, dass wenn die türkische Regierung ihm mitteilen würde, sie habe mit uns ein Übereinkommen erzielt, es ihm „eine willkommene Nachricht“ wäre. Bisher habe er nichts davon gehört und seine Unterredungen mit dem türkischen Botschafter hätten sich hauptsächlich auf die durch Unabhängigkeitserklärung Bulgariens geschaffenen Schwierigkeiten bezogen. Er betonte wiederholt, wie schwer es sei, den moralischen Schaden wieder gut zu machen, den die Türkei erlitten. Über die Konferenz meinte er, man habe sich bisher nur in grossen Zügen über die Gegenstände derselben geeinigt. Das Programm müsse genau begrenzt und von der Türkei und allen Mächten angenommen sein. Auf eine Frage meinerseits bezüglich der Meerengen, erklärte er, dass dieser Gegenstand sicher nicht vor die Konferenz kommen würde. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 290, 305.

Nr. 290. Tel. aus London, 15. Okt. 1908 Nr. 83 (eing. 16. Okt. 3 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. In einer vertraulichen Unterredung Herrn Iswolskys mit deutschem Botschafter über die eventuellen Programmpunkte einer Konferenz liess russischer Minister auch eine Bemerkung fallen über Möglichkeit einer Grenzregulierung zu Gunsten Serbiens und Montenegros auf unsere Kosten. Graf Metternich bemerkte sogleich, Euer Exzellenz würden dazu wohl nicht Zustimmung erteilen, was Iswolsky zugab. Dies sind wohl die Punkte, von welchen Graf Benkendorf meinte, man könnte sie auf unseren Wunsch eliminieren (mein Telegramm Nr. 78 vom 13.^{b)} d. M.). Nachdem Anspielungen auf derartige Pläne bereits in einigen Pressnachrichten zu finden sind, liegt die Vermutung nahe, dass Herr Iswolsky derartigen Gedanken aufwerfen wird, um die Rolle des Beschützers der genannten zwei slavischen Staaten zu spielen. Gleichlautend Budapest.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 289, 292, 300. — ^{b)} Vom 14. Okt.

Nr. 291. Tel. aus Paris, 15. Okt. 1908 Nr. 38 (eing. 8 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf heute eingelangtes Telegramm ohne Nro.^{a)} Die mir zugeschriebene Äusserung habe ich nie und niemandem gegenüber gemacht und bin in der Lage Euer Exzellenz gegenüber hiefür mein Ehrenwort zu verpfänden. Die Nachricht ist in hiesigen Zeitungen, so viel mir bekannt, nur in der Form des Wolfischen Dementi erwähnt. Werde heute durch Regierungsrat Schiff nach Berlin entsprechende Richtigstellung abgehen lassen.

Khevenhüller.

^{a)} Amtsvermerk: recte Nro. 48. Vgl. n. 278.

Nr. 292. Tel. aus Paris, 15. Okt. 1908 Nr. 39 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern hat mir soeben das aus 9 Punkten bestehende Programm mitgeteilt, das nach seiner Anschauung geeignet wäre, die Basis für die Konferenz abzugeben. Herr Pichon ist verstimmt, weil diese Mitteilung geheim bleiben sollte, mittlerweile durch die Agence Havas veröffentlicht wurde. Indiskretion ist auf Herrn Iswolskys Konto zu stellen. Punkt 7 beantragt eine Grenzrektifikation zu Gunsten Serbiens und Montenegros längs der bosnisch-hercegovinischen Limite. Herr Pichon hat gegen diese Fassung, die von Russland proponiert wurde, Einwendung erhoben und den Artikel in einer vagen unverbindlichen Form abfassen lassen, wozu Sir E. Grey seine Zustimmung gegeben hätte. Die heute abends in allen Zeitungen erscheinende Meldung der Agence Havas enthielt den genannten Punkt 7 in der nicht amendierten Fassung. Nach Auffassung des Ministers des Äussern würde dieser Vorschlag das Substrat bilden für weitere Verhandlungen zwischen den Kabinetten. Der Minister betonte nachdrücklich, dass er es vermeiden wolle, eine Gruppierung der Mächte herbeizuführen. Er wünsche, dass das Programm, das Russland in erster Linie

vorlegen wird, für alle annehmbar sei. Ich nahm Herrn Pichons Eröffnungen ad referendum und habe ihm nur eines aber mit grösstmöglicher Schärfe gesagt, dass Punkt 7 für uns unannehmbar sein dürfte. Gleichlautend Budapest. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 290, 295, 300, 312, 381, 388, 399, 411, 470, 1027.

*Nr. 293. Tel. aus Rom, 15. Okt. 1908 Nr. 157 (eing. 7 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Minister des Äussern sagte mir, sein sehnlichster Wunsch sei — nachdem anscheinend prinzipielle Einigung in Meerengenfrage zwischen England und Russland hergestellt — baldmöglichste Zusammenkunft und kurze Dauer der Konferenz. Ersteres sei ihm aus innerpolitischen Gründen eine Lebensfrage, und er bittet Euer Exzellenz dringend, wenn irgend möglich nicht zu retardieren. Er erhofft von der Konferenz Beschwichtigung der Gemüter. Einstweilen ist die Bewegung im Wachsen mit zunehmender republikanischer und gewiss bald irredentistischer Färbung. Hiesiges Telegramm der Neuen Freien Presse über bevorstehende Romreise Seiner k. u. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Ferdinand hat Herrn Tittoni ziemlich peinlich berührt, umso mehr, als es nicht aus Rom kam, sondern anscheinend Wiener Produkt ist. Mit solchen taktlosen Sensationsnachrichten würden lediglich seinen Gegnern neue Waffen in die Hand gedrückt. Bezug auf Telegramm Nr. 96.^{b)} Herr Tittoni wusste nichts von dem bezogenen Vorfall und wird Marquis Guiccioli sofort auffordern sich über sein Verhalten zu äussern. Gleichlautend Budapest. Lützw.

a) Vgl. n. 316. — b) Vom 14. Okt. Enthält die Weisung, die Aufmerksamkeit Tittonis auf das Verhalten des Marquis Guiccioli zu lenken, der bei seinem Abgang von Belgrad nach Tokio von den „noch zu erfüllenden Rechten Serbiens“ gesprochen und Serbien mit Piemont verglichen habe (vgl. n. 234).

Nr. 294. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 16. Okt. 1908 Nr. 51 A (eing. 18. Okt.). Ausfert.

Streng vertraulich. Anruhend beehre ich mich Euerer Excellenz eine Aufzeichnung über ein politisches Gespräch ergebenst zu unterbreiten, das Seine Majestät Kaiser Wilhelm heute nach der Döberitzer Parforcejagd mit dem k. und k. Legationssecretär Grafen L. A. Hoyos zu führen geruhte. Flotow.

Beilage zu n. 294. „Aufzeichnung über eine Unterredung Seiner Majestät Kaiser Wilhelm mit dem k. u. k. Legationssecretär Ludwig Alexander Graf Hoyos“; Berlin, 16. Oct. 1908.^{a)} Eigh. Ausfert. des Grafen Hoyos.

Seine Majestät Kaiser Wilhelm geruhten mich heute nach der Parforcejagd in Döberitz zu Sich rufen zu lassen und sagte mir folgendes: Seinen Informationen zufolge habe das englische und russische Cabinet schon jetzt unter der Hand mit der Pforte über die Dardanellen zu verhandeln begonnen. Er befürchte, dass die Türkei sich würde einschüchtern lassen und dass die Meerengenfrage auf diese Weise entschieden werden könnte, ohne dass Deutschland und Österreich-Ungarn gefragt würden.

Man müsse vor Allem trachten dies verhindern, die Öffnung der Dardanellen könne nur mit dem Einverständnisse aller Signatar-Mächte der früheren Conventionen gestattet werden. Seine Majestät legte sichtlich grossen Werth darauf, dass Seine Excellenz Baron Aehrenthal von dieser Seiner Auffassung in Kenntniss gesetzt werde und betonte neuerlich, wie viel Ihm daran gelegen sei, auch Seinerseits von der Stellungnahme des k. u. k. Cabinets gegenüber der Meerengenfrage rechtzeitig informirt zu werden. Auf die allgemeine politische Lage übergehend führte Seine Majestät aus, die Verhandlungen Herrn Iswolskys in London hätten zu keinem für diesen befriedigenden Resultate geführt. Eine Anleihe sei ihm nicht gewährt worden und auch die Ausführung des Conferenz-Gedankens sei noch ziemlich unsicher. Er, Kaiser Wilhelm, hege persönlich die allergrössten Bedenken gegen eine Conferenz und glaube auf das Entschiedenste von einer solchen abrathen zu müssen. Aus den Ihm zugekommenen Informationen habe Er die Gewissheit erlangt, dass England die Conferenz wünsche, um über Österreich-Ungarns Action in Bosnien und der Herzegowina vor der ganzen Welt die schärfste Kritik zu üben. (Seine Majestät gebrauchte hiebei den Ausdruck „abkanzeln“.) Auch hoffe man in England auf der Conferenz die voraussichtlich für Österreich-Ungarn und Deutschland ungünstige Gruppierung der Mächte in auffälliger Weise demonstrieren zu können. „Das wäre ein zweites Algeciras“ bemerkte Seine Majestät „und das müssen Wir unter allen Umständen vermeiden“. Momentan mache man Ihm von England aus unausgesetzt Avancen und versuche Ihn dazu zu bewegen, der Conferenz zuzustimmen und Österreich-Ungarn in eine solche hinein-zudrängen. Voraussichtlich werde Herr Iswolsky, den Er in einigen Tagen erwarte, im selben Sinne auf Ihn einreden. Der russische Minister des Äussern, der nun schon seit drei Monaten im Auslande herumreise und vergeblich nach irgendeinem Erfolge suche, sei durch die Geschehnisse am Balkan in seiner Eitelkeit aufs Tiefste gekränkt und setze seine letzte Hoffnung auf eine Ehrenrettung in die Conferenz. Er, Kaiser Wilhelm, sei aber fest entschlossen, die Zumuthung, Deutschland solle auf das k. u. k. Cabinet zwecks Theilnahme an der Conferenz einwirken, auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Übrigens könnten die Modificationen des status quo, welche durch die jüngsten Ereignisse im nahen Oriente hervorgerufen wurden, weit besser durch einen Notenwechsel unter den Cabineten ratifizirt werden. Diess liege auch im Interesse der Türkei. Auf einer Conferenz würden ungezählte neue Forderungen auftauchen, für welche die Türkei doch endlich die Zeche würde bezahlen müssen. Auch stehe zu befürchten, dass, selbst wenn die Annexionsfrage aus dem Conferenz-programme ausgeschaltet würde, der englische Delegirte sich doch eine Kritik über dieselbe erlauben dürfte, und diess könne mit Rücksicht darauf, dass Seine Majestät unser Allergnädigster Herr persönlich engagirt sei, nun und nimmer zugegeben werden. Auch etwaige territoriale Entschädigungsansprüche Serbiens und Montenegros auf Kosten der Türkei oder eines anderen Staates seien ganz undiscutirbar. Dasselbe gelte von dem Rechte Österreich-Ungarns, die Sandschakbahn auszubauen. Seine Majestät erzählte mir, man habe in Constantinopel den Verlust von Ostrumelien

viel schmerzlicher empfunden, als die Annexion Bosniens und der Herzogwina. Seine Majestät der Sultan habe, als der Grosswesir Ihm die Nachricht von der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens brachte, mit den Worten „alors c'est la guerre“ geantwortet. Der alte Herr besitze aber keine Autorität mehr. Überhaupt bestehe die größte Schwierigkeit jeder diplomatischen Action in Constantinopel gegenwärtig darin, dass man eigentlich nicht wisse, wer die Autorität in Händen habe, da das jungtürkische Comité sich in Alles hineinmenge. Unter Anderem habe Er sichere Anhaltspunkte dafür, dass der Boycott gegen österreichische und ungarische Erzeugnisse in der Türkei von dem im englischen Interesse wirkenden jungtürkischen Comité initiiert worden sei. Kaiser Wilhelm betonte mehrmals, dass keine Macht in Europa die ruhige weitere Consolidirung des verfassungsmässigen Regimes im ottomanischen Reiche mehr wünschen und mit besserem Gewissen unterstützen könne, als Deutschland und Österreich-Ungarn. Die beiden verbündeten Monarchien müssten es sich nunmehr, da der Besitzstand Österreich-Ungarns durch die Annexion der seit 30 Jahren verwalteten Provinzen endgültig sichergestellt sei, angelegen sein lassen, der Türkei zu beweisen, dass Niemand ein grösseres Interesse an ihrer kräftigen Entwicklung haben könne. Seine Majestät fügte hinzu, Er beabsichtige noch heute Abend diese Gesichtspunkte dem neuen türkischen Botschafter gegenüber, den Er in Antrittsaudienz empfangen, zum Ausdruck zu bringen. Durch die Ereignisse der letzten zwei Wochen habe Er, Kaiser Wilhelm, in Constantinopel entschieden viel von Seiner Popularität eingebüsst und sei auch die durch 18jährige angestrenzte Arbeit erworbene bevorzugte Stellung der deutschen Diplomatie am goldenen Horn mit einem Schlage an England verloren gegangen. Als ich einwendete, dass die momentane Verstimmung in Constantinopel meiner Ansicht nach in kurzer Zeit der Erkenntnis weichen müsse, dass das wahre Interesse der Türkei bei Deutschland und Österreich-Ungarn liege, bejahte diess Seine Majestät und versicherte mir zugleich in impulsivster Weise, Er verschmerze die favorisirte Stellung in Constantinopel für den Augenblick gerne gegenüber dem auch für Deutschland in höchstem Grade erwünschten Prestigezuwachs, welchen Österreich-Ungarn durch seine Action erworben habe. Die Monarchie sei hiedurch zur vorherrschenden Macht am Balkan geworden. Bulgarien sei ihr zu Dank verpflichtet und werde den Rathschlägen des k. u. k. Cabinets gewiss Gehör schenken. Man müsse nur trachten, den Fürsten Ferdinand „in der Hand zu behalten“ und ihm namentlich zu einer entgegenkommenden Haltung gegenüber türkischen Compensationsforderungen bezüglich Ablösung des Tributs und Regelung der Bahnfrage zu bewegen suchen. Aber auch von Griechenland hoffe Er, Kaiser Wilhelm, dass es sich in Zukunft immer mehr an den Dreibund anlehnen würde. Er habe schon im Frühjahr d. J. in Corfu Seiner Majestät dem König Georg auf das Eindringlichste angerathen, eine solche Anlehnung zu suchen und gleichzeitig mit der Türkei gute Beziehungen zu unterhalten. Im selben Sinne werde Er noch heute mit dem König, den Er Abends am Bahnhofe in Berlin abholen würde, sprechen und Ihm ans Herz legen, bei nächster Gelegenheit auch in Wien engere Fühlung zu nehmen. Eine Einbeziehung Griechenlands in die

Einfluss-Sphäre des Dreibunds hätte nach Ansicht Seiner Majestät umso grösseren Werth, als Höchstseine Schwester, die Frau Kronprinzessin von Griechenland und auch der Kronprinz im Königreiche sehr grosses Ansehen genossen und für die Zukunft eine sichere Gewähr für die Verlässlichkeit der griechischen Politik bieten würden. Bezüglich Cretas äusserte Seine Majestät, dass man es mit der Zeit den Griechen doch werde überlassen müssen. Momentan, wo es vor Allem darauf ankomme, den Faden zwischen Athen und Constantinopel nicht reissen zu lassen, könne vielleicht ein Ausweg darin gefunden werden, dass die Türkei die nominelle Souveränität über die Insel behalte, aber deren Verwaltung an Griechenland übergehe. Sein Schwager der griechische Kronprinz, der gerade die Regentschaft führe, habe jetzt sehr weise gehandelt, indem er eine abwartende Haltung einnahm. Am Schlusse der Unterredung erwähnte ich noch die bedrohliche Lage der Dinge in Serbien, worauf Seine Majestät erwiderte, die Serben sollten lieber stille halten, um nicht Gefahr zu laufen, von Österreich-Ungarn und Bulgarien über den Haufen geworfen zu werden. „Sie können ja Serbien den Bulgaren ganz überlassen“ fuhr Seine Majestät fort, „dann sind Sie wenigstens den lästigen Nachbar ein für allemal los“. Aus den in gnädigstem Tone vorgetragenen Ausführungen Seiner Majestät war mit Deutlichkeit zu entnehmen, wie sehr Kaiser Wilhelm mit der vom k. u. k. Cabinet inaugurirten activeren Politik einverstanden und wie fest Höchstderselbe entschlossen ist, dieselbe in unwandelbarer Bündnistreue zu unterstützen.

A. Hoyos.

a) Vgl. n. 362.

*Nr. 295. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 16. Okt. 1908 Nr. 51 B (eing. 18. Okt.).*a) Ausfert.

Streng vertraulich. Das Ergebnis der Verhandlungen Herrn Iswolskys mit Sir Edward Grey in London kristallisiert sich in einer Zusammenstellung, die als Grundlage eines Meinungsaustausches zwischen den Mächten über ein Konferenzprogramm dienen soll. Vertraulich wurde dieselbe vom Herrn grossbritannischen Minister des Äussern den Botschaftern Deutschlands, Italiens und der Türkei mitgeteilt. Wie mir der Herr Staatssekretär sagt, hat er auf Grund der ihm heute vom deutschen Botschafter in London zugegangenen telegrafischen Meldungen Herrn von Tschirschky beauftragt, Eurer Exzellenz entsprechende Kenntniss zu geben, wie auch Graf Wolff-Metternich den k. und k. Botschafter in London informierte. Im Nachstehenden erlaube ich mir, die 9 Punkte der Zusammenstellung aufzuzählen, um denselben die Bemerkungen Herrn von Schoens anfügen zu können: 1. Rechtliche Stellung Bulgariens und Festsetzung seiner finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Türkei; 2. Bosnien und die Herzegovina; 3. Sandjak Novibazar; 4. Artikel XXIII des Berliner Vertrages, betreffend die Provinzen der europäischen Türkei (Mazedonien); 5. Artikel LXI, betreffend die von Armeniern bewohnten Gebiete; 6. Artikel XXIX, betreffend Montenegro; 7. „Avantages“ für Serbien und Montenegro; 8. Revision des Donaureglements zu Gunsten der Balkanstaaten; 9. betreffend die

Kapitulationen und die fremden Postämter in der Türkei. Ein Postscriptum besagt, wegen Kretas würden die 4 Schutzmächte mit der Türkei verhandeln und darüber der Konferenz referieren. Mit Punkt 1. erklärt sich Herr von Schoen einverstanden. Zu Punkt 2. und 3. äusserte der Herr Staatssekretär, die deutsche Regierung stünde nach wie vor auf dem Standpunkte, dass sie nur im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn auf die Konferenz gehen würde, daher könnte sie — wie schon wiederholt betont — einer Diskussion der Annexion auf der Konferenz nie zustimmen. Unter denselben Gesichtspunkt falle Punkt 3. Punkt 4. und 5. schienen ihm unbedenklich. Zu Punkt 6. meinte der Staatssekretär, Eure Exzellenz hätten diesbezüglich mit Herrn Tittoni und Herrn Iswolsky eine Aussprache gehabt. Punkt 7. hält Herr von Schoen für mehr als bedenklich. Ursprünglich hätte der Text gelautet: „Kompensationen für Serbien und Montenegro.“ Herr Pichon, der an den Verhandlungen durch den französischen Botschafter in London regen Anteil nahm, hätte auf eine Änderung in „avantages“ gedrungen. Graf Wolff-Metternich frug Sir Edward Grey, was er sich unter „avantages“ für Serbien dächte, territoriale „Kompensationen“ auf Kosten der Türkei seien ausgeschlossen, und nun gar erst auf Kosten Österreich-Ungarns! Der englische Minister hätte darauf etwas von einer eventuell möglichen Grenzrektilifizierung an der bosnisch-serbischen Grenze gemurmelt und hinzugefügt, Punkt 7. sei auf besonderen Wunsch Herrn Iswolskys aufgenommen worden; er sei nur für die Galerie bestimmt und solle den Schutz der Slaven durch Russland markiren. Es sei immerhin besser, wenn Österreich-Ungarn ihn ablehne, als wie England! Zu Punkt 8. meinte der Staatssekretär, Eure Exzellenz hätten bereits in den Delegationen eine ähnliche Initiative ergriffen. Zu Punkt 9. würde Herr von Schoen seine Zustimmung nicht versagen, wenn er entsprechend vague formuliert würde; denn von einer Aufhebung der Kapitulationen und so weiter könne natürlich keine Rede sein. Von anderer beachtenswerter Seite höre ich, dass die Aufhebung der Kapitulationen schon mit Rücksicht auf Egypten ganz ausgeschlossen sei, wo Englands Position dadurch eine noch stärkere würde. Herr von Schoen wiederholte zum Schlusse nochmals, Deutschland gieng nur im Einverständnisse mit Österreich-Ungarn zu einer Konferenz. Aus den Eurer Exzellenz aus der Berichterstattung des Herrn Botschafters bereits bekannten Gründen besteht hier wenig Neigung für die Konferenz. Die deutsche Regierung versucht auch in diesem Sinne auf die Türkei zu wirken.

Flotow.

a) Oe.-U. Bosnien 24 Nr. 36. Vgl. n. 292, 300, 307, 336.

Nr. 296. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 16. Okt. 1908 Nr. 5
(chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Information. Ich habe heute den Besuch Herrn von Tschirschkys empfangen, der als Überbringer eines Handschreibens des Deutschen Kaisers an unseren Allergnädigsten Herrn^{b)} nach Budapest gekommen ist. Dies gab mir Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Herrn

deutschen Botschafter; wir überzeugten uns neuerlich, daß wir auch in der jetzigen Situation und vor allem gegenüber der Konferenzidee mit unseren Anschauungen vollkommen übereinstimmten. Als wir die Haltung der Pforte erörterten, machte ich Herrn von Tschirschky darauf aufmerksam, daß die durchaus entgegenkommende Sprache der türkischen Minister zu Markgraf Pallavicini nicht in Übereinstimmung zu bringen sei mit ihren Äußerungen anderen Vertretern gegenüber und mit ihrer tatsächlichen Haltung in der Boykottbewegung, die von ihnen, wenn nicht gefördert, so doch jedenfalls wohlwollend geduldet werde. Ich machte meinem Mitredner kein Hehl daraus, daß wir diese Zweideutigkeit nicht à la longue hinnehmen könnten und daß wir — wenn nicht in absehbarer Zeit hierin ein Wandel geschaffen würde — unsere Politik der Türkei gegenüber danach einrichten müßten. Wir hätten in Sofia unseren Einfluß immer zu gunsten freundschaftlicher Beziehungen zur Türkei geltend gemacht; wir müßten uns eventuell fragen, ob wir dieses Verhalten auch weiterhin fortsetzen könnten. Ich möchte annehmen, daß Baron Marschall von meinen Äußerungen in Kenntnis gesetzt und instruiert werden wird, auf die Pforte entsprechend einzuwirken.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 340. — b) n. 273.

Nr. 297. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Okt. 1908 Nr. 397 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Mein englischer Kollege äusserte sich mir gegenüber, dass die Pforte unter keiner Bedingung an einer Konferenz teilnehmen werde, bei welcher die Meerengenfrage zur Diskussion gestellt werden könnte. Es scheint mir, dass die in meinem Telegramme von gestern erwähnte Idee einer Kompensation für die Annexion Bosniens in der Form der Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld durch uns der Pforte von englischer Seite suggeriert worden ist. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 285, 398.

Nr. 298. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Okt. 1908 Nr. 398 (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf mein gestriges Telegramm No. 395. Aus den heutigen türkischen Blättern sehe ich, dass mein gestriger Schritt beim Grossvezir nicht den gewünschten Erfolg hatte, da nach wie vor zum Boykotte unserer Schiffe und Waaren gehetzt wird. Ich begeben mich heute wieder in die Stadt und werde dem Minister des Äussern gegenüber eine noch schärfere Sprache führen, als ich dies gestern getan habe. Wenn auch dieser Schritt nichts nützt, würde ich Euer Exzellenz um weitere Instruktionen bitten, da unser Prestige, wenn der gegenwärtige Zustand noch länger dauert, Schaden leiden müsste. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 299.

Nr. 299. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Okt. 1908 Nr. 399 (eing. in Budapest 9 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf mein heutiges Telegramm No. 398. Meine Demarche beim Minister des Äussern hat, wie es scheint, Erfolg gehabt. Tewfik Pascha versicherte mich, dass er noch heute abends sowohl die Frage wegen des Boykotts unserer Schiffe als auch jene wegen Zurückziehung des Protestes gegen die Annexion Bosniens mit dem Grossvezir besprechen werde und dass er hoffe, mir schon morgen in beiden Belangen eine zufriedenstellende Antwort geben zu können. Ich habe Tewfik Pascha in so eindringlicher und dezidierter Weise die Gefahren, welche der Türkei drohen, wenn sie die jetzige feindselige Haltung gegen die Monarchie fortsetzen sollte, dargelegt, dass ich die Überzeugung habe, er persönlich werde alles tun, um die obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen und den Grossvezir zu überzeugen, dass es unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen für die Türkei eine Lebensfrage sei, ihr Verhältnis zu Österreich-Ungarn besser zu gestalten. Tewfik Pascha hat mich auch versichert, die Türkei hege keinerlei aggressive Absichten gegen Bulgarien; die militärischen Massnahmen, die jetzt getroffen werden, hätten lediglich den Zweck, für alle Fälle bereit zu sein. Ich glaube, es wäre sehr notwendig, in Sofia vor unüberlegten Schritten zu warnen, da man dort, wie ich höre, die Absicht hat, den Türken zuzukommen. In Bezug auf Konferenz sagte mir der Minister, dass die Türkei unter keinen Umständen die Aufwerfung der Meerengenfrage zugeben könnte. Gleichlautend Wien No. 399. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 23 Nr. 34. Vgl. n. 309.

Nr. 300. Tel. aus London, 16. Okt. 1908 Nr. 86 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Deutscher Botschafter teilt mir soeben vertraulich das ihm von Sir Edward Grey bekanntgegebene vorläufige Programm der Konferenz mit, wie es zwischen hiesiger Regierung und Herrn Iswolsky entworfen worden ist. „Les points suivants pourraient être adoptés par les puissances comme devant faire l'objet des travaux de la conférence: I. La Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie. II. La Bosnie-Herzégovine. III. Le Sandjak de Novi-Bazar. IV. Stipulations de l'article 23 du traité de Berlin concernant les provinces de la Turquie d'Europe. V. Article 61 concernant les provinces habitées par les Arméniens. VI. Stipulations de l'article 29 limitant les droits souverains du Monténégro. VII. Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro. VIII. Droits des Etats balkaniques en tant que riverains du Danube. IX. Questions des capitulations et des bureaux de postes étrangers en Turquie. Post scriptum. La question de la Crète, comme étant plus directement du ressort des 4 puissances protectrices, ces dernières l'examineront de concert, avec la Turquie et en référeront à la Conférence.“^{b)} Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 290, 295, 304, 312, 336, 345, 360, 476, 524, 538, 576, 772, 780, 790. — ^{b)} Dieses Programm wurde dem Botschafter in St. Petersburg vom russischen Minister des Äussern am 30. Okt. 1908 übergeben (vgl. n. 462). Die mit obiger Fassung gleichlautende Ausfertigung wurde auch mit Bericht aus St. Petersburg vom 31. Okt. Nr. 43 B (n. 476) eingesendet.

*Nr. 301. Bericht aus London, 16. Okt. 1908 Nr. 48 B (eing. 19. Okt.).
Ausfert.*

Euer Excellenz werden in meinen Telegrammen zwischen dem 10. und 13. d. Mts. widersprechende Nachrichten betreffs der Conferenz und namentlich betreffs der Aufwerfung der Dardanellenfrage bemerkt haben. Zuerst schien Sir Edward Grey nicht zu einer Conferenz geneigt, später modificirte er seine Haltung. Dass hiebei die Stellungnahme Iswolskys zur Meerengen-Frage eine grosse Rolle gespielt haben dürfte, bezweifle ich nicht, obwohl ich nicht von dem Gange der Unterhandlungen unterrichtet worden bin. Heute wird nun noch einmal officiell erklärt, dass die Meerengen nicht bei der Conferenz discutirt werden sollen, dass diess eine Frage zwischen Russland und der Türkei sei, dass Russland ein diesbezügliches Arrangement nicht als Compensation verlange und in die Conferenz eintrete als „eine der ganz desinteressirten Mächte.“ In allen Tonarten wird Herr Iswolsky von der hiesigen Presse in die Attitude, die er jetzt angenommen hat, hineingelobt. Eine Unterströmung von Misstrauen gegen Iswolsky war hier unzweifelhaft zu bemerken. Man befürchtete durch das Aufwerfen der Meerengen-Frage vor die Alternative gestellt zu werden, zwischen Russland und der Türkei wählen zu müssen. Durch Ausschaltung der Meerengenfrage in der dazu gewählten Form, scheint nun die entente zwischen hier und Petersburg gefestigt, wenn nicht ein neuerlicher Schritt Russlands in der Meerengenfrage das Misstrauen von neuem erweckt und das Gefühl wieder wachruft, dass Russland doch etwas gegen das neue Régime in der Türkei — das hier jetzt als sacrosanct betrachtet wird — im Schilde führt.

Mensdorff.

*Nr. 302. Bericht aus London, 16. Okt. 1908 Nr. 48 D (eing. 19. Okt.).^a
Ausfert.*

Über meine zwei Unterredungen mit Herrn Iswolsky habe ich mit Telegrammen No. 72, vom 12. und No. 81, vom 15. so ausführlich berichtet, dass ich nur wenig beizufügen habe. Bei der ersten Conversation war Herr Iswolsky unerschöpflich in seinen Recriminationen gegen Euer Excellenz. Hochdieselben hätten ihm seine Stellung in Russland sehr erschwert und nicht darauf Bedacht genommen, dass er nicht ein Minister wie Graf Lamsdorff sei, sondern auf die öffentliche Meinung und die Duma Rücksicht nehmen müsse. „Je suis un Ministre constitutionnel!“ In seinen Gesprächen mit Euer Excellenz hätte er immer den Standpunkt vertreten, dass jede Modification die Zustimmung der Mächte erlangen müsse. Auch war er nicht auf ein so baldiges und plötzliches Vorgehen gefasst. Als er in Paris ankam, fand er dass die Bombe geplatzt sei und Graf Khevenhüller dem Präsidenten mitgetheilt hätte, dass er — Iswolsky — seine Zustimmung zur Annexion Bosniens ertheilt hätte, was ihn in eine sehr schwierige Situation versetzte. Überdiess hätte — wie er behauptet — Graf Khevenhüller den französischen Staatsmännern — Präsidenten oder Minister — auch gesagt, dass die Unabhängigkeits-Erklärung Bulgariens der Annexion Bosniens vorangehen würde, „précéderait“ was denn auch eingetreten sei. Er habe

dann sich von M. Tardieu interviewen lassen müssen „à mon corps défendant, parce que Khevenhüller avait parlé.“ Immer wieder kam er darauf zurück, wie schwierig seine Stellung in Russland geworden sei und dass Euer Excellenz das heutige veränderte Russland stets noch so beurtheilen, wie es vor einigen Jahren war. Mit grosser Emphase schilderte er mir die ausgesprochene Haltung der öffentlichen Meinung ganz Europas gegen uns, sprach von der unwürdigen Stellung einer Grossmacht, welche sich der Gefahr aussetzt zwei Provinzen zu halten „sans la signature de l'Europe,“ brachte die erhabene Person unseres Aller Gnädigsten Herrn hinein, „cette grande et illustre figure, vénérée par le monde entier et dont mon souverain ne parle que les larmes aux yeux.“ Inmitten seiner Recriminationen kam er immer darauf zurück, dass er nicht die Beziehungen zwischen uns verbittern wolle, dass er hieher gekommen sei, um zu aplaniren und nicht um die Gegensätze zu verschärfen, dass er durchaus nicht eine Gruppierung hervorrufen wolle, welche Russland mit England und Frankreich in einen Gegensatz zu Österreich-Ungarn und Deutschland brächte und dass er vor Allem eine Spaltung Europas in 2 Lager vermeiden wolle. Auch ersuchte er mich, — trotz seiner griefs gegen Euer Excellenz — meine Meldungen an Hochdieselben über unser Gespräch „dans une forme amicale“ zu kleiden. An die Eloquenz und den Wortschwall Herrn Iswolskys nicht gewöhnt, versuchte ich stets, ihn auf das Terrain der praktischen Discussion zurückzuführen, was keine leichte Aufgabe war. Ich erklärte ihm, dass ich unmöglich alle seine Klagen ohne Widerrede anhören könne; nachdem er mir dieselben aber, wie er ausdrücklich sagte, nicht als Minister des Äussern, sondern als Privatmann vorbrächte und den Wunsch aussprach, eine Lösung der schwierigen Situation zu suchen und zu finden, so dächte ich es wäre besser, die Recriminationen fallen zu lassen und zu untersuchen, was sich jetzt machen liesse. Daraufhin sprach er von der Conferenz; ich konnte ihn aber auch nicht zu einem präzisen Vorschlage bringen. Als ich ihm im Sinne Euer Excellenz Telegrammes No. 1, d. dto. Budapest vom 12. I. Mts.^{b)} sagte, dass Euer Excellenz im Principe keine Einwendung gegen eine Conferenz hätten, vorausgesetzt, dass die k. u. k. Regierung vorher eine Verständigung mit der Türkei erzielt hätte, welche von der Conferenz zur Kenntniss zu nehmen wäre, meinte er das sei Sache zwischen uns und der Türkei, zu einem solchen arrangement zu kommen; es würde wohl die Sache erleichtern; er schien aber keine grosse Geneigtheit zu zeigen, viel auf dieses Thema einzugehen und verfiel immer wieder in seine Declamationen. Zwischen seinen persönlichen griefs gegen Euer Excellenz und seinen Bethuerungen, dass er trotz Allem die Balkanfrage im Einvernehmen mit uns behandeln wolle, war es unmöglich, ihn zur Formulirung irgend eines Vorschlages oder nur praecisen Wunsches zu bringen. Nach Empfang Euer Excellenz hohen Telegrammes No. 2, vom 14. I. Mts. habe ich gestern Herrn Iswolsky abermals gesehen. Ich begann damit ihm zu sagen, dass ich über unsere letzte Unterredung an Euer Excellenz Meldung erstattet hätte, „et que j'espérais avoir bien interprété sa pensée en exprimant — malgré tous ses griefs — son désir sincère et loyal de tout éviter qui pourrait nuire à nos rapports ou les envenimer et de trouver, au contraire une solution possible et acceptable.“

Er erwiderte natürlich, dass ich ihn ganz richtig verstanden hätte und ich sagte ihm, im Sinne des hohen Telegrammes, dass Euer Excellenz nicht abgeneigt wären, an der Conferenz theilzunehmen, welche von einem zwischen uns und der Türkei geschaffenen Abkommen Akt nehmen und den Artikel XXV des Berliner Vertrages abrogiren würde. Als ich hiebei bemerkte, wir könnten uns nicht einer Discussion oder einer neuerlichen Verwahrung der Türkei vor der Conferenz aussetzen, fing er an von Praecedenzfällen zu sprechen. Russland habe es nicht mit seiner Würde unvereinbar gefunden sich betreffs der règlements des Schwarzen Meeres und nach dem Frieden von San Stefano den Bestimmungen von Conferenzen zu unterwerfen, zu denen, wenn er sich recht erinnere, in beiden Fällen die Initiative von Österreich-Ungarn ausgegangen sei. Er wollte übrigens nicht mit der Sprache über die Conferenz heraus, sagte, er studiere eben die Praecedenzfälle, wie die früheren Conferenzen zu Stande gekommen seien und es hänge sehr viel von seinen Gesprächen in Berlin ab, wo er entweder vor dem 20. oder nach dem 21. eintreffen würde, um die an diesem Tage stattfindenden Hochzeitsfeierlichkeiten zu vermeiden. Er schien auf seinen Berliner Besuch grosses Gewicht zu legen. Auch bei unserer gestrigen zweiten Unterredung brachte Herr Iswolsky einige griefs gegen Euer Excellenz vor, (die ich mit Telegramm No. 81 gemeldet habe) und betonte, Hochdieselben hätten nicht nur ihn, sondern auch Herrn Tittoni und Herrn von Schoen in sehr schwierige und unangenehme Lagen versetzt. Meinem deutschen Collegen, den er zweimal besuchte, sagte er ungefähr dasselbe wie mir. Er machte uns beiden schöne Redensarten darüber, „qu'il ne voulait pas diviser l'Europe en deux camps.“ Indessen verhandelt er hier und lässt in den Blättern in allen Tonarten erklären, dass ein vollständiges Einverständnis zwischen Russland, England und Frankreich erzielt worden ist. Es wird vom grössten Interesse sein, die Sprache des Herrn Iswolsky in Berlin zu hören. Erst nach seinem dortigen Besuche wird man voll beurtheilen können, was sein hiesiger Aufenthalt für Resultate haben dürfte.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 303, 314, 2403. — b) Vom 11. Okt.

Nr. 303. *Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 16. Okt. 1908 Nr. 6 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

In wiederholten Unterredungen mit Graf Mensdorff^{b)} hat Herr Iswolsky lebhaft dagegen recriminirt, dass ich ihn gewissermaßen afficiert und der Öffentlichkeit gegenüber mich sowohl der vorherigen Zustimmung Russlands zur Annexion, wie des Bestandes eines bezüglichlichen accords berühmt hätte; erst kürzlich hätte ich wieder in einem Communiqué auf das Resultat meiner Unterredungen mit dem Herrn russischen Minister des Äußern hingewiesen. Demgegenüber muß ich feststellen, daß ich in der Öffentlichkeit bezüglich meiner Aussprache mit Herrn Iswolsky absolut discret gewesen bin; ich habe in keinem Momente der Aktion irgendein einschlägiges Communiqué veranlaßt; die einzige Äußerung, die ich bezüglich der Stellungnahme der Mächte zur Annexion fallen ließ, war jene in einer vertraulich

erklärten Sitzung der österreichischen Delegation, wonach zwischen uns, Rußland und Italien eine Aussprache bezüglich der möglichen Eventualitäten am Balkan also auch bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegowina stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe; auch diese Äußerung — zu der ich mir die ausdrückliche Zustimmung Herrn Tscharykoffs einholte — ist der Presse nicht mitgeteilt worden. Ich werde aber allerdings vielleicht zu meiner eigenen Rechtfertigung gezwungen sein, im Plenum der Delegationen darauf Bezug zu nehmen. Daß Graf Khevenhüller, den ich im allgemeinen von den Dispositionen der Mächte informiert hatte, sich von seinem Temperamente hinreißen ließ, und von einer bereits vorliegenden vorherigen Zustimmung Rußlands und Italiens sprach, dafür bin ich jedenfalls nicht verantwortlich; ich habe ja übrigens bekanntlich auch eine entsprechende Richtigstellung der Äußerung des k. u. k. Botschafters in Paris veranlaßt. Ich begreife also nicht recht, gegen welche Mittheilungen meinerseits eine Rectification Herrn Iswolskys gerichtet sein könnte. Daß Herr Iswolsky mit mir in Buchlau über Balkanfragen inclusive die Annexion conferirte und daß der Minister, wie er mir von Tegernsee ausdrücklich schrieb,^{c)} es übernahm, die betreffende Redaction zu Papier zu bringen, wird er schließlich doch nicht völlig abläugnen können. Euer Excellenz wollen in diesem Sinne Herrn Tscharykoff sprechen und ihn ersuchen, meine obigen Considerationen, die übrigens in ganz freundschaftlicher Weise gedacht seien, zur Kenntniss Herrn Iswolskys zu bringen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 315, 318, 326, 327. — b) Vgl. n. 288, 302. — c) n. 86.

Nr. 304. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 16. Okt. 1908 Nr. 7 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Das von der „Agence Havas“ in neun Punkten veröffentlichte Konferenzprogramm, welches nach einer Meldung des Grafen Khevenhüller diesem von Herrn Pichon als geeignete Basis der Verhandlungen bezeichnet wurde, enthält im Punkt 7 einen Hinweis auf eine Grenz-Rektifikation zu gunsten Serbiens und Montenegros längs der bosnisch-herzegowinischen Grenze; diese angeblich von Herrn Iswolsky proponierte Fassung sei dann später auf Einwendung Herrn Pichons etwas abgeschwächt worden. Ich behalte mir eine Stellungnahme zu dem Programme für den Zeitpunkt vor, in welchem dasselbe in authentischer Weise uns bekannt gegeben werden sollte; bis zur Stunde liegt mir überhaupt ein Konferenzantrag nicht vor. Schon jetzt aber muß ich erklären, daß der oberwähnte Punkt 7 für mich unannehmbar wäre. In den Buchlauer Unterredungen habe ich, als Herr Iswolsky anregte, ob wir nicht geneigt wären, Serbien und Montenegro territoriale Kompensationen auf unsere Kosten zu gewähren, dies ausdrücklich als vollkommen ausgeschlossen bezeichnet. Ich ersuche Euer Exzellenz, diesen Punkt schon jetzt im obigen Sinne bei Herrn Tscharykoff behufs Informierung des Herrn Ministers zur Sprache zu bringen. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 24 Nr. 35. Vgl. n. 292, 300, 307.

Nr. 305. Tel. aus St. Petersburg, 16. Okt. 1908 Nr. 157 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tscharikoff sprach mir heute Befriedigung aus über Eröffnungen des Grafen Mensdorff an Sir Edward Grey^{b)} betreffs unserer Verhandlungen mit der Pforte und konstatierte, dass auf diese Weise Konferenz bloss formelle Sanktion zu erteilen hätte. Wesentliche Schwierigkeit für Zustandekommen der Konferenz hiedurch behoben. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 25 Nr. 37. — ^{b)} Vgl. n. 289.

Nr. 306. Erlaß an den Legationssekretär Otto Franz in Belgrad; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 2027. Konz. (S. u. G. Musulin).

Ich habe den Bericht vom 16. I. M. No. 63^{a)} erhalten, in welchem Euer Wohlgeboren anher melden, daß Sie die Ihnen vom Pester Lloyd und anderen hierländischen Zeitungen zugeschriebenen Vorstellungen^{b)} bei Herrn Milovanović nicht unternommen, da Sie sich hiezu ohne einen Auftrag meinerseits nicht für befugt erachtet hätten. Ich stimme im Allgemeinen der Reserve, die Sie sich auferlegen, vollkommen zu, so weit es sich um Rekrimationen und Beschwerden gegen die Gemeinheiten der Presse oder einzelne insultirende Handlungen des Pöbels in Belgrad oder anderwärts handelt, Demarchen die bei der gegenwärtigen Situation in Serbien ihre Wirkung und ihren Zweck verfehlen müßten. Es bleibt Euer Wohlgeboren aber natürlich unbenommen auch ohne hieramtlichen Auftrag bei der königlich serbischen Regierung in Ihnen geeignet erscheinender Weise einzuschreiten, wenn Sie sich von Ihrer Vermittlung eine beruhigende Einflußnahme der serbischen Regierung in einem besonders kritischen Momente erwarten sollten; in Fällen wo das Leben oder das Eigentum österreichischer oder ungarischer Unterthanen bedroht erscheint, wird es natürlich Ihre Pflicht sein unverzüglich wenigstens den Versuch einer Einwirkung bei der königlichen Regierung zu unternehmen. Sie werden sich in solchen Fällen jeder comminatorischen Wendung enthalten, Ihre Forderungen aber in nachdrücklicher und ernster Weise vorbringen.

^{a)} Nicht aufgenommen, da Inhalt im wesentlichen oben wiedergegeben. —

^{b)} Wegen der Vorgänge in Belgrad und wegen des Verhaltens der Presse.

Nr. 307. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 8 (chiffr. 7 U. 35 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Pogatscher).

Das von der „Agence Havas“ in neun Punkten veröffentlichte Konferenzprogramm enthielt nach einer Meldung des Grafen Khevenhüller in seiner ersten, später von Herrn Pichon modifizierten Fassung im Punkt 7 einen Hinweis auf eine Grenzrektifikation zu gunsten Serbiens und Montenegros längs der bosnisch-herzegowinischen Grenze; in der neuen modifizierten Textierung wird im Artikel 7 nur mehr von Serbien und Montenegro zu gewährenden „Kompensationen“ gesprochen. Ich behalte mir eine Stellungnahme zu dem Programme für den Zeitpunkt vor, in welchem

dasselbe mit der Einladung zur Konferenz in offizieller Weise zu unserer Kenntnis gelangt sein wird. Ich muß aber schon jetzt erklären, daß der Artikel 7, der in seiner ursprünglichen Fassung für uns natürlich vollkommen unannehmbar gewesen wäre, mir auch in seiner neuen Textierung gewichtige Bedenken einflößt. Da in den inspirierten Kommentaren der westländischen Presse Kompensationen auf Kosten der Türkei als ausgeschlossen bezeichnet werden, hat es den Anschein, als ob wir für dieselben aufkommen sollten, was wir natürlich ablehnen müßten. Es wäre mir von Wert, wenn Fürst Bülow von dieser meiner Auffassung noch vor der Ankunft Herrn Iswolskys in Berlin durch Euer Hochwohlgeboren Kenntnis erhielte. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 292, 295, 304, 312, 341.

Nr. 308. Tel. nach Cetinje; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 6 (chiffr. 3 U. 30 M. p. m.). a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme bis inklusive No. 81 vom 15. l. Mts. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, unmittelbar nach Erhalt dieses Telegrammes eine Audienz bei Fürst Nikolaus zu verlangen und demselben in meinem Namen die nachfolgende Mitteilung zu machen. Sie werden vor allem konstatieren, daß seitens Österreich-Ungarns keinerlei militärische Maßnahme getroffen und lediglich zur Kalmierung der durch die Vorgänge in Montenegro beunruhigten österreichischen Grenzbevölkerung gewisse Vorsichtsmaßregeln verfügt wurden. Sie werden fortfahren, indem Sie betonen, es sei für Montenegro der Moment gekommen, über seine Politik der Monarchie gegenüber schlüssig zu werden; glaube das Fürstentum eine der Monarchie feindliche Richtung einschlagen zu sollen, so müsse es sich auch alle Konsequenzen dieses Schrittes vor Augen halten; wir würden in einem solchen Falle nur mehr unsere eigenen Interessen berücksichtigen können und unsere Überlegenheit ohne Schonung zur Geltung bringen. Wenn hingegen das Fürstentum in Erkenntnis der ihm drohenden Gefahren und in Würdigung seiner wahren Interessen eine freundschaftliche Verständigung mit der Monarchie suche, dann sei diese bereit, dem Fürstentume hilfreiche Hand zu bieten und die berechtigten Wünsche desselben vollauf zu berücksichtigen und eventuell zu vertreten. In Montenegro herrsche lebhafte Erregung wegen der erfolgten Annexion Bosniens und der Herzegowina; in dieser Erregung vergesse man ganz auf die spontane Räumung des Sandschaks. Ebenso wenig würdige man gegenwärtig in Cetinje unsere Bereitwilligkeit, auf gewisse Vorrechte des Artikels XXIX des Berliner Vertrages, die Montenegro als drückende Fesseln empfand, zu verzichten; fielen diese Vorrechte hinweg, so würde Montenegro erst zum vollen Bewusstsein seiner Stellung als Uferstaat der Adria kommen. Montenegro kenne die besonders günstigen Dispositionen, die das Wiener Kabinett — seit ich die auswärtigen Angelegenheiten leite — den wirtschaftlichen Belangen des Fürstentums entgegenbringe. Es könne sich gewiss niemand in Cetinje der Überzeugung verschließen, daß die wirtschaftliche Zukunft des Fürstentums nur im Anschlusse an das Wirtschaftsleben der Monarchie gesichert erscheint. Auf diesem Gebiete seien

wir zu dem größten Entgegenkommen bereit: Unsere werktätige Mitwirkung und unsere finanzielle Unterstützung werde dem Fürstentum ebensowenig fehlen wie das möglichste Entgegenkommen bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Abschluss eines Handelsvertrages. Wir betrachten die Erhaltung der montenegrinischen Dynastie und die Stärkung ihrer Position manchen subversiven Elementen gegenüber als ein allgemein konservatives und monarchisches Interesse und sind stets bereit, ihm in einer zwischen uns zu vereinbarenden Form unsere Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Um das persönliche Prestige des Fürsten zu erhöhen, sei ich auch bereit, sobald der gegenwärtige krisenhafte Zustand überwunden sei, die Verleihung eines österreichisch-ungarischen Regimentes an den Fürsten Allerhöchsten Ortes zu beantragen; ein offizieller Empfang am Allerhöchsten Hoflager wäre eine natürliche Konsequenz dieser kaiserlichen Ehrung. Wenn Seine Hoheit der Erbprinz die Beziehungen der Monarchie zu Montenegro beiläufig im Sinne dieser vorstehenden Ausführungen mit mir besprechen möchte, stehe ich in Wien zu seiner Verfügung. Ich fasse das Gesagte zusammen: Montenegro steht vor folgenschweren Entschlüssen: Es hat für heute und die Zukunft die Wahl zwischen den Vorteilen unserer Freundschaft und der Wucht unserer Gegnerschaft, die es noch nie empfunden. Sie werden die vorstehende Mitteilung in möglichst eindrucksvoller und feierlicher Form machen; wir erwarten eine klare Antwort, auf deren sofortige Abgabe Sie aber wegen des Ernstes der Situation nicht dringen wollen.

a) Vgl. n. 317, 322, 347 a.

Nr. 309. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Okt. 1908 Nr. 401 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute zuerst mit dem Minister des Äussern und dann mit dem Grossvezir Unterredung gehabt. Tewfik Pascha sagte mir, es sei in Bezug auf die Zurückziehung des türkischen Protestes gegen die Annexion Bosniens gestern abends noch zu keiner Entscheidung gekommen. Er glaube aber, dass dies im morgigen Ministerrate der Fall sein wird. Der Minister für seine Person ist für die Sache vollkommen gewonnen und sieht ein, dass es im Interesse der Pforte wäre, baldmöglichst zu einem vollständigen Einverständnisse mit uns zu kommen. Weniger befriedigend lauteten die Äusserungen des Grossvezirs. Letzterer machte mir den Eindruck, dass er infolge des bekannt gewordenen Konferenzprogrammes überhaupt keinen Wert auf die Konferenz legt, und dass er deshalb die Notwendigkeit, uns für dieselbe zu gewinnen, nicht einsieht. Kiamil Pascha schien mir überhaupt heute ungeheuer gedrückt, ich möchte fast sagen, verzweifelt, über die Lage, wahrscheinlich infolge der Haltung des Londoner Kabinettes. Sowohl er, als auch Tewfik Pascha sprachen mir von dem Punkte des Programms betreffend Serbien und Kiamil Pascha frug mich, ob etwa der Sandjak an Serbien fallen solle. Ich antwortete, dass, meiner Überzeugung nach, Österreich-Ungarn dies niemals zugeben könne. Kiamil Pascha wollte sogar mich dazu bewegen, eine formelle Erklärung darüber abzugeben, und sowohl er als auch Tewfik Pascha liessen durchblicken, dass, wenn dies

der Fall wäre, sofort eine vollständige Einigung betreffs der Annexion Bosniens erzielt werden könnte. Ich erwiderte hierauf, ich könne nur meine persönliche Meinung aussprechen, sei aber ganz sicher, dass sie von meiner Regierung geteilt wird. Ich habe Tewfik Pascha vorgeschlagen, eine Note an mich zu richten, in welcher die türkische Regierung erklärt, dass sie mit der Annexion Bosniens einverstanden sei. Der Minister schien auf diese Anregung eingehen zu wollen. Wie ich höre, sind sehr beunruhigende Gerüchte aus Sofia eingelangt. Infolgedessen sollen heute nachts militärische Massnahmen beschlossen worden sein. Kiamil Pascha erklärte aber mehreren Diplomaten, dass die Türkei keinesfalls den Krieg anfangen werde. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Vgl. n. 299, 332, 333, 452.

Nr. 310. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Okt. 1908 Nr. 403 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Rumänischer Gesandter teilte mir mit, Herr Sturdza habe auf eine Anfrage seitens Bulgariens, was Rumänien im Falle eines türkisch-bulgarischen Krieges machen werde, geantwortet: „Bulgarien hat uns nicht gefragt, als es sich unabhängig erklärte; wenn es jetzt zum Kriege kommen sollte, wird Rumänien erst dann seine Haltung kundgeben, wenn der Krieg ausgebrochen sein wird“. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

Nr. 311. Bericht aus Paris, 17. Okt. 1908 Nr. 31 A (eing. 19. Okt.) Ausfert.

Euere Excellenz sind durch meine diesfällige telegraphische Berichtserstattung über die wichtigsten Momente meiner Audienz bei Herrn Fallières^{a)} und der zwischen Herrn Iswolsky und mir stattgehabten Unterredung^{b)} unterrichtet. Dennoch glaube ich, nicht fehlzugehen, wenn ich über die beiden Begegnungen, die nunmehr von den Ereignissen überholt sind, eine detaillirte Darstellung unterbreite, damit aktenmässig feststeht, wie sich die Dinge zugetragen haben. Ich habe der leichteren Bearbeitung halber über meine Audienz bei dem Herrn Präsidenten der Republik und die Zusammenkunft mit Herrn Iswolsky zwei Berichte abgefasst, welche ich nunmehr Eurer Excellenz in der Anlage vorzulegen die Ehre habe. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 118. — b) Vgl. n. 154, 155.

Erste Beilage zu n. 311. „Audience auprès de Monsieur Fallières Président de la République Française, le 3 octobre 1908 à 4 h 1/2“.a)
Ausfert.

Arrivé à Paris le 3 octobre matin je fus reçu par Monsieur Pichon à 10 heures. Je fis au Ministre une ouverture assez sobre sur le sujet qui m'amenait à demander être reçu par Monsieur Fallières. Je demandais s'il était possible de me procurer cette audience auprès du Chef d'Etat pour le 5 ou 6 octobre. Monsieur Pichon fit venir Monsieur Mollard, le chef du Protocole. Le téléphone joua et Monsieur Fallières fit répondre qu'il me recevrait avec plaisir soit dans l'après-midi du 3, soit le 7 octobre. J'étais donc placé devant l'alternative d'arriver avec la communication, dont j'étais

chargé, trop tôt ou trop tard. Voulant avant tout éviter de froisser le sentiment du Gouvernement Français je me décidais à accepter l'audience offerte pour le 3 octobre. Je risquais l'indiscrétion du Gouvernement de la République et, dois-je le dire honnêtement, je m'y attendais. En arrivant à Paris j'avais cru que Monsieur Isvolsky m'avait précédé. Malheureusement le Ministre russe s'était attardé en route. S'il avait été là avant moi, ma démarche aurait rencontré moins de stupeur. Je dis à Monsieur Pichon qu'il ne m'appartenait pas de lui communiquer le contenu d'une lettre que j'allais, de la part de mon Auguste Maître, remettre tantôt au Président de la République, mais que je croyais pouvoir me fier à sa discrétion en l'informant qu'il s'agissait des affaires de l'Orient en général et de celles de la Bosnie et Herzégovine en particulier. Monsieur Pichon, ainsi que j'ai eu l'honneur de le mander à Votre Excellence, m'a semblé perplexe et anxieux. Nous n'eûmes ce jour-là pas d'explication qui touchait le fond de la question. Monsieur Fallières me reçut au Palais de l'Élysée à 4 heures et demie. Avant de parler de mon audience je dois constater que l'agence Fournier lança à 2 heures la nouvelle à la bourse d'une grave complication en Orient. L'information avait été donnée par Monsieur Clémenceau et de même le Président du Conseil dicta à 3 heures au rédacteur du Temps l'entrefilet qui parut le même soir sur ma réception. Monsieur Fallières me témoigna beaucoup d'amabilité. Il me demanda si je connaissais le contenu de la lettre Impériale.^{b)} Sur mon affirmation il me dit „je la lirai à tête reposée, mais Vous, mon cher Ambassadeur, Vous pourrez certainement me donner quelques commentaires.“ Me tenant absolument aux idées développées dans la lettre de notre Auguste Maître et aux explications contenues dans la dépêche circulaire de Votre Excellence du 3 octobre,^{c)} je tâchais d'expliquer à Monsieur le Président de la République les raisons qui forçaient le Cabinet I. et R. à prendre une décision aussi grave. Je ne laissais surgir aucun doute dans l'esprit de Monsieur Fallières sur le point important que l'Autriche-Hongrie ne sollicitait point la permission pour son acte auprès des Puissances, mais tenait par courtoisie à les prévenir avant que la chose ne soit accomplie. Cette considération semblait frapper Monsieur Fallières et peut-être le contenter car notre décision lui épargnait le souci d'accorder ou de refuser son consentement. Il me demanda des renseignements sur l'importance territoriale du Sandjak de Novibazar, sur le nombre de troupes que nous y tenions et parut entendre la première fois la nouvelle qu'il existait entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie une convention sur ce sujet. Monsieur le Président de la République me demanda ensuite quelles Puissances étaient au courant de notre action. Me basant sur les renseignements que Votre Excellence S'est plu à me donner le 28 et 29 septembre je me suis permis de dire que l'Allemagne, la Russie et l'Italie avaient été instruites confidentiellement de notre situation aux Balkans et des mesures que nous allions prendre. J'ai ajouté que nous avions l'espoir fondé que ces trois Puissances ne s'opposeraient pas à notre dessein. Monsieur Fallières émit alors l'opinion que l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine pousserait la Bulgarie à se déclarer indépendante. J'ai répondu que la Bulgarie agirait comme elle l'entendait dans son propre intérêt et

que nous n'étions pour rien dans ses résolutions. Mais qu'il me semblait que cet événement était attendu depuis quelque temps et que les Puissances avaient eu le loisir d'en escompter l'effet. Avant de terminer mon exposé je dis à Monsieur Fallières que des lettres avaient été adressés par Sa Majesté I. et R. Apostolique aux Souverains des Etats signataires du Traité de Berlin. Comme j'avais lieu de penser que ces lettres ne seraient remises à leur hauts destinataires que le 6 octobre je priais Monsieur le Président de la République de garder le secret de ma démarche jusqu'à mardi soir. Je fis comprendre à Monsieur Fallières que j'aurais préféré n'être reçu qu'à la date du 6 octobre, mais que je m'étais conformé à Ses ordres. Monsieur le Président me dit: „Je Vous promets bien volontiers le secret jusqu'à mardi,^{d)} mais en avez-Vous parlé à Pichon?“ Comme je répondis que je n'avais pas cru possible de cacher ma démarche à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères, alors Monsieur Fallières me répondit par deux mots: „oh alors!“ En attendant la nouvelle circulait en ville et le coup à la bourse avait été opéré avec succès. Je n'ai rien à ajouter à cette relation détaillée.

a) Vgl. n. 118. — b) n. 95. — c) n. 116. — d) Vgl. n. 371, 465.

Zweite Beilage zu n. 311. „Unterredung mit seiner Exzellenz Herrn Iswolsky, russischem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten am 6. Okt. 1908.“^{a)} *Ausfert.*

Herr Iswolsky hat am 6. Oktober bei mir telephonisch angefragt, wann ich zu Hause anzutreffen wäre. Ich liess antworten, den ganzen Tag. Herr Iswolsky kam um 5 Uhr auf die Botschaft, blieb eine Stunde. Die Konversation, die zwischen uns sich abspielte und über welche das Telegramm Nr. 29 berichtet, war stellenweise lebhaft, ja heftig, verliess aber nie die Grenzen einer höflichen Discussion. Iswolsky begann damit, mir zu sagen, er sei der offenste und wahrheitsliebendste Mensch der Welt und werde darum ohne Rückhalt mit mir sprechen. Euer Exzellenz Vorgehen in der Sandjak-Frage sei für ihn ein Schlag in den Rücken gewesen, nicht Russland, sondern Österreich-Ungarn habe den Accord von Münzsteg zertrümmert. Euer Exzellenz hätten damals geglaubt, dass die entrüstete Stimmung in Russland eine künstliche Bewegung sei und von ihm — Iswolsky — erzeugt. Das sei Irrthum, Russland habe sich geändert, es gäbe jetzt eine öffentliche Meinung, der man Rechnung tragen müsse, und er stehe da als ein konstitutioneller Minister. Die reine Autokratie gehöre der Geschichte an. Was mich bei dieser Auseinandersetzung frappierte, war der Ton des Hasses, der sich gegen Euer Exzellenz Person Luft machte. Ich unterbrach diesen Exodus, der in dem Worte von der quantité négligeable gipfelte, und sagte Iswolsky: das gehört doch der Vergangenheit an, Sie haben Sich seither mit meinem Minister in Buchlau ausgesprochen, also lassen wir das und gehen wir auf die Gegenwart über. Herr Iswolsky fuhr fort: Baron Aehrenthal hat mich von seinem Vorhaben bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegovina allerdings unterrichtet, ich hatte aber verstanden, dass diese Aktion in weiter Ferne und nicht unmittelbar bevorstehend sei. Meine, Ihrem Minister gegenüber entwickelte Anschauung

ging dahin, dass die Annexion vor das Forum der Grossmächte gehört und nicht zwischen der Türkei und Ihnen abgewickelt werden könne. Ich will eine Konferenz, auf welcher über Bosnien gesprochen werden soll. „Nous ne vous ferons pas la guerre à cause de l'annexion“, wir wollen aber die Gelegenheit nützen, um uns von lästigen Stipulationen des Berliner Vertrages, der ausschliesslich gegen uns gemacht wurde, zu befreien. Ich warf ein: „Sie wollen die Freiheit der Dardanellen“, worauf der Minister sagte: „ja so ist es“, und ich dazwischen rief: „das mögen Sie in London besorgen.“ — „Gerade dazu brauche ich die Konferenz“ — ich sagte: „da Sie konstitutioneller Minister sind, haben Sie ja ein anderes Mittel.“ „Welches?“ erwiderte Iswolsky. — „Die Tribüne der Duma und eine Erklärung, dass Sie die Sperre nicht mehr respektiren wollen. Allez y!“ Nun ging Iswolsky auf die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens über und sagte, die Gleichzeitigkeit dieser beiden Verletzungen des Berliner Vertrages sei unerträglich, sie beweiße, dass ein Causalnexus zwischen beiden bestehe und wir dahinter stünden. Ich widersprach Herrn Iswolsky mit Schärfe und hatte Mühe, meine Ausdrücke so zu wählen, dass die Konversation nicht zu einem jähen Abschlusse gelangte. Ich sagte dem Minister: „Sie muthen mir zuviel zu. Ihr Agent in Sofia wusste am 20. September, dass die Unabhängigkeitserklärung unmittelbar bevorstand, warum haben Sie dann nur mit mündlichen Protesten gehandelt, wenn Ihnen die Sache nicht in Ihre Politik passt? Seit der Konvention von Reichstadt^{b)} haben Sie uns bereits dreimal die Zustimmung zum Erwerb der beiden Provinzen gegeben, und jetzt wollen Sie Bedingungen stellen?“ Nun betonte Iswolsky, dass er bereits die Majorität der Mächte für die Konferenzidee gewonnen habe, was positiv in diesem Momente nicht wahr gewesen. Als ich den Minister über Programm und Versammlungsort der Konferenz befragte, gab er nach einigem Zögern die Antwort: Revision des Berliner Vertrages und Ausschluss einer Capitale einer Grossmacht. Ad 1 sagte ich: das Programm scheint mir zu weit und müsste, um acceptabel zu sein, enger begrenzt werden, ad 2: also wollen Sie nach Brüssel. Iswolsky: vielleicht Genf oder Haag, ich: in Genf riskiren die russischen Bevollmächtigten das Leben, da dort alle Flüchtlinge Sibiriens versammelt sind, im Haag besteht das Präcedens der beiden gänzlich verunglückten Friedens-Konferenzen, Sie werden doch nicht das dritte Mal umwerfen wollen. Herr Iswolsky erwähnte noch, dass man der Türkei gewisse Genugthuungen und Ersätze schulde, für welche er auftreten wolle, eine Erläuterung gab er mir hiefür nicht, denn wenn der Gedanke in Praxis umgesetzt werden sollte, würden sich die Schwierigkeiten erst recht zeigen. Iswolsky fragte mich, wann ich die Circulardepesche Euer Exzellenz an Herrn Pichon übergeben würde. Ich antwortete, morgen, worauf er mich bat, ihm das Schriftstück vorzulesen. Ich habe keinen Anstoss genommen, dies zu thun. Wenn nach der obigen Darstellung an Inhalt und Ton dieses Gespräches Kritik geübt werden darf, so war das Leitmotiv Iswolskys Ärger über Euerer Exzellenz mit kühner Initiative inscenirte Aktion, und das Bestreben, auf irgend eine Art einen persönlichen Erfolg zu erringen, der wohl im Interesse seiner Stellung notwendig scheint.

a) Vgl. n. 154, 155, 313, 314. — b) Vgl. n. 97 Anm. b.

*Nr. 312. Bericht aus Paris, 17. Okt. 1908 Nr. 31 B (eing. 19. Okt.).^{a)}
Ausfert.*

Confidentiel. Monsieur Pichon m'a fait savoir avant-hier matin qu'il désirait me voir. Le rendez-vous fut pris pour 4 heures et demie. En arrivant au cabinet du Ministre je rencontrais mon collègue d'Italie qui en sortait. Monsieur Pichon me dit: „j'ai demandé que vous veniez chez moi parce que j'avais l'intention de vous communiquer le programme pour la conférence tel qu'il a été conçu par Monsieur Isvolsky et Monsieur Cambon à Londres. Il était dans notre intention de garder le secret jusqu'au moment où toutes les puissances qui ont signé le traité de Berlin soient instruites. Par une indiscretion que je regrette beaucoup le représentant de l'Agence Havas à Londres a reçu à 2 heures la communication du programme qui contient 9 points.“ Monsieur Pichon m'a lu ce programme. J'en soumetts ci-près la teneur d'après le Temps du 16 octobre.^{b)} Il a ajouté que le mot peut-être dans l'article 1^{er} doit être supprimé. L'article 7 est conçu dans ces termes: il est désirable de chercher à donner une compensation à la Serbie et au Monténégro par la rectification des frontières sur la partie du territoire de la Bosnie et de l'Herzégovine avoisinant le sandjak de Novi-bazar. Le Ministre me dit que quand on lui soumit ce texte il le déclara de suite comme inacceptable pour l'Autriche-Hongrie. Avec l'appui de Sir Edward Grey il fit substituer le texte suivant: avantages à consentir à la Serbie et au Monténégro. Monsieur Pichon appuya sur la phrase suivante: „avant tout je désire éviter le groupement des puissances. Ce programme à mon avis ne peut être que la matière pour négocier entre les cabinets. Il faut avant que la conférence se réunisse que tous les participants soient d'accord.“ Avant de me laisser partir le Ministre me dit en accentuant ses paroles: „sachez bien que j'ai le désir de vous être agréable et que je ne m'associerai à aucune politique qui pourrait vous paraître nuisible.“ J'ai vivement remercié Monsieur Pichon de ses bonnes intentions à notre égard. Je lui ai dit que je ne connaissais point l'appréciation de Votre Excellence sur ce programme, mais que je croyais en mon nom personnel pouvoir émettre l'opinion que nous n'admettrions jamais l'article 7 dans sa première rédaction. D'autre côté j'ai entendu que le Gouvernement Français est outré du procédé de Monsieur Isvolsky. Pourquoi ce Ministre a-t-il, à l'encontre d'un engagement pris vis-à-vis de l'allié et de l'ami, trahi cet accord? Simplement parce que, pour nous porter un coup, il a voulu faire connaître par la grande publicité la teneur de l'article 7 qui est son œuvre personnelle.

Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 307, 316, 355, 388. — ^{b)} Vgl. n. 300, 336.

*Nr. 313. Bericht aus Paris, 17. Okt. 1908 Nr. 31 C (eing. 19. Okt.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Als Herr Iswolsky am 4. d. Mts. in Paris eintraf, war sein Bestreben dahin gerichtet, seine Kenntnis über die Absichten Euer Excellenz auf ein Minimum zu reduciren. Er versuchte die Sache so hinzustellen, dass er zwar im Allgemeinen unterrichtet gewesen sei, die Annexion

Bosniens und der Herzegovina würde einmal kommen, er habe aber gemeint, dass noch geraume Zeit vorübergehen würde, bevor diese Frage aktuell werde und eventuell sogar eine Konferenz sich aussprechen könne, bevor ein irreparables Definitivum geschaffen wird. Über seine Besprechung mit Herrn Tittoni hat sich Iswolsky hier gänzlich ausgeschwiegen. Für diese Haltung hatte der russische Minister, wie es mir scheint, zwei Gründe. Er wollte das russische Anlehen, das herauskommen sollte, nicht gefährden und dann die Unterstützung Frankreichs gewinnen, um in England die Dardanellen Frage erfolgreich anschneiden zu können. Das Spiel, sich als den unschuldigen Ignoranten hinzustellen, hat hier Schiffbruch gelitten. Trotz Iswolskys Äusserungen an Tardieu vom 5. und 6. Oktober, ist die französische Regierung und die öffentliche Meinung dahin aufgeklärt worden, dass er unser Vorhaben seit Wochen wusste, dagegen einen Protest nicht erhoben hat, es aber unterliess, den Alliierten zu benachrichtigen. Herr Clemenceau wieder wollte von einer weiteren Beeinträchtigung der Türkei durch Aufrollung der Dardanellen-Frage nichts wissen. Nachdem Frankreich nichts mehr fürchtet als eine Lockerung der englisch-russischen Beziehungen, so hätte man gerne sich an Stelle Iswolskys gesetzt und als uneigennützigem Vermittler mit Berlin und Wien unterhandelt, um die Basis für eine Konferenz zu finden. Iswolsky wollte jedoch von einer derartigen Substitution nichts wissen. Er wollte die Krise austragen, mit England abhandeln und dann mit dem à trois gewonnenen Resultate vor die Mächte des Dreibundes hintreten. Ihm tut im persönlichen Interesse ein Erfolg Not. Herr Pichon liess sich, obwohl ungern, überzeugen und liess Iswolsky nach London reisen. In der Presse musste ich die von Iswolsky beliebte Darstellung über das, was er von Euer Excellenz in Buchlau erfuhr, bekämpfen. Ich konnte hier die Auffassung nicht aufkommen lassen, dass er nichts gewusst hätte. Ich glaube, mit meiner Version mehr Eindruck gemacht zu haben als Herr Iswolsky. Pichon ist heute davon überzeugt, dass Iswolsky kein Recht hat, Überraschung zu heucheln. Über die Pressstimmen lege ich an anderer Stelle einen ergebensten Bericht vor. Khevenhüller.

a) Vgl. zweite Beilage zu n. 311.

Nr. 314. Bericht aus Paris, 17. Okt. 1908 Nr. 31 E (eing. 19. Okt.). Ausfert.

In dem Berichte No. 48 D. vom 16. Oktober des Grafen Mensdorff ist die Meldung enthalten, Herr Iswolsky habe die Behauptung aufgestellt, ich hätte Herrn Fallières und französischen Staatsmännern gesagt, dass die bulgarische Unabhängigkeits-Erklärung vor der Annexion Bosniens erfolgen würde. Diese Behauptung ist durchaus falsch und erfunden. In meinem Gespräch mit dem Präsidenten der Republik und Herrn Pichon habe ich stets den Standpunkt vertreten, dass kein Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen bestehe, und wir nicht in der Lage seien, zu erklären, ob und wann Bulgarien sich unabhängig erklären werde. Aus meiner Relation über die mit Iswolsky am 4. Oktober habachten Unterredung^{a)} wollen Euer Excellenz gütigst entnehmen, dass er mir gegenüber allerdings in anderer Form als gegen Graf Mensdorff versucht hat, uns die Schuld der bulgarischen Erhebung in die Schuhe zu schieben. Ich habe auf das Energischste

protestiert. Die Sucht, uns als die mit Bulgarien verbündeten und bewussten Ruhestörer hinzustellen, ist der rote Faden, der Iswolskys Politik im Verkehr mit England und Frankreich durchzieht. Ich werde bei meiner heute abend stattfindenden Begegnung mit Iswolsky das Wort *précéder*, das er mir zuschreibt zur Sprache bringen und um Aufklärung bitten. Khevenhüller.

a) Zweite Beilage zu n. 311. Das Datum 4. Okt. ist irrig. Die Unterredung fand am 6. Okt. statt.

Tel. nach Rom; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 5 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 317.

*Nr. 315. Tel. nach Rom; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 6 (chiffr. 7 U. p. m.).*a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

In den wiederholten Meldungen, die mir Euer Exzellenz über die erschütterte Position Herrn Tittonis erstatten, kommt auch die Befürchtung des Herrn italienischen Ministers zum Ausdruck, daß eine Bezugnahme meinerseits auf die „vorherige Zustimmung Italiens“ zur Annexion seine Stellung noch weiter erschüttern müßte. Dem gegenüber will ich vor allem feststellen, daß die im Abendblatt des „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 13. I. M.^{b)} bedauerlicherweise veröffentlichte Notiz selbstverständlich ganz ohne mein Wissen oder mein Zuthun erschienen ist. Daß Graf Khevenhüller, den ich im allgemeinen von den Dispositionen der Mächte informirt hatte, sich von seinem Temperamente hinreißen ließ und von einer bereits vorliegenden vorherigen Zustimmung Rußlands und Italiens gesprochen hat, dafür bin ich natürlich nicht verantwortlich; ich habe ja übrigens bekanntlich auch eine entsprechende Richtigstellung der Aeüßerungen des k. und k. Botschafters in Paris veranlaßt. Euer Exzellenz wollen Herrn Tittoni sagen, daß sowohl politische Considerationen wie meine persönliche Freundschaft für ihn mir es zur Aufgabe machen, alles zu thun, was seine Stellung stärken und alles zu unterlassen, was ihm schaden könnte. Als ich mich über die Stellungnahme der Mächte zur Annexion vor der Delegation ausließ — es war dies die einzige Aeüßerung, die ich im Gegenstande gethan — geschah dies in einer vertraulich erklärten Sitzung und meine Aeüßerung ist der Presse nicht zugänglich gemacht worden. Ich habe mich damals darauf beschränkt, zu sagen, „daß zwischen uns, Rußland und Italien bezüglich der möglichen Eventualitäten am Balkan — also auch bezüglich Bosniens und der Herzegowina — ein Gedankenaustausch stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe.“ Auf Grund des Schreibens, das mir Herzog Avarna Seitens Herrn Tittonis^{c)} am 6. I. M. überbrachte, mußte ich mich zu dieser gewiß vorsichtig und zurückhaltend abgefaßten Erklärung für ermächtigt halten; angesichts der gegen mich inscenirten Preßcampagne werde ich mich allerdings vielleicht veranlaßt sehen, im Plenum der ungarischen Delegationen auf diese Erklärung wenigstens Bezug zu nehmen. Ich bin immer bereit, die Anregungen Herrn Tittonis über die Art und Weise, wie die von ihm vertretene politische Richtung gestützt werden könnte, in freundschaftlicher und wohlwollender Weise von unserem eigenen Standpunkte aus zu prüfen; in diesem Sinne habe ich mich ja auch in meinem Briefe nach Desio^{d)} dahin geäußert, daß ich bereit

sei, in der Frage des Besuches katholischer Fürsten in Rom eine vorsichtige Sondirung beim Vatikan vorzunehmen. Was die Bemerkung des Herrn italienischen Ministers anbelangt, ich möchte den Zusammentritt der eventuellen Conferenz nicht retardiren, so bitte ich Euer Exzellenz, Herrn Tittoni zu sagen, daß ich, sobald mir einmal die Einladung zur Conferenz mit einem für uns annehmbaren Programm vorliegen wird, gewiß nichts thun werde, um den Beginn ihrer Thätigkeit zu verzögern. Wenn Euer Exzellenz Herrn Tittoni im vorstehenden Sinne sprechen werden, wollen Sie auch hinzufügen, daß ich ihm demnächst in einem persönlichen Schreiben^{e)} Mittheilungen über die vor Buchlau zwischen uns und Rußland gepflogenen geheimen Verhandlungen zukommen lassen werde. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 303, 323, 326, 338. — ^{b)} Vgl. n. 279. — ^{c)} n. 132, 201. — ^{d)} n. 88. — ^{e)} n. 337.

Nr. 316. Tel. nach Rom; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 7 (chiffre. 11 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Gager).

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 157. Herr Tittoni kennt die Bedingungen unter welchen ich dem Zusammentritte einer Conferenz zuzustimmen bereit bin. Punkt 7 des von der Agence Havas veröffentlichten englisch-russischen Conferenzvorschlages erscheint mir jedoch bedenklich, da er einen Hinweis auf Compensationen an Serbien und Montenegro enthält. Wie Herr Tittoni weiss, habe ich schon in Buchlau den vom Herrn Iswolsky gemachten Anwurf einer auf unsere Kosten gewährenden Entschädigung dieser beiden Balkanstaaten a limine zurückgewiesen. Ich finde daher die Veröffentlichung eines solchen Programmpunktes sehr bedauerlich, umso mehr als hiedurch unsere Situation gegenüber Serbien und Montenegro nur eine weitere Zuspitzung erfahren kann. Was die Zeitungsnachricht von Bemühungen zur Ermöglichung eines Besuches Seiner k. u. k. Hoheit des Erzherzogs Franz in Rom betrifft, so stehe ich der Lancirung derselben selbstverständlich vollkommen ferne, begreife aber andererseits nicht recht, weshalb sich Herr Tittoni hiedurch peinlich berührt fühlt, da die bezügliche Meldung gerade in der klerikalen Reichspost in einer für die Lösung der Frage des Besuches katholischer Fürsten in Rom günstigen Weise erörtert wird. Herr Tittoni sollte daher, statt sich peinlich berührt zu fühlen, eher trachten aus letzterwähntem Umstande Nutzen zu ziehen. Euer Excellenz wollen sich im Sinne vorstehender Ausführungen dem italienischen Minister des Äussern gegenüber aussprechen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 312, 323, 335.

Nr. 317. Tel. nach St. Petersburg Nr. 8 und Rom Nr. 5; Budapest, 17. Okt. 1908 (chiffre. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Die Nachrichten aus Montenegro über die dort herrschende, durch die verschiedenen Manifestationen des Fürsten hervorgerufene Erregung ebenso die directen Mittheilungen des Fürsten an den k. u. k. Gesandten über eine von ihm verfügte „als Vorsichtsmassregel geltende“ theilweise

Mobilisirung, veranlassen uns zu einem ernsten und abmahnenden Schritte in Cetinje. Baron Kuhn ist beauftragt worden dem Fürsten vorzustellen, dass wir stets bereit seien uns mit Montenegro freundschaftlich zu verständigen, dass es aber andererseits, verhängnisvoll für das Fürstenthum sein könne, wenn es sich zu einer feindseligen Haltung uns gegenüber hinreissen liesse. Euer Exzellenz wollen von der vorstehenden Mittheilung Herrn Tscharykoff [Tittoni] in entsprechender Weise verständigen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 308, 323, 324.

Nr. 318. Tel. aus St. Petersburg, 17. Okt. 1908 Nr. 158 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} Entziff.

In Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 vom 16. d. M. berufen sich Hochdieselben auf ausdrückliche Zustimmung des Herrn von Tscharykow zur Redaktion der Interpellationsbeantwortung betreffend die Annexion. Nachdem Ministergehilfe laut meinem Telegramme 149 vom 11. d. M. im Hinblick auf Eingreifen des Herrn Iswolsky weitere Verantwortung für ursprünglich akzeptierte Redaktion abgelehnt hat, konnte ich mich ihm gegenüber nicht mehr auf seine „ausdrückliche Zustimmung“ berufen. Gebrauchte daher Wendung, dass sich Euer Exzellenz zu der in vertraulicher Sitzung der österreichischen Delegation^{b)} abgegebenen Aeusserung durch Telegramm des Herrn Iswolsky über Resultat der Besprechungen von Buchlau und Desio, welches mir Herr von Tscharykow zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hatte, autorisiert erachteten. Ministergehilfe bat mich dringend, Euer Exzellenz aufmerksam zu machen, dass vor Abgabe einer Erklärung in öffentlicher Sitzung Einvernehmen zwischen Euer Exzellenz und Herrn Iswolsky notwendig wäre, da er (Herr von Tscharykow) nicht befugt sei, diesbezüglich Zustimmung zu geben. Nachdem man im Wesen einig sei, werde es nicht schwer fallen, beiderseits befriedigende Redaktion festzustellen. Herr Iswolsky gedenkt, sich Dienstag und (Mittwoch)^{c)} Berlin aufzuhalten und Freitag hier einzutreffen. Berchtold.

a) Vgl. n. 326, 386. — b) Vgl. n. 201, 219. — c) Chiffre fehlt.

Nr. 319. Tel. nach Sofia; Budapest, 17. Okt. 1908 Nr. 3 (chiff. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).

Der türkische Geschäftsträger in Wien hat über Auftrag der Pforte die außerordentlichen Truppenbewegungen zur Sprache gebracht, die angeblich in Bulgarien stattfinden und im Falle ihrer Fortsetzung die Türkei zwingen würden, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, von denen die Pforte jetzt noch Abstand nehmen wolle, um Komplikationen zu vermeiden. Der Geschäftsträger verband mit dieser Mitteilung die Bitte, die k. u. k. Regierung möge in Sofia behufs Einstellung jener Truppenbewegungen Vorstellungen erheben. Euer Hochgeboren wollen bei der dortigen Regierung in freundschaftlichster Weise auf obige Démarche des türkischen Vertreters Bezug nehmen und bemerken, daß mir über die darin erwähnten militärischen Maßnahmen und deren Charakter nichts authentisches bekannt sei; so wie ich jedoch immer im Interesse der Ruhe am Balkan freundschaftlichen

Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien das Wort geredet hätte, so möchte ich der bulgarischen Regierung auch jetzt raten, diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten und ohne Notwendigkeit keine Maßnahmen zu ergreifen, welche Gegenmaßnahmen veranlassen und die Gefahr eines Konfliktes näher bringen würden. Der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel sei übrigens instruiert, eine analoge Sprache bei der Pforte zu führen.

Streng geheim. Falls die Situation zwischen Bulgarien und der Türkei, sei es aus Anlaß der beiderseitigen militärischen Maßnahmen oder der in Konstantinopel anscheinend wieder aufgeworfenen ostrumelischen Frage, sich zuspitzen und einem Konflikte zutreiben sollte, lege ich großen Wert darauf, in Bulgarien das Gefühl zu erhalten, daß es an uns einen sicheren Rückhalt habe und daß die Politik der Monarchie sich auch weiters in einer Bulgarien durchaus freundlichen Richtung bewegen werde. Diese Konsideration wollen Euer Hochgeboren sich bei der Ihnen jetzt aufgetragenen Démarche sowie auch späterhin sorgfältig vor Augen halten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 161, 377, 434.

Nr. 320. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 18. Okt. 1908 Nr. 109 (eing. 2 U. 20 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Aeussern sicherte mir vor der Abreise zu, daß die   sterreichischen und ungarischen Staatsangehörigen gesch  tzt werden würden und daß Spezialkorrespondent der Neuen Freien Presse, welcher gestern abends t  tlich insuliert wurde, Genugtuung durch Bestrafung des Attentäters erhalten wird. Wert der Zusicherung nicht allzu groß, da außer dem Minister des Aeussern fast alle Funktionäre ihre uns feindliche Haltung auch durch ihr Verhalten betätigen. Deutscher Militär-Attaché wurde heute nachmittags auf der Straße als   sterreichischer Spion verhaftet, später freigelassen. Stimmung eines Teiles der Bevölkerung gegen den König beginnt intensiv zu werden, ist aber noch nicht bedrohlich. Hier in Belgrad wurden gegen diese Bewegung umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen. Minister des Aeussern sagte mir heute, daß die Entsendung des Herrn Pa  i   nach St. Petersburg noch nicht definitiv beschlossen sei, doch scheint diese ebenso wie jene des Abgeordneten Stojan Novakovi   nach Konstantinopel unmittelbar bevorzustehen. Gleichlautend Wien. Franz.

a) Oe.-U. Bosnien 25 Nr. 38. Vgl. n. 321.

Nr. 321. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 18. Okt. 1908 Nr. 110 (eing. 19. Okt. 4 U. 40 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Trotz der in meinem ergebensten Telegramme Nr. 109 von gestern^{b)} erwähnten Zusicherung des Ministers des Aeussern wurden heute von einer johlenden, mit Kn  tteln bewaffneten Volksmenge, die in Gruppen geteilt durch die ganze Stadt zog, die Firmenschilder der   sterreichischen und ungarischen Läden heruntergerissen, respective zerstört. Anderen Schaden konnte ich bis jetzt nicht konstatieren. Die Geschäfte waren des Sonntags wegen geschlossen. Der vorherrschende Eindruck ist, daß die ganzen

Manifestationen mit Connivenz der Behörden stattfanden. Die Polizei verhielt sich den Ausschreitungen gegenüber als teilnahmslose Zuschauerin. Ich fordere morgen vom Ministerpräsidenten in ernster, nachdrücklicher Weise, unter Vermeidung jeder comminatorischen Wendung: energischen Schutz gegen Wiederholung heutiger Vorgänge, sowie Schadenersatz. Versuch der Volksmenge, zum Gesandtschaftsgebäude vorzudringen, wurde im letzten Momente durch Kavallerie verhindert. Ebenso wurde Versuch einer Gruppe, zum k. u. k. Konsulate zu gelangen, von der Polizei vereitelt. In den Strassen lebhaft Bewegung. Den Herren der k. und k. Gesandtschaft wurden beim Verlassen des Restaurants aus der angesammelten Menschenmenge feindliche Rufe nachgerufen. In der Nähe des königlichen Palais steht eine Kompagnie Infanterie in Bereitschaft. Wiewohl heutige Ereignisse auch auf Rechnung des Sonntags zu setzen sind, glaube ich doch, dass die Rückkehr des Herrn k. u. k. Gesandten noch um einige Tage zu verschieben wäre. Gleichlautend Budapest. Franz.

a) Oe.-U. Bosnien 26 Nr. 39. Vgl. n. 330. — b) n. 320.

Nr. 322. Tel. aus Cetinje, 18. Okt. 1908 Nr. 85 (eing. 19. Okt. 4 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 6. Ich habe heute Mittags dem Fürsten vor dessen Abreise ins Innere des Landes die mir aufgetragene Mitteilung gemacht und in möglichst eindrucksvoller, liberaler und feierlicher Form betont, dass das Fürstentum sich nun entscheiden müsse, ob es sich für jetzt und die Zukunft die Vorteile unserer Freundschaft sichern oder sich der Wucht unserer Gegnerschaft aussetzen wolle. Mein Ersuchen um eine klare Antwort nach reiflicher Überlegung und Würdigung meiner Ausführungen beantwortete der Fürst, welcher seinen Dank für die gemachten Mitteilungen Ausdruck gab, mit seinen gewohnten Beteuerungen, dass er eine Zukunft des Fürstentums nur in einer freundschaftlichen Anlehnung an die Nachbarmonarchie erblicke. Er hoffe, dass die Konferenz auf deren Zusammentreten er rechne, die berechtigten Wünsche Montenegros nach einer territorialen Kompensation berücksichtigen werde, und dass er seiner bisherigen Politik, die freundschaftlichen Beziehungen zu uns zu unterhalten, werde treu bleiben können. Sollten seine Hoffnungen jedoch enttäuscht werden, so sei er es seiner Ehre und der Geschichte seines Volkes schuldig, selbst seine weitere Existenz aufs Spiel zu setzen. Ich legte dem Fürsten nachdrücklichst nahe, sich die Gefahren vor Augen zu halten, die ihn bei einem solchen Entschlusse bedrohen würden, worauf er neuerdings den Euer Exzellenz bereits mit Telegramm Nr. 81 gemeldeten Appell an die Grossmütigkeit der k. u. k. Regierung, nicht ohne dass ich denselben als aussichtslos bezeichnete, vorbrachte. Ich gab zum Schlusse der Erwartung Ausdruck, dass er die im Auftrage Euer Exzellenz gemachten Mitteilungen noch einer ernsten Würdigung unterziehen werde. Die kriegserische Stimmung im Lande ist im Zunehmen, doch könnte der Fürst derselben noch Herr werden. Gleichlautend Budapest. Kuhn.

a) Vgl. n. 331.

*Nr. 323. Tel. aus Rom, 18. Okt. 1908 Nr. 160 (eing. 11 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 5, 6, 7^{b)} erhalten. Bezüglich ersteren sagte mir Herr Tittoni soeben qu'il fallait que le Prince de Monténégro fût devenu fou pour tenter un appel aux armes. Encore hier il (Mr. Tittoni) lui avait fait dire de se tenir tranquille pour l'amour de Dieu! Il ne peut pas croire à la probabilité d'un coup de tête. Ein solcher schiene ihm sehr bedenklich. Natürlich würde Serbien auch losgehen und mit Rücksicht auf die in Russland herrschende Stimmung sei es keineswegs sicher, dass die Regierung dort die Situation in der Hand behalte. Herrn Iswolskys Stellung fange ohnedies an, schwierig genug zu werden. Tittoni ist heute etwas weniger deprimiert; er dementiert entschieden die in parlamentarischen Kreisen zirkulierende Nachricht, er habe vor einigen Tagen dem Könige sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Er hofft noch sehr auf irgend einen Beweis des Entgegenkommens unsererseits, um ihn wieder flott zu machen. Er hat inzwischen noch eine andere diesbezügliche Kombination ausgedacht, über die er mir erst in einigen Tagen Details wird geben können. Ich habe mich sehr reserviert verhalten. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 358, 414, 458. — ^{b)} Vom 17. Okt.

Nr. 324. Tel. aus St. Petersburg, 18. Okt. 1908 Nr. 161 (eing. 12 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 8 vom 17. d. M. Vorgestern Meldung hier eingetroffen, dass Fürst von Montenegro angesichts der Truppenansammlung an der österreichisch-ungarischen Grenze gezwungen, partielle Mobilisierung anzuordnen. Hierüber telegrafische Weisung nach Cetinje ergangen, den Fürsten Nikolaus dringend zur Ruhe zu mahnen, widrigenfalls weder Russland noch andere Mächte auf Konferenz für Wünsche Montenegros eintreten würden. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 329.

Nr. 325. Bericht aus St. Petersburg, 5. 18. Okt. 1908 Nr. 40 A (eing. 20. Okt.).^{a)} Ausfert.

Wie bereits telegraphisch gemeldet,^{a)} habe ich die Depesche, in welcher ich beauftragt wurde, die Neugestaltung der Verhältnisse im Sandschak von Nowi Bazar sowie in Bosnien und der Herzegovina der hiesigen Regierung zu notifizieren, am 7. d. M. dem Gehilfen des Ministers des Äussern, Herrn Tscharykoff, verlesen und eine Copie dieser Denkschrift demselben eingehändigt. Schon Tags zuvor hatte ich gelegentlich einer Unterredung mit dem Adjoint, in deren Verlaufe mich derselbe gefragt hatte, in welcher Form wir die Annexion auszusprechen gedächten, eröffnet, dass dies im Wege der Kündigung der Convention von Konstantinopel vom 21. April 1879 unter Rücknahme der Aktionsfreiheit bezüglich Bosniens und der Herzegovina erfolgen würde. Herr Tscharykoff hatte diese Mitteilung mit der etwas naiv klingenden Bemerkung entgegen-

genommen: „Si nous avions su cela il y a quinze jours!“ Als ich nun den Ministergehilfen mit dem Wortlaute der bezogenen Depesche vertraut machte, formulierte er mir den Standpunkt seiner Regierung dahin, dass Letztere unseren Schritt als Ausfluss unseres freien Willens betrachte, wozu uns unsere Machtstellung legitimiere, dass man sich auch der Logik unserer Argumentierung nicht verschliesse, dass aber durch die Tatsache der Annexion eine Bestimmung des Berliner Vertrages abrogiert werde, wozu die Schlussfassung sämtlicher Signatarmächte nötig sei. Es werde sich somit die Einberufung einer Konferenz als unausweichlich erweisen. Ich bemerkte, dass bereits im Laufe der Besprechungen Euer Exzellenz mit Herrn Iswolsky die Konferenzidee ventiliert worden sei. Herr Iswolsky hätte damals von Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet gesprochen zwecks Herbeiführung der Vertragsrevision im Sinne der ins Auge gefassten Modifikationen, worauf Euer Exzellenz betont hätten, dass auf diese Weise die Grundzüge der Revision festgelegt werden könnten, die Sanktion selbst wohl durch eine „Schlusskonferenz“ erfolgen müsste. Hiebei hätten Euer Exzellenz den ausdrücklichen Vorbehalt gemacht, dass bei diesen Verhandlungen die Annexionsfrage ausgeschaltet bleiben müsste, ein Umstand, der Herrn Tscharykoff — wie er mir sagte — völlig unbekannt gewesen sei. Seither ist der Adjoint wiederholt auf die Frage der Konferenz und die Absicht Russlands zurückgekommen, die Initiative zu einer solchen zu ergreifen. Er bezeichnet diesen Gedanken als das beste Mittel, die stark beunruhigte öffentliche Meinung zu kalmieren, indem für das grosse Publikum vom Momente, wo die Perspektive auf die Tagung eines Areopags gewichtiger Staatsmänner am Horizonte auftauche, die Gefahr kriegesischer Verwicklungen gebannt erscheine. Herr Tscharykoff meinte, dass wenn in der Proposition weder Zeit noch Ort noch Programm angegeben sein würde, die prinzipielle Zustimmung sämtlicher Signatarmächte unschwer zu erlangen wäre: einem jeden Cabinette bliebe es freigestellt, seine Wünsche zu formulieren, beziehungsweise Vorbehalte zu machen. In dieser Weise ist auch die Idee von der offiziellen „Rossija“ am Tage nach der Annexion unter Bezugnahme auf die bulgarische Unabhängigkeitserklärung und „die Veränderungen, die gleichzeitig im bestehenden Systeme auf dem Balkan erfolgen können“ lanciert worden. Wie Euer Exzellenz bekannt, haben diese Theorien Herrn Tscharykoffs in Paris einige Änderungen erfahren und ist gegenwärtig Herr Iswolsky im Vereine mit seinen westeuropäischen Kollegen bemüht, ein genau umschriebenes Konferenz-Programm auszuarbeiten.

Berchtold.

a) Vgl. n. 197, 388.

Nr. 326. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Okt. 1908 Nr. 40 B (eing. 20. Okt.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Gleich bei meinem ersten Zusammentreffen mit dem Gehilfen des Ministers des Aeussern — am 5. I. M. — konnte ich die Wahrnehmung machen, dass bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit des interimistischen Leiters der auswärtigen Angelegenheiten die Stimmung

an der Sngerbrcke den Erwartungen durchaus nicht entspricht, zu welchen das günstige Ergebnis der Buchlauer Aussprache^{b)} berechtigt hätte. Mit keinem Worte der Befriedigung dieses Ereignisses gedenkend, ein Eingehen auf die gepflogenen Verhandlungen sichtlich meidend, liess Herr Tscharykoff in mir keinen Zweifel übrig, dass in der seit 16. September verflossenen Zeitperiode ein namhafter Umschwung in pejus in der Auffassung unseres Wechselverhltnisses eingetreten sein musste. Die folgenden Unterredungen, namentlich seit der unerwartet gekommenen Unabhängigkeits-Erklärung Bulgariens, bestärkten meine ersten Eindrücke und brachten mich zur Ueberzeugung, dass man hier bestrebt ist, das Geschehene tunlichst zu verwischen und die Solidarität mit uns auf ein Minimum zu reduzieren. Das Telegramm Euer Exzellenz vom 6. d. M.^{c)} betreffs der geplanten Fassung einer Interpellationsbeantwortung über die Haltung Russlands, brachte die Bombe zum Platzen. Der Ministergehilfe beanstndete die Ausdrucksweise „freundschaftliche Haltung“, betonend, dass es sich im Wesen nur um ein „Nichtbehindern“ handle: mehr hätten wir ja wohl auch nie verlangt, da wir Russland’s Unterstützung gar nicht benötigten! — Auf meinen Hinweis, dass die Bezeichnung „freundschaftliche Haltung“ sich sowohl in der von Euer Exzellenz verfassten Aufzeichnung über die Buchlauer Entrevue als in dem selbstständig hievon redigierten Schreiben Herrn Tittoni’s an Hochdieselben vorfinde, brachte mir der Adjoint ein Telegramm Herrn Iswolsky’s aus Paris zur Verlesung, worin es wörtlich hiess: „Je me suis appliqué  détruire fcheuse impression provoquée ici par l’Ambassadeur d’Autriche-Hongrie (Khevenhüller) comme quoi l’Autriche-Hongrie aurait procédé avec notre approbation  l’annexion.“^{d)} — Ich konnte nicht umhin sofort Herrn Tscharykoff mein Befremden über diese Darstellungsweise seines Ministers auszusprechen, die in grellem Kontraste stehe zu den übereinstimmenden Rsums, welche mir sowohl Euer Exzellenz, als Herr Iswolsky über die fragliche Besprechung gegeben. Da der Inhalt des zitierten Telegrammes des russischen Ministers des Aeussern den Anschein erweckte, dass nunmehr der Standpunkt des absoluten Negierens eingenommen werde, ein Standpunkt, den ich umsoweniger indorsieren konnte, als ja Herr Iswolsky den ganzen Inhalt des en principe abgeschlossenen Paktes mir persönlich mitgeteilt hatte, stellte ich Tags darauf den Ministergehilfen diesfalls zur Rede. Ich führte aus, dass, nach den eigenen, von Herrn Iswolsky mir gemachten Angaben in Buchlau über eine Reihe von Balkanfragen eine Aussprache gepflogen und eine Einigung erzielt worden war, als deren erste die Annexion Bosniens und der Herzegovina figurierte. Überdies hätte mir Herr Iswolsky seine Befriedigung drber ausgesprochen, dass es zu dieser Auseinandersetzung gekommen sei, deren Endergebnis somit offenbar seine Billigung gefunden hatte. Nach der mir zur Einsicht gegebenen telegraphischen Darstellung des Ministers müsse man aber glauben, dass die Annexion ohne seine Zustimmung erfolgt sei. Es würde dadurch der ganze Accord, der in Buchlau so glücklich zusammengeschweisst worden war, auf den Kopf gestellt. Ich hätte sowohl Seiner Majestät, unserem Allergnädigsten Herrn, als auch meinem Minister von dem Résumé Herrn Iswolsky’s Kenntnis gegeben. Diese Angaben erschienen nunmehr

durch die neueste Stellungnahme des Ministers desavouiert. Sollte die letztere aufrechtgehalten werden, müsste ich mich gezwungen sehen, die Sprache, die Herr Iswolsky in Buchlau gebraucht, als Irreführung zu betrachten. Ein weiteres Verbleiben auf meinem Posten wäre in diesem Falle ausgeschlossen. In sichtliches Unbehagen geraten, beteuerte mein Mitredner, dass es dem Minister gewiss nicht beifalle, den Accord zu leugnen, dass nur die Worte „freundschaftliche Haltung“ zu weit giengen, übrigens die voraussichtlich entgegengestellte Formel „Nichtverhindern“ im wesentlichen aufs Gleiche herauslaufe. Ich bemerkte, dass es sich nicht darum handle, sondern um die jüngste Kundgebung Herrn Iswolsky's, die den Glauben erwecken müsste, wir hätten ohne vorgängiges Einvernehmen mit Russland gehandelt, was absolut nicht den Tatsachen entspreche. Herr Tscharykoff wollte nicht einsehen, dass diese Folgerung aus der Aeusserung seines Chefs hervorgehe und bat mich, Herrn Iswolsky's Rückkehr abzuwarten, wo dann in kürzester Zeit die — seiner Ansicht nach — geringe Differenz ausgeglichen werden könnte. Ich versicherte dem Adjoint, dass dies auch mein Wunsch sei, bestand aber darauf, dass dem Minister mein peinliches Befremden telegraphisch gemeldet werde über dessen jüngste Darstellungsweise des Buchlauer Accord's, welche mir in unversöhnlichem Gegensatze zu stehen scheine zu seiner früheren Auffassung des gleichen Faktums. Zu diesem Schritte veranlasste mich insbesondere die Besorgnis, dass das Erinnerungsvermögen des Ministers auf dessen weiteren Reisen noch stärkere Einbusse erleiden könnte, wenn ihm nicht von vornherein fremder Succurs im Bedarfsfalle angeboten würde. Ueber Auftrag des Ministers ist mir zwei Tage nachher Einblick in eine geheime Depesche^{e)} gewährt worden, in welcher Herr Iswolsky zwar den Standpunkt betont, dass die Annexionsfrage einen europäischen Charakter habe, daher der Sanktion sämtlicher Signatarmächte unterworfen werden müsse, gleichzeitig aber ausspricht, dass die Abmachungen von Buchlau und Desio zur Richtschnur dienen könnten für das Vorgehen Oesterreich-Ungarns, Russlands und Italiens auf der einzuberufenden Konferenz. Obwohl sich diese Version auch nicht vollkommen deckt mit der die völkerrechtliche Seite der Frage noch im Dunkeln lassenden ursprünglichen Meinungsäusserung des Ministers, gab ich mich bis auf weiteres mit dieser Mitteilung zufrieden, ohne jedoch die Anschauungsweise Herrn Iswolsky's bedingungslos zu akzeptieren. So weit ich es von hier beurteilen kann, scheint das Schreiben, mittelst welchem Euer Exzellenz Herrn Iswolsky von der unmittelbar bevorstehenden Annexion informiert hatten,^{f)} eine ähnliche Wirkung hervorgerufen zu haben, wie der erste japanische Kanonenschuss auf die vertrauensselige Besatzung von Port Arthur. Ohne es zu präzisieren, hatte der Minister offenbar vorausgesetzt, dass Euer Exzellenz den Abschluss des Dardanellenhandels abwarten werden vor Verkündigung der Annexion. So wie in der Sandschakbahn-Affaire sah er sich wieder mit leeren Händen einem greifbaren Erfolge gegenüber. Die naheliegende Parallele ist denn auch unverzüglich von seinen zahlreichen Widersachern aufgegriffen und in der Presse breitgetreten worden. Das seitherige Bemühen Herrn Iswolsky's, sich aus dem Berliner Vertragsinstrument ein

Feigenblatt zuzuschneiden, um seine Nacktheit zu verdecken, ist Euer Exzellenz bekannt, ebenso wie die Schwierigkeiten, mit welchen er zu kämpfen hatte, um die sich hieraus ergebende Konferenzidee zu verwirklichen. Das Eingehen unsererseits in Negotiationen mit der Pforte behufs Erzielung eines Ausgleiches vor Zusammentritt der Konferenz scheint nun eines der wesentlichsten Hindernisse aus dem Wege geräumt und die Chancen des Zustandekommens eines Aeropags erheblich erhöht zu haben. In der Athmosphäre des Auswärtigen Amtes ist auch eine augenblickliche Détente zu verspüren. Was die Redaktion der Abmachungen von Buchlau und Desio anbelangt, wurde mir gestern von Herrn Tscharykoff auseinandergesetzt, dass diese Arbeit nach Herrn Iswolsky's Rückkehr fertiggestellt werden soll. Die eine Redaktion würde die Form einer Antwort auf unser Memorandum vom 27. August l. J. unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Szenenwechsel annehmen, indess die andere als Sonderabkommen zwischen Oesterreich-Ungarn, Russland und Italien in Aussicht genommen sei, „un arrangement spécial qui se grefferait sur l'autre“. Berchtold.

a) Vgl. n. 303, 315, 318, 386, 387, 388. — b) Vgl. n. 79. — c) n. 158. — d) n. 196. — e) Beilage zu n. 219. — f) n. 103.

Nr. 327. Bericht aus St. Petersburg, 5. 18. Okt. 1908 Nr. 40 C (eing. 20. Okt.). a) Ausfert.

Eine bange Ungewissheit lastet auf dem russischen Publikum. Hat Herr Iswolsky in Buchlau das Slaventum verraten oder nicht? Immer drängender werden die in dieser Richtung gestellten Fragen, immer widerspruchsvoller die diesfalls ausgesprengten Meldungen. Ein Communiqué der Regierung sollte vor wenigen Tagen Aufklärung geben. Dasselbe wurde jedoch zurückgehalten und wird erst nach des Ministers Rückkehr erscheinen. Für uns hat nicht sowohl die Controverse als deren realer Hintergrund momentane Bedeutung, namentlich wegen der Textierung eventueller, in den Delegationen abzugebender Erklärungen. Der russische Minister des Aeussern hat in Buchlau en principe der Annexion zugestimmt, weil Russland sich bereits durch die Geheimkonvention von 1878^{b)} gebunden hatte, gegebenen Falles gewähren zu lassen. Ihrem Wesen nach kann diese Geheimkonvention nicht anders als durch gegenseitige Übereinkunft der beiden kontrahierenden Teile (Oesterreich-Ungarn und Russland) vor die Oeffentlichkeit gelangen. Ist dies nicht geschehen, muss Herr Iswolsky, vom Momente wo seine Zustimmung von autoritativer Seite ohne weitere Rechtfertigung verkündet wird, als Verräter an der heiligen Sache erscheinen. Es ist daher nicht zu verwundern, dass er mit allen Mitteln den Glauben an seine vorgängige Einwilligung zu zerstreuen sucht. Herr Tscharykoff hat mir gesprächsweise erwähnt, es sei zu vermuten, dass der Minister, nach vorhergegangener Anfrage in Wien; vor der Duma auf jene Geheimkonvention reflektieren werde, um seine Stellungnahme zu rechtfertigen. Der Ministergehilfe betonte nachdrücklichst, dass dies selbstverständlich nicht anders als nach erfolgtem Einvernehmen mit uns erfolgen könnte. Euer Exzellenz haben im hohen Telegramme No. 3 vom 11. l. M. darauf

verwiesen, dass falls der russische Minister des Aeussern sich zu einer „Rektifikation“ einer von Hochdensenben in der Delegation abzugebenden Erklärung veranlasst finden sollte, nichts übrig bliebe, als den Inhalt der Geheimkonvention auf die Tribüne zu bringen und gleichzeitig zu erwähnen, dass im Laufe der Verhandlungen des vergangenen Sommers auch von der Eventualität der Annexion des Sandschak's die Rede gewesen sei. Ich habe bei dem ohnehin schon wenig freundschaftlichen augenblicklichen Stande der wechselseitigen Beziehungen vorläufig von dieser kommünatorischen Sprache keinen Gebrauch gemacht. Sollte es Euer Excellenz Intentionen entsprechen, dass ich in Form einer Anfrage, — ob hier kein Anstand gegen die Besprechung des fraglichen sekretären Uebereinkommens vor dem Forum der Delegation vorliege, — die Angelegenheit vorbringe, bitte ich um gütige Instruktion. Dass ein eigenmächtiges Vorgehen unsererseits in dieser Sache tiefe Verstimmung hier hervorrufen würde, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden. Der ohnehin schon stark angespannte Faden könnte dadurch einen Riss erhalten. Eine Verantwortung für die Folgen müsste ich ablehnen. Mittelst hohen Telegramms vom 6. Oktober l. J. No. 115, hatten mir Euer Exzellenz den Text einer Interpellationsbeantwortung — behufs Provozierung einer Aeussuerung des Ministergehilfen — bekanntgegeben, worin zum Ausdruck gekommen wäre, dass bei der Zusammenkunft in Buchlau bezüglich aller Balkanangelegenheiten, somit auch hinsichtlich der Annexionsfrage, ein Meinungsaustausch gepflogen worden sei, welcher ein befriedigendes Resultat ergeben hätte, so dass das Wiener Kabinett auf eine freundschaftliche Haltung Russland's gefasst sein könne. Herr Tscharykoff hatte damals den Nachsatz beanstandet, in dem er geltend machte, dass dies eine persönliche Impression sei, die vielleicht nicht ganz den Anschauungen Herrn Iswolsky's entspreche. Ohne des Letzteren Billigung könne er daher diesbezüglich nicht zustimmen. Gegen den vorhergehenden Text hatte er nichts einzuwenden. Es folgte die Démarche des Fürsten Urussoff bei Euer Exzellenz, durch welche der russische Minister des Aeussern gegen die obige Textierung im Allgemeinen — ohne nähere Präcisierung — Einwand erhob, betonend, er habe Hochdensenben gegenüber die Annexion als eine europäische, der Sanktion der Berliner Signatarmächte unterliegende und Kompensationsansprüche der übrigen interessierten Mächte bedingende Frage bezeichnet, welche Momente in der österreichisch-ungarischen Zirkularnote unberücksichtigt geblieben seien. Auch berief sich Herr Iswolsky bei dieser Gelegenheit auf den Umstand, dass wir ohne definitives Einvernehmen mit Russland zur Aktion geschritten seien. Das Telegramm No. 3 vom 11. d. M.,^{c)} welches mir von dieser Démarche des Fürsten Urussoff Kenntnis gab und gleichzeitig in Bezug auf die Interpellationsbeantwortung auf das zwischen Herrn Tscharykoff und mir erzielte Einvernehmen hinwies, führte mich neuerdings ins Auswärtige Amt. Der Ministergehilfe bestätigte zwar anfangs seine unlängst gegebene Zustimmung zur obzitierten Fassung, erklärte aber schliesslich in präziser Weise, keine Verantwortung für die Textierung übernehmen zu können, nachdem sich nun sein Minister selbst im legalen Wege an Euer Exzellenz gewendet. Er meinte, die durch Fürsten Urussoff

gegebenen Auskünfte im Zusammenhalte mit dem Inhalte eines geheimen Telegrammes Herrn Iswolsky's, welches er ermächtigt sei, mir mitzuteilen, sollten bei Redaktion der Interpellationsbeantwortung in Betracht genommen werden. Das betreffende Telegramm besagte, nach einer Einleitung, in welcher gleichfalls der europäische Charakter der Annexionsfrage unterstrichen war, dass das St. Petersburger Kabinett bereit sei, die Resultate der Besprechungen von Buchlau und Desio als tatsächlich erzielt („acquis“) anzuerkennen. Dieselben hätten im Vorhinein die grossen Linien zu bezeichnen, nach welchen Russland, Oesterreich-Ungarn und Italien auf der Konferenz vorzugehen hätten, ohne deshalb andere Mächte zu verhindern, andere etwa auftauchende Punkte zu diskutieren und anzunehmen. Seither ist mir das hohe Telegramm Euer Exzellenz vom 16. I. M. Nro. 6 zugekommen, in welchem Hochdieselben unter anderem auf die in einer vertraulichen Sitzung der österreichischen Delegation abgegebenen Aeusserung über die zwischen uns, Russland und Italien stattgehabte Aussprache mit dem Bemerken reflektieren, dass hiezu die ausdrückliche Zustimmung Herrn Tscharykoff's eingeholt worden sei. Ich habe nicht ermangelt, den Inhalt des ganzen Telegrammes, welches eine Richtigstellung der bekannten Rekrimationen des russischen Ministers des Aeussern bildet, zur Kenntnis des Ministergehilfen zu bringen, hiebei jedoch von der Berufung auf des Letzteren „ausdrückliche Zustimmung“ abgesehen, nachdem eine solche, wie oben ausgeführt, nicht gegeben worden war. Hiezu fühlte ich mich umso mehr genötigt, als eben der Hinweis unsererseits auf eine angeblich nicht erteilte Billigung den Anlass der gegenwärtigen Verschnupfung des Petersburger Kabinettes bildet. Ich glaubte den Ausweg wählen zu sollen, Herrn Tscharykoff zu verstehen zu geben, dass Euer Exzellenz sich angesichts des obgedachten Telegrammes Herrn Iswolsky's über die tatsächlich erzielten Resultate der Besprechungen von Buchlau und Desio zur Abgabe der in Rede stehenden Aeusserung befugt erachteten, zumal der Adjoint mir das betreffende Telegramm zu dem Zwecke der Verwertung für die Interpellationsbeantwortung zur Verfügung gestellt hatte. Herr Tscharykoff fand auch von sich aus nichts dagegen einzuwenden, bat mich jedoch Euer Exzellenz aufmerksam zu machen, dass für den Fall einer Erklärung in öffentlicher Sitzung vorherige Einvernahme mit Herrn Iswolsky dringend wünschenswert wäre. Im Wesen sei ja kein Unterschied der Auffassung. Beide Teile wünschen Hand in Hand zu gehen, die grossen Linien hiefür seien gezogen. Es handle sich nur um Worte, und solche zu finden werde es wohl nicht schwer fallen. Dagegen müsste es unliebsame Komplikationen verursachen, wenn einer Aeusserung Euer Exzellenz eine Replik seines Ministers folgen würde. Er konkludierte dahin, dass es am klügsten wäre, Herrn Iswolsky's Rückkehr abzuwarten. Ich suchte den Ministergehilfen zu bewegen, seine eigene Ansicht betreffs der Fassung zu äussern, indem ich auf die mögliche Dringlichkeit der Frage und die verzögerte Rückkehr Herrn Iswolsky's hinwies. Mein Mitredner weigerte sich jedoch mir auf diesem Pfade zu folgen, indem er sich für inkompetent erklärte, über die Besprechungen von Buchlau und Desio, an welchen er nicht teilgenommen, ein Votum abzugeben. Er meinte, dass im Urgenzfalle auch ein Einver-

nehmen Euer Exzellenz mit dem russischen Minister während seines Aufenthaltes in Paris oder Berlin hergestellt werden könnte. Den Inhalt des gegenständlichen Telegrammes Euer Exzellenz versprach Herr Tscharykoff en résumé telegraphisch zur Kenntnis seines Ministers zu bringen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 349, 388. — b) Vgl. n. 97 Anm. b, 483. — c) Vom 10. Okt.

Nr. 328. Bericht aus St. Petersburg, 5. 18. Okt. 1908 Nr. 40 D (eing. 20. Okt.).^{a)} Ausfert.

Wie Euer Exzellenz bereits telegraphisch^{b)} gemeldet, hat sich das hiesige Kabinett der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung gegenüber von vornherein ablehnend verhalten. Die Nachricht hatte Seine Majestät den Kaiser und die Regierung völlig unvorbereitet getroffen und sowohl in den finnischen Schären, wie auch an der Sängerbücke nur Unwillen erregt. Die Mahnungen, die dem Fürsten Ferdinand noch in jüngster Zeit von Russland zugekommen waren, erschienen bei Seite gesetzt, die Stimme der slavischen Vormacht ignoriert. Was aber am bittersten empfunden werden musste, war die Erkenntnis, dass die Krönung des vor 30 Jahren von Russland inaugurierten Werkes ohne dessen Zutun erfolgt war und dass anscheinend Österreich-Ungarn dem Czarenreiche den Rang abgelaufen hatte. In solcher Verfassung befand sich sicherlich auch der Verweser des Auswärtigen Amtes, als ich ihm am 6. d. M. die Anregung Euer Exzellenz verdolmetschte von einer gemeinsamen Aktion Österreich-Ungarns und Russlands bei den anderen Mächten zwecks Erwirkung der Anerkennung der staatsrechtlichen Neugestaltung. Herr Tscharykoff liess sich gar nicht auf dieses Thema ein, sondern erging sich in scharfen Tadelsworten gegen das „Abenteuer“ des Fürsten. Der Tenor dieser Ausführungen besagte, die Unabhängigkeitserklärung sei nur auf den persönlichen Ehrgeiz des Fürsten zurückzuführen und nicht auf ein Bedürfnis des Landes, das Letztere sei bis nun nicht befragt worden und die Stellungnahme nicht absolut sicher, endlich die Macht, über welche Bulgarien verfügt, wäre nicht hinreichend, um einen solchen coup de tête ohne Gefährdung des Friedens zu gestatten. Deutlich war aus den Worten des Ministergehilfen die Besorgnis herauszulesen, dass die Aktion von Tirnowo kriegsrechtliche Komplikationen nach sich ziehen könnte, in welche Russland gegen seinen Willen verwickelt werden könnte. Dem Negationsstandpunkte des Herrn Tscharykoff kam der Umstand zu Gute, dass er bis dahin noch keinerlei einschlägige Meldung des russischen Agenten in Sofia erhalten hatte, so dass er das Ereignis bis auf weiteres offiziell ignorieren konnte. Herr Zokoff, der bulgarische Vertreter, hat dann nach mir den Adjoint aufgesucht, um ihm die Verfassungsänderung zu notifizieren. Zuvor hatte sich der Genannte bei mir Rat geholt, in welcher Form er sich dieses Auftrages, wofür der Präcedenz fehle (!), entledigen solle. Nachdem ich mich hiezu inkompetent erklärt hatte, entschied sich Herr Zokoff für persönliches Vorsprechen im Auswärtigen Amte und Überreichung einer den erhaltenen Auftrag wiedergebenden Note. Herr Tscharykoff soll, wie mir später zu Ohren kam,

zuerst dem Schriftstücke eine abwehrende Handbewegung entgegengesetzt und erst bei Ansichtigwerden des bisherigen En-tête „Principauté de Bulgarie“ dasselbe entgegengenommen haben, jedoch ausdrücklich erklärend, dass das kaiserliche Kabinet nicht in der Lage sei, die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen, dass dies vielmehr eine europäische Angelegenheit sei, welche vor dem Forum der Berliner Signatarmächte auszutragen sei. In einer meiner seitherigen Unterredungen mit dem Ministergehilfen bin ich gelegentlich auch auf das absurde Gerücht eines abgekarteten Spieles zwischen uns und Bulgarien zu reden gekommen und habe ihm kategorisch erklärt, dass ich aus dem eigenen Munde Euer Exzellenz wisse, in Budapest sei mit keinem Worte von der Emanzipierung Bulgariens Erwähnung getan worden^{c)} und dass ich überzeugt sei, die Überraschung komme Hochdenselben ebenso unangelegen wie ihm. Herr Tscharykoff, welcher selbst nicht frei von Misstrauen gewesen sein dürfte, hat meinen Ausführungen willig — vielleicht auch bis zu einem gewissen Grade gläubig — Gehör geschenkt. Aus den Eingangs angeführten Gründen mag der Groll über die Evolution in Bulgarien ein ziemlich heftiger sein. Auch fehlt es nicht an englischen Einflüssen, um den Groll wach zu halten und dadurch in Konstantinopel einen Vorsprung zu erzielen. Dass aber dieser Zustand ein widernatürlicher und auf die Dauer nicht haltbarer ist, dafür legt schon das Communiqué Zeugnis ab, welches anlässlich des bulgarischen Staatsstreiches in der offiziellen „Rossija“ erschienen ist. Es ist dasselbe weit eher in Form einer Beglückwünschung als in jener einer Missbilligung abgefasst. Nicht minder spricht für diese Annahme die Stimmung der öffentlichen Meinung. Von oppositionellem Standpunkte ist nichts mehr zu merken, der Pulverrauch ist verflogen und die Tendenz beginnt wahrnehmbar zu werden, zu bösem Spiele gute Miene zu machen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 388. — b) n. 160. — c) n. 87.

Nr. 329. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Okt. 1908 Nr. 40 F (eing. 20. Okt.).^{a)} Ausfert.

Die Meldung des russischen Gesandten in Cetinje, dass der Fürst von Montenegro, unter Berufung auf Truppenansammlungen an unserer Grenze und Effervescenz im Lande, partielle Mobilisierung angeordnet habe, ist hier sehr ungnädig aufgenommen worden. Ministergehilfe Tscharykoff bezeichnet mir die Motivierungen des Beherrschers der Schwarzen Berge als äusserst fadenscheinig. Er könne doch nicht im Ernste glauben, dass wir die Absicht haben gegen ihn zu marschieren. Und was die angebliche Aufregung der Bevölkerung anbelangt, so sei dies nicht stichhältig, denn erstens bestehe gar keine derartige Bewegung und zweitens würde gegebenenfalles der Fürst einer solchen leicht Herr werden können. Das Ganze sei rein persönlich, eine Äusserung der Abenteuerlust des Fürsten, der, wie es scheint, trotz seines Alters den Drang verspürt, das Schwert zu ziehen und dreinzuhauen. Trotz der fraglichen Meldung glaubt der Ministergehilfe nicht, dass der Sache eine grössere Bedeutung beizumessen sei. Eine Mobilisierung in einem Lande, wo es keine eigentliche Armee

giebt und nur Guerillakampf bekannt ist, trage an sich den Stempel der Lächerlichkeit, zumal bei einer so geringen Bevölkerungsziffer, wie jene Montenegros. Überdies fehle es den Leuten an Waffen und Munition und für die Proviantierung seien sie auf die Nahrungsmittel angewiesen, die ihnen ihre Weiber ins Lager bringen! Um den Fürsten vor einem coup de tête zu bewahren, ist ein Telegramm von hier nach Cetinje gerichtet worden, in welchem an seinen Patriotismus appelliert wird, der ihm zur Pflicht auflege sich ruhig zu verhalten. Gleichzeitig ist ihm in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben worden, dass Montenegro, im Falle der Fürst sich den wohlmeinenden Mahnungen nicht füge, auf der Konferenz von Russland und den anderen Grossmächten im Stiche gelassen und keiner seiner Wünsche Berücksichtigung finden würde. Herr Tscharykoff hoffe, dass diese Verwarnung vom gewünschten Erfolge begleitet sein werde und konstatiert mit Befriedigung, dass Euer Exzellenz gerade so wie die hiesige Regierung bestrebt zu sein scheinen im Sinne der Erhaltung des Friedens in Cetinje einzuwirken.

Berchtold.

a) Vgl. n. 324, 338, 358, 388.

Nr. 330. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 19. Okt. 1908 Nr. 111 (eing. 8 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Bezug auf gestriges Telegramm No. 110. Ministerpräsident sprach mir sein Bedauern über die gestrigen Ausschreitungen aus und behauptete, dass die Rädelsführer verhaftet wurden, angeblich vierzig. Gegenüber meiner Forderung, dass serbische Regierung sofort allen Oesterreichern und Ungarn Schaden ersetze, wollte Ministerpräsident auf den Gerichtsweg verweisen. Ich beharrte auf sofortigen Schadenersatz durch Regierung auf Grund einer Note, die ich morgen überreichen werde. Schliesslich erklärte sich Ministerpräsident hiezu bereit. Meiner zweiten Forderung, allen Oesterreichern und Ungarn energischen Schutz zu gewähren, wurde Erfüllung zugesagt. Ich wies mit grösstem Nachdruck und schliesslich unwidersprochen darauf hin, dass die Polizei gestern absolut nicht ihre Pflicht getan hat; gleichzeitig machte ich auf die Gerüchte aufmerksam, dass die Demonstranten dieser Tage in die Wohnungen unserer Staatsangehörigen eindringen und diese dort angreifen wollten.

Franz.

a) Oe.-U. Bosnien 26 Nr. 40.

Nr. 331. Tel. aus Cetinje, 19. Okt. 1908 Nr. 88 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 85. Da die auf meine gestrige Mitteilung erteilte Antwort des Fürsten eine bedingte ist und ich Grund habe anzunehmen, dass Seine Königliche Hoheit bestrebt sein könnte, die Erteilung einer klaren und bestimmten Antwort zu vergessen, so benützte ich meine heutige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, um demselben mitzuteilen, dass ich gestern dem Fürsten eine Message Euer Exzellenz überbracht hätte und nach Übermittlung derselben Seine Königliche Hoheit ersucht hatte, uns in klarer und bestimmter Weise wissen zu lassen, welche

Politik das Fürstentum für jetzt und die Zukunft einzuschlagen gedenke, ob es die Vorteile unserer Freundschaft geniessen oder der Wucht unserer Gegnerschaft sich aussetzen wolle. Der Minister äusserte sich im selben Sinne wie gestern Fürst Nikolaus, worauf ich demselben nachdrücklichst entgegnete, dass die k. u. k. Regierung eine klare und bestimmte Antwort wünsche, jedoch nicht auf eine sofortige Erteilung dränge. Ich ersuchte den Ministerpräsidenten, dies dem Fürsten ins Gedächtnis zu rufen. Gleichlautend Budapest. Kuhn.

Nr. 332. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 19. Okt. 1908 Nr. 10 (chiff. 4 U. p. m.).a) Konz. (S. Pogatscher, V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 17. 1. Mts., No. 401. Ich ermächtige Euer Exzellenz, falls die Pforte in einer Note ihre Zustimmung zur Annexion Bosniens ausspricht, Ihrerseits in einer Note an die Pforte folgende Erklärung abzugeben: „En retirant ses troupes du Sandjak, l'Autriche-Hongrie entend renoncer en faveur de la Turquie à tous les droits que le traité de Berlin lui a conférés dans cette région. Elle considère donc le Sandjak comme faisant — sans aucune restriction — partie de l'Empire Ottoman dont elle désire maintenir l'intégrité de concert avec les autres Puissances. L'Autriche-Hongrie déclare n'avoir contracté aucun engagement contraire à ce principe“. Euer Exzellenz wollen den türkischen Ministern unverweilt bekannt geben, daß Sie unter der eingangs angeführten Voraussetzung zur Abgabe obiger Erklärung autorisiert sind, durch welche den Ihnen gegenüber ausgesprochenen Wünschen vollauf entsprochen wird. Bei dem großen Werte, welchen ich, wie Euer Exzellenz bekannt, auf das Zustandekommen des Einvernehmens mit der Türkei lege, ersuche ich Hochdieselben, sich hiefür möglichst einzusetzen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 343, 948.

Nr. 333. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Okt. 1908 Nr. 405 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

Ich habe heute Minister des Äussern gefragt, ob in Bezug auf Zurückziehung des türkischen Protestes schon etwas bestimmt ist. Tewfik Pascha sagte mir, dass heute beim Grossvezir eine Besprechung der Programmpunkte der Konferenz stattfinden und daher auch ein Beschluss über die uns betreffenden Fragen gefasst werden wird. Nachdem ich schon bei meiner letzten Besprechung mit dem Grossvezir den Eindruck hatte, dass es der Pforte peinlich wäre, eine Note an mich zu richten, habe ich gestern dem Minister des Äussern den Vorschlag gemacht, mir im Namen der Regierung eine Erklärung abzugeben, dass die Pforte in Bezug auf die Annexion Bosniens mit uns zu einem völligen Einvernehmen gekommen sei. Eine analoge Erklärung müsste durch den türkischen Geschäftsträger in Wien abgegeben werden. Dieser Vorschlag gefiel dem Minister des Äußern sichtlich, und er sagte mir, dass er hoffe, schon morgen in der Lage zu sein, diese Erklärung abgeben zu können. Tewfik Pascha ließ aber hiebei einige Bemerkungen fallen, aus welchen ich ersah, dass es der türkischen Regierung

darum zu tun wäre, die Sache vorläufig noch vertraulich zu behandeln, da man sich augenscheinlich fürchtet, dass eine solche Erklärung als eine neue Niederlage der Regierung beim Volke ausgelegt werden könnte. Ich erwiderte dem Minister, meiner Ansicht nach sei es nicht notwendig, noch vor Zutritt der Konferenz die Sache in die Öffentlichkeit zu bringen. Der Minister des Äussern hat auch bei dieser Gelegenheit wieder darauf angespielt, dass die Türkei eine Art Garantie von uns dafür erhalten möchte, dass weder Serbien noch Montenegro Teile des Sandjaks von Novibazar zugesprochen erhalten. Ich versicherte Tewfik Pascha, daß Österreich-Ungarn letzteres gewiss nie zugeben werde. Im Laufe des Gespräches sagte mir der Minister, die Nachrichten aus Sofia lauteten heute beruhigender. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 309, 439, 452.

Nr. 334. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Okt. 1908 Nr. 406 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Der Boykott gegen die österreichischen Waren ist als beendet anzusehen. Die Ladeoperationen des Lloyd gehen anstandslos, aber vorläufig durch eigene Leichter- und Bedienungsmannschaft vor sich. Von irgend einer Behinderung ist keine Rede. Voraussichtlich dürften auch in dieser Hinsicht in einigen Tagen normale Verhältnisse eintreten. Ich habe heute mit dem Minister des Äussern eine Unterredung gehabt, in welcher ich auf die Notwendigkeit hinwies, durch die Presse die öffentliche Meinung aufzuklären, dass eine Schädigung unserer wirtschaftlichen Interessen in der Türkei nicht ohne schlechte Rückwirkung auf unsere politischen Beziehungen zu diesem Lande bleiben könnte. Tewfik Pascha versicherte mich, dass in kurzer Zeit die jetzt herrschende Animosität verschwinden werde. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

Nr. 335. Tel. nach London Nr. 5 (1), Paris Nr. 5 (2), Rom Nr. 10 (3) und St. Petersburg Nr. 12 (4); Budapest, 19. Okt. 1908 (chiff. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; V. und G. Aehrenthal).

1.—3. Da mir bisher eine Einladung zu einer Konferenz oder eine offizielle Mittheilung über deren Programm nicht zugekommen ist, behalte ich mir natürlich vor Stellung zu nehmen sobald dies erfolgt sein wird. Schon jetzt möchte ich aber bemerken, dass mir Punkt 7 in seiner ursprünglichen Fassung, in welcher von einer Grenzrectification zu Gunsten Serbiens und Montenegros längs der bosnisch-herzegowinischen Grenze die Rede ist, für uns natürlich vollkommen unannehmbar wäre. Aber auch in der modificirten Fassung: „*avantages à procurer à la Serbie et au Montenegro*“, erscheint mir der Artikel höchst bedenklich, weil er immerhin die Interpretation von territorialen Compensationen auf unsere Kosten zulässt, was wir, wie gesagt, ablehnen müssten, und jedenfalls geeignet ist in Serbien und Montenegro trügerische Hoffnungen zu erwecken und so die dortige Situation zu verschärfen. Da Herr Milovanovich auf seiner Rundreise auch dort eintreffen wird, ersuche ich Euere Excellenz vorstehende Erwägungen

zur Kenntniss der dortigen Regierung zu bringen und auf die Gefahr eindringlich aufmerksam zu machen, dass durch Aufnahme eines solchen Artikels in das Programm die kriegerischen Velleitäten in den beiden genannten Balkanländern gesteigert würden. Sollten diese kriegerischen Velleitäten und Provocationen andauern, würden wir, zum Schutze unseres Territoriums, gezwungen sein, entsprechende Gegenmassnahmen zu ergreifen.

4. Zu Euer Excellenz Information und Verwerthung: Ich telegraphire an die k. u. k. Botschafter in London, Paris und Rom wie folgt: Scribatur obiges Telegramm in extenso. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 27 Nr. 41. Vgl. n. 316, 336, 344, 357.

Nr. 336. Tel. aus London, 19. Okt. 1908 Nr. 88 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eben Sir Charles Hardinge gesprochen. Betreffs des Programmes zur Konferenz^{b)} drückte er mir lebhaftes Bedauern über die in Paris erfolgte unrichtige Publikation aus,^{c)} die hier sehr ungelegen war, namentlich weil darin die erste Version bezüglich Serbiens und Montenegros enthalten war, worin von Kompensationen oder Grenzregulierungen die Rede war. Er gab mir zu verstehen, dass diese von Herrn Iswolsky stammende Redaktion auf hiesige Veranlassung umgeändert wurde in die spätere: „*avantages à procurer*.“ Ich betonte in meiner Bemerkung wiederholt, wie bedauerlich es gewesen sei, etwas in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, das in Serbien Hoffnungen erwecken könnte, die unrealisierbar sind, nur um Herrn Iswolsky einen Gefallen zu erweisen. Ich verhehlte dem Unterstaatssekretär nicht, dass ich überrascht war, dass mir seitens des Foreign Office nicht wenigstens in privater Weise das vorgeschlagene Konferenzprogramm mitgeteilt worden sei. Er entschuldigte dies damit, dass nachdem unser ursprünglicher Standpunkt der war, einer Konferenz nicht beizuwohnen, auf der von Bosnien gesprochen würde, Sir Edward Grey der Ansicht war, es würde wie eine Impertinenz aussehen, uns einen Vorschlag zu unterbreiten, auf welchem Bosnien als einer der Punkte aufgezählt war. Deshalb habe man bei Mitteilung des Programmes an den deutschen Botschafter^{d)} es diesem nahegelegt, dasselbe an uns gelangen zu lassen. Ich erwiderte, dass ich in der Zwischenzeit in der Lage gewesen war, Sir Edward Grey unsere Bereitwilligkeit auszusprechen, an der Konferenz unter gewissen Voraussetzungen teilzunehmen und wiederholte, dass ich es sehr empfunden hätte, eine derartige Mitteilung nicht direkt erhalten zu haben; ich wollte daraus kein grief machen, legte ihm aber nahe, Sir Edward Grey zu sagen, dass ich mich etwas verletzt gefühlt hätte. Ohne dass Sir Charles Hardinge sich direkt entschuldigt hätte, gab er mir doch zu verstehen, dass er es bedauere. Überhaupt war sein Ton ganz freundschaftlich mit Betonung des aufrichtigen Wunsches, überall beruhigend zu wirken. Streng vertraulich. Trotz allen Abmachungen habe ich Empfindung, dass hier kein blindes Vertrauen zu Herrn Iswolsky gehegt wird. Mensdorff.

a) Vgl. n. 335, 344. — b) Vgl. n. 300. — c) Vgl. n. 312. — d) Vgl. n. 295.

*Tel. nach Paris; Budapest, 19. Okt. 1908 Nr. 5 (chiffr. 6 U. p. m.).
Siehe n. 335.*

*Tel. nach Rom; Budapest, 19. Okt. 1908 Nr. 10 (chiffr. 6 U. p. m.).
Siehe n. 335.*

*Nr. 337. Privatschreiben an den ital. Minister des Äußern Tittoni;
Budapest, 19. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Le comte Lützow Vous a annoncé de ma part que je Vous ferai parvenir sous peu quelques pièces qui pourraient Vous intéresser et qui se rapportent à mes pourparlers secrets avec le cabinet de St. Pétersbourg avant l'entrevue de Buchlau. Je Vous transmets donc 1. un aide-mémoire du cabinet de St. Pétersbourg en date du 19 juin/2 juillet 1908 qui à l'occasion du mésentendu causé par le projet du chemin de fer du Sandjak définit l'esprit de l'entente des deux Empires, établi, comme Vous le savez, en 1897; 2. la réponse que nous avons donnée à cette communication du Gouvernement Impérial.^{b)} Vous ne manquerez pas, mon cher collègue, de relever que dans le mémoire russe la question de l'annexion de la Bosnie et du Sandjak ainsi que la question de Constantinople sont qualifiées comme étant des questions européennes, mais que le Gouvernement Impérial déclare en même temps être prêt à en accepter la discussion dans un esprit d'amicale réciprocité. Dans notre réponse^{b)} le passage concernant la Bosnie et l'Herzégovine est conçu en ces termes: „si des circonstances impérieuses obligeraient l'Autriche-Hongrie à s'annexer la Bosnie et l'Herzégovine le Gouvernement Impérial donnerait l'assurance d'observer à l'égard de cette mesure une attitude bienveillante et amicale“. Cet échange de vues a préparé le terrain pour mes entretiens à Buchlau^{c)} où nous sommes arrivés, comme Vous le savez par M. Iswolsky et par moi, à fixer certains points qui devaient permettre à l'Autriche-Hongrie et à la Russie d'observer la même attitude vis-à-vis des éventualités futures dans les Balkans. Vous Vous êtes associé, mon cher collègue, à Desio à notre manière de voir et Vous m'avez par Votre lettre du 4 octobre indiqué de Votre côté les bases possibles d'une entente à trois. Je me suis empressé de Vous annoncer dès le 6 octobre^{d)} que j'acceptais et que je considérais l'accord comme établi en principe. Depuis je Vous ai signalé par le comte Lützow^{e)} que M. Iswolsky lui aussi „reconnaissait les résultats de l'échange de vues à Buchlau et à Desio comme acquis et devant définir d'avance les grandes lignes de l'attitude de la Russie, de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie à la future conférence“. L'idée de cette conférence prendra, je le suppose, des aspects plus précis après le retour prochain de M. Iswolsky à St. Pétersbourg. C'est surtout en vue de cette éventualité que j'ai tenu à Vous informer plus complètement. J'ai le ferme espoir qu'à la future conférence notre entente se manifesterait d'une manière salubre pour la paix générale et profitable aux bonnes relations de nos pays.

^{a)} Vgl. n. 157, 315, 358, 446, 637, 822, 827, 1172, 1664. — ^{b)} n. 48. — ^{c)} Vgl. n. 79. — ^{d)} n. 157. — ^{e)} Vgl. n. 261.

Nr. 338. Tel. aus Rom, 19. Okt. 1908 Nr. 162 (eing. 11 U. 30 M. p. m.). a) Entziff.

Nachrichten aus Konstantinopel wonach rücksichtlich der Annexionsfrage eine direkte Verständigung zwischen uns und der Pforte bereits hergestellt sei, erfüllten Herrn Tittoni mit lebhafter Befriedigung. Andererseits würde er bedauern, falls dies seitens einer der beiden Mächte zur Veranlassung genommen werden sollte, Beteiligung an der Konferenz abzulehnen. Es bliebe sonst nur eine unklare, mehr oder weniger verworrene Situation zurück; es sei weit besser, jetzt Tabula rasa zu machen. Französischem Geschäftsträger gegenüber hat Tittoni heute betont, wie wünschenswert es sei, dass auch Frankreich in Cetinje Vernunft predige. Fürst von Montenegro^{b)} hat bisher mitgeteilt: „unsere Truppenkonzentrierungen an seiner Grenze sowie Anwesenheit der k. u. k. Eskadre vor Antivari hätten ihn in die Notwendigkeit versetzt, Defensivmassregeln zu treffen.“ Herr Tittoni bittet mich, Euer Exzellenz zu fragen, ob nicht Möglichkeit vorhanden wäre, unsererseits von militärischen Massnahmen abzusehen, die bei dem Missverhältnisse der Kräfte kaum notwendig sein könnten und die in Montenegro als ein Element der Beunruhigung und der Provokation angesehen würden. Bezug auf Telegramm No. 6.^{c)} Minister des Äussern hofft, hier im Parlamente die heiklen Fragen der „früheren Mitwisserschaft“ ausweichen zu können und hofft, dass gleicher Vorgang auch Euer Exzellenz möglich sein wird. Er wird trachten, vertraulich auf Herrn Iswolsky einzuwirken, damit obiges Thema auch in der Duma unberührt gelassen werde. „Je n'ai rien à retirer de ce que j'ai dit, mais quatre ministres des affaires étrangères (car Schoen est dans le même cas) se disputant entre eux sur ce qu'ils s'étaient dit ou pas dit dans leurs conciliabules privés, deviendraient la risée de l'Europe.“ In einer zweiten soeben ad hoc von ihm veranlassten Besprechung erklärte der Minister nachstehendes: Herr Iswolsky habe ihm tatsächlich in Desio erklärt: Annexion könne rechtskräftig nur mit Zustimmung aller Signatarmächte erfolgen. Wenn Herr Tittoni dies in seinem Schreiben vom 4. d. M. nicht speziell hervorgehoben habe, so geschah dies aus dem Grunde, dass er, die Annexion nicht für unmittelbar bevorstehend erachtend, hoffte, diesbezüglich einen Akkord zwischen Oesterreich-Ungarn, Russland und Italien herzustellen, dem die Westmächte nachträglich beigetreten wären. Die Raschheit der Ereignisse vereitelte seinen Plan. Falls der Minister im Parlamente sich bezüglich Salzburg etc. äussern müsste, wird er vorher mit Euer Exzellenz Rücksprache pflegen. Ich glaube, dass er für Reziprozität sehr dankbar wäre. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 358, 359. — ^{b)} Vgl. n. 329, 347a, 352. — ^{c)} n. 315.

Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 19. Okt. 1908 Nr. 12 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 335.

Nr. 339. Privatschreiben des Sektionsrates im literarischen Bureau des Ministeriums des Äußern, Koloman von Kánya, an den Sektionschef (Ladislaus von Müller?); 19. Okt. 1908. Ausfert.

Im Nachhange zu meiner gestrigen, von der griechischen Gesandtschaft stammenden Mitteilung, wonach Italien die Unterstützung der griechischen

auf Kreta bezüglichen Wünsche von der Erlangung einer Kohlenstation auf Kreta abhängig machen will, findet eine Bestätigung in der heute vom Botschafter Crozier gemachten Äusserung,^{a)} dass Italien an die Schutzmächte Kretas eine Mitteilung des Inhalts habe gelangen lassen, es behalte sich in der kretensischen Frage ein ganz unabhängiges eigenes Vorgehen vor. Über die Haltung Frankreichs zur Orientfrage äusserte sich Crozier wie folgt: „La France se détache de la Russie et de l'Angleterre dans la question d'Orient.“ Begründet wird dieser Standpunkt damit, dass für Frankreich eine lediglich vermittelnde Rolle in der Orientfrage das Nützlichste sei; Frankreich wolle sich daher in dieser Frage ebenso verhalten wie es Österreich-Ungarn seinerzeit in der Marokko-Frage tat und auch heute noch tut. Über den Empfang von Milovanović in Paris äusserte sich Crozier dahin, dass Frankreich bei diesem Anlasse mit der Versicherung seiner Sympathien für Serbien gewiss nicht zurückhalten, gleichzeitig aber dem serbischen Minister des Äussern in einer nicht misszuverstehenden Weise bekanntgeben wird, dass von territorialen Kompensationen für Serbien keine Rede sein könne. Die hiesige öffentliche Meinung beginnt sich über unser „grenzenlos“ ruhiges Verhalten den serbischen Treibereien gegenüber aufzuregen.^{b)} Ich bitte daher um Instruktionen, in welcher Weise ich aus dieser Stimmung etwa hervorgehenden Vorwürfen oder Angriffen gegen das Auswärtige Amt entgegentreten kann. Kánya.

PS. (eigh.) Das Interesse für „Dämon“ Aehrenthal steigt in der auswärtigen Presse zusehends. Die hiesigen Vertreter zahlreicher ausländischer Blätter erhielten Auftrag Fotografien des Ministers, der Baronin Aehrenthal, und auch des Arbeitszimmers Seiner Exzellenz zu erhalten. Bitte um gütige Information, ob Seine Exzellenz eventuell geneigt wäre, gewünschte Fotografien zur Verfügung zu stellen.

^{a)} So! Amtsvermerk: (beruht auf Mitteilungen des Dr. Szeps). — ^{b)} Vgl. n. 347 a.

Nr. 340. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 20. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).

Herr von Tschirschky hat heute hier mitgeteilt, daß die kaiserlich deutsche Regierung dem von dem Herrn k. u. k. Minister des Äußern geäußerten Wunsche^{b)} entsprechend, sich beeilt habe, Baron Marschall anzuweisen, er möge sich bei der Pforte verwenden, damit sie der gegen die Waren und Schiffe der k. u. k. Monarchie gerichteten Boykottbewegung mit allen Mitteln entgegenwirke. Der kaiserlich deutsche Botschafter in Konstantinopel habe nunmehr seiner Regierung gemeldet, daß er schon beim Ausbruche der erwähnten Bewegung seinen Einfluß spontan im obigen Sinne bei der Pforte geltend gemacht und nach Empfang der einschlägigen Weisung des Berliner Kabinetts nicht verfehlt habe, seine Bemühungen zu erneuern, wobei er auf der Pforte darauf hingewiesen hätte, daß die Politik von der Regierung zu leiten sei, nicht aber Lastträgern und dergleichen überlassen werden dürfe.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 27 Nr. 42. — ^{b)} n. 296.

Nr. 341. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 20. Okt. 1908 Nr. 194 (eing. 21. Okt. 12 U. 20 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Fürst Bülow, der dem hohen telegraphischen Auftrag ddo. Budapest, 17. 1. M., Nro. 8 entsprechend informiert wurde, lässt mich ersuchen, Euer Exzellenz mit dem Ausdrucke seines besten Dankes für die gütige Mitteilung die Versicherung zu übermitteln, dass er, soviel er die Sachlage im Augenblicke übersehen könne, Hochdero Standpunkt vollkommen begreife. Auch der Staatssekretär, dem ich von der im bezogenen hohen Telegramme von Euer Exzellenz dargelegten Auffassung bezüglich des Punktes 7 des Konferenzprogrammentwurfes Kenntnis gab, stimmt derselben vollinhaltlich bei. Streng vertraulich erzählte mir Herr von Schoen, der Reichskanzler hätte Herrn Iswolsky bekannt geben lassen, er könne ihn erst Samstag den 24. d. M. empfangen. Fürst Radolin berichtet, russischer Minister des Äussern sei über diese Mitteilung etwas betreten gewesen und habe die Befürchtung geäussert, er werde am Ende Kaiser Wilhelm in Berlin gar nicht mehr antreffen. Gleichlautend Budapest. Flotow.

^{a)} Vgl. n. 344.

Nr. 342. Tel. nach Cetinje; Budapest, 20. Okt. 1908 Nr. 10 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Gager; G. Aehrenthal).

Zu meinem Telegramm No. 9.^{b)} Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren dem Fürsten sowie der fürstlichen Regierung wegen der offenbar infolge eines Missverständnisses in Agram erfolgten Behinderung der Reise des Generals Janko Vukotić mein lebhaftes Bedauern auszusprechen.

^{a)} Vgl. n. 283, 347 b. — ^{b)} Vom 19. Okt. 1908 (chiffr. 20. Okt. 12 U. 30 M. a. m. S. Gager; G. Aehrenthal). Teilt mit, daß Vukotić sich in einem an Aehrenthal gerichteten Telegramme aus Agram vom 19. Okt. (aufg. 6 U. 20 M. p. m.; eing. in Budapest 6 U. 45 M. p. m.) wegen seiner Behandlung in Agram beschwert hätte. V. sei dort, weil seine Begleiter keine Ausweispapiere vorweisen konnten, von der Polizei angehalten worden. Der Fortsetzung der Reise sei aber kein Hindernis bereitet worden. Doch habe V. deshalb den in Aussicht genommenen Zug versäumt und bis zur Abfahrt des nächsten um 1¹/₂ 10 Uhr Abends abgehenden Zuges in Agram verbleiben müssen. Der Gesandte möge diesen Sachverhalt der montenegrinischen Regierung mitteilen.

Nr. 343. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Okt. 1908 Nr. 407 (eing. 12 U. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 10. Ich habe zuerst mit Tewfik Pascha und sodann mit dem Grossvezir über den von Euer Exzellenz gewünschten Notenwechsel konferiert. Tewfik Pascha sagte mir, dass im gestrigen Ministerrate über die Frage einer uns abzugebenden Erklärung kein definitiver Beschluss gefasst wurde. Der Grossvezir hatte eingewendet, dass es unter den Grossmächten einige gebe, welche die Annexion Bosniens nicht ohne weiters anerkennen würden. Ich habe hierauf dem Minister des Äussern den mit obigen Telegramme Euer Exzellenz mir aufgetragenen Vorschlag eines Notenwechsels gemacht. Tewfik Pascha nahm diesen

Vorschlag entgegenkommend auf und sagte mir, er werde noch heute darüber mit dem Grossvezir sprechen. Meine Unterredung mit Kiamil Pascha war von viel längerer Dauer, da ich bei ihm geringen Anklang fand. Der Grossvezir ist augenscheinlich durch die Befürchtung beeinflusst, dass ein Zurückziehen des türkischen Protestes und ganz offene Anerkennung der Annexion Bosniens bei den Jungtürken auf Widerstand stossen würde. Er kam immer wieder darauf zurück, die Sache im jetzigen Stadium zu lassen. Ich erklärte ihm hierauf mit Entschiedenheit, dass wir unter diesen Umständen an der Konferenz nicht teilnehmen würden und dass es daher überhaupt zu keiner Konferenz kommen könne. Schliesslich nach langem Hin- und Herreden sagte mir der Grossvezir, dass er die Angelegenheit dem morgigen Ministerrate vorlegen werde. Ich bestand mit grossem Nachdrucke auf einer definitiven Antwort bis spätestens Donnerstag. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 363.

Nr. 344. Tel. aus London, 20. Okt. 1908 Nr. 89 (eing. 21. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 5. Ich war eben bei Sir Edward Grey und habe ihn im Sinne des Telegrammes auf die Gefahr des Artikels 7 des Konferenzprogrammes aufmerksam gemacht. Staatssekretär bemerkte, man könne den Vorschlag noch kein Programm nennen, davon könne erst die Rede sein, wenn sich alle Regierungen verständigt hätten. Vorläufig wisse er noch immer nicht, wie sich Türkei dazu stelle. Türkische Regierung habe sich noch nicht ausgesprochen. Als ich wiederholt betonte, dass Artikel 7 in Serbien und Montenegro unerfüllbare Hoffnungen erwecken und krieglerische Velleitaten steigern dürfte, widersprach er mir nicht, bemerkte aber, er könne nur wiederholen, was er mir am ersten Tage sagte, dass nämlich unsere und Bulgariens Aktion überall Aspirationen erwecken und den Mächten grosse Schwierigkeiten bereiten müsse. Meine Bemerkung, dass wir faktischen Besitz der Türkei in keiner Weise berührt hätten und den Wunsch hegen, auch in Zukunft mit dem ottomanischen Reiche im besten Einvernehmen zu leben, erwiderte er damit, dass wir türkische Regierung doch einem bedeutenden „Affront“ und das neue Regime einer schweren Erschütterung ausgesetzt hätten. Er scheint noch immer damit beschäftigt, Türkei moralische Satisfaktion zu verschaffen. Nachrichten aus Bulgarien bezeichnete er als jetzt günstiger, was Aussicht auf Erhaltung des Friedens betrifft. Er weiss aber nicht, inwieweit bulgarische Regierung den Fürsten Ferdinand in seiner konzilianten Haltung unterstütze. Die von Bulgarien aufgestellte Theorie, dass der ostrumelische Tribut durch Unabhängigkeitserklärung einfach aufgehoben sein soll, bezeichnete Sir Edward Grey als unhaltbar. Darüber, dass mir das Programm nicht mitgeteilt worden sei, gab mir Sir Edward Grey spontan dieselbe Erklärung, wie Sir Charles Hardinge (mein gestriges Telegramm Nr. 88) und händigte mir nachträglich ein Exemplar ein zu meiner persönlichen Information. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 341, 345, 375, 381.

Nr. 345. Tel. aus Paris, 20. Okt. 1908 Nr. 40 (eing. 5 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky hat mir gestern abends mitgeteilt, dass er Fürst Urussow beauftragt habe, Euer Exzellenz bezüglich des Punktes 7 eine Erklärung abzugeben. Der russische Minister bittet inständig, wir möchten erwägen, ob es nicht möglich wäre, Serbien eine geringe territoriale Entschädigung zu gewähren. Wir seien schuld, dass Balkanstaaten in Aufregung geraten und eine für alle Mächte schwierige Lage entstanden sei, daher hätten wir Verpflichtung zur Beruhigung durch Konzessionen beizutragen. Die Publikation der Agence Havas sei fantastisch und er nicht daran schuld und nur das englische Communiqué^{b)} enthalte seine Vereinbarung mit Sir Edward Grey und Herrn Pichon. Ich antwortete Herrn Iswolsky, dass mir die von ihm proponierte Lösung für uns unannehmbar scheine. Nach meinen Informationen dürfte des Ministers Stellung unhaltbar sein, wenn er die Konferenz nicht zustande bringe. In meiner eigenen Sache wegen des mir unterschobenen Wortes „précéder“ habe Herr Iswolsky erklärt, dasselbe nicht ausgesprochen zu haben und bedauert „qu'il a propagé un potin“. Gleichlautend Budapest. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 344, 346, 469. — ^{b)} Vgl. n. 300.

Nr. 346. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Geschäftsträgers, 20. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).

Herr Sverbeew ist heute hier in Vertretung des leidenden Fürsten Urussow erschienen, um auftragsgemäss nachstehendes im Wege der russischen Botschaft in Paris an die hiesige russische Botschaft gerichteten Telegramm Herrn Iswolskys mitzuthemen: „Le soi-disant programme en 9 points publié par l'agence Havas étant apocryphe il est inutile de discuter la rédaction du point 7 qui est attribué à M. Iswolsky. Le programme authentique qui doit être actuellement connu à Vienne ne contient aucune mention d'une rectification de frontières en faveur de la Serbie et du Monténégro. Il est exact qu'à Buchlau le Baron d'Aehrenthal s'est prononcé contre une pareille rectification; aussi n'est-ce nullement dans les intentions de M. Iswolsky d'insister sur ce point. Ce ne serait que le Cabinet de Vienne lui-même qui dans un mouvement de générosité spontané pourrait apporter un changement à ses décisions ce qui contribuerait dans les circonstances présentes à amener l'apaisement sur la péninsule que les Puissances ont le plus grand intérêt à assurer. Dans tous les cas la forme donnée au programme en question prouve combien nous désirons procéder d'une manière conciliante et sans froisser qui que ce soit. Es wurde Herrn Sverbeew bemerkt, dass das in vorstehendem Telegramme als bekannt vorausgesetzte „programme authentique“ bisher hier nicht bekannt ist.

^{a)} Vgl. n. 345, 350.

Nr. 347a. Privatschreiben Erzherzog Franz Ferdinands (Konopischt, 20. Okt. 1908).^{a)} Eigenh. Ausfert.

Herzlichsten Dank für Ihren letzten Brief^{b)} und die sehr interessante Berichterstattung die mir sehr oft nachgeschickt wird. Ich bin ganz der

Ansicht Euer Excellenz es ja zu keinem Kriege kommen zu lassen. Wir haben dadurch gar keinen Vortheil und es hat ganz den Anschein als ob diese Balkanköter von England und vielleicht Italien gehetzt, uns zu einem voreiligen kriegesischen Schritt bewegen wollen. Ich glaube daß es sehr gut ist wenn unsere Vertreter in Belgrad und besonders in Cetinje eine scharfe Sprache führen, aber alle Kriege, Mobilisirungen Aufmärsche etc. sollten unbedingt vermieden werden. Ich bin auch sehr einverstanden dass Sie die Kriegslust des guten Conrad etwas dämpfen. Eine Infamie Iswolskys und Grays^{c)} ist es uns zuzumuthen eine Compensation an Serbien-Montenegro zu geben. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen. Ebenso bin ich entschieden gegen eine Aufhebung des § ich glaube 19 in Betreffs Montenegros da man diesen falschen infamen Kerln doch keinen Kriegshafen geben darf der dann ein höchst gefährlicher strategischer und taktischer Flottenstützpunkt Italiens würde!! Das wäre eine Riesen Gefahr und für uns unannehmbar so sehr auch Tittoni dieß wünschen dürfte. Da müßte man fest bleiben. Und nochmals vor Allem keinen Krieg mit Serbien oder Montenegro und keine übereilten Schritte, Mobilisirungen und dergleichen. Das wäre im jetzigen Momente ganz falsch! Ich komme nächste Woche nach Wien und werde auch trachten Conrad respektive seine hetzende Umgebung zu beruhigen. Da müssen wir Beide gemeinsam arbeiten. ... *Persönliches, innere österreichische Angelegenheiten. ...*

Erzherzog Franz.

^{a)} Das Stück ist undatiert. Die Poststempel des Briefumschlages haben das Aufgabedatum: Konopischt, 20. Okt. 1908, das Eingangsdatum: Budapest, 21. Okt. 1908. Vgl. n. 282, 308, 338, 340, 352. — ^{b)} Liegt nicht vor. — ^{c)} So!

Nr. 347b. Note des Chefs des Generalstabes, 20. Okt. 1908 K. Nr. 1175 B.^{a)} Ausfert.

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz betreffs der Anhaltung des montenegrinischen Generals Janko Vukotić in Agram den folgenden telegrafischen Bericht der Generalstabsabteilung des 13. Korps zur geneigten Kenntniss zu bringen: „Heute vormittags avisierte die Polizei in Fiume die Agramer, dass montenegrinische Offiziere über Agram nach Belgrad reisen. Sie wurden auch im Eisenbahnzug 2 h nachmittags eruiert und zur Ausweisleistung verhalten. Es waren dies der Brigadegeneral Vukotić und die beiden polizeilich bekannten Agitatoren Jovanović und Torbica. Der General hatte ein Empfehlungsschreiben vom Gesandten Baron Kuhn blos an die österreichischen und ungarischen Grenz- und Zollbehörden, ferner einen Zettel mit stark gekürzten Notizen, anscheinend Vormerkungen über auszutragende Angelegenheiten und Hinweis auf Zusammengehen Montenegros und Serbiens. Die drei Montenegriner wurden zur Polizei überstellt und dort zurückbehalten. General gab Jovanović als seinen Diener aus, widersprach sich dann in Angaben über seine Begleiter. Inzwischen wurde in einen vorgefundenen Brief vertraulich eingesehen. Dessen Auszug: „Offiziersfamilien verlassen auf Befehl Bocche. In Bocche ist alles ruhig, nur Gendarmerie und Finanz arbeiten fleissiger. Truppen arbeiten speziell

bei Nacht. Schreiber hat den Eindruck, dass alles nach Grahovo, Spizza und Branić (?) dirigiert sei; in der Bocche sei nur die Festungsbesatzung. Brüder in Belgrad arbeiten fleissig an Schaffung des südslavischen Königreiches. Ein Anhänger Pašić habe ihm erzählt, dort sei Pašić noch immer alles; nach Bosnien-Herzegovina und anderen Ländern, wo Serben wohnen, seien viele entsendet. Was aber machen wir? Es wäre gut, wenn auch wir einen Plan hätten. Schreibe, alter Verwandter, es wäre jemand nach Grahovo und Fudik (?) zu entsenden; jedenfalls wäre zu erfahren, was zwischen Braici und Sciak (?) steht. Unterschrift: Kicener.“ Adressiert ist der Brief an: Mitrubosch Kanikova Cetinje. Geschrieben wurde er in Fiume, 6. Oktober. Auf Telefonweisung des Evidenzbureaus wurde dem Ministerium des Aeussern der neue Sachverhalt telefonisch mitgeteilt; ein Baron aus dem Ministerium des Aeussern, Name unverständlich, präzisiert Standpunkt dahin, dass jeder Zwischenfall mit Montenegro die Politik Aehrenthal stören und auch bei einem Sachverhalt, der die Anklage auf Spionage zuliesse, dieser Erfolg in keinem Verhältnis zu dem Schaden stünde, den die Störung der Beziehungen zu Montenegro erleiden würden. Es sei daher im Ministerium des Aeussern unbedingt erwünscht den in offizieller Mission Reisenden keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Da inzwischen der berufene Richter erklärt, Sachverhalt sei für die Erhebung der Anklage kaum genügend, so wurde versucht, den General — unter der Vorschützung anonymer Anzeige gegen ihn als Grund der Anhaltung — zu bewegen, den Brief vorzulesen oder rückzulassen. Dies verweigerte er, gestattete jedoch, die Revision des Gepäcks der Begleiter: Resultatlos. Polizei sich entschuldigt. Alle drei abends abreisen lassen; waren zufrieden. Vukotić nicht in Kenntnis, dass in oben zitiertem Brief Einsicht genommen wurde.“ Conrad.

a) Vgl. n. 342, 348.

Nr. 348. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 21. Okt. 1908 Nr. 112 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Infolge Anhaltung des gestern hier eingetroffenen montenegrinischen Abgesandten Vukotić in Agram hier neuerdings Erregung, auch in ersten Kreisen. Gleichlautend Budapest. Franz.

a) Vgl. n. 283, 347 b, 380.

Nr. 349. Tel. nach Berlin Nr. 12 (1), an den ersten Sektionschef Ladislaus von Müller Nr. 9 (2) und nach St. Petersburg Nr. 14 (3); Budapest, 21. Okt. 1908 Nr. 12 (chiffr. 3 U. 10 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

1. Russischer Botschaftsrath in Wien hat folgendes Telegramm Herrn Iswolsky's mitgeteilt: „Monsieur Tscharykoff a informé Monsieur Iswolsky que le Baron d'Aehrenthal avait l'intention de se référer en séance plénière des Délégations à l'échange de vues de Buchlau. Monsieur Iswolsky vous charge de dire au Baron d'Aehrenthal qu'il réitère amicalement mais instamment la prière de s'en abstenir, puisqu'il est avéré que dans les opinions

des deux ministres échangées à Buchlau il n'y a pas eu concordance complète; des références publiques à ce sujet pourraient obliger Monsieur Iswolsky à des rectifications également publiques ce qui ne manquerait pas d'exciter l'opinion publique et pourrait porter atteinte à l'harmonie qu'on cherche à établir de part et d'autre. Herr Sverbejeff fügte hinzu, daß Herr Iswolsky großen Werth darauf lege, während seines Aufenthaltes in Berlin in Besitz meiner Rückäußerung auf vorstehende Mittheilung zu gelangen. Ich ersuche Euer Excellenz, Herrn Iswolsky, der nach Angabe Herrn Sverbejeffs bis Donnerstag den 22. I. M. in Berlin verbleibt, zu sagen,^{b)} daß ich in der gestrigen Plenarsitzung der ungarischen Delegation^{c)} eine Bezugnahme auf die Besprechungen von Buchlau vermeiden konnte. Ich hoffe eine gleiche Haltung im Plenum der österreichischen Delegation beobachten zu können. Herr Iswolsky möge aus der Zurückhaltung, die ich mir auferlegte, entnehmen, wie sehr ich bemüht bin, seinen Wünschen entgegen zu kommen und durch Ausgleichung der noch bestehenden Divergenzen eine Situation zu schaffen, die ein harmonisches Zusammengehen der beiden befreundeten Cabinete ermöglicht.

2. Mit Bezug auf Ihren Tagesbericht vom 20. I. M.^{d)}, betreffend das durch Herrn Sverbejeff mitgetheilte Telegramm Herrn Iswolsky's über meine eventuellen Äußerungen in den Delegationen. Ich telegrafire an Herrn von Szögyény wie folgt: (Scribatur Telegramm sub 1 von „Ich ersuche Euer“ bis „Cabinete ermöglicht.“) Euer Excellenz wollen den Inhalt meiner Antwort dem Fürsten Ouroussoff zur Kenntniss bringen.

3. Erhalten Euer Excellenz Bericht No. 40 C vom 18. I. M. Ich telegrafire an Herrn von Szögyény wie folgt: (Scribatur Telegramm sub 1 in extenso).
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 350. — ^{b)} Dieselben Gesichtspunkte wurden laut Amtsvermerk (Call) vom 22. Okt. 1908 auch dem russischen Botschaftsrat Sverbejew mitgeteilt. —

^{c)} Vgl. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 283. — ^{d)} Mitgeteilt oben in 1 (Tel. nach Berlin Nr. 12).

Nr. 350. Tel. nach Berlin Nr. 13 (1) und St. Petersburg Nr. 15 (2); Budapest, 21. Okt. 1908 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

1. Der russische Botschaftsrat in Wien hat außer der in meinem gleichzeitigen Telegramme Nr. 12 behandelten Message Herrn Iswolskys in Angelegenheit meiner eventuellen Äußerungen in den Delegationen noch das nachfolgende Telegramm seines Ministers aus Paris mitgeteilt: ... wie n. 346 „Le soi-disant programme“ bis „sans froisser qui que ce soit.“ ... Euer Exzellenz wollen in Beantwortung der vorstehenden Mitteilung Herrn Iswolskys die folgenden Eröffnungen machen: Die Vorschläge betreffend das Programm der Konferenz sind uns auch bis heute nicht offiziell mitgeteilt worden, wir können uns daher über die frühere und die neue Fassung des Artikel 7 noch nicht aussprechen, nehmen aber mit Vergnügen davon Akt, daß sich Herr Iswolsky daran erinnert, daß ich schon in Buchlau die Möglichkeit territorialer Kompensationen für

Serbien oder Montenegro nachdrücklichst abgelehnt habe. Ebenso bin ich sehr befriedigt von der Versicherung Herrn Iswolskys, daß er nicht die Absicht habe, auf seinem Anwurf zu bestehen. Wenn der Herr russische Minister dem Gedanken Ausdruck gibt, daß eine Berücksichtigung der serbischen oder montenegrinischen Wünsche nach territorialen Kompensationen — vielleicht unsererseits durch einen spontanen Akt der Großmut — erfolgen könnte, so wollen Euer Exzellenz Herrn Iswolsky darauf aufmerksam machen, daß eine solche Generosität schon aus prinzipiellen und Rücksichten des Prestiges nicht ins Auge gefaßt werden kann. Wir sind überzeugt, daß Herr Iswolsky bei näherer Erwägung dieser Frage die zwingenden Gründe unserer ablehnenden Haltung würdigen wird. Wenn aber der Gedanke territorialer Kompensationen ausgeschaltet wird, sind wir — trotz der serbischen und montenegrinischen Provokationen, die unsere Langmut auf eine harte Probe stellen — bereit, diesen beiden Ländern auf anderen Gebieten ein tunlichstes Entgegenkommen zu erweisen. Schon in Buchlau habe ich mich zu einem Verzicht auf gewisse Vorrechte Montenegro gegenüber bereit erklärt und eine Berücksichtigung der Stellung Serbiens als Donaustaat in Erwägung gezogen. Auch auf wirtschaftlichem und verkehrspolitischen Gebiete werde ich auf die serbischen und montenegrinischen Interessen, soweit es an mir liegt, Bedacht nehmen: so z. B. in der Frage eines vertragsmäßig sichergestellten freien serbischen Verkehrs durch Bosnien an die Adria. Ich würde es dankbarst begrüßen, wenn Herr Iswolsky diese unsere konzilianten Dispositionen würdigen und hiedurch zu einer befriedigenden Lösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten beitragen würde. Sobald Euer Exzellenz im vorstehenden Sinne mit Herrn Iswolsky gesprochen haben werden, wollen Euer Exzellenz sowohl von der Message des Herrn russischen Ministers wie von unserer Antwort an denselben dem Fürsten Bülow Kenntnis geben.

2. Zu Euer Exzellenz Information. Ich telegraphiere an Herrn von Szögyény, wie folgt: (Scribatur Telegramm sub 1 von „der russische Botschaftsrat in Wien“ bis „beitragen würde.“) Aehrenthal.

a) Vgl. n. 355, 371.

*Nr. 351. Tel. aus Berlin, 21. Okt. 1908 Nr. 197 (eing. 11 U. 50 M. p. m.)^{a)}
Entziff.*

Vertraulich. Herr Milovanović wurde gestern abends von Herrn von Schoen empfangen. Staatssekretär teilt mir heute mit, der serbische Minister des Äußern habe ihm auseinanderzusetzen getrachtet, dass Serbien infolge der letzten Ereignisse am Balkan anstreben müsse, Kompensationen zu erlangen; als solche bezeichnete er an der Hand der Landkarte einen „kleinen“ Landstrich an der serbisch-bosnischen Grenze, einen Teil des Sandjaks Novibazar, des weiteren eine Eisenbahnverbindung durch den Sandjak nach einem montenegrinischen Hafen. Er erbat sich diesbezüglich die Unterstützung der deutschen Regierung bei der österreichisch-ungarischen und der türkischen Regierung. Der Staatssekretär erklärte hierauf, er könne ein Anrecht Serbiens auf Kompensationen absolut nicht anerkennen

und demzufolge sei es ganz ausgeschlossen, dass die deutsche Regierung irgend eine Demarche in dem vom Minister angedeuteten Sinne unternehme. Herr Milovanović nahm diese entschiedene Absage mit augenscheinlicher Bestürzung entgegen. Die Bitte des serbischen Ministers des Äussern, von Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler empfangen zu werden, lehnte Herr von Schoen in verbindlichster Weise ab und gab ihm zum Schlusse den wohlgemeinten Ratschlag, Serbien möge sich ruhig verhalten und unrealisierbaren Wünschen nicht nachjagen. Wie ich höre, hat Herr Milovanović auch bei mehreren hiesigen Botschaftern vorgesprochen und ihnen seine Wünsche vorgebracht. Mein französischer Kollege erzählte mir, er habe ihn versichert, dass nach seiner Ansicht diese und ähnliche Desiderata gar keine Aussicht auf Verwirklichung hätten. Herr von Schoen sagte mir, er halte es für angezeigt, den kategorischen Refus der deutschen Regierung durch die Presse nicht gleich bekannt zu geben, da dies auf die ohnehin überreizte Stimmung in Belgrad noch mehr aufregend wirken würde. Nach und nach würde übrigens seine ablehnende Antwort ohnedies durchsickern. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 369, 370.

*Nr. 352. Tel. aus Cetinje, 21. Okt. 1908 Nr. 91 (eing. 11 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Ich habe den mir mit Telegramm Nr. 10^{b)} erteilten Auftrag noch gestern abends ausgeführt. Fürst Nikolaus, welcher mich ersuchte, Euer Exzellenz seinen besten Dank zu vermitteln, nahm die Gelegenheit wahr, um wieder auf die unsererseits getroffenen und im Zug befindlichen militärischen Massnahmen hinzuweisen, welche Montenegro nötigen, auch seinerseits zwecks Verteidigung seiner Existenz Vorsichtsmassregeln zu treffen. Ich ermangelte nicht, neuerdings zu betonen, dass unsererseits keinerlei ausserordentliche militärische Massregeln, sondern nur Vorsichtsvorkehrungen zur Beruhigung unserer Bevölkerung getroffen worden seien. Der Fürst beharrte jedoch bei seinen Ansichten und fügte bei, er müsse dem Drängen der Militärverwaltung, welche für die Sicherung des Landes vorzusorgen habe, nachgeben und würden über Antrag derselben in den nächsten Tagen grössere Geschütze nach Neguš und Lovcen transportiert und in Baracken untergebracht werden. Wenn ich ihm die schriftliche Zusicherung geben könnte, dass er von einer Aktion unsererseits 48 Stunden früher verständigt werden würde, so wäre dieser Geschütztransport überflüssig. Trotz meiner wiederholten und nachdrücklichsten Versicherungen, dass das Fürstentum, wie ich ihm dies erst kürzlich im Auftrage Euer Exzellenz mitgeteilt hatte, bei einer korrekten Haltung auch auf unsere freundschaftliche Unterstützung und unser grösstes Entgegenkommen rechnen könne, blieb der Fürst hartnäckig bei seiner Ansicht, dass er angesichts der Situation alle für die Sicherheit des Fürstentums notwendigen und ihm geeignet erscheinenden Massnahmen treffen müsse. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Budapest. Kuhn.

a) Vgl. n. 338, 347a, 353. — b) Vgl. auch n. 283.

Nr. 353. Tel. aus Cetinje, 21. Okt. 1908 Nr. 92 (eing. 22. Okt. 2 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung zu meinem Telegramme Nro. 91. Ich machte den Fürsten mit Hinweis auf die erfolgte Hinausgabe von Munition an die Grenzbataillone (150 Patronen per Mann), auf die Gefahr eines möglichen Inzidenz-falles aufmerksam doch behauptet er, dass die Munition an die Kompagnie-kommandanten verabfolgt und nicht unter die Mannschaft verteilt worden sei, sowie dass er die strengsten Befehle gegeben habe, dass sich die montenegrinischen Truppen der Grenze nicht zu sehr nähern. Er wisse, dass Montenegro im Falle eines Konfliktes mit der Nachbarmonarchie dem Untergange entgegengehe, doch werde er, falls die Konferenz Montenegros Wünsche nicht berücksichtige, um das Vertrauen seines Volkes zu rechtfertigen, zwecks Vertretung der Interessen desselben, auch das Äusserste wagen müssen. Die Begeisterung im Lande sei eine so grosse, dass sich die Frauen zur Besorgung des Intendanzdienstes gemeldet haben; hiedurch gewinnt der Kombattantenstand 5000 Mann. Die Stimmung Seiner königlichen Hoheit war bald eine zuversichtlich kriegerische — er scheint auf eine Aktion der Türkei zu hoffen — bald eine jammervolle, welche im Appell an die k. u. k. Regierung zum Ausdrucke kam. Die nach und nach zur Ausführung gelangenden und, wie der Fürst behauptet, lediglich die Defensive bezweckenden militärischen Massnahmen lassen darauf schliessen, dass die seitens meiner Kollegen von Italien und Russland im Auftrage ihrer Regierungen erteilten Ratschläge zur Ruhe und Mässigung bisher unberücksichtigt geblieben sind. Gleichlautend Budapest Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 358, 372.

Nr. 354. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Okt. 1908 Nr. 86 B (eing. 24. Okt.). Ausfert.

Als wir die Annexion Bosniens ins Werk setzten, gab man sich hier sowohl in Regierungs- als auch in jungtürkischen Kreisen der Hoffnung hin, die Annexionspolitik werde in Ungarn auf Widerstand stoßen. Aus diesem Grunde wurde die Hetze gegen die Monarchie auf Österreich beschränkt und richtete sich namentlich gegen österreichische Waaren und österreichische Schiffe. Selbst der Großvezir ließ in seinen Unterredungen mit mir zu wiederholten Malen Bemerkungen fallen, aus welchen ich ersehen konnte, daß er auf Ungarn große Hoffnungen setzte. Diese Hoffnungen wurden, namentlich durch die Haltung der ungarischen Delegation auf das gründlichste zerstört. Man sieht sich jetzt auch in dieser Hinsicht vollkommen enttäuscht. Aber nicht bloß die Haltung der ungarischen Delegation, sondern auch die Stellungnahme der ungarischen Presse gegenüber der Annexionspolitik haben hier tiefen Eindruck gemacht. In den jungtürkischen Blättern wurde anfangs wiederholt an die traditionelle Freundschaft der Ungarn appelliert; namentlich der „İkdam“ hat sich in dieser Richtung bemerkbar gemacht. Diese Zeitung brachte unter Anderem einen Aufruf an Ungarn, der Türkei in ihrer Bedrängnis beizustehen. Dieser Aufruf wurde ins Ungarische übersetzt und dem „Budapesti Hirlap“

übersendet. Das ungarische Blatt beantwortete nun jenen Aufruf in äußerst treffender Weise, indem es hervorhob, daß die Annexion Bosniens im Interesse Ungarns gelegen sei und daß die Türken mit der Zeit einsehen werden, daß unser Vorgehen auch für sie nur vorteilhaft war, da jene Provinzen unter keinen Umständen wieder unter türkische Herrschaft gekommen wären. Man ist jetzt in der Türkei und ich glaube nicht bloß in der Türkei sondern auch in ganz Europa zur Überzeugung gelangt, daß die Monarchie, wenn es sich um Fragen der äußeren Politik handelt, wie ein Mann aufzutreten versteht. Es ist dies an und für sich ein Erfolg, der nicht hoch genug anzuschlagen ist. Ich würde ihn sogar höher einschätzen als den definitiven Erwerb zweier Provinzen. Wir haben uns durch unser Vorgehen allerdings viele Feinde gemacht; ganz besonders in diesem Lande, wo wir noch lange mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Ich glaube aber, der Gewinn an Ansehen und Prestige wiegt jene Nachteile völlig auf; gerade die Art und Weise, wie wir die Sache durchgeführt haben, nämlich die kühne Schaffung eines *fait accompli*, das mehr oder weniger alle Welt überrascht hat, imponiert, und auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß eine kräftige Offensive die beste Politik ist. In Bezug auf den oben erwähnten Artikel des „*Ikdam*“ erlaube ich mir noch zu bemerken, daß derselbe, wie ich Grund anzunehmen habe, von dem Domherrn Professor Dr. Karácsonyi, der seit beinahe 2 Jahren im Auftrage der ungarischen Regierung zum Zwecke wissenschaftlicher Studien hier weilt, ins Ungarische übersetzt und dem „*Budapesti Hirlap*“ übermittelt worden sein dürfte. Ich habe dem genannten Professor nahe legen lassen, er möge sich in Zukunft jeder Verbindung mit jungtürkischen Blättern enthalten. Dr. Karácsonyi selbst stellt in Abrede, daß er mit türkischen Blättern in Verbindung stehe, und ließ mir sagen, er habe bloß unmittelbar nach Promulgierung der Constitution einen Artikel im „*Ikdam*“ veröffentlicht.

Pallavicini.

Nr. 355. Tel. nach Paris; Budapest, 21. Okt. 1908 Nr. 7 (chiffre. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Aus den Meldungen Euer Exzellenz^{b)} war zu ersehen, in wie dankenswerter Weise sich Herr Pichon in der Frage des Art. 7 des Konferenzprogrammwurfes (das uns übrigens bis jetzt offiziell nicht bekannt geworden ist) benommen hat. Wie er selbst Euer Exzellenz mitgeteilt hat, hat er die ursprüngliche Fassung des Artikels sofort als für uns unannehmbar erkannt und sich bemüht, ihr eine weniger bedenkliche Textierung zu substituieren. Wir müssen es mit Freuden begrüßen, daß Herr Pichon volles Verständnis dafür hat, daß es uns unmöglich wäre, Serbien oder Montenegro territoriale Kompensationen zu gewähren; wenn nun diese Frage ausgeschaltet ist, sind wir — trotz der unsere Langmut erschöpfenden serbisch-montenegrinischen Provokationen — bereit, auf anderen Gebieten beiden Ländern ein tunlichstes Entgegenkommen zu erweisen. Speziell für Serbien hatten wir bereits vor der Annexion eine Berücksichtigung seiner Stellung als Donaustaats in Erwägung gezogen. Auch auf wirtschaftlichem und verkehrspolitischem Gebiete würden wir — soweit es an uns

liege — auf die serbischen Interessen Bedacht nehmen und beispielsweise diesem Lande einen freien Verkehr durch Bosnien an die Adria vertragsmäßig sicherstellen. Es würde uns lebhaft interessieren, ob Herr Pichon bestimmte andere Vorteile im Auge hatte, als er den Satz von den Serbien etwa zu gewährenden „Avantages“ formulierte. Wir wären jedenfalls bereit, solche von Herrn Pichon ausgehende Anregungen mit besonderem Empressement in Erwägung zu ziehen, da wir von seinen freundschaftlichen Intentionen und von seinem Wunsche überzeugt sind, uns angenehm zu sein. Frankreich hat in allerjüngster Zeit erfolgreich dazu beigetragen, die Gefahr eines Konfliktes zwischen Bulgarien und der Türkei zu mildern. In Serbien genießt Frankreich lebhaftes Sympathien, die es ihm leicht machen müßten, seine mahnende Stimme auch dort zur Geltung zu bringen; die großen mit der Erhaltung des Friedens in Serbien verknüpften französischen Interessen würden von einer solchen Aktion nur profitieren. Der Gedanke läge nahe, daß Frankreich in der gegenwärtigen krisenhaften Periode am Balkan eine ähnliche Vermittlerrolle übernehme, wie die unserer Monarchie in der marokkanischen Angelegenheit. Wenn Herr Pichon geneigt wäre, die Tätigkeit der französischen Diplomatie in diese Richtung zu lenken, so kann er auf unseren lebhaften Dank und auf unsere aufrichtige Bereitschaft rechnen, ihn bei seinem Unternehmen, soweit es an uns liegt, zu unterstützen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in diesem Sinne tunlichst bald zu Herrn Pichon vertraulich aussprechen und mir die Aufnahme, die Ihre Eröffnungen bei dem Herrn Minister gefunden, telegraphisch melden zu wollen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 350, 357, 364, 412. — b) Vgl. n. 312.

Nr. 356. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 21. Okt. 1908. a) Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Müller).

Herr Crozier ist heute hier erschienen, um im Auftrage Herrn Pichons die nachstehende Mitteilung zu machen: Fürst Ferdinand von Bulgarien habe vor kurzem unter Hinweis auf das Wohlwollen, welches die französische Regierung für sein Land hege, in Paris angefragt, ob man dort geneigt wäre, zwischen Sofia und Konstantinopel zu vermitteln. Auf die bejahende Antwort hin habe der Fürst am letzten Samstag in Paris die Erklärung abgegeben lassen, er wünsche die Anbahnung guter Beziehungen zur Türkei und sei in Anerkennung der materiellen Rechte der letzteren in Ostrumelien zu entsprechenden finanziellen Kompensationen bereit. Die französische Regierung habe diese Erklärung sofort im Wege des türkischen Botschafters in Paris wie auch durch Herrn Constans der Pforte mitgeteilt, welche sodann unverzüglich die Mobilisierung zum Stillstande gebracht habe. Herr Crozier fügte hinzu, daß er beauftragt worden sei, diese Mitteilung mit dem Bemerkens zur Kenntnis des k. u. k. Ministeriums des Äußern zu bringen, daß Herr Pichon gerne bereit sei, im Laufe der Verhandlungen, die auf Grund der erwähnten Erklärung des Fürsten von Bulgarien zu führen sein werden, etwaige Wünsche, die Baron Aehrenthal äußern sollte, zu berücksichtigen. Hierbei betonte Herr Crozier, welchen großen Wert Herr

Pichon auf die freundschaftlichsten Beziehungen lege, die in so erfreulicher Weise zwischen den Kabinetten von Paris und Wien bestünden, und hob die günstige Fügung hervor, daß die Interessen Österreich-Ungarns und Frankreichs weder in noch außer Europa in irgend einem Punkte kollidierten.

^{a)} Vgl. n. 357, 364, 378.

*Nr. 357. Tel. aus Paris, 21. Okt. 1908 Nr. 43 (eing. 11 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Antwort auf Telegramm Nr. 5^{b)} aus Budapest. Im Sinne des mir erteilten Auftrages habe ich mich heute bei Herrn Pichon ausgesprochen. Nachdem ich unseren Standpunkt bezüglich der ersten und zweiten Fassung des Artikels 7 weitläufig begründet hatte, hat Herr Pichon sich dahin geäußert, dass er unter dem Worte „avantages“ territoriale Kompensationen nicht verstehe. Er wisse, dass solche von uns nicht gewährt würden und habe sich in diesem Sinne gegen Herrn Vesnić ausgesprochen. Der Minister hat den französischen Vertreter in Sofia mit einer neuerlichen Demarche beauftragt, derzufolge die bulgarische Regierung aufgefordert wird, einen Vertreter nach Konstantinopel zu entsenden, um dort Ausgleichsverhandlungen zu beginnen.^{c)} Herr Pichon wäre Euer Exzellenz dankbar, wenn Hochdieselben den Grafen Thurn anweisen wollten, Herrn Paléologue in seinen Schritten zu unterstützen. Gleichlautend Budapest. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 355, 360, 470. — ^{b)} Vom 14. Okt. — ^{c)} Vgl. n. 356.

*Nr. 358. Tel. nach Rom; Budapest, 21. Okt. 1908 Nr. 12 (chiffre. 22. Okt. 12 U. 30 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin u. Aehrenthal;
G. Aehrenthal).*

Mit Bezug auf die in Euer Exzellenz Telegramm No. 162 vom 19. Oktober erwähnten Mittheilungen, die der Fürst von Montenegro über angebliche unsererseits gegen das Fürstenthum gerichtete militärische Massregeln in Rom gemacht hat, ersuche ich Euer Exzellenz in meinem Namen zur Kenntniss Herrn Tittonis zu bringen, dass wir keinerlei militärische Vorkehrungen gegen Montenegro getroffen und keine Truppen an der montenegrinischen Grenze concentrirt haben; auch die Nachricht von der Anwesenheit einer k. u. k. Escadre vor Antivari ist natürlich frei erfunden. Da mir Euer Exzellenz mit Telegramm No. 160 vom 18. l. M. zu melden in der Lage waren, dass Herr Tittoni bereits in dankenswerther Weise beruhigend auf die Stimmung in Cetinje einzuwirken bemüht gewesen sei, wird sich der Herr italienische Minister vielleicht veranlasst sehen, auf Grund meiner vorstehenden Mittheilungen seine Mahnungen zur Ruhe beim Fürsten und bei der fürstlichen Regierung zu wiederholen. Seitens der russischen Regierung sind dieser Tage nachdrückliche Schritte in diesem Sinne in Cetinje erfolgt; es wurde der fürstlichen Regierung bedeutet, dass Montenegro — falls es nicht eine correkte Haltung bewahre — auf das Wohlwollen Russlands bei der eventuellen Conferenz nicht rechnen dürfe.^{b)} Euer Exzellenz könnten gelegentlich Ihrer Unterredung Herrn Tittoni gegenüber auch auf unsere seinem Standpunkte Rechnung tragende

Bereitwilligkeit hinweisen, die Wünsche Montenegros nach einer Modification des Artikels XXIX des Berliner Vertrages thunlichst zu berücksichtigen. Ich bin umso mehr überzeugt, dass Herr Tittoni meinem Wunsche Rechnung tragen wird, als unter den zwischen uns unlängst vereinbarten, die Verhältnisse am Balkan betreffenden Punkten sich auch eine désintéressement-Clausel^{c)} hinsichtlich Montenegros befindet. Durch Annahme dieses Prinzipes haben wir einen neuen Beweis unseres Entgegenkommens geliefert. Wir sind aber zu der bestimmten Annahme berechtigt, dass Italiens Sprache in Cetinje immer eine solche sein werde, die uns eine der désintéressement-Clausel entsprechende Haltung Montenegro gegenüber ermöglichen wird.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 353, 361, 366. — b) Vgl. n. 329. — c) Vgl. n. 157, 159, 337.

Nr. 359. Tel. nach Rom; Budapest, 21. Okt. 1908 Nr. 13 (chiff. 22. Okt. 12 U. 45 M. a. m.). a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Bezugnehmend auf den zweiten Theil Ihres Telegrammes vom 19. d. M., Nro. 162. Ich habe den k. u. k. Botschafter in Berlin beauftragt, Herrn Isvolsky, der heute dort ankommt, in meinem Namen mitzutheilen, daß es mir möglich war in der gestrigen Plenarsitzung der ung. Delegation eine Bezugnahme auf meine der Annexion vorangegangenen Verhandlungen mit Rußland und Italien zu vermeiden und daß ich hoffe, einen gleichen Vorgang auch in dem Plenum der oest. Delegation beobachten zu können. Euer Exzellenz wollen das Vorstehende Herrn Tittoni mittheilen und meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass die Zurückhaltung, die ich mir auferlegte, eine Situation schaffen werde, die dem harmonischen Zusammenwirken der 3 Cabinete förderlich sein würde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 366.

Nr. 360. Tel. aus Rom, 21. Okt. 1908 Nr. 164 (aufg. 1 U. 15 M. a. m., eing. 4 U. a. m.). a) Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 9.^{b)} In richtiger Erkenntnis der Verhältnisse hat Herr Tittoni in London eine Textierung des Artikels 7 angeregt, wonach „territoriale Kompensationen“ an Serbien und Montenegro nicht in Aussicht genommen seien. Eine diesbezügliche Anregung unsererseits würde somit in London ein vorbereitetes Terrain finden; nur bittet er dringend, dass Sir Edward Grey nicht erfährt, dass Herr Tittoni uns seine vorerwähnte Demarche mitgeteilt hat. Nachdem fragliche Textierung deutscherseits unzweifelhaft akzeptiert würde, könnte Herrn Iswolskys Anwesenheit in Berlin benützt werden, um auch diesen dafür zu gewinnen, wodurch Zusammentritt der Konferenz beschleunigt würde. Tittoni meint, Euer Exzellenz hätten vielleicht ein anderes Mittel zur Verfügung, etwa auf volkswirtschaftlichem oder anderem Gebiete, um Serbien mit einem kleinen Trinkgelde abzufertigen. Geheim. Herr Tittoni wünscht sehr, dass Konferenz in Italien abgehalten werde, will aber nicht, dass man es weiss. Er wäre sehr dankbar, wenn wir in Berlin für diesen Gedanken Stimmung machen würden, aber nicht, als ob Anregung

von ihm ausgehen würde. Öffentliche Meinung würde darin, meint er, für Italien sofort grossen Erfolg erblicken. Er denkt an Neapel oder Palermo — nicht an eine norditalienische Stadt, was mir auch nicht ratsam schiene. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 357, 366. — ^{b)} Mitteilung von n. 300.

Tel. an den Zivilagentenstellvertreter Generalkonsul Alfred Rappaport in Saloniki, 21. Okt. 1908 Nr. 21 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 361.

Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 21. Okt. 1908 Nr. 14 (chiffr. 3 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 349.

Nr. 361. Tel. an den Generalkonsul in Skutari Nr. 32 (1) und an den Zivilagentenstellvertreter Generalkonsul Alfred Rappaport^{a)} in Saloniki Nr. 21 (2), 21. Okt. 1908 (chiffr. 9 U. p. m.).^{b)} Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

1. Geheim. Ich habe für den Fall eines aggressiven Auftretens Montenegros gegen die österreichisch-ungarische Monarchie eine Einwirkung auf die Stimmung und Haltung der an Montenegro angrenzenden Albanesenstämme in Aussicht genommen. Es erscheint mir jedoch behufs Vermeidung einer Compromittierung des k. u. k. General-Konsulates zweckmässig, dass diese eventuelle Action nicht dortamts eingeleitet und durchgeführt werde. Ich verständige daher Euer Hochwohlgeboren nur hievon zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Information.

2. (inseratur aus Telegramm No. 32 nach Scutari von „Ich habe“ bis „des k. u. k. General-Konsulates“) Skutari (inseratur aus demselben Telegramme von „zweckmässig, daß“ bis „Ich verständige daher“) Generalkonsul Kral hievon ausschliesslich zu seiner persönlichen Information. Dagegen ersuche ich Euer Hochwohlgeboren, mir telegrafisch berichten zu wollen, ob Sie persönlich in der Lage wären, in obigem Sinne rasch und zuverlässig auf die Albanesen von Macedonien aus einzuwirken. Es wird diesbezüglich an eine Verteilung von Waffen und Munition, sowie an Verwendung entsprechender Geldmittel gedacht. Euer Hochwohlgeboren würden mehr für die finanzielle Einwirkung in Betracht kommen, die Armirung hingegen würden wir durch Vertrauensleute direkt von Skutari aus, wie gesagt ohne consularische Mitwirkung, ins Auge fassen. In Ihrem Antwort-Telegramm wollen Euer Hochwohlgeboren auch Ihrer Ansicht über die Chancen dieser Action Ausdruck geben und speziell die Frage erörtern, ob die katholischen oder die mohammedanischen Albanesen leichter gewonnen werden könnten und welche Sie für wichtiger halten. Ich betone nochmals, daß es sich um eine ohne Verzug einzuleitende Vorbereitung handelt, welcher aber die Aktion der so gewonnenen Stämme natürlich nur dann folgen dürfte, wenn deren Voraussetzung, nämlich das Losschlagen Montenegros, eintreten sollte. Bezüglich des Ausmasses der aufzuwendenden Mittel ist Ihnen principiell keine Beschränkung auferlegt, doch ersuche ich, zur eigenen Orientirung, um approximative Angabe Ihrer betreffenden Schätzung. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 367 Anm. a. — ^{b)} Vgl. n. 358, 367, 368, 376, 433.

*Tel. an den Sektionschef Ladislaus von Müller; Budapest, 21. Okt. 1908
Nr. 9 (chiff. 3 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 349.*

*Nr. 362. Tel. aus Berlin, 22. Okt. 1908 Nr. 199 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).
Entziff.*

Streng vertraulich. Bei dem Cercle nach der gestrigen Galavorstellung im königlichen Opernhause hatte ich Gelegenheit, mich des erteilten Allerhöchsten Auftrages^{a)} bei Kaiser Wilhelm zu entledigen. Seine Majestät versicherte mir, er sei glücklich, daß sein Antwortschreiben^{b)} von Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn in so gnädiger Weise aufgenommen worden sei. Höchstderselbe berief sich auf eine Unterredung, die er vor vielen Jahren (November 1895) mit mir hatte, und in welcher er in der entschiedensten Weise erklärt habe, daß er die Bündnistreue nicht nur nach dem Buchstaben unseres Bundesvertrages auffasse, sondern in jeder großen und kleinen Frage treu an unserer Seite stehen werde. Höchstderselbe habe mir damals gesagt, Kaiser Franz Josef sei preußischer Feldmarschall und demzufolge habe er nur zu befehlen, die ganze preußische Armee werde seinem Kommando folgen. Er stehe heute auf demselben Standpunkte; er sei zwar überzeugt, daß es zu keiner kriegesischen Komplikation kommen werde, doch lege er großes Gewicht darauf, gerade im jetzigen Augenblicke neuerdings zu betonen, daß, wenn es dennoch gegen die Erwartung zu einem Kriege kommen sollte, er mit wahrer Passion seinen Bundesverpflichtungen, wie er dieselben auffasse, nachkommen würde. Dies sei übrigens die Auffassung der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland, welche zwar in hohem Grade friedlich gesinnt wäre, aber wenn notwendig, auch vor einem Kriege nicht zurückschrecken würde. Bezeichnend hiefür sei die Aufnahme seiner Thronrede im preußischen Landtage. Der Passus über das treue Zusammengehen mit Österreich-Ungarn sei von den versammelten Mitgliedern des Landtages mit tosendem Beifalle aufgenommen worden. Im weiteren Verlaufe unserer sehr langen Unterredung erzählte mir Seine Majestät, daß er von Herrn Iswolsky durch seine Botschafter in London und Paris wiederholt mit großer Insistenz aufgefordert wurde, eine Vermittlerrolle zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu übernehmen. Hierzu werde er sich aber nach den gemachten Erfahrungen gewiß nicht hergeben und beabsichtige, dies Iswolsky, den er im Laufe der nächsten Tage wahrscheinlich sehen werde, klipp und klar zu eröffnen. Ich habe Seiner Majestät erwidert, daß auch Seine Majestät unser Allergnädigster Herr und Euer Exzellenz seine Überzeugung teilen, daß trotz schwieriger Lage der Friede aufrecht erhalten bleiben werde. Seine Majestät nahm diese Mitteilung mit großer Genugtuung entgegen, bemerkte aber, die Verhältnisse in der Türkei bereiteten ihm trotz des für Deutschland und Österreich-Ungarn sehr erfreulichen Umschwunges in der Stimmung der dortigen öffentlichen Meinung große Sorge, und dies namentlich wegen der unter den Mohammedanern bestehenden Aufregung. Seine Majestät befürchtet die Möglichkeit von Christenmassacres in großem Stile und weiß eigentlich nicht, ob ein türkisch-bulgarischer Krieg, der allerdings sehr zu beklagen wäre, als Ablenkung für die Erregung der muselmännischen

Gemüter, für Europa nicht gewisse Vorteile hätte. Zum Schlusse erwähnte Seine Majestät eine Unterredung, die er vor Kurzem mit dem Großfürsten Michael^{c)} Michailovitsch hatte; dieser habe ihm die Andeutung gemacht, ob es nicht für Deutschland angezeigt wäre, de laisser l'Autriche Hongrie un peu de côté, auf welche er, Kaiser Wilhelm, mit nicht mißzuverstehender Klarheit geantwortet hätte, daß er zu solch' einem Bubenstücke unter keinen Umständen zu haben sei. All' dies habe er übrigens dem Grafen Hoyos bei einer neuerlichen Begegnung auf der Jagd mit der Bitte, mir Meldung zu erstatten, erzählt.^{d)} Graf Hoyos hatte dies auch schon getan. Nach Beendigung des Cercles kam Kaiser Wilhelm neuerdings auf mich zu, um mir zu sagen, daß er nach wie vor schwere Bedenken gegen eine Konferenz hege, in welcher England und Rußland jede Gelegenheit wahrnehmen würden, um Österreich-Ungarn und Deutschland Unannehmlichkeiten zu bereiten. Herr Iswolsky möchte eine solche Konferenz in erster Linie dazu benützen, die erlittene Scharte auszuwetzen; ebenso König Eduard, welcher auch das Gefühl haben müsse, wie die Dinge heute ständen, den Kürzeren gezogen zu haben. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Der Auftrag muß mündlich übermittelt worden sein. Ein Schriftstück liegt nicht vor. — ^{b)} n. 273. — ^{c)} Es dürfte sich wohl um den ständig in England lebenden Großfürsten Michail M. handeln. — ^{d)} Vgl. n. 294.

Nr. 363. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Okt. 1908 Nr. 415 (eing. 23. Okt. 9 U. 45 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegramms Nr. 407 vom 20. d. M. Tewfik Pascha teilte mir heute mit, dass im gestrigen Ministerrate beschlossen wurde, unseren Antrag betreffend einen Notenwechsel wegen der Annexion Bosniens nicht anzunehmen. Der Minister des Äußern sagte mir, er habe sich die größte Mühe gegeben, um den Grossvezir zum Nachgeben zu bewegen. Auch die übrigen Minister hätten keine Einwendung gemacht. Kiamil Pascha wäre aber hartnäckig bei seiner ursprünglichen Ansicht geblieben, dass der Protest formell nicht zurückgezogen werden könne. Tewfik Pascha sagte mir ganz offen, dass es nur die Furcht vor der öffentlichen Meinung ist, die Kiamil Pascha zurückhält. Ich machte noch einen Versuch beim Grossvezir, um ihn umzustimmen, sah aber bald, dass es vergebens ist. Ich erklärte ihm daher, dass wir an der Konferenz unter diesen Umständen nicht teilnehmen können. Diese Erklärung war Kiamil Pascha allerdings unangenehm, er meinte aber, dass ja der Punkt Bosnien betreffend aus dem Programm ganz weggelassen und das Programm überhaupt nur auf die bulgarische Frage, wie es die Türkei von Anfang an verlangt hat, beschränkt werde. Ich antwortete dem Grossvezir, dass ich dies Euer Exzellenz melden werde, dass ich aber nicht glaube, dass es auf diesem Wege zu einem praktischen Resultat kommen könne. Kiamil Pascha behauptete im Laufe des Gespräches die Pforte hätte bisher von keiner einzigen Macht den Rat erhalten, die Annexion Bosniens ohne weiters hinzunehmen. Man könne also von der türkischen öffentlichen Meinung keinesfalls verlangen, dass sie sich mit der Sache so leicht abfinde. Ausserdem müsste die Regierung die Verantwortung vor dem Parlament über-

nehmen. Der Grossvezir möchte augenscheinlich in der Wirklichkeit die Annexion als ein fait accompli hinnehmen, sträubt sich aber dieselbe formell anzuerkennen. Er hofft natürlich, auch mit uns zu einem, wenn auch nicht offenen Einvernehmen zu kommen. Jede weitere Bemühung, ihn von diesem Standpunkte abzubringen, scheint mir aussichtslos. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 28 Nr. 43. Vgl. n. 373, 383.

Nr. 364. Tel. nach Paris; Budapest, 22. Okt. 1908 Nr. 9 (chiff. 10 U. 35 M. p. m.). a) Könz. (S. Musulin; V. und G. Aehrenthal).

Herr Crozier ist gestern in Wien im Auswärtigen Amte erschienen, um im Auftrage Herrn Pichons die nachstehende Mitteilung zu machen ... wie n. 356 ... Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Pichon für seine so freundschaftliche Message den wärmsten Dank der k. u. k. Regierung auszusprechen; wir sind sehr erkenntlich für seine Bereitwilligkeit, im Laufe seiner vermittelnden Tätigkeit zwischen Bulgarien und der Türkei auch unsere etwaigen Wünsche zu berücksichtigen. Euer Exzellenz können dem Herrn Minister mitteilen, daß wir an einer gerechten Befriedigung der Ansprüche der Gesellschaft der orientalischen Eisenbahnen großes Interesse nähmen und auch wünschen würden, wenn es in der Frage der Ablösung des ostrumelischen Tributes zu einem billigen Ausgleich käme. Die Versicherung Herrn Pichons, daß er auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich großen Wert lege, kann ich nur aufrichtigst mit derselben Erklärung meinerseits beantworten; auch ich betrachte es als eine im gegenwärtigen schwierigen Momente besonders günstige Fügung, daß unsere Interessen mit denen Frankreichs nirgends kollidieren, vielmehr sich in den meisten Punkten ergänzen, so daß ein Zusammenwirken, wie es Herrn Pichon vorschwebt, dem allgemeinen Ziele der Friedenserhaltung nur sehr förderlich sein kann. Von dieser Auffassung war auch mein Telegramm an Euer Exzellenz No. 7 von gestern eingegeben. Ich erwarte mir die günstigsten Wirkungen von einer vermittelnden Tätigkeit des französischen Kabinettes, wie sie bereits in Sofia mit einem so erfreulichen Erfolge eingesetzt hat. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 378, 412.

Nr. 365. Privatschreiben des Präsidenten der französischen Republik an Kaiser Franz Josef I.; Paris, 22. Okt. 1908 (dem Kaiser überreicht vom französ. Botschafter 28. Okt.). a) Ausfert.

En tenant à faire connaître à tous les Chefs des Etats signataires du Traité de Berlin, immédiatement après les avoir arrêtées, les décisions du Gouvernement austro-hongrois au sujet des provinces de Bosnie et d'Herzégovine ainsi que du Sandjak de Novi-Bazar Votre Majesté a accompli un acte de haute courtoisie^{h)} auquel j'ai été personnellement très sensible et qui a été également apprécié par mon Gouvernement. Le Conseil des Ministres n'a pas manqué d'examiner la situation résultant de l'initiative du Gouvernement austro-hongrois avec l'attention que comporte une résolution de

cette nature. Votre Majesté peut être assurée que le Gouvernement de la République n'ayant en vue que l'intérêt général concourra à l'accord désiré en s'inspirant des sentiments de cordiale sympathie dont le Gouvernement austro-hongrois s'est montré également animé à notre égard et qui sont conformes aux excellents rapports qui existent entre nos deux pays.

A. Fallières.

a) Laut Tel. des Ministers des Äußern aus Budapest, 26. Okt. 1908 Nr. 10 wurde die Audienz zur Überreichung dieses Schreibens an den Kaiser für den 28. Okt. festgesetzt. Vgl. n. 506. — b) Vgl. n. 95.

Nr. 366. Tel. aus Rom, 22. Okt. 1908 Nr. 167 (eing. 23. Okt. 1 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Ich habe mich heute im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 12 ausgesprochen. Herr Tittoni hatte bereits vorher eine zweite eindringliche Mahnung nach Cetinje abgesendet, in welcher er den Fürsten auf die schwere Verantwortung eines jeden unbedachten Schrittes aufmerksam machte. Gleichzeitig hat er dortigen italienischen Vertreter angewiesen, sofort nach Vollzug obigen Auftrages zur Berichterstattung herzukommen. Minister des Äußern legt auf Aktivierung der Désintéressement-Klausel den grössten Wert. Möglichkeit eines montenegrinischerseits provozierten Zwischenfalles scheint ihm momentan das beunruhigendste Element der im übrigen etwas geklärten Situation. Zustandekommen eines Separatabkommens zwischen uns und der Türkei rücksichtlich der Annexion ist Ziel seiner Wünsche, weil eclatante Rechtfertigung seiner Politik; es wäre mir erwünscht, über diesbezügliche Aussichten etwas Authentisches zu erfahren. Frage des „Trinkgeldes“ an Serbien (vergleiche mein Telegramm Nr. 164) beschäftigt den Minister noch immer lebhaft. Heute berührte er die (er erinnerte sich nicht, von wem herrührende) Idee einer kollektiven Interessengarantie der Transversalbahn seitens der Mächte. Er sei überzeugt, Euer Exzellenz würden sich in einer Frage, von deren Lösung in letzter Linie der Friede Europas abhängen könne, nicht durch irgend welche Gefühle der Irritation über das provokatorische Gebahren Serbiens beeinflussen lassen. Ich habe mich seiner Anregung gegenüber sehr „rezeptiv“ verhalten. Schlussworte Euer Exzellenz Telegramms Nr. 13 entsprechen durchaus den Wünschen Herrn Tittonis. Gleichlautend Budapest. Lützow.

Nr. 367. Tel. des Zivilagentenstellvertreter^{a)} Generalkonsuls Alfred Rappaport aus Saloniki, 22. Okt. 1908 Nr. 86 (eing. 23. Okt. 9 U. 30 M. a. m.).^{b)} Entziff.

Da ich Skutari schon vor 11 Jahren verlassen, habe ich keine hinfälligen Beziehungen zu den Albanesen, sondern müsste meine Mitwirkung an der laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 21 in Aussicht genommenen Aktion auf den Versuch beschränken, die Mohammedaner von Nord-Kosowo (die dortigen Katholiken sind belanglos und unzuverlässig) durch alarmierende Gerüchte erregen zu lassen, was zu jedem Euer Exzellenz genehmen Zeitpunkt möglich wäre und an Zeit blos zwei bis drei Wochen und an Geld zirka tausend türkische Pfund erfordern würde.

Hingegen wäre das förmliche Verabreden des Losschlagens für die in Rede stehende Eventualität so ziemlich ausgeschlossen, weil meine Beziehungen zu den Chefs infolge der jahrelangen Rücksicht auf die Entente und die Reformaktion nicht mehr die nötige Intimität aufweisen und überdies bei den Charaktereigentümlichkeiten der Albanesen niemand die Garantie gegen eine unzeitgemässe Aktion der Stämme übernehmen kann. Auch erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass eine vom strategischen Standpunkte wertvolle Diversion der Kossowoer Arnauten gegen Montenegro deshalb höchst unwahrscheinlich ist, weil die Häuptlinge kaum im Stande wären, ihre hauptsächlich auf Beutemachen ausgehenden Leute zum Eindringen auf das unwegsame und dabei sehr arme Gebiet von Ost-Montenegro zu bewegen. Es würde vielmehr wahrscheinlich blos zum Ausbruch latenter reaktionärer Bewegungen gegen die Jungtürken und zu Plünderungen und andere Ausschreitungen gegen die christliche Bevölkerung Alt-Serbiens kommen, welche den Albanesen eine bequeme und reichere Beute als Montenegro bieten könnte. Dies würde aber ein noch engeres Zusammengehen der dortigen radikalen Jungtürken mit den Serben und eine Erregung der öffentlichen Meinung Europas in einem den serbischen Präntensionen freundlichen Sinne mit sich führen. Hingegen könnten die günstigen Terrainverhältnisse und die Aussicht auf eine Plünderung von Podgoritzta den Mohammedanern und Katholiken des Vilajets Skutari namentlich den Mirditen einen mächtigen Ansporn zu einer energischen Angriffssaktion bieten. Ich zweifle nicht, dass sich bei entsprechender Ausnützung seines Ehrgeizes und seines Geldbedürfnisses der Abt von Mirdita, Monsignore Dochi, zur Betätigung seines bedeutenden Einflusses für eine solche Aktion gewinnen liesse. Den bekannten Verdachtsmomenten gegen Monsignore Dochi messe ich — unter den eben genannten Voraussetzungen — keine Bedeutung bei, und wäre — meiner Ansicht nach — Herr von Kwiatkowski die geeignete Mittelperson, um mit dem nach Triest oder Fiume zu berufenden Prälaten zu verhandeln.

Rappaport.

^{a)} Nach dem Jahrbuch des auswärtigen Dienstes 1909 S. 330 erscheint der Generalkonsul Alfred Rappaport in dieser Zeit als „interimistisch mit der Führung der Geschäfte des Zivilagenten in Mazedonien“ betraut. Da aber viele der an ihn gerichteten Erlässe und Telegramme aus dieser Zeit die Anschrift „Zivilagentenstellvertreter“ tragen, so wird dieser Titel der Kürze halber auch in den Überschriften gebraucht. — ^{b)} Vgl. n. 368, 401.

Nr. 368. Privatschreiben des zur Dienstleistung im Ministerium des Äußern einberufenen Gesandten in Athen, Karl Freiherrn von Macchio, an den Minister des Äußern in Budapest, 22. Okt. 1908.^{a)} Eigenh. Ausfert.

Geheim. Gleich nach meiner Ankunft in Wien habe ich zunächst durch eingehendste Besprechung mit hieramts kompetenten Personen (Oppenheimer und Kwiatkowski) die mir aufgetragene albanes. Aktion in die Hand genommen. Heute habe ich darüber mit dem Chef des Generalstabs gesprochen. Hiedurch hat sich meine Auffassung soweit geklärt, daß ich mich beeile hier die wichtigsten Punkte zu resümieren, über die ich im Reinen

bin, und zu melden, was ich bis jetzt getan, sowie was, Deine Approbation vorausgesetzt, weiter zu tun wäre. Zunächst kann man sich keine Illusionen machen, daß diese Einleitungen, sollen sie nicht den Zweck verfehlen, nicht unter 6—8 Wochen zu greifbaren Resultaten führen können. Denn eine beschränkte Aktion würde den Fürsten bei seiner Lokalkenntniß nicht irre machen; um ihn zu einer Diversion zu nötigen, müßten auch Mirditen, die 10.000 Gewehre stark sind, wenigstens zu moralischer Unterstützung der Bewegung gebracht werden. Falls also Montenegro jetzt losschläge, was Generalstabschef am meisten fürchtet, ich ihm aber als höchst unwahrscheinlich darstellte, wäre auf Albanesen noch nicht zu zählen; wenn Montenegro die Konferenz abwartet, so kommen wir in die Winterszeit, während der Operationen in den Bergen ausgeschlossen, und damit hätten wir so viel Zeit gewonnen, um im Frühjahr in viel besserer Lage zu sein und auch die Albanesen für unseren Eventualzweck bereit zu haben. FML. v. Conrad hält also ein möglichstes Hinausziehen, auch punkto Zusammentritt und Entscheidungen einer etwaigen Konferenz, für das uns militärisch Vortheilhafteste; dabei legt er auf die eventuelle Hilfsaktion der Albanesen im Süden Montenegros großen Wert. Gewinnen würde natürlich diese Unternehmung wesentlich, wenn auch die mohammedanischen Albanesen in der südwestl. Ecke des Sandschaks in Bewegung gesetzt werden könnten, besonders die Bergstämme von Gusinje: Plava.^{b)} Im Falle eines montenegrinischen Vordringens in den Sandschak würden diese ihre Flanke bedrohen und würden wir, wenn wir diese gegen Montenegro in Bewegung setzen könnten, auch direkt dem türkischen Interesse dienen. Es schien mir also wichtig, die Sache von mindestens zwei Seiten anzupacken. Für eine Beeinflussung der Mohammedaner von Üsküb her, steht uns nur ein, allerdings absolut verlässlicher, kluger und sachkundiger Mittelsmann zur Verfügung, der ohne sich blozustellen, das Mögliche tun wird, wenn er es für ausführbar hält; das ist Rappaport. An ihn wurde bereits telegrafirt. Dagegen möchte ich das Gen. Kons. Skutari aus dem Spiele lassen, denn erstens würde es als im Centrum der Ereignisse gelegen, unfehlbar schwer compromittirt werden, zweitens, das kann ich nicht verschweigen, ist Kral, (und das höre ich nicht etwa bloß von dem persönlich urteilenden Kwiatkowski) sowohl bei der Geistlichkeit als auch bei dem größten Teile der Malissoren so unbeliebt, daß ihm die Durchführung der Aktion ganz unmöglich wäre; er würde sie nur compromittiren. Ich habe mich also darauf beschränkt General Konsul Kral nur von der geplanten Aktion im Allgemeinen zu verständigen und gesagt, daß auf Mitwirkung des Gen. Kons. um dessen Kompromittirung zu vermeiden, nicht reflectirt wird. Die Aktion bei den kathol. Bergstämmen wird von Zurany von Triest aus eingeleitet werden und um schon für den Moment doch etwas rascher Wirksames (vielleicht) tun zu können, wird mit Verteilung von Flugschriften der Anfang gemacht, welche von Bukarest aus, Namens eines fingirten albanesischen Komités, in Nordalbanien zur Verteilung kommen und die montenegrinische Nationalgefahr signalisiren. An Gewehren wird man 4—5000 mit entsprechender Munition brauchen; dießbezüglich wird das Nähere mit FML. Krobatin vereinbart werden. Transport dürfte über Fiume und Bojana am Leichtesten und Sichersten

zu bewerkstelligen sein. Was nun die Einflußnahme auf Mirdita betrifft, so ergab sich bisher als einziges halbwegs wirksames Organ Don Primo Dochi. Derselbe ist mit Kral à couteau tiré; um ihn entsprechend zu instruieren, müßte er nach Wien kommen und brieflich eingeladen werden — das braucht natürlich viel Zeit. Wenn Du damit einverstanden, würde ich aber auch das gleich einleiten. Daneben müßte dann auch das Mittel gefunden werden, damit Prenk Pascha, dessen Einfluß nicht an den des Erzabtes heranreicht, nicht sich verletzt fühlt. Das muß ich noch erwägen. Das Hauptgewicht habe ich von Anfang an darauf gelegt, daß in der ganzen Bewegung nie ein Zweifel aufkomme, daß sie sich ausschließlich gegen Montenegro richtet, damit nicht das Mißtrauen der Jungtürken Nahrung erhalte. Übrigens ist im Verlaufe der Besprechungen auch der Gedanke aufgetaucht, in Montenegro selbst die in der jüngeren Generation gegen den Fürsten bestehende Gährung zu vertiefen und wäre ein gangbarer Weg hiefür vorhanden. Es ist vielleicht nicht belanglos diese Möglichkeit für etwaige spätere Eventualitäten in Erwägung zu ziehen. Mit der Bitte um baldige, ganz kurze Kritik des hier skizzierten Aktionsplans und Weisung bezüglich der Reise Primo Dochi's bleibe ich etc. Macchio.

a) Vgl. n. 367, 401. — b) So!

Nr. 369. Tel. aus Belgrad, 23. Okt. 1908 Nr. 115 (eing. 24. Okt. 2 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe mich dem Ministerpräsidenten gegenüber, welcher auch den abwesenden Minister des Aeussern vertritt, in sehr bestimmter Weise im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen ausgesprochen. Meine Rückkunft sei der Beweis, dass wir mit Serbien normale korrekte Beziehungen aufrecht erhalten wollen. Die serbische Regierung müsse aber ihrerseits in Zukunft jedwede Schädigung der Interessen unserer Untertanen verhindern, feindlichen Manifestationen möglichst vorbeugen, speziell jede öffentliche Beleidigung unseres Allernädigsten Herrn verhindern oder bestrafen. Auch unsere Geduld habe ihre Grenzen und wenn Serbien sich militärisch rüste, gegen Bosnien gerichtete Bandenbildungen auf seinem Territorium gestatte und den Krieg haben will, so kann es ihn haben. Die Ausdehnung unserer Souveränität auf Bosnien berechtige Serbien zu keinerlei Kompensationen und es werde solche nie erhalten, weder durch die Reise des Herrn Milovanović,^{b)} noch auf einer Konferenz. Ministerpräsident wiederholte genau meine Ausführungen und will dieselben dem Ministerrate unterbreiten. Er war durch meine Erklärung, dass Serbiens Kriegsgeschrei bei uns einen ersten Widerhall finde, sichtlich betreten und erging sich in Versicherungen, dass die Regierung ihre Pflicht tun und die Erregung des Landes bemeistern will. Er bat mich dringend, kleine Vorfälle nicht als Provokationen aufzufassen. Selbstverständlich stellte er die militärischen Massnahmen als harmlose Ergänzung der Bestände und Nachholung früherer Versäumnisse dar. Bandenbildungen würden nicht geduldet werden, seien auch noch nicht erfolgt. Die Regierung sei noch Herr in der Situation und er könne die Lage momentan als etwas ruhiger und ungefährlicher bezeichnen. Auf

meine Frage, ob die Regierung die Absicht und die Kraft habe, kriegsrische Velleitäten zu unterdrücken, auch wenn die Hoffnungen auf „territoriale Kompensationen“ ganz zerschellt sein werden, antwortete der Minister ausweichend und mit wenig Sicherheit, obwohl hervorhebend, dass ein Angriff Serbiens gegen uns nur ein selbstmörderischer Verzweiflungskampf sein könne. Zweifellos am meisten Eindruck machte auf den Minister meine bestimmte Erklärung, dass Serbien keine territoriale Kompensationen erhalten und auf die tätige Unterstützung keiner Grossmacht rechnen könne. Wiederholt kam er darauf zurück und betonte besonders, dass Bosnien so gross sei, dass wir doch grossmütig den kleinen Nachbarn mit einer wenn auch noch so geringen „Grenzberichtigung“ befriedigen könnten. Euer Exzellenz dürften in diesen Worten die bedauerlichen Spuren der Gedanken Herrn Iswolskys erkennen. Meine kategorische, durch die Unberechtigung jedweder serbischen Ansprüche begründete Ablehnung schien den Minister peinlichst zu berühren. Es scheinen diesbezüglich hier an massgebender Stelle noch Illusionen zu herrschen. Um die Lage zu klären und Serbien zu einer entschiedenen Erhaltung des Friedens zu verhalten, ist es meines ergebensten Erachtens von allergrösster Bedeutung, dass sowohl Herrn Milovanović in Paris, London und Rom, als Pasić in Petersburg nachdrücklichst und offen die Hoffnungslosigkeit des serbischen Standpunktes vorgehalten werde und sie sich keiner Täuschung bezüglich der Haltung und Ansicht der Mächte hingeben können. In diesem Sinne müssten auch die Vertreter der Mächte in Belgrad instruiert werden. Ich werde diese meine Ansicht auch meinen Kollegen mitteilen und ihnen nahelegen, dass sie durch mitleidsvolle Sympathie und unklare Sprache Serbien den schlechtesten Dienst erweisen, dessen kriegsrische Anwandlungen unterstützen und es in das sichere Verderben treiben. Gleichlautend Budapest.

Forgách.

a) Vgl. n. 385, 417, 418. — b) Vgl. n. 351, 370.

Tel. nach Berlin, 23. Okt. 1908 Nr. 16 (chiff. 6 U. p. m.). Siehe n. 375.

Nr. 370. Tel. aus Berlin, 23. Okt. 1908 Nr. 201 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Serbischer Minister des Äussern hat mich gestern abends besucht. Er behauptete, mich schon seit langer Zeit zu kennen und zu wissen, dass ich insbesondere zur Zeit König Milans als warmer Freund Serbiens gegolten habe. Aus diesem Grunde sei es ihm sehr daran gelegen gewesen, mir zu versichern, wie sehr es ihm am Herzen liege, das durch so lange bestandene gute Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien wiederherzustellen; dies wäre nach seiner Ansicht gewiss nicht unmöglich, wenn die mächtige Donaumonarchie dem kleinen aber berücksichtigungswürdigen Nachbarstaat einiges Entgegenkommen beweisen würde. Ich fiel dem Minister ins Wort, indem ich ihm vorhielt, dass hiezu in erster Linie eine vernünftiger Haltung Serbiens, hauptsächlich das Aufhören der fortwährenden, geradezu unerträglichen Provokationen Grundbedingung wäre. Serbischer Minister des Äussern versuchte, mich davon zu überzeugen,

dass alle Nachrichten über die lärmenden Vorgänge in Belgrad durch die Zeitungen in hohem Grade aufgebauscht worden seien. So seien auch die dem Kronprinzen in den Mund gelegten Ausfälle gegen Österreich-Ungarn teils gar nicht erfolgt, teils in sehr übertriebener Form weitergegeben worden. Als Zweck der Rundreise bezeichnete der Herr Minister, nicht nur sich selbst über die Stimmung bei den Kabinetten Serbien gegenüber zu informieren, sondern auch seinerseits die, wie er glaubt, ganz berechtigten und bescheidenen Wünsche seines Landes darzulegen. Da ich dem Herrn Minister hierauf bemerkte, dass ich ihm in letzterer Beziehung nur den Rat geben könnte, sich keinen Illusionen hinzugeben und unmöglich realisierbaren Wünschen nicht nachzujagen, enthielt er sich mir gegenüber, seine Desiderata zu präzisieren. Über seine Unterredung mit Herrn von Schoen sagte er mir nur soviel, dass der Staatssekretär ihn sehr freundlich empfangen und angehört hätte; die ihm vom Staatssekretär erteilte Antwort verschwieг mir der serbische Minister des Äussern und meinte nur, sie habe ihn in keiner Weise überrascht. Herr Milovanovitsch wartet die Ankunft Herrn Iswolskys hier ab, gedenkt dann nach London, Paris und Rom zu reisen, um in etwa 14 Tagen in Belgrad wieder einzutreffen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 351, 369, 445.

Nr. 371. Tel. aus Berlin, 23. Okt. 1908 Nr. 202 (eing. 24. Okt. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky machte mir heute nachmittags einen langen Besuch. Im Anfang unserer Unterredung, die zwei Stunden währte, ergieng sich der Minister in Vorwürfen über Euer Exzellenz Vorgehen bei der Annexion. Er versicherte mir, er habe nach der Zusammenkunft von Buchlau^{b)} geglaubt, vollkommen sicher zu sein, dass Euer Exzellenz in dieser Angelegenheit die Kabinette nicht vor ein fait accompli stellen würden, und Euer Exzellenz davon überzeugt zu haben, dass diese Frage sämtliche Signatarmächte und nicht Österreich-Ungarn und die Türkei allein angehe. Dies sei aber nunmehr ein überwundener Standpunkt und, da es ihm ebenso wie Euer Exzellenz sehr am Herzen liege, das vertrauliche Verhältnis zwischen Wien und Petersburg wieder herzustellen, müsse man einen Weg finden, die aufgetauchten Missverständnisse zu beseitigen und die in hohem Grade erregte öffentliche Meinung Russlands zu beruhigen. Zu diesem Zwecke bleibt unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes übrig, als der Zusammentritt einer Konferenz. Es sei zwar ganz richtig, dass Vorschläge betreffs des Programmes der Konferenz den Kabinetten bisher offiziell nicht mitgeteilt worden seien, doch habe ihm, als er vor einigen Tagen Paris verliess, Herr Pichon versichert, dass die zwischen den Kabinetten von Petersburg, Paris und London diesbezüglich vereinbarten allgemeinen Programmpunkte schon durch die in Frankreich akkreditierten Botschafter der Signatarmächte ihren Regierungen vertraulich mitgeteilt worden seien. Gerade aus schuldiger Rücksicht auf Österreich-Ungarn seien diese Programmpunkte nicht definitiv präzisiert worden und er, Iswolsky, erwarte mit grosser Ungeduld Euer Exzellenz Stellungnahme zu denselben. Er

wäre Euer Exzellenz sehr dankbar, wenn Euer Exzellenz ihm in dieser Beziehung noch während seines Berliner Aufenthaltes durch mich eine Andeutung zukommen lassen wollen, da er noch vor seiner Abreise nach Petersburg, die spätestens Montag erfolgen soll, bei seinen hiesigen Besprechungen entsprechend orientiert sein möchte. Ich habe dem russischen Minister des Äussern geantwortet, dass mir von einer angeblich durch Herrn Pichon veranlassten vertraulichen Mitteilung des Präalable nichts näheres bekannt sei, worauf Herr Iswolsky die Bemerkung machte, er habe den Eindruck, dass Euer Exzellenz überhaupt von einer Konferenz nichts wissen wollen und dass Hochdieselben aus diesem Grunde die in Rede stehenden Mitteilungen des französischen Ministers des Äussern, die dieser im Namen französischen, englischen und russischen Kabinettes gemacht habe, vielleicht ad acta gelegt hätten. Ich habe dem Minister erwidert, dass ich dies für ganz ausgeschlossen hielte, da ich bestimmt wisse, dass das k. u. k. Kabinet einem Konferenzvorschlage gegenüber keine ablehnende Haltung einnehmen würde, vorausgesetzt, dass das Programm vor deren Zusammentritt genau festgelegt, das Petit territorialer Kompensationen für Serbien und Montenegro vollkommen ausgeschaltet und die bosnische Frage auf der Konferenz überhaupt nicht diskutiert würde. Was die Kompensationen betrifft, gab Herr Iswolsky zu, dass Euer Exzellenz schon in Buchlau die Möglichkeit derselben in der entschiedensten Weise abgelehnt hätten. Er wolle auf diese Frage, da sie ganz aussichtslos sei, auch nicht mehr formell zurückkommen, doch müsse er sein Bedauern ausdrücken, dass die grosse Donaumonarchie durch einen spontanen Akt der Grossmut den kleinen Nachbarstaaten die für ihr Selbstgefühl so notwendige Gebiets-erweiterung nicht zugestehen wolle. Ein solcher grossmütiger Akt würde auch in Russland den allerbesten Eindruck hervorrufen. Über die Dardanellenfrage hat Herr Iswolsky nicht ein Wort fallen gelassen. Er ist aber wiederholt darauf zurückgekommen, dass über die Notwendigkeit der ehesten-lichsten Einberufung einer Konferenz zwischen den Kabinetten von Petersburg, London und Paris vollkommenes Einverständnis herrscht. Zum Schlusse schlug Iswolsky einen ganz bestimmten Ton an; er sagte mir, er sei ein gefallener Mann, doch kümmere ihn dieses persönliche Moment wenig; es handle sich für ihn vielmehr in erster Linie darum, dass die so getrüben Beziehungen zwischen Wien und Petersburg ausgeglichen würden, was nach seiner Ansicht eine unerlässliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens in ganz Europa wäre. Er falle selbst der Realisierung dieser Idee gerne zum Opfer, befürchte aber sehr, dass der kommende Mann, den er übrigens nicht kenne, noch weniger als er im Stande sein werde, den so notwendigen Ausgleich herbeizuführen. Zunächst müsse er aber der Duma, welche etwa in 14 Tagen zusammentrete, Rechenschaft ablegen, was ihm umso schwerer fallen werde, als bei diesem Anlasse die von Seiten Österreich-Ungarns angestiftete Unabhängigkeitserklärung Bulgariens einen Hauptbeschwerdepunkt der russischen Abgeordneten bilden werde. Selbstverständlich habe ich dieser ganz ungerechtfertigten Beschuldigung in entschiedenster Weise widersprochen, worauf Iswolsky erwiderte, der Präsident der französischen Republik habe ihm versichert,

dass unser Botschafter in Paris, als er Herrn Fallières den Brief Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn übergab, ihm gesprächsweise mitgeteilt hätte, dass die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entweder zugleich oder wahrscheinlich noch vor der Annexion Bosniens erfolgen werde.^{c)} Iswolsky wird morgen bei Herrn von Schoen und dem Reichskanzler vorsprechen und ist für Sonntag zu einem Frühstück bei Kaiser Wilhelm eingeladen. Staatssekretär sagte mir, Seine Majestät sei entschlossen, mit dem russischen Minister des Äussern kein Wort Politik zu sprechen. Euer Exzellenz Instruktionen entsprechend, habe ich dem Reichskanzler von den Telegrammen Nr. 12 und 13 aus Budapest sowie von dem Hauptinhalt meiner Unterredung mit Iswolsky Kenntnis gegeben. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 350, 381, 382, 399, 961. — ^{b)} Vgl. n. 79. — ^{c)} Vgl. erste Beilage zu n. 311.

Nr. 372. Tel. nach Cetinje; Budapest, 23. Okt. 1908 Nr. 12 (chiffre 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 91 und 92 vom 21. Oktober. Ich bin mit der Sprache die Sie dem Fürsten gegenüber geführt haben vollkommen einverstanden. Nachdem Seine Hoheit sich noch immer von unseren angeblichen militärischen Massregeln beunruhigt zeigt so wollen Euer Hochwohlgeboren eine Gelegenheit suchen um dem Fürsten so bald als möglich neuerdings zu erklären dass unsererseits absolut keine militärischen Massregeln ergriffen wurden ausser einigen von unserer Grenzbevölkerung ausdrücklich verlangten unerlässlichen Sicherungs-Vorkehrungen; speciell die Bevölkerung von Spizza sei aus Furcht vor einem montenegrinischen Angriffe eine Zeit lang höchst beunruhigt gewesen. Um aber einen Beweis zu liefern, dass wir den Wünschen des Fürsten, soweit als nur möglich entgegenkommen und thunlichst Alles vermeiden wollen was zur Erregung der Bevölkerung beitragen könnte ist die Verfügung getroffen worden dass das einzige Kriegsschiff welches vor Spizza ankerte, zurückgezogen werde. Der Fürst hat Ihnen gesagt dass er auf die beabsichtigte Placirung von Geschützen auf gewissen Punkten nur dann verzichten könnte, wenn wir ihm die schriftliche Zusicherung geben ihn von einer Aktion unsererseits 48 Stunden früher zu verständigen. Euer Hochwohlgeboren wollen hierauf dem Fürsten antworten dass wir ihn von einer Aktion deshalb nicht verständigen können, weil wir an eine solche auch im Traume nicht denken. Weder der Fürst noch irgend einer seiner Unterthanen könne ernstlich auch nur einen Moment glauben dass wir einen Theil Montenegros, das zu schaffen wir mitgeholfen haben, an uns reissen und es in dieser Absicht angreifen wollten. Diese Supposition könne überhaupt von Niemandem ernst genommen werden. Sollte jedoch der Fürst, der in diesem Punkte vollkommen beruhigt sein muss, dennoch fortfahren militärische Vorkehrungen zu treffen, so könnten wir dieselben nur als Vorbereitung zu einer gegen unsere benachbarten Gebiete gerichteten Agression betrachten und würden daher in Bälde gezwungen sein von der fürstlichen Regierung in officieller Weise Aufklärung darüber zu verlangen. Der Fürst werde sich nicht den Ernst der Lage verhehlen welche eintreten

würde sobald wir zu einem solchen Schritte genötigt sein werden. Noch liege es in der Hand des Fürsten, dessen Einfluss auf sein Volk uns wohl bekannt sei, die Stimmung im Lande allmähig zu beruhigen. Dass wir alles thun würden um ihm dies zu erleichtern sei ihm bereits aus den früheren Eröffnungen Euer Hochwohlgeboren hinsichtlich unseres Verzichtes auf gewisse Vorrechte im montenegrinischen Littorale und unseres Interesses an der Dynastie bekannt. Jedoch sei eine klare Haltung des Fürsten unerlässlich da der jetzige Zustand nicht lange dauern könne.

a) Vgl. n. 385, 395.

Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 23. Okt. 1908 Nr. 13 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 375.

Nr. 373. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Okt. 1908 Nr. 418 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf mein gestriges Telegramm Nr. 415. Ich habe aus meiner gestrigen Unterredung mit dem Grossvezir den Eindruck erhalten, dass gewisse Kabinette die Pforte in ihrem Widerstand bezüglich der bosnischen Annexionsfrage bestärken dürften. Tatsache ist, dass der englische Botschafter während des vorgestrigen Ministerrates auf die Pforte gekommen ist und mit dem Grossvezir lange konferiert hat, was allgemein dahin ausgelegt wird, dass er von einem Separatabkommen der Pforte sowohl mit uns, als mit Bulgarien warnte. Unter diesen Umständen scheint mir nur dann Aussicht auf einen Erfolg zu bestehen, wenn man das Londoner Kabinett bewegen könnte, auf Kiamil Pascha in dem Sinne einzuwirken, im Interesse des Zustandekommens der Konferenz die von uns verlangte Erklärung abzugeben. Bekanntlich steht der Grossvezir ganz unter dem Einfluss des hiesigen englischen Botschafters. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

Nr. 374. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Okt. 1908 Nr. 419 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Baron Marschall teilte mir mit, daß in dem vorgestrigen Ministerrate folgende Punkte für das Programm der eventuell zusammentretenden Konferenz türkischerseits in Aussicht genommen wurden: 1.) Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit, Austragung der Frage des ostrumelischen Tributes, sowie der ostrumelischen Eisenbahnen. 2.) Übernahme einer Garantie seitens der Mächte für den derzeitigen faktischen Besitzstand der Türkei in Europa. 3.) Bedingungslose Aufhebung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages (bezüglich Artikel 29 wurde seitens der Pforte konstatiert, dass derselbe nur Österreich-Ungarn und Montenegro angeht). 4.) Keine territorialen Entschädigungen Serbiens und Montenegros auf Kosten der Türkei. Wie mir der deutsche Botschafter weiter erzählt, hat ihm Kiamil Pascha gleichwohl erklärt, dass die Aussichten auf das Zustandekommen der Konferenz nur sehr geringe wären, da Österreich-Ungarn erklärt hätte, an derselben nur dann teilnehmen zu können, wenn die Pforte schon vorher die Annexion Bosniens anerkenne. Letzteres sei aber schon im Hinblick auf Artikel 1 der Konstitution unmöglich. (Mir gegenüber hat weder der Grossvezir, noch der Minister des Äussern dieses Argument

je vorgebracht.) Unter solchen Umständen, sagte Kiamil Pascha dem deutschen Botschafter, bleibe der Pforte nichts anderes übrig, als vorläufig eine direkte Verständigung mit Bulgarien zu versuchen. Man könne aber schon jetzt fast mit Gewissheit sagen, dass dieser Versuch resultatlos bleiben wird. In diesem Falle würde dann die Türkei den Mächten vorschlagen, auf Grund obigen Programmes, also mit gänzlicher Ausschaltung der bosnischen Frage, eine Konferenz einzuberufen. Wenn auch dies nicht gelinge, erübrige nur mehr der Krieg mit Bulgarien. Ich habe den Eindruck, dass die Pforte jetzt ernstlich an die letztere Eventualität denkt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Kriegsvorbereitungen fortgesetzt werden. Die Türkei will augenscheinlich Zeit gewinnen. Baron Marschall, welchem, wie mir scheint, das Zustandekommen der Konferenz sehr am Herzen liegt, hat mir nahe gelegt, dass es vielleicht im Interesse der Sache wäre, von den Kabinetten bindende Erklärungen zu erwirken, dass die Annexion Bosniens lediglich von der Konferenz konstatiert und ohne Diskussion zur Kenntnis genommen werde. Der deutsche Botschafter glaubt, dass sich die Pforte in diesem Falle, namentlich, wenn die Verständigung mit den Kabinetten schon vorliege, bewegen liesse, ihrerseits eine bindende Erklärung abzugeben, selbstverständlich aber nur mündlich, derzufolge aber ihr Delegierter auf der Konferenz sich der Wiederholung des bereits vorliegenden Protestes enthalten und die Konstatierung des *fait accompli* ohne Bemerkung hinnehmen würde. Baron Marschall stellt sich die Sache beiläufig folgendermassen vor: Der Präsident der Konferenz würde erklären, dass Seine Majestät der Kaiser und König Seine Souveränitätsrechte auf Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt hat, gleichzeitig aber auf die Österreich-Ungarn durch den Berliner Vertrag übertragenen Rechte auf den Sandjak von Novibazar Verzicht leistete. Die Konferenz hätte bloß diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen, so dass der schriftliche Protest der Pforte dann keine praktische Bedeutung mehr hätte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 384, 397.

*Tel. nach Paris; Budapest, 23. Okt. 1908 Nr. 10 (chiff. 6 U. p. m.).
Siehe n. 375.*

*Tel. nach Rom; Budapest, 23. Okt. 1908 Nr. 15 (chiff. 6 U. p. m.).
Siehe n. 375.*

Nr. 375. Tel. nach St. Petersburg Nr. 17, Rom Nr. 15, Paris Nr. 10, Berlin Nr. 16 und Konstantinopel Nr. 13; Budapest, 23. Okt. 1908 (chiff. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Sir E. Grey hat dem Botschafter Grafen Mensdorff ein Exemplar des projektirten Konferenz-Programmes übergeben.^{b)} Da der englische Staats-Sekretär hiebei geäußert hat, daß diese Mittheilung nur zur persönlichen Information des Grafen Mensdorff erfolge, kann ich diesen Schritt nicht als eine Mittheilung von Kabinett zu Kabinett ansehen und stehe nach wie vor auf dem Standpunkte daß uns über das Programm bisher in offizieller Weise nichts bekannt gegeben worden ist.

a) Oe.-U. Bosnien 28 Nr. 44. Vgl. n. 382, 399. — b) Vgl. n. 344.

Nr. 376. Tel. des Generalkonsuls in Skutari, 23. Okt. 1908 Nr. 59 (eing. 3 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng geheim. Mit Bezug auf Telegramm von gestern Nr. 32.^{b)} Die katholischen Bergbewohner, welche alle ein Bündnis geschlossen haben, dürften zu einer Diversion an der montenegrinischen Grenze bereit sein, fürchten jedoch auch die mohammedanische Bevölkerung und die türkischen Truppen in ihrem Rücken. Zwischen Montenegro und Türkei scheint ein Bündnis in Vorbereitung, was die Bergstämme beunruhigt. Sowohl die ...^{c)} als auch montenegrinische Emissäre durchstreifen das Gebiet der Stämme nahe der Grenze. Auch sonstige montenegrinische Agitation macht sich bemerkbar. In der Malisija herrscht wegen Mißernte große Not, so daß weit mehr Leute als sonst die Meeresniederungen aufsuchen. Die Grenze, namentlich von Clementi und Gruda, ist jetzt stark entblößt. Beim Heranziehen der Stämme müßte Hauptgewicht auf Maiseinfuhr, auf Geld zum Ankauf von Munition und Proviant und auf die Rückberufung der Abwesenden gelegt werden. Ich bin dringend um Hilfe zur Linderung der Not angegangen worden. Eine vertrauliche Einflußnahme auf die Genannten von hier aus wird sich schwer vermeiden lassen, weil die wichtigsten Chiefs nur einem Wink von hier aus Vertrauen entgegenbringen werden. Die fortlaufende Kenntnis der getroffenen Massnahmen wäre für dieses Amt zur Regelung seiner Haltung wichtig. Gleichlautend Konstantinopel 46.

Kral.

^{a)} Vgl. n. 401, 433. — ^{b)} Vom 21. Okt. — ^{c)} Chiffre fehlt.

Nr. 377. Tel. aus Sofia, 23. Okt. 1908 Nr. 116 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Über die durch Herrn Dimitrow geführten Verhandlungen in Konstantinopel teilt mir bulgarischer Minister des Äussern im strengsten Vertrauen Nachstehendes mit: Anfänglich bestand Grossvezir darauf, dass nur über die Unabhängigkeit Bulgariens im engeren Sinne gesprochen, Ostrumelien aber unter allen Umständen unter türkischer Souveränität zu bleiben habe. Im Laufe der Besprechungen liess Grossvezir obigen intransigenten Standpunkt fallen und erklärte sich bereit, über Anerkennung der Unabhängigkeit des geeinten Königreiches Bulgarien unter gewissen Bedingungen zu verhandeln, von denen die wichtigsten sind, dass bulgarische Regierung sich bereit erkläre, Eigentumsrechte der Türkei an Orientbahnen abzulösen und den durch Kapitalisierung des ostrumelischen Tributes sich ergebenden Betrag zu zahlen. Bezüglich Orientbahnen wurde türkischerseits vorgeschlagen, eine gemischte Kommission aus Delegierten der Türkei, der Bahn und Bulgariens mit den auf Eigentumsrechte und Betriebskonzession gleichzeitig auszudehnenden Verhandlungen zu betrauen. Dieser Modus entspricht vollkommen den hiesigen Wünschen. Schwierigkeiten macht vorläufig das türkische Verlangen auf Kapitalisierung des Anteiles Ostrumeliens an der türkischen Staatsschuld, da bulgarische Regierung nur die Übernahme der Zinsenzahlung zugestehen möchte. Wegen dieser Differenz wurden Verhandlungen vorläufig unter-

brochen und Herr Dimitrow kehrt heute behufs mündlicher Berichterstattung zurück. General Paprikoff sagte mir, dass gegen Annahme des bezüglichen türkischen Verlangens, namentlich aus innerpolitischen Partei-rücksichten Bedenken bestehen. Ich versuchte dem Minister des Äussern auseinanderzusetzen, dass zwischen Übernahme der Zahlungsverpflichtung der Zinsen und der Kapitalsabzahlung ein prinzipieller Unterschied nicht besteht und es der Regierung ein Leichtes sein müsste, die öffentliche Meinung entsprechend zu präparieren, damit sie auch in der Kapitalsabzahlung nicht den Loskauf von einem Tribut, noch die Erkaufung der Unabhängigkeit, sondern einfach Übernahme und Abzahlung einer Hypothek erblicke. General Paprikoff sagte, für ihn scheine sich die Frage jetzt so zu stellen: Entweder Zahlung des von Türkei verlangten Kapitals für den ostrumelischen Schuldanteil, also von zirka 60 Millionen, oder Krieg, und musste er selbst zugeben, dass aus diesem Grunde allein ein Krieg, der zudem heute im Lande gar nicht besonders populär wäre, vernünftigerweise nicht geführt werden könne. Ich glaube also, dass trotz momentaner Unterbrechung der Verhandlungen die Chancen für eine schliessliche Verständigung nicht allzu schlecht stehen. Gleichlautend Budapest. Thurn.

a) Vgl. n. 319, 434.

Nr. 378. Privatschreiben an den Sektionschef Ladislaus von Müller; Budapest, 23. Okt. 1908. Konz. (S. und G. Gager) und Ausfert.

Den Tagesbericht über die Mitteilung Croziers^{a)} und Deinen Brief vom 22. 1. Mts.^{b)} habe ich erhalten. Ich übersende Dir anbei zwei Telegramme an Khevenhüller,^{c)} aus denen Du ersehen wirst, für wie richtig ich die in Paris sich geltend machende Auffassung halte, daß ein Zusammenwirken Österreich-Ungarns und Frankreichs im jetzigen Momente durchaus natürlich ist und den beiderseitigen Interessen am meisten entspricht. Noch vor der Mitteilung Croziers habe ich Herrn Pichon nahe legen lassen, ähnlich wie in Sofia nunmehr auch in Belgrad seine vermittelnde Tätigkeit zu entfalten. Ich bitte Dich zum französischen Botschafter zu gehen und ihm meine lebhafteste Befriedigung über die Mitteilung seines Ministers auszusprechen und Dich in Betreff der Details im Sinne der beiden Telegramme an Khevenhüller zu äussern. Hiebei wäre speziell auch zu betonen, daß ich mich ganz auf den Standpunkt der französischen Regierung stelle, wonach Österreich-Ungarn und Frankreich, da glücklicherweise keine divergierenden Interessen zwischen ihnen bestehen, dazu berufen erscheinen, durch ihr Zusammengehen der Sache des Friedens einen grossen Dienst zu leisten. ... *Aufträge in anderen Angelegenheiten* ... Aehrenthal.

a) n. 356. — b) Nicht aufgenommen. — c) Wohl n. 355 und 364.

Nr. 379. Tel. aus Belgrad, 24. Okt. 1908 Nr. 117 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Très confidentiel. Mon collègue français, qui a été reçu hier en audience par le Roi, a trouvé le Roi Pierre abattu et découragé, mais tranquille. Sa Majesté a parlé avec amertume de la Russie, avec des enchantements de

l'attitude de l'Italie et a exprimé sa conviction que la Serbie resterait à la future conférence aussi délaissée qu'au congrès de Berlin. Le Ministre de France s'efforça loyalement de convaincre la Serbie de la nécessité absolue de maintenir la paix. Il ne croit pas au danger de guerre et nie que la Serbie et le Monténégro puissent se décider à un coup de tête sans l'appui au moins moral d'une grande-puissance. Il partage mon avis que la situation dépend en grande partie de l'attitude des puissances et m'a très confidentiellement exprimé des doutes sur la Russie et spécialement Monsieur Iswolsky, auteur de l'espoir actuel du gouvernement serbe, d'obtenir à nos dépens une rectification de la frontière le long de la Drina, le reliant au Monténégro. Mon collègue anglais m'a tenu un langage moins optimiste, mais très correct et sensé. Il prétend que tous ses efforts tendent à retenir la Serbie d'une décision désespérée, et m'a également fait une allusion aux espoirs qui se dirigent vers Saint-Petersbourg. Le ministre de Russie juge la Situation beaucoup moins favorablement et la considère comme très critique, vu le vent de folie qui souffle par la Serbie. A mes observations qu'il était hautement nécessaire de faire comprendre aux Serbes que toute compensation territoriale est exclue, il a répondu qu'on devait attendre le résultat de la Conférence. Mes trois collègues, surtout celui de Russie, ont reconnu le calme et la modération dont nous avons fait preuve jusqu'ici et m'ont prié ne pas prendre trop au sérieux les démonstrations plutôt puériles et exagérées par nos journaux. Par suite de la démonstration anti-autrichienne que la colonie italienne a organisée il y a quelques jours, Monsieur Tittoni a donné par télégraphe l'ordre au Chargé d'affaires d'Italie d'empêcher des incidents pareils à l'avenir. Gleichlautend Budapest. Forgách.

a) Vgl. n. 418.

*Nr. 380. Tel. aus Belgrad, 24. Okt. 1908 Nr. 118 (eing. 8 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Erster Sektionschef Spalajković sagte gestern abends dem italienischen Geschäftsträger, dass Serbien und Montenegro in jeder Hinsicht zu einer völligen Einigung gekommen seien. Laut konfidenzieller Quelle hat Herr Pasić dem Herrn Nestorović mitgeteilt, seine Mission nach Russland habe den Zweck, zu erklären, dass Serbien und Montenegro ein vollständiges Bündnis geschlossen haben und dass beide entschlossen sind, jede Aktion auch mit den Waffen gemeinsam zu unternehmen, falls die Mächte ihren Forderungen bei der Konferenz nicht nachkommen. Gleichlautend Budapest. Forgách.

a) Vgl. n. 283, 348, 389, 599.

Nr. 381. Tel. nach Berlin; Budapest, 24. Okt. 1908 Nr. 19 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Schreibmaschine; G. Pogatscher).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 23. No. 202. Aus Ihrer Wiedergabe des Gespräches mit dem Herrn russischen Minister des Äussern ersehe ich, dass derselbe Ihnen gegenüber keine neuen Gesichtspunkte vorgebracht hat. Zur Verhütung eines Missverständnisses muss ich aber aus-

drücklich feststellen, dass Herr Pichon allerdings am 15. Oktober dem Grafen Khevenhüller das gleichzeitig durch die Agence Havas veröffentlichte Konferenzprogramm mitgeteilt hat,^{b)} jedoch ohne jede Berufung darauf, dass er dies im Namen des französischen, englischen und russischen Kabinettes tue. Ebenso hat Sir E. Grey dem Grafen Mensdorff hievon am 19. Oktober „zu seiner persönlichen Information“ Kenntnis gegeben,^{c)} wobei der Herr Staatssekretär ausdrücklich bemerkte, dass die fragliche Mitteilung an uns absichtlich unterlassen worden war. Auf dem usuellen Wege durch die in Wien akkreditierten Botschafter ist mir seitens keiner Regierung ein Vorschlag betreffs des Konferenzprogrammes zugekommen; weshalb ich nicht in der Lage war zu einem solchen Stellung zu nehmen. Ich glaubte hierüber einer Mitteilung des Herrn russischen Ministers des Äussern vor oder nach dessen Rückkehr nach Petersburg entgegensehen zu dürfen. In diesem Sinne wollen sich Euer Exzellenz Herrn Iswolsky gegenüber aussprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 382, 388, 392. — ^{b)} n. 292. — ^{c)} Vgl. n. 344. Danach erfolgte die Übergabe des Programmes nicht am 19., sondern am 20. Okt.

Nr. 382. Tel. aus Berlin, 24. Okt. 1908 Nr. 207 (eing. 25. Okt. 8 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Auf Wunsch Herrn Iswolskys hatte ich heute neuerlich mit ihm lange Unterredung. Der Herr Minister ersuchte mich abermals, Euer Exzellenz dringend zu bitten, in betreff des projektierten Konferenzprogrammes, dessen Inhalt Euer Exzellenz ja bekannt sei, mit ihm ehestens in einen Gedankenaustausch zu treten. Es wäre für ihn von grossem Wert, noch während seines hiesigen Aufenthaltes, welchen er aber nicht über nächsten Montag ausdehnen könne, Euer Exzellenz Auffassung zu kennen. Auf meine Erwiderung, dass, wie ich aus einem gestern abends eingetroffenen Telegramm (Nr. 16) aus Budapest ersehe, Euer Exzellenz über das in Rede stehende Programm bisher offiziell nichts bekannt sei, wiederholte Herr Iswolsky, dass eine offizielle Mitteilung gerade mit Rücksicht auf das k. u. k. Kabinett nicht erfolgen konnte, da, ins solange die anderen Kabinette und in allererster Linie Österreich-Ungarn sich zu den von den Kabinetten von Petersburg, London und Paris projektierten Programmpunkten nicht geäussert haben werden, diesen Antworten kein offizieller Charakter zukommt. Ich habe Herrn Iswolsky gesagt, dass ich die Logik dieser Auffassung umsoweniger verstehe, als die in Frage kommenden Punkte so allgemein gehalten seien, dass nach meiner Ansicht eine Stellungnahme des k. u. k. Kabinettes zu denselben eine sehr schwierige sein würde; da aber Herr Iswolsky sosehr darauf bestand, Euer Exzellenz seinen Wunsch vorzutragen, und dabei bemerkte, dass Herr von Schoen sich geneigt gezeigt habe, auf Basis der erfolgten vertraulichen Mitteilungen in einen Gedankenaustausch einzugehen, habe ich ihm zugesagt, Euer Exzellenz gegenüber nochmals auf die Frage zurückzukommen. Was die in Rede stehenden Programmpunkte betrifft, glaubt Herr Iswolsky, dass nur Punkt 2 — Bosnien und die Herzegowina — und Punkt 7 — *avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro* — bei Euer Exzellenz etwaige Bedenken hervorrufen

könnten. Diesbezüglich habe ich, ohne mich auf einen Auftrag zu berufen, erklärt, dass ich nach meiner Überzeugung eine Diskussion in der Konferenz über die erfolgte Annexion Bosniens und der Herzegowina, sowie die Möglichkeit irgendwelcher territorialen Kompensation an Serbien und Montenegro für absolut ausgeschlossen halte. In letzterer Beziehung erging sich der russische Minister des Äussern auch heute in Versicherungen seines lebhaften Bedauerns, dass Österreich-Ungarn nicht dazu zu bewegen sei, eine wenn auch noch so geringfügige Gebietsabtretung sub titulo Grenzrektifikation Serbien zu gewähren. Es würde dies, wie er schon gestern ausgeführt, in hohem Masse dazu beitragen, die aufgeregten Gemüter in Russland zu beruhigen. Als ich Herrn Iswolsky bemerkte, dass ich nach seinen gestrigen Äusserungen annehmen zu können glaubte, dass er auf diesen Gegenstand nicht mehr zurückkommen werde, versicherte er mir, dass er von der Aussichtslosigkeit eines solchen Begehrens überzeugt sei, es aber dennoch für seine Pflicht erachte, immer wieder hervorzuheben, dass nach seiner Überzeugung dies das einzig richtige Mittel wäre, die Misstimmung der öffentlichen Meinung Russlands uns gegenüber zu beheben. „Wenn Sie“, so fügte der Minister hinzu, „zu diesem Akte der Grossmut nicht zu bewegen sind, könnten Sie vielleicht einen kleinen Streifen aus Bosnien der Türkei zurückerstatten!“ Ich wollte diese groteske Insinuation, die offenbar darauf hinausläuft, bei nächster Gelegenheit diesen Landstreifen Serbien zuzuwenden, nicht ernst nehmen; Herr Iswolsky blieb aber dabei, indem er bemerkte, dass Österreich-Ungarn auf diese Art den faktischen Beweis liefern würde, auf dem Balkan nicht weiter als bis jetzt vordringen zu wollen. Zum Schluss kam Herr Iswolsky wieder auf die ungeheueren Schwierigkeiten zurück, mit denen er bei seinem Souverän, der Duma und der ganzen öffentlichen Meinung in Russland zu kämpfen haben werde, falls es ihm nicht gelinge, irgendeinen Erfolg für Russland aufweisen zu können. Gleichlautend Budapest.

Szögyény.

a) Vgl. n. 371, 385, 390.

Nr. 383. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj; 24. Okt. 1908 Nr. 424 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} *Entziff.*

Ich habe gestern mit meinem englischen Kollegen eine Unterredung gehabt, aus welcher ich entnehmen konnte, dass der englische Botschafter auf das Zustandekommen der Konferenz sehr großen Wert legt. Es wäre augenscheinlich England unangenehm, wenn sich die Türkei mit Bulgarien direkt verständigt und auf diese Weise die Konferenz gegenstandslos ...^{b)} Ich benützte diese Gelegenheit, um Sir G. Lowther nahezulegen, daß es meiner Ansicht nach in seiner Hand liegen würde, die Konferenz zu ermöglichen. Ich sagte ihm, er sollte auf Kiamil Pascha einwirken, damit er meinem Verlangen, eine Erklärung abzugeben, dass die Pforte die Annexion Bosniens als ein *fait accompli* betrachte, nachkomme; ohne diese Erklärung könne die Konferenz unter keinen Umständen stattfinden, da wir an derselben nicht teilnehmen würden. Der englische Botschafter gab mir hierauf keine definitive Antwort, aber ich konnte sehen, dass er sich die Sache

überlegen wird. Er bemerkte blos: Kiamil Pascha ist, wie Sie wissen, furchtbar eigensinnig, er wird nicht so leicht nachgeben. Es wäre meiner Ansicht nach angezeigt, den Versuch zu machen, das Londoner Kabinett zu bewegen, Sir G. Lowther in diesem Sinne Instruktionen zu geben. Dies wäre vielleicht noch das einzige Mittel, zum Ziele zu gelangen. Hiebei denke ich auch an die bereits in meinem Telegramme Nr. 415 wiedergegebene Bemerkung Kiamil Paschas, dass ihm bisher keine Macht geraten hätte, die Annexion anzuerkennen. Es macht mir den Eindruck, daß er einen solchen Rat zur Rechtfertigung gegenüber der öffentlichen Meinung bedürfe. Baron Marschall machte am letzten Samstag den Versuch, meine Bemühungen beim Grossvezir zu unterstützen, erhielt aber ein dezidiertes Refus. Der deutsche Botschafter stellt nun die Behauptung auf, daß es der türkischen Regierung ganz unmöglich sei, die Annexion ausdrücklich zu akzeptieren. Ich teile keineswegs diese Anschauung; der Widerstand Kiamil Paschas ist lediglich in der Furcht vor der öffentlichen Meinung begründet. Baron Marschall will sich nicht eingestehen, daß gegenwärtig sein Einfluß in Konstantinopel auf ein Minimum reduziert ist und gibt daher dem Refus, den er sich beim Grossvezir holte, obige Erklärung. Man muß sich überhaupt darüber klar sein, daß heute nur der englische und bis zu einem gewissen Grade der französische Botschafter hier Einfluß hat. Die übrigen nur insoferne als sie mit Drohungen auftreten können. Mir ist es gelungen, die Boykott-Bewegung zum Stillstande zu bringen, weil ich in diesem Falle eine drohende Sprache führen konnte, was natürlich bei meinem jetzt in Frage stehenden Begehren nicht möglich ist; ich kann jetzt nur darauf hinweisen, dass ohne uns die Konferenz nicht zu Stande kommen kann. Aber auch diese Drohung hat nur insoferne Wirkung, als die Pforte auf die Konferenz Wert legt. Auch unsere mit Bezug auf den Sandjak von Novibazar der Pforte zu machende Erklärung ist nunmehr für den Augenblick gegenstandslos, da Serbien und Montenegro der türkischen Regierung erklärt haben, ihre Kompensationen nicht auf Kosten des Sandjaks fordern zu wollen. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 384. — ^{b)} Chiffre für den Rest des Satzes verstümmelt. Laut Tel. aus Konstantinopel, 26. Okt. 1908 Nr. 431 lautet der verstümmelte Satz: „(gegenstandslos) werden würde, da sich dann die 4 Mächte mit ihren hier abgegebenen, den Berliner Vertrag betreffenden Deklarationen bloßgestellt hätten.“

Nr. 384. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Okt. 1908 Nr. 426 (eing. 25. Okt. 3 U. 20 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Tewfik Pascha sagte mir heute, dass mit ein Grund, warum Kiamil Pascha einer Anerkennung des in Bosnien geschaffenen fait accomplis aus dem Wege geht, seine Apprehension ist, es möchte dies für die mit Bulgarien anzuknüpfenden Verhandlungen ein für die Türkei ungünstiges Präcedens bilden. Ich erwiderte dem Minister darauf, dass Analogie zwischen den beiden Fällen doch nicht bestehe, was mir Tewfik Pascha auch zugeben musste. Der Minister sagte sodann, es würde sich in ein bis zwei Tagen zeigen, ob es zu meritorischen Verhandlungen mit Bulgarien komme. Ich kam dann auf das von der Pforte den Mächten zu unterbreitende Konferenz-

programm zu sprechen. Tewfik Pascha bemerkte diesbezüglich, dass dieses Programm auf vier Punkte beschränkt sei, nämlich: 1.) Regelung politischer Situation Bulgariens und Ostrumeliens. 2.) Festsetzung der finanziellen Verpflichtungen Bulgariens und Ostrumeliens gegenüber der Türkei. 3.) Die bosnisch-herzegowinische Angelegenheit. 4.) Übernahme der Garantie der Integrität des osmanischen Reiches durch die Mächte. Im Gegensatz zu den in meiner telegraphischen Berichterstattung^{b)} gemeldeten Programmpunkten figuriert somit auch die bosnische Frage im türkischen Programm. Allerdings bemerkte Tewfik Pascha hierzu, der Grossvezir hätte ihm gesagt, dieser Punkt könnte auch ganz wegfallen, wenn man ...^{c)} in anderer Weise zu einem Einvernehmen mit Österreich-Ungarn gelangen könne. Wie mir mein Mitredner noch sagte hatte er die Absicht, das vorstehende Programm der englischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Der Grossvezir hielt ihn davon mit der Begründung ab, man müsse vorerst das Resultat der Verhandlungen mit Bulgarien abwarten. Gleichlautend Budapest.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 374, 383, 394, 398. — b) n. 374. — c) Chiffre verstümmelt.

*Nr. 385. Erlaß nach St. Petersburg; Budapest, 24. Okt. 1908 Nr. 2115.^{a)}
Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg dürfte der Herr russische Minister wohl einen formellen Schritt tun, um sein Konferenzprojekt zu verwirklichen. Euer Exzellenz sind die Voraussetzungen bekannt, unter denen wir allein an der eventuellen Konferenz teilnehmen könnten und Hochdieselben kennen auch die Bedenken, die uns speziell der Artikel 7 des Programmwurfes (der uns übrigens offiziell auch heute noch nicht vorliegt) selbst in seiner geänderten Fassung einflößt. In der gegenwärtigen Situation, wo die Geister in Serbien und Montenegro in einem lebhaften Erregungszustand begriffen sind, kommt sehr viel darauf an, daß nicht durch Eindrücke von außen in Belgrad und Cetinje Hoffnungen ermutigt werden, die nicht in Erfüllung gehen können; die notwendige Enttäuschung könnte nur zu leicht zu verzweifeln, selbstmörderischen Entschlüssen führen. Es wäre also nur im eigensten Interesse dieser Länder, wenn ihre Abgesandten in Petersburg die Stimme der Vernunft und der nüchternen Erwägung zu hören bekämen. Wir haben uns bisher weder Serbien noch Montenegro gegenüber — trotz mannigfacher Provokationen — aus unserer Ruhe aufstören lassen und keinerlei militärische Gegenmaßregeln angesichts der uns bekannten Mobilisierungsvorbereitungen in beiden Ländern getroffen. Aus der Nachbarschaft des montenegrinischen Litorales haben wir sogar das einzige Kriegsschiff zurückgezogen, das vor Spizza ankerte, und hiedurch den Beweis unseres guten Willens gegeben, alles zu vermeiden, was zur Erregung der öffentlichen Meinung in Montenegro beitragen könnte.^{b)} Auch zu Konzessionen an Serbien und Montenegro sind wir — soweit es sich nicht etwa um territoriale Kompensationen handelt — gern bereit; ich erinnere hier nur an meine schon in Buchlau gemachten Anregungen, Serbiens Stellung als Donauuferstaat zu berücksichtigen und an meine

Bereitwilligkeit, auf gewisse Vorrechte im montenegrinischen Litorale zu verzichten. Eine freie, vertragsmäßig sichergestellte Verbindung Serbiens durch Bosnien an die Adria wäre ein weiterer Vorteil, den wir dem Königreiche gewähren könnten, für das wir nach wie vor von den besten Dispositionen erfüllt sind; der beste Beweis, daß wir auf eine Beruhigung und friedliche Lösung der serbischen Schwierigkeit hinarbeiten, liegt wohl in dem Umstande, daß der k. u. k. Gesandte in Belgrad, der sich schon vor Ausbruch der Krise auf Urlaub befand, den Auftrag erhalten hat, nach Belgrad zurückzukehren. Natürlich hat alles, auch unsere Langmut, ihre Grenzen; wenn in Serbien und Montenegro die Rüstungen, die nur gegen uns gerichtet sein können, weiter fortgesetzt würden, müßte schließlich auch der Moment kommen, wo wir Gegenmaßregeln ergreifen müßten.

P. S. Ich schließe hier zu Euer Exzellenz weiteren Orientierung die beiden ersten Meldungen des Grafen Forgách vom 23. I. M.^{c)} nach seiner erfolgten Rückkehr nach Belgrad an. Aus beiden Telegrammen geht hervor, wie dringend notwendig es im Interesse der Erhaltung des Friedens ist, daß Herr Pasić in Petersburg ebenso wie die Belgrader Regierung durch den russischen Gesandten klar zur Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit der serbischen territorialen Aspirationen gelange.

a) Vgl. n. 382. — b) Vgl. n. 372. — c) Nur n. 369 aufgenommen.

Nr. 386. Erlaß nach St. Petersburg; Budapest, 24. Okt. 1908 Nr. 2116.a)
Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Aus den verschiedenen Emanationen, die Herr Iswolsky während seiner europäischen Tournée von sich gab und die mir theils durch Euer Excellenz gemeldet, theils durch Fürst Urusoff mitgetheilt wurden, soweit sie nicht auch schon den Zeitungen zugänglich gemacht worden waren, geht die Befürchtung des Herrn russischen Ministers des Aeussern hervor, daß ich ihn durch allzu deutliche Anspielungen auf unsere Abmachungen in Buchlau^{b)} der russischen Öffentlichkeit gegenüber compromittiren und seine Bereitwilligkeit, uns die Annexion Bosniens und der Herzegovina zuzugestehen, affichiren könnte; in einzelnen seiner Enunciationen ging Herr Iswolsky sogar so weit, dergleichen zu thun, als ob solche Aeüßerungen meinerseits bereits gefallen wären und er daher genöthigt sei, mich zu rectificiren, beziehungsweise zu desavouiren. Demgegenüber erscheint es mir um der historischen Wahrheit willen nicht überflüssig, nochmals zu constatiren, was Euer Excellenz übrigens bereits aus meinen telegrafischen Mittheilungen bekannt ist, daß ich mir nämlich bezüglich der Erwähnung unseres Gedankenaustausches in Buchlau die größte Reserve auferlegt habe. Ich habe auch niemals beabsichtigt, der Öffentlichkeit irgend eine Mittheilung über die *pourparlers* zu machen, die der Annexion vorausgingen, und mich auf eine Aeüßerung in einer vertraulichen Sitzung der österreichischen Delegation^{c)} beschränkt, die ihren Weg nicht in die Presse gefunden hat. Diese Aeüßerung lautete, wie Euer Excellenz wissen, bekanntlich dahin, „daß mit Rußland und Italien bezüglich aller möglichen Eventualitäten am Balkan — also auch bezüglich der Annexion Bosniens und

der Herzegowina — eine Aussprache stattgefunden und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt habe.“ Herr Iswolsky dürfte — wie dies Herr Tittoni mir bereits in Aussicht gestellt hat — meinem Beispiele folgen und seinem Standpunkte entsprechend, sich vor der Duma einer Erwähnung der Buchlauer Abmachungen enthalten, wenn er schon nicht glaubt sie zugehen zu können. Eine direkte Abläugnung des Factums, daß zwischen uns und Rußland Verhandlungen stattfanden, die der Annexion vorangingen, würde mich ganz wider meinen Willen dazu zwingen, die Aeußerungen, die ich in der vertraulichen Delegationssitzung gethan, zu wiederholen und zwar mit dem Beifügen zu wiederholen, daß ich in der Lage sei, die von mir abgegebenen Erklärungen dokumentarisch zu belegen. Ich überlasse es der bewährten Einsicht Euer Excellenz, auf Herrn Iswolsky im Sinne meiner vorstehenden Ausführungen, aber in vorsichtiger und freundschaftlicher Weise, einzuwirken.

a) Vgl. n. 326, 444. — b) Vgl. n. 79. — c) Vgl. n. 201.

*Nr. 387. Erlaß nach St. Petersburg; Budapest, 24. Okt. 1908 Nr. 2117.^{a)}
Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Mit Befriedigung habe ich aus Euer Exzellenz Bericht vom 18. I. M., Nr. 40 B, entnommen, daß man im Petersburger Auswärtigen Amte nach der Rückkehr Herrn Iswolskys die Redaktion der Abmachungen von Buchlau und Desio in der Form fertigstellen würde, daß einerseits unser Memorandum vom 27. August beantwortet, andererseits der Entwurf eines Sonderabkommens zwischen Österreich-Ungarn, Rußland und Italien vorbereitet werden soll. Ich sehe der Mittheilung dieser Pièces mit Interesse entgegen; mein Standpunkt ist bekanntlich — und ich habe ihm wiederholt Ausdruck gegeben — der, daß ich den Accord zwischen uns, Rußland und Italien auf Grund der Abmachungen in Buchlau und Desio als im Principe bereits hergestellt ansehe; wir hatten in Buchlau eine „freundschaftliche Haltung Rußlands“ der Annexion Bosniens und der Herzegowina gegenüber supponirt; dieser „freundschaftlichen Haltung“ sollte unsererseits eine analoge Haltung in der Frage der Dardanellen entsprechen. In seiner Unterredung mit Euer Exzellenz hat Herr Tscharykoff die „freundschaftliche Haltung“ ecartirt und an Stelle dieser Worte die Wendung gebraucht, daß Rußland der Annexion „keine Hindernisse bereiten werde“. Ich bemerke hiezu, daß wir auch einer solchen Formulirung zustimmen könnten; jetzt, wo die Annexion Bosniens und der Herzegowina eine vollzogene Thatsache ist, hat Rußland an der Fassung der betreffenden Stelle, die dann auch auf unsere Stellungnahme in der noch der Zukunft angehörigen Dardanellenfrage angewendet würde, ein größeres Interesse als wir.

a) Vgl. n. 388.]

*Nr. 388. Privatschreiben nach St. Petersburg; Budapest, 24. Okt. 1908.^{a)}
Konz. (S. Brusselle; V. u. G. Aehrenthal).*

Ich bestätige mit dem besten Danke den Empfang Deines Briefes^{b)} und Deiner interessanten Expedition vom 18. Oktober, in der Du die

Situation in Petersburg in so klarer und anschaulicher Weise schilderst. Das allgemeine Unbehagen der gegenwärtigen Lage führe ich weniger auf den Eindruck zurück, den unser Entschluss bezüglich Bosniens und der Herzegowina hervorgerufen als auf die Unzuverlässigkeit Iswolskys, der sich mit den gegebenen Tatsachen nicht abzufinden vermag und durch die von ihm herrührende erste Fassung des Artikels 7 des Konferenz-Programmes^{c)} neue Elemente der Unruhe geschaffen hat. Für die Schwierigkeiten Deiner Stellung habe ich das vollste und aufrichtigste Verständniss. Ich hoffe aber, dass infolge der Aussprache Iswolskys mit Bülow eine Klärung eintreten und dass der russische Minister in einer weniger gereizten Stimmung nach Petersburg zurückkehren wird. Dass Iswolsky Deiner Audienz beim Kaiser anwohnen wird, scheint mir sehr wahrscheinlich. Er wird dies schon deshalb thun, um zu verhindern, dass Kaiser Nikolaus durch Dich die Wahrheit über Buchlau erfahre. Ich bin der Ansicht, dass Du nicht den Versuch machen solltest, die Controverse, welche diesfalls besteht, bei Deiner Audienz zu berühren; ein Hinweis darauf, dass ich über die dortigen Abmachungen die möglichste Diskretion bewahrte und dass ich das impetueuse Vorgehen Khevenhüllers bedauerte, dürfte genügen. Die Frage der Annexion ist in unseren Verhandlungen mit Russland bekanntlich zuerst durch Herrn Iswolsky selbst in seinem *Mémoire* vom 19. Juli^{d)} aufgeworfen worden. Aus der Verbindung dieses Problems mit der Frage der Dardanellen ergab sich dann der Inhalt unseres Gegen-*Mémoires* vom 27. August, wobei natürlich zu bemerken ist, dass uns Russland, wie auch in dem Allerhöchsten Handschreiben^{e)} erwähnt wird, den Besitz von Bosnien schon in früheren Zeiten zu wiederholten Malen zugesichert hat. Wir stehen bezüglich Buchlaus auf dem Standpunkte, dass dort zwischen uns und Russland bezüglich der künftigen Eventualitäten am Balkan ein Accord bereits erzielt wurde und dass wir an diesem Accord festhalten. Nach der Lesart Tscharykoffs macht uns Russland wegen der Annexion Bosniens „keine Schwierigkeiten“, Österreich-Ungarn beobachtet dieselbe Haltung, wenn Russland in Zukunft den Moment für gekommen erachtet, die Dardanellenfrage aufzurollen. Ich habe bereits in dem Erlass No. 2117, der Dir unter Einem zugeht, eine Allusion darauf gemacht und ich brauche es hier nicht weiter auszuführen, dass wir jetzt, wo die Annexion eine vollzogene Thatsache ist, ein wesentlich geringeres Interesse daran haben, dass die Formulirung dieser Gegenseitigkeit in einer besonders prägnanten Weise zum Ausdruck komme. Wenn Du die Frage des Accords in Deiner Audienz berührst, wirst Du den Hauptnachdruck darauf legen, dass derselbe eine besondere Bedeutung für die Erhaltung des Friedens im gegenwärtigen Momente besitzt, dass er aber auch für die künftigen Beziehungen der beiden Reiche von nicht zu unterschätzendem Werth sei, weil er Russland die Gewähr dafür biete, dass es nicht mit der Gegnerschaft der Monarchie zu rechnen habe, wenn es den Moment für gekommen erachten würde, die für seine Zukunft wichtige Frage der Dardanellen anzuschneiden. Wenn in Deiner Unterredung mit Kaiser Nikolaus die gegenwärtige Haltung Serbiens und Montenegros zur Sprache kommen sollte, wird es unbedingt nothwendig sein, vor Allem hervorzuheben, dass Serbien schon seit der

blutigen Thronbesteigung der Karageorgjewitsche ein Herd anarchischer und antidynastischer Umtriebe geworden sei. Die gegenwärtige zügellose Haltung Serbiens sei nicht zum geringsten Theile darauf zurückzuführen, dass die Autorität der Krone dort völlig geschwunden sei und die Regierung von der Gasse aus besorgt wird. Wir bewahrten Serbien und Montenegro gegenüber trotz der auffallenden militärischen Rüstungen derselben, die nur gegen uns gerichtet sein könnten, den absolutesten Gleichmuth und hätten bis jetzt keinerlei militärische Gegenmassregeln ergriffen. Wir seien noch immer der Hoffnung, dass die genannten beiden Länder, unterstützt und geleitet von den wohlmeinenden Ratschlägen der Grossmächte einer besseren Einsicht Raum geben und es uns möglich machen würden, von der Statuirung eines Exempels abzusehen und ihnen unser nachsichtiges Wohlwollen zu erhalten. Du findest in meinem heutigen Kurier Andeutungen darüber, nach welcher Richtung wir im Falle einer korrekten Haltung Serbiens und Montenegros gewillt wären, dieses Wohlwollen zur Geltung zu bringen. Ich möchte abschliessend der Überzeugung Ausdruck geben, dass Russland sich, in richtiger Einschätzung seiner eigensten Interessen, den Vortheilen nicht verschliessen wird, die ihm der in Desio zu einer Entente à trois erweiterte Akkord mit uns zu bieten vermag und dass sich in unseren Beziehungen zu Russland nach dem gegenwärtigen Momente der Irritation wieder eine Besserung geltend machen wird.

a) Vgl. n. 390. — b) Liegt nicht vor. — c) Vgl. n. 312. — d) Datum irrig. Es handelt sich um n. 9. — e) n. 97.

Nr. 389. Tel. aus Belgrad, 25. Okt. 1908 Nr. 121 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Laut des vom hiesigen Ministerium des Aeussern an die Zeitungen ausgegebenen Communiqués hat bei dem gestern zu Ehren des montenegrinischen Spezialgesandten veranstalteten Hofdiner „Seine Majestät auf den Fürsten Nikolaus und Montenegro einen Toast ausgebracht, in welchem er mit Begeisterung der wahrhaften Einigkeit und Eintracht gedacht hat, die zwischen den beiden unabhängigen serbischen Staaten sowohl hinsichtlich der heutigen schweren Situation als auch hinsichtlich des weiteren gemeinsamen Vorgehens bestehe“. Gleichlautend Budapest. Forgách.

a) Vgl. n. 380, 421, 599.

Nr. 390. Tel. nach Berlin; Budapest, 25. Okt. 1908 Nr. 20 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 24. No. 207. Ihre, Herrn Iswolsky gegenüber gehaltene Sprache findet meine volle Billigung. Sobald Herr Iswolsky oder Herr Pichon mir die in London vereinbarten Vorschläge zur Fixirung des Conferenz Programmes durch den in Wien accreditirten Botschafter mitgetheilt haben wird, bin ich gerne bereit in einen bezüglichlichen Gedankenaustausch einzutreten. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte eine Conferenz prinzipiell abzulehnen. Wir sind vielmehr, wenn man es uns ermöglicht, entschlossen, den Gedanken einer Conferenz zu

realisiren da wir unsererseits thunlichst dazu beitragen wollen die bestehende Spannung zu beseitigen. Selbstverständlich könnten wir es aber nicht zugeben, daß die erfolgte Annexion Bosniens von der Konferenz zum Gegenstande einer Diskussion gemacht werde. Ebenso muß der Gedanke irgendwelcher territorialer Compensationen unsererseits an Serbien und Montenegro oder einer Retrocession irgend eines Gebietes an die Türkei ganz ausgeschlossen werden. Ich ersuche Euer Exzellenz in diesem Sinne Herrn Iswolsky gegenüber sich auszusprechen und auch Fürsten Bülow zu informieren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 388, 391, 404.

Nr. 391. Tel. aus Berlin, 25. Okt. 1908 Nr. 209 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Reichskanzler, den ich heute zu sprechen Gelegenheit hatte, erzählte mir streng vertraulich, er könne nach langen Unterredungen, welche sowohl er, als auch Staatssekretär gestern und heute mit Herrn Iswolsky hatten, konstatieren, dass der Aufenthalt des letzteren in Berlin den Zweck verfolgte, deutsche Regierung zu bewegen, auf das k. u. k. Kabinett einzuwirken, ja sogar einen Druck auf dasselbe auszuüben, damit Österreich-Ungarn zugebe, dass auf der beabsichtigten Konferenz die Annexion Bosniens und der Herzegowina zur Diskussion gestellt und an Serbien und Montenegro territoriale Kompensationen gewährt werden. Dieses Ansinnen Iswolskys wurde, so versichert mir Fürst Bülow, in der entschiedensten Weise abgelehnt. Reichskanzler glaubt nunmehr Situation vollkommen zu überblicken. Herr Iswolsky scheint in Paris und in London ganz schlechte Geschäfte gemacht zu haben und habe seine letzte Hoffnung darauf gesetzt, in Berlin ein gewisses Entgegenkommen zu finden, hierin habe er sich gründlich getäuscht. Deutschland werde nach wie vor treu an unserer Seite aushalten. Er, Fürst Bülow, sehe vollkommen ein, dass die von Euer Exzellenz unternommene Aktion unaufschiebbar war, da nur auf diese Art den gefährlichen Illusionen und Machinationen Montenegros und Serbiens ein Ende bereitet werden konnte. Aus Berichten aus Cetinje und Belgrad ersehe er, dass Fürst Nikolaus und auch der jetzt auf Reisen befindliche serbische Minister des Äussern sich den deutschen Vertretern gegenüber ganz offen dahin ausgesprochen hätten, dass durch die erfolgte Annexion ihren seit dreissig Jahren gehegten sehnlichsten Wünschen der Todesstoss versetzt worden sei, da sie sicher damit gerechnet hätten, dass die beiden Provinzen in allernächster Zeit Serbien und Montenegro zufallen würden. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 390, 393, 435.

Nr. 392. Tel. aus Berlin, 25. Okt. 1908 Nr. 210 (eing. 10 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Ich hatte heute Gelegenheit, mich im Sinne Euer Exzellenz Telegramms Nr. 19 aus Budapest Herrn Iswolsky gegenüber auszusprechen. Der Herr Minister behauptete, das entstandene Missverständnis lebhaft zu bedauern; er wiederholte, dass die vertrauliche Mitteilung des Konferenz-

programm-Entwurfes „zur persönlichen Information“ seinem Wunsche entsprechend hauptsächlich mit Rücksicht auf das k. u. k. Kabinett und aus dem Grunde gewählt wurde, damit nicht angenommen werden könne, dass Rußland, Frankreich und England, eine Separatgruppe bildend, Programmpunkte für die Konferenz aufgestellt hätten, ohne dass vorher Euer Exzellenz Gelegenheit geboten würde, zu diesen beabsichtigten Punktationen Stellung zu nehmen. An sämtliche andere Kabinette der Signatarmächte sei die Mitteilung bisher ebenfalls durch die betreffenden Botschafter à titre personnel erfolgt. Es handle sich nach seiner, Iswolskys, Ansicht um einen vorläufigen Meinungsaustausch. Er beabsichtige gleich nach Eintreffen in Petersburg, sei es durch Vermittlung des Grafen Berchtold oder des Fürsten Urussoff, in einen diesbezüglichen, ihm so notwendig scheinenden Meinungsaustausch mit Euer Exzellenz einzutreten. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

Nr. 393. Tel. aus Berlin, 25. Okt. 1908 Nr. 211 (eing. 26. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Trotz des kategorischen Refus, den sich Herr Iswolsky bei dem Reichskanzler und beim Staatssekretär (vide mein heutiges Telegramm Nr. 209) geholt, bemüht sich russischer Minister des Äußern irgend einen Erfolg von hier mit nachhause zu bringen. Herr von Schön erzählte mir streng vertraulich, Herr Iswolsky habe ihn heute nachmittags aufgesucht und ihn zu bereden getrachtet, in einem gemeinschaftlich zu unterfertigenden Promemoria ihr Einvernehmen zu jenen Punkten der projektierten Konferenz auszudrücken, die der deutschen Regierung annehmbar erscheinen. Bei diesem Anlaße wiederholte Herr Iswolsky, daß die bekannten 9 Programmpunkte, keineswegs ein formelles Programm sein sollten, sondern lediglich nur diejenigen Fragen aufzählen, über die ein Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten erwünscht scheine, und zwar mit dem Ziel, eine vollständige Übereinstimmung unter denselben herbeizuführen. Herr von Schön versicherte mir, daß er seinerseits die größten Bedenken gegen eine solche Vorgangsweise hätte; er wolle die Entscheidung des Reichskanzlers einholen, und werde mir dieselbe mitteilen. Meinerseits habe ich Herrn von Schön sehr abgerathen, auf diesen Anwurf, der in der Folge zu großen Mißdeutungen Anlaß geben könnte, ohne vorheriges Einvernehmen mit dem k. u. k. Kabinett einzugehen. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 403.

Nr. 394. Tel. aus Berlin, 25. Okt. 1908 Nr. 212 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär teilt mir mit, Baron Marschall telegraphiere, er habe ganz bestimmte Anhaltspunkte dafür, dass die Unterbrechung der direkten Verhandlungen des Markgrafen Pallavicini mit der Pforte auf das Eingreifen des englischen Botschafters zurückzuführen ist. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 384, 397.

*Nr. 395. Tel. aus Cetinje, 25. Okt. 1908 Nr. 96 (eing. 8 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Antwort auf Telegramm No. 12. Ich habe Euer Exzellenz Auftrag gelegentlich meines gestrigen Empfanges beim Fürsten zur Ausführung gebracht und am Schlusse meiner Eröffnungen denselben in sehr eindringlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, dass der gegenwärtige Zustand nicht länger dauern könne und Montenegro über seine Haltung uns gegenüber schlüssig werden müsse. Der Fürst brachte neuerdings die ihm zugekommenen Nachrichten über unsere angeblichen militärischen Massnahmen, die ich unter Hinweis auf die ihm mitgeteilte Rückberufung des k. u. k. Kriegsschiffes von Spizza als unzutreffend bezeichnete, vor und meinte schliesslich, dass auch seitens Montenegros nur Vorsichtsmassregeln getroffen worden seien. Die angeblich erfolgte Entsendung von Geschützen an unsere Grenze stellte der Fürst in Abrede und liess mich auch die diesbezügliche sofort eingeholte, verneinend lautende Antwort des Kriegsministers hören. Unsere Mitwirkung an der Schaffung des Fürstentumes erkenne er mit Dankbarkeit an, doch hatte er gehofft, dass die k. u. k. Regierung gelegentlich der Fassung eines für das Fürstentum so folgenreichen Entschlusses, wie es die Annexion sei, gleichzeitig für die Besserung der Existenzbedingungen desselben vorsorgen würde. Fortsetzung folgt. Gleichlautend Budapest. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 396.

*Nr. 396. Tel. aus Cetinje, 25. Okt. 1908 Nr. 97 (eing. 8 U. 45 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung meines Telegrammes No. 96. Ich rief dem Fürsten die im Auftrage Euer Exzellenz gemachten Mitteilungen ins Gedächtnis, laut welchen die k. u. k. Regierung im Falle eines korrekten Verhaltens des Fürstentums stets geneigt sei, dessen berechtigten Ansprüchen entgegenzukommen und dieselben eventuell zu unterstützen. Seine königliche Hoheit brachte dann wieder die Euer Excellenz bekannte Klage vor, welche ich mit der Bemerkung erwiderte, dass ich die Erfüllung des Wunsches nach territorialer Entschädigung für ausgeschlossen halte. Der Fürst antwortete hierauf, dass er sich in diesem Falle zum Äussersten werde entschliessen müssen, um nach dem zweifellos unglücklichen Ausgange des zur Rettung seiner Ehre notwendigen Kampfes als unser Untertan seine Tage zu beschliessen! Ich beschränkte mich hierauf, der Erwartung Ausdruck zu geben, dass er sich einen derartigen Entschluss doch wohl überlegen werde, sowie, dass er die ihm im Auftrage Euer Exzellenz gemachten Mitteilungen in reifliche Erwägung ziehen werde. Seine königliche Hoheit hielt auch meinen in beruhigendem Sinne wirkenden Kollegen gegenüber mit Hartnäckigkeit an seiner bisherigen, die Notwendigkeit einer territorialen Kompensation für Montenegro betonenden Sprache fest, doch sollen seine Ratgeber in letzterer Zeit die Lage vernünftiger beurteilen und vor unüberlegten Entschlüssen warnen. Gleichlautend Budapest.

Kuhn.

Nr. 397. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 25. Okt. 1908 Nr. 14 (chiffr. 4 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme bis inklusive 419. So sehr ich es bedauere, daß die Verhandlungen mit der Pforte betreffs Anerkennung der Annexion Bosniens gegenwärtig nicht zu dem erhofften Resultate geführt haben, so stehe ich durchaus nicht auf dem Standpunkte, daß die betreffenden Pourparlers als gescheitert anzusehen seien, hiebei schwebt mir der Gedanke vor, daß das Einvernehmen auch in einer anderen Form als der eines Notenwechsels hergestellt werden könnte. Der von Baron Marschall erwähnte modus procedendi wäre vielleicht mit einigen Modifikationen gangbar. Bevor ich aber Euer Excellenz mit den bezüglichlichen Instruktionen verseehe, glaube ich den Abschluß der Reise Herrn Iswolskys und die betreffenden Meldungen aus Berlin und St. Petersburg abwarten zu sollen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 394, 398, 405, 437.

Nr. 398. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Okt. 1908 Nr. 428 (eing. 26. Okt. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Aus den mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 426 gemeldeten Äusserungen des Ministers des Äussern ist zu entnehmen, daß die Pforte die Verhandlungen in der Annexionsfrage keineswegs als völlig abgebrochen ansieht. Morgen beginnt das dreitätige Beiramfest. Ausserdem dürfte es sich auch erst in einigen Tagen herausstellen, ob die direkten Verhandlungen mit Bulgarien irgendwelche Aussicht auf Erfolg haben. Es werden daher meine Verhandlungen mit der Pforte jedenfalls eine Unterbrechung von einigen Tagen erleiden. Falls es sich herausstellen sollte, dass man mit Bulgarien zu keinem Resultate kommt und dass infolgedessen die Türkei die Konferenz braucht, wird man schliesslich türkischerseits doch trachten, mit uns sich ins Einvernehmen zu setzen. Man ist aber augenscheinlich bestrebt, von uns irgendeine weitere Kompensation zu erreichen. Den Verzicht auf den Sandjak bezeichnet man als ungenügend, die von uns in Aussicht gestellte Sicherstellung der Integrität des osmanischen Reiches aber als ganz wertlos, da dieselbe nur in die Form eines Wunsches („désir“) gekleidet ist, der überdies von der Zustimmung der anderen Mächte abhängig gemacht wird. Ich habe bereits in meinem Berichte^{b)} erwähnt, dass Tewfik Pascha gesprächsweise auf die Idee der Übernahme eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld mir gegenüber angespielt hat. Auch der englische Botschafter machte mir einmal eine ähnliche Bemerkung, und in der türkischen Presse wurde schon wiederholt diese Forderung aufgestellt. Es scheint mir daher wahrscheinlich, dass die Pforte, falls es zur Wiederaufnahme unserer Verhandlungen kommen sollte, mit diesem Verlangen an uns herantreten wird. Ich habe bisher diese Zumutung mit dem Hinweis, dass im Berliner Vertrag hiefür keinerlei Anhaltspunkte bestehen, schroff zurückgewiesen. Die Pforte könnte aber eventuell folgende Argumentation mir gegenüber geltend machen: Österreich-Ungarn hat sich bei der Annexion Bosniens darauf berufen, daß dieselbe wohl nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste des Berliner Vertrages entspricht, mit demselben Rechte kann

die Türkei behaupten, dass es im Geiste des Berliner Vertrages liegt, dass alle Gebietsteile der Türkei, die durch diesen Vertrag ohne erobert worden zu sein, an eine andere Macht fielen, mit einem Teile der ottomanischen Staatsschuld belastet bleiben. Ich wäre Euer Exzellenz zu Dank verpflichtet, wenn Euer Exzellenz mir diesbezügliche Direktiven an die Hand geben würden. Baron Marschall ist nach wie vor der Überzeugung, dass die Pforte ihren Protest gegen die Annexion formell nicht zurückziehen wird. Er möchte mich augenscheinlich überzeugen, dass alle Bemühungen in dieser Beziehung fruchtlos sind. Es scheint mir, dass der deutsche Botschafter es lieber sehen würde, wenn wir nachgeben, damit er nicht etwa von seiner Regierung strikte Befehle erhalte, mich bei der Pforte zu unterstützen. Es wäre ihm dies mit Rücksicht darauf, dass seine Stellung durch unser Allianceverhältnis ohnedies schon viel gelitten hat, augenscheinlich unangenehm. Wie mir der deutsche Botschafter mitteilt, ist man in Berlin nicht für die Konferenzidee. Er selbst teile aber diese Ansicht nicht, er glaubte vielmehr, dass die Konferenz das einzige Mittel ist, um à la longue einen Krieg zu verhindern. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 30 Nr. 46. Vgl. n. 405, 437. — b) Wohl Bericht aus Konstantinopel, 21. Okt. 1908 Nr. 86 E mit welchem ein Gutachten des Generalkonsuls von Jankó über die Rechtslage hinsichtlich der Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld übersendet wird (nicht aufgenommen). Vgl. n. 297, 410.

Nr. 399. Tel. nach Paris; Budapest, 25. Okt. 1908 Nr. 13 (chiffr. 3 U. 35 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Wie Herr von Szögyény unter dem 23. I. M.^{b)} telegraphiert, hat Herr Iswolsky ihm gegenüber darauf hingewiesen, daß der Herr französische Minister des Äußern im Namen des französischen, englischen und russischen Kabinettes die zwischen diesen drei Regierungen vereinbarten Vorschläge betreffs des Konferenz-Programmes dem k. und k. Botschafter in Paris mitgeteilt habe; Herr Iswolsky relevierte, daß bisher meinerseits hierauf keine Antwort erfolgt sei. Mit Telegramm vom 15. Oktober Nr. 39 haben Euer Exzellenz allerdings gemeldet, daß Herr Pichon Ihnen das gleichzeitig von der „Agence Havas“ veröffentlichte, in Rede stehende Programm mitgeteilt habe, jedoch erwähnen Sie nicht, daß diese Mitteilung im Namen der drei Kabinette erfolgt sei, und ich hatte umsomehr den Eindruck, daß dieselbe bloß zu Ihrer Information bestimmt war, als wenige Tage später Sir E. Grey dem Grafen Mensdorff dieselbe Kommunikation zu „seiner persönlichen Information“ machte und ausdrücklich beifügte, daß die Mitteilung an uns absichtlich unterlassen worden wäre. Auf dem usuellen Wege durch die in Wien akkreditierten Botschafter ist mir von keiner der drei Regierungen eine Eröffnung im Gegenstande zugekommen. Ich stehe also auf dem Standpunkte, daß mir die fraglichen Vorschläge bisher nicht mitgeteilt worden sind und ich daher noch nicht in die Lage gesetzt war, mich betreffs derselben zu äußern. Ich ersuche Euer Exzellenz, zur Vermeidung eines möglichen Mißverständnisses Herrn Pichon im Sinne des Vorstehenden zu informieren und mir hierüber zu berichten. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 29 Nr. 45. Vgl. n. 375, 411, 470. — b) n. 371.

*Nr. 400. Tel. aus Rom, 25. Okt. 1908 Nr. 171 (eing. 26. Okt. 9 U. a. m.).
Entziff.*

Auf meine diesbezügliche Anfrage sagte mir Minister heute, Antwortschreiben auf das Allerhöchste Handschreiben^{a)} sei aus dem Grunde noch nicht erflossen, weil der König auf seinen Rat vorzieht, noch kurze Zeit abzuwarten, um dann „une réponse entièrement satisfaisante sous tous les rapports“ (zu geben).^{b)} Wie die Dinge heute noch stünden, könnte das königliche Handschreiben nur in sorgfältig abgewogenen Ausdrücken sich bewegen, wogegen zu hoffen sei, dass in kürzester Zeit jegliche Art von Reserve gegenstandslos wäre. Herr Tittoni ist etwas verstimmt über Nachrichten aus Konstantinopel. Direkter Akkord zwischen uns und der Türkei und sich daraus ergebende baldmöglichste Zusammenkunft der Konferenz werden von ihm heiss ersehnt. Er hofft mit Bestimmtheit, dass sich noch eine Formel finden werde, welche die Suszeptibilitäten der Pforte befriedigt, und Euer Exzellenz annehmbar erscheint. Er berührte neuerdings den Ausschluss jeder territorialen Kompensationen an Serbien und Montenegro. Seiner Auffassung zufolge wird keines der Kabinette Bedenken tragen, vertrauliche Zusicherung abzugeben, dass Annexion Bosniens ausserhalb der Diskussion bleibe. Das Insistieren unsererseits auf eine diesbezügliche öffentliche Erklärung (die von einzelnen Mächten fast als eine Art Demütigung angesehen werden würde) liesse die Interpretation einer absichtlichen Obstruktion zu. Nicht-Zustandekommen der Konferenz müsse in Petersburg und London als ein schwerer Echec empfunden werden. Im Übrigen hätte er gedacht, dass eine Konferenz, die, was Bosnien anbelangt, lediglich einen Akt der Ratifikation oder der Registrierung zu vollziehen hätte, auch im Interesse Österreich-Ungarns gelegen sei. Der Mangel einer europäischen Sanktion für die erfolgte Annexion gebe für die Zukunft jeder Macht, die mit uns Handel suche, eine Handhabe, die uns nicht erwünscht sein könne. Zum Schlusse bemerkte der Minister, er sei ohne jede Verständigung über Hieherkunft des montenegrinischen Ministerpräsidenten. Die Zeitungen erzählen, er sei angekommen — mehr wisse er nicht. Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} n. 96. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 401. Privatschreiben an den zur Dienstleistung in das Ministerium des Äußern einberufenen Gesandten in Athen, Karl Freiherrn von Macchio; Budapest, 25. Okt. 1908.^{a)} Ausfert.

Ich habe Deinen Brief vom 22. l. Mts., betreffend die albanesische Aktion, erhalten und gleichzeitig auch die Telegramme, welche aus Skutari^{b)} und Salonich^{c)} in dieser Angelegenheit eingelangt sind. Aus diesen Meldungen geht hervor, daß für die Aktion nur das Vilajet Skutari in Betracht kommen dürfte und daß jedenfalls mit der größten Vorsicht wird vorgegangen werden müssen. Da es sich bei der ganzen Sache hauptsächlich um eine Einwirkung auf die Bergstämme im Vilajete Skutari handeln wird, kann die Mitwirkung Kral's oder wenigstens seine vollständige Informierung in Betreff der geplanten Aktion jedenfalls nicht umgangen

werden. Ich halte es daher unbedingt notwendig, mit ihm das Einvernehmen zu pflegen, was aber auf schriftlichem und nicht auf telegraphischem Wege geschehen müßte. Bei der von uns geplanten Aktion dürfen zwei Momente unbedingt nicht aus dem Auge verloren werden, d. i. die Rücksichtnahme einerseits auf die Türkei, andererseits auf Italien. Von der Aussendung von Emissären wäre vorläufig abzusehen und die Besprechungen mit dem Generalstabe darauf zu beschränken, die Bereithaltung der erforderlichen Menge von Waffen und Munition sicherzustellen und zu konstatieren, wie lange Zeit gebraucht werden würde, um diese Vorräte bis zu einem sicheren Orte in Dalmatien zu bringen. Die Zitierung Msgr. Docchi's nach Wien wäre auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 433, 449. — b) n. 376. — c) n. 367.

Nr. 402. Tel. aus Belgrad, 26. Okt. 1908 Nr. 125 (eing. 9 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Gelegentlich des heutigen Besuches des Ministerpräsidenten brachte ich auch die gegen unsere Belgrader Geschäftsleute gerichtete Boykottbewegung zur Sprache und verlangte polizeiliche Maßnahmen, um die Ansammlungen vor den Geschäften, die terroristische Verhinderung des Eintrittes in dieselben und das Aufkleben der zum Boykott auffordernden gedruckten Plakate, die man überall an den betreffenden Geschäftshäusern angeschlagen sieht, zu verhindern. Der Ministerpräsident versprach dies zu tun, meinte aber, dass zu energische polizeiliche Vorkehrungen nur nachteilig wirken würden. Die von der unreifen Jugend geleitete Bewegung werde von selbst abflauen. Bisher richtete sich der Boykott, der auch in die Provinz übertragen werden soll, hauptsächlich gegen die Belgrader österreichischen und ungarischen Firmen. Dieselben leiden durch das Wegbleiben ihrer Kunden bedauerliche Verluste; eigentliche Ausschreitungen kamen nur wenige vor und ist die Boykottbewegung mehr patriotisch-gesellschaftlich, ihre amtliche Bekämpfung daher schwierig. Gleichlautend Budapest. Forgách.

Nr. 403. Tel. aus Berlin, 26. Okt. 1908 Nr. 216 (eing. 12 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 211 von gestern. Wie mir Herr von Schoen vertraulich mitgeteilt hat, hat der Reichskanzler die Anregung des russischen Ministers des Äußern bezüglich eines gemeinschaftlich zu unterfertigenden Promemorias abgelehnt. Um aber Herrn Iswolsky von hier nicht mit ganz leeren Händen fortziehen zu lassen hat Fürst Bülow eingewilligt, dass ein offizielles Communiqué beiläufig folgenden Inhaltes publiziert werde:^{b)} Die Besprechungen Herrn Iswolskys mit dem Reichskanzler und Staatssekretär bezogen sich auf ein Konferenzprogramm, das den Signatarmächten offiziell vorgelegt werden soll. Die deutsche und die russische Regierung sind einig in der Erkenntnis, dass eine Konferenz nur dann nützlich erscheint, wenn zuvor eine völlige Übereinstimmung

unter allen Signatarmächten über alle der Konferenz zu unterbreitenden Fragepunkte erzielt ist. Die deutsche Regierung ist unter dieser Voraussetzung mit der Einberufung einer Konferenz einverstanden, hält aber an dem Standpunkte fest, dass sie nur jenen Vorschlägen zustimmt, die für Österreich-Ungarn annehmbar sind. Dagegen konnte in den übrigen Punkten des Konferenzprogrammes volle Übereinstimmung zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg festgestellt werden. Beide Regierungen werden jede Bestrebung unterstützen, die dazu beitragen soll, die bestehenden Schwierigkeiten zu zerstreuen. Dieses Communiqué soll noch heute in den Wolffschen Depeschen erscheinen. Herr Iswolsky tritt Rückreise nach Petersburg heute abends an. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 424, 435, 436, 451. — ^{b)} Vgl. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908 S. 151.

Nr. 404. Tel. aus Berlin, 26. Okt. 1908 Nr. 217 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 20 aus Budapest Herrn Iswolsky und dann auch dem Reichskanzler mitgeteilt. Herr Iswolsky wiederholte mir, er werde gleich nach seiner Ankunft in Petersburg verfügen, dass die zwischen Russland, England und Frankreich vereinbarten Vorschläge des Konferenzprogrammes Euer Exzellenz entsprechend mitgeteilt werden. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 429.

Nr. 405. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Okt. 1908 Nr. 432 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Telegramm Nr. 14 ddto. Budapest von gestern hat sich mit meinem Telegramm von gestern Nr. 428 gekreuzt. Aus letzterem haben Euer Exzellenz erschen, dass auch Tewfik Pascha die Verhandlungen betreffs Anerkennung der Annexion Bosniens durchaus nicht als abgebrochen betrachtet. Ich habe mich von Anfang an bei meinen Verhandlungen mit der Pforte auf den Standpunkt gestellt, dass wir ihre Erklärung lediglich für den Fall brauchen, als eine Konferenz zustande komme, und daß das Zustandekommen der Konferenz nicht so sehr in unserem, als im Interesse der Pforte und der anderen Mächte liegt. An diesem Standpunkt, glaube ich, müsste festgehalten und daher abgewartet werden, dass die Pforte nunmehr selbst an uns herantrete, um die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Wenn sie sich mit Bulgarien nicht verständigen sollte, so wird ohne Zweifel der obige Fall eintreten, ausserdem dürfte dann auch über Auftrag der Mächte, die auf die Konferenz Wert legen, eine Pression auf die Pforte ausgeübt werden. Meiner Meinung nach liegt daher vorläufig noch kein Grund vor, auf die Idee Baron Marschalls einzugehen. Man könnte sich aber vielleicht meiner Ansicht nach statt des Notenwechsels mit einer offiziellen Erklärung, wie ich dies schon einmal vorgeschlagen habe, begnügen. Bis auf weitere Instruktionen werde ich aber nach wie vor auf einer schriftlichen Erklärung

bestehen. Sollte es zu keiner Konferenz kommen, so können wir, glaube ich, uns mit der Pforte, wenn auch der formelle Protest tatsächlich nicht zurückgezogen wird, leicht abfinden. Die jetzige schwierige Lage ist überhaupt lediglich durch die bekannte Deklaration der vier Mächte^{b)} heraufbeschworen worden. Es scheint mir, dass es aus taktischen Gründen gut wäre, unsere öffentliche Meinung darüber aufzuklären, dass die Annahme, wir hätten unseren bisherigen Standpunkt in der Frage der Annexion, nämlich jenen der Schaffung eines *fait accompli*, verlassen und uns nunmehr in meritorische Verhandlungen über die Frage mit der Pforte eingelassen, eine vollkommen falsche sei und dass es sich lediglich darum handle, unsere Teilnahme an der projektierten Konferenz zu ermöglichen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Vgl. n. 408, 437. — b) Vgl. n. 255.

Nr. 406. Tel. aus Konstantinopel, 26. Okt. 1908 Nr. 433 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eine passende Gelegenheit gefunden, auf der Pforte darauf hinzuweisen, daß es gut wäre, wenn die Türkei ihre Garnisonen im Sandjak verstärkte. Tewfik Pascha antwortete mir, daß bereits ein Regiment nach dem Sandjak abgegangen wäre. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Vgl. n. 437.

Nr. 407. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Okt. 1908 Nr. 437 (eing. 27. Okt. 9 U. 20 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Tewfik Pascha sagte mir heute, er werde morgen das von der türkischen Regierung in Vorschlag zu bringende Konferenzprogramm nach London senden. Er fügte hinzu, daß es seiner Ansicht nach unter allen Umständen zur Konferenz kommen müsse, ob man sich mit Bulgarien verständige oder nicht. Im entgegengesetzten Falle würde die Lage eine ganz ungeklärte bleiben. Aus den weiteren Auslassungen des Ministers entnahm ich, daß man hier nach dem 28. d. M., an welchem Tage die Sobranje in Sofia zusammentreten soll, eine Antwort von Bulgarien erwartet. Es scheint mir, daß man hier an die Möglichkeit einer direkten Verständigung denkt. Auf das Thema der Annexion Bosniens bin ich heute absichtlich nicht zurückgekommen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 30 Nr. 47.

Nr. 408. Tel. aus London, 26. Okt. 1908 Nr. 91 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir E. Grey liess mich heute nachmittags auffordern ihn aufzusuchen und sagte mir, die von den Wiener Blättern gebrachten Meldungen, dass England eine direkte Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei verhindert hätte, seien vollständig unrichtig. Er habe niemals der türkischen Regierung davon abgeraten, sich mit uns zu verständigen und

sein Standpunkt sei stets der gewesen, dass wenn die Einigung zwischen Wien und Konstantinopel erzielt würde, es ihm nur willkommen sein könnte. Er müsse es natürlich der türkischen Regierung überlassen, zu beurteilen, ob das von uns Angebotene ihr befriedigend erscheine. Darauf könne er keine Ingerenz nehmen. Er autorisiere mich ausdrücklich, Euer Exzellenz zu melden, dass er nicht eine Einigung verhindert hätte, und auch, dass kein englisches Darlehen der Türkei angeboten worden sei. Gleichlautend Budapest.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 405, 409, 556.

Nr. 409. Tel. aus London, 26. Okt. 1908 Nr. 92 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 91. Im weiteren Verlaufe unserer Konversation sprach Sir E. Grey abermals von dem „Affront“, den wir der Türkei angethan hätten, und blieb trotz allen meinen Gegenausführungen dabei, dass wir uns vorher mit der Türkei einigen und sie nicht mit dem fait accompli hätten überrumpeln sollen. Ihn interessiere jetzt vor allem die Stellung der türkischen Regierung. Wenn dieselbe eine Verständigung mit uns und auch mit Bulgarien zustande bringe, werde es ihm willkommen sein. Er werde dieselbe gewiss nicht hindern, anderseits aber auch nicht die Vermittlerrolle spielen. Nach meinem Besuche bei Sir E. Grey habe ich mit Sir Charles Hardinge gesprochen, der ebenfalls auf das energischste in Abrede stellte, dass England der Türkei abgeraten hätte, sich mit uns zu verständigen. (Ein diesbezügliches Dementi wird voraussichtlich morgen erscheinen.) Die Intervention Sir Gerald Lowthers während eines Minister-rates hätte Verhandlungen mit Bulgarien betroffen. Gewährung eines englischen Darlehens sei ebenfalls unrichtig. Türkische Regierung brauche jetzt bald 1,500.000 £. Davon gibt Banque Ottomane 500.000, deutsche Bank 500.000 und man habe angefragt, ob nicht eine englische Bank denselben Betrag geben würde, worauf Foreign Office antwortete, dass es keine Bank zur Verfügung habe. Sir Charles Hardinge hat Eindruck, dass Einigung zwischen Türkei und Bulgarien zustande kommen wird. Ich habe im Foreign Office meinen türkischen Kollegen begegnet, der ebenfalls entschieden dementierte, dass englische Regierung die direkten Verhandlungen zwischen der k. u. k. Regierung und der türkischen Regierung verhindert hätte. Als ich ihn bezüglich unserer Verhandlungen in Konstantinopel befragte, antwortete er, dass er nicht genau informiert sei, mais qu'il avait l'impression personnelle qu'on serait disposé à Constantinople à arriver à un arrangement si le Gouvernement Ottoman, qui se trouvait dans une position très difficile, pourrait montrer des avantages qui justifieraient la préférence pour un arrangement direct. „Il faudrait que vous soyez un peu plus généreux.“ Ich hatte Eindruck, dass türkischer Botschafter trotz aller Reserve nicht abgeneigt wäre, mit mir in nähere Besprechung einzugehen. Gleichlautend Budapest.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 410.

Nr. 410. Tel. aus London, 26. Okt. 1908 Nr. 93 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

In Ergänzung meiner heutigen Telegramme Nr. 91 und Nr. 92. Sir Edward Grey liess heute nachmittag den deutschen Botschafter zu sich bitten und sagte ihm spontan, er wünsche nicht eine Bildung von Gruppen der Mächte. Er erklärte ferner meinem deutschen Kollegen, dass er nichts getan habe, um eine direkte Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei zu verhindern, andererseits sich aber nicht berufen fühle, die unpopuläre Rolle zu übernehmen, der Türkei anzuraten, unsere Vorschläge anzunehmen. Folgendes habe sich zugetragen: Pforte hat Sir Edward Grey mitgeteilt, dass Österreich-Ungarn einfach Anerkennung der Annexion verlange, ohne genügende Kompensationen anzubieten. Er habe geantwortet, nach seiner Ansicht sei es Sache der Türkei, der k. u. k. Regierung die Vorschläge zu machen, auf Grund deren sie zu einer Einigung kommen könnte. Sir Edward Grey würde sich freuen, wenn türkische Wünsche von Österreich-Ungarn genehmigt würden. Weitere Schritte habe er nicht unternommen. Er empfinde als eine Kränkung die Annahme, dass er eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei hintertreibe. Sir Edward Grey nimmt an, dass, falls Verständigung zwischen beiden erzielt wird, diese den Mächten zur Sanktion vorgelegt werde, denn zwei Mächte allein könnten nicht Änderung eines Vertrages vornehmen, dazu gehöre Einverständnis aller. Graf Metternich sprach auch Sir Charles Hardinge, der ihm sagte, Türkei finde, dass Österreich-Ungarn ihr nicht genügende Kompensationen für Annexion biete. Auf die Frage, was wir ausser Sandjak etwa bieten könnten, meinte er Geldentschädigung, zum Beispiel Übernahme einer Quote der türkischen Staatsschuld.^{b)} Frage, ob englische Regierung dies der Pforte geraten, verneinte er. Gerüchte einer englischen Anleihe für die Türkei stellte er auch in Abrede. Der persönliche Eindruck Graf Metternichs ist der, dass englische Regierung eine Geldentschädigung an die Türkei gerne sehen würde, aber nicht, dass England eine direkte Verständigung zwischen uns und der Türkei unerwünscht wäre. Gleichlautend Budapest.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 413, 441. — ^{b)} Vgl. n. 398, 440.

Nr. 411. Tel. aus Paris, 26. Okt. 1908 Nr. 44 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 13 aus Budapest. Heute morgens hatte ich mit Herrn Pichon eine lange und gründliche Besprechung, welche ich wegen seiner zweitägigen Abwesenheit nicht früher haben konnte. Die Äusserung Herrn Iswolskys an Herrn von Szögyény ist eine seiner gewohnheitsmässigen Lügen. Ich habe festgestellt, wie es in Telegramm Nr. 39^{b)} gemeldet, dass Herr Pichon durchaus nicht im Namen der 3 Kabinette, sondern im eigenen und nur zu meiner vertraulichen Information sich ausgesprochen hatte. Der Minister anerkennt vollkommen die Berechtigung des Standpunktes, auf dem Euer Exzellenz den fraglichen Vorschlägen gegenüber stehen. Er fügte hinzu, dass ein offizieller Schritt umsomehr

verfrüht wäre, als noch gegenwärtig Verhandlungen zwischen den drei Mächten über das Konferenzprogramm stattfinden. Auf meine Frage, durch wen und auf welche Art diese Mitteilung im offiziellen Wege erfolgen wird, antwortete Herr Pichon, dass dies nach seiner Meinung durch Russland geschehen werde. Ich ersuchte den Herrn Minister, nach Berlin an Herrn Cambon telegrafieren zu wollen, damit er den nach meiner Meinung geflissentlichen Irrtum Herrn Iswolskys richtig stelle. Es wurde meinem Wunsche sofort entsprochen. Gleichlautend Budapest. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 470. — ^{b)} Vom 15. Okt.

*Nr. 412. Tel. aus Paris, 26. Okt. 1908 Nr. 45 (eing. 10 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Die in den Telegrammen Nr. 7 und 9^{b)} aus Budapest ... ^{c)} Herr Pichon nahm die Anregung Euer Exzellenz mit Genugtuung entgegen und versicherte mich, er würde keine Mühe scheuen, um uns in der gegenwärtigen Krise beizustehen und dadurch den Frieden zu sichern. Er dankte für die Graf Thurn erteilten Instruktionen. Die Mitteilungen Euer Exzellenz bezüglich der orientalischen Bahnen und Ablösung des ostrumelischen Tributes finden seine volle Billigung. Bei dieser Gelegenheit ersuchte mich der Minister, Euer Exzellenz zu bitten, in Sofia ja nur energische Ratschläge geben zu wollen, da er glaube, dass die Meinungsverschiedenheit zwischen Fürst Ferdinand und seiner Regierung abgekartetes Spiel sei. Die Eröffnung, dass Euer Exzellenz geneigt wären, Serbien den freien Verkehr durch Bosnien an die Adria verlagsmässig sicherzustellen, hat der Minister freudig begrüsst. Der im Artikel 7 gebrauchte Ausdruck „avantages“ habe nach seiner Meinung gar keinen Hintergedanken enthalten. Er habe wohl an die Zulassung Serbiens zur Donaukommission gedacht, sonst aber keine bestimmten Konzessionen ins Auge gefasst. Der Artikel in der gegenwärtigen Fassung sei überhaupt nur zur Beruhigung der kleinen Balkanstaaten und um Herrn Iswolskys schwieriger Stellung auf dessen Wunsch Rechnung zu tragen, abgefasst worden. Gleichlautend Budapest
Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 1126. — ^{b)} Vom 21. und 22. Okt. — ^{c)} Chiffre fehlt.

*Nr. 413. Tel. aus Rom, 26. Okt. 1908 Nr. 173 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Nachstehende Äusserungen wurden von Herrn Tittoni nicht an mich persönlich gerichtet, doch schliesst die Persönlichkeit meines Gewährsmanns jeden Zweifel an ihre Authentizität aus. Tittoni ist besorgt über die Haltung Englands. Er sagte, Sir E. Grey stehe unter dem Drucke der öffentlichen Meinung und werde unter allen Umständen auf der Zusammenkunft der Konferenz bestehen. Verweigert Österreich-Ungarn die Beteiligung daran, so werde englische Regierung nicht davor zurückschrecken, ihren Botschafter in Wien abzurufen, eventuell eine Eskader ins adriatische Meer zu entsenden. Si, par suite de l'attitude de l'Autriche-Hongrie la conférence n'a pas lieu, je suis un homme liquidé. Was aber viel wichtiger

ist: die von ihm angedeutete Eventualität würde in letzter Linie die Sprengung des Dreibunds bedeuten. Einer derartigen Haltung Englands ist die Bundes-treue Italiens augenscheinlich nicht gewachsen. Ich habe die Äusserungen des Ministers des Äussern, der sonst nicht an Hallucinationen leidet, wortgetreu wiedergegeben, obwohl sie mir ungemein pessimistisch und der momentanen Situation kaum entsprechend schienen. Wahrscheinlich ist die Auffassung Tittonis auf grell gefärbte Berichte San Giulianos basiert, der sich im Geiste wieder auf der Consulta sieht. Gleichlautend Budapest.

Lützow.

a) Vgl. n. 410, 422, 457, 489.

*Nr. 414. Bericht aus Rom, 26. Okt. 1908 Nr. 50 B (eing. 28. Okt.).
Ausfert.*

Streng vertraulich. Die Aufnahme, welche der Vollzug der Annexion bei den competenten Vertretungskörpern wie nicht minder bei der öffentlichen Meinung der Gesamtmonarchie gefunden hat, ist geeignet das Herz jedes Patrioten mit Freude zu erfüllen. Dass das Urteil des Auslandes hiermit in grellem Widerspruche steht, ist leider jetzt schon eine zu bekannte Thatsache um darüber viele Worte zu verlieren. Von grösserem Interesse erscheint hingegen die Frage, inwieweit die hiezulande dermalen herrschende Irritation die Beziehungen zu Österreich-Ungarn dauernd beeinflussen wird? Vor Allem ist hervorzuheben, dass die „Entrüstung“ der öffentlichen Meinung in Italien nicht wie jene Englands den unsererseits begangenen „Vertragsbruch“ zum Ausgangspunkte hat. Mit Letzterem würde man sich unschwer zurechtfinden. Das Gravamen Italiens ist, dass es keine — oder jedenfalls keine genügende — Compensation erhalten hat. Dieses Gefühl wurde durch Herrn Tittoni in seiner — nunmehr von ihm selbst bedauerten — Rede vom 6. I. M. in Carate intensiviert, indem er in einer etwas dunklen Redewendung ebenso weitgehende als trügerische Hoffnungen geweckt und gleichzeitig die Annexion implicite gutgeheissen hat. Nachdem diese Rede in Verbindung mit dem Vorwurfe, er habe sich ganz einfach „dupiren“ lassen, die Hauptwaffe in den Händen seiner Gegner bildet (die ihn l’Uomo di Carate nennen) lege ich den, durch die Presse längst bekannten Originaltext derselben beiliegend neuerdings vor.^{a)} Die geweckte und unbefriedigte Begehrlichkeit liegt allen seitherigen hiesigen Manifestationen der öffentlichen Meinung zu Grunde, auch wenn sie sich mitunter mit der Maske des beleidigten Rechtsgefühles verhüllt! Im engsten Causalnexus hiermit stehen selbstverständlich die von Herrn Tittoni direkt oder durch Mittelspersonen unternommenen Versuche (vergleiche Telegramme No. 146,^{b)} No. 153^{c)} und No. 160^{d)}) unsererseits einen acte gracieux zu erwirken, der die Gemüther sympathisch bewegen und die aufgeregten Leidenschaften calmiren könnte. Ein gänzliches Ignoriren dieser (gestern neuerdings durch einen anderen Vermittler bei mir vorgebrachten) Wünsche würde, fürchte ich, von Herrn Tittoni dahin ausgelegt werden, dass wir keinen Finger rühren wollen, um ihm zu Hilfe zu kommen, ihm, der, wie er selbst sagt, die Incarnation des Allianzgedankens mit uns ist, und der Vertretung des Letzteren viel von seiner Popularität geopfert hat. Die Schwierigkeiten,

die sich einem solchen acte de générosité entgegenstellen, und die er anfangs zu unterschätzen schien, habe ich ihm nach Gebühr vorgehalten. Einstweilen sehe ich noch einer Antwort auf meine obbezogenen Telegramme entgegen. Sollte es nicht möglich sein, in der von ihm angeregten Form ein Entgegenkommen zu zeigen — eine Eventualität, die ich leider sehr in den Kreis meiner Berechnungen ziehen muss — so liesse sich vielleicht doch, ut aliquid fecisse videatur, in der Strafsache des wegen Hochverrathes verhafteten italienischen Staatsangehörigen Marinelli (Telegramm No. 154 und No. 161^e) ein Eingehen auf die Wünsche der italienischen Regierung bewerkstelligen. Es wäre immerhin besser als garnichts! Tittoni hat Recht, wenn er sich als die Verkörperung des Allianzgedankens hinstellt, und bin ich überzeugt, dass er eher demissioniren als von seiner bisherigen Linie wesentlich abweichen wird. Ob ihm aber Letzteres bei den unzähligen zwischen uns und Italien auftauchenden kleineren und grösseren Fragen in der bisherigen Weise möglich sein wird — darüber sich heute aussprechen zu wollen, wäre ein vermessenes Unternehmen. Viel wird von der weiteren Entwicklung der Dinge und zum Theile von Faktoren abhängen, die sich jeder menschlichen Berechnung entziehen. Ein kleiner moralischer Erfolg auf der Conferenz — falls sie zusammenkommt — ja selbst das Faktum, dass sie in Italien tagt, kann dazu beitragen, dass seine Autorität wieder gehoben wird. Das Geschrei der Gassenpolitiker kann selbstverständlich ignoriert werden, aber selbst einer der gemässigsten und urtheilsfähigsten Publizisten Italiens sprach sich neulich dahin aus, die Erneuerung des Dreibundes scheine ihm ausgeschlossen, wenn nicht in der Zwischenzeit eine totale Veränderung der Situation eintrete! Ich registriere die Äusserung, nicht weil ich ihr eine besondere prophetische Bedeutung beilege, sondern weil sie die Stimmung des Augenblickes treffend charakterisirt. Tittoni selbst ist von der Wahrheit durchdrungen, dass Italien in keiner anderen Combination die Machtstellung geniessen würde, die es im Dreibunde hat. Ich sagte ihm erst neulich: *Alliez Vous avec la France et Vous devenez un pays vassal, et elle la puissance suzeraine; jamais Vous ne serez traités sur le pied de parfaite égalité, comme Vous l'êtes par nous et par l'Allemagne!* Er sieht dies vollkommen ein, und mit ihm — unter vier Augen — auch die meisten der klarblickenden politischen Köpfe; aber die Gefahr, dass dieselben vor dem Geschrei der Menge sich einmal beugen müssen, ist nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit. Resumire ich das Gesagte, so erscheint mir nach menschlicher Berechnung Nachstehendes als das beiläufige facit der Situation. Italien wird äusserlich an der bisherigen Politik festhalten; wird unablässig auf Stärkung seiner militärischen Machtmittel bedacht sein; wird sich krampfhaft bemühen auf was immer für einem Gebiete sich einen moralischen oder diplomatischen Erfolg zu sichern und wird sein Hauptaugenmerk darauf richten de rentrer dans les bonnes grâces de l'Angleterre unter gleichzeitigem starken Coquettiren mit Russland; was Frankreich anbelangt, so wird Herr Barrère die Semisaecular-Feier von 1859 auszunützen nicht unterlassen; wir schliesslich werden bei Regelung unserer „Incidenzfälle“ auf einen hohen Grad von argwöhnischer Empfindlichkeit gefasst sein müssen bei der Regierung und noch mehr bei der vox

populi! Ich halte die vorstehende Appreciation für richtig, obwohl ich mir bewusst bin, dass viele sehr ernsthafte Politiker sie als zu optimistisch ansehen würden! Selbstverständlich basirt sie auf dem Vorherrschbaren.^{f)} Ich frug neulich Tittoni, wie wohl hierzulande die Stimmung sein würde, falls wir genöthigt sein sollten Serbien und Montenegro gegenüber zur ultima ratio zu schreiten. „Que voulez Vous, que je Vous dise, lautete die sibyllinische Antwort, Vous en savez aussi long que moi“! Lützow.

^{a)} Nicht aufgenommen. — ^{b)} Vom 9. Okt. — ^{c)} Vom 13. Okt. — ^{d)} Vom 18. Okt. — ^{e)} Nicht aufgenommen. — ^{f)} So!

*Nr. 415. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 26. Okt. 1908
Nr. 89 (eing. 27. Okt. 4 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Auf jungtürkische Initiative hin hatte ich heute abends eine vertrauliche Unterredung mit dem bekannten Chef des Zentral-Komitees, Enver Bey. Während ich mich im Sinne des Erlasses vom 30. v. Mts., No. 1811,^{b)} äußerte, betonte Enver, daß auch das Komitee den Wunsch hege, daß — (noch vor Zustandekommen der Konferenz) — eine Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erzielt und der jetzigen Spannung ein Ziel gesetzt werde. Das Komitee wolle zwar den Entschließungen der Pforte nicht vorgreifen, will jedoch versuchen, letztere in einem einer Einigung günstigen Sinne zu beeinflussen. Es mache daher den Vorschlag, daß — selbstverständlich unter beiderseitiger strengster Geheimhaltung — zwischen Enver und einem zweiten Delegierten des Komitees (Rahmi Bey) einerseits und mir andererseits ein vertraulicher Meinungsaustausch über die Differenzen stattfinde. Ich möge hiezu Euer Exzellenz Ermächtigung und Instruktionen erbitten. Sollte hiebei eine Einigung erreicht werden, so würde das Komitee das Ergebnis dieser geheimen Verhandlungen der Pforte als seine eigene Anschauung über die Lösung österreichisch-ungarisch-türkischer Differenzen bekanntgeben und seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Pforte auf dieser Basis ein Abkommen mit der k. und k. Regierung treffe. Zu meiner rein persönlichen Information fügte Enver bei, daß das Komitee im Hinblick auf das Ruhebedürfnis der konstitutionellen Türkei gute Beziehungen zu allen Mächten, namentlich aber zu der Monarchie, wünsche, welch' letztere der Türkei durch die Verhütung von Balkankomplikationen wertvolle Freundschaftsdienste leisten könne. Das Komitee billige es daher keineswegs, daß das Kabinett Kiamil eine einseitig anglophile Politik verfolge und infolgedessen die hochwichtigen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn und mit Bulgarien ins Stocken geraten. Jedoch seien innerpolitische Momente dafür maßgebend, daß man vor dem Zusammentritte des Parlamentes einen Kabinettswechsel vermeiden möchte. Schließlich möchte ich erwähnen, daß Hilmi Pascha, welcher zweifellos in unserem Sinne tätig ist, mir bereits vor einigen Tagen im strengsten Geheimnisse sagen ließ, ich möge eine allfällige Annäherung des Komitees Euer Exzellenz zur ernstlichen Berücksichtigung anempfehlen, weil dasselbe in der Lage sei, der Pforte seinen Standpunkt aufzunötigen. Gleichlautend Wien No. 89, Konstantinopel No. 100. Rappaport.

^{a)} Vgl. n. 426, 443. — ^{b)} Vgl. Anm. a zu n. 99.

Nr. 416. *Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 26. Okt. 1908 Nr. 18 (chiffre. 3 U. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Pogatscher).

Wie Graf Forgách meldet, begiebt sich Kronprinz Georg in dessen Begleitung sich auch Herr Pasič befindet, nach St. Petersburg um Kaiser Nikolaus ein Handschreiben des Königs Peter zu überbringen. Bekanntlich hat sich Kronprinz Georg in letzter Zeit wiederholt, öffentlich in gehässigen und kriegerischen Reden gegen die Monarchie ergangen. Euer Exzellenz wollen auf diesen Umstand im Auswärtigen Amte nachdrücklich hinweisen und denselben auch bei Ihrer bevorstehenden Audienz in Erinnerung bringen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 417, 418, 420, 430.

Nr. 417. *Tel. aus Belgrad, 27. Okt. 1908 Nr. 128 (eing. 28. Okt. 8 U. a. m.). Entziff.*

Auf mein Ansuchen, nach meinem Urlaub meine Aufwartung machen und König Peter für seinen Glückwunsch anlässlich meiner Vermählung danken zu dürfen, wurde ich heute von Seiner Majestät in Audienz empfangen. Ich nahm den Anlass wahr, um Euer Exzellenz Instruktionen gemäss dem Könige analog wie dem Ministerpräsidenten (mein Telegramm Nr. 115 vom 23. d. M.) den Ernst der Lage und die Grenzen unserer Geduld vorzuhalten. König Peter ging sichtlich ungern in die politische Diskussion ein, antwortete, dass man die Strasse bis zu einem gewissen Grade sich austoben lassen müsse und nicht ernst nehmen solle. Die kriegerischen Reden des Kronprinzen^{a)} seien seiner unerfahrenen Jugend zuzuschreiben. Meine Vorwürfe gegen die Regierung wollte er nicht gelten lassen, da dieselbe Ausschreitungen verhindert habe und die Gesandtschaft sogar durch Militär schütze! Hierauf erging sich der König in heftigen Angriffen gegen die Verhinderung der Ablieferung der in Steyr bestellten Gewehre und gegen unser Waffenausfuhrverbot, welches in Friedenszeiten gegen das Völkerrecht und unseren Handelsvertrag verstosse. Ich bat den König vergeblich diese Rechtsanschauung zu begründen und fügte hinzu, es wäre unsererseits unverantwortlich, einem Lande, das einstimmig den Krieg gegen uns verlange, Waffen zukommen zu lassen. Seine Majestät erwiderte, jedwede kriegerische Rüstung abläugnend, das Kriegsgeschrei rühre von unverantwortlichen Elementen her: die Regierung sei entschlossen, die Entscheidung der Mächte respektive der Konferenz abzuwarten. Ueberhaupt begreife er nicht, wie man bei uns annehmen könne, dass das kleine Serbien den mächtigen Nachbarn angreifen und den Frieden brechen werde. Ich dankte Seiner Majestät für letztere erfreuliche Worte, fragte aber, ob die Intentionen der Regierung, mit denen ihre militärischen Maßnahmen leider im Widerspruche ständen, sich nicht ändern werden, falls wie sicher voraussehen sei, ihre Wünsche bezüglich territorialer Kompensationen keine Erfüllung finden würden. König Peter enthielt sich jeder Antwort, worauf ich bemerkte, er könne versichert sein, dass, wenn Serbien den Illusionen bezüglich territorialer Kompensationen entsage, wir ihm zur Erlangung anderer Vorteile, zum Beispiel der Donau—Adria-Bahn, gerne behilflich

wären, da wir die Beruhigung in Serbien und die Festigung seiner Dynastie als in unserem nachbarlichen Interesse gelegen betrachteten. Die Worte über seine Dynastie schienen den König sichtlich zu freuen, er dankte für dieselben und beklagte sich nur bitter über die Behandlung seiner Person durch unsere Presse. Ich konnte mit dem Hinweis auf die noch verletzendere Sprache der serbischen Blätter antworten. Sowohl vor als auch nach dieser Diskussion war König Peter sehr liebenswürdig und entliess mich mit freundlichen Worten. Gleichlautend Budapest.

Forgách.

a) Vgl. n. 416.

Nr. 418. Bericht aus Belgrad, 27. Okt. 1908 Nr. 68 A (eing. 31. Okt.).^a Ausfert.

Nach meiner Rückkehr auf meinen Posten habe ich Euer Exzellenz sofort telegrafisch über die im Sinne der hohen Instruktionen mit dem Herrn serbischen Ministerpräsidenten stattgefundene Unterredung sowie über einen Gedankenaustausch mit einzelnen meiner Kollegen berichtet. Ich will meine bezüglichen ausführlichen Telegramme (No. 115 und 117 vom 23.^b d. Mts.) heute mit meinen eigenen Anschauungen ergänzen, da ich leider bereits in der Lage bin, Euer Exzellenz pflichtschuldigt meine Ueberzeugung melden zu können, dass ich die Entwicklung in Serbien als für uns sehr ernst bezeichnen muss. Ich befinde mich bei dieser meiner Beurteilung in voller Übereinstimmung mit meinem deutschen Kollegen, Prinzen Ratibor. Die Strasse, deren die Regierung in Belgrad stets leicht Herrin wird, ist zwar ruhiger und den bisherigen Demonstrationen und Komödien ist keine große Bedeutung beizumessen; aber die Animosität und der Hass gegen uns, das Kriegsgeschrei nehmen täglich zu. Die Pressfehde gegen die Monarchie wird immer heftiger, maß- und rücksichtsloser. Die Oeffentlichkeit ist bereits so verhetzt, dass nach dem beinahe einstimmigen Urteile der hier lebenden Fremden ganz Serbien einem Narrenhause gleicht, und vernünftige, sachgemässe Diskussionen ausgeschlossen sind. Alles in Serbien will sterben. Jeder im Verzweiflungskampfe gegen den verruchten Feind und Eroberer ruhmvoll untergehen! Teilweise haben sich diese Leute in diese hysterische Stimmung hineingeredet, teilweise wissen sie, dass sie Nichts zu verlieren haben und schreiten mit Leichtsinn einem eventuellen Verhängnisse entgegen. Die ruhigsten Politiker betonen, dass Serbien zwischen dem aufblühenden, gestärkten Bulgarien und dem vorrückenden Oesterreich-Ungarn erdrückt werde, daher irgend eine Kompensation erhalten oder untergehen müsse. In seiner jetzigen Lage könne Serbien weder leben noch sterben. Hierin haben sie vollständig Recht, vergessen aber, dass die Hauptschuld an ihnen selbst liegt. Die Regierung tut Nichts, um auf die Volksstimmung aufklärend und beruhigend zu wirken. Im Gegenteil, ihr Organ, die Samoupravna, strotzt auch von Beleidigungen gegen uns. Sie versäumt jede öffentliche Stellungnahme in friedlichem Sinne und lässt den Kronprinzen Brandreden halten und sich als Helden der Gasse feiern. Die militärischen Rüstungen werden — so weit

es in diesem Lande und bei dessen verrotteter Administration möglich ist — ziemlich zielbewusst geführt und die ganze Mannschaft der I. Reserve abwechselnd unter die Waffen gerufen und geübt. Der normale Stand der serbischen Armee beträgt 18—20.000 Mann; im Winter sank derselbe gewöhnlich auf 10—12.000. Gegenwärtig sind nach den Schätzungen des k. u. k. Militärattachés 44.000 Mann im aktiven Dienste. Die kriegerischen, für Serbien recht kostspieligen Vorbereitungen und Anschaffungen sowie einzelne ermutigende Ereignisse z. B. das Stocken unserer Verhandlungen in Konstantinopel, die Reise des Kronprinzen nach Petersburg,^{c)} die Verständigung mit Montenegro, u. s. w. rauben dem Lande den letzten Rest von Besonnenheit. Sie hoffen auf Bundesgenossen und träumen von der Möglichkeit eines Widerstandes gegen unsere militärische Übermacht. Trotzdem ist für den Augenblick seitens Serbiens ein kriegerischer Ausbruch noch nicht zu gewärtigen. Die Lage des Königs ist momentan nicht so verzweifelt, dass er das *va banque* Spiel eines Feldzuges versuchen müsste und die Regierung ist vorläufig entschlossen, den Frieden zu erhalten, teils wegen der gegenwärtig im Zuge befindlichen Umfragen bei den Grossmächten und den auf die Konferenz gesetzten Hoffnungen, hauptsächlich aber wegen der noch ganz ungenügenden Vorbereitung des Heeres. Die Haltung der leitenden Kreise kann sich aber nach der Erfolglosigkeit der Reise des Herrn Milovanović und nach der Konferenz sowie je nach dem Fortschritte der militärischen Rüstungen vollständig ändern. Hierüber und über unsere eventuelle Stellungnahme erlaube ich mir gesondert zu berichten.

Forgách.

a) Vgl. n. 419. — b) Tel. Nr. 117 ist vom 24. Okt. — c) Vgl. n. 416.

*Nr. 419. Bericht aus Belgrad, 27. Okt. 1908 Nr. 68 B (eing. 31. Okt.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. In meinem vorangehenden Bericht A hatte ich die Ehre, Euer Excellenz kurz den Ernst der hiesigen Lage und die kriegerische Stimmung zu schildern, sowie hinzuzufügen, daß trotz des in diesem Lande ausgebrochenen Wahnsinns seitens desselben — abgesehen von unvorhersehbaren Inzidenzfällen — momentan kein kriegerischer Ausbruch zu gewärtigen ist. Es wird sich aber baldigst die Frage aufwerfen, ob wir das Kriegsgeschrei an unserer Grenze, unsere unaufhörliche Beschimpfung, die Boycottierung unserer Untertanen, die Organisierung von Banden für Bosnien, sowie die militärischen Rüstungen weiter dulden können oder ob wir nicht hier peremptorisch werden auftreten müssen. Meiner Ueberzeugung nach bildet Serbien — und wahrscheinlich auch Montenegro — eine in der nächsten Zeit zunehmende Kriegsgefahr für uns. Hiemit müssen wir unbedingt rechnen und unsere bosnische Grenze gegen Ueberraschungen schützen. Vom militärischen und, ich möchte sagen, — lokalen Belgrader Standpunkt, erschiene es zweifellos geboten, Serbien die verdiente Züchtigung, falls es die internationale Lage gestattet, sofort angedeihen zu lassen, bevor es seine Heeresrüstungen beendet hat und ein noch unbequemerer Gegner wird. Doch habe ich heute noch keinen Grund, jede Hoffnung aufzugeben,

daß es uns durch die Zeit und entsprechende Einwirkungen gelingen kann, den kostspieligen, sterilen Krieg zu vermeiden und die Annexion Bosniens ohne Blutvergießen durchzuführen. Die Abrechnung mit Serbien, unserem unversöhnlichen Feinde, wird kommen müssen, aber vielleicht erst nach Jahren, eventuell in Verbindung mit der Lösung der südslawischen Frage. Die Erhaltung des Friedens erfordert allerdings unsererseits gegenüber der serbischen Frechheit eine beinahe übermenschliche, durch das Bewußtsein unserer Uebermacht gerechtfertigte Geduld und Ruhe, selbstverständlich gepaart mit der hier stets notwendigen Energie. Weit mehr hängt jedoch, wie ich Euer Excellenz bereits zu melden die Ehre hatte, die Zukunft von der Haltung der anderen Mächte ab. Sowohl die russische als die englische Presse haben durch ihre Angriffe gegen uns den Serben das Rückgrat gestärkt und ihre Erregung vermehrt; bedenklicher war es jedoch, daß die offiziellen Vertreter Rußlands, Englands und Italiens zwar zur Ruhe mahnten, aber Sympathie zum Ausdruck brachten und dadurch Illusionen hervorriefen. Die Möglichkeit von Kompensationen oder Vorteilen wurde den Serben vorgehalten. Speziell russischen Ursprungs ist die Forderung Serbiens, auf Kosten Bosniens entlang der Drina eine kleine, das Königreich mit Montenegro verbindende Grenzberichtigung zu erhalten. Zur Klärung der Situation und womöglichen Wahrung des Friedens halte ich es daher von größter Bedeutung, daß seitens aller in Betracht kommenden Mächte sofort eine unzweideutige Sprache geführt, keine Täuschung zugelassen und die serbische Regierung verständigt wird, daß sie vergebens rüstet und im Falle des Ausbruches von provozierten Feindseligkeiten auf keine Unterstützung zu rechnen hat. Jede fremde Macht, welche diese offene Stellungnahme versäumt, dürfte die Verantwortung auf sich laden, wenn Serbien in sein Verderben rennt.

Forgách.

a) Vgl. n. 522.

Nr. 420. Bericht aus Belgrad, 27. Okt. 1908 Nr. 68 C (eing. 31. Okt.).^a Ausfert.

Die Reise des Kronprinzen nach Petersburg^b) hat die Stimmung in Serbien gehoben, besonders da vom Ministerium des Äussern die Nachricht lanciert wurde, der Besuch in Russland sei ein offizieller und erfolge auf spezielle Einladung des Czaren, Höchstwelchem der Prinz nicht nur ein Handschreiben Seines Vaters sondern auch die Insignien des Karageorg-Ordens in Brillanten überbringen solle. Zur Kennzeichnung der Bedeutung dieser Mission wurde der gestrigen Abreise des Kronprinzen ein möglichst feierliches Gepräge gegeben, eine Ehrenkompagnie rückte aus, und trotz der frühen fünften Morgenstunde waren alle Spitzen der Behörden, das ganze Ministerium und die vollzählige russische Gesandtschaft erschienen. In der Begleitung des Prinzen befindet sich Herr Pasić und die von diesem, in Serbien auch heute massgebendsten Mann bei seinen Konversationen an der Sägerbrücke und mit den russischen Staatsmännern gewonnenen Eindrücke werden für die nächste Entwicklung in Serbien sehr massgebend sein. Seine Mission dürfte sein, dem grossen slavischen Bruder zu erklären,

dass Serbien ohne entsprechende Kompensation die Annexion der „serbischen Länder“ Bosnien und Herzegovina nicht dulden könne. Werden diese Wünsche nicht befriedigt, so seien Serbien und Montenegro gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Die Ströme slavischen Blutes, welche dann fließen müssten, würden Russland zur Intervention zwingen. In Skupština-Kreisen zirkuliert übrigens das Gerücht, dass Prinz Georg und Herr Pasič auch versuchen sollen in der serbischen Notlage an die finanzielle Unterstützung Russlands zu appellieren. Die Petersburger Reise hat jedenfalls den Effekt, die Stellung des Kronprinzen und der Dynastie Karageorgevich zu befestigen. Letzteres wäre eigentlich auch von unserem Standpunkte nicht unwillkommen. Falls der Prinz und Herr Pasič in Petersburg ernste und loyale Mahnungen zu hören bekämen und dafür gesorgt würde, dass dieselben durch offiziöse Kundgebungen auch zur Kenntnis der öffentlichen Meinung gelangen, so könnte die russische Reise noch gute Früchte tragen. Sonst wird sie aber Serbien in seinem Wahnwitz bestärken.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 523. — ^{b)} Vgl. n. 416, 423.

*Nr. 421. Bericht aus Belgrad, 27. Okt. 1908 Nr. 68 D (eing. 31. Okt.).^{a)}
Ausfert.*

Der Spezialgesandte Montenegros ist gestern heimgekehrt. Nach seinen unliebsamen Erfahrungen in Agram gelegentlich seiner Herreise, soll General Vukotić erklärt haben, er würde unser Territorium nur mehr mit dem Schwerte in der Hand betreten, daher wählte er auch für den Rückweg die nicht ganz bequeme Strecke durch das Innere Serbiens und den Sandschak! Seiner Mission wird hier grosse Bedeutung beigelegt und urbi et orbi verkündet, die vorgefallenen Zwistigkeiten seien vergessen und die beiden serbischen Staaten hätten sich vollständig geeinigt und zur gemeinsamen Aktion verabredet. Dies wurde auch in den Toasten proklamiert, welche bei dem vorgestrigen Hofdiner gewechselt wurden. Deren Text^{b)} erlaube ich mir beizulegen. Erwähnenswert ist es noch, dass diesem Hoffeste von den fremden Vertretern nur der türkische Gesandte beigezogen wurde, um zu dokumentieren, dass die montenegrinisch-serbische Verständigung nicht gegen das ottomanische Reich gerichtet ist. Ob ein förmlicher Bundesvertrag unterfertigt wurde, wie es die Zeitungen behaupten, ist mir nicht bekannt; sicherlich sind aber Verabredungen getroffen worden, um gegebenen Falles gemeinsam mit der Waffe gegen uns vorzugehen. Ich kann in dieser Verständigung, welche teilweise eine Kapitulation vor dem vor einigen Monaten hier noch so gehassten und beschimpften Fürsten Nikolaus bedeutet, nur einen neuen Fehler der törichten serbischen Politik sehen. In jedem Falle werden die grösseren Vorteile Montenegro zufallen und Serbien und die Karageorgeviche von dem schlaueren Verwandten nur ausgenützt und entweder im Stiche gelassen oder übervorteilt werden.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 389, 450, 599. — ^{b)} Beilage.

Beilage zu n. 421.

„Samouprava“ vom 26. Oktober 1908.

Gelegentlich des Abschiedsdiners hat Seine Majestät der König zu Ehren des Abgesandten Seiner Königlichen Hoheit des Fürsten Nikolaus, des Brigadiers Janko Vukotić, nachstehenden Toast ausgebracht:

Herr Gesandte! Als Sie unsere Mitte als Abgesandter Seiner Königlichen Hoheit des Fürsten des ritterlichen Montenegro betreten hatten, konnten Sie sofort die Ueberzeugung gewinnen, dass nicht nur die beiden Herrscherfamilien der Petrović und Karagjorgjević durch Blutsverwandtschaft verbunden sind, sondern dass ein festes brüderliches Band auch die Völker Serbiens und Montenegros, und mit ihnen auch den ganzen serbischen Volksstamm, verbindet. In diesem einmütigen Empfinden liegt unsere Macht, gleichwie dieses Empfinden uns ermutigt, den Gefahren mit Mannesmut ins Auge zu sehen. Es gereicht Mir zum Vergnügen, konstatieren zu können, dass Ihre Mission im gegenwärtigen Augenblicke für den Umstand Zeugnis gibt, dass der Herrscher Montenegros klar und korrekt seine Pflichten erkannt hat. Ich bitte Sie, Ihn zu versichern, dass auch Ich und meine Serben unsere Pflichten genau so erkennen und auffassen und dass zwischen den beiden Bruderstaaten eine vollständige Uebereinstimmung zwecks entschiedener Abwehr und zum Schutze der serbischen Interessen erzielt wurde. Ich erhebe dieses Glas zum Wohle Seiner Königlichen Hoheit des Fürsten Montenegros und Seines erlauchten Hauses, sowie zum Ruhme und zum Gedeihen seines ritterlichen Volkes. Es lebe Fürst Nikolaus I.

Der Brigadier Janko Vukotić erwiderte auf diesen Toast wie folgt:

Eure Majestät! Die traditionellen Bande, welche noch in die Zeit Eurer Majestät ruhmbekränzten Ahns, Karageorg des Grossen, und des Herrn der schwarzen Berge, Peter I. des Heiligen zurückreichen, ferner die verwandtschaftlichen Bande der beiden Herrscherfamilien Karagjorgjević und Petrović, und schliesslich die brüderlichen Bande zwischen den gleichstammigen Völkern in Serbien und Montenegro bieten heute jedem ehrlichen Serben die berechnete Gewähr auf Befreiung und eine bessere Zukunft des gepeinigten serbischen Volksstammes. Eure Majestät! Ich bin überglücklich, mit diesen Berichten und Versicherungen meinen ritterlichen Herrn und seine Montenegriner erfreuen zu können, zumal ich mit denselben sage, dass der König von Serbien und seine tapferen Serben sich ihrer brüderlichen und patriotischen Pflichten hinsichtlich der gemeinsamen Tätigkeit zum allgemeinen Wohle des Serbentums bewusst sind. Indem ich zu Gott flehe, dass das erzielte Einvernehmen und die brüderliche Eintracht zwischen Serbien und Montenegro aufrecht erhalten bleiben für ewige Zeiten zu Nutz und Frommen der serbischen Interessen, erhebe ich mein Glas zum Wohle Eurer Majestät, zum Wohle Seiner Königlichen Hoheit des Thronfolgers, des erlauchten Herrscherhauses, und zum Ruhme und zum Gedeihen des brüderlichen und heldenmütigen Serbien. Es lebe König Peter I.

Nr. 422. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 27. Okt. 1908. Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Müller).

Der deutsche Botschafter ist heute hier erschienen, um im Auftrage des Fürsten Bülow folgendes mitzuteilen: Es seien nach Berlin Äusserungen Herrn Tittonis gemeldet worden, welche der Befürchtung des Letzteren Ausdruck geben, der Widerstand Österreich-Ungarns gegen die Konferenz könnte England veranlassen, in einer Weise gegen Österreich-Ungarn Stellung zu nehmen, welche den Bestand des Dreibundes bedrohen könnte. (Herr von Tschirschky gab dabei die aus einem Telegramme des Botschafters Graf Lützow^{a)} bekannten Äusserungen Herrn Tittonis wieder.) Daraufhin habe Fürst Bülow Letzteren wissen lassen, dass nichts für die wahren Interessen Italiens verderblicher wäre, als die Auflösung des Bundesverhältnisses mit den beiden Kaisermächten.

^{a)} Vgl. n. 413.

Nr. 423. Tel. aus Berlin, 27. Okt. 1908 Nr. 218 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Russischer Minister des Äußern hat gestern vor seiner Abreise Herrn von Schoen versichert, er habe die Nachricht von der beabsichtigten Reise des serbischen Kronprinzen nach Petersburg erst aus den Zeitungen erfahren. Herr Iswolsky werde alles Nötige dazu beitragen, damit dieser junge allzu tatendurstige Herr in Petersburg Ratschläge der Mäßigung und Ruhe erhalte. Gleichlautend Wien.

Szögyény.

^{a)} Mit Tel. aus Budapest, 30. Okt. 1908 Nr. 11 (chiffr. 8 U. p. m.) nach Belgrad mitgeteilt. Vgl. n. 420, 430.

Nr. 424. Tel. aus Berlin, 27. Okt. 1908 Nr. 220 (eing. 28. Okt. 8 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Das Communiqué, das ich in meinem Telegramme Nr. 216 skizzierte, ist inzwischen in den Wolffschen Depeschen erschienen. Inhalt dieser offiziösen Enunziation entspricht den diesbezüglichen Mitteilungen, die mir Staatssekretär gestern machte. Nur ein Passus ist im letzten Augenblicke hinzugefügt worden, der anschliessend an die Versicherung, deutsche Presse^{b)} halte an dem Standpunkte fest, dass sie Vorschlägen nicht zustimmen könne, gegen welche Österreich-Ungarn Einwendungen erhebt, konstatiert, dass „diese Punkte den Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden werden.“ Ich habe Herrn von Schoen bemerkt, dass ich das Zufügen dieses Passus bedauere, weil er zu Missverständnissen Anlass geben könnte. Staatssekretär erwiderte mir, Reichskanzler hätte hierzu nur ungern seine Einwilligung gegeben, doch habe er schliesslich den mit grosser Insistenz vorgebrachten Wünschen Herrn Iswolskys nachgegeben, aber ihm ausdrücklich erklärt, dass bei diesen weiteren Verhandlungen, die sich auf die zwischen Österreich-Ungarn und Russland bestehende Differenz beziehen, Deutschland jede Vermittlerrolle nach wie vor ablehnen müsse. Herr von Tschirschky

sei noch gestern telegraphisch angewiesen worden, sich unverzüglich nach Budapest zu begeben, um Euer Exzellenz in dieser Beziehung die bündigsten Versicherungen zu erneuern. Iswolsky habe dem Fürsten Bülow zugesagt, dass er unverzüglich nach seinem Eintreffen in Petersburg das projektierte Konferenzprogramm Euer Exzellenz offiziell bekanntgeben und darüber mit dem Wiener-Kabinette in Meinungsaustausch treten werde. Iswolsky sei nunmehr darüber mit sich vollkommen im Klaren, dass die Annexionsfrage auch deutscherseits als ein *fait accompli et indiscutable* betrachtet werde, und dass an territoriale Kompensationen für Serbien und Montenegro nicht gedacht werden könne. Übrigens seien auch jene Punkte des Programmwurfes, mit denen deutsche Regierung sich einverstanden erklärt habe, alle mit der Bemerkung akzeptiert worden, *pourvu que l'Autriche-Hongrie y adhère*. Auf diese Art glaubt der Reichskanzler dazu beigetragen zu haben, dass für ein aufzustellendes Programm, das selbstverständlich vor allem im Einverständnisse mit Österreich-Ungarn festzustellen wäre, nunmehr eine gewisse Basis gefunden worden sei. Streng vertraulich fügte Herr von Schoen hinzu, er glaube aus Äusserungen Herrn Iswolskys zu entnehmen, dass letzterer, wenn auch nach einigem Sträuben, sich der Ausschaltung der Annexions- und der territorialen Kompensationsfrage fügen werde, wenn er in der Meerengenfrage, die er übrigens hier nur nebenbei gestreift hätte, das ihm von Euer Exzellenz bereits in Aussicht gestellte Entgegenkommen auch weiterhin finden werde. Gleichlautend Budapest. Szögyény.

a) Vgl. n. 435, 436. — b) Amtsvermerk: sic!

Nr. 425. Tel. aus Bukarest, 27. Okt. 1908 Nr. 72 (eing. 9 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Für diese Woche sind wieder zwei nationalistische Versammlungen und zwar in Bukarest festgesetzt, welche gegen Österreich-Ungarn Stellung nehmen sollen. Ich habe soeben ein ernstes Gespräch mit Bratiano gehabt. Abgesehen vom Schutze unserer Gebäude im Falle von Demonstrationen, wofür er die Verantwortung übernahm, habe ich Bratiano darauf aufmerksam gemacht, einen wie schlechten Eindruck es machen würde, wenn die hiesige öffentliche Meinung gewissermassen gemeinsame Sache mit Serbien gegen uns machen würde. Bratiano antwortete mir mit Versicherungen seiner Loyalität, er konnte aber nicht ganz in Abrede stellen, dass seine Parteigenossen an der Hetze gegen uns beteiligt sind; ich bat ihn also dringend, den Mut seiner Überzeugung auch vor seinen Freunden zu bewahren und ihnen gegenüber seine warnende Stimme zu erheben, Bratiano schien sich des schlechten Eindruckes, welchen eine Hetze der hiesigen öffentlichen Meinung gegen uns im gegenwärtigen Augenblicke in der befreundeten Monarchie hervorrufen müsste, bewusst und gab mir die Zusicherung, auf seine Parteigenossen soviel als möglich einzuwirken. ... *Donaufolge*. ...

Schönburg.

Nr. 426. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Okt. 1908 Nr. 440 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf das Euer Exzellenz vorliegende geheime Telegramm des Generalkonsuls Rappaport von gestern. Ich glaube, dass auf die von Enver Bey beantragten vertraulichen Unterhandlungen mit dem Saloniker Komitee unbedingt einzugehen wäre. Nach den heutigen Verhältnissen ist dies ohne Zweifel der sicherste Weg, zum Ziel zu gelangen. Diesen Weg hat das Komitee auch bezüglich der bulgarischen Verhandlungen betreten und, wie es scheint, mit Erfolg. In unserem Fall wäre eine Verständigung noch viel leichter zu erzielen, da Kiamil Pascha sofort nachgeben würde, wenn er sicher wäre, beim Saloniker Komitee Unterstützung zu finden. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 415, 438, 488.

Nr. 427. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Okt. 1908 Nr. 442 (eing. 28. Okt. 3 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Baron Marschall sagte mir, dass der Grossvezir ihm noch gestern mit grosser Entschiedenheit erklärt hat, er wäre, wenn wir es wünschen sollten, bereit, den Punkt über Bosnien und die Herzegowina vollständig aus dem Konferenzprogramm auszuschalten. Ausserdem muss bemerkt werden, dass die heutigen türkischen Blätter einen viel versöhnlicheren Ton uns gegenüber anschlagen. Der „Ikdam“ bringt Artikel, aus dem hervorzugehen scheint, dass man sich hauptsächlich an unser Begehren, eine schriftliche Erklärung von der Pforte zu verlangen, stösst. Ich bitte um Instruktionen, ob ich mich, falls Kiamil Pascha an mich herantreten sollte, mit einer mündlichen, natürlich aber offiziellen Erklärung, wie ich dies bereits einmal vorgeschlagen habe, begnügen könnte. Das offizielle Komitee-Organ von heute bespricht die Frage ebenfalls in sehr versöhnlicher Form, macht aber auf eine pekuniäre Entschädigung Anspielung. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 437.

Nr. 428. Tel. aus Rom, 27. Okt. 1908 Nr. 174 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern wiederholte mir gegenüber seine mit Telegramm Nr. 173 gemeldeten Aeusserungen, allerdings als eine vorläufig entfernte und momentan keineswegs akute Eventualität. Er meint, que la non-acceptation de la conférence serait un soufflet donné à l'Angleterre. Seinen Mitteilungen zufolge scheine man in London zu glauben, es bestehe bei Euer Exzellenz ein parti pris gegen die Konferenz, obwohl die englische Regierung ebenso wenig wie eine andere (Macht)^{b)} den Wunsch habe, Annexionsfrage in Diskussion zu ziehen. Tittoni dankt für Euer Exzellenz Telegramm Nr. 16.^{c)} Gleichlautend Budapest. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 457. — ^{b)} Chiffre fehlt. — ^{c)} Nicht aufgenommen.

Nr. 429. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 27. Okt. 1908 Nr. 20 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. u. G. Pogatscher).

Wie Euer Exzellenz bekannt ist, stehe ich auf dem Standpunkte dass mir bisher keine officiële Mittheilung über die in London von England, Russland und Frankreich vereinbarten Vorschläge betreffs eines Conferenz-Programms zugekommen ist. Die hierauf bezüglichen Mittheilungen Herrn Pichons an den Grafen Khevenhüller und Sir E. Greys an Grafen Mensdorff, hatten den Anschein als ob sie nur zur persönlichen Information unserer beiden Botschafter bestimmt wären. Jedenfalls ist mir auf dem usuellen Wege durch die in Wien akkreditirten Botschafter der 3 obgenannten Mächte keinerlei Verständigung über das projektirte Conferenz-Programm übermittelt worden. Aus Anlass einer Anfrage Herrn Iswolskys habe ich vorstehenden Sachverhalt an Herrn von Szögyény telegraphirt und ihn beauftragt diesen meinen Standpunkt dem Herrn Minister darzulegen. Der Herr russische Minister des Äussern erwiderte hierauf unserem Botschafter in Berlin, eine officiële Mittheilung sei bisher deshalb unterblieben, weil es sich nach seiner Ansicht nur um einen vorläufigen Meinungs-Austausch handle. Er beabsichtige gleich nach seinem Eintreffen in Petersburg, sei es durch Vermittlung Euer Exzellenz oder durch die des Fürsten Urussow in einen diesbezüglichen, ihm so notwendig erscheinenden, Meinungs-austausch mit mir einzutreten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 31 Nr. 48. Vgl. n. 404.

Nr. 430. Tel. aus St. Petersburg, 27. Okt. 1908 Nr. 165 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Seine Majestät Kaiser Nikolaus hat Hieherkunft serbischen Kronprinzen nur unter ausdrücklichem Vorbehalte, dass Besuch russischer Hauptstadt incognito erfolge, zugegeben. Prinz Georg trifft morgen abends „als Reisebegleiter des Herrn Pašić“ mit zwei Offizieren und einem Sekretär Petersburg ein. Gleichlautend Budapest.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 416, 423, 431.

Nr. 431. Tel. aus St. Petersburg, 27. Okt. 1908 Nr. 166 (eing. 28. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 18 vom 26. d. M. Herr von Tscharykow gab mir in bestimmten Worten Versicherung, dass Russland, dem eingeschlagenen Kurse getreu, sowohl hieher kommenden Serben und Montenegrinern, als Regierungen in Belgrad und Cetinje eindringlichste Mahnungen zuteil werden lasse, sich ruhig zu verhalten. Speziell werde dies auch dem Prinzen Georg gegenüber der Fall sein, „ce garçon écervelé qui ne fait que des bêtises“ und hoffe man, dass dank seiner Abwesenheit von Belgrad ruhigere Stimmung daselbst Platz greifen, er selbst aber seinerzeit „gebessert“ von hier nachhause zurückkehren werde. Gleichlautend Budapest.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 519.

Nr. 432. Tel. aus St. Petersburg, 27. Okt. 1908 Nr. 167 (eing. 12 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Angesichts der Berliner Interview-Angaben Herrn Iswolskys, dass er seine Politik vor dem Richterstuhl der Duma verantworten werde und seither hier ausgegebenen mot d'ordre, Ministerrede sei auf unbestimmte Zeit vertagt wird Stellung des Ministers des Aeussern als unhaltbar betrachtet. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

a) Vgl. n. 444.

Nr. 433. Privatschreiben des zur Dienstleistung in das Ministerium des Äußern einberufenen Gesandten, Karl Freiherrn von Macchio, an den Generalkonsul in Skutari, 27. Okt. 1908.^{a)} Konz. (S. Macchio).

Geheim. Wie Euer Hochwolgeboren schon aus dem hieramtlichen geheimen Chiffretelegramm vom 21. I. M. No. 32 erfahren haben, plant Seine Exzellenz der Herr Minister für den Fall als es wider Erwarten doch zu einer kriegerischen Unternehmung Montenegros gegen die k. u. k. Monarchie kommen sollte, eine Einwirkung auf die albanesischen Bergstämme in der Umgegend von Skutari um dieselben zu einem Einfall oder wenigstens zu einer so drohenden Haltung gegen Montenegro zu bestimmen, daß sie einen Teil der montenegrinischen Kriegsmacht an der Südgrenze festhalten könnten. Wir verhehlen uns nicht die mannigfachen großen Schwierigkeiten, die einer solchen Aktion entgegenstehen, umsomehr als ja, wie Sie selbst melden, Fürst Nicolaus Versuche gemacht zu haben scheint, sich von dieser Seite zu decken. Insbesondere unterliegt es keinem Zweifel, daß unsere Unternehmung nicht jetzt einsetzen könnte, sondern eingehend und vorsichtig allmählig vorbereitet werden müßte, um im Frühjahr, wenn dann die Situation es noch erfordern würde, greifbare Gestalt anzunehmen. Man beschränkt sich daher vorläufig hierseits nur auf Feststellung gewisser Aktionsprogramme, zu denen in erster Linie die Bereitstellung von Gewehr- und Munitionsendungen und Feststellung der für deren Transport und Verteilung gangbaren Wege gehören. Auch wird man der von Ihnen in dem Telegramm v. 23. I. M. No. 59 angeregten Idee von Getreide- oder Geldsendung zu dessen Anschaffung umso eher näher treten, als hierin das zunächst unauffälligste und natürlichste Mittel liegt die Stimmung in Nordalbanien, die ja auch durch die letzten politischen Ereignisse und deren Ausbeutung durch unsere Gegner gegen uns erregt ist, günstig zu beeinflussen. Im Übrigen ist es klar, daß die beabsichtigte Aktion, soll sie anders ihren Zweck halbwegs erreichen, sich nicht in engen Grenzen halten darf, sondern ein größeres Gebiet umfassen und insbesondere den einflußreichen und uns nächststehenden Stamm der Mirditen zu einer wenigstens drohenden Haltung, wenn schon nicht zu aktivem Vorgehen bestimmen muß. Dazu bedarf es sowohl persönlicher Einwirkung von autoritativer Seite und im Fortgang der Aktion jeweiliger Fühlung und zeitweiser Direktiven, Aufgaben, welche wohl nur von Seiten des k. u. k. General-Konsulats durchgeführt werden könnten. So sehr es daher wünschenswert gewesen wäre, dieses k. u. k. Amt ganz außerhalb des Kreises dieser Aktion zu belassen, so wird auf

dessen teilweise Mitwirkung doch nicht ganz verzichtet werden können, ja es werden sich eben Notwendigkeiten ergeben, deren Erzielung nur durch Euer Hochwolgebornen persönliche und vorsichtige Vermittlung angestrebt werden kann. Hiezu glaube ich insbesondere die Einweihung und Gewinnung Prenk Pascha's rechnen zu sollen. Auch wird Don Primo Docchi nicht aus dem Spiel gelassen werden können und behalte ich mir bezüglich des Letzteren vor, zu diesen Zwecke dessen unauffällige Hieherreise zwecks Besprechung in Erwägung zu ziehen. Man wird sich aber auch die Frage vorlegen müssen wie die Verbindung und Orientierung der Chefs der kleineren Stämme und deren oft einflußreichen katholischen Seelsorger herzustellen und zu unterhalten sein wird. Von Seiner Exzellenz dem Herrn Minister mit der Leitung dieser Aktion betraut, würde ich, bevor von dem Stadium vorbereitender Einleitungen zu der wirklichen Durchführung übergegangen wird, großen Wert darauf legen, Euer Hochwolgebornen sachkundige Ansicht über die Chancen der Sache sowie über die Art und Weise, wie Sie sich deren Entwicklung etwa denken würden, und welche Rolle dabei, Ihrer Auffassung nach dem General-Consulate zugedacht sein, resp. von demselben mit einiger Aussicht auf Erfolg auch übernommen werden könnte, zu vernehmen. Ich muß dabei betonen, daß natürlich Alles vermieden werden muß, was geeignet wäre, das Mißtrauen des jetzigen türk. Regime's gegen uns zu steigern, und ebenso den italienischen Susceptibilitäten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen wäre. Endlich darf ich nicht unerwähnt lassen, daß die in Rede stehende Absicht vorläufig auch der k. u. k. Botschaft in Cospoli nicht bekannt ist, daher diese bezüglichen Telegramme nur direkte nach Wien, nicht aber nach Cospoli zu richten wären. Einstweilen sehe ich baldigster brieflicher Äusserung Euer Hochwolgebornen in oben angedeutetem Sinne mit Interesse entgegen.

a) Vgl. n. 401, 864.

Nr. 434. Tel. nach Sofia; Budapest, 27. Okt. 1908 Nr. 6 (chiffr. 6 U. 35 M. p. m.).^{a)} *Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

Euer Hochgeboren wollen der Eröffnung der Sobranje nur in dem Falle beiwohnen, wenn Sie sich vergewissert haben, daß außer Ihnen noch ein oder zwei Vertreter der Großmächte das gleiche thun. Sollte Ihr russischer College der Eröffnung anwohnen, so ist es mir erwünscht, daß auch Euer Hochgeboren bei derselben erscheinen. Im allgemeinen geht meine Instruction dahin, daß Euer Hochgeboren alles vermeiden, was eine formelle Anerkennung der Unabhängigkeit involviren würde, innerhalb dieser Grenzen aber eine möglichst freundliche Haltung beobachten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 319, 377.

Nr. 435. Tel. nach Berlin; Budapest, 28. Okt. 1908 Nr. 23 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} *Abschrift.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme bis inclusive No. 216. Herr von Tschirschky hat in Wien eine analoge Mitteilung gemacht wie diejenige, welche der Reichskanzler laut Ihres Telegrammes vom 25. I. M. No. 209

streng vertraulich zukommen liess. Nach denselben hat die deutsche Regierung das Ansinnen Herrn Iswolskys entschieden abgelehnt, auf uns einzuwirken oder gar einen Druck auszuüben, damit wir zugeben, dass auf der beabsichtigten Konferenz die Annexion Bosniens zur Diskussion gestellt und an Serbien und Montenegro territoriale Kompensationen gewährt würden. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler meinen Dank für diese so unzweideutige und entschiedene Stellungnahme, welche für die k. und k. Regierung in diesem Momente von dem grössten Werte ist, in warmen Worten auszudrücken. Erhalte soeben Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d. M. No. 220. Da ich morgen mit Herrn von Tschirschky bezüglich des communiqués eine Aussprache haben werde, behalte ich mir vor, Euer Exzellenz über diesen Punkt eine Mitteilung zukommen zu lassen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 436.

*Nr. 436. Bericht aus Berlin, 28. Okt. 1908 Nr. 52 C (eing. 30. Okt.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Herr Iswolsky, der nach viertägigem Aufenthalte gestern nach St. Petersburg zurückgereist ist, war hierher gekommen, um die deutsche Regierung dazu zu bewegen, auf das Wiener Kabinet einzuwirken, ja sogar einen ersten Druck auf dasselbe auszuüben, damit es von seinem Widerstande gegen die Erörterung der bosnischen Frage auf einer Konferenz lasse und seine ablehnende Haltung bezüglich der Gewährung territorialer Entschädigungen an Serbien und Montenegro aufhebe. Der Reichskanzler sowie der Staatssekretär haben gleich zu Anfang ihrer Verhandlungen mit dem russischen Minister letzterem keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie die von ihm gewünschte Vermittlerrolle in Wien nicht übernehmen, geschweige denn in dieser Richtung einen Druck auf das k. u. k. Kabinett ausüben könnten. Das Einzige, was deutscherseits getan werden könnte, — so erklärte der Reichskanzler Herrn Iswolsky — sei, dass dem Wiener Kabinette von dem Inhalte der hier gepflogenen Unterredungen Kenntnis gegeben werde, was übrigens ohnedies den engen bundesfreundlichen Beziehungen zwischen Wien und Berlin entspreche. Unter dem Eindrucke dieser in sehr entschiedener Weise abgegebenen Erklärung war der russische Minister des Äussern während der ersten 2 Tage seines Aufenthaltes in Berlin sichtlich sehr gedrückt. Seine schlechte Laune wurde dadurch nicht unbedeutend erhöht, dass er keine Gelegenheit fand, seine Wünsche und Gravamina Seiner Majestät Kaiser Wilhelm vorzutragen. Herr Iswolsky hatte sich nämlich zu einer Audienz angemeldet und erhielt hierauf eine Einladung zur kaiserlichen Frühstücktafel. Derselben war weder der Reichskanzler noch der Staatssekretär zugezogen worden und, wie der anwesende deutsche Botschafter Graf Pourtales mir erzählt, hat Kaiser Wilhelm weder während noch nach der Hoftafel ein einziges Wort über Politik mit dem russischen Minister des Äussern gesprochen. Um dennoch wenigstens den Schein eines Ergebnisses seiner Berliner Besprechungen nach Hause mitzunehmen, schlug Herr Iswolsky am letzten Tage seines hiesigen Aufenthaltes dem Reichskanzler vor, gemeinschaftlich ein Promemoria zu

unterzeichnen, in welchem festgelegt werden sollte, dass die deutsche Regierung gegen die Einberufung einer Konferenz keine grundsätzlichen Einwendungen erhebe und mit jenen Punkten des zwischen Russland, England und Frankreich vereinbarten Entwurfes eines Konferenzprogrammes einverstanden sei, von welchem im Vorhinein angenommen werden könne, dass Österreich-Ungarn gegen dieselben keine Einwendungen erhebe. Dieser Vorschlag wurde vom Reichskanzler abgelehnt, worauf Herr Iswolsky in dringendster Weise das Ansuchen stellte, dass zum Mindesten in einem der hiesigen offiziellen Blätter ein Communiqué über das Ergebnis der hier gepflogenen Besprechungen erlassen werde. Um die deutsche Regierung entgegenkommend zu stimmen, wiederholte Herr Iswolsky mit besonderem Nachdrucke die schon bei früheren Anlässen abgegebenen Versicherungen, dass es sein und seines kaiserlichen Herrn unverrückbarer Wille wäre, mit Deutschland auch in der Zukunft die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen; unter Verpfändung seines Ehrenwortes betheuerte er, dass zwischen Russland und England keinerlei andere Abmachungen bestünden noch beabsichtigt seien, wie die der deutschen Regierung in allen Einzelheiten bekannte Verständigung, die sich auf zentralasiatische Fragen beschränkte. Auch bezüglich der Bagdadbahn, so hob der russische Minister ausdrücklich hervor, gäbe es zwischen Russland, England und Frankreich keinerlei Verabredungen in dem Sinne, dass diese Mächte „gemeinschaftlich“ den deutschen Interessen entgetreten wollten. Bei den Verhandlungen mit England sei immer wieder betont worden, dass die Verständigung zwischen Russland und England gegen Deutschland keine Spitze haben dürfe. Auch seien die leitenden Staatsmänner der vorgenannten 3 Mächte darüber einig, „dass irgend eine Verschiebung in den heutigen Bündnis- und Entente-verhältnissen nicht nur nicht angezeigt, sondern von Übel wäre.“ Ich kann es nicht beurteilen, inwieferne diese freundschaftlichen Versicherungen, die ja unter den gegebenen Verhältnissen für Deutschland von einem nicht unbedeutenden Werte sind, den Reichskanzler bewogen haben, das halbamtliche Communiqué dessen Inhalt Eurer Excellenz aus meinen Telegrammen bekannt ist, und dessen Wortlaut Hochdenselben nunmehr auch in den Zeitungen vorgelegen haben dürfte, zu veröffentlichen. Das Communiqué selbst ist in einem ziemlich gewundenen Style verfasst und man kann dieser journalistischen Verlautbarung ansehen, wie viele Correcturen sie bis zu ihrer definitiven Feststellung durchmachen musste. Der jetzige Wortlaut kann allerdings zu manchen Missdeutungen Anlass geben. Ich habe nicht verfehlt, dies dem Herrn Staatssecretär ganz offen zu sagen; die Erklärungen aber, die mir Herr von Schoen gegeben hat und die Botschafter von Tschirschky Eurer Exzellenz gegenüber persönlich in besonderem Auftrage des Reichskanzlers vervollständigen wird, lassen es unzweifelhaft erscheinen, dass es sich keineswegs um eine Schwenkung in der deutschen Politik handelt, dass man vielmehr deutscherseits unsere Aktion auch in der Zukunft tatkräftig zu unterstützen entschlossen ist. Das Communiqué ist nichts weiter, als ein Auskunftsmittel um einem Überhandnehmen der ohnehin genug schlechten Laune Russlands vorzubeugen.¹⁾ Herr Iswolsky ist wol mit sich darüber im Klaren, dass das hier Erreichte ein ziemlich

magerer Brocken ist. Als er nach Berlin kam, gab er sich tatsächlich der Illusion hin, uns auch bei den Vorbesprechungen des Konferenzprogrammes ausschalten zu können; wie ein französisches Blatt nach meiner Meinung ganz richtig ausdrückt, handelte es sich, was den russischen Minister betrifft, weniger um ein Unternehmen zur Sicherung des Weltfriedens, als um die Befriedigung eines diplomatischen Rachegelüstes. Nur so kann ich es mir erklären, dass der Herr Minister nach unserer ersten Unterredung, bei welcher ich ihn bereits darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der Programmwurf Eurer Exzellenz noch nicht offiziell übermittelt worden sei, mir diesen mit dem ausdrücklichen Hinzufügen à titre privé et confidentiel noch am selben Abend übersandte. Ich habe dieses Schriftstück entgegengenommen aber Herrn Iswolsky gesagt, dass ich es Eurer Exzellenz nicht vorlegen könnte, da Hochdieselben auf einer offiziellen Mitteilung bestehen müssten. Der russische Minister des Äussern hat in der Folge nicht nur mir, sondern auch dem Reichskanzler und Herrn von Schoen bestimmt zugesagt, nach seinem Eintreffen in St. Petersburg dies unverzüglich nachzuholen, nachdem er seine frühere Geheimniskrämerei mit einer sophistischen Begründung so darzustellen gesucht hatte, als wäre dieselbe nur seiner Rücksichtnahme auf das k. u. k. Kabinet entsprungen. Herr von Schoen übergab mir heute eine streng vertrauliche Aufzeichnung über die Stellungnahme Deutschlands zum Konferenzgedanken und zu dem von dem russischen Minister des Äussern hier befürworteten Programmwurf. Ich erlaube mir Eurer Exzellenz diese Aufzeichnung ganz ergebenst zu unterbreiten.^{b)} Szögyény.

¹⁾ Auch ich fasse es so auf.

^{a)} Vgl. n. 403, 424, 435, 451 Anm. c, 524. — ^{b)} Vgl. Beilage.

Beilage zu n. 436. „Très confidentielle. Manière de voir de l'Allemagne à l'égard d'une Conférence Balcanique“. Abschrift.

Vues générales. L'Allemagne, tout en n'ayant pas d'objection de principe à élever contre l'idée d'une Conférence, estime qu'une conférence ne se réunirait utilement qu'après qu'un complet accord aurait été établi entre toutes les Puissances signataires du Traité de Berlin sur toutes les questions qui devront faire l'objet de la conférence.

Points du programme de la Conférence.

1. Bulgarie. L'Allemagne ne sera disposée à reconnaître le nouvel état de choses qu'après avoir acquis la certitude d'une solution satisfaisante de la question des chemins de fer Orientaux et des obligations financières à l'égard de la Turquie.

2. Bosnie et Herzégowine. L'Allemagne considère l'annexion comme un fait accompli indiscutable.

3. Sandjak de Novibazar. Point d'objections, pourvu que l'Autriche-Hongrie y adhère.

4. Réformes dans les provinces de la Turquie d'Europe. Point d'objections.

5. Réformes en Arménie. De même.

6. Article 29. Point d'objection de principe, cependant l'Allemagne subordonne son adhésion à celle de l'Autriche-Hongrie.

7. Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro. L'Allemagne n'adhérera qu'à des propositions approuvées par l'Autriche-Hongrie.

8. Régime du Danube. Point d'objection de principe. L'Allemagne estime que les stipulations de détail seraient à réserver à une conférence ad hoc.

9. Capitulations et bureaux de poste. Point d'objections de principe.

II. Question de la Crète. Point d'opposition de principe.

Nr. 437. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 28. Okt. 1908 Nr. 16 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme bis inclusive 433. Ich betrachte es als ein günstiges Symptom, dass auch die Pforte, wie Euer Exzellenz melden, die Verhandlungen in der Annexionsfrage keineswegs als abgebrochen ansieht. In diesem Sinne habe ich mich in der gestrigen Sitzung der österreichischen Delegation dahin geäußert, dass in diesen Pourparlers bloss ein Stillstand eingetreten sei. Mit meinem Telegramme vom 25. d. Mts., No. 14 habe ich mir vorbehalten Euer Exzellenz mit bezüglich neuen Instructionen zu versehen; ganz in Übereinstimmung mit der Auffassung Euer Exzellenz halte ich es aber gegenwärtig für opportun unsererseits eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten und abzuwarten, dass die Pforte nunmehr selbst an uns herantrete um die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Euer Exzellenz wollen sich also vorderhand noch receptiv verhalten und auf die Forderung einer schriftlichen Erklärung momentan Ihrerseits nicht insistiren. Entsprechend der im letzten Alinea Ihres Telegrammes No. 433^{b)} enthaltenen dankenswerten Anregung habe ich mich gestern in der österreichischen Delegation dahin vernehmen lassen, dass wir mit der Pforte nicht etwa über die Thatsache der Angliederung Bosniens verhandeln sondern nur zu dem Zwecke um ein Einvernehmen mit der Türkei herzustellen und so den Gedanken der Conferenz zu realisiren. Was den Gedanken einer Übernahme eines Theiles der ottomanischen Staatsschuld unsererseits betrifft, worauf Tewfik Pascha und der englische Botschafter Ihnen gegenüber angespielt haben, so bemerke ich zu Euer Exzellenz Information, dass die Übernahme einer solchen Verpflichtung in keiner Weise gerechtfertigt werden könnte und auf die öffentliche Meinung des In- und Auslandes den ungünstigsten Eindruck hervorrufen müsste weshalb ich auf ein derartiges Ansinnen nicht einzugehen vermöchte.^{c)} — Eben erhalte ich Euer Exzellenz Telegramm vom 27. l. Mts., No. 442. Indem ich die Ihnen im Vorhergehenden ertheilten Instruktionen aufrechterhalte, ersuche ich Euer Exzellenz, falls Kiamil Pascha an Sie herantreten sollte, dessen eventuelle Vorschläge oder Anregungen entgegenzunehmen und mir zu berichten.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 31 Nr. 49. — ^{b)} Offenbar irrig für 432 (n. 405). Letztes Alinea von n. 405 beginnt: „Es scheint mir, dass“ — ^{c)} Vgl. n. 398, 440.

Nr. 438. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Okt. 1908 Nr. 443 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 440. Es scheint mir, dass der Grossvezir selbst den Annäherungsversuch des Saloniker Komitees veranlasst haben dürfte. Dafür spricht die Analogie mit den jetzt im Zuge befindlichen türkisch-bulgarischen Verhandlungen. Im letzteren Fall^{b)} steht es schon jetzt ausser Zweifel, dass Kiamil Pascha das Komitee vorgeschoben hat, ebenso wird es wahrscheinlich in unserem Falle sein. Der Grossvezir will sich einerseits den Rücken decken, anderseits das Komitee vorschieben, um gewisse Gegenforderungen auf indirektem Wege an uns stellen zu können. Unter allen Umständen ist es meiner Ansicht nach gut, wenn wir auf diese Weise einen Schritt weiter in den Verhandlungen gehen und die Situation klären. Für meine obige Annahme spricht auch der Umstand, dass sich Hilmi Pascha bei Generalkonsul Rappaport in der Sache verwendet hat. Ich will jetzt ruhig abwarten, bis man türkischerseits an mich herantritt, was gewiss baldigst geschehen dürfte. Bis nächsten Samstag lässt sich wegen Feste ohnedies nichts machen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 440. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 439. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Okt. 1908 Nr. 88 C (eing. 31. Okt.). Ausfert.

Aus meiner telegraphischen Berichterstattung der letzten Tage werden Euer Excellenz entnommen haben, dass ich die von mir geführten Unterhandlungen mit der Pforte in Angelegenheit der Anerkennung der Annexion Bosniens allerdings als zeitweise abgebrochen, aber keineswegs als definitiv gescheitert betrachte. Wir müssen, glaube ich, wie ich dies übrigens in meinem Telegramme vom 19. d. M. No. 405 schon bemerkt habe, an unserem Standpunkte festhalten, dass wir die Erklärung der Pforte nur insofern brauchen als man der Idee der Konferenz näher zu treten gesonnen ist. Unsere Situation gegenüber der Pforte war, bevor die 4 Mächte die Declaration abgegeben hatten,^{a)} dass sie keine Veränderung des Berliner Vertrages anerkennen wollen, welche nicht von allen Signatarmächten acceptiert ist, eine ganz befriedigende. Die Pforte hatte das fait accompli der Annexion, wenn auch unter Protest, stillschweigend acceptiert und wollte diese Angelegenheit überhaupt nicht vor die Mächte bringen. Ich war damals in der Lage Euer Excellenz zu melden, dass sowohl Tefvik Pascha als auch Kjamil Pascha den Protest nur als eine Formalität betrachteten und dass beide Minister dies nicht nur mir sondern auch Baron Marschall gegenüber erklärten. Die Pforte brachte diesen ihren Standpunkt auch dadurch zum Ausdruck, dass sie es vermied, gegen die Annexion von Bosnien, so wie sie es im bulgarischen Falle gethan hatte, bei den Mächten zu protestieren. Der Protest war in eine sehr milde Form gekleidet und nur an unsere Adresse gerichtet. Ausserdem erfolgte noch die mündliche Versicherung, dass man die Sache nicht weiter verfolgen wird. In diesem Stadium der Angelegenheit konnte man dieselbe mit Recht zwischen

uns und der Pforte als erledigt betrachten. Diese für uns günstige Sachlage, wurde durch die Declaration der 4 Mächte mit einem Schlage verdorben. Von diesem Momente an trat Kjamil Pascha mit grösserer Zuversicht auf und betonte mir gegenüber, dass er an seinem Proteste festhalte. Auch die Hetze in der Presse und der Boycott gegen unsere Waaren und Schiffe setzte erst dann mit Nachdruck ein. Wie mir scheint, dürfte vor Allem Russland ein Interesse daran gehabt haben, zu verhindern, dass das Programm für die Conferenz, wie es die Pforte anfangs wollte, auf die bulgarische Frage beschränkt bleibe. Damals hoffte Herr Iswolsky noch die Meerengenfrage aufs Tapet bringen zu können, er musste also bei den anderen Mächten darauf bestehen, dass möglichst viele Fragen in das Programm der Conferenz aufgenommen werden. Dies dürfte auch den Anlass zu seiner Declaration gegeben haben, welche die Lage für uns so sehr verwickelte. Nichtsdestoweniger hoffe ich schliesslich doch zu einem günstigen Resultate zu kommen und zwar eben weil jene Declaration besteht. Die Mächte müssen nämlich eben deswegen den grössten Werth auf das Zustandekommen einer Conferenz legen und werden daher gezwungen sein, nöthigen Falls auf die Pforte eine Pression auszuüben, damit sie unserem Wunsche nachkomme. Wir müssen nun an unserem Standpunkte festhalten: „Keine Conferenz ohne vorherige vollkommene Einigung mit der Pforte in der Annexionsfrage.“

Pallavicini.

a) Vgl. n. 255.

Nr. 440. Privatschreiben aus Konstantinopel-Jeniköj, 28. Okt. 1908 (eing. 30. Okt.). Ausfert.

Wenn auch der Lärm, den die europäische Presse wegen des angeblichen „Abbruches“ unserer Verhandlungen mit der Türkei machte, ziemlich ungelegen kam, so glaube ich mich doch der Hoffnung hingeben zu können, dass wir baldigst zum Ziele gelangen werden. Man ist, wie mir scheint, jetzt hier doch endlich zur Überzeugung gekommen, dass man mit Boycott und dergleichen Mittel nichts ausrichtet und dass wir die Stärkeren sind. Der Grossvezir steckt wie ich dies in meinem heute an Euer Excellenz gerichteten Telegramme No. 443 erwähne, ganz sicher hinter dem von Generalconsul Rappaport gemeldeten Annäherungsversuch des Saloniker Comité. Er will sich einerseits den Rücken decken, andererseits schiebt er das Comité vor, um gewisse Forderungen an uns zu stellen. Wenn ich nicht sehr irre, wird man jetzt mit der Forderung der Übernahme eines aliquoten Theiles der Staatsschuld herausrücken.^{a)} Ich glaube, wir müssten in dieser Beziehung den Standpunkt geltend machen, dass der Berliner Vertrag thatsächlich keine Handhabe für eine solche Forderung bietet, dass aber auch keine Billigkeitsgründe dafür sprechen, da wir ja Bosnien eigentlich erobert, was uns ohnedies viel Blut und Geld gekostet hätte. Türkischerseits scheint man jetzt überhaupt darauf auszugehen, so viel Geld als möglich aus den stattgefundenen Veränderungen, die man doch als faits accomplis hinnehmen muss, herauszuschlagen. Mein deutscher College hat mir gestern sehr besorgt über die Haltung Serbiens und Montenegros gesprochen. Baron Marschall

meint diese zwei kleinen Länder könnten doch irgendeinen Narrenstreich machen, der dann unabsehbare Folgen nach sich ziehen könnte. Besonders bedenklich scheint dem deutschen Botschafter der Umstand zu sein, dass der serbische Thronfolger an der Spitze einer Demonstrations-Mission in Petersburg empfangen werden soll. Auch in Bezug auf die Haltung Montenegros hat Baron Marschall gewisse Befürchtungen ausgesprochen. Mein deutscher College ist jetzt überhaupt in einer sehr pessimistischen Stimmung. Er war gewohnt, hier eine entscheidende Rolle zu spielen und nun hat dies ganz aufgehört. Schon dieser Umstand allein macht ihn missmuthig. Er sieht namentlich, was die Entwicklung der Dinge in diesem Lande anbelangt, mit grosser Besorgnis in die Zukunft, eine Besorgnis, die auch mir nicht unbegründet scheint. Pallavicini.

a) Vgl. n. 410, 437, 441, 453, 482.

Nr. 441. Tel. nach London; Budapest, 28. Okt. 1908 Nr. 9 (chiffr. 5 U. 30. M.p.m.). Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 26. l. M., No. 91, 92 und 93. Ich habe mit Befriedigung von der Euer Exzellenz gegenüber abgegebenen Erklärung Sir E. Greys Act genommen, dass er niemals der türkischen Regierung abgerathen sich mit uns zu verständigen und dass er stets daran festgehalten habe, es könne ihm nur willkommen sein, wenn eine Einigung zwischen Wien und Constantinopel erzielt würde. Was den Standpunkt anbelangt, den ich der Conferenzzidee gegenüber einnehme, so ist derselbe Euer Exzellenz bereits zur Genüge bekannt; in meinen gestrigen Ausführungen in der österreichischen Delegation habe ich diesen Standpunkt neuerdings präcisirt. Ebendasselbst habe ich auch hervorgehoben, dass unsere Verhandlungen mit der Pforte keineswegs als abgebrochen anzusehen sind, vielmehr nur ein Stillstand in denselben eingetreten ist. Da Markgraf Pallavicini beauftragt werden wird, diese Verhandlungen im geeigneten Momente fortzusetzen, und ich es für zweckmässig halte, dass dieselben in Constantinopel concentrirt bleiben, wollen sich Euer Exzellenz in einschlägige pourparlers mit Ihrem türkischen Collegen nicht einlassen, was nicht ausschliesst, dass Euer Exzellenz mit ihm in Fühlung bleiben. Was schliesslich den Gedanken einer Übernahme eines Theiles der ottomanischen Staatsschuld unsererseits^{a)} betrifft, worauf Sir Charles Hardinge dem Grafen Metternich gegenüber, wie auch Sir G. Lowther dem Markgrafen Pallavicini gegenüber anspielte, so bemerke ich zu Euer Exzellenz Information, dass die Übernahme einer solchen Verpflichtung in keiner Weise gerechtfertigt werden könnte und auf die öffentliche Meinung des In- und Auslandes den ungünstigsten Eindruck hervorrufen müsste, weshalb ich auf ein derartiges Ansinnen nicht einzugehen vermöchte. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 440, 442.

Nr. 442. Tel. aus London, 28. Okt. 1908 Nr. 96 (eing. 29. Okt. 9 U. a.m.).^{a)}
Entziff.

Mein russischer College sagte mir heute abermals, er sehe die beste Lösung der Schwierigkeit der Lage darin, daß wir „mit Geld etwas

generöser wären.“ Bei Übernahme von Gebieten sei stets auch ein (Teil)^{b)} der Staatsschuld übernommen worden. Wenn wir dasselbe täten, würde man es hier in England sehr gerne sehen und in Frankreich noch mehr, nachdem 60% der türkischen Staatsschuld in französischen Händen ist. Dieser Ausweg hätte auch den Vorzug, nach allen Seiten zu befriedigen und weder unsere Würde oder amour propre in irgend einer Weise verletzen zu können. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 441, 453. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 443. Tel. an den Zivilagentenstellvertreter in Saloniki; Budapest, 28. Okt. 1908 Nr. 1 (chiff. 11 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren geheimes Telegramm vom 26. I. M. No. 89. Ich ermächtige Euer Hochwohlgeboren mit dem von Ihnen genannten Delegierten des Comités in einen vertraulichen Meinungs austausch über die auch von diesem gewünschte Herstellung eines Einvernehmens zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei einzutreten und gleichzeitig die Zusicherung strengster Geheimhaltung abzugeben. Euer Hochwohlgeboren wollen darauf hinweisen, dass Österreich-Ungarn diejenige Macht gewesen sei, welche nach dem Umschwunge in der Türkei zuerst bei den anderen Cabineten für das Prinzip der Nichteinmischung und für eine wohlwollende zuwartende Haltung gegenüber dem neuen Regime eingetreten sei; durch seine Initiative in der Frage der fremden Offiziere habe es gleichzeitig der neuen Ära einen Beweis des Vertrauens gegeben und einen damals von den leitenden Männern der Türkei gewürdigten Dienst erwiesen. Zu der Änderung in der staatsrechtlichen Stellung Bosniens, welche Änderung ja nur rein formaler Natur war, seien wir nur aus zwingenden Gründen geschritten, wobei uns jede unfreundliche oder gar feindselige Absicht gegen die neue Türkei vollkommen ferne lag. Im Gegentheile: nicht nur waren wir bemüht, diese Modification in einer für die Türkei möglichst rücksichtsvollen Weise durchzuführen, sondern die k. und k. Regierung habe um ihre freundschaftlichen Absichten in ganz unzweideutiger Weise zu documentiren den nicht leichten Entschluss gefasst, welcher den Sandžak betrifft. Sie habe auf ihre vertragsmässig zugesicherten Rechte daselbst verzichtet, die inhaltlich und räumlich noch viel weiter giengen als wir sie thatsächlich bisher ausgeübt hatten, Rechte, welche gewiss sehr entwicklungsfähig gewesen wären. Wir hätten auf diese Weise den uns angedichteten aggressiven Tendenzen ein unumstössliches Dementi gegeben und damit den Beweis geliefert, dass wir den factischen Besitzstand der Türkei respectiren und aufrecht erhalten wollen. Wir waren und sind der Überzeugung, dass die Klarstellung unserer beiderseitigen Stellung in Bosnien und im Sandžak die nothwendige Vorbedingung für die Herstellung eines wirklich und dauernd freundschaftlichen Verhältnisses zur Türkei bilde. Wir seien bereit der Türkei hiezu die Hand zu bieten; selbstverständlich aber habe dies zur Voraussetzung, dass die Türkei auf ihrem Proteste nicht beharre und die jetzige thatsächliche Situation auch anerkenne. Dies müsse in unzweideutiger

Weise geschehen, über die Form aber könne man sich auseinandersetzen. Unsererseits wären wir bereit eine Erklärung in dem Sinne abzugeben, dass wir auf die Rechte im Sandžak zu Gunsten der Türkei verzichten, dass wir dieses Gebiet ohne jede Einschränkung als Bestandtheil des ottomanischen Reiches anerkennen, dessen Integrität wir mit den andern Mächten aufrecht erhalten wollen, endlich dass wir keinerlei engagement eingegangen seien, welches mit diesen Principien im Widerspruch stehe. Wir glauben, dass das Comité dem türkischen Reiche und seiner Consolidirung auf dem unter dem neuen Regime eingeschlagenen Wege den grössten Dienst erweisen würde, wenn es seinen mächtigen Einfluss zur Herstellung eines Einverständnisses mit Österreich-Ungarn auf obiger Grundlage aufbieten würde. Die Monarchie müsste in ihrem eigenen Interesse auf die ruhige Entwicklung und Erstarkung des Nachbarreiches in seinen gegenwärtigen Grenzen den grössten Werth legen und würde gewiss bemüht sein dieses zu fördern und Complicationen am Balkan von diesem ferne zu halten. Die Freundschaft der mächtigen Nachbarmonarchie wird sich für die Türkei gewiss als werthvoller erweisen als die Verbindung mit Elementen, die wie die Ereignisse zeigen, die Türkei nur vorschieben wollten, um ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke zu verfolgen. Euer Hochwohlgeboren wollen Ihre Sprache nach den im Vorstehenden angeführten Gesichtspunkten einrichten und mich über den Gang der Pourparlers im laufenden erhalten. Zu Ihrer Information bemerke ich, dass ich auf den hie und da aufgetauchten Gedanken der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld nicht eingehen könnte, da dies durch Nichts gerechtfertigt wäre und in der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes den ungünstigsten Eindruck hervorrufen würde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 451 Anm. d, 459.

Nr. ~~444~~. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 28. Okt. 1908 Nr. 23 (chiff. 29. Okt. 1 U. 35 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. und G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm No. 167 vom 27. d. Mts. erhalten. Ich entnehme demselben mit Interesse, dass entgegen den Äusserungen Herrn Iswolskys das mot d'ordre in Petersburg ausgegeben wurde, dass seine Dumarede auf unbestimmte Zeit vertagt werde. Trotzdem halte ich es für notwendig, auch den Fall in's Auge zu fassen, dass Herr Iswolsky doch Gelegenheit habe, zur Rechtfertigung seiner Politik das Wort zu ergreifen, wie dies in seiner Absicht liegt. Ich habe bereits mit dem Telegramme vom 10. Oktober No. 3 Euer Exzellenz eingeladen, Herrn Tscharikoff vorzustellen, dass ich, falls Herr Iswolsky vor der Öffentlichkeit auf die angebliche Diskrepanz zwischen unseren Auffassungen über die Verabredungen in Buchlau nochmals zurückkommen sollte, auch meinerseits genötigt wäre, mich an die Öffentlichkeit zu wenden; ich könnte dann nicht umhin, das geheime Protokoll des Jahres 1878^{b)} sowie die im Laufe des Sommers ausgetauschten Memoranden^{c)} zu veröffentlichen, deren Text zufolge Herr Iswolsky sogar die Annexion des Sandschaks ins Auge gefasst hatte. Aus meinen seitherigen

Mittheilungen, speziell aus meinem Erlasse vom 24. d. Mts., No. 2116, haben Euer Exzellenz ersehen, dass ich meinerseits während des Verlaufes der Delegationen die grösste Reserve beobachtet und mich auf die Euer Exzellenz bekannte Aeusserung in einer vertraulichen Sitzung der österreichischen Delegation (welche nicht in die Presse gelangte) beschränkt habe, Herr Tscharykoff hatte dieser übrigens ausdrücklich zugestimmt. Ich möchte mich der Hoffnung hingeben, dass auch der russische Minister diesem Beispiele folgen und sich dieselbe Zurückhaltung auferlegen werde. Ich kann aber nur wiederholen, dass mich eine direkte Abläugnung des Faktums, dass zwischen uns und Russland Verhandlungen betreffs der Balkan-Fragen, die Annexion inbegriffen, stattgefunden haben, zu einer öffentlichen Richtigstellung zwingen würde, die ich dokumentarisch zu belegen in der Lage wäre. Die öffentliche Meinung würde daraus ersehen, dass Herr Iswolsky gegen die Zusicherung einer freundschaftlichen Haltung Rußlands zur Annexion eine gleiche Zusage Österreich-Ungarns in der Dardanellen-Frage erhielt. Sollte also die Eventualität einer öffentlichen Rede Herrn Iswolsky's doch noch, entgegen der von Ihnen gemeldeten Annahme, in Betracht kommen, so wollen Euer Exzellenz rechtzeitig im Sinne meiner obzitierten Instruktionen vorgehen und dem Herrn Minister oder Herrn von Tscharikoff eindringlich die im Vorgehenden angeführten Consequenzen vor Augen führen und darlegen, wie sehr es im Interesse einer weiteren freundschaftlichen Aussprache zwischen den beiden Kabinetten gelegen wäre, eine solche Situation unter allen Umständen zu vermeiden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 448, 475. — b) n. 97 Anm. b. — c) n. 9, 48.

*Nr. 445. Tel. aus London, 29. Okt. 1908 Nr. 97 (eing. 30. Okt. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Mein deutscher Kollege hat heute Sir E. Grey gesehen und ihm vom Standpunkte der deutschen Regierung bezüglich der Konferenz gesprochen, das ist genaue Bekanntgabe und Bestimmung sämtlicher Punkte, welche die Zustimmung aller Mächte haben müssten. Er betonte, dass Reichskanzler sich mit Sir E. Grey in dem Wunsche begegne, dass keine Gruppierung der Mächte stattfinde. Bei dieser Gelegenheit hob Graf Metternich wieder hervor, wie bedauerlich es gewesen sei, gewisse serbische Hoffnungen zu erwecken, denen Österreich-Ungarn nicht zustimmen könne, wodurch die Gefahr eines kriegerischen Abenteuers seitens Serbiens erhöht würde. Sir E. Grey erwiderte, dass er in allem, was er den Serben gesagt habe und sage, sie nur auf den friedlichen Weg verwies und von Krieg auf das Entschiedenste abgeraten habe. Der rumänische Gesandte suchte mich heute auf und will als ganz bestimmt wissen, dass serbischer Minister des Äussern hier seinen bekannten Wunsch vorgetragen hat, auf einen 20 km breiten Streifen Landes, der Serbien mit Montenegro verbinden und auf welchem Eisenbahnlinie von Donau zur Adria hergestellt werden könnte. D'après Monsieur Catargi, Monsieur Milovanovich aurait déclaré que s'il n'obtenait pas cela, la Serbie désespérerait et, pas sûre du lendemain, se verrait forcée à la guerre, comme coup désespéré. Sir E. Grey

aurait répondu qu'il sympathisait et comprenait l'état difficile de la Serbie. Il avait même parlé d'appui moral, mais en déclarant que la Serbie ne devait absolument compter sur rien de plus et qu'il déconseillait absolument la guerre, qui serait de l'aventure pure, alors que les Puissances font tous leurs efforts pour maintenir la paix. Gleichlautend Budapest. Mensdorff.

a) Vgl. n. 370, 453.

Nr. 446. *Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern Tittoni; Rom, 29. Okt. 1908 (eing. 1. Nov.).*^{a)} *Ausfert.*

Le Comte Lützow m'a remis la lettre que Vous avez bien voulu m'adresser en date du 19 de ce mois, pour me communiquer les deux aide-mémoires relatifs à Vos pourparlers secrets avec le Cabinet de St. Pétersbourg avant l'entrevue de Buchlau. Je m'empresse de Vous remercier de cette obligeante communication. J'ai pris connaissance des deux importants documents, avec un très vif intérêt et avec toute l'attention qu'ils comportent, et je Vous serai obligé de me dire si je puis les garder pour moi ou si Vous en attendez la restitution.^{b)} Tout en me réservant de Vous faire connaître ma manière de voir au sujet des considérations développées dans votre lettre, je me plais à Vous assurer dès à présent que je partage entièrement Votre espoir qu'à la future Conférence — dont la réunion constitue toujours, à mes yeux, le meilleur moyen pour sortir des difficultés présentes — notre entente puisse se manifester d'une manière salubre pour la paix générale et profitable aux bonnes relations entre nos deux pays. Tittoni.

a) Vgl. n. 465. — b) Mit Erlaß vom 4. Nov. 1908 Nr. 2235 wurde der Botschafter in Rom beauftragt, Herrn Tittoni zu sagen, daß eine Rückstellung nicht erwartet werde.

Nr. 447. *Tel. aus St. Petersburg, 29. Okt. 1908 Nr. 168 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).*^{a)} *Entziff.*

Figaro vom 25. d. M. bringt „Empereur Nicolas et l'entrevue de Buchlau“ überschriebenen Artikel, in welchem mir die Rolle des Kronzeugen in Controverse über fragliche Besprechung zugeordnet ist. Da Artikel geeignet erscheint, in unliebsamer Weise Glauben zu erwecken, von mir inspiriert zu sein, muss ich Euer Exzellenz Ermessen anheim stellen, denselben — etwa in Form eines von mir ausgehenden Dementis, dahingehend, dass ich bei den Pourparlers nicht zugegen war — rektifizieren lassen zu wollen. Berchtold.

a) Vgl. n. 460.

Nr. 448. *Tel. aus St. Petersburg, 29. Okt. 1908 Nr. 170 (eing. 30. Okt. 9 U. a. m.).*^{a)} *Entziff.*

Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 23 vom 28. d. M. dem Ministergehilfen gegenüber verdolmetscht. Herr von Tscharykoff brachte lebhafteste Befriedigung kaiserlichen Kabinetts über die von Euer Exzellenz beobachtete Zurückhaltung zum Ausdruck, gleichzeitig versichernd, daß hiesiger Minister des Aeußern gegebenenfalls volle Reziprozität üben werde. Frage, ob

vorderhand auf unbestimmt vertagte Kundgebung in der Duma überhaupt verwirklicht werde, derzeit noch ungelöst. Keinesfalls würde dies ohne gründliche Durchberatung im Ministerkonseil und spezielle Autorisation Seiner Majestät erfolgen. Gewann aus Rede Herrn von Tscharykoff's Eindruck, daß Minister eventuell bei Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes allgemeines Exposé halten würde, ohne auf Pourparlers mit Euer Exzellenz näher einzugehen. Herr Iswolsky, welcher heute von Kaiser Nikolaus empfangen wird, bisher mit diplomatischen Vertretern nicht in Kontakt getreten. Berchtold.

a) Vgl. n. 461, 463.

Nr. 449. Privatschreiben des zur Dienstleistung in das Ministerium des Äußern einberufenen Gesandten in Athen, Karl Freiherrn von Macchio, an den Minister des Äußern in Budapest; Wien, 29. Okt. 1908.a) Ausfert.

Geheim. Im Besitze Deines gütigen Schreibens vom 25. I. M. beeile ich mich, Dir über den Stand meiner Informations- und Vorbereitungsschritte für die albanesische Eventualaktion in Kürze zu berichten. Die Sache ist nun so weit gediehen, daß bezüglich des Waffen- und Munitionstransportes, respektive Schmuggels der mögliche Weg bis ins Detail fixiert wurde. Bezüglich der Bereitstellung des hiefür nötigen Materiales kann mit der Kriegsverwaltung erst das Einvernehmen gepflogen werden, wenn Feldmarschall-Leutnant Krobatin, an den der Generalstabschef mich wies, von Budapest zurückgekehrt ist. Bezüglich der in einem weiteren Stadium der Sache, trotz der Kompromittierungsgefahr unabweislichen Uebernahme der Leitung der Aktion durch das Generalkonsulat Skutari habe ich einseitigen Generalkonsul Kral brieflich aufgefordert, mir seine Ansichten und Vorschläge mitzuteilen. Die beiliegende knappe Skizze^{b)} enthält das beiläufige Aktionsprogramm, wie ich es mir denke. Du siehst also, daß ich nichts getan habe, was der Sache irgendwie präjudizieren könnte, nichts was einem Beginne der Ausführung gleichkäme, da ja isolierte Schritte, bevor man sich über Durchführung des Ensembles klar ist, nur gefährlich wären. Das Einzige, was vielleicht jetzt schon geschehen könnte, wäre eine Getreide- respektive Geldspende zu dessen Ankauf. Damit würde man nur eine schon öfter vorgekommene Hilfsaktion wiederholen, die also nicht auffallen und kaum Mißdeutung finden könnte; zugleich die Stimmung verbessern. Dies wäre umso mehr bald einzuleiten, als Kral selbst angesichts bevorstehender Hungersnot dazu rät. Feldmarschall-Leutnant von Conrad habe ich aufmerksam gemacht, daß man sich mit dieser Aktion beschäftigt, daß es aber eine Illusion wäre, wenn er glauben sollte, im Bedarfsfalle vor dem Frühjahr auf ein Resultat zu rechnen. Er nahm diese Mitteilung dankend zur Kenntnis und fährt fort, unsere militärische Situation gegenüber Montenegro pessimistisch zu beurteilen. Serbien macht ihm keine ernste Sorge, wohl aber unsere Stellung in der Herzegowina und besonders in der Bocche, da er aus den montenegrinischen artilleristischen Vorkehrungen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß man unsere schwachen Seiten genau kennt. Das einzige Beruhigungsmoment, dem er etwas zugänglich war, ist der

Hinweis auf den Charakter des Fürsten. Wenn sich auch bis zum Frühjahr unsere militärische Position, falls sonst keine Detente eintritt, bessern könnte, so wäre ihm auch dann eine albanesische Aktion sehr erwünscht, doch macht er aufmerksam, daß man den Eintritt des Frühjahres, d. h. der Operationsmöglichkeit schon auf Anfang Februar ansetzen muß. Im Gegensatz zum Generalstabschef beurteilt Baron Kutschera, der die bosnisch-herzegowinischen Verhältnisse aus langjähriger Erfahrung kennt, die Situation speziell auch an der herzegowinischen Südgrenze sehr günstig. Er glaubt noch immer ebenso wenig als ich daran, daß der Fürst sich dort ernster vorwagen werde, als durch Entsendung von Banden. Andererseits hält er die herzegowinische bauerliche Grenzbevölkerung für so weit durch Zehentablösung und Robotaufhebung mit ihrer jetzigen materiellen Lage zufrieden und für zu sehr vertraut mit den desolaten montenegrinischen Verhältnissen, als daß von ihr ein aktives Sympathisieren mit montenegrinischen Einflüsterungen, geschweige denn ein Aufstand im Falle montenegrinischer Aggression zu besorgen stünde. Auch die Bevölkerung in der Gegend zwischen Foča und Visegrad, also am Nordausgange des Sandschak, hält Baron Kutschera, da sie vorwiegend mohammedanisch, für verlässlich. Macchio.

a) Vgl. n. 864. — b) Wurde wie alle übrigen Aufzeichnungen über Einzelheiten der Durchführung dieser Aktion nicht aufgenommen.

Nr. 450. Vertrauliche Meldung eines serbischen Konfidenten. Belgrad, 30. Okt.a) 1908.b) Ausfert.

Da unsere Regierung kein Geheimnis daraus macht, während der Anwesenheit des Brigadiers Vukotić in Belgrad über Vorschlag des Fürsten Nikola den Entwurf eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses für den Fall eines Angriffs seitens Österreich-Ungarns vereinbart zu haben, so bin ich in der Lage, die Hauptpunkte dieses Entwurfes so mitzuteilen, wie ich sie von Dragomir Janković für Herrn Novaković erhalten habe. Janković begleitet den Thronfolger und hat vor der Abreise unseren Gesandten in Petersburg mittels Chiffre-Telegrammes über das erzielte „Präliminar-Einvernehmen“ informiert. Es versteht sich von selbst, daß dieser Entwurf vorderhand noch keinerlei Vertragskraft besitzt. Diese Kraft wird erst dem Vertrage über das Offensiv- und Defensiv-Bündnis zukommen, welcher nach Rückkehr Milovanovićs und des Thronfolgers erst dann abgeschlossen werden soll, wenn wir einmal genau wissen, woran wir sind. Der Offensiv- und Defensiv-Bündnis-Vertrag soll serbischerseits unter Mitwirkung sämtlicher Parteiführer abgeschlossen und in Rom, oder falls dies nicht möglich sein sollte, in einer anderen italienischen Stadt von den serbischen und montenegrinischen Spezialdelegierten unterzeichnet werden. Hier die Hauptpunkte des Entwurfes: 1.) Die unter Mißachtung der Anordnungen des Berliner Vertrages eigenmächtig vorgenommene Annexion Bosniens und der Herzegovina gebietet Serbien und Montenegro ein bestimmtes einverständliches Vorgehen. 2.) Serbien und Montenegro werden daher in dieser Frage vollkommen einverständlich vorgehen, eines ohne das andere nichts unternehmen; die Delegierten und andere politische Abgesandte Serbiens werden gleichzeitig auch Montenegro vertreten und umgekehrt.

Die Regierungen Serbiens und Montenegros werden sich gegenseitig detailliert und erschöpfend die Instruktionen mitteilen, welche sie den betreffenden Delegierten und Abgesandten erteilen werden. 3.) Im Falle einer bewaffneten Aktion werden Serbien und Montenegro ebenfalls vollkommen einverständlich vorgehen. 4.) Im Vertrage über das Offensiv- und Defensiv-Bündnis wird vereinbart werden, bis zu welchem Zeitpunkte die bewaffnete Aktion einzusetzen haben wird, vom Tage der Vertragsunterzeichnung an gerechnet. Dieser Termin könnte 8 Tage nicht überschreiten. 5.) Welcher (Vertrags)Theil immer von Österreich-Ungarn angegriffen werden sollte, so ist der andere Theil verpflichtet, sofort in Aktion zu treten, also selbst vor Ablauf des vereinbarten Termines. 6.) Kein Vertragstheil ist berechtigt, für sich allein irgendwelche Unterhandlungen zu führen. Unterhandlungen können nicht geführt, Friede oder Waffenstillstand nicht geschlossen werden ohne gemeinsames Einverständnis. 7.) Die Interessensphäre Serbiens umfasst Bosnien, jene Montenegros die Herzegovina. Sowohl Serbien als auch Montenegro werden in Konstantinopel versuchen, vom Sultan die Ermächtigung zu erhalten, daß Serbien mit Waffengewalt in Bosnien eindringe, um dort auf Grundlage der Gleichberechtigung aller Konfessionen und Nationalitäten die Ordnung herzustellen und die Verwaltung zu übernehmen und sie unter der Souverainität der Pforte auch beizubehalten. Für Montenegro gilt das Gleiche bezüglich der Herzegovina. 8.) Die serbische Regierung wird der montenegrinischen aus den eigenen Geldmitteln 4 Millionen Dinars zur Verfügung stellen. 9.) Bei Abschließung des Offensiv- und Defensiv-Bündnis-Vertrages wird jeder Theil all' das in Erwägung ziehen, das der andere Theil noch zu vereinbaren wünscht.

Die Militär-Konvention konnte ich nicht erhalten, doch ist mir deren Inhalt bekannt. Der Hauptpunkt besagt, daß das serbische Heer nach Bosnien, das montenegrinische in die Herzegovina einzudringen hat. Jedes Heer veranstaltet einen Volksaufstand und bewaffnet und organisiert die Bevölkerung. Die Albanesen-Liga wird Fürst Nikolaus organisieren mit Hilfe italienischer Freiwilliger. Die Banden-Aktion organisiert Serbien. Als Velimirović den Entwurf an Janković zur Chiffrierung nach Petersburg übergab, trug derselbe noch keine Unterschrift. Der Entwurf wurde inzwischen später „beglaubigt“ und trägt jetzt die Unterschrift unseres Kriegsministers und jene Vukotićs.

^{a)} Wohl neuen Stils, da Vukotić, wie aus dem Tel. aus Cetinje, 4. Nov. 1908 Nr. 100 hervorgeht, am 4. Nov. schon wieder in Cetinje war. Vgl. auch n. 421. —
^{b)} Vgl. n. 541.

Nr. 451. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bülow; Berlin, 30. Okt. 1908.^{a)} *Ausfert.*

Bevor ich mich eingehender zu Ihren inhaltreichen Briefen vom 26. v. Mts. und 15. d. M. wende, wiederhole ich Ihnen die von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, meinem Allergnädigsten Herrn, Seinem erhabenen Verbündeten gegebene Versicherung, dass wir in der bosnischen Frage fest zu Oesterreich-Ungarn stehen. Seien Sie überzeugt, dass wir uns in unserer bundesfreundlichen Haltung weder durch die Besorgnisse

des Herrn Clémenceau noch durch etwaige russische Massnahmen an unserer Ostgrenze beeinflussen lassen. Uebrigens betrachte ich diese beiden dunklen Punkte vorläufig noch als ein recht fern stehendes Gewitter. Ueber unsere Verhandlungen mit Herrn Iswolsky sind Sie durch Vermittelung des Herrn von Szögyény und unseres Botschafters in Wien auf dem Laufenden gehalten worden. Sehr wertvoll waren mir für meine Unterredungen mit dem russischen Minister Ihre vertraulichen Informationen über Ihren Gedankenaustausch mit ihm. Herr Iswolsky kam hier in erregter Stimmung an. Ich übergehe den persönlich gefärbten Teil seiner Ausführungen. Sachlich vertrat er die Auffassung, dass das Vorgehen Oesterreich-Ungarns in der bosnischen Frage einen Vertragsbruch darstelle, der dem Urteil sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages unterworfen werden müsse. Eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten könne er sich nur in der Weise denken, dass Oesterreich-Ungarn die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina vor eine Konferenz bringen lasse und Serbien sowie Montenegro territoriale Entschädigungen gewähre. Für Serbien würde vielleicht ein Streifen Land am Südrande Bosniens genügen. Für Montenegro müsse ausser der von Oesterreich-Ungarn anscheinend schon zugesagten Aufhebung des Artikel 29 des Berliner Vertrages, mindestens noch die Sicherheit geboten werden, dass Antivari nicht von dem dalmatischen Platze Spīca drohend beherrscht werde. Herr Iswolsky führte hierbei aus, dass diese Kompensationen sich aus politischen Gründen empföhlen, da sie das einzige Mittel wären, um Serbien und Montenegro zu beruhigen, namentlich aber um die öffentliche Meinung in Russland zu befriedigen und damit den Weg für weiteres Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn offen zu halten, ein Zusammengehen, das ihm und seinem Kaiserlichen Herrn bisher so sehr am Herzen gelegen habe. Für den Fall, dass diese Wünsche nicht erfüllt würden, stellte Herr Iswolsky nicht ohne Emphase den Losbruch der Serben und Montenegriner, einen allgemeinen Brand auf der Balkanhalbinsel und schliesslich einen Weltkrieg in Aussicht. Indem er seine eigene Lage als eine geradezu verzweifelte schilderte, verlangte er schliesslich unter Berufung auf die hundertjährige Freundschaft zwischen Russland und Preussen-Deutschland, dass wir bei Oesterreich-Ungarn für die Annahme seiner Wünsche eintreten möchten. Ich habe Herrn Iswolsky erwidert, dass wir ehrlich und lebhaft Frieden und Eintracht zwischen den Mächten und ganz besonders zwischen Russland und Oesterreich-Ungarn wünschten und uns auch in diesem Punkte eins mit Ihnen wüssten. Wir hegten die feste Zuversicht, dass sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei dem bei allen Grossmächten vorhandenen guten Willen in friedlicher Weise lösen lassen würden. Das Verhalten Oesterreich-Ungarns in der bosnischen Frage erscheine uns allerdings in wesentlich anderem Lichte als ihm. Oesterreich-Ungarn habe mit seinem Vorgehen den Notwendigkeiten seiner Stellung Rechnung getragen, dabei aber die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise geändert. Ein festes und offenes Eintreten für unseren bewährten Bundesgenossen sei für uns nicht nur ein Gebot der Loyalität, sondern auch durch die Sachlage gerechtfertigt. Dies vorausgeschickt, könne ich ihm nur erklären, dass wir zwar keine prinzipiellen

Gegner der Konferenz wären, dass wir es aber ablehnen müssten, Oesterreich-Ungarn zur Annahme der ihm dabei zugedachten Rolle zuzureden. Mit der Würde der Habsburgischen Monarchie erscheine es uns nicht vereinbar, dass sie ihre durch die Lage erforderten Entschlüsse der Kritik und dem Arbitrium einer Konferenz unterziehen und sich durch eine Konferenz solche Kompensationen für die kleinen Balkanstaaten aufzwingen lassen könnte. Selbstverständlich würden wir zu einer Konferenz nicht gehen können, wenn Oesterreich-Ungarn sich davon fernhielte. Wir erachteten eine Konferenz nur dann für möglich, wenn vorher tatsächlich vollständige Uebereinstimmung unter allen Mächten über alle zur Frage stehenden Punkte erzielt wäre. Nachdem Herr Iswolsky sich durch diese Unterredung mit mir und eine gleichartige Aussprache mit Herrn von Schoen davon überzeugt hatte, dass wir für die uns zugedachte „Vermittlerrolle“ nicht zu haben sind, trat er, wesentlich ruhiger geworden, mit dem Wunsche hervor, ihm durch ein offizielles Presskommuniqué die Basis für die von ihm beabsichtigten Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett, in erster Linie zwischen St. Petersburg und Wien, zu schaffen. Wiewohl sich der russische Minister bei diesem Vorschlage wohl in erster Linie von dem Bestreben leiten liess, in der Oeffentlichkeit einen möglichst günstigen Eindruck für sich zu erwecken, haben wir, um eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, uns in diesem Punkte ihm gegenüber nicht ganz ablehnend verhalten. Wir haben uns zu der (Ihnen bekannten) offziösen Aeusserung vom 26. d. Mts. verstanden.^{b)} Auf eine von Herrn Iswolsky lebhaft gewünschte schriftliche Fixierung irgend welchen Einvernehmens mit Russland über den Londoner Entwurf zu einem Konferenzprogramm sind wir nicht eingegangen.^{c)} Mit Befriedigung habe ich aus einem eben eingegangenen geheimen Telegramm von Tschirschky ersehen, dass Aussicht vorhanden ist, zu direkten Verhandlungen mit dem Komitee von Saloniki,^{d)} welches nach unseren Berichten von Anfang an mehr zu Oesterreich als zu England neigte. Diese Verhandlungen werden hoffentlich dazu beitragen, die Türken zu der gesunden Ueberzeugung zurückzubringen, dass Oesterreich und Deutschland, die im eigenen Interesse eine konservative Balkanpolitik vertreten, natürliche Stützen der Türkei sind. Die Einsichtigen unter den Muselmanen können sich doch eigentlich auf die Dauer der Erkenntnis nicht verschliessen, dass gerade unsere dreissigjährige Allianz Europa seinen langen Frieden und der Türkei eine verhältnismässig ruhige Epoche gesichert hat. Jedenfalls fällt, wenn die Türkei diese Zeit nicht entsprechend genutzt hat, dies nicht unserer unentwegt erhaltenden Politik zur Last. Ich habe während der letzten Monate immer wieder in Konstantinopel darauf hinweisen lassen, dass es sich nach unserer Auffassung bei der endgültigen Einverleibung Bosniens und der Herzegowina für die Türkei nur um die Aufgabe eines Scheines handelt und dass es uns nicht verständlich wäre, wenn die Türkei wegen Preisgabe dieser rein äusserlichen Form gefährliche Verwicklungen heraufbeschwören und deshalb die guten Beziehungen nicht nur zu Oesterreich-Ungarn, sondern auch zu uns stören würde. Andererseits erscheint es uns dringend erwünscht, dass die Anerkennung des in Bulgarien neugeschaffenen Zustandes nicht

eher erfolgt, als die Kompensationen gefunden sind, welche die Türkei für den in Bulgarien erlittenen Verlust entschädigen. Dass unser Zusammengehen sich auch da betätigen wird, hoffe ich umsomehr, als Oesterreich und Deutschland in dieser Richtung die gleichen Interessen haben. Eine die Türkei wie unsere Betriebsgesellschaft voll befriedigende Regelung der Eisenbahnfrage erscheint mir als selbstverständliche Voraussetzung. Herr Iswolsky brachte auch die Meerengenfrage zur Sprache. Auf meine direkte Frage, wie sich England und wie sich Frankreich zu den Meerengen stellten, erwiderte er nach einigem Zögern und anscheinend ungern, dass die Engländer die Anregung der Frage jetzt nicht für opportun hielten und auf ihre türkischen Freunde keinen Druck ausüben wollten: die in Konstantinopel finanziell so stark engagierten Franzosen hätten sich ungefähr auf derselben Linie gehalten. Wir haben uns in dieser Frage, wie ich vertraulich bemerken darf, ganz frei gehalten, mit ausdrücklichem Hinweis darauf, dass wir die russische Meerengen-Politik nicht bekämpfen, sie bei der heutigen Gruppierung der Mächte aber keinesfalls aktiv durch Druck auf andere fördern könnten. Wir haben vielmehr betont, dass wir eventuell bereit sein würden, dem Gedanken einer Garantierung des europäischen Besitzstandes der Türkei näherzutreten. Was die weitere Behandlung der Konferenzfrage anlangt, so werden Sie, wie ich vermute, auch ferner an dem Standpunkte festhalten, dass wir auf eine Konferenz nur dann gehen können, wenn vorher wirklich vollkommene Einigung über alle Punkte erzielt worden ist. Nur auf diese Weise werden wir uns gegen unliebsame Ueberraschungen sichern können. Auch möchte ich glauben, dass es weder im Interesse Oesterreich-Ungarns noch im deutschen Interesse liegt, dass die Konferenz zu bald zusammentritt und dass ihr ein übermässiger Glanz gegeben wird. Vielmehr scheint mir auch unserem Interesse der Gedanke zu entsprechen, dem ich wiederholt in der österreichischen Presse begegnet bin, dass man die Konferenz nur dann acceptiert, wenn sie in der Hauptsache auf die Aufgabe eines bureau d'enregistrement beschränkt wird. Damit wird die Gefahr vermieden, dass die Konferenz, über ein nüchternes und präzises Programm hinausgreifend, zum Tummelplatz panslavistischer und anderer Umsturzpläne, Ambitionen und Intriguen wird. Es dürfte sich deshalb auch empfehlen, dass wenn die Konferenz — der pompöse und vielverheissende Ausdruck Kongress wird von vornherein auszuschalten sein — zu stande kommen und zum Beispiel in einem Ort wie Florenz oder Palermo tagen sollte, dazu nicht leitende Minister, sondern nur Delegierte (Botschafter, Sektionschefs, oder auch Gesandte) entsandt werden. Durch Herrn von Schoen weiss ich, dass Ihnen nach und nach Zweifel darüber aufgestiegen sind, ob die jetzigen unappetitlichen Zustände in Serbien auf die Dauer haltbar sein werden. Ich habe überhaupt Vertrauen zu Ihrem Urteil, in diesem speziellen Falle sage ich mir noch ausserdem, dass Sie die serbischen und die damit zusammenhängenden Verhältnisse genauer beurteilen können wie ich aus der Ferne. Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schliesslich gelangen werden, als die durch die Verhältnisse gebotene ansehen.

Bülow.

^{a)} Vgl. n. 703, 2968. — ^{b)} Vgl. n. 403. — ^{c)} Vgl. Beilage zu n. 436. — ^{d)} Vgl. n. 443.

Nr. 452. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Okt. 1908 Nr. 446 (eing. 5 U. 55 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Die Blätter bringen die Nachricht, dass sich der türkische Botschafter in Berlin dahin ausgesprochen haben soll, die Türkei wäre bereit, die Annexion Bosniens anzuerkennen, stelle jedoch die Forderung, dass Österreich-Ungarn der Türkei den Besitz des Sandschaks von Novibazar gegenüber Serbien und Montenegro garantiere. Auf diese Forderung hat, wie Euer Exzellenz bekannt ist, im ersten Stadium unserer Verhandlungen sowohl Kiamil Pascha als auch Tewfik Pascha wiederholt angespielt. Das von uns in dem beabsichtigten Notenwechsel in Aussicht gestellte Versprechen wird hier als vollkommen nutzlos betrachtet, wie ich dies übrigens schon einmal hervorgehoben habe. Es scheint mir also nicht ausgeschlossen, dass man türkischerseits bei Wiederaufnahme unserer Verhandlungen auf den obigen Gedanken zurückkommen könnte. Meiner unmassgeblichen Meinung nach würde die Monarchie durch ein solches Versprechen gar nichts riskieren, da sie ohnedies niemals zugeben könnte, dass der Sandschak in serbische oder montenegrinische Hände kommt, ganz besonders auch mit Rücksicht auf die Sandschakbahn. Es wäre vielleicht sogar möglich, bei dieser Gelegenheit von der Pforte eine bindende Erklärung zu erwirken, dass bei Erteilung der Konzession jener Bahn an eine Gesellschaft ein Einvernehmen der beiden Regierungen vorhergehen müsse. Eine solche Erklärung wäre meines Erachtens unter den heutigen Verhältnissen, wo wir auf alle unsere Rechte den Sandschak betreffend verzichtet haben, von Wichtigkeit. Ich denke, dass die Verhandlungen wegen Anerkennung der Annexion Anfang der nächsten Woche wieder in Fluss kommen werden. Ich wäre Euer Exzellenz zu Dank verpflichtet, wenn Euer Exzellenz mich mit Instruktionen für den Fall versehen würden, als die türkische Regierung auf die Idee der Garantieleistung zurückkommen sollte. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 309, 333.

Nr. 453. Bericht aus London, 30. Okt. 1908 Nr. 52A (eing. 12. Nov.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Ich habe heute Sir Edward Grey aufgesucht, hoffend, dass er mir vielleicht etwas über seine Unterredung mit Herrn Milovanovitch sagen würde. Wie ich bereits mit heutigem Telegramme No. 98^{b)} gemeldet habe, war der Herr Staatssekretär ziemlich reservirt. Er sagte mir, der serbische Minister des Äussern habe ihm die Wünsche und Aspirationen seines Landes vorgetragen, wie es auch in anderen Hauptstädten geschehen sei. Die Erregung in Serbien sei sehr tiefgehend (the feeling is very deep), doch habe Sir Edward dem serbischen Minister auf das Entschiedenste gerathen jede krieglerische Complication zu vermeiden und sich nur auf friedliche Mittel zu verlegen. (Dies würde so ziemlich mit den Informationen Herrn Catargis übereinstimmen, die ich mit gestrigem Telegramme No. 97 gemeldet habe.) Ich antwortete dem Herrn Staatssekretär, dass, nachdem Serbien in keiner Weise geschädigt worden sei, die Ansprüche auf Compensationen und gar territoriale Veränderungen durch nichts gerechtfertigt werden können. Im Laufe unserer Conversation, die sich daraus entspann,

gab Sir Edward Grey zu, dass wir zwar nichts genommen oder besetzt hätten, was serbischer Besitz sei, dass aber das Nationalgefühl — the racial feeling — auf das tiefste aufgewühlt worden sei. Bei allen unseren Unterredungen bezüglich Macedoniens hätte Grey immer auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die durch ein Wiederaufleben der intensiven verschiedenen National-Gefühle auf dem Balkan entstehen könnte und nun sei es durch die Aktion der k. u. k. Regierung selbst geschehen. Ich wollte dies nicht gelten lassen und hob abermals die Gründe hervor, welche die Einverleibung der occupirten Provinzen jetzt unvermeidlich gemacht hätten. Ich betonte namentlich die von Serbien aus betriebene Agitation und die Nothwendigkeit, Bosnien und der Herzegovina eine Constitution zu geben. Was Ersteres betrifft, so meinte Sir Edward, dass er unsere Angaben gewiss nicht in Zweifel ziehen wolle, dass aber davon so wenig gehört worden sei und man nicht darauf vorbereitet war, dass die serbische Propaganda, von der er so gut wie nichts wusste, ein Motiv sein würde, welches uns zu dem plötzlichen Schritte der Annexion bewegen würde. Ich erwiderte ihm, dass die unseren Behörden vorliegenden Beweise keinen Zweifel darüber liessen, dass eine schamlose Agitation, namentlich in den letzten Monaten, von Serbien aus in die occupirten Provinzen getragen wurde. Die Ertheilung einer Constitution betreffend, versuchte Sir Edward den Gedanken zu vertreten, dass dies auch ohne Annexion möglich gewesen wäre und gewiss bei den Jung-Türken keinem Widerspruche begegnet wäre. Was die allgemeine Lage betrifft, so meinte Sir Edward, dass, wenn eine Einigung zwischen uns und der Türkei oder zwischen der Türkei und Bulgarien erzielt würde, jedenfalls ein Schritt nach vorwärts gemacht wäre. Ich erwiderte, dass unsere Verhandlungen in Constantinopel durchaus nicht abgebrochen wären und dass Euer Exzellenz mit grosser Befriedigung von seiner mir am 26ten gemachten Erklärung Kenntniss genommen hätten, derzufolge die britische Regierung in keiner Weise einer directen Verständigung zwischen Wien und Constantinopel entgegengewirkt hätte. Sir Edward stellte wieder an mich die Frage, was wir der Türkei anzubieten in der Lage wären. Es stehe ihm fern, irgend eine Suggestion zu machen, er frage aber nur, ob der Gedanke der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld^{c)} nicht in Erwägung gezogen werden könne. Er glaube, es sei auch im Berliner Verträge etwas in diesem Sinne bezüglich der von der Türkei abgelieferten Gebietstheile vorgesehen.¹⁾ Ich erwiderte, dass nachdem wir seit 30 Jahren Millionen ausgegeben hätten, um die Provinzen zu civilisiren und zu erschliessen, es unmöglich gerechtfertigt erscheinen könnte, dass wir jetzt noch einen Theil der türkischen Staatsschuld übernehmen, dass die öffentliche Meinung in der Monarchie es auch nicht zugeben würde etc. Auf den grossen Vortheil, den wir der Türkei durch das Aufgeben der Rechte im Sandjak bieten, geht Sir Edward Grey trotz meinem wiederholten Versuche nicht ein und kommt immer darauf zurück, dass der Türkei und dem neuen Régime daselbst für die erlittene „moral injury“ eine Entschädigung geboten werden sollte.²⁾ Ich habe darüber schon so häufig telegrafisch gemeldet, dass ich Euer Excellenz nicht mit Wiederholungen ermüden darf und möchte meinen Eindruck nur dahin

resumiren, dass Sir Edward noch immer gegen uns verstimmt ist und die Situation für ernst ansieht, dass er aber, wenn wir mit der Türkei zu einer Verständigung gelangen könnten, nichts thun würde, um einer für alle Seiten befriedigenden Lösung entgegenzutreten. Sowohl Grey als Hardinge, wie auch mein russischer, italienischer und selbst deutscher College, ferner auch andere hiesige Persönlichkeiten, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit hatte, lassen immer durchklingen, wie wünschenswerth es ihnen schiene, wenn durch irgendeine Art von *acte de générosité* der k. u. k. Regierung der Türkei gegenüber eine *détente* hervorgerufen werden könnte. Ich habe auch mit Sir Charles Hardinge, der gestern Abend en *petit comité* bei mir speiste, etwas eingehender über die Situation zu sprechen Gelegenheit gehabt. Was den Empfang des serbischen Ministers des Äussern betrifft, so sagte mir Hardinge, Herr Milovanovich habe in einer längeren, wohl vorbereiteten und sehr gut gemachten Rede die serbischen Wünsche vorgetragen. Er mache einen sehr intelligenten Eindruck und scheine auch einen gewissen *sense of humor* zu haben, denn als er ausrief „*c'est la fin de toutes nos espérances*“ und Hardinge einwarf „*et de vos illusions*“, habe er herzlich gelacht. Ermunterung zu kriegesischen Aventuren habe Herr Milovanovich hier jedenfalls nicht gefunden — wie mir Hardinge sagte. Ich benützte diesen Anlass, um abermals Sir Charles Hardinge vorzuhalten, wie unrichtig es gewesen sei, aus Rücksicht für die persönliche Stellung des Herrn Iswolsky einen Punkt in das Conferenz-Programm aufzunehmen, der in Serbien und Montenegro unerfüllbare Hoffnungen erwecken musste. Hardinge protestirte dagegen und erklärte, man habe den Punkt 7 des Programmes, wie er von Iswolsky redigirt worden war, hier im Foreign office umgeändert und abgeschwächt. Als ich bemerkte, es wäre besser gewesen ihn ganz auszulassen, meinte er, wenn man gar nichts gesagt hätte, wäre es zu einer sofortigen Explosion in Serbien und Montenegro gekommen!! Es wäre klüger gewesen, diesen Ländern nicht jede Hoffnung zu benehmen und Zeit zu gewinnen, damit sie sich etwas beruhigen können! Im Übrigen sieht er die Situation als ziemlich ernst an, namentlich in Folge der Petersburger Nachrichten über ein bedenkliches Aufleben der panslavistischen Strömungen. Er hält es für richtig und klug, dass Herr Iswolsky seine Erklärungen in der Duma jetzt nicht abgebe. Seine Stimmung ist nicht rosig und er liess mehrfach Äusserungen fallen wie: „Wir können von Glück reden, wenn wir aus allen diesen Schwierigkeiten ohne europäischen Krieg heraus kommen.“ Was den englischen Standpunkt betreffe, so sei er, wie Sir Charles erklärte, im Auslande vielfach unrichtig beurtheilt worden. Wenn England wirklich selbstsüchtige Pläne verfolgt hätte, so wäre es ein Leichtes gewesen Special-Vortheile für sich zu erlangen. Dies hätte die britische Regierung nicht gethan, sie müsse aber den Grundsatz der Unverletzbarkeit der Verträge aufrechterhalten und werde das jungtürkische Régime unterstützen, nicht aus egoistischen Motiven, sondern weil sie darin die beste Gewähr für eine gedeihliche und friedliche Entwicklung des ottomanischen Reiches erblicke. Mensdorff.

1) 1? — 2) !

a) Vgl. n. 454, 565. — b) Kurzer Vorbericht zu obigem Bericht, nicht aufgenommen. — c) Vgl. n. 440, 442, 480.

*Nr. 454. Bericht aus London, 30. Okt. 1908 Nr. 52 B (eing. 2. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Knapp vor Abgang des Courirs empfing ich den Besuch meines italienischen Collegen, der eben den serbischen Minister des Äussern gesehen hatte. Herr Milovanovich sagte ihm, er sei mit der Aufnahme, die er hier gefunden, sehr zufrieden. Im übrigen entwickelte er dem Marquis San Giuliano gegenüber seine Idee dahin, „qu'il ne désespérait pas que l'Autriche-Hongrie qui déclarait elle même n'avoir plus d'aspiration vers des expansions territoriales se déciderait à donner à la Serbie des concessions qui pourraient amener un apaisement complet et durable. Sinon l'agitation continuera et tôt ou tard des troubles sérieux éclateront et l'Autriche-Hongrie deviendra de plus en plus impopulaire parmi les populations slaves des Balkans.“ Auf meine Frage, welcher Natur diese Concessionen sein sollten, musste San Giuliano zugeben, dass es sich um „une bande de territoire de quelques kilomètres qui réunirait la Serbie au Monténégro“ handle!!! Mein italienischer College hatte übrigens — wie er mir sagte — Herrn Milovanovich nur durch einige Minuten gesehen, so dass er nicht Zeit hatte, ausführlich mit ihm zu sprechen. Ich habe den serbischen Minister des Äussern, der gestern seine Karte für mich abgab, nicht gesehen.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 453, 468.

*Nr. 455. Bericht aus London, 30. Okt. 1908 Nr. 52 C (eing. 2. Nov.)
Ausfert.*

Ich höre noch nachträglich, dass Herr Iswolsky während seines hiesigen Aufenthaltes immer wieder Versuche gemacht haben soll, die Dardanellen-Frage zur Sprache zu bringen. Von allen Seiten und mit allen Pressions-Mitteln soll russischerseits hier an alle massgebende Factoren herangetreten worden sein, um für die Wünsche Herrn Iswolskys in dieser Richtung eine günstige Stimmung zu schaffen. Es wurde hier die geschickte Formel gefunden, die Meerengenfrage müsse zunächst zwischen Russland und der Türkei in freundschaftlicher Weise geregelt werden und dadurch war sie ausgeschaltet. Die gesammte Presse, die darin mit der Regierung eines Sinnes war, stimmte Lobeshymnen über das désintéressement des aufgeklärten, liberalen und modernen russischen Ministers des Äussern an, die immer fort wiederholt wurden, um ihm ja jeden Rückweg zur Dardanellen-Frage abzuschneiden. Ob die schönen Artikel der Londoner Presse und die ungewöhnlich auszeichnende Weise, mit der er hier behandelt wurde, der Eitelkeit des Herrn Iswolsky einen genügenden Ersatz dafür bieten, dass er seinen Lieblingsplan zurückstellen musste, vermag ich nicht zu beurteilen. Obwohl man in dieser Frage mir gegenüber jetzt ziemlich zurückhaltend ist, glaube ich nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, dass das Vertrauen, das Herr Iswolsky hier erweckt hat, kein unbegrenztes ist, und dass man vielleicht auch seine Darstellung seiner Unterredungen mit Euer Excellenz mit einem gewissen Skepticismus aufgenommen hat.

Mensdorff.

Nr. 456. Bericht aus London, 30. Okt. 1908 Nr. 52 D (eing. 2. Nov.).^{a)}
Ausfert.

Vertraulich. ... Urteile der englischen Presse über den Daily Telegraph-Artikel vom 28. Okt., betreffend die Äußerung Kaiser Wilhelms II. über die englisch-deutschen Beziehungen^{b)} ... Sir Charles Hardinge, mit dem ich darüber sprach, zweifelt nicht daran, dass Kaiser Wilhelm den Artikel persönlich dictirt hat. Er erkennt viele Äusserungen, die Seine Majestät in Friedrichshof ihm gegenüber gebraucht hat. Der Unterstaats-Secretär bezeichnete einige der Ausführungen als unrichtig. „Übrigens“ — fügte er bei — „ist es uns ganz einerlei, was Russland und Frankreich zu jener Zeit gegen uns im Schilde führen konnten. Wir wissen sehr gut, dass ganz Europa uns während des Burenkrieges unfreundlich gesinnt war. Die damals gewonnene Erkenntnis hat eben bewirkt, dass wir uns bestrebt haben, zuerst mit Frankreich und dann mit Russland Einverständnisse zu erzielen.“ Andererseits sagte mir Baron Alfred Rothschild — ein grosser Deutschenfreund — dass er genau wisse, dass jedes Wort der Darstellung des Kaisers über die Anregungen zu einer Cooperation Deutschlands, Frankreichs und Russlands richtig sei. Er habe selbst damals viel damit zu thun gehabt und weiss, dass Kaiser Wilhelm die Versuche einer continentalen Combination gegen England verhindert hätte. Nachdem dies aber in Petersburg und Paris abgeleugnet werden wird, dürfte das Interview nur überall einen irritirenden Eindruck hervorrufen und gewiss nicht zur allgemeinen Beruhigung der Gemüther beitragen. In wie weit die von allen Seiten kommenden unfreundlichen Commentare, Missdeutungen und Unterstellungen wieder auf die Stimmung Kaiser Wilhelms rückwirken werden, wage ich nicht zu beurteilen. Von unserem Standpunkte mag es vielleicht nicht ungünstig sein, dass gerade in diesem Augenblicke der deutsche Kaiser wieder klar erkenne, dass Er auf eine wirklich unbefangene und freundschaftliche Beurtheilung Seiner häufig in unglücklicher Form ausgedrückten, aber doch meistens sehr edlen Motive, nur bei dem bewährten und treuen Bundesgenossen rechnen kann.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 527. — ^{b)} Vgl. G. P. XXIV Nr. 8249 ff.

Nr. 457. Tel. nach Rom; Budapest, 30. Okt. 1908 Nr. 18 (chiffre.
11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme vom 26. l. Mts., No. 173, und 27. l. Mts., No. 174. Euer Exzellenz haben selbst die merkwürdigen Äußerungen des Herrn italienischen Ministers des Aeußern, die er zunächst Ihrem Gewährsmanne gemacht und auch Ihnen gegenüber wiederholt hat, als ungemein pessimistisch gefärbt und als der momentanen Situation kaum entsprechend bezeichnet und dieselben mit Wahrscheinlichkeit auf grelle Berichte Herrn Giuliano's aus London zurückgeführt. Ich glaube annehmen zu können, daß Euer Exzellenz bereits selbst mit Nachdruck dieser Auffassung entgegengetreten sind und auf das Unwahrscheinliche dieser Suppositionen hingewiesen haben. Es wäre doch unerhört, daß England sich unterfangen sollte, eine Großmacht zur Teilnahme an einer

Konferenz zwingen zu wollen und aus diesem Anlasse die Abberufung seines Botschafters ins Auge fassen sollte. Was die angeblich geplante Flottendemonstration in der Adria betrifft, so sind wir wohl nicht mit der alten Türkei auf eine Linie zu stellen, die man mit solchen Mitteln zu schrecken gewohnt war. Herr Tittoni äußerte sich dahin, daß die von ihm angedeutete Eventualität in letzter Linie die Sprengung des Dreibundes bedeuten würde. Es wäre wohl im höchsten Grade überraschend und beklagenswert, wenn Italien aus einem Anlasse, der seine Interessen gewiß nicht in Mitleidenschaft zieht, wie es die Frage des Zustandekommens oder Nicht-Zustandekommens der Konferenz ist, die Lösung seines Bündnisses mit uns wirklich ins Auge fassen sollte. Es kann ja kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Loslösung vom Bündnisse unter dem Drucke der irredentischen^{b)} Elemente in Italien nur den ersten Schritt zum Bruche mit Oesterreich-Ungarn bedeuten würde. Die italienischen Staatsmänner dürften sich wohl nicht den furchtbaren Ernst der Lage verhehlen, die für Italien durch einen Konflikt mit der Monarchie entstehen würde, in welchem das Königreich wohl kaum auf eine wirksame Hilfe einer anderen Großmacht rechnen könnte und alles auf eine Karte setzen würde. Die Gefahr für Italien, seiner auswärtigen Politik eine solche Richtung zu geben, wäre jedenfalls außer allem Verhältnisse mit der Frage, die jetzt am Tapet ist und Herrn Tittoni den Anlaß zu seiner Aeufßerung gegeben hat. Uebrigens ist es Euer Exzellenz ja bekannt, daß ich eine Konferenz keineswegs prinzipiell ablehne, unsere Beteiligung daran jedoch von einem vorherigen vollen Einvernehmen mit der Türkei und den Kabinetten abhängig machen muß. Euer Exzellenz wollen mit gebührendem Ernste und aller Entschiedenheit im Sinne der vorstehenden Ausführungen sich Herrn Tittoni gegenüber aussprechen und ihm keinen Zweifel darüber lassen, daß solche offenbar schwarz gefärbte Darlegungen und Suppositionen uns keineswegs einzuschüchtern vermögen. Zu Euer Exzellenz Information teile ich Ihnen mit, daß, wie mir der hiesige deutsche Botschafter eröffnete, ähnliche Aeufßerungen Herr Tittoni's auch nach Berlin gemeldet wurden. Daraufhin habe Fürst Bülow letzteren wissen lassen, daß nichts für die wahren Interessen Italiens verderblicher wäre, als die Auflösung des Bundesverhältnisses mit den beiden Kaisermächten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 471. — b) So!

Nr. 458. Tel. aus Rom, 30. Okt. 1908 Nr. 178 (eing. 7 U. p. m.).^{a)}
Entziff.

Streng vertraulich. Letzte Erklärungen Euer Excellenz haben Herrn Tittoni lebhaft befriedigt, speziell sympathischer Hinweis auf Frankreich, wodurch seinen Gegnern Argumente genommen werden, er habe sich zu diesem in Gegensatz gebracht. Lage des Ministers des Äußern verbleibt schwierig und wird voraussichtliche Lebensdauer sehr verschieden beurteilt. Auf die Gefahr, langweilig zu werden, kann ich pflichtschuldig nicht verhehlen, dass Herr Tittoni bei jeder Gelegenheit auf den acte gracieux zurückkommt, wodurch wir ihm einen Teil seiner Popularität zurückgewinnen

könnten (Vergleiche Telegramme Nos. 153 und 160 vom 13. d. M. und 18. d. M.). Falls Universität Trient unmöglich, würde Grenzregulierung von wenigen Kilometern, wodurch Ruine von Aquileia zu Italien käme, denselben moralischen Effekt hervorbringen. Aquileia sei die Wiege Venedigs und ein Akt Allerhöchster Grossmut würde alle Herzen begeistern. Könne ich nicht unter irgend einem Vorwand nach Wien reisen pour plaider la cause? Ich erwiderte, ich könnte mich derzeit unmöglich ohne Auftrag von meinem Posten entfernen; im übrigen nehme ich äusserst ungern derartige unerwünschte und wenig Aussicht versprechende Kommissionen an; aus Freundschaft für ihn und mit Rücksicht auf seine schwierige Lage wolle ich mich nicht absolut ablehnend verhalten. (Er hat ein Memorandum ausgearbeitet, welches ich einstweilen zurückhalte; seiner Darstellung nach sei im Frieden von Wien^{b)} genaue Grenzbestimmung dieses Rayons späteren Verhandlungen vorbehalten worden.) Selbstverständlich verwahrt sich Herr Tittoni nachdrücklichst gegen Begriff oder Ausdruck der „Kompensation“; Il s'agit purement et simplement d'un acte gracieux de Sa Majesté l'Empereur et Roi envers son allié. Obwohl ich mir wohl bewusst bin, dass Universität in Trient schwierig, angeregte Grenzregulierung nahezu unmöglich ist, muss ich nochmals hervorheben, dass irgend eine Aktion zu Gunsten Herrn Tittonis (denn darum handelt es sich schliesslich) gewiss für uns von Vorteil wäre. Wie er sich jetzt fühlt, erhellt daraus, dass er gegenwärtig Rom als Konferenzsitz wünscht — aus Angst, andernfalls als klerikal verschrien zu werden. Ich will nicht sagen, dass mit dem Sturze Tittonis notwendigerweise auch seine Politik fällt, aber sein Schicksal wäre jedenfalls eine Warnung und ein Fingerzeig für seinen Nachfolger. Gleichlautend Budapest.

Lützwow.

^{a)} Vgl. n. 490, 731. — ^{b)} 1866 Okt. 3 Art. 4 (Martens, N. R. G. XVIII 405; vgl. hiezu auch die Grenzkonvention von 1867 Dez. 22, ebenda S. 421).

Nr. 459. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 30. Okt. 1908 Nr. 90 (eing. 31. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich telegraphiere Nachstehendes nach Budapest. Geheim. Bei unserer heutigen Unterredung stellte Enver Bey (der andere Komiteedelegierte war am Erscheinen verhindert) folgende Punkte auf. I. Bestimmung finanzieller Kompensationen, welche Österreich-Ungarn der Türkei für die definitive Cession Bosniens und der Herzegowina billigerweise zu leisten hätte, unter Berücksichtigung des auf diese Provinzen entfallenden Teiles der ottomanischen Staatsschuld. II. Verzicht auf alle Rechte im Sandjak. III. Übernahme der Verpflichtung, die Integrität des ottomanischen Territoriums in der europäischen Türkei gegen jeden Angriff zu sichern. IV. Günstige Behandlung der Mohammedaner in Bosnien hinsichtlich ihres Personalstatus und der Verwaltung der Vakuf. V. Verzicht auf das Kultusprotektorat in Albanien, ferner vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt: VI. Aufhebung der kaiserlich königlichen Levantepostämter. VII. Erhöhung des Zolles auf 15% unter Aufhebung der mit der 3%gen Zoll-erhöhung verbundenen Einschränkungen. VIII. Zuerkennung des Rechtes

an die Türkei, Monopole für Zündhölzer, Spielkarten, Zigarettenpapier und Petroleum einzuführen. IX. Anerkennung des Rechtes, die Patentsteuer einzuführen, und der Vorbehalt späterer Revision der Kapitulationen. Der Meinungsaustausch hierüber nahm folgenden Verlauf: Ad I erklärte ich instruktionsgemäss auf keine Diskussion eingehen zu können. Es ging jedoch aus einer persönlichen Bemerkung Enver Beys hervor, dass diese Frage hauptsächlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung und das Parlament aufgeworfen wurde, und vermute ich, dass dieselbe bei sonstiger Einigung irgendwie ausgeschaltet werden könnte. Die Textierung dieses Punktes und die Antwort des jungtürkischen Delegierten auf eine direkte Frage meinerseits bewiesen übrigens, dass man bei Zustandekommen einer Vereinbarung bereit wäre, die Annexion in der gewünschten unzweideutigen Weise anzuerkennen. Zu II und III: Die Erklärung, zu welcher Österreich-Ungarn laut Euer Exzellenz Telegramm von vorgestern^{b)} bereit wäre, machte auf Enver Bey sichtlich günstigen Eindruck und wurde von ihm ad referendum genommen. Hinsichtlich aller übrigen Punkte erklärte ich Euer Exzellenz Instruktionen einholen zu müssen, doch bemerke ich zu IV, dass die günstige Behandlung der Mohammedaner mir als nicht bloß selbstverständlich, sondern auch in unserem eigenen Interesse gelegen erscheine und zu V, dass trotz des evidenten Vorteiles des neuen Regimes für den Katholizismus in Albanien sich nichtsdestoweniger wegen der nötigen Rücksichtnahme auf den heiligen Stuhl und die katholische öffentliche Meinung in der Monarchie sowie der analogen Privilegien der französischen Republik halber Schwierigkeiten ergeben dürften. Enver Bey gab zu, dass die letzten vier Punkte mehrere Fragen berühren, in welchen kommerzielle und internationale Rücksichten einer einseitigen Konzession seitens Österreich-Ungarn im Wege stehen; diesbezüglich deutete er an, dass man jungtürkischerseits sich mit der Ermächtigung begnügen würde, dass die Pforte in den Verhandlungen mit den anderen Mächten sich auf ein prinzipielles Zugeständnis seitens der Monarchie berufen könne. Eine solche Lösung scheint man — einer mir indirekt zugekommenen Andeutung zufolge — auch bezüglich der meisten k. k. Postämter zu wünschen und die unmittelbare Aufhebung nur jener Postanstalten anzustreben, an deren Sitz kein anderes fremdes Postamt existiert. Enver Bey bemerkt zu VII, dass sich das Wort „Einschränkungen“ nur auf die Verwendung des 3⁰igen Zuschlages für Mazedonien, nicht aber auf die stipulierte Verbesserung des Zollwesens beziehe. Wir beschlossen, die Pourparlers fortzusetzen, sobald ich Instruktionen erhalte, beziehungsweise Enver Bey mir eine Mitteilung zu machen haben wird. Das Komitee scheint sich hinsichtlich angeblicher Einkünfte der österreichisch-ungarischen Monarchie aus Bosnien Illusionen hinzugeben; es würde daher die Eliminierung des Punktes erleichtern, wenn mir per Post ziffernmässige Daten über das bosnisch-herzegowinische Budget seit der Okkupation, ferner über die Kosten ehesten zur Verfügung gestellt würden, welche die seinerzeitige Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge und der Feldzug 1878 der Monarchie verursacht haben. Gleichlautend Konstantinopel 101. Rappaport.

a) Vgl. n. 443, 466, 473, 488, 515. — b) n. 443.

Nr. 460. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 30. Okt. 1908 Nr. 24 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Peßler; G. Aehrenthal).

Telegramm vom 29. Oktober No. 168 erhalten. Ich werde Ihrem Wunsche gemäß durch die Wiener politische Correspondenz einen aus St. Petersburg datirten Brief veröffentlichen lassen, worin festgestellt wird, daß Euer Excellenz den Conferenzen in Buchlau nicht beigewohnt haben. Ich bemerke aber und stelle Ihnen anheim, auch an anderer Stelle darauf hinzuweisen, daß der Umstand, daß Kaiser Nikolaus Euer Excellenz überhaupt noch nicht empfangen hat, während die Antwortschreiben Kaiser Wilhelms, des Königs Eduard und des Präsidenten Fallières sich längst in den Händen Seiner Majestät befinden, begreiflicher Weise Stoff zu derartigen Combinationen und Preßtreibereien bietet. Aehrenthal.

Nr. 461. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 30. Okt. 1908 Nr. 25 (chiffr. 10 U. p. m.).^a Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Excellenz Telegramm vom 29. d. Mts. No. 170. Mit Genugthuung habe ich davon Kenntniss genommen, dass Herr Tscharikoff die von mir beobachtete Zurückhaltung in meinen öffentlichen Aeusserungen gewürdigt und Euer Excellenz versichert hat, dass Minister des Aeussern gegebenen Falles volle Reciprocität üben werde. Ich vermag jedoch diese Reciprocität nicht bloss auf die Reserve bezüglich der Buchlauer Besprechungen zu beschränken. Ich habe in allen meinen Ausführungen in der Delegation jederzeit Russland gegenüber eine durchaus freundschaftliche Sprache geführt und speciell in meiner letzten am 27. d. Mts. in der österreichischen Delegation gehaltenen Rede,^b) deren Wortlaut Euer Excellenz aus den Zeitungen bekannt ist, unsere Rücksicht auf Russlands Interessen und Wünsche betont. Ich bin daher zur Erwartung berechtigt, dass auch der Herr russische Minister des Aeussern in seinen etwaigen Enunciationen vor der Duma, entsprechend der von ihm zugesicherten Reciprocität, dieselbe freundliche Haltung der Monarchie gegenüber beobachten werde. Euer Excellenz wollen mit allem Ernste darauf hinweisen, dass eine öffentliche Aussprache des Herrn Ministers oder seines Adjoint's, die mit der in Buchlau vereinbarten Gegenseitigkeit in den beiden Russland und Österreich-Ungarn interessirenden Fragen (Bosnien und Dardanellen) nicht im Einklange stünde, mich zur Rechtfertigung meiner Politik und meiner Sprache unabweislich nötigen würde, zur Veröffentlichung des geheimen Protokolles vom Jahre 1878^c) und der im Sommer ausgetauschten Mémoires zu schreiten. Indem ich Euer Excellenz erneuert einlade, Herrn Iswolsky und Tscharikoff gegenüber meine vorhergehenden Instruktionen sowie die gegenwärtige Weisung nachdrücklichst auszuführen, lege ich ausserdem grossen Wert darauf, dass die massgebenden Petersburger Stellen über den wirklichen Sachverhalt betreffs der zwischen uns und Russland gepflogenen Pourparlers nicht einseitig von Herrn Iswolsky informirt werden. Ich ersuche Sie daher, auch andere leitende politische Persönlichkeiten, speziell Herrn Stolypin und Herrn Kokowzoff, in dieser Beziehung aufzuklären und mit unserer Auffassung bekannt zu machen. Es erscheint mir dies umso noth-

wendiger, als nach den Meldungen Euer Excellenz die Frage einer Enunciation in der Duma vom Minister-Conseil berathen werden soll. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 463, 474. — ^{b)} Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, S. 284. — ^{c)} Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 462. Tel. aus St. Petersburg, 30. Okt. 1908 Nr. 171 (eing. 31. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky übergab mir heute Projekt zu Konferenzprogramm — vollkommen gleichlautend mit jenem, welches Graf Mensdorff Euer Excellenz unter dem 16. d. M. telegraphierte (hohes Telegramm Nr. 11 vom 19. d. M.).^{b)} — und sprach Wunsch aus, mit Hochdenselben diesfalls in Meinungsaustausch zu treten. Es sei kein fertiges Programm, sondern bloß Projekt, daher keine offizielle Mitteilung erfolgt. Abfassung generell gehalten, um speziellen Ansinnen Rechnung tragen zu können. Sende Text durch morgigen Kurier.^{c)} Bei Entgegennahme erklärte ich, nicht bevollmächtigt zu sein, mich darüber bindend auszusprechen. Erwähnte, Standpunkt Euer Exzellenz dahin aufgefasst zu haben, dass Ausschluss Diskussion über Annexion Vorbedingung der Annahme. Auf Herrn Iswolskys Hinweis, dass Russland 1871 und 1878 sich Verdikt der Mächte unterworfen, bemerkte ich, dass in ersterem Falle Lossagung von eingegangener Verpflichtung Russlands, in letzterem Falle Verschiebung des Gleichgewichtes am Balkan durch Russland Beratung notwendig gemacht. Auf Annexion findet weder das eine noch das andere Anwendung. Hinsichtlich der „avantages“ für Serbien und Montenegro versuchte Minister seinen Ideen geringfügiger territorialer Kompensationen Geltung zu verschaffen. Verhielt mich ablehnend aus bekannten Gründen. Herr Iswolsky beklagt bitter, dass, nachdem unser Vorgehen ganzen Kontinent in Erregung gebracht, friedliche Lösung durch unsere schroffe Haltung in Frage gestellt werde. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 495, 524, 576. — ^{b)} Vgl. n. 300 Anm. b. — ^{c)} Vgl. n. 476.

Nr. 463. Tel. aus St. Petersburg, 30. Okt. 1908 Nr. 172 (eing. 12 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolg meines Telegrammes Nr. 170 vom 29. d. M. Nach Darstellung Herrn Iswolsky's kann von in Buchlau^{b)} erzieltm Accord nicht die Rede sein, da 1.) er Euer Exzellenz gegenüber Anschauung vertreten habe, dass Annexion eminent europäische Frage sei, ohne Hochderselben entgegenstehende Theorie zu akzeptieren, 2.) bezüglich der serbischen Kompensationen Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten und 3.) alle dortigen Aeusserungen seinerseits unter dem Vorbehalte gegeben worden wären, vorerst die Entschliessungen Seiner Majestät des Kaisers einzuholen. Minister glaubt, dass er einer Rechtfertigung in der Duma nicht werde entgehen können. Es werde ihm dann nichts übrig bleiben, als vorstehenden Sachverhalt in einer entsprechenden Form vorzubringen. Ein Abläugnen des Faktums der Pourparlers komme ihm nicht in den Sinn. Jedenfalls wolle er mich vorher verständigen. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 461, 464. — ^{b)} Vgl. n. 79.

Nr. 464. Tel. aus St. Petersburg, 30. Okt. 1908 Nr. 173 (eing. 31. Okt. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Nachdem mir Minister des Äussern heute in Worten tiefster Verstimmung qualvolle Situation geschildert, in welche ihn Euer Exzellenz seinem kaiserlichen Herrn und seinem Lande gegenüber gebracht, resumierte er sich dahin, dass ihm als „gefallener Mann“ nicht einmal die Möglichkeit gegeben sei zu demissionieren, da man besorgt, dass solche Entschliessung ohnehin schon bestehende Unruhe steigern und Börse-Panik verursachen würde. Gleichlautend Budapest. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 463, 465.

Nr. 465. Bericht aus St. Petersburg, 17./30. Okt. 1908 Nr. 42 (eing. 2. Nov.).^{a)} Ausfert.

Nach sechswöchentlicher Trennung habe ich Herrn Iswolsky heute wiedergesehen und aus seinem Munde in eloquenter Darstellung die Geschichte seiner seitherigen Leiden zu hören bekommen. Es sei mir gestattet, dieselbe möglichst sinnetreu unter Weglassung ihres reichen oratorischen Beiwerkes hier zu reproduzieren. Als Ausgangspunkt für die Buchlauer Pourparlers hatte dem Minister die im russischen Memorandum vom 19. Juni/2. Juli l. J. niedergelegte, — übrigens von früher her übernommene — Theorie gedient, dass die Frage der Annexion Bosniens, der Herzegovina und des Sandschak's Nowi Bazar eine eminent europäische sei, demgegenüber Euer Exzellenz den Standpunkt vertreten hatten, die gedachte Angelegenheit wäre blos zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei auszutragen. Ueber diese grundlegende Differenz sei eine Einigung zwischen Euer Exzellenz und Herrn Iswolsky nicht erzielt worden. Abgesehen hievon wäre auch bezüglich der vom russischen Minister angeregten, von Euer Exzellenz abgelehnten Idee einer serbisch-montenegrinischen Grenzregulierung auf Kosten Bosniens und der Herzegovina eine Controverse unausgeglichen geblieben. Bezüglich aller von Herrn Iswolsky gemachten Aeusserungen aber habe sich derselbe ausdrücklich vorbehalten, vorerst die Entschliessung seines Kaiserlichen Herrn einzuholen und erst dann die entsprechende Redaktion an Euer Exzellenz gelangen zu lassen; Hochdieselben wieder hätten sich verbindlich erklärt, den Minister rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, wenn der Beschluss gefasst werden sollte, die Annexionsidee zu verwirklichen. Seiner Zusicherung getreu hat Herr Iswolsky — wie er sagt — nicht verfehlt, auf Grund der Buchlauer Besprechung einen Entwurf für die Antwortnote auf das Memorandum Euer Exzellenz vom 27. August l. J. zu verfassen, in welchem die vorhin erwähnte, von der Auffassung Euer Exzellenz in zwei Punkten abweichende Anschauung des russischen Ministers zum Ausdruck gekommen sei. Der Entwurf wäre im Ministerrate durchberaten worden, um dann Seiner Majestät dem Kaiser unterbreitet zu werden. Inzwischen hat Herr Iswolsky — seinen Angaben gemäss — bei seiner in den ersten Oktobertagen erfolgten Ankunft in Paris das Schreiben Euer Exzellenz^{b)} zu Handen bekommen, in welchem ihm Hochdieselben von der bevorstehenden Annexion Mitteilung machen.

Tags zuvor aber hatte Graf Khevenhüller bereits das die Annexion notifizierende allerhöchste Handschreiben dem Präsidenten der Republik übergeben und überdies erklärt, die Annexion sei im Einvernehmen mit Russland beschlossen worden! Dies sei nicht Alles! Aus Herrn Fallière's eigenem Munde^{c)} habe der russische Minister gehört, dass Graf Khevenhüller selbst demselben bei Gelegenheit der Uebergabe des Briefes Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn erwähnt hätte, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens werde unserem Schritte unmittelbar vorangehen. Dem springflutgleich auf mich herandringenden Redestrome Herrn Iswolsky's entgegnetend machte ich geltend, dass unser Botschafter in Paris diese Bemerkung schon deshalb nicht gemacht haben konnte, da mir bekannt sei, dass die voreilige Aktion des Fürsten Ferdinand für das Wiener Kabinett eine vollkommene, noch dazu höchst unliebsame Ueberraschung gewesen war. Abgesehen davon habe Graf Khevenhüller, so viel mir bekannt, von vorneherein ihm, dem Minister, gegenüber betont, dass keine Verabredung zwischen Wien und Sofia die Unabhängigkeitserklärung angebahnt habe. Herr Iswolsky gieng dann in temperamentvoller Weise auf die angeblichen Kundgebungen Euer Exzellenz über das Zustandekommen eines Accord's zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland über und verwies darauf hin, dass ihm Mitteilungen der Presse, offenbar inspirierten Charakters, unter die Augen gelangt seien, welche den Glauben erwecken mussten, dass eine Uebereinkunft zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland in Bezug auf die Annexion zu Stande gekommen sei. Da der Minister in diesem Zusammenhange auch das Wort „Communiqué“ gebrauchte, glaubte ich hiegegen protestieren zu sollen, worauf er bemerkte, es sei ihm von dritter Seite von einem solchen gesprochen worden. Besonders heftige Accente schlug Herr Iswolsky an, als er im Anschlusse an die vorhingedachten Griefs mir die Eröffnung machte, dass Euer Exzellenz das geheime Memorandum vom 27. August l. J. ohne Befragen des kaiserlichen Kabinetes nach Rom hätten gelangen lassen. Der der italienischen Regierung angeblich zugegangene Text^{d)} sei ihm bereits von der russischen Botschaft in Rom signalisiert und sehe er demselben mit nächstem Kurier entgegen. Er werde dann in der Lage sein zu konstatieren, ob er tatsächlich mit jenem übereinstimme, welcher sich im hiesigen Ministerium befinde. „Tous ces procédés du Baron d'Aehrenthal“ — so ungefähr resumierte sich Herr Iswolsky — „sont des pratiques jusqu'ici inconnues dans l'histoire diplomatique et je dois franchement avouer que sous de conditions pareilles il est impossible de négocier avec Vous“. — Ich versuchte die starke Gemütsregung des Ministers einigermassen zu beschwichtigen, indem ich bemerkte, dass, nach Inhalt der mir von Euer Exzellenz zugekommenen Aufzeichnung der Buchlauer Besprechung, Hochdieselben deutlich zu verstehen gegeben hätten, die Annexion werde eventuell schon in der ersten Oktoberhälfte erfolgen. Herr Iswolsky leugnete dies auch gar nicht ab, meinte aber, er sei nicht auf einen „acte brutal“ gefasst gewesen, sondern habe angenommen, dass Euer Exzellenz in Gemässheit der diplomatischen Gepflogenheiten den Weg vertraulicher Fühlungnahme mit den Kabinetten betreten werden. Die leidenschaftlichen Ausbrüche des Herrn Ministers

klangen in wehmütigen Reflexionen persönlicher Natur aus. Er sei ein gebrochener Mann. In welch' qualvolle Situation sei er seinem Kaiserlichen Herrn gegenüber gebracht! Und wie schwierig, ja aussichtslos gestalte sich seine Stellung in Anbetracht der Stimmung der öffentlichen Meinung! Nicht einmal der Ausweg der Demission bleibe ihm offen, denn von einer solchen könne nun bei der allgemeinen Unruhe und der Sorge um den Stand der russischen Werte nicht die Rede sein. Er müsse auf seinem Posten bleiben, missgeachtet und angefeindet von allen Seiten. „Quelle ironie du destin! Les deux hommes d'Etat, qui avaient le plus de difficultés à surmonter dans leur pays pour orienter leur politique vers un accommodement avec l'Autriche-Hongrie et qui avaient le plus de souci d'atteindre ce but — Monsieur Tittoni et moi —, le Baron d'Aehrenthal, sans même crier ‚gare‘, les a, d'un même coup, simplement jetés pardessus bord“. Dies die Quintessenz der nahezu zweistündigen retrospektiven Betrachtungen des Herrn Ministers. Berchtold.

a) Vgl. n. 464, 475, 517. — b) n. 103. — c) Vgl. n. 311, 469. — d) Vgl. n. 446.

Nr. 466. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 31. Okt. 1908 Nr. 447 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich entnehme dem Telegramm des Generalkonsuls Rappaport von gestern nach Wien Nr. 90, dass sich derselbe in eine Diskussion der, meiner Ansicht nach, zum grössten Teil undiskutierbaren Bedingungen des Saloniker Komitees mit Enver Bey eingelassen hat. Ich fürchte, dass hiedurch unserem bisher eingenommenen Standpunkte präjudiziert wurde. Generalkonsul Rappaport hätte, meiner Ansicht nach, sich darauf beschränken sollen, die Mitteilungen Enver Beys zur Kenntnis zu nehmen. Es wird sich jetzt darum handeln, einerseits zu vermeiden, dass hier die Meinung aufkomme, wir hätten unseren Standpunkt aufgegeben, andererseits müsste aber auch vermieden werden, dass das Saloniker Komitee den Eindruck erhalte, dass wir die mit ihm nun einmal eingeleiteten Pourparlers völlig abbrechen wollen. Letzteres könnte auch auf meine Verhandlungen mit der Pforte von schlechtester Wirkung sein. Vorläufig habe ich die Verhandlungen noch nicht aufgenommen. Ich werde jedenfalls nach wie vor an meinem Standpunkte, dass wir die Anerkennung der Annexion nur mit Rücksicht auf das Zustandekommen der Konferenz brauchen, festhalten. In eine Diskussion irgendwelcher Konzessionen unsererseits werde ich mich, solange ich keine diesbezüglichen Instruktionen Euer Exzellenz erhalte, in keiner Weise einlassen. Gleichlautend Budapest. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 473, 479, 557 Anm. b.

Nr. 467. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 31. Okt. 1908 Nr. 449 (eing. 1. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute Legationssekretär Weinzettl zum Minister des Äussern geschickt, um wegen einiger, von den Konsulaten gemeldeter Vorfälle, die den Boykott betreffen, Vorstellungen zu erheben. Tewfik Pascha sowie der Minister des Innern, bei welchem gleichfalls interveniert wurde,

versprachen auf telegrafischem Wege Abhilfe zu schaffen. Der Minister des Äussern erwähnte bei dieser Gelegenheit ganz spontan, dass Herr Novaković ihm gegenüber von einer Kompensation Serbiens auf Kosten Bosniens gesprochen und auf ein gemeinsames Vorgehen Serbiens mit der Türkei gegen die Monarchie angespielt habe. Der Minister des Äussern will darauf erwidert haben, dass die Türkei mit Regelung ihrer inneren Verhältnisse vollauf zu tun habe und sich in keine abenteuerliche Politik stürzen wolle. Der Minister sagte Herrn Weinzettl, die Mission Novaković sei als vollkommen gescheitert zu betrachten. Letzterer habe allerdings die Drohung ausgesprochen, Serbien müsse unter diesen Umständen einen coup de tête machen. Der Minister sagte noch zum Schlusse, der montenegrinische Geschäftsträger habe die Pforte um Intervention wegen Aufhebung des Artikels XXIX des Berliner Vertrages ersucht, aber die Antwort erhalten, dass die Türkei in dieser Frage ganz desinteressiert sei. Bezüglich unserer Verhandlungen in Angelegenheit der Annexion Bosniens, machte der Minister keinerlei Anspielung. Ich werde Montag sowohl den Grossvezir als den Minister des Äussern aufsuchen, werde mich aber in diesem Belange reserviert verhalten.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 479.

*Nr. 468. Tel. aus London, 31. Okt. 1908 Nr. 99 (eing. 12 U. m.).^{a)}
Entziff.*

Wie ich bestimmt erfahre, wird serbischer Minister des Äussern vom König Eduard, der heute nach London zurückkehrt, nicht empfangen. Gleichlautend Budapest.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 454, 501.

*Nr. 469. Bericht aus Paris, 31. Okt. 1908 Nr. 32 B (eing. 2. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Am 17. und 19. Oktober hatte ich mit Herrn Iswolsky Unterredungen, die ich teilweise im telegraphischen Wege Eurer Excellenz zur hohen Kenntnis brachte. Ich kann daher mit der vorliegenden Relation nur mehr ein retrospectives Interesse in Anspruch nehmen. Am 17. abends traf ich Herrn Iswolsky auf der russischen Botschaft, wo ihm zu Ehren ein Empfang stattfand. Ich erlaubte mir, den Herrn Minister bezüglich jener mir zugeschriebenen und vom Grafen Mensdorff wiedergegebenen Äusserung anzusprechen, wonach ich gesagt hätte „que la déclaration d'indépendance de la Bulgarie devait précéder l'annexion de la Bosnie“. Ich sagte Herrn Iswolsky, er habe mir irrtümlicher Weise einen Ausspruch zugeschrieben, den ich nicht gehalten hätte. Der Minister antwortete, er habe es gehört; auf meine Frage, von wem, erwiderte er mit einem Achselzucken. Hierauf liess ich die Bemerkung fallen „que je regrettais beaucoup de voir que Son Excellence m'avait prêté un propos qui se basait sur un potin“. Darauf wandte ich mich ab und hatte im Verlaufe des Abends nicht mehr Gelegenheit mit Herrn Iswolsky zu sprechen. Am 19. Oktober fand ein Festmahl auf dem Auswärtigen Amte statt, das für Herrn Iswolsky arrangiert war.

Anwesend waren die Botschafter Deutschlands, Italiens, Englands, Russlands, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Türkei, dann von französischen Ministern: Clemenceau, Briand, Caillaux, die Herrn der russischen Botschaft, Botschafter Touchard, Monsieur Louis, 1er Director und einige Herren des Cabinettes Herrn Pichons. Die Stimmung des Abends war gedrückt und machte auf mich den Eindruck eines Leichenschmauses. Herr Iswolsky war aus London zurückgekommen, ohne die angestrebte Durchfahrt der Dardanellen erreicht zu haben. Er sah ernst und missmutig aus und liess sich mit den meisten anwesenden Botschaftern in abseits gehaltene Besprechungen ein. Dem deutschen Botschafter sagte Iswolsky, seine Lage sei eine desperate, wenn er nicht mit einem Erfolge heimkehre. Er schien einen solchen in Berlin erringen zu wollen. Mit mir sprach Herr Iswolsky etwa 20 Minuten. Über diese Conversation berichtete mein Chiffre-Telegramm No. 40 vom 20. Oktober. Der Minister fing an mit der Behauptung, er stehe der Publikation der 9 Punkte durch die Agence Havas vollkommen ferne. Diesbezüglich habe er den Fürsten Ouroussow beauftragt, Euerer Excellenz eine Erklärung abzugeben, die sich auf die Fassung des Artikels 7 beziehe. Unsere unaufrichtige Politik — das Wort lautete „politique peu sincère“ — habe seine Stellung sehr schwierig gestaltet. Man müsse die von uns geschaffene Aufregung der Südslaven durch eine kleine territoriale Concession beschwichtigen. „Vous êtes des grand-seigneurs, jetez à ces pauvres diables un os.“ Iswolskys Argumentation ist sehr durchsichtig. Er braucht die Conferenz und einen persönlichen Erfolg, weil er ansonsten mit seiner Kunst zu Ende ist. Ich erwiderte dem Herrn Minister, dass ich nicht glauben könne, Euer Excellenz seien in der Lage, auf derlei Concessionen einzugehen. Ein Recht der serbischen Rasse auf Bosnien oder überhaupt territorialen Gewinn gäbe es nicht. Ich sähe in der künstlich erzeugten Bewegung in Belgrad das Bestreben des durch Mord begründeten Regimes, sich aus einer verzweifelte Lage zu befreien. Mit der Karte in der Hand, lasse sich keine territoriale Abtretung finden, welche uns nicht von der Türkei trennen, dafür aber den Zusammenschluss Serbiens und Montenegros herstellen würde. Beides sei unannehmbar. Als Herr Iswolsky sah, dass er mich nicht überzeugen könne, brach er ab und sagte, je pars demain pour Berlin. Innerlich wünschte ich ihm „frohe Fahrt“. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 345, 465 Anm. c.

*Nr. 470. Bericht aus Paris, 31. Okt. 1908 Nr. 32 C (eing. 2. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Es wäre ganz unbegreiflich, dass Herr Iswolsky dem Herrn von Szögyény gegenüber eine Behauptung aufstellen konnte, die mit den Tatsachen in absolutem Widerspruche steht, wenn man nicht das Moment in Rechnung zöge, dass der russische Minister die Wahrheit nur im unbewussten Zustande spricht. Herr Pichon hat bei meiner Unterredung am 26. d. Mts., über welche ich am selben Tage zu berichten die Ehre hatte,^{b)} ausdrücklich erklärt, dass Euer Excellenz Standpunkt in der Konferenz-Frage und dem aus 9 Punkten bestehenden Programme ganz richtig sei. Seine an

mich am 15. Oktober erfolgte Mitteilung^{c)} sei eine vertrauliche und für meine Information bestimmte gewesen. Es sei ihm nie beigefallen im Namen der drei Kabinette eine Erklärung abzugeben, was er umsomehr zu vermeiden wünscht, als er in der gegenwärtigen Krise vor Allem das groupement à trois nicht aufkommen lassen wolle. Im übrigen meinte Herr Pichon, dass die bekannten 9 Punkte zwischen Frankreich, England und Russland als eine definitive Basis der Konferenz noch nicht anzusehen seien, und dass über Einzelheiten Verhandlungen geführt würden. Herr Pichon hat mir, wie ich dies Euer Excellenz bereits am 21. d. Mts.^{d)} meldete, gesagt, dass er unter den Worten „*avantages à accorder à la Serbie et au Montenegro*“ territoriale Koncessionen nicht verstanden habe. Er hatte für Serbien an dessen Eintritt in die Donau-Kommission, für Montenegro auf Regelung der maritimen Stellung in Antivari gedacht, eventuell auch Zugeständnisse bei der Donau-Adriabahn im Auge gehabt. Als ich davon sprach, dass Euer Excellenz gewillt seien, Serbien vertragsmässig die freie Ausfuhr seiner Produkte an einen Adria-hafen zuzugestehen, sagte Herr Pichon, das sei eine sehr annehmbare und wichtige Koncession. Ich resumire die Lage dahin, dass Herr Pichon zugibt, Euer Excellenz seien bisher von keiner Seite offiziell wegen der Konferenz oder deren Programm begrüsst worden, daher auch eine Antwort Österreich-Ungarns noch nicht erwartet werden könne. Über die Form, unter welcher die Einladung respektive Eröffnung an Euerer Excellenz gelangen soll, war Herr Pichon etwas zurückhaltend. Erst auf wiederholtes Drängen meinerseits gab er zu, dass der erste Schritt von Russland zu geschehen habe. Er hätte nie die Absicht gehabt, die Eröffnung, die er mir am 15. d. Mts.^{c)} machte, durch den französischen Botschafter in Wien wiederholen zu lassen.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 399. — b) n. 411. — c) n. 292. — d) n. 357.

Nr. 471. Tel. aus Rom, 31. Okt. 1908 Nr. 179 (eing. 12 U. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 18 von heute. Ich würde sehr (bedauern),^{b)} wenn die in meinem Telegramm Nr. 173 vom 26. d. M. enthaltene Wiedergabe von Aeüßerungen Herrn Tittoni's eine von ihm nicht beabsichtigte Interpretation zuliesse. Nichts liegt ihm ferner, als uns einschüchtern zu wollen. Sein sehnlichster Wunsch aus Gründen der äusseren und inneren Politik ist, daß die Konferenz und zwar baldmöglichst zustande komme. Andernfalls ist sein Sturz unvermeidlich. Seine Reflexionen über die Haltung Englands waren durchaus bona fide, aber nicht im entferntesten im komminatorischen Sinne gedacht. Die von ihm ange-deutete Eventualität (von deren Möglichkeit er, wenn ich nicht ganz irre, durch Graf Monts bestärkt wurde) würde den katastrophalen Bankerott seiner ganzen Politik und für sein Vaterland unsagbare Gefahr bedeuten. Eben deshalb will er um jeden Preis die Konferenz. Ich habe selbstverständlich dem Minister nicht verhehlt, daß es mir schade um die Zeit schiene, die von ihm berührte abenteuerliche Eventualität ernstlich zu erörtern. Sich zu England in einen direkten Gegensatz zu setzen, der in letzter Linie zu kriegerischen Komplikationen führen könnte, ist infolge der geographischen

Konfiguration keine italienische Regierung im Stande, weder jene Herrn Tittoni's noch eine andere; eben deshalb wurde, wenn ich mich recht erinnere, in der ursprünglichen Textierung des Dreibundvertrages auf Wunsch Italiens der Kriegsfall mit England ausgeschlossen. Zur Beurteilung der Haltung der hiesigen Regierung muß konstatiert werden, daß die geringen Anzeichen des Wiedererwachens der irredentistischen Bewegung dank dem energischen Auftreten der Behörden wieder verstummt sind. Auch Herrn Tittoni's (Sprache)^{b)} gegenüber montenegrinischen Abgesandten war tadellos korrekt. Man wartet hier mit Spannung auf die Nachrichten aus Petersburg. Minister des Aeußern ist auf einige Tage verreist. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 489, 490. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 472. Tel. aus Rom, 31. Okt. 1908 Nr. 180 (eing. 12 U. m.).^{a)} Entziff.

Herrn Tittonis Anregung, eventuell Konferenz in Rom abzuhalten, scheint mir mit Rücksicht auf gleichzeitig tagendes Parlament, hiesige Hetzpresse und Geneigtheit zu Strassendemonstrationen unpraktisch. Das durchaus „unpolitische“ Florenz wäre weit geeigneter. Ich habe heute hierüber mit französischem Geschäftsträger gesprochen, der meine Bedenken vertraulich seiner Regierung melden wird. Deutscher Botschafter hat hier, ich glaube vorläufig nur im eigenen Namen, eröffnet, Rom sei ganz unannehmbar. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 492.

Nr. 473. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 31. Okt. 1908 Nr. 92 (eing. 1. Nov. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Hilmi Pascha liess mir im strengsten Geheimnis seine Ansicht über den Gegenstand der gestrigen Pourparlers^{b)} mitteilen, welche mit den Äusserungen Enver Beys übereinstimmen. Er scheint dem Verzicht auf das Kultusprotektorat (namentlich behufs Geltendmachung Frankreich gegenüber) . . . ^{c)} Wert beizulegen, hofft hingegen, dass sich das Komitee nach Einsichtnahme in die mit meinem gestrigen Telegramme^{b)} erbetenen Daten zur Eliminierung des Punktes 1 verstehen dürfte. Er wiederholte mit Nachdruck, dass die Pforte eine in Salonik zustandegekommene Vereinbarung zu akzeptieren genötigt sein werde. Gleichlautend Budapest. Rappaport.

^{a)} Vgl. n. 466, 479. — ^{b)} n. 459. — ^{c)} Chiffre verstümmelt (kann „einigen“ heißen).

Nr. 474. Tel. aus St. Petersburg, 31. Okt. 1908 Nr. 174 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 25 vom 31. d. Mts., im Sinne dessen Instruktionen vorgestern Herrn von Tscharykow, gestern Herrn Iswolsky gesprochen. Ersterer sprach mir Ansicht aus, dass Rektifizierung unbedingt zu vermeiden wäre, letzterer richtete an mich Anfrage, welches geheime Protokoll^{b)} von Euer Exzellenz gemeint sei. Ersuche um geneigte Präzisierung. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 475, 483. — ^{b)} Prot. vom 13. Juli 1878. Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 475. Bericht aus St. Petersburg, 18./31. Okt. 1908 Nr. 43 A (eing. 2. Nov.).^{a)} Ausfert.

Nachdem ich bereits bei einer früheren Gelegenheit Herrn Tscharykoff gegenüber Andeutungen in der Richtung gemacht hatte, daß sich Euer Exzellenz genöthigt sehen würden, etwaige Rectificationen Herrn Iswolsky's mit Gegenrectificationen zu beantworten und Letztere documentarisch zu belegen, bin ich vorgestern, — 16./29. d. M. — angesichts der Möglichkeit einer Äusserung des Ministers in der Duma auf dieses Sujet zurückgekommen. An der Hand der Ausführungen des hohen Telegramms vom 29./16. d. M. No. 23 habe ich dem Ministergehilfen die Eventualität einer Äusserung Herrn Iswolsky's in der Duma vor Augen geführt und hiebei betont, daß Euer Excellenz zwar die sichere Erwartung hegten, die in den Delegationen beobachtete große Reserve werde in der Duma erwidert werden, daß aber Hochdieselben auch fest entschlossen seien, entgegengesetzten Falles die etwa nothwendig erscheinenden Richtigstellungen vor der Öffentlichkeit zu veranlassen und zu diesem Zwecke die bewußten Documente zu publiciren. Herr Tscharykoff sprach mir die Befriedigung des kaiserlichen Cabinetes über die Zurückhaltung aus, welcher sich Euer Excellenz bei Behandlung dieser discreten Angelegenheit befließt haben und fügte die Versicherung bei, daß gegebenen Falles russischerseits volle Reciprocität geübt werden möchte. Was die in den letzten Tagen von der Presse vielerörterte Frage, ob es zu einer Duma-Erklärung des Ministers des Äussern kommen werde, anbelangt, meinte der Ministergehilfe, daß diese Frage nicht einmal en principe noch gelöst sei. Möglich sei es allerdings, daß im Laufe der Berathung des Budgets des Auswärtigen Amtes Herr Iswolsky ein Exposé über die äussere Politik halten werde, doch sei darüber noch nichts bestimmt. Auf mein Bemerken, daß es sich hier um eine ernste nicht à la légère zu behandelnde Angelegenheit handle, da eine vor das Licht der Öffentlichkeit gebrachte Disharmonie der leitenden Staatsmänner der beiden benachbarten Kaiserreiche unabsehbare Folgen haben könnte, betonte Herr Tscharykoff nachdrücklich, daß ein solcher Prozess selbstverständlich um jeden Preis verhütet werden sollte, daß aber, seiner Ansicht, kein Grund zu irgendwelcher Befürchtung vorliege. Vor Allem möchte eine Erklärung nicht erfolgen, ohne gründliche Durchberathung im Schooße des Ministerrathes und nach Einholung einer speziellen Autorisirung Seiner Majestät des Kaisers. Ferner könne ich unbedingt darauf rechnen, daß nichts vorgebracht werde, was bei uns Anstoß zu erregen vermöchte. Meine Bemerkung, Euer Excellenz hätten insbesondere die Eventualität vor Augen, daß — entgegen aller Erwartung — das Factum abgeläugnet werden könnte, daß zwischen uns und Russland betreffs der Balkanfragen, die Annexion inbegriffen, Verhandlungen stattgefunden hätten, veranlaßte den Adjoint zur bestimmten Erklärung, daß eine solche Abläugnung ausgeschlossen sei. Aus seinen Reden gewann ich den Eindruck, daß gegebenen Falles ein Eingehen auf die geführten Verhandlungen thunlichst gemieden und die von Euer Excellenz beobachtete Reserve zum Muster genommen werden dürfte. Wegen der Wichtigkeit der in Rede stehenden Frage und der Impulsivität des Ministers des Äussern bin ich trotz der

ziemlich peremptorisch lautenden Zusicherungen Herrn Tscharykoff's Tags darauf bei meiner ersten — und bisher letzten — Zusammenkunft mit Herrn Iswolsky auch auf dieses Thema zu sprechen gekommen. In der erregten Stimmung, in welcher sich der Minister befand, hielt ich es für gut voranzuschicken, daß Euer Excellenz überzeugt seien, Iswolsky werde in loyaler Reciprocität vorgehen, daß aber andererseits Hochdieselben in einer so ernstesten Angelegenheit alle Eventualitäten ins Auge fassen müßten, daher auch die Möglichkeit einer Abläugnung der die Annexion betreffenden Buchlauer Pourparlers. Ebenso wie Iswolsky seinerzeit Euer Excellenz erklären ließ, eventuell rectificierend vorgehen zu müssen, ebenso seien Hochdieselben genöthigt, ihn auf die missliebigen Folgen einer ihn nicht befriedigenden Äusserung obiger Art aufmerksam zu machen. Hochdieselben seien entschlossen, in diesem Falle das Geheim-Protokoll des Jahres 1878^{b)} sowie die im Laufe des Sommers ausgetauschten Memoranden zu veröffentlichen, insbesondere das russische Mémoire vom 2. Juli/19. Juni 1. J., worin auch von der Eventualität der Annexion des Sandjaks die Rede gewesen. Bei der starken Gemüthsaffection, in welcher sich der Minister befand, war es schwer — und vielleicht auch nicht wünschenswerth — eine sofortige bestimmte Äusserung zu erhalten. Anfangs meinte Herr Iswolsky, er habe nichts gegen eventuelle Publikationen, später schien er diesen Ausspruch zu bereuen und frug mich, welches Geheim-Protokoll vom Jahre 1878^{b)} Euer Excellenz im Auge hätten, auch ließ er eine Bemerkung fallen, daß eine solche Veröffentlichung secreter Acten eine ungewöhnliche Vorgangsweise wäre. In merito kam der Minister auf die kurz zuvor auseinandergesetzten Meinungsdivergenzen der Buchlauer Entrevue zurück (confer meinen heutigen Bericht lit 42)^{c)} bemerkend, daß ihm gegebenen Falles nichts übrig bliebe, als auf diesen Sachverhalt in einer acceptablen Form zu reflectiren. An eine Abläugnung des Factums, daß Verhandlungen betreffs der Balkan-Angelegenheiten inclusive Annexion stattgefunden hätten, habe er nie gedacht. Jedenfalls wolle er mich, bevor er eine Enunciation halten werde, diesfalls in Kenntniß setzen.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 474, 524. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{c)} n. 465.

Nr. 476. Bericht aus St. Petersburg, 18. 31. Okt. 1908 Nr. 43 B (eing. 2. Nov.).^{a)} Ausfert.

Meinem ergebensten Telegramme vom 30./17. d. M. Nro. 171 beehre ich mich hierneben den Wortlaut des Konferenzprogramm-Projektes^{b)} nachfolgen zu lassen, welcher mir gestern vom Herrn Minister des Äussern à titre confidentiel übergeben worden ist. Wie Herr Iswolsky bei dieser Gelegenheit betonte, handelt es sich blos um einen Entwurf, nicht um ein fertiges Programm. Er habe absichtlich vermieden, denselben offiziell durch den russischen Vertreter in Wien Euer Exzellenz zukommen zu lassen, um irrigen Auslegungen vorzubeugen. Euer Exzellenz wollen darin lediglich den Wunsch des Ministers erblicken, mit Hochdenselben in gegenständlichen Gedankenaustausch zu treten. Die Rücksichtnahme auf die ursprüngliche Zurückhaltung des Wiener Kabinetes bezüglich der Konferenzfrage habe

dem Minister eine besondere Reserve auferlegt. Auf die Frage Herrn Iswolskys, ob mir die gegenständlichen Anschauungen Euer Exzellenz bekannt seien, bemerkte ich, dass ich in keiner Weise ermächtigt sei, mich irgend wie bindend zu äussern. Unter Voranschickung dieses Vorbehaltes liess ich dann gesprächsweise fallen, dass Euer Exzellenz meines Wissens von allem Anfange an gegen eine die Modifikationen des Berliner Vertrages ratihabierende „Schlusskonferenz“ nichts einzuwenden hätten. Es sei aber hiebei vorausgesetzt worden, dass in einem solchen Falle die Annexionsfrage nicht zur Diskussion gestellt werde. Herr Iswolsky warf in etwas erregtem Tone die Bemerkung ein, dass er nicht einsehen könne, warum diese Angelegenheit von der Durchberatung auszuschliessen sei. Russland habe sich im Jahre 1871, als Fürst Gortschakoff den Mächten die Abrogierung der bekannten, die Limitierung der russischen Seestreitkräfte im Schwarzen Meere festlegenden Klausel des Pariser Vertrags notifiziert, dem Verdikte der Mächte auf der Londoner Konferenz unterworfen. Ebenso sei Russland trotz glorreichen Sieges über die Türkei im Jahre 1878 nach Berlin gekommen, um das Friedenstraktat von St. Stefano der Prüfung der Mächte zu unterbreiten. Ich machte den Minister darauf aufmerksam, dass der Fall, meines Erachtens, nun wesentlich anders liege. Im Jahre 1871 habe es sich um das Lossagen einer von Russland den Mächten gegenüber eingegangenen onerierenden Verpflichtung pro futuro gehandelt, worüber selbstredend eine Diskussion notwendig war. Gegenwärtig befänden wir uns vor einem *fait accompli*, welches überdies keine vis-à-vis der Mächte übernommene Verbindlichkeit tangiere. Was aber das Exempel des Jahres 1878 anbelange, dürfe man nicht übersehen, dass damals eine vollständige Verschiebung der Gleichgewichtsverhältnisse am Balkan platzgegriffen hatte, wogegen durch die Annexion diese Kräfteverteilung nicht nur nicht alteriert, sondern stabilisiert worden sei. Als Herr Iswolsky sich darauf hin auf die durch unser Vorgehen erfolgte „*infraction du statu quo*“ berief, welche er auch im Gespräche mit Euer Exzellenz geltend gemacht habe und die Parallele mit 1878 nicht fallen lassen wollte, glaubte ich in ganz freundschaftlichem Tone auf die damalige Zwangslage Russlands anspielen zu sollen, mit dem Hinweise, dass die Verhältnisse doch anders gelegen seien, es mir aber schwer falle wehmütige Erinnerungen wachzurufen. Im weiteren Verlaufe der Konversation wurde auch der dornenvolle Punkt 7 des Projektes (Vorteile für Serbien und Montenegro) ventiliert, indem der Minister seine noch immer nicht aufgegebene Idee „geringfügiger territorialer Kompensationen“ auf Kosten Bosniens und der Herzegovina „als Akt der Generosität der benachbarten Grossmacht“ zum Ausdrucke brachte. Ich erklärte in ziemlich kategorischer Weise, dass mir dies ganz unrealisierbar scheine. Abgesehen von den prinzipiellen Bedenken, die gegen eine territoriale Veränderung bestehen, müsse doch in Erwägung gezogen werden, dass Serbien in allerletzter Zeit eine direkt feindselige, geradezu provokatorische Haltung gegen die Monarchie einnehme und die vom Kronprinzen Georg geführte Sprache, dass sich jedes Wort der serbischen Staatsmänner auf 250.000 Bajonette stütze, allein genüge, um eine Nachgiebigkeit nicht als „*acte de générosité*“ sondern im Lichte eines „*acte de faiblesse*“ erscheinen

zu lassen. Meine vorstehend wiedergegebenen Äusserungen schienen auf den Minister einen deprimierenden Eindruck auszuüben. Die gegenwärtige serbische Regierung als moderiert, die Volksmanifestationen als harmlos betrachtend, gab Herr Iswolsky seinem tiefen Unmute darüber Ausdruck, dass unsererseits, nachdem wir den Kontinent in Aufregung gebracht, eine intransigente Haltung eingenommen werde, geeignet jeden Versuch eine friedliche Lösung herbeizuführen, zum Scheitern zu bringen.
Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 32 Nr. 50. Vgl. n. 576. — b) Vgl. n. 300 Anm. b.

Nr. 477. Privatschreiben aus St. Petersburg, 18./31. Okt. 1908 (eing. 2. Nov.).^{a)} Eigenh. Ausfert.

Gelegentlich meiner gestrigen Unterredung mit Iswolsky wurde auch die Frage der Audienz bei S. M. dem Kaiser Nikolaus gestreift und erhielt ich die Versicherung, daß noch am selben Tage ein gegenständlicher Vortrag erstattet werde. Der Minister sagte mir, daß infolge seiner bisherigen Abwesenheit der höchste Herr bis nun keine Antwort auf das Allerh. Handschreiben^{b)} geben konnte. Bei Redigirung desselben ergeben sich übrigens, wie mir der Minister in vertraulichem Gespräche mittheilte, gewisse Schwierigkeiten. Man habe die Archive consultirt, um die im Schreiben unseres Allergnädigsten Herrn bezogenen Akten zu prüfen. Die Berufung auf eine Zustimmung „sans réserves“ Ihrer Majestäten der Kaiser Alexander II. und Alexander III. erschiene nicht einwandfrei. Es seien ausdrücklich Reserven gemacht worden, so vorgängige Verhandlung mit der Türkei und freundschaftliche Haltung gegenüber Russland. Auch sei der Text des Telegrammes des Herrn von Giers an den Fürsten Lobanoff nicht wortgetreu wiedergegeben. Es sind dies Alles offenbar Wortklaubereien ohne praktischen Zweck. Lautet doch der Text des 1881er Abkommens^{c)} bedingungslos und sind die Abweichungen im Wortlaute der citirten Depesche ziemlich belanglos. Bezeichnend aber sind diese Difficultäten und Verzögerungen für die Stimmung im Auswärtigen Amte und leider auch höchsten Ortes. Iswolsky versichert, daß Seine Majestät in unveränderter Gesinnung kindlicher Verehrung unserem Allergnädigsten Herrn ergeben sei und daß er „les sentiments les plus amicaux“ für mich hege. Er sei aber infolge der letzten Ereignisse ganz bouleversirt und tief verstimmt. Mit Kokowzoff hatte ich vorgestern eine längere Aussprache. Er sieht in der stark erregten Stimmung und drohenden Sprache der Presse keine ernste Gefahr, denn das Friedensbedürfnis sei ein Allgemeines. Von einzelnen „Blagueurs“ abgesehen, wie der Bruder des Conseilspräsidenten Stolypine und der von der 2ten Duma her bekannte Agitator Stachowitsch, die zum Kampfe rufen, aber nicht ernst genommen werden, wolle niemand eine Conflagration. Mit Stolypine hatte der Finanzminister denselben Tag eingehend über die Lage gesprochen. Er versicherte mich, die vollkommen gleichen Anschauungen beim Regierungschef begegnet zu haben, die ihn selbst, schon aus Sorge um seine bevorstehende Anleihe, beseelen. Die Regierung sei fest entschlossen dafür zu sorgen, daß die Welle nicht anwachse und auch die serbischen und monte-

negrinischen Gäste keinen Schaden anrichten. Unser Vorgehen im Zusammenhalte mit der bulgarischen Evolution hat, wie bekannt, eine starke Depression der russischen Werthe zur Folge gehabt. Daher die Regierung die fraglichen Ereignisse tief beklagt. Ich wies darauf hin, wie schön die Partie engagirt war und wie wenig ich gefaßt sein konnte auf den ohrenbetäubenden Lärm, den ich hier vorfand. Kokowzoff schien es zu vermeiden auf das Gesprächsthema weiter einzugehen, wohl aus Rücksicht für seinen Collegen. Seither erfuhr ich von Letzterem, daß die Buchlauer Propositionen an den Ministerrath geleitet waren, was mir ein Zurückkommen auf diese Angelegenheit erleichtern würde. Man darf aber sich darüber keinen Illusionen hingeben, daß die Vorgangsweise, in welcher Rußland zuerst zu Rathe gezogen und dann — wenn auch infolge eines Missverständnisses — dessen Intentionen zuwidergehandelt wurde, hier allgemeine tiefgehende Verstimmung hervorgerufen hat. Es ist schwer unter diesen Umständen mit Aussicht auf Erfolg von Rücksichtnahme auf die russischen Interessen zu sprechen.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 579. — ^{b)} n. 97. Vgl. n. 484. — ^{c)} 1881 Juni 18. A. F. Pribram, a. a. O. I 14 Nr. 3 b; Martens, N. R. G. 3. S. X 11.

Nr. 478. Tel. aus Belgrad, 1. Nov. 1908 Nr. 137 (eing. 2. Nov. 6 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tittoni telegraphierte italienischem Geschäftsträger, dass er infolge der beunruhigenden Nachrichten, welche er besonders aus Konstantinopel über kriegerrische Absichten Serbiens erhalte, sich an die Mächte wende, um nun ernstere, zur Ruhe mahnende Ratschläge in Belgrad zu erteilen. Italienischer Vertreter solle im Einvernehmen mit seinem Kollegen diesen Schritt unternehmen. Russischer Gesandter verständigte italienischen Geschäftsträger, dass er infolge der italienischen Anregungen entsprechenden Auftrag erhalten habe und sich dessen heute entledige. Mein italienischer Kollege will noch abwarten, bis der französische und der englische Gesandte Instruktionen erhalten um mit denselben möglichst gleichlautende Demarche zu machen. Französischer Gesandter teilt mir streng vertraulich mit, dass die russische Regierung sehr unangenehm berührt sei, dass die liberale Opposition in der Duma, besonders die Kadetten, die serbische Angelegenheit zu innerpolitischen Parteizwecken ausnützen wolle. Herr Iswolsky hätte Herrn Cambon in Berlin gesagt, dass, wenn er in Petersburg gewesen wäre, er die Reise des serbischen Kronprinzen nicht zugelassen hätte. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 485.

Nr. 479. Tel. nach Konstantinopel, 1. Nov. 1908 Nr. 207 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme bis inclusive No. 449 erhalten. Meine Auffassung über den Inhalt der von Enver Bey dem Generalkonsul Rappaport gegenüber aufgestellten Punkte, werde ich Euer Exzellenz erst am kommenden Mittwoch telegraphisch mittheilen. Inzwischen wiederhole ich Euer Exzellenz meine Hochdemselben bekannten Instruktionen dahin,

dass wir zwar auf dem Standpunkte stehen die Verhandlungen mit der Türkei nicht als abgebrochen anzusehen, daß wir uns jetzt aber im allgemeinen receptiv verhalten und die Türken an uns herankommen lassen sollen; bei Ihrer laut Ihres Telegrammes No. 449 für Montag den 2. November in Aussicht genommenen Zusammenkunft mit dem Grossvezir und dem Minister des Äussern wollen sich Euer Exzellenz also zur Richtschnur machen, die eventuellen Eröffnungen der beiden Minister blos entgegen zu nehmen und sich im übrigen bis zum Erhalt neuer Instruktionen reservirt verhalten.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 473, 480, 488.

Nr. 480. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Nov. 1908 Nr. 450 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Tewfik Pascha hat Baron Marschall mitgeteilt, dass die türkische Antwort auf das englische Konferenzprogramm erst gestern abends nach London abgegangen ist. Gleichzeitig wurden die türkischen Vertreter bei den Mächten von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt. Inhalt der Antwort soll beiläufig folgender sein: 1. Künftige Stellung Bulgariens (position juridique). 2. Finanzielle Verpflichtung Bulgariens gegenüber Pforte. 3. Die bosnisch-herzegovinische Angelegenheit. Anteil Bosniens und der Herzegovina an der türkischen Staatsschuld.^{b)} 4. Streichung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages. Bezüglich der Frage der fremden Posten und Kapitulationen wird bemerkt, dass sich die Pforte eine spätere Regelung dieser Fragen mit den Mächten vorbehalte. Aus der obigen Antwort der Pforte geht hervor, dass dieselbe in den letzten Tagen ihre Stellungnahme gegenüber bosnischer Frage in eine uns noch ungünstigere als bisher modifiziert hat. Es scheint mir, dass hiebei fremde Einflüsse zur Geltung gekommen sein dürften. Baron Marschall hat gestern auch mit Kiamil Pascha eine Unterredung gehabt. Letzterer hat dem deutschen Botschafter gegenüber seine Zuversicht in das Gelingen der türkisch-bulgarischen Verhandlungen ausgesprochen und hinzugefügt, dass wenn diese Verhandlungen zum Ziele führen sollten, seiner Ansicht nach die Konferenz überhaupt unnötig werden würde.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 479, 482. — ^{b)} Vgl. n. 453 Anm. c.

Nr. 481. Tel. aus St. Petersburg, 1. Nov. 1908 Nr. 176 (eing. 2. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Deutscher Botschafter überreichte gestern Minister des Äussern Memorandum, wonach Berliner Kabinett Konferenzidee nur unter Voraussetzung akzeptiert, dass Österreich-Ungarn teilnehme, Annexion von Diskussion ausgeschlossen werde und dass keine von Österreich-Ungarn nicht akzeptierten Kompensationen für Serbien und Montenegro zur Verhandlung gelangen. Herr Iswolsky soll daraufhin bemerkt haben: „à quoi bon alors la conférence?“ und Frage gestellt haben, was im Falle des Nichtzustandekommens der Konferenz geschehen würde! Graf Pourtalès hätte erwidert, dass sich Österreich-Ungarn mit der Türkei en règle setzen würde. Weitere

Frage Herrn Iswolskys, was Russland in diesem Falle zu tun hätte, will Botschafter ablehnend dahin beantwortet haben, dass es wohl (Sache)^{b)} Russlands sein werde, sich diesbezüglich mit Österreich-Ungarn auseinanderzusetzen. Seit gestern starke Strömung in serbophilen Dumakreisen für „Nichtanerkennung“ der Annexion unter Aufgebung der Konferenz-idee. Auch heutige Presse auf diesen Ton gestimmt. Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 33 Nr. 51. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 482. Tel. aus Konstantinopel, 2. Nov. 1908 Nr. 453 (eing. 3. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute ausnahmsweise den Minister des Äussern und dann Grossvezir besucht. Tewfik Pascha machte mir keinerlei Anspielung auf unsere Verhandlungen. Ich unterliess es instruktionsgemäss, das Gespräch auf den Gegenstand zu lenken. Er erzählte blos, dass die Verhandlungen mit den bulgarischen Delegierten heute abends beginnen würden. Türkischerseits sei eine Kommission unter Vorsitz des Bauten-Ministers mit den Verhandlungen betraut. Unmittelbar nach mir empfang der Minister des Äussern meinen deutschen Kollegen. Letzterem sagte er, dass er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, die Türkei müsse sich am besten mit Österreich-Ungarn ins Reine setzen. Es wäre dies schon im Hinblick auf die bulgarischen Verhandlungen notwendig, da hiedurch der Weg zur Konferenz geebnet werden würde. Über die bevorstehenden Verhandlungen mit Bulgarien sprach sich der Minister wenig vertrauensvoll aus. Der Grossvezir, den ich hierauf besuchte, empfing mich mit der Bemerkung, dass er mich lange nicht gesehen hätte und machte sofort eine Anspielung, dass wir uns verständigen müssten. Ich gieng absichtlich nicht darauf ein, sondern frug ihn, wie es mit den Bulgaren stünde. Kiamil Pascha antwortete, er hoffe bald zu einem Einverständnis zu gelangen und glaube, dass er sich auch mit uns auf derselben Basis verständigen könnte. Ich gieng auf diesen Anwurf noch immer nicht ein, bis endlich der Grossvezir Farbe bekannte und mir sagte: „Wenn Sie für die Annexion Bosniens einen Teil der ottomanischen Staatsschuld übernehmen wollten, wäre die Sache sofort geregelt.“^{b)} Ich antwortete Kiamil Pascha, dass wir der Türkei durch den Verzicht auf unsere Rechte in Bezug auf den Sandjak von Novibazar eine vollwertige Kompensation für die Annexion Bosniens gegeben haben und fügte hinzu, ohne mich aber irgendwie bestimmt auszusprechen, dass mir sein Wunsch unbegründet und auch formell undurchführbar erscheine. Irgendeine andere Forderung berührte der Grossvezir mit keinem Worte, so dass ich den Eindruck gewann, dass er doch vielleicht den Verhandlungen in Salonik ferne stehe. Er wiederholte blos mehreremale, dass wir durch die Übernahme eines aliquoten Teiles der Staatsschuld sowohl die Türkei als auch die anderen Mächte, die sich noch immer nicht mit unserem Vorgehen ausöhnen können, befriedigen würden. Als ich mich von ihm verabschiedete sagte Kiamil Pascha noch einmal, er hoffe recht bald wieder meinen Besuch zu empfangen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 480. — b) Vgl. 440, 480, 488, 723.

Nr. 483. Tel. nach St. Petersburg, 2. Nov. 1908 Nr. 133 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

In Beantwortung der in Ihrem Telegramme vom 31. v. M. No. 174 gestellten Anfrage theile ich Euer Exzellenz mit, dass das in Berlin gezeichnete geheime Protokoll vom 1./13. Juli 1878^{b)} gemeint ist. Eine Copie dieses Protokolles habe ich Hochdensenben seinerzeit nach Karlsbad gesendet. Um jedes Missverständnis zu vermeiden, bemerke ich, dass ich nicht voraussetze, Herr Iswolsky werde sich in seinen etwaigen Enuntiationen vor der Duma ausdrücklich zu den in Buchlau und Desio stattgehabten Besprechungen bekennen, was ich jedoch erwarte, ist, dass der Herr russische Minister des Äussern sich gegebenenfalls mit dem Geiste dieser Besprechungen und der hiebei ausgetauschten Erklärungen nicht in Widerspruch setze. Dass sich die erwähnten Pourparlers auch auf Bosnien und die Herzegovina erstreckt haben und in dieser Angelegenheit sowie in den anderen berührten Fragen zwischen mir und Herrn Iswolsky eine principielle Übereinstimmung erzielt wurde, die blos auf eine redactionelle Festlegung harrt, wird übrigens auch durch einen Brief, welchen Herr Iswolsky unterm 23. September l. Js. von Tegernsee aus an mich richtete, sowie durch ein Schreiben des Fürsten

Urusow vom 29. September 1. Js. bestätigt. Im Briefe Herrn Iswolskys
2. Oktober

heißt es: „J'ai déjà expédié à St. Pétersbourg pour être soumis à Sa Majesté l'Empereur mon projet de réponse à Votre dernier memorandum „que j'ai rédigé sur la base de notre entretien à Buchlau. Si ce projet obtient la sanction de mon Auguste Maître notre mémorandum responsif Vous sera transmis dans le plus bref délai possible.“ Das Schreiben des Fürsten Urusow enthält folgenden Passus: „Je suis chargé de Vous prévenir confidentiellement et amicalement de ce que l'entretien de M. Iswolsky avec M. Tittoni à Désio ayant porté sur la Bosnie et l'Herzégovine M. Iswolsky a mis son interlocuteur au courant de l'échange de vues, dans ses détails, qu'il a eu avec Votre Excellence à Buchlau au sujet de cette question.“ Euer Exzellenz könnten gelegentlich Herrn Iswolsky an diese beiden piécen erinnern.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 494, 520. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 484. Tel. aus St. Petersburg, 2. Nov. 1908 Nr. 177 (eing. 3. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Seine Majestät Kaiser Nikolaus hat mich heute in Audienz zu empfangen geruht. Der höchste Herr sprach mir sein Bedauern aus, in Folge Abwesenheit seines Ministers des Äussern nicht in der Lage gewesen zu sein, auf das Handschreiben unseres Allergnädigsten Herrn antworten zu können.^{b)} Auch jetzt seien noch mit Rücksicht auf die in dem Allerhöchsten Schreiben bezogenen historischen Verweise archivarische Recherchen notwendig, um die Antwort zu redigieren. In den allernächsten Tagen werde aber jedenfalls das Schreiben abgehen; nachdem es sich um eine ernste Angelenheit handle, solle ich entschuldigen, wenn er sich angesichts dieser Umstände heute darüber nicht weiter ausspreche. Seine Majestät erkundigte sich sodann

nach dem Befinden unseres erhabenen Monarchen und gieng auf unpolitische Sujets über, bei deren Erörterung es mir jedoch möglich war, gelegentlich fallen zu lassen, wie schmerzlich es mich berührte, jetzt, wo alles glatt vereinbart schien und Aussicht auf harmonisches Zusammengehen gegeben war, gegenteiliger Auffassung hier zu begegnen. Kaiser Nikolaus reichte mir bei diesen Worten mit warmer Herzlichkeit die Hand, sagend: „Je vous comprends parfaitement; j'ai beaucoup pensé à vous.“

Berchtold.

a) Vgl. n. 477, 505. — b) n. 97.

Nr. 485. Tel. aus Belgrad, 3. Nov. 1908 Nr. 139 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 137, vom 1. d. M. Infolge der zur Ruhe mahnenden Demarchen des russischen, englischen und italienischen Vertreters veröffentlichte Regierung als Antwort ein Communiqué: Serbien verhält sich friedlich und gewärtigt mit Ruhe den Beschluss der Konferenz, von welcher es sich mit Sicherheit die Erfüllung seiner berechtigten, in der Protestnote erwähnten Forderungen erwartet.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 34 Nr. 52. Vgl. n. 486.

Nr. 486. Tel. aus Belgrad, 3. Nov. 1908 Nr. 140 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nro. 139. Deutscher Gesandter hat über Auftrag sich der Demarche der übrigen Vertreter angeschlossen und erhielt seitens des Ministerpräsidenten friedliche Versicherung mit dem (Beifügen)^{b)} Serbien hoffe auf die Erfüllung seiner Forderungen durch die Konferenz.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 34 Nr. 53. Vgl. n. 499. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 487. Bericht aus Belgrad, 3. Nov. 1908 Nr. 72 D (eing. 5. Nov.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Im Laufe meiner geheimen Berichterstattung war ich in der Lage Euer Excellenz sub No. 69 A vom 29. Oktober l. Js.^{b)} ein genaues Verzeichnis der mit Gewehren und Munition, Bomben u. s. w. ausgestatteten serbischen Banden, sowie ihrer Standorte längs unserer Grenze zu unterbreiten. Die in Übersetzung und teilweise auch in photographischer Reproduktion vorgelegten Dokumente und Protokolle des Slovenski Jug^{b)} sind ein unumstösslicher Beweis der von der serbischen Regierung in unseren Staatsgebieten genährten Propaganda, sowie ihrer verbrecherischen Mitschuld an dem eventuell durch die von ihr ausgerüsteten und entsendeten Banden verursachten Blutvergiessen. Da wir vor der Möglichkeit eines ernststen Konfliktes mit Serbien stehen, erlaube ich mir es Euer Excellenz hochgeneigter Erwägung zu unterbreiten, ob nicht aus dem von der k. u. k. Gesandtschaft seit Jahresfrist gesammelten, im hohen k. u. k. Ministerium erliegenden Materiale, den Protokollen, Photographien u. s. w. eine mit ent-

sprechenden Erläuterungen versehene Publikation vorbereitet werden sollte, um im Notfalle die fremden Mächte und die öffentliche Meinung von der phantastischen Frechheit und den unglaublichen Machinationen Serbiens zu unterrichten.^{c)} Speziell die offizielle Ausrüstung der Banden und deren Leitung durch den aktiven General, den Artillerie-Inspektor N. Stefanović würde jedwede Massnahme rechtfertigen, welche Euer Excellenz, je nach der internationalen Lage und je nach unserem Interesse, zu ergreifen gesonnen wären. Auch könnte vielleicht erwogen werden, ob vor dem Einbruche der Banden oder wenigstens nach dem ersten Zusammenstosse mit denselben die strengen standrechtlichen Massregeln, durch welche dem Bandenunwesen zu steuern wäre, zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden sollten. Die sichere Aussicht auf sofortige standrechtliche Justifizierung würde hier ein Wutgeheul erregen, aber manchen serbischen freiwilligen Helden abschrecken. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 512 Anm. b, 581, 1560, 1764, 1795. — ^{b)} Vgl. n. 98 Anm. b. — ^{c)} Amtsvermerk (Oppenheimer): Im Sinne der instehenden Anregung wurde das Actenmateriale Sectionschef von Jettel übergeben. Februar 1909. Oppenheimer.

Nr. 488. Tel. nach Konstantinopel, 3. Nov. 1908 Nr. 208 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Zu meinem Telegramm No. 207 vom 1. l. M. Ich kann nicht ganz den Eindruck Euer Exzellenz theilen, daß Generalconsul Rappaport unserem Standpunkte dadurch präjudicirt hätte, daß er in eine akademische Discussion der Bedingungen des Saloniker Comités eingegangen ist. Von formellen Verhandlungen ist ja keineswegs die Rede und mit vertraulichen Pourparlers zwischen Rappaport und Enver Bey waren ja auch Euer Exzellenz laut Ihres Telegrammes vom 27. l. M. No. 440 ganz einverstanden. Im übrigen hat Herr Rappaport auch keinerlei Äußerungen gethan, die uns auch nur moralisch verpflichten würden. Eine Discussion des Punktes eins hat er abgelehnt; bezüglich der Punkte II und III die bekannten Erklärungen wiederholt, die wir der Pforte bereits abgegeben haben und nur zu Punkt V noch bemerkt, daß ihm dessen Erfüllung selbstverständlich erscheine. Die anderen Anregungen des Saloniker Comités hat er ganz offen gelassen. Meine eigene Auffassung der Propositionen Enver Beys ist auf den ersten Blick hin keine zu ungünstige. Der Punkt I ist unerfüllbar, unsere Bereitwilligkeit in Betreffs der Punkte II und III entgegen zu kommen ist der Pforte bereits bekannt; den Punkt IV hat Generalconsul Rappaport bereits als selbstverständlich bezeichnet; wenn ich aber auch noch den Punkt V vorläufig ausschalte, dessen Petit mit Rücksicht auf den heiligen Stuhl, unsere Beziehungen zu Frankreich und die italienischen Aspirationen wohl kaum erfüllt werden kann, auch wenn wir an sich der Beibehaltung unseres Cultusprotectorates keine zu große Bedeutung beimessen würden, so bleiben die Punkte VI—IX, die, auf wirtschaftlichem Gebiete liegend, uns immerhin die Möglichkeit eines mit unseren Interessen vereinbaren Entgegenkommens bieten würden. Ich denke hiebei speciell an den Punkt VII — Erhöhung der Zölle auf 15%. In einem Erlasse der Euer Exzellenz morgen mit dem Courier zukommt, finden Euer Exzellenz ein Memorandum der Handels- und Gewerbekammer

in Wien, in welchem als mögliche Compensationsobjecte für die Türkei die Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle und die Besteuerung der fremdländischen Unternehmungen auf türkischem Boden bezeichnet werden. Eine von uns in diesem Sinne ausgehende Initiative bei den Signatarmächten, könnte auch in England, bei dessen gegenwärtigen großen türkischen Sympathien, kaum grossen Schwierigkeiten begegnen. Bevor ich jedoch das Telegramm Generalconsul Rappaports vom 30. I. M. Nr. 90 beantworte und ihm die erbetenen Instruktionen ertheile, wäre es für mich von großem Werthe, auch Euer Exzellenz Ansicht über die vom Saloniker Comité aufgestellten [Punkte] kennen zu lernen. Um einem Mißverständniß vorzubeugen bemerke ich, daß die Verhandlungen in Salonik, falls sie Generalconsul Rappaport mit dem Comité fortsetzen sollte, jedenfalls nur bis zur Erzielung eines vorläufigen Einverständnisses geführt werden würden, auf dessen Grundlage Euer Exzellenz die Angelegenheit dann natürlich mit dem Grossvezir zu finalisiren hätten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 482, 496, 497.

Nr. 489. Bericht aus London, 3. Nov. 1908 Nr. 53 A (eing. 6. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. In den an mich durch letzten englischen courier herabgelangten politischen Mittheilungen befand sich ein Telegramm des Grafen Lützow No. 173 vom 26. Oktober I. J., worin eine Äusserung des Herrn Tittoni wiedergegeben wird, der zu Folge die englische Regierung — falls Österreich-Ungarn die Betheiligung an einer Conferenz verweigern sollte — „nicht davon zurückschrecken würde, ihren Botschafter in Wien abzubufen, eventuell eine Escadre in das adriatische Meer zu entsenden.“ Ich kann mich nur der Auffassung meines römischen Collegen anschliessen, welcher derartige Äusserungen als zu pessimistisch ansieht. Was im Falle eines ernstesten Conflictes zwischen uns und der Türkei die hiesige Haltung sein könnte, wage ich allerdings nicht vorauszusehen. Der Wunsch, um jeden Preis das neue türkische Régime zu stützen und die wiedergewonnene Sympathie der mohamedanischen Welt — die für das britische Reich wichtiger ist, als irgend eine Allianz — zu erhalten, ist so stark, dass er im Stande wäre, die englische Politik in Bahnen zu lenken, die mit ihren bisherigen Traditionen im vollständigen Widerspruch stehen und an die Zeiten gemahnen würde, in welchen Lord Palmerston und Lord John Russell in Italien alle gegen Österreich gerichteten Bestrebungen gebilligt und unterstützt haben.¹⁾ Dass die Verstimmlung gegen uns hier besteht, ist leider zweifellos. Erst vor wenigen Tagen sagte mir einer meiner Freunde, der sowohl dem Könige als der Regierung sehr nahe steht, dass ich mir vielleicht nicht hinreichend Rechenschaft darüber gebe, wie sehr die britische Regierung und bis zu einem gewissen Grade auch König Eduard gegen uns verstimmt wäre. „How deeply they feel it.“ Die Gründe sind die von mir schon häufig gemeldeten: Bedrohung der Consolidirung des jungtürkischen Régimes durch unsere Action; einseitige Aufhebung einer Bestimmung des Berliner Vertrages, was sie hier durchaus als Vertragsbruch interpretiren wollen und endlich auch das

Factum, dass hier nicht vorher irgend eine Andeutung der von uns vorbereiteten Veränderung gemacht wurde. Letzterer Umstand hat vielleicht auch speciell zur Verstimmung König Eduards beigetragen, mit Rücksicht auf den von Seiner Majestät Mitte August abgestatteten Besuch^{a)} bei seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn. Ich habe zwar in Balmoral gleich erklärt, dass zur Zeit der Ischler Entrevue die Allerhöchste Entschliessung betreffs Einverleibung der occupirten Provinzen noch nicht gefasst war; aber bei Beurtheilung der Gemüthsstimmung König Eduards muss berücksichtigt werden, dass der höchste Herr hier in radicalen Kreisen häufig darüber angegriffen wurde, dass Er Zusammenkünfte mit fremden Souveränen und Staatsmännern habe, ohne von einem verantwortlichen Minister begleitet zu sein, was nicht als constitutionell angesehen werden könne. Diese Kritiken mögen Seine Majestät empfindlicher gemacht haben, als Er es unter anderen Umständen wäre. Für mich persönlich ist der höchste Herr ebenso gnädig wie sonst, vermeidet es aber, — seit Balmoral — mit mir über politische Themas zu sprechen.²⁾ Seine Majestät hat einem Herrn seiner vertrautesten Umgebung, der es mir wiederholte, erst unlängst gesagt, dass Er es sehr bedauere unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht über die politische Lage mit mir Sich in Discussionen einlassen zu können. Ich bin abermals, wie alljährlich für die Woche des 9ten November nach Sandringham befohlen worden, um zum Geburtstag des Königs mich unter den Gästen Ihrer Majestäten zu befinden. Mensdorff.

¹⁾ Ist jetzt schon der Fall. — ²⁾ Wie Br. Hübner in Paris.

^{a)} Vgl. n. 36.

*Nr. 490. Tel. nach Rom, 3. Nov. 1908 Nr. 106 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Telegramme No. 178 und 179 erhalten.

Ich vermag absolut nicht einzusehen, wie die gegenwärtige politische Situation darnach angethan sein soll, für Italien die Eventualität eines Gegensatzes oder gar eines Conflictes mit England in sich zu schliessen und kann also die Beunruhigung Herrn Tittonis und die aus dieser eingebildeten Gefahr fließende Sorge um seine Stellung nicht theilen.

In unserem Verhältniss zu Italien handelt es sich in erster Linie übrigens nicht um seine mehr oder minder befestigte Stellung, wenn ich ihm auch eine möglichst lange politische Wirksamkeit wünsche, sondern um das Festhalten Italiens am Dreibunde, auf das wir den höchsten Wert legen, das wir aber nicht um jeden Preis erkaufen können und wollen. Was die von Herrn Tittoni gewünschten Gefälligkeiten betrifft, so ist es Euer Exzellenz bekannt, dass die Creirung einer italienischen Universität bei uns nicht von einem „acte gracieux“ Seiner Majestät sondern von den Beschlüssen der Legislatve abhängt. Mir liegt diese Frage sehr am Herzen, ich ürgire deren Erledigung bei jeder Gelegenheit nicht etwa um Herrn Tittoni einen Gefallen zu erweisen, sondern in unserm eigenen Interesse und weil ich die Ansprüche unserer italienischen Staatsangehörigen für berechtigt halte.

Auch in der Strafsache des Marinelli kann ich nicht weiter interveniren, als es bisher geschehen ist, weil kein Staat, Österreich-Ungarn so

wenig wie Italien, einem directen Eingriff in die Justizhoheit zugänglich ist. Mein lebhaftes Erstaunen muss ich darüber ausdrücken, dass Euer Exzellenz sich über den Vorschlag einer Grenzregulierung bei Aquileja in eine Conversation eingelassen, ein Memorandum entgegengenommen und ihn zum Gegenstande der officiellen Berichterstattung gemacht haben.

Ich ersuche Euer Exzellenz Herrn Tittoni zu sagen, dass Sie nach reiflicher Überlegung es für unmöglich befunden hätten, mir diese Frage mündlich oder schriftlich auch nur vorzulegen, da Sie sicher seien, dass eine derartige Anregung bei mir den schlechtesten Eindruck machen müsse.

Herr Tittoni muss es sich angelegen sein lassen aus eigener Kraft und nicht gestützt auf fremdes Wohlwollen der Schwierigkeiten Herr zu werden, die seine Stellung bedrohen und kann sicher sein, dass ihn hiebei meine besten Wünsche begleiten. Ist er dies nicht im Stande, weil seine Politik im Lande kein Vertrauen genießt, sehe ich nicht ein, welchen Nutzen es uns bringen soll, ihn durch fortgesetzte „Gefälligkeiten“ über Wasser zu halten.

Ich ersuche Euer Exzellenz sich im obigen Sinne aber in durchaus freundschaftlicher Weise ihm und auch Herrn Giolitti gegenüber auszusprechen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 503.

*Nr. 491. Tel. aus Rom, 3. Nov. 1908 Nr. 184 (eing. 4. Nov. 9 U. a. m.).
Entziff.*

Ein Passus in einem heute eingelangten Telegramme des Herzogs von Avarna hat Herrn Tittoni einigermaßen impressioniert. Euer Exzellenz hätten sich dahin geäußert, Herr Tittoni hätte unsere Politik in London und Petersburg mehr unterstützen können. Speziell was London anbelangt, beruft er sich darauf (vergleiche mein Telegramm Nr. 163 vom 20. v. M.),^{a)} dass er dort angeregt habe, territoriale Kompensationen aus Konferenzprogramm auszuschalten; er habe dieses eben aus dem Grund getan, um seinen guten Willen zu dokumentieren und uns Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Ebenso hat Marquis Imperiali in Konstantinopel zwischen Markgraf Pallavicini und englischen Botschafter vermittelt und den Dank unseres Vertreters geerntet. Betreffs Konstantinopels frug mich Herr Tittoni, ob Euer Exzellenz eine vertrauliche mündliche Zusicherung der Pforte genügen würde: Protest gegen Annexion auf der Konferenz nicht vorzubringen und Diskussion zu vermeiden. Wenn ja, wolle er gerne in diesem Sinne einwirken. Eine schriftliche, für die Öffentlichkeit bestimmte diesbezügliche Erklärung der Pforte scheine ihm unerreichbar, weil gegen ihre Tradition. Dieselbe habe sogar — nach fast 30 Jahren — gegen Anwesenheit von (Delegierten)^{b)} aus Erythräa auf einer Postkonferenz in Lissabon ausdrücklich protestiert. Falls Euer Exzellenz seine obbesagte Einflussnahme in Konstantinopel wünschen, würde er russische Regierung von seiner diesbezüglichen Aktion verständigen, welche letzterer zur Ebnung der Wege für die Konferenz nur erwünscht sein kann.

Lützow.

a) Liegt nicht vor. — b) Chiffre fehlt.

*Nr. 492. Tel. aus Rom, 3. Nov. 1908 Nr. 185 (eing. 4. Nov. 5 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Minister des Äussern zeigte mir heute ein Telegramm des Herrn Pansa, wonach deutscher Regierung und italienischem Botschafter in Berlin gemachter Äusserung Herrn Iswolskys zufolge, auch russische Regierung gegen Rom als Konferenzsitz nichts einzuwenden hätte. Herr Tittoni legt der Sache eine „enorme“ Bedeutung bei, um nicht „als Knecht Österreich-Ungarns und des Vatikans“ verschrien zu werden. Obwohl in meinem Telegramme Nr. 180 vom 31. v. M. angedeutete Bedenken sehr triftig sind, schiene mir dies eine günstige Gelegenheit, Tittoni einen coup d'épaule zu geben. Wie die Dinge liegen, hätte die Sache für ihn tatsächlich eine grosse Bedeutung und könnte ihn möglicherweise wieder sattelfest machen. Eine spontane diesbezügliche Meinungsäusserung Euer Exzellenz würde meinem Erachten nach von ihm dankbarst aufgenommen werden. Graf Monts ist in seiner Opposition gegen Rom viel zu weit vorgegangen. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 509.

*Nr. 493. Tel. aus St. Petersburg, 3. Nov. 1908 Nr. 178 (eing. 8 U. p. m.).
Entziff.*

Minister des Äussern sprach mir heute in bewegten Worten von „Wahrscheinlicher Sturz Iswolsky's“ überschriebenen Artikel der „Neuen Freien Presse“ vom 30. v. M. Ich versicherte Minister, dass diese taktlose Kundgebung, welche mich selbst auf das Peinlichste impressioniert hätte, in keinem Zusammenhange mit unserem Auswärtigen Amte stehe und nur als gelegentliche Riposte Wiener Presse auf gehässige Campagne hiesiger Blätter aufgefasst werden könne. Hierzu möchte ich noch bemerken, dass Sprachweise unseres Blattes umso bedauerlicher, als Herrn Iswolsky's Stellung beim Kaiser Nikolaus neuerdings befestigt und derartige Ausfälle meine ohnehin nicht leichte Aufgabe, aus dem Geleise gebrachte Beziehungen wieder normal zu gestalten, ungemein erschweren. Berchtold.

Nr. 494. Tel. aus St. Petersburg, 3. Nov. 1908 Nr. 180 (eing. 4. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 133 vom 2. d. M. Herr Iswolsky sprach mir heute sein tiefes Bedauern aus, dass Euer Exzellenz ihm gegenüber zu solchen Mitteln gegriffen, wie Androhung der Publikation geheimer Memoranden. Er habe es unlängst nicht ernstlich geglaubt, erst als Herr von Tscharykoff, dem ich tags zuvor davon gesprochen, Tatsache bestätigte. Ich erwiderte ihm, dass es keine Provokation sei, wie er zu denken schien, sondern gegebenenfalls ein Akt der Notwehr in extremis wäre. Minister hier von allen Seiten wegen seiner „österreichischen“ Politik angefeindet. Er trachtet Modus zu finden, dieselbe mit den Exigention der öffentlichen Meinung in Einklang zu bringen und will Hoffnung nicht aufgeben, schliesslich Ausweg zu finden, der auch Euer Exzellenz zu befriedigen imstande ist. A titre privé et confidentiel sprach er Gedanken aus, dass Publikation der Budapester Konvention vom

15. Jänner 1877^{b)}) und des Berliner Protokolles vom 13. Juli 1878^{b)}) vielleicht nützlich wäre und ihm Aufgabe erleichtern könne; eventuell im Wege einer absichtlichen Indiskretion unserer Presse, auf welche er dann reflektieren würde. Nachdem mir dieser Gedanke geeignet schien, Substrat für freundschaftliche Austragung der Angelegenheit zu geben, nahm ich ihn ad referendum und bitte Euer Exzellenz um gütige Wohlmeinungseröffnung.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 517, 520, 534. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 495. Tel. nach Berlin Nr. 107, Paris Nr. 56, London Nr. 78, Rom Nr. 108 und Konstantinopel Nr. 210, 4. Nov. 1908 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Pogatscher).

Der russische Vorschlag betreffs des Konferenzprogramms ist mir nunmehr seitens Herrn Iswolsky's übermittelt worden und seit heute in meinen Händen. Entsprechend der daran geknüpften Aufforderung des Petersburger Kabinettes werde ich nunmehr mit demselben in einen Meinungsaustausch eintreten.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 35 Nr. 54. Vgl. n. 462, 504.

*Tel. nach Konstantinopel, 4. Nov. 1908 Nr. 210 (chiffr. 6 U. p. m.).
Siehe n. 495.*

Nr. 496. Erlaß nach Konstantinopel, 4. Nov. 1908 Nr. 2232.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Bei dem großen Interesse, das wir daran haben, mit der Türkei zu einer freundschaftlichen Verständigung über die schwebenden Fragen zu gelangen, war es naheliegend, den Gedanken in Erwägung zu ziehen, ob sich die Pforte nicht durch die Zusicherung gewisser Vorteile auf wirtschaftlichem Gebiete zu einer entgegenkommenderen Haltung in der Annexionsfrage bestimmen ließe. Von diesem Gesichtspunkte aus erschien es mir wertvoll und interessant, die Ansichten der maßgebenden Kreise darüber kennen zu lernen, ob wir in der Lage wären, der Türkei auf diesem Gebiete Konzessionen zu gewähren, die, ohne die berechtigten Interessen unseres Handels und der inländischen Produktion zu schädigen, für die Türkei doch von entscheidender Bedeutung wären. Sehr beachtenswertes Material zur Beantwortung dieser Frage bietet nun ein Mémoire der niederösterreichischen Handels- und Gewerbe-Kammer,^{b)} welches mir vor kurzem zugekommen ist und das von der Boykottbewegung und den Mitteln ihrer Bekämpfung ausgehend, die wirtschaftspolitische Seite unserer gegenwärtigen Lage der Türkei gegenüber erörtert. Kurz zusammengefaßt ist der in dem Mémoire entwickelte Gedankengang der folgende: Die Erstarkung der türkischen Finanzen sei die erste Voraussetzung für die Fortführung und glückliche Vollendung des vor kurzem begonnenen Regenerationsprozesses in der Türkei. Sie könne jedoch einzig und allein durch eine grundlegende Reform des türkischen Zoll- und Steuersystems — vor allem durch die Erhöhung der Einfuhrzölle und die Besteuerung der ausländischen Unternehmungen — herbeigeführt werden. Da eine derartige Reform durch die bestehen-

den Verträge mit den europäischen Staaten ausgeschlossen erscheine, so sei die Modifikation dieser Verträge für die Türkei und speziell für das junge konstitutionelle Régime eine Lebensfrage. Nach Ansicht der Kammer könnte nun die Monarchie zu dieser für die Türkei überaus wichtigen Abänderung des bestehenden Vertragszustandes nicht nur ihre Zustimmung erteilen, ohne hiedurch, falls gewisse Reserven gemacht würden, ihre wirtschaftlichen Interessen zu gefährden, sondern es dürfte im Gegenteil eine in dieser Richtung unsererseits ergriffene Initiative die Gestaltung unserer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei in der günstigsten Weise beeinflussen. Die Richtigkeit der im Vorstehenden skizzierten Grundgedanken des Mémoires hat inzwischen insofern eine teilweise Bestätigung erfahren, als, wie Euer Exzellenz bekannt, die Frage der der Türkei unsererseits zu gewährenden Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet von den Delegierten des jungtürkischen Komitees in Salonik Generalkonsul Rappaport gegenüber zur Sprache gebracht wurde und speziell die Forderung nach einer Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle unter den bekannten Petiten des Komitees figuriert. Ich habe daher auch in meinem auf die Verhandlungen in Salonik bezüglichen Telegramme vom 3. 1. Mts., No. 208, welches Euer Exzellenz inzwischen zugekommen ist, auf das vorliegende Mémoire Bezug genommen. Indem ich mir vorbehalte, vor der Wiederaufnahme Ihrer Besprechungen mit der Pforte in einer eingehenden Instruktion auf die hier behandelte Frage zurückzukommen, beschränke ich mich heute darauf, Euer Exzellenz den Wortlaut des Mémoires, welches noch manche andere beachtenswerte Anregung enthält, zu Ihrer Information in einer Abschrift zur Kenntnis zu bringen.

a) Vgl. n. 497, 515, 557 Anm. b. — b) Memoire der n. ö. Handels- und Gewerbekammer vom 19. Okt. 1908 Z. 1153. Nicht abgedruckt.

Nr. 497. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. Nov. 1908 Nr. 459 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 208 vom 3. d. M. Ich habe aus dem Grunde gegen die von Generalconsul Rappaport geführten Verhandlungen mit dem Saloniker Comité gewisse Bedenken gehabt, weil ich den Eindruck, den dieselben auf Kiamil Pascha eventuell machen könnten, daß wir zum Einlenken bereit sind, fürchtete. Nun sehe ich aber, daß Euer Exzellenz in den vom Saloniker Comité gemachten Propositionen Anhaltspunkte zu Konzessionen unsererseits erblicken. Ich kann dies im Interesse meiner Bemühungen nur mit Befriedigung begrüßen und glaube, daß unter solchen Umständen die vom Generalkonsul Rappaport eröffneten Pourparlers meine Verhandlungen mit Kiamil Pascha günstig beeinflussen dürften. Ich möchte hiebei hervorheben, daß es nach dem jetzigen Stande der von mir geführten Verhandlungen angezeigt wäre, Enver Bey vor allem keinen Zweifel darüber zu lassen, daß von einem Eingehen auf Punkt 1 absolut keine Rede sein könne. Dies würde meinen Bemühungen beim Großvezir sehr zustatten kommen. Gleichzeitig sollte man aber meiner Ansicht nach schon jetzt dem Saloniker Comité Andeutung

machen, daß in den von Euer Exzellenz bezeichneten Punkten unsererseits ein Entgegenkommen eventuell zu erwarten stünde. Was den Punkt III anbelangt, sagen Euer Exzellenz, daß der Pforte unser Entgegenkommen bereits bekannt sei. Diesbezüglich erlaube ich mir zu bemerken, daß unser Entgegenkommen in der vorläufig von uns in Aussicht genommenen Form hier bereits als wertlos bezeichnet wurde. Es müßte jedenfalls eine präzisere Form gewählt werden, damit sie seinerzeit auf den Großvezir Eindruck mache, etwa in der Art, daß wir versprechen, anlässlich der bevorstehenden Konferenz uns bei den anderen Mächten im Sinne gewünschter Garantie einzusetzen. Über den Punkt V, den Euer Exzellenz „vorläufig“ ausschalten, bemerke ich, daß sich die jungtürkische Presse mit dieser Frage beschäftigt und derselben grosse Bedeutung beimisst. Eine Konzession mit Bezug auf diesen Punkt würde hier gewiß großen Eindruck machen. Bezüglich der wirtschaftliche Konzessionen betreffenden Punkte behalte ich mir eine Äußerung bis nach Eintreffen des gegenständlichen Erlasses vor

Pallavicini.

a) Vgl. n. 496, 525, 557 Anm. b, 698, 902.

Nr. 498. Privatschreiben aus Konstantinopel, 4. Nov. 1908 (eing. 7. Nov.), a)
Ausfert.

Streng vertraulich. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass unsere Verhandlungen mit der Pforte in der Annexionsfrage einen viel rascheren Verlauf nehmen würden, wenn sich nicht gewisse Gegenströmungen seitens der Mehrzahl meiner Collegen geltend machen würden. Ich habe nie behauptet und behaupte auch heute nicht, dass mein englischer College beim Grossvezir gegen eine directe Verständigung zwischen uns und der Türkei intriguiert hat. Aber, soviel scheint mir doch ausser Zweifel zu stehen, dass es Sir Gerald Lowther sehr unangenehm wäre, wenn sich die Jungtürken sagen müssten: „Trotz der Freundschaft des mächtigen Englands mussten wir Österreich-Ungarn in allen Stücken nachgeben.“ In einem ähnlichen Falle ist auch mein französischer College. Auch er würde wünschen, dass die Türkei irgend eine Satisfaction erhalte. Die Hauptsache für Herrn Constans ist aber das finanzielle Interesse Frankreichs. Ihm ist in erster Linie darum zu thun, dass die Milliarden, die Frankreich der Türkei geliehen hat, nicht in Gefahr kommen. Deshalb sorgt er vor Allem für die Erhaltung des Friedens. Die vielfach bemerkte freundschaftliche Haltung Frankreichs der Monarchie gegenüber erklärt sich auf diese Art sehr leicht. Frankreich, welches weder in der Annexion Bosniens noch in der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens irgendwie französische Interessen tangiert sieht, trachtet vermittelnd aufzutreten. Ganz verschieden war die Haltung Frankreichs als wir die Sandjakbahnfrage aufs Tapet brachten. Damals wurde der grösste Lärm eben in Frankreich geschlagen und zwar auf Instigation des hiesigen französischen Botschafters. Herr Constans sah in der Sandjakbahn seinerzeit eine Gefährdung wirtschaftlicher Interessen Frankreichs, deshalb alarmierte er seine Regierung und die französische Presse. Dasselbe wäre auch heute der Fall, wenn wir irgendeinen Vorstoss auf wirtschaftlichen Gebiete in der Türkei machen

würden. Was meinen russischen Collegen anbelangt, ist es selbstverständlich, dass er infolge der letzten Ereignisse schlechtester Laune ist. Er kann sich überhaupt in die neue Lage der Dinge nicht finden. Mein persönlicher Verkehr mit ihm hat natürlich hiedurch stark gelitten; er geht so weit er kann jedem politischen Gespräche mit mir aus dem Wege. Im Übrigen habe ich aber keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass Herr Zinoview meinen Bestrebungen, mit der Pforte zu einem Einvernehmen zu kommen, entgegenarbeitet. Die Haltung Baron Marschalls mir gegenüber war während der ganzen Krise eine vollständig correcte und dem Bundesverhältniss entsprechende. Er konnte es aber nicht verhehlen, dass ihm unsere Aktion im höchsten Grade ungelegen kam. Der deutsche Botschafter schreibt sogar dieser Aktion die Schuld zu, dass er seine Ausnahmstellung in Constantinopel verloren hat. Dies ist meiner Ansicht nach ganz falsch. Die Stellung Deutschlands in der Türkei hat von dem Momente, als die politische Umwälzung in diesem Lande eintrat, ihre Basis verloren. Dies wollte sich Baron Marschall nicht eingestehen und schiebt jetzt alle Schuld auf uns. Nichtsdestoweniger ist seine Haltung, wie gesagt, eine correcte; er möchte bloß nicht gerne in die Lage kommen, wegen uns der Pforte irgendwie unbequem zu werden. Dies ist der Grund warum er mich überzeugen wollte, dass meine Verhandlungen mit Kjamil Pascha niemals zu einem Resultate kommen können, da es der Pforte aus principiellen Gründen unmöglich sei, nachzugeben. Jetzt ist endlich Baron Marschall zur Einsicht gekommen, dass er mich nicht überzeugen kann; er trachtet nun soviel als möglich auf mich einzuwirken, dass wir wenigstens gewisse Compensationen der Türkei in Aussicht stellen mögen. Der deutsche Botschafter ist der Ansicht, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur eine europäische Conferenz wieder Ordnung und Ruhe schaffen könnte, er scheint aber seit einigen Tagen die Hoffnung auf das Zustandekommen einer solchen Conferenz ziemlich aufgegeben zu haben. Mein italienischer College befindet sich augenscheinlich in der unbequemsten Lage. Einerseits will er sich uns, dem Alliierten, gegenüber correct verhalten, andererseits hat er mit den 3 anderen Mächten die bewusste Declaration abgegeben.^{b)} Er hofft zuversichtlich, dass die Conferenz zu Stande kommt. Für Italien wäre dies das einzige Mittel sich aus der Verlegenheit zu ziehen. Die innere Lage wird von Tag zu Tag schlimmer. Der Sultan ist heute im vollen Sinne des Wortes ein Gefangener; das türkische Reich also keine Monarchie mehr, sondern eine Republik und Kjamil Pascha der Präsident der Republik. Dies ist ein Zustand, der nicht lange dauern kann. Auch die Hoffnung der Jungtürken, dass sie in dem zukünftigen Parlamente eine compacte Majorität bilden werden, scheint eine trügerische gewesen zu sein, so dass auch vom Parlamente nicht viel zu hoffen bleibt. Unter diesen Umständen dürften wir in diesem Lande noch schweren Zeiten entgegengehen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 556. — ^{b)} Vgl. n. 255.

Tel. nach London, 4. Nov. 1908 Nr. 78 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 495.

Nr. 499. Tel. aus London, 4. Nov. 1908 Nr. 101 (eing. 5. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute Sir Ch. Hardinge ganz kurz gesehen. Er sagte mir, britische Regierung hätte in Belgrad in sehr eindringlicher Weise Ratschläge der Ruhe und Mässigung gegeben und von serbischer Regierung befriedigende Zusicherungen erhalten, dass sie Frieden erhalten wolle. Diese Zusicherungen wurden sowohl in Belgrad als durch serbischen Vertreter hier gegeben. Letztere schriftlich. Was allgemeine Lage betrifft, so glaubt Sir Ch. Hardinge, dass momentan panslavistische Strömung in Russland sich etwas beruhigt hat. Als eine rein persönliche Meinung sagte er, dass im Falle nicht durch eine Konferenz Beruhigung geschaffen werde, er befürchte, dass slavophile Stimmung in Russland in einiger Zeit zu Gunsten der Serben mit elementarer Gewalt auftreten wird. Er sprach von Analogie mit 1877 und erblickte darin eine sehr ernste Gefahr. Hiesige Presse, in der bedauerlicher Weise eine wachsende Sympathie für Serben zu konstatieren ist, gibt trotzdem Ratschläge der Ruhe und Mässigung an Adresse Serbiens.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 486, 500, 513, 514.

Nr. 500. Tel. aus London, 4. Nov. 1908 Nr. 102 (eing. 5. Nov. 10 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Ich habe eben eine ganz vertrauliche Unterredung mit meinem russischen Kollegen gehabt. Derselbe sieht Situation als ernst an und warnt davor, slavophile Stimmung in Russland zu unterschätzen, die ihn sehr an das Jahr 1877 erinnere. Heute könnte die Gefahr bedenklicher sein, weil in der Duma sich . . .^{b)} kristallisieren und behauptet werden würde, dass alle Parteien in Russland einig wären. Die Ratschläge der Mässigung, welche von hier und von Petersburg nach Serbien gerichtet wurden, waren, wie er mir sagt, so scharf, als nur irgendwie möglich. Wenn aber trotzdem die Serben sich zu einem verzweifelten Schritte hinreissen lassen, so könnte es dazu kommen, dass weder Herr Iswolsky, noch irgend ein anderer Minister imstande wäre, der Bewegung in Russland Herr zu werden. Zu einem Kriege nicht bereit zu sein, sei schon wiederholt in Russland kein hinreichender Grund gewesen, es von einem Kriege abzuhalten. Eine Zusicherung die Annexion Bosniens und der Herzegowina ohne weiters anzuerkennen, dürfte keine russische Regierung imstande sein zu erteilen. Wenn keine Konferenz stattfindet, so glaubt Graf Benken-dorff, dass infolge der Agitationen in Serbien und des undefinierten Zustandes die Gefahr ernsterer Komplikationen nähergerückt wird. Er glaubt noch immer, die Konferenz sei beste Lösung, wenn eine Formel gefunden werden könnte durch die wir, ohne irgendwie von unserer Zwangsmassregel abzugehen, eine etwas weniger intransigente Haltung einnehmen würden. Ihm schwebte dabei vor, dass zum Beispiel die k. u. k. Regierung den Standpunkt einnehmen würde „nous avons cru nécessaire d'incorporer les deux provinces et nous sommes prêts à communiquer nos raisons aux puissances signataires“ oder etwas dergleichen. Auf meine verschiedenen Gegen-

bemerkungen meinte er, man könne ja vorher zwischen den Kabinetten eine Verständigung suchen; die Annexion könne selbstverständlich nicht rückgängig gemacht werden; Russland werde aber mit oder ohne Konferenz bis zu einem gewissen Grade als Anwalt der Serben auftreten müssen, aber mit unerfüllbaren Wünschen derselben würde man eben bei einer Konferenz nicht durchdringen können etc. — Er fürchtet, dass je länger sich die Klärung hinauszieht, desto heftiger die gefährdenden Strömungen in Russland sich geltend machen werden. Unsere Konversation war vollständig persönlich, als alte Freunde, und alles, was er sagte, entsprang nur seinem aufrichtigen Wunsche, nach Mitteln zu suchen, die eine ernste Krise zwischen Österreich-Ungarn und Russland abwenden können. Ich glaubte darüber in Kürze Euer Exzellenz melden zu sollen, weil Graf Benkendorff, wie Euer Exzellenz wissen, zu den loyalsten und uns am freundschaftlichsten gesinnten russischen Diplomaten zählt.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 514. — b) Chiffre fehlt.

Tel. nach Paris, 4. Nov. 1908 Nr. 56 (chiff. 6 U. p. m.). Siehe n. 495.

*Nr. 501. Tel. aus Paris, 4. Nov. 1908 Nr. 49 (eing. 5. Nov. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Minister des Äussern teilt mir mit, dass er Herrn Milovanović gesagt habe, Serbiens Forderung nach territorialer Entschädigung sei aussichtslos, man solle sich auf das Feld ökonomischer Kompensationen begeben. Keinesfalls würden Serbiens exzessive Ansprüche von Frankreich unterstützt werden.

Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 468, 532.

*Nr. 502. Tel. aus Paris, 4. Nov. 1908 Nr. 50 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Deutschland hatte beantragt, den Zwischenfall der Deserteure in Casablanca^{b)} dem Schiedsgerichte im Haag zu unterbreiten. Frankreich nahm diesen Vorschlag an. Unvermutet hat man nun von Berlin in schroffer Form Auslieferung der Deserteure und Entschuldigungen verlangt. Die französische Regierung hat beides verweigert und auf das Schiedsgericht verwiesen. Herr Pichon hält die Lage für bedauerlich und nicht ohne Gefahr, doch hat er dem Fürsten Radolin gesagt, er vertraue auf das Billigkeitsgefühl des Kaisers Wilhelm. Ich bin überzeugt, daß man es Euer Exzellenz hier sehr hoch anrechnen würde, wenn über Ihren Vorschlag unser Allergnädigster Herr am 6. d. M. den deutschen Kaiser aufmerksam machen wollte, daß der Schritt der deutschen Regierung imstande wäre, den Frieden zu gefährden.

Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 508, 528. — ^{b)} Vgl. G. P. XXIV 327 ff.

Tel. nach Rom, 4. Nov. 1908 Nr. 108 (chiff. 6 U. p. m.). Siehe n. 495.

Nr. 503. Tel. aus Rom, 4. Nov. 1908 Nr. 186 (eing. 5. Nov. 8 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 106 von gestern. Zu Alinea 1. Nach hiesiger Auffassung der Lage Gefahr eines Gegensatzes zu England nahe, im Falle dass Konferenz infolge Haltung Österreich-Ungarns nicht zustande käme. Zu Alinea 2. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass für uns nicht die Person, sondern die Politik Herrn Tittonis massgebend sei. Es ist zu besorgen, dass, wenn er infolge seiner Haltung Österreich-Ungarn gegenüber fällt (was momentan wieder minder gefahrdrohend ist), sein Nachfolger nicht in seine Fusstapfen treten wird und wir leicht wieder zu den Beziehungen, wie sie vor 1904 bestanden haben, zurückkehren können. Zu Alinea 3. Ich glaube, für Ehre und Ansehen der Monarchie ein reges Interesse und Verständnis zu besitzen und dies auch mehr als einmal bewiesen zu haben. Peinlich ist meiner Ansicht nach und demütigend die Rolle desjenigen, der um ein Geschenk zu bitten genötigt ist, und wäre es auch nur, wie Tittoni sagt, um eine verfallene Ruine in einer unbewohnten, fieberverseuchten Lagune. Dass aber derjenige, der diese Bitte anhört, der Würde seines Amtes oder der eigenen zu nahe tritt — dessen bin ich mir nicht bewusst. Nach Angabe Herrn Tittonis ist anlässlich des Abschlusses des Vertrages von Wien ausdrücklich die Delimitation an der in Frage kommenden Zone späteren Verhandlungen vorbehalten worden. Ob dies richtig ist oder nicht, kann ich im Laufe einer Konversation nicht einseitig entscheiden. Zu vermuten ist, dass Herr Tittoni, der neben seinem Archive sitzt, eine derartige Behauptung nicht einfach extemporieren würde. Unter diesen Umständen habe ich nicht geglaubt, den mir anvertrauten Interessen dadurch zu dienen, dass ich die Berufung auf angeblich unsererseits eingegangene vertragsmässige Verpflichtungen durch eine fin de non recevoir und den Abbruch des Gespräches beantworte. Ich behalte mir vor, in einem durch nächsten Kurier abgehenden Privatschreiben^{b)} auf die persönliche Seite der Frage zurückzukommen. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 731. — ^{b)} Amtsvermerk des Vorstands des polit. Archivs: „Nur ein Privatbrief an Graf Esterházy in jener Zeit eingelangt, aber auch dieser nicht ins Archiv gekommen.“

Nr. 504. Tel. aus St. Petersburg, 4. Nov. 1908 Nr. 181 (eing. 5. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalte eben von Herrn Iswolsky folgendes Privatschreiben: „Mon cher Ambassadeur, Je tiens à vous dire qu'un de nos Ambassadeurs nous ayant signalé des contradictions dans les journaux officiels au sujet de notre attitude, j'ai télégraphié hier soir à nos représentants que nous n'avons nullement modifié notre attitude, que nos pourparlers avec Vienne suivent un cours normal et que nous attendons maintenant la réponse du gouvernement austro-hongrois à la communication que nous lui avons faite du projet du programme de la conférence en neuf points tel qu'il a été arrêté à Londres et remis par Sir E. Grey aux Ambassadeurs.“ Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 495, 510, 524, 556.

Nr. 505. Privatschreiben Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Franz Josef I.; Peterhof, 22. Okt./4. Nov. 1908 (eing. nach dem 10. Nov.).^{a)} Ausfert.

La profonde et sincère amitié que je Te porte ne me permet pas de Te cacher la bien pénible impression que m'a causée l'annexion à l'Empire Austro-Hongrois, par un acte unilatéral que je déplore vivement, des deux provinces de la Bosnie et de l'Herzégovine confiées par le traité de Berlin à l'administration de Ton Gouvernement. Je ne voudrais pas mettre en doute la valeur générale des engagements pris envers Toi par mon grand-père et mon père,^{b)} ni rechercher si la pièce spéciale citée dans Ta lettre se rapporte à un accord encore en vigueur. Je me borne à constater que la Russie a toujours considéré que l'Autriche-Hongrie tenant son droit d'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine du traité de Berlin, la situation de ces deux provinces ne pourrait subir une modification qu'à la suite d'une délibération des Puissances Signataires de ce traité. Ce point de vue est d'ailleurs strictement conforme au principe établi par la Conférence de Londres^{c)} et solennellement admis par l'Autriche-Hongrie „qu'aucune Puissance ne peut se dédire des engagements d'un traité ni d'en modifier les stipulations qu'à la suite de l'assentiment des parties contractantes au moyen d'une entente amicale“. Confiant dans Ton amitié et dans le sentiment de haute équité dont je Te sais animé, je suis persuadé que Tu reconnaîtras la justesse de la pleine application de ce principe au cas actuel. De mon côté rien ne me tient plus à cœur que de servir les principes Monarchiques et conservateurs si salutaires à la Russie et à l'Autriche-Hongrie, et j'emploierai tous mes efforts à une solution amicale de la présente difficulté afin de raffermir par là les liens traditionnels qui unissent Nos deux Empires. Nicolas.

^{a)} Vgl. n. 97, 477, 484, 579, 604, 700. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{c)} 1871 Jan. 17. Gedruckt: Das Staatsarchiv XX 190.

Nr. 506. Erlaß nach Paris, 5. Nov. 1908 Nr. 2239.^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Das von dem französischen Botschafter Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät übergebene Schreiben des Herrn Fallières^{a)} hat hier einen guten Eindruck gemacht und hat uns insbesondere die Versicherung angenehm berührt, daß die französische Regierung in Würdigung unserer für Frankreich bekundeten Sympathien und in Betätigung ihrer friedlichen Absichten sich für eine Verständigung unter den Mächten über die schwebenden Fragen bemühen werde. Ich habe mit Herrn Crozier eine freundschaftliche Unterredung gehabt, in der wir übereinstimmend konstatierten, daß der unverrückbare Grundsatz des treuen Festhaltens an den beiderseitigen Alliierten vertrauensvolle Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich keineswegs ausschließe. Diese letzteren würden namentlich dadurch gefördert, daß beide Regierungen die Ausgleichung internationaler Differenzen zum Ziele ihrer Bestrebungen machen und daß es keine Frage gibt, in der unsere Interessen ernstlich kollidieren. Dieser Umstand ergebe von selbst in der Beurteilung politischer Ereignisse eine gewisse Solidarität, welche, in parallelen Aktionen zum Ausdruck gebracht, für die friedliche

Austragung pender Streitfragen nicht ohne gewichtigen Einfluß bleiben könne. Indem ich Euer Excellenz ersuche, sich in diesem Sinne auch Herrn Pichon gegenüber aussprechen zu wollen, erneuere ich etc.

a) Vgl. n. 365, 571.

Nr. 507. Erlaß nach Paris, 5. Nov. 1908 Nr. 2240. Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

In dem Berichte vom 31. Oktober d. Js., No. 32 D,^{a)} haben Euer Exzellenz die bevorstehende russische Anleihe besprochen und die Frage angeregt, ob es nicht zweckmäßig wäre, die französische Presse in dem Sinne zu beeinflussen, daß die fragliche finanzielle Operation nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn Garantien dafür geboten würden, daß von Seiten Rußlands eine Störung des Friedens nicht zu besorgen sei. Ich bin zwar überzeugt, daß der mit russischen Werten überladene französische Geldmarkt sich für eine neue russische Anleihe nur dann aufnahmewillig erweisen wird, wenn ihm die friedlichen Tendenzen der russischen Politik genügend gesichert erscheinen. Ich bin indessen damit einverstanden, wenn Euer Exzellenz unter Beobachtung der gebotenen äußersten Vorsicht in dem von Ihnen angedeuteten Sinne auf die Presse einzuwirken suchen, sobald Sie den Augenblick hiezu für gekommen erachten.

a) Nicht aufgenommen.

Nr. 508. Tel. aus Paris, 5. Nov. 1908 Nr. 51 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Unter Beziehung auf mein gestriges Telegramm No. 50 melde ich, dass die Beunruhigung in parlamentarischen Kreisen und dem Publikum im Zunehmen ist. Von mehreren Seiten wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass ein direktes Eingreifen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bei Kaiser Wilhelm allein imstande wäre, die Kriegsgefahr zu beschwören, welche dadurch akut geworden war, dass deutscherseits der Ehrenstandpunkt hervorgekehrt wird. Es wäre für uns von unschätzbarem Vorteil, wenn durch eine grossmütige Intervention unseres Allergnädigsten Herrn Frankreich von der momentanen Sorge befreit würde. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 528.

Nr. 509. Tel. nach Rom, 5. Nov. 1908 Nr. 109 (chiff. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Telegramme vom 3. l. M. Nr. 185. Als die Konferenzidee zuerst auftauchte, begegnete man sich allgemein in der Auffassung, die auch von Herrn Tittoni ausdrücklich geteilt wurde, dass der Sitz der Konferenz nicht in eine der grossen Hauptstädte zu verlegen wäre. Wie Euere Exzellenz übrigens seiner Zeit gemeldet haben, hat Herr Tittoni selbst als er Ihnen gegenüber den Wunsch äusserte, dass die Konferenz in Italien stattfinde, nur von Neapel und Palermo gesprochen. Ich wäre aber bereit, um Herrn Tittoni gefällig zu sein und ihn in seiner schwierigen Situation zu unterstützen, der Tagung der Konferenz in Rom zuzustimmen und sogar eine bezügliche Initiative zu ergreifen, der ich eine vertrauliche Umfrage bei den Cabineten vorausschicken würde. Hiebei möchte ich

bemerken, dass mir eine Betheiligung der leitenden Minister an der Konferenz nicht vorschwebt. Der Zeitpunkt für eine Initiative schiene mir aber erst gekommen, wenn unsere die Konferenz betreffenden Verhandlungen weiter fortgeschritten sein würden. Euer Exzellenz wollen sich Herrn Tittoni gegenüber im Sinne meiner vorstehenden Ausführungen aussprechen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 591.

Nr. 510. Tel. aus St. Petersburg, 5. Nov. 1908 Nr. 182 (eing. 6. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern schreibt mir, dass Euer Exzellenz vom russischen Geschäftsträger in Wien einige Aufklärungen über Programm des Projektes verlangt hätten und suggerierte Idee der Einfachheit halber Negotiationen in Petersburg zu konzentrieren. Ich antwortete ihm, dass es mir, nachdem Konferenzidee vom kaiserlichen Kabinett ausgegangen sei, richtiger schiene, die betreffenden Explikationen durch die russische Botschaft in Wien zu geben, dass ich aber meinerseits Euer Exzellenz von dem Wunsche Herrn Iswolskys, die Verhandlungen hier zu führen, Kenntnis geben wolle. Zur Begründung seiner Proposition hat Minister ausgeführt, dass russischer Botschafter von Wien abwesend und ich mit allen Details der Angelegenheit vertraut. Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 35 Nr. 55. Vgl. n. 504, 524, 529.

Nr. 511. Tel. aus Sofia, 5. Nov. 1908 Nr. 130 (eing. 6. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Der mir gegenüber durch General Paprikoff zur Schau getragene Optimismus bezüglich des Ganges der türkisch-bulgarischen Verhandlungen (vide meinen Bericht vom 4. d. M., Nr. 60 B)^{b)} war durchaus nicht gerechtfertigt. Heute liess Minister des Äussern, wie mir mein russischer Kollege soeben erzählte, die Vertreter der drei Mächte, welche die Vermittlungsaktion eingeleitet hatten, zu sich bitten und ersuchte sie um Intervention ihrer Regierungen in Konstantinopel, da die Türkei ganz unmögliche finanzielle Prätionen erhebe, unter anderem die ursprüngliche Forderung bezüglich Bezahlung und Kapitalisierung auch des seit Jahren nicht gezahlten Tributes für Bulgarien wieder aufgenommen habe, wodurch eine Summe herauskäme, welche Bulgarien niemals aufzubringen in der Lage wäre. Dabei setze Türkei die Rüstungen unentwegt fort und berufe immer weitere Reserven ein. Bulgarische Regierung habe den Ratschlägen der Mächte willig Gehör geliehen, ihre Kriegsvorbereitungen unterbrochen und Reservisten heimgesendet. Jetzt befinde sich Bulgarien infolgedessen in misslichster Lage und müsse daher die Mächte, die das eingeschlagene konziliante und friedliche Vorgehen angestrebt haben, ersuchen, es nun auch vor den übertriebenen türkischen Begehrlichkeiten zu schützen. Thurn.

a) Vgl. n. 516, 521. — b) Nicht aufgenommen. Berichtet über ein Gespräch des Gesandten mit General Paprikoff über die türkisch-bulgarischen Verhandlungen. Danach bestehe hinsichtlich der Ablösung des ostrumelischen Tributes die wichtigste Meinungsverschiedenheit in der Festsetzung des Zinsfußes. Bulgarien fordere Zusicherungen hinsichtlich des Weiterbestandes des Exarchates und hinsichtlich der türkischen Rüstungen. Eine Forderung wegen Garantien für die Behandlung der Bulgaren in Mazedonien werde derzeit nicht gestellt.

Tel. nach Belgrad, 6. Nov. 1908 Nr. 56 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 513.

Nr. 512. Bericht aus Belgrad, 6. Nov. 1908 Nr. 74 A (eing. 8. Nov.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Seit einigen Tagen hat die serbische Regierung plötzlich die Pose „unbedingter Korrektheit“ eingenommen. Dies wird laut und in allen Tonarten mir und den anderen fremden Vertretern verkündet, in den Preßorganen vertreten und in öffentlichen Communiqués hinaus-telegraphiert. Trotz der so berechtigten Aufwallung des Volksgemütes habe die Regierung alle Ausschreitungen stets verhindert und Serbien, „korrekt wie immer“, erwarte mit Ruhe die Beschlüsse der Konferenz, welche sicherlich die Forderung Serbiens honorieren werde. Zur Bekräftigung dieser schönen Worte wurden einige erfreuliche Maßnahmen getroffen, nämlich die Demonstrationen vorläufig eingestellt und gegen den Boykott unserer in Belgrad ansässigen Kaufleute schärfer eingeschritten. Seit 2 bis 3 Tagen können die Kunden tatsächlich die betreffenden Läden ziemlich unbehelligt aufsuchen. Weiters höre ich, daß der Polizei-Präfekt den Zeitungen einen vertraulichen Wink gab, er würde Blätter, welche persönliche Angriffe gegen unseren Allerhöchsten Herrn enthalten würden, einfach konfiszieren, trotzdem dies eigentlich ungesetzlich wäre. Auch ist es Euer Excellenz aus meiner geheimen Berichterstattung^{b)} bekannt, daß der Ministerpräsident dem die Banden leitenden aktiven General den Befehl erteilte, dieselben auf 5 Wegstunden von unserer Grenze zurückzuziehen und den Bomben- und Waffenschmuggel womöglich nicht durch serbische, sondern durch bosnische Staatsangehörige ausführen zu lassen. Für den Augenblick will man uns jeden Grund zu Protesten oder noch energischeren Schritten nehmen; man möchte im Gegenteil den Spieß umdrehen und, um europäische Sympathien zu gewinnen, uns als den provozierenden und Serbien bedrohenden Nachbar darstellen. Dieser wohlthätige Wandel, der nicht lange andauern dürfte, erfolgte aus mehreren Gründen. Die ersten Demarchen aller Mächte, welche zur Ruhe mahnten, von Provokationen abieten und keine Hilfe für den Kriegsfall in Aussicht stellten, haben zweifelsohne eine gute Wirkung gehabt. Noch eindrucksvoller war vielleicht unsere bestimmte Sprache, welche Angst einflößte. Als ich am 1. d. Mts. infolge der Verbrennung unserer Konsular-Flagge in Semendria und des Verhaltens der dortigen Behörden den Ministerpräsidenten unverzüglich zu sprechen wünschte, ihn aus dem Ministerrat herausholen ließ, um ihm in dürren Worten zu sagen, daß, wenn das Königreich und dessen Behörden unsere Flagge nicht schützen wollten oder könnten, wir dieselbe selbst schützen würden, scheint die Regierung stark impressioniert worden zu sein. Im speziellen Falle wurde jede Genugtuung gewährt und der Kreispräfekt sogar sofort entsetzt. Die ganze Wirkung meiner Worte zeigte sich aber erst am nächsten Tage, als törichte Nachrichten eintrafen, österreichisch-ungarische Truppen seien über Nacht in Temes-Kubin massiert worden und schlugen bei Grocka, also in der Nähe von Semendria, eine Brücke. Die Regierung verlor den Kopf und glaubte tatsächlich, daß wir für die

Insultierung der Flagge uns durch die Besetzung Belgrads oder Semendrias rächen wollten! Die ganze Belgrader Garnison wurde alarmiert, gegen Grocka ausgesendet und eilends alles vorbereitet, um den Hof und die Geldvorräte des Staates und der Banken ins Innere des Landes zu schaffen. Nach wenigen Stunden war das Mißverständnis aufgeklärt. Die militärischen Behörden schämten sich und behaupteten, ihre Maßnahmen seien nur ein — Nachtmanöver gewesen. Ganz Belgrad verbrachte aber unter Zittern eine schlechte Nacht; alle Kriegsbegeisterung, aller Heldenmut war geschwunden, es blieb nur eine fürchterliche Angst. Als die erwartete Gefahr sich aber nicht einstellte und die Nacht ohne Beschießung und Einmarsch verging, fanden die Leute allerdings ihre uns beschimpfenden Mäuler schnell wieder. Immerhin bewog die Nacht vom 2. November die Regierung zu einigem Nachdenken, welches im Verein mit den Ratschlägen der fremden Mächte die jetzige Pose „unbegrenzter Korrektheit“ zeitigte. Unter dem Eindruck der Panik wurden übrigens die Reserven (1 $\frac{3}{4}$ Millionen) und Kationen (3 Millionen) der Monopolverwaltung nach Nisch geschafft; dasselbe wird zur Sicherung der übrigen Staatskassen und des Goldvorrates der Nationalbank erwogen. Wegen der Frage der Verlegung der Residenz haben die geheimen Sitzungen der Skupština keinen Beschluß erbracht, sondern es wurde der Regierung für den Notfall freie Hand gelassen, ebenso wie zu jedweder im Interesse der Armee notwendigen Budgetüberschreitung, sowie zu den Versuchen, für militärische und Kriegszwecke im Auslande ein möglichst großes Anlehen zu sichern. Die uns gegenüber so „korrekte“ Regierung hat jetzt zwei Hauptaufgaben, 1.) für alle Eventualitäten zum Kriege gegen uns zu rüsten und 2.) durch Entsendung von Diplomaten, Universitätsprofessoren, Exministern, Studenten u. s. w. die Regierungen und die öffentliche Meinung in Rußland, Frankreich, England, Italien, Rumänien und in der Türkei gegen uns zu beeinflussen und zu hetzen. Diese entschieden großzügige Aktion hat in allen diesen Ländern auch einen gewissen — wenn auch sicherlich nicht nachhaltigen — Erfolg, worüber Euer Excellenz aus den betreffenden Hauptstädten Berichte vorliegen dürften. Jedenfalls hat Serbien durch sein Kriegsgeschrei und seine Agitation es erreicht, daß sowohl die fremden Regierungen als die Presse sich intensiv und, im Gegensatz zu früheren Jahren, ohne Antipathie mit dem Königreich beschäftigen. Dies ist stets der lebhafteste Wunsch jedes Balkanstaates und im gegenwärtigen Momente dieses sich durch uns erdrückt fühlenden Landes.

Forgách.

P. S. Um einer neuerlichen, die Hauptstadt und das Land so beschämenden und demoralisierenden Panik vorzubeugen, wird die Belgrader Garnison bedeutend verstärkt, worüber ich Euer Excellenz sub No. 149^{c)} heute Nacht ausführliche telegraphische Meldung erstatte.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 553. — ^{b)} Vgl. n. 98 Anm. b, 487, 581 Anm. b. — ^{c)} Nicht aufgenommen, weil der Inhalt im wesentlichen oben wiedergegeben.

Nr. 513. Tel. nach Berlin Nr. 111 (1), Paris Nr. 57 (2), St. Petersburg Nr. 136 (3), London Nr. 82 (4), Rom Nr. 112 (5), Konstantinopel Nr. 215 (6) und Belgrad Nr. 56 (7), 6. Nov. 1908 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1.—5. Ich entnehme den Meldungen des k. und k. Gesandten in Belgrad, daß der dortige Vertreter der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, in gleicher Weise wie seine Kollegen der übrigen Großmächte der serbischen Regierung Ratschläge im Sinne der Beruhigung und des Friedens erteilt hat. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem dortigen Kabinette den lebhaften Dank der k. und k. Regierung für diese in Belgrad gehaltene Sprache und den Wunsch auszudrücken, daß diese Haltung der Mächte die beabsichtigte Wirkung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und des Friedens zur Folge habe.

2. Da die französische Regierung bereits früher sich ganz besonders in diesem Sinne bemüht hat, so war ich schon einmal in dem Falle, meinen Dank durch Vermittlung Euer Exzellenz auszusprechen und ersuche nun Euer Exzellenz dies zu wiederholen.

1.—5. Diese Ermahnungen der Mächte erscheinen umso gebotener, als Serbien, wie dies der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, aus den Berichten ihres Vertreters in Belgrad jedenfalls vollauf bekannt ist, bereits seit geraumer Zeit umfassende militärische Maßnahmen trifft, welche direkt als Kriegsvorbereitungen bezeichnet werden müssen. So beträgt unter anderem der jetzige Präsenzstand des serbischen Heeres mindestens das 4fache des normalen Standes in der gegenwärtigen Jahreszeit. Es werden sämtliche Jahrgänge der Reserve sukzessive zu Waffenübungen einberufen. Die Skupschtina hat außerordentliche Rüstungskredite bewilligt. Es wurden Truppendislokationen an unsere Grenze vorgenommen. Große Bestellungen an Waffen und Kriegsmaterial wurden effectuirt und sind zum Teil unterwegs. Noch viele andere Maßnahmen dieser Art ließen sich hier aufzählen, ganz abgesehen von der offen betriebenen Anwerbung und Ausrüstung von Banden, deren eingestandener Zweck die Insurgierung von Bosnien ist. Ganz ähnliche auffallende militärische Maßnahmen sind in Montenegro ergriffen worden. Gegenüber allen diesen kriegesischen Vorbereitungen sind unsererseits mit Ausnahme einer ganz geringfügigen Verstärkung der Grenzgendarmarie bisher keinerlei militärische Maßnahmen oder Truppenverschiebungen getroffen worden. Hingegen ist in den erwähnten Rüstungen im Königreiche bis heute, soweit unsere Nachrichten reichen, keinerlei Stillstand oder Unterbrechung eingetreten, vielmehr werden dieselben unausgesetzt weiterbetrieben. Die k. und k. Regierung erachtet es für ihre Pflicht, bei dem gegenwärtigen Anlasse die Aufmerksamkeit der Mächte auf diese Sachlage zu lenken, damit dieselben sich veranlaßt sehen, ihre Bemühungen in Belgrad im Interesse des Friedens fortzusetzen und durch ihre Vertreter die erteilten friedlichen Ratschläge und Ermahnungen nachdrücklichst zu wiederholen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Sinne des Vorstehenden dem Herrn Minister des Äußern gegenüber auszusprechen.

6. u. 7. Zu Euer Exzellenz Information. Ich telegraphiere an unsere Botschafter in Berlin, St. Petersburg, Paris, Rom und London wie folgt: Scribatur: Vorstehendes Telegramm in extenso. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 36 Nr. 56. Vgl. n. 347 a, 499, 512, 514, 526, 530, 538, 582.

*Tel. nach Konstantinopel. 6. Nov. 1908 Nr. 215 (chiffr. 9 U. p. m.).
Siehe n. 513.*

*Nr. 514. Tel. nach London, 6. Nov. 1908 Nr. 81 (chiffr. 8 U. 30 M.
p. m.).^{a)} Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Telegramme 101 und 102 erhalten. Sir Edward Goschen hat mir bei seinem Abschiedsbesuche im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß letztere in eindringlicher Weise der serbischen Regierung Ratschläge zur Ruhe und Mäßigung gegeben habe. Ich habe darauf geantwortet, daß dieser Schritt angesichts des serbischen Chauvinismus wohl sehr notwendig gewesen sei, aber nur dann dauernden Erfolg verbürge, wenn die Regierungen, welche solche Ratschläge erteilen, auf die Presse ihres Landes einwirken, damit nicht einflußreiche Organe Serbien und Montenegro zu Abenteuerern encouragieren. Euere Exzellenz konstatieren im Telegramm Nr. 101 selbst, daß englische Presse in bedauerlicher Weise Serbien ihre Sympathien entgegenbringe. Diese Sympathien steigern sich in einzelnen Blättern, wie z. B. im „Daily Telegraph“, geradezu zu einer Aufhetzung Rußlands und Serbiens gegen uns. Ich zweifle nicht, daß Euere Exzellenz in meinem Namen entsprechenden Orts nachdrücklich auf die Gefahren und auf die Verantwortung hinweisen werden, welche die Duldung einer solchen Sprache mit sich bringt. Was die von Benckendorff und Hardinge in ihren Konversationen signalisierte angeblich zunehmende panslawistische Strömung betrifft, so lauten die hierüber aus Petersburg vorliegenden Nachrichten nicht beunruhigend. Graf Berchtold hat sich aus seinen Gesprächen mit den leitenden Staatsmännern die Meinung gebildet, daß diese Agitation mehr oberflächlich sei und die russische Regierung in ihrer friedlichen Haltung nicht behindern werde. Ich stehe mit Herrn Iswolsky über das Programm der Konferenz in einem Gedankenaustausch und freue mich zu bemerken, daß auch in anderen Beziehungen im russischen Auswärtigen Amte eine ruhigere Stimmung sich Bahn zu brechen beginnt. Es erscheint mir demnach zweifellos und ich ersuche Euere Exzellenz, sich dies vor Augen halten zu wollen, daß die Sprache Benckendorffs und Hardinges nur den Zweck verfolgt, auf uns eine Pression auszuüben. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 513, 527.

Tel. nach London, 6. Nov. 1908 Nr. 82 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 513.

Tel. nach London, 6. Nov. 1908 Nr. 83 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 516.

Tel. nach Paris, 6. Nov. 1908 Nr. 57 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 513.

Tel. nach Paris, 6. Nov. 1908 Nr. 58 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 516.

Tel. nach Rom, 6. Nov. 1908 Nr. 112 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 513.

*Nr. 515. Tel. an den Zivilagentenstellvertreter in Saloniki, 6. Nov. 1908
Nr. 25 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher;
G. Aehrenthal).*

Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 90 vom 30. v. M. erhalten. Die von Enver Bey Ihnen gegenüber aufgestellten Punkte sind zwar zum Theil indiscutabel, im Ganzen möchte ich aber doch dem Eindrücke Raum geben, daß sich aus weiteren vertraulichen pourparlers mit dem Comité eine Klärung der Situation und vielleicht auch ein vorläufiges Einverständniß ergeben könnte, auf dessen Grundlage dann Markgraf Pallavicini die Angelegenheit mit dem Grossvezir finalisiren würde. Wenn Sie sonach Ihre vertrauliche Rücksprache mit den führenden Persönlichkeiten des Saloniker Comité's wieder aufnehmen, wird es gut sein wenn Sie — wie dies ja Ihrerseits bereits geschehen ist — keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß finanzielle Compensationen unsererseits für die Anerkennung der Annexion ausgeschlossen erscheinen. Bezüglich der Punkte II und III können wir über die Ihnen bekannten Erklärungen nicht hinausgehen; wir können im äußersten Falle in Aussicht stellen, daß wir uns bei der bevorstehenden Conferenz bei den anderen Mächten im Sinne der gewünschten Garantie einsetzen würden; die Erfüllung des im Punkt IV aufgestellten Petits haben Euer Hochwohlgeboren mit Recht als selbstverständlich bezeichnet. Von Bedeutung dürfte — nach den mir auch von anderer Seite zukommenden Nachrichten — bei Ihren Unterredungen der Punkt V der Forderungsliste sein. Mit Rücksicht auf den heiligen Stuhl, unsere Beziehungen zu Frankreich und, wie ich natürlich bloss vertraulich bemerke, die italienischen Aspirationen kann eine Aufgabe unseres Cultusprotectorates, gegenwärtig wenigstens, wohl nicht ernstlich in Erwägung gezogen werden. — Euer Hochwohlgeboren können aber Enver Bey gegenüber auf die völlig selbstlosen Absichten hinweisen, die uns bei der Erfüllung der Protectoratspflichten leiten; es wird sich überhaupt empfehlen hervorzuheben, daß es sich bei jedem Protectorate nicht nur um Rechte handelt, deren man sich eventuell noch begeben, sondern hauptsächlich um Pflichten, deren Erfüllung man nicht von einem Tage zum anderen vernachlässigen könnte. Als Ihre persönliche Ansicht und gewissermaßen um einen Ausblick in die Zukunft zu eröffnen, könnten Euer Hochwohlgeboren andeuten, daß der Schutz der Katholiken im Orient, so wie er durch die Protectoratsmächte ausgeübt wird, auf Vereinbarung mit dem heiligen Stuhle beruht, und daß wenn dieser etwa in Zukunft zu der Überzeugung gelangen sollte, daß ein besonderer Schutz der Katholiken in der verjüngten Türkei nicht mehr nothwendig erscheine, die Protectoratsmächte vielleicht ihrer Pflichten entbunden werden könnten. Die Punkte VI—IX, die Enver Bey Ihnen namhaft machte und die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, sind diejenigen, die uns noch am ehesten die Möglichkeit eines mit unseren Interessen vereinbaren Entgegenkommens bieten würden. Ich denke hiebei speciell an den Punkt VII: Erhöhung der Zölle auf 15%. In einem streng vertraulichem Erlasse, der Euer Hochwohlgeboren mit dem nächsten Courier zukommen wird, finden Hochdieselben ein Memorandum der Handels- und Gewerbekammer in Wien,^{b)} in welchem als mögliche Compensationsobjekte für die Türkei die

Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle und die Besteuerung der fremdländischen Unternehmungen auf türkischem Boden bezeichnet werden. Euer Hochwohlgebornen wollen natürlich nicht in Details eingehen, sondern nur im Allgemeinen erklären, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete, für dessen ausschlaggebende Wichtigkeit für die Regenerirung der Türkei es den jungtürkischen Politikern an Verständniss nicht fehlen wird, zu dem weitestgehenden Entgegenkommen bereit und auch gewillt seien, diesen Standpunkt bei den anderen Mächten zu vertreten. Zu Ihrem letzten Alinea^{c)} bemerke ich, daß Ihnen die gewünschten Bosnien betreffenden Acten demnächst per Post zugehen werden.^{d)} Bei der Verwerthung derselben wollen Sie auch noch besonders betonen, daß im Berliner Vertrag von irgendwelchen finanziellen Lasten, die wir mit der Administration von Bosnien und der Herzegowina zu übernehmen hätten, keine Rede sei und daß übrigens der auf Bosnien etwa entfallende aliquote Theil der türkischen Staatsschuld jedenfalls weit geringer sei, als die Opfer die uns die seinerzeitige Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge und der Feldzug 1878 auferlegt habe.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 525, 551, 645. — ^{b)} Vgl. n. 496. — ^{c)} Letzter Absatz von n. 459 beginnt mit: „Das Komitee scheint sich.“ — ^{d)} Mit Erlaß vom 10. Nov. 1908 Nr. 2302 (nicht aufgenommen) erhielt der Zivilagentenstellvertreter eine „Notiz des gemeinsamen Finanzministeriums über die Verwendung der Landeseinnahmen von Bosnien-Hercegovina für die eigenen Bedürfnisse“ dieser Länder.

*Tel. nach St. Petersburg, 6. Nov. 1908 Nr. 136 (chiffr. 9 U. p. m.).
Siehe n. 513.*

Nr. 516. Tel. nach St. Petersburg Nr. 137, Paris Nr. 58 und London Nr. 83, 6. Nov. 1908 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Graf Thurn telegraphiert unterm 5. l. M. wie folgt: ... wie n. 511 von „Heute ließ Minister des Äußern“ bis „Begehrlichkeiten zu schützen.“...

Der hiesige bulgarische Vertreter hat mir heute eine analoge Mittheilung gemacht und mich um Rat und um meine Unterstützung gebeten. Ich habe Herrn Sarafow erwidert, daß Bulgarien, welches, den Ratschlägen der Kabinette von London, Paris und St. Petersburg folgend, militärische Maßnahmen eingestellt, seine Reservisten entlassen und die Unterhandlungen in Konstantinopel wieder aufgenommen habe, meiner Ansicht nach nunmehr ein Recht darauf habe, von den drei genannten Mächten in Konstantinopel unterstützt zu werden. Ich habe dem bulgarischen Vertreter daher auch zugesagt, daß wir den seitens der Sofioter Regierung geäußerten bezüglichen Wunsch in Paris, London und St. Petersburg als einen unserer Ansicht nach berechtigten bezeichnen würden und daß wir bereit wären, wenn die drei genannten Kabinette ihre Vermittlung in Konstantinopel eintreten ließen, uns denselben unterstützend anzuschließen. Ich ersuche Euer etc. sich im Sinne der vorstehenden Ausführung der dortigen Regierung gegenüber auszusprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 521, 531, 533 Anm. b.

Nr. 517. Bericht aus St. Petersburg, 24. Okt. 6. Nov. 1908 Nr. 44 B
(eing. 9. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Bei meiner ersten Begegnung mit dem Herrn Minister des Aeussern — confer meinen ergebensten Bericht Nr. 42 vom 30./17. November^{b)} — hatte ich denselben im Zustande übersprudelnder Aufwallung getroffen. Es war einer jener Momente, wo eine objective Aussprache ausgeschlossen erscheint. Das Gehörvermögen ist beeinträchtigt, das Begriffsvermögen umschleiert. Besten Falles gelingt es sich verständlich zu machen, die Gegenäusserungen sind unlogisch und incoherent, Schwankungen der Magnetnadel während eines Gewittersturmes. Am Tage nach meiner Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser beschied mich Herr Isvolsky wieder zu sich. Seine Gemüthsverfassung war eine total geänderte. Von cholerischem Aufbrausen keine Spur. Er schien physisch und moralisch gebrochen und am Lebensnerv getroffen. Und die Sprache die er führte, war jene dumpfer Resignation. Mit tiefer Verstimmung gedachte er der Anfeindungen, welchen er in unserer Presse wegen des Empfanges der serbischen Deputation in St. Petersburg ausgesetzt sei. „Ai-je mérité cela?“ Er brachte mir ein Telegramm zur Verlesung, welches er Tags zuvor hinausgegeben hatte. Es war darin zum Ausdrucke gebracht, dass die Anwesenheit der serbischen Gäste dazu benützt worden sei, um denselben Mahnungen zur Ruhe zu geben, sie vor jedem unbedachten Schritte zu warnen, der den Character einer Provocation haben könnte. Ich anerkannte die Bemühungen der Regierung, den Kronprinzen Georg zur Vernunft zu bringen, betonte jedoch, dass die Aussagen des Letzteren, die mir zu Ohren gekommen, besorgen liessen, er habe die ihm zu Theil gewordenen Admonitionen nicht richtig aufgefasst. Der Thronfolger äussere sich hier von einem „durchschlagenden Erfolge“, „Erreichung aller Wünsche“ etz., was nothwendiger Weise in Belgrad die gegenheilige Wirkung von der beabsichtigten Beruhigung erzielen müsse. Ich machte ihn auf die Verantwortung aufmerksam, die nun den russischen Vertreter in Belgrad dafür treffe, dass sich keine falschen Illusionen in Serbien über die Stellungnahme der russischen Regierung herausbildeten. — Herr Isvolsky versicherte, kategorische Weisungen in diesem Sinne nach Belgrad gerichtet zu haben. — Mit vor Erregung zitternder Hand griff hierauf der Minister zu der Nummer der „Neuen Freien Presse“ in welcher der Artikel „Wahrscheinlicher Sturz Isvolsky's“ abgedruckt war. „Et ceci avez-vous lu ça?“ Ich bekannte mich zur Lecture dieser vorzeitigen Todtenansage und gestand eine peinliche Impression hievon empfunden zu haben. Er möge keine grössere Bedeutung der Pressstimme beilegen, nachdem sie ja nicht aus dem Auswärtigen Amte stamme. Ich sähe darin nichts weiter, als eine gelegentliche Riposte auf die alltäglichen Attaken der russischen Presse, „à toutes les abominations qui s'y produisent jour par jour contre nous.“ — Schliesslich kam der Minister auf die angedrohte Publication der geheimen Memoranden zu sprechen. Er habe nicht an die Möglichkeit glauben wollen, Euer Excellenz könnten ernstlich diese Eventualität gemeint haben. Erst als Herr Tscharykoff, dem ich Tags zuvor hierüber klaren Wein eingeschenkt hatte, dies bestätigt, blieb kein Zweifel übrig. „Et Aehrenthal me menace vraiment de cette façon“

wiederholte er immer wieder. „Et il admet un pareil procédé? Et vous, vous l'admettez aussi? — Suis-je donc un malfaiteur qu'on me tient à la gorge?“ — Der Minister bot den unheimlichen Eindruck der ohnmächtigen Verzweiflung. — Ich wandte den Spiess um. „Pardon, ce n'est pas une menace, c'est un acte de défense et envisagé seulement en dernière extrémité. Aehrenthal ne pense pas que vous avez vraiment l'intention de renier l'accord de Buchlau.“ Herr Isvolsky fiel mir gereizt in die Rede: „Mais il n'y a pas eu d'accord“. „Un accord de vues pourtant“ setzte ich dem Minister entgegen. — Wir recapitulirten dann in verhältnismässiger Ruhe den Gang der Ereignisse in Buchlau, Tegernsee, Desio und Paris. Etwas verblüffend war die Wirkung auf den Minister, als ich seinen Recriminationen gegen Grafen Khevenhüller wegen der Herrn Pichon gemachten Eröffnung, Russland habe zur Annexion zugestimmt, mit den Worten begegnete: „Si j'avais parlé, j'en'aurais pas parlé autrement, car dans l'essence vous aviez approuvé.“ Der Unterschied, der immer trennend zwischen der Auffassung Euerer Excellenz und des Herrn Ministers übrig bleibt, ist das im russischen Memorandum vom 2. Juli/29. Juni l. J. ausgesprochene, seitens des Letzteren auch in Buchlau aufrechtgehaltene und in dem dem hiesigen Ministerrathe vom 1. October/17. September l. J. submittirten Antwortsentwurfe zum Ausdruck gebrachte Princip, dass die Annexionsfrage eine europäische sei, die vor den Areopag der Mächte gehöre und nicht zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland ausgetragen werden könne. — Dass man gegebenen Falles über eine solche entgegenstehende Auffassung hinweggehen könne, stand offenbar nicht in seinem Handbuche für Diplomaten-geschichte. — Der bedauernswerthe Lenker der Auswärtigen Politik Russlands constatirte zum Schluss, dass eine Kette von malentendus und Indiscretionen ihn zum Opfer seiner, in den besten Intentionen neu inaugurirten Entente-Politik gemacht. Jetzt befinde er sich in einer fürchterlichen Klemme, verlassen von Einem, verfolgt von Anderen, gedemüthigt von Dritten. Habe er das verdient? — In sich gesunken, glanzlosen Auges hinstarrend, mit röchelnder Stimme seine düsteren Betrachtungen vorbringend, war sein Anblick geeignet, Regungen herzlichen Mitleides loszulösen. Ich glaubte den unglücklichen Helden eines Schicksalsdramas vor mir zu haben, dessen grausames Verhängnis nicht freie Selbstbestimmung des Characters, sondern der unvermeidliche Eingriff eines blind waltenden Schicksals verschuldet hat. Berchtold.

a) Vgl. n. 494, 518. — b) Irrig statt Oktober.

Nr. 518. Bericht aus St. Petersburg, 24. Okt./6. Nov. 1908 Nr. 44 C (eing. 9. Nov.).^{a)} Ausfert.

Im Laufe der letzten Zeit habe ich Gelegenheit genommen, sowohl mit dem Regierungschef, Herrn Stolypine, als dem Finanzminister, Herrn Kokowtzev, eingehend über die Balkankrise Rücksprache zu pflegen. Bei beiden gedachten Persönlichkeiten konnte ich den Wunsch herausfühlen, dass eine friedliche Lösung und dauernde Beilegung der Differenzen gefunden werde. Der Gang der geführten Verhandlungen, der Text der ausgetauschten Memoranden, der Inhalt der Buchlau'er Pourparlers^{b)} sind

dem Ministerrate nicht nur kein Geheimnis geblieben, sondern ist derselbe über alle erwarteten Peripetien genau unterrichtet. Es ist mir gelungen festzustellen, dass unser geheimes Aide-Mémoire vom 27. August l. J. am 29./16. September l. J. durch Herrn Tscharykoff dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht und sammt der von Herrn Iswolsky auf Grund der Buchlau'er Besprechungen aufgezeichneten Redaktion eines Antwortmemorandums dem ad hoc zusammenberufenen Ministerrate am 1. Oktober 18. September unterbreitet worden ist. Der hierüber gefasste Beschluss ist Seiner Majestät dem Kaiser in die finnischen Schären gesandt worden, als ein Pariser Telegramm Herrn Iswolsky's die Nachricht von der Notifikation der Annexion brachte. — Die Ansicht hatte hier bestanden, dass die Annexion allerdings eventuell bereits in der ersten Oktoberhälfte angekündigt werden könnte, dass aber dieselbe in der — eventuell in den Delegationen abzugebenden — Erklärung bestehen würde, es werde diesfalls an die Berliner Signatar-Mächte herangetreten werden. Die Beiseitesetzung der Letzteren und eigenmächtige Verkündung der Angliederung konnte umso weniger in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden, als in dem von Herrn Iswolsky ausgearbeiteten Entwürfe einer Antwort auf unser Memorandum vom 27. August l. J. die Befragung der Signatar-Mächte zum Ausgangspunkte genommen war und es nach hiesigen Begriffen — wie sich der Conseilspräsident ausdrückt — auch ganz ausgeschlossen war, dass sich je ein russischer Minister des Aeussern über diesen Punkt hätte hinwegsetzen können. Es wäre ein anderer modus procedendi, nämlich eine einseitige Zustimmung Russland's selbst mit Gegenseitigkeit jederzeit als Verrat am Slaventume angesehen und gebrandmarkt worden. Die hiesigen massgebenden Regierungsfaktoren stehen bis nun unverrückbar auf dem Standpunkte, dass eine Regularisierung der Annexion nur durch ein Votum der Mächte erfolgen könnte und hiezu die Einberufung einer Konferenz unausweichlich wäre. Die grosse Empfindlichkeit der russischen öffentlichen Meinung für diese das slavische Nationalgefühl im Lebensnerv treffenden Frage binde der Regierung die Hände. — Herr Stolypine schien keinen Gefallen an der von mir aufgeworfenen Idee eines blossen Registrationsaktes der betreffenden Konferenz hinsichtlich des *Fait accompli's* der Annexion zu finden. Er meinte, es wäre dies ein Fall ohne Präcedens und die Konferenz unter solchen Umständen zwecklos. In diesen Aeusserungen sind die Theorien Herrn Iswolsky's deutlich wiedergespiegelt. — Die Auffassungsweise des Finanzministers ist, wie man sich denken kann, entgegenkommender und von dem alleinigen Wunsche inspiriert das unausweichliche Anlehen so gut als möglich zu placieren. Auch war aus den Aeusserungen Herrn Kokowtzev's ein gewisser Unmut über das saumselige Gebaren des Auswärtigen Amtes zu erkennen. Mitte August habe er bereits in der „Frankfurter Zeitung“ von der beabsichtigten Annexion der okkupierten türkischen Provinzen durch Oesterreich-Ungarn gelesen, — eine allerdings nachher dementierte, aber später wiederholt neuerlich aufgetauchte Nachricht. Trotz dieser Warnrufe habe das Ministerium des Aeussern unser in dieser Richtung einschlagendes hochbedeutsames Memorandum vom 27. August l. J. erst am 29. September l. J. zur Kenntnis des Ministerrates

gebracht. — Wie Euer Exzellenz aus Vorstehendem ersehen wollen, kann von einer unrichtigen Information der einzelnen Kabinettsmitglieder durch den Minister des Aeussern füglich nicht die Rede sein. Ich habe es mir aber meinerseits angelegen sein lassen, die einigermassen von dem hiesigen Standpunkte abweichende Auffassungsweise Euer Exzellenz in das richtige Licht zu setzen, gleichzeitig dem Bedauern Ausdruck gebend, dass es infolge missverständlicher Auffassung de part et d'autre zu bedenklichen Weiterungen in der öffentlichen Meinung kommen musste. Berchtold.

a) Vgl. n. 1131. — b) Vgl. n. 79.

Nr. 519. Bericht aus St. Petersburg, 24. Okt./6. Nov. 1908 Nr. 44 D (eing. 9. Nov.).^{a)} Ausfert.

Euer Exzellenz werden meinem Telegramme vom 14./27. v. M. Nro. 166 entnommen haben, dass mir über meine damalige Démarche bezüglich der Petersburger Reise des serbischen Kronprinzen die bestimmteste Zusicherung gegeben wurde, es werde die Gelegenheit benützt werden, um den jugendlichen Feuerkopf zur Raison zu bringen. Schon damals und auch seither habe ich meine Auffassung der Situation dahin unverhehlt zum Ausdrucke gebracht, dass die Hieherkunft des Prinzen Georg an sich ein bedauerliches Ereignis im Interesse der Ruhe des serbischen Landes sei und dass nur die ärgsten Feinde dieses Volksstammes in der gegenwärtigen Zeit demselben allfällige Sympathiebeweise geben könnten. Es ist nicht zu leugnen, dass im Grossen und Ganzen die Attitude der hiesigen massgebenden Kreise eine korrekte gewesen ist. Dem Kronprinzen selbst wurde, von Seiner Majestät dem Kaiser angefangen, qui lui a parlé non sérieusement, mais sévèrement, bis zum Dumapäsidenten, der ihm den Glauben auf eine materielle Opferfreudigkeit der russischen Volksvertretung für die serbischen Aspirationen zu benehmen suchte, war Alles dahin einig^{b)}, ihm wegen seiner in Belgrad gehaltenen provokatorischen Reden unzweideutige Vorwürfe zu machen und ihm in bestimmten Worten zu verstehen zu geben, dass Serbien, im Falle es sich zu einem unbedachten Schritte hinreissen lassen sollte, auf keine materielle Unterstützung Russlands zählen könnte. Abgesehen davon, wurde seitens der Regierung nichts verabsäumt, um jeglichen Demonstrationen vorzubeugen. So ist der Kronprinz, dem gelegentlich einer für die im Jahre 1876 gefallenen Serben abgehaltenen Panichide grössere Ovationen hätten gebracht werden sollen, unmittelbar vor Abhaltung dieser Feier — dem ausgegebenen Programme zuwider — nach Peterhof zitiert worden, wodurch die besagte Demonstration ins Wasser fiel. Inwieweit die Dekorierung des Prinzen mit dem Alexander Newski Orden hätte vermieden werden können, entzieht sich meiner Beurteilung. Das Auftreten des Prinzen war im Allgemeinen ein reserviertes. Er scheint sich bald darüber klar geworden zu sein, dass die Welt nicht um den Belgrader Konak pivotiere und er durch aufdringliches Benehmen nur seiner Sache schaden könnte. Herr Stolypin, welcher den Prinzen bei sich empfangen hat, äusserte sich mir gegenüber dahin: „J'avais pensé que c'était un fou, mais il s'est appliqué de me prouver le contraire.“ Sein Auftreten in Belgrad habe er dem Minister-

präsidenten in der Weise dargestellt, dass er wohl oder übel nicht anders konnte, als der erregten Menschenmenge gegenüber zu zeigen qu'il n'était pas un poltron. Er habe sich auf den Balkon des Konaks begeben und nichts weiter gesagt, als dass er seine Landsleute nicht im Stiche lassen werde. Herr Stolypin gab mir allerdings zu, dass diese Eröffnung mit der gleichen Reserve, die dieselbe ausdrücken sollte, auch aufzunehmen wäre. Die Stellungnahme der hiesigen Regierung und Volksvertretung ist am Tage der Abreise des serbischen Dauphin, — 20. Oktober/2. November — durch ein offizielles Communiqué und ein Telegramm des Dumapäsidenten an den Präsidenten der serbischen Skuptschina^{b)} zum Ausdrucke gekommen. Ich beehre mich den Wortlaut dieser zwei Kundgebungen anverwahrt ganz ergebenst zu unterbreiten.^{c)} Im Communiqué wird Serbien die Sympathie Russlands und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, Serbien eine moralische Unterstützung angedeihen zu lassen, unter der ausdrücklichen Bedingung jedoch, dass die Serben auf jeden unbedachten Schritt, der in irgend einem Maasse den Charakter einer Provokation haben könnte, verzichten. Meine persönliche Auffassung habe ich massgebenden Persönlichkeiten bei wiederholten Gelegenheiten dahin formuliert, dass alle Manifestationen der leitenden Kreise gewiss bestintentioniert, jedoch geeignet seien, in Belgrad missverstanden zu werden und falsche Illusionen zu wecken, namentlich wenn sich der noch nicht gereifte und nicht erprobte Thronfolger verleiten lassen wird, in Belgrad seine Petersburger Reise als einen grossen Erfolg hinzustellen. Einzelne mir zugekommene Äusserungen, die derselbe hier in serbophilen Kreisen getan, lassen diese Befürchtung nicht als unbegründet erscheinen. Dem gegenüber wird mir die heikle Situation, in welcher sich Russland in dieser Frage befindet, rechtfertigend entgegengesetzt. Abgesehen von der Racenverwandtschaft und Religionsgemeinschaft könne nicht vergessen werden, dass Serbien den 1876-er Krieg für Russland geführt und sich in demselben verblutet habe. Würde man Serbien Alles, selbst die rein platonische Sympathie versagen, so hiesse dies das unglückliche, von einer Wahnidee befallene Volk zum Selbstmorde treiben. So aber hoffe man durch moralische Einflussnahme eine Katastrophe noch verhüten zu können.

Berchtold.

a) Vgl. n. 523, 578. — b) So! — c) Nicht aufgenommen.

Nr. 520. Bericht aus St. Petersburg, 24. Okt./6. Nov. 1908 Nr. 44 E (eing. 9. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Die Frage der Abgabe einer Erklärung über die auswärtige Politik in der Reichsduma ist momentan in Hintergrund getreten. — Die angekündigte Eventualität der Publikation der im Laufe des heurigen Jahres gewechselten Memoranden hatte auf die oratorischen Regungen des Herrn Ministers wie ein Keulenschlag gewirkt. — Namentlich der Gedanke, dass die wenn auch nur hypothetische Erörterung der Auflösung des ottomanischen Reiches publik werden könnte, hat Herrn Iswolsky zu denken gegeben. — Wir begegneten uns in einem Gedanken, dass einer solchen Massnahme unbedingt der Boden zu entziehen wäre. Wäre doch

eine Replik in diesem Falle schwer zu vermeiden und möchten dann die beiden Kaisermächte der Welt das unwürdige Schauspiel eines Wortgezänkes von Tribüne zu Tribüne geben. Der Minister ist auch entschlossen sich bis auf weiteres so ruhig als möglich zu verhalten, selbst kein Regierungskommuniqué, wie beabsichtigt, herauszugeben. — Dass dieser Reserve einmal zeitliche Grenzen gesetzt werden könnten, ist allerdings nicht ausgeschlossen. Wir besprachen daher auch in ganz akademischer Weise diese Frage, wobei ich mich namentlich gegen eine unliebsame Ueberraschung von Seite Herrn Iswolskys sicherstellen zu sollen glaubte, indem ich mit ihm vereinbarte, dass mir rechtzeitig Einsicht gewährt werde von dem Inhalte einer derartigen Enunciation. — Ich betonte, dass Euer Exzellenz, nach den mir zugekommenen Instruktionen, insbesondere verlangen würden, der Minister möge sich in seinen etwaigen Aeusserungen nicht in Widerspruch setzen mit dem in Buchlau gepflogenen Meinungsaustausche. Herr Iswolsky, dem wie es scheint eine mehr allgemein gehaltene Erklärung als Ausweg vorschwebte, fühlte sich zur Bemerkung veranlasst, dass es uns doch wohl nicht Recht sein würde, wenn er un compte exact dieser Pourparlers geben möchte, worin er unvermeidlich die in Erscheinung getretenen Differenzen berühren müsste. „A titre privé“ brachte der Minister dann den Gedanken vor, dass es vielleicht nützlich sein könnte, wenn die geheimen Akten vom 15. Jänner 1877,^{b)} 13. Juli 1878,^{b)} eventuell auch das Drei-Kaiser Bündnis vom Jahre 1881^{c)} und dessen Verlängerung vom Jahre 1884^{c)} publiziert werden möchten. Er stellt sich den Vorgang dergestalt vor, dass die betreffenden Pièces in einem österreichischen Blatte „par une indiscretion de presse“ bekannt gemacht würden und er sich dann in seiner Erklärung auf diese früheren Abmachungen berufen möchte. Ich glaubte diese Idee ad referendum entgegennehmen und Euer Exzellenz telegraphisch melden zu sollen. — Aus den Reden Herrn Iswolsky's konnte ich ersehen, dass es ihm nicht allzu schwer fallen dürfte, gegebenenfalls die Majorität der Volksvertretung auf seine Seite zu bringen. Das Ganze spitze sich zu einer Prinzipienfrage zu. Die äusserste Rechte sei aus Rücksichtnahme für die Prärogative der Krone grundsätzlich gegen jede Erklärung, die gemässigte Rechte, das Zentrum und die linksstehenden Parteien dagegen verlangen eine solche. Würde den Letzteren nachgegeben, so könnte der Minister mit Bestimmtheit auf deren Beifall rechnen, „n'importe de quoi je leur parlerai, serait-ce de la Chine.“

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 483, 494, 534. — ^{b)} n. 97 Anm. b. — ^{c)} Pribram, a. a. O. I 14, 35; Martens, N. R. G. 3. S. X 11, 25.

Nr. 521. Tel. nach Sofia, 6. Nov. 1908 Nr. 48 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).
Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Pogatscher).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 130 vom 5. 1. M. Der hiesige bulgarische Vertreter hat mir heute eine analoge Mitteilung gemacht, wie die von Euer Hochgeboren gemeldete Mitteilung Ihres russischen Kollegen, und hat mich hiebei um Rat und um meine Unterstützung gebeten. Ich habe Herrn Sarafow erwidert, daß Bulgarien, welches, den Ratschlägen der Kabinette von London, Paris und St. Petersburg folgend, militärische

Maßnahmen eingestellt, seine Reservisten entlassen und die Unterhandlungen in Konstantinopel wieder aufgenommen habe, meiner Ansicht nach nunmehr ein Recht darauf habe, von den drei genannten Mächten in Konstantinopel unterstützt zu werden. Ich habe dem bulgarischen Vertreter daher auch zugesagt, daß wir den seitens der Sofioter Regierung geäußerten bezüglichlichen Wunsch in Paris, London und St. Petersburg als einen unserer Ansicht nach berechtigten bezeichnen würden und daß wir bereit wären, wenn die drei genannten Kabinette ihre Vermittlung in Konstantinopel eintreten ließen, uns denselben unterstützend anzuschließen. Ich habe die k. und k. Vertreter in Paris, London und St. Petersburg^{a)} unter Mitteilung des eingangs zitierten Telegrammes Euer Hochgeboren angewiesen, sich der dortigen Regierung gegenüber im Sinne der vorstehenden Ausführungen auszusprechen. Vertraulich füge ich bei, daß ich die von Herrn Sarafow vorgebrachte Bitte um Rat mit dem Bemerken beantwortet habe, daß die bulgarische Regierung meiner Ansicht nach am besten daran täte, in den Verhandlungen mit der Pforte zwar eine konziliante, jedoch feste Haltung einzunehmen, welche am meisten Erfolg verspreche. Ich ersuche Euer Hochgeboren, sich dem Herrn bulgarischen Minister des Äußern gegenüber im Sinne des Vorstehenden auszusprechen. Aehrenthal.

^{a)} n. 516.

Nr. 522. Erlaß nach Belgrad, 7. Nov. 1908 Nr. 2269.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Den Berichten vom 27. v. Mts., No. 68 A und 68 B, habe ich mit Interesse entnommen, wie Euer Hochgeboren die momentane Stimmung in Serbien beurteilen und welche Folgerungen Sie daraus für unser Verhalten gegenüber dem serbischen Kriegslärm ziehen. Wenn ich auch Ihren diesbezüglichlichen Ausführungen meine Zustimmung durchaus nicht versagen kann, so habe ich doch aus Ihrer seitherigen telegraphischen Berichterstattung den Eindruck gewonnen, daß sich die Situation in Serbien inzwischen etwas günstiger gestaltet hat. Vor allem scheinen die gegen uns gerichteten, wegen der steten Möglichkeit unberechenbarer Zwischenfälle und der fortgesetzten Erregung der breiten Massen gefährlichen Kundgebungen in den Straßen Belgrads fast ganz aufgehört zu haben. In einem gewissen Zusammenhange mit dieser Erscheinung steht wohl auch das von Ihnen gemeldete Abflauen der Boykottbewegung. Ferner glaube ich aus dem Vorgehen der serbischen Regierung in der Fahnenaffaire von Semendria, insbesondere aus der Spontaneität der vom Ministerpräsidenten Euer Hochgeboren zum Ausdruck gebrachten Entschuldigungen und der energischen Maßregelung des schuldtragenden Kreispräfekten den Wunsch des Belgrader Kabinetts herauslesen zu sollen, wenigstens nach außen hin uns gegenüber ein möglichst korrektes Verhalten an den Tag zu legen. Endlich möchte ich auch die grundlose Alarmierung der Belgrader Garnison, die auf das bloße Gerücht eines Angriffes unsererseits hin erfolgte, als ein Anzeichen dafür betrachten, daß man in Belgrad beginnt, sich der Gefährlichkeit fortgesetzter Provokationen gegen Österreich-Ungarn und der

unvergleichlichen Überlegenheit unserer Machtmittel wieder deutlicher bewußt zu werden. Denn nur dem Schrecken, den diese Erkenntnis in Belgrad offenbar hervorgerufen hat, kann eine derartige kopflose Maßregel zugeschrieben werden. Nach dem Gesagten halte ich an der Anschauung fest, daß, wenn schon nicht die Feindseligkeit gegen uns, so doch die Kriegslust in Serbien in der allerletzten Zeit erheblich abgenommen hat. Neben anderen Gründen, die diesen Umschwung vielleicht verursacht haben, möchte ich die Besserung der Lage bis zu einem gewissen Grade auf die gleichmäßig ernste und entschiedene, dabei aber ruhige Sprache zurückführen, deren sich Euer Hochgeboren den Ihnen erteilten Instruktionen gemäß dem Belgrader Kabinett gegenüber bedient haben. Es steht daher mit meinen Wünschen und Intentionen nur im vollsten Einklang, wenn Sie sich in Ihrem Verhalten und Auftreten gegenüber der serbischen Regierung auch weiterhin von denselben Gesichtspunkten wie bisher leiten lassen.

a) Vgl. n. 553.

Nr. 523. Tel. aus Belgrad, 7. Nov. 1908 Nr. 152 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Kronprinz wurde bei seiner heutigen Rückkehr am Bahnhof von den Ministern, der ganzen russischen Gesandtschaft und einer grossen Volksmenge erwartet. Die ganze Stadt ist beflaggt. Auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters, welcher von dem „noch geknechteten Teile des Serbentums, das seine Befreiung von Georg Karageorgević erwarte,“ sprach, erwiderte der Prinz ganz im Stil seiner früheren Kriegs- und Hetzreden. Laut der Zeitungen lautet ein Passus seiner Rede: „Sollte die Stimme des mächtigen Russlands und der anderen Freundesstaaten nicht hinreichen, unserer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen, so werden wir allein tun, was uns die Pflicht auferlegt, denn ein Friede, wie es der jetzige ist, wäre ärger als der Krieg, der Tod leichter als das Leben. Seien wir also bereit, unsere Rechte, sofern sie andere nicht schützen können, selbst zu verteidigen, indem wir mit Eisen und Blei zur Abwehr greifen, unbekümmert wie gross und wo der Feind ist.“ Ein Mitglied der russischen Gesandtschaft erzählte mir, der Kronprinz habe diese Rede von einem Konzept abgelesen; anderseits wird behauptet, dass er sich nicht an das gedachte Konzept hielt, sondern manches dazufügte. Eventuellen Reklamationen gegenüber stellt sich die Regierung bereits auf den Standpunkt, der Kronprinz sei ein junger Mann und seine Reden eine Privatsache, für welche die Regierung nicht verantwortlich sei. Forgách.

a) Vgl. n. 420, 519, 547.

Nr. 524. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 7. Nov. 1908 Nr. 2268.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Die Mitteilungen, die mir mit dem Berichte de dato Berlin 28. v. M. No. 52 C, über die Stellungnahme Deutschlands zum Konferenzgedanken gemacht wurden, sind seither noch durch Herrn von Tschirschky ergänzt worden, der mir im Auftrage des Reichskanzlers ein in Berlin zur Verhandlung

gelangtes Memorandum Herrn Iswolsky's überbrachte, an welchem das deutsche Kabinett Abänderungen und Zusätze beantragt hatte. Ich schließe zu Euer Hochwohlgeboren vollständiger Information eine Abschrift dieser Pièce hier an.^{b)} Wir können nur mit rückhaltloser Dankbarkeit anerkennen, wie die deutsche Regierung in der gegenwärtigen schwierigen Situation und besonders in den pourparlers mit Herrn Iswolsky uns die Stange gehalten und unseren Standpunkt zu dem ihrigen gemacht hat. Die klare und unzweideutige Stellungnahme des Berliner Kabinettes hat bereits ihre Früchte im Interesse einer friedlichere Aussichten eröffnenden Klärung der Situation getragen. Ich entnehme einem Telegramme des Grafen Berchtold, daß der Herr russische Minister des Aeußern ihm gegenüber in nachdrücklicher Weise zum Ausdruck gebracht hat, daß, entgegen gewissen widersprechenden Zeitungsnachrichten, die Haltung Rußlands uns gegenüber eine Aenderung nicht erfahren habe; auch seien die russischen Vertreter im Auslande verständigt worden „que les pourparlers avec Vienne suivaient un cours normal”.^{c)} Ungefähr gleichzeitig mit den Mitteilungen Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters und des Herrn deutschen Botschafters ist mir durch Graf Berchtold der ihm durch Herrn Iswolsky zugekommene Entwurf des Konferenzprogrammes vorgelegt worden.^{d)} Euer Hochwohlgeboren finden in den Beilagen den Bericht de dato Petersburg, 31. v. Mts., No. 43, mit welchem Graf Berchtold diese Vorlage einbegleitete. Nach Analogie des in Berlin verhandelten Memorandums habe ich meine allgemeinen Ansichten über den Entwurf eines Konferenzprogrammes zusammengefaßt und beabsichtige, dieses Schriftstück demnächst durch Graf Berchtold dem Herrn russischen Minister des Aeußern als unsere vorläufige Antwort auf seine Mitteilung des Konferenzprogrammes übermitteln zu lassen. Bevor ich dies aber tue, lege ich Wert darauf, daß Fürst Bülow in den Entwurf unserer Antwort Einsicht nehme, um so ein völlig harmonisches Vorgehen der Kabinette von Wien und Berlin auch weiterhin zu ermöglichen. Wenn Euer Hochwohlgeboren dieses Mémoire, das ich hier ebenfalls anschließe,^{e)} dem Herrn Reichskanzler zur Einsicht geben, wollen Sie ausdrücklich aus seinem Kontext jenen Passus hervorheben, in welchem wir betonen, daß wir gerne bereit sind, über den Inhalt des uns nunmehr (wenn auch in vertraulichem Wege, so doch in offizieller Weise) bekannt gewordenen Konferenzprogrammes in einen Gedankenaustausch mit dem russischen Kabinette einzutreten. Die Kennzeichnung unseres Standpunktes, betreffend die 9 Punkte des Programmes, habe den Zweck, eine Gegenäußerung des russischen Kabinettes hervorzurufen, über dessen Auffassung der einzelnen Programmpunkte wir bis jetzt keinerlei offizielle Kenntnis besitzen. Liegt einmal die Gegenäußerung des russischen Kabinettes vor, so dürfte es vermutlich der gemeinsamen Einwirkung von Berlin und Wien aus gelingen, die dann noch vorhandenen Differenzen zu mildern und ein Einverständnis zu erzielen. Wie schon aus dem Entwurf unserer vorläufigen Antwort ersichtlich ist, sind wir zu jedem möglichen Entgegenkommen bereit und bestrebt, ein Terrain der Verständigung mit der Sängerbücke zu finden; die von uns als inakzeptabel bezeichneten Eventualitäten hat die deutsche Regierung in ihren Zusätzen zu dem Memorandum Herrn Iswolskys

bereits selbst als solche anerkannt; ich kann daher abschließend nur nochmals meiner hohen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß die beiden verbündeten Regierungen sich in diesem bedeutungsvollen Momente Hand in Hand auf einer Linie bewegen. Indem ich Euer Hochwohlgeboren ersuche, mich rechtzeitig zu verständigen, wenn Sie den Herrn Reichskanzler gesehen und ihm in unseren Entwurf Einsicht gegeben haben, erneuere ich etc.

^{a)} Vgl. n. 510, 529, 543, 555, 576, 714, 1087. — ^{b)} Vgl. erste Beilage. — ^{c)} n. 504. — ^{d)} Vgl. n. 300 Anm. b, 462, 476, 576. — ^{e)} Siehe zweite Beilage.

Erste Beilage zu n. 524. Russisches Memorandum samt Zusätzen der deutschen Regierung, ohne Datum.^{a)} Abschrift.

Russische Fassung: Les Cabinets de St. Pétersbourg et de Berlin reconnaissant que les récents événements sur la Péninsule des Balkans nécessitent la révision d'une partie des Stipulations du Traité de Berlin, sont d'accord en principe que cette révision doit se faire par les Puissances signataires du susdit Traité réunies en Conférence. Les Cabinets susmentionnés sont également d'accord que les points suivants pourraient être adoptés comme devant faire l'objet de la Conférence.

Deutsche Abänderungen und Zusätze: Les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg estiment qu'une conférence qui aurait à régler les différentes questions surgies à la suite des récents événements sur la Péninsule des Balkans ne se réunirait utilement qu'après qu'un complet accord sur toutes ces questions aurait été préalablement établi entre les Puissances signataires du Traité de Berlin. Les Cabinets susmentionnés sont d'accord que les points suivants pourraient être adoptés comme devant faire l'objet d'un échange de vues.

Russische Fassung: 1. Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie. 2. Bosnie et Herzégovine. 3. Sandjak de Novi-Bazar. 4. Stipulations de l'article 23 du Traité de Berlin concernant les provinces de la Turquie d'Europe. 5. Article 61, concernant les provinces habitées par les Arméniens. 6. Stipulations de l'article 29 limitant les droits souverains du Monténégro. 7. Avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro. 8. Droits des Etats Balcaniques en tant que riverains du Danube. 9. Questions des Capitulations et des bureaux de postes étrangers en Turquie. P. S. La question de la Crète comme étant plus directement du ressort des Quatre Puissances Protectrices, ces dernières l'examineront de concert avec la Turquie et en référeront à la Conférence. Par rapport au point 1 les Cabinets de St. Pétersbourg et de Berlin sont d'accord que, si les Puissances signataires du Traité de Berlin s'entendent à l'effet de reconnaître le nouvel état de choses proclamé en Bulgarie, les Articles 1 à 22 doivent être remplacés par des stipulations qui établissent la reconnaissance de la Bulgarie comme Royaume indépendant et déterminent ses obligations financières à l'égard de la Turquie. Un article spécial pourrait régler la question de chemin de fer surgie dernièrement.

Deutscher Zusatz zu 1: Le Gouvernement allemand ne sera disposé à reconnaître l'indépendance de la Bulgarie qu'après avoir acquis la certitude

d'une solution satisfaisante de la question des chemins de fer orientaux et des obligations financières de la Bulgarie à l'égard de la Turquie.

Russische Fassung: Par rapport aux points 2 et 3 les deux Cabinets sont d'accord que si les Puissances signataires du Traité de Berlin s'entendent à l'effet de reconnaître le nouvel état de choses créé en Bosnie et Herzégovine, l'Article 25 serait remplacé par un Article stipulant l'annexion de la Bosnie et Herzégovine à l'Autriche-Hongrie et la reprise par le Gouvernement Ottoman de la plénitude de son autorité sur le Sandjak de Novi-Bazar.

Deutscher Zusatz zu 2: Le Cabinet de Berlin considère cependant dès à présent l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine comme un fait accompli indiscutable.

Russische Fassung: Par rapport au point 4 les deux Cabinets sont d'accord qu'il y aurait lieu de substituer à l'Article 23 du Traité de Berlin un Article exprimant à peu près l'idée suivante: „Sa Majesté le Sultan ayant institué spontanément dans Son Empire un régime constitutionnel qui établit une égalité parfaite des droits pour tous les sujets ottomans sans distinction de race et de religion les stipulations prévues par l'Article 23 du Traité de Berlin pour les provinces de la Turquie d'Europe deviendront sans objet dès que les Puissances se seront assurées que des règlements satisfaisants à cette égalité ont été édictés et effectivement appliqués.“ Par rapport au point 5 les deux Cabinets sont d'accord que l'Article 61 (Arménie) devrait être modifié comme il est dit ci-dessus pour l'Article 23. Par rapport au point 6 les deux Cabinets sont d'accord que les Articles 26 à 33 devraient être fondus en un seul établissant que la Principauté de Monténégro, dans les limites qui lui ont été assignées par le Traité de Berlin, étant un Etat entièrement indépendant, toutes les restrictions imposées par l'Article 29 au libre exercice de sa souveraineté sont et demeurent abrogées.

Deutscher Zusatz zu 6: Cependant l'Allemagne subordonnera son adhésion à celle de l'Autriche-Hongrie.

Russische Fassung: Par rapport au point 7 le Cabinet de St. Pétersbourg estime que dans l'intérêt de la paix future dans les Balkans l'Autriche-Hongrie pourrait spontanément et dans une pensée d'équité, accorder à la Serbie une rectification de frontière sur la partie du territoire Bosno-Herzégovinien avoisinant le Sandjak de Novi-Bazar. Une rectification de frontière pourrait être aussi accordée au Monténégro.

Deutscher Zusatz zu 7, erster Absatz: Le Cabinet de Berlin considère cette proposition comme indiscutable.

Russische Fassung: On pourrait aussi accorder à la Serbie et au Monténégro des avantages dans le domaine de leurs intérêts économiques en leur assurant des voies de communication conventionnelles avec le littoral de l'Adriatique.

Deutscher Zusatz zu 7, Absatz 2: L'Allemagne n'adhérera qu'à des propositions approuvées par l'Autriche-Hongrie.

Russische Fassung: Par rapport au point 8 les deux Cabinets sont d'accord que pour les articles 43 à 57 il y aurait lieu de s'entendre sur la révision du règlement du Danube actuellement en vigueur, en accordant des droits plus considérables aux Etats riverains.

Deutscher Zusatz zu 8: Les détails de cette révision seraient à stipuler dans une conférence ad hoc.

Russische Fassung: Par rapport au point 9 les deux Cabinets sont d'accord qu'une déclaration spéciale pourrait porter que la nouvelle constitution Ottomane prévoyant la réorganisation de la justice et une réforme de la législation en Turquie dans un sens conforme aux principes appliqués dans les autres Etats de l'Europe, les Puissances sont prêtes à étudier, de concert avec le Gouvernement Ottoman, dès qu'il aura réalisé ces réformes, le moyen de substituer au régime des anciennes Capitulations des Traités à terme, analogues à ceux qui régissent les rapports des Puissances modernes. Il y aurait lieu d'étudier la possibilité d'abolir les postes étrangères fonctionnant en Turquie. Par rapport à la Crète les deux Cabinets sont d'accord que si les négociations entre les Puissances Protectrices et la Turquie amènent à un résultat satisfaisant il n'y aura pas lieu de s'opposer à l'union de la Crète avec la Grèce. La réserve faite par le Cabinet de Berlin par rapport aux points 2 et 7 n'empêcherait pas le Gouvernement Allemand d'employer tous ses efforts afin de concilier les divergences qui existent sur ces points entre la Russie et l'Autriche-Hongrie.

Deutscher Zusatz: Schlußsatz hätte fortzufallen.

^{a)} Das Stück trägt einen Vermerk von der Hand des Legationsrates von Musulin: „Von Herrn von Tschirschky übergeben“ und einen Vermerk des Vorstandes des politischen Archives: „sub 1. Nov. 1908.“ Das Stück ist in zwei Kolumnen (rechts der russische Vorschlag, links die deutschen Zusätze) geschrieben. Es wurde mit Erlaß vom 12. Nov. 1908 Nr. 2364 auch nach St. Petersburg zur persönlichen, streng vertraulichen Kenntnissnahme übersendet.

Zweite Beilage zu n. 524. Mémoire des Ministres des Affaires étrangères sur le projet d'un programme de conférence. (S. Schreibmaschine; V. Aehrenthal).

Le Cabinet de Vienne est d'avis que la conférence destinée à régler les différentes questions surgies à la suite des récents événements sur la Péninsule des Balkans ne saurait utilement se réunir que lorsqu'un accord préalable aura été établi entre les Puissances signataires du Traité de Berlin.

Quant au programme de la dite conférence le Cabinet de Vienne se rallie en général au projet que le Gouvernement Impérial lui a communiqué d'une manière confidentielle par l'entremise du Comte Berchtold et il est tout disposé d'entrer dans un échange de vues concernant les différents points de ce programme.

Pour ce qui est du point 1 „Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie“ le Gouvernement I. et R. se déclare prêt à reconnaître le nouvel état de choses proclamé en Bulgarie; en agissant ainsi il part de la conviction que la conférence ne sanctionnera l'indépendance de cet Etat que lorsque les questions financières y compris celle des chemins de fer orientaux auront été réglées.

Les points 2 et 3 „Bosnie et Herzégovine“ et „Sandjak de Novibazar“ pourront figurer parmi les points du programme mais il est bien entendu que l'extension des droits souverains de Sa Majesté I. et R. Apostolique sur

la Bosnie et l'Herzégovine de même que l'évacuation du Sandjak ne pourra plus former l'objet d'une discussion. Nous désirons arriver à ce sujet à une entente avec la Sublime Porte, en constatant cette entente la conférence procéderait à l'abrogation de l'article 25 du traité de Berlin.

Pour les points 4 et 5 „stipulations de l'art. 23 du traité de Berlin concernant les provinces de la Turquie d'Europe“ et „art. 61 concernant les provinces habitées par les Arméniens“ nous pensons qu'ils pourront former utilement l'objet d'une discussion destinée à mettre les dispositions des articles susmentionnés plus en harmonie avec le nouveau régime constitutionnel en Turquie.^{a)}

Le point 6 „stipulations de l'art. 29, limitant les droits souverains du Monténégro“ ne rencontre par d'objections auprès du Cabinet I. et R.; il croit cependant devoir faire ressortir qu'il a toujours formulé certaines réserves concernant les concessions à faire au Monténégro par rapport à cet article. Ces réserves portent à la construction d'un chemin de fer à travers le littoral monténégrin que nous voulons réaliser de concert avec le Gouvernement princier et à l'obligation de ce dernier de ne pas établir des fortifications le long des côtes ni un port militaire à Antivari.

La rédaction du point 7 „avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro“ pouvant donner lieu à des interprétations erronnées il serait utile de lui substituer la version suivante „avantages économiques à procurer à la Serbie et au Monténégro.“

Le Cabinet de Vienne est d'accord avec le Gouvernement Impérial sur le point 8 du programme „droits des Etats balcaniques en tant que riverains du Danube“; il sympathise avec l'idée d'accorder des droits plus considérables sur le Danube tant à la Roumanie qu'à la Serbie et la Bulgarie.

Par rapport au point 9 „questions des Capitulations et des bureaux de postes étrangers en Turquie“ le Cabinet de Vienne est prêt à se concerter avec les Puissances sur les modifications qui pourraient être apportées au régime actuel.

Quant au post-scriptum du programme concernant l'île de Crète, le Cabinet de Vienne n'a pas d'objections à formuler.

Les remarques qui précèdent pourront de l'avis du Cabinet de Vienne donner au Gouvernement Impérial l'occasion de préciser sa manière de voir concernant les différents points du programme.

^{a)} Endgültige Fassung siehe n. 555.

Nr. 525. Tel. nach Konstantinopel, 7. Nov. 1908 Nr. 217 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. und G. Pogatscher).

Im Besitze von Euer Exzellenz Telegramm No. 459 vom 4. I. M. habe ich Generalconsul Rappaport mit Instruktionen behufs Fortsetzung seiner Verhandlungen mit Enver Bey versehen. — In diesen Instruktionen^{b)} — die Euer Exzellenz mit nächstem Courier abschriftlich zugehen — habe ich Herrn Rappaport beauftragt, neuerdings nachdrücklichst zu betonen, daß finanzielle Compensationen für die Annexion vollkommen ausgeschlossen seien. Im Berliner Vertrag sei von der Übernahme irgendwelcher finanzieller Lasten nicht die Rede und überdies hätten wir für den Feldzug 1878 und

seinerzeit für die Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge mehr ausgegeben als der etwa auf Bosnien entfallende aliquote Theil der türkischen Staatsschuld betragen würde. Im Sinne des 3. Alineas^{c)} Ihres eingangs bezogenen Telegrammes, habe ich bemerkt, daß wir über unsere bekannten Erklärungen nicht hinausgehen, daß wir aber im äußersten Falle in Aussicht stellen könnten, wir würden uns bei der bevorstehenden Conferenz im Sinne der gewünschten Garantie bei den anderen Mächten einsetzen. In den wirtschaftlichen Belangen speciell im Punkte VII Erhöhung der Zölle seien wir zu dem weitestgehenden Entgegenkommen bereit und auch gewillt diesen Standpunkt bei den anderen Mächten zu vertreten. Ich übersende auch an Generalconsul Rappaport das bezügliche Elaborat der Wiener Handelskammer.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 536. — ^{b)} Vgl. n. 515. — ^{c)} Beginnt: „Was den III. Punkt anbelangt“ und endet mit „Garantie einzusetzen“.

Nr. 526. Tel. aus London, 7. Nov. 1908 Nr. 104 (eing. 8. Nov. 8 U. a. m.).
Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 82 von heute.^{a)} Ich habe bei Sir E. Grey vorgesprochen und demselben Dank der k. u. k. Regierung für die in Belgrad gehaltene Sprache ausgedrückt, daran die Hoffnung knüpfend, daß die Mächte ihre Ermahnungen an die serbische Regierung fortsetzen und wiederholen würden. Gleichzeitig theilte ich ihm die im Telegramme enthaltene Schilderung der serbischen und montenegrinischen kriegesischen Vorbereitungen mit, denen gegenüber wir keinerlei militärische Maßnahmen ergriffen hätten. Staatssekretär hörte mir aufmerksam zu und sagte, Serbien stelle in Abrede, daß die Banden dort organisiert werden und behauptet, es wären von Bosnien herübergekommene Einwohner, welche Anwerbungen auf serbischem Territorium vornehmen. Ferner führe Serbien angebliche Bedrohung durch unsere Kanonenboote an. Sir E. Grey sagte mir aber zu, auch fernerhin dieselbe Sprache in Belgrad zu führen. Er könne nichts anderes tun, als freundschaftliche Ratschläge erteilen. Dieselben würden auch weiter dahin lauten, die Serben mögen „keine Provokation geben und sich, solange sie nicht bedroht werden, ruhig verhalten.“

Mensdorff.

^{a)} Vom 6. Nov.

Nr. 527. Tel. aus London, 7. Nov. 1908 Nr. 106 (eing. 8. Nov. 9 U. a. m.).
Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nro. 81.^{a)} Ich habe wiederholt hier an massgebenden Stellen Gefahr der serbenfreundlichen Haltung eines Theiles der englischen Presse hervorgehoben. Uebrigens muss konstatiert werden, dass Mehrheit der Zeitungen Ratschläge der Mässigung an Serbien richtet und vor unüberlegter Friedensstörung warnt. Daily Telegraph hat mit seinen verhetzenden Artikeln am meisten Unfug getrieben. Sir E. Grey antwortete mir, dass er gedachtes Blatt nie lese, ausser unlängst das darin erschienene Interview des deutschen Kaisers.^{b)} Privatsekretär Sir E. Greys, mit dem ich über Zeitungen sprach, erklärte, man hätte

Unrecht, dem Daily Telegraph Bedeutung beizumessen. Die übrigen Blätter seien auf Agitation für Serbien nicht eingegangen. Serbische Agitatoren wären von Times abgewiesen worden. Sie hätten es auch versucht, Balkankomitee für Serbien zu interessieren, jedoch ohne Erfolg. Ich habe auch versucht, auf privatem Wege auf Daily Telegraph einzuwirken. Mensdorff.

a) n. 514. — b) Vgl. n. 456.

Nr. 528. *Tel. nach Paris, 7. Nov. 1908 Nr. 59 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Telegramme No. 50 und 51 erhalten. Ihrer Anregung entsprechend habe ich S. M. den Kaiser gebeten Kaiser Wilhelm gegenüber die Hoffnung auf friedliche Lösung der Casablancaaffaire auszusprechen. Kaiser Wilhelm hat hierauf erwidert, dass er von der Überzeugung durchdrungen sei, dass diese Frage in freundschaftlicher Weise in Ordnung gebracht werden wird und dass er eine Weisung in diesem Sinne an Fürst Bülow erlassen habe. Ich habe hievon Herrn Crozier im strictesten Vertrauen Mittheilung gemacht und hinzugefügt, dass wir Frankreich gern diesen Dienst erwiesen hätten, dass wir aber etwaige deutsche, im jetzigen Momente berechnigte Susceptibilitäten berücksichtigen müssen und darum durchaus nicht wünschen, dass die Öffentlichkeit davon überhaupt etwas erfahre. Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich in diesem Sinne zu Herrn Pichon zu äussern und ihm hiebei die discreteste Behandlung dieser Mittheilung, deren Kenntniss auf ihn, den Präsidenten und Herrn Clémenceau beschränkt bleiben sollte, dringend nahezu legen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 539, 674, 691.

Nr. 529. *Tel. nach St. Petersburg, 7. Nov. 1908 Nr. 138 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 5. d., Nr. 182. Ich bin vollkommen damit einverstanden, dass die Verhandlungen betreffend des Conferenzzprogrammes in Petersburg concentrirt und durch Euer Exzellenz geführt werden. Euer Exzellenz wollen die Mittheilung Herrn Iswolskys in diesem Sinne beantworten und hinzufügen, dass Sie im Laufe der nächsten Woche in der Lage sein würden ihm unsere Auffassung des Conferenzzprogrammes bekannt zu geben. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 37 Nr. 57. Vgl. n. 524, 561.

Nr. 530. *Tel. aus St. Petersburg, 7. Nov. 1908 Nr. 184 (eing. 8. Nov. 9 U.a. m.).^{a)} Entziff.*

Bezugnehmend auf hohes Telegramm Nro. 136 vom 6. d. M. Hiesiges Auswärtiges Amt hat, nach Herrn Iswolsky, bisher keine Informationen über serbische Rüstungen im grossen Styl. Irritation im Lande sei vielleicht zum Theile auf Sprache ungarischer Blätter zurückzuführen, die vom Einmarsch in Belgrad gesprochen. Bemühungen russischer Regierung würden jedenfalls auch weiter dahin gehen zur Ruhe zu mahnen. Berchtold.

a) Vgl. n. 540.

Nr. 531. Tel. aus St. Petersburg, 7. Nov. 1908 Nr. 185 (eing. 8. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Bezugnehmend auf hohes Telegramm Nro. 137.^{a)} Russisches Kabinett befindet sich gegenwärtig im Gedankenaustausch mit London und Paris wegen in Konstantinopel zu unternehmender Demarche. Türkische Forderungen betreffs Ablösung bulgarischen Tributs wurden mir sowohl von Herrn Iswolsky wie vom englischen Botschafter als exorbitant bezeichnet. Berchtold.

^{a)} Vom 6. Nov.

Nr. 532. Tel. aus London, 8. Nov. 1908 Nr. 107 (eing. 9. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Der rumänische Gesandte Herr Catargi hat mich eben aufgesucht und mir vertraulich mitgeteilt, der serbische Minister des Äussern habe eine Mittelsperson beauftragt, meine Vermittlung anzusprechen, um vertraulich anzufragen, wie Euer Exzellenz es aufnehmen würden, wenn Herr Milovanović auf der Rückreise nach Belgrad sich in Wien aufhalten und bei Euer Exzellenz vorsprechen würde. Monsieur Catargi dit que Monsieur Milovanovitch n'ayant trouvé d'encouragement nulle part voudrait probablement exposer sa situation à Vienne même. Il déclarera probablement à Votre Excellence qu'il veut tout faire pour calmer l'opinion serbe et maintenir le calme et essayer de demander peut-être un „bout de terrain à la frontière grand comme un fauteuil pour pouvoir dire qu'il a obtenu quelque chose.“ Ich antwortete Herrn Catargi, dass ich nicht wissen könne, wie Euer Exzellenz den Plan eines Besuches Herrn Milovanović's aufnehmen würden, dass ich aber stets bereit sei, die betreffende Mittelsperson zu empfangen und ihre Mitteilungen nach Wien zu melden. Schliesslich sagte mir der rumänische Gesandte, die Mittelsperson wäre Herr Mijatović, der ehemalige serbische Gesandte, der auch Euer Exzellenz bekannt ist. Derselbe wäre beauftragt, eine eventuell durch mich erhaltene Antwort Euer Exzellenz' an Herrn Milovanović nach Rom zu telegrafieren. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 501, 537.

Nr. 533. Tel. aus Rom, 8. Nov. 1908 Nr. 190 (eing. 9. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 113^{b)} vom 6. d. M. Herr Murawiew hat heute Herr Tittoni gebeten, gleichfalls in dem bulgarischerseits gewünschten Sinne in Konstantinopel einzuwirken, was zugesagt wurde. Tittoni hofft sehnlichst, dass die Pourparlers zwischen Wien und Petersburg betreffend Konferenz einen fließenden Fortgang nehmen werden. Er liess hiebei die Bemerkung einfließen, ob es sich nicht von unserem Gesichtspunkte empfehlen würde, nochmals in der kategorischsten Form öffentlich zu erklären, dass von territorialen Kompensationen unter gar keinen denkbaren Umständen die Rede sein könne. Ceci couperait court une fois pour toutes à toutes espérances et on chercherait à consoler les deux petits états sur le domaine économique. De cette manière le terrain serait déblayé et la conférence pourrait se réunir sans retard. Letzteres ist für

ihn eine Kapitalfrage. Parlament wird am 25. d. M. eröffnet. Ist bis dahin Konferenz gesichert und Datum dafür festgesetzt, so kann er Beantwortung der Interpellationen bis nach der Konferenz verschieben, andernfalls nicht. In letzterem Falle wird er einen wahren Eiertanz aufführen, um weder in Wien, London oder Petersburg anzustossen. Spricht er erst nach der Konferenz, ist die Sache wesentlich leichter und er kann sich einfach auf den Standpunkt des allseits gutgeheissenen *fait accompli* stellen. Er bittet mich Euer Exzellenz darzulegen, wie wichtig dies sei — von jedem Gesichtspunkt. Minister des Aeussern wiederholte den durch Herzog von Avarna bereits ausgedrückten Dank betreffend Rom als Konferenzsitz. Lützow.

a) Vgl. n. 592. — b) Mitteilung von n. 516.

Nr. 534. Tel. nach St. Petersburg, 8. Nov. 1908 Nr. 139 (chiff. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 180 vom 3. I. M. Ich wäre geneigt, dem von Herrn Iswolsky konfidentiell geäusserten Gedanken einer Veröffentlichung der Budapester Convention vom 15. Jänner 1877^{b)} und des Berliner Protokolles vom 13. Juli 1878^{b)} aus dem Grunde näherzutreten, weil eine solche Publication nach Angabe des Herrn Ministers dessen Aufgabe erleichtern könnte. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Iswolsky von Vorstehendem eine Mittheilung zu machen; Euer Exzellenz wollen denselben jedoch in geeigneter Weise, wenn schon nicht zu einer schriftlichen, so doch zu einer unzweifelhaften mündlichen Erklärung veranlassen, dass er gegen die in Rede stehende Veröffentlichung, die ja in seinem Interesse und über seine Anregung geschehe, nachträglich in keiner Weise Recriminationen vorbringen werde; von dieser Erklärung des Herrn Ministers wollen Hochdieselben ausdrücklich Act nehmen. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz dem Herrn Minister bemerken, dass die Publication der Budapester Convention vom 15. Jänner 1877 natürlich auch jene der Convention additionnelle vom selben Tage^{b)} in sich begreifen würde, nur müsse der Artikel III derselben, welcher sich auf damals ins Auge gefasste, bisher aber nicht eingetretene Eventualitäten bezieht und daher am Balkan aufregend wirken würde, in Wegfall kommen. An Stelle des Wortlautes dieses Artikels könnte eine allgemeine Bemerkung gesetzt werden, etwa dahin gehend, dass dieser Artikel auf die Begegnung der beiden Souveräne in Reichstadt Bezug nehme. Ich behalte mir übrigens vor, Euer Exzellenz bezüglich des Modus und der Form der Publication eine weitere Mittheilung zukommen zu lassen, sobald mir Ihre Meldung über die Aussprache mit Herrn Iswolsky zugekommen sein wird. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 520, 546, 647. — b) Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 535. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Nov. 1908 Nr. 241 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr von Kiderlen teilt mir mit, Graf Osten-Sacken hätte ihm von einer Anregung des russischen Kabinettes Kenntniss gegeben, wonach die Vertreter der Großmächte in Belgrad jene Maßnahmen im Einzelnen fest-

stellen sollten, durch welche serbische Regierung auf eine Provokation Oesterreich-Ungarns hinarbeite; unter Aufzählung dieser Maßnahmen sollten sie dann in Form einer identischen Note ernste Vorstellungen und eine nachdrückliche Verwarnung an die serbische Regierung richten. Deutsche Regierung hat deutschen Vertreter in Belgrad sofort beauftragt, sich mit seinen Kollegen diesbezüglich ins Einvernehmen zu setzen. Flotow.

a) Vgl. n. 542.

Nr. 536. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Nov. 1908 Nr. 465 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.).^a Entziff.

Ich habe soeben eine längere Unterredung mit Kiamil Pascha gehabt. Es ist mir, glaube ich, gelungen, den Grossvezir zu überzeugen, dass sein Petitum wegen Übernahme eines aliquoten Teiles der Staatsschuld keinerlei Aussicht auf Erfüllung hat und dass er es daher fallen lassen muss. Er ist wohl im Laufe des Gespräches wiederholt darauf zurückgekommen; als ich ihm aber einige Andeutungen machte, dass er, wenn auf einem anderen Gebiete — ich nannte das wirtschaftliche — seitens der Türkei Wünsche an uns gestellt werden würden, auf möglichstes Entgegenkommen unsererseits rechnen könne, da es ja auch in unserem Interesse liege, der Türkei und namentlich dem neuen Regime hilfreich an die Hand zu gehen. . . ^{b)} Auf seine Frage, auf welche Materien ich anspiele, sagte ich ihm, er selbst werde das am besten wissen, und liess durchblicken, dass wir in gewissen Fragen, wie zum Beispiel jener der Monopole, eine für die Türkei günstige Initiative bei den anderen Mächten ergreifen könnten. Kiamil Pascha, der anfangs mir entgegenhielt, dass derlei Konzessionen nicht allein von uns abhingen, schien am Ende unserer Konversation den Wert, welcher einer solchen Initiative unsererseits zukommen würde, aufzufassen und ich verliess ihn mit dem Eindrücke, dass ich, wenn ich in der Lage wäre, mit positiven Vorschlägen an ihn heranzutreten, bald zu einem praktischen Resultate kommen könnte. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 37 Nr. 58. Vgl. n. 525, 565. — ^{b)} Chiffres fehlen.

Nr. 537. Tel. aus London, 9. Nov. 1908 Nr. 109 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.).^a Entziff.

Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 107. Herr Mijatović war eben bei mir, erzählte sehr viel, das sich dahin resumieren lässt, Herr Milovanovich habe hier und anderwärts Sympathien und Mitleid aber nirgends Ermutigung gefunden und von allen Regierungen Ratschläge der Ruhe und des Friedens erhalten. Die Agitation in Serbien gegen Oesterreich-Ungarn hält sowohl Mijatović als Milovanović für unklug und unpolitisch. Aus dynastischen Gründen sei es aber unendlich schwierig, sie niederzuhalten. Wenn nicht irgend ein Erfolg für Serbien erreicht werden würde, könne Dynastie Karageorgević sich nicht halten. Mijatović habe dem serbischen Minister des Äussern geraten, einen Versuch zu machen, sich an Euer Exzellenz direkt zu wenden und er sei von ihm ermächtigt

worden, zu mir zu kommen, und mit mir darüber zu sprechen. Ich erwiderte, Euer Exzellenz hätten erst kürzlich in den Delegationen ihre Bereitwilligkeit erklärt, die besten Beziehungen mit Serbien zu erhalten. Ein direktes Herantreten Serbiens an die k. u. k. Regierung hätte nach meiner persönlichen Meinung mehr Aussicht gehabt, Wohlwollen zu begegnen, wenn es vor der Agitation und Provokation der letzten Woche geschehen wäre, als wie jetzt, nachdem Milovanović sich überzeugt hat, dass er nirgends auf Unterstützung zählen könne. Übrigens sei ich gerne bereit, jede Anregung Euer Exzellenz zu unterbreiten, muss aber genau wissen, was der Wunsch des Herrn Milovanović sei. Mijatović erwiderte, der serbische Minister des Äussern „erkläre sich bereit, nach Wien zu gehen, selbst ganz auf eigene Verantwortung, wenn er die Ermutigung erhielte, einige Chancen auf Erfolg zu finden“. Auf meine Frage, was er unter Erfolg verstehe, sprach er viel hin und her, meinte aber schliesslich, „wenn Baron Aehrenthal irgend eine kleine territoriale Konzession geben würde, wenn auch nicht die, welche beansprucht wird“. Als ich ihm darzulegen versuchte, wie ungerechtfertigt territoriale Ansprüche seitens Serbiens erschienen, sagte er wiederholt, „geben sie uns eine Wiese oder ein Mühle, irgend etwas, um das Land zu beruhigen“. Mijatović hat mit Milovanović ausgemacht, dass letzterer sich nach Wien begeben würde, falls ersterer ihm einfach nach Rom telegraphiere „tun Sie das“. Ich sagte ihm, dass ich mich nur darauf beschränken könne, Euer Exzellenz den Gegenstand seines Besuches zu melden und persönlich nicht glaube, Euer Exzellenz würden mehr antworten, als Hochderen Geneigtheit Milovanović zu empfangen oder nicht. Übrigens könne dieser ja in Rom persönlich mit Graf Lützwow sprechen. Ich bitte um hochgeneigte Instruktionen, was ich Mijatović sagen soll. Da ich heute nach Sandringham soll, habe ich ihm in Aussicht gestellt, dass Graf Széchenyi ihn empfangen werde. Mensdorff.

a) Vgl. n. 545.

*Nr. 538. Tel. aus Paris, 9. Nov. 1908 Nr. 52 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).
Entziff.*

Euer Exzellenz telegraphische Weisungen Nro. 57 und 58 habe ich heute bei Herrn Pichon verwertet. Der Minister antwortete ad 57, dass er nach Belgrad und Cetinje neuerdings energische Aufforderung Ruhe zu halten, richten werde. Der von ihm empfangene Herr Popović habe sich aufgeregt und kriegerisch geberdet, er habe ihm gesagt, dass Montenegro von Frankreich nichts zu erwarten habe. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Publikation des Artikels 7a) Schuld sei an der künstlich erzeugten Bewegung und dass die Verantwortung hiefür auf den Autor dieser indis-kreten Veröffentlichung falle. Serbischerseits werden fortwährend Meldungen in hiesige Presse befördert über massenhafte Desertionen österreichisch-ungarischer Soldaten nach Serbien, und heute wird gesagt, dass in Bosnien eine Kaserne in die Luft gesprengt worden sei und dabei 170 Soldaten umgekommen seien. Ad 58 bemerkte der Herr Minister, dass er soeben mit Botschafter von Nelidow vereinbart habe, in Konstantinopel identische

Schritte zu unternehmen. Er halte Kapitalisierung des bulgarischen Tributes für unannehmbar und werde nochmals die Türkei auffordern, Rüstungen einzustellen. Herr Pichon hofft, dass alle Grossmächte an dieser Demarche teilnehmen werden. Khevenhüller.

a) Art. 7 des Konferenzprogramms. Vgl. n. 300.

Nr. 539. Tel. aus Paris, 9. Nov. 1908 Nr. 53 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Excellenz Telegramm No. 59 vom 7. d. M. Herr Pichon hatte bereits von Herrn Crozier Bericht erhalten über Euer Excellenz vertrauliche Mitteilung. Ich betonte die absolute Diskretion, welche bezüglich der Aussprache unseres Allergnädigsten Herrn gegen Kaiser Wilhelm zu beobachten wäre und welche umsomehr wünschenswert sei, als bereits in einigen Zeitungen Notizen über die Zusammenkunft in Schönbrunn verlautbart wurden. Herr Pichon versprach mir, an die Presse nichts weiter zu geben. Er bittet Euer Excellenz, seinen und der französischen Regierung aufrichtigen Dank entgegenzunehmen und legt Wert darauf, dass diese Erklärungen Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät gemeldet werden. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 544, 550.

Nr. 540. Tel. aus St. Petersburg, 9. Nov. 1908 Nr. 188 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Pour faire suite à mon télégramme no. 184 du 7 novembre/25 octobre. Aux termes d'un aide-mémoire qui m'est parvenu aujourd'hui, le ministère Impérial des affaires étrangères prend acte avec sincère satisfaction des remerciements du cabinet de Vienne pour langage tenu à Belgrade par ministre de Russie d'accord avec ses collègues et pour le conseil de modération donné au gouvernement serbe. Le ministère russe des affaires étrangères ne doute pas que dite attitude obtiendra effet voulu, en se déclarant prêt à continuer à Belgrade démarches dans l'intérêt de la paix et à répéter énergiquement par son représentant admonitions exprimées antérieurement. „Désireux de contribuer à amener une détente dans la situation actuelle et tout en continuant ses propres efforts dans ce but“, gouvernement Impérial fait connaître qu'il s'adresse aux autres puissances pour leur proposer de donner aux représentants respectifs à Belgrade des instructions identiques dans le sens du désir exprimé par le cabinet de Vienne. Quant au Monténégro, effervescence aurait cédé place à une attitude beaucoup plus tranquille, aucun fait contraire n'ayant été signalé de Cettigné ce temps dernier. Nonobstant, le cabinet Impérial ne manquerait pas à employer ses efforts les plus insistants pour réagir contre toute velléité belliqueuse de la part de la Principauté. En terminant, le gouvernement russe exprime espoir que cabinet de Vienne veut bien voir dans ce qui précède nouvelle preuve de la sincérité avec laquelle on s'applique ici à prévenir toute complication dans la péninsule. Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 38 Nr. 59. Vgl. n. 549.

Nr. 541. Erlaß nach Belgrad Nr. 2304 und nach Cetinje Nr. 2305, 10. Nov. 1908.^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. u. G. Pogatscher).

Euer etc. erhalten zu Ihrer Information in der Anlage die angebliche Copie des Schluss-Protokolles des montenegrinischen Spezialgesandten Brigadiers Janko Vukotić und des Präsidenten der serbischen Regierung Staatsrates Peter Velimirović, über den zwischen Serbien und Montenegro abgeschlossenen Allianz-Vertrag, welche mir durch Confidenten zugekommen ist. Indem ich Euer etc. ersuche die Autenticität dieses Protokolles und die Stichhältigkeit des Inhaltes desselben, mit aller gebotenen Vorsicht, nach Möglichkeit constatiren zu wollen, erneuere ich ...

a) Vgl. n. 283, 450, 581 erste Beilage, 599.

Beilage zu n. 541. Schluß-Protokoll. Abschrift einer Übersetzung.

S. Kön. Hoheit der Fürst und Herr von Montenegro, vom Wunsche beseelt, seinerseits die Sicherheit und Wohlfahrt der selbständigen serbischen Staaten und jenes Brudervolkes zu unterstützen (fördern), dessen nationale Existenz durch die Verletzung des Berliner Vertrages durch Österreich-Ungarn bedroht wurde, hat geruht, als seinen Spezial-Bevollmächtigten nach Belgrad zu Sr. Majestät den König von Serbien den Herrn Janko Vukotić, Brigadier des montenegrinischen Heeres zu entsenden, welcher seitens seines erhabenen Herrschers und seiner Regierung für seine Mission mit besonderen Vollmachten ausgestattet wurde.

S. Majestät der König von Serbien, von dem lebhaften Wunsche beseelt, mit brüderlicher Herzlichkeit den edlen Intenzionen des Fürsten von Montenegro auch seinerseits entgegenzukommen und an der Vereinbarung aller jener Massnahmen teilzunehmen, welche die Sicherheit und Wohlfahrt der beiden selbständigen serbischen Bruderstaaten und jenes gleichstämmigen Volkes in Bosnien und der Herzegovina sicherstellen, dessen nationale Existenz durch die Gewalttätigkeit der Nachbar-Monarchie bedroht erscheint, hat über Antrag seiner Regierung als Mandatar Serbiens in dieser Angelegenheit seinen Minister-Präsidenten und Vertreter des Ministers des Äussern, Herrn Staatsrat Peter Velimirović ernannt und bevollmächtigt. Nachdem diese derart Bevollmächtigten ihre Vollmachten ausgetauscht haben und konstatierten, dass sie sich mit den unten ausgeführten Beschlüssen ihrer Verhandlungen und den erzielten Vereinbarungen im Einklange befinden, haben sie ihre Unterschriften unter die folgenden Punkte dieses Schlussprotokolles gesetzt:

I.

Zwischen Serbien und Montenegro soll, von heute bis spätestens in einem Monat ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis geschlossen werden. Dieses Bündnis soll in Rom oder Cetinje vereinbart werden, wo auch die Bevollmächtigten beider Staaten in dem hier fixierten Zeitraume zusammen-treten sollen.

II.

Dieses Bündnis wird die Unverletzlichkeit und Integrität der beiderseitigen Bündnisstaaten, sowohl in den gegenwärtigen, als auch in jenen Grenzen sicherstellen, die Serbien und Montenegro in weiterer Zukunft erhalten sollten.

III.

Im Bündnisvertrage soll festgelegt werden, dass Serbien und Montenegro in Hinkunft alle ihre auswärtigen und Kriegs-Aktionen gemeinsam zu führen haben. Prinzipiell soll festgestellt werden, dass Territorial-Erwerbungen zwischen den beiden serbischen Bündnisstaaten gleichmässig zu verteilen, bzw. zu kompensieren sind.

IV.

Als nächstes Ziel dieses Bündnisses wird derzeit Folgendes vereinbart:

a.) dass man für Bosnien und Herzegovina in jeder möglichen Weise unbedingt versuche, die Autonomie unter der im Berliner Vertrage garantierten Suzeränität zu erkämpfen, oder, falls dies auf friedlichem Wege mit Hilfe der Signatar-Mächte erreichbar wäre, auch unter der Suzeränität Österreich-Ungarns, jedoch ohne dass diese Macht das Recht hätte, in Bosnien und Herzegovina Garnisonen zu unterhalten;

b.) dass man mit Hilfe der Grossmächte und als Kompensation die Vereinigung der Grenzen Serbiens und Montenegros über bosnisch-herzegovinisches Territorium, sowie die Abrundung des montenegrinischen Küstenlandes erreiche;

c.) dass die in den Punkten a und b bezeichneten Ziele, wenn auch mit Waffengewalt, anzustreben wären u. zw. jene des Punktes b sofort, falls die Proklamierung der österr.-ung. Souveränität seitens der Türkei und der Signatar-Mächte als fait accompli anerkannt würde; die Ziele des Punktes a) dagegen in dem Falle mit Waffengewalt, als die Türkei und die Grossmächte der Annexion Bosniens und der Herzegovina durch Österreich-Ungarn die rechtliche Sanktion erteilen sollten;

d.) dass das gestörte Gleichgewicht auf dem Balkandreieck, welches durch die Einverleibung Ostrumeliens in Bulgarien, die Proklamierung Bulgariens zum Königreiche und die Eroberungen Österreich-Ungarns auf dem Balkan bis auf den Grund erschüttert worden ist, durch die gemeinsamen Bemühungen Serbiens und Montenegros wiederhergestellt werde, sei es durch Bekriegung Bosniens und Herzegovinas, oder Bulgariens und¹⁾ der Türkei, wenn hierfür die politischen und militärischen Umstände günstig sein sollten.

V.

Zur Erreichung der nächsten, im Punkte IV/b und a) bezeichneten Ziele wird Serbien ein Heer von 300.000 Mann und Montenegro von 50.000 Mann sofort auf Kriegsfuss aufstellen. Serbien verpflichtet sich, zur Kriegsbereitschaft Montenegros an dieses 500.000 Dinars sofort, 1¹/₂ Millionen Dinars am Tage der Unterfertigung des hier vorgesehenen Bündnisvertrages und für die Dauer der Kriegscampagne eine Million Dinars per Monat zu zahlen.

VI.

Die Bedingungen der Kriegsbereitschaft der beiden serbischen Bündnisstaaten, die Formazion des Heeres, die Kriegsbereitschaft und alles Übrige, das in den Kreis des rein Militärischen und Kriegsmässigen gehört, soll durch die neben dem Bündnisvertrage vorgesehene Militärkonvention vereinbart werden. Diese Militär-Konvention wird längstens binnen einem Monat in Cetinje geschlossen werden, wohin Serbien eine eigens hiezu bevollmächtigte Militär-Mission entsenden wird. Die Herrscher der beiden Bündnisstaaten behalten ihr Oberkommando-Recht über ihr Heer, es wird jedoch für die militärischen Operationen stets ein gemeinsamer Beschluss und Einheit in Plan und Operationen vorherrschen.

VII.

Montenegro willigt ein, die gleiche militärische Verpflichtung und Kooperation mit Serbien zu jenem Vertrage zu übernehmen, welchen Serbien mit der Türkei eventuell zu dem Zwecke abschliessen würde, um mit den vereinten Kräften der Verbündeten die Autonomie Bosniens und der Herzegovina zu erkämpfen. Montenegro ermächtigt Serbien ausdrücklich, die Verhandlungen über den Abschluss des Tripel-Allianz-Vertrages in Konstantinopel auch in seinem Namen zu führen.

VIII.

Der Bündnisvertrag wird die gesammte, unaufschiebbare direkte gemeinsame politische und militärische Aktion vorsehen, welche Serbien und Montenegro zur baldestmöglichen Vereinigung der Grenzen der beiden serbischen Bündnisstaaten führen werden.

IX.

Die Bündnisstaaten werden in die Zoll-, Verkehrs-, Marine und Schiffahrts-, die Heeres- und diplomatische Gemeinsamkeit eintreten, wie auch in die Gemeinschaftlichkeit ihrer übrigen staatlichen Organisationen, woferne dieselbe der Grösse und Wohlfahrt der Bündnisstaaten förderlich sein sollte.

X.

Sämmtliche Bestimmungen dieses Protokolles sind als endgültige zu betrachten und werden uneingeschränkt in den Bündnisvertrag aufgenommen. Insoweit es nicht anders vorgesehen ist, sind alle Bestimmungen dieses Protokolles für beide vertragschliessenden Teile verbindlich. Soferne dies nicht ausdrücklich vereinbart oder vorbehalten wurde, sind die Bestimmungen sofort durchzuführen.

Dieses Protokoll wurde in zwei Exemplaren aufgesetzt und unterfertigt. Belgrad, am Tage des Hlg. Stefan Despot,^{a)} im Jahre 1908.

Peter Velimirović m. p.

Janko Vukotić m. p.

1) „Mit“ darübergeschrieben.

a) 9. Okt. alten Stils (22. Okt.)

Nr. 542. Tel. aus Belgrad, 10. Nov. 1908 Nr. 156 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Mein deutscher Kollege las mir ein Telegramm aus Berlin vor, welches er soeben erhielt und welches beiläufig wie folgt lautet: „Russischer Botschafter hat hier angeregt, dass die Vertreter der Grossmächte in Belgrad alle jene Massnahmen im einzelnen feststellen, durch welche Serbien auf die Provozierung Österreich-Ungarns hinarbeitet, und dann dieselben aufzählend, in identischer Form eine ernste Verwarnung an Serbien richten. Euer etc. wollen sich mit Ihren Kollegen ins Einvernehmen setzen und sich einer solchen Demarche anschliessen.“ Ich verstehe meinen deutschen Kollegen mit allen bei den Vertretern der anderen Mächte zu verwertenden Aufklärungen über serbische Kriegsvorbereitungen und Provokationen. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 535, 552, 581.

Nr. 543. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 10. Nov. 1908 Nr. 242 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf hohe Weisung vom 7. d. M. No. 2268. Reichskanzler liess mich bitten, das Memoire zur Einsicht zu übergeben und ihm die entsprechende Mitteilung zu machen, da er selbst mich in den nächsten Tagen nicht empfangen könne. Ich entledigte mich somit gestern vormittags des mir gewordenen hohen Auftrages Herrn von Kiderlen gegenüber, der es übernahm, Fürst Bülow entsprechenden Vortrag zu erstatten. Gestern abends teilte mir hierauf der Leiter des Auswärtigen Amtes im Namen des Reichskanzlers mit, der Fürst danke Euer Exzellenz auf das Herzlichste für die schätzbaren Worte der Anerkennung, die Hochdieselben für die Stellungnahme der deutschen Regierung in der Konferenzfrage hätten, er entnehme den ihm gemachten Mitteilungen mit lebhafter Befriedigung, dass sich der Standpunkt des k. u. k. Kabinettes zum russischen Memoire in allen wesentlichen Punkten mit seinem eigenen decke. Lediglich bezüglich der von Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Bemerkung zu den Punkten 4 und 5 möchte der Reichskanzler darauf hinweisen, dass das neue Regime in der Türkei sich in der Reformfrage besonders empfindlich zeige und in dieser Hinsicht offenbar weiteres Entgegenkommen bei Russland und den Westmächten finde. Es schiene ihm daher empfehlenswert, der türkischen Eigenliebe in diesem Punkte ebenfalls nach Möglichkeit entgegenzukommen. Aus diesen Erwägungen glaubt der Reichskanzler anregen zu sollen, ob die von Euer Exzellenz in Aussicht genommene Antwort auf diesen Punkt nicht etwa der Unterstellung Raum geben könnte, dass Österreich-Ungarn dem neuen Regime in der Türkei weniger Vertrauen entgegenbringe als Russland und die Westmächte. Herr von Kiderlen meinte hierzu seinerseits, er frage sich, ob die von Euer Exzellenz ins Auge gefasste in Rede stehende Bemerkung nicht etwa eine mildere Form beabsichtige als das russische Memoire. Nachdem sie aber eine ungünstige Deutung zulasse, dürfe man nicht übersehen, dass dies böswillig gegen Österreich-Ungarn und auch gegen Deutschland ausgenützt werden könnte und sicherlich würde. Deutsche Antwort soll nun demnächst nach Petersburg gesendet werden. Flotow.

^{a)} Vgl. n. 555.

Nr. 544. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 10. Nov. 1908 Nr. 243 (eing. 11. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr von Kiderlen und Herr Cambon haben heute Vormittag ein Übereinkommen unterzeichnet, demzufolge die deutsche und die französische Regierung den Zwischenfall von Casablanca bedauern und beschließen, die Gesamtheit der hiebei entstandenen Fragen einem Schiedsgerichte zu unterbreiten.^{b)} Flotow.

^{a)} Vgl. n. 539, 550. — ^{b)} G. P. XXIV 370 Nr. 8403.

Erlaß nach Cetinje, 10. Nov. 1908 Nr. 2305. Siehe n. 541.

Nr. 545. Tel. nach London, 10. Nov. 1908 Nr. 87 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 8. I. M. No. 107. Ich wäre bereit, falls im direkten Wege durch den hiesigen serbischen Gesandten hier die Anfrage gestellt würde, ob Herr Milovanović auf seiner Rückreise nach Belgrad bei mir vorsprechen könnte, denselben zu empfangen. Da ich jedoch, wie Euer Exzellenz bekannt, auf dem Standpunkte stehe, den ich auch in meinen Reden in der jüngsten Delegationssession ausdrücklich betont habe, dass territoriale Compensationen unsererseits aus Anlass der Erstreckung der Souveränitätsrechte Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät auf Bosnien und die Herzegowina gänzlich ausgeschlossen sind, müsste ich meine Bereitwilligkeit, Herrn Milovanović zu empfangen, davon abhängig machen, dass die Frage territorialer Compensationen bei unserer eventuellen Unterredung unbedingt unerwähnt bleibe. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise jedoch ohne sich mit Herrn Mijatović weiter einzulassen, zur Kenntnis des Herrn serbischen Ministers des Äussern gelangen lassen. Telegramm vom 4. d. No. 109 eben erhalten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 566.

Nr. 546. Tel. aus St. Petersburg, 10. Nov. 1908 Nr. 189 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Interprété auprès du ministre des affaires étrangères contenu du télégramme de Votre Excellence No. 139 en date du 8 novembre. M. Iswolski en prenant acte de ma communication, a observé que polémique engagée tout dernièrement entre presse des deux pays rendait nécessaire mûre réflexion avant de prendre décision. Il était actuellement en train d'étudier la question pour se rendre compte si publication ne causerait pas plus de mal que de bien. Désireux d'éviter tout ce qui pourrait envenimer rapports, M. Iswolski prie Votre Excellence de lui permettre de ne se prononcer qu'ultérieurement sur opportunité et mode de procéder en question. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 577.

Nr. 547. Tel. aus Belgrad, 11. Nov. 1908 Nr. 158 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Auf die Danktelegramme König Peters und des Kronprinzen für die Aufnahme des letzteren in Russland trafen gestern zwei Drahtantworten seitens Kaiser Nikolaus ein. Nach einem vollkommen verlässlichen Gewährsmanne, der in die Telegramme Einsicht erhielt, lautete die Depesche an König Peter: „Il m'était un vrai plaisir de recevoir le prince héritier et de prouver ma sympathie réelle pour la Serbie. Je suis convaincu que la Serbie, en poursuivant une politique calme et pacifique, maintiendra la paix si nécessaire pour le pays.“ La dépêche adressée au Prince Georges avait exactement le même sens, les phrases étant tournées un peu différemment, les mots „paix si nécessaire“ remplacés par „paix indispensable“. J'apprends de bonne source que le Prince héritier affirme dans des conversations particulières son intention de rester tranquille et déclare avoir changé ses idées belliqueuses par suite des conseils et éclaircissements obtenus à Pétersbourg. Son dernier discours violent tenu lors de sa réception à la gare de Belgrade est condamné par une partie de la presse serbe. Les critiques du „Times“ relatives à ce discours ont impressionné le gouvernement serbe et l'opinion publique. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 523, 559, 578.

Nr. 548. Bericht aus Cetinje, 11. Nov. 1908 Nr. 75 A (eing. 15. Nov.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Wie mir mein italienischer Colleague, welcher dieser Tage vom Fürsten empfangen wurde, mitteilt, seien die Aspirationen des Fürsten nun hauptsächlich auf das den Hafen von Antivari dominierende Territorium der Gemeinde Spizza gerichtet. Seine königliche Hoheit motivire diese Aspirationen mit dem Hinweis auf die Erklärungen der österr. ungar. Delegirten am Berliner Congress, laut welchen der Besitz von Spizza unsererseits zwecks der laut Art. XXIX des Berliner Vertrages uns zustehenden Überwachung des montenegrinischen Litorals angestrebt worden sei. Da nun Österreich-Ungarn auf die laut dem erwähnten Artikel ihm zustehenden Rechte verzichten wolle, so entfalle der für den Besitzerwerb von Spizza seinerzeit angeführte Rechtstitel. Baron Squitti will nicht unterlassen haben, den Fürsten rücksichtlich seiner Wünsche nach territorialen Compensationen vor Illusionen zu warnen. Auch meinem französischen Collegen gegenüber, wie ich aus Äusserungen desselben entnehmen konnte, hat der Gospodar seine vermeintlichen Ansprüche auf Spizza zur Sprache gebracht. Ich ermangelte nicht meinen erwähnten Collegen keinen Zweifel darüber zu lassen, dass, wie überhaupt territoriale Compensationen auf unsere Kosten, eine Abtretung der seit 30 Jahren dem Königreiche Dalmatien einverleibten Gemeinde Spizza ausgeschlossen ist. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 562.

Nr. 549. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 11. Nov. 1908 Nr. 111 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir Charles Hardinge sagte mir heute, allgemeine Ratschläge für Mässigung seien von hier Serbien gegenüber erneuert worden. Grossbritannienischer Gesandter in Belgrad wird auch weiterhin in diesem Sinne seine Stimme vernehmen lassen. Da man hier über faktische Lage und wahre Verhältnisse in Serbien nicht genau informiert ist, sei englischer Gesandter beauftragt worden, hierüber zu berichten und praktische Vorschläge zu machen, in welcher spezieller Richtung eingewirkt werden soll, um dem abzuhelpfen, was „de part et d'autre“ als Provokation angesehen werden könne und Gereiztheit verschärfe. Unterstaatssekretär fügte hinzu, er sei allerdings überzeugt, dass österreichisch-ungarische Regierung im gegebenen Falle schon aus eigenem Antriebe, ohne eventuelle Ratschläge, selbst bestrebt sein werde, allenfalls getoffene Verfügungen und Massnahmen an ihrer Grenze, die von den Serben als Bedrohung angesehen werden oder zu deren Irritierung beitragen könnten, abzuändern. Széchényi.

^{a)} Vgl. n. 540, 564.

Nr. 550. Privatschreiben aus Paris, 11. Nov. 1908 (eing. 13. Nov.).^{a)} Eigh. Ausfert.¹⁾

Die Abreise Heinrich Liechtensteins nach Wien benutzend, will ich Dir unter Bezugnahme auf mein Telegramm No. 53 vom 9. d. Mts. eine weitere Relation erstatten über die momentane Situation. Die Intervention unseres Allerhöchsten Herrn hat rasch Früchte getragen, der Ausgleich ist erfolgt, heute ist die Lage geklärt und gänzlich friedlich. Pichon hat es mit warmen Danke anerkannt, daß Seine Majestät, unser Herr, für Frankreich eingetreten ist. Obwol ich dem Minister absolute Discretion abverlangte und es auch in seinem Interesse liegt, zu schweigen, so hat es in der öffentlichen Meinung doch durchgesickert, daß unser Kaiser Sich um Wahrung des Friedens bemüht hat und ich hoffe von dieser Erkenntniss die besten Folgen. Ich hatte mehrfache Beweggründe, um bei Dir so einzuschreiten, wie ich es mit den Telegrammen No. 50 und 51 am 4. und 5. November that. Ich hielt taktisch den Moment für richtig, um Frankreich einen Beweis unserer freundlichen Gesinnung zu geben. Die Forderung Deutschlands, daß Frankreich sich vor dem Schiedsgerichte zu entschuldigen habe, wurde als eine Demüthigung aufgefaßt und darum zurückgewiesen. Der Konflikt war faktisch da. Ich hatte mittlerweile aus einer höchst vertraulichen Quelle erfahren, daß England hier sehr verderbliche Rathschläge gab. Man wollte Frankreich in den Krieg treiben.^{b)} Es wurde Clemenceau und Pichon gesagt, der Moment für die Revanche sei da und würde so günstig nie wiederkehren. Österreich-Ungarn, in der Front gegen den Balkan beschäftigt, könne Deutschland als Allirter wenig helfen. Deutschland stünde jetzt allein gegen Russland, Frankreich und England. Italien würde man vermögen, sich seiner Bundespflicht zu entziehen. Ich glaube zwar, daß die französische Regierung trotz dieser Aufforderung und die in Aussicht gestellten Beihilfen den kriegerischen Gang gegen Deutschland verabscheut. Sie meint, und ich mit ihr, daß wie immer das Abentheuer

ausfiele, die gegenwärtigen Machthaber in Frankreich ausgespielt hätten. Aber eben weil ich die englische Hetze bemerkte, habe ich gedacht, wir leisten dem Verbündeten den größten Dienst, wenn wir ihn zur Mäßigung ermahnen. Pichon war am 4. November so nervös geworden, daß ich ihm die Angst vom Gesichte ablas. Wie ernst man den Fall hier betrachtete, magst Du daraus entnehmen, daß de facto Kriegs Vorbereitungen getroffen wurden. Fürst Radolin hat sich in Berlin mit viel Eifer bemüht, aber sein Kredit beim Reichskanzler scheint nicht gut bestellt. Ich bin Dir dankbar, daß Du meine Anregung annahmst,^{c)} ich halte dafür, daß sich durch unseres Herrn Dazwischentreten unsere Situation in Frankreich bedeutend gebessert hat.

Khevenhüller.

¹⁾ Gespräch eventuell Tschirschky.

^{a)} Vgl. n. 544, 572, 611. — ^{b)} Vgl. n. 1747 Anm. c. — ^{c)} So!

*Nr. 551. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 11. Nov. 1908
Nr. 93 (eing. 12. Nov. 10 U. a. m.)^{a)} Entziff.*

Geheim. Ich habe vorgestern und gestern die Pourparlers mit den beiden Delegierten des Zentralkomitees fortgesetzt und mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 25 ausgesprochen. Die Delegierten brachten zu den Punkten II und III ihrer Forderungsliste den Wunsch vor, dass die in Euer Exzellenz Telegramm aus Budapest vom 29.^{b)} v. M. Nr. 1 enthaltenen auf das Sandjak bezügliche Erklärungen durch folgenden (wörtlich aus dem Türkischen) Passus ergänzt werden. „Österreich-Ungarn verpflichtet sich, die gesammte ottomanische Herrschaft in der europäischen Türkei in ihrer Integrität aufrecht zu erhalten; falls seitens irgend einer Macht an irgendwelchem Punkte der europäischen Türkei ein Eingriff erfolgen oder versucht werden sollte, die Integrität des ottomanischen Besitzes daselbst zu verletzen, verpflichtet sich Österreich-Ungarn zu einem einheitlichen Vorgehen mit der Türkei, um solche Eingriffe oder Angriffe, mögen sie auf friedlichem oder kriegesischem Wege stattfinden, mit friedlichen oder kriegesischen Mitteln zu verhindern und die Integrität des ottomanischen Besitzes in Europa zu schützen.“ Die Delegierten erklärten auf eine Frage meinerseits, dass unter „Eingriff auf friedlichem Wege“ auch Einmischungen in interne Angelegenheiten zu verstehen seien. Ich erwiderte ihnen, dass dieser Vorschlag der jenem einer Militärkonvention zu einem allerdings einseitigen Zwecke nahekomme, weit über meine Instruktionen hinausgehe und ich mich daher beschränken müsse, ihn Euer Exzellenz vorzulegen. Hinsichtlich des Punktes IV, Novibazar, vollständige Einigung konstatiert. Nach Kenntnisnahme meiner instruktionsgemässen Äusserungen zu Punkt V erklärten sich die Delegierten zu folgender Modifikation bereit: „Österreich-Ungarn verpflichtet sich, das von ihm in einigen Teilen Albaniens ausgeübte Schutzrecht über die katholischen Institutionen derartig einzuschränken, dass die türkische Souveränität in keiner Weise verletzt werde und ausschliesslich im Rahmen der geistlichen Rechte des heiligen Stuhles und in rein religiösen Angelegenheiten zu intervenieren. Die Delegierten kommentierten dies mit der Ausübung des Protektorates in offizieller Form (gegen welche auch die türkische Regierung in den letzten

Jahren wiederholt Stellung nahm) und der angeblichen Ausdehnung desselben auf die Personen katholischer Priester und Laien ottomanischer Staatsangehörigkeit; die offiziöse Ausübung des Schutzes in reinen Kultusangelegenheiten würde unberührt bleiben. Ich nahm dies ad referendum. Ueber meinen Wunsch (ich erwarte den in Aussicht gestellten Erlass und die Daten) wurde die Erörterung der anderen Punkte vertagt. Da die beiden Delegierten demnächst in Komiteeangelegenheiten auf kurze Zeit verreisen, wurden behufs Vermeidung einer Unterbrechung zwei andere Mitglieder des Zentralausschusses unterdessen mit den Pourparlers betraut. Hilmi Pascha lässt mir im strengsten Geheimnis andeuten, dass der eingangs erwähnte, etwas unklar gehaltene Vorschlag einen Sondierungsversuch des Komitees darstelle, welchem faktisch der Abschluss einer Militärkonvention in ^{c)} Österreich-Ungarn vorschwebt, die auch Bestimmungen über eine türkische Kooperation gegen die auf die Südgrenze der Monarchie gerichteten serbischen und montenegrinischen Aspirationen enthalten könnte. Man wünsche ein engeres Verhältnis zum Wiener Kabinett, weil das Misstrauen gegen England sowohl wegen dessen Beziehungen zu Russland als auch deshalb in Zunehmen begriffen sei, weil die englische Regierung durch finanzielle Anträge zum Beispiel in der Regiefrage immer offenkundiger darnach strebe, die Pforte in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. ... *Stellung des Generalinspektors Hilmi Paschas und dessen Aussichten auf das Grossvezirat* ... Gleichlautend Konstantinopel 103. Rappaport.

^{a)} Vgl. n. 557, 569, 575, 633. — ^{b)} Vom 28. — ^{c)} So! Vgl. n. 737.

Nr. 552. Erlaß nach Belgrad, 12. Nov. 1908 Nr. 2350.^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

Dringend. Aus Euer Hochgeborn Chiffre-Telegramme No. 156 vom 10. 1. M. habe ich mit Befriedigung ersehen, dass Sie Ihren deutschen Kollegen in Betreff der serbischen Kriegsvorbereitungen und Provokationen mit allem Materiale versehen haben, welches sowohl zu seiner eigenen Informirung, als auch zur Verwendung bei den in dem eingangs citirten Telegramme erwähnten Demarchen dienen kann. In der Annahme, dass Euer Hochgeborn dem Prinzen Ratibor dieses Materiale mit allen zweckdienlichen Details zur Verfügung gestellt haben werden, wäre es für mich von Interesse, eine möglichst genaue Zusammenstellung der Ihrerseits gegebenen Informationen im Berichtswege mit tunlichster Beschleunigung vorgelegt zu erhalten.

^{a)} Vgl. n. 581.

Nr. 553. Bericht aus Belgrad, 12. Nov. 1908 Nr. 76 A (eing. 14. Nov.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Ich erlaube mir, für den hohen Erlaß No. 2269 vom 7. d. M. und für die mein Verhalten auch fernerhin regelnde Instruktion Euer Excellenz ehrerbietigst zu danken. In meinem ergebensten Berichte No. 74 A—B vom 6. d. M., welcher sich mit der hohen Weisung kreuzte, hatte ich die Ehre zu melden, daß die Situation momentan ruhiger sei, da die Regierung infolge unserer ernsten Sprache und der Mahnungen der Mächte

eine abwartende Stellung einnehmen und ihre korrekte Haltung betonen und beweisen wolle. Der augenblickliche Zustand wird am treffendsten durch die Worte Euer Excellenz Erlasses gekennzeichnet, daß die Kriegslust, aber nicht die Feindseligkeit abgenommen hat. Es läßt sich heute mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß für die allernächsten Wochen und Monate kein abenteuerliches Unternehmen seitens Serbiens zu erwarten ist. Dagegen haben sich aber der Haß und die Feindseligkeit nicht vermindert, der Versuch, die internationale öffentliche Meinung gegen uns zu bearbeiten und Bundesgenossen zu suchen, wird mit allen Mitteln fortgesetzt und besonders werden die militärischen Vorbereitungen intensiv und mit Hintansetzung aller finanziellen Bedenken weitergeführt. Die Details der militärischen Maßnahmen überlasse ich der kompetenten Berichterstattung des k. u. k. Militärattachés und beschränke mich, nur die betreffenden Tatsachen stets telegraphisch Euer Excellenz zu melden. Doch muß ich bemerken, daß ich nach meiner Kenntnis der hiesigen Menschen und Verhältnisse es nicht für möglich gehalten hätte, daß die Nachholung der Versäumnisse der letzten Jahre, die Ausrüstung und Vorbereitung so zielbewußt und energisch in diesem Lande je durchgeführt werden könnte. Nach den Erfahrungen, die sich Herr Milovanović auf seiner Rundreise geholt hat, und besonders nach den sehr friedfertigen Ratschlägen, die in Petersburg erteilt wurden, glaube ich übrigens nicht, daß die serbische Regierung selbst für das Frühjahr bestimmt einen Krieg gegen uns plant. Durch die Rüstungen will sie — meinem Eindruck nach — teilweise auf die Mächte und die Konferenz einen Druck üben, teilweise aber verfolgt sie den richtigen Gedanken, nunmehr bei jeder Komplikation am Balkan als militärisch beachtenswerter Faktor auftreten und sich, bei günstiger Konstellation gegen uns wenden zu können. Die erste durch die Annexion in unserem Verhältnis zu Serbien eingetretene Krise kann als überstanden betrachtet werden; die nächste wird voraussichtlich eintreten, falls die Konferenz überhaupt scheitert oder deren Beschlüsse die serbischen Illusionen und Hoffnungen neuerdings zerstören.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 777.

*Nr. 554. Bericht aus Belgrad, 12. Nov. 1908 Nr. 76 C (eing. 14. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

In Belgrad wimmelt es von Publizisten und Pressberichterstatlern aus allen Ländern. Dieselben werden hier mit falschen Nachrichten und Informationen versehen und falls sie „gutgesinnt“ sind, auf Banketten mit gegen uns gerichteten Reden gefeiert. In letzterer Beziehung haben sich besonders zwei Italiener, Chiesa und Micelli, angeblich Korrespondenten des Mailänder Secolo, ausgezeichnet. Chiesa, welcher Deputierter ist, versprach, in der italienischen Kammer sich in einer Interpellation für Serbien und gegen die Annexion Bosniens auszusprechen. Giovanni Micelli tritt auch als Delegierter eines irredentistischen Vereines für Triest und Trient auf und versprach für den Kriegsfall das Eintreffen und die Mithilfe von 1000 Garibaldianern.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 649.

Nr. 555. *Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 12. Nov. 1908 Nr. 117 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Musulin).*

Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 10. v. M., No. 242, erhalten. Der von Euer Hochwohlgeboren gemeldeten Anregung des Fürsten Bülow folgend, habe ich dem 5. Alinea unserer Antwort auf den russischen Konferenzprogramm-Entwurf (meine Weisung vom 7. d. M. No. 2268) die nachstehende Fassung gegeben: Pour les points 4 et 5 „stipulations de l'article 23 du traité de Berlin concernant les provinces de la Turquie d'Europe“ et „article 61 concernant les provinces habitées par les Arméniens“ nous pensons qu'ils pourront former utilement l'objet d'une discussion destinée à mettre les dispositions des articles susmentionnés en harmonie avec le nouveau régime constitutionnel en Turquie, qui établit une égalité parfaite des droits pour tous les sujets ottomans sans distinction de race ni religion; l'application de ces principes rendrait sans objet les dispositions spéciales prévues par le Traité de Berlin. Euer Hochwohlgeboren wollen den Herrn Reichskanzler hievon in Kenntnis setzen.

^{a)} Vgl. n. 568, 576 Anm. b.

Nr. 556. *Privatschreiben nach Konstantinopel, 12. Nov. 1908 Nr. 2349.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Ich habe mit dem besten Danke von dem Inhalte Ihres Privatschreibens vom 4. l. Mts. Kenntnis genommen. Euer Exzellenz erwähnen in demselben, daß unsere Verhandlungen mit der Pforte in der Annexionsfrage einen viel günstigeren Verlauf genommen hätten, wenn nicht unter der Mehrzahl Ihrer Kollegen gewisse Gegenströmungen bestünden. Ihre Bemerkung scheint mir vollkommen zutreffend. In der Haltung der fremden Vertreter in Konstantinopel spiegelt sich jedenfalls, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, die Stellungnahme der fremden Mächte zu dem fait accompli der Annexion wider. Natürlich spielt überdies die Individualität der einzelnen Botschafter und, bei ihrem Verkehre mit der Pforte, die Rücksicht eine große Rolle, die sie auf ihre eigene Position zu nehmen sich veranlaßt sehen. Im ganzen und großen möchte ich dem Eindrücke Raum geben, daß diejenigen Mächte, die unserem Vorgehen die geringsten Sympathien entgegenbrachten, in der allerletzten Zeit etwas traktabler geworden sind. In dieser Richtung sind das Communiqué des Foreign Office, in welchem dasselbe jede Behinderung unserer direkten Verhandlungen in Konstantinopel in Abrede stellt,^{b)} und die jüngste Rede des englischen Premiers im Guildhall^{c)} als günstige Symptome zu registrieren. Auch die russische Regierung ist bemüht, den Eindruck nicht aufkommen zu lassen, als ob es über die Frage der Annexion zu einem Desaccord zwischen Wien und St. Petersburg gekommen wäre. Zu diesem Behufe hat Herr Iswolsky erklären lassen, que les négociations entre Vienne et St. Pétersbourg suivaient leur cours normal.^{d)} Im russischen Auswärtigen Amt ist man übrigens auch in aner kennenswerter Weise damit beschäftigt, Mittel und Wege zu finden, um der unbequemen

Situation zu entgehen, in die ein Konflikt zwischen der Monarchie und Serbien die Serbophilie der russischen Staatsmänner zu bringen vermöchte. Wie Euer Exzellenz aus den Mitteilungen des Kuriers entnommen haben werden, hat der russische Gesandte in Belgrad den Auftrag erhalten, in Gemeinschaft mit seinen Kollegen von den Signatarmächten die kriegेरischen Vorbereitungen Serbiens zu konstatieren und auf Grund des gesammelten Materials eine Kollektiv-Démarche der Vertreter in Belgrad herbeizuführen. Das französische Kabinett hat unsere Aktion von allem Anfang an sympathisch gewürdigt und sich in der gegenwärtigen Krise im Orient eine Vermittlerrolle zugelegt, die ihm Anspruch auf unsere volle Dankbarkeit sichert. Wenn diese vermittelnde Tätigkeit auch den eigensten Interessen Frankreichs entspricht und wenn Herr Constans sie mit Rücksicht auf die finanziellen Engagements Frankreichs in der Türkei auch nicht ungern übernommen hat, so nimmt dies ihr nichts von dem großen Wert, den sie gerade in dem gegenwärtigen Momente für uns besitzt. Frankreich war bekanntlich auch in der ersten Reihe derjenigen, die in Belgrad in der nachdrücklichsten Weise zur Vernunft und Mäßigung eingeraten haben. Daß die Haltung der deutschen Regierung in der ganzen Zeit der Krise eine wahrhaft bundestreue und freundschaftliche war, will ich hier nicht noch besonders hervorheben. Es ist aber nur natürlich, daß Baron Marschall, dessen Einfluß seit der politischen Umwälzung in Konstantinopel nicht mehr der frühere sein konnte, die Dienste, die die deutsche Regierung uns leistet, dadurch zu relevieren bemüht ist, daß er den Verlust seiner Ausnahmstellung mit unserer Aktion in Zusammenhang bringt. Nicht ohne Verständnis bin ich für die Schwierigkeiten der italienischen Politik und finde es sehr zutreffend, daß Euer Exzellenz die Stellung des italienischen Botschafters in Konstantinopel als eine unbequeme bezeichnen. Es ist übrigens als ein wahres Glück zu bezeichnen, daß dieser Posten einem Manne anvertraut ist, der ein nüchternes klares Urteil hat, wie dies bei Marquis Imperiali der Fall ist; man denke an San Giuliano! Herr Tittoni wünscht die Sanktion einer europäischen Konferenz, um sich vor der italienischen Öffentlichkeit vor dem Verdachte einer zu weit gehenden Konnivenz mit unseren Plänen zu rechtfertigen. Wie Euer Exzellenz wissen, stehe ich dem Gedanken einer Konferenz nicht ablehnend gegenüber; ich erwarte mir von derselben sogar einige Vorteile für die Austragung eines eventuellen Konfliktes mit Serbien und Montenegro. Die natürliche Voraussetzung der Beschickung einer Konferenz unsererseits bleibt selbstverständlich eine vorher erzielte Einigung mit der Türkei. Nur wenn diese vorliegt, ist die Möglichkeit einer Diskussion der vollzogenen Tatsache ausgeschlossen und die Konferenz kann sich auf die Registrierung der Annexion und auf die Abolierung des Artikels 25 des Berliner Vertrages beschränken. Was die Stellungnahme der Türkei zu dem Konferenzgedanken anbelangt, so wird es interessant sein zu beobachten, wie der Verlauf der Verhandlungen mit Bulgarien auf das Interesse der Türkei an dem Zustandekommen der Konferenz und auf das Verhalten zu uns zurückwirken wird.

^{a)} Vgl. n. 611. — ^{b)} Vgl. n. 408. — ^{c)} Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 327. — ^{d)} Vgl. n. 504.

Nr. 557. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Nov. 1908 Nr. 467 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf das Euer Excellenz unter No. 93 vorliegende Telegramm des Generalkonsuls Rappaport vom 11. d. M. In meinem morgen in Wien eintreffenden Berichte No. 91^{b)} spreche ich mich in Betreff unseres Kultusprotektorates aus und komme zum Schlusse, dass meiner Ansicht nach auf gewisse Abänderungen unseres dermaligen Standpunktes eingegangen werden könnte. Die mir hiebei vorschwebenden Modifikationen stimmen im grossen und ganzen mit den diesbezüglichen Wünschen des Saloniker Komités überein. Bezüglich Punktes III (Garantie) möchte ich mir folgende Bemerkung erlauben: Ich glaube annehmen zu können, dass diese Forderung des Komités Euer Excellenz in dieser Form ganz undiskutierbar erscheinen dürfte. Dieselbe steht in keinerlei Verhältnis zu dem, was wir heute von der Pforte verlangen. Nichtsdestoweniger bin ich der Ansicht, es wäre nicht opportun, den diesbezüglichen Wunsch des Komités a limine abzuweisen, da hiedurch meine Verhandlungen mit dem Grossvezir ungünstig beeinflusst werden könnten. Die in Salonik geführten Pourparlers haben bisher den guten Erfolg gehabt, dass die dem Komité nahestehende Presse uns gegenüber sichtlich einlenkt, wenn auch die Boykottbewegung wieder stärker geworden ist. Der Grund letzterer Erscheinung muss darin gesucht werden, dass das Komité in dem Boykott ein Mittel sieht, die mit Generalkonsul Rappaport geführten Verhandlungen zu beeinflussen. Vielleicht könnte man in Bezug auf die Garantieforderung dem Komité zu verstehen geben, dass dieselbe eine sehr weitgehende und daher nicht in den Rahmen der jetzigen Verhandlungen passende sei und als cura posterior betrachtet werden müsse. Die geheimen Eröffnungen Hilmi Paschas an Generalkonsul Rappaport stimmen mit einer in der letzten Zeit in gewissen türkischen Blättern gegen Kiamil Pascha geführten Campagne überein. Es scheint mir also, dass man es hier mit Intriguen Hilmi Paschas respektive des Saloniker Komités gegen den Grossvezir zu tun hat und dass damit auch die bevorstehende Reise Enver Beys nach Konstantinopel in Verbindung steht. In meinem morgen in Wien eintreffenden Berichte erwähne ich, dass ich nunmehr den Eindruck gewonnen habe, Kiamil Pascha wisse von den in Salonik stattfindenden Verhandlungen noch nichts; ferner, dass ich Grund habe anzunehmen, mit dem Grossvezir zu einem Resultat zu kommen, wenn ich in die Lage versetzt werde, die von Euer Excellenz in Aussicht genommenen Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete in konkreter Form ihm gegenüber verwerten zu können. Ich glaube also, dass es vielleicht angezeigt wäre, die Verhandlungen in Salonik mehr dilatorisch zu behandeln.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 569, 606, 612. — ^{b)} Wegen Raummangel nicht aufgenommen. Der Bericht enthält eine Wiederholung der in n. 466 und 497 wiedergegebenen Gedankengänge, verbreitet sich näher über das Kultusprotektorat, stimmt den in n. 496 entwickelten Gesichtspunkten zu und rät, sich bei den Verhandlungen mit der Pforte wegen Anerkennung der Annexion mit einer offiziellen, aber mündlich abgegebenen Erklärung der Pforte zu begnügen. Vgl. n. 569 Anm. b, 612 Anm. b.

*Nr. 558. Bericht des Londoner Botschafters; Sandringham, 12. Nov. 1908
Nr. 56 C (eing. 16. Nov.). Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich habe in Sandringham diese Woche unter den Gästen Ihrer Majestäten abermals Lord Rosebery getroffen, der eben von Italien zurückgekehrt ist und den ich seit den Ereignissen der letzten Wochen nicht gesehen hatte. Wie Euer Excellenz bekannt, verehere ich in Lord Rosebery die grösste lebende englische Autorität in Fragen Auswärtiger Politik. Nachdem er seit Jahren gewöhnt ist, mit mir sehr offen und freundschaftlich alle wichtigen Fragen zu besprechen und nicht die Reserve eines Staatsmannes zu beobachten hat, der Ämter und Würden bekleidet, so ist es natürlich, dass wir eingehende Conversationen über die jetzige Lage und die Haltung der englischen Publizistik uns gegenüber hatten. Um kurz seine Ansichten zu resumiren, möchte ich vor Allem sagen, dass er die englische Politik, sich die Jungtürken zu Freunden zu machen und dieselben zu halten, vollkommen und rückhaltslos billigt. Er glaubt auch, dass dieses Gefühl, das er für richtig hält, unter den Engländern sehr verbreitet und tiefgehend ist. Wenn im gegenwärtigen Momente, der übrigens ganz unwahrscheinliche Fall eintreten würde, dass ein russischer Vorstoss auf Constantinopel versucht würde, so zweifelt er nicht, dass die gesammte öffentliche Meinung Englands bereit wäre, zum Schutze des ottomanischen Reiches Krieg zu führen. Auf meine Bemerkungen über die immer mehr accentuirte Hinneigung der britischen Regierung und der hiesigen Öffentlichkeit zu Russland, antwortete er stets, dass es ein Fehler wäre, diese Strömung zu überschätzen. Es sei höchstens eine vorübergehende Erscheinung und er glaube nicht einen Augenblick, dass im englischen Publikum irgend ein Gefühl von Sympathie für Russland bestehe. Im Gegentheil! Und der geringste Zwischenfall könnte die Richtigkeit seiner Annahme bestätigen. Mit Frankreich verhalte es sich anders. Man sei hier ganz toll für die Entente cordiale, zum grössten Theile allerdings aus Germanophobie und wegen der lächerlichen Angst vor Deutschland, die sich hier ausgebildet hat. Er ist durchaus kein Gegner der Entente mit Frankreich, er protestiert aber dagegen, dass sein Vaterland in irgend einen franco-deutschen Conflict hineingezogen werde. Wenn wegen irgend eines kleinlichen Incidenzfalles, wie der eben überwundene von Casa Blanca, Hostilitäten zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen sollten, so befürchtet er wirklich, dass man sich hinreissen liesse „mitzugehen“. Er beklagt das Wachsen des anglo-deutschen Antagonismus als eine der grössten Irrungen unserer Zeit. Eine gewisse Anzahl Leute in England seien in diesem Punkte ganz verrückt und leider spiele Kaiser Wilhelm immer wieder in ihre Hände! Was Sir Edward Grey betrifft, den Lord Rosebery sehr schätzt, so befürchtet er, dass er Alles zu sehr ausschliesslich vom französischen Standpunkte aus betrachtet und dieser Rücksichtnahme alles andere unterordnet ... *Besprechung der englischen Presseangriffe ...*

Mensdorff.

Nr. 559. Privatschreiben des Londoner Botschafters; Sandringham, 12. Nov. 1908 (eing. 16. Nov.).^{a)} Eigh. Ausfert.

Streng vertraulich. Mit Rücksicht auf den Besuch des serbischen Kronprinzen in Petersburg glaube ich Euer Excellenz berichten zu sollen, dass Ende September die Anfrage an den englischen Hof gerichtet wurde, ob König Eduard geneigt wäre, den Kronprinzen von Serbien zu empfangen, falls derselbe im Laufe des Monats November nach London käme. Nachdem der britische Gesandte in Belgrad dieses Ansuchen befürwortete und besonders hervorhob, dass der Kronprinz persönlich nichts mit den Königsmördern zu thun gehabt hätte, entschloss man sich, den Bescheid zu ertheilen, dass, falls der serbische Thronfolger im November nach London käme, Seine Majestät denselben an einem der wenigen Tage, an welchen der höchste Herr im Laufe dieses Monats in Seiner Hauptstadt weilt, empfangen würde. Diese Erledigung war eben an das Foreign Office abgegangen, als ich mit dem Allerhöchsten Handschreiben Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn^{b)} in Balmoral eintraf. Die neue Situation, die durch die Einverleibung der occupirten Provinzen entstanden war, so wie die sich sogleich geltend machende Agitation in Serbien, bewogen König Eduard, Seine erste Antwort auf telegraphischem Wege abzuändern und dem Foreign Office die Weisung zu ertheilen, dass der serbische Besuch — jedenfalls im Laufe dieses Herbstes — nicht stattzufinden habe. Ich hörte dies schon vor einiger Zeit in streng vertraulicher Weise durch den Privat-Secretär des Königs Lord Knollys, der mich aber gleichzeitig ersuchte selbst meiner hohen Regierung gegenüber keinen Gebrauch davon zu machen. Nachdem aber in der letzten Zeit so viel in der hiesigen Presse zu lesen war, das für uns unfreundlich und unbillig war, glaube ich das correcte und loyale Vorgehen König Eduards in dieser Frage des serbischen Besuches Euer Excellenz melden zu sollen, um so mehr als Hochdieselben es voraussichtlich auch für angezeigt halten dürften, es zur Allerhöchsten Kenntniss Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu bringen.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 547, 560. — ^{b)} n. 93.

Nr. 560. Bericht aus St. Petersburg, 30. Okt./12. Nov. 1908 Nr. 45 B (eing. 14. Nov.).^{a)} Ausfert.

Der einstmalige serbische Ministerpräsident Nikolaus Pasitsch ist noch immer in St. Petersburg anwesend, wie es scheint, um den Ausgang der österreichisch-ungarisch-russischen Verhandlungen über die Konferenzfrage abzuwarten. Die Zeit seines Aufenthaltes an den Newageländen lässt der mit einem Intriganten gepaarte Patriot nicht unbenützt verstreichen. Umgeben von einem Stabe serbischer Agenten sucht er mit Presse, Parlament und Publikum in Fühlung zu kommen, für die Remedur des angeblich seinem Lande zugefügten schreienden Unrechtes Stimmung zu machen und theils auf diesem Wege, theils durch eigene Beredsamkeit einen Druck auf den Monarchen und die Regierung auszuüben. Mehrere Interviews, die Herr Pasitsch Vertretern der hiesigen Presse gegeben, lassen erkennen, dass der serbische Wunschzettel zwar verschiedene Wandlungen durchgemacht

hat, stets aber im Geiste „ab irato“ niedergeschrieben war. Das Mittel um demselben Geltung zu verschaffen, ist die Androhung des Selbstmordes, eine Methode somit, die im bürgerlichen Leben unter die strafgesetzlichen Bestimmungen des Erpressungsdeliktes fallen würde. Von vorneherein hat die serbische Deputation durch ihren Wortführer Pasitsch nicht weniger verlangt, als volle Autonomie für Bosnien und Herzegowina „sei es auch unter dem Protektorate der Türkei“. Klipp und klar hatte dies Herr Pasitsch einem Journalisten gegenüber geäußert. Nachmals wurde gegen die in den Blättern des In- und Auslandes aufgetauchte Idee einer territorialen Kompensation (Landstrich von 30 Km. Breite) zwecks Ausbaues eines Schienenstranges Stellung genommen. „Serbien und Montenegro“, so drückte sich damals der Exministerpräsident aus, „wollen nichts von einer derartigen Kombination hören, weil Österreich-Ungarn im Besitze einer festen Position in Bosnien jeden Augenblick das abgetretene Territorium wieder zurücknehmen könnte; ausserdem könnte Österreich-Ungarn, wenn seine bosnische Grenze etwas mehr nach Norden verschoben erscheint, sich von Seite der Türkei, welche Nowi Bazar besitzt, eine Art Schutzwerk schaffen, so dass die Bewachung der österreichisch-ungarischen Grenze auf Konto Serbiens und Montenegros fallen würde.“ Eine dritte Kundgebung des serbischen Staatsmannes war ein Interview, welches die „Nowoje Wremja“ in ihrer Nummer vom 26. Oktober/8. November brachte. Herr Pasitsch besprach bei dieser Gelegenheit die Konferenzfrage. Komme eine Konferenz zu Stande — meinte er — so sei nur dann eine friedliche Lösung möglich, wenn Österreich-Ungarn unter dem Drucke der Mächte gezwungen werde, seine Entscheidung rückgängig zu machen. Gegenteiligen Falles, das heisst wenn das Geschehene legalisiert würde, sei ein schrecklicher Krieg unvermeidlich. Sollte es aber zu keiner Konferenz kommen, dann bliebe die bosnisch-herzegowinische Frage endgiltig unentschieden und ein kriegischer Ausgang könnte vermieden werden. In den allerletzten Tagen hat sich Herr Pasitsch in einer streng vertraulichen Unterredung, deren Inhalt mir konfidentiell mitgeteilt wurde, abermals über dieses Thema ausgelassen. Der serbische Delegierte hat bei diesem Anlasse zu verstehen gegeben, in welcher Weise er sich den eventuellen „Ausgleich“ mit Österreich-Ungarn vorstellt. „Die von Österreich-Ungarn gewaltsam fortgenommenen Provinzen“, so lässt er sich vernehmen, „waren — wie alte Dokumente und Bücher beweisen — ursprünglich als türkischer Besitz wesentlich kleiner, wie beim späteren Übergange der Verwaltung an Österreich-Ungarn. Das übrige gehörte uns. Bei Wiederherstellung des historischen Serbiens in seiner vormaligen Gestaltung, könnte der Schlüssel zur Verständigung gefunden werden. Wir müssen auf Herstellung einer Verbindung mit Montenegro Bedacht nehmen und benötigen zu unserer Bewegungsfreiheit den Aufschluss eines entsprechenden Territoriums.“ Ich beehre mich eine Aufzeichnung der gedachten Äusserungen des Herrn Pasitsch anverwahrt zu unterbreiten.^{b)} In Regierungskreisen will man der serbischen Deputation gegenüber deutlich zu erkennen gegeben haben, dass Serbien nur dann auf die Sympathie Russlands werde zählen können, wenn es sich ruhig verhalte. Es liegt für mich kein Grund zur Annahme vor, dass

Herr Iswolsky den weitgehenden Zumutungen des Herrn Pasitsch volles Verständnis entgegengebracht hätte. Auch hat sich der serbische Patriot gelegentlich dahin geäußert, man werde in Belgrad selbst gegen den Willen Iswolskys die „gerechten“ Revindikationen Serbiens geltend machen, was darauf hindeutet, dass an dieser Stelle gewisser Widerstand gefunden wurde. Dies schliesst nicht aus, dass der Minister des Äussern, welcher bekanntlich „geringfügigen territorialen Kompensationen“ bereits wiederholt das Wort geredet hat, seiner Sympathie für Serbien in einer etwas allzu konkreten Weise Ausdruck gegeben haben mochte. Unter vier Augen spricht sich der Minister des Äussern nicht eben vorteilhaft über Herrn Pasitsch aus. Er sei nicht verlässlich und schwer zur Raison zu bringen. Seinem Abgange werde man hier keine Tränen nachweinen. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 559. — ^{b)} Siehe Beilage.

Beilage zu n. 560. Abschrift.

Streng vertraulich! Vertrauliche Äusserungen des Herrn Pasitsch. Einleitend verwies der serbische Staatsmann darauf, dass die Beziehungen Serbiens zu Deutschland wesentlich besser seien als zu Österreich und erläuterte diese Behauptung durch einige Beispiele aus den Handelsbeziehungen der beiden Länder. Zu den gegenwärtig akuten politischen Fragen übergehend, äusserte sich Herr Pasitsch wie folgt: Mit dem Ergebnisse meines bisherigen Aufenthaltes in Russland bin ich durchaus befriedigt. Ich kann heute noch nicht sagen, wie sich die russische Regierung schliesslich unseren Wünschen gegenüber stellen wird. Auch ist es Sache der russischen Regierung sich hierüber zu äussern. Aber ich bin überrascht und überaus glücklich, eine so ehrliche, lebhafte Sympathie in weiten Kreisen der russischen Gesellschaft zu finden. Was wir nach Lage der Dinge anstreben müssen, das ist die Inschutznahme unserer Interessen, die durch die Wegnahme (!) der beiden Provinzen Bosnien und der Herzegowina schwer geschädigt sind. Die Provinzen sind nach ihrer Kultur, ihrer Sprache und Litteratur und ihrem ganzen Wesen nationalserbisch. Der Berliner Kongress hat sowohl uns wie Montenegro die Autonomie und Selbständigkeit garantiert. Durch das egoistische Vorgehen Österreich-Ungarns sind wir in unserem Bestande gefährdet. Wir müssen daher nicht nur Kompensationen, sondern auch Sicherungen für die Zukunft fordern. Wird uns der Beistand der Mächte hierin versagt, oder lehnt Österreich-Ungarn die Besprechung der Frage auf der Konferenz ab, so werden wir alles daran setzen, das Zustandekommen der Konferenz zu hintertreiben. Eine Konferenz, bei welcher lediglich Österreich-Ungarn das Programm eigenmächtig diktiert, hat nicht den geringsten Wert. Wir würden vorziehen, die Geschehnisse als offene Frage zu behandeln und die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Österreich-Ungarn selbst hat das stärkste Interesse daran, definitive Zustände zu schaffen und zur Ruhe zu kommen. Deshalb rechnen wir damit, dass Österreich-Ungarn früher oder später das, was es heute ablehnt, aus freien Stücken anbieten wird. Es giebt einen Weg zum Ausgleich, wenn er mit gutem Willen von beiden Seiten gesucht wird. Die von Österreich-Ungarn gewaltsam

fortgenommenen Provinzen waren — wie alte Dokumente und Bücher beweisen — ursprünglich als türkischer Besitz wesentlich kleiner, wie bei späterem Übergange der Verwaltung an Österreich-Ungarn. Das Übrige gehörte uns. Bei Wiederherstellung des historischen Serbiens in seiner vormaligen Gestalt könnte der Schlüssel zur Verständigung gefunden werden. Wir müssen auf Herstellung einer Verbindung mit Montenegro Bedacht nehmen und benötigen zu unserer Bewegungsfreiheit den Anschluss eines entsprechenden Territoriums. Von der Türkei etwas zu fordern, widerstrebt unserem Empfinden, weil die Türkei ohnehin in starke Mitleidenschaft gezogen worden ist durch den Verlust Bosniens, der Herzegowina, Ost-Rumeliens und Kretas. Würde die Türkei sich freiwillig, natürlich gegen eine Geldentschädigung, bereit erklären, uns einen Teil des Sandschaks Nowi Bazar abzutreten, so würden wir natürlich auch damit einverstanden sein. Sprechen sich die Mächte in diesen berechtigten Anforderungen gegen uns aus, so wird uns das nicht hindern, unsere nationalen Güter bis zum letzten Augenblicke und bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Es ist sehr wohl möglich, dass der Kampf bis aufs Äusserste nicht unserem Wohle entspricht, vielmehr unseren Ruin bedeutet. Aber genau so wie ein Privatmann, dessen Ehre verletzt wird, nicht fragen darf, ob die von ihm zu ergreifenden Massnahmen nützlich und vorteilhaft sind, so kämpfen auch wir für unsere nationale Ehre und wir werden wissen, was wir zu tun haben.

Nr. 561. Bericht aus St. Petersburg, 30. Okt./12. Nov. 1908 Nr. 45 E (eing. 14. Nov.).^{a)} Ausfert.

Teils aus eigenen Aussprachen mit massgebenden Regierungsfaktoren, teils auf dem Umwege durch meinen deutschen Kollegen habe ich die Anschauungen kennen gelernt, welche hier bezüglich der Konferenzidee im gegenwärtigen Momente herrschen. Dieselben lassen sich dahin zusammenfassen, dass sich Russland genau an das Präcedens vom Jahre 1871 zu halten gewillt ist, wo der durch die bekannte Gortschakoffsche Zirkularnote geschaffene Zustand von den Mächten nicht acceptirt, sondern der Londoner Konferenz zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen wurde. Was damals Russland gegenüber „recht“ war, müsste heute Österreich-Ungarn „billig“ befunden werden.^{b)} So wie damals die aufgeworfene Frage diskutiert wurde, so könne man sich auch heute einer meritorischen Erörterung nicht entschlagen. Ohne eine solche sei die Konferenz zwecklos. So die Sprache des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Ministers des Äussern, wobei die Redeweise des Ersteren noch um eine Nuance kategorischer zu klingen scheint als jene des Letzteren. Die gleiche Auffassung vertritt der serbische Gesandte Herr Popowitsch, jedoch mit der weiteren Präntention, dass auf einer Konferenz auch Territorialkompensationen für Serbien und Montenegro zur Verhandlung kommen müssten. Herr Popowitsch, ein kluger gebildeter Mann, der bisher bescheiden und massvoll in seinem Auftreten war, scheint nun auch durch die Fieberepidemie seines Heimatlandes infiziert zu sein. Meinem deutschen Kollegen gegenüber rasonierte er dahin, dass, wenn unter diesen Umständen eine Konferenz nicht zu erzielen wäre, dies nichts

zu bedeuten hätte; da müsste eben fünf bis zehn Jahre zugewartet werden, bis die Verhältnisse günstiger liegen werden! Offenbar meinte der Vertreter des Königs Peter, dass sich im Laufe dieser Zeit die moralische Unterstützung Russlands in eine materielle verwandeln könnte! Der deutsche Botschafter hat Herrn Iswolsky mit der Frage an die Wand gedrückt, was denn geschehen werde, wenn die Mächte über das Konferenzprogramm zu keiner Einigung gelangen könnten. Aus der Entgegnung des Ministers gewann Graf Pourtalès den Eindruck, dass in diesem Falle Russland eine Note an die Mächte richten würde, worin der Sachverhalt und die Auffassung des kaiserlichen Kabinetts zum Ausdruck zu kommen hätte. „Et nous ne serons pas seuls avec notre opinion“ hätte sich Herr Iswolsky geäußert. Es ist kein Zweifel, dass durch ein solches Vorgehen die Zweiteilung Europas noch schärfer accentuiert werden würde, was der Minister stets vermeiden zu wollen beteuert. Weder Herr Iswolsky, noch Herr Stolypin scheint Bedenken gegen eventuelle Accentuierung der russischen Stellungnahme zu haben. Die hiesige öffentliche Meinung verlange einen derartigen Tribut. Äussere Komplikationen seien von einer solchen akademischen Kundgebung nicht zu besorgen. Es wäre ja kein Protest, nur eine Präzisierung des Rechtsstandpunktes. Dass da unbewusst frivoles Spiel getrieben wird, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Berchtold.

a) Vgl. n. 529, 626. b) — So!

Nr. 562. Bericht aus Cetinje, 13. Nov. 1908 Nr. 77 (eing. 16. Nov.).a)
Ausfert.

Fürst Nicolaus liess mich dieser Tage zu sich bitten, um, wie Er sich äusserte, zu erfahren, ob ich ihm keine gute Botschaft mitzuteilen hätte, wie auch ob ich etwas über die Konferenz wisse. Im Laufe der sich an meine verneinende Antwort anknüpfenden Unterredung kam Seine königliche Hoheit wieder auf Seine Euerer Excellenz bereits bekannten Wünsche und Aspirationen zu sprechen und versuchte nun auch mir gegenüber die vermeintlichen Ansprüche Montenegros auf das Gebiet von Spizza zu vertreten. Ich unterliess es nicht dem Fürsten zu erklären, dass eine Erfüllung der auf Gebietsabtretungen von unserer Seite gerichteten Wünsche Montenegros — Spizza sei wie Er wisse auf Grund des Berliner Vertrages dem Königreiche Dalmatien einverleibt worden — ausgeschlossen ist. Den Einwurf des Fürsten, dass also Österreich-Ungarn Montenegro, welches innerhalb seiner heutigen Grenzen der notwendigsten Bedingungen zu seiner Entwicklung entbehre und infolge der Umwälzung in der Türkei alle Hoffnungen auf eine Gebietserweiterung nach dieser Seite aufgeben musste, vernichten wolle, beantwortete ich mit dem Hinweise auf das seitens der k. und k. Regierung sowie Euerer Excellenz den Wünschen des Fürstentumes gegenüber an den Tag gelegte Entgegenkommen. So sei ich doch beauftragt gewesen anlässlich der Mitteilung über die Annexion der okkupierten Provinzen ihm gleichzeitig bekannt zu geben, dass die k. und k. Regierung geneigt sei, auf gewisse die Souveränität Montenegros im Küstengebiet einschränkende Rechte zu verzichten, wie auch dem Fürstentume

ihre finanzielle Unterstützung zuzusichern. Auch seither sei ich beauftragt gewesen, Seiner königlichen Hoheit mitzuteilen, dass die k. und k. Regierung im Falle einer correcten Haltung des Fürstentumes stets geneigt sei, dessen berechtigte Wünsche in Berücksichtigung zu ziehen und eventuell zu unterstützen, wie speziell auf ökonomischem Gebiete Montenegro jegliche Mit-hilfe und auch dessen Wünschen nach Abschluss eines Handelsübereinkommens das möglichste Entgegenkommen angedeihen zu lassen. Der Fürst wies in seiner Entgegnung darauf hin, dass einige Tage nach der Ihm gemachten Mitteilung über die Bereitwilligkeit der k. und k. Regierung auf gewisse Vorrechte im montenegrinischen Litorale zu verzichten S. M. S. „Lussin“ die übliche Inspectionsfahrt in den montenegrinischen Gewässern unternommen habe, worauf ich erwiderte, dass sich die k. und k. Regierung wegen des Verzichtes auf gewisse laut Art. XXIX des Berliner Vertrages ihr zustehende Rechte mit den Grossmächten erst ins Einvernehmen setzen müsse. Seine königliche Hoheit gab im weiteren Laufe der Unterredung nochmals der Ansicht Ausdruck, dass Montenegro innerhalb seiner heutigen Grenzen nicht existieren könne und falls es für die Annexion Bosniens und der Herzegovina keine territorialen Compensationen bekomme, zu Grunde gehen müsse. Er sei überzeugt, dass alle Grossmächte mit Ausnahme Deutschlands und Italiens die berechtigten Ansprüche Montenegros auf eine Gebietserweiterung unterstützen werden. Er würde jedoch vorziehen, wenn Er die angestrebte Gebietserweiterung nicht den Beschlüssen der Conferenz, sondern der Grossmut der k. und k. Regierung zu verdanken hätte. Durch einen solchen Akt der Grossmut würde ganz Montenegro uns gewonnen werden, und Er würde dann anstreben, in unser Zollgebiet aufgenommen zu werden, und Montenegro könnte einer friedlichen Entwicklung entgegensehen! Russland würde mit dieser Lösung zufrieden sein und Serbien müsste sich ruhig verhalten, denn es könne ja nichts machen und habe überhaupt kein Recht eine Compensation zu verlangen (!) Als ich neuerdings betonte, dass Seine Wünsche nach territorialen Compensationen unerfüllbar sind, wie Er dies ja auch den vor den Delegationen abgegebenen Erklärungen Euerer Excellenz habe entnehmen können, äusserte sich Fürst Nicolaus, Er wolle ruhig die Conferenz abwarten, und werde dann, wenn es notwendig sei, vor einem Selbstmorde — das ist der Kampf mit uns, der uns wenig Ruhm bringen werde — nicht zurückschrecken. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass es wol nicht so weit kommen werde und fügte bei, dass, wie ich bereits wiederholt betont, Montenegro im Falle einer correcten Haltung nicht nur unsererseits nichts zu befürchten hat, vielmehr auf unsere Unterstützung rechnen kann, dass wir jedoch, falls die Notwendigkeit eintreten sollte, unsere Rechte zu verteidigen wissen werden. Der Fürst beschwor mich schliesslich „zwecks der Verhinderung von Blutvergiessen“ Euerer Excellenz über seine Wünsche zu berichten; Er habe die Absicht gehabt, selbst an Seine kaiserlich und königliche Apostolische Majestät und an Euere Excellenz zu schreiben, habe aber gefürchtet, dass Sein Schreiben unbeantwortet bleiben werde. Nach der eher gedrückten Stimmung des Fürsten zu schliessen, scheint derselbe nun wieder weniger hoffnungsvoll in die Zukunft zu sehen, und

möchte wol, da Er sich in Seiner Stellungnahme gegenüber der Annexion, wie Er vielleicht einzusehen beginnt, vor Seinem Volke zu weit engagiert hat, nichts unversucht lassen, um sich irgend einen sichtbaren Erfolg zu erringen.

Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 548, 619.

Nr. 563. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Nov. 1908 Nr. 470 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Der Umstand, dass der Boykott gegen uns nach dem Augenblicke wieder schärfere Formen angenommen hat, als die Pourparlers des Generalkonsuls Rappaport mit Enver Bey begannen, scheint mir, wie ich dies übrigens in meiner vorausgegangenen Berichterstattung bereits des öfteren erwähnte, ein klarer Beweis, dass diese Bewegung gegenwärtig seitens der Jungtürken in erster Linie als ein Pressionsmittel zur Erlangung möglichst günstiger Bedingungen gedacht ist. Eben deshalb glaube ich, dass es richtiger, jedenfalls des Versuches wert wäre, den Hebel gegen den Boykott statt bei der Pforte beim jungtürkischen Zentralkomitee in Salonik als dem Zentrum, von welchem die Bewegung ausgeht und dirigiert wird, anzusetzen. Ich stelle mir das nun so vor, dass Generalkonsul Rappaport unter Ausnützung seiner persönlichen guten und vertrauensvollen Beziehungen zu Hilmi Pascha es versuchen könnte, denselben zu einer bezüglichen Einflussnahme auf das gedachte Komitee, bei welchem er ja, wie es aus den Meldungen des Zivilagenten-Stellvertreters hervorgeht, immer mehr an Ansehen gewinnt, zu bewegen. Ich glaube, dass der uns bekanntlich wohlgesinnte Generalinspektor sich der Einsicht nicht verschliessen wird, dass die Fortdauer und Zunahme des Boykotts und die damit verbundenen immer lauter werdenden Klagen aus den Kreisen unseres Handels und unserer Industrie wenig geeignet sind, der Sache, um welche es sich bei obigen Pourparlers handelt, zu dienen und dass es der k. u. k. Regierung dadurch sehr schwer gemacht wird, bei ihrer tatsächlich vorhandenen Geneigtheit zum tunlichsten Entgegenkommen zu beharren. Ich bin ferner der Ansicht, dass Generalkonsul Rappaport bei einem solchen Schritte sich nicht auf einen Auftrag Euer Exzellenz zu berufen, sondern denselben als seiner eigenen Initiative entsprungen zu bezeichnen hätte.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 569.

Nr. 564. Tel. an den Legationsrat Grafen Ludwig Széchényi in London, 13. Nov. 1908 Nr. 88 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Hochgeboren Telegramm vom 11. I. Mts., No. III, erhalten. Gegenüber der Mitteilung Sir Charles Hardinges, daß englischerseits allgemeine Ratschläge zur Mäßigung Serbien gegenüber erneuert worden seien, möchte ich, wie dies auch in einem heute verlautbarten Communiqué geschehen ist, hervorheben, daß wir an keine Macht, also auch nicht an England, mit dem Ansinnen um eine Intervention in Belgrad herangetreten sind. Wir halten aber allerdings dafür, daß eine fortgesetzte Einwirkung der Mächte auf die Belgrader Phantasten im Interesse des Friedens und

daher auch in jenem ganz Europas gelegen ist. Eventuelle Ratschläge betreffs unserer eigenen Haltung müßten wir von vorneherein als indiskutabel ablehnen. Es erregt mein lebhaftes Befremden, daß sich Sir Charles Hardinge angesichts der beispiellosen Langmut, die wir den serbischen Provokationen gegenüber beobachteten, eine Redewendung wie jene von „de part et d'autre“ entschlüpfen ließ und daß er uns so bezüglich unseres Vorgehens gewissermaßen mit Serbien auf eine Stufe stellt. Ich ersuche Euer Hochgeboren, sich gelegentlich zu dem englischen Unterstaatssekretär in dem angegebenen Sinne in freundschaftlicher aber sehr bestimmter Weise zu äußern. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 39 Nr. 60. Vgl. n. 587.

Nr. 565. Erlaß nach London, 13. Nov. 1908 Nr. 2370.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Den Bericht Euer Exzellenz vom 30. v. M., No. 52 A—L über Ihre Unterredungen mit Sir E. Grey und Sir Charles Hardinge habe ich erhalten. Ich billige vollkommen die bei diesen Anlässen von Hochdensenben geführte Sprache. Doch möchte ich einige Äusserungen des Staatssecretärs releviren, die mir zu den nachstehenden Bemerkungen Anlass geben: Sir E. Grey hat zwar Euer Exzellenz gegenüber zugegeben, dass wir Nichts genommen oder besetzt haben, was serbischer Besitz sei, hiebei aber darauf hingewiesen, dass das Nationalgefühl — the racial feeling — der Serben durch die Action der k. u. k. Regierung auf das Tiefste aufgewühlt worden sei. Dieser Behauptung gegenüber möchte ich feststellen, dass die Aufregung in Serbien keineswegs erst durch unsere Action hervorgerufen worden ist, sondern dass nebst anderen Gründen die masslose von der Belgrader Regierung geförderte Verhetzung der serbischen öffentlichen Meinung gegen die k. u. k. Monarchie und die den grosserbischen Aspirationen dienstbare vom Savekönigreiche aus organisirte Wühlarbeit in Bosnien und der Herzegowina die Erstreckung der Souveränitätsrechte Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät auf diese Provinzen unerlässlich erscheinen liessen. Die grosse Enttäuschung, die sich in der Erregung der Serben manifestirt, hat seither die Aspirationen der Belgrader Regierung auch für die Öffentlichkeit aufgedeckt; eben diesen Bestrebungen haben wir durch eine endgiltige und unzweideutige Feststellung der völkerrechtlichen Stellung der beiden Provinzen den Boden entzogen. War aber einmal die Nothwendigkeit der Einbeziehung Bosniens und der Herzegowina in den Territorialkreis der k. u. k. Monarchie erkannt, so konnten wir uns nicht mit der Türkei in Verhandlungen einlassen, die unseren Informationen zufolge nicht zum Ziele geführt hätten. Während wir aber durch die Erstreckung der Souveränitätsrechte nur ein rein formelles Recht S. M. des Sultans tangirten, haben wir gleichzeitig durch den Verzicht auf unsere Rechte im Sandžak — Rechte, die einen lebendigen Inhalt hatten, die wir nicht zur Gänze ausgeübt haben und die noch sehr entwicklungsfähig gewesen wären — der Türkei spontan eine mehr als vollwerthige Entschädigung geboten. Bei dem Gedanken an Entschädigungen für die Türkei verweilend, hat der Herr Staatssecretär sich dahin geäußert, er glaube, es sei im Berliner Vertrage etwas bezüglich der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld^{b)} seitens der damals abgegliederten

Gebietstheile vorgesehen. Hiezu bemerke ich, dass in dem bezogenen Verträge mit der Übernahme der occupirten Provinzen keinerlei finanzielle Verpflichtung verbunden worden ist. Die Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld aus Anlass der Erstreckung der Souveränitätsrechte auf Bosnien und die Herzegowina erschiene aber auch deshalb völlig ungerechtfertigt, weil die Auslagen, welche der k. u. k. Monarchie durch die seinerzeitige Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge, die Eroberung dieser Provinzen und die für dieselben gemachten finanziellen Aufwendungen erwachsen sind, den etwa auf dieses Gebiet entfallenden aliquoten Theil der türkischen Staatsschuld bereits um ein Bedeutendes übersteigen. Wenn nun auch unter den angeführten Umständen diese Frage ausgeschaltet werden muss, sind wir andererseits bemüht, der Türkei nach Thunlichkeit entgegenzukommen. Wir haben volles Verständniss für die Wünsche und Bedürfnisse des ottomanischen Reiches auf wirtschaftlichem Gebiete und sind eben damit beschäftigt zu erwägen und zu prüfen, wie dieselben in wohlwollendster Weise berücksichtigt werden könnten. Euer Excellenz wollen sich bei Gelegenheit im Sinne der vorstehenden Ausführungen Sir E. Grey und Sir Charles Hardinge gegenüber aussprechen.

a) Vgl. n. 590. — b) Vgl. n. 536, 570.

Nr. 566. Bericht des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 13. Nov. 1908 Nr. 57 B (eing. 16. Nov.).^{a)} Ausfert.

In Angelegenheit der vom Herrn serbischen Minister des Äussern auf seiner Rückreise von Rom nach Belgrad angestrebten Unterredung mit Euer Excellenz, beehre ich mich zu melden, dass ich nicht ermangelt habe, Herrn Mijatovich, der mich am 11. d. Mts. aufsuchte, im Sinne des hohen Telegrammes No. 87 vom 10. d. zu verbescheiden und hiebei zu betonen, dass die diesbezügliche Anfrage im directen Wege durch den serbischen Gesandten in Wien erfolgen und die Frage territorialer Compensationen an Serbien bei der eventuellen Unterredung unbedingt unerwähnt bleiben müsste. Herr Mijatovich begriff vollkommen die erste Bedingung, doch schien er mir durch die letztere Condition sehr enttäuscht zu sein und meinte, dass unter solchen Umständen der Besuch Herrn Milovanovichs als zwecklos unterbleiben dürfte. In eine Discussion der Frage liess ich mich auftragsgemäss mit dem vormaligen Herrn serbischen Gesandten natürlich nicht ein und nahmen in Folge dessen seine patriotischen Tiraden ein rasches Ende. Letztere enthielten übrigens nichts, was Euer Excellenz aus dem Telegramme des Herrn Botschafters vom 9. d. Mts. No. 109 nicht bereits bekannt wäre. Vertraulich. Ob die Idee eines Besuches in Wien als Abschluss seiner Rundreise vom Herrn serbischen Minister des Äussern oder vom Herrn Mijatovich stammt, ist mir unbekannt. Eine Äusserung, die der hiesige Herr rumänische Gesandte gestern mir gegenüber fallen gelassen hat, lässt mich aber vermuthen, dass die ganze Anregung auf Letzteren zurückzuführen sei. M. Catargi sagte mir nämlich: „C'est moi qui lui ai monté ce coup; je lui ai fait d'abord suggérer par une tierce personne l'idée, — je l'ai fait arriver à moi pour lui jouer ensuite ce tour.“ Auf meine Frage, was das Motiv seiner Vorgangsweise gewesen sei,

antwortete mir Herr Catargi: „Pour les humilier; je ne voulais pas leur épargner cette humiliation!“ Monsieur Catargi hasst, aus bekannten Gründen, die Serben mehr wie die Sünde. Széchényi.

^{a)} Vgl. n. 573.

Nr. 567. Bericht des Legationssekretärs Leopold Freiherrn von Andrian aus Athen, 14. Nov. 1908 Nr. 42 A (eing. 21. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der im hohen Erlaß Euerer Excellenz vom 28. September l. J. Nr. 1805^{a)} in Berücksichtigung gezogene Fall, daß der Herr griechische Minister des Äußern neuerlich auf seine vor circa 2 Monaten im Gespräche mit mir gemachten, auf Anbahnung eines Entente-Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Griechenland abzielenden Anwürfe zurückkommen könnte, ist nicht eingetreten, und zwar, wie ich glaube, aus folgendem Grunde. Die großen Ereignisse, welche sich anfangs Oktober im nordbalkanischen Gebiete vollzogen, weckten, wie ich in meiner gehorsamsten Berichterstattung zu melden Gelegenheit hatte, in der hiesigen Öffentlichkeit zunächst die Überzeugung, daß weitgehende Abmachungen zwischen unserer Monarchie und Bulgarien bestünden, und auch die Regierung konnte, wie ich insbesondere den Mittheilungen des italienischen Gesandten, Marquis Carloti, über diesbezügliche Sondirungen des Herrn Baltazzi entnahm, sich diesem Gedankenkreise nicht ganz entziehen. Allerdings machte die wolwollende Haltung Euerer Excellenz in der Cretafrage die kurze Zeit von mir an Herrn Baltazzi in politischen Dingen bemerkte Reserve verschwinden, und in der letzten Woche stellte der Besuch König Georgs in Wien und speziell die Telegramme Seiner Majestät an Seine Regierung über die Gespräche mit Euerer Excellenz bei den hiesigen maßgebenden Kreisen das alte Vertrauen auf die Freundschaft Österreich-Ungarns vollständig wieder her. Nichtsdestoweniger aber scheinen die Oktober-Ereignisse dem Athener Cabinet die Überzeugung beigebracht zu haben, daß unsere Monarchie zu einer Politik der unbedingten Bevorzugung Griechenlands vor Bulgarien, welche griechischerseits das Hauptdesiderat bei einer Entente mit einer Großmacht wäre, nicht zu haben ist. Jedenfalls hat Herr Baltazzi niemehr mir gegenüber Äußerungen gemacht, welche an die in meinem Berichte vom 5. September Nro. 32^{a)} gemeldeten auch nur angeklungen hätten. Im obcitirten hohen Erlasse haben Euere Excellenz auch bemerkt, es sei für Hochdieselben von Interesse, darüber orientiert zu werden, ob etwa wirklich das eine oder andere Cabinet eine Annäherung an die griechische Regierung versucht, oder gar mit Vorschlägen für den Abschluß eines Übereinkommens hervorgetreten ist, oder ob die fragliche Bemerkung Herrn Baltazzis nicht einfach dazu dienen sollte, seinen Anwürfen eine größere Resonanz zu geben. Meine in möglichst vorsichtiger Weise in der Angelegenheit gepflogenen Nachforschungen lassen mich dahin concludiren, daß höchst wahrscheinlich die Andeutungen des Herrn Baltazzi über Entente-Möglichkeiten für Griechenland dermalen keine reale Grundlage haben. Daß seinerzeit, in den letzten Tagen des alten Régimes in der Türkei, Munir Pascha der Griechischen Regierung recht weitgehende Propositionen gemacht habe, ist mir zwar neuerdings bestätigt

worden. Dies aber hat bis auf Weiteres nur historisches Interesse, da die Jungtürken die letzte diplomatische Action des alten Régimes nicht aufgegriffen zu haben scheinen, wie sie ja überhaupt, trotz allem anfänglichen Enthusiasmus, die turco-hellenischen Entente-Pläne des Prinzen Sabaheddin bisher zu realisiren durchaus keine Anstalten gemacht haben. Von den anderen Großmächten aber sind zwar Frankreich und in zweiter Linie Italien, Griechenland äußerst freundlich gesinnt, was sich neuerdings insbesondere in den verschiedenen Phasen der Creta-Angelegenheit gezeigt hat, doch liegen mir keine ernstzunehmenden Indicien dafür vor, daß von diesen Mächten Griechenland Vorschläge für den Abschluß eines Übereinkommens gemacht worden seien. Wie ich erfahren habe, herrschte im vorigen Jahre eine zeitlang beim kaiserlich deutschen Gesandten, respective Geschäftsträger die Vermuthung, daß französisch-griechische Vereinbarungen bestünden, doch erwies sich dieselbe späterhin als nicht genügend fundirt. Thatsache ist allerdings, daß Frankreich, seine philhellenischen Traditionen cultivirend und von den stark griechenfreundlichen persönlichen Sympathien des Herrn Clemenceau geschoben, sowie vom Bestreben geleitet, auf ökonomischen, sowie auf anderen Gebieten, in welchem Griechenland der fremden Cultur nicht entrathen kann, eine Vorzugsstellung einzunehmen, dem Hellenismus sehr freundlich entgegenkommt, aber nur dann, wenn die wichtigeren ausländischen Beziehungen der Republik dies gestatten. Von solchem Verhalten aber bis zum Wunsch nach einem politischen Übereinkommen ist natürlich ein weiter Weg, und alle meine Informationen gehen dahin, daß Frankreich denselben nicht gemacht hat. So steht, wenn anders meine Wahrnehmungen richtig sind, Griechenland vorläufig ohne eine verlässliche Stütze für die weitgehenden Aspirationen der Nation auf dem Gebiete der äußeren Politik da. Weil diese Aspirationen aber an der Ausdehnung der ethnisch-culturell hellenischen, oder hellenisirten Gebiete eine zu reale Grundlage haben, als daß ein Verzicht auf dieselben wahrscheinlich wäre, andererseits eine wirkliche intensive militärische Machtentfaltung des Königreiches kaum möglich ist, werden die Bemühungen der griechischen Staatsmänner wol nach wie vor auf Herstellung eines möglichst intimen Verhältnisses zu einer Großmacht gerichtet bleiben. Wenn die Aussichten hiefür bei uns nicht genügend große zu sein scheinen, wird wol bald, wenn die Balkanverhältnisse einigermaßen geklärt sind, nach einem anderen möglichst für alle Fälle sicheren Stützpunkte ausgeblickt werden. Andrian.

^{a)} Mit Bericht Nr. 32 A, 5. Sept. 1908 (eing. 11. Sept.) wurde aus Athen gemeldet, der griechische Minister des Äußern habe neuerdings den Wunsch geäußert, die auswärtige Politik Griechenlands im Anschlusse an die der öst.-ungarischen Monarchie zu orientieren, und gesagt, Griechenland könne nicht der Monarchie eine Entente vorschlagen, sondern die Initiative dazu müsse von der Großmacht kommen. Die ganze Welt mache Griechenland Vorschläge, nur Österreich-Ungarn bleibe reservirt. Darauf erfolgte mit Erl. Nr. 1805, 28. Sept. 1908 nach Athen die Weisung, auf Anbahnung eines Ententeverhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Griechenland abzielende Anwürfe des griechischen Außenministers in freundschaftlicher, aber ausweichender Weise zu beantworten; es wäre aber interessant zu erfahren, welches Kabinett wirklich eine Annäherung an Griechenland versucht habe oder gar mit Vorschlägen für den Abschluß eines Übereinkommens hervorgetreten sei.

Nr. 568. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 14. Nov. 1908 Nr. 247 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 117 vom 12. d. M. Fürst Bülow, dem ich gestern durch Herrn von Kiderlen von der Fassung des in Rede stehenden Alineas Kenntnis geben liess, dankt Euer Excellenz verbindlichst für die freundliche Mitteilung und gratuliert Hochdenselben aufrichtig zur überaus glücklichen Formulierung Hochderen ...^{b)} zu den Punkten 4 und 5 des russischen Konferenzprogramm-Entwurfes. Diese Fassung beugt nach Ansicht des Reichskanzlers jeder missverständlichen Auslegung des Standpunktes des k. u. k. Kabinettes in erfreulicher Klarheit vor. Flotow.

^{a)} Vgl. n. 573. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 569. Tel. nach Konstantinopel, 14. Nov. 1908 Nr. 223 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. und G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Bericht No. 91 vom 9. l. M.^{b)} und die Telegramme No. 467 und 470 vom 12. und 13. l. M. erhalten, ebenso liegt mir das Telegramm Generalkonsul Rappaports vom 11. l. M. nach Konstantinopel No. 103^{c)} vor. Ich stimme mit Euer Exzellenz darin überein, daß gewisse in dem vorzitierten Telegramme Rappaports enthaltene Anregungen des Komitees die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen bieten würden. Ebenso wie ich aber der Ansicht bin, daß Euer Exzellenz Kiamil Pascha gegenüber sich reserviert verhalten und es einstweilen noch nicht dazu kommen lassen sollen, die Frage der mündlichen oder schriftlichen Erklärung zu diskutieren, bin ich der Ansicht, daß Generalkonsul Rappaport auch seinerseits die Pourparlers in Salonik mehr dilatorisch zu führen hätte. Euer Exzellenz sprechen denselben Gedanken am Schlusse Ihres Telegrammes vom 12. l. M. No. 467 aus. Tatsächlich steht die Situation so, daß wir eventuell gewillt wären, der türkischen Regierung für die Herbeiführung einer die Annexion betreffenden Entente ein Entgegenkommen zu beweisen, das über den Verzicht unserer Sandschakrechte hinausgeht. Wenn unsere entgegenkommende Haltung aber auch von dem Wunsche eingegeben ist, die Voraussetzung für die Beschickung der Konferenz unsererseits zu schaffen, so dürfen wir andererseits nicht vergessen, daß das Zustandekommen der Konferenz wenigstens gegenwärtig, wo die Aussichten der bulgarisch-türkischen Verständigung nicht die glänzendsten sind, auch für die Türkei von hohem Werte ist. Wir brauchen also jedenfalls nicht zu viel empressement zu zeigen und brauchen uns auch die in der erneut sich geltend machenden Boykottbewegung liegende Pression nicht gefallen zu lassen. Ich gedenke daher Generalkonsul Rappaport in Beantwortung seines Telegrammes vom 11. l. M. und teilweise im Sinne Ihrer Anregung vom 13. l. M. No. 470 anzuweisen, daß er, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, dem Komitee gegenüber und mit Rücksicht auf die ihm seitens desselben gewordenen Eröffnungen, feststellen möge, daß einzelne Punkte derselben zwar vielleicht diskutabel erschienen, daß er sich aber nicht in weitere bezügliche Verhandlungen einlassen könnte, so lange

seitens maßgebender türkischer Kreise eine uns so feindselig Bewegung, wie der nun erneut auflebende Boykott, initiiert und gefördert werde. Während einerseits Verhandlungen geführt würden, die von gegenseitigem Vertrauen und freundschaftlichem Wohlwollen erfüllt sein müßten, würde andererseits ein hartnäckiger Kampf gegen alles unternommen, was die Monarchie berühre. Es sei wohl leicht einzusehen, daß an einen gedeihlichen Abschluss der in Schwebе befindlichen Pourparlers unter dem verstimmenden Eindruck der anwachsenden Boykottbewegung nicht gedacht werden könne. Generalkonsul Rappaport wird beauftragt werden, sich im eigenen Namen und streng vertraulich im vorstehenden Sinne auch bei Hilmi Pascha vernehmen zu lassen. Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Ihren Unterredungen mit dem Großvezier sich im Sinne der an Generalkonsul Rappaport ergehenden Weisungen zu äußern. Euer Exzellenz können in meinem Namen darauf hinweisen, daß, ins solange nicht türkischerseits in der Boykottfrage ein wirkliches Einlenken vorliegt, wir auch unsererseits kein weiteres Entgegenkommen zeigen könnten. Zu Euer Exzellenz Orientierung bemerke ich, daß ich nicht geneigt bin, den Boykott als Pressionsmittel hinzunehmen. Die Klagen unserer Handelswelt werden immer zahlreicher und lauter und meine Haltung würde in diesen Kreisen nicht verstanden werden können, wenn ich, trotz des Auflebens des Boykottes, offizielle wie geheime Verhandlungen in einem für die Türkei sehr konzilianten Sinne fortsetze. Es ist der Zeitpunkt gekommen, zu verstehen zu geben, daß wir unverändert den ernsten Willen haben uns mit der Türkei zu verständigen, daß wir aber an diesen Bemühungen nur unter der Voraussetzung festhalten könnten, wenn seitens der Türkei ein ähnlicher animus bestünde.

Aehrenthal.

a) Vgl. 586, 606. — b) Vgl. n. 557 Anm. b. — c) n. 551.

Nr. 570. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Nov. 1908 Nr. 471 (eing. 2 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Das hiesige Komiteeorgan bespricht heute in einem längeren Artikel die im ungarischen Reichstag abgegebene Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten, nach welcher es ausgeschlossen ist, dass Österreich-Ungarn irgendwelche finanzielle Lasten wegen der Annexion Bosniens auf sich nehmen würde. Der Artikel sagt, dass wenn diese sich mit der Auffassung des Wiener Kabinetts decken sollte, alle Bemühungen der österreichischen Politik respektive des k. u. k. Botschafters hier zu einem Einverständnis zu gelangen vergeblich wären. Es scheint also, dass das hiesige Komitee von den zwischen Generalkonsul Rappaport und den Delegierten des Saloniker Komitees geführten Verhandlungen nichts weiss. Aus dem Inhalte des ganzen ziemlich umfangreichen Artikels geht ferner hervor, dass das hierortige Komiteeorgan an keine anderen Forderungen als Kompensation denkt, sondern ausschließlich die Übernahme eines Teils der Staatschuld als *conditio sine qua non* hinstellt.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 565, 584.

*Nr. 571. Bericht aus Paris, 14. Nov. 1908 Nr. 34 A (eing. 16. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. In der hohen Weisung Nr. 2239 vom 5. d. M. hatten Euer Excellenz die Güte mir mitzuteilen, dass das durch Herrn Crozier Seiner k. und k. Apostolischen Majestät überreichte Schreiben des Herrn Präsidenten der Republik bei uns einen guten Eindruck hervorgerufen habe. Bei der ersten sich ergebenden Gelegenheit habe ich Herrn Pichon gesagt, dass der Brief Herrn Fallières einen angenehmen Effekt in Wien bewirkt habe, und dass der Herr Minister das Verdienst hiefür sich zuschreiben könne. Im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen hatte ich eine längere Aussprache mit Herrn Pichon und sind wir zu denselben Schlüssen gekommen, welche Hochdieselben im Gedanken-Austausche mit dem französischen Botschafter fanden. Ich halte Herrn Pichon für eine durchaus ehrliche und offene Natur und kann mich meines Verkehrs mit ihm nur beloben. Er hat die Überzeugung, dass das Feld gemeinsamer Arbeit am politischen Gebiete mit uns noch lange nicht erschöpft ist. Er wird auf Russland mässigend einwirken, wenn unsere Interessen dort beleidigt werden sollten. Doch muss man Pichon nicht mehr zumuten, als er zu leisten im Stande ist. Clemenceau dirigirt die Politik Frankreichs, welche weit mehr dem englischen, als dem russischen Einflusse untergeordnet ist. Über diesen Rücksichten steht der natürliche Trieb der Selbsterhaltung, welchen kein französisches Kabinett zu Gunsten König Eduards Feindschaft gegen Kaiser Wilhelm ausser Acht lassen kann. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 611.

*Nr. 572. Bericht aus Paris, 14. Nov. 1908 Nr. 34 C (eing. 16. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Confidentiel. Tous les Ambassadeurs accrédités à Paris ont profité du dernier jour de réception de Monsieur Pichon pour lui exprimer leurs félicitations. En effet, toute l'Europe a raison d'être satisfaite de ce que le conflit survenu à cause de l'affaire des déserteurs de Casablanca ait trouvé une solution honorable pour les deux Puissances. Lorsque je me trouvais en présence de Monsieur Pichon je lui ai dit que mon gouvernement et moi, nous étions heureux de pouvoir constater que l'incident était terminé sans laisser trace d'amertume d'aucun côté. Le Ministre m'a fait l'impression d'être très content et il m'a dit, „si Vous me félicitez, j'ai à Vous remercier.“ La situation a été telle que la France ne pouvait pas céder sur le point que l'Allemagne avait soulevé. Quand on commence parler du point d'honneur c'est que généralement les arguments viennent à manquer. On craignait à Paris que le Chancelier voulût opérer une diversion pour échapper à la crise intérieure. Monsieur Pichon, Monsieur Cambon et le Prince Radolin se rendirent de suite compte du danger. L'intervention de Sa Majesté l'Empereur et Roi, qui s'est produite le 6 Novembre est arrivée juste à point. On s'en rend compte ici et j'ai appris que Monsieur Clémenceau, naguère inféodé aux succès imaginaires des Jeunes Turcs et par là en mauvaise disposition à notre égard, a changé d'opinion. Il reconnaît que nous avons

rendu service à la France. La situation parlementaire du Cabinet est affermie et l'accueil marocain ne paraît plus aussi redoutable que dans le passé.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 550, 611.

*Nr. 573. Bericht aus Paris, 14. Nov. 1908 Nr. 34 D (eing. 16. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Das 6-Uhr Abendblatt der Wiener Allgemeinen Zeitung hat gemeldet, und die hiesige Presse wiederholt, dass Euere Excellenz demnächst den Besuch des Herrn Milovanovich erhalten werden. Dasselbe Organ, dessen Beziehungen zu Herrn Clemenceau bekannt sind, brachte die Nachricht, dass Frankreich mit einem Vermittlungs-Antrag zum Ausgleich der serbischen Forderungen an uns herantreten würde. Ferner hat in den französischen Journalen das Gerücht circulirt, dass Frankreich von Russland aufgefordert wurde, eine Vermittler-Rolle bei Österreich-Ungarn zu übernehmen, weil die Verhandlungen zwischen Wien und St. Petersburg ins Stocken gerathen wären. Was an all' diesen Meldungen wahr ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich hielt es für richtig, als ich Herrn Pichon am letzten Mittwoch besuchte, mich über dieses Thema schweigend zu verhalten. Der Minister stellte jedoch an mich die Anfrage, ob ich ihm eine Mitteilung machen könne über den Gedankenaustausch, den Euere Excellenz mit Herrn Isvolsky über die 9 Programmpunkte gepflogen haben. Ich musste darauf verneinend antworten und fügte hinzu, dass die Chancen für das Zustandekommen der Conferenz mir sehr gering dünkten, wenn Herr Isvolsky auf einer territorialen Zuwendung an Serbien und Montenegro bestehen sollte, die auf unsere Kosten zu erfolgen hätte. Nachdem unser Standpunkt in dieser Frage dem Herrn Minister genau bekannt ist, hat er auf meine Auslassung nichts erwidert. Es scheint, dass Frankreich im Augenblicke von Petersburg aus nicht unterrichtet wird über die einzelnen Phasen der Negotiationen.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 566, 568, 610.

*Nr. 574. Bericht aus Paris, 14. Nov. 1908 Nr. 34 E (eing. 16. Nov.).
Ausfert.*

Herr Otto Husserl, Direktor der Gesellschaft für österreichisch-orientalischen Handel, hat kürzlich auf der Botschaft vorgesprochen und in ziemlicher Aufregung über eine Unterredung berichtet, welche er mit dem ihm seit Jahren bekannten Achmed Riza Bey gehabt hätte. Riza hätte sich gegen uns in feindlichem Sinne ausgesprochen und habe einen Gesinnungswechsel erkennen lassen, den Husserl der in jüngster Zeit erfolgten Einwirkung Clemenceaus zuschreibt. Herr Husserl ist heute nach Wien abgereist und sprach die Absicht aus, sich Euerer Excellenz vorzustellen. Ich habe mit Herrn Pichon über Achmed Riza gesprochen, da ich erfuhr, dass er letzteren empfangen habe. Der Minister sagte mir, Riza habe ihm gesagt, die jungtürkische Partei lege das grösste Gewicht darauf, dass die ehemaligen türkischen Provinzen nicht in das ungarische oder österreichische

Staatssystem eingefügt werden, sondern eine selbständige staatliche Existenz bewahren. In diesem Sinne fasse Achmed-Riza die Autonomie der beiden Provinzen auf. Husserl wollte gehört haben, dass Achmed-Riza eine Controlle der Grossmächte über die von uns geführte Verwaltung wolle. Das scheint jedoch nach Herrn Pichons Aufklärungen nicht der Fall zu sein. Die Verschmelzung Bosniens und der Herzegovina mit dem ungarischen oder österreichischen Staatswesen ist die Eventualität, welche der jung-türkische Agent vor allem anderen perhorrescirt. Herr Pichon hat mir gesagt, er halte es nicht für unmöglich, dass Achmed Riza in Bälde zum Minister des Äussern ernannt werden könnte. Khevenhüller.

Nr. 575. Tel. an den Zivilagentenstellvertreter in Saloniki; 14. Nov. 1908 Nr. 27 (chiff. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal.)

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 11. I. M. No. 93. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren sich dem Comité gegenüber ohne sich jedoch auf einen Auftrag zu berufen, unter Bezugnahme auf die Ihnen seitens der beiden Delegirten gemachten Eröffnungen, dahin auszusprechen, dass einzelne Punkte derselben zwar vielleicht discutabel erscheinen, dass Sie sich aber nicht in weitere bezügliche Verhandlungen einlassen könnten, solange seitens massgebender türkischer Kreise eine uns so feindselige Bewegung, wie der nun erneut auflebende Boycott initiiert und gefördert werde. Euer Hochwohlgeboren wollen darauf hinweisen, dass während einerseits Verhandlungen geführt würden, die von gegenseitigem Vertrauen und freundschaftlichem Wohlwollen erfüllt sein müssten, andererseits ein hartnäckiger Kampf gegen die Interessen der k. u. k. Monarchie unternommen würde. An einen gedeihlichen Abschluss der in Schwebe befindlichen Pourparlers — so wollen Euer Hochwohlgeboren hinzufügen — könne wohl unter dem verstimmenden Eindruck der anwachsenden Boycottbewegung nicht gedacht werden. Schliesslich ersuche ich Euer Hochwohlgeboren sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen auch bei Hilmi Pascha und zwar im eigenen Namen und streng vertraulich vernehmen zu lassen. Ihrer telegraphischen Berichterstattung über die Aufnahme, welche Ihre Eröffnungen beim Comité und bei Hilmi Pascha finden, sehe ich mit Interesse entgegen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 593.

Nr. 576. Erlaß nach St. Petersburg, 14. Nov. 1908 Nr. 2379.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal.)

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm vom 30. v. M., Nr. 171, und Hochdero Bericht vom 31. 18. v. M., Nr. 43 B,^{b)} übermittle ich Euer Exzellenz im Anbuge unsere Antwort auf den von Ihnen anher vorgelegten Konferenzprogrammmentwurf des St. Petersburger Kabinettes.^{c)} Wie Hochdieselben aus der Lektüre der anruhenden Pièce ersehen werden, sind wir vor allem der Ansicht, daß die Konferenz nur unter der Voraussetzung zusammentreten könnte, daß vorher ein Akkord zwischen den Signatarmächten des Berliner Vertrages hergestellt worden sei. Was das Konferenz-

programm selbst anbelangt, akzeptieren wir im allgemeinen den erwähnten Entwurf des St. Petersburger Kabinettes. Die Bemerkungen, zu denen uns die einzelnen Punkte desselben Anlaß gegeben haben, werden Euer Exzellenz aus unserer Antwort des näheren entnehmen. Zu dem 4. Alinea unserer Antwort möchte ich bemerken, daß wir, wie ja auch aus dieser Pièce hervorgeht, der Konferenzidee keineswegs ablehnend gegenüber stehen. Doch nehmen wir bekanntlich den Standpunkt ein, daß eine vorhergehende Entente mit der Türkei bezüglich Bosniens und der Herzegowina die Voraussetzung für unsere Beteiligung an einer Konferenz bildet. Es läge daher im Interesse jener Mächte, welche das Zustandekommen derselben wünschen, ihre Sprache in Konstantinopel dementsprechend einzurichten. In dem 6. Alinea der anruhenden Pièce heben wir hervor, daß wir stets gewisse Reserven hinsichtlich jener Konzessionen formuliert haben, welche wir Montenegro im Bereich des Artikels XXIX des Berliner Vertrages zu gewähren bereit sind und führen gleichzeitig an, auf welche Bestimmungen desselben diese Reserven sich beziehen. Im 7. Alinea unserer Antwort schlagen wir an Stelle der im russischen Entwurfe enthaltenen Formulierung „*avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro*“ die Version vor: „*avantages économiques à procurer à la Serbie et au Monténégro*“, welche irrtümlichen Interpretationen vorbeugt und unserem Standpunkte entspricht. Die Ausführungen unserer Antwort, die nur als Einleitung zu einem Gedankenaustausch gedacht sind, bieten dem St. Petersburger Kabinette die Gelegenheit, seine Auffassung bezüglich der einzelnen Programmpunkte des näheren zu präzisieren. Der Mitteilung dieser Auffassung sehe ich mit großem Interesse entgegen. Euer Exzellenz wollen sich bei Übergabe unserer Antwort Herrn Iswolsky gegenüber im Sinne des Vorstehenden aussprechen.

a) Vgl. n. 589, 616, 626, 637, 772, 1087. — b) Vgl. n. 300 Anm. b. — c) Gleichlautend mit der zweiten Beilage zu n. 524 samt den in n. 555 enthaltenen Zusätzen. Vgl. n. 790.

Nr. 577. Erlaß nach St. Petersburg, 14. Nov. 1908 Nr. 2380.a) Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Aehrenthal).

Es hat mich überrascht, aus Euer Exzellenz Telegramm vom 10. I. M. No. 189, zu entnehmen, dass Herr Iswolsky, welcher Hochdensenben gegenüber früher den Gedanken ausgesprochen hatte, dass die Publication der Budapester Convention vom 15. Jänner 1877^{b)} und des Berliner Protokolles vom 13. Juli 1878^{b)} vielleicht nützlich wäre und ihm seine Aufgabe erleichtern könnte, nunmehr wieder gegen eine solche Veröffentlichung Bedenken hegt. Wir stehen noch immer unter dem Eindrucke, dass eine Veröffentlichung wie die von Herrn Iswolsky angeregte für den Herrn Minister insofern günstig wäre, als sie darthun würde, dass eine entgegenkommende Haltung des russischen Cabinetes in der Annexionsfrage nicht etwa auf eine veränderte Richtung in der russischen Politik hindeute, sondern im Gegentheil aus lange vorhergegangenen Abmachungen der russischen Staatsmänner mit der Donaumonarchie resultire. Ich will hoffen, dass Herr Iswolsky seinen jetzigen ablehnenden Standpunkt wieder aufgeben und zu der

Veröffentlichungsidee zurückkehren werde. Ich erwarte jedenfalls weitere Mittheilungen seinerseits und lege grosses Gewicht darauf, mit ihm in dieser Frage in vollem Einvernehmen vorzugehen. In Ihrer bezüglichen Unterredung mit dem Herrn Minister des Äussern könnten Euer Exzellenz die Bemerkung einfließen lassen, dass, abgesehen von anderen Considerationen, eine Veröffentlichung der von Herrn Iswolsky bezeichneten geheimen Pièces schon deshalb einen gewissen Wert hätte, weil hiedurch Indiscretionen vorgebaut würde, deren Möglichkeit heutzutage, wie das Beispiel der Hantaux-schen Enthüllungen in der „Revue de deux mondes“ zeige, nicht ganz ausgeschlossen ist. Was meinen eigenen Standpunkt in der Frage der öffentlichen Mittheilungen über die der Annexion vorhergegangenen Verhandlungen mit Russland anbelangt, so haben Euer Exzellenz bereits zu Herrn Iswolsky bemerkt, dass ich an eine solche Veröffentlichung nie mit einer aggressiven Tendenz gedacht hätte. Sie können Herrn Iswolsky wiederholen, dass ich dieses Mittel nur à mon corps defendant anwenden würde, nur um mich zu vertheidigen und nur dann, wenn Abläugnungen, die von Petersburg ausgingen, mich nöthigen würden, vor dem Forum der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns darzuthun, dass ich die bosnische Action nicht ohne jegliche diplomatische Vorbereitung unternommen. Ich muss es natürlich dem Ermessen Herrn Iswolskys überlassen, ob er es für opportuner erachtet, gestützt auf die Veröffentlichung früherer geheimer Abmachungen eine zumindest neutrale Haltung Russlands der Thatsache der Annexion gegenüber zuzugeben, oder ob er sich in Widerspruch zu dem Geiste der Buchlauer Unterredungen setzen und mich dadurch in die Zwangslage bringen will, mich der Öffentlichkeit gegenüber auf einen Gedankenaustausch aus der jüngsten Zeit zu beziehen.

a) Vgl. n. 630. — b) Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 578. Erlaß nach St. Petersburg, 14. Nov. 1908 Nr. 2384. Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Bericht vom 6. November/24. October 1. Js. No. 44 D die Reise des serbischen Kronprinzen nach St. Petersburg betreffend habe ich erhalten. Der Umstand, dass Prinz Georg überhaupt dort empfangen worden ist, hat hier natürlich einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Ich stimme auch völlig mit der von Euer Exzellenz vertretenen Auffassung überein, dass die in Rede stehende Reise des Prinzen an sich ein bedauerliches Ereignis war, weil sie nicht verfehlen konnte, in Serbien gefährliche Hoffnungen zu befestigen und den dort herrschenden Grössenwahn zu steigern. Es ist seither auch aus dem nach Beendigung des Besuches in Petersburg erfolgten Depeschenwechsel, über den Graf Forgách in einem hier mitfolgenden Telegramme vom 11. November^{a)} Meldung erstattete, hervorgegangen, dass sich Kaiser Nikolaus Serbien gegenüber ziemlich empressirt gezeigt hat. Wenn ich auch annehmen will, dass der Empfang des serbischen Kronprinzen durch Seine Majestät den Zaren den Zweck verfolgte, auf Serbien im Sinne der Mässigung und Zurückhaltung einzuwirken, kann ich doch nicht verhehlen, dass die Thatsache des Besuches

des Prinzen Georg in Petersburg, zumal angesichts der von dem Prinzen gehaltenen, von unerhörten Ausfällen gegen die k. u. k. Monarchie strotzenden Reden bei uns verstimmend wirken musste.

a) n. 547.

*Nr. 579. Privatschreiben nach St. Petersburg, 14. Nov. 1908 Nr. 2381.
Konz. (S. Gagern; V. u. G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Ich benütze den Abgang des Couriers, um den Empfang Deines Briefes vom 31. Oktober dankend zu bestätigen. Ich entnehme demselben mit Befriedigung, daß die einflussreichen Minister Stolypin und Kokowzew fest entschlossen sind, dafür zu sorgen, daß die zur Zeit in Russland herrschende serbophile Strömung keinen Schaden anrichte. Wir können also bis zu einem gewissen Grade, wie ich es immer in meinen Calcul eingestellt hatte, mit dem Friedensbedürfnisse Russlands und mit der Einsicht und Festigkeit der leitenden russischen Minister rechnen. Daß es Herrn Iswolsky auch nach den gemachten Erfahrungen an der wünschenswerthen Einsicht fehlt, geht leider aus dem Tenor des Briefes hervor, den er für die Beantwortung des Schreibens unseres Allergnädigsten Herrn Kaiser Nikolaus vorgeschlagen hat. Ich bin durch den Ton, der in diesem Briefe angeschlagen wird, peinlich berührt und glaube, daß es nicht möglich sein wird, denselben unbeantwortet zu lassen. Ich lege eine Abschrift desselben hier gegen Rückschluß^{a)} bei. Man ersieht aus dem ganzen Inhalt des Briefes die lückenhafte Information Kaiser Nikolaus'. Wie kann Kaiser Nikolaus von einer „pénible impression“ sprechen, die der Herrscherakt Seiner Majestät hervorgerufen hat, nachdem die Initiative zur Diskussion der bosnischen und der Meerengenfrage von Russland ausgegangen ist und diese Discussion logisch doch nur den Sinn haben konnte, die Entschließungen der Cabinete von Wien und Petersburg in diesen beiden Fragen festzulegen, was auch geschehen ist. Wir waren daher vollkommen zu der Annahme berechtigt, daß Rußland wohl gewisse Reserven in Betreff der Angliederung Bosniens anmelden werde, daß Russland sich aber auf den jetzt von ihm eingenommenen Standpunkt stellen würde, konnten wir füglich nicht annehmen. Die Divergenz unserer beiden Anschauungen ist übrigens in Deinem Berichte vom 24. v. Mts., No. 44 C,^{b)} sehr richtig besprochen worden. Es handelt sich in nuce darum, daß eine einseitige Zustimmung Russlands im Zarenreiche selbst die größten Bedenken und Angriffe auslösen würde und daher nicht durchführbar sei. Hiezu ist nur zu bemerken, daß Herr Iswolsky es sich hätte früher überlegen sollen, bevor er an mich mit Propositionen auf Basis der Gegenseitigkeit herantrat und daß er sich früher darüber hätte klar werden sollen, ob das Entgelt, welches er von Österreich-Ungarn für die Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegovina verlangte, von der öffentlichen Meinung seines Landes als genügend würde angesehen werden. Der Modus procedendi, in welcher Weise eine Macht ihre Interessen nach vorgenommener Sondierung mit den meistinteressierten Mächten weiter verfolgt und realisirt, muß ihr selbstverständlich vollkommen überlassen bleiben. So dachten wir auch

unsererseits nicht daran, Rußland vorzuschreiben, in welcher Weise und zu welchem Zeitpunkte es die Modificirung des Artikels über die Meerengenfrage in Angriff zu nehmen gedenke. Herr Iswolsky hat, nachdem er sich in der Meerengenfrage in London und Paris recht deutliche Körbe geholt, den Versuch unternommen, unseren principiellen Accord rundweg abzuleugnen, was mich bekanntlich zu der Ankündigung zwang, daß ich, wenn Herr Iswolsky auch in der Dumasitzung diese Ablehnung fortsetzen sollte, darauf mit einer Veröffentlichung der ausgetauschten Dokumente antworten würde. Herr Iswolsky hat mit England den Conferenzzgedanken aufgeworfen und erblickt in demselben die einzige Möglichkeit einer Sanirung der Situation. Aus meinen Äußerungen über die mir von Herrn Iswolsky mitgetheilten Punkte, welche in das Programm der Conferenz aufgenommen werden konnten, wirst Du ersehen, daß ich mich diesfalls von dem weitestgehenden Entgegenkommen leiten lasse. Natürlich muß ich in den zwei Punkten: Nichtdiscutirbarkeit der Angliederung Bosniens und der Herzegovina und absolute Verweigerung von territorialen Compensationen an Serbien und Montenegro auf meinem Standpunkte verharren. Es ist in der Hand Herrn Iswolsky's gelegen, meine Mittheilung in eben demselben concilianten Geiste zu beantworten. Dann könnte der Zusammentritt der Conferenz wirklich als in die Nähe gerückt betrachtet werden und der russische Minister hierin einen gewissen Erfolg seiner Politik erblicken. Übrigens ist uns unsere Haltung auch für den Fall klar vorgezeichnet, daß die maßgebenden Faktoren in Petersburg Herrn Iswolsky gestatten sollten, seine Ablehnungs- und Verdrehungskünste fortzusetzen. In einem solchen Falle würden wir uns einfach auf den Standpunkt stellen, daß, nachdem wir die Conferenz nicht beantragt haben, es für uns von geringerem Werthe ist, ob und wann sie zusammentritt. Die Bedingungen für die Durchführung des Conferenzzgedankens sind von Rußland und England zu schaffen, welche gegen unser Vorgehen einen so gewaltigen Lärm geschlagen haben. Zu dem Briefe Kaiser Nikolaus' möchte ich noch bemerken, daß Herr Swerbejeff den Wunsch vorbrachte, den Brief Seiner Majestät persönlich übergeben zu dürfen. Ich habe vorher nach Präcedenzfällen Umschau gehalten und constatirt, daß ein Empfang eines Geschäftsträgers seitens unseres Allernädigsten Herrn behufs Übergabe eines Handschreibens in der letzten Zeit nicht vorgekommen ist. Aus diesem Grunde ersuchte ich den Herrn Geschäftsträger, mir den Brief behufs Weiterleitung auszufolgen, was auch geschehen ist. Ich kann diesen Brief nicht schließen, ohne einige Eindrücke, welche die Haltung Kaiser Nikolaus' und seiner Regierung uns gegenüber bei mir hervorgerufen hat, zu fixiren. So hat zunächst nicht nur auf mich, sondern auf die ganze öffentliche Meinung Österreich-Ungarns der Umstand unangenehm zurückgewirkt, daß der Kaiser über einen Monat brauchte, um Dir die erbetene Audienz zu gewähren, um sich bei dieser dann auch nur auf einige nichtssagende Phrasen zu beschränken. Ferner hat der Empfang des serbischen Kronprinzen in der russischen Hauptstadt nach seinen oratorischen Leistungen in Belgrad bei uns mit Recht einen höchst unangenehmen Eindruck erzeugt. Ich will nicht bezweifeln, daß dem serbischen Prinzen Rathschläge zur Ruhe und

Besonnenheit gegeben worden sind. Daß er aber jedenfalls solche Rathschläge nicht zu beherzigen gewillt ist und seinen Empfang in Petersburg sowie seinen Verkehr mit den dortigen maßgebenden Kreisen ganz anders auf- fasst, das geht aus der neuerlichen zum Kriege hetzenden Ansprache hervor, die er bei seiner Ankunft in Belgrad am Bahnhofe in Gegenwart des russischen Gesandten an die Volksmenge gehalten hat. Aus diesem Resultate des Petersburger Empfanges wird man dort — wenigstens in den einsichtigen Kreisen — erkennen können, daß man Serbien gegenüber eine ganz falsche Methode angewendet hat. Wir werden das Kriegsgeschrei und die Kriegs- vorbereitungen Serbiens auch weiterhin, solange dies unsere Würde und die Sicherheit unseres Territoriums gestatten, zu ignoriren trachten. An- dererseits sind wir aber fest entschlossen, im Falle einer Agression oder solcher Provokationen, welche mit dem Ansehen der Monarchie unvereinbar wären, mit einer rücksichtslosen Gegenaction zu ripostiren. Ob die letztere dann der russischen Regierung, welche den Frieden ernstlich benöthigt, conveniren wird, ist eine Frage, deren Beantwortung ich den russischen Staats- männern überlassen muß. Im Hinblick auf die eben erwähnte Haltung der officiellen Kreise Russlands möchte ich Dir in Bezug auf Dein Auftreten und auf Deinen Verkehr mit Herrn Iswolsky und seinen Mitarbeitern, wie überhaupt mit officiellen Persönlichkeiten die Beobachtung einer gewissen Reserve anempfehlen. Ich bin überzeugt, daß Du die richtige Linie einzuhalten wissen und, ohne den Beleidigten zu spielen, doch deutlich zu verstehen geben wirst, daß wir durch die erwähnten Procédés verstimmt sind. ... *Privates*. ...

a) Vgl. n. 505. — b) n. 518.

Nr. 580. Tel. aus Belgrad, 15. Nov. 1908 Nr. 165 (eing. 16. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem heute abgegangenen Bericht Nr. 77A. Russischer, französischer und italienischer Vertreter haben heute Instruk- tionen erhalten. Die Vertreter der fünf Mächte versammeln sich heute abends auf Einladung des russischen Gesandten bei demselben, um die wegen der serbischen Kriegsvorbereitungen und Provokationen zu unter- nehmenden Demarchen zu besprechen. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 39 Nr. 61. Vgl. n. 581, 582.

Nr. 581. Bericht aus Belgrad, 15. Nov. 1908 Nr. 77A (eing. 17. Nov.).^{a)} Ausfert.

Dringend. In umgehender, möglichst beschleunigter Befolgung des hohen Erlasses Nro. 2350 vom 12. d. Mts., beehre ich mich Euer Exzellenz jene Zusammenstellung zu unterbreiten, welche ich meinem deutschen Kollegen übermittelte, um ihn zu seiner Information und für seine, in meinem Telegramme Nro. 156 vom 10. 1. Mts. gemeldeten Démarchen mit dem nöthigen Materiale über serbische Provokationen und Kriegs- vorbereitungen zu versehen. So weit ich bis zu diesem Augenblicke infor- miert bin, haben übrigens die von Russland angeregten Démarchen noch nicht stattfinden können, da der russische Gesandte keine bezüglichen

Instruktionen erhielt. Im Besitze eines der deutschen Weisung analogen Auftrages ist, so viel ich weiss, bis jetzt nur der englische Vertreter. Was die beigelegene Zusammenstellung anbetrifft, so werden Euer Exzellenz aus derselben ersehen, dass besonders in deren auf Kriegsvorbereitungen bezüglichen Teile ich mich auf allgemein bekannte Daten beschränkt und alle genaueren Details wegliess, welche dem k. u. k. Militär-Attaché und mir auf konfidentiellern Wege zukamen. Bei den „Provokationen“ beruht nur die Erwähnung der Banden auf geheimen Quellen^{b)} und wurde hier natürlich auch jede Spezialisierung vermieden. Die Blütenlese aus der officiösen „Samouprava“ gestaltete ich etwas ausgedehnter, da in Belgrad die Korrektheit der Regierung so oft betont wird, und Herr Simić in der Protestnote, die er wegen des Waffenausfuhrverbotes an Euer Exzellenz richtete, es wagte, von den korrekten Beziehungen des „officiellen“ Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn zu sprechen. Die Samouprava ist eines der Sprachrohre des „offiziellen“ Serbiens. Wenn dasselbe eine so provokatorische und verunglimpfende Sprache gegen uns führt, können Euer Exzellenz sich vorstellen, welche namenlos gemeine und freche Artikel alle anderen Blätter täglich gegen uns bringen. Forgách.

P. S. Mein russischer Kollege, der soeben bei mir speiste, sagt mir, er sei verwundert, noch keine Instruktionen zu haben und erwarte dieselben stündlich. Über die serbischerseits an Russland und seine persönliche Intervention fortwährend gestellten Zumutungen und Prätionen scheint Herr Sergejew recht ungehalten zu sein. Im selben Sinne äusserte sich auch mir gegenüber der englische Gesandte, welcher unoffiziell der serbischen Regierung bereits den Rat gab, die Reserven zu entlassen. Eine Deputation des bosnisch-hercegovinischen Vereines, welche am 9. November, dem Geburtstage König Eduards, ihm Glückwünsche darbringen wollte, hat Mr. Whitehead abgelehnt zu empfangen; bezüglich des Auftretens und Benehmens des Prinzen Georg sprach sich der Gesandte sehr abfällig aus und bezeichnete Seine königliche Hoheit als kaum zimmerrein. (Hardly fit for a drawing room!) Ut in litteris. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 487, 580, 582. — ^{b)} Vgl. n. 98 Anm. b, 512 Anm. b, 593 Anm. b.

Erste Beilage zu n. 581.

Provokationen: I. Die durch Wochen fortgesetzten Strassen-Demonstrationen und Umzüge mit feindlichen Rufen gegen Österreich-Ungarn, Verbrennung von dessen Fahnen u. s. w. II. Der Boykott der österreichischen und ungarischen Kaufleute in Belgrad, von denen viele moralisch gezwungen wurden, serbische Staatsbürger zu werden. Versuch des Boykotts der Waren aus der österreichisch-ungarischen Monarchie; zu diesem Zwecke nahmen Universitätshörer Einsicht in die amtlichen Zollregister. III. Verfolgung und Bedrohung aller österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in Serbien; dieselben wurden überall als Spione betrachtet und behandelt. Die Staats- und Gemeindebehörden, sowie die von der Regierung subventionierten Unternehmungen entlassen die bei ihnen angestellten Österreicher und Ungarn. Viele Staatsbürger der österreichisch-ungarischen

Monarchie wurden grundlos ausgewiesen, besonders in Schabatz. In Dubrovica wurden die Angestellten der österreichischen resp. ungarischen Dampfschiffahrtsgesellschaften unter Polizeiaufsicht gestellt, und ihnen das Betreten des Gemeindebodens verboten, so dass sie durch einige Tage ohne Nahrung blieben. Der Berichterstatter der Neuen Freien Presse wurde tötlich misshandelt. u. s. w. IV. Die unglaubliche Sprache der Presse gegenüber Österreich-Ungarn, auch jener Blätter, die der Regierung nahestehen, und selbst der offiziösen „Samouprava“. Blütenlese aus dieser offiziösen Zeitung: „Österreich ist einer der perfidesten Staaten.“ „Die Freundschaft mit Österreich ist das grösste Unglück und alle, die mit Österreich in Freundschaft leben, haben auf Gott vergessen.“ „Österreich-Ungarn trägt sich mit schwarzen Plänen, und sein militärischer Grössenwahn versteigt sich zu den Gemeinheiten und Verruchtheiten der Danzer'schen Armeezeitung.“ „Statt der Verfassung führt Österreich-Ungarn in Bosnien die militärischen Streifkorps ein.“ „Österreich-Ungarn könnte seiner feigen und gemeinen Attaque auf zwei serbische Länder, mit deren Raub es Europa verblüfft hat, auch einen zweiten Akt so brutaler Willkür hinzufügen.“ „Der Zahltag sei nicht fern, an dem Österreich-Ungarn für den rücksichtslosen Länderraub und für den schamlosen Angriff gegen verbrieft Menschenrechte seine Strafe zudiktirt erhalten werde.“ „Brutale Gewalt, Lüge, Verleumdung, Intriguen, Galgen und Presslügen sind die Handhaben der österreichischen Diplomatie.“ „Dieser mittelalterliche Staat ist ein Anachronismus im gesitteten Europa.“ „Vergewaltigung, Raub, Rücksichtslosigkeit, Hinterlist und Unaufrichtigkeit, Missgunst, Frechheit und Arroganz sind die Mittel, deren sich die österreichisch-ungarische Diplomatie bedient. Die Balkanvölker erwarten mit Recht von Europa, dass es ihnen endlich diese furchtbare Pest vom Haupte nehme.“ „Diese scheckige Horde, die sich österreichisch-ungarische Armee nennt u. s. w.“ V. Den unzähligen, gegen die Monarchie, deren Armee und Vertretung von der serbischen Presse ausgestreuten Verdächtigungen und Lügen ist die Regierung nie aufklärend und beruhigend gegenüber getreten; sie duldet und fördert die Verhetzung. VI. Das königlich serbische Nationaltheater führt Stücke auf, deren Tendenz gegen Österreich-Ungarn gerichtet ist, respektive gedeutet werden kann, aufreizend wirkt und lärmende Demonstrationen des Theaterpublikums zur Folge hat. VII. Angriffe gegen die k. u. k. Konsularvertretungen. In Semendria wurde die Flagge vom Konsulate heruntergerissen und verbrannt. Hiefür hat die serbische Regierung allerdings Satisfaktion gegeben. In Schabatz wurde der k. u. k. Vizekonsul regelmässig auf der Strasse verfolgt; eine Zeit lang wurde er boykottiert. VIII. Die Reden Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen, welcher fortwährend Krieg gegen Österreich-Ungarn ankündigt. Der Thronfolger ist serbischer Offizier, und kann nicht als unverantwortliche Privatperson betrachtet werden. Seine Reden wurden offiziell nie desavouiert. IX. Abschluss eines — nach offiziöser Darstellung — gegen Österreich-Ungarn gerichteten Bündnisses mit Montenegro.^{a)} Ankündigung der erzielten Verständigung durch die Toaste beim Hofdiner zu Ehren Vukotic's. X. Offizielle Versuche bei allen Mächten, gegen Österreich-Ungarn Stimmung zu machen. Reden und Interviews

aktiver Minister sowie serbischer Unterhändler wie Pasić etc., die aufreizend wirken, und nie dementiert wurden. XI. Entsendung unoffizieller Missionen (Universitätsprofessoren, Studenten etc.) auf Staatskosten nach Frankreich, Italien, Russland, Rumänien u. s. w., um durch Verbreitung lügenhafter Nachrichten die öffentliche Meinung und internationale Presse gegen Österreich-Ungarn aufzustacheln. XII. Begrüßungsrede des Bürgermeisters bei der Ankunft des Kronprinzen: „Der nicht befreite Teil des Serbentums erwarte seine Erlösung durch Georg Karageorgevich“. Der Bürgermeister wurde für diese provokatorische Enunziation nicht zur Verantwortung gezogen. XIII. Duldung seitens der Unterrichtsverwaltung, dass die Universitätsprofessoren und Studenten statt die Universität zu besuchen, sich ausschliesslich mit Manifestationen gegen uns, Boykott etc. befassten. XIV. Die vor den Augen der Behörden öffentlich stattfindende Anwerbung sowie Aufstellung von Freiwilligen-Legionen. XV. Aufstellung aller aus Mazedonien zurückgezogenen Banden längs der Drina. Dieselben wurden aus den Militärdepots mit Waffen versehen und erhalten aus dem Kragujevatzter Arsenele Bomben und Dynamit. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass der aktive General Artillerie-Inspektor N. Stefanović die Oberleitung in Bandenangelegenheiten hat.

a) Vgl. n. 541, 599.

Zweite Beilage zu n. 581.

Kriegsvorbereitungen. 1.) Erhöhung des normalen Friedensstandes von circa 20.000—22.000 Mann (zur jetzigen Jahreszeit sogar von nur 10—12.000 Mann) durch turnusweise Einberufung von Reservisten der 3 Haupt- und der Hilfswaffen auf über 40.000 Mann. 2.) Vorbereitung einer eventuellen Einberufung des 2. und 3. Aufgebotes. Aufforderung der Wehrpflichtigen dieser Heereskategorien zur Beschaffung warmer Winterkleider und Schuhe. 3.) Bewilligung eines aussergewöhnlichen Rüstungskredites von 16 Millionen Francs. 4.) Das normale Friedensbedürfnis weit überschreitende Bestellungen von Waffen, Munition, Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen, das forcierte Heranziehen von bereits bestellt gewesenen derlei Kriegsmaterialien. Das Schärfen der blanken Waffen. 5.) Aufteilung der in Belgrad deponiert gewesenen Sanitätsmaterialien an die einzelnen Divisionen. 6.) Erhöhte Tätigkeit des serbischen Vereines vom roten Kreuz, öffentliche Aufforderung zu möglichst reichlichen Beiträgen an diesen Verein. 7.) Die Ankündigung von bedeutenden, den normalen Jahresbedarf weit überschreitenden Pferdeankäufen in Russland. Entsendung einer Kommission dahin. 8.) Grössere Truppenübungen aller Waffen nach beendeten Herbstmanövern, also zu ganz ungewohnter Zeit; z. B. in der Umgebung Belgrads. 9.) Truppenverschiebungen aus dem Landesinnern an die Grenze, wie z. B. in die Umgebung von Belgrad; wochenlanges Bereitstellen von Truppen ausserhalb der bestehenden Unterkünfte in militärisch günstig erachteten Räumen, wie Teile der Belgrader Garnison. 10.) Abschieben von Barvorräten aus Belgrad in das Landesinnere, Vorbereitung der Verlegung der Residenz, von Staatsämtern, Banken etc. nach einer Stadt im Innern des Landes. 11.) Erlassen eines Pferde- und Futterausfuhrverbotes.

Tel. nach Athen, 16. Nov. 1908 Nr. 22 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Tel. nach Belgrad, 16. Nov. 1908 Nr. 63 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Nr. 582. Tel. aus Belgrad, 16. Nov. 1908 Nr. 166 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 165. Auf Grund der Mitteilungen meines deutschen Kollegen: Gestrige Zusammenkunft der fünf Vertreter hat noch zu keinem gemeinsamen Schritt geführt, da italienischer Geschäftsträger keine definitiven Instruktionen hatte, sondern den Auftrag, das Ergebnis der Besprechung vorerst nach Rom zu melden. Vertreter nahmen als Grundlage ihrer Demarche Euer Exzellenz Zirkulardepesche vom 6.^{b)} d. M. an unsere Botschaften und einigten sich, ihre Regierungen um die telegraphische Ermächtigung zu ersuchen, jeder einzelne eine gleichlautende gemeinsame Notiz der serbischen Regierung zu übergeben: „Les ministres d'Allemagne etc. estiment qu'il importerait tout d'abord I.) de recommander au Gouvernement serbe le retrait des troupes échelonnées le long de la frontière austro-hongroise, II.) d'attirer son attention sur les conséquences désastreuses que pourrait avoir la formation eventuelle sur son territoire de bandes dirigées contre la Bosnie.“ „Les cinq représentants télégraphient en outre à leurs gouvernements: „ils croient qu'il conviendrait de se borner en ce moment aux deux observations précitées pour ne point surexciter en Serbie une opinion facilement inquiétée.“ Der deutsche Gesandte war mit dem zu geringen Inhalte des gemeinsamen Vorschlages unzufrieden, und wollte auf Grund des ihm von mir vertraulich gelieferten Materiales, daß auch die Entlassung der Reservisten angeordnet, daß die Anschaffung des Kriegsmateriales und so weiter hervorgehoben und daß der serbischen Regierung bedeutet werde, Demonstrationen, Boykott und so weiter hätten zwar abgenommen, müßten aber im Wiederholungsfalle als Provokation erscheinen. Er konnte mit seiner Ansicht nicht durchdringen und schloß sich der gemeinsamen Fassung nur an, weil durch die von ihm proponierten Worte „en ce moment“ die weitere Möglichkeit von speziellen Mahnungen und Démarchen offen bleibt. Ueber die Besprechung teilt mir Prinz Ratibor mit: der italienische Geschäftsträger verhielt sich beinahe schweigend, der russische Gesandte sprach sehr vernünftig und war sogar nicht abgeneigt, das provozierende Auftreten des Kronprinzen zu erwähnen. Der englische und französische Gesandte hingegen vertraten die Ansicht, daß jede weitere Kollektivforderung und Mahnung die Erregung steigern und Stellung der Regierung sehr schwierig gestalten könnte. Speziell meinte der englische Gesandte, ein kollektives offizielles Verlangen der Entlassung der Reservisten könnte nur in Verbindung mit einer Garantie gestellt werden, daß Oesterreich-Ungarn Serbien nicht angreifen werde. Ich verhehlte meinem deutschen Kollegen nicht, daß ich seine Ansicht teile und den beabsichtigten Schritt als schwächlich und ungenügend betrachte. Speziell Punkt I.) bezieht sich auf serbischerseits aus Schreck und Defensivgründen getroffene Maßnahmen, während alle wirklichen Kriegsvorbereitungen unerwähnt bleiben. Ich glaube übrigens,

daß der englische und der französische Gesandte sich irren und daß die serbische Regierung, da momentan keine Kriegsgefahr besteht und die Truppen in mangelhaften Unterkünften von der Winterkälte leiden, froh wäre, mit dem Hinweis auf freundschaftliche Ratschläge und ihre Korrektheit, die Entlassung der Reservisten vorzunehmen und zu entschuldigen. Aus denselben Gründen ist es aber unsererseits meiner Ansicht nach nicht zu bedauern, wenn die Finanzen und die Armee Serbiens weiterhin ermüdet werden.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 40 Nr. 62. Vgl. n. 581, 583, 595. — b) n. 513.

Nr. 583. Tel. aus Belgrad, 16. Nov. 1908 Nr. 167 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mein französischer Kollege bestätigte die mit Telegramm Nr. 166 gemeldete Mitteilung des deutschen Gesandten. Französischer Vertreter meint, dass mündliche Protestationen vorgebracht werden könnten, dass aber schriftlich die zwei Punkte genügen, um Erregung nicht zu steigern. Er behauptet, dass dieselbe in den leitenden Kreisen wach erhalten werde durch italienische, englische und russische Journalisten, welche aufreizend wirken. Besonders beschuldigt er den Chef der englischen Balkankomitees, Herrn Chiroll, politischen Direktor der „Times“ u. s. w. welcher hier weilte, Illusionen wach rief und hetzte.

Forgách.

a) Vgl. n. 587.

Tel. nach Berlin, 16. Nov. 1908 Nr. 120 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Nr. 584. Tel. aus Berlin, 16. Nov. 1908 Nr. 249 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Herr von Kiderlen sagte mir gestern, türkischer Botschafter habe ihn versichert, dass die Verhandlungen seiner Regierung mit dem k. u. k. Kabinette nicht, wie die Zeitungen behaupten, abgebrochen, sondern nur in Stockung geraten seien. Der Botschafter habe hinzugefügt, dass er ein weiteres gedeihliches Fortschreiten der Verhandlungen nur für möglich halte, wenn Österreich-Ungarn sich bereit erkläre, einen entsprechenden Teil der Staatsschuld als Compensation für Annexion Bosniens und der Herzegowina zu übernehmen. Kiderlen habe hierauf geantwortet, an eine solche Schuld-Übernahme durch Österreich-Ungarn sei absolut nicht zu denken. Hierauf hätte der türkische Botschafter Ansinnen gestellt, deutsche Regierung möge wenigstens behufs Erlangung einzelner wirtschaftlicher Vorteile für die Türkei ihren Einfluss in Wien geltend machen; er nannte hiebei das Zündhölzchen- und Spielkarten-Monopol und die Erhöhung des türkischen Einfuhrzollens. Kiderlen wies auch dieses Ansinnen ab und gab dem türkischen Botschafter den Rat, seine Regierung möge sich diesbezüglich direkt an die k. u. k. Regierung wenden, worauf türkischer Botschafter erwiderte, dass dies nach seiner Meinung nicht möglich sei, da um den gewünschten Erfolg in Konstantinopel zu haben, diesbezügliche Initiative vom k. u. k. Kabinette ausgehen müsste. Kiderlen ersuchte mich,

Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen. Als seine rein persönliche Meinung fügte er hinzu, k. u. k. Regierung würde weiteren Verlauf ihrer Verhandlungen mit der Pforte bedeutend erleichtern, wenn sie der Türkei ihre Unterstützung bei den Mächten behufs Erlangung der obgenannten wirtschaftlichen Vorteile in Aussicht stellen würde. Deutschland wäre mit diesen und ähnlichen wirtschaftlichen Konzessionen ganz einverstanden, und England, welches bisher von der Erhöhung des Wertzolles nichts wissen wollte, könnte gegen dieselbe gerade jetzt, wo englischerseits eine so türkenfreundliche Politik zur Schau getragen wird, keine Einwendungen erheben.

Szögyény.

a) Vgl. n. 570, 585, 586.

Nr. 585. Tel. aus Berlin, 16. Nov. 1908 Nr. 250 (eing. 5 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramm No. 249 von heute. Herr v. Kiderlen meint, dass ein guter Fortgang unserer direkten Verhandlungen mit der Pforte im gegebenen Augenblicke von ganz besonderer Bedeutung für Herrn Tittonis noch immer gefährdete Stellung sein würde. Es wäre für den italienischen Minister des Äussern sehr vorteilhaft, wenn er bei der Beantwortung der nach dem Zusammentritte der Kammer zu gewärtigenden Interpellationen sich auf einen Fortschritt in unseren betreffenden Verhandlungen berufen könnte. Bei diesem Anlasse kam der stellvertretende Staatssekretär auf den Wunsch Italiens zu sprechen, die Konferenz in Rom zusammentreten zu sehen und wiederholte, dass die deutsche Regierung nach wie vor den Standpunkt vertrete, dass Rom, sowie jede andere Hauptstadt einer Grossmacht unacceptabel sei. Hingegen werden deutscherseits gegen eine andere Stadt in Italien keine Einwendungen erhoben werden und würde man die Einberufung der Konferenz sowie das Präsidium Italien ganz gerne überlassen.

Szögyény.

Tel. nach Bukarest, 16. Nov. 1908 Nr. 62 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Tel. nach Cetinje, 16. Nov. 1908 Nr. 60 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Tel. nach Konstantinopel, 16. Nov. 1908 Nr. 225 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Nr. 586. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Nov. 1908 Nr. 472 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 223 vom 14. d. M. Ich habe heute im Namen Euer Exzellenz dem Grossvezir erklärt, dass wir, solange dem Boykott nicht ein Ende bereitet wird, nicht gesonnen seien, die im Zuge befindlichen Pourparlers fortzusetzen. Kiamil Pascha, welcher augenscheinlich erwartet hatte, daß ich ihm heute irgend welche nähere Andeutung über das von mir am letzten Montag ihm gegenüber in Aussicht gestellte Entgegenkommen unsererseits machen würde, schien über diese Mitteilung äusserst betroffen zu sein. Er erklärte in den bündigsten

Ausdrücken, daß er sofort Maßnahmen treffen werde, damit der Boykottbewegung endlich Einhalt getan werde. Er fügte noch hinzu, ich möge dem hiesigen Lloydagenten den Auftrag geben, falls bei Löschung der Ladungen Schwierigkeiten seitens der Douane-Hamals gemacht werden sollten, andere Hamals (Lastträger) aufzunehmen, welche er (der Grossvezir) gegen etwaige Angriffe der ersteren durch die Polizei schützen lassen werde. Kiamil Pascha gab schliesslich der Hoffnung Ausdruck, daß wir recht bald unsere unterbrochenen Unterhandlungen nach tatsächlicher Beendigung des Boykotts wieder aufnehmen werden. Ich erwiderte, daß ich in diesem Falle sehr gerne bereit sein werde, mit ihm zu verhandeln und daß ich ihm schon jetzt die Versicherung geben könne, die Türkei werde in Fragen, die auf dem wirtschaftlichen Gebiete liegen, unsererseits weites Entgegenkommen finden. In Bezug auf die Übernahme eines aliquoten Teiles der Staatsschuld wiederholte ich dem Grossvezir auch bei dieser Gelegenheit, daß hieran nicht zu denken sei. Obwohl Kiamil Pascha nichts darauf erwiderte, hatte ich den Eindruck, daß er diese Idee bereits aufgegeben hat. Ich erlaube mir Euer Exzellenz zu bitten, für den Fall, dass der Boykott wirklich aufhören sollte, mich gütigst mit Instruktionen versorgen zu wollen, welche mich in die Lage versetzen, dem Grossvezir konkrete Vorschläge zu machen. Im heutigen „Ikdam“ wird bereits die Frage einer eventuellen Zollerhöhung in einem längeren Artikel besprochen und auf ihren grossen Wert hingewiesen, da sie als Basis für eine Anleihe von 30 Millionen Pfund dienen könnte. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 41 Nr. 64. Vgl. n. 584, 590, 606, 608.

Tel. nach London, 16. Nov. 1908 Nr. 90 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 588. Nr. 587. Tel. aus London, 16. Nov. 1908 Nr. 115 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm No. 88 vom 13. d. M. Ich habe heute Sir Ch. Hardinge gesprochen und ihm gesagt, es dürfte wohl ein Missverständnis unterlaufen sein, denn ich entnehme einem Telegramme Euer Exzellenz, dass Hochdieselben aus einem Telegramm des Grafen Széchényi mit Befremden den Eindruck gewonnen hätten, dass der Unterstaatssekretär von der Möglichkeit von Ratschlägen an unsere Adresse gesprochen. Sir Ch. Hardinge entgegnete sofort, dass er nie daran gedacht hätte, Ratschläge an uns zu richten und daß Graf Széchényi ihn falsch verstanden haben müsse. Ich erwiderte ihm, daß ich davon überzeugt sei, denn wir hätten ja das nie annehmen können und versicherte ihm, ich würde es richtig stellen, es sei eben ein kleines Missverständnis eingetreten, wie es manchmal in dem Bestreben knapper telegrafischer Berichterstattung geschieht und das Beste wäre, nicht weiter darüber zu reden. (Nach Graf Széchényis Erinnerung hätte allerdings Sir Ch. Hardinge von der Möglichkeit von Ratschlägen nach Wien gesprochen. Nachdem er es aber so lebhaft in Abrede stellte, hielt ich es für das Zweckmäßigste, das „Mißverständnis“ anzunehmen und die Sache fallen zu lassen.) Was die englischen Ratschläge in Belgrad anbetrifft, so machte ich Sir Charles Hardinge darauf

aufmerksam, daß wir um keine Intervention der Mächte in Belgrad gebeten hätten. Er erwiderte: „Sie haben uns aber nahe gelegt, unsere Ratschläge dort zu erneuern“, worauf ich antwortete, daß wir für die dort erteilten Ratschläge dankbar waren und hofften, daß dieselben fortgesetzt würden, jedoch niemals eine „Intervention“ angesprochen hätten, was er vollständig zugab. Sir Ch. Hardinge hatte eben Telegramm aus Wien mit Nachricht von Mobilisierung gewisser Truppenkörper der k. u. k. Armee erhalten. Er bezeichnete dies als ein beunruhigendes Symptom. Ich erwiderte, daß mir noch nichts darüber bekannt sei, unsere Vorkehrungen aber jedenfalls rein defensiver Natur sein dürften, um der tollen serbischen Agitation Einhalt zu gebieten.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 583, 588.

Tel. nach Paris, 16. Nov. 1908 Nr. 64 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Tel. nach Rom, 16. Nov. 1908 Nr. 118 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Nr. 588. Tel. nach St. Petersburg Nr. 144, Berlin Nr. 120, London Nr. 90, Paris Nr. 64, Rom Nr. 118, Konstantinopel Nr. 225, Bukarest Nr. 62, Sofia Nr. 51, Belgrad Nr. 63, Cetinje Nr. 60 und Athen Nr. 22, 16. Nov. 1908 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} *Konz. (S. Macchio; V. Aehrenthal; G. Macchio).*

Während die Kriegsrüstungen in Serbien und Montenegro intensiv fortgesetzt werden, ist auch in der in diesen Ländern gegen die Monarchie betriebenen masslosen Agitation bisher keine Abschwächung bemerkbar geworden. Insbesondere die Bildung von Banden zum Einfall nach Bosnien-Herzegovina wird ganz offen betrieben und zwingt unsere Besatzung in diesen Ländern, die bekanntlich aus dem sich aus den verschiedensten Teilen Oesterreich-Ungarns ergänzenden 15. Corps besteht, zu einem überaus anstrengenden Grenzsicherungsdienste. Dieser letztere wird bei der beginnenden rauhen Jahreszeit und den geringen Ständen unserer Truppen, da wir bisher keinerlei militärische Vorkehrungen gegenüber den in Rede stehenden Nachbarstaaten getroffen haben, ein geradezu aufreibender, so dass eine Verfügung gegen diese Ueberbürdung der Mannschaft jetzt nicht mehr zu vermeiden ist. Ebenso ergibt sich die dringende Pflicht für die Heeresverwaltung unseren Grenzbevölkerungen jenes ausgiebige Mass des Schutzes voll zu gewähren, auf das ihre Zugehörigkeit zur Monarchie ihnen Anspruch gibt, um jede Besorgnis von derselben zu bannen. Dies sind die Motive, welche eine nur auf das 15. Corps beschränkte Standeserhöhung um wenige Tausend Mann und die Verlegung einiger Bataillone nach Süddalmatien notwendig machen, eine Massregel, mit deren Durchführung bereits begonnen wurde. Es handelt sich also nur um unabweisliche Komplettirung der Stände und gewisse Schutzmassregeln, nicht aber um Verfügungen, welche als teilweise Mobilisierung oder als Concentrationen an der serbischen oder montenegrinischen Grenze gedeutet werden könnten. Vorstehendes zu Ihrer Kenntnissname und Regelung Ihrer Sprache.

a) Vgl. n. 587, 594, 603.

Nr. 589. Tel. aus St. Petersburg, 16. Nov. 1908 Nr. 193 (eing. 17. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Unsere Antwort auf russischen Konferenzprogramm-Entwurf heute Herrn Iswolsky nach Verlesung eingehändigt. Minister beschränkte sich bei Entgegennahme auf Bemerkung, Pièce näherem Studium unterziehen zu wollen. Berchtold.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 40 Nr. 63. Vgl. n. 576, 591, 610, 626.

Tel. nach Sofia, 16. Nov. 1908 Nr. 51 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 588.

Nr. 590. Bericht aus London, 17. Nov. 1908 Nr. 58 A (eing. 20. Nov.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Die hohe Weisung vom 13. lf. Mts., No. 2370 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und den Inhalt derselben heute bei Sir Edward Grey und gestern bei Sir Charles Hardinge zu verwerthen Gelegenheit gehabt. Bezüglich unserer Auffassung über den Gedanken der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld durch die k. u. k. Monarchie entgegnete Sir Edward auf meine Ausführungen, dass es für die Türkei sehr hart sei, ihr Gebiet stets geringer werden zu sehen, während die Staatsschuld dieselbe bliebe. Bei dieser Gelegenheit sagte der Herr Staatssekretär, die hier anwesenden jungtürkischen Führer, die er empfangen hätte, seien noch bezüglich der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina und der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sehr empfindlich „very sensitive“. Das Prestige der türkischen Regierung sei geschmälert worden und es handle sich darum, den reaktionären Strömungen Widerstand zu leisten, namentlich mit Rücksicht auf den Zusammentritt des türkischen Parlamentes, der bereits Anfang Dezember erfolgen soll. Im Laufe unserer Unterredung fragte mich Sir Edward, ob ich wisse, welche Antwort Euer Excellenz dem Petersburger Cabinet ertheilt hätten. Ich erwiderte, dass mir darüber nichts bekannt sei und ich nur wisse, dass ein Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg stattfinde und dass somit die zwei Regierungen in Fühlung zu einander stehen. Sir Edward bemerkte, dies sei jedenfalls wichtig und er betonte die Nothwendigkeit nicht zu viel Zeit zu verlieren. Es sollte nichts versäumt werden, um im Laufe des Winters die Balkanfrage in Ordnung zu bringen, denn er besorgt, dass das Frühjahr leicht eine sehr gefährliche Zeit werden könnte. Sowohl dem Herrn Staatssekretär als Sir Charles Hardinge gegenüber betonte ich im Sinne des Schlußsatzes der gedachten hohen Weisung die Bereitwilligkeit der k. u. k. Regierung der Türkei auf wirtschaftlichem Gebiete Entgegenkommen zu zeigen. Sir Charles Hardinge drückte seine persönliche Ansicht dahin aus, dass es vielleicht nicht leicht sein dürfte, auf diesem Gebiete etwas zu finden, das die Türkei befriedigen würde. Lächelnd fügte er hinzu, er würde sich nicht wundern, wenn Euer Excellenz mit dem Vorschlage einer neuen surtaxe auf die türkischen Einfuhrzölle hervortreten würden, wodurch England, das den weitaus grössten Handel mit der Türkei hat, eingeladen würde „de payer les pots cassés.“ Ich erwiderte, dass mir davon nichts bekannt sei und fragte ihn gleichzeitig,

ob sich hier ein starker Widerstand gegen ein derartiges Project geltend machen würde; worauf er antwortete „in commerciellen Kreisen, gewiss“, andererseits wäre aber die hiesige Regierung stets bestrebt, jede Massregel mit Sympathie zu betrachten, welche die gegenwärtige türkische Regierung stützen könnte.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 586, 661.

Nr. 591. Erlaß nach Rom, 17. Nov. 1908 Nr. 2411.a) Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Wie es Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 5. l. M. Nr. 109 bekannt ist, habe ich mich, um Herrn Tittoni gefällig zu sein, bereit erklärt, der Tagung der Conferenz in Rom zuzustimmen und sogar eine bezügliche Initiative zu ergreifen. Um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen, bemerke ich, dass ich hiebei natürlich von der Voraussetzung ausgegangen bin, dass die Mächte, die anfänglich gegen die Wahl einer grossen Hauptstadt gehegten Bedenken, — Bedenken, die ja auch Herr Tittoni Euer Exzellenz gegenüber geäussert hat, — fallen lassen würden. Sollte ich den Eindruck gewinnen, dass die Mächte nunmehr geneigt wären der Tagung der Conferenz in einer Grosstadt principiell zuzustimmen, so würde ich, sobald unsere die Conferenz betreffenden Verhandlungen weiter fortgeschritten sein werden, nicht verfehlen, die Initiative zur Wahl Roms zu ergreifen. Im gegentheiligen Falle, wenn also nur eine kleinere Stadt in Italien oder ausserhalb des Königreiches in Frage käme, würde ich die bezügliche Anregung einem anderen Cabinete überlassen. Eure Exzellenz wollen sich bei Gelegenheit Herrn Tittoni gegenüber im Sinne des Vorstehenden äussern.

a) Vgl. n. 589, 601.

Nr. 592. Tel. aus Rom, 17. Nov. 1908 Nr. 196 (eing. 11 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm No. 190 vom 8. d. M. Beantwortung der Interpellation betreffend die Annektierung wird 27. d. M. stattfinden. Herr Tittoni skizzierte mir heute kurz Gedankengang seiner Erklärungen, welche sowohl die Form als das Wesen des Vorganges betreffen werden. Hinsichtlich ersterer kann er sich nicht anders als in dem Sinne aussprechen, wie es auch Deutschland getan habe, nämlich dass es wünschenswert gewesen wäre, sich der vorherigen Zustimmung der Mächte zu versichern. Die Auffassung Euer Exzellenz, wonach die Annexion eine zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei zu erledigende Angelegenheit sei, könne er sich nicht zu eigen machen. Was aber das Wesen anbelange, werde er hervorheben, dass die faktische Souverainität über Bosnien und Herzegowina der k. u. k. Monarchie bereits seit 30 Jahren zukomme und dass es sich jetzt nur mehr um die äusseren Attribute derselben handle. Die Übernahme der letzteren involviere keinerlei effektiven Machtzuwachs, keine Schwächung der Türkei und keine Störung des Gleichgewichtes. Weiters wolle er betonen, dass die Modifikationen der Artikel 25 und 29 von keineswegs zu

unterschätzender Wichtigkeit seien. Ich unterbrach ihn hier mit der Bemerkung, es schiene mir wünschenswert, seinen Erklärungen betreffend Artikel 29 eine sehr präzise Fassung zu geben, um nicht neuerliche Illusionen zu wecken.¹⁾ Herr Tittoni gab dies rückhaltslos zu und bemerkte, er werde sich diesbezüglich strenge an den Wortlaut der Erklärungen Euer Exzellenz in den Delegationen halten.²⁾ Es ist menschlich gesprochen ausser jedem Zweifel, dass die Regierung in der Majorität bleiben wird, doch wird nicht verabsäumt werden, zu betonen, dass das Vertrauensvotum an Herrn Giolitti und nicht an Herrn Tittoni gerichtet ist. Geschwächt dürfte letzterer, wie ich es immer vorhergesagt habe, unter allen Umständen aus der Debatte hervorgehen. Er beklagt tief, dass er den Angriffen der Opposition in der leidigen „Universitätsfrage“ eigentlich nichts zu erwidern habe, was ihm seine Position sehr erschwere.³⁾ Jede halbwegs versöhnliche oder entgegenkommende Aeusserung der neuen Regierung könne ihm zum Argumente dienen. Mir gegenüber sprach der Minister im Ganzen ziemlich zuversichtlich; anderen gegenüber soll dies weniger der Fall sein. Lützow.

¹⁾ Sehr richtig. — ²⁾ Unsere Antwort nach Petersburg. — ³⁾ Innere Angelegenheit der Monarchie.

^{a)} Vgl. n. 616.

*Nr. 593. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 17. Nov. 1908
Nr. 94 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Ich habe die mir mit dem Ministerialtelegramm Nr. 27 vom 14. d. M. aufgetragene Demarche unternommen. Hilmi Pascha hat mir (unter Vorbehalt des allgemeinen türkischen Standpunktes von dem spontanen Charakter des Boykotts) unter der Bedingung strengster Geheimhaltung zugesagt, meine Bemühungen nach Möglichkeit zu unterstützen und dies auch getan. Enver Bey (der in der Hoffnung auf einen günstigen Verlauf der Pourparlers hier geblieben ist) erklärte mir unter demselben Vorbehalt: sobald unsere Pourparlers eine prinzipielle Einigung ergeben und das Komitee sohin der öffentlichen Meinung gegenüber durch entsprechende Argumente gedeckt sein werde, wolle es seinen ganzen Einfluss aufbieten, Boykott beizulegen. Überdies wurde mir eine leise und unverbindliche (jedoch wie ich glaube aufrichtig gemeinte) Andeutung gemacht, dass bei Wiederaufnahme und Fortschreiten des Meinungsaustausches nach Tunlichkeit dahin gewirkt werden wird, dass unterdessen neue Verschärfung des Boykotts unterbleibe. Ich gewinne den Eindruck, daß vorläufig nicht mehr zu erreichen ist, weil das Comité (trotz des offenbaren Wunsches, uns entgegenzukommen) sich namentlich uns gegenüber nicht darauf einlassen kann, durch eine vor Lösung der bosnischen Frage erfolgende Beilegung des Boykott indirekt einzugestehen, daß die Bewegung keine unter dem Eindruck der Annexion von selbst entstandene, sondern eine künstlich arrangierte sei. Auch sprechen manche Anzeichen dafür, daß das Comité faktisch seinen Einfluß aufs Spiel setzen würde, wenn es die Bewegung rückgängig macht, bevor es sich der ottomanischen Öffentlichkeit gegenüber auf gewisse Errungenschaften berufen kann, wie es die Zugeständnisse wären, welche man in den Pourparlers von uns zu erlangen hofft. Zum Ministerial-

erlaß vom 9. d. M. Nr. 2288.^{b)} Ich halte das Vorhandensein einer gegen Österreich-Ungarn gerichteten Abmachung zwischen Jungtürken und Serben für sehr unwahrscheinlich. Bericht durch den Kurier. Gleichlautend Konstantinopel 104. Rappaport.

^{a)} Vgl. n. 600, 602, 606, 612. — ^{b)} Mit diesem Erlaß wird ein Tel. aus Belgrad vom 4. Nov. 1908 Nr. 145 mitgeteilt, das — offenbar auf Grund apokrypher Dokumente (vgl. Anm. b zu n. 98) — meldet, der Verein Slovenski Jug habe vom jungtürkischen Delegierten Riza Bey das Versprechen erhalten, daß die von ihm geleitete Bandenbewegung durch den Belgrader türkischen Gesandten werde unterstützt werden. Vgl. n. 598.

Nr. 594. Tel. aus St. Petersburg. 17. Nov. 1908 Nr. 194 (eing. 18. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten verlas mir gestern Telegramm russischen Gesandten in Belgrad über Beschluss der dortigen Vertreter der Mächte betreffs Demarche bei serbischer Regierung zur Verhinderung erstens der Truppen-Aufstellung längs der Grenze, zweitens der Bildung von Banden zum Uebertritt nach Bosnien und der Herzegowina. Herr Iswolsky erklärte sich mit diesem Beschluss einverstanden. Gleichzeitig machte Minister Bemerkung, dass falls Komplikationen zwischen uns und Serbien entstehen sollten, hiesige Regierung schweren Stand haben werde gegenüber öffentlicher Meinung des Landes. Nach den hier massgebenden Orten eingelaufenen Informationen hätten in Serbien provokatorische Manifestationen, namentlich auch Boykott nahezu aufgehört und herrsche in Belgrad verhältnissmässig Ruhe. Habe nicht verfehlt, bei diesem Anlasse peinlichen Eindruck zu verdolmetschen, den Kronprinzen Rede in Wien hervorgerufen. Inhalt heute erhaltenen hohen Telegrammes Nr. 144 vom 16. d. M. im Wesentlichen Herrn Iswolsky mitgeteilt. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 595.

Nr. 595. Tel. aus Belgrad. 18. Nov. 1908 Nr. 170 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Russischer, französischer und englischer Gesandter haben die Ermächtigung erhalten, die vereinbarten zwei Punkte (mein Telegramm No. 166 vom 16. d. M.) schriftlich der serbischen Regierung zu überreichen. Démarche erfolgt heute abends durch jeden Vertreter einzeln. Mein deutscher Kollege hat noch keine Antwort aus Berlin, schliesst sich aber auf Grund seiner allgemeinen Instruktion dem Schritte an, vermutlich auch der italienische Geschäftsträger. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 41 Nr. 65. Vgl. n. 594, 596.

Nr. 596. Tel. aus Belgrad, 18. Nov. 1908 Nr. 172 (eing. 19. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 170 von heute. Die fünf Vertreter haben Démarche unternommen und wurden jeder einzeln vom Ministerpräsidenten und dem tatsächlichen Leiter des Auswärtigen Amtes

Sektionschef Spalajković empfangen. Es wurde ihnen erwidert: Auf Punkt 1: mehrere Regimenter hätten bereits den Befehl erhalten, in ihre früheren Garnisonen zurückzukehren, alle anderen Truppen würden denselben in den nächsten Tagen erhalten (Dies ist nach Nachrichten des k. u. k. Militärattachés beiläufig richtig: der Hauptgrund die Winterkälte und die sehr mangelhaften Unterkünfte der aus ihren Garnisonen und Kasernen an andere Punkte kommandierten Truppen). Es würden nur schwache Detachements entlang der Grenze belassen, da die Gendarmerie für den Grenzdienst nicht genug zahlreich sei. Auf Punkt 2: Bandenbildungen seien streng verboten, fänden auch auf serbischem Territorium nicht statt. Es sei Vorsorge getroffen, dass nicht nur keine Bande, sondern auch kein bewaffneter Mann aus Serbien die Grenze überschreiten könne. Nach dieser Antwort hielt Sektionschef Spalajković eine längere Rede, um die unbedingte Korrektheit Serbiens gegenüber uns und unserem Vorgehen auseinanderzusetzen. Der deutsche Gesandte benützte diesen Anlass, um auf Grund seines Materiales in sehr scharfer Weise sich über diese angebliche Korrektheit zu äussern und die serbischen Kriegsvorbereitungen und Provokationen aufzuzählen. (Fortsetzung folgt.) Forgách.

a) Vgl. n. 597.

Nr. 597. Tel. aus Belgrad, 18. Nov. 1908 Nr. 173 (eing. 19. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung vom Telegramm Nr. 172. Beim hierauf sich entwickelnden Wortwechsel wurde Spalajković so heftig, dass deutscher Vertreter nur mehr sich an Ministerpräsidenten wandte. Ueber die Einberufung der Reserven sagte letzterer, dies sei eine berechnete, nicht aussergewöhnliche Massregel, welche Serbien alljährlich vornehme. Unterredung mit anderen Vertretern war kürzer, teils wegen vorgerückter Stunde, teils weil dieselben wahrscheinlich Vortrag über serbische Korrektheit widerspruchlos anhörten. Nach der Unterredung wurde jedem Vertreter zur Unterbreitung an seine Regierung ein mit drei Beilagen versehenes aide-mémoire überreicht. Dasselbe dankt den Mächten für ihre wiederholten Ratschläge und Sympathie, betont die serbische Korrektheit, enthält Anschuldigungen gegen Oesterreich-Ungarn und endet wörtlich wie folgt: „Le gouvernement serbe garde l'espoir que les conseils amicaux que les puissances voudront bien faire à Vienne mettront un terme aux agissements de la monarchie voisine, qui sont manifestement contraires aux principes du droit international ainsi qu'aux traités internationaux et qui causent des graves préjudices aux intérêts privés à la circulation et au commerce international“. Beilage I enthält Beschuldigungen gegen die Sprache unserer Presse, Verhöhnung König Peters in Wiener Theater, Behandlung des (Kronprinzen)^{b)} auf der Durchreise nach Russland u. s. w. Beilage II spricht ausführlich von unseren Kriegsvorbereitungen (zum Beispiel ein Armeekorps auf Kriegsfuss in Temesvár!), Grenzüberschreitungen durch unsere Truppen u. s. w. Beilage III zählt alle Waren auf, die infolge des Waffenausfuhrverbotes aufgehalten wurden. Ich hoffe morgen Kopie des aide-mémoire und seiner Beilagen Euer Exzellenz unter-

breiten zu können. Obwohl Schriftstück nicht offiziell für unsere Kenntnissnahme bestimmt, so ist die unverschämte Sprache, welche Serbien über uns den Signatarmächten gegenüber sich zu führen erlaubt, eine neue starke Anforderung an unsere Geduld. Die Verantwortung für dieses Schriftstück fällt auf Sektionschef Spalajković, dessen Hass gegen uns zu einer psychopathischen Erscheinung wird und dessen Entfernung von der leitenden Stelle im Auswärtigen Amte eine notwendige Bedingung zur Erhaltung normaler diplomatischer Beziehungen zu Serbien wäre. Forgách.

a) Vgl. n. 614, 656. — b) Chiffre fehlt.

*Nr. 598. Bericht aus Belgrad, 18. Nov. 1908 Nr. 78 A (eing. 20. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Im Nachhang zu meinem ergebensten Telegramm No. 169^{b)} von gestern beehre ich mich Euer Exzellenz in der Anlage das Protokoll über die XXXII. Sitzung des Slovenski Jug sowie jenes über den streng geheimen Teil der Sitzung gehorsamst zu unterbreiten. ... *Wiedergabe des Inhalts der beiliegenden Protokolle ...* Forgách.

a) Vgl. n. 98 Anm. b, 593 Anm. b, 631 Anm. a, 783, 1106. — b) Nicht aufgenommen.

Erste Beilage zu n. 598. Amtliche Übersetzung eines apokryphen Dokuments.

Protokoll der XXXII. Sitzung der Zentralleitung des Slovenski-Jug.

Gegenwärtig: Präses Božo Marković,

Unterpräses Ljuba Jovanović,

Mitglieder: Ljuba Davidović, Mih. Jovanović.

Božo Marković: Meine Herren, nachdem unsere montenegrinischen Brüder auf unseren Vorschlag eingegangen sind und in Cettinje den Ausschuss für Propaganda gegründet haben, ist es unsere Pflicht, dass wir unsere Freunde in der Herzegovina hievon in Kenntnis setzen, und unserem Mitarbeiter Donimković anempfehlen, daß er mit einer gewissen Reserve in Beziehungen zu Cettinje treten kann.

Wir werden, meine Herren, auch dafür Sorge tragen, daß unsere Brüder in Mostar und Trebinje sich eine gewisse Reserve in ihren Beziehungen und in der gemeinsamen Tätigkeit mit Cettinje auferlegen. Wir sind sicher, meine Herren, daß der „Cettinjer Ausschuss“ in welchem unsere Freunde Vuković und Cerović sitzen, nicht irgend etwas auf eigene Faust unternehmen wird und dass er nicht seine Interessen den unsrigen vorziehen wird. Im übrigen werden wir gleich nach den ersten Tagen, wenn der „Cettinjer Ausschuss“ zu funktionieren beginnen wird, sehen, was uns die Unsrigen aus der Organisation sagen werden.

Ljubo Jovanović: Ich, meine Herren, zweifle nicht daran, daß Gavro Vuković nicht zulassen wird, daß in der Herzegovina irgend etwas getan werde, was unsere Interessen schädigen würde, aber es ist doch gut, daß der Herr Präses erwähnt hat, daß unsere Freunde in den Beziehungen mit dem

„Cettinjer Ausschusse“ eine gewisse Reserve beobachten sollen. Ich habe, meine Herren, Kujundžić Weisungen zugesendet und werde Euch bei der Beratung referieren.

Ljubo Davidović: Mir scheint es, meine Herren, dass Ihr mit einer gewissen Angst (Frostigkeit) in eine gemeinsame Arbeit mit den Brüdern aus Montenegro eintretet, und, wie es mir scheint, seht Ihr voraus, dass der „Cettinjer Ausschuss“ der Patrioten seine Arbeitstätigkeit zum Schaden der unsrigen durchführen wird. Wenn dem so ist, dann wäre es am Richtigsten gewesen, mit denen in Cetinje gar nichts zu beginnen.

Božo Marković: Gestatten Sie, Herr Davidović! unser Freundschaftsverhältnis mit Cetinje datirt erst von einigen Wochen und Seine Hoheit der Herr von Montenegro hat vor einer gewissen Zeit die serbischen Dinars verdächtigt. Wenn wir daran denken, dass der Fürst die ganze Tätigkeit des Ausschusses des Nationalheiles kennen wird, so werden Sie gestatten, Herr Davidović, dass wir uns — trotz aller Versicherungen von Aufrichtigkeit der Arbeit in Cetinje — doch eine gewisse Reserve auferlegen. Wenn sich aber erweisen wird, daß es nicht nötig ist an die Aufrichtigkeit ihrer Tätigkeit zu zweifeln, so werden auch wir mit voller Aufrichtigkeit entgegkommen.

Jetzt, meine Herren gestatten Sie, daß ich Ihnen mitteile, daß ein vorläufiges Übereinkommen zwischen dem jungtürkischen Komité beziehungsweise dem Verein „Einigkeit und Fortschritt“ und unserem Ausschusse für Nationalverteidigung geschlossen wurde. Dieses Übereinkommen ist, meine Herren, deshalb ein „vorläufiges“ weil ein definitives zwischen uns und dem Bandenkomitéausschusse einerseits und dem jungtürkischen Ausschuss des Vereins „Einigkeit und Fortschritt“ andererseits erst dann abgeschlossen werden wird, wenn es von officieller Seite bei uns und bei ihnen genehmigt werden wird.

Die Details über dieses „vorläufige“ Übereinkommen werde ich gelegentlich der Beratungssitzung mitteilen.

Ljubo Jovanović: Für unsere Interessen ist dieses vorläufige Übereinkommen, meine Herren, doch gut, denn wir werden dadurch viel größere Bewegungsfreiheit im Sandschak haben.

Hadži Jaksić hat mir, meine Herren, mitgeteilt, daß sie bei ihrer letzten Versammlung beschlossen haben, dass sie je eine unserer Banden in Sjenica, Nova Varoš und Plevlje aufnehmen können. Nur sagt Jaksić, dass es notwendig sein wird, Einigen etwas Geld zu geben und er verlangt deshalb 2500 Dinars, denn es wird den Bandenmitgliedern Engagement gesichert sein bis zum Monate März. Deshalb möchte ich, meine Herren, bitten, zu entscheiden, ob wir oder der Ausschuss für Nationalverteidigung diese Ausgabe tragen sollen.

Božo Marković: Meine Meinung ist, meine Herren, dass diese Frage die gemeinsame Sitzung zu entscheiden hätte, weshalb der Herr Unterpräses bei dieser Sitzung diese Frage aufwerfen möge.

Da ich, meine Herren, mit Euerem Einverständnis, im Namen der Zentrallleitung mit dem Herrn Minister vereinbart habe, dass wir keine neue Arbeit unternehmen werden, welche unsere Freunde aus der Organisation ins

Wanken und unsere Brüder in Verirrung bringen könnte, so werden wir uns so verhalten, wie ich Euch bei unserer XXX. Sitzung referirt habe. Ausgenommen — wenn das Memorandum oder irgend eine Ergänzung in der gemeinsamen Tätigkeit mit den mohamedanischen Brüdern nötig würde.

Jetzt bitte ich Euch: zur Beratung.

Nach der Beratung.

Ljuba Jovanović: Gestatten Sie, meine Herren, unsere Protokolle werden zwar von Berufenen und Unberufenen im Ministerium gelesen, aber ich muß konstatiren, daß die Regierung des Herrn Pašić mehr Interesse für jene kaiserlichen Sklaven gehabt hat. Sie wissen, meine Herren, auch selbst, daß dies so ist, und daß ich nicht als Partisan rede, denn in diesen heiligen Hallen hat die Parteilichkeit keinen Platz sondern nur die Sorge und der Kummer um unsere unbefreiten Brüder. Für fast ein halbes Jahr ist uns kaum der Betrag von 20.000 Dinar gegeben worden und mit diesem Sümmechen sollen wir disponiren!

Božo Marković: Ich glaube, Herr Jovanović, dass es nicht am Platze ist ihre Vorwürfe an diese oder jene königliche Regierung in unser Protokoll aufzunehmen, Sie können reden, der Herr Sekretär ist aber nicht verpflichtet, Ihre Worte in dieses Protokoll aufzunehmen.

Ljubo Davidović: Ich sehe wieder nicht ein, daß die Regierung des Herrn Pašić für die Interessen des Serbentums mehr getan hätte, als die jetzige oder eine andere.

Gestatten Sie Herr Präses, daß meine Worte ganz frei in das Protokoll aufgenommen werden, denn ich spreche so, wie wir alle fühlen. Es ist uns bekannt, daß was immer für eine Regierung am Ruder sein möge, sie eher für alles andere Sorge tragen wird als für die nationalen Interessen unseres Vaterlandes.

Dies beweisen aber am deutlichsten unsere Kassenausweise und die Jahresrechnungen.

Božo Marković: Die Kasse erfolge folgende Ausgaben:

- | | |
|--|-----------|
| 1) Der Lesehalle in Banjaluka | 400 Dinar |
| 2) Dem akademischen Verein Lora ^{a)} in Wien..... | 600 „ |
| 3) Dem akademischen Verein Rad in Wien | 600 „ |
| 4) Vukosav Gruberović in Banjaluka in 2 Raten je | 500 „ |
- Belgrad, 2. November 1908.

Wir beglaubigen dieses Protokoll

B. Marković m. p.

Lj. Davidović m. p.

^{a)} So! Wohl für Zora.

Zweite Beilage zu n. 598. Amtliche Übersetzung eines apokryphen Dokuments.

Beratungsbeschlüsse und Entscheidungen über vorgebrachte Anträge bei der XXXII. Zusammenkunft des „Slovenski Jug“.

Belgrad, 2./15. November 1908.

I. Gemeinschaftliches mit Montenegro.

Referat des Herrn Unterpräses: Referiert der Zentralleitung, daß es aus verschiedenen Gründen nötig ist, daß die Vertrauensmänner der Zentralleitung, hauptsächlich aber die Führer der Bewegung in der Hercegovina und in Dalmatien in ihren Beziehungen zum Ausschuss des „Nationalen Heiles“ in Cetinje, nicht zu sehr die Ratschläge dieses letzteren Ausschusses befolgen.

Weisung für Kosta Kujundžić (Livno).

Referent legt die Weisungen für Kosta Kujundžić vor und bezeichnet diesen, im Verein mit dem Ausschuss in Cetinje, als den Leiter der politischen Arbeiten in der Hercegovina.

Die Weisungen lauten:

1.) Herr Kosta Kujundžić aus Livno wird mit dem Ausschusse „für das nationale Heil“ in Cetinje, nur dann arbeiten, wenn mit der projektierten Arbeit nicht gegen die allgemeine Intention des Serbentums gegangen wird.

2.) Als unterstützende Beiräte wird Kujundžić ausser Uroš Krulj, Dučić und Stojanović noch zwei Andere auswählen.

3.) Kujundžić wird sich darum bekümmern, daß seine Beschlüsse über die Cooperation mit dem Ausschuss in Cetinje rechtzeitig entweder an die Zentralleitung in Belgrad, oder an das Konsulat in Budapest gelangen.

1. Entscheidung.

Die Zentralleitung nimmt auch in allen Details das Referat des Herrn Unterpräses an, ebenso genehmigt sie die vorgelegten Weisungen an Kosta Kujundžić.

II. Vereinbarung mit dem jungtürkischen Ausschusse „der Einigkeit“.

Referat des Herrn Präses.

Setzt die Zentralleitung über die Verhandlungen des Abgesandten der Nationalverteidigung mit den jungtürkischen Vereinsausschüssen „Einigkeit“ und „Fortschritt“ in Kenntnis.

Das Übereinkommen ist als vorläufiges zu bezeichnen und enthält bloss die 6 folgenden Punkte:

Punkt 1. Die Leitung des Vereines „Einigkeit und Fortschritt“ wird insoferne er hiezu die Macht hat, veranlassen, dass dem serbischen Volke im Sandschak Novipazar keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, wenn dieses versuchen sollte, sich in einzelnen Städten des Sandschak Novipazar in Vereinen zu gruppieren; nur dürfen diese Vereine nicht zum Zwecke haben: die erzielten Verhältnisse im Sandschak in irgend welcher Weise zu stören.

Punkt 2. Die Leitung des Vereins „Einigkeit und Fortschritt“ verpflichtet sich, dass sie ihrerseits bei den Bewohnern mohamedanischer Religion, alle Vorkehrungen treffen wird, damit keine Streitigkeiten mit jenen Vereinen, die die Serben gründen werden, entstehen.

Punkt 3. Im Falle, dass Serbien im Kriegsverhältnisse zu Österreich-Ungarn stehen würde, wird die Leitung des Vereines „Einigkeit und Fortschritt“ ihrerseits veranlassen, dass die Bandenkolonnen freien Durchzug durch den Sandschak haben werden.

Punkt 4. Im Falle, dass die Türkei mit irgend einem Staate auf Kriegsfuß stehen sollte, verpflichtet sich der Ausschuss für Nationalverteidigung

in Belgrad, dass er gleich 100 Banden, jede zu 30 Mann, organisieren wird, und diese mit allen Kriegsausrüstungen, sowie auch mit Bomben, Dynamit und anderen Sachen versehen wird.

Punkt 5. Im Falle, dass die Türkei und Serbien zu den Waffen zu greifen bemüht wären, wird der Ausschuss für Nationalverteidigung bei den Vereinen gleicher Tendenz in Belgrad veranlassen, dass sie gemeinsam vorgehen, so daß die Serben in Bosnien und der Hercegovina mit einem allgemeinen Aufstande eingreifen. Bei der mohamedanischen Bevölkerung werden die jungtürkischen Vereinigungen in analoger Weise vorgehen.

Punkt 6. Der Ausschuss für Nationalvereinigung^{a)} in Belgrad und die Leitung des Vereines „Einigkeit und Fortschritt“ erklären durch dieses Übereinkommen in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten.

Im Bedarfsfalle kann dieses Übereinkommen auch ergänzt werden.

2. Beschluß: Die Zentralleitung hat das Referat des Herrn Präses zur Kenntnis genommen und entscheidet, dass das Präsidium und jene, welche mit den jungtürkischen Ausschüssen verhandelt haben, das Übereinkommen der königlichen Regierung und dem türkischen Gesandten in Belgrad zur Kenntnissnahme vorlegen sollen.

III. Tätigkeit des Ausschusses für Nationalverteidigung.

Referat des Herrn Präses:

Setzt die Zentralleitung in Kenntnis, dass der Ausschuss für Nationalverteidigung eine Sitzung abgehalten hat, bei der beschlossen wurde, dass alle Ausschüsse vom Inneren des Landes den Ausschuss in Belgrad in Kenntnis setzen sollen, wieviele Freiwillige sich bis zum 1. November angemeldet haben und wieviel freiwillige Beiträge in Geld, Effekten und sonstigen Sachen, eingelaufen sind. Wenn diese Ausschüsse aus der Provinz geantwortet haben werden, dann wird der Ausschuss für Nationalverteidigung, im Verein mit dem Bandenkomiteeausschüsse entscheiden, was weiter zu tun ist.

3. Beschluß. Die Zentralleitung hat das Referat über die Tätigkeit des Nationalverteidigungsausschusses zur Kenntnis genommen und entscheidet, dass der Präses die Interessen der Zentralleitung beim Ausschuss des Nationalverteidigungsverbandes wahrnehmen soll.

IV. Unterstützung für Vukosav Gruberović in Banjaluka.

Referat des Herrn Unterpräses:

Setzt die Zentralleitung in Kenntnis, daß Vukosav Gruberović mitgeteilt hat, dass er in den Ortschaften der Umgebung gegen 100 Jünglinge gefunden hat, welche bereit sind, den Aufstand zu beginnen, sobald der erste serbische Soldat die Drina überschreitet. Gruberović glaubt, dass es nicht schlecht wäre, wenn man diesen Leuten etwas Geld geben würde, denn es sind durchgehends arme Leute. Gruberović hat für diese Aktion aus seinem Gelde 200 Kronen ausgegeben.

4. Beschluss. Die Zentralleitung hat nach Anhörung dieses Referates des Unterpräses genehmigt, Gruberović 100 Dinar zu erfolgen.

Zentralleitung.

Unterpräses:

Lj. Jovanović m. p.

^{a)} So!

Präses:

B. Marković m. p.

*Nr. 599. Bericht aus Belgrad, 18. Nov. 1908 Nr. 79 (eing. 20. Nov.)^{a)}
Ausfert.*

Streng geheim. Mit dem streng geheimen Erlasse No. 2304 vom 10. d. Mts. hatten Euer Excellenz die Gewogenheit, mir eine Kopie des durch Konfidenten dem hohen Ministerium zugekommenen, zwischen Serbien und Montenegro abgeschlossenen Protokolles zukommen zu lassen.

In Befolgung des hohen Auftrages, womöglichst die Authentizität dieses Schriftstückes zu constatiren, konnte ich zu keiner sicheren Schlussfolgerung gelangen. Dass gelegentlich der Anwesenheit des Brigadiers Vukotić ein vollständiges Einvernehmen zwischen Serbien und Montenegro zur gemeinsamen Bekriegung Österreich-Ungarns erzielt wurde, erlaubte ich mir bereits damals zu melden.^{b)} Es verlautete hier allgemein, dass diese Verständigung zu Papier gebracht und von den hiezu bevollmächtigten Herrn Velimirović und Vukotić gefertigt wurde. Gewöhnlich gut unterrichtete Quellen behaupteten stets, dass der montenegrinische Abgesandte mit einer sofortigen grösseren Subvention aus serbischen Staatsgeldern abgereist sei, und dass vorläufig dem Herrscher der schwarzen Berge zwei Millionen seitens Serbiens in Aussicht gestellt wurden. Diese Summe würde mit dem Artikel V des Euer Excellenz zugekommenen Schlussprotokolles stimmen. Der Styl dieses Schriftstückes entspricht dem bombastischen Überschwange der meisten serbischen Geheim-Verträge. Stutzig macht mich nur der angebliche Artikel IX, der beinahe auf eine „Verschmelzung“ der zwei Staaten ausgeht, welche nicht im Interesse der serbischen Dynastie liegen kann. Allerdings wird einerseits König Peter sowie sein Interesse hier stets kaum beachtet, andererseits wird in Serbien an eine Notwendigkeit, Details von geheimen Vereinbarungen einzuhalten überhaupt nicht gedacht. Im Grossen und Ganzen bin ich eher geneigt, an die Authentizität des geheimen Dokumentes zu glauben. Bei der wahrscheinlich sehr eiligen Abschrift desselben oder bei dessen Übersetzung mögen einzelne Ungenauigkeiten und Abweichungen erfolgt sein, aber sein Inhalt dürfte den getroffenen serbisch-montenegrinischen Abmachungen entsprechen.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 609, 1009. — ^{b)} Vgl. n. 380, 389, 421, 581 erste Beilage Anm. a.

Nr. 600. Privatschreiben aus Konstantinopel, 18. Nov. 1908 (eing. 21. Nov.)^{a)} Ausfert.

Wie ich Euer Excellenz zu melden die Ehre hatte, versprach mir am letzten Montag der Grossvezir, dass er Alles thun werde, damit der Boycott gegen unsere Waaren und Schiffe bald ein Ende nehme. Ich bin überzeugt, dass Kjamil Pascha dieses Versprechen ganz aufrichtig gemeint hat, eine andere Frage ist es aber, ob er auch im Stande sein wird, sein Versprechen zu halten. Seit einem Monat wird gehetzt und heute trauen sich sogar solche Leute, die von der Schädlichkeit dieser Bewegung überzeugt sind, nicht dagegen aufzutreten. Ich habe es versucht auf türkische Journalisten, die sich über die Situation ganz klar sind, einzuwirken; sie antworteten mir, unter den jetzigen Verhältnissen könnten sie nichts machen, sie würden als

Vaterlandsverräther gebrandmarkt werden. Hiezu kommt noch das materielle Interesse weiter Kreise, welche in dem Boycott eine Quelle ihrer Bereicherung sehen und daher das Feuer immer von Neuem schüren. Unter diesen Umständen wird die Lage eine immer ernstere. Es fehlen uns die Mittel, gegen die Bewegung mit Erfolg aufzutreten. Ich bin noch heute der Überzeugung, dass die türkische Regierung früher oder später in der Frage der Anerkennung der Annexion nachgeben muss, da sie die Conferenz braucht, aber eine ganz andere Frage ist es, selbst wenn wir in diesem Punkte zum Ziele gelangen, wie es in Hinkunft mit unserer politischen Stellung und mit unseren wirtschaftlichen Interessen in diesem Lande stehen wird. Ich habe gleich von Anfang, als ich von unserer Absicht in Betreff der Annexion Bosniens hörte, auf die möglichen Folgen hingewiesen, welche dieser Schritt nach sich ziehen kann; ich habe aber nicht vorausgesehen, dass die Erregung im Volke eine so tief gehende sein wird und dass wir mit einer bleibenden Schädigung unserer wirtschaftlichen Interessen im türkischen Reiche zu rechnen haben werden. Man sieht in uns die Feinde des neuen Régimes und dies ist der Grund dieser so tiefgehenden Bewegung, der man nicht so leicht Herr werden kann. Versicherungen, Argumente und selbst Drohungen sind da ganz fruchtlos, wir müssen mit Thaten den Beweis erbringen, dass wir der neuen Türkei nicht feindlich gesinnt sind. Von diesem Gesichtspunkte aus und zur Sicherung unserer künftigen Stellung in diesem Lande wird es meiner Ansicht nach nothwendig sein, so schnell als möglich zu handeln. Ein Mittel hiezu bieten die von dem Saloniker Comité aufgestellten Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Wie ich aus verschiedenen Anzeichen sehe, beschäftigt man sich in gouvernementalen Kreisen eingehend mit diesen Fragen und mit der Idee, an die Mächte mit der Bitte heranzutreten, diesfalls der Türkei Concessionen zu machen. In einem Gespräche, welches ich kürzlich mit Herrn Laurent, dem neuen Finanzbeirath der Pforte hatte, erwähnte derselbe, dass die Türkei eines grösseren Anlehens bedürfe und dass man leicht für ein solches Anlehen die Garantien finden könnte, wenn die Mächte in der Frage der Zollerhöhung bis auf 15%, in der Frage der Monopole, er nannte ganz besonders das Monopol auf Petroleum, dann in der Frage der Patentsteuer, Concessionen machen würden. Herr Laurent erwähnte auch die fremden Postanstalten und meinte, dieselben könnten bleiben so wie sie sind, nur müsste der Gewinn, den die fremden Regierungen aus ihren türkischen Postanstalten ziehen, der Türkei zugewendet werden. Allein die Erhöhung der Zölle und die Einführung des Petroleummonopols würden ein Anlehen von 30—40 Millionen Pfund ermöglichen. Ich konnte aus diesen Äusserungen entnehmen, dass Herr Laurent diese Frage schon eingehend studiert und wahrscheinlich mit den türkischen Staatsmännern besprochen hat. Es könnte also leicht der Fall eintreten, dass irgendeine andere Macht die Initiative ergreift, welcher auch wir, wenn alle Mächte zustimmen sollten, schliesslich folgen müssten, ohne aber den grossen Nutzen zu haben, der Türkei durch unsere Initiative wirklich einen Beweis unseres Wohlwollens gegeben zu haben. Ähnlich verhält es sich auch mit der Frage unseres Cultusprotektorates. Meiner unmassgeblichen Meinung nach steht heute die

Frage so: Werden wir in der Zukunft unter den geänderten Verhältnissen in der Türkei im Stande sein, unser Cultusprotektorat in der bisherigen Form und im jetzigen Ausmasse aufrechtzuerhalten? Ich glaube schon jetzt annehmen zu müssen, dass die Antwort hierauf eine negative sein wird. Wir werden, wenn es überhaupt auf Grund der neuen Constitution zu geregelten Zuständen kommt, früher oder später in dieser Hinsicht Concessionen machen müssen und ich glaube, dass ein Nachgeben zur rechten Zeit hier grossen Eindruck machen und viel dazu beitragen würde, der falschen Vorstellung, dass wir die Feinde des neuen Régimes sind, ein Ende zu bereiten. In der letzten Zeit hat sich übrigens das neue Régime merklich consolidiert. Es zeigt sich immer deutlicher, dass dieses Régime in der Armee die stärkste Stütze hat. Die Armee hat die Umwälzung hervorgerufen und steht heute noch an der Spitze der Bewegung. Sie ist gegenwärtig der wichtigste Faktor im türkischen Staatsleben. Die Türkei wird, wenn sie überhaupt erhalten werden soll, wieder das werden, was sie immer war, ein Militärstaat. Nur die Armee kann die Herrschaft der Türken erhalten und Alles wird davon abhängen, ob es gelingt, die Armee zu einer soliden Stütze des türkischen Staatswesens zu machen. Die bisherigen Erfahrungen in dieser Beziehung sind keine schlechten. Dies hat sich hauptsächlich in der verhältnissmässig raschen Mobilisierung der zwei Armeecorps an der bulgarischen Grenze gezeigt. Heute steht eine gut bewaffnete Armee von 200.000 Mann Bulgarien gegenüber und die früher so oft verfochtene Annahme, dass die bulgarische Armee binnen zwei Wochen vor Constantinopel stehen würde, findet heute schon keine Verfechter mehr. Auch die Ruhe im Innern wird jetzt mit mehr Erfolg aufrecht erhalten. Es gibt wohl noch der Schwierigkeiten genug, aber man tritt überall mit Energie auf. Diese Energie hat sich ganz besonders in Constantinopel selbst bewährt. Seit zwei Wochen ist vollkommene Ruhe eingetreten namentlich seitdem man gegenüber der Yildizbesatzung Ernst gemacht hat. Jetzt ist Alles wieder in ganz ruhiges und normales Fahrwasser getreten. Diese Erfolge sind nur dem Umstande zuzuschreiben, dass heute an der Spitze der Armee durchaus tüchtige, meistens in Deutschland ausgebildete Generäle stehen, die nicht mehr wie ehemals die Hände durch das Palais gebunden haben. Letzterer Umstand würde sich gewiss auch im Falle eines Krieges zeigen; die Türken sind heute ein ernster Gegner respective ein werthvoller Verbündeter. Aber nicht allein auf dem Gebiete der Armee sondern auch in Bezug auf die Entwicklung der inneren Verhältnisse geht es jetzt viel besser. Die Wahlen finden mehr oder weniger anstandslos statt und werden eine starke Majorität des mohammedanischen Elementes ergeben. Eine Schattenseite ist, dass die Comités auch nach Constituierung des Parlamentes aufrecht erhalten bleiben werden. Dies kann zu neuen Quellen von Schwierigkeiten werden, namentlich da es sich jetzt schon zeigt, dass verschiedene Strömungen in den Comités zur Geltung kommen. Während ich mit der Abfassung dieses Schreibens beschäftigt bin, erhalte ich das auch Euer Excellenz vorliegende Telegramm des Generalconsuls Rappaport No. 94 vom 17. I. M. Der Inhalt dieses Telegrammes bestätigt meine eingangs niedergelegte Ansicht, dass es Kjamil Pascha kaum gelingen

dürfte, den Boycott Einhaltung zu thun. Soeben erfahre ich auch aus unseren Handelskreisen, dass unter den Jungtürken bereits meine letzte Démarche beim Grossvezir bekannt geworden ist und dass gerade infolge dieser Démarche der Boycott mit erneuertem Nachdruck wieder aufgenommen wurde. Man erklärt nicht früher nachzugeben, bis nicht unsererseits irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden würden. Ich werde morgen wieder bei Kjamil Pascha intervenieren aber ich fürchte, dass er selbst ganz machtlos der Bewegung gegenüber steht. Unter diesen Umständen befinden wir uns in einem sehr unangenehmen circulus vitiosus und es droht immer mehr die Gefahr, dass unsere wirthschaftlichen Interessen in der Türkei sowie auch unsere politische Stellung daselbst bleibenden Schaden erleiden werden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 608, 621.

Nr. 601. Zirkulartelegamm des türkischen Ministers des Äußern; Konstantinopel, 18. Nov. 1908 Nr. 135 (mitgeteilt vom türk. Geschäftsträger am 19. Nov.).a) Abschrift.

Le Gouvernement Impérial Ottoman, après avoir mûrement étudié le programme élaboré par les Gouvernements d'Angleterre, de Russie et de France en vue de la conférence à réunir pour le règlement des affaires à l'ordre du jour, s'empresse de faire connaître aux Grandes Puissances sa manière de voir au sujet des bases qui doivent former exclusivement l'objet des délibérations de la conférence et qui, d'après lui, sont les suivantes: 1° Bulgarie: sa position juridique, ses baux financiers pour le passé et l'avenir envers la Turquie tant du chef du tribut que de sa quote-part à la Dette Publique Ottomane en capital, intérêts et arrérages; les vakoufs et autres droits de l'Etat Ottoman; 2° Roumélie Orientale: sa position juridique, ses baux financiers pour le passé et l'avenir envers la Turquie du chef de sa redevance en capital et arrérages, les vakoufs et autres droits de l'Etat Ottoman; les droits et intérêts respectifs du Gouvernement Ottoman et de la Compagnie des Chemins de fer orientaux dans la question des lignes ferrées; 3° Bosnie-Herzégovine: les droits à garantir au Gouvernement Ottoman dans le cas où les Puissances jugeraient indispensable de modifier la position juridique de ces Provinces; 4° Sandjak de Novi-Bazar; l'évacuation de ce district par les troupes austro-hongroises; 5° Articles 23 et 61 du Traité de Berlin: la suppression pure et simple de ces deux articles qui restent maintenant sans objet par suite du nouveau régime constitutionnel établi en Turquie et qui assure à tous les habitants de l'Empire un traitement égal sans distinction de race ou de religion; 6° Monténégro: les stipulations de l'article 29 du Traité de Berlin; 7° Serbie et Monténégro: les avantages à accorder à ces deux Etats. Le Gouvernement Ottoman déclare qu'il n'acceptera la discussion sur ce point qu'à la condition expresse, qui doit être admise d'avance par les Puissances, que ces avantages de quelque nature qu'ils soient, ne seront pas obtenus, d'aucune manière, aux dépens de la Turquie; 8° les droits des Etats balkaniques en tant que riverains du Danube; et 9° la question des capitulations et des bureaux postaux étrangers en

Turquie. Quant à la question de Crête, le Gouvernement Ottoman se réserve de l'examiner ultérieurement de concert avec les quatre Puissances protectrices et après le règlement des affaires faisant l'objet du programme ci-dessus. D'autre part, nous devons faire remarquer qu'en proposant au paragraphe 5 la suppression pure et simple des articles 23 et 61 du Traité de Berlin, notre but est d'éviter à la Conférence des difficultés qui, si elle déclare son intention de les discuter, ne manqueraient pas de se produire de la part des gens intéressés et malintentionnés qui profiteraient de cette circonstance pour pousser certaines classes de la population à formuler des demandes inacceptables allant tant à l'encontre du désir unanime d'apaisement qui anime les Puissances que du nouvel état de choses établi en Turquie par la Constitution. Je dois ajouter en outre que nous comptons sur la bienveillance amicale que nous manifestent les Grandes Puissances pour que les questions faisant l'objet du paragraphe 9 soient résolues dans le sens le plus favorable pour nous. Nous espérons que les Cabinets feront acte de justice envers nous en nous libérant au moins dès à présent d'une régime suranné en matière commerciale qui n'a plus aucune raison de subsister et qui nous cause un grand préjudice. C'est là un des points ayant une grande importance pour nous. Il en est de même des postes étrangères en Turquie dont la suppression s'impose.

a) Vgl. n. 591, 610, 620, 636.

Nr. 602. Tel. des Zivilagentenstellvertreter aus Saloniki, 18. Nov. 1908 Nr. 96 (eing. 19. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Hiesige türkische Zeitung „Zeman“ anerkennt zwar den patriotischen Zweck des Boykotts, stellt jedoch die anonymen Affichen (in welchen die kürzliche Verschärfung des Boykotts hier zum Ausdruck kam) als gesetzwidrig und als unlauterer Konkurrenz entsprungen dar. Geheim. Dass dieser Artikel erscheinen und in anderen Blättern reproduziert werden durfte, hängt offenbar mit den in meinem geheimen Telegramme von gestern^{a)} erwähnten Bemühungen Hilmi Paschas, beziehungsweise der unverbindlichen Andeutung Enver Beys zusammen. Gleichlautend Konstantinopel 106.

Rappaport.

a) n. 593.

Nr. 603. Tel. aus St. Petersburg, 18. Nov. 1908 Nr. 197 (eing. 19. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ministre des affaires étrangères m'a exprimé aujourd'hui regret des mesures militaires prises par nous pour protéger notre frontière, mesures signalées par dépêche de Votre Excellence en date du 16 novembre Nr. 144. En constatant que renforcement de nos garnisons frontières coïncidait avec action prise en considération par puissances auprès du gouvernement de Belgrade sans en attendre la réalisation et l'effet, Monsieur Iswolsky formule crainte que notre décision aurait repercussion regrettable en Serbie. Il affirme vouloir comme par le passé faire tout son possible pour amener détente, déclare cependant que procédés militaires, susceptibles d'être

mésinterprétés à Belgrade, lui rendraient tâche particulièrement difficile. J'ai fait valoir qu'il ne s'agissait que d'une mesure de police nécessitée par organisation ouverte de bandes en Serbie. Ministre veut avoir obtenu informations alarmantes de Vienne, notamment que parti militaire désirait guerre avec la Serbie. „Vous pouvez vous imaginer l'explosion que cela produirait ici.“ Je me suis appliqué d'opposer démenti catégorique à cette assertion et de développer au ministre notre façon d'envisager la question.

Berchtold.

a) Vgl. n. 613.

Nr. 604. Privatschreiben Kaiser Nikolaus' II. von Rußland an Kaiser Franz Josef I.; Carskoe-Selo, 5./18. Nov. 1908.a) Ausfert.

Le jubilé de soixante ans de règne que Tu fêtes cette année est trop mémorable pour que je puisse le laisser passer sans Te témoigner les sentiments que j'éprouve et les vœux que je forme dans une occasion aussi solennelle. Cette date évoque en moi le souvenir des liens et des rapports d'amitié qui depuis mon arrière-grand-père se sont perpétués jusqu'à moi. Désirant en cette circonstance Te donner une preuve de ma constante amitié, j'avais choisi mon frère, le Grand Duc Michel Alexandrovitch, pour être auprès de Toi l'interprète de mes sentiments. Malheureusement un deuil cruel vient de frapper ma famille en la personne de mon oncle bien-aimé le Grand Duc Alexis, dont le décès me force, bien à contre-cœur, de retenir mon frère en Russie. En regrettant sincèrement que le Grand Duc Michel ne puisse venir Te porter mes félicitations, j'ai recours à cette lettre pour Te prier d'agréer l'expression de mes sentiments aussi sincères qu'amicaux avec les souhaits les plus affectueux que je Te prie de recevoir tant de ma part que de celle de l'Impératrice. En formant des vœux fervents pour Ton bonheur et la prospérité de Ton Empire, si intimement liée à Ta personne, je tiens etc.

Nicolas.

a) Vgl. n. 505, 700, 703.

Nr. 605. Bericht aus Bukarest, 19. Nov. 1908 Nr. 60 A (eing. 21. Nov.). Ausfert.

Von Äusserungen Seiner Majestät des Königs während meiner vorgestrigen Audienz im Schloss Peleş möchte ich der Folgenden erwähnen: Ich hatte mir Seiner Majestät gegenüber die Bemerkung erlaubt, dass ich über die gegen uns gerichteten nationalistischen Hetzereien mit leitenden Persönlichkeiten der verschiedenen Partei-Schattirungen in Bukarest Rücksprache gepflogen und dieselben gebeten hätte auf ihre Freunde in dem Sinne einzuwirken, dass sie sich von den gegen uns getroffenen Veranstaltungen (meetings und dergleichen) ferne halten mögen. Der König bemerkte, dass ich in der Liste der Redner bei diesen meetings gewiss keine bekannten Namen gefunden hätte, was ich bestätigen musste; und auch die zwei Ausnahmen hievon — P. Gradisteano und Jorga — seien absolut nicht ernst zu nehmen. Von Ersterem meinte Seine Majestät, er sei Alkoholiker und

vom Andern, dass man seine Haltung nur belächeln könne. Der König erinnerte hiebei an eine sehr gesunde Lektion, welche Jorga vor einigen Monaten in der Kammer von Herrn Sturdza erhalten hätte, (und Letzterer stellte mir, als ich mit ihm nach der Audienz von Sinaia bis Bukarest zurückfuhr, in Aussicht, er hoffe Jorga demnächst wieder öffentlich seine Meinung sagen zu können). Gegen Leute wie Jorga, so meinte Seiner Majestät weiter, von Amtswegen vorzugehen, wäre ein grosser Fehler; man würde ihm und seinem nationalistischen Anhange, für welchen der König den summarischen Ausdruck „des mauvais drôles“ gebrauchte, nur einen Dienst erweisen. ... *Donaufage, Handelsvertrag*. ... Sehr impressionirt schien der König über die Kanzlerkrise in Berlin, über deren Ausgang Seiner Majestät zur Zeit meiner Audienz noch nichts Definitives bekannt war. „Eine so eingreifende Krise setzt in Constantinopel“ — so sagte der König — „das Prestige Deutschlands, wie ich die Orientalen kenne, gleich um 50% herunter.“ Über unsere militärischen Massnahmen im Bereiche des 15. Corps war Seine Majestät bereits unterrichtet und schien nicht ohne Besorgnis über den Effect, welchen diese Massnahme auf die krankhaft überhitzte Phantasie in Belgrad ausüben würde. Der König schien mir die Situation heute überhaupt weniger zuversichtlich zu beurtheilen als Anfang October anlässlich meiner letzten Audienz. Er sprach weniger als damals, aber gerade darin sehe ich ein Zeichen, dass Er die Lage für complicirt hält und Sich dementsprechend auch lieber weniger äussert. Von unseren Besprechungen in Constantinopel befürchtet der König, dass man sie nach gewohnter türkischer Art auf der Pforte endlos hinziehen wird. Seine Majestät erwähnte auch wieder der vehementen Sprache der englischen Presse gegen uns. Ich erlaubte mir hier die Bemerkung, dass die Engländer sich mit einem etwas naiven Enthusiasmus der Freude über die Wandlung im Innern des türkischen Reiches hingeben; dies müsse meiner unmassgeblichen Meinung nach der Beurtheilung über ihre jetzige Haltung zu Grunde gelegt werden. Bei diesem Anlasse meinte der König, England habe in Constantinopel den Glauben erweckt, dass Deutschland uns zur Annexion veranlasst habe. Diese Idee könne man jetzt den Türken nicht mehr austreiben. Der König lobte dann die Haltung Frankreichs im Interesse des Friedens, wobei freilich die grossen Geldinteressen in erster Linie massgebend seien. Seine Majestät der König sprach auch über die ungarische Wahlreform, dieselbe in etwas erregter Weise kritisirend. Ich erwiderte kurz, dass es den Rumänen in Ungarn gut gienge, dass sie sich des Wohlstandes erfreuen. Die Bestimmungen des neuen Gesetzes ermöglichten es übrigens, wie ich hinzufügte, Jedermann seine Wahlbefugnisse zu erweitern, wenn er sein eigenes Bildungsniveau entsprechend hebe. Ich habe bereits erwähnt, dass ich nach der Audienz Gelegenheit zu einem längeren Gespräche mit Herrn Sturdza hatte. Er sagte mir, der König hätte den allergrössten Wert darauf gelegt, Selbst nach Wien zu Seiner Majestät dem Kaiser zu kommen. Einen Moment habe Er sogar noch in der letzten Zeit daran gedacht es zu thun, aber dann hätte Ihn sein Gesundheitszustand doch zurückgehalten. Auch Herr Sturdza war mit der Bülow-Krise sehr beschäftigt. Er befürchtet von den inneren Schwierigkeiten in Deutschland in erster Linie die Erneuerung

der englischen Versuche in St. Petersburg Einfluss zu gewinnen. Die beim rumänischen Minister-Präsidenten beliebte Phrase „es herrscht da eine Verwirrung“, welche für ihn der schärfste Ausdruck der Missbilligung, um nicht zu sagen des Ekels, in Fragen der innern und auswärtigen Politik geworden ist, kehrte diesmal in der Conversation immer wieder. Grosses Misstrauen trug Herr Sturdza diesmal auch wieder gegen die Bulgaren zur Schau, welche wollen, dass das Exarchat in Constantinopel nach wie vor ein Centrum der Agitation für die macedonische Sache bleibe. Die Austragung der Fragen der Stellung des Exarchats und des Patriarchats, die Beschlagnahme des Letzteren von Athen aus einerseits und die Gefahr einer wieder wachsenden Beeinflussung desselben durch St. Petersburg andererseits führte Herrn Sturdza dann auf sehr interessante, aber ausserordentlich weitschweifige Betrachtungen politischer und religiöser Natur. Zwei Bemerkungen Herrn Sturdzas muss ich hier hervorheben, die mir actuell scheinen. Erstens, dass Bulgarien um die Erlaubnis bat, Dynamit „bei dem sich aber auch Munition befand“(!) durch Rumänien einzuführen, was er abgelehnt habe mit der Motivirung: „aus Gründen der Sicherheit.“ Zweitens scheint Herr Sturdza nicht ohne Besorgnis über die „entgegenkommende Haltung der Türkei den Balkanstaaten Serbien und Griechenland gegenüber. Habe man etwa einen Balkanbund im Sinne!“ Vor ein paar Wochen habe der türkische Gesandte (dieser hatte seine Antrittsaudienz um den 10. October herum, es müsste dies also seither gewesen sein) hier ein gemeinsames Bündnis mit Serbien und Griechenland angetragen. Er (Sturdza) habe natürlich abgelehnt mit folgender, dem türkischen Vertreter ertheilten Antwort: Man wisse doch in Constantinopel gewiß sehr genau die (durch die Bandenbewegung ad oculos demonstrirten) Aspirationen Griechenlands und Serbiens Macedonien gegenüber zu beurtheilen. Ebenso wisse man sicherlich auf der Pforte den militärischen Wert Griechenlands sowohl als Serbiens einzuschätzen!!! (Herr Sturdza sagt, dass übrigens auch wieder Anzeichen für bulgarische Bandenbildungen vorhanden sind.) „Was bedeuten also“, so meint Herr Sturdza, „nach all dem Obgesagten die Verbrüderungen und Umarmungen zwischen den Türken und den Angehörigen der Balkanländer, welche letztere doch zugleich auch nicht aufgehört haben nach Macedonien zu schielen! Ich wäre froh, wenn mich jemand über diese Erscheinungen aufklären könnte!“ Schönburg.

Tel. nach Konstantinopel, 19. Nov. 1908 Nr. 228 (chiffr. 6 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 612.

Nr. 606. Erlaß nach Konstantinopel, 19. Nov. 1908 Nr. 2454.^a) Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. In Bezugnahme auf Euer Exzellenz Bericht vom 9. d. M. Z. 91^b) und eingehend auf Ihren Wunsch, das Ausmass jener Koncessionen präcisirt zu sehen, welche in den Verhandlungen mit der Türkei unsererseits concedirbar wären, beehre ich mich Euer Exzellenz Nachstehendes mitzuteilen. Unser Entgegenkommen könnte sich in zweifacher Richtung manifestieren, und zwar erstens in Fragen wirtschaftlicher

Natur, zweitens in einer Präcisierung der Rechte des von uns ausgeübten Cultusprotektorates. Was den erstgenannten Fragencomplex anlangt, so wären wir unter gewissen Voraussetzungen bereit, a) einer namhaften Erhöhung der Wertzölle des türkischen Einfuhrstarifes, sowie b) der Einführung von Monopolen auf Zündhölzchen, Spielkarten, Zigarettenpapier und Petroleum in der Türkei zuzustimmen. Ausser der im Verfolge dieser Weisung zu präcisierenden principiellen Voraussetzung der Einstellung des Boycotts käme rücksichtlich der wirtschaftlichen Concessionen, zu denen wir bereit wären, Folgendes in Betracht. Die Zollerhöhung würde sich auf 4% erstrecken, es würden somit die Wertzölle des türkischen Einfuhrs-Tarifes von 11% auf 15% steigen. Diese Erhöhung würde jedoch auf die Erzeugnisse der Konfektions-Industrie keine Anwendung finden und ebenso müssten wir Wert darauf legen, dass die anderweitigen, etwa unter dem Schutze dieser Zollerhöhung entstehenden Industrieerzeugnisse der Türkei, insbesondere Zucker und Spiritus, einer dem Effekte des auf diese Artikel entfallenden Zollsatzes entsprechenden Verbrauchsabgabe unterworfen werden. Anderweitige einschränkende Bedingungen unsererseits an die Zustimmung zu diesen Zollerhöhungen zu knüpfen beabsichtigen wir nicht, wir würden auch von den bei der zuletzt bewilligten 3% Einfuhrszollerhöhung formulierten Vorbehalten absehen und uns bei den andern Mächten für diese neue Zollerhöhung einsetzen. Was die Einwilligung zur Einführung der obgedachten Monopole betrifft, so müssten wir diesbezüglich den Vorbehalt formulieren, dass unserer Industrie bei der Deckung des Bedarfes für die erwähnten Monopol-Artikel jener Anteil garantiert werde, den sie noch vor Einsetzen der Boycottbewegung (auf Grund ziffermässiger Ermittlungen) am Importe nach der Türkei bereits besass. Was die Frage unseres Cultusprotektorates anlangt, so bemerke ich diesbezüglich Nachstehendes: Ich teile vollkommen die in Euer Exzellenz eingangserwähntem Berichte zum Ausdruck gebrachten Anschauungen, denen zufolge ein formeller Verzicht auf unser Protektoratsrecht nicht am Platze wäre, es vielmehr genügen würde, dem Grossvezir gegenüber die Erklärung abzugeben, dass wir in Hinblick auf die in der türkischen Verfassung gewährte Gleichstellung aller Confessionen disponiert wären, mit der Pforte über den Modus der Ausübung unseres Schutzrechtes in einen Ideenaustausch zu treten. Zu Euer Exzellenz persönlicher Information füge ich bei, dass ich nicht abgeneigt wäre bei den seinerzeitigen concreten Verhandlungen gewisse Modificationen in der Ausübung dieses Schutzrechtes zuzugestehen, durch welche der Souveränitätsfrage der Türkei in erhöhtem Masse Rechnung getragen würde und mit welchen ein Übergangsstadium eintreten könnte, welches zu einer eventuell später ins Auge zu fassenden gründlicheren Revision dieses Fragen Complexes jedesfalls unerlässlich wäre. Die principielle Voraussetzung jedoch für all diese Concessionen unsererseits, wie überhaupt für die Weiterführung der diesbezüglichen Verhandlungen, ist jedoch die Einstellung des Boycotts. Es sind daher die vorstehenden Instructionen gegenwärtig nur zu Euer Exzellenz persönlicher Kenntnisnahme bestimmt und ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte meines an Euer Exzellenz gerichteten Telegrammes No. 223 vom 14. d. M. Seither habe

ich Euer Exzellenz Telegramm No. 472 vom 16. d. M. erhalten und aus demselben ersehen, dass die Ihrerseits in meinem Namen abgegebenen Erklärungen nicht ohne Eindruck auf Kiamil Pascha geblieben sind. Euer Exzellenz wollen in dem gleichen Sinne auf den Grossvezir auch weiter einwirken und ihm in sehr bestimmter Weise zu verstehen geben, dass, solange türkischerseits nicht die entsprechenden und erfolgreichen Massnahmen zum Schutze unseres Handels durch die Boycottbestrebung getroffen werden, Euer Exzellenz, obwohl Sie Instructionen im Sinne unseres Entgegenkommens besitzen, dennoch von diesen Instructionen keinen Gebrauch zu machen in der Lage sind. In Betreff der Euer Exzellenz mit Telegramme No. 104^{c)} des Civil Agenten Stellvertreters gemeldeten Verhandlungen, welche zwischen Generalkonsul Rappaport und Enver Bey in Salonik stattfanden, sind Euer Exzellenz im Besitze meiner telegrafischen Äusserung von heute.^{d)}

^{a)} Vgl. n. 607, 612, 621, 624, 762. — ^{b)} Vgl. n. 557 Anm. b. — ^{c)} n. 593. — ^{d)} n. 612.

Nr. 607. Erlaß nach Konstantinopel, 19. Nov. 1908 Nr. 2455.^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Call).

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Rescripte vom heutigen Tage No. 2454 beehre ich mich Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich ausser den in jenem Rescripte erwähnten Concessionen wirtschaftlicher Natur auch bereit bin, in der Frage der k. k. österreichischen Levante-Postämter den türkischen Wünschen gegenüber eine wohlwollende Haltung einzunehmen und, sobald die in dem eingangserwähnten Rescripte stipulierten Voraussetzungen eintreffen, ohne wesentlichen Verzug dem österreichischen Handelsministerium die Aufhebung einer Reihe von österreichischen Levante-Postämtern in Vorschlag zu bringen. Diesbezüglich kämen die Postämter in jenen Orten in Betracht, wo kein anderes fremdes Postamt etabliert ist. Euer Exzellenz wollen in der Verwertung dieser Concession dieselbe Behandlung Platz greifen lassen, wie rücksichtlich der anderen in dem mehrbezogenen Rescripte erwähnten Zugeständnisse wirtschaftlicher Natur.

^{a)} Vgl. n. 612, 620, 621, 624.

Nr. 608. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. Nov. 1908 Nr. 475 (eing. 20. Nov. 10 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 472 vom 16. d. M. Nachdem ich konstatiert hatte, dass der Boycott trotz des gegebenen Versprechens des Grossvezirs in den letzten Tagen noch grössere Dimensionen angenommen hat, begab ich mich heute auf die Pforte, um hierüber Kiamil Pascha zu interpellieren. Er erwiderte mir, er habe vom Zolldirektor, dem er seine diesbezüglichen Ordres zukommen liess, die Meldung erhalten, dass die Ladeoperationen durch die Lastträger der Douane seit heute anstandslos vor sich gehen. Unmittelbar nach meinem Besuche auf der Pforte erkundigte ich mich beim Lloyd, erhielt aber die Antwort, daß noch Alles beim Alten

geblieben sei. Es ist nun klar, dass die Regierung nicht die Macht hat, der Bewegung Einhalt zu tun und daß dieselbe ganz vom Saloniker Comité geleitet wird. Das stärkere Auftreten des Boykotts in der letzten Zeit steht ohne Zweifel mit den von Generalkonsul Rappaport in Salonik gepflogenen Verhandlungen im Zusammenhange, bezweckt mehr denn je auf uns eine Pression auszuüben. In meinem morgen abends in Wien eintreffenden Privatschreiben^{b)} lenke ich die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf den Ernst der durch den Boykott geschaffenen, sowohl wirtschaftlich als politisch gefährlichen Lage und erlaube mir, Hochdenselben den Gedanken zu unterbreiten, ob es nicht ratsam wäre, dem Grossvezir schon jetzt die Punkte bekannt zu geben, in welchen wir geneigt wären, der Pforte Konzessionen zu machen. Er würde dann in die Lage gesetzt werden, seinerseits auf das Comité einzuwirken. Von einer Fortsetzung der Verhandlungen des Generalkonsuls Rappaport mit dem Comité, wenn dieselben auch nicht formell abgebrochen werden dürften, verspreche ich mir keinen Erfolg mehr.

Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 42 Nr. 66. Vgl. n. 609. — ^{b)} n. 600.

Nr. 609. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. Nov. 1908 Nr. 476 (eing. 20. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Laufe des Gespräches, das ich heute mit dem Großvezir hatte (siehe mein heutiges Telegramm Nr. 475) kam Kiamil Pascha wieder auf die Frage der Anerkennung der Annexion Bosniens zu reden und deutete mir an, daß die Türkei außer Kompensationen für sich auch solche für Serbien und Montenegro von uns erwarte. Er machte dann auf die bekannten serbischen und montenegrinischen Forderungen territorialer Natur eine Anspielung. Ich erwiderte dem Großvezir, daß ich ihm auf dieses Terrain nicht folgen könne und daß ich überhaupt derlei Anwürfe nicht ernst nehmen wolle. Nichtsdestoweniger hatte ich den Eindruck, daß Kiamil Pascha mit den Serben, respektive Montenegrinern irgendwie im Einvernehmen stehen müsse. Ich begab mich daher zu Tewfik Pascha und interpellierte ihn diesbezüglich. Aus den Auslassungen des Ministers des Äußern konnte ich entnehmen, daß der Großvezir tatsächlich mit Herrn Novaković und General Vukotić in gewissen Pourparlers gestanden hat, welche aber, wie mir Tewfik Pascha sagte, zu keinem positiven Resultat gekommen sind. Der Minister versicherte mich sogar ganz ausdrücklich, daß man türkischerseits auf die serbische Proposition eines Defensivbündnisses nicht eingegangen sei. Tewfik Pascha fügte noch hinzu, er habe Kiamil Pascha sogar überzeugt, daß schon blossе Verhandlungen mit Serbien und Montenegro dazu beitragen würden, die ohnedies bestehende Nervosität noch zu erhöhen. Deshalb hat er, der Minister, die Gerüchte über türkisch-serbische Verhandlungen mittelst Zirkulares an die türkischen Vertreter dementieren lassen. Unmittelbar nach meinem Pfortebesuch hatte ich mit meinem russischen Kollegen eine längere Unterredung. Herr Sinowieff sagte mir mit der Bitte, diese Mitteilung als streng geheim zu behandeln, er wisse von Novaković, daß der Großvezir den Serben und den Montenegrinern

das ausdrückliche Versprechen gegeben hätte, sich vor der Konferenz nicht mit Österreich-Ungarn über die Annexionsfrage zu verständigen. Sinowieff fügte noch hinzu, daß ihm Herr Novaković und General Vukotić gesagt hätten, Serbien und Montenegro würden ganz bestimmt losschlagen, wenn der Großvezir dieses Versprechen nicht halten sollte. Der russische Botschafter sagte mir dann, daß es seiner Ansicht nach für die Türkei mit Rücksicht auf das obige Versprechen und im Hinblick auf die öffentliche Meinung unmöglich sein wird, die Annexion vor der Konferenz anzuerkennen. Sie würde dies aber gewiss ohne die geringsten Schwierigkeiten tun, wenn die Mächte auf der Konferenz ihre Zustimmung zur Annexion geben. Herr Sinowieff glaubt also, daß es am besten wäre, vor der Konferenz sich jener Zustimmung zu versichern, was ohne Zweifel leicht gelingen würde. Ich hatte den Eindruck, daß es Herrn Sinowieff darum zu tun wäre, eine Verständigung zwischen uns und der Pforte vor der Konferenz hintanzuhalten. Dieselbe Tendenz dürften auch mein englischer und französischer Kollege verfolgen. Mein russischer Kollege hat, wie ich auch einer Bemerkung Tewfik Paschas entnehmen konnte, hier den Rat gegeben, sich mit Serbien und Montenegro in keine Verhandlungen einzulassen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 599, 668.

Nr. 610. Tel. nach Paris, 19. Nov. 1908 Nr. 66 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. und G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Bericht vom 14. d. M. No. 34 D erhalten. Die in französischen Journalen aufgetauchten Gerüchte über ein Stocken der Verhandlungen zwischen uns und dem Petersburger Kabinett sind grundlos. Diese Verhandlungen nehmen ihren ganz normalen Fortgang. Euer Exzellenz können Herrn Pichon sagen, dass ich ihm bisher über den mit St. Petersburg angeknüpften Gedankenaustausch betreffend das Konferenz-Programm deshalb keine Mitteilung gemacht habe, weil Herr Iswolsky ausdrücklich und wiederholt den Wunsch nach absolut vertraulicher Behandlung dieser Angelegenheit geäußert hat. Im Hinblick auf unsere vertrauensvollen Beziehungen zur französischen Regierung und nachdem, wie früher erwähnt, in der Presse eine irrige Auffassung dieser Sache lanciert wird, halte ich es im Interesse der Sache für notwendig, dass Euer Exzellenz Herrn Pichon in meinem Namen sagen, dass wir uns beeilt haben, in betreff der uns von Herrn Iswolsky mitgeteilten neun Programmpunkte eine eingehende Präcisierung unseres Standpunktes dem Petersburger Cabinet bekannt zu geben.^{b)} Wir haben uns in unserer Äusserung über die 9 Punkte ebenso von dem Wunsche leiten lassen, den Konferenz-Gedanken überhaupt zu fördern, wie auch jede Unklarheit von vornherein zu eliminieren, weil eine solche späterhin nur üble Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Von diesem Gesichtspunkte aus halten wir daran fest, dass Bosnien und die Herzegovina zwar als Programmpunkt figurieren können, dass jedoch eine diesbezügliche Discussion ausgeschlossen sein muss, ferner dass die im Programmpunkte 7 erwähnten „*avantages à con-*

céder“ in „avantages économiques“ ergänzt werden müssen. Ich ersuche Herrn Pichon um vertrauliche Behandlung obiger Mittheilung.

Aehrenthal.

^{a)} Vorstehende Weisung wurde unter Nr. 91 am 19. Nov. nach London mitgeteilt mit dem Bemerken, der Botschafter möge sie, wenn er dies für richtig halte, Sir Ed. Grey oder Sir Ch. Hardinge vertraulich mitteilen. Vgl. n. 601, 615. — ^{b)} n. 589.

Nr. 611. Privatschreiben nach Paris, 19. Nov. 1908 Nr. 2453.^{a)} Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ihrer Anregung, durch S. M. den Kaiser unsern allergnädigsten Herrn, auf Kaiser Wilhelm im Sinne einer freundschaftlichen Beilegung des marokkanischen Zwischenfalles einzuwirken, habe ich gerne entsprochen, da ich Ihre Ansicht vollkommen theile, dass eine solche Intervention, besonders wenn sie von Erfolg begleitet sein würde, gerade im gegenwärtigen Momente auf unsere Beziehungen zu Frankreich nicht ohne wohlthätigen Einfluss bleiben konnte. Der Erfolg ist auch thatsächlich nicht ausgeblieben, denn Kaiser Wilhelm hat nach der Rücksprache mit S. M. dem Kaiser viel energischer als bisher im Sinne einer friedlichen Austragung der Angelegenheit eingegriffen. Mit Genugthuung habe ich Ihrem Schreiben vom 11. d. M. entnommen, dass Herr Pichon diese Betätigung unserer freundschaftlichen Gesinnungen dankbarst anerkennt und erhoffe mir, gleich Ihnen, hievon die besten Folgen. Um in der Lage zu bleiben, den französischen Interessen auch fernerhin ähnliche Dienste zu erweisen, muss ich hier aber nochmals ausdrücklich betonen, dass mir die discreteste Behandlung unserer Action in der Casablanca-affaire absolut erforderlich erscheint. Über meine Auffassung hinsichtlich der schwebenden politischen Fragen werden Euer Exzellenz sich aus meinem Ihnen heute zugehenden Privatschreiben an den Markgrafen Pallavicini vom 12. d. M. orientiren. Zur weiteren Ergänzung desselben theile ich auch die Abschrift eines gleichzeitig an den Grafen Mensdorff gerichteten Privatschreibens mit.^{b)} Ich habe diesen Ausführungen nur noch beizufügen, dass mich die Herstellung vertrauensvollere Beziehungen zu Frankreich mit hoher Befriedigung erfüllt. Wir sind damit einem der mir, wie Euer Exzellenz wissen, vorschwebenden Ziele meiner Politik nähergekommen. Sehr zutreffend ist allerdings die Bemerkung in Ihrem Berichte vom 14. November No. 34 A, dass Herr Pichon gewiss von den besten Intentionen beseelt sei, dass aber nicht aus dem Auge gelassen werden dürfe, dass Herr Clémenceau auch in den Fragen der auswärtigen Politik die ausschlaggebende Persönlichkeit sei. Indessen scheint auch dieser Staatsmann den Wert eines guten Einverständnisses mit uns in der letzten Zeit immer besser erkannt zu haben. In diesem Sinne möchte ich es nämlich deuten, dass Herr Clémenceau mir durch einen Mittelsmann^{c)} seinen Wunsch zu erkennen geben liess, im nächsten Sommer mit mir zusammenzutreffen. Ich habe hierauf in entgegenkommender Weise geantwortet. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, diese letztere Mittheilung als streng vertraulich und ausschliesslich zu Ihrer persönlichen Information bestimmt ansehen und davon auch

Herrn Pichon gegenüber keinen Gebrauch machen zu wollen, erneuere ich etc.

^{a)} Vgl. n. 572, 674, 977. — ^{b)} Vgl. n. 660 Anm. b. — ^{c)} Tel. des Herausgebers der „Neuen Freien Presse“ Moriz Benedikt vom 9. Okt. 1908, Ausfert.

Nr. 612. *Tel. an den Zivilagentenstellvertreter in Saloniki Nr. 28 (1) und nach Konstantinopel Nr. 228 (2), 19. Nov. 1908 (chiffr. 6 U. 15 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

I.—2. Geheim.

I. Mit Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 94. Das Ergebnis der von Ihnen in meinem Auftrage unternommenen Demarche finde ich, was die Zusage Hilmi Paschas betrifft, befriedigend, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß derselbe sein Versprechen in Zukunft mit mehr Erfolg halten kann, als ihm dies bisher möglich war. Hingegen muss ich Enver Beys Haltung als gänzlich unbefriedigend bezeichnen. Euer Hochwohlgeboren wollen Enver Bey deutlich zu verstehen geben, dass es Ihnen ganz unmöglich ist, seine Zumutungen mir zu unterbreiten, da Sie überzeugt sind, dass ich es Ihnen sehr verübeln würde, derartige Anträge an mich weiterzuleiten. Gleichzeitig wollen Sie ihm jedoch andeuten, dass Sie von mir ermächtigt werden dürften, nach Beilegung des Boycotts die Unterhandlungen in konzilientem und unsererseits tunlichst entgegenkommendem Sinne wieder aufzunehmen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, mich in dieser Frage auf dem Laufenden zu halten.

2. Ich telegraphiere heute an Generalkonsul Rappaport mit Bezug auf dessen Euer Exzellenz sub 104 vorliegendes Telegramm nachstehendes: ... *wie oben 1* ... Rücksichtlich Euer Exzellenz Berichtes No. 91^{b)} und bezüglich Ihrer Haltung dem Grossvezir gegenüber erhalten Euer Exzellenz mit dem heute abgehenden Courier Instructionen.^{c)} Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 606, 633. — ^{b)} Vgl. n. 557 Anm. b. — ^{c)} n. 606, 607.

Nr. 613. *Tel. nach St. Petersburg, 19. Nov. 1908 Nr. 146 (chiffr. 6 U. p. m.).*^{a)} Konz. (S. u. G. Macchio).

Hiesige Pressenachrichten und anderweitige Informationen melden die Anwerbung von Freiwilligen in Russland zu einem eventuellen Kriege Serbiens gegen Oesterreich-Ungarn. Insbesondere soll die serbische Gesandtschaft in Petersburg sich mit dieser Anwerbung befassen und sich schon 2000 Personen gemeldet haben. Ich ersuche Euer Exzellenz sich über die Stichhaltigkeit dieser Nachrichten informieren und mir telegrafisch berichten zu wollen.

^{a)} Vgl. n. 603, 617.

Nr. 614. *Tel. nach Belgrad, 20. Nov. 1908 Nr. 65 (chiffr. 5 U. p. m.).* Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Euer Hochgeboren Telegramme No. 172 und 173^{a)} erhalten. Bei Beurteilung der Demarche der fünf Vertreter wollen Euer Hochgeboren daran festhalten, daß dieselbe von uns nicht angeregt worden, sondern einer spontanen Entschließung der betreffenden Kabinette entspringen

ist. Ich nehme als selbstverständlich an, daß die Kabinette nicht versuchen werden, die unqualifizierbaren serbischen Behauptungen und Anklagen gegen die Monarchie zum Gegenstande auch nur einer vertraulichen Besprechung mit mir zu machen. Ebenso selbstverständlich würde ich, falls wider Erwarten ein solcher Versuch gemacht werden sollte, demselben entschieden entgegenreten. In unserer Presse wird der groteske Charakter der serbischen Antwort entsprechend beleuchtet und wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die serbischen lügnerischen Beschuldigungen sich nur gegen Serbien kehren können. Aehrenthal.

a) Vom 18. Nov.

Nr. 615. Tel. aus London, 20. Nov. 1908 Nr. 117 (eing. 21. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Habe Sir Charles Hardinge die Ausführungen des gestrigen Telegrammes Nr. 91^{b)} unter Weglassung^{c)} des Passus, warum Euer Exzellenz über Gedankenaustausch mit Petersburg Herrn Pichon bisher keine Mitteilung gemacht hätten, vertraulich zur Kenntnis gebracht. Unterstaatssekretär freute sich zu hören, dass Euer Exzellenz mit Russland weiter verhandelten und bat mich, Hochdenselben seinen Dank für gemachte Mitteilungen auszusprechen. Zu einer späteren Stunde liess er mich noch wissen, dass auch Sir Edward Grey mit Befriedigung von der Fortsetzung der Verhandlungen mit russischem Kabinett Kenntnis genommen habe und gleichfalls Euer Exzellenz für Mitteilung danken lasse. Mensdorff.

a) Vgl. n. 616, 661. — b) n. 610 Anm. a. — c) Amtsvermerk: Chiffre heißt „Hinterlassung“.

Nr. 616. Tel. nach Rom, 20. Nov. 1908 Nr. 121 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

* Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 17. l. M. Nr. 196. Was die von Herrn Tittoni Euer Exzellenz gegenüber gemachte Bemerkung anbelangt, er könne sich bei seiner bevorstehenden Interpellationsbeantwortung, die Annexion Bosniens und der Herzegowina betreffend, nicht anders äussern, wie es Deutschland gethan habe, nämlich dass es wünschenswerth gewesen wäre, sich der vorherigen Zustimmung der Mächte zu versichern, muss ich vorerst betonen, dass sich die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ allerdings seinerzeit dahin geäußert hat, die deutsche Regierung hätte einen anderen modus procedendi in der Annexionsfrage vorgezogen, dass jedoch Kaiser Wilhelm sowie Fürst Bülow ihre Zustimmung zu der von uns befolgten Vorgangsweise ausdrücklich und rückhaltslos ausgesprochen haben. Es wäre gewiss entgegenkommender und würde mich angenehm berühren, wenn Herr Tittoni in seiner Interpellationsbeantwortung von der ihm vorschwebenden Formulierung einer Reserve bezüglich unseres Vorgehens bei der Annexion absehen würde; doch will ich mich dem Argumente nicht verschliessen, dass sich der Herr Minister durch seine schwierige Situation zu einer bezüglichen Erklärung gedrängt fühlen könnte. Euer Exzellenz haben sehr recht daran gethan, Herrn

Tittoni gegenüber zu betonen, es sei im hohen Grade wünschenswerth, dass der Herr Minister seiner Erklärung, betreffend den Art. XXIX eine sehr praecise Fassung gebe. Der Standpunkt, den wir bezüglich dieses Artikels einnehmen, ist in unserer Antwort auf den uns durch Graf Berchtold übermittelten Conferenzprogrammsentwurf des St. Petersburger Cabinetes praecisirt.^{b)} Aus einer Copie dieser Antwort, die ich Herrn Tittoni durch den Herzog von Avarna zukommen liess, ist dem Herrn Minister die Fassung bereits bekannt, welche wir unseren Reserven bezüglich des in Rede stehenden Artikels gegeben haben. Herr Tittoni wird aus derselben auch ersehen, wie wir diese Frage seinerzeit auf der Conferenz zu behandeln gedenken. Was schliesslich die Universitätsfrage betrifft, so hegt die österreichische Regierung den besten Willen, diese Angelegenheit einer allseits befriedigenden Lösung zuzuführen. Auch ich verfolge diese Frage speciell von dem Gesichtspunkte unserer Beziehungen zu Italien mit vollem Interesse und aller Aufmerksamkeit. Es darf jedoch nicht ausseracht gelassen werden, dass die Universitätsfrage eine innere Angelegenheit der Monarchie ist, die sich einer directen Ingerenz meinerseits entzieht und der verfassungsmässigen Behandlung unterliegt. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden dem Herrn Minister des Äussern gegenüber aussprechen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 615, 625. — b) Vgl. n. 576.

Nr. 617. Tel. aus St. Petersburg, 20. Nov. 1908 Nr. 198 (eing. 21. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 146 vom 19. d. M. Anmeldungen zu Heeresdienst und Rotem Kreuz für eventuellen Kriegsfall werden hier von einem mit der serbischen Gesandtschaft in engster Fühlung stehenden Serben, namens Schaichović in seiner Wohnung angenommen. Serbische Gesandtschaft verweist Petenten an dieses Bureau, das sich in derselben Gasse gegenüber befindet. Zahl der Anmeldungen soll bereits 4000 übersteigen. Berchtold.

Nr. 618. Tel. aus St. Petersburg, 20. Nov. 1908 Nr. 199 (eing. 21. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky theilte mir eben mit, dass laut Depesche des russischen Vertreters in Belgrad serbische Regierung auf Démarche der Gesandten mit einem Memorandum geantwortet habe. Herr Sergejeff fügte hinzu que le cabinet de Belgrade professe le vouloir de conserver envers l'Autriche-Hongrie une attitude absolument correcte et dénuée de toute provocation et que l'ordre a été donné de faire rentrer dans leurs garnisons respectives les troupes qui dans la nuit du 20 octobre avaient été disposées le long de la frontière austro-hongroise; en même temps les mesures les plus sévères ont été prises en vue d'empêcher aussi bien la formation sur le territoire serbe que le passage de bandes en Bosnie, le gouvernement de Belgrade ne pouvant exposer la population serbe de ce pays aux suites funestes de leur action.

Berchtold.

a) Vgl. n. 617, 623.

Nr. 619. Erlaß nach Cetinje, 21. Nov. 1908 Nr. 2480.^{a)} Konz. (S. Macchio; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich habe Euer Hochwohlgeboren Bericht vom 13. 1. Mts., No. 77, entnommen, daß Seine königliche Hoheit Fürst Nicolaus Ihnen gegenüber neuerlich die Idee einer Gebietsabtretung an Montenegro, und zwar diesmal der Gemeinde Spizza zur Sprache gebracht hat. Ich möchte es dahin gestellt sein lassen, ob ein solcher Terrainzuwachs, wie es der Fürst behauptet, die Bedingungen zur Entwicklung Montenegros wesentlich günstiger gestalten würde; wie wenig dagegen Seine königliche Hoheit selbst von der rechtlichen Basis dieser Prätension hält, zeigt am besten, daß er mit richtigem Takte auf eine briefliche Anregung derselben bei Seiner k. und k. Apostolischen Majestät und bei mir verzichtet hat. Euer Hochwohlgeboren wollen also dem Fürsten jeden Zweifel darüber benehmen, daß welch immer Gebietsabtretung unsererseits, die von Spizza ebenso wie eine andere, unbedingt ausgeschlossen erscheint. Daß des Fürsten jetzt unverhüllt zur Schau getragene Gegnerschaft gegen die Monarchie es der letzteren überhaupt sehr schwer macht, unter diesem Einfluß ihre guten Dispositionen für Montenegro zu betätigen, wird Seine königliche Hoheit als gewandter und kluger Politiker leicht verstehen. Daher wird er es auch begreiflich finden, daß ich eine baldige Änderung der von ihm selbst herbeigeführten jetzigen Haltung seines Landes als unerläßliche Vorbedingung ansehen muß, nach deren Erfüllung ich erst zur Anbahnung einer freundschaftlichen Auseinandersetzung in der Lage wäre. Wenn ich also auch nichts dagegen habe, daß Euer Hochwohlgeboren gelegentlich Ihre Konversationen mit dem Fürsten fortsetzen, so bitte ich Sie doch, sich vorstehendes stets vor Augen zu halten und Ihrem hohen Mitredner klar zu machen, daß er in einem Irrtum befangen ist, wenn er mit seinen Rüstungen und sonstigen Machenschaften eine Pression auszuüben oder uns einzuschüchtern glaubt. Euer Hochwohlgeboren können aber auch den Fürsten daran erinnern, daß wir schon seinerzeit zu einer einverständlichen Eliminierung gewisser für Montenegro drückender Bestimmungen des Artikel XXIX des Berliner Vertrages bereit waren und ihm eingehender die Vorteile ausmalen, welche seinem Lande, insbesondere dessen materieller und kultureller Entwicklung durch wahrhaft vertrauensvolle Beziehungen zur Nachbarmonarchie erwachsen müßten. Speziell wollen Sie als Ihre persönliche und unumstößliche Überzeugung hervorheben, daß ich nach Herstellung solcher Beziehungen mich gewiß bereit finden würde, Verhandlungen mit Montenegro anzuknüpfen, um einen engeren wirtschaftlichen Anschluß des Fürstentums an Österreich-Ungarn zu Stande zu bringen und mich eventuell auch für Aufbringung der Mittel und Schaffung der Kommunikationen einsetzen würde, um die Ausbeutung der Bodenschätze und der Wälder Montenegros zu ermöglichen. Es ließe sich dann auch in Erwägung ziehen, ob zu der vom Fürsten seinerzeit proponirten Bojana-Regulierung von uns die Initiative ergriffen werden könnte. Schon die geographische Situation weist ja den Fürsten an die Nachbarmonarchie, mit deren Hilfe allein es ihm gelingen kann, seinem Volke die Quellen des Wohlstandes zu erschließen.

^{a)} Vgl. n. 640.

Nr. 620. Tel. nach Konstantinopel, 21. Nov. 1908 Nr. 230 (chiff. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Geschäftsträger erschien am 19. 1. Mts. bei mir und brachte ein Zirkulartelegamm des Ministers des Äußern an die türkischen Botschaften^{b)} zur Verlesung, in welchem sich Tewfik Pascha in Betreff des von England, Rußland und Frankreich herausgegebenen Konferenzprogrammes äußert. Wie aus dieser Verlesung hervorgeht, nimmt, was die ersten zwei Programmpunkte (Bulgarien und Ostrumelien) anlangt, die Türkei einen sehr extremen Standpunkt ein. Im Punkte 3 handelt es sich um die Rechte, welche der Türkei für den Fall zu garantieren wären, daß die Mächte es für unvermeidlich erachten würden, die bisherige Lage Bosniens und der Herzegowina vom Standpunkte des internationalen Rechtes aus zu ändern. (Offenbar versteht Tewfik Pascha darunter den bekannten Anspruch auf Übernahme unsererseits eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld infolge der Annexion. Der Umstand, daß aus dieser türkischen Bemerkung zum Konferenzprogramme mit der Anerkennung der Annexion gerechnet wird, scheint mir nicht ungünstig zu sein). Punkt 4 bezieht sich auf die Räumung der Sandschaks Novibazar seitens unserer Truppen. Punkt 5: Abschaffung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages, da dieselben infolge des konstitutionellen Regimes in der Türkei und der in demselben gewährleisteten gleichen Behandlung aller türkischen Staatsangehörigen gegenstandslos geworden sind. In Betreff der in den Punkten 6 und 7 figurierenden Verhandlungsgegenstände „Serbien und Montenegro“ wird türkischerseits der ausdrückliche Vorbehalt gemacht, daß die Türkei eine Diskussion über die diesen beiden Staaten zuzuerkennenden Vorteile nur unter der Bedingung annehmen werde, daß, wie im vorhinein von den Mächten festgesetzt werden müsse, diese Vorteile, welcher Art immer sie sein mögen, nicht auf Unkosten der Türkei erfolgen können. Unter 8 werden die Rechte der Balkanstaaten mit Bezug auf die Donau und sub 9 die Frage der Kapitulationen und der fremden Postämter in der Türkei erwähnt. Nachdem der türkische Geschäftsträger seine Verlesung beendet hatte, ersuchte er mich instruktionsgemäß um eine Äußerung meinerseits zu seinen Mitteilungen. Ich gab ihm zur Antwort, daß ich das von ihm zur Verlesung gebrachte, sehr eingehende Programm erst des näheren prüfen müsse, ihm jedoch jetzt schon erklären könne, daß die k. u. k. Regierung von den besten Intentionen erfüllt sei, mit der türkischen Regierung zu einem Einvernehmen zu gelangen. Ich betonte im besonderen, daß eben so wie die Türkei in Bezug auf die Serbien und Montenegro zuzuerkennenden Vorteile die erwähnte Reserve formuliert habe, auch Österreich-Ungarn daran festhalten muß, daß über die wesentlichsten Fragen vor dem Zusammentritte der Konferenz völlige Klarheit herrschen müsse. Zu diesem Zwecke würde ich einen raschen Verlauf unserer, bekanntlich nur ins Stocken geratenen Verhandlungen mit der Türkei wünschen. Ich fügte bei, daß Euer Exzellenz für diese Verhandlungen von mir Instruktionen^{c)} erhalten haben, welche von unserem weitgehenden Entgegenkommen Zeugnis ablegen. Wir könnten jedoch in diese Verhandlungen nicht eintreten, solange die türkische Regierung in der Boykottfrage

nicht das tue, was wir von ihr zu erwarten berechtigt sind. Ich teile vorstehendes Euer Exzellenz zur persönlichen Information mit dem Beifügen mit, daß ich in der Frage der Maßnahmen gegen den Boykott an Hochdieselben ein gesondertes Telegramm richte. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 621, 622, 636. — ^{b)} Vgl. n. 601. — ^{c)} n. 606, 607.

Nr. 621. Tel. nach Konstantinopel, 21. Nov. 1908 Nr. 231 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Aehrenthal).

Aus den zu meiner Kenntnis gebrachten Veröffentlichungen der Zeitschriften „Ikdam“ und „Schurra i ümmet“ geht hervor, daß der Boykott gegen die österreichischen und ungarischen Provenienzen systematisch organisiert ist und daß insbesondere die Konnivenz der Zollämter Verwaltung mit dieser Bewegung außer Zweifel steht. Ich erwarte vom Großvezir und der türkischen Regierung Maßnahmen dahin, 1) daß unsere Schiffe die Ein- und Auslade-Operationen anstandslos bewerkstelligen können und daß sie hiebei geschützt werden, 2) daß die Konnivenz der Zollämter mit der Boykottbewegung aufhöre und 3) daß die Verhinderung des Publikums, in österreichischen und ungarischen Läden zu kaufen, durch den Schutz der Polizei hintangehalten werde. Es ist infolge der um sich gegriffenen Agitation und angesichts der Schwäche der türkischen Regierung leider nicht anzunehmen, daß die Boykottbewegung bald völlig aufhören werde. Was wir jedoch von der Regierung zu verlangen berechtigt sind, ist eine loyale Haltung in den eben erwähnten 3 Punkten. Wenn diese Bedingung eintritt, können Euer Exzellenz die Autorisierung zu den weitgehenden Zugeständnissen, welche ich Ihnen erteilt habe, verwerten. Euer Exzellenz können diesbezüglich dem Großvezir sagen, daß wir durch seinerzeitige Bekanntgabe unserer Propositionen beweisen werden, daß wir Freunde des neuen Regimes in der Türkei sind, nur müsse die türkische Regierung uns durch die vorstehend skizzierte loyale Haltung in der Boykottfrage die Gelegenheit geben, die in Rede stehenden Propositionen zu formulieren. Solange diese Voraussetzung nicht zutrifft, muß ich meine in den Weisungen vom 19. I. M., Z. Z. 2454 und 2455 erteilten Instruktionen auch nach Kenntnisnahme Euer Exzellenz Privatbriefes vom 18. I. Mts. aufrecht erhalten. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 43 Nr. 68. Vgl. n. 620, 622, 624.

Nr. 622. Aide mémoire des englischen Geschäftsträgers in Wien, 21. Nov. 1908 (eing. 24. Nov.).^{a)} Ausfert.

The question of the advantages to be granted to Servia and Montenegro will only be admitted to discussion by the Turkish Government on the condition, which must be accepted by the Powers beforehand, that whatever the nature of such advantages may be, they are not to be obtained at Turkey's expense. His Majestys Government are prepared to give a definite assurance in this sense. His Majestys Government are anxious to learn the views of the Austro-Hungarian Government on the above points as well as on the proposals, communicated to the Great Powers by the Turkish Govern-

ment, respecting the basis of discussion to which the deliberations of the proposed Conference should be restricted.

a) Vgl. n. 620, 626, 643, 644.

Nr. 623. Tel. aus Berlin, 22. Nov. 1908 Nr. 259 (eing. 23. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr von Kiderlen sagte mir, er habe Nachricht erhalten, dass der englische Geschäftsträger in Wien im Auftrage seiner Regierung die Botschafter von Russland, Frankreich, Italien und Deutschland aufgefordert habe, ein Beschwerde-Memorandum der serbischen Regierung in Betreff der Truppenkonzentrierung Österreich-Ungarns an der serbischen Grenze Euer Exzellenz gemeinschaftlich zu überreichen. Herr von Tschirschky sei beauftragt, sich an dieser englischen Demarche selbstverständlich nicht zu beteiligen. Wie Herr von Kiderlen hört, hat auch italienischer Botschafter in Wien von seiner Regierung gleichen Auftrag erhalten. Szögyény.

a) Vgl. n. 618, 628, 650.

Nr. 624. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 22. Nov. 1908 Nr. 477 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe im Sinne der mir heute früh zugekommenen Instruktionen^{b)} beim Grossvezir interveniert. Es war eben Ministerrat, als ich auf die Pforte kam. Kiamil Pascha liess die Beratung unterbrechen, um mit mir Rücksprache zu pflegen. Ich erklärte dem Grossvezir, dass ich im Besitze von Instruktionen sei, auf Grund deren ich die Ermächtigung habe, mit ihm in Verhandlungen einzutreten und ihm Zugeständnisse zu machen, welche sich hauptsächlich auf das wirtschaftliche Gebiet beziehen. Ich sei jedoch nur in dem Falle ermächtigt zu unterhandeln, wenn ich mich überzeugt haben werde, dass die Pforte, so viel von ihr abhängt, dem Boykott ein Ende zu machen gewillt ist. Es handle sich hauptsächlich darum, ob die Löschung unserer Lloydampfer wieder anstandslos vor sich gehe. Ich fügte noch hinzu, es würde mir aber nicht genügen, dass Befehle erteilt werden, ich müsse mich vielmehr selbst von der tatsächlichen Ausführung derselben überzeugen. In letzterem Falle könnte ich sofort in Verhandlungen eintreten. Ich machte schliesslich dem Grossvezir kein Hehl daraus, dass wenn dem Boykott nicht ein Ende gemacht werden sollte, wir gezwungen wären, über unsere weitere Vorgangsweise schlüssig zu werden. Kiamil Pascha sichtlich impressioniert, verschanzte sich aber anfangs hinter der Ausflucht, dass der Boykott eine Volksbewegung geworden sei, der man nicht Herr werden könne. Ich erwiderte ihm hierauf, wenn er dies behaupte, so sei mir klar, dass er entweder machtlos ist und das Komité hier regiere oder aber, dass er überhaupt mit Österreich-Ungarn zu keinem Einverständniss gelangen wolle. Wenn letzteres der Fall sei, möge er es mir offen sagen. Der Grossvezir betonte, dass er mit uns in der Frage der Annexion Bosniens aufrichtig ein Einvernehmen suche. Er verwahrte sich auch dagegen, dass er machtlos sei; wenn er wolle, könnte er ja mit Militärgewalt vorgehen, aber dann würde es zu Blutvergiessen kommen, worauf ich die

Antwort gab, dass es nicht meine Sache sei, die Mittel anzugeben, um zum Ziele zu gelangen. Schliesslich versprach der Grossvezir, er werde trachten, meinem Wunsche nachzukommen und mir morgen eine definitive Antwort geben zu können. Ich habe auch Tewfik Pascha gesprochen, auf den meine Ausführungen, wie ich sah, grossen Eindruck machten. Ich bezweifle nicht, dass die Angelegenheit zum Gegenstande der weiteren Beratungen des Ministerates gemacht worden ist. Im Laufe des obigen Gespräches mit dem Grossvezir versicherte er mich, dass er dem serbischen sowie dem montenegrinischen Abgeordneten den Rat erteilt habe, man möge sich ruhig verhalten und zu keinen unüberlegten Schritten hinreissen lassen. Kiamil Pascha fügte noch hinzu, dass namentlich Montenegro sehr kampfeslustig sei. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 44 Nr. 70. Vgl. n. 621, 632. — b) Vgl. n. 606, 607.

Nr. 625. Tel. aus Rom, 22. Nov. 1908 Nr. 201 (eing. 23. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121 von vorgestern. Ich habe heute mit Herrn Tittoni Inhalt seiner abzugebenden Erklärungen neuerdings eingehend besprochen. Er meinte, dass Alles, was er über das Wesen der Annexion, deren begründeter Berechtigung, ja deren nahezu selbstverständlichen Charakters zu sagen habe, vollkommen und nach jeder Richtung der Auffassung Euer Exzellenz entsprechen wird. Seine durch die Verhältnisse ihm mit zwingender Notwendigkeit auferlegte Reserve bezüglich der formellen Seite wird von nachstehenden Gesichtspunkten ausgehen: Eben das vorbezogene Faktum der allseitig anerkannten politischen und moralischen Begründung der Annexion berechtere zur Annahme, daß seitens keiner Macht ernstliche Bedenken dagegen erhoben worden wären und daß der formelle korrekte Vorgang einer vorherigen Anfrage zum selben Ziele geführt hätte. Ich möchte hier einschalten, daß diese Stellungnahme des Ministers insoferne kein Novum ist, als er über Anregung Englands seinerzeit in Konstantinopel die Erklärung abgegeben hat: que le Gouvernement du Roi était d'avis que le traité de Berlin ne pourrait subir de modifications sans l'accord des puissances signataires (télégramme Nr. 150 en date du 12 octobre). Herr Tittoni bat mich, Euer Exzellenz zu versichern, daß seine politische Reputation und seine persönliche Würde dafür bürgen, daß die heftigsten Angriffe der Opposition ihm nicht ein Wort entlocken würden, wodurch er seinem anfänglich eingenommenen Standpunkte untreu würde. Bezüglich Artikel XXIX hat er bereits Herzog von Avarna mit einer Mitteilung an Euer Exzellenz betraut. Mir gegenüber bemerkte er nur, er müsse sich diesbezüglich an den Wortlaut seines Schreibens vom 4. v. M. halten. Spräche er jetzt im Parlamente von Reserven unsererseits bezüglich Litoralbahn und bezüglich des Befestigungsverbotes längs der ganzen Küste (nicht blos von Antivari), so werde ihm nur vorgeworfen werden, er sei abermals dupiert worden. Seine Stellung sei eine ungemein schwierige, wenn auch das Resultat der Abstimmung an sich nicht zweifelhaft ist. Debatte dürfte am 29. d. M. beginnen und Tittoni am 1. oder 2. Dezember zum Worte gelangen.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 637.

Nr. 626. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. Nov. 1908 Nr. 46 A (eing. 24. Nov.).^{a)} Ausfert.

Die Antwort des russischen Kabinettes auf unsere Postulate bezüglich des Konferenz-Programmes ist mir heute vom Herrn Minister vorgelesen und eingehändigt worden. Ich beehre mich den Text derselben im Anbuge ganz ergebenst zu unterbreiten. Nachdem Herr Iswolsky jeder meritorischen Besprechung des Themas mit mir augenfällig ausgewichen war, ist mir die Stellungnahme des kaiserlichen Kabinettes erst aus diesem Schriftstücke bekannt geworden. Dass das Hauptgewicht auf die Vorbedingung der freien Diskussion der Artikel „Bosnien und Herzegowina“ und „Sandschak von Nowi Bazar“ gelegt werde, war allerdings nach der von mir sub Nro. 45 E unterm 12. November/30. Oktober einberichteten Sachlage kaum zweifelhaft. Die hiesige Regierung verschanzt sich hinter das Präcedens aus dem Jahre 1871 um die damals festgelegte Regel, dass keine Macht die Stipulationen eines Vertrages ohne vorgängiges Übereinkommen sämtlicher Kontrahenten modifizieren könne. Was damals von Russland verlangt worden sei, und zwar mit besonderem Nachdrucke seitens des österreichisch-ungarischen Ministers Grafen Beust, könne nun auch von Österreich-Ungarn verlangt werden. Ich liess es mir angelegen sein, den Minister in rein persönlichem Gedankenaustausche auf den Unterschied zwischen der damals aufgeworfenen Frage und der gegenwärtigen Situation aufmerksam zu machen. Russland habe für die Neukreisung seiner Schwarzen Meer Flotte nicht einen Mann geopfert, nicht eine Kopeke ausgegeben gehabt, als Gortschakoff die bekannte Zirkularnote an die Mächte richtete. Wie könnte man eine Parallele zwischen dieser Angelegenheit und der Angliederung von zwei Provinzen, die Ströme von Blut und hunderte von Millionen gekostet, ziehen? Wie stelle er sich überhaupt eine Diskussion unter diesen Umständen vor? Ohne hierauf einzugehen führte Herr Iswolsky ins Treffen, dass Russland damals bloß ein bereits besessenes Recht zurückverlangt habe, indess wir, seiner Ansicht nach völlig ungerechtfertigt, von einem „reprendre la liberté d'action“ sprechen, wo wir eine solche Freiheit nie zuvor besessen. Ich gab dem Minister zu verstehen, dass mir das russischerseits gestellte Verlangen von jeder anderen Macht begreiflich erschienen wäre, nur nicht von Russland, der einzigen Macht, mit welcher wir uns bis ins Detail auseinandergesetzt hatten. Dies führte uns wieder auf das heikle Thema der Buchlauer Entrevue und gab mir Gelegenheit, ihm in ganz freundschaftlichem Tone vorzuhalten, er habe mir gegenüber nicht schön gehandelt, dass er mir damals mit keiner Silbe von der zwischen Euer Exzellenz und ihm angeblich unausgetragen gebliebenen Differenz gesprochen. Herr Iswolsky diskulpierte sich in der bekannten Weise, dass er sagte, die Buchlauer Abmachungen^{b)} seien stets an die Voraussetzung gebunden gewesen, die Frage werde in einer oder der anderen Weise vor die Mächte gelangen, mit einem Wort als europäische Frage behandelt werden. Ich nahm schliesslich das russische Memorandum mit dem Bemerken entgegen, dass, so viel mir bekannt, Euer Exzellenz nicht gesonnen seien, vom Standpunkte abzugehen, die Angliederung Bosniens und der Herzegowina nicht diskutieren zu lassen. Der Minister meinte hierauf, dass es dann an den

anderen Mächten gelegen sein werde, Stellung zu nehmen; er glaube bestimmt, dass sich alle — ausgenommen Deutschland — den russischen Standpunkt zu eigen machen werden. Sollten vorstehende Previsionen zur Tatsache werden, so müsste die Konferenzidee zum Scheitern kommen, eine Eventualität, die dem Herrn Minister — wenn ich ihn richtig beurteile — unter den gegenwärtigen Umständen die sympathischste Lösung wäre. Die erhabene Rolle eines uninteressierten Anwaltes des internationalen Rechtes gegen einseitige Übergriffe möchte ihm umso eher passen, als dadurch der hiesigen öffentlichen Meinung Genüge geleistet würde, die südslavische Frage unbereinigt bliebe und den serbisch-montenegrinischen Revindikationen ein Hinterpförtchen für die Zukunft geöffnet wäre. Dass derselbe Herr Iswolsky vor nicht länger als zwei Monaten einen keineswegs „uninteressierten“ Pakt abzuschliessen sich anschickte, dass er später als Herold der Konferenzidee die europäischen Staatskanzleien der Reihe nach aufsuchte, hat nichts zu bedeuten. Ebenso wenig die auf der Reise gelegentlich gemachte Erklärung — es war Herrn von Szögyény gegenüber — bereit zu sein, für die grosse Idee der austro-russischen Entente zu fallen, wie die ungefähr gleichzeitig einem russischen Journalisten abgegebene Versicherung, sein Schicksal den russischen Volksvertretern anheimstellen zu wollen. Nach St. Petersburg zurückgekehrt, waren alle grossen Ideen und heroischen Todesarten neuen Auskunftsmitteln und dem Wunsche zu leben, gewichen. Ein Streiflicht auf diese Wandlungsprozesse liefert der heutige Leitartikel der „Nowoje Wremja“, welchen ich mir Euer Exzellenz anverwahrt zu unterbreiten beehre.^{c)} Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 576, 589, 622, 627, 646, 653, 705, 714, 750, 772, 790, 1222. — ^{b)} Vgl. n. 79. — ^{c)} Nicht aufgenommen.

Beilage zu n. 626. Aide mémoire des russischen Ministers des Äußern; St. Petersburg, 9. (22.) Nov. 1908. Abschrift.

Le Cabinet de St. Pétersbourg partage entièrement l'opinion de celui de Vienne que la Conférence destinée à régler les différentes questions surgies à la suite des récents événements sur la Péninsule des Balkans ne saurait utilement se réunir que lorsqu'un accord préalable aura été établi entre les Puissances signataires du Traité de Berlin. Le Cabinet de St. Pétersbourg est d'avis qu'un pareil accord porterait naturellement sur l'étendue et le contenu du programme de la Conférence, mais que celle-ci devra avoir la faculté de discuter en toute liberté les diverses questions qui lui seront soumises. Ceci amène le Cabinet Impérial à examiner tout d'abord les réserves formulées par le Cabinet de Vienne relativement aux points 2 et 3 du programme. Le Cabinet de Vienne déclare que ces deux points: „Bosnie et Herzégovine“ et „Sandjak de Novibazar“ ne pourront figurer au programme que s'il est bien entendu que l'extension des droits souverains de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur la Bosnie et l'Herzégovine, de même que l'évacuation du Sandjak, ne pourra plus former l'objet d'une discussion; le Cabinet de Vienne ajoute qu'il désire arriver à ce sujet à une entente avec la Sublime Porte et que la Conférence devrait se borner à constater cette entente et à abroger l'article 25 du Traité de Berlin. Le

Cabinet de St. Pétersbourg croit devoir rappeler que lorsqu'en 1871, à la suite de l'acte unilatéral par lequel la Russie avait déclaré se délier de certaines clauses du Traité de Paris, il fut question de la réunion d'une Conférence, les Puissances ne consentirent à y prendre part qu'à la condition expresse qu'elle se réunirait sans que rien ne fût arrêté d'avance quant à ses résultats. C'est ce qui fut constaté à la première séance de la Conférence par son Président Lord Granville lequel déclara que les questions qui lui étaient soumises devaient être examinées et discutées sans parti pris et avec une entière liberté. Pour ce qui est de l'entente que le Cabinet de Vienne désire établir avec la Sublime Porte, le Cabinet Impérial pense qu'elle contribuerait certainement à acheminer la question vers une solution; mais une pareille entente ne saurait préjuger la solution définitive, ni empêcher une libre discussion entre les Puissances, car d'après les principes solennellement reconnus par la Conférence de Londres,^{a)} aucune Puissance ne peut se délier des engagements d'un Traité, ni en modifier les stipulations, sans une entente entre toutes les Parties contractantes. Enfin le Cabinet de St. Pétersbourg estime que la Conférence ne pourrait guère se borner à une simple abrogation de l'article 25 du Traité de Berlin, mais que, suivant le précédent établi par la Conférence de Londres au cas où les Puissances tombaient d'accord sur la question qui sera soumise à leur examen, elle devrait remplacer l'article 25 par une nouvelle stipulation. Avant d'exprimer une opinion sur les autres points du programme, le Cabinet de St. Pétersbourg tiendrait à savoir, si le Cabinet de Vienne partage sa manière de voir concernant la question préjudicielle formulée ci-dessus; le Cabinet de St. Pétersbourg attache une grande importance à cette question et estime, pour sa part, que la Conférence projetée devait être placée dans des conditions en tous points conformes au précédent établi par la Conférence de Londres en 1871. Le Cabinet de St. Pétersbourg croit devoir ajouter qu'il a l'intention de soumettre sous peu le point de vue ci-dessus exposé à l'appréciation des autres Puissances signataires du Traité de Berlin.

^{a)} „Das Staatsarchiv“ XX 190.

Nr. 627. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. Nov. 1908 Nr. 46 B (eing. 24. Nov.).^{a)} Ausfert.

Gleichzeitig mit der Antwort des St. Petersburger Kabinetes auf unsere Mitteilung in Betreff des Konferenz-Programmes (confer mein heutiger Bericht lit. A) übergab mir Herr Iswolsky den Text einer einschlägigen, für die Presse bestimmten Notiz. Er meinte, es sei an der Zeit den vielen entstehenden Darlegungen der Blätter rektifizierend entgegenzutreten und habe er sich daher veranlasst gefunden, den Inhalt der russischen Replik auf unser Memorandum für die Presse resumieren zu lassen. Der betreffende Text, den er mir zur Weiterleitung an Euer Exzellenz gab, enthielt ausser dem anverwahrten Wortlaute noch einige weitere Punkte der fraglichen Replik, insbesondere das Prinzip, dass frühere Abmachungen die definitive Lösung nicht präjudizieren könnten und der Artikel 25 nicht einfach zu abrogieren sondern durch einen neuen zu ersetzen wäre. Ich konnte dem

Minister nicht verhehlen, dass mir dieser für die Öffentlichkeit bestimmte Text einen dezidiert ungünstigen Eindruck mache. Derselbe müsse, so führte ich aus, im Publikum den Eindruck erwecken, wir hätten nicht nur ohne Befragen Russlands sondern geradezu in einer für Russland hostilen Weise die Annexion durchgeführt. Eine solche Auffassung wäre im Hinblick auf die zwischen uns im Sommer geführten Verhandlungen und gehaltenen Besprechungen durchaus unzulässig und würde eine Richtigstellung, beziehungsweise Ergänzung unsererseits geradezu provozieren. Nach einigem Zögern liess sich der Minister herbei vom Texte ungefähr zwei Drittel zu streichen und denselben auf beifolgende lakonische Fassung zu reduzieren. Ich erklärte, dieselbe scheine mir — nachdem darin der präjudizielle Charakter betont und in keine Details eingegangen wird, — etwas weniger anstössig zu sein, ich könne aber absolut keine Verantwortung übernehmen, dass Euer Exzellenz dieselbe auch billigen werden und müsse mir daher vorbehalten Hochdenselben darüber zu referieren. Herr Iswolsky erklärte sich damit einverstanden, ersuchte mich aber Euer Exzellenz um telegraphische gegenständliche Wohlmeinungsäusserung zu bitten.

Berchtold.

a) Vgl. n. 636, 646.

Beilage zu n. 627.

Dans sa réponse à la dernière communication du Cabinet de Vienne, le Gouvernement Russe se borne pour le moment à examiner la question préjudicielle de la compétence de la Conférence. Se basant sur le précédent de la Conférence de Londres 1871, le Cabinet de St. Pétersbourg revendique pour la future Conférence le droit de discuter avec une entière liberté la question de la Bosnie et de l'Herzégovine ainsi que celle du Sandjak de Novi-Bazar. Le Cabinet de St. Pétersbourg se propose d'exposer sous peu son point de vue dans une note circulaire adressée aux Puissances signataires du traité de Berlin.

Nr. 628. Bericht aus St. Petersburg, 9. 22. Nov. 1908 Nr. 46 C (eing. 24. Nov.).a) Ausfert.

Euer Excellenz werden meiner schriftlichen und telegrafischen Berichtserstattung entnommen haben, daß Herr Iswolsky sich nunmehr die englische Pose zu eigen gemacht hat, uns als den provocirenden, Serbien als den provocirten Theil hinstellen. Sein Leitmotiv hiebei bildet der Gedanke, daß uns die Rüstungen des kleinen Nachbarkönigreiches unmöglich beunruhigen können, wogegen jede auch die geringfügigste militärische Maßnahme unsererseits geeignet erscheinen müsse, Panik in Belgrad hervorzurufen. Erst hatte die vor Semlin manövrirnde österreichisch-ungarische Donauflottille dem Minister gewisse Besorgnisse eingeflößt; derzeit ist es die Verstärkung unserer Grenztruppen, welche in ihm schwarze Gedanken aufkommen lassen. Dem gegenüber befließt er sich die Herausforderungen Serbiens thunlichst abzuschwächen und als harmloses Kinderspiel zu

characterisiren. Worauf Herr Iswolsky dabei hinausgeht, ist klar. Dem Ertrinken nahe, sucht er sich aus der allslavischen Idee eine planche de salut zurechtzulegen, um auf diesem morschen Holze dem Ufer zuzuschwimmen. Ich habe bis nun die tendenziösen Auslassungen des Ministers in ruhiger und sachlicher Weise zu entkräften gesucht. Ausgehend von der viele Monate anhaltenden revolutionären Thätigkeit der serbischen Comités unter der Patronanz der dortigen Regierungskreise verwies ich auf die außerordentliche, auch vom russischen Vertreter in Belgrad anerkannte Langmuth, die wir dieser gefahrdrohenden Propaganda entgegenstellten. Die gleiche Langmuth hätten wir auch an den Tag gelegt, als Serbien zu rüsten begann und an unserer Grenze Truppen zu echelonniiren für gut befand. Und jetzt, wo Serbien ganz offen Banden organisire, zu dem Zwecke, um in unser Territorium einzufallen, thäten wir auch weiter nichts, als die nothwendigen „mesures de police“ treffen, um Leben und Eigenthum unserer Grenzbevölkerung Schutz zu bieten. Herr Iswolsky beklagte, daß letztere Maßnahme im Momente ergriffen worden sei, wo die Mächte daran giengen, bei der serbischen Regierung ernste Vorstellungen zu erheben. Er habe sich von dieser in Aussicht genommenen Démarche einen heilsamen Effect erwartet und befürchtet nun, daß unsere militärischen Verfügungen neue Irritation in Serbien hervorrufen und den geplanten Collectivschritt paralsiren werden. Auch suchte er die momentane Situation in Serbien als verhältnismäßig zufriedenstellend zu schildern. Die Manifestationen hätten aufgehört, der Waarenboycott sei nahezu eingestellt, überall herrsche verhältnismäßig Ruhe. Die Nachricht von Bandenbildungen sei mit Skepsis aufzunehmen. Nach seinen Informationen wäre dieselbe ohne Grundlage. Offiziös sei sie jedenfalls dementirt worden. Ich benützte die Gelegenheit um den peinlichen Eindruck hervorzuheben, den in Wien das Auftreten des Kronprinzen Georg bei seiner Rückkehr aus St. Petersburg hervorgerufen. Anknüpfend an meine von allem Anfange an ausgesprochenen Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Besuches des Thronfolgers in der russischen Metropole, wies ich darauf hin, daß Kaiser Nikolaus ausdrücklich bedungen hatte, die Reise des Kronprinzen solle incognito erfolgen, offenbar in der Absicht, um in Belgrad keine falschen Illusionen zu wecken. Der officiële Empfang bei der Rückkehr, die bei diesem Anlasse in Gegenwart des russischen Gesandten gehaltene Rede des Prinzen seien geeignet den St. Petersburger Besuch in den Augen der serbischen Bevölkerung als einen officiellen darzustellen, mithin die Intentionen des Monarchen gerade an jener Stelle zu desavouiren, für welche sie gefaßt worden waren. Der Minister gab nach einigen beschönigenden Phrasen zu, daß der Prinz vielleicht doch die vorbereitete relativ maßvolle Ansprache, die officiös publicirt wurde, durch einige Extempores defiguriert haben mochte, meinte aber, man könne den russischen Gesandten nicht dafür verantwortlich machen. „Que pouvais je faire“ hätte Herr Sergueeff gemeldet, „je ne pouvais pas lui attacher une muselière!“ Daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn sich der russische Gesandte in Belgrad den Gedanken zur Richtschnur genommen hätte, welcher die hiesige Regierung von einem acte de présence bei Ankunft und Abfahrt des Kronprinzen

zurückhielt, scheint Herr Iswolsky in so weit eingeleuchtet zu haben, als er auf eine in diesem Sinne fallen gelassene Bemerkung nicht weiter replicirte. In Vorstehendem habe ich die Pose des Ministers kurz zu illustriren gesucht, sich zum Anwalte Serbiens in Bezug auf dessen provocatorisches Benehmen zu machen, was, seinem Dafürhalten nach wohl auch zum appui moral gehört, welcher seitens der hiesigen Regierung — allerdings nur bedingungsweise — Serbien in Aussicht gestellt worden war. Ob sich Herr Iswolsky die Frage vorgelegt haben mochte, in welchem Maße Serbien Präntentionen gegen Russland sich steigern müssen, wenn der russische Minister des Aussern Serbien als den provocirten Theil betrachtet? Es fehlen Anzeichen dafür, daß Herr Iswolsky zur Erkenntniß gelangt wäre, auch in diesem Falle kurzsichtige Politik zu treiben, wenn ihm der Wunsch Rußland den Frieden zu erhalten ernst ist.

Berchtold.

a) Vgl. n. 623, 629.

Nr. 629. Bericht aus St. Petersburg, 9. 22. Nov. 1908 Nr. 46 D (eing. 24. Nov.).^{a)} Ausfert.

Eine Frage weittragender Bedeutung drängt sich in der gegenwärtigen politischen Konfiguration unabweislich auf: die Frage nämlich, welchen Beistand die beiden serbischen Schwesterstaaten im Falle eines Zusammenstoßes mit Österreich-Ungarn von Rußland zu gewärtigen hätten? Euer Excellenz ist bekannt, mit wie viel Hochdruck sowohl Montenegro als namentlich Serbien hier gearbeitet haben und noch arbeiten, um Kaiser und Reich für ihre nationalen Revindikationen empfänglich zu machen und zu einer aktiven Unterstützung in der Verfolgung derselben mit sich fortzureißen. Montenegrinischerseits hat der Staatsratspräsident Miuschkowitsch in diesem Sinne durch Wochen in St. Petersburg gewirkt, indeß Serbien, dem die Tätigkeit seines ständigen hiesigen Vertreters nicht genügte, seinen Thronfolger, seinen bedeutendsten Staatsmann und eine Anzahl eloquenter Kathederhéroen mit der Mission betraute, die Vormacht des Slaventums an ihre heiligen Pflichten zu erinnern. Für das heutige Rußland konnte es wohl kaum eine größere Verlegenheit geben, als die Aufrollung des Balkanproblemes im Momente, wo es daran gieng — la Russie ne boude pas, elle se recueille — die Wunden zu heilen, die Krieg und Revolution dem Lande geschlagen. Nicht durch die Annexion Bosniens und der Herzegovina als solche, wohl aber durch die aggressive Stellungnahme Serbiens und Montenegros zu diesen Ereignissen ist die orientalische Frage plötzlich in ihrer ganzen ernsten Bedeutung für das russische Prestige auf die Tagesordnung gekommen. Verzicht auf eine traditionelle Machtstellung oder Sprung in ein halsbrecherisches Abenteuer ist die Alternative, vor welche sich das Czarenreich über Nacht gestellt sah. Wie tragisch Herr Iswolsky die Situation auffaßte, als er von seiner europäischen Rundreise „mit reinen aber auch mit leeren Händen“ zurückkehrte, beweist der Umstand, daß damals über seine Initiative eine Anfrage an den Generalstab gerichtet wurde, über die Chancen Rußlands in einem eventuellen Kriege mit Österreich-Ungarn und Deutschland. Die Antwort lautete dahin, daß

ein Waffengang mit Österreich-Ungarn allein nicht aussichtslos wäre, dagegen ein solcher mit beiden westlichen Nachbarn von vorneherein aufgegeben werden müßte. Da nach der klaren Stellungnahme des Berliner Kabinettes zur Annexion letztere Eventualität in den Calcul eingestellt werden mußte, waren der Bewegungsfreiheit Herrn Iswolskys enge Grenzen gezogen. Innerhalb derselben den slavischen Aspirationen tunlichst Rechnung zu tragen, führte zur Formel, Serbien und Montenegro könnten auf die „moralische Unterstützung“ Rußlands zählen, — eine Formel wie geschaffen, um mißverstanden zu werden; ferner zur Aufstellung der Theorie, die Annexionsfrage eventuell „in suspenso“ zu lassen, mithin eine südslavische Welfenfrage ins Leben zu setzen, welche wohl die Ansprüche des Hauses Braunschweig-Lüneburg auf den hannoverschen Thron durch jene des Königs Peter und des Fürsten Nikita auf Bosnien und die Herzegovina in Schatten stellen soll. Wenn Herrn Iswolskys persönlichen Motiven entspringender Kriegslust somit Schranken gesetzt erscheinen, so kann man bezüglich der übrigen maßgebenden Kabinettsmitglieder bestimmt behaupten, daß ihnen eine andere als friedliche Lösung der gegenwärtigen Orientkrise überhaupt nie in den Sinn gekommen wäre. Aus direktem Verkehre mit dem Regierungschef und dem Finanzminister, wie aus indirekt mir zugekommenen Informationen ist mir dies zur Überzeugung geworden. Nicht minder kann mit der unbedingten Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers gerechnet werden, dessen einsichtigem Wesen die prekäre Lage der Wehrkraft des Reiches ebenso wenig fremd ist, wie die Notwendigkeit der inneren Konsolidierung. Auch scheint der Höchste Herr durchdrungen von der Undankbarkeit der aktiven russischen Orientpolitik früherer Zeiten, die Rußland viel gekostet und nichts eingebracht hatte und deren Traditionen Er nicht wieder aufleben lassen will. Insoweit die russische Gesellschaft in der Reichsduma wiedergespiegelt ist, hat sich bekanntlich am Eröffnungstage ein unerfreuliches Symptom des herrschenden nationalen Fanatismus gezeigt, indem die von kadettischer Seite inszenierte annexionsfeindliche Demonstration vom ganzen Hause gutgeheißen wurde. Von kriegerischer Stimmung ist aber weder bei der äußersten Rechten, noch bei dem größten Teile der Oktobristen, noch bei den Nationalitäten, noch bei den Sozialdemokraten seither etwas zu spüren. Kampfrufe sind nur aus dem Kadettenlager zu vernehmen, aus jenem Lager, welches den Umsturz der bestehenden Ordnung betreibt, um auf deren Trümmern die „wahre Volksfreiheit“ aufzubauen. Bei der heutigen Sachlage könnten bloß äußere kriegerische Komplikationen der Kadettenpolitik zum Siege verhelfen, daher die serbischen Draufgeher in den Reihen dieser Männer der Aufklärung ihre verständnisvollsten und opferfreudigsten Sinnesgefährten gefunden haben. In der letzten Zeit haben hier wiederholt Konferenzen über die Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in die österreichisch-ungarische Monarchie stattgefunden, bei welchen serbische Professoren und russische Parlamentarier vor einem den besseren Ständen angehörenden Publikum die Annexionsfrage und im Zusammenhange damit die bisherigen Resultate der österreichisch-ungarischen Verwaltung in Bosnien und der Herzegovina in einseitig-gehässiger Weise beleuchteten.

Wenn auch eine Diskussion des Themas behördlich verwehrt ist, so gestalten doch diese tendenziösen Vorträge in Verbindung mit den auf die gleiche Tonart gestimmten täglichen Ausfällen der hauptstädtischen Presse eine gewisse Gefahr, namentlich wenn man in Anschlag nimmt, daß sich im Moskauer politischen Leben die gleichen Erscheinungen zeigen und da wie dort ausschließlich aus serbischen und englischen Quellen übernommene oder selbstbestellte Balkanmeldungen Österreich-Ungarn als den provozierenden, die beiden serbischen Staaten als den in den Krieg gedrängten Teil hinstellen. Es werden durch diese Hetzmethode die stets in der Slavenseele schlummernden nationalen Sentimentalitätsgefühle geweckt und großgezogen und eine gewitterschwangere Atmosphäre geschaffen, die Vergleiche mit 1877 zuläßt. Trotz dieser Symptome scheint mir beim heutigen Stande der Dinge die Wahrscheinlichkeit, daß sich Rußland im Falle einer österreichisch-ungarischen Aktion gegen Serbien und Montenegro verleiten lassen sollte, den Sympathien für die jugoslavischen Aspirationen materielle Gestaltung zu geben, ziemlich gering. Das Kadettentum ist in der Minderheit und in seinem Ansehen stark kompromittiert, dabei die Allgemeinheit durchdrungen von dem Friedensbedürfnisse des Reiches und der Inferiorität der russischen Wehrmacht. Einen dunklen Punkt, oder richtiger gesagt, ein großes Fragezeichen bildet allerdings die Persönlichkeit des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten, jenes ewig unsicheren Elementes, von kindischem Trotze erfüllt, von Furcht und Schrecken, von Eitelkeit und Rachsucht hin- und hergetrieben, heute weiß, morgen schwarz, unfähig, reale Verhältnisse richtig einzuschätzen und in letzter Linie persönliche Politik treibend. Das weiter oben gebrauchte historische Wort variierend könnte man von ihm sagen: „Le Ministre boude, il ne se recueille pas.“ Die Anerkennung, daß er dabei mit ziemlichem Geschicke operiert, in Tsarskoe-Selo eine Stimmung für sich geschaffen hat, die in den kaiserlichen Worten „pauvre Iswolsky“ ihren Ausdruck findet und vor der öffentlichen Meinung trotz aller Schlappen und Havarien immer wieder ein Auskunftsmittel findet pour sauver sa face, sei ihm nicht versagt. Abschließend möchte ich auf eine vom Grafen Mensdorff telegraphisch gemeldete Äußerung des russischen Botschafters in London reflektieren, daß gegebenen Falles weder Herr Iswolsky noch irgend ein anderer Minister im Stande wäre, der Bewegung in Russland Herr zu werden. Graf Benckendorff, dem die Geheimnisse der russischen Archive nicht verschlossen sind und der die Jahre 1876/1878 miterlebt hat, ist gewiß berufen, darüber ein kompetenteres Urteil abzugeben als ich es bin. Ein grundlegender Unterschied zwischen jetzt und damals scheint mir aber doch darin gelegen zu sein, daß 1877 Russland stark war und der Gegner als schwach galt, indeß gegenwärtig das Verhältnis gerade umgekehrt liegt. Und schon deshalb kann ich nicht glauben, daß die aggressiv slavophile Strömung solche Dimensionen annehmen werde, wie es damals der Fall war, und daß Sich Kaiser Nikolaus und Seine Ratgeber mit derselben Leichtigkeit einem solchen Kurse ebenso willig anpassen werden, wie es Kaiser Alexander II. unter günstigeren Verhältnissen zum Unheile für Russland getan.

Berchtold.

a) Vgl. n. 628, 638.

Nr. 630. Bericht aus St. Petersburg. 9./22. Nov. 1908 Nr. 46 E (eing. 24. Nov.).^{a)} Ausfert.

Die hohe Depesche Nr. 2380 vom 14. d. M. betreffs eventueller Publication der geheimen Abmachungen aus den Jahren 1877 und 1878^{b)} habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Nachdem Herr Isvolsky, — wie Euer Excellenz meinem ergebensten Telegramm No. 189 vom 10. d. M. entnommen — bei unserer letzten einschlägigen Aussprache schwerwiegende Bedenken gegen eine Veröffentlichung geäußert, war, bei der bekannten Versatilität des Herrn Ministers, zu erwarten, dass er bei abermaliger Erörterung des Themas der Publication das Wort reden werde. So ist es auch der Fall gewesen. Ich habe im Laufe meiner heutigen Unterredung mit Herrn Isvolsky an dessen ursprüngliche Anregung anspielend, gefragt, ob es nicht doch nützlich wäre, eine gegenständliche Aufklärung dem Publicum zu geben. Der Minister erwiderte mir, es schwebte ihm neuestens der Gedanke vor, die lückenhaften und entstellten Daten, die die Fortnightly Review kürzlich über die Budapester Convention gebracht, in einem hiesigen Blatte richtig zu stellen und bei dieser Gelegenheit den Text dieser Abmachung eventuell auch jenen des 1878er Geheim-Protokolles^{b)} zu veröffentlichen. Es werde gegenwärtig eine Denkschrift hierüber verfasst und behalte er sich vor, mir s. z. von derselben Kenntnis zu geben. Jedenfalls werde er nicht anders als im Einvernehmen mit Euer Excellenz vorgehen. Bei dieser Gelegenheit sprach mir der Minister auch von den bereits erfolgten einschlägigen Publikationen russischer Autoren, speciell Tatitscheff^{c)} und Gorejwin^{d)} citirend, meinte aber diesen Veröffentlichungen komme weniger Werth zu, da es nur Aufzeichnungen aus dem Gedächtnisse seien.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 639. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{c)} Tatiščev, Kaiser Alexander II. (russisch), St. Petersburg, 1903. — ^{d)} Wohl: S. Gorjainov, Der Bosphorus und die Dardanellen (russisch), St. Petersburg 1907.

Nr. 631. Bericht aus Belgrad, 23. Nov. 1908 Nr. 82 (eing. 25. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Die hysterischen Versuche, die bosnische Frage aufzubauschen und auszunützen, werden nach allen Seiten fortgesetzt. Nirgends winkt ein sicherer Erfolg und die serbische Politik kann sich daher noch für keine bestimmte Richtung entscheiden. Herr Milovanović hoffte, die Westmächte für die Serbien gebührenden territorialen Kompensationen zu gewinnen. Sein Misserfolg ist selbst für das Belgrader Publikum ersichtlich und er wird von allen Seiten angegriffen. Die blosser Erwähnung der Möglichkeit, dass der Herr Minister des Äussern sich auch nach Wien begeben könnte, um direkt mit uns zu verhandeln, wurde allgemein mit der grössten Entrüstung abgelehnt. Herr Pašić hat sich ein dankbareres Terrain ausgesucht und weilt noch immer in Petersburg, um die russische Presse und die panslavistischen Kreise gegen uns zu mobilisieren. Es kam ihm bald die Erkenntnis, dass auf eine bewaffnete Unterstützung seitens Russlands nicht zu rechnen und an territoriale Kompensationen bei unserer beharrlichen Weigerung nicht zu denken sei. Seine nach Belgrad gelangenden

Weisungen sind daher friedlicher geworden. Serbien müsse rüsten, um an dem nicht fernen Tage, an welchem Russland aktionsfähiger sein werde, bereit zu sein; vorläufig solle man nur erreichen, dass die bosnische Angelegenheit eine „offene Frage“ bleibe, das heisst, dass die Annexion weder durch Russland, noch durch Europa sanktioniert werde. Offiziell soll also Serbien keine egoistischen Kompensationen, sondern die Autonomie Bosniens und Herzegovinas fordern und die bekannte Devise vertreten: „Der Balkan den Balkanvölkern.“ Herr Novaković hingegen war beauftragt, in Konstantinopel zu beweisen, dass nur ein Bundesverhältnis zwischen der Türkei und den unabhängigen Balkanvölkern das weitere Vordringen des gemeinsamen Feindes, Österreich-Ungarns, aufhalten könne. Auch Bosnien müsse demselben entrissen und einer Autonomie unter einem türkischen General-Gouverneur zugeführt werden. Das Fiasko Herrn Novaković's wird hier kaum mehr geleugnet und der zwischen den Abgesandten der serbischen Nationalverteidigung, den Herren Stanojević und Nusić, und dem uns so abgeneigten jungtürkischen Komitee abgeschlossenen geheimen Konvention,^{a)} welche nur für die Duldung der serbischen Banden an der bosnisch-türkischen Grenze einen praktischen Wert hat, scheinen die beiderseitigen offiziellen Kreise keine besondere Bedeutung beizumessen. In ihrer Verlegenheit erwartet die serbische Regierung die Rückkehr der Herren Milovanović und Pašić und behilft sich vorderhand mit Beteuerung ihrer Korrektheit und ihrer Hoffnung auf die Konferenz und auf die Gerechtigkeit der Mächte und der heiligen serbischen Sache. Die militärischen Vorbereitungen werden natürlich fortgesetzt und das Kriegsgeschrei ist in den uns mit den gemeinsten Schimpfworten beehrenden Zeitungen unvermindert; aber die Kriegslust ist doch stark abgeschwächt. Offiziös wird der glanzvolle serbische Waffengang nunmehr für das Frühjahr in Aussicht genommen und als der herausfordernde, provokatorische Teil werden wir hingestellt. Bis zum Frühjahr werden noch einige Monate verstreichen und es kann sich Manches ändern, besonders in Serbien selbst. Gelegentlich des akuten bosnischen Wahnsinnes, der Serbien ergriffen hatte, waren die inneren Gegensätze in den Hintergrund getreten. Dieselben tauchen bereits auf und wir dürften baldigst die politischen Parteikämpfe sowie das Ringen zwischen Verschwörern und Gegenverschwörern in der Armee verstärkt erleben. Das gegenwärtige schwache Koalitionsministerium fristet nur ein Scheinleben und wird vom ersten inneren Sturme, dessen Vorboten sich schon zeigen, weggefegt werden. Von grossem Interesse für die Zukunft dürfte es dann werden, ob Herr Pašić wiederum an das Ruder gelangt oder das altradikale, im Lande verhasste Regime niederbricht. Schwierig dürfte sich dann die ohnehin unerfreuliche Situation König Peters gestalten. Alle Misserfolge der äusseren Politik werden bereits auf das Schuldkonto der Dynastie geschrieben. Auch dem Kronprinzen wird es fühlbar werden, dass der Held der Gasse, wenn die von ihm angeführte Bewegung schmähsch stecken bleibt, einfach lächerlich wird. Serbien macht eine krisenhafte Erregung durch und kann an seiner Dynastie keinen Halt finden. Dies kann im nächsten Jahre noch ernste Erscheinungen zeitigen, speziell einen Zwang für den König, kriegerische Verwicklungen zu wünschen. Die

Verschwörer, welche ihr mit der Dynastie verwachsenenes Interesse der Selbsterhaltung ängstlich wahren, haben hiefür eine gute Witterung. Daher waren sie am eifrigsten bestrebt, in die Kriegsposaune zu blasen, und erfolgte ihre Annäherung an ihren früheren Gegner, den Kronprinzen. Freilich hatten sie auch ein schönes materielles Interesse am Kriegslärm. Die auf Englands seinerzeitigen Wunsch pensionierten Hauptverschwörer haben nämlich die meisten Lieferungen für die Armee in Händen. Bei dem Rüstungsfieber lässt sich begreiflicher Weise schön verdienen, besonders wenn — wie einzelne Zeitungen behaupteten — statt Mehl Sand und statt Schiesspulver Pferdemit geliefert wurde! Es gibt wohl kein Land, wo die ernstesten Ereignisse mit so vielen komischen operettenhaften Details behaftet sind. Dies erleichtert uns jedenfalls, dem ganzen Gehaben der hiesigen possenhaften Politiker, je nach Bedürfnis, abwechselnd mit humorvoller Geduld oder mit Energie zu begegnen. Forgách.

^{a)} Diese Nachricht kann möglicherweise auf den der Belgrader Gesandtschaft in die Hände gespielten apokryphen Dokumenten (vgl. n. 98) beruhen. Vgl. n. 598, 1106.

Nr. 632. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Nov. 1908 Nr. 480 (eing. 24. Nov. 8 U. 50 M. a m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 477 von gestern. Meine heutige Unterredung mit Grossvezir hat in der Boykottfrage kein definitives Resultat ergeben und bin ich nach wie vor sehr skeptisch, ob wir überhaupt in dieser Hinsicht sobald zum Ziele gelangen werden. Kiamil Pascha empfing mich heute in Gegenwart eines, wie er mir sagte, mächtigen Kurden-Scheikhs, welchem die kurdischen Lastträger unbedingt folgen. Der Grossvezir sagte mir, er habe soeben mit diesem Scheik längere Zeit konferiert und hoffe, dass es ihm gelingen wird, die Lastträger zum Aufgeben des Boykotts zu veranlassen. Ich erwiderte dem Grossvezir, dass dies allerdings ein Erfolg wäre, dass mir dies aber nicht genüge, sondern dass ich auch verlange, dass in den anderen Häfen hauptsächlich Salonik, die Löscharbeiten von nun an ungestört vor sich gehen. Ich fügte hinzu, dass ich bis nächsten Donnerstag warten wolle; wenn ich bis dahin kein Resultat sehe, würde ich genötigt sein, Euer Exzellenz zu bitten, mir einen Urlaub nach Wien zu gewähren, damit ich über die Lage referieren und neue Instruktionen einholen könne. Kiamil Pascha versicherte mich hierauf, er hoffe zuversichtlich, dass bis Donnerstag seine Bemühungen einen befriedigenden Erfolg aufweisen werden. Die weiteren Auslassungen des Grossvezir liessen übrigens bei mir den Eindruck zurück, als ob es ihm nicht darum zu tun wäre, mit uns so schnell zu einem definitiven Einverständnis über Annexion zu kommen. Eine vertrauliche Bemerkung, die Tewfik Pascha heute mir gegenüber fallen liess, gibt mir hiezu den Schlüssel. Der Minister des Aussern meinte nämlich, Kiamil Pascha scheine abwarten zu wollen, wie die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg in der Konferenzfrage ausfallen werden. Dies bestärkt mich in der Überzeugung, daß unsere Verständigung mit der Türkei hauptsächlich von London und Petersburg abhängen. Ich habe den Grossvezir heute auch darüber interpelliert, was

seine von den Zeitungen gemeldete einer Deputation bosnischer Emigranten gegenüber gemachte Äusserung, „daß die Türkei auf dem Standpunkte stehe, den status quo ante in Bosnien wieder herbeizuführen oder aber die Errichtung einer autonomen Provinz anzustreben“ bedeuten soll. Kiamil Pascha antwortete, daß er allerdings diese Äußerung getan, jedoch darunter gemeint habe, daß dies der Standpunkt der Pforte wäre, ins solange keine Verständigung zwischen uns und der Türkei zu Stande kommt.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 634, 635.

Nr. 633. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 23. Nov. 1908 Nr. 99 (eing. 24. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ich habe Enver Bey gegenüber die mir im Ministerial-Telegramm Nr. 28 vom 19. d. M. aufgetragene Sprache geführt. Abgesehen von den üblichen Fiktionen und Phrasen von der öffentlichen Meinung und dergleichen, stellte Enver Bey die dem Komitee im Morgenblatte der Neuen Freien Presse vom 18. d. M. zugeschriebene Absicht einer Pression entschieden in Abrede; jedoch sei es ihm und den anderen konzilianten Faktoren unmöglich, auf meine rein persönlichen Äusserungen hin im Komitee eine Stellungnahme gegen den Boykott anzuregen, da man erwidern würde, dass die in meinem Telegramme Nr. 93 vom 11. d. M. wiedergegebenen Anträge unbeantwortet geblieben seien. Ich habe Enver Bey (sowie auch insgeheim Hilmi Pascha) zu verstehen gegeben, dass ich in vorstehender Ausführung das wünschenswerte Entgegenkommen vermisste. Gleichlautend Konstantinopel 107.

Rapport.

a) Vgl. n. 645.

Nr. 634. Tel. aus Berlin, 24. Nov. 1908 Nr. 260 (eing. 25. Nov. 9 U. 30 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Herr von Kiderlen teilt mir mit, Baron Marschall, welcher Instruktionen hatte, bei der Pforte ernsteste Vorstellungen wegen des gegen Österreich-Ungarn gerichteten Boykotts zu machen, telegraphiere, dass er sich des Auftrages bei dem Grossvezir in der energischsten Weise entledigt hätte. Er habe hiebei hervorgehoben, dass die türkische Regierung allerdings nicht in der Lage sei, den Konsumenten darüber Vorschriften zu machen, wo sie kaufen sollten, doch könne die Regierung wohl die öffentliche Meinung darüber aufklären, dass der Versuch, auf diese Weise politische Differenzen zu entscheiden, für die Türkei entschieden sehr schädliche Folgen haben würde; es sei die Pflicht der Regierung, den unter ihrer Kontrolle stehenden Bediensteten eine Teilnahme am Boykott strengstens zu untersagen; dies gelte namentlich für die Hamals der Douane, welche sich fortgesetzt weigern, die österreichisch-ungarischen Waren zur Abfertigung zu transportieren. Die Regierung sei für das Vorgehen dieser Hamals, die vom Staate ein Monopol für ihr Geschäft hätten, verantwortlich. Kiamil Pascha habe diese Auslassungen des deutschen Botschafters mit auffallend schlechter Laune entgegengenommen; er versicherte, dem Douane-

minister diesbezüglich schon einen Befehl erteilt zu haben, doch weigerten sich die Hamals, demselben nachzukommen; er könne (keine)^{b)} Truppen senden, um die Leute zum Gehorsam zu zwingen, da das Volk zusammenströmen und seine Erbitterung gegen die Regierung richten würde, wenn es hörte, dass es sich um eine Aktion zu Gunsten Österreich-Ungarns handle. Als Baron Marschall hierauf erklärte, die Pforte werde durch ihr Vorgehen das Zustandekommen einer Konferenz unmöglich machen, platzte Kiamil Pascha damit heraus, die einzige Lösung der Krise bestehe darin, daß Bosnien und die Herzegowina in eine autonome Provinz unter einem von den Mächten bestellten, vom Sultan zu bestätigenden Vali umgewandelt würde; er, der Grossvezir, habe dies übrigens auch dem Markgrafen Pallavicini nahe gelegt, der aber diesen Vorschlag als ganz undiskutabel bezeichnet hätte. Als Baron Marschall versicherte, der gleichen Meinung zu sein wie Markgraf Pallavicini, hätte Kiamil Pascha erwidert: „L’Autriche-Hongrie ne ferait pas cette politique si elle n’était pas sûre de l’appui de l’Allemagne.“ Darauf erklärte deutscher Botschafter in der entschiedensten Weise, dass die deutsche Regierung diesen ganz ungeheuerlichen Vorschlag nicht ernst nehmen könne und ganz abgesehen vom Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn es nicht befürworten könnte, dass Bosnien und die Herzegowina, nachdem Österreich-Ungarn für dieselbe Gut und Blut geopfert habe, nach dreißig Jahren wieder in eine Provinz zurückverwandelt werde, was schon für die Ruhe am Balkan im höchsten Grade bedenklich wäre. Marschall ist der Meinung, welche übrigens von Markgraf Pallavicini geteilt werde, dass die Haltung des Grossvezirs entschieden auf russischen und englischen Einfluß zurückzuführen sei, da es wohl zweifellos sei, dass man in London und Petersburg das Zustandekommen einer Entente zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei nicht wünsche, bevor die österreichisch-ungarisch-russischen Verhandlungen in befriedigender Weise ihre Erledigung gefunden. Szögyény.

a) Vgl. n. 632, 635, 650. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 635. Tel. nach Konstantinopel, 24. Nov. 1908 Nr. 234 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Pogatscher).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 23., No. 480. Ich beabsichtige Euer Exzellenz morgen eine diesbezügliche telegraphische Mittheilung zukommen zu lassen und ersuche Sie bis zum Eintreffen derselben eine entscheidende Aussprache mit dem Grossvezir zu vermeiden.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 634, 642.

Nr. 636. Tel. nach Paris, 24. Nov. 1908 Nr. 67 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Am 19. d. Mts. hat mir der hiesige türkische Geschäftsträger ein Zirkular-Telegramm der Pforte an ihre Botschaften^{b)} zur Kenntnis gebracht, in welchem dieselbe ihren Standpunkt betreffs des Conferenz-Programmes

präcisirt. Da mich der Herr Geschäfts-Träger instruktionsgemäss um eine Äusserung meinerseits ersuchte, erwiderte ich ihm, dass ich mir eine nähere Prüfung seiner eben gemachten Mittheilung noch vorbehalten müsse. Schon jetzt könne ich ihm jedoch erklären, dass die k. und k. Regierung von den besten Intentionen erfüllt sei, mit der türkischen Regierung zu einem Einvernehmen zu gelangen. Ebenso wie die Türkei müsse auch Österreich-Ungarn daran festhalten, dass über die wesentlichen Fragen vor dem Zusammentritte der Conferenz völlige Klarheit herrsche. Zu diesem Zwecke würde ich einen raschen Verlauf unserer ins Stocken geratenen Verhandlungen mit der Türkei wünschen und seien wir zu dem weitgehendsten Entgegenkommen bereit, um dieselben einem gedeihlichen Abschlusse zuzuführen. Ich müsste jedoch ausdrücklich erklären, dass ich diese Verhandlungen nicht wieder aufzunehmen in der Lage sei, bevor nicht die türkische Regierung in der Frage des Boykott das thue, was wir von ihr zu erwarten berechtigt sind. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, dass dieser Boykott systematisch organisirt und dass insbesondere die Zoll-ämter-Verwaltung mit dieser Bewegung konnivent sei. Wir müssten also verlangen, dass die Pforte Massnahmen treffe um diesem Zustande ein Ende zu machen und auf diese Weise ihre bona fides darthue, welche die notwendige Voraussetzung zu einer Fortsetzung der Verhandlungen bilde. Von der vorstehend bezeichneten Démarche des türkischen Geschäfts-trägers und meiner Antwort habe ich den Herrn französischen Botschafter in Kenntniss gesetzt, der zweifelsohne hierüber seiner Regierung Meldung erstattet hat. Es wäre mir aber erwünscht, wenn auch Euer Exzellenz bald Gelegenheit fänden, Herrn Pichon hievon in meinem Namen zu informiren. Hiebei könnten Euer Exzellenz andeuten, dass mir nach den wiederholten so freundschaftlichen Äusserungen Herrn Pichons und unserem vertrauens-vollen Verhältnisse die Hoffnung berechtigt scheine, die französische Regierung werde ihren Einfluss in Constantinopel in dem Sinne geltend machen, dass die Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen geschaffen werde.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 45 Nr. 71. Vgl. n. 620, 627, 643, 670, 674. — b) n. 601.

*Nr. 637. Tel. nach Rom, 24. Nov. 1908 Nr. 122 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 22. I. M. No. 201. Der Herzog von Avarna hat hier die von Euer Exzellenz angekündigte Mittheilung bezüglich Art. XXIX gemacht. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, dass ich von Anfang an den Standpunkt eingenommen habe, es handle sich bloss um eine Modification des fraglichen Artikels, indem wir bereit seien, auf einige uns zugesprochene Vorrechte, welche von Montenegro als Beschränkungen seiner Souveränität empfunden werden, zu verzichten, wobei wir jedoch gewisse Reserven formuliren müssten. Was speciell Antivari anbelange, so hätte ich, wie es dem Herrn Botschafter bekannt, unsere Zustimmung zu den beabsichtigten Modificationen des Art. XXIX

an die Bedingung geknüpft, dass der Fürst von Montenegro die Verpflichtung ausdrücklich übernehme, den genannten Hafen nicht in einen Kriegshafen zu verwandeln. An der Frage des Befestigungsverbotes an der montenegrinischen Küste und längs der Bojana seien jedoch nicht nur die k. u. k. Monarchie sondern auch die anderen Mächte und vor Allem die Türkei interessirt. Es könnte diese Frage daher zum Gegenstande eines Gedankenaustausches gemacht werden. Der von uns in der Litoralbahnfrage eingenommene Standpunkt sei dem Cabinete von Rom aus der Mittheilung bekannt, die ich Herrn Tittoni über die geheimen Pourparlers mit Russland und die Buchlauer Besprechungen mit Herrn Iswolsky zukommen liess,^{b)} sowie aus unserer dem Herrn Minister streng vertraulich mitgetheilten Antwort auf den Conferenzprogrammwurf des St. Petersburger Cabinetes.^{c)} Die in diesem Punkte jederzeit formulirte Reserve habe sich auf ein Einverständnis mit der montenegrinischen Regierung betreffs des Baues der in Rede stehenden Linie bezogen. Die Bauführung könnte sodann einer österreichischen oder einer montenegrinischen Gesellschaft übertragen werden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und zur Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1375. — ^{b)} Vgl. n. 337, 1357. — ^{c)} n. 576.

*Nr. 638. Bericht aus Rom, 24. Nov. 1908 Nr. 56 C (eing. 26. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Je m'efforce envain de comprendre la politique actuelle de l'Angleterre et de savoir au juste où ils veulent en venir; ce n'est pas ce brave Egerton qui me le dira et San Giuliano, avec toutes ses dépêches et ses innombrables télégrammes n'a pas réussi à m'éclaircir non plus. So sprach neulich Herr Tittoni zu mir. Er sieht (und mit ihm auch die inspirirte Presse) in der letzten Rede Sir E. Greys ein prononcirtes Einlenken Englands. Tittoni legt dem nefasten Einflusse der englischen Presse einen grossen Theil der Schuld bei, wenn in Serbien und Montenegro trügerische Hoffnungen geweckt und künstlich grossgezogen würden; er macht sie für die Verschärfung der Situation nahezu an erster Stelle verantwortlich. Diese Auffassung mag nicht ohne eine gewisse Berechtigung sein; wenn aber Tittoni von der „Unverständlichkeit“ der englischen Politik spricht, so gestehe ich, dass ich seinem Gedankengange nicht recht folge. Es bekräftigt mich diese Äusserung in der Vermuthung, dass die Berichte San Giulianos mitunter von der glühenden Phantasie des Sicilianers stark erwärmt sein müssen. Insbesondere habe ich den Eindruck, dass er die dermalen in England herrschende Irritation gegen uns in sehr grellen Farben aufgetragen haben muss. Dass Italien sich niemals in einen Gegensatz zu England bringen wird, ist ein fundamentales Axiom, das ich heute nicht zu wiederholen brauche. Dass aber die Intimität zwischen den beiden Staaten dermalen eine grosse sei, oder durch die nervöse Thätigkeit San Giulianos besondere Fortschritte gemacht habe, möchte ich auch nicht glauben.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 629, 681.

Nr. 639. Tel. nach St. Petersburg, 24. Nov. 1908 Nr. 149 (chiff. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Abschrift.

In der heutigen Nummer des „Neuen Pester Journal“ veröffentlicht ein Zeitgenosse des älteren Grafen Andrassy einen „Russland und die Annexion“ betitelten, im heutigen Morgenblatte der „Neuen Freien Presse“ auszugsweise reproduzierten Artikel, der über die Reichsstädter Konvention,^{b)} über die im Jahre 1878^{c)} in Ofen vom Botschafter Novikoff und dem Grafen Andrassy senior unterfertigte und von den beiden Monarchen ratihabirte Abmachung und schliesslich über das noch während des Berliner Vertrages zwischen uns und Russland in Ansehung des Sandschaks und Bosniens zustande gekommene Spezialabkommen^{d)} der Wahrheit sehr nahe kommende Angaben enthält und auf Grund derselben die Behauptung aufstellt, dass Russland schon vor dreissig Jahren uns die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina samt dem Sandschak ohne jede Beschränkung freigestellt hat. Verfasser des Artikels dürfte Baron Dóczy sein, bei dem wieder einmal der Wunsch, Proben seines ausgezeichneten Gedächtnisses zu geben, stärker gewesen zu sein scheint, als die Rücksichtnahme auf aktuelle politische Interessen. Vielleicht war Dóczy auch von dem Bestreben geleitet, für die Veröffentlichung unseres geheimen Abkommens mit der Türkei vom 13. Juli 1878^{e)} Revanche zu nehmen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, dass von der Veröffentlichung unserer geheimen auf Bosnien bezüglichen Abmachungen mit Russland bis auf weiteres ohne zwingenden Grund oder ohne Zustimmung Iswolsky's abzusehen sei. Euer Exzellenz sind ermächtigt, gegebenenfalls bei Herrn Iswolsky diesbezüglich meinen Standpunkt zu präzisieren.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 630. — ^{b)} Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{c)} Richtig 15. Jänner 1877. Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{d)} Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{e)} Vgl. n. 177 Anm. b.

Nr. 640. Tel. aus Cetinje, 25. Nov. 1908 Nr. 106 (eing. 26. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fürstliche Regierung hat heute abends den hiesigen fremden Vertretungen mittelst identischer Note ein Promemoria zugesendet, in welchem das Verlangen nach Retrocession der Gemeinde Spizza gestellt und begründet wird. Nach dem Bemerken, dass durch separates Anhängigmachen dieser speziell Montenegro angehenden Angelegenheit die Frage anderer Kompensationen für Serbien und Montenegro nicht in Schatten gestellt werden soll, wird in der Note ausgeführt, dass die gänzliche Abrogation der restriktiven Bestimmungen des Artikels 29 zufolge der Proklamation des Fürsten vom 25. September alten Stils^{b)} eine Ehrenschild desselben gegenüber dem montenegrinischen Volke geworden sei und schliesslich die Bitte der fürstlichen Regierung einer wohlwollenden Aufnahme empfohlen. In dem Promemoria wird nach einleitender Erklärung, dass die fürstlich montenegrinische Regierung es den Signatarmächten des Berliner Vertrages überlasse, den arbiträren Akt der Annexion zu beurteilen und sich bezüglich der Regelung der Frage der Kompensationen, auf welche Serbien und Montenegro ein Recht haben, Russland anvertraue, die durch den Artikel 29

für Montenegro geschaffene Situation besprochen, der Beweis zu erbringen versucht, dass für die Unabhängigkeit Montenegros im Litorale der Besitz von Spizza unerlässlich sei und dieses Anliegen besonders dem Grossmütigkeits- und Billigkeitssinne Österreich-Ungarns empfohlen. Ich stelle morgen vormittag die auch mir zugesandte Note dem Ministerpräsidenten brevi manu mit der im hohen Telegramme vom 15. Oktober No. 53 enthaltenen Motivierung und im Sinne des mir heute zugekommenen Erlasses vom 21. d. Mts. Zahl 2480 mit dem Beifügen zurück, dass welche Gebietsabtretung immer unsererseits an Montenegro unbedingt ausgeschlossen ist.

Kuhn.

a) Vgl. n. 651. — b) Vgl. n. 187, 1167.

Nr. 641. Tel. nach Konstantinopel, 25. Nov. 1908 Nr. 236 (chiff. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Pogatscher).

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 234. Sowohl aus den Mitteilungen Euer Exzellenz als den anderwärtigen, mir zugekommenen Meldungen scheint mit großer Wahrscheinlichkeit hervorzugehen, daß das mot d'ordre zur Boykottbewegung eigentlich vom jungtürkischen Zentralkomitee in Salonik ausgeht. Andererseits ist aus den Meldungen des Generalkonsuls Rappaport über seine geheimen Pourparlers nicht ersichtlich, daß er die Komitee-Delegierten über unsere Bereitwilligkeit zu weitgehendem Entgegenkommen in wirtschaftlicher Beziehung entsprechend aufgeklärt hat. Angesichts dieser Umstände halte ich es für opportun, noch einen Versuch der Einwirkung auf das Komitee zu unternehmen, um dasselbe zu einer Stellungnahme gegen den Boykott zu bewegen und versehe Generalkonsul Rappaport mit einer bezüglichlichen telegraphischen Instruktion, deren Wortlaut ich Euer Exzellenz am Schlusse dieses Telegrammes mitteile. Ich ersuche Euer Exzellenz bis zum Eintreffen einer in Bälde gewärtigten Antwort aus Salonik und einer bezüglichlichen Instruktion meinerseits Ihre Einwirkung auf den Großvezir in der Boykottfrage im Sinne Ihrer Instruktionen fortzusetzen, jedoch einen entscheidenden Schritt bis dahin hinauszuschieben. Ich füge hinzu, daß ein eventueller Urlaub Euer Exzellenz erst nach dem 2. Dezember in Betracht kommen könnte. Nachfolgend der Wortlaut meines Telegrammes an Generalkonsul Rappaport: (Inseratur heutiges Telegramm nach Salonik Nr. 31 in extenso.). Aehrenthal.

a) Vgl. n. 642, 645, 652.

Nr. 642. Tel. aus Konstantinopel, 25. Nov. 1908 Nr. 482 (eing. 3 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm, No. 234 vom 24. d. Mts. Ich werde bis zum Eintreffen der mir in Aussicht gestellten telegrafischen Weisung ein Zusammentreffen mit Kiamil Pascha vermeiden. Die Lage in Betreff des Boykotts ist heute ganz dieselbe, wie vor meiner letzten Unterredung mit dem Grossvezir. Ich bin zu der festen Überzeugung gelangt, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird und dass der Grossvezir in der Sache nichts tun kann und will. Selbst die Bekanntgabe unserer Konzessionen

würde heute nichts an der Lage ändern, da der Grossvezir meiner schon früher ausgesprochenen Überzeugung nach ein Einverständnis mit uns über die Annexionsfrage von dem Resultate der zwischen Wien und Petersburg schwebenden Verhandlungen abhängig macht. Unter diesen Umständen scheint mir jede Verhandlung mit der Pforte jetzt ganz aussichtslos. Falls Euer Exzellenz in dem mir in Aussicht gestellten Telegramme die Weisung geben sollten, dem Grossvezir definitiv zu erklären, dass ich Euer Exzellenz um Urlaub nach Wien bitten müsse, glaube ich, wäre es notwendig, mich schon jetzt zu ermächtigen, falls mittlerweile keine Wendung zum Besseren eintreten sollte, sofort von hier abzureisen. Eine Zögerung in dieser Beziehung könnte hier nur als Schwäche unsererseits gedeutet werden.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 641.

Nr. 643. Tel. nach London, 25. Nov. 1908 Nr. 93 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Information: Der hiesige englische Geschäftsträger hat hier ein vom 21. I. M. datiertes Aide-Mémoire übergeben, welches in deutscher Uebersetzung nachstehenden Wortlaut hat: „Die Frage der Serbien und Montenegro zu gewährenden Vorteile wird seitens der türkischen Regierung nur unter der Bedingung zur Diskussion zugelassen werden, — Bedingung, welche seitens der Mächte vorher akzeptiert werden müßte, — daß, wie auch immer die Natur solcher Vorteile sein möge, dieselben nicht auf Kosten der Türkei erlangt werden würden. Die Regierung Seiner Majestät ist bereit, eine bindende Zusage in diesem Sinne zu geben. Die Regierung Seiner Majestät legt großen Wert darauf, die Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich der oben erwähnten Frage sowie hinsichtlich der Vorschläge kennen zu lernen, welche den Großmächten seitens der türkischen Regierung mitgeteilt worden sind und die den Umfang der Diskussion betreffen, auf welchen die Beratungen der in Aussicht genommenen Konferenz beschränkt werden müßten.“ Dieses englische Mémoire ist mit folgendem Promemoria beantwortet worden: ... wie n. 644 ...

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 646, 661.

Nr. 644. Aide mémoire für den englischen Geschäftsträger in Wien, 25. Nov. 1908.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ainsi qu'il est connu au Gouvernement de Sa Majesté Britannique des pourparlers confidentiels relatifs au programme de la Conférence sont en cours entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg. Pour ce qui est des propositions que la Sublime Porte a communiquées aux Grandes Puissances au sujet du programme de la Conférence le Cabinet de Vienne est tout disposé à en faire également l'objet d'un échange de vues amical. De même que le Gouvernement ottoman a formulé des réserves relativement aux avantages à procurer à la Serbie et au Monténégro la Cabinet de Vienne est d'avis que la Conférence destinée à régler les différentes questions surgies

à la suite des récents événements dans la Péninsule des Balkans ne saurait utilement se réunir que lorsqu'un accord préalable aura été établi entre les Puissances signataires du Traité de Berlin. Dans cet ordre d'idées le Gouvernement Impérial et Royal est animé du désir que ses pourparlers avec la Sublime Porte qui sont suspendus pour le moment soient menés à bonne et prompte fin. L'Ambassade Impériale et Royale à Constantinople a reçu à cet effet des instructions qui témoignent de notre bon vouloir et de nos meilleures intentions. Le Cabinet de Vienne ne saurait, cependant continuer les négociations susmentionnées tant que le Gouvernement Impérial ottoman ne change d'attitude dans la question du boycott, qui est organisé systématiquement et avec la connivence de certains fonctionnaires et ne contribue par là à rétablir les conditions nécessaires pour la reprise des dites négociations.

a) Vgl. n. 622, 643.

Nr. 645. Tel. an den Zivilagentenstellvertreter in Saloniki, 25. Nov. 1908 Nr. 31 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm vom 23. d. M., Nr. 99. Nach dieser Meldung wäre Enver Bey unter dem Eindrucke, daß die vom Komitee Ihnen seinerzeit bekanntgegebenen Punkte ohne jede Antwort geblieben seien und es aus diesem Grunde ihm und den anderen „konzilianten Faktoren“ unmöglich gemacht sei, im Komitee eine Stellungnahme gegen den Boykott anzuregen. Dem gegenüber möchte ich zunächst feststellen, daß Euer Hochwohlgeboren mittelst meines Telegrammes vom 6. d. M., Nr. 25, ermächtigt waren, sich über die oberwähnten Punktationen zu äußern. Laut Euer Hochwohlgeboren Telegrammes vom 11., Nr. 93, haben Sie auch tatsächlich die Punkte I bis V im Sinne meiner Direktiven mit den Delegierten besprochen, die Erörterung der erübrigenden 4 Punkte wirtschaftlicher Natur jedoch auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Soweit ich Ihren Meldungen entnehmen kann, ist es auch seitdem zu einer Aussprache über diese wirtschaftlichen Punkte zwischen Ihnen und den Komitee-Delegierten nicht gekommen, da mittlerweile die Boykottbewegung wieder aufgetreten und die meritorischen Pourparlers verhindert hatte. Es erscheint mir nun zweckmäßig, daß Euer Hochwohlgeboren die Komitee-Delegierten darüber nicht im Zweifel lassen, daß wir, wie dies in meinem Telegramme Nr. 25 vom 6. d. M. enthalten war, auf dem wirtschaftlichen Gebiete, dessen große Wichtigkeit für die Regenerierung der Türkei den jungtürkischen Politikern bewußt sein dürfte, zu dem weitestgehenden Entgegenkommen bereit und auch gewillt seien, diesen Standpunkt bei den anderen Mächten zu vertreten. In diesem Sinne hätte ich erst unlängst bei Empfange einer Deputation österreichischer Industrieller, also öffentlich und in bindender Weise erklärt, daß die Monarchie bereit sei, der Türkei auf wirtschaftlichem und staatsfinanziellem Gebiete weitgehende Zugeständnisse zu machen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der feindseligen Bewegung gegen unsere Industrie und Schiffahrt ein Ende gemacht

werde. Diese Erklärung gebe dem Komitee die gewünschte Handhabe, seinerseits gegen die Boykottbewegung Stellung zu nehmen. Solange diese gehässige Agitation, welche auf die öffentliche Meinung in der Monarchie mehr und mehr irritierend wirkt, fort dauere, könne natürlich von einer gedeihlichen Fortsetzung der Pourparlers zwecks Zustandekommen einer Entente zwischen uns und der Türkei keine Rede sein. Wir müßten dann überhaupt unser ganzes Verhalten danach einrichten; nicht nur wären wir nicht in der Lage, eine Initiative zu Gunsten der Türkei bei den anderen Mächten zu ergreifen, sondern wir würden unsere unerläßliche Zustimmung zu einer Änderung in den für die Türkei so wichtigen wirtschaftlichen Fragen (Zölle, Monopole etc.) zu verweigern genötigt sein. Euer Hochwohlgeboren wollen sich den Komitee-Delegierten gegenüber so bald als möglich im Sinne des Vorstehenden aussprechen, selbstverständlich unter strenger Wahrung des bisherigen Charakters Ihrer geheimen bezüglichen Pourparlers. Wie Euer Hochwohlgeboren bekannt, verfolgen diese Pourparlers den Zweck, das Terrain für das Zustandekommen einer Entente, welche auch vom Komitee als erwünscht bezeichnet worden war, vorzubereiten in der Hoffnung, daß das Komitee nach Kenntnis unserer guten Dispositionen seinen Einfluß in Konstantinopel zu Gunsten einer solchen Entente einsetzen werde, deren Finalisierung natürlich den beiden Regierungen vorbehalten bleiben muß.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 641, 664.

Nr. 646. Tel. nach St. Petersburg, 25. Nov. 1908 Nr. 150 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal.)

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Bericht vom 22. d. M., Nr. 46 B. Der von Herrn Iswolsky in Aussicht genommene Text einer für die Presse bestimmten Notiz über die russische Antwort auf unser Memorandum erscheint mir auch nach den von Ihnen erwirkten Kürzungen nicht geeignet, den weiteren Verlauf unserer Pourparlers mit dem russischen Kabinette zu fördern, indem darin der Standpunkt jenes Kabinettes öffentlich in bindender Weise festgelegt wird, was uns nötigen würde, auch unsere divergierende Auffassung in der Öffentlichkeit zu vertreten; dann aber bliebe für die weiteren Pourparlers kaum mehr ein genügender Spielraum übrig. Ich möchte übrigens auch auf den Widerspruch aufmerksam machen, dass das Petersburger Kabinett in diesem Texte für die künftige Konferenz das Recht in Anspruch nimmt, den Punkt betreffs Bosnien und jenen betreffs des Sandschaks in voller Freiheit zu diskutieren, andererseits aber in dem an uns gerichteten Aide-Mémoire vom 9. d. M.^{b)} sich unserem Standpunkte vollkommen anzuschließen erklärt: „que la Conférence ne saurait utilement se réunir que lorsqu'un accord préalable aura été établi entre les Puissances signataires du Traité de Berlin“. Es ist klar, dass diese vorhergängigen Vereinbarungen über alle wichtigeren Punkte des Programmes zwischen den Mächten ihren Ausdruck in ganz konkreten Formeln und Propositionen finden und daher die Diskussion bereits in ganz bestimmter Weise scharf umgrenzen müssten. Der von Herrn Iswolsky in Aussicht genommene Text schiene mir also auch

nicht im Einklange mit den Versicherungen, welche uns vom Petersburger Kabinette in der oberwähnten Mittheilung gemacht worden sind. Nach meiner Auffassung wäre es für den weiteren Verlauf unserer Pourparlers am günstigsten, wenn sich das Communiqué darauf beschränken würde, den ununterbrochenen und befriedigenden Fortgang der Verhandlungen zu konstatieren. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden Herrn Iswolsky gegenüber aussprechen und mich hierüber telegraphisch informieren.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 653. — b) Neuen Stils: 22. Nov. Vgl. Beilage zu n. 626.

Nr. 647. Tel. aus St. Petersburg, 25. Nov. 1908 Nr. 202 (eing. 26. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Hohes Telegramm No. 149 vom 24. d. M. erhalten. Indiskretion des „Neuen Pester Journal“ bedauerlich, da bei Gehässigkeit hiesiger Journalistik zu befürchten, dass tatsächlich die Publikation in unserer Presse als Waffe gegen uns gebraucht werden wird. Sprach heute Minister im Sinne zitierten hohen Telegrammes. Er will abwarten, bis Artikel, den heutige Zeitungstelegramme nur auszugsweise brachten, ihm in extenso zugekommen sein wird. Sollten Unrichtigkeiten darin enthalten sein oder Fassung zu falschen Interpretationen Anlass geben, werde ihm nichts übrig bleiben, als in offiziösem Artikel darauf zu antworten. Herr Iswolsky, welcher Geschehnis beklagte, versicherte mich ausdrücklich, in eventuellen publizistischen Erörterungen sich auf das Notwendigste beschränken, speziell auch die im hohen Telegramme No. 139 vom 8. d. M. erwähnte Restriktion berücksichtigen und Redaktion in einer Weise besorgen zu wollen, dass öffentliche Meinung beruhigt werde. „Vous pouvez être rassuré que je ferai de mon possible pour ne pas envenimer davantage les rapports des deux pays.“

Berchtold.

Nr. 648. Bericht aus Belgrad, 26. Nov. 1908 Nr. 83 A (eing. 28. Nov.). Ausfert.

Vertraulich. Professor Cvijić, der hervorragendste Gelehrte Serbiens, welcher als Geologe und Etnograph einen europäischen Ruf genießt und der durch einen Missgriff unserer Militärbehörden im vorigen Sommer in Mostar angehalten und ausgewiesen wurde, hielt vor einigen Tagen auf der Belgrader Universität viel bemerkte Vorträge über das „serbische Problem“. Ich erlaube mir, einen von den Zeitungen veröffentlichten Auszug Euer Exzellenz zu unterbreiten, da Professor Cvijić in den selbstverständlich gegen uns gerichteten Ausführungen darlegte, dass die Lösung der „serbischen Frage“ auch innerhalb des Rahmens der Monarchie durch Angliederung Serbiens erfolgen könnte und dass dies von manchen serbischen Politikern angestrebt werde. Meines Wissens ist es seit langer Zeit das erstemal, dass diese so nahe liegende Hypothese öffentlich in Serbien ausgesprochen wurde; es gehört das Ansehen Cvijićs dazu, um dies vor einer zahlreichen Zuhörerschaft tun zu dürfen. Im Geheimen spukt dieser Gedanke in sehr vielen serbischen Köpfen und — bei Beurteilung des serbischen

Seelenzustandes und der voraussichtlichen Entwicklung der Ereignisse — ist der Umstand nie zu vergessen, dass die letzten Jahre — und besonders die Annexion Bosniens — bei den meisten denkenden Serben das Gefühl gezeitigt haben, sie hätten eigentlich nichts zu verlieren, selbst der schlechteste Ausgang eines Va-banque-Spieles und eines Krieges sei dem jetzigen Zustande vorzuziehen. Man kann kühn behaupten, dass im Königreiche sich kein Dutzend Menschen findet, welches für die Dynastie wirklich Sympathie und Anhänglichkeit besitzt, und nicht viele Tausende, welche sich für ihre Erhaltung einsetzen würden. Gegen Österreich-Ungarn herrscht allerdings der tiefste Hass, weil man uns als das unbewältigbare Hindernis der Vereinigung aller Serben betrachtet. Wenn aber von uns eine Förderung des „serbischen Problems“ erhofft werden könnte, würden viele Kreise Serbiens in einer bedenkenlichen Weise zu uns gravitieren. Der fortschrittliche Abgeordnete und ehemalige Unterrichts-Minister P. Marinković sagte kürzlich einem meiner Kollegen: „Notre avenir est certainement d'être mangés par l'Autriche. Seulement l'Autriche voudrait attendre que nous soyons mûrs. Eh bien, nous la forcerons de nous prendre avant que la digestion soit trop facile.“ Der Mann gilt hier als ein überspannter Narr. Aber findet sich nicht der Anklang an dieselbe Idee im Vortrage des ernsten und gelehrten Professors Cvijić? Für die hiesige Stimmung ist es übrigens bezeichnend, dass die Vorlesungen eines so ruhigen Mannes der Wissenschaft auch mit dem Hinweis auf die absolute Notwendigkeit eines Waffenganges und mit der Aufforderung schliessen, sich für denselben zu rüsten. Forgách.

Beilage zu n. 648.

Professor Cvijić hat an der hiesigen Universität eine Reihe von Vorträgen abgehalten über das jetzt aktuellste Thema: das serbische Problem. Die Blätter bringen einen kurzen Auszug aus diesen Vorträgen, in welchen dieser serbische Gelehrte bemüht ist, aus ethnographischen, geographischen und historischen Daten ein sogenanntes serbisches Problem zu konstruieren und mit Rücksicht auf die heutige völkerrechtliche Stellung Serbiens dessen „gerechte und vernünftige Lösung“ zu prophezeien. Die politische und wirtschaftliche Lage Serbiens ist durch die Annexion Bosniens und der Hercegovina eine verzweifelte geworden. Es handelt sich um die Existenz Serbiens, wenn nicht wenigstens das Minimum der serbischen Forderungen, ohne welche Serbien dem Untergange geweiht sein würde, erfüllt wird. Bosnien und die Hercegovina bedeuten für das serbische Volk nicht das, was Elsass für Frankreich oder Triest für Italien ist. Diese Länder sind Lebensbedingungen für Serbien, da deren Verlust den Untergang des serbischen Volkelements bedeutet. Österreich-Ungarn strebt in Bosnien danach, das serbische Element auszurotten und an dessen Stelle ein klerikal-katholisches Element zu setzen. Dadurch wird das serbische Volk weiters um ein Glied ärmer und geht in nationaler Beziehung seinem Untergang entgegen. Das kann nur verhindert werden durch die Autonomie dieser Länder. Das Mandat Österreich-Ungarns war zeitlich beschränkt, was es selbst zugibt, und deshalb müssten jetzt diese Länder sich selbst über-

lassen werden. Serbien verfißt hier ein Kapitel der Moral. Bleiben diese Forderungen Serbiens und Montenegros unerfüllt, so müssen beide auf Leben und Tod kämpfen, da sie keinen anderen Ausweg haben. Die Frage der Autonomie sei der Kardinalpunkt von Serbiens Forderungen und dürfe unter keinen Umständen aufgegeben werden. Überdies habe aber Serbien zu seiner eigenen staatlichen und wirtschaftlichen Existenz noch als Minimum zu fordern: 1. territoriale Kompensationen, und 2. Kommunikationen. Die territorialen Kompensationen müssen umfassen den Landstreifen von der Save bis zum Adriatischen Meere im Ausmasse von 10.000 Quadratkilometer, welcher umfasst den sogenannten Zvornicki Sandschak und die gleichfalls okkupierte Sutorina. Durch diesen Landstreifen bekäme Serbien einen Ausgang auf das Meer, ohne welchen es kein Fortkommen hat. Dieser Gürtel würde auch Serbien mit Montenegro verbinden und jedes weitere Vordringen Österreich-Ungarns verhindern. Für Montenegro ist gleichfalls Spizza zu fordern, weil sonst der Hafen von Antivari nur zur Hälfte im Besitze Montenegros wäre. Durch diesen Landstreifen wäre ein Schienenweg nach dem Adriatischen Meere zu legen. Überdies beansprucht Serbien einen Schienenweg von Raschka zum Lim und zu der Morača. Das ist das Minimum der serbisch-montenegrinischen Forderungen. Ausser dieser mehr politischen und wirtschaftlichen Seite, besitze das serbische Problem auch eine nationale Seite. Dieses nationale Problem gipfelt in dem Gedanken an die endgiltige Vereinigung des 9.600.000 Seelen zählenden serbischen Volkes. Seine Lösung ist auf zwei Arten möglich: entweder wird es Österreich-Ungarn lösen, oder Serbien und Montenegro. Österreich-Ungarn kann diese Frage lösen, wenn es die Staatsform des Dualismus aufgibt und im Süden ein grosses südslavisches Reich schafft, welches als Föderativstaat der Monarchie angegliedert wird. Diese Lösung wird auch von manchen serbischen Politikern angestrebt. Aber bedenkt man die angestammte Antipathie des serbischen Volkes gegen alles, was österreichisch ist, so hat die erste Lösung wenig Wahrscheinlichkeit für sich und wohl nur die zweite Aussicht auf Erfolg. Die zweite Lösung muss von Serbien ausgehen und kann nur mit Waffengewalt erfolgen. Darum müsse Serbien jetzt mit allem Parteihaß brechen und für die Schaffung eines mächtigen serbischen Heeres sorgen. Die Vorträge des Herrn Cvijić sollen mit grosser Begeisterung aufgenommen worden sein und haben tiefen Eindruck gemacht.

*Nr. 649. Bericht aus Belgrad, 26. Nov. 1908 Nr. 83 C (eing. 28. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Ich hatte öfters die Ehre Euer Excellenz zu berichten, dass die Verantwortung an der serbischen Kriegslust zum grossen Teile auf die englischen und russischen Staatsmänner und Publizisten fällt, welche den unbegründeten serbischen Ansprüchen Sympathie und Unterstützung zusagten. Ebenso erlaubte ich mir zu melden, dass das Andauern der serbischen Erregung und der nationalen Hoffnungen denselben Faktoren zuzuschreiben sei. Sie lassen Serbien nicht zur Ruhe kommen. Mein französischer Kollege meint, es sei jetzt überhaupt nur mehr die Schuld der hier weilenden und

durchreisenden englischen Parlamentarier und Journalisten, dass die serbischen Politiker noch immer zu keiner Einsicht kommen. England hat, wie Herr Descos sich ausdrückt, den „ganzen Generalstab seiner Balkan-intriganten mobilisiert“. Wenn so angesehene einflussreiche Publizisten wie z. B. Herr Chiroll, der politische Direktor der „Times“ sich hier aufhalten, mit den Ministern, den Führern der politischen Parteien, den Universitätsprofessoren u. s. w. konferieren, auf Banquetten serbophile, gegen uns gerichtete Reden halten, so steigern sich die Hoffnungen aller dieser Leute, deren Horizont eng begrenzt ist, ins Ungemessene. Für eine Weile sind dieselben wiederum jeder vernünftigen Erwägung unzugänglich. Ueber das Treiben italienischer Korrespondenten, wie die Herren Chiesa und Micelli, habe ich Euer Excellenz bereits sub No. 76 C am 12. November zu berichten die Ehre gehabt. Noch aufreizender wirken ihre russischen Kollegen. Der Korrespondent der „Novoje Vremja“, Beresovski, bereist sogar das Innere des Landes, lässt sich in der Provinz feiern und hält Brandreden gegen den gemeinsamen Feind aller Slawen. Forgách.

a) Vgl. n. 725.

*Nr. 650. Tel. nach Berlin, 26. Nov. 1908 Nr. 130 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Pogatscher).*

Ich ersuche Euer Exzellenz mit Bezug auf Ihr Telegramm vom 22. I. M. No. 259 der deutschen Regierung in meinem Namen den herzlichsten Dank dafür auszusprechen, dass Herr von Tschirschky beauftragt worden ist, sich an der vom hiesigen englischen Geschäftsträger angeregten Demarche, die gemeinschaftliche Überreichung des serbischen Beschwerdememorandums an das Wiener Cabinet betreffend, nicht zu betheiligen. Durch diesen neuerlichen Beweis seiner Freundschaft hat das Berliner Cabinet die in Rede stehende Absicht vereitelt. Mit aufrichtiger Genugtuung habe ich ferner von den in Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. M. No. 260 gemeldeten so ernststen und energischen Vorstellungen Kenntnis genommen, welche Baron Marschall bei der Pforte wegen des gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Boycotts gemacht hat. Euer Exzellenz wollen der deutschen Regierung für die dem Herrn Botschafter erteilten Instruktionen sowie für das warme Eintreten desselben zu Gunsten der verbündeten Monarchie ebenfalls meinen besten Dank verdolmetschen. Achrenthal.

a) Vgl. n. 657.

*Nr. 651. Tel. nach Cetinje, 26. Nov. 1908 Nr. 64 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

Erhalten Euer Hochwohlgeborn Telegramm vom 25. I. M. No. 106. Ich bin vollkommen damit einverstanden, dass Euer Hochwohlgeborn die Ihnen zugesandte Note dem Herrn Ministerpräsidenten brevi manu mit der von Ihnen bezogenen Motivierung zurückstellen und sich hiebei im Sinne des Erlasses vom 21. I. M. Zahl 2480 aussprechen. Achrenthal.

a) Vgl. n. 658.

Nr. 652. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Nov. 1908 Nr. 483 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 236 von gestern. Ich teile vollkommen die Ansicht, dass es ausschliesslich vom Komité abhängt, dem Boykott ein Ende zu machen. Die Regierung kann ohne Komité nichts machen; ich halte es daher vorläufig für zwecklos zu versuchen, den Grossvezir zu beeinflussen, und warte auf das Resultat der von Generalkonsul Rappaport mit dem Komité wieder aufgenommenen Pourparlers, respektive auf die mir in Aussicht gestellten neuerlichen Instruktionen. Die Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Der in der „Neuen Freien Presse“ erschienene Brief an Haidar Midhat Bey wird in den heutigen türkischen Zeitungen vielfach besprochen und scheint gerade das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung hervorzubringen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 659.

Nr. 653. Tel. aus St. Petersburg, 26. Nov. 1908 Nr. 203 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Inhalt hohen Telegrammes Nr. 150 vom 25. d. M. Minister des Äussern mitgeteilt. Herr Iswolsky vertritt Ansicht, dass bei unserer kategorisch ablehnenden Stellungnahme zur Frage der Diskutierbarkeit Angelegenheit auf dead lock-Punkt gelangt sei. Publizierung beiderseitiger Auffassung wegen Press-Nachrichten und daran geknüpfter Kommentare angezeigt. Konferenz vorangehender Akkord der Signatarmächte (russisches Memorandum vom 9. d. M.).^{b)} beziehe sich auf Feststellung des Programmes. Hinsichtlich der Diskussionsfreiheit und Notwendigkeit neuer Fassung des Artikels 25 stehe Russland auf Standpunkt, den Österreich-Ungarn 1871 eingenommen. Minister verlas diesbezügliche Depesche des Grafen Beust. Auf meine Frage über Opportunität unbeschränkter Diskussion, wenn Konferenz Konflikte vermeiden soll, wollte Herr Iswolsky nicht eingehen. Meritum könne er erst erörtern, wenn unsere Antwort eingelangt sein werde. Ich verwies auf Bedenklichkeit der Veröffentlichung der divergierenden Auffassungen (vor)^{c)} Eintreffen unserer Rückäußerung. Minister erklärte schliesslich, von derzeitiger Herausgabe Communiqués abzusehen unter Voraussetzung gleichen Vorganges unsererseits und Geheimhaltung russischen Memorandums. Hiebei gab er zu verstehen, dass baldige Antwort erwünscht wäre. Vorstehende Unterredung bestärkte mich im Ganzen in der Annahme, dass Iswolsky Konferenz abgeneigt ist. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 665. — ^{b)} Neuen Stils: 22. Nov. Vgl. Beilage zu n. 626. — ^{c)} Chiffre fehlt.

Nr. 654. Tel. aus St. Petersburg, 26. Nov. 1908 Nr. 204 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Kaiser Nikolaus wird mich 1. Dezember in Audienz empfangen, um Jubiläumsmedaille Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn entgegenzunehmen. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 677.

Nr. 655. Erlaß nach Sofia, 26. Nov. 1908 Nr. 2545.^{a)} Abschrift und Ausfert.^{b)}

Euer Hochgeboren fortlaufende Berichterstattung über den Gang der türkisch-bulgarischen Verhandlungen in Konstantinopel verfolge ich mit lebhaftem Interesse. Daß die Chancen bezüglich des Zustandekommens einer Verständigung sehr wechselnde sind, kann bei der Divergenz der beiderseitigen Auffassungen, der Komplexität der in Betracht kommenden Fragen und schließlich der allgemeinen politischen Situation keineswegs Wunder nehmen. Wir sind an dem Gange der Verhandlungen insofern direkt interessiert, als die Rechte der österreichischen Eisenbahngesellschaft, die wir schützen müssen, in Betracht kommen. Das Zustandekommen eines billigen Ausgleiches zwischen der fürstlichen Regierung und der Gesellschaft muß uns aber auch aus wichtigen politischen Gründen als ungemein wünschenswert erscheinen, sei es daß dieser Ausgleich bereits anläßlich der jetzigen Pourparlers in Konstantinopel oder auf anderem Wege erfolge. In diesem Sinne wollen Euer Hochgeboren auch künftighin keine Gelegenheit versäumen, und nichts unterlassen, was unter Wahrung der Interessen der Gesellschaft eine Verständigung derselben mit der bulgarischen Regierung herbeizuführen geeignet sein könnte. Euer Hochgeboren wollen nicht verabsäumen, den bulgarischen Ministern immer wieder vor Augen zu führen, daß erst die Bereinigung dieser Frage mir die Freiheit wiedergibt, so wie ich es wünsche und beabsichtige, zu Gunsten Bulgariens bei den Kabinetten einzutreten. Sobald die Eisenbahnsache und, was ebenfalls unerläßlich erscheint und von der bulgarischen Regierung ja anerkannt wird, die Ablösung der ostrumelischen Redevance im Wege einer Verständigung mit der Pforte geregelt sein sollte, würde ich, getreu meinen auch in den Delegationen abgegebenen Erklärungen nicht zögern, die Initiative für die Anerkennung des Königreiches wieder aufzunehmen. Unter der Voraussetzung der Regelung der beiden oberwähnten Fragen würden wir auch bei den Kabinetten — eventuell in der in Aussicht genommenen Konferenz — uns dafür einsetzen, daß etwaige Forderungen der Türkei betreffs des bulgarischen Tributes und eines Anteiles an der türkischen Staatsschuld nicht in Verhandlung gezogen würden. Euer Hochgeboren sind ermächtigt, in streng vertraulicher Weise der bulgarischen Regierung — immer unter der Voraussetzung einer Regelung speziell der Bahnfrage — eine bezügliche Zusage in meinem Namen zu erteilen und daran die Versicherung zu knüpfen, daß die Monarchie auch weiterhin der Entwicklung und Kräftigung Bulgariens ihr volles Wohlwollen zuwenden wird.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 678, 697, 701. — ^{b)} Vom Gesandten in Sofia zurückgeschickt.

Nr. 656. Erlaß nach Belgrad, 27. Nov. 1908 Nr. 2547. Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Den Bericht Euer Hochgeboren vom 19. I. M. No. 80 B.,^{a)} mit welchem Sie eine Copie des mit 3 Beilagen versehenen Aide-Mémoires^{a)}

in Vorlage gebracht haben, das die serbische Regierung den fremden Mächten behufs Anrufung ihrer Intervention in Wien zukommen liess, habe ich erhalten. In Übereinstimmung mit der von Euer Hochgeboren geäusserten Auffassung bin ich der Ansicht, dass auch noch dieser masslos freche Schritt der Belgrader Regierung, der ein neues Glied in der Kette serbischer Provocationen bildet, von uns offiziell ignoriert werden kann. Zu Euer Hochgeboren Information füge ich bei, dass nur Herr Iswolsky dem Grafen Berchtold gegenüber von den Zusicherungen der serbischen Regierung in Erwiderung auf die Demarche der Mächte sprach und hiebei bloss erwähnte, dass das Belgrader Cabinet mit einem Memorandum geantwortet habe. Zugleich gab der Herr Minister seiner Genugthuung Ausdruck, dass die identische Démarche von Erfolg gekrönt sei. Hier ist mir gegenüber seitens keines der Vertreter der betheiligten Mächte weder des in Belgrad gemachten Schrittes noch der von Euer Hochgeboren in Vorlage gebrachten Piecen Erwähnung gethan worden.

a) Wesentlicher Inhalt in n. 597 wiedergegeben.

Nr. 657. Tel. aus Berlin, 27. Nov. 1908 Nr. 265 (eing. 28. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

Anlässlich eines Besuches im Auswärtigen Amte hatte ich heute Gelegenheit, mich der im Telegramme No. 130 vom 26. d. M. enthaltenen Aufträge zu entledigen. Im Laufe meiner Unterredung mit dem stellvertretenden Staatssekretär kam derselbe auch auf die durch die Blätter gemeldete und durch Baron Marschall bestätigte Nachricht über den in Aussicht stehenden Urlaubsantritt des Markgrafen Pallavicini zu sprechen. Herr von Kiderlen verwahrt sich dagegen, uns in dieser Beziehung einen ungebeten Ratschlag erteilen zu wollen, doch stellte er mir anheim, Euer Exzellenz zu melden, dass nach seiner persönlichen Ansicht und nach seiner Kenntnis der Zustände am Goldenen Horn die Beurlaubung des k. u. k. Botschafters gerade im jetzigen Momente sehr grosses Aufsehen erregen würde, ohne unseren Interessen entsprechend zu dienen. Dagegen würde es einen grossen Eindruck auf die türkischen Machthaber machen, wenn Markgraf Pallavicini angewiesen würde, auf seinem Posten zu verbleiben, aber solange der Boykott durch energische Massregeln der türkischen Regierung nicht beendet werde, jeden Verkehr mit der Pforte in ganz ostentativer Weise zu meiden.

Szögyény.

Nr. 658. Bericht aus Cetinje, 27. Nov. 1908 Nr. 84 (eing. 1. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der in meinem ergebensten Telegramme vom 25. d. Mts. Z. 106 ausgesprochenen Absicht entsprechend, habe ich gestern Vormittag dem Herrn Ministerpräsidenten die gleich den übrigen Vertretern der Signatarmächte des Berliner Vertrages auch mir am Vorabende zugesendete Note der fürstlichen Regierung, in welcher das Verlangen nach

„Retrocession“ der Gemeinde Spizza formuliert wird, brevi manu zurückgestellt. Ich habe Herrn Tomanović hiebei darauf aufmerksam gemacht, dass, wie ich dies ihm ja bereits seinerzeit bekanntgegeben habe, die hohe k. und k. Regierung Montenegro nicht das Recht zugestehen könne zur Annexion auf diplomatischem Wege Stellung zu nehmen, und ihm gleichzeitig in unzweideutiger Weise erklärt, dass ich die Annahme einer Note, in welcher ein von uns a limine als undiskutierbar zurückzuweisendes Verlangen formuliert wird, wie er dies wol einsehen werde, verweigern müsse. Ich versäumte nicht die Gelegenheit um dem Ministerpräsidenten nachdrücklichst zu wiederholen, dass welche Gebietsabtretung immer, ob nun Spizza oder eine andere, unsererseits ausgeschlossen sei, sowie beizufügen, dass die seitens Montenegro uns gegenüber unverhüllt eingenommene gegnerische Haltung, es der hohen k. und k. Regierung überhaupt sehr schwer mache, ihre guten Dispositionen für das Fürstentum zu betätigen. Der Ministerpräsident nahm die zurückgestellte Note mit verlegenem Stillschweigen entgegen und versuchte die Démarche Montenegros mit der Verantwortung des Fürsten und der fürstlichen Regierung gegenüber dem montenegrinischen Volke, welches den Krieg wünsche und unzufrieden sei, dass es noch nicht dazu gekommen sei, zu begründen. Die fürstliche Regierung, welche sich für die Erhaltung des Friedens verwende, dürfe nichts unversucht lassen, um die montenegrinischen Ansprüche zur Geltung zu bringen und Montenegro zu jener territorialen Entschädigung zu verhelfen, auf welche es Anspruch erheben könne. Nur durch einen Erfolg in dieser Richtung könnte die sich bereits wegen des Andauerns der ungeklärten Situation im montenegrinischen Volke gegen den Fürsten bemerkbar machende Strömung eingedämmt werden. Ohne Spizza sei Montenegro nicht Herr in Antivari, da dieser Hafen von Spizza dominiert werde. Ich unterbrach den Ministerpräsidenten mit der Bemerkung, dass ja aus gleichem Grunde unsererseits die Cession des Lovčengebirges, welches die Bocche die Cattaro dominire, — verlangt werden könnte, und fügte bei, dass, da, wie ich ihm wiederholt erklärt habe, eine Gebietsabtretung ausgeschlossen ist, es mir zwecklos erscheint, die Diskussion über die seitens Montenegros erhobenen Ansprüche fortzusetzen. Was die Stimmung im Volke anbelangt, so sei ich der Meinung, dass der Fürst, wenn Er wolle, dieselbe sicher noch beruhigen könne; wenn die Kriegsstimmung tatsächlich nicht mehr einzudämmen sein sollte, so sei das nur die Folge der seitens des Fürsten und der Regierung befolgten Politik der Aufhetzung, welcher allein es auch zuzuschreiben wäre, falls man die Geister nicht mehr bannen könnte, die man gerufen! Ich liess schliesslich dem Ministerpräsidenten keinen Zweifel darüber, dass diese Stimmung uns in unserer Haltung gegenüber den montenegrinischen Pretensionen keineswegs beeinflussen könne! In Ergänzung meines Eingangs citirten Telegrammes gestatte ich mir Euerer Excellenz in der Anlage, eine Abschrift der besprochenen Note samt Promemoria^{b)} ganz ergebenst zu unterbreiten. Da der kaiserlich russische Geschäftsträger sich in der letzten Zeit besonders eingehend mit den Bestimmungen des Art. XXIX des Berliner Vertrages und den bezüglichlichen Protocollen zu befassen schien, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die vorliegende Démarche

der fürstlichen Regierung von der hiesigen russischen Vertretung, ob nun über oder ohne Weisung aus Petersburg, wenn auch nicht angeregt, so doch gutgeheissen worden ist. Diese Annahme erscheint umso berechtigter, als, wie ich streng vertraulich von informirter Seite erfahre, Herr von Iswolsky anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin die Idee der Abtretung Spizzas an Montenegro angeregt und um die Unterstützung dieses Vorschlages seitens des Berliner Cabinets, jedoch ohne Erfolg, angesucht haben soll. An der Redaktion der fürstlichen Note sowie des Promemorias soll der hiesige französische Vertreter, Comte de Sercey, welcher unter dem Einflusse des Fürsten steht, und durch seine unklare Haltung dessen Wünsche nach dem Rückerwerb von Spizza bestärkt haben dürfte, mitgewirkt haben. Zum Schlusse beehre ich mich Euerer Excellenz für das mir heute morgens zugekommene hohe Telegramm vom 26. d. Mts. Z. 64, in welchem Hochdieselben meine Haltung zu billigen geruhen, den Ausdruck meines ganz ergebensten Dankes zu unterbreiten.

Kuhn.

a) Vgl. n. 707. — b) Siehe Beilage. Das Promemoria wird nicht abgedruckt.

Beilage zu n. 658. Note des montenegrinischen Ministeriums des Äußern an den Gesandten in Cetinje, 12./25. Nov. 1908 Nr. 6086. Abschrift.

En vue de la réunion d'une conférence internationale, qui serait bientôt appelée à prendre en examen la nouvelle situation créée aux États Balcaniques par les derniers événements et surtout par l'annexion de la Bosnie-Hercegovine à l'Autriche-Hongrie, le Gouvernement Princier est venu dans la détermination de soumettre à la bienveillante attention des Puissances signataires du Traité de Berlin un aperçu des raisons qui militent en sa faveur pour réclamer de l'Autriche-Hongrie la retrocession de la Commune de Spizza. J'ai partant, l'honneur de transmettre ci-joint à Votre Excellence un „pro memoria“^{a)} relatif à cette question, en La priant d'en prendre connaissance et de la faire parvenir à Son haut Gouvernement. Comme, Votre Excellence, peut bien relever de la lecture de ce document ci-inclus, le Gouvernement Princier n'entend pas, en s'occupant séparément de la question de Spizza, qui lui est particulière, mettre dans l'ombre si peu que ce soit, la question d'autres compensations qui se rattachent à l'annexion de la Bosnie-Hercegovine et qui touchent à la fois les intérêts vitaux de la Serbie et du Montenegro. A cela, je me permets d'ajouter que l'abrogation complète que nous reclamons des dispositions restrictives de l'article 29 du Traité de Berlin est devenue pour nous une dette d'honneur envers le peuple monténégrin, après la parole du Souverain, qui dans sa proclamation du 25 septembre (v. St.) n'hésita pas à dire que les dispositions du Traité de Berlin ayant été violées en maintes parties, et spécialement par l'annexion de la Bosnie-Hercegovine à l'Autriche-Hongrie, le Monténégro ne pouvait être plus obligé à respecter les dispositions de l'article 29 grevant la Principauté.

Dr. L. Tomanovitch.

a) Wird nicht abgedruckt.

Nr. 659. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Nov. 1908 Nr. 484 (eing.
8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Die Lage verschlimmert sich stündlich. Gestern wollte man von einem Lloydschiff für Batum bestimmte Waaren auf ein französisches Schiff überladen, als der Chef der Leichterführer beim Agenten der französischen Gesellschaft erschien und ihm erklärte, dass er, wenn dies geschähe, alle türkischen Häfen des Schwarzen Meeres telegraphisch verständigen werde, das französische Schiff zu boykottieren. Daraufhin mussten die Waren auf das Lloydschiff wieder rückverladen werden. Ich habe gestern Legationssekretär Weinzettl zum Großvezir geschickt, um wegen einiger konkreter Boykottfälle zu intervenieren. Kiamil Pascha bat ihn, in 2 Stunden wiederzukommen, da er den Chef der hiesigen Leichterführer zu sich bestellt habe. Weinzettl kam in 2 Stunden wieder, erhielt aber die Antwort, dass der Chef der Aufforderung, auf die Pforte zu kommen, nicht Folge geleistet hätte. Ebenso resultatlos verlaufen die vom Grossvezir versprochenen Interventionen bei den Lastträgern. Falls der jetzt beim Komitee in Salonik gemachte letzte Versuch nicht gelingen sollte, so darf meiner Ansicht nach, wenn wir nicht unser Prestige hier vollkommen blossstellen wollen, keine Zeit verloren werden, über ernste Massnahmen schlüssig zu werden. Wenn Euer Exzellenz als ersten Schritt in dieser Hinsicht meine Abreise ins Auge gefasst haben sollten, so wäre es meines (Erachtens)^{b)} verfehlt, dieselbe noch länger hinauszuschieben. Soll sie, wie Euer Exzellenz im Telegramme No. 236 vom 25. d. M. erwähnten, nicht vor dem 2. Dezember stattfinden, so müsste ich jedenfalls bis Freitag den 4. Dezember hier bleiben, das ist noch volle 8 Tage. Meine Abreise würde, solange verschoben, gar keinen Eindruck mehr machen. Ausserdem wird unter den obwaltenden Verhältnissen mein persönlicher Verkehr mit dem Grossvezir täglich schwerer. Ich glaube übrigens, dass es sogar vorsichtiger wäre, noch vor dem 2. Dezember^{c)} abzureisen. Es besteht nämlich hier bei derlei Anlässen die Gepflogenheit, dass der Sultan, der Grossvezir und Minister des Äussern durch Delegierte auf der Botschaft gratulieren lassen. Heute sind die Verhältnisse so, dass man mit dem Unterbleiben dieser Gratulation rechnen muss. Dies würde hier gewiss zu Kommentaren Gelegenheit geben, was eben durch meine Abreise vermieden werden könnte. Die Zeitungen werden in ihren Angriffen gegen die Monarchie täglich massloser. Heute erschien unter anderem in der „Turquie“ als Antwort auf den bekannten offenen Brief der „Neuen Freien Presse“ unter der Aufschrift „Les fanfaronnades de l'Autriche“ ein ganz besonders unverschämter Artikel. Auch das Komiteeblatt weist darauf hin, dass Drohungen hier ganz ihre Wirkung verfehlen und dass heute nicht die Pforte, sondern das freie Volk in der Türkei massgebend ist.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 652, 673. — ^{b)} Chiffre fehlt. — ^{c)} Tag des Regierungsantritts Kaiser Franz Josefs.

*Nr. 660. Bericht aus London, 27. Nov. 1908 Nr. 61 A (eing. 30. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich möchte mir erlauben meiner heutigen Bericht-
erstattung die Bemerkung vorzuschicken, dass ich in jüngster Zeit den
Eindruck habe, als ob sich der hiesige Standpunkt uns gegenüber etwas
gemildert hätte. Ich kann diesen Eindruck nicht recht definiren und noch
weniger begründen; es kommt mir aber vor, als ob eine wohlwollendere
Atmosphäre bestünde. Dies würde auch so ziemlich der gewohnten eng-
lischen Handlungsweise entsprechen. Der tugendhafte, liberale und dank-
bare Standpunkt die Heiligkeit der Verträge zu wahren und das liberale
jungtürkische Régime um jeden Preis zu fördern und zu schützen, ist mit
größtem Nachdruck und aller Rücksichtslosigkeit manifestirt worden. Nun
möchte man aber, wie mir scheint, es nicht zu ernstestn Complicationen
kommen lassen. Ich mag mich irren, aber ich glaube aufrichtig, dass die
in unseren und deutschen Blättern enthaltenen Insinuationen, dass England
auf eine Balkanconflagration hinarbeite, ungerechtfertigt sind, jedenfalls
was die Regierung betrifft. Dieselbe scheint mir vielmehr eine Pacification
zu wünschen und das Zustandekommen der Conferenz anzustreben. Die
Hauptsache bleibt unzweifelhaft nach wie vor das Bestreben, die neue
türkische Constitution nicht gefährdet zu sehen, wie es Euer Excellenz
auch in Hochdero Privatschreiben vom 19. I. Mts.^{b)} an mich bemerken.
Die Rücksicht auf die Türkei und Erhaltung der türkischen Sympathien
ist die allererste Sorge der englischen Politik, was übrigens vom hiesigen
Standpunkt ganz begreiflich und staatsmännisch und diplomatisch richtig
ist. Aber auch Russland und dessen Wünsche und Empfindlichkeiten
wünscht man zu schonen. Das im vorigen Frühjahr zu Stande gekommene
Abkommen mit Russland, das zuerst hier vielfach angegriffen wurde, ist
ein Werk, an welchem Grey und Hardinge mit besonderer Zärtlichkeit
hängen. Sie werden ohne Zweifel auch eine gewisse Eitelkeit hineinsetzen,
nachzuweisen, dass es sich jetzt während der persischen Wirren und der
Gefahr ernster indischer Unruhen bewährt. Überdies ist man Herrn Iswolsky
dafür dankbar, dass er die Dardanellenfrage bei Seite geschoben und den
von hier aus gegebenen Curs eingeschlagen hat. Endlich ist die anglo-
russische Annäherung durch die Ereignisse der letzten zwei Wochen un-
zweifelhaft inniger und populärer geworden. Seit einiger Zeit schon ist
die zunehmende Hinneigung Englands zur slavischen Welt bemerkbar
geworden. Das hat sich bei verschiedenen Anlässen gezeigt, wie z. B. auch
bei Beurtheilung der Nationalitätenfragen in Ungarn in der hiesigen Presse.
Der Hauptgrund hiezu ist wohl in der beinahe kindischen Besorgniss vor
der Expansion des Deutschthums zu suchen und in den albernen Vorstellun-
gen, die man sich hier von einer unglaublich überschätzten Gefahr eines
phantastischen und falschverstandenen Pangermanismus macht. Bei Be-
urtheilung der gegenwärtigen politischen Lage scheint es mir aber unvor-
greiflich wichtig, sich vor Augen zu halten, dass England sich in erster
Reihe von Rücksichten auf die Türkei, dann aber auch in etwas geringerem
Maße, von Rücksichten auf Russland wird leiten lassen. Ich bin überzeugt,
dass England keine europäischen Konflikte wünscht, auch nicht eine

Schwächung der Monarchie, was ja nicht im britischen Interesse gelegen wäre. Eine wirklich bedenkliche Gefahr für uns würde ich aber im Falle eines ernststen Conflictes mit der Türkei erblicken, da diese, ganz abgesehen von unseren turbulenten kleinen Nachbarn auf die active Unterstützung Russlands und wahrscheinlich auch auf die moralische Unterstützung der constitutionsfreundlichen und slavenfreundlichen Westmächte rechnen könnte. Mit Rücksicht auf diese trüben Erwägungen, derer man sich manchmal nicht erwehren kann, wenn man die ungeheure Menge allarmirender Zeitungsnachrichten liest, war ich doppelt erfreut aus dem hohen Privatschreiben vom 19ten^{b)} zu entnehmen, dass Euer Excellenz die Lage nicht pessimistisch beurtheilen und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Es sei mir deshalb gestattet Euer Excellenz meinen ergebensten Dank für das gedachte hohe Schreiben noch ganz besonders auszusprechen.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 695. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Es enthält nur eine längere Entgegnung zu den mit n. 558 gemeldeten Äußerungen Lord Roseberys.

*Nr. 661. Bericht aus London, 27. Nov. 1908 Nr. 61 B (eing. 30. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Ich habe gestern Sir Edward Grey besucht und das Gespräch damit begonnen, dass ich von der Démarche des britischen Geschäftsträgers in Wien betreffs des türkischen Standpunktes bezüglich der Conferenz und der von Euer Excellenz ertheilten Antwort sprach, die Hochdieselben mir mit hohem Telegramm No. 93 vom 25. 1. Mts. mitzutheilen die Geneigtheit hatten. Im Laufe unserer vertraulichen und freundschaftlichen Conversation wies ich wiederholt darauf hin, wie sehr die Boycottbewegung unsere Verhandlungen mit der Türkei erschwerte und betonte namentlich, dass es für eine Großmacht unmöglich sei „graceful concessions“ zu machen, wenn von der anderen Seite versucht wird, einen Druck auszuüben, der wie eine Drohung oder Intimidation gedeutet werden könnte. Der Staatssecretär gab das zu, meinte aber, die türkische Regierung habe mit ihrer öffentlichen Meinung zu rechnen, die thatsächlich sehr erbittert sei. Er selbst würde Alles mit Freude begrüßen, das eine Einigung und das Zustandekommen einer Conferenz herbeiführen könne. Es sei aber natürlich Sache der Hauptbetheiligten, in erster Linie, also an uns und an der Türkei, Vorschläge zu machen und sich darüber zu verständigen. Ich versicherte ihm, dass nichts mir ferner liege, als irgend wie an seine Intervention appelliren zu wollen, wozu ich in keiner Weise ermächtigt wäre; ich wünschte nur mit ihm über die Lage zu sprechen, da ich stets von dem aufrichtigen Wunsche beseelt bin, nach meinen bescheidenen Kräften dazu beizutragen, einer befriedigenden Lösung zuzusteuern. Er verstand das vollkommen und erwiderte, ich müsse es nicht etwa als eine unfreundliche Haltung auslegen, wenn er auf die stattgefundenen Ereignisse zurückgreife; aber durch unsere Action sei die ganze Unruhe und Irritation entstanden, die er im Augenblicke der Annexion befürchtete, und diese könnte eben nur durch directe Verständigung der Hauptbetheiligten beigelegt werden.¹⁾ Er wünsche dies von Herzen und würde gewiss nichts thun, um es zu verhindern. Wir sprachen von der Möglichkeit der Conferenz und ich kam

auf den diesbezüglichen Standpunkt Euer Excellenz zurück, wie er in dem Telegramm vom 19. I. Mts. an Graf Khevenhüller zur Mittheilung an Herrn Pichon niedergelegt war (mein Telegramm No. 117 vom 20. I. Mts.). Bezüglich der Ergänzung des Programmpunktes 7 in „*avantages économiques*“ statt „*avantages*“ schien Sir Edward nichts dagegen einwenden zu wollen, erklärte aber, nicht zu wissen, wie sich die russische Regierung dazu stelle. Von Petersburg sprechend, betonte er die schwierige Lage der russischen Regierung. Die panslavistische Strömung sei unzweifelhaft im Steigen begriffen, die Regierung versuche ihr Bestes dieselbe einzudämmen, müsse aber mit dieser mächtigen Bewegung rechnen. Bezüglich der Frage, dass Bosnien und die Herzegowina zwar auf dem Programme der Conferenz figuriren können, eine Discussion darüber aber ausgeschlossen sei, wollte Sir Edward diesen Standpunkt nicht rückhaltlos annehmen. Er vertrat die Ansicht, dass eine Discussion nicht im Voraus als principiell ausgeschlossen erklärt werden könne, man sich aber auf vertraulichem Wege darüber einigen könnte, dass dieselbe nicht stattfinde.²⁾ Jedenfalls scheint mir da kein Contrast zwischen den gegenseitigen Ansichten zu bestehen, der nicht überbrückt werden könnte. Der Privatsecretär (Chef de Cabinet) Sir Edward Greys, der sehr kluge und gut informirte Mr. Tyrrell, den ich nachher sah, sprach mir seine persönliche Überzeugung dahin aus, dass, wenn eine Verständigung zwischen uns und der Türkei erzielt würde, alles Übrige leicht geregelt werden könnte. Niemand denke daran zu verlangen, dass die Annexion rückgängig gemacht werde und wenn wir uns einmal irgendwie mit der Türkei geeinigt hätten, handle es sich nur mehr darum, eine Formel zu finden, um unseren und den russischen Standpunkt bezüglich der Conferenz in Einklang zu bringen, was nicht unmöglich sein sollte. Auch er gab auf meine Bemerkungen zu, dass der Boycott unsere Verhandlungen mit der Türkei erschwert hätte, betonte aber wieder, dass es der jetzigen türkischen Regierung unmöglich sei, dem Drucke der öffentlichen Meinung Widerstand zu leisten. Aus allen Gesprächen, die ich im Foreign Office sowie mit den diplomatischen Collegen und anderen Persönlichkeiten habe, empfangen ich immer mehr und mehr den Eindruck, dass eine Einigung zwischen uns und der Türkei den weitaus größten Theil der Schwierigkeiten der jetzigen Lage beseitigen müsste. Es würde dadurch der Agitation Serbiens und Montenegros der Boden entzogen werden und die Sympathien für die genannten zwei slavischen Länder, insoferne sie ausserhalb Russlands überhaupt wirklich bestehen sollten, bald vollständig verschwinden. In meinen Gesprächen im Foreign Office habe ich mich stets bemüht, — als meine persönliche Ansicht — zu betonen, dass alle jene, welche das Zustandekommen einer Conferenz wünschen, auf die Türkei dahin einwirken sollten, dass dieselbe die in ihrem eigensten Interesse liegende Verständigung mit uns anstreben sollte. Auch habe ich wiederholt auf den nefasten Eindruck hingewiesen, welchen ein Theil der englischen Presse durch ihren verletzenden Ton ausübe, — so namentlich der „Daily Telegraph“. Mensdorff.

¹⁾ Unser Standpunct. — ²⁾ NB.

^{a)} Vgl. n. 590, 662, 724.

Nr. 662. Bericht aus London, 27. Nov. 1908 Nr. 61 C (eing. 30. Nov.).a)
Ausfert.

Ich habe heute Nachmittag Sir Charles Hardinge aufgesucht, den ich in dieser Woche noch nicht gesehen hatte. Wir sprachen von der allgemeinen Lage und ich wies auf die bedauerliche Unterbrechung hin, welche in unseren Verhandlungen mit der Pforte durch den Boycott eingetreten ist. Hardinge sagte mir, die türkische Regierung leugne zwar, irgend etwas mit der Boycott-Bewegung zu thun zu haben, er habe aber dem türkischen Botschafter gesagt, dass, wenn die Löschung der Ladungen unserer Schiffe thatsächlich durch organisirte Actionen mit Connivenz der Behörden verhindert werde, die k. u. k. Regierung vollständig berechtigt sei, ernste Vorstellungen bei der Pforte zu erheben. Dass andererseits die ottomanische Regierung nicht den Leuten vorschreiben könne, wo sie ihre Waren kaufen sollen, sei natürlich. Ich erwiderte ihm, dass dies auch niemals verlangt wurde, dass aber eine planmässige Organisation des Boycotts unmöglich von uns geduldet werden könne. Wir sprachen ferner von den Möglichkeiten einer Einigung zwischen uns und der Türkei und ich wiederholte dem Unter-Staatssecretär, dass Euer Excellenz von den besten Absichten geleitet seien, den türkischen Wünschen auf wirthschaftlichem Gebiete entgegen zu kommen. Er meinte abermals, ihm persönlich scheine es schwierig, etwas zu finden, was die Türkei befriedigen könne. Erhöhung der Einfuhrzölle sei eine internationale Frage, also nicht etwas, das von der Monarchie speciell geboten würde. Es müsste also irgend eine finanzielle Concession unsererseits gegeben werden. Da bliebe aber immer noch die von der Türkei gewünschte moralische Genugthuung. Er — Hardinge — wolle nicht wieder auf früher Gesagtes zurückkommen. Euer Excellenz hätten den Gedanken der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld zurückgewiesen, damit sei das also abgethan, was er persönlich noch immer bedauere, denn es schien ihm dies die beste Art, um bei vollkommener Wahrung unserer Würde den Türken eine Satisfaction zu gewähren, welche durch eine blosse finanzielle Concession voraussichtlich nicht erzielt werden könnte. Es scheine ihm, dass man sich in einem *cercle vicieux* befinde. Wir könnten nicht mit der Türkei verhandeln, so lange der Boycott dauere und die Türken könnten nicht den Boycott verhindern, so lange kein für sie annehmbarer Antrag der k. u. k. Regierung vorliege. Ähnlich stünde es, wie ihm schiene, mit unseren Verhandlungen mit Russland. Es sei doch schwer zu verlangen, dass 5 Grossmächte, welche unsere Annexion doch schliesslich als eine Verletzung des Berliner Vertrages ansehen und die Türkei, welche sich als dadurch geschädigt betrachte, zu einer Conferenz gingen, bei der sie kein Wort über die Action sagen dürften, welche die Veranlassung zu der Conferenz gegeben hätte. Ich erwiderte ihm, dass eben deshalb ein Einverständnis zwischen uns und der Türkei vorher erzielt werden müsse. Wir würden dann nichts dagegen einwenden, dass Bosnien und die Herzegovina als ein Punkt der Conferenz figurire, aber ohne Discussion. Er meinte, dass dies — namentlich für eine slavische Macht wie Russland — beinahe unmöglich anzunehmen sei. Er wiederholte abermals, dass Niemand daran denke die Annexion rück-

gänglich zu machen. Dies sei auch hier den jungtürkischen Vertretern klar gesagt worden, in Folge dessen dieselben ziemlich enttäuscht abgezogen wären. Im Jahre 1871 wäre die Discussion nicht principiell ausgeschlossen worden, man habe sich aber dennoch im Voraus über das geeinigt, was bestimmt werden sollte. Könnte nicht jetzt etwas Ähnliches gemacht werden?¹⁾ Was die türkisch bulgarischen Verhandlungen betrifft, so sagte mir Sir Charles, dass dieselben so gut wie abgeschlossen wären. Es handle sich nur mehr um die Frage des Tributes. Keiner der beiden Theile will das Odium auf sich nehmen, von seinem Standpunkte abzugehen und deshalb soll diese Frage der Entscheidung der Conferenz überlassen werden.

¹⁾ NB.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 661, 663, 696, 724.

Nr. 663. Bericht aus London, 27. Nov. 1908 Nr. 61 E (eing. 30. Nov.).^{a)}
Ausfert.

Streng vertraulich. Der neue britische Botschafter am k. und k. Hofe wird am 10. Dezember in Wien eintreffen. Er hoffte bereits zum 2. December in Wien sein zu können, kann aber seine Abberufungsschreiben in Stuttgart und München nicht vorher überreichen. ... *Gespräch mit dem neuen englischen Botschafter in Wien Sir Fairfax Cartwright* ... Was seine politischen Absichten betrifft, so gab er mir die bündigste Erklärung, dass sowohl König Edward als Sir Edward Grey aufrichtig wünschen, dass die gegenwärtige internationale Krise glücklich und ohne kriegsartige Complicationen überwunden werde. Cartwrights Idee, die er ohne Zweifel Euer Excellenz ausführen wird, ist die, dass die k. und k. Monarchie durch Zahlung einer Summe Geldes an die Türkei deren Zustimmung und guten Willen für jetzt und die Zukunft erkaufen könnte. Er glaubt, dass der Betrag von 2 bis 3 Millionen Pfund die Türkei jetzt befriedigen würde; denn sie braucht nothwendig Geld. Später, wenn sie ein grösseres Anlehen erhalten haben wird, werden ihre Forderungen wahrscheinlich sich steigern. Eine Summe, wie die gedachte, die eventuell als Hypothek auf Bosnien und der Herzegovina durch die künftigen Einkünfte dieser Provinzen gedeckt werden könnte, würde, wie er meint, jede weitere Aktion der Türkei aufhalten, den Boycott sogleich zum Stillstand bringen und uns die Möglichkeit bieten, das gewünschte gute Verhältnis zur Türkei herzustellen. Kommt dies nicht zu Stande, so sieht er die Gefahren einer Combination der Balkan Staaten, die mit der Türkei verbündet und von der nicht zu unterschätzenden panslavistischen Strömung in Russland unterstützt, für uns ein wirklich ernster Gegner wäre. Cartwright wird in wenigen Tagen selbst Gelegenheit haben mit Euer Excellenz zu sprechen und ich will ihn heute nur Hochdero wohlwollenden Aufnahme anempfehlen, denn ich glaube, dass dieser begabte und für uns sehr freundschaftlich gesinnte Mann, dessen Stimme und Meinung bei der hiesigen Regierung Gewicht hat, sehr gern dazu beitragen würde, das frühere vertrauensvolle Verhältnis zwischen Wien und London wieder herzustellen. ... *Persönliches* ... Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 662, 664.

*Nr. 664. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 27. Nov. 1908
Nr. 101 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Nach einem vorbereitenden Schritte bei Hilmi Pascha, welcher wie immer das grösste Entgegenkommen zeigte und mich zu unterstützen versprach, habe ich mit zwei Komiteedelegierten in dem mir mit Euer Exzellenz Telegramm von vorgestern, Nro. 31, aufgetragenen Sinne gesprochen. Meine Mitteilungen, namentlich über die Erklärung Euer Exzellenz an die österreichischen Industriellen, machten einen unverkennbar günstigen Eindruck. Infolge der Bestrebungen des Komitees, die Pourparlers fortzusetzen und ehetunlichst abzuschliessen, ist es nicht ausgeschlossen, dass in der Boykottfrage eine entscheidende Wendung in dem von Euer Exzellenz gewünschten Sinne unmittelbar bevorsteht. Detaillierte telegraphische Berichterstattung folgt, sobald ich das Ergebnis der ad hoc einberufenen Plenarsitzung des Zentralkomitees erfahre. Enver Bey legte mir nahe, dass es seine Bemühungen wesentlich erleichtern würde, wenn unsere Presse den drohenden Ton, den sie gegen die Türkei anschlägt, etwas mässigen würde. Gleichlautend Konstantinopel 109. Rappaport.

^{a)} Vgl. n. 663, 667, 672.

Nr. 665. Tel. aus St. Petersburg, 27. Nov. 1908 Nr. 205 (eing. 28. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes No. 203 vom 26. d. M. Herr von Tscharikoff bestätigte mir gestrige Äusserungen Herrn Iswolskys. Umstand, dass diesmal zum Unterschiede von 1871 nicht bloss ein fixer Programmpunkt sondern Anzahl verschiedener Themata zu behandeln wäre, gebe Gelegenheit zu Pourparlers, die sich auch auf genaue Umschreibung des Diskussionsfeldes erstrecken könnten. Minister-Adjoint, der von Anfang an überzeugter Anhänger des Konferenzgedankens war, scheint auch jetzt noch hierin bestes Mittel zur Herbeiführung normaler Zustände zu erblicken.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 676.

Nr. 666. Tel. aus Belgrad, 28. Nov. 1908 Nr. 181 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.

... Kurzer Vorbericht wie n. 682. ...

Forgách.

Nr. 667. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Nov. 1908 Nr. 488 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Das Euer Exzellenz unter Zahl 101 vorliegende Telegramm des Zivilagenten-Stellvertreters von gestern lässt hoffen, dass die Verhandlungen in Salonik vielleicht doch ein Resultat haben werden. Es muss also nicht allein das Ergebnis der in Aussicht gestellten Beratungen des Komités, sondern auch die faktische Wirkung derselben auf die Boykottbewegung abgewartet werden. Unter diesen Umständen dürfte selbstverständlich von einer Fixierung des Tages meiner eventuellen Abreise

derzeit keine Rede sein; meine gestrige Anregung bezüglich meiner eventuellen Abreise vor dem 2. Dezember ist daher jetzt gegenstandslos. Nachdem morgen Ministerrat ist, beabsichtige ich heute den Grossvezir nochmals in sehr ernster und eindringlicher Weise zu sprechen. Ich werde ihm mitteilen, dass ich Euer Excellenz bereits tatsächlich um Urlaub gebeten habe, dass aber die Antwort Hochderselben noch ausstehe. Auch will ich Kiamil Pascha kein Hehl daraus machen, dass meiner eventuellen Abreise auf Urlaub unter den gegenwärtigen Verhältnissen politische Bedeutung innewohnen würde. Ich habe gestern eine längere Unterredung über den Ernst der Lage mit meinem englischen Kollegen gehabt. Es schien mir, dass meine Ausführungen auf Sir Gerald Eindruck gemacht haben. Bekanntlich hat der englische Botschafter grossen Einfluss nicht allein auf Kiamil Pascha, sondern auch auf das jungtürkische Comité. Pallavicini.

a) Vgl. n. 668, 670, 673.

Nr. 668. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Nov. 1908 Nr. 491 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mein heutiger Pfortenbesuch gibt mir die Hoffnung, dass meine Urlaubsreise nach Wien nicht notwendig werden wird. Ich habe dem Grossvezir offen gesagt, dass ich jeden Augenblick die Ermächtigung Euer Excellenz erwarte abzureisen und habe hinzugefügt, dass meine Abreise bedeuten würde, dass wir vor der Hand Verhandlungen mit der Pforte fortzusetzen nicht gewillt seien. Ich fügte hinzu, dies wäre ein ernster und bedeutsamer Schritt, dem weitere folgen könnten. Wenn wir zur Überzeugung kommen sollten, dass die Türkei ihre feindselige Haltung gegenüber der Monarchie fortsetzen will, so würden wir möglicherweise gezwungen sein, unserer Politik eine andere Orientierung zu geben. Als ich sah, dass diese meine Äusserung den gewünschten Effekt nicht verfehlt hatte, gieng ich auf die andere Eventualität, nämlich die Möglichkeit einer Fortsetzung unserer Verhandlungen über, erörterte des Näheren die von uns in Aussicht genommenen Konzessionen und machte ihm diesbezüglich eingehendere Andeutungen als bisher. Der Grossvezir war durch meine Auseinandersetzungen sichtlich impressioniert und gestand mir heute zum ersten Male seine Ohnmacht gegenüber der Boykottbewegung ganz offen und gieng auf meine Anregung ein, seine Bemühungen von nun an dahin zu richten, das Comité, welches, wie er heute selbst zugeben musste, der alleinige Organisator der ganzen Bewegung sei, zu bestimmen, derselben Einhalt zu tun. Er sagte mir, Achmed Riza Bey, welchen er in erster Linie zu gewinnen trachten werde, käme morgen aus Europa an. Ausserdem wolle er einige Mitglieder vom Saloniker Comité hierher citieren. Als ich die guten Dispositionen des Grossvezirs wahrnahm, sagte ich ihm, ich würde unter allen Umständen mit meiner Abreise warten, bis ich nicht alle Hoffnung aufgeben müsste in kürzester Zeit zu einem greifbaren Resultat zu gelangen. Zu diesem Zwecke sagte ich, würde ich nächsten Montag bei ihm nochmals vorsprechen. Meine Unterredung mit dem Minister des Äussern bestärkte mich in der Auffassung, dass seitens der Pforte nunmehr die besten Inten-

tionen vorwalten. Schon die blosse Ankündigung meiner bevorstehenden Abreise hat in Regierungskreisen, wie ich konstatieren konnte, den gewünschten Eindruck nicht verfehlt. Tewfik Pascha versicherte mich, dass man alles tun werde, um mit uns auch in der Annexionsfrage je früher zu einem Einverständnis zu kommen. Er fügte hinzu, es wäre dies seiner Ansicht nach für die Türkei auch im Hinblick auf die bulgarischen Verhandlungen von grossem Nutzen. Ich benützte auch die heutige Gelegenheit, um Tewfik Pascha zu fragen, ob es wahr sei, dass Kiamil Pascha Serbien und Montenegro gegenüber sich insoferne gebunden hätte, als er ihnen das Versprechen gab, sich mit Österreich-Ungarn nicht vor Zusammentritt der Konferenz zu verständigen.^{b)} Der Minister des Äussern gab mir in den bündigsten Ausdrücken die Versicherung, dass der Grossvezir in keiner Beziehung auf die serbischen und montenegrinischen Anwürfe eingegangen sei. Hingegen will man Montenegro insoferne eine kleine Satisfaktion geben, als man in der Jezero-Affaire den montenegrinischen Wünschen entgegenzukommen bereit ist. General Vukotić werde, wenn diesbezüglich eine Verständigung zustandekommt, abreisen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 667, 669, 783. — b) Vgl. n. 609, 689.

Nr. 669. Notiz des türkischen Geschäftsträgers in Wien, ohne Datum (vom Geschäftsträger übersandt 28. Nov. 1908).^{a)} Ausfert.

La Sublime Porte a transmis à l'Administration Générale des Contributions Indirectes les ordres nécessaires pour qu'aucune entrave ne soit apportée aux opérations concernant les marchandises autrichiennes. Le Gouvernement Impérial exerce son action, partout où cela est possible et dans les limites de la légalité, en vue de faire cesser le boycottage. D'autre part, il n'y a pas eu, du moins le Gouvernement Impérial l'ignore, des cas où des individus auraient empêché par force des clients d'entrer dans des magasins autrichiens. Il est donc injuste de critiquer la police ottomane pour être restée indifférente vis-à-vis d'incidents qui n'existent pas. C'est avec étonnement que le Gouvernement Impérial a appris qu'on considérait son attitude comme peu amicale. Cependant tous ses actes démontrent le contraire et malgré les difficultés des circonstances actuelles, le Gouvernement Impérial a toujours agi vis-à-vis de la Monarchie auto-hongroise dans un esprit de loyale conciliation. Aussi espère-t-il que le Gouvernement Impérial et Royal appréciera justement les dispositions loyales de la Turquie à son égard.

a) Oe.-U. Bosnien 46 Nr. 72. Vgl. n. 668, 670, 717.

Nr. 670. Bericht aus Paris, 28. Nov. 1908 Nr. 35 B (eing. 30. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Euer Excellenz Telegramm No. 67 vom 24. d. M. ist mir erst am 25. zugestellt worden. Ich konnte daher die darin enthaltenen Instruktionen und Mitteilungen bei Herrn Pichon, den ich am 24. sprach, nicht verwerten. Die letzten Tage habe ich den Minister nicht gesehen und war durch Unwohlsein verhindert, auszugehen. Mittlerweile hat sich in der

hiesigen Presse das Gerücht verbreitet, dass wir von Frankreich eine Intervention gegen den türkischen Boykott verlangt hätten. Ursprung dieses Gerüchtes ist das Interview des Freiherrn von Call mit einem Reporter des *Matin*, dann Eröffnungen des französischen Pressbureau an die gewöhnlich benützten Blätter. In Folge dessen ist eine Presscampagne gegen uns losgebrochen, der ich ganz ohnmächtig gegenüberstehe. Das *Journal des Débats*, wie immer, führt den Hauptangriff gegen uns. Herr Pichon hat mir gesagt, dass er von Herrn Crozier Bericht erhalten hätte über des Botschafters Unterredung mit Euer Excellenz. Der Herr Minister war demnach unterrichtet, bevor ich das Telegramm No. 67 bekam. Nach meiner Überzeugung wird Frankreich für uns in der Boykott-Angelegenheit in Constantinopel nicht interveniren. Für eine Unterstützung auf rein politischem Felde wird Frankreich für uns stets zugänglich sein, aber wo die Politik sich mit einer commerciellen Conjunction verquickt, da wird man uns mit freundlichen Phrasen abspeisen und schliesslich sitzen lassen. Ich glaube daher, dass es besser sein dürfte, eine weitere Aktion auf diesem Felde in Paris ruhen zu lassen. Zur Illustration der Lage führe ich zwei Tatsachen an: Erstens die am 26. d. M. stattgefundene Discussion über das Budget des Auswärtigen Amtes. Ich lege den Bericht der Kammersitzung im Originaltexte vor^{b)} und erlaube mir, Euerer Excellenz hohe Aufmerksamkeit namentlich auf jene Stellen zu lenken, welche ich mit Blaustift angezeichnet habe. Die Reden des Berichterstatters Deschanel und die Herrn Ribots enthalten Passagen, welche für uns als Stimmungssymptome äusserst bedenklich sind. Herr Pichon hat in sehr korrekter Weise gesprochen, dabei hat er aber doch der grossen Sympathie Frankreichs für das jungtürkische Regime Ausdruck gegeben. In seiner Rede hat der Minister keine Indikation geliefert, welche als Brücke dienen könnte, damit wir aus unserer schwierigen Lage herauskommen könnten. Das zweite Moment, das ich anführen möchte, ist die soeben beschlossene Entsendung des bisher in London stationirt gewesenen Handelsattaché Périer nach Constantinopel. Périer ist ein sehr geschickter und äusserst rühriger Handelsagent und wird sicher den Boykott zu Gunsten Frankreichs ausnützen. Ich habe erfahren, dass in den letzten Tagen bereits zwei Schiffsladungen mit französischem Zucker nach Salonich dirigirt wurden. Ich fasse Frankreichs Stellung uns gegenüber in der gegenwärtigen Krise dahin auf, dass man uns wohl gegen die Aspirationen Serbiens und Montenegros unterstützen, dass man auch gerne zwischen uns und Russland interveniren würde, dass aber alle Sympathien Frankreichs im Dilemma mit der Türkei dieser zu Gute kommen. Es steht mir nicht zu, Euerer Excellenz irgend welchen Rath zu erteilen. Hochdieselben werden indessen es dem Gefühle eines von heissem Patriotismus erfüllten Mannes, zu Gute halten, wenn ich mir erlaube zu sagen, dass ich die Aussöhnung mit der Türkei im gegenwärtigen Augenblicke für ein Gebot der Selbsterhaltung ansehe. Dieses Ziel zu erreichen wäre ein finanzielles Opfer nicht zu scheuen. Ohne Ausgleich mit der Pforte ist das Zustandekommen der Konferenz undenkbar. Nimmt man diese Eventualität in Sicht, dann ist ein Zustand allgemeiner Unzufriedenheit zu gewärtigen, welcher im Frühjahr zu kriegerischen Ereignissen führen muss. Ich sehe

daher dem Abgang des Botschafters in Constantinopel mit Sorge entgegen. Von vertrauter Seite wurde ich angegangen, ob ich einen offiziellen Schritt wegen des Boykotts bei der französischen Regierung machen wolle. Ich hatte Grund zu vermuten, dass hinter dem Strohmann, der zu mir expedirt wurde, Herr Clemenceau stand. Ich habe deshalb jede Auskunft verweigert und halte es für richtig, vorläufig mit Herrn Pichon über diesen Gegenstand nicht zu verhandeln. Ich erlaube mir schliesslich, die Anregung zu geben, dass Euere Excellenz eventuell mich beauftragen mögen, Herrn Pichon für seine unparteiische Sprache am 26. d. M. den Dank aussprechen zu dürfen.
Khevenhüller.

a) Vgl. n. 667, 669, 674, 691. — b) Journal officiel de la République Française vom 27. Nov. 1908 Nr. 323.

Nr. 671. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 28. Nov. 1908 Nr. 102 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Als Zeichen besonderen Vertrauens und unter dem Siegel der Verschwiegenheit lässt mir Hilmi Pascha folgendes sagen: Er reise morgen früh nach Konstantinopel und betraue den Korpskommandanten Mahmud Schefket Pascha mit seiner Stellvertretung. Die massgebenden jungtürkischen Kreise wünschen, dass er schon jetzt zum Grossvezir ernannt werde, doch trachte er dies zu verschieben, damit Kiamil Pascha, der den bulgarischen Konflikt hervorgerufen habe, auch dessen unpopuläre Austragung noch durchführe. Erst hienach und nachdem er sich in Konstantinopel etwas orientiert haben werde, wolle er das Grossvezirat übernehmen. Bis dahin werde er als Finanzminister oder Minister des Innern fungieren. Hilmi Pascha gibt zu verstehen, dass er die Herstellung herzlicher Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und der Pforte als Basis seiner auswärtigen Politik betrachtet und hat mir ausführliche Mitteilungen über seine hierauf und auf die Liquidierung der mazedonischen Reformaktion bezüglichen Pläne gemacht. Details durch Kurier. Er bittet, Euer Excellenz nahezulegen, dass die Verhandlungen mit der Pforte (falls solche vor seiner Ernennung zum Grossvezir stattfinden sollten) auf die wirtschaftlichen Fragen beschränkt werden, hingegen die politische Seite im Interesse der Sache ihm vorbehalten bleiben möge, bis dass er zum Grossvezir ernannt sei. Dass er bis dahin sich im Verkehr mit der k. u. k. Botschaft einige Reserve auferlegen müsse, wolle im Hinblick auf die unvermeidliche Rücksicht auf Kiamil Pascha entschuldigt werden. Gleichlautend Konstantinopel No. 110.
Rappaport.

a) Vgl. n. 672, 675, 685, 717.

Nr. 672. Tel. des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 28. Nov. 1908 Nr. 103 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramme von gestern^{b)} teilt Hilmi Pascha mit, dass das Komitee beschlossen habe, in der morgigen Nummer seiner Organe die Erklärung Euer Excellenz an die österreichischen Industriellen zu reproduzieren und in günstigem Sinne zu kommentieren, ferner allen

Zeitungen von der Veröffentlichung von Boykottartikeln abzuwinken. Hilmi Pascha, welcher dem Komitee seinen Wunsch auf ehetunlichstes Abstellen der Chikanen gegen den Lloyd ausgesprochen hat, legt nahe, dass der Lloyd von anderwärts ein Paar Leichterschiffe und ein Dutzend Arbeiter nach Salonik bringen lassen möge, die Regierung werde sie gegen Angriffe schützen und dies dürfte das Signal zur allgemeinen Wiederaufnahme der Lösungsarbeiten abgeben. Hilmi Pascha verspricht, nach seiner Ankunft in Konstantinopel nicht bloss amtlich, sondern auch durch das Komitee auf eine vollständige Beilegung des Boykotts hinzuwirken. Er legt Wert darauf, dass ich mit Rücksicht auf das Entgegenkommen des Komitees ermächtigt werde, die Pourparlers (insbesondere hinsichtlich nicht politischer Punkte) wieder aufzunehmen. Rappaport.

a) Vgl. n. 664, 671, 675, 679, 685. — b) n. 664.

*Nr. 673. Tel. nach Konstantinopel, 29. Nov. 1908 Nr. 239 (chiffr. 12 U. 15 M. p. m.).*a) Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 484 und 488. Ich stimme vollkommen mit Euer Exzellenz darin überein, daß Hochdieselben in Konstantinopel verbleiben und das Ergebnis der Verhandlungen in Salonik sowie deren Wirkung auf die Boykottbewegung abwarten. Mit Ihrer beabsichtigten Sprache dem Großvezier gegenüber bin ich ebenfalls einverstanden. Was die Feier des 2. Dezembers^{b)} anbelangt, muß ich voraussetzen, daß Seine Majestät der Sultan sowie seine Minister die üblichen Usancen der Courtoisie nicht verletzen und außeracht lassen werden. Im übrigen lege ich mir vollkommen darüber Rechenschaft, daß Euer Exzellenz bei diesem Anlasse auf die derzeit in Konstantinopel herrschende Stimmung entsprechend Bedacht nehmen. Ich behalte mir vor, nach Empfang weiterer Meldungen des Generalkonsuls Rappaport Euer Exzellenz mit Instruktionen zu versehen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 679. — b) Tag des Regierungsantrittes Kaiser Franz Josef I.

*Nr. 674. Tel. nach Paris, 29. Nov. 1908 Nr. 69 (chiffr. 2 U. 30 M. p. m.).*a) Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Der hiesige französische Botschafter ist heute bei mir erschienen und hat sich unter Bezugnahme auf die Mittheilung, die ich ihm kürzlich über meine Aussprache mit dem hiesigen türkischen Geschäftsträger gemacht habe, (mein Telegramm an Euer Exzellenz vom 24. I. M. Nr. 67) dahin geäußert, die französische Regierung sei von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt, dass wir mit der Türkei bald zu einem Einvernehmen gelangen werden, und hege die Überzeugung, dass durch Anbahnung eines solchen Einverständnisses und durch Begünstigung der Konferenzidee der Boykottbewegung der Boden entzogen und Beruhigung verbreitet würde. Ich habe Herrn Crozier nicht verhehlt, dass ich nach dem guten Dienste, den wir dem französischen Cabinet in der Casablancafrage^{b)} erst kürzlich erwiesen, nunmehr seinerseits ein grösseres Entgegenkommen in der Angelegenheit

des gegen uns gerichteten Boycottes erwartet hätte; auch habe es mich einigermassen erstaunt, bereits in den heutigen Morgenblättern den Inhalt der mir seitens des Herrn Botschafters eben gemachten Mittheilung zu lesen. Unter einem veranlasse ich in der Form eines Telegrammes aus Paris eine Richtigstellung in den hiesigen Blättern, durch welche die „aus autorisirter Quelle stammende“ Meldung der „Neuen Freien Presse“ dementirt wird, dass an die französische Regierung in offizieller Weise seitens des k. u. k. Ministeriums des Äussern das Petit gestellt worden sei, Frankreich möge in der Türkei seinen Einfluss geltend machen, damit der gegen die Waren österreichischer oder ungarischer Provenienz gerichtete Boycott aufhöre. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 670, 691. — b) Vgl. n. 528.

*Nr. 675. Bericht des Zivilagentenstellvertreters aus Saloniki, 29. Nov. 1908
Nr. 125 (eing. 7. Dez.).^{a)} Ausfert.*

Geheim. Unter ergebenster Bezugnahme auf das hohe Ministerial-Telegramm vom 25. d. M. No. 31 habe ich die Ehre Eurer Excellenz gehorsamst zu berichten, dass sich sowohl S. E. Hilmi Pascha (der sich bekanntlich unter der Bedingung strengster Geheimhaltung in beratender Form und jedenfalls konzilianter Absicht über die Pourparlers im Laufenden erhielt) als auch Enver Bey und dessen Komitegenossen darüber vollkommen klar sind, dass der hiesige geheime Meinungs-austausch bloss den Zweck verfolgt, das Terrain für eine Entente zu schaffen, deren Finalisirung den beiden Regierungen vorbehalten bleiben muss. Man hegt keinen Zweifel darüber, dass hier die Grundlagen einer solchen Entente bloss in grossen Zügen und soweit festgelegt werden sollen, als es nöthig erscheint, um es dem Zentral-komite zu ermöglichen, das „princiipielle“ Resultat der Pourparlers als seine eigenen Ideen über die Form einer Einigung mit Österreich-Ungarn der Pforte „in eindringlicher Form“ nahelegen zu können. Da nun nach meinen gehorsamsten Chiffremeldungen vom 27. d. M. No. 101 und von gestern No. 103 eine günstige Wendung in der Boycottfrage im Bereiche der Möglichkeit liegt und sohin die Eventualität einer Wiederaufnahme der Pourparlers eintreten könnte, glaube ich behufs Vermeidung umfangreicher und kostspieliger telegrafischer Korrespondenzen Eurer Excellenz schon heute die hierneben anruhende Zusammenstellung^{b)} unterbreiten zu sollen, in welche ich neben dem Ergebnisse der Pourparlers bis zu deren kürzlicher Unterbrechung auch die in meiner gehorsamsten Chiffremeldung von gestern No. 102 angekündigten streng geheimen Mittheilungen aufgenommen habe, welche Hilmi Pascha in den drei letzten Tagen vor seiner Abreise nach Konstantinopel theils mir, theils Vizekonsul Kirchknopf darüber gemacht hat, wie er persönlich sich den Abschluss einer Entente mit Österreich-Ungarn vorstelle. Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel sub No. 121.

Rappaport.

^{a)} Vgl. n. 698. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Enthält im Wesentlichen nur eine Wiederholung der telegraphischen Meldungen.

Nr. 676. Tel. nach St. Petersburg, 29. Nov. 1908 Nr. 152 (chiffr. 2 U. p. m.). Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 26. l. M., Nr. 203, und vom 27. d. M., Nr. 205. Ich habe mit Befriedigung aus Ihren Meldungen entnommen, daß sich Herr Iswolsky durch die von mir im Interesse des weiteren Verlaufes unserer Unterhandlungen geltend gemachten Argumente bestimmen ließ, von der derzeitigen Herausgabe eines Communiqué's abzu-
sehen. Selbstverständlich werde ich denselben Vorgang beobachten, muß jedoch darauf hinweisen, daß in verschiedenen Journalen, unter anderen den „Times“ und der „Novoje Vremja“ bereits Mitteilungen über den Inhalt des russischen Memorandums enthalten sind. Die Geheimhaltung unsererseits würde natürlich sehr erschwert, wenn in Petersburg diesbezüglich nicht analoge Reserve eingehalten wird. Die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 205 angeführten Aeüßerungen Herrn Tscharykoff's scheinen mir der Auffassung entgegenzukommen, welche ich wiederholt, zuletzt in meinem Telegramme vom 25. d. M., Nr. 150, zum Ausdruck gebracht habe, wonach der der Konferenz vorangehende Accord über die wichtigeren Programmpunkte zur Aufstellung konkreter Formeln führen und daher die Diskussion in ganz bestimmter Weise umgrenzen müßte. Euer Exzellenz wollen diesen Umstand nach Tunlichkeit in Ihren Konversationen mit dem Herrn Minister und seinem Gehilfen verwerten, um den weiteren Pourparlers die Wege zu ebnen.

Aehrenthal.

Nr. 677. Tel. nach St. Petersburg, 29. Nov. 1908 Nr. 153 (chiffr. 4 U. p. m.).a) Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 26. d. Mts. Nr. 204. Es wäre mir im hohen Grade erwünscht, wenn es Euer Exzellenz gelingen würde, bei dem für den 1. December anberaumten Empfange bei Seiner Majestät das Gespräch auch auf das politische Gebiet zu lenken. Ich möchte es dem bewährten Takte Euer Exzellenz überlassen, unseren Ihnen bekannten Standpunkt dem höchsten Herrn gegenüber möglichst eindringlich zur Geltung zu bringen und aus meinen brieflichen und amtlichen Mittheilungen das hiezu Geeignete zu verwerten. Ganz speciell hielte ich es für opportun, wenn Euer Exzellenz Gelegenheit fänden, darauf hinzuweisen, wie sehr die von den beiden Regierungen bereits erwogene Publikation der Budapester Convention vom Jahre 1877^{b)} und des Berliner geheimen Protokolles vom Jahre 1878^{b)} geeignet schiene, die so erwünschte volle Klärung in den gegenwärtigen Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten herbeizuführen. Einerseits würde durch eine solche Veröffentlichung die öffentliche Meinung speziell in Russland darüber aufgeklärt, dass eine uns entgegenkommende Haltung bezüglich der Annexion nicht etwa eine neue Richtung der russischen Politik darstelle, sondern vielmehr ganz den von Seiner Majestät Vorfahren mit uns geschlossenen Verträgen und den von ihren Ministern eingegangenen Abmachungen entspreche. Vom Geiste dieser traditionellen Politik hatte sich ja auch Herr Iswolsky bei seinen Besprechungen mit mir in Buchlau leiten lassen. Andererseits

würde die in Rede stehende Publikation die Öffentlichkeit darüber aufklären, dass ich meinerseits in der Angelegenheit der Annexion Russland gegenüber in loyaler Weise und auf jene freundschaftlichen Abmachungen bauend vorgegangen bin. Die fragliche Publikation könnte also nach unserer Ansicht es beiden Regierungen erleichtern, die zwischen ihnen jetzt schwebenden Verhandlungen zu dem erwünschten Resultate zu führen und, mehr als dies, die früheren vertrauensvollen Beziehungen neuerlich zu befestigen.
Aehrenthal.

a) Vgl. n. 684. — b) Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 678. Tel. aus Berlin, 30. Nov. 1908 Nr. 269 (eing. 1. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Herr von Kiderlen teilt mir vertraulich mit, der Reichskanzler beabsichtige Herrn von Tschirschky den Auftrag zu erteilen, Euer Excellenz gegenüber folgenden Gedankengang zu verwerthen. Nach der äusseren und inneren Lage sei es ausgeschlossen, dass ein verständiger russischer Staatsmann sein Land in einen Krieg stürzen würde. Russische Regierung sei daher auch ehrlich bestrebt, kriegerischen Komplikationen im Orient vorzubeugen, welche Russland in die Lage setzen würden, selbst in dieselben verwickelt zu werden oder einer Niederlage der slavischen Brüder zuzusehen. Sollte es infolge eines zwar unwahrscheinlichen, aber immerhin möglichen Angriffes Serbiens gegen uns, doch zum Kriege kommen, so habe das offizielle Russland die Absicht, neutral zu bleiben; dieses würde russischer Regierung angesichts der immer zunehmenden slavischen Propaganda sehr schwer fallen. Die Situation wäre aber für das Petersburger Kabinett wesentlich erleichtert, wenn Oesterreich-Ungarn bei einem eventuellen Waffengang mit Serbien Bulgarien auf seiner Seite hätte, was den Vorteil böte, dass die russischen Sympathien geteilt wären. Oesterreich-Ungarn könnte gleich zu Beginn des Kampfes erklären, dass es unter keinen Umständen in Serbien einen Landerwerb anstrebe, dagegen aber gegen die Ueberlassung eines Stückes von Serbien an Bulgarien nichts einzuwenden hätte. Stellvertretender Staatssekretär ersuchte mich, Euer Excellenz von dieser Anregung — die man deutscherseits keineswegs als den Versuch der Beeinflussung der Politik des k. u. k. Kabinettes aufgefasst wissen möchte — Kenntnis zu geben und dieselbe auch meinerseits zu befürworten. Auf meine Einwendung, dass die bulgarische Regierung eine gemeinsame Aktion gegen Serbien mit Rücksicht auf Gefahr eines türkischen Angriffes im Rücken ablehnen dürfte, meinte Herr von Kiderlen, für Bulgarien wäre es schon ein Vorteil, serbische Verwicklung zu einer neuerlichen Mobilmachung benützen zu können, um für künftige Eventualitäten der Türkei gegenüber gerüstet zu sein. Sollten Euer Excellenz sich bewogen fühlen, in dieser Beziehung in Sofia Fühlung zu suchen, so würden nach Ansicht Herrn von Kiderlen's auch etwaige bulgarische Indiskretionen für Oesterreich-Ungarn keine Unannehmlichkeiten nach sich ziehen, dagegen aber auf Serbien, Russland und die Türkei ernüchternd wirken. Szögyény.

a) Vgl. n. 655, 697, 752.

Nr. 679. Tel. nach Konstantinopel, 30. Nov. 1908 Nr. 241 (chiffre. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

In näherer Ausführung meines kurzen Telegrammes von heute, No. 240,^{b)} möchte ich Folgendes bemerken: Zunächst wäre zu konstatieren, daß der Großvezier nun Ihnen gegenüber ausdrücklich selbst zugegeben hat, daß das Komitee „der alleinige Organisator“ der Boykottbewegung sei. Es dürfte also eine richtige Taktik gewesen sein, nochmals den Hebel in Salonik einzusetzen, um direkt auf das dortige Zentralkomitee einzuwirken. Die letzte Meldung des Generalkonsuls Rappaport vom 28. d. M., No. 103, stellt eine Publikation des Komitees im günstigen Sinne in Aussicht. Bis zur Stunde ist mir jedoch eine Meldung über die erfolgte Ausführung des angeblichen bezüglichen Komiteebeschlusses nicht zugekommen, was also vorderhand noch abzuwarten ist. Die von Euer Exzellenz gemeldete entgegenkommende Sprache Kiamil Paschas dürfte vielleicht außer auf die von Ihnen erwähnte Meldung aus Petersburg doch auch auf Nachrichten desselben über eine entstehende günstigere Stimmung im Komitee zurückzuführen sein, worauf auch der Umstand hinweist, daß Kiamil Ihnen von seiner Absicht sprach, einige Mitglieder desselben aus Salonik nach Konstantinopel zu zitieren. Gewiss hat aber auch die von Euer Exzellenz geführte eindringliche Sprache und speziell der Hinweis auf Ihre mögliche Abreise wesentlich beigetragen, um diese anscheinend günstigeren Dispositionen herbeizuführen. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß bis zur Stunde nur entgegenkommende Äußerungen und bessere Ausblicke gegeben sind, daß jedoch noch keine tatsächlichen Umstände vorliegen, welche die Einstellung der Boykottbewegung anzeigen würden. Dies müssen wir vorderhand in aller Ruhe abwarten und jedes übereilte Vorgehen vermeiden. In diesem Sinne war ich zwar vollkommen damit einverstanden, daß Euer Exzellenz auf den Großvezier in Gemäßheit meiner bezüglichen Instruktionen in der Boykottfrage fortgesetzt einwirken (vide mein Telegramm vom 29., No. 239), jedoch wäre es noch nicht an der Zeit, bevor wir irgendwelche Garantien für die Einstellung des Boykottes besitzen, unsere Reserve Kiamil Pascha gegenüber aufzugeben und die meritorischen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Euer Exzellenz wollen zuvor eine diesbezügliche Instruktion meinerseits jedenfalls abwarten. Eine vorsichtige und einigermaßen reservierte Haltung dürfte momentan umsomehr opportun sein, als die Berufung Hilmi Paschas nach Konstantinopel und dessen angeblich bevorstehender Eintritt in das Kabinett jedenfalls ein Umstand von Bedeutung ist, der in Rechnung gezogen werden muss. Euer Exzellenz Bemerkung, daß von englischer Seite dem Sturze Kiamils mit allen Kräften entgegengewirkt werden dürfte, trifft jedenfalls zu. Allein andererseits wurde Kiamil schon wegen seines hohen Alters doch immer nur als zeitweiliger Großvezier angesehen und die Äußerungen des gewöhnlich sehr vorsichtigen Hilmi Pascha gegenüber Herrn Rappaport über seine Aussichten auf das Großvezierat lauten ziemlich bestimmt. Was die Haltung dieser beiden Staatsmänner uns gegenüber betrifft, so ist es wohl nicht zweifelhaft, daß Kiamil, ganz unter englischem Einflusse stehend, sich uns gegenüber wenig freundlich gesinnt gezeigt hat, während Hilmi Pascha

sich seit jeher als Freund eines Anschlusses der Türkei an die Monarchie gezeigt und dies auch in der allerletzten Zeit neuerlich bekundet hat. Wir hätten also wohl kaum einen Grund, Kiamil Pascha zu halten und alle Ursache, eine Kandidatur Hilmi Paschas zu begrüßen. Hilmi Pascha hat Herrn Rappaport gegenüber zu verstehen gegeben, daß er die Herstellung herzlicher Beziehungen zur Monarchie als Basis seiner auswärtigen Politik betrachte. Wenn er dieser Äußerung den Wunsch hinzugefügt hat, wir möchten die etwaigen Verhandlungen mit der Pforte auf die wirtschaftlichen Fragen beschränken und die politischen Belange für den Zeitpunkt vorbehalten, wo er Großvezir werde, so muß dies wohl dahin aufgefaßt werden, daß er, um seine beabsichtigte austrophile Politik durchzuführen, in die Lage gesetzt werden müsse, auf Zugeständnisse hinzuweisen, welche er von uns erreicht habe. Dies wäre aber unmöglich gemacht, wenn alle unsere Konzessionen bereits Kiamil Pascha zugestanden würden. Selbstverständlich wäre es höchst inopportun, besonders jetzt Hilmi Pascha nach Außen hin als unseren Mann hinstellen; in diesem Sinne habe ich auch vertraulich unser Preßbureau instruiert. Zu Euer Exzellenz Information bemerke ich, daß ich gleichzeitig dem Lloyd im Sinne der Anregung Hilmi Paschas (Telegramm aus Salonik vom 28., No. 103) einen Wink zugehen lasse. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 683. — ^{b)} Tel. nach Konstantinopel, 30. Nov. 1908 Nr. 240 (chiff. 9 U. 30 M. p. m., Konz., S. u. G. Aehrenthal) weist den Botschafter an, sich zunächst gegenüber Kiamil Pascha reserviert zu verhalten und vor allem abzuwarten, ob die Boykottbewegung tatsächlich abnimmt.

Nr. 680. Bericht aus Konstantinopel, 30. Nov. 1908 Nr. 98 (eing. 4. Dez.).^{a)} Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich Euer Excellenz eine Meldung des k. u. k. Militärbevollmächtigten Baron Giesl über eine Unterredung mit den Arrangeuren des Boycotts, Zia Baldji und Kibar Zadé Serim Effendi ergebenst vorzulegen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 739.

Beilage zu n. 680. Bericht des Militärbevollmächtigten in Konstantinopel an den Botschafter daselbst; Konstantinopel, 28. Nov. 1908 Res. Nr. 302. Ausfert.

Vorgestern kam der bekannte österreichische Kommissionär, Herr Robert Seefelder, mit der Anfrage zu mir, ob ich zwei der Hauptmacher des Boycotts behufs eines unverbindlichen Meinungsaustausches empfangen würde. Ich bejahte und erschienen heute: Kibar Zadé Serim Effendi und Zia Baldji bei mir, um in einer fast zweistündigen Kontroverse, welcher auch Herr Seefelder beiwohnte, die Ansichten und Ansprüche des „Syndicat de Boycottage“, — dieß der offizielle Titel dieser Vereinigung —, zu erklären und zu verfechten. Ich hielt darauf, vorerst festzustellen, daß unsere Unterredung nur eine, in der Form zwar verbindliche, im Wesen und in ihren Folgen aber ganz unverbindliche sein könne, daß die Herren von mir nur die Ansicht eines Beamten der österr. ung. Botschaft, den Standpunkt der k. u. k. Regierung aber nur insoweit erfahren könnten, als derselbe durch

autentische Publikationen und offiziöse Zeitungsstimmen bereits bekannt sei. Wenn die Herren autorisiert sind Verhandlungen oder Besprechungen einzuleiten, so würde ich sie dem k. u. k. Botschafter vorstellen, der allein berufen sei, im Namen der Regierung zu sprechen, und, Kraft seines Amtes, seine Meinung abzugeben. Meine erste Frage verneinten Beide und betonten zufrieden zu sein, in unobligirender Weise, die Ansicht des Syndikats klarlegen und zur Kenntnis der k. u. k. Regierung bringen zu können. Bezüglich ihrer Stellung und ihres Mandates erklärten sie, im Namen des Syndikates zu sprechen, welches heute fast alle Kaufleute der Türkei umfasse; der Sitz desselben sei Konstantinopel, es bestehen aber auch Filialen in Salonik, Smyrna und anderen Orten. Sie gehörten zwar auch dem Komité an, doch wollten sie heute nicht in dessen Namen, sondern im Namen des Volkes sprechen, welches hinter dem Syndikate stehe, und welches sie vertreten. Ihre bezüglichen Beteuerungen wurden mit großer Emphase vorgebracht und will ich daraus nur wenige Phrasen zitieren um den Ton zu charakterisieren, welcher ihre Äußerungen beherrscht: „Le Sultan ne vaut pas un sou, aujourd’hui — il n’y a pas de gouvernement, — c’est nous, c’est le peuple qui règne.“ Wir haben für die Konstitution seit Jahren gearbeitet, wir, und nicht Niazy Bey, haben die Konstitution erzwungen, wir haben auch Konstantinopel und das Volk aufgerüttelt, damit es die Konstitution begreife und sie festhalte, dieses Volk, das heute regiert und das von uns geführt wird. Wir haben endlich den Boykott gemacht und werden ihn fortsetzen, so lange uns dieß richtig scheint. Wenn man sich aber mit uns verständigt, so sind wir im Stande, den Boykott in der ganzen Türkei binnen 24 Stunden aufhören zu machen. Während einzelner Phasen des Gespräches kamen meine Mitredner so in Aufregung, daß ich sie mahnen mußte Ruhe zu bewahren und das Terrain sachlicher Diskussion nicht zu verlassen. Dabei muß ich aber bemerken, daß, abgesehen von einem stark erregten nationalen Chauvinismus, welcher sie blendet, ihre Behauptungen, über den Einfluß, den sie auf die Regierung, das Komité und damit auf die Intelligenz üben, auch nach meinen anderen Informationen, der Wahrheit entsprechen. Beide waren schon seit Jahren, Baldji als Lieferant des Palais, wo er ungehindert ein und ausging, aktive Mitglieder des Komité und Mitarbeiter des „Meschweret“ in Paris. Man suchte die Jungtürken damals überall, nur nicht unter der ansässigen Kaufmannschaft. Baldji und Kibar Zadé haben am 24. Juli und die folgenden Tage die Demonstrationen veranstaltet, die die Bevölkerung der Hauptstadt erst zum Bewußtsein der Macht brachten, die die Konstitution in ihre Hände gegeben hatte. Kibar Zadé hat vor 4 Tagen, dem Großvezier in der Boykottfrage Instruktionen erteilt, und soll ihn dabei förmlich abgekanzelt haben. Beide sind die Hauptmacher des Boykotts und, — diese Ansicht glaube ich vertreten zu können, — ohne ihre Zustimmung würden alle Versprechungen der offiziellen Regierung praktisch wertlos bleiben. Zia Baldji ist der harmlosere von Beiden, Kibar Zadé durch seine Intelligenz und seinen Chauvinismus direkte gefährlich. Ich glaube beide sind Dönmés (zum Islam konvertirte spaniolische Juden aus Salonik); Kibar Zadé sicher, der nebst den physischen Merkmalen der Rasse, auch deren hohe Intelligenz und

den Fanatismus aller Konvertiten zeigt. Diese Abstammung behindert aber nicht im Geringsten ihren Einfluß auf das Comité, welches intelligente Köpfe braucht, — ist doch auch meines Wissens, — der Großvezier Kiamil Pascha, cypriotisch-jüdischer Abstammung. Ihre Diskussion über das Wesen der Sache bewegte sich im Allgemeinen im Rahmen des Artikels im „Schura i-ummet“, den ich in auszugsweiser Übersetzung^{a)} beischließe. Sie gebrauchten dieselben Worte und Phrasen wie der Originalartikel, woraus ich schließe, daß er von Einem der Beiden verfaßt ist. Dazu bemerkte aber Kibar Zadé, daß der Schura i-ummet als Comitéorgan sehr zahn sein müsse und nicht mehr sagen durfte. In der Durchführung des Boykottes seien die Regierungsorgane von den Exekutoren des Volkswillens scharf zu trennen. Alle Rekrimationen, welche die k. u. k. Botschaft gegen Erstere erhebe, seien berechtigt und müssen berücksichtigt werden. Die Zollämter und die von denselben engagierten Lastträger (hamals) seien in diesem Sinne Regierungsorgane und als solche gehalten, die Waren, die mit den Lichterschiffen an den Quai gebracht würden, bis zur Douane zu bringen. Die Ausbarkierung aus dem Schiffe, d. h. die Manipulation der Lichterschiffe (mahonen) und der Transport der Waren von der Douane bis zum Adressaten, sei aber nicht mehr Sache dieser Organe. Diesbezüglich weigern sich bekanntlich alle Mahonadjis und Hammals für österr.-ung. Waren zu arbeiten. Hier in Constantinopel würde die Sache noch dadurch kompliziert, daß die Quai-Gesellschaft eine Französische sei, und die Regierung keinerlei Einfluß auf deren Personal ausüben könne. Es könnte aber keinem Hindernisse unterliegen, daß der Lloyd, wie dies teilweise in Constantinopel der Fall sei, seine eigenen Mahonen in allen Häfen bereit habe, und auch auf jedem Schiffe eine Anzahl Lastträger zur Durchführung der Löscharbeiten mitführe. Ob dies praktisch durchführbar sei, könnten sie nicht beurteilen, ebenso wenig, ob sich im Wesen des Boykottes etwas ändern würde, wenn die Waren bis auf die Douane gelangen, und dort liegen bleiben. Damit sollte wohl gesagt sein, daß von einer Übernahme der Ware durch die Adressaten, solange das Boykott-Komité an der Macht sei (das heißt in Folge der Drohungen und Pressionsmittel des Komité), doch keine Rede sein könne. Ich ziehe daraus die Konklusion, daß der Boykott in seiner gegenwärtigen Schärfe wird aufrechterhalten werden, und dies umsomehr, als diese Leute aus allen Auslassungen der Presse sehen, daß uns der Boykott wirklich wehe tut. Ein Herauskommen aus demselben scheint mir nur auf zwei Wegen möglich und zwar entweder Verständigung oder ein Ultimatum mit reeller Kriegsdrohung, welche die erhitzten Köpfe vielleicht noch zur Besinnung bringen könnte. Über die Möglichkeit der Durchführung beider Mittel, ihre Bedingungen, Anwendbarkeit etc., welche die Gesichtspunkte der Reichspolitik tangieren, enthalte ich mich jeden Urteiles. Auf welcher Basis das erwähnte Syndikat, und damit auch ein maßgebender Teil des Komités einer Verständigung zustimmen würde, werde ich später anführen. Vorweg sei bemerkt, daß halbe Maßregeln keine Wirkung ausüben werden. So sagte mir Kibar Zadé in Anspielung auf die Ausführungen der „Neuen freien Presse“, daß die Lloydampfer von Kriegsschiffen begleitet werden würden: „Eh bien,

alors nous leur dirons, bon jour — aber ausladen werden die Lloyddampfer deshalb doch nicht.“ Die bloße Möglichkeit eines Krieges schreckt diese Demagogen nicht mehr; sie erklären, zwar die Monarchie nicht angreifen zu können, einen aufgezwungenen Krieg aber riskieren zu wollen. Siegen oder zu Grunde gehen, ist das beliebte Schlagwort, wobei aber sehr deutliche Anspielungen auf das Vorhandensein mächtiger und tatbereiter Freunde (Russland, die englische Flotte, Serbien und Montenegro) gemacht werden. Daß speziell England bereits große Summen für den erfolgreichen Kauf fast der gesamten jungtürkischen Presse aufgewendet hat, scheint mir kaum mehr zweifelhaft. In unserem Gespräche über den Boykott und dessen veranlassende Ursache, die Annexion, führten meine Mitredner, das heißt der das Wort führende Kibar Zadé aus, daß sich die Türken in ihrer Eigenliebe, die neue Türkei in ihrer Konsolidierungsarbeit durch die Annexion verletzt und geschädigt fühle, deshalb auf eine Kompensation Anspruch habe, und eine solche eigentlich nur in der Übernahme eines proportionellen Teiles der ottomanischen Staatsschuld durch Österreich-Ungarn erblicken könne. Wie können zum Beispiel die Bewohner Konias dazu verhalten werden, die Schulden die Bosnien gemacht habe, zu zahlen! Gegen diese Forderung führte ich alle landläufigen Argumente, in erster Linie aber an, daß, während alle übrigen Provinzen, die sich mit der Zeit von der Türkei losgelöst hätten und zur Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld verpflichtet sind (wie Griechenland, Serbien, Montenegro, Bulgarien, etc.) nicht nur bis jetzt Nichts gezahlt hätten, sondern in den 30 und mehr Jahren nicht einmal die Summe fixiert wurde, die zu zahlen wäre. Dementgegen enthält der Berliner-Vertrag keinerlei bezügliche Verpflichtung für Österreich-Ungarn anlässlich der Okkupation der beiden Provinzen. Abgesehen hievon wären wir gezwungen gewesen, diese Provinzen, um das Mandat Europas auszuführen, mit Opfern an Blut und Geld zu erobern. Meine Argumente wurden angehört, machten aber sichtlich keinen Eindruck. Kibar Zadé erwiderte: Nun gut, Sie behaupten, die Monarchie sei im Rechte, wir behaupten dasselbe für uns, — möge ein Schiedsgericht, zum Beispiel irgend ein Souverain, oder das Internationale Schiedsgericht im Haag entscheiden, ob uns Österreich-Ungarn für die Annexion materiell zu entschädigen hat oder nicht. Die Türkei würde sich bedingungslos dem Schiedsspruche unterwerfen, sobald Österreich seine Einwilligung anzeigt, und der Boykott wäre mit dieser Stunde zu Ende. Ich erklärte mich zu dieser neuen Forderung einer Arbitrage, die meines Wissens in dieser Angelegenheit noch gar nicht angeregt wurde, nicht einmal rezeptiv verhalten zu können. Trotzdem kam Kibar Zadé noch einige Male darauf zurück, immer wieder betonend: Übernahme eines Teiles der Staatsschuld oder wenigstens Schiedsgericht. Alle übrigen Kompensationen, welche Österreich-Ungarn der Türkei bisher anbot, oder deren Diskussionsmöglichkeit andeutete, hätten für die Türkei keinen ausschlaggebenden Wert. Dies gelte ebenso von einer Garantie des Besitzstandes der Türkei, wie von der Erhöhung der Zölle. Die Zerstückelung der Türkei in den letzten 50 Jahren sei unter fortwährender „Garantie ihrer Integrität“ erfolgt und die Erhöhung der Zölle könne schließlich auch ohne die Zustimmung Österreichs durch-

geführt werden. Dann bleibe eben der Boykott auf ewig aufrecht und es gäbe dann keine österr. ung. Waren, die eingeführt würden. Bei dieser Gelegenheit halte ich es für meine Pflicht, zu melden, daß ich den Gedanken, Österreich-Ungarn möge durch eine materielle Entschädigung — etwa 100 Millionen Francs — freiwillig und ohne durch einen Rechtstitel gezwungen zu sein angeboten, also durch ein großmütiges Geschenk an die Türkei, eine Verständigung mit derselben suchen, seit drei Wochen, nicht nur von türkischer, sondern auch von europäischer unparteiischer Seite mehrfach zu hören bekommen habe. Die Idee muß also ventiliert worden sein. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß ich, wo es nötig war, die chauvinistischen Äußerungen der beiden Herren zurückwies, widerlegte, und eindringlich auf den Schaden hinwies, welchen der Boykott und die daraus entstandene Spannung der Beziehungen mit der Monarchie, der Türkei verursache. Dies gaben die Herren auch ohne Weiteres zu, wie ich sie überhaupt politisch in mancher Beziehung einsichtsvoll fand. Sie erwähnten beispielsweise und ohne Aufforderung, daß sie die gegenwärtige Freundschaft Englands und Frankreichs genau nach ihrem Werte einzuschätzen wissen, das heißt, daß dieselbe nur von materiellen Interessen diktiert sei. Der einzige und beste Schutz des Reiches sei nur die Armee, die möglichst stark gemacht werden müsse. Bei Ausführung dieses Grundsatzes respektive bei Beurteilung der heutigen türkischen Armee kam dann wieder der Chauvinismus zum Ausdrucke, worauf ich hier nicht näher eingehen will. Schließlich sprach Kibar Zadé den Wunsch aus, eine Skizze dieser Unterredung dem k. u. k. Botschafter und durch dessen Vermittelung der österr. ung. Regierung zur Kenntnis zu bringen, welcher Pflicht ich mich hiemit entledge. Da der Boykott bei einem Teile der türkischen Kaufmannschaft (zum Beispiele in Salonik und hier) Unwillen und Widerstand hervorruft und manchmal nur mit scharfen Drohungen aufrecht erhalten werden kann, welcher Opposition sich bald auch die Stimmen der Konsumenten, welche die dringendsten Artikel schon viel teurer bezahlen müssen, anschließen dürften, glaube ich, daß zu dem Erscheinen der beiden Leiter des Syndikates bei mir auch die Erkenntnis dieser prekären Lage beigetragen hat. Wenn diese Vermutung richtig ist, dann stellt sich der Besuch als ein neuer und vielleicht letzter Versuch dar, auf die österr. ung. Regierung eine Pression auszuüben. Darüber werden die nächsten Tage Klarheit bringen und auch dartun, ob die letzten Versprechungen und Maßnahmen der offiziellen Regierung eine effektive Einschränkung des Boykotts zur Folge haben werden. Da eine sofortige Aktion der k. u. k. Regierung im gegenwärtigen Momente nicht erforderlich, wird man ruhig eine Woche und mehr die weitere Entwicklung der Dinge abwarten können. Giesl.

^{a)} Abgedruckt in französischer Sprache in der Zeitung „Stamboul“ vom 28. Nov. 1908. Nicht aufgenommen.

Nr. 681. Eigenh. Privatschreiben nach London, 30. Nov. 1908. a) Abschrift.

Ich benütze die Abreise Dumbas zur Seerechts-Konferenz, um Dir zu schreiben. Mein Bedürfnis, mit Dir direkt einen schriftlichen Gedankenaustausch herbeizuführen, ist umso natürlicher, als es immer schwerer wird, die englische Politik zu verstehen. Anderen geht es nicht besser.

Tittoni ist doch immer bereit, sich mit England so gut als nur möglich zu stellen, aber er ist, wie Du aus dem beigeschlossenen Berichte Lützows^{b)} entnehmen wirst, gänzlich desorientiert und weiß nicht, was er von der englischen Politik zu halten hat. Ich will nicht rekriminieren. Die bosnische Aktion hat in London überraschend und störend gewirkt. Ich verstehe, daß man sich der „neuen“ Türkei so nützlich als möglich erweisen will, auch aus Rücksicht für die Mohammedaner in Indien; deshalb habe ich die Schmähartikel der englischen Zeitungen gegen die Monarchie und gegen mich phlegmatisch über mich ergehen lassen. Ich habe mehr getan, in der Delegation erklärt, wir hätten der Türkei gegenüber keine anderen Ziele als England selbst. Die Antwort war die Vereitelung unserer direkten Verhandlungen mit Konstantinopel und die grösstmögliche Anfachung des türkischen Boykotts. Trotz Ablehnung der offiziellen Kreise halte ich daran fest, hinter der Haltung Kiamil Paschas die Ränke Englands zu erblicken. Es liegen unzweideutige Anhaltspunkte dafür vor.^{c)} Aber nicht genug an dem. Die englische Presse hetzt in unverantwortlicher Weise Rußland und Serbien gegen uns auf. Die Frage ist hier auf allen Lippen: Will England wegen Bosnien einen Konflikt Österreich-Ungarns mit den oben erwähnten Staaten herbeiführen? Will man dies in London, so wird der Krieg, wenigstens mit Serbien, sehr wahrscheinlich und in solchem Falle ist die Haltung Englands mitverantwortlich. Rußland anlangend halte ich an der Ansicht fest, daß man sich in Rußland arg hüten wird, einen Streit mit uns, der auch einen Streit mit Deutschland bedeutet, vom Zaun zu brechen. Überhaupt wäre die Entwicklung seit Mitte Oktober eine ganz andere geworden, hätten die englischen Hetzereien nicht an der Nawa die Köpfe verdreht. Wer hat Iswolsky verboten, die Meerengenfrage aufs Tapet zu bringen? Grey! Iswolsky mit dem Erfolg in der Meerengenfrage ausgerüstet, wäre in einer ganz anderen Position gegenüber der öffentlichen Meinung Rußlands gewesen, wie jetzt. Das Haupt-Gravamen gegen mich liegt darin, daß ich ein Werkzeug in der Hand Deutschlands bin. Das beweist, daß ich ein stolzer Österreicher bin und eine tunlichst selbständige Politik zu führen bestrebt bin. In diesem Sinne habe ich mich im Sommer zu König Eduard und Hardinge geäußert. Aber alle Versicherungen nützen nichts, gegen die Evidenz der Tatsachen bleibt man in London dabei, daß wir die Politik der Wilhelmstraße machen und, indem man Berlin meint, wird auf Wien rücksichtslos darauf losgedroschen. Mit einer solchen Taktik erreicht man nur eines: Auch den kurzsichtigsten Politikern in der Monarchie wird es klar, daß diese an Deutschland den sichersten und natürlichsten Alliierten besitzt. Ich komme nunmehr zu einem heiklen Thema. Als ich Dir, vor Deiner Abreise nach England, meine letzten Instruktionen erteilt, bezeichnete ich als Deine Hauptaufgabe, zu erreichen, daß König Eduard einigen einflußreichen Männern seines Landes einen leisen Wink gebe, der Regierung Kaiser Franz Josephs wegen der Annexion keine zu großen Schwierigkeiten zu bereiten. Ich rechnete also von Beginn her mit einer gegnerischen Strömung in England; worauf ich aber nicht gefaßt war, das ist die persönliche Haltung König Eduards. Nicht nur, daß er es offenbar gar nicht unternommen,

etwas kalmierend zu wirken, ist es wohl unbestreitbar, das von Seiner Majestät ausgegebene, entweder stillschweigende oder präziser gehaltene *mot d'ordre* wird allgemein so aufgefaßt, daß er die Hetz- und Verläumdungskampagne gegen uns gewähren läßt, somit einverstanden ist. Der König ging noch weiter, indem er Dich in Sandringham politisch boykottierte. Diese Methode erinnert etwas an die Zeiten Hübners in den letzten Jahren vor 1859, wo der Botschafter von Kaiser Napoléon und von der Kaiserin Eugenie zwar in liebenswürdiger Weise eingeladen wurde, — politisch aber vollkommen ausgeschaltet war. Ich möchte nicht, daß Dich das gleiche Los erreicht. Deine Situation vis-à-vis dem König ist eine umso heiklere, als dieser Dich seinerzeit ausdrücklich, *comme une faveur spéciale*, verlangt hat. Der König hat somit Dir gegenüber auch andere *égards* zu wahren wie anderen Botschaftern. Aus diesem Grunde halte ich dafür, daß eine Gelegenheit von Dir gesucht werden müßte, um eine politische Aussprache herbeizuführen. In derselben hättest Du zu betonen, daß unser Allergnädigster Herr péniblement berührt ist von der Haltung Englands, das in der Türkei, in Russland, in Serbien, kurz überall gegen Österreich-Ungarn hetze. Kaiser Franz Joseph werde, was übrigens überflüssig ist zu betonen, stets an einer friedlichen Politik festhalten, nur müsse Ihm dies von anderer Seite ermöglicht werden. Die Provokationen, die Österreich-Ungarn in den letzten Monaten über sich hat ergehen lassen müssen, wären von England gewiß nicht mit der gleichen Geduld getragen worden. Aber auch unsere Geduld hat ihre Grenzen und wenn die Aufstachelung der englischen Presse nicht aufhört, werden die Serben, irregeführt und im Wahne einer Unterstützung seitens gewisser Großmächte, eine Züchtigung sich holen. Du kannst, wenn Du mit dem König sprichst, hinzufügen, daß ich eine Konsolidierung der jungen Türkei aufrichtig wünsche, also ein gleiches Ziel wie England verfolge, ferner, daß ich bereit bin, den Konferenzgedanken tunlichst zu fördern, nur könnte ich die russische Prätension nicht annehmen, über Bosnien auf der Konferenz eine ganz freie Diskussion zu beginnen. Es ist eine Hypokrisie sondergleichen, wenn der russische Minister des Äussern obiges verlangt, nachdem Rußland uns Bosnien dreimal zugesichert und heuer im Sommer die Initiative ergriffen, um die Annexion von neuem aufs Tapet zu bringen. Das Hauptgewicht wäre darauf zu legen, daß ein Einvernehmen der Türkei mit uns im eminenten Interesse ersteren Staates liege, das neue régime sei noch nicht so festgefügt, um sich den Luxus eines Streites mit einer Großmacht zu gestatten. Du hast gewiß ein richtiges Gefühl dafür, daß der König Dir Deine gewiß nicht leichte Aufgabe erleichtern kann und erleichtern sollte und ich glaube der Moment ist gekommen, dies in der Aussprache mit dem Könige zu bewähren. Ich blicke nach wie vor mit großer Zuversicht der weiteren Entwicklung entgegen, ich befürchte keine größere Komplikation und fange an zu glauben, daß eine Züchtigung Serbiens nicht notwendig wird, vorausgesetzt, daß englischerseits mit dem bisherigen System des unverantwortlichen haßerfüllten Hetzens gebrochen werden wird und zwar müßte dies bald geschehen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 55, 695, 1016, 1055. — ^{b)} n. 638. — ^{c)} Vgl. n. 1747 Anm. c.

*Nr. 682. Bericht aus Belgrad, 1. Dez. 1908 Nr. 86 A (eing. 4. Dez.)
Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich habe Euer Exzellenz mit meinem ergebensten Telegramme No. 181 vom 28. November ausführlich über meine erste Unterredung mit dem von seiner Rundreise zurückgekehrten Herrn Minister des Äussern berichtet. Herr Milovanović hat europäischere Manieren als seine Landsleute, ausserdem bin ich von Rom aus mit ihm befreundet, unsere Konversation war daher besonders freundschaftlich und eingehend. Ich konnte entnehmen, dass er ohne viel Illusionen zurückgekehrt ist. Er gestand mir ganz aufrichtig, Serbien müsse eben auf jede Weise versuchen, irgend einen das Land beruhigenden Nutzen aus dieser Krise zu erhalten. Vorläufig sei die Hoffnung auf die Konferenz, die Unterstützung der Mächte und unsere gerechte Einsicht gerichtet. Sollte das Konferenzprogramm jedoch die Diskussion der Annexion und die territoriale Entschädigung Serbiens ausschliessen, dann müsse das Königreich anstreben, dass überhaupt keine Konferenz stattfinde, die Fragen offen blieben, und deren Lösung auf anderer Grundlage versucht werde. Den Worten des Herrn Milovanović zufolge denken er und die serbische Regierung nur auf eine friedliche Lösung und sind bestrebt, jedes Mittel zu suchen, welches die Erregung des Landes und die kritische Lage beilegen könnte; er selbst hoffe sogar, den Faden wirklich freundschaftlicher Beziehungen zur Nachbarmonarchie wiederzufinden. Meine Antworten waren natürlich auch im versöhnlichen Sinne gehalten, ohne jedoch den Ernst der Lage und unseren Unmut über Serbiens Verhalten zu beschönigen. Die fortwährenden Versuche des Ministers, auf die „minimalste“ territoriale Konzession zurückzukehren und mich diesbezüglich zu erweichen, sowie meine stete ruhige Ablehnung dieser undiskutierbaren, unbegründeten Forderung, sowie meine Bereitwilligkeit, jeden nicht-territorialen Wunsch zu besprechen und eventuell Euer Exzellenz vorzulegen, brauche ich nicht auszuführen. Aber selbst aus den Worten des Herrn Milovanović konnte ich deutlich herausfühlen und -hören, dass er friedlich spreche, weil er den Krieg für aussichtslos halte. Er sagte mir direkt, Serbien habe zwar einen fürchterlichen moralischen Schlag erlitten, sei aber — im Gegensatz zu dem verhungerten Montenegro — in keiner materiell so verzweifelten Lage, dass es eine Art Selbstmord riskieren müsste. Jeder meiner Anspielungen, die Regierung sollte auch durch Massnahmen (z. B. Erhaltung des normalen Präsenzstandes in der Armee) ihre Friedensliebe beweisen, wich er jedoch aus. Wie ich vertraulich von einzelnen meiner Kollegen hörte, hat sich Herr Milovanović ihnen gegenüber unter dem Eindruck der ihm in allen Hauptstädten zuteil gewordenen Mahnungen sehr friedlich ausgedrückt, aber ausdrücklich das Recht und die Pflicht Serbiens zu rüsten, weitere Reserven einzuberufen und so weiter erwähnt. Meinen geheimen verlässlichen Informationen zufolge hat der Minister den massgebenden Kreisen hier kein Hehl daraus gemacht, dass er die Überzeugung gewonnen habe, Serbien könne seine Forderungen auf friedlichem Wege nicht erreichen; der Krieg müsse also für das Frühjahr vorbereitet werden, um dann, falls eine Hilfe oder Intervention erhofft werden könne, loszuschlagen. Wie ich stets mir zu betonen erlaube, werden

die Geschehnisse des nächsten Jahres nicht in Belgrad, sondern in den grossen Hauptstädten bestimmt und entschieden werden; aber auf die Gefahr, Euer Exzellenz durch meine gleichförmigen Wiederholungen zu ermüden, muss ich abermals pflichtschuldigst berichten, dass Serbien militärisch sich in zielbewusster und detaillierter Weise zu einem kriegesischen Konflikte vorbereitet und politisch mit Geschick fortfährt, seine eigene sowie die fremde öffentliche Meinung zu erregen und in ganz Europa, speziell am Balkan, gegen uns zu hetzen und zu schüren. Meine täglichen Berichte und Telegramme liefern die Begründung und das Material zu dieser meiner Behauptung und Auffassung. Forgách.

P. S. Bezüglich der inneren Lage sagte mir Herr Milovanović, dass erst nach der täglich erwarteten Rückkehr des Herrn Pasić in den darauf zu erfolgenden Sitzungen der Skupština die Frage entschieden würde, ob das gegenwärtige schwache Ministerium noch zu bleiben habe. Forgách.

Nr. 683. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. Dez. 1908 Nr. 497 (eing. 2. Dez. 9 U. a. m.) a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 241 vom 30. v. M. Die Lage bezüglich des Boykotts hat sich heute wieder verschlechtert, da der ungarische Dampfer „Kelet“, welcher bisher anstandslos arbeiten konnte, ebenfalls an der Ausscheidung seiner Waren verhindert wurde; ausserdem wurden die Barkenführer, welche gestern Passagiere und Post von Lloydsschiff abholten, heute seitens der übrigen Hafenarbeiter bedroht. Bisher scheint die vom Saloniker Comité in Aussicht gestellte Publikation nicht erfolgt zu sein, da auch die heutige Nummer des hiesigen Comitéorgans für Fortsetzung des Boykotts plaidiert. Ich habe bei meiner heutigen Unterredung mit Grossvezir im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen mich darauf beschränkt, ihn zu fragen, ob er mir für die nächsten Tage die versprochene Besserung in Aussicht stellen könne. Kiamil Pascha antwortete, die Regierung wolle dafür Sorge tragen, daß wenn die Leichterschiffe und Hamals sich weigern, die Arbeiten auszuführen, die von unseren Schiffsahrtsgesellschaften engagierten Arbeiter nicht gehindert werden und zwar in allen Häfen. Er gab mir die ausdrückliche Versicherung, daß er dies durchführen werde und sagte mir bei dieser Gelegenheit, daß der neue Minister des Innern ein energischer Mann sei; ausserdem seien über seine (Kiamil Paschas) Aufforderung aus Salonik bereits einige Comitémitglieder hier angekommen, das Eintreffen anderer erwarte er noch und wolle mit denselben verhandeln. Der Grossvezir gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Durchführung der Lösungsarbeiten der österreichischen und ungarischen Schiffe in kürzester Zeit anstandslos vor sich gehen werde, und fügte lächelnd hinzu: „Ich werde Ihnen dann meine Propositionen machen, nachdem Sie nicht mit den Ihrigen herausrücken wollen und wir werden dann sehen, was Sie annehmen wollen oder nicht.“ Ich erwiderte darauf, die Hauptsache sei, daß der Boykott beendet werde, dann erst könnten wir sprechen. In Bezug auf die in Euer Exzellenz obigem Telegramm ausgesprochene Annahme der alsbald zu gewärtigenden Ernennung Hilmi Paschas zum Grossvezir möchte

ich mir erlauben, auf Grund der auch heute gewonnenen Eindrücke zu bemerken, dass es mir scheint, daß diese Eventualität nicht in der allernächsten Zeit zu gewärtigen steht, insbesondere nicht vor Zusammentritt des Parlamentes. Was die bulgarisch-türkischen Verhandlungen anbelangt, so scheinen dieselben bisher zu keinem praktischen Resultate geführt zu haben.

a) Oe.-U. Bosnien 47 Nr. 73.

Pallavicini.

Nr. 684. Privatschreiben aus St. Petersburg, 18. Nov. 1. Dez. 1908
(eingel. 4. Dez.).^{a)} *Eigenh. Ausfert.*

Meinem heutigen Telegramme^{b)} über den Verlauf der Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus möchte ich noch diese Zeilen nachfolgen lassen, um die notgedrungen etwas gekürzte telegrafische Darstellung entsprechend zu ergänzen. Wegen vorgerückter Stunde bin ich gezwungen diese Mittheilung au courant de la plume niederzuschreiben, daher ich um gütige Nachsicht wegen mangelhafter Redigirung bitten muß. Anlässlich der Entgegennahme der Jubiläumsmedaille S. M. unseres Allergnädigsten Herrn sprach mir Kaiser Nikolaus in Worten warmer Freundschaft und Ergebenheit von unserem erhabenen Monarchen, betonte welch' herzliche Freude Ihm dieses Gedenkzeichen an die schöne Feier seines kaiserlichen Freundes bereite und wie tief und innig Er hiefür Dank wisse. Hieran schlossen sich einige Fragen über Details der Wiener Festlichkeiten, für welche der höchste Herr lebhaftes Interesse zeigte. Nachdem Kaiser Nikolaus hierauf die jüngsten Sendungen neuer russischer Uniformen an S. M. unseren Allergnädigsten Herrn und S. K. H. den Herrn Erzherzog Franz Ferdinand und die Gründe besprochen, die ihn zu dieser Neuerung bewogen, wandte er sich mit der Frage an mich: „Quelles nouvelles avez-vous de Constantinople?“ Auf meine Bemerkung, daß ich seit längerer Zeit keine Informationen von Wien über die Situation in Constantinopel erhalten habe, daß aber die Zeitungsmeldungen nicht sonderlich günstig lauteten, meinte S. M., Er habe gedacht, in den letzten Tagen sei eine Besserung eingetreten. Ich kam daraufhin auf die allgemeine Lage zu sprechen und drückte die Befürchtung aus, daß die gegenwärtig allenthalben wahrnehmbare gegenseitige Gehässigkeit und Animosität, welche bereits bedrohende Dimensionen annehme, alle Bemühungen „des dirigeants“ in Frage stellen könne, die doch daraufhin gerichtet seien, in friedlichem Einvernehmen die Situation zu klären. Der Kaiser bemerkte hiezu: „C'est très justement observé. Les influences dont vous parlez me sont bien connues. Elles arrivent à moi de tous côtés“; der höchste Herr schien zu besorgen, daß ich pessimistische Folgerungen an diese Aeusserung knüpfen könnte und setzte lebhaft hinzu: „Ne vous effrayez pas, je sais le repousser“. Ich machte geltend, daß es sich darum handeln würde, einen beide Theile befriedigenden Ausweg zu finden. Als solchen hätten wir an die Publikation der geheimen Abkommen aus den Jahren 1877 und 1878^{c)} gedacht. S. M. sagte, er wisse hievon, jedoch sei aus Rücksicht für uns von der Publicirung des Textes abgesehen worden, da doch die Zustimmung zur Annexion an gewisse Voraussetzungen gebunden wurde. Ich erwähnte des 1878er Geheimabkommens, welches

ziemlich bedingungslos abgefaßt sei (en parenthese bemerkt bietet die Ausdrucksweise „Occupation définitive“ in dem fraglichen Instrumente der hiesigen Presse willkommene Gelegenheit zur Beweisführung, daß von einer förmlichen „Annexion“ da nicht die Rede gewesen sei). Der Kaiser, welcher über dieses Protokoll — welches übrigens am selben Tage in der „Rossija“ erschien — nicht orientirt schien, frug mich, ob nicht von der Türkei darin gesprochen werde und als ich dies verneinte: „Mais l'Allemagne n'était-elle pas alors en jeu?“ Ich verneinte auch dies und brachte dem Kaiser in Erinnerung, daß Letzteres in den späteren Abmachungen von 1881 und 1884^{d)} der Fall gewesen sei, an welchen Deutschland theilgenommen. Dies brachte die Conversation auf das Dreikaiserbündnis und gab mir Gelegenheit die unumstößliche Richtigkeit der Grundprincipien auszuführen, auf welchen jene Übereinkunft beruhte. S. M. stimmte lebhaft zu, ließ sich dann in retrospective Betrachtungen ein über die Zeiten der heiligen Allianz, des Krimkrieges u. s. w. Zum Schlusse betonte Er mit gewissem Nachdrucke, wie sehr Ihm daran gelegen sei, daß eine befriedigende Lösung der Complication gefunden werde und daß Er, was an Ihm liege, beitragen wolle, ein solches Resultat herbeizuführen. In eigenthümlichem Contraste zu diesen, von besten Dispositionen zeugenden, mit großer Wärme und Herzlichkeit vorgebrachten Worten steht das am selben Tage in der „Rossija“ erschienene Communiqué, worin die rigorose Anwendung der in der 1871er Resolution festgelegten Norm auf den gegenwärtigen Fall zum Ausdruck gebracht wird! Mit Besorgnis erfüllt mich die Stimmung im Publikum und die Haltung der Presse. Dank der systematisch verhetzenden Thätigkeit äusserer und innerer gewissenloser Elemente ist nicht nur keine Besserung, sondern eine stete Verschlechterung zu constatiren. Bei dem herrschenden nationalen Terrorismus sind Bemühungen Boden zu gewinnen für die Botschaft so ziemlich ausgeschlossen, da ein wohlorganisirtes Spionagewesen geradezu darauf ausgeht, Handhaben zu gewinnen, um die Botschaft zu compromittiren. Sollte da Abhilfe geschaffen werden, was umso dringender wünschenswerth wäre, als der Regierung das nötige Rückgrat fehlt, um gegen den Strom zu schwimmen, müßte dies außerhalb des Rahmens der Botschaft erfolgen, etwa durch Hieher sendung eines ständigen Repräsentanten der „Neuen Freien Presse“, fähig, gebildet und schlau wie Berthold Frischauer in Paris, nur mit etwas mehr Taktgefühl ausgestattet. Der Betreffende hätte hier mit der Presse Beziehungen anzuknüpfen und könnte auch — (sicher nicht ohne Erfolg) — mit Geld operiren. England macht es auch nicht anders und hat es dahin gebracht binnen Jahresfrist grimmige Wölfe in sanfte Lämmer — richtiger gesagt Schafe — umzuwandeln! Auf der anderen Seite scheint mir die freundschaftliche Sprache S. M. des Kaisers Nikolaus, seine Zugänglichkeit den Argumenten monarchischer Interessen und seine außer Zweifel stehende Friedensliebe einen Fingerzeig zu geben, wo mit mehr Effect als bei Herrn Iswolsky versucht werden könnte, einen Ausgleich der Gegensätze anzubahnen. ... *Privates* ...

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 677, 703. — ^{b)} Tel. vom 2. Dez. 1908 Nr. 209 enthaltend einen kurzen Vorbericht und offenbar irrig mit dem 2. Dez. datiert. — ^{c)} Vgl. n. 97 Anm. b. — ^{d)} Pribram a. a. O. I 11, 35; Martens, N. R. G. 3. S. X 9, 25.

Nr. 685. *Tel. nach Konstantinopel, 3. Dez. 1908 Nr. 243 (exp. 7 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).*

Laut des Euer Exzellenz sub No. 110 vorliegenden Telegrammes aus Salonik vom 28. v. M.^{b)} hat Hilmi Pascha dem General-Consul Rappaport zu verstehen gegeben, dass er die Herstellung herzlicher Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und der Pforte als Basis seiner auswärtigen Politik betrachten würde. In Anbetracht der freundschaftlichen Gesinnung, die uns Hilmi Pascha als Generalinspector wiederholt bekundet hat, und der dem Civilagent-Stellvertreter gegenüber gemachten Bemerkungen, scheint es mir im hohen Grade wünschenswerth, dass Euer Exzellenz mit dem neuen Minister des Innern Fühlung suchen. Dies erscheint mir im gegenwärtigen Momente um so mehr geboten als der Genannte General-Consul Rappaport versprochen hat nach seiner Ankunft in Constantinopel nicht nur amtlich sondern auch durch das Comité auf eine vollständige Beilegung des Boycotts hinzuwirken. Mit Rücksicht auf die von Hilmi Pascha angeführten Gründe, welche ihm die Beobachtung einiger Reserve im Verkehre mit der k. u. k. Botschaft auferlegen, muss ich es jedoch Euer Exzellenz überlassen, mit Vorsicht vorzugehen. Ich lege aber Werth darauf, dass Hilmi Pascha bald erfährt, dass mich seine Ernennung zum Minister des Innern sehr befriedigt und dass ich ihn hiezu herzlichst beglückwünsche. Wie General-Consul Rappaport unterm 28. I. M.^{c)} meldete, hat Hilmi Pascha ihm nahegelegt, dass der Lloyd von anderwärts ein paar Lichterschiffe und ein Dutzend Arbeiter nach Salonik bringen lassen möge; die Regierung werde sie gegen Angriffe schützen und dies dürfte das Signal zur allgemeinen Wiederaufnahme der Lösungsarbeiten abgeben. Indem Euer Exzellenz auf diese Anregung des gewesenen Generalinspectors Bezug nehmen, wollen Hochdieselben Hilmi Pascha wissen lassen, dass dem Lloyd ein entsprechender Wink ertheilt worden sei.^{d)} Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 699. — ^{b)} n. 671. — ^{c)} n. 672. — ^{d)} Vgl. n. 698.

Nr. 686. *Tel. aus Konstantinopel, 3. Dez. 1908 Nr. 498 (eing. 4. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Ich habe heute den Lloydagenten beauftragt, sich beim Polizeiminister zu erkundigen, ob er im Sinne der mir vom Grossvezir vorgestern gemachten Zusage Weisungen erhalten hat. Dies war nicht der Fall. Ich sandte Herrn Kolossa zum Grossvezir. Kiamil Pascha antwortete, er habe nicht dem Polizeiminister, sondern dem Zollminister und dem Komitee geschrieben; die Antwort des letzteren sei noch ausständig. Mittlerweile erschien in Gegenwart Herrn Kolossas der Polizeiminister beim Grossvezir. Dieser instruierte nun Sami Pascha mündlich in dem mir in Aussicht gestellten Sinne. Der Polizeiminister nahm die Weisungen zur Kenntnis, machte aber im Laufe der Unterredung die Bemerkung, er könne, wenn der Lloyd 1000 Arbeiter anstellte, nicht so viel Polizisten aufreiben, um alle während und nach der Arbeit zu beschützen. Hieraus erhielt Legationsrat Kolossa den Eindruck, dass der Polizeiminister bei der Sache nicht aufrichtig mit-

arbeiten will oder kann. Im übrigen versprach letzterer, das Möglichste zu tun. Nachdem sich der Polizeiminister entfernt hatte, liess Kiamil Pascha gesprächsweise folgende Bemerkung fallen: „Wir sind in einer sehr schwierigen Situation und ihre Regierung trägt die Schuld daran, weil sie das Selbstgefühl der Osmanen verletzt hat; es wäre also an Österreich-Ungarn, den Ausweg aus dieser schwierigen Lage zu schaffen, indem es mit konkreten Propositionen an uns herantritt.“ Hieraus sehe ich einerseits, dass der Grossvezir sich von seinen Verhandlungen mit dem Komitee nichts erwartet und andererseits, dass er sich vollkommen ohnmächtig fühlt. Infolge letzteren Umstandes könnte ein Kabinettswechsel vielleicht doch noch vor Parlamentszusammentritt stattfinden. Übrigens würde ich mir auch von Hilmi Pascha, was unsere Sache betrifft, für die nächste Zukunft nicht viel versprechen, da er ja ebenso wie Kiamil Pascha unter dem Banne des Komitees stehen würde und das Komitee, welches sich heute schon im Besitze des Sieges glaubt, nicht gewillt zu sein scheint nachzugeben. Wie ich aus ziemlich vertrauenswürdiger Quelle höre, soll der neue Justizminister, ein hervorragendes Mitglied des Komitees, der eigentliche Organisator des Boykotts gewesen sein und sich auch jetzt noch mit weiteren Plänen in dieser Hinsicht tragen. Tatsächlich verschlechtert sich die Lage täglich, indem erst gestern wieder durch das hiesige Boykottkomitee ein sehr scharfes Zirkulare zur Ausgabe gelangt ist. Es scheint mir also, das Komitee arbeite dahin, alle jene Punkte, die in Salonik aufgestellt wurden, inklusive der Geldforderung, durchzusetzen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 690.

*Nr. 687. Tel. aus Rom, 3. Dez. 1908 Nr. 221 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Zeitungsgerüchte über russisch-italienische Allianz werden von Herrn Tittoni als pure Erfindung bezeichnet. Es besteht allerdings seit seiner Zusammenkunft mit Herrn Iswolsky eine gesteigerte Intimität, aber weiter nichts. Lebhaft bedauert er, dass sein Wunsch ein engeres Verhältnis bezüglich der Balkanfragen zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Russland herzustellen nicht in Erfüllung gehen sollte. Ich habe den Eindruck, dass Tittoni den Wunsch oder jedenfalls die grösste Bereitwilligkeit hätte, behufs Ermöglichung der Konferenz, zwischen uns und Russland ausgleichend zu wirken. Lützow.

a) Vgl. n. 744.

Nr. 688. Bericht aus Konstantinopel, 4. Dez. 1908 Nr. 99 D (eing. 7. Dez.). Ausfert.

Der „Pester Lloyd“ vom 28. v. M. hat über die Boykott-Bewegung eine Unterredung seines Pariser Correspondenten mit Nazim Bey gebracht, auf welche ich mir erlaube, die hohe Aufmerksamkeit Euerer Excellenz zu lenken. Nazim Bey stellt die Dinge so wie sie thatsächlich sind, dar: die Boycott-Bewegung ist ein Mittel, um von Österreich-Ungarn Concessionen zu erzwingen und wird ausschliesslich vom Comité Union et Progrés

geleitet. Der ganze Verlauf, den diese Bewegung von Anfang an genommen hat, bestätigt dies. Bald nach unserer Erklärung bezüglich der Annexion Bosniens setzte die Bewegung ein. Am Anfange hatte die Bewegung einen wesentlich anderen Charakter als später. Es handelte sich damals mehr um eine feindselige Demonstration gegen die Monarchie als um ein Pressionsmittel. Man arrangirte vor den Geschäften, wo österreichische und ungarische Waren verkauft werden, Volksansammlungen und verhinderte mit Gewalt das Publicum in jenen Geschäften Einkäufe zu machen. Auch die gegen unsere Schiffe inscenirten Feindseligkeiten hatten damals mehr einen demonstrativen Charakter. Infolge unserer energischen Reclamationen wurde die gewalthätige Boycottirung der Geschäfte bald eingestellt, und auch, was die Schiffe anbelangt, wurde der Boycott in einer Weise ausgeübt, dass es doch noch immer möglich war, namentlich in Constantinopel, die Ladearbeiten ungestört vorzunehmen. Der Boycott, wie er jetzt organisirt ist, setzte erst Anfangs November ein. Seit dieser Zeit wurde die Action immer ernster und nahm die bedrohlichsten Formen an. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, dass diese Änderung in dem Charakter der Bewegung in Verbindung mit den von General-Consul Rappaport geführten geheimen Verhandlungen mit dem Saloniker Comité steht. Gerade die Leute, unter anderen auch Enver Bey, die dem General-Consul Anfangs sagten, sie seien für eine Verständigung mit Österreich-Ungarn und würden den Grossvezir eventuell zwingen, seine ausschliesslich englandfreundliche Politik aufzugeben, stehen meiner Überzeugung nach an der Spitze der Boycottbewegung. Es lässt sich jetzt genau feststellen, dass die einzelnen Phasen des stärkeren Einsetzens des Boycotts mit den Verhandlungen Rappaports in innigem Zusammenhange standen. Als das Comité sah, dass wir in vielen Punkten nachzugeben bereit sind, verschärfte es immer mehr den Boycott, um noch mehr zu erzielen. Jetzt glaubt man beinahe den Sieg erreicht zu haben und wird daher die Waffe nicht früher aus der Hand geben, bis man nicht ganz sicher seiner Sache ist. Pallavicini.

Nr. 689. Bericht aus Konstantinopel, 4. Dez. 1908 Nr. 99 G (eing. 7. Dez.).^a) Ausfert.

Der frühere serbische Minister-Präsident Herr Pašitch ist vorige Woche hier eingetroffen aber bereits nach einem Aufenthalt von wenigen Tagen, wie mir der serbische Gesandte mittheilte, über eine aus Belgrad erhaltene telegrafische Berufung wieder nach der serbischen Hauptstadt abgereist. Ich traf Herrn Pašitch, den ich von meinem Belgrader Aufenthalte her kenne, im Vorzimmer des Grossvezirs, welchem er eben einen Besuch abgestattet hatte. Kiamil Pascha sagte mir, dass Herr Pašitch ihm nur ganz im Allgemeinen über die politische Lage gesprochen habe und an ihn mit keinerlei Propositionen herangetreten sei. Wohl hätte aber er (Kiamil Pascha) die Gelegenheit benützt, um dem serbischen Parteiführer Rathschläge im Sinne einer Mässigung in Bezug auf das Verhalten Serbiens zu Österreich-Ungarn zu ertheilen. Herr Novakovitch weilt noch immer in Constantinopel. Wie ich höre, soll er hier das Resultat der derzeit

zwischen Wien und Petersburg gepflogenen Verhandlungen abwarten wollen. Von anderer Seite wird mir gesagt, Herr Novakovitch beschäufte sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen und sei bestrebt, von der türkischen Regierung gewisse Vortheile für den serbischen Exportverkehr über Salonik zu erlangen. Der montenegrinische Serdar Vukotitch befindet sich ebenfalls noch hier. Die montenegrinisch-türkischen Verhandlungen in den Grenzfragen haben, wie mir übereinstimmend von verschiedenen Seiten mitgetheilt wird, zu einer Einigung geführt. Das Gebiet von Yezero bleibt türkisch. Die betreffenden Abmachungen sollen dieser Tage abgeschlossen werden. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 668, 727.

Nr. 690. Privatschreiben aus Konstantinopel, 4. Dez. 1908 (eing. 7. Dez.).^{a)} Ausfert.

Aus meinem gestrigen Telegramme^{a)} über eine Unterredung, die Legationsrath Kolossa mit dem Grossvezir hatte, werden Euere Excellenz entnommen haben, dass Kiamil Pascha meiner Ansicht nach der gegen uns inscenirten feindseligen Bewegung ganz machtlos gegenüber steht. Er ist au bout de son latin; aber selbst ein Grossvezir-Wechsel würde an der Sache nichts ändern. Ich stehe überhaupt den Versicherungen Hilmi Paschas sehr skeptisch gegenüber, denn selbst wenn er wollte, könnte er unter den heutigen Verhältnissen gegen das Comité nichts ausrichten. Man will uns zur Capitulation zwingen. Die Frage steht also heute so: wollen wir capituliren oder nicht. Falls, was ich voraussetze das Letztere zutrifft, so müssen wir handeln, wenn nicht das Prestige, welches wir durch unsere bisherige energische Vorgangsweise errungen haben, ganz verloren gehen soll. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass das Comité den Kampf nicht mehr sehr lange aushalten wird. Meiner Ansicht nach ist aber die Zeit des Verhandeln vorüber. Weder mit Kiamil Pascha noch mit Hilmi Pascha werden wir je zu einem Resultat kommen, wenn wir nicht Ernst zeigen. Speziell mit Kiamil Pascha scheint es mir, überhaupt jetzt wo er sein Versprechen nicht eingehalten hat, kaum möglich weitere Verhandlungen in der Boycott-Sache zu führen und mit Hilmi Pascha kann ich, solange er nicht Grossvezir ist, sprechen, aber nicht verhandeln. Unter diesen Umständen sehe ich keinen anderen Ausweg als die bereits ausgesprochene Drohung mit meiner Abreise thatsächlich durchzuführen und zwar in einer Weise, dass man dieselbe hier als ersten Schritt weiterer und noch ernsterer Schritte auffasse. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dieser Schritt hier grossen Eindruck machen würde. Ich konnte dies constatiren, als davon nur in unbestimmter Form die Rede war, aber ob hiedurch der Widerstand thatsächlich gebrochen werden würde, könnte ich mit Sicherheit nicht in Aussicht stellen. Vielleicht müssen wir noch weiter gehen. Meine eventuelle Abreise würde auch auf die hiesige englische Botschaft Eindruck machen, was unter den heutigen Verhältnissen von Wichtigkeit wäre. Die Jungtürken folgen jedem Wink, der von jener Seite kommt. Es hat sich jetzt auch ein spezielles Comité für den Boycott gebildet. Dieses Comité,

welches zum grossen Theile aus Kaufleuten besteht, könnte mit der Zeit sogar den Boycott auch dann aufrechterhalten, wenn das Comité Union et Progrès schon nachgeben will. Die hier herrschenden Zustände sind heute so verwirrt, dass alles möglich ist. Das Boycott-Comité übt heute einen allgemeinen Terrorismus aus. Nachstehend einige Beispiele: Der Polizeiminister hat für die Polizei Riemzeug aus Österreich bestellt. Er konnte es nicht beziehen, da das Boycott Comité es nicht erlaubte. — Eine Zeitung des jungtürkischen Comité's in Salonik hatte eine Druckereimaschine bestellt, konnte sie aber nicht ausmauthen, weil sie aus Österreich stammt.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 686, 704.

Nr. 691. Tel. nach Paris, 4. Dez. 1908 Nr. 71 (chiff. 8 U. p. m.). Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Erhalten Euer Excellenz Bericht vom 28. v. M. No. 35 B. Obwohl ich, wie Euer Excellenz aus meinem Telegramm vom 29. v. M., No. 69 über meine Aussprache mit Herrn Crozier bekannt, nach dem Frankreich in der Casablancafrage^{a)} geleisteten Dienste ein grösseres Entgegenkommen des französischen Cabinetes in der Angelegenheit des gegen uns gerichteten türkischen Boycottes erwartet hätte, nehme ich andererseits keinen Anstand die unparteiische Sprache Herrn Pichons in der letzten Discussion über das Budget des Auswärtigen Amtes anzuerkennen und ermächtige Euer Excellenz gelegentlich dem Herrn Minister hiefür meinen Dank auszusprechen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 528.

Nr. 692. Bericht aus Sofia, 4. Dez. 1908 Nr. 67 C (eing. 7. Dez.). Ausfert.

In den letzten Wochen sind hier wiederholt englische Gäste angekommen, welche auf ihren Orientreisen nach Belgrad und Constantinopel auch Sofia mit ihrer allerdings meist nur kurzen Anwesenheit beglückt haben. Diese diplomatischen Dilettanten, deren Erscheinen und Bewirtung meinem englischen Collegen übrigens keine besondere Freude zu machen scheint, gehörten meist zur Gilde jener unverantwortlichen Politiker, welche, wie der Präsident des Londoner Balkancomités Mr. Buxton oder der bekannte Mr. Evans, namentlich gegenwärtig nicht ganz ohne Einfluß in ihrem Lande zu sein scheinen und die jedenfalls viel dazu beigetragen haben, durch ihre hypokritische und scheinheilige Entrüstung über den durch Österreich-Ungarn begangenen „Rechtsbruch“ sowie durch ihre plötzlich entdeckte aufdringliche Liebe zur Türkei die jetzige Spannung hervorzurufen. Alle diese Reisenden, namentlich aber Mr. Buxton, haben es versucht, auch hier gegen die Monarchie zu intriguiern, indem sie bei den Unterredungen, die sie sich mit hiesigen Politikern zu verschaffen wußten, immer das Thema von der Ersprießlichkeit eines Anschlusses Bulgariens an Serbien und die Türkei predigten. Für eine solche Combination ist allerdings im

Augenblick die Constellation nicht besonders günstig, doch scheinen mir diese Intriguen, in welchen System zu stecken scheint, um so weniger übersehen werden zu dürfen, als ja bekanntlich auch russischerseits stets in demselben Sinne, namentlich was das Verhältnis zu Serbien anbelangt, gewirkt wird und es doch nicht ausgeschlossen wäre, daß die russischen Mahnungen bei Fürst Ferdinand — namentlich wenn ein russophiles Cabinet Daneff ans Ruder kommen sollte — fruchtbaren Boden finden könnten. Eine Gruppierung im obigen Sinne würde allerdings wol kaum je von langer Dauer sein können; daß sie aber unter gewissen Umständen zeitweilig denkbar wäre, möchte ich nicht apodictisch verneinen; haben sich doch auch König Peter und Fürst Nikita, kurz vorher noch erbitterte Feinde, über Nacht in inniger Liebe zusammengefunden.

Thurn.

Nr. 693. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Dez. 1908 Nr. 501 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Heutige „Turquie“ bringt ein Interview mit Hilmi Pascha. Bezüglich der äusseren Politik sagte der Minister des Innern, er hoffe, dass alles sich arrangieren werde. Die Türkei wolle mit allen Staaten in guten Beziehungen stehen. Sie werde alle Konzessionen machen, soweit dies mit der nationalen Würde vereinbarlich ist. Betreffs des Boykotts sprach sich Hilmi Pascha folgendermassen aus: „On dit que nous aurions pu arrêter le boycottage des marchandises autrichiennes. C'est une plaisanterie. Tenez, quand j'étais à Salonique, sur les réclamations du représentant austro hongrois, je lui ai répondu: „„Les hamals du port se refusent à débarquer les marchandises autrichiennes. Faites-les remplacer par des Européens, Allemands, Italiens ou autres si nombreux ici. Je vous garantis de la façon la plus formelle que la liberté du travail sera respectée; j'emploierai la police et si ce n'est assez la gendarmerie et même l'armée.““ Que pouvais-je faire de plus? Ici j'agirai de même en l'occurrence. Quand à ce qui est de forcer les débardeurs à travailler, les clients à acheter dans tel ou tel magasin, cela est évidemment au dessus des forces d'un gouvernement quel qu'il soit. Il est impossible que l'on ne s'en rends pas compte. Mais enfin, bien qu'il n'y ait pas encore de négociation ouverte à ce sujet je suis convaincu que tout s'arrangera sans complications.“ Ich will heute nicht selbst auf die Pforte gehen, weil bisher keinerlei Anzeichen vorliegt, dass in Bezug auf Boykott irgend etwas seitens der Regierung geschehen wäre und ich auch anderseits eine persönliche Aussprache mit Hilmi Pascha vorläufig nicht für opportun halte. Ich werde aber, da einige spezielle Reklamationsfälle vorliegen, Herrn Kolossa zum Minister des Innern senden und ihn bei dieser Gelegenheit fragen lassen, wie er sich die in seiner obigen Aussprache angedeuteten Massnahmen vorstellt, damit ich in die Lage komme, im Einvernehmen mit Regierung dem hiesigen Lloydagenten Instruktionen zu erteilen. Im Laufe des obigen Interviews sprach sich Hilmi Pascha mit grosser Entschiedenheit dahin aus, dass bis zum Zusammentritt des Parlaments das jetzige Kabinett unter allen Umständen am Ruder bleiben werde.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 694.

Nr. 694. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Dez. 1908 Nr. 502 (eing. 6. Dez. 12 U. 10 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes No. 501. Der Grossvezir hat Herrn Kolossa erklärt, dass er keine andere Verfügung gegen den Boykott treffen kann, als jene, welche er betreffend den Schutz der vom Lloyd anzustellenden Arbeiter bei der Durchführung ihrer Arbeiten angeordnet hat. Weiters bemerkte er, dass Hilmi Pascha auf die Zeitungen in dem Sinne einwirken wollte, dass dieselben beschwichtigende Artikel in der Boykottfrage bringen; die Zeitungen hätten sich jedoch geweigert, dies zu tun. Der Grossvezir gesteht nach wie vor seine Rat- und Machtlosigkeit ein. Die Unterredung mit Hilmi Pascha ergab auch keinerlei günstiges Resultat. Der Minister des Innern erklärte, er sei bereit, Arbeiter, welche der Lloyd aufnehmen würde, während der Arbeit beschützen zu lassen, mehr könne er nicht versprechen. Hilmi Pascha sagte des weiteren, er habe keine Mittel, die Hamals zur Arbeit zu zwingen. Die Aeusserungen des Ministers des Innern bestärken mich in der Auffassung, dass er ebensowenig wie Kiamil Pascha in der Lage ist, im Boykott irgend einen Wandel zu schaffen. Das von ihm vorgeschlagene Mittel scheint mir praktisch ganz undurchführbar zu sein. Unter den hiesigen Verhältnissen lassen sich keine Leute finden, welche sich hergeben würden, die Arbeiten bei den Schiffen aufzunehmen, denn, wenn sie auch während der Arbeit geschützt werden würden, werden sie doch die sichere Gefahr laufen, von den Kurden-Hamals nach der Arbeit misshandelt, ja ermordet zu werden. Uebrigens werde ich morgen mit dem Lloyd-Agenten diesfalls eine neuerliche Besprechung haben. Wie ich schon in meiner Berichterstattung wiederholt bemerkt habe, hängt alles ausschliesslich vom Komitee ab und kann nur dann auf eine Besserung gehofft werden, wenn dasselbe zur Einsicht gelangt, dass es nachgeben muss. Die Lage hat sich heute abermals verschlechtert, indem das neue Boykott-Syndikat, welches offenbar mit Rücksicht auf die vermehrte Inanspruchnahme des Komitees durch die Parlamentsarbeiten mit der Leitung des Boykotts in Zukunft betraut sein soll, und welches schon 10.000 Mitglieder zählt, einen längeren Aufruf publiziert. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 47 Nr. 74. Vgl. n. 698.

Nr. 695. Privatschreiben aus London, 5. Dez. 1908.^{a)} Eigenh. Ausfert.

Da ich eben höre, dass Philipp Coburg nach Wien abreist, will ich diese Gelegenheit benützen, um Dir für Deinen interessanten Brief vom 30. November, den mir Dumba gestern überbrachte meinen ergebensten Dank auszusprechen. Da ich nur gerade Zeit habe, ihm diesen Brief rechtzeitig zu schicken, bitte ich Dich, die Form dieser in Eile geschriebenen Zeilen gütigst entschuldigen zu wollen. Die 2 Hauptpunkte der englischen Politik in den letzten Wochen sind dieselben geblieben und ich habe mir wiederholt erlaubt, sie in meiner Berichterstattung hervorzuheben. 1. Rücksicht auf das jungtürkische régime. 2. Aufrechterhaltung des Principes der Inviolabilität internationaler Verträge. Davon wird Grey nicht abgehen. Dass er, d. h. die Regierung selbst gegen uns hetzt und zu einem

Kriege treiben will, kann ich auch jetzt nicht glauben, was immer auch eine perverse Presse und vielleicht einige unverantwortliche englische Reisende in Balkanländern schreiben und sagen mögen. Ich glaube ehrlich und aufrichtig, dass wenn Du morgen mit der Türkei zu einem Arrangement gelangst, die hiesige Regierung sich darüber freuen wird und ich erwarte sogar in diesem Falle einen Umschwung in der englischen Presse und noch mehr so, wenn unser Abkommen in irgend einer Weise die europäische Sanction erhält. Ich habe heute mit Hardinge eine ganz private Unterredung gehabt, in der ich ihm sagte, wie sehr es mich beunruhigt zu sehen, dass — durch die Sprache der englischen Presse — der Eindruck bei uns immer mehr Raum gewinne, dass England die gegen uns arbeitenden Elemente unterstütze, dass mir dies für unsere künftigen Beziehungen gefährlich scheine etc. Hardinge sagte mir, die britische Regierung habe bereits in unzweideutiger Weise erklärt, dass sie nichts thun werde, um das Zustandekommen eines Arrangements zwischen uns und der Türkei zu verhindern. Die Politik seiner Regierung sei ganz ehrlich und gerade gewesen und er könnte mir jedes Telegramm zeigen, das während der letzten Wochen vom Foreign Office ausgesandt wurde. Falls jemals die Zeit käme, ein Blaubuch zu publiziren, so werde man sehen, dass England ehrlich und consequent vorgegangen sei. In Belgrad habe England — und die anderen Mächte auf englische Initiative — zweimal sehr ernste Vorstellungen gemacht, die auch gewissen Erfolg gehabt hätten. Von Serbien sei man wiederholt, zuletzt vor 4 oder 5 Tagen in sehr dringender Weise an die britische Regierung herangetreten — sie der Parteilichkeit anklagend — um ihr nahezu legen, auch in Wien unsere militärischen Vorbereitungen zur Sprache zu bringen. Das Foreign Office habe sich aber nicht gerührt, weil es in die Friedensliebe Österreich-Ungarns Vertrauen setze. Ich antwortete, dass wir gezwungen wären, unsere Grenzen zu schützen, denn nichts wäre für den Frieden bedrohlicher, als wenn irgend eine serbische Bande herüberkommen könnte, was Hardinge auch zugab. Wir sprachen hin und her und Hardinge erklärte mir ausdrücklich, dass keine Macht mehr Interesse an der Erhaltung des Friedens hätte als England und keine Macht sich mehr freuen würde, wenn eine Einigung zwischen uns und der Türkei erzielt werden könnte, als England. Bisher sei aber stets von Constantinopel die Antwort gekommen, dass noch keine Vorschläge von uns gemacht worden wären. Hardinge glaubt, dass jetzt die türkische Regierung eher geneigt wäre, auf Verhandlungen mit uns einzugehen und er meint, dass es sehr schade wäre, diesen Moment unbenutzt vorbeigehen zu lassen. Er ist überzeugt, dass der Boycott sofort aufhören würde, wenn die Nachricht durchsickert, dass unsererseits Vorschläge gemacht wurden, die annehmbar erscheinen. Er gab mir zu verstehen, dass England ebenso das Zustandekommen eines Arrangements zwischen uns und der Türkei begünstigen würde, wie es die Verständigung zwischen Bulgarien und der Türkei unterstützt hätte, nur sei die Voraussetzung dafür die, dass von uns Vorschläge überhaupt gemacht worden seien. Im Weiteren betonte er als seine private Ansicht, dass er es als sehr bedenklich ansehen würde, wenn unsere Stellung in Bosnien nicht legalisirt würde, sei es durch eine Conferenz, sei es eventuell

durch Notenaustausch zwischen den Signatar-Mächten. Geschieht dies nicht so bleibt eine offene Stelle, die ihm sehr gefährdend scheint, namentlich mit Rücksicht auf die panslavistische Strömung in Russland. Dass Iswolskys Persönlichkeit die Verhandlungen nicht erleichtern,^{b)} davon ist er eben so überzeugt wie wir. Wie Du weisst, hat er keine besonders hohe Meinung von diesem grossen russischen Staatsmanne. Ich kann Dir nur meinen immer stärker werdenden Eindruck wiederholen, dass, wenn Du morgen mit der Türkei ein Arrangement abschliessest, die Situation, von hieraus beurtheilt, sofort viel besser erscheinen würde. Was den Unterschied zwischen unserem und dem englischen Standpunkte bezüglich der Conferenz betrifft, so scheint er mir sich eigentlich darauf zu beschränken, dass wir sagen „Bosnien darf nicht discutirt werden“ und dass man hier bereit wäre, anzunehmen „Bosnien wird nicht discutirt werden“ d. h. dass man sich vorher verständigt haben würde. Mit meinem vertraulichen Berichte No. 61 A—H vom 27. November habe ich versucht, die englische Rücksichtnahme auf die Türkei und auf Russland zu erörtern. Der König ist momentan in Sandringham und sehr erkältet. Falls Er wohl genesen ist, will er Montag zu einem Jagdséjour zu Lord Ilchester gehen, wohin ich auch geladen bin. Ich werde gewiss, wenn möglich, eine Gelegenheit ergreifen, mit Ihm wieder ein politisches Gespräch zu haben; ich kann diese Gelegenheit aber schwer forciren. Ich bin überzeugt, dass sobald die Situation etwas besser ist, das heisst die Verhandlungen zwischen uns und der Türkei zu einem Resultate geführt haben werden, Seine Majestät von selbst wieder anfangen wird, mit mir über die Situation zu reden. Der König ist übrigens gerade jetzt gezwungen, eine besondere Reserve zu beobachten, denn ich habe guten Grund anzunehmen, dass Ihm in letzter Zeit mehrmals vorgeworfen wurde, Er hätte Sich zu viel persönlich in die Politik gemischt—wenn dies auch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Der König ist für solche Stimmungen sehr empfindlich und die letzten Ereignisse in Berlin mögen Ihn wohl doppelt vorsichtig machen. In unserem Falle kommt noch dazu, dass Er sechs Wochen vor der bosnischen Action in Ischl bei unserem Allergnädigsten Herrn^{c)} war, dass Seine gnädigen Stimmungen für mich bekannt sind und dass Er wohl, solange die gegenwärtige ungeklärte Lage besteht, es vermeiden wollen wird, Sich den Anschein zu geben, als ob Er direct mit mir verhandeln würde. Du kannst bestimmt darauf rechnen, dass ich eine sich anbietende Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen lassen werde und ich hoffe, dass ich nicht in eine Lage wie Hübner von 1859 versetzt sein werde. Ich werde nicht ermangeln Dir ehethunlichst zu melden, wenn eine derartige Gelegenheit sich dargeboten hat. Nochmals pardon für diesen Brief den ich „against time“ schreibe um Ph. Coburg zu erreichen. Mit besten Wünschen für glückliche und friedliche Beendigung unserer grossen Schwierigkeiten ...

Mensdorff.

a) Vgl. n. 768. — b) So! — c) Vgl. n. 36.

Nr. 696. Tel. aus Rom, 5. Dez. 1908 Nr. 228 (eing. 6. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tittoni bittet mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass er für die freundliche Bereitwilligkeit, Rom als Konferenzort vorzuschlagen, tief-

erkenntlich ist. Die Vorkommnisse der letzten Woche hätten ihn aber belehrt, dass dies untunlich sei und wünscht er überhaupt nicht mehr, dass die Konferenz in Italien tage. Er erachte es unter den gegebenen Verhältnissen nicht für wünschenswert, den exponierten Posten des Präsidenten einzunehmen. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 662, 703, 901.

Nr. 697. Tel. nach Sofia, 5. Dez. 1908 Nr. 60 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Bericht vom 29. v. M., No. 66 ^{Ab}): Sobald Euer Hochgeboren Gelegenheit haben, sich im Sinne meiner Weisung vom 26. v. auszusprechen, ersuche ich Sie, mir über Verlauf und Ergebnis Ihrer Aussprache alsbald zu berichten: Ich beabsichtige, Euer Hochgeboren sodann, je nach dem Inhalte Ihrer Meldungen, Instructionen zukommen zu lassen, welche eventuelle weitergehende Eröffnungen an Bulgarien zum Gegenstande hätten. Euer Hochgeboren wollen sich auch darüber äußern, mit wem nach Ihrer Ansicht vertrauliche Pourparlers betreffs zukünftiger Eventualitäten eingeleitet werden könnten. Fürst Ferdinand ist von Sofia abwesend und angeblich, wie Euer Hochgeboren meldeten, in einem Zustande krankhafter Erregung. Der Minister des Äußern General Paprikoff scheint Ihren Berichten zufolge nicht viel Autorität zu besitzen. Unter diesen Umständen bedarf die Personenfrage einer besonderen Erwägung und erbitte ich mir hierüber Ihre Meinungsäußerung. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 655, 678, 734. — ^{b)} Meldet u. a., daß der Gesandte wegen Erkrankung des Ministers des Äußern noch nicht Gelegenheit gehabt habe, im Sinne der mit n. 655 erteilten Instruktionen vorzugehen.

Nr. 698. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. Dez. 1908 Nr. 503 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nro. 502 von gestern. Ich habe mit dem Agenten des Lloyd betreffs des Vorschlages Hilmi Paschas^{b)} Rücksprache gepflogen. Der Agent ist der Meinung, dass er überhaupt keine Arbeiter finden wird. Aber selbst wenn dies gelänge, ja sogar die Waren in die Douane gebracht werden könnten, wäre hiemit noch gar nichts gewonnen, da die Waren auf der Douane verbleiben müssten. Der Agent ist ferner der Überzeugung, dass die Durchführung der Massregel auch weit entfernt wäre, den Boykott allmähig zu mildern; es bestehe ganz im Gegenteile die Gefahr einer wesentlichen Verschlechterung der Situation durch etwaige Kämpfe oder Blutvergiessen. Ich stimme der Ansicht des Agenten vollständig bei. Ich sehe in den Vorschlägen Kiamil Paschas und Hilmi Paschas nichts anderes als einen Versuch einer Deckung der Regierung. Pflicht der letzteren wäre, wenn die Hamals nicht arbeiten wollen selbst andere zu bestellen und die Verantwortung auf sich zu nehmen. Es erscheint aber ganz unzulässig, wie dies gestern Hilmi Pascha Herrn Kolossa gegenüber getan hat, diese Verantwortung entschieden abzulehnen.

und hiedurch auf die Gesellschaft respektive auf uns überwälzen zu wollen. Dem Boykottsyndikate sind seit gestern weitere 5000 Mitglieder beigetreten. Man muss sich nunmehr, glaube ich, darüber klar sein, dass weder Kiamil Pascha noch Hilmi Pascha, auch wenn sie die besten Intentionen hätten, im Stande wären, irgend etwas reelles zu tun. Sogar wenn es gelänge, die einflussreichste Persönlichkeit im Komitee, wie zum Beispiel Achmed Riza Bey zu gewinnen, wäre damit nichts erreicht. Heute kann nur eine Änderung in die Situation kommen, wenn man die öffentliche Meinung, das ist die Jungtürken, impressioniert. Dies kann aber nur dadurch geschehen, wenn wir Ernst zeigen. Sowohl in der Presse als im Publikum wird schon viel darüber gesprochen, dass wir kapitulieren. In der bisher nicht ausgeführten Drohung meiner Abreise sieht man ein Zeichen der Schwäche. Es müsste also meiner Ansicht nach etwas geschehen, wenn wir entschlossen sind, nicht nachzugeben. In diesem Falle erlaube ich mir, Euer Exzellenz vorzuschlagen, mich zu ermächtigen, von hier am nächsten Mittwoch, das ist am 9. dieses Monats, abzureisen. Es scheint mir, dass der Moment jetzt hiezu günstig wäre. Meine Abreise würde gewiss unter den heutigen Verhältnissen, zumal man schon anfängt, an dem Schutz Englands zu zweifeln, grossen Eindruck machen. Ich glaube, es müsste aber derselben eine Form gegeben werden, damit sie hier als erster Schritt zum Abbruch der Beziehungen aufgefasst werde, also nicht jene eines Urlaubes, welche anfänglich intendiert war, sondern einer Berufung zur mündlichen Berichterstattung. Wie Euer Exzellenz aus dem Obigen entnehmen, würde ich mir von Verhandlungen mit Hilmi Pascha gar kein praktisches Resultat erwarten. Ich neige überhaupt zu der Ansicht hin, dass Hilmi Pascha in seinen Versicherungen Generalkonsul Rappaport gegenüber nicht aufrichtig war, da jedermann, der die heutigen Verhältnisse in der Türkei kennt, darüber klar sein muss, dass in diesem Momente ein Umschwung der äusseren Politik in einem Österreich-Ungarn freundlichen Sinne ganz undenkbar wäre. Soeben erhalte ich den Bericht des Generalkonsuls Rappaport No. 125 vom 29. vorigen Monats über seine Verhandlungen mit dem Komitee und Hilmi Pascha. Dieser Bericht bestärkt mich in der Ansicht, dass die Verhandlungen Herrn Rappaports mit dem Komitee und Hilmi Pascha vollkommen ihren Zweck verfehlt haben.^{c)}

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 497, 699, 704. — ^{b)} Vgl. n. 685. — ^{c)} Vgl. n. 902.

Nr. 699. *Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Dez. 1908 Nr. 504 (eing. 8. Dez. 10 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Hilmi Pascha hat mir heute einen längeren Besuch abgestattet, bei welcher Gelegenheit ich mich ihm gegenüber des hohen telegrafischen Auftrages vom 3. d. M. Nr. 243 entledigt habe. Bei unserer Unterredung habe ich Hilmi Pascha meinen Standpunkt auseinander gesetzt, indem ich ihm sagte, ich wisse sehr gut, daß die Regierung selbst nicht die Macht habe, dem Boykott ein Ende zu machen, daß vielmehr alles davon abhängt, ob es der Regierung gelingt, das Comité hiefür zu gewinnen. Ich liess auch

Hilmi Pascha darüber nicht im Zweifel, daß ich von seinen mit Generalkonsul Rappaport in Salonik geführten Pourparlers Kenntnis habe. Schließlich hob ich mit Nachdruck hervor, daß wir uns unter keinen Umständen durch den Boykott beeinflussen lassen und liess dabei durchblicken, daß ich, wenn nicht ein Wandel geschaffen werden sollte, neue Instruktionen in Wien persönlich einholen müsste. Hilmi Pascha musste mir zugeben, daß alles vom Comité abhängt. Er versprach mir aber, er werde alles daransetzen, um das heute von mir gestellte Verlangen, daß die Hamals entweder bewogen werden zu arbeiten, oder daß sie durch andere ersetzt werden, zu erfüllen. Der Herr Minister bat mich, Geduld zu haben, da man die jetzt so aufgeregte öffentliche Meinung zuerst präparieren müsse. Dies sei eine Sache, die noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Er hoffe aber, daß gerade das Parlament einen guten Einfluss ausüben und daß vielleicht dann der Boykott sein Ende finden werde. Er betonte wiederholt, er sei wohl optimistisch, könne mir aber vorläufig nichts Positives versprechen. Wir besprachen dann ganz akademisch die Generalkonsul Rappaport in Salonik vom Comité gemachten Anwürfe. Hilmi Pascha sagte diesfalls, daß die Herren vom Comité dieselben vom Anfange an als zur blossen Orientierung über die Wünsche der öffentlichen Meinung bestimmt betrachteten. Er sagte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wenn einmal die Zeit gekommen sein wird, in Verhandlungen einzutreten, dieselben nur hier unter den kompetenten Faktoren stattfinden könnten und daß überhaupt die Besprechungen des Generalkonsuls Rappaport jetzt nicht fortgesetzt werden sollten. Im Laufe des Gespräches unterliess ich nicht, Hilmi Pascha in sehr eindringlicher Weise klar zu machen, daß von einer Übernahme eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld unsererseits keine Rede sein könne, da ich aus einigen seiner Bemerkungen entnehmen konnte, daß gerade diese seiner Meinung nach eigentlich diejenige Konzession wäre, auf die alles ankommt. Am Schlusse der Unterredung bat mich der Minister nochmals, Geduld zu haben. Im Ganzen machte mir Hilmi Pascha einen günstigen Eindruck; derselbe ist jedenfalls ein Mann von gesundem politischen Urteil. Obwohl sich in der allgemeinen Situation heute nichts geändert hat, möchte ich im Hinblick auf die mir von Hilmi Pascha gemachten Versprechungen meinen mit Telegramm Nr. 503 von gestern gestellten Antrag betreffend meine Abreise am Mittwoch dahin modifizieren, daß Euer Exzellenz im Falle der prinzipiellen Genehmigung derselben mir die Wahl des Abreise-Tages überlassen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 708, 710.

Nr. 700. Privatschreiben Kaiser Franz Josefs I. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, 7. Dez. 1908.^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; V. Esterházy u. Aehrenthal).

Je m'étais fait un plaisir extrême de recevoir des mains du Grand Duc Michel la lettre^{b)} que Tu consacrais à mon jubilé; l'évènement douloureux qui a retenu Ton frère parmi les Siens, m'a donc causé une déception sincère.^{c)} Quant à Ton message même, auquel l'Impératrice a bien voulu

s'associer, il a touché une corde sensible de mon cœur. L'amitié que Tu me portes m'est chère à plus d'un titre, et j'attache un grand prix à son expression au moment, où, ayant accompli 60 années d'un règne riche en soucis et en labeurs, je me plais, non sans émotion, à en retracer les étapes dans ma mémoire. Dans ce passé, les relations entre nos trônes ont pris une large place. Je les ai cultivées autant par inclination, que par devoir envers mes peuples. Bientôt après mon accession j'ai dû reconnaître, à l'encontre de mes sympathies personnelles, que les destinées de la Russie et de ma Monarchie n'étaient pas faites pour être réglées par la politique d'une alliance ostensible: les conditions géographiques et nationales des deux Empires étant trop différentes pour leur permettre à la longue de marcher côte-à-côte à la poursuite d'un même but défini. J'ai reconnu, et Tes Ancêtres avec moi, que la divergence des aspirations de nos peuples nous imposait une vigilance constante et qu'il fallait en corriger les effets par les liens solides de l'amitié et de la confiance entre nos Maisons. J'ai fait de ce principe le pivot de ma politique, qui a consisté à saisir toute circonstance capable de rapprocher les intérêts des deux Puissances, et d'un autre côté à traiter avec bon vouloir et de sang froid tous les différends que le choc des intérêts pourrait faire surgir entre nous. Cette politique, partagée par Tes prédécesseurs, n'a pas été stérile pour la Russie: elle a conjuré des périls et procuré des avantages positifs. Elle a permis à Alexandre II de prendre les armes contre le Turc, et de recueillir les fruits de sa victoire tant au profit de la Russie qu'à celui des nations de la péninsule balkanique. J' n'ai pas à Te rappeler les aspects périlleux que la question des Balkans a parfois présentés depuis, sous le règne de feu Ton Père, Notre bonne volonté a eu raison à cette époque des irritabilités de l'opinion publique et de ses velléités inquiétantes. Plus tard encore, Ton amitié éclairée nous fit faire un grand pas en avant, par l'entente de 1897,^{d)} qui était appelée à guider la politique de l'Europe dans les Balkans. Pour l'opinion, cet accord paraissait en quelque sorte inaugurer une nouvelle politique, contraire aux traditions du passé; tandis qu'en réalité elle ne fut que le développement des relations qui avaient déjà triomphé de 20 ans d'épreuves. Ce rapprochement m'a procuré la satisfaction de poursuivre ouvertement une politique d'harmonie intime avec la Russie. J'ai fait plus que d'en observer la lettre, qui laissait à l'Autriche-Hongrie toute sa liberté, pour cultiver ses intérêts économiques dans les Balkans. Car, pendant que Tu soutenais en Extrême Orient une guerre difficile et pendant les troubles qui se manifestèrent en Russie par la suite, j'ai négligé ces intérêts matériels, pour T'épargner l'ombre d'une inquiétude du côté de l'Europe. Tout dernièrement enfin, lorsque pour mettre à l'abri des dangers un point vulnérable de ma domination, le devoir m'ordonnait de prendre une mesure définitive à l'égard de la Bosnie et de l'Hercegovine — mesure qui figure dans nos engagements antérieurs comme contre-valeur en regard des accroissements de territoire et d'influence de l'Empire Russe, — toujours fidèle aux traditions de ma politique, j'associé Ton Empire à mon projet, en lui destinant un avantage considérable. Dans Ta lettre du 22 octobre, 4 novembre Tu crois devoir faire Tes Réserves sur les textes que mon gouvernement pourrait

invoquer en faveur de mon action récente. Crois moi, mon cher ami, qu'il ne m'est pas venu à l'idée de faire état de ces pièces pour plaider ma cause devant l'Europe et envers Toi. Aussi bien, en Te parlant ainsi, mon but n'est point de peser sur Ton jugement à l'endroit de ma diplomatie. Je désire que Tu saches que ma loyauté ne t'a pas fait défaut en cette occasion; que je n'ai rien entrepris qui n'ait été sanctionné d'avance par Tes prédécesseurs et récemment même par Ton Gouvernement, qui m'avait offert d'étendre ma domination au delà les limites que je lui avais tracées. Je veux Te dire que j'ai été peiné de Te voir montrer de la défiance envers mes dessins, et me le prouver en me rappelant des formules, que certes je ne voudrais pas renier, mais qui me paraissent plus propres à être invoquées contre un adversaire que vis à vis d'un ami sincère qui a pris soin de se renseigner sur Tes intérêts et Tes intentions, avant d'entamer une action, dont les avantages devaient revenir d'une part au prestige de Ton Empire, de l'autre à la sécurité du mien. Si j'ai choisi le fait accompli comme procédé, ai-je besoin de Te dire que ce fut pour des motifs sérieux? Il est évident que la Turquie, et, pour des raisons actuelles, telle autre Puissance, m'auraient refusé, ou pour le moins marchandé, leur consentement, si je l'avais demandé au préalable. Les moyens de pression que l'on emploie contre l'Autriche-Hongrie à l'heure présente auraient été mis en jeu de suite, et le fait d'avoir soulevé la question, m'aurait valu de la part des petits Etats slaves des attaques certainement plus vives que celles qu'ils m'ont livrées après coup. Il m'aurait donc fallu vraisemblablement recourir aux armes dans une entreprise, dont le but est de retarder les conflits sanglants dans les Balkans. Ton récent acte fraternel, mon cher ami, pour lequel je Te réitère ma vive gratitude, m'a donné l'occasion de Te parler de la sorte, pour T'indiquer les convictions et les devoirs sacrés qui m'ont inspiré pendant le règne dont je viens de fêter le jubilé; pendant la longue existence pleine d'épreuves que Dieu m'a accordée. J'ai tenu à T'assurer de ma fidélité aux principes qui m'ont guidé jusqu'à l'heure présente, et de ma ferme volonté de persévérer loyalement jusqu'à ma dernière heure dans la voie que je me suis tracée dans le temps. Que Dieu me conserve Ta confiance et Ton amitié, dans l'intérêt de nos trônes et de nos peuples.

^{a)} Mit Privatschreiben vom 8. Dez. 1908 Nr. 2691 wurde der Botschafter in St. Petersburg beauftragt, dieses Handschreiben durch Vermittlung des russischen Ministers des Äußern an Kaiser Nikolaus gelangen zu lassen. Vgl. n. 703, 721, 822. — ^{b)} Vgl. n. 604. — ^{c)} Dieser Absatz wurde auf Grund der Randbemerkung K. Franz Josef I. auf dem ersten Konzept: „Etwas über den zweiten Brief und die Sendung des Großfürsten Michael sagen“ vom Sektionschef Grafen Paul Eszterházy eingefügt. — ^{d)} Pribram a. d. O. I. 78; Martens, N. R. G. 3. S. X 78.

*Nr. 701. Tel. aus Sofia, 7. Dez. 1908 Nr. 147 (eing. 5 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Ich war erst heute in der Lage, mich des unterm 26. v. M., No. 2545 erteilten Auftrages bei dem inzwischen wieder hergestellten Minister des Aeussern zu entledigen. Was die Bahnfrage anbelangt, sagte mir General Paprikoff — und dies deckt sich mit seiner vor Kurzem dem deutschen

Vertreter abgegebenen Erklärung — dass die bulgarische Regierung gern bereit ist, die Verhandlungen mit der Bahn fortzusetzen, wenn letztere hierzu auch ihrerseits bereit ist und sich die dafür nötige Zustimmung der Pforte verschafft. Uebrigens wolle er selbst auch in dieser Richtung Schritte unternehmen und den hiesigen türkischen Geschäftsträger ersuchen, bei seiner Regierung in dem angedeuteten Sinne zu intervenieren.¹⁾

Thurn.

¹⁾ Conversation mit Sarafoff am 9. Dezember.

^{a)} Vgl. n. 702.

*Nr. 702. Tel. aus Sofia, 7. Dez. 1908 Nr. 148 (eing. 8. Dez. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung zum heutigen Telegramm Nr. 147. Streng vertraulich. General Paprikoff nahm die vertraulichen Eröffnungen, die ich ihm im Sinne des Erlasses Nr. 2545 vom 26. v. M. machte, mit sichtlichster Befriedigung entgegen und ersuchte mich, Euer Exzellenz hiefür seinen wärmsten Dank auszusprechen. Trotzdem hatte ich den Eindruck, daß die hiesige Regierung bei aller Würdigung Euer Exzellenz freundlichen Entgegenkommens, demselben wohl aus dem Grunde nicht den hohen Wert beimißt, den es unter anderen Umständen für Bulgarien hätte, weil man hier das Gefühl hat, daß die Monarchie gegenwärtig selbst in einer schwierigen und ziemlich isolierten Position sich befindet, man sich daher hier von der durch Euer Exzellenz unter gewissen Bedingungen in Aussicht gestellten Initiative, selbst wenn sie erfolgen sollte, kein praktisches Ergebnis erwartet. Die geringe Einschätzung der Wirksamkeit unserer Unterstützung wäre allerdings dann zu beseitigen, wenn es möglich wäre, daß wir in der Anerkennungsfrage schon jetzt und ohne Rücksicht auf die Türkei selbständig einen entscheidenden Schritt tun könnten. Wie ich in meinem vorgestrigen Berichte Nr. 67 D^{b)} auszuführen mir erlaubte, greift nicht nur beim Fürsten, sondern auch bei der bulgarischen Regierung immer mehr die Anschauung durch, daß das Heil doch nur von Rußland kommen könne und daher dessen . . . ^{c)} durch alle Mittel wiedergewonnen werden müsse. Ein offener Anschluß an die Monarchie, der gegenwärtig sogar eine direkte Spitze gegen Rußland hätte und der das doch nie ganz außer Acht zu lassende slavische Solidaritätsgefühl erst überwinden müßte, schiene mir daher nur dann erreichbar, wenn sich die hiesigen Machthaber davon überzeugen, daß Bulgarien dabei absolut nichts riskiert und anderseits hiefür sehr greifbare unmittelbare und genau präzisierbare Vorteile einzutauschen wären, die auf anderem Wege unerreichbar sind. Was die Person anbelangt, mit der betreffs der zukünftigen Eventualität Pourparlers eingeleitet werden könnten, so glaube ich mit Rücksicht auf die geringe Autorität des Ministers des Äußern, der wenig gesicherten Stellung des ganzen Kabinetts und des überaus engen Gesichtskreises, der die einzelnen Minister auszeichnet, daß nur der „Czar“ selbst — beziehungsweise für den Anfang dessen intimster und verlässlichster Vertrauter, der Chef des Geheimkabinetts, Herr Dobrovič — in Betracht kommen könnte (Fürst Ferdinand ist gegenwärtig hier, doch dürfte er bald wieder nach Varna abreisen). Die nervöse Erregung

des Fürsten, welche wohl auch übertrieben dargestellt wird, wäre meines Erachtens kein Hindernis, weil neben den in Aussicht zu stellenden Versprechungen auch durch entsprechende Drohungen auf ihn eingewirkt werden könnte, für welche er gerade in seinem durch übertriebene Ängstlichkeit charakterisierten Zustande vielleicht besonders empfänglich sein dürfte. Ein Bedenken liegt zweifellos in der geringen Verlässlichkeit des Fürsten selbst, und möchte ich die Verantwortung dafür durchaus nicht übernehmen, daß er nicht etwa ihm unsererseits gemachte Eröffnungen in Petersburg ausnützen würde. Sollte es sich bei denselben um Erzielung einer aktiven bulgarischen Mitwirkung bei einem eventuellen bewaffneten Einschreiten der Monarchie gegen Serbien und die Türkei handeln, so wären wohl am leichtesten die hiesigen militärischen Kreise für eine solche Idee zu gewinnen und wäre es, wenn eine Cooperation angestrebt wird, vielleicht nicht unzweckmäßig, diese letzteren in vorsichtiger Weise zu präparieren, damit die durch ihren Einfluß hervorgerufene allgemeine Stimmung unseren Zielen Vorschub leistet. Die Vorbedingungen für eine Mitwirkung der Bulgaren, die vor Allem praktische Politiker sind, wären, wie erwähnt, ihnen die Überzeugung beizubringen, daß sie durch offenen Anschluß an uns nichts riskieren und viel zu gewinnen haben. Präzise und verlockende Versprechungen im psychologisch gut gewählten Augenblicke gegeben, dürften sie bei entsprechenden Aussichten auf Erfolg wohl auf unsere Seite bringen und ein, bei der geringen Verlässlichkeit Fürst Ferdinands doch nicht ganz unbedenkliches zu vorzeitiges Präparieren überflüssig machen.

Thurn.

a) Vgl. n. 735. — b) Nicht aufgenommen. Es wird u. a. berichtet, daß König Ferdinand und der bulgar. Ministerpräsident durch die Ungnade Rußlands sehr bedrückt seien. Es sei sogar die Entsendung einer Deputation nach St. Petersburg erwogen worden, der König scheine auch an die Berufung eines russenfreundlichen Ministeriums zu denken. — c) Chiffre fehlt.

Nr. 703. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow, 8. Dez. 1908 Nr. 2718.^{a)} Konz. (S. Gagern; V. u. G. Aehrenthal).

Durch Herrn von Tschirschky und Szögyény stehen wir in fortlaufendem Gedankenaustausche, auf Grund dessen ich mit Befriedigung constatiere, daß wir uns in allen Haupt- und Nebenfragen der gegenwärtigen politischen Verwicklung in vollster Übereinstimmung befinden. Nichtsdestoweniger lege ich großen Werth auf die Aufrechterhaltung unserer directen Correspondenz, die mir, von ihrem practischen Werthe ganz abgesehen, zu einem wirklichen persönlichen Bedürfnis geworden ist.

Ich will nunmehr auf den sehr interessanten Inhalt Ihres Schreibens vom 30. Oktober zurückkommen, für welches ich Ihnen gleich nach dessen Empfang durch Herrn von Tschirschky meinen wärmsten Dank abstatten ließ.

Zunächst will ich meine lebhafteste Freude und Befriedigung für die im Schreiben aufgenommene Wiederholung der Zusicherung aussprechen, daß Deutschland in der bosnischen Frage fest zu Oesterreich-Ungarn steht. Sie haben die so werthvolle Erklärung über die bundesfreundliche Haltung des

deutschen Reiches noch durch die weitere, wichtige Mittheilung verstärkt, daß Sie sich weder durch die Besorgnis des Herrn Clémenceau noch durch etwaige russische Maßnahmen an der deutschen Ostgrenze beeinflussen lassen werden.

Seit dem Besuche Herrn Iswolsky's in Berlin hat der Conferenzgedanke sozusagen keinen Fortschritt gemacht.^{b)} Das Kabinett von St. Petersburg hat sich darauf beschränkt, uns die Conferenzpunkte ohne nähere Erörterung mitzutheilen. Wir haben darauf die Ihnen bekannte Antwort ertheilt. Herr Iswolsky hat unsere Stellungnahme zum Conferenzprogramm mit einer seinen persönlichen Gefühlen angepassten sophistischen und sehr zugespitzten Argumentation beantwortet. In seinem betreffenden Aide-mémoire, das Szögyény Ihnen mit unserer Antwort übergeben wird,^{c)} constatirt Iswolsky zunächst die Nothwendigkeit eines Einvernehmens über alle Punkte des Conferenzprogrammes. Im unmittelbaren Anschlusse hieran und im Widerspruche mit diesem Gedanken verlangt er vollkommene Discussionsfreiheit bei der Erörterung der bosnischen Frage. Dieser Anspruch wird durch eine sehr ausführliche Berufung auf das Londoner Protokoll vom Jahre 1871 zu erhärten gesucht.

In Übereinstimmung mit Ihrer Auffassung habe ich es nicht für nöthig gehalten, eine besondere Eile bei der Beantwortung des russischen Memoire's an den Tag zu legen. Unser Standpunkt ist unverändert derselbe, daß wir eine Conferenz nur dann acceptiren können, wenn über alle Punkte ein vorgängiges Einvernehmen zwischen den Mächten hergestellt sein wird, mit anderen Worten, wenn der Erörterung im Schoße der Conferenz im Vorhinein gewisse feste Grenzen durch Aufstellung entsprechender Formeln gezogen werden. Ich habe es für nöthig gefunden, Herrn Iswolsky darauf aufmerksam zu machen, daß eine uneingeschränkte Discussion auch für Russland nicht genehm sein und jedenfalls nicht die Garantie für eine rasche und befriedigende Lösung der der Conferenz zugewiesenen Aufgabe bieten könnte. Infolge des hartnäckig gegen uns betriebenen türkischen Boykotts hat die frühere Niedergeschlagenheit Iswolsky's einer zuversichtlichen direct unfreundlichen Haltung uns gegenüber Platz gemacht. Ich gebe mich daher keiner Illusion über die Aufnahme hin, welche mein jüngstes Memoire bei dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Russlands finden wird, wiewohl aus Äusserungen maßgebender Persönlichkeiten in London und Paris gefolgert werden kann, daß diese beiden Kabinette hinsichtlich der Sicherung des Conferenzgedankens durch Aufstellung entsprechender vorher zu vereinbarender Formeln beinahe auf demselben Standpunkte stehen wie wir.

Mit Rücksicht auf die aufgewühlte Stimmung an der Nawa und die uns direct feindliche Persönlichkeit Herrn Iswolsky's schien es mir dringend erwünscht, mich über die Dispositionen Kaiser Nikolaus' zu vergewissern. Graf Berchtold erhielt den Auftrag, gelegentlich der Überreichung des Jubiläumskreuzes gegenüber dem Kaiser die gegenwärtige politische Situation zu berühren. Der höchste Herr ging bereitwilligst darauf ein und, wie Sie der mitfolgenden^{d)} brieflichen Relation des Botschafters entnehmen werden, die ich Sie durch Szögyény mir gelegentlich zurückzustellen bitte, lauteten die

zusicherungen des Kaisers recht befriedigend. Die Frage ist nur, ob die geringe Festigkeit Kaiser Nikolaus', der gewiss von guten Intentionen für uns beseelt ist, gegenüber den perfiden Ausstreungen seines Ministers des Äussern und gegenüber dem Geschrei der panslavistischen Presse Stand halten wird. Zum Zwecke der vollständigen Aufklärung Kaiser Nikolaus' und auch um auf gewisse nicht sehr freundschaftliche Hinweise zu reflectiren, welche in Höchstdessen Schreiben nach der Notification der Annexion Bosniens enthalten waren, hat sich mein Allergnädigster Herr entschlossen, ein längeres sehr freundschaftlich gehaltenes aber zugleich unseren Standpunkt in bestimmter Weise betonendes Schreiben nach Petersburg^{e)} zu richten. Von diesem Schreiben möchte ich mir einen gewissen Effect auf die weitere Haltung der russischen Regierung im Sinne eines Entgegenkommens erwarten. Aus diesem Grunde habe ich bisher von den Waffen, die mir zur Verfügung stehen, um die verlogene Politik Herrn Iswolsky's zu entlarven, so gut wie keinen oder doch nur einen sehr discreten Gebrauch gemacht. Ich glaube, daß diese Zurückhaltung politisch vollständig motivirt ist durch die Rücksichtnahme auf die fernere Gestaltung unserer Beziehungen zu Russland. Ausserdem haben gewisse Indiscretionen in einem ungarischen Blatte und die jüngsten Enthüllungen des Herrn Milovanovitsch in der Nowoje Wremja das Thema der Mitwisserschaft des Herrn Iswolsky an der Annexionspolitik über jeden Zweifel erhoben.

Ich gelange nunmehr zu unserem Verhältniss zur Türkei, welches sich leider in den letzten Wochen ebenfalls nicht geklärt hat. Infolge englischer Aufhetzung tragen die leitenden revolutionären Elemente den Kopf sehr hoch und bilden sich ein, uns durch den Boykott zwingen zu können, wenigstens im Princip einen Theil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen. Ich glaube, dieser Gedanke wurde ihnen von London aus soufflirt. Ich kann mich demselben gegenüber nur ablehnend verhalten, zunächst weil ich nirgends eine Berechtigung der Türkei auf diesen Anspruch erblicken kann. Unsere Compensation für die durch die Annexion blos in formeller Beziehung eingetretene Änderung liegt eben in der Räumung des Sandschaks und in dem Verzicht auf die uns dort zugestandenen Rechte. Wir könnten eigentlich mit mehr Berechtigung von der Türkei die Refundirung der Kosten verlangen, welche uns durch das Garnisoniren unserer Truppen dortselbst durch 29 Jahre, während welchen Zeitraumes wir für die Türkei das Gebiet zwischen Serbien und Montenegro beschützten, erwachsen sind. Ferner würde ich durch ein Eingehen auf diese Forderung den Interessen der anderen Balkanstaaten speciell Bulgariens präjudiciren. Mir liegt aber gerade daran, dasjenige zu vermeiden, was unsere guten Beziehungen zu Bulgarien verschlechtern könnte. Wiewohl die Verluste unserer Industrie infolge des Boykotts bedeutende sind und meine Stellung gegenüber den Beschwerden und Reclamationen der interessirten Kreise keine leichte ist, bin ich entschlossen auszuhalten, von der Annahme ausgehend, daß die leitenden jungtürkischen Kreise, sobald sie sehen werden, daß wir uns nicht einschüchtern lassen, vernünftig werden dürften. Auch rechne ich auf eine mit der Zeit sich geltend machende günstige Einwirkung Hilmi Pascha's. Natürlich wird letzterer nur vorsichtig

und allmählich eingreifen können. Nachdem wenigstens in formeller Hinsicht die türkische Regierung einen besseren Willen, unsere Interessen zu schützen, an den Tag legt, habe ich vorderhand von einer Beurteilung Pallavicini's abgesehen. Er erhält heute die Weisung, ^{f)} dem Großvezier unseren Standpunkt in der Boykottfrage durch Übergabe einer Note genau zu präzisieren und die türkische Regierung für den unserer Industrie daraus erwachsenden Schaden verantwortlich zu machen. Ich werde, falls der Boycott unter Connivenz der Behörde fort dauert, die bereits anhängig gemachten Ersatzansprüche übermitteln und Entschädigung von der türkischen Regierung verlangen. Gleichzeitig wird Pallavicini dem Großvezier erklären, daß er, in Berücksichtigung des allerdings bisher nur in formeller Weise sich geltend gemachten Entgegenkommens der türkischen Regierung, die Ermächtigung besitze, in die Verhandlung der anderen zwischen uns und der Türkei pendenten Fragen einzugehen. Mein Gedanke ist der, die Reclamationen gegen den Boycott durch die Anmeldung der Ersatzansprüche unserer Industriellen gewissermaßen auf ein Nebengeleise zu schieben und, getrennt hievon, die Verhandlungen über Bosnien wieder aufzunehmen.

Die in Constantinopel und auch anderwärts aufgetauchte Combination eines Balkanbundes inclusive der Türkei mit einer feindseligen Spitze gegen uns möchte ich nicht ernst nehmen. Ich rechne, wie gesagt, auf eine allmähliche Besserung unserer Beziehungen zur Türkei und auch darauf, daß es entschieden gegen das türkische Interesse wäre, sich mit Serbien und Montenegro zu einem aggressiven Vorgehen gegen uns zu verbinden. Ein Eintritt Bulgariens in diesen Balkanbund scheint mir schon deshalb unwahrscheinlich, weil die Türkei hiefür einen viel größeren Preis zahlen müßte, als ein Arrangement mit uns bezüglich Bosnien's. Die Bulgaren, die gute Rechner sind, würden gewiß die Gelegenheit benützen, um von der Türkei nebst der sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit günstigere finanzielle Bedingungen in der ostrumelischen Tributfrage durchzusetzen. Ich unterhalte mit Sofia eine gewisse Fühlung und habe dort unserer Verabredung gemäß eindringlichst gewirkt, damit die Bahnfrage und die Regelung des ostrumelischen Tributes in einer den Interessen der Gesellschaft Rechnung tragenden und auch den anderweitigen politischen Erwägungen entsprechenden Weise gelöst werde, gleichzeitig habe ich aber durchblicken lassen, daß es mir nicht nötig schiene, sich darüber hinaus die Hände zu binden. In diesen Verhandlungen ist jetzt ein Stillstand eingetreten, da die bulgarische Regierung nicht mit Unrecht sich mit der bisher in Constantinopel erzielten Annäherung begnügen und die endgiltige Austragung aller streitigen Punkte der Conferenz oder directen Verhandlungen der Mächte überlassen möchte.

Was Serbien anbetrifft, so berichtet Forgách seit einiger Zeit über eine sichtliche Abnahme der Kriegslust. Er ist der Ansicht, daß jetzt auch innere Fragen und Fraktionsgegensätze mehr in den Vordergrund treten und bis zu einem gewissen Grade eine Ablenkung bringen dürften. Dies schließt aber nicht aus, daß die Herren in Belgrad, ob nun die Conferenz zu Stande kommt oder nicht, doch keinen anderen Ausweg

aus der von ihnen selbst geschaffenen Lage zu finden vermeinen werden, als einen Verzweiflungsschritt oder wenigstens eine Wiederholung provocatorischer Handlungen, die uns zu einer Abwehr zwingen müßten. Ich bin nicht ohne Sorge, daß die maßlose Agitation der englischen und russischen Presse sowie insbesondere die Anwesenheit so vieler unberufener Politiker aus England und Rußland in den Balkanländern eine weitere Verwirrung der Köpfe und hieraus entspringende Konflikte zeitigen werden. Sie erwähnen in Ihrem Schreiben vom 30. Oktober die, wie Sie treffend sagen, „unappetitlichen Zustände in Serbien“. Bei diesem Anlasse hatten Sie die Güte zu bemerken, Sie würden die Entscheidung, welche bei der Fortdauer solcher unappetitlicher Verhältnisse zu treffen sein wird, meinem Urtheile überlassen. Ich kann Ihnen für diesen neuen Beweis freundschaftlichen Vertrauens nur meinen aufrichtigsten und wärmsten Dank aussprechen. Unsere Politik ist auch heute von dem Wunsche geleitet, keinen Conflict mit Serbien zu suchen. Wir werden unsere bisherige Haltung auch noch in der nächsten Zeit fortsetzen und glauben hiedurch dem allgemeinen Friedensbedürfnisse zu dienen und dem Wunsche nach Zusammentritt der Conferenz Rechnung zu tragen. Wir sind aber nicht gesonnen, diese Politik der Geduld und Langmuth in infinitum fortzusetzen. Sollte im Laufe der nächsten zwei Monate die Haltung Serbiens uns wieder Anlaß zu ersten Beschwerden geben, so wird dann der Zeitpunkt eintreten, wo wir einen entscheidenden Entschluß werden fassen müssen. Sie können versichert sein, verehrter Freund, daß ich Sie hievon rechtzeitig in Kenntniss setzen werde. In einer solchen Eventualität beabsichtige ich, um einer weiteren Ausdehnung des Conflictes entgegenzuarbeiten, sofort bei den übrigen Mächten die bestimmte Erklärung abzugeben, daß wir blos einen Akt selbstverständlicher Nothwehr vollziehen, im Übrigen aber Serbien's und Montenegro's Selbständigkeit und territoriale Integrität nicht zu beeinträchtigen beabsichtigen. Ich will hoffen, daß in Verbindung mit dieser Erklärung eine rasche militärische Aktion die Gefahren, von denen ich gesprochen habe, bannen wird.

Italien betreffend haben Sie in Ihrer heutigen Rede, zu der ich Sie herzlichst beglückwünsche und für deren die Unterstützung unserer Politik betreffende Ausführungen ich Ihnen wärmstens danke, das sehr richtige Wort ausgesprochen, indem Sie das Dictum Nigra's citirten, daß Italien nur entweder als Freund oder als Gegner Oesterreich-Ungarns gedacht werden könne. Die letzte Kammerdebatte stand unter dem Zeichen des Unmutes, daß Italien in der gegenwärtigen Krise keine besondere Rolle spielen oder Kompensationsansprüche anmelden könne. Darin zeigt sich die Wirkung unserer militärischen Stellung an der italienischen Grenze, an der wir festhalten müssen, dabei aber selbstverständlich immer von dem Bestreben geleitet, die Differenzen zwischen uns und Italien auszugleichen. Giolitti hat zu meiner großen Befriedigung nebst einem warmen Eintreten für den Dreibund sich auch speciell den von mir wiederholt ausgesprochenen Satz zu eigen gemacht, daß nämlich die Differenzen zwischen uns und Italien keine solchen sind, daß sie nicht mit einigem guten Willen überbrückt werden könnten.

Trotz des Eintretens Giolitti's für den Dreibund und des Umstandes, daß unsere Allianz bis zum Jahre 1914 dauert, ist die Frage in den gegenwärtigen ernsten Zeiten wohl am Platze, ob wir uns im Nothfalle auf diesen unseren Dritten im Bunde wirklich werden verlassen können. Ihre Ansicht darüber zu hören, wäre mir von großem Interesse. Bekanntlich sind alle unsere Vorbereitungen für den Fall eines europäischen Konfliktes auf der Grundlage des Dreibundvertrages aufgebaut. Ich möchte die Ansicht aussprechen, daß es vielleicht nicht überflüssig wäre, wenn im Laufe des Winters General von Moltke und G. d. I. von Konrad^{e)} über eine solche Eventualität in einen schriftlichen Gedankenaustausch^{h)} miteinander treten könnten, welcher die Supposition einer Neutralität Italiens in Betracht ziehen würde. Wenn Sie meine Ansicht richtig finden, so würde ich nach Einholung der Befehle Seiner Majestät meines Allergnädigsten Herrn mit G. d. I. von Konrad^{g)} das Nöthige besprechen, damit er sich mit seinem Collegen in Berlin in Verbindung setze. Um meinen Gedanken heute präcis auszudrücken, möchte ich noch hinzufügen, daß ich nicht glaube, daß im Falle eines russischen Angriffes auf Oesterreich-Ungarn Italien sein Wort brechen und sich an die Seite unserer Gegner stellen würde.

^{a)} Laut Tel. aus Berlin, 13. Dez. 1908 Nr. 285 dem Reichskanzler übergeben. Vgl. n. 715, 751, 861. — ^{b)} Vgl. n. 696, 705. — ^{c)} Vgl. n. 714. — ^{d)} Vgl. n. 684. — ^{e)} Vgl. n. 700. — ^{f)} n. 704. — ^{g)} So! — ^{h)} Vgl. n. 751.

Nr. 704. Tel. nach Konstantinopel, 8. Dez. 1908 Nr. 246 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Berichterstattung samt Privatbrief vom 4. d. M., sowie Telegramme bis inklusive Nr. 503 vom 6. Dezember. Ich stimme mit Euer Exzellenz vollkommen darin überein, daß die durch die Fortdauer des Boykotts und die Ohnmacht der türkischen Regierung gegenüber dieser Bewegung geschaffene Lage eine immer ernstere wird und eine Stellungnahme unsererseits erheischt. Nun sind die interessierten kommerziellen und industriellen Kreise des Inlandes bereits an mich herangetreten um anlässlich der ihnen durch die Boykottbewegung respektive die konnivente Haltung der türkischen Regierung zugefügten großen Verluste ihre Ersatzansprüche anzumelden. Nachdem diese Forderungen mit Rücksicht auf die tatsächlich vorliegende Verletzung der Bestimmungen des in Geltung erhaltenen Handelsvertrages vom Jahre 1862 nach unserer Auffassung zweifelsohne begründet sind, so schiene es mir, daß ich die Übermittlung dieser Reklamation an die Pforte und die Vertretung dieser Ersatzansprüche wohl nicht ablehnen könnte. Euer Exzellenz erhalten mit einer heute abends abgehenden sicheren Gelegenheit den Entwurf einer von der Botschaft der Pforte zu übermittelnden Note, welche im Sinne des Vorhergehenden die Anhängigmachung jener Ersatzansprüche, deren ziffermäßige Feststellung gegenwärtig im Zuge ist, der Pforte ankündigt und dieselbe zugleich für alle aus ihrem Verschulden etwa noch auflaufenden Schäden verantwortlich macht. Bevor ich jedoch Euer Exzellenz zur Übermittlung dieser Note an die Pforte definitiv anweise, wäre es mir erwünscht, auf telegraphischem Wege Euer Exzellenz Ansicht über die voraussichtliche Wirkung einer

solchen Démarche im gegenwärtigen Momente kennen zu lernen. Meine Absicht geht vornehmlich dahin zu dokumentieren, daß wir in Bezug auf den Boykott trotz der uns gegenüber versuchten Pression auf unserem Standpunkte unerschütterlich beharren und hierüber bei den maßgebenden Faktoren in Konstantinopel keinen Zweifel zulassen. Für die Beurteilung dieses Schrittes sowie überhaupt der ganzen Sachlage wäre der Umstand von großer Wichtigkeit, ob das Komitee voraussichtlich imstande wäre, den Boykott ungeschwächt noch längere Zeit aufrecht zu erhalten. In Ihrem eingangs erwähnten Privatschreiben bemerken Hochdieselben, daß das Komitee den Kampf wohl nicht mehr lange werde fortführen können. Es wäre für mich von großem Interesse, von Hochdieselben zu erfahren, welche Beobachtungen und Symptome Sie zu dieser Auffassung veranlaßt haben und ob dafür verlässliche Anhaltspunkte gegeben sind. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, über diesen Punkt außer in Konstantinopel auch aus Salonik und Smyrna im Wege der Konsulate Erkundigungen einzuziehen und mir darüber nachträglich zu berichten. Angesichts des von mir nach Obigem in Aussicht genommenen Schrittes, über den ich Euer Exzellenz Meinungsäußerung noch entgegen sehe, nehme ich von Ihrer Beurlaubung oder Anherberufung im gegenwärtigen Momente Abstand. Da der Minister des Innern Ihnen gegenüber sowie in der Presse in Bezug auf die Haltung der Regierung gegenüber dem Boykott Erklärungen abgegeben hat, welche wenigstens in der Theorie korrekt sind, so ließe sich Ihre Abreise in diesem Momente nicht genügend motivieren. Um aber den Eindruck unserer festen Haltung zu verstärken, schiene es mir angezeigt, daß Sie nach der eventuellen Uebermittlung der Note von der Pforte einige Zeit ostentativ ferne bleiben.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 703, 708, 709.

Nr. 705. Erlaß nach St. Petersburg, 8. Dez. 1908 Nr. 2682.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ich übermittle Euer Exzellenz im Anbuge ein Aide-Mémoire, welches Hochdieselben Herrn Iswolsky als unsere Antwort auf das die künftige Konferenz betreffende russische Promemoria vom 9./22. November 1908^{b)} überreichen wollen. Wie Euer Exzellenz dieser Pièce entnehmen werden, sind wir von dem Bestreben geleitet, den Zusammentritt der Konferenz, obwohl diese Anregung nicht unserem Wunsche und unserer Initiative, sondern denjenigen Rußlands und anderer Mächte entspringt, durch eine entgegenkommende Haltung tunlichst zu erleichtern. An dem Gedanken festhaltend, daß eine Konferenz ihre Aufgabe nur dann zu erfüllen vermöchte, wenn von ihrer Vereinigung gewisse Garantien für ihren Erfolg geschaffen werden und den Gefahren von vorneherein vorgebeugt würde, welche aus Unstimmigkeiten auf der Konferenz selbst leicht entstehen könnten, vertreten wir die Ansicht, daß sich das ihr vorausgehende Einvernehmen der Mächte nicht auf die bloße Aufzählung der Programmpunkte beschränken sollte; der Gedankenaustausch unter den Kabinetten müßte sich nach unserer Auffassung vielmehr auch auf das Meritum dieser Programmpunkte erstrecken

und sich zum Ziele setzen, gewisse Formeln zu finden, welche das Feld der Diskussion genau begrenzen würden. Da in unserem Aide-Mémoire auf frühere Abmachungen mit dem St. Petersburger Kabinette hinsichtlich der Eventualität der Annexion Bezug genommen und speziell der Buchlauer Pourparlers^{c)} Erwähnung getan wird, welche daher zwischen Euer Exzellenz und Herrn Iswolsky neuerdings zur Sprache kommen werden, übermittle ich Hochdenselben gleichfalls im Anbuge eine Aufzeichnung in welcher die Auffassung des Wiener Kabinettes bezüglich der Ergebnisse dieser Besprechungen präzisiert ist. Auf Grund des in Buchlau erzielten Einvernehmens halten wir uns für berechtigt zu erwarten, daß Rußland der Tatsache der Annexion gegenüber nicht nur keinen Widertsand entgegensetzen, sondern eine wohlwollende Haltung beobachten werde, ebenso wie wir in der Meerengenfrage, ohne Rücksicht auf die von der russischen Regierung etwa künftig gewählte Vorgangsweise, die in Buchlau unter der Voraussetzung der Reziprozität in der Annexionsfrage zugesagte wohlwollende Haltung einnehmen würden. Wenn wir nun auch einerseits daran festhalten, daß die Tatsache der Annexion nicht mehr in Frage gestellt werden könne und die Diskussion auf der künftigen Konferenz daher entsprechend limitiert werden müßte, würden wir andererseits, was die formelle Seite der von uns gewählten Vorgangsweise anbelangt, es Rußland nicht verwehren, daß es sich bei der Konferenz auf das Londoner Protokoll vom Jahre 1871 beziehe. Euer Exzellenz wollen sich Herrn Iswolsky gegenüber bei der Uebergabe unseres Aide-Mémoires im Sinne der vorstehenden Ausführungen aussprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 48 Nr. 75. Vgl. n. 703, 706, 711, 714, 721, 724, 752 Anm. c, 753, 769, 772, 780, 790, 827. — ^{b)} Vgl. Beilage zu n. 626. — ^{c)} Vgl. n. 79.

Erste Beilage zu n. 705. Aide mémoire, 8. Dez. 1908. Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Aehrenthal).

Le Cabinet de Vienne s'empresse de constater que les deux Gouvernements ont la même manière de voir quant à l'opportunité d'un accord préalable entre les Puissances signataires du traité de Berlin, accord sans lequel une conférence destinée à régler les différentes questions balcaniques ne saurait utilement se réunir. Le Cabinet de Vienne croit pouvoir en conclure que le Cabinet de St. Pétersbourg est aussi anxieux que lui d'entourer la future conférence de garanties pour le succès de sa tâche et de la préserver des dangers qui pourraient facilement résulter d'une dissension au sein même de la conférence. Ce but qu'envisagent les deux Cabinets et qui représente un intérêt européen ne serait atteint, à notre avis, que d'une manière très imparfaite si l'accord préalable entre les Puissances se bornait strictement à l'énumération des points qui formeraient le programme de la conférence. Ce mode ne suffirait guère à garantir un cours prompt et satisfaisant des délibérations et à écarter les causes possibles de divergences. Nous pensons donc que l'échange de vues entre les Cabinets devrait porter aussi sur le fond des questions auxquelles se réfèrent les différents points du programme, du

moins les plus importants parmi eux; cet échange de vues aboutirait, il faut l'espérer, à certaines formules qui traceraient à la discussion des limites précises. Ainsi pour ce qui est du point 2 du programme „Bosnie et Herzégovine“ le Cabinet de St. Pétersbourg sera certainement disposé à limiter la discussion de façon à ne pas remettre en question le fait de l'annexion de ces provinces. Une pareille attitude du Gouvernement Impérial nous paraît d'autant moins douteuse que l'éventualité de l'annexion avait été prévue et acceptée dans divers traités antérieurs conclus entre les deux Empires. Dans des pourparlers tout récents dont le Cabinet de St. Pétersbourg avait pris l'initiative celui-ci s'est montré prêt à s'engager d'observer une attitude amicale par rapport à l'annexion, en échange d'une attitude analogue du Cabinet de Vienne dans une question intéressant la Russie. Si le Cabinet de St. Pétersbourg à propos de ce point croit devoir rappeler les principes reconnus par la conférence de Londres, le Cabinet de Vienne pourrait faire remarquer que, abstraction faite d'autre changement survenu depuis 1878 par rapport au traité de Berlin, le Gouvernement Impérial a jugé lui-même compatible avec ces principes de se délier, sans une entente entre toutes les parties contractantes, de l'engagement stipulé par l'article 59 concernant le port de Batoum. Le Cabinet de Vienne estime donc que le mode de procéder envisagé par lui contribuerait beaucoup à faciliter les travaux d'une conférence et à écarter des difficultés qui surgiraient si on laissait à la discussion des différents points une pleine et entière liberté. Le Cabinet de Vienne se flatte de l'espérer que le Gouvernement Impérial, auteur du projet d'une réunion des Puissances, s'inspirera du même désir de conciliation et d'entente, et en appréciant les considérations qui précèdent voudra bien faire connaître au Gouvernement Impérial et Royal son avis sur les points importants du programme de la conférence.

Zweite Beilage zu n. 705. Aufzeichnung über die Auffassung des Wiener Kabinettes bezüglich des Ergebnisses der Buchlauer Pourparlers. Konz. (S. Franckenstein).

Die Divergenz in den Auffassungen des Wiener und des St. Petersburger Kabinettes bezüglich des Ergebnisses der Buchlauer Pourparlers liegt darin, daß Herr Iswolsky zwar zugibt, es sei in Buchlau über Bosnien und die Herzegowina gesprochen worden, zugleich aber betont, er habe die Zustimmung Rußlands zur Annexion von jener der übrigen Signatarmächte abhängig gemacht, während das Wiener Kabinett den Standpunkt vertritt, es sei im Laufe der in Rede stehenden Besprechungen ein Einvernehmen erzielt worden, in welchem sich die beiden Kabinette eine gegenseitige freundschaftliche und wohlwollende Haltung in der bosnischen und in der Meerengenfrage zusichern, wobei Herr Iswolsky nur bemerkt habe, es müßten in diesen Fragen auch die Signatarmächte gehört werden. Nach Auffassung des Wiener Kabinettes ist somit in merito eine Einigung erzielt worden, die Divergenz der Ansichten betrifft nur die Form der Vorgangsweise. Was diese aber anbelangt, stehen wir auf dem Standpunkte, daß es Sache der k. u. k. Regierung gewesen sei, die geeignete Vorgangsweise

in der bosnischen Frage zu wählen, ebenso wie es Sache der russischen Regierung wäre, sich für den *modus procedendi* in der Frage der Meerengen zu entscheiden. Die von uns in der Annexionsfrage gewählte Vorgangsweise berechtigt das russische Kabinett keineswegs, das in Buchlau erzielte Einvernehmen als nicht bestehend zu betrachten. Dem Geiste dieses Abkommens zufolge müßte das Petersburger Kabinett der Annexion gegenüber auf alle Fälle die versprochene wohlwollende Haltung einnehmen, wobei es ihm allerdings freistünde, bezüglich des von uns gewählten *modus procedendi* zu erklären, daß seiner Ansicht nach die übrigen Signatarmächte hätten vorher befragt werden sollen. Ebenso würde auch Oesterreich-Ungarn in der Meerengenfrage ohne Rücksicht auf die von der russischen Regierung etwa gewählte Vorgangsweise die in Buchlau zugesagte wohlwollende Haltung beobachten, wobei es auch dem Wiener Kabinette unbenommen bliebe, falls Rußland ohne vorhergehende Zustimmung aller Signatarmächte vorgehen sollte, zu erklären, daß, seiner Ansicht nach, eine Anfrage an diese Mächte hätte gerichtet werden sollen.

*Nr. 706. Tel. aus St. Petersburg, 8. Dez. 1908 Nr. 215 (eing. 3 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Minister des Äußern sprach mir gegenüber dieser Tage Unbehagen aus über Druck, der auf Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland infolge schleppenden Ganges der Verhandlungen über Konferenzprogramm lastet. Letzteres sei auch von England und von Frankreich in nichtoffizieller Weise Euer Exzellenz zur Kenntnis gebracht worden. Dass Hochdieselben gerade russische Mitteilung abgewartet hätten, um dann bekannte Bedingung zu stellen, erwecke in ihm bisweilen Gedanken, dass wir es auf Brouillieren mit Petersburger Kabinett abgesehen hätten. Er beabsichtigt, wenn unsere Antwort eintreffen wird, dieselbe anderen Kabinetten mitzuteilen, damit letztere dazu Stellung nehmen und Spannung der Atmosphäre nachlasse. Ich zweifle, dass es gegebenenfalls gelingen könnte, mit naheliegenden Argumenten von erwähntem Vorhaben abzuhalten.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 705, 711.

*Nr. 707. Bericht aus Cetinje, 9. Dez. 1908 Nr. 91 (eing. 13. Dez.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Der Abgesandte des Fürsten Herr Lazar Miuškovich, Praesident des montenegrinischen Staatsrates, ist nach mehrwöchentlichem Aufenthalte in St. Petersburg, wo er bemüht war für die montenegrinischerseits wegen der Annexion erhobenen Entschädigungsansprüche in offiziellen und nicht offiziellen Kreisen Stimmung zu machen, im Laufe vergangener Woche nach Cetinje zurückgekehrt. Wie ich vernehme, äußert sich Herr Miuškovich über seine Reiseeindrücke dahin, dass die russische öffentliche Meinung wie auch sämtliche Parteien der Duma gegen die Annexion seien und unter keinen Umständen, auch nicht unter der Bedingung von Compensationen für Serbien und Montenegro mit einer einfachen Anerkennung der

Annexion als fait accompli's sich einverstanden erklären werden. Wie wol Herrn Miuškovic kurz vor seiner Abreise von Herrn Iswolsky mitgeteilt worden sein soll, dass die Aussichten für das Zustandekommen einer Konferenz infolge des Gegensatzes zwischen unserem und dem russischen Standpunkte in der Annexionsfrage geringe seien, so giebt der genannte Staatsratspräsident dennoch der Überzeugung Ausdruck, dass es der Diplomatie gelingen werde, einen Modus zur friedlichen Beilegung der Angelegenheit zu finden. Dem zwecks Abschluss eines Handelsübereinkommens hier weilenden holländischen Geschäftsträger in Athen gegenüber hat Herr Miuškovich auf die absolute Notwendigkeit einer Besserung der Existenzbedingungen Montenegros hingewiesen, welchem im Falle als seine diesbezüglichen Hoffnungen nicht realisiert werden sollten, wol nichts anderes übrig bliebe, als nach einem zur Rettung seiner Ehre notwendigen Kampfe mit uns, der mit einer montenegrinischen Niederlage enden müsse, als österreichische Provinz besserer ökonomischen Existenzbedingungen teilhaftig werden zu können. Dieses letztere Endziel scheint gar Manchem der kriegsbegeisterten Montenegriner vorzuschweben. Kuhn.

a) Vgl. n. 658, 795.

Nr. 708. Tel. nach Konstantinopel, 9. Dez. 1908 Nr. 247 (chiffr. 6 U p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. und G. Aehrenthal).

Zu Folge Ihres Telegramms vom 7. d. Mts. No. 504 das mir gestern nach Abgang meiner telegraphischen Weisung No. 246 zuzieng, sowie in Anbetracht gewichtiger Considerationen die sich aus der allgemeinen politischen Lage ergeben, halte ich es für angezeigt, die in meinem obzitierten Telegramm enthaltenen Dispositionen zu ergänzen, respective theilweise zu modifiziren. General-Consul Oppenheimer welcher gestern Abends mit dem Texte der an die Pforte zu richtenden Note abreisen sollte, wird seine Reise erst Morgen, Donnerstag, Abends antreten und daher, Samstag Früh in Constantinopel sein. Diese Reise hat den ostensiblen Zweck einer Verabschiedung des Genannten von Hilmi-Pascha nachdem Letzterer Salonick nunmehr verlassen hat. Ich halte diese Courtoisie für umso naheliegender als Hilmi-Pascha mir durch den Genannten eine entgegenkommende Message übermitteln liess, die ich nun auf demselben Wege erwidere. General-Consul Oppenheimer überbringt Euer Exzellenz den Wortlaut der mehrfach erwähnten Note deren Übermittlung an die Pforte dann unverzüglich zu erfolgen hätte. Auf demselben Wege erhalten Euer Exzellenz ausführliche Instruktionen bezüglich der bei diesem Anlasse zu führenden Sprache. Dieselben gehen en résumé dahin dass wir unbeschadet unseres Standpunktes in der Boykott-Frage, die wir in der besagten Note abgesondert behandeln, den Weg zu Verhandlungen behufs Erzielung eines allgemeinen Einverständnisses frei machen wollen, wozu der jetzige Augenblick aus diversen Gründen nicht ungeeignet sein dürfte.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 710, 717, 719, 723.

Nr. 709. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Dez. 1908 Nr. 506 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 246 von gestern. Meine Ansicht über die von Euer Excellenz ins Auge gefasste Démarche (Überreichung einer Note zwecks Feststellung des wegen des Boykotts zu verlangenden Schadenersatzes) möchte ich mir auftraggemäss erlauben in folgendem darzulegen: Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir auf eine solche Note sofort eine abschlägige Antwort von der Pforte erhalten würden und zwar liegt die Gefahr nahe, dass dies in einer Form geschehen könnte, welche unsere Situation hier noch mehr erschweren würde. Der belgische Gesandte hat vor einigen Tagen eine Reklamationsnote an die Pforte gerichtet, weil belgische Waren, die auf einem österreichischen Schiffe hier angekommen sind, nicht ausgeladen werden konnten. Er erhielt die Antwort, dass die Pforte wegen des Boykotts jede Haftpflicht ablehne. Ferner muss damit gerechnet werden, dass unsere Note, welche bei den heutigen Verhältnissen nebst der Pfortenantwort sofort in den Zeitungen publiziert werden würde, geeignet wäre, die Boykottbewegung nur noch mehr anzufachen und auch etwaigen entgegenkommenden Tendenzen (namentlich von Seite Hilmi Paschas) hindernd entgegenzutreten. Ich könnte mir die Überreichung einer solchen Note nur dann als zweckentsprechend denken, wenn die Verhältnisse sich so gestalten, dass es zu einem teilweisen Abbruche der Beziehungen kommt. In diesem Falle glaube ich, müsste dann dieser Note die Form einer Art von Ultimatum gegeben werden. Anders stünde die Frage, wenn Euer Excellenz etwa die Möglichkeit der Übernahme eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld ins Auge fassen sollten. In einem solchen Falle wäre meiner Ansicht nach die Anmeldung von praktischem Wert, da sie dann als Kompensationsobjekt in Betracht kommen könnte. Überhaupt ist heute die Lage die, dass wenn in Bezug auf eine finanzielle Entschädigung zwischen uns und der Pforte ein Einverständnis zustande kommen könnte, die Frage der Annexion sofort gelöst und auch der Boykott ein Ende nehmen würde. Bezüglich der Frage, ob der Boykott noch längere Zeit andauern kann, ist es sehr schwer, etwas Positives vorherzusagen. Meine diesbezügliche, von Euer Excellenz zitierte Bemerkung basiert auf der Wahrnehmung, dass im hiesigen Publikum infolge der Verteuerung gewisser Artikel (so zum Beispiel besonders Zucker) Misstimmung herrscht. Dies kann sich aber ändern, sobald die ausländische Konkurrenz vollständig unseren Platz eingenommen haben wird. Es muß aber auch hiebei mit der Hartnäckigkeit der Mohammedaner gerechnet werden. Ich behalte mir vor, über diesen Punkt nach Einziehung von Informationen bei den betreffenden Konsulaten Euer Excellenz zu berichten.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 718, 719.

Nr. 710. Bericht aus Konstantinopel, 9. Dez. 1908 Nr. 100 A (eing. 12. Dez.).^{a)} Ausfert.

Ich habe in den letzten Tagen mit Absicht in Gesprächen mit meinen Kollegen darauf hingewiesen, dass ich wenig Hoffnung habe, in der Boycott-

angelegenheit zu einem günstigen Resultat zu kommen, und dass ich mich in Folge dessen wahrscheinlich bald nach Wien begeben werde. Diese Äusserungen haben namentlich auf meine Collegen von Deutschland und Italien sichtlichen Eindruck gemacht. Beide hatten letzten Montag Unterredungen mit dem Grossvezir und Hilmi Pascha, in welchen sie auf die Gefährlichkeit der Situation hinwiesen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich voraussetze, dass der Besuch Hilmi Paschas bei mir, von welchem ich Euerer Excellenz mit meinem Telegramme vom 7. d. Mts. No. 504 berichtet habe, bis zu einem gewissen Grade durch jene Unterredungen provocirt gewesen sein mag. Aus der Haltung Hilmi Paschas konnte ich deutlich entnehmen, dass er von dem Ernste der Situation durchdrungen ist und aufrichtig ein Einvernehmen mit uns wünscht. Ich habe im Laufe unserer Unterredung getrachtet, dieses Gefühl bei Hilmi Pascha noch zu vertiefen und ihm keinen Zweifel darüber zu lassen, dass unsere Geduld nun bald zu Ende gehen werde. Vor Allem war ich bestrebt, die Discussion auf das praktische Terrain zu bringen und die Situation klar darzulegen. Ich sagte daher sofort, als ich das Gespräch begann, wir müssten ganz aufrichtig reden und die Dinge bei ihrem wahren Namen nennen. Die Boykottbewegung hänge ganz vom Comité ab, und die Regierung sei ohnmächtig; sie müsse daher vor Allem das Comité zu gewinnen suchen. Alle anderen Vorschläge, wie zum Beispiele jener, den Hilmi Pascha selbst gemacht hat, nämlich dass der Lloyd Arbeiter aufnehme, die dann die Regierung schützen werde, seien, unpraktisch weil undurchführbar. Das einzige praktisch durchführbare wäre, die Hamals der Douane in irgend einer Art zu bewegen, die Arbeit aufzunehmen und dies sei nur dann möglich, wenn sie eine Ordre von jenen bekämen, die ihnen die Arbeit untersagt haben. Hilmi Pascha gab nach dieser offenen Sprache seinen noch am letzten Samstag und auch noch Montag Herrn Kolossa gegenüber festgehaltenen Standpunkt auf, dass es sich um eine spontane Volksbewegung handle, und dass er hoffe, mit dem von ihm vorgeschlagenen Mittel ans Ziel zu gelangen. Der Herr Minister gestand mir ganz offen, dass alles vom Comité abhängе und dass man nur dann zum Ziele gelangen könne, wenn es gelingen würde, das Comité von der Schädlichkeit der Campagne zu überzeugen. Hilmi Pascha versprach mir in diesem Sinne arbeiten zu wollen, verhehlte mir aber nicht, dass dies eine Arbeit sei, die nicht von heute auf morgen gemacht werden könne. Er bat mich daher mich gedulden zu wollen; die Gemüther seien jetzt in grösstem Grade aufgereizt und es brauche Zeit bis sie wieder zur Ruhe kommen werden. Auf diese Bemerkung antwortete ich dem Herrn Minister, ich wisse genau wie weit diese Aufregung der Gemüther gehe; man habe dieselbe künstlich hervorgerufen bloß zu dem Zweck, um auf uns eine Pression auszuüben. Das Ganze, sagte ich, sei ein Manöver der Herren, welche an der Spitze des Comité's stehen und welche glauben, auf diese Art uns zwingen zu können ihre Bedingungen, namentlich die Bedingung der Übernahme eines Theiles der Staatsschuld, anzunehmen. Diese Herren fuhr ich fort, befänden sich, wenn sie dies glauben, in einem grossen Irrthum, wir werden uns überhaupt zu gar nichts zwingen lassen und unter keiner Bedingung zur Zahlung irgend eines Theiles der Staatsschuld.

Letzteres müsse man sich, wenn man mit uns zu einem Einverständnis kommen wolle, ganz aus dem Kopf schlagen; in anderer Hinsicht aber werden wir coulant sein, sobald wir nur halbwegs constatiren können, dass die Boycott-Bewegung nachlässt. Wenn dies aber nicht bald der Fall sein sollte, so wird unsere Geduld zu Ende gehen und meine demnächst zu gewärtigende Reise nach Wien müsste als erstes Zeichen hiefür aufgefasst werden. Hilmi Pascha beschwor mich, ja nicht abzureisen, sondern noch zuzuwarten, er sei überzeugt, dass nach Zusammentritt des Parlaments bald ein Wandel in der Situation eintreten werde. Unter allen Umständen werde er aber schon jetzt im Vereine mit dem Grossvezir alles aufbieten um uns zu befriedigen. Unsere weitere Unterredung hatte den Charakter einer akademischen Besprechung der zwischen General-Consul Rappaport und dem Saloniker Comité gepflogenen Pourparlers. Wie ich dies schon in meinem eingangs citirten Telegramme erwähnt habe, sprach sich Hilmi Pascha diesbezüglich dahin aus, dass die Herren vom Comité jene Pourparlers immer so aufgefasst hätten, dass es sich nur darum handeln könne, die Wünsche der öffentlichen Meinung in der Frage der Compensationen klar zu legen. Jetzt wo auch die meisten Mitglieder des Comités hier sind und bald auch das Parlament zusammentreten werde, hätten weitere Verhandlungen mit dem Saloniker Comité gar keinen Sinn mehr. Aus den Auslassungen Hilmi Paschas erhielt ich den Eindruck, dass er sich überhaupt in der Annexionsfrage eine Klärung der Situation erst vom Parlamente erwartet und dass sowohl er, als der Grossvezir der Ansicht sind, man könne solange man nicht wisse, wie sich das Parlament zu dieser Frage stellen werde, keine ernstlichen Verhandlungen pflegen. Ich glaube, dass auch von diesem Gesichtspunkte aus der Boycott jedenfalls im Grossen und Ganzen aufrecht erhalten bleiben wird, was immer Hilmi Pascha auch verspricht. Man will die Waffe jetzt nicht aus der Hand geben solange sich nicht das Parlament klar über die Situation sein wird. Dies ist, glaube ich, der Grund, warum der Boycott gerade jetzt an Intensität noch zunimmt; man fühlt, dass es bald zur Entscheidung kommen muss und möchte daher seine Position noch in letzter Stunde so viel als möglich stärken.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 708.

Nr. 711. Tel. nach St. Petersburg, 9. Dez. 1908 Nr. 159 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 8. d. M. No. 215. Gegen die Herrn Iswolsky vorschwebende Absicht, unsere eben auf dem Wege nach Petersburg befindliche Antwort^{b)} betreffend das Conferenzprogramm anderen Cabineten mitzuthemen, haben wir Nichts einzuwenden. Aus unserer Antwort wird der Herr Minister ersehen, dass wir uns von dem Geiste des Entgegenkommens leiten lassen und bestrebt sind, zu einem Einverständnis mit dem St. Petersburger Cabinet zu gelangen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 706, 733. — b) Erste Beilage zu n. 705.

Nr. 712. Tel. aus St. Petersburg, 9. Dez. 1908 Nr. 216 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Deutscher Botschafter liess gestern im Auftrage seiner Regierung im hiesigen Auswärtigen Amte sondieren, ob Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ richtig, dass Herr Iswolsky einem russischen Politiker erklärt habe, ein formelles Bündnis Englands mit Russland und Frankreich stehe bevor; ein solches erscheine notwendig, da Deutschland österreichisch-ungarische Balkanpolitik intensiv unterstütze. Diesbezüglich eingezogene Auskünfte Herrn Sawinsky's waren evasiver Natur, Herr Iswolsky selbst hat bis zur Stunde nicht reagiert. Hiesiger Vertreter des „Berliner Lokalanzeigers“ versicherte Grafen Pourtalès, dass fragliche Aeusserung über Wunsch Herrn Iswolsky's durch betreffenden russischen Politiker (Herrn Schelkin) dem Correspondenten des gedachten Blattes, sowie der „Times“ mitgeteilt, der hiesigen Presse aber vorenthalten wurde. Im Zusammenhalt mit anderen Symptomen lässt diese Massnahme auf gross angelegtes Bluffmanöver schliessen. Inwieweit dasselbe vom Standpunkte der englischen Politik auf realer Basis beruht, und wie sich das Berliner Cabinet dazu stellt, entzieht sich meiner Beurteilung. Bis auf eventuelle gegenteilige Instruktion glaube ich aber unser Interesse durch zwar ruhige, aber vollkommen uneingeschüchterte Haltung vertreten zu sollen.

Berchtold.

^{a)} Vg. n. 747.

Nr. 713. Tel. aus Belgrad, 10. Dez. 1908 Nr. 189 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Heute vormittags fand ein von der Universitätsjugend veranstalteter Trauergottesdienst für die in Prag und Laibach „gefallenen“ Slaven statt. Am Demonstrationszuge beteiligten sich ungefähr 2000 Personen, darunter viele Frauen und Schüler, keine Offiziere und Amtspersonen. Die Geschäfte waren von den Studenten veranlasst worden, teilweise zu sperren und Trauerfahnen auszuhängen. Unsere zahlreiche czechische Kolonie beteiligte sich mit ihren Familien an der Totenfeier. Der Festredner forderte zum Kampfe aller Slaven unter Serbiens Führung gegen den gemeinsamen Todfeind [auf].

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 728.

Nr. 714. Erlaß nach Berlin, 10. Dez. 1908 Nr. 2716. Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Wie Euer Exzellenz aus dem mit Erlaß vom 7. v. M., Nr. 2268, der k. und k. Botschaft übermittelten Entwürfe unserer Antwort an das St. Petersburger Kabinett in Angelegenheit des Konferenzprojektes bekannt ist, verfolgten wir mit dieser Pièce den Zweck, eine Gegenäußerung der russischen Regierung hervorzurufen, über deren Auffassung der einzelnen Programmpunkte wir keine offizielle Kenntnis besaßen. In seiner vom 9. v. M. a. St. datierten Erwiderung, von welcher eine Kopie hier beige-schlossen ist, enthält sich jedoch das St. Petersburger Kabinett eines näheren Eingehens

auf die fraglichen Programmpunkte und vertritt vorderhand nur den Standpunkt, daß die Konferenz das Recht haben solle, die verschiedenen Fragen, welche ihr unterbreitet werden, in voller Freiheit zu diskutieren. In unserer Antwort auf das russische Aide-Mémoire vom 9. v. M. a. St., welche gleichfalls hier im Anbuge abschriftlich^{a)} mitfolgt, legen wir dar, daß ein rascher und befriedigender Verlauf der Konferenz und eine Verhütung der aus Unstimmigkeiten auf derselben drohenden Gefahren kaum zu erzielen wären, wenn sich der accord préalable der Mächte auf eine strikte Aufzählung der Programmpunkte beschränken würde. Nach unserer Ansicht müßte sich der Gedankenaustausch auch auf den Inhalt zumindest der wichtigsten Programmpunkte beziehen; auf diese Weise könnten gewisse Formeln gefunden werden, welche die Diskussion präzise begrenzen würden. Was speziell den Punkt 2 „Bosnien und die Herzegowina“ anbelangt, geben wir in diesem Zusammenhange der Erwartung Ausdruck, daß das Petersburger Kabinett sich bereit finden werde, die Diskussion dergestalt zu limitieren, daß die Tatsache der Annexion der genannten Provinzen nicht mehr in Frage gestellt werde. Unser Aide-Mémoire konkludiert schließlich mit dem Wunsche, daß das St. Petersburger Kabinett, in Würdigung der von uns angeführten Erwägungen, der k. und k. Regierung seine Auffassung bezüglich der einzelnen Programmpunkte bekanntgeben möge. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler die beiden anruhenden Aide-Mémoires streng vertraulich zu überreichen und hiebei zu betonen, daß ich den größten Wert darauf lege, Seine Durchlaucht, wie ich es auch bisher getan habe, über den Stand unserer Pourparlers mit dem russischen Kabinette vollkommen im Laufenden zu erhalten. Euer Exzellenz wollen sich hiebei im Sinne der Ausführungen dieses Erlasses Fürst Bülow gegenüber aussprechen und hervorheben, daß wir, wie ja aus unserer Antwort hervorgehe, bestrebt seien, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen.

^{a)} Erste Beilage zu n. 705. Vgl. auch n. 703.

Nr. 715. Privatschreiben nach Berlin, 10. Dez. 1908 Nr. 2719. Konz. (S. u. G. Gager).

Ich beehre mich, Euer Exzellenz anverwahrt ein von mir an den Reichskanzler in Erwiderung auf dessen Brief vom 30. Oktober l. Js. gerichtetes Schreiben,^{a)} von welchem ich eine Abschrift zu Ihrer ausschließlich persönlichen Kenntnissnahme hier beischließe, mit dem Ersuchen zu übermitteln, dasselbe dem Fürsten Bülow übergeben zu wollen. Euer Exzellenz werden aus diesem Schreiben ersehen, in welcher Weise ich zu drei Fragen Stellung genommen habe, welche in letzter Zeit besondere Wichtigkeit erlangt haben. Dies sind die Enthüllungen über die Haltung Iswolsky's, unsere Beziehungen zu Bulgarien, sowie die Entschließungen, welche ich in Betreff unserer Haltung der Türkei gegenüber getroffen und bezüglich welcher ich Pallavicini mit Weisungen versehen habe. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Fürsten Bülow zu sagen, daß mich seine letzte Rede in hohem Maße befriedigt hat und daß ich ganz besonders über den sym-

pathischen Widerhall erfreut war, welchen seine Worte über das treue Festhalten Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn und dessen Politik im Reichstage geweckt haben. Fürst Bülow hatte die Güte, mir durch Herrn von Tschirschky sagen zu lassen, daß die Ausstreuungen der französischen Presse, wonach der Reichskanzler an meiner Politik eine abfällige Kritik geübt haben sollte, nicht der Wahrheit entsprechen. Euer Exzellenz wollen dem Fürsten Bülow für diese freundliche Message in meinem Namen wärmstens danken und ihn zugleich versichern, daß ich selbstverständlich nicht einen Augenblick an die Richtigkeit einer solchen offenbar tendentiösen Meldung geglaubt habe.

a) Vgl. n. 703.

Nr. 716. Privatschreiben aus Bukarest, 10. Dez. 1908 (eingel. 13. Dez.). a)
Eigenh. Ausfert.

Der König sagte Take Jonescu, welcher vor zwei Tagen in Audienz empfangen wurde, bisher habe Er an den Frieden geglaubt, jetzt müsse Er einen Vorbehalt machen: Er hoffe, dass es möglich sein werde den Frieden zu erhalten. Der König sehe die Gefahr darin, dass Serbien oder Montenegro Etwas thun, was wir uns als Großmacht nicht gefallen lassen können, und sodann in dem starken Wiederhall, welchen ein Krieg zwischen uns und Serbien in ganz Russland erwecken müsste. Der König zeigt Sich vielleicht absichtlich etwas besorgter, damit Seine Rumänen keine Geschichten machen. Dass Er auch Seinen Ministern gegenüber hie und da absichtlich etwas schwarz malt, weiss ich; denn Er hat es mir Selbst angedeutet. Beliebter sind wir hier nicht geworden zugleich aber gewiss in der Achtung sehr gestiegen. Die Annexion wird in Rumänien in erster Linie als Erdrosselung einer unserer drei Haupt-Irredentas betrachtet. Dass sich zur Annexion gleichzeitig die Ungarische Wahlreform gesellte, war für Leute wie Take Jonescu gewiss Anlass zu allerhand chauvinistischen Betrachtungen. Der König scheint Sich noch nicht entschlossen zu haben Take Jonescu in unser Bundesverhältniss einzuweißen; Er ist gewiss am Besten in der Lage zu beurtheilen, wann dies zu geschehen hat. Ich hätte geglaubt, dass der Moment dazu gekommen ist, vorausgesetzt, dass man Take Jonescu überhaupt für verlässlich genug hält um ihn zu Stellungen gelangen zu lassen, wo es sich um die Beziehungen zum Ausland handelt. Ich bleibe immer auf dem besten Fuss mit ihm, da er ja der „Mann der Zukunft“ ist, aber in der letzten Zeit gefällt er mir weniger. Sturdza kennzeichnete ihn unlängst — was Auswärtige Politik betrifft — kurz als einen „Anglomanen“. Sturdza ist krank und seit einigen Tagen unsichtbar. Seine Manie in der Discussion bei Allem mit Adam und Eva zu beginnen wird immer störender. Er ist aber natürlich der Beste, den wir uns wünschen können, besonders unter den gegebenen Verhältnissen. Von einem Regime-Wechsel will der König absolut Nichts wissen. Ein Cabinet Carp würde sich nicht lange halten können. Jonescu, dem sich jetzt auch noch Fleva (!) zugesellt, würde Alles thun, um ihn innerhalb Jahresfrist zu stürzen. Dass er dabei in seinen Mitteln nicht wählerisch wäre und dieselben auch in

Auswärtigen Fragen suchen würde, liegt auf der Hand und das könnte auch uns nicht gleichgültig sein. Bratianu sagte mir gestern, er glaube, England habe den Großvezier der Maßen in der Tasche, dass wir mit ihm Nichts würden ausrichten können. Bratianu glaubt, das Endziel Englands, falls eine modern Englische Türkei sich als nicht lebensfähig erweisen sollte, wäre ein Khalifat in Arabien (Meka) unter Großbritannischer Oberhoheit.

Schönburg.

^{a)} Vgl. n. 772.

Nr. 717. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Dez. 1908 Nr. 2710.^a) Konz. (S. Brusselle und Pogatscher; G. Aehrenthal).

Indem ich mich auf mein Telegramm von gestern Nr. 247 beziehe, möchte ich zunächst einige Konsiderationen allgemeiner Natur, auf welche ich darin anspielte, hier kurz auseinandersetzen. Der gegen uns gerichtete, vom Komitee offenbar behufs Ausübung einer Pression organisierte, durch die Ohnmacht der Regierung und die Konnivenz vieler ihrer Organe geförderte Boykott hatte in den Verhandlungen, welche wir mit der Pforte behufs Erzielung eines Einverständnisses betreffs Bosniens eingeleitet hatten, eine Unterbrechung herbeigeführt, ebenso wie in den vertraulichen, mit dem Zentralkomitee in Salonik entrierten Pourparlers, welche übrigens, wie Euer Exzellenz bekannt, bloß einen orientierenden und vorbereitenden Charakter haben sollten. Wir haben nun in der Boykottbewegung der türkischen Regierung gegenüber den Standpunkt eingenommen, daß wir von derselben, wenn auch nicht die Einstellung des Boykotts, so doch eine loyale Haltung betreffs desselben zu verlangen berechtigt sind, in dem Sinne, daß unsere Schiffe bei ihren Operationen geschützt werden, die Konnivenz der zollämtlichen Organe aufhöre und das Publikum am Betreten österreichischer und ungarischer Kaufläden nicht verhindert werde. Insoweit die türkische Regierung nicht willens oder nicht im Stande ist, obigen Verpflichtungen nachzukommen, ist dieselbe nach unserer Auffassung verpflichtet, für den daraus entstehenden Schaden aufzukommen. Nachdem auch unsere heimischen Interessenten ihre auf dieser Basis formulierten Ersatzansprüche angemeldet haben, so kann ich nicht umhin, diese Forderungen bei der türkischen Regierung, falls dieselbe ihren Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, unter Hinweis auf meine früheren Vorstellungen anhängig zu machen und zu vertreten. Dies geschieht mittelst der im Anbuge mitfolgenden Note, welche Euer Exzellenz namens der Botschaft unverweilt der türkischen Regierung übermitteln wollen, wobei ich es Euer Exzellenz anheimstelle, in einer separaten Pièce oder auf anderem Wege, falls Sie es für opportun erachten, den von uns vertretenen Standpunkt durch exemplifikatorische Anführung konkreter Fälle zu belegen. Die Festhaltung unseres Standpunktes betreffs des Boykotts, welche sowohl aus Gründen des Ansehens der Monarchie als auch mit Rücksicht auf die einheimischen Interessentenkreise unabweislich erscheint, darf uns jedoch nicht hindern, das Ziel im Auge zu behalten, welches wir uns seit Proklamierung der Annexion Bosniens gesteckt hatten, hierüber mit der

Türkei zu einem Einverständnisse zu gelangen und uns überhaupt mit dem neuen Régime gut zu stellen. Die gewichtigen politischen Gründe, welche uns schon damals vorschwebten, haben durch die seitherige Entwicklung der Dinge eher eine Verstärkung erhalten. Die Schwierigkeiten, welche die jetzige internationale Lage für uns bietet, sowohl was die Beteiligung an einer eventuellen Konferenz, als auch die Zurückweisung der serbischen und montenegrinischen Ansprüche und Drohungen betrifft, ließen sich gewiß leichter hinwegräumen, wenn es uns gelänge, die türkische Regierung zu einer Anerkennung der Annexion zu bestimmen. Nun dürfte uns gerade der Schritt, welchen wir in der Boykottfrage durch Überreichung unserer Note zu tun im Begriffe sind, ermöglichen, ohne den Anschein einer Inkonsequenz oder gar einer Kapitulation die Hand zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen zu bieten. Indem wir nämlich in dieser Note von den unserem Verlangen Rechnung tragenden Erklärungen Akt nehmen, welche in der Note der hiesigen türkischen Botschaft vom 28. November^{b)} enthalten waren und auch Euer Exzellenz vom Großvezir und dem Minister des Innern wiederholt wurden, und die Pforte für alle Verluste verantwortlich machen, welche aus der Nichteinhaltung dieser Zusicherungen resultieren würden, wahren wir vollkommen unseren Standpunkt in der Boykottfrage, trennen dieselbe jedoch von den übrigen zwischen uns und der Türkei pendenten Fragen, deren Behandlung parallel geführt werden kann und eröffnen dadurch den Weg zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen. Manche Umstände dürften einer solchen Wiederaufnahme gerade im gegenwärtigen Momente nicht ungünstig sein, so die Tatsache, daß Hilmi Pascha, der die Herstellung eines Einverständnisses mit uns in sein politisches Programm aufgenommen zu haben scheint, und mit uns eine engere Fühlung unterhält, in die Regierung eingetreten ist, und vielleicht sogar berufen sein dürfte, Kiamil Pascha zu ersetzen. Es erscheint umso angezeigter, diese sich bietende Gelegenheit nicht ungenützt zu lassen, als der Zusammentritt des türkischen Parlamentes unmittelbar bevorsteht und es unerwünscht wäre, wenn dieses Ereignis mit einer akuten Spannung zwischen der Türkei und der Monarchie zusammenfiel und diese Körperschaft ihre Tätigkeit etwa mit einer gegen uns gerichteten Manifestation eröffnete. Ich ersuche also Euer Exzellenz, zugleich mit der Übermittlung der mehrbezogenen Note der Pforte die obigen Gesichtspunkte in geeigneter Weise darzulegen und unsere Bereitwilligkeit auszusprechen, unter voller Wahrung unseres Standpunktes in der Boykottfrage die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Selbstverständlich müßten diese Erklärungen dem Chef des Kabinettes, also Kiamil Pascha gegenüber abgegeben werden. Es wäre jedoch speziell darauf Bedacht zu nehmen, Hilmi Pascha in geeigneter Weise hiervon in Kenntnis zu setzen und ihm vertraulich anzudeuten, daß wir aus seinen wiederholten freundschaftlichen und konfidentiellen Eröffnungen die Hoffnung schöpfen, daß gerade er auf den Gang der Verhandlungen fördernd einwirken werde, und daß unser Schritt des Entgegenkommens seiner persönlichen Stellung zugute kommen möge. Falls unsere gleichzeitig mit der Überreichung der Note abzugebende Erklärung, daß wir zur Wiederaufnahme der Verhand-

lungen bereit sind, von der Pforte mit einer gleichen Erklärung beantwortet wird, müßte wohl zunächst ein Meinungs austausch darüber folgen, auf welcher Basis die Diskussion stattfinden werde. Speziell in dieser Beziehung schiene mir eine vertrauliche Fühlungnahme mit Hilmi Pascha angezeigt; da er den Wunsch ausgesprochen hatte, daß zunächst die wirtschaftlichen Fragen besprochen und die politischen einem späteren Zeitpunkte vorbehalten werden mögen (Telegramm aus Salonich vom 28. November),^{c)} so könnte ihm bedeutet werden, daß wir geneigt seien, auf diesen Modus einzugehen; derselbe schiene uns umso entsprechender, als die große Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen von der Pforte selbst, unter anderem in ihrem Zirkulare betreffs des Konferenzprogrammes speziell hervorgehoben wurde. Zu Euer Exzellenz Orientierung möchte ich noch bemerken, daß wir einen raschen Abschluß der Verhandlungen wohl nicht erwarten können. Es ist jedoch zu hoffen, daß bereits die Wiederaufnahme der Pourparlers an sich eine gewisse Détente hervorrufen und auch auf den Boykott mildernd einwirken dürfte.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 48 Nr. 76. Der Erlaß wurde durch Generalkonsul Oppenheimer überbracht (laut n. 708). Vgl. n. 718, 738, 766, 772, 840. — ^{b)} Wohl n. 669. — ^{c)} n. 671.

Beilage zu n. 717. Entwurf einer Note des Botschafters in Konstantinopel an die türkische Regierung. Abschrift.

Dans une notice remise à la date du 28 novembre dr. au Ministère I. et R. des Affaires Etrangères par le Chargé d'affaires de Turquie à Vienne, il est dit que la Sublime Porte avait transmis à l'Administration générale des contributions indirectes les ordres nécessaires pour qu'aucune entrave ne fût apportée aux opérations concernant les marchandises autrichiennes et hongroises. Dans cette même communication le Chargé d'affaires fait remarquer que le Gouvernement I. Ottoman exerce son action partout où cela est possible et dans les limites de la légalité en vue de faire cesser le boycottage, et il ajoute que la Sublime Porte a toujours agi vis-à-vis de la monarchie austro-hongroise dans un esprit de loyale conciliation. Le Gouvernement I. et R. a pris bonne note des assurances qui lui sont données dans la communication dont il est question, et qui impliquent la reconnaissance par la Sublime Porte de son obligation d'user de tous les moyens dont elle dispose, pour faire cesser un mouvement portant un grave préjudice au commerce et à la navigation des deux Etats de la Monarchie austro-hongroise. Aussi le Gouvernement I. et R. ne cesse-t-il encore à espérer que la reconnaissance par la Sublime Porte de l'obligation lui incombant de ce chef, ne restera pas lettre morte, mais qu'elle sera mise en pratique d'une manière suffisamment efficace pour mettre fin à un état de choses qui, en se prolongeant, ne pourrait manquer d'engendrer de sérieuses conséquences. Car, en effet, il ne saurait point être question ici d'un acte de bon vouloir; on se trouve bien au contraire en face d'un devoir de la Sublime Porte, découlant du droit conventionnel en vigueur entre l'Autriche-Hongrie et l'Empire Ottoman. La situation juridique dans

laquelle l'Autriche-Hongrie se trouve, en l'espèce, vis-à-vis de la Turquie est, en vérité, claire et nettement définie, et elle offre tous les éléments qui permettent, le cas échéant, de réclamer, à juste titre, de la Sublime Porte la réparation des dommages dont il s'agit. Dans cet ordre d'idées il suffira de rappeler les dispositions du traité de commerce et de navigation conclu entre l'Autriche et la Turquie le 22 mai 1862,^{a)} dispositions maintenues en vigueur et dont le texte ne saurait donner lieu à aucune équivoque. Par le traité susmentionné est garantie à la Monarchie dans la plus large mesure la liberté du commerce et de la navigation dans l'Empire Ottoman. L'article I^{er} de ladite convention assure de plus le traitement de la nation la plus favorisée aux ressortissants de la Monarchie, à leurs bâtiments, à leur navigation et à leur commerce; et il est stipulé dans ce même article que „l'exercice et la jouissance“ de ces droits, privilèges et immunités seront „assurés“ aux sujets et aux bâtiments, à la navigation et au commerce de l'Autriche. En outre, l'article VI du traité en question est conçu dans les termes suivants: „Tout produit du sol ou de l'industrie de l'Autriche et toute marchandise quelconque, qu'ils soient ou embarqués sur des bâtiments autrichiens ou autrement importés et qu'ils soient la propriété de sujets autrichiens ou apportés, soit par terre soit par eau, d'autres pays par des sujets autrichiens, seront admis comme antérieurement dans toutes les parties de l'Empire Ottoman sans aucune exception.“ Les dispositions conventionnelles invoquées ci-dessus réservent donc non seulement à la Monarchie austro-hongroise le droit de poursuivre dans l'Empire Ottoman, en toute liberté, ses intérêts sur le terrain économique, elles imposent de plus comme corollaire au Gouvernement I. Ottoman l'obligation de veiller à l'admission des marchandises et bâtiments autrichiens et hongrois ainsi qu'à la sauvegarde de la liberté du commerce et de la navigation. De là un droit conventionnel incontestable pour la Monarchie de réclamer de la Turquie que les autorités et les fonctionnaires d'Etat ottomans, voire même les organes subordonnés, qui, sans être directement investis du caractère d'employés d'Etat, se trouvent pourtant sous le contrôle gouvernemental, comme par exemple les hammals, observent, en tant que leur intervention ou leur coopération est requise, une conduite telle que l'exercice et la jouissance des droits réservés en Turquie à titre conventionnel à l'Autriche-Hongrie en matière de commerce et de navigation soient, an effet, rendus possibles. C'est précisément à ce point de vue qu'il incombe aux autorités et aux organes publics ottomans de toute catégorie d'exercer leurs fonctions conformément aux prescriptions et ordonnances en vigueur. Par conséquent ces autorités et organes ne doivent, comme il s'entend, non seulement s'abstenir de tout acte de résistance dite passive, mais ils sont dans les limites de leurs attributions tenus de faire tout ce qui est en leur pouvoir afin d'écarter toute difficulté ou entrave qui pourraient être opposées de la part des particuliers à l'exercice des droits et privilèges dont jouit la Monarchie dans ses relations économiques avec la Turquie. Dans le cas où les autorités et organes publics manquent à leur obligation, il appartient évidemment aux autorités supérieures ottomanes, et en dernier ressort au Gouvernement I. lui-même, de prendre des mesures suffisantes pour ramener à leurs devoirs les insoumis

et les récalcitrants. Si donc le Gouvernement Impérial ne savait, pour une raison ou pour une autre, assurer l'exécution pleine et entière de cette obligation dont il reconnaît lui-même le bien-fondé, le Gouvernement I. et R. se verrait contraint à s'en tenir au Gouvernement I. Ottoman et à le rendre responsable des dommages et préjudices que les ressortissants autrichiens et hongrois ainsi que le trafic et la navigation des deux Etats de la Monarchie ont eu à souffrir à la suite du boycottage. Aussi le Gouvernement I. et R. est-il, sur la demande des intéressés, en train d'établir les chiffres dont se composent les pertes essuyées jusqu'à présent par les sujets autrichiens ou hongrois pour les faire valoir, le cas échéant, auprès du Gouvernement I. Ottoman. Le Gouvernement I. et R. se flatte de l'espoir que, dans un esprit d'équité, la Sublime Porte voudra bien apprécier la justesse des considérations ci-dessus développées.

a) Bittner, Chron. Verz. d. österr. Staatsvertr. III 134 Nr. 3370.

*Nr. 718. Privatschreiben nach Konstantinopel, 10. Dez. 1908 Nr. 2720.^{a)}
Konz. (S. Brusselle; V. und G. Aehrenthal).*

Euer Exzellenz Telegramm vom 9. Dezember 1908, No. 506, ist mir zugekommen, nachdem die heute an Hochdieselben abgehende Instruktion^{b)} bereits fertiggestellt war. Sie machen in diesem Telegramme betreffs der Wirkung unserer Note einige Bedenken geltend. Wie Sie jedoch schon aus meinem gestrigen kurzen Telegramme entnommen haben und wie dies in meiner heutigen Weisung des näheren ausgeführt wird, verbinden wir mit der Überreichung der Note, welche unseren Standpunkt in der Boykottfrage wahr, die Erklärung, daß wir zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit seien. Die Boykottfrage wird also von uns gleichsam auf ein anderes Geleise geschoben und von der Behandlung der übrigen Fragen einigermaßen getrennt. Ich hoffe, daß es uns durch diesen Modus möglich sein wird, um den toten Punkt herumzukommen. Wir bleiben fest in der Boykottfrage, legen aber gleichzeitig ein Entgegenkommen an den Tag, indem wir den ersten Schritt zur Wiederaufnahme der Pourparlers tun. Ich glaube, daß durch diese Form der Behandlung der schwebenden Fragen die Bedenken, die von Euer Exzellenz in obzitiertem Telegramme geltend gemacht werden, teilweise gegenstandslos geworden sind. Wie dies in meiner Instruktion schon gesagt ist, können wir wohl nicht auf ein rasches Zustandekommen der Verständigung rechnen. Es dürfte dies umso weniger zu erwarten sein, als ja Hilmi Pascha, welcher auf diese Pourparlers gewiß einen bedeutenden Einfluß nehmen wird, die Finalisierung derselben wohl seinem von ihm schon eskomptierten Großvezirate vorbehalten will, was uns ja auch recht sein kann, da er immerhin uns freundlicher sein dürfte als Kiamil. Es wird sich also wohl, falls nicht etwa in einem gegebenen Momente günstige Umstände einen sofortigen Abschluß einer Verständigung ermöglichen sollten, — was aber kaum zu erwarten ist, — empfehlen, die Pourparlers in ruhiger, konzilianter Weise zu führen, ohne ein sofortiges Resultat forcieren zu wollen oder andererseits einen jähen Abbruch herbeizuführen.

Es wird sich darum handeln, mit den maßgebenden Leuten ruhig zu diskutieren und zu argumentieren. Was speziell die Uebernahme eines Teiles der Staatsschuld betrifft, von welcher in Ihrem Telegramme die Rede ist und auf welche ja der Großvezir und auch Hilmi Pascha zu sprechen kommen wird, so wollen Euer Exzellenz in dem Sinne sich äußern, daß dies Verlangen wohl nicht Aussicht auf Annahme habe, daß dieselbe auch für die Türkei nicht praktisch wäre, weil wir mit einer Reihe von Gegenforderungen auftreten würden, wie z. B. die seinerzeitigen Kosten der bosnischen Flüchtlinge, die Auslagen für unsere Garnisonen im Sandschak während 30 Jahren, unsere dortigen Investitionen für Straßen, Kasernen etc. Immerhin würden Sie aber, wenn man darauf bestünde, mir über diesen Punkt berichten. Kurz, ich meine, Euer Exzellenz sollten diese Forderung zwar als wohl aussichtslos bezeichnen, nicht aber jede Diskussion darüber ablehnen. Was die wirtschaftlichen Punkte betrifft, so möchte ich hier zu Ihrer Orientierung vorbehaltlich eines späteren Erlasses bemerken, daß wir in der Frage der Erhöhung der Zölle auf der ursprünglich vom Handelsministerium gemachten Reserve wegen Ausschlusses der Konfektionswaren nicht bestehen werden.

a) Vgl. n. 719, 763. — b) n. 717.

Nr. 719. Tel. aus Konstantinopel, 10. Dez. 1908 Nr. 507 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nro. 247 von gestern. Aus dem letzten Satze desselben, welcher die mir in Aussicht gestellten ausführlichen Instruktionen dahin resumiert, dass wir die Boykottfrage abgesondert von der Annexionsfrage zu behandeln beabsichtigen, ist mir nunmehr klar, welchen Zweck Euer Exzellenz mit der der Pforte in der Boykottfrage zu übergebenden Note verfolgen. In diesem Lichte betrachtet, entfallen die in meinem Telegramme Nro. 506 vom 9. d. M. sowie in meinem am Freitag in Wien einlangenden Berichte Nro. 100 B^{b)} dargelegten Bedenken und glaube ich, dass wir auf diesem Wege tatsächlich die Dinge in ein günstigeres Fahrwasser bringen könnten. Die heutigen türkischen Zeitungen sprechen sich in versöhnlichem Sinne aus und plaidieren wenigstens teilweise für eine baldige Verständigung mit Österreich-Ungarn. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 718. — ^{b)} Nicht abgedruckt, da im wesentlichen inhaltlich gleich mit n. 709.

Nr. 720. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Dez. 1908 Nr. 508 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Hilmi Pascha lässt mir über meine Anfrage sagen, dass er mit dem Grossvezir in der Boykottangelegenheit gesprochen habe und die Hoffnung hege, wenigstens was Konstantinopel anbelangt, in einigen Tagen eine partielle Besserung erzielen zu können. Ich habe den Eindruck, dass man hier bemüht ist, den weiteren Verhandlungen den Weg zu ebnen. Parlaments-eröffnung findet Donnerstag 17. dieses Monats statt. Pallavicini.

Nr. 721. Tel. aus St. Petersburg, 10. Dez. 1908 Nr. 219 (eing. 11. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Allerhöchstes Handschreiben^{b)} sowie Memorandum^{c)} betreffs Konferenzprogrammes heute übergeben. Unverbindliche Äusserungen des Ministers liessen Absicht erkennen, Ausweg zu suchen, wodurch Zuspitzung austro-russischen Verhältnisses verhütet werden könnte, ohne dass slavophile Kompensationspolitik von vorneherein desavouiert werden müsste. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 724, 733, 750, 769. — ^{b)} n. 700. — ^{c)} Erste Beilage zu n. 705.

Nr. 722. Tel. nach Konstantinopel, 11. Dez. 1908 Nr. 249 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Achmed Riza, Niazi und Faik Bey, Mitglieder des jungtürkischen Comités haben sich vor einer Woche durch Vermittlung des Herrn Back de Surány in Paris an den Botschafter Grafen Khevenhüller gewendet und sich zu Verhandlungen bereit erklärt um den Conflikt mit uns beizulegen. Sie verlangten, dass die bezüglichlichen Pourparlers mit ihnen in Paris geführt würden. Ich liess auf demselben Wege erwidern, dass es mir nicht tunlich scheine mit einem in Paris tagenden Comité Unterhandlungen einzugehen; es wäre jedoch etwas Anderes wenn die Betreffenden ihrerseits einen Vertrauensmann in Constantinopel namhaft machen würden, der zwischen dem Comité und der Botschaft eine Fühlung herstellen würde. Wie mir Graf Khevenhüller unter dem gestrigen^{b)} telegraphirt, wurde Achmed Riza, der gestern Abends hier nach Constantinopel durchgereist sein soll, vom jungtürkischen Comité delegirt um die Unterhandlungen mit Euer Exzellenz zu führen. Wie Euer Exzellenz aus meiner früher erwähnten Erwidern entnommen haben, war in derselben von Unterhandlungen nicht die Rede. Sollte aber Achmed Riza bei Euer Exzellenz vorsprechen, so hielte ich es für opportun, dass Euer Exzellenz den Genannten welcher seiner Zeit auch von mir sowie Fürsten Bülow empfangen wurde, in entgegenkommender Weise aufnehmen. Sollte derselbe auf den in Paris unserem Botschafter gemachten Anwurf anspielen, so könnten Sie in dem Sinne sich aussprechen dass Ihnen eine Fühlung mit einer so massgebenden Persönlichkeit zu Ihrer eigenen Orientirung erwünscht sei. Selbstverständlich tritt hiedurch in den Ihnen morgen zukommenden Instruktionen keinerlei Änderung ein.

Aehrenthal.

^{a)} Dieses Tel. sowie der Bericht aus Paris, 12. Dez. 1908 Nr. 36 B geben den wesentlichen Inhalt des Tel. aus Paris vom 3. Dez. Nr. 62, des Tel. nach Paris vom 5. Dez. Nr. 72, des Tel. aus Paris vom 5. Dez. Nr. 63, des Tel. nach Paris vom 7. Dez. Nr. 73 und des Tel. aus Paris vom 10. Dez. Nr. 64 wieder, so daß von einem Abdruck dieser Stücke abgesehen werden konnte. Vgl. n. 729, 800, 806, 809, 824. — ^{b)} Tel. aus Paris, 10. Dez. 1908 Nr. 64, siehe oben Anm. a.

Nr. 723. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Dez. 1908 Nr. 510 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Nachdem laut Euer Excellenz Telegramm vom 9. d. M. No. 247 die Verhandlungen mit der Pforte in der Annexionsfrage unter vorläufiger Ausschaltung der Boykottfrage demnächst angeknüpft werden sollen,

erlaube ich mir nachstehenden Gedanken der Erwägung Euer Excellenz zu unterbreiten. Es scheint mir beinahe ausgeschlossen zu sein, dass wir in der Annexionsfrage zu einem praktischen Resultate kommen, respektive dem Boykott ein Ende machen, wenn wir uns gegenüber der Forderung nach Übernahme eines aliquoten Teiles der ottomanischen Staatsschuld durchaus ablehnend verhalten. Andererseits haben wir uns in diesem Punkte so kategorisch ausgesprochen, dass es auch von diesem Gesichtspunkte aus uns schwer wäre, nachzugeben. Vielleicht liesse sich aber auf diese Art ein Ausweg finden, wenn wir die Sache mit der Frage der Sandjakbahn in Verbindung bringen. Nach einer beiläufigen Berechnung würde sich der auf Bosnien entfallende Anteil an der ottomanischen Staatsschuld auf ungefähr 80 Millionen Francs belaufen. Diese Summe könnte durch Aufstellung von Gegenforderungen: Unterhalt der bosnischen Flüchtlinge vor der Okkupation, Schadenersatz für den Boykott etc. etwa auf die Summe von circa 50 Millionen Francs reduziert werden. Letztere Summe, glaube ich, würde der Pforte genügen, als Gegenwert müsste sie uns aber die Konzession zum Bau und zum Betriebe der Sandjakbahn zum Beispiel auf 90 Jahre geben, selbstverständlich ohne kilometrische Garantie seitens der Pforte. Die Bahn wäre also ganz als unser Eigentum zu betrachten und würde erst in 90 Jahren an den türkischen Staat zurückfallen. Auf diese Weise könnte auch unseren Vertretungskörpern gegenüber die Zahlung an die Pforte gerechtfertigt werden, da hiedurch beide Fragen, sowohl die Annexions-, als auch die Bahnfrage als gelöst erscheinen würden. Das pekuniäre Opfer, welches wir zu bringen hätten, müsste, glaube ich, von Bosnien getragen werden, welches in sein Budget eine Amortisierungsquote von circa 2,500.000 Francs aufzunehmen hätte. Es wäre dies allerdings eine schwere Belastung, aber ohne Übernahme irgend eines finanziellen Opfers glaube ich nicht, dass wir hier zu einem Resultate kommen und namentlich dem Boykott so bald ein Ende machen werden. Der Boykott dürfte nicht früher eingestellt werden, bis nicht die Verhandlungen zu Ende geführt sind. Im besten Falle, selbst wenn es gelingt, ohne finanzielle Opfer zu einem Einverständnisse zu gelangen, würde noch immer die Frage der Sandjakbahn eine offene bleiben.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 482, 738, 743, 754, 763.

Nr. 724. Erlaß nach London, 11. Dez. 1908 Nr. 2721.a) Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Ich bestätige Euer Exzellenz den Empfang Ihrer Berichte Nr. 61 B und C vom 27. v. M. über die Unterredungen, die Hochdieselben mit Sir E. Grey und Sir Ch. Hardinge gehabt haben. Ich habe aus diesen Berichten mit Befriedigung entnommen, dass der Standpunkt, den die beiden genannten Staatsmänner bezüglich der Verhandlungen, welche der Konferenz voranzugehen hätten, und hinsichtlich der Limitirung der Discussion auf der Konferenz selbst, vertreten, sich der einschlägigen Auffassung des Wiener-Cabinetes nähert. Wie Euer Exzellenz berichteten, hat nämlich Sir E. Grey Ihnen gegenüber die Ansicht vertreten, dass eine Discussion,

speciell was den Bosnien und die Herzegowina betreffenden Programmpunkt anbelangt, nicht im Voraus als principiell ausgeschlossen erklärt werden könne, dass man sich jedoch auf vertraulichem Wege dahin einigen könnte, von einer Discussion auf der Conferenz abzusehen. Der Herr Unterstaatssecretär wiederum hat die Frage aufgeworfen, ob nicht jetzt eine analoge Vorgangsweise gewählt werden könnte, wie im Jahre 1871, wo man sich — ohne die Discussion principiell auszuschliessen — dennoch im Voraus über das geeinigt habe, was bestimmt werden sollte. Euer Exzellenz finden in der Anlage eine Abschrift eines das Conferenzproject betreffenden Aide-Mémoires des St. Petersburger Cabinetes vom 9. November l. J. (a. St.), sowie eine Copie des Promemorias,^{b)} mit welchem wir diese Piece beantworten. Wie Euer Exzellenz aus dieser eben nach Petersburg abgegangenen Antwort ersehen werden, vertreten wir die Auffassung, dass ein rascher und befriedigender Verlauf der Conferenz und eine Verhütung der aus Unstimmigkeiten auf derselben drohenden Gefahren kaum zu erzielen wären, wenn der accord préalable der Signatarmächte sich auf eine stricte Aufzählung der Programmpunkte beschränken würde. Nach unserer Ansicht müsste sich der Gedankenaustausch auf den Inhalt zumindest der wichtigsten Programmpunkte beziehen; auf diese Weise könnten gewisse Formeln gefunden werden, welche die Discussion präcise begrenzen würden. Was speciell den Punkt 2 „Bosnien und die Herzegowina“ anbelangt, geben wir in unserer Antwort nach St. Petersburg der Erwartung Ausdruck, dass das dortige Cabinet sich bereit finden werde, die Discussion auf der Conferenz dergestalt zu limitiren, dass die Thatsache der Annexion der genannten Provinzen nicht mehr in Frage gestellt werde. Wenn auch die beiden anruhenden Aide-Mémoires vorderhand nur zu Euer Exzellenz rein persönlichen Information und zur allgemeinen Orientirung Ihrer Sprache dienen, so wollen Hochdieselben sich doch in Ihren Gesprächen mit den mehrgenannten englischen Staatsmännern dahin äussern, dass sich das Wiener Cabinet bei den im Zuge befindlichen Pourparlers von dem Geiste des Entgegenkommens und von dem Bestreben leiten lasse, mit dem Cabinet von St. Petersburg zu einem Einverständnis zu gelangen. Euer Exzellenz wollen bei dieser Gelegenheit auf die eingangserwähnten Äusserungen Sir E. Greys und Sir Ch. Hardinges Bezug nehmen und im Sinne der Ausführungen dieses Erlasses die Gesichtspunkte im Allgemeinen darlegen, von welchen wir uns bei den Verhandlungen über die Begrenzung des Conferenzprogrammes bestimmen lassen.

a) Oe.-U. Bosnien 49 Nr. 77. Vgl. n. 721, 758. — b) Erste Beilage zu n. 705.

*Nr. 725. Bericht aus London, 11. Dez. 1908 Nr. 66 B (eing. 14. Dez.).
Ausfert.*

Ich habe Sir Edward Grey zu Beginn dieser Woche gesehen und — so wie unlängst bei Sir Charles Hardinge — jetzt bei dem Staatssecretär selbst abermals die Haltung eines Theiles der englischen Presse zur Sprache gebracht. Ich habe betont, wie bedenklich mir dieser Ton sowie die Haltung gewisser englischer Reisender am Balkan für das Bestehen der künftigen

guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und England scheine. Ich habe hervorgehoben, wie sehr die zahlreichen Freunde Englands in der Monarchie davon impressionirt wären und, dass ich mich der Befürchtung nicht erwehren könne, dass hievon ein dauernd schlechter Eindruck bei uns zurückbliebe. Alles was ich sagte, brachte ich als Ausdruck meiner persönlichen Besorgniss vor, nachdem er ja wohl wisse, dass nichts mich mehr schmerzen würde, als wenn Verstimmungen und Gegensätze, die ich als hoffentlich vorübergehend ansehen möchte, bleibende Spuren in den Beziehungen beider Reiche zurücklassen würden. Sir Edward Grey erklärte, dass er mit der Presse nichts zu schaffen habe und dass er mit Correspondenzen des Daily Telegraph, von denen ich sprach, eben so wenig zu thun hätte als z. B. mit dem von demselben Blatte gebrachten Interview des deutschen Kaisers. Er bemerkte ferner, er höre, dass die Wiener Blätter England fortwährend auf das heftigste angreifen, Märchen von Vertheilung von Millionen durch Mr. Noel Buxton am Balkan verbreiten und überhaupt eine Sprache führen, als ob die britische Regierung für die Veränderungen verantwortlich wäre, welche durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina eingetreten sind. Er gab mir dabei zu verstehen, dass mit dem Wegfallen der Ursachen auch die Wirkung verschwinden und voraussichtlich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eintreten würde, sobald wir uns mit der Türkei verständigt und ein Mittel gefunden hätten, Serbien und Montenegro zu beruhigen.¹⁾ Ich fiel ihm da mit der Bemerkung ins Wort, dass ein Mittel zur Beruhigung der beiden letztgenannten Länder wohl nicht bestünde, denn was immer man ihnen auch zugestehe, würden sie doch ohne Zweifel fortfahren, sich auf die Schwergeschädigten zu spielen und mehr zu fordern. Grey hatte darauf wohl keine Antwort, sprach aber von unseren bedeutenden militärischen Vorbereitungen, welche die Serben sehr beunruhigten. Die serbische Regierung hätte dies wiederholt hier zur Sprache gebracht, er sei aber, wie ich schon durch Hardinge gehört hätte, nicht weiter darauf eingegangen. Ich erwiderte, dass alle unsere Vorkehrungen defensiver Natur seien und dass wir darauf bedacht sein müssen, den Übertritt irgend einer Bande über unsere Grenze zu verhindern. Im weiteren Verlaufe unseres Gespräches sagte Grey abermals, er wolle nicht recriminiren aber er habe mir gleich zu Beginn gesagt, es sei leichter das Bestehende zu stören, als es wieder in Ordnung zu bringen und die losgelassenen turbulenten Elemente zu beruhigen. Er würde sich gewiss freuen, wenn ein Arrangement zwischen uns und der Türkei zu Stande käme, er habe aber noch nicht gehört, ob und was wir in Constantinopel als Compensation angeboten hätten. Zu Anfang habe er geglaubt, die Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld wäre die günstigste Lösung gewesen; er wolle aber nicht darauf zurückkommen und es sei natürlich nicht an ihm, diesbezüglich Anregungen zu machen. Ich habe dieser Tage auch eine Unterredung mit Mr. Tyrell, dem Privat-Secretär Sir Edward Greys gehabt. Ihm gegenüber habe ich ganz vertraulich und sehr offenherzig meine persönliche schwere Besorgniss darüber ausgedrückt, dass der Eindruck bei uns immer mehr um sich greife, dass England überall die Elemente unterstütze, die gegen uns wirken. Ich citirte Eindrücke aus Belgrad (hohe Weisung No. 2616^a) vom

3. lf. Mts.), las ihm die Betrachtungen des montenegrinischen Blattes „Glas Crnogorca“ (hohe Weisung No. 2603^b) vom 3. lf. Mts.) vor und verwerthete auch Einiges, das mir aus privaten Quellen zugekommen war. Tyrell entgegnete mir, unsere und auch deutsche Blätter, namentlich aber die Neue Freie Presse, die am Balkan gelesen werden und immerfort von englischen Intriguen sprechen, erzeugen dort mehr als die englischen Zeitungen selbst, den Eindruck, dass England gegen uns arbeite. Was die reisenden Engländer betrifft, so habe Herr Chirell von der Times, eine Art von Inspectionsreise der Correspondenten seines Blattes im Auslande unternommen, wobei er sich auch in Wien, Budapest und Petersburg aufhielt. Er habe keine agitatorische Thätigkeit entwickelt und die wahrscheinlich aus seiner Feder stammenden Briefe „Situation in the Near East“ — die ich an anderer Stelle vorlege — zeigen keine Gehässigkeit gegen uns. Tyrell machte mich auch darauf aufmerksam, dass der Ton der „Times“, der vor zwei Monaten sehr heftig gegen uns war, sich sehr gemildert hätte und ich mich jetzt wohl kaum mehr über die Times-Artikel beklagen könne. (Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig.) Bezüglich Mr. Noël Buxtons, vom Balkan-Comité, sagte mir Tyrell, er habe denselben vor seiner Abreise gesehen und ihm den Rath gegeben, überall „den aufgeregten Politikern Eisumschläge aufzulegen.“ Buxton sei ein ehrlicher und begabter Mann, aber ein Phantast und politisch ganz unpraktisch, „an intelligent ass.“ Wir sprachen von der Lage überhaupt und Tyrell meinte, es scheine ihm, dass wir eine kostbare Zeit unbenützt verstreichen lassen. Je länger der gegenwärtige ungeklärte Zustand andauert, desto grösser wird die Anzahl derjenigen in den Balkanländern und auch in Russland, welche ernstlich glauben, die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei nur der erste Schritt zur Realisirung weiterer territorialer Aspirationen. Eine Verständigung zwischen uns und der Türkei sei natürlich der nothwendigste erste Schritt und er sei überzeugt, dass dieselbe möglich wäre. Ich warf ein, dass sie schwer durchführbar sei, falls bei den Jungtürken wirklich so unmögliche Präntentionen bestünden, wie ich sie unlängst in einer Zeitung las, dass sie nämlich eine Art von Autonomie für die beiden Provinzen verlangten. Er antwortete: „Seien Sie überzeugt, dass dies nicht der Fall ist. Die Jungtürken sind zu klug und zu sehr Realpolitiker um derartige Forderungen zu stellen. Warum haben Sie nicht gleich Jemand nach Salonich zu dem Hauptcomité entsendet, um sich mit den Mitgliedern derselben zu verständigen? Die Reactionäre in Constantinopel machen möglichst viel Kapital aus der ganzen Lage und was Ihnen am meisten schadet, ist die in der Türkei verbreitete Ansicht, dass Österreich-Ungarn mit der Reaction sympathisire und den Erfolg derselben herbeisehne.“ Tyrell sagte mir ferner, er hoffe die Zeitungsnachricht von einer Entsendung Professor Vámberys zu den Jungtürken würde sich bestätigen. Der Genannte flösse dort Vertrauen ein und es könne ihm vielleicht gelingen, die Jungtürken davon zu überzeugen, dass die Action Österreich-Ungarns nicht mit der Absicht unternommen wurde, das neue Régime zu stürzen. Tyrell betonte, dass man sich in einem cercle vicieux befinde, wenn wir keine Verhandlungen beginnen wollen, so lange der Boycott dauert und die Türken den Boycott nicht aufgeben wollen, bevor wir nicht Vor-

schläge gemacht hätten. Es bestünde da die Gefahr, dass man beiderseits wegen questions d'amour propre et de prestige auf einen Standpunkt gelange, von dem man nicht mehr zurück könne und der sehr ernste Gefahren mit sich bringe. Nach Tyrell's Ansicht hat die türkische Regierung nicht die Macht den Boycott zu verhindern. Das jungtürkische Comité könnte es aber — vielleicht — noch thun. Mensdorff.

1) !

a) Mitteilung von n. 649. — b) Mitteilung des Berichts aus Cetinje vom 16. Nov. 1908 Nr. 78 über die Beeinflussung der dortigen öffentlichen Meinung „durch die den montenegrinischen Aspirationen günstige Haltung der englischen Presse.“

Nr. 726. Tel. aus Sofia, 11. Dez. 1908 Nr. 151 (eing. 12. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Ich erfahre auf vertraulichem Wege, daß seit gestern der Bruder des russischen Justizministers Tscheglowitow hier weilen und bereits zwei Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten gehabt haben soll. Nach vertraulichen Äußerungen eines dem Ministerpräsidenten nahestehenden Deputierten hätte Herr Tscheglowitow die geheime Mission, eine Annäherung Bulgariens an Serbien und Montenegro unter russischem Patronate vorzubereiten, nach den weiteren Bemerkungen desselben Abgeordneten bestände aber hier keinerlei Geneigtheit, auf derartige Pläne einzugehen. Thurn.

^{a)} Vgl. n. 735, 736.

Nr. 727. Bericht aus Belgrad, 12. Dez. 1908 Nr. 89 A (eing. 14. Dez.).^{a)} Ausfert.

Die Unentschiedenheit und schwierige Lage der serbischen Regierung wird durch nichts besser charakterisiert, als durch die fortwährenden Verschiebungen der Skupština-Sitzungen, obwohl das Parlament offiziell tagt. Selbst die bereits dringende Erörterung des nächstjährigen Budgets hat noch nicht begonnen. Die auswärtige Politik beherrscht alles und die Regierung fühlt, dass es in der ersten Sitzung sofort zu indiskreten Fragen und Überraschungen kommen könnte. Dies entnahm ich auch aus den Worten des Herrn Milovanović, welcher die neuerliche Verschiebung der Sitzungen bis zum 8./21. d. M. damit motivierte, dass die Rückkehr des Herrn Novaković aus Konstantinopel abgewartet werden solle. Die drei Abgesandten — Milovanović, Pašić und Novaković — könnten dann gleichzeitig über die Resultate ihrer Missionen und die in den europäischen Metropolen gewonnenen Eindrücke referieren. Wegen der Anfragen der Abgeordneten und der voraussichtlichen Debatte dürften die Sitzungen abermals geheim sein, doch werde er, Milovanović, wahrscheinlich auch eine öffentliche Erklärung abgeben. Über den uns sicherlich nicht freundschaftlichen Inhalt seiner Enunziation befrag ich den Minister weiter nicht. Ich bin überzeugt, dass seine Äusserungen dahin auslauten werden, Serbien habe seine gerechte Sache den Mächten vorgetragen, sein Schicksal vertrauensvoll in ihre Hände gelegt, müsse also deren Entscheidungen abwarten. Bei den jetzt im Zuge

befindlichen diplomatischen Verhandlungen ist dieser kleine Staat ausgeschaltet, und die hiesige Situation hat daher für die nächsten 2—3 Monate an Bedeutung verloren. Für so lange sind nämlich keine eigenen Entschliessungen zu gewärtigen, da auf die Entscheidungen in Petersburg, Wien, Konstantinopel u. s. w. gewartet wird. Der Verlauf unserer Verhandlungen wird daher mit gespannter und ungesättigter Neugierde verfolgt. Die Reise Sektionschef Spalajković' nach Konstantinopel hatte sicherlich nur den Zweck, sich über den Stand unserer Pourparlers zu orientieren und bei der Pforte und dem Komitee gegen uns zu schüren. Denn selbstverständlich werden seitens Serbiens weder die internationale Hetze gegen uns, noch die Rüstungen der Armee eingestellt. Dagegen kann man konstatieren, dass in Belgrad und im Lande gegenwärtig eine ruhigere, abwartende Stimmung herrscht. Ein gewisses Verdienst hiefür kommt Herrn Milovanović zu, der mir erzählte — dies stimmt mit meinen geheimen Informationen — er habe die lautesten Schreier ernstlich gemahnt und ihnen die auf sie fallende Verantwortung vor Augen geführt. Es ist zu bedauern, dass die Stellung dieses vernünftigsten Ministers, den Serbien haben kann, eine so wenig feste ist. Dies ist ihm auch klar. Bei unserer letzten Unterredung stimmte er zwar meiner Ansicht zu, dass bei der schwierigen Lage und der Unbestimmtheit bezüglich der Richtung, die Serbien einschlagen müsse und werde, der schlaue Pašić kaum Lust haben werde, das Koalitionskabinett, zu stürzen und die Last der Verantwortung auf sich zu nehmen. Doch, fügte Milovanović hinzu, befänden sich in der unmittelbaren Umgebung Pašić' Elemente, welche machtgierig (wohl auch geldgierig) ihren Führer drängten, die ganze Regierungsgewalt wiederum in seine Hände zu nehmen.

Forgách.

a) Vgl. n. 689, 735, 777.

Nr. 728. Bericht aus Belgrad, 12. Dez. 1908 Nr. 89 B (eing. 14. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Serbien begnügt sich nicht damit, das Ausland, dessen Regierungen und öffentliche Meinung gegen uns aufzuhetzen, sondern es hat auch den Anschein als ob dieselben Faktoren — Professoren und Studenten, sowie die Regierung unter der Hand und durch ihren freigebigen Dispositionsfond — mit ihren Wühlarbeiten auch bei uns, speciell bei den österreichischen Slaven einsetzen wollten. Immer öfter hört man von der Solidarität Serbiens mit den Nationalitäten Österreichs. Dieser These sollte auch der vorgestrige Trauergottesdienst (mein ergebenes Telegramm No. 189 vom 10. d. Mts.) für die in Prag und Laibach „gefallenen“ Slaven dienen. Nach dieser Feier wurden von der Universitätsjugend Kondolenz- und Verbrüderungstelegramme an den Bürgermeister von Laibach Dr. Hribar und an die tschechische Universitätsjugend in Prag entsendet. Überhaupt wurden die Ereignisse, die sich in Prag gerade vor dem Kaiserjubiläum abspielten, hier entsprechend ausgemünzt und verwerthet. Einzelne Zeitungen schreiben direkt, Serbien habe nunmehr der Monarchie nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande ein Feuer gelegt, an welchem deren morscher Bau unbedingt zu Grunde gehen müsse. Unter diesen Umständen

wäre es interessant gewesen zu untersuchen, ob die bekanntlich von Belgrad aus finanziell stark unterstützten serbischen Studentenverbindungen an den letzten Wiener und Prager Krawallen beteiligt waren? Speziell in Prag fällt bekanntlich ein grosser Theil der Verantwortung für die letzten Vorgänge auf den Abgeordneten Klofač und sein Blatt. Die beinahe vaterlandsverräterische Rolle, die dieser Herr kurz nach der Annexion in Belgrad gespielt hat (h. a. Bericht N. 64 A vom 18.^a) und 66 B vom 22. Oktober l. J.),^b) ist Euerer Excellenz wolbekannt. Nun erhalte ich dieser Tage zufällig folgende Notiz seitens eines Konfidenten, der von dem den Verkehr mit ihm aufrechterhaltenden Konsul von Hann als verlässlich bezeichnet wird: „Der Abgeordnete Klofač hat während seines hiesigen Aufenthaltes bekanntlich mehrfach mit hiesigen Politikern und auch mit aktiven Staatsmännern verkehrt. An einem Tage seines hiesigen Aufenthaltes hatte er im Ministerium des Aeussern eine längere Konferenz; es kann jedoch nicht festgestellt werden, ob diese Besprechung im Kabinette des Ministers selbst oder bei einem anderen höheren Beamten stattfand. Jedoch ist es mehreren im Ministerium des Aeussern sich Aufhaltenden aufgefallen, dass während der Dauer dieser Konferenz der Chef des Kassaamtes des Ministeriums dorthin beordert wurde und sich durch ziemlich lange Zeit gleichfalls dort befunden hat. Klofač hat übrigens während seines Belgrader Aufenthaltes an mehreren Versammlungen im hiesigen Tschechenklub teilgenommen und die Mitglieder aufgefordert, die serbische Staatsangehörigkeit zu erwerben, damit sie als Slawen nicht etwa ungerechter Weise unter den Wirkungen der hiesigen antiösterreichischen Bewegung leiden.“ Ich habe weiter keine Beweise für die so schwerwiegende Beschuldigung, dass Klofač mit dem serbischen Dispositionsfonde in nähere Beziehung getreten wäre. Aber einerseits ist es zweifellos, dass unsere hiesige, zahlreiche tschechische Kolonie in Folge seiner Einwirkung eine so antipatriotische, serbenfreundliche Haltung einnimmt, und andererseits ist es Thatsache, dass die serbische Regierung einen Theil der ihr zu Rüstungen bewilligten Millionen zur Propaganda im Auslande und, soweit es möglich ist, zur Beeinflussung der französischen, russischen, englischen und italienischen Presse verausgabt. Die Bundesgenossenschaft Klofačs und seines leider in Böhmen verbreiteten radikalen Organes könnte also vielleicht auch dieser Quelle entspringen. Forgách.

^a) Berichtet über einen Artikel der „Beogradske Novine“ vom 11. Oktober 1908 über eine Unterredung mit Herrn Klofač. — ^b) Berichtet, daß Klofač mehrfache Unterredungen mit dem Redakteur der „Politika“ Ribnikar und mit einem gewissen Nušić gehabt habe, welcher der Organisator der Demonstrationen gegen Österreich-Ungarn sein soll.

Nr. 729. Bericht aus Paris, 12. Dez. 1908 Nr. 36 B (eing. 14. Dez.).^a) Ausfert.

Vertraulich. Euer Exzellenz dürfte es bekannt sein, welche Stellung der ungarische Staatsangehörige Herr Back von Surány in Konstantinopel einnimmt. Er hat dort das grösste Kaufhaus, und sein Bruder ist Präsident der österreichisch-ungarischen Handelskammer. Ich wusste, dass Back mit den hier anwesenden Jungtürken in Verkehr steht. Ich fragte ihn

anlässlich des am 1. Dezember bei mir stattgefundenen Festmahles, ob er sich nicht orientieren könnte über die Ansichten der Jungtürken bezüglich der Möglichkeit eines Ausgleiches mit uns. Unsere Aktion in Konstantinopel, die sich in Gesprächen mit der gänzlich machtlosen Regierung, wie es mir scheint, in einem *circulus vitiosus* dreht, kann einen Erfolg nicht bringen. Solange Euer Exzellenz darauf bestehen, dass die Pforte den Boykott beilegt und dann erst mit Verhandlungen begonnen werden kann, ist an ein Weiterkommen nicht zu denken. Es gibt zwei Mittel, die Situation zu brechen. Das eine heisst, der Türkei den Krieg zu erklären, das andere, mit den Führern der Jungtürken in direkte Aussprache zu treten und mit ihnen auf finanzieller Basis abzuhandeln. Angesichts der Weltlage und der Feindschaft, die wir, mit Ausnahme Deutschlands, von allseits zu gewärtigen haben, scheint mir eine kriegerische Aktion die Monarchie in ein zu grosses Risiko zu stürzen. Der strategische Weg gegen die Türkei führt über Belgrad und das Morava Thal. Ich bedauere, wie ich es Euer Exzellenz am 28. September zu sagen mir erlaubte,^{b)} die vorzeitige Räumung des Sandjak. Unser Verzicht hat nirgends Anerkennung gefunden, und unsere militärische Situation ist bei einem eventuellen Vormarsche geschwächt worden. Die Krise dauert schon zu lange. Alle Anfangs durch die Energie unseres Vorgehens gewonnenen Sympathien gehen wieder verloren. Vor die Wahl gestellt, entweder mit der Türkei uns zu verständigen, oder die russischen Forderungen bezüglich territorialer Entschädigungen an Serbien und Montenegro zu dulden, kann es wohl nicht schwer sein sich zu entscheiden. Wir können nicht die Feindschaft am Bosphorus und an der Neva gleichzeitig ertragen, mit der Aussicht, von dem verräterischen und stets lauernenden Italien angefallen zu werden. Wenn Euer Exzellenz mit der Türkei, das heisst mit den Jungtürken, auf der Basis, die ich in meinen telegrafischen Berichten Nr. 62, 63 und 64^{a)} angab, Einigung finden, wird unsere Lage, die ich gegenwärtig für gefahrdrohend halte, mit einem Schlage ausgeglichen sein. Achmed Riza, der hier als Delegirter des Konstantinopler Komitees weilte, war Euer Exzellenz sehr ungünstig gesinnt. Er währte sich von Euer Exzellenz getäuscht, weil ihm, als er von Hochdenselben im September empfangen wurde, die kommende Annexion verheimlicht ward. Achmed Riza ist ein ideal veranlagter Phantast, aber eine durchaus anständige Natur. Er ist bestimmt, eine grosse Rolle zu spielen, und da ich weiss, dass er wie alle Orientalen auf Formen grossen Werth legt, so gestattete ich mir, dessen Begrüssung am Bahnhofe in Vorschlag zu bringen. Er wird vom Komitee in Konstantinopel bevollmächtigt werden, mit dem Markgrafen von Pallavicini in Verkehr zu treten. Der zweite hier anwesende Jungtürke, Niazi Bey, ist von dem Komitee in Salonik abgesandt. Beide Delegirte hatten geglaubt, Euer Exzellenz hätten Husserl mit einer Mission betraut. Dieser höchst ungebildete und in einer untergeordneten Stellung befindliche Mann hat die Jungtürken angefahren, bedroht und ganz kopfscheu gemacht. Obwohl ich die Herren versichern liess, dass Husserl von Euer Exzellenz durchaus nicht betraut gewesen sei, zeigten sie sich misstrauisch. Sie verlangten von Back de Surány einen Beweis, dass man sie nicht an der Nase herumführen wolle. Ich hielt es für unbedingt angezeigt, die Jungtürken,

welche heute de facto die Macht in Händen haben, für uns zu gewinnen. Ich habe daher an Back de Surány einen Brief geschrieben, dessen Abschrift ich hier beilege, und welchen ich in möglichst wenig verfängliche Form zu kleiden getrachtet habe. Ich habe Herrn Back bevollmächtigt, diesen Brief den Delegirten zu zeigen. Kaum war dies geschehen, so erfolgte ein vollständiger Umschwung der Stimmung. Achmed Riza, welcher früher gegen Euer Exzellenz nur feindliche Äusserungen fallen liess, hat mich benachrichtigt, wie ich dies per Draht zu melden die Ehre hatte, dass er sich über Wunsch in Wien zwei Tage aufhalten würde, um alles mit Euer Exzellenz in Ordnung zu bringen. Die jungtürkischen Delegirten hätten es vorgezogen, wenn Euer Exzellenz es zugegeben hätten, dass die Verhandlungen hier zwischen Naum Pascha und mir geführt werden. Der Grund hiefür ist darin zu suchen, dass sie gerne vor Eröffnung des Parlamentes mit dem von ihnen erzielten Erfolge des Ausgleiches mit uns in Konstantinopel eingerückt wären. Nachdem die Herren von meinem Briefe an Back Kenntnis genommen, liessen sie mir sagen, dass sie nun bereit wären, mich zu besuchen. Ich habe das abgelehnt. Es liegt nicht in meiner Art oder Geschmacksrichtung, eine Verhandlung an mich reissen zu wollen. Wenn ich Euer Exzellenz von der Eventualität Meldung erstattete, dass die Besprechungen hier abgehalten werden sollen, so geschah das, weil ich die feste Überzeugung hegte, wir seien an einem äusserst gefährlichen Wendepunkt angelangt, und dass rasches Handeln notwendig sei. Achmed Riza und Niazi Bey haben hier bei Clemenceau und Pichon fleissig verkehrt. Sie haben auch mehr als einmal auf der russischen und englischen Botschaft vorgesprochen und sich Rats erholt. Bei der am 8. d. Mts. in der grossen Oper stattgefundenen Vorstellung zu Gunsten der abgebrannten von Stamboul, welcher Herr Fallières beiwohnte, sass Achmed Riza mit Naum Pascha in einer Loge und nahm den Ehrenplatz ein. Vor 14 Tagen war Riza in England und wurde vom König Eduard empfangen. Über das Gespräch, das zwischen dem Könige und Riza stattfand, habe ich eine vertrauliche Mitteilung erhalten und berichte darüber an anderer Stelle.^{c)}
Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 722 Anm. a, 788, 806, 818, 824. — ^{b)} Vgl. n. 116. — ^{c)} Vgl. n. 730.

Beilage zu n. 729. Brief des Grafen Khevenhüller an Herrn Back de Surány; Paris, 9. Dez. 1908. Abschrift.

Vous avez eu la bonté de me faire connaître vos conversations avec les délégués du Comité „Union et Progrès“. J'en ai référé à Vienne. Le Baron d'Aehrenthal me charge de vous informer qu'il verrait avec plaisir que le Comité délègue une ou deux personnes pour entrer en pourparlers avec Monsieur le Marquis de Pallavicini, ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Constantinople. Ces Messieurs auraient à discuter avec l'Ambassadeur les moyens pour arriver à mettre fin aux relations anormales et regrettables qui existent en ce moment entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie. Il serait nécessaire, que le Comité veuille bien par mon entremise communiquer les noms des délégués qu'il chargera de cette négociation. Khevenhüller.

*Nr. 730. Privatschreiben aus Paris, 12. Dez. 1908 (eing. 14. Dez.).^{a)}
Eigenh. Ausfert.*

Achmed Riza wurde vor etwa 14 Tagen von dem Könige Eduard empfangen. Der jungtürkische Champion ist geschwätzig. Er hat hier erzählt, daß der König ihn mit den Worten empfangen habe „Capital trick, your boycott, go-on“.¹⁾ Es ist mir hinterbracht worden, daß der König Dich speziell mit seiner Abneigung beehrt und daß Er diese Gesinnung nicht verbirgt. Er würde es als eine sehr erwünschte Fügung des Schicksals ansehen, wenn Albert Mensdorff Deinen Platz einnehmen könnte, dann sei Er sicher, daß in Wien eine England genehme Politik betrieben würde.
... *Persönliches.* ... Khevenhüller.

¹⁾ Famoser Einfall, Ihr Boycott, nur weiter!

^{a)} Vgl. n. 729, 768.

*Nr. 731. Erlaß nach Rom, 12. Dez. 1908 Nr. 2734.).^{a)} Konz.
(S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Aus der Berichterstattung Euer Exzellenz geht hervor, daß Herr Tittoni in der letzten Zeit wiederholt direkte und indirekte Anspielungen auf eine mögliche Grenzrektifikation an der friaulischen Grenze gemacht hat und nach Ihrem Telegramme Nr. 178 vom 30. Oktober hat er die Behauptung aufgestellt, daß im Frieden von Wien die genaue Grenzbestimmung dieses Rayons späteren Verhandlungen vorbehalten worden sei. Nicht etwa weil ich diese Äußerungen für diskussionsfähig halte, sondern um sie auf ihre historische Richtigkeit zu prüfen, habe ich archivalische Nachforschungen anstellen lassen, welche das nachfolgende Resultat ergeben haben: Artikel IV des Wiener Friedensvertrages vom 3. Oktober 1866^{b)} lautet: „La frontière du territoire cédé est déterminée par les confins administratifs actuels du Royaume Lombardo-Vénétien. Une commission militaire instituée par les deux Puissances contractantes sera chargée d'exécuter le tracé sur le terrain dans le plus bref délai possible“. Auf Grund dieser Bestimmung ist im folgenden Jahre eine österreichisch-italienische Kommission zusammengetreten, welche das Ergebnis ihrer Arbeiten in einem am 22. Dezember 1867 unterzeichneten Schlußprotokoll^{c)} niedergelegt hat. Aus diesem Dokumente ist zu entnehmen, daß über alle zweifelhaften Punkte Einigkeit erzielt worden ist, mit Ausnahme eines einzigen, der den Grenzzug an der Mündung des Flusses Aisa betrifft. Während nach österreichischer Auffassung der Lauf dieses Gewässers bis zu seiner Mündung ins Meer die Grenze bilden sollte, hielt man italienischerseits daran fest, daß die Aisa nur bis zu ihrer Vereinigung mit dem Canal Medadola die Grenze bilden sollte, welche, von diesem Punkte an, dem letztgenannten Wasserlaufe bis zu seiner Mündung zu folgen hätte. In den dem Schlußprotokolle zuliegenden Protokollen 16 und 21 wurde diese Divergenz konstatiert und deren Austragung einer späteren Vereinbarung vorbehalten. Bemerkt mag hier werden, daß es sich hiebei nur um wenige Quadratkilometer sumpfigen Terrains handelt. Als diese Verhandlungen noch im Gange waren, hat König Viktor Emmanuel und Ministerpräsident Ratazzi dem damaligen k. k. Gesandten in Florenz,

Freiherrn von Kübeck, gegenüber wiederholt den Wunsch zu erkennen gegeben, daß der für Italien angeblich ungünstige nordöstliche Grenzzug in einer den italienischen Interessen besser entsprechenden Weise geregelt werden möge. (Berichte vom 14. April und 18. Mai 1867, Nr. 28 A und 38 B). Freiherr von Kübeck hat sofort auf die gänzliche Aussichtslosigkeit aller dahingehender Bestrebungen hingewiesen. In einer Depesche vom 24. Mai 1867 an den Geschäftsträger Freiherrn von Bruck heißt es: Si, comme il est probable, il s'agit dans cette occasion de certaines cessions territoriales qu'on voudrait obtenir de l'Autriche, sans lui en offrir d'autres en échange, il ne nous sera pas possible, malgré toute notre bonne volonté, de donner satisfaction aux vœux des Italiens. Ainsi que Monsieur le Baron de Kübeck l'a fort justement fait observer, si l'Italie ne peut pas abandonner une seule commune du territoire nouvellement acquis, il est tout à fait inadmissible que l'Autriche fasse seule tous les frais d'un accommodement. Hier wird also eine eventuelle Rektifizierung des durch den Friedensvertrag bestimmten Grenzzuges von einer adäquaten uns von Italien zu gewährenden Kompensation abhängig gemacht. Dieser Gedanke wird dann noch weiter ausgeführt: Dans cet état de choses il nous semblerait préférable de s'en tenir pour le moment à la stricte exécution de l'article IV du traité de Vienne et de remettre à une époque ultérieure, où les esprits seront plus calmes et où il sera possible de traiter sur un pied d'entière égalité, le soin de rectifier d'un commun accord les parties défectueuses du tracé actuel. Und am Schlusse wird gesagt: J'ai cru devoir Vous communiquer ces réflexions afin que Vous puissiez Vous exprimer dans ce sens et que le Gouvernement italien sache . . . que ses demandes relativement à des cessions territoriales ne peuvent pas compter sur un accueil favorable si elles ne sont pas accompagnées d'offres équivalentes. Kurze Zeit nachher (Bericht des Barons Kübeck vom 13. Juli 1867, Nr. 47 D) kam Ratazzi auf den Gegenstand zurück und formulierte in präziser Weise die Wünsche Italiens. Hiernach hätten wir den Bezirk von Aquileja und Grado bis zur Punta Sdobba (Einwohnerzahl 20.000) abtreten sollen und hätten im Tausche hiefür einige Bergabhänge und Weidengründe (Einwohnerzahl 460) erhalten, welche sich an der tirolischen und kärntnerischen Grenze befinden. Bei dieser Gelegenheit las Freiherr von Kübeck dem italienischen Ministerpräsidenten unter Betonung der gänzlichen Unzulänglichkeit der uns gemachten Anerbietungen die oben erwähnte Depesche des Freiherrn von Beust vor und berichtet darüber: „Monsieur Ratazzi qui avait traité toute cette question fort amicalement n'a plus insisté et s'est rangé de mon avis que toute tentative ultérieure sur une paraille base n'aurait pas de chance de succès.“ Seit jener Zeit ist diese Frage von den folgenden italienischen Regierungen uns gegenüber niemals mehr zur Sprache gebracht worden, obwohl sich im Laufe der Jahre Gelegenheiten hiezu, so z. B. anlässlich des Abschlusses des Dreibundes, wohl ergeben hätten. Aber selbst bei der bekanntlich äußerst schwierigen Erneuerung der Allianz mit Italien und zu einer Zeit, da Zanardelli Ministerpräsident und Prinetti Minister des Äußern war — also Männer, die auf den Vorteil ihres Landes auf das äußerste bedacht und uns keineswegs günstig gesinnt waren — ist die italienische

Regierung auf diese Angelegenheit nicht mehr zurückgekommen. Auf welche Gründe Herr Tittoni sich also stützt, wenn er die Frage der Grenzrektifizierung gewissermaßen als eine offene betrachtet, ist mir nicht bekannt; eine rechtliche Basis und eine historische Begründung dürften sie aber nach den vorhergehenden Darlegungen wohl kaum für sich in Anspruch nehmen können.

a) Vgl. n. 503. — b) Martens, N. R. G. XVIII 405. — c) Ebenda 421.

Nr. 732. Privatschreiben König Viktor Emanuel III. von Italien an Kaiser Franz Josef I.; Rom, 12. Dez. 1908 (überreicht am 18. Dez.).^{a)} Ausfert.

J'ai à cœur de remercier Votre Majesté de la lettre,^{b)} par laquelle Elle a bien voulu m'avertir de Sa décision de procéder à l'annexion à Ses Etats des provinces de Bosnie et d'Herzégovine, ainsi que de renoncer à l'exercice des droits militaires et administratifs dans le Sandjak de Novi-Bazar, conférés à la Monarchie Austro-Hongroise par le traité de Berlin. La situation internationale qui a été créée par l'exécution des mesures destinées à réaliser ces intentions, a formé l'objet d'un examen approfondi de la part de mon Gouvernement. Mon Ministre des Affaires Etrangères a eu l'occasion d'exposer tout dernièrement le résultat de cet examen au Parlement du Royaume, qui a accordé son approbation à la ligne de conduite qu'il avait suivie. J'exprime à Votre Majesté la ferme confiance que la solution qui sera donnée aux questions actuellement ouvertes dans l'Orient Européen, pourra être de nature à assurer aussi bien la conservation des bienfaits inappréciables de la paix générale, que la consolidation des rapports d'amitié et d'alliance unissant depuis longtemps nos Maisons et nos Pays. Je saisis cette occasion pour renouveler à Votre Majesté l'expression de ma haute estime et de mon inaltérable amitié, et je prie Dieu qu'Il ait Votre Majesté dans Sa Sainte garde. Vittorio Emanuele.

a) Laut Privatschreiben des Ministers des Äußern an den italienischen Botschafter vom 17. Dez. 1908. Konz. — b) n. 96.

Nr. 733. Tel. nach St. Petersburg, 12. Dez. 1908 Nr. 160 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz wollen sich darüber informieren und mir telegraphische Meldung erstatten, ob Herr Iswolsky nunmehr nach Empfang unserer das Conferenzprogramm betreffenden Antwort seine angekündigte Absicht auszuführen gedenkt, dieses Aide-Mémoire anderen Cabineten mitzuteilen. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 9. l. M. Nr. 159 wissen, hätten wir dagegen Nichts einzuwenden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 740.

Nr. 734. Tel. nach Sofia, 12. Dez. 1908 Nr. 62 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. u. G. Aehrenthal).

Bei dem letzten Diplomatenempfang teilte mir der bulgarische Agent mit, man sei in Sofia über die Nachricht bestürzt, daß die k. u. k. Regierung

sich bereit finden könnte, dem Verlangen der Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld nachzukommen. Seine Regierung käme in eine ungemein schwierige Lage, nachdem die Türkei in einem solchen Falle natürlich mit einer analogen Forderung an Bulgarien herantreten würde, letzteres aber weder willens noch im Stande wäre, diesem Verlangen zu entsprechen. Er bitte mich um eine bezügliche Aufklärung. Ich erwiderte Herrn Sarafow, daß es durchaus nicht in meiner Absicht liege, der von ihm erwähnten, allerdings von jungtürkischer Seite lancierten Prätension nachzugeben, bei dieser Haltung sei ich eben auch durch die Rücksicht auf die bulgarischen Interessen bestimmt, da es allerdings keinem Zweifel unterliegen könne, daß die Pforte unsere etwaige Bereitwilligkeit als Pression gegenüber Bulgarien verwerten würde. Nun liege es mir aber vollkommen ferne, die bulgarische Regierung dadurch in eine schwierige Lage zu bringen. Im Gegenteile hätte ich derselben bereits durch Euer Hochgeboren in streng vertraulicher Weise die Zusage erteilt, daß wir uns den Mächten gegenüber — auch auf einer Konferenz — gegen die Berücksichtigung etwaiger türkischer Forderungen betreffs des bulgarischen Tributes und der Übernahme eines Anteiles an der türkischen Staatsschuld aussprechen würden. Hiedurch sei Bulgarien vor solchen weitgehenden türkischen Ansprüchen wirksam geschützt. Die Voraussetzung zu dieser für Bulgarien so wertvollen Zusage bilde selbstverständlich, wie ich dies des öfteren betont hätte, eine billige Regelung der Bahnfrage. Was die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei betreffe, so erfülle es mich mit Befriedigung, daß dieselben einen gewissen Fortschritt aufweisen und ein Einvernehmen vorzubereiten geeignet seien. Die bulgarische Regierung tue gut daran, eine konziliante aber feste Haltung zu beobachten, nichts zu überstürzen und keine politischen Engagements einzugehen, welche nicht den wahren Interessen Bulgariens zu Gute kämen. Herr Sarafow war von meinen Erklärungen äußerst befriedigt und quittierte dieselben mit lebhaftem Danke. Ich ersuche Euer Hochgeboren, sich auch Ihrerseits im Sinne des Vorstehenden den bulgarischen Ministern gegenüber vertraulich auszusprechen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 697, 735, 738, 764.

Nr. 735. Tel. nach Sofia, 12. Dez. 1908 Nr. 63 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochgeboren streng vertrauliche Telegramme vom 7. d. Mts., No. 147 und 148. Aus den darin dargelegten Considerationen sowie anderen der augenblicklichen politischen Lage entspringenden Gründen sehe ich davon ab, in diesem Momente an die bulgarische Regierung mit konkreten Propositionen betreffs zukünftigen Eventualitäten heranzutreten. Jedoch halte ich es für geboten, mit Bulgarien in fortwährendem politischen Contacte zu stehen und auf diese Weise das Terrain für alle Fälle vorzubereiten. Zu diesem Behufe wollen Euer Hochgeboren, abgesehen von Ihren Gesprächen mit den bulgarischen Ministern im Sinne meines heutigen gleichzeitigen Telegrammes^{b)} auch Gelegenheit zu einer politischen Aussprache mit dem Vertrauten des Fürsten Herrn Dobrowitsch suchen,

sich ihm gegenüber ebenfalls im Sinne meiner obcitirten Weisung aussprechen und hieran anknüpfend den folgenden Gedankengang verwerten: Wenn von mancher interessirten Seite dahin gewirkt werde, Bulgarien zu einem Anschlusse an Serbien oder zur Beteiligung an einer Balkan-Conföderation zu bestimmen,^{c)} welche von der Türkei geführt und ihre Spitze gegen Österreich-Ungarn richten würde, so ergäbe eine nüchterne Beurtheilung der Lage, dass eine solche Combination den wahren Interessen Bulgariens nicht entsprechen könne, denn im Falle eines Conflictes mit Österreich-Ungarn könne man wohl sich die Vortheile denken, welche Serbien oder die Türkei erreichen, nicht aber den Gewinn, welchen Bulgarien daraus ziehen könnte. Dieses würde durch seine Bundesgenossenschaft in einem solchen Falle nur den Interessen Serbiens und der Türkei Vorschub leisten, also gerade jener beiden Faktoren, welche notwendigerweise der Erstarkung Bulgariens und der Realisirung seiner Aspirationen misstrauisch oder feindlich entgegenstehen. Aus der gegenwärtigen politischen Lage ergebe sich vielmehr ein natürlicher Parallelismus zwischen den Interessen Bulgariens und jenen der Monarchie, [ein] Parallelismus, welcher bereits in dem bisherigen Verlaufe der Ereignisse sich manifestirte und zweifelsohne auch in Zukunft zur Geltung kommen würde. Die bewährte Staatsklugheit des Fürsten sowie der gesunde politische Sinn des bulgarischen Volkes würden sich gewiss vollkommen darüber Rechnung geben und die reellen greifbaren Vortheile zu würdigen wissen, welche dieser Parallelismus in gewissen Eventualitäten für die bulgarischen Interessen ergeben würde. Hiezu bedürfe es wohl nicht eines schon heute konkret gefassten Accords, auch seien wir überzeugt, dass kein bulgarisches Cabinet, welcher Parteirichtung immer, eine Politik einschlagen könnte, welche mit diesen realen Verhältnissen nicht im Einklange stünde. Ihrerseits verliere die Politik der Monarchie die oben dargelegten Considerationen nicht aus dem Auge, wie dies schon ihre bisherige freundschaftliche Haltung beweise. Zu Euer Hochgeboren persönlichen, streng vertraulichen Information. Wie ich confidentiell erfahre, giebt sich Seitens einiger Cabinette ein lebhaftes Interesse kund, ob zwischen der Monarchie und Bulgarien ein Accord abgeschlossen worden sei. Das Petersburger Cabinet habe angeblich eine diesbezügliche Anfrage an die bulgarische Regierung gerichtet, welche das Vorhandensein eines Vertrages kategorisch dementirt habe. Dennoch sei aber Herr Iswolsky von der Unrichtigkeit der Nachricht nicht vollkommen überzeugt.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 727, 736, 746, 1318, 2547. — b) n. 734. — c) Vgl. n. 726.

Nr. 736. Tel. aus Sofia, 12. Dez. 1908 Nr. 152 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. K. u. k. Militärattaché hatte heute eine Unterredung mit dem Chef des Generalstabes, General Nazlamow, und dem Chef des Operationsbureaus, wobei die beiden Herrn auf die Agitation zu sprechen kamen, welche gegenwärtig russischerseits in intensiver Weise betrieben werde, um Bulgarien zum Anschlusse an Serbien und Montenegro unter russischer

Aegide zu bewegen. Der letztere, Oberst Nerezow, welcher heuer zur Truppendienstleistung bei der k. u. k. Armee zugelassen war und daher sehr austrophil gesinnt ist, erwähnte insbesondere auch der mit meinem gestrigen Telegramm Nr. 151 gemeldeten Anwesenheit Herrn Tscheglowitov's; auch die offiziellen russischen Vertreter und zwar sowohl Herr Sementowsky als der russische Militärattaché arbeiten mit Hochdruck im eben angedeuteten Sinne. Wie Oberst Nerezow im strengsten Vertrauen andeutete, giengen dieselben in neuester Zeit sogar mit konkreten Versprechungen vor, indem sie durchblicken liessen, daß Rußland, falls Bulgarien sich seinen Wünschen gefügig zeige, die bulgarischen Aspirationen in Mazedonien seinerzeit unterstützen werde. Auch sei russischerseits hervorgehoben worden, daß eine Verwirklichung der bulgarischen Wünsche keinesfalls durch ein Anlehnen an Österreich-Ungarn, sondern einzig und allein mit russischer Hilfe erreicht werden könne. Im weiteren Verlaufe der Unterredung bemerkte der genannte Oberst, daß unter dem gegenwärtigen Regime das Liebeswerben Russlands wenig Aussicht auf Erfolg habe, da unter den Ministern mit alleiniger Ausnahme General Paprikoff's kein einziger den russischen Wünschen ein geneigtes Ohr leihen würde, während einzelne, wie zum Beispiel, der Kriegsminister und der Ministerpräsident, gegen Rußland sogar ausgesprochen mißtrauisch seien. Auch aus den Worten des Generalstabschefs, der sich jedoch viel reservierter und vorsichtiger ausdrückte, klang ein entschiedenes Mißtrauen gegen die russischen Machinationen durch.

Thurn.

a) Vgl. n. 735, 737.

Nr. 737. Tel. nach Konstantinopel, 13. Dez. 1908 Nr. 251 (chiff. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Geheim. Vertraulichen Nachrichten zufolge, hatte Herr Spalajković in Constantinopel die Mission, eine geheime Entente mit der Türkei zum Abschluß zu bringen und soll angeblich dieses Resultat vor wenigen Tagen erreicht haben. Euer Exzellenz wollen thunlichst constatieren in wie weit diese Nachrichten begründet sind; ich möchte es Euer Exzellenz auch anheimstellen durch Oppenheimer bei Hilmi Pascha (der seinerzeit Rappaport gegenüber von einer mit uns abzuschließenden Militärconvention^{b)} gesprochen hatte) diesbezüglich zu sondiren; eine Aufklärung scheint mir um so gebotener, als wir unsere Haltung bei den unmittelbar wieder aufzunehmenden Verhandlungen davon abhängig machen müssen, ob etwa die Türkei bereits anderweitige Engagements besitze. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 736, 742. — b) Vgl. n. 551.

Nr. 738. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Dez. 1908 Nr. 514 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe die mir mit Erlass vom 10. d. M. No. 2710 aufgetragene Démarche beim Grossvezir und Minister des Äussern soeben ausgeführt. Mein erster Besuch galt dem Grossvezir. Ich leitete das Gespräch mit den Worten ein, wir seien zur Überzeugung gelangt, dass die Regierung dem

Boykott wohl Einhaltung tun möchte, aber nicht imstande sei, dieser ihrer Verpflichtung nachzukommen. Euer Excellenz hätten sich daher entschlossen, die beiden Fragen separat zu behandeln, das heisst unseren Standpunkt in der Boykottfrage zu präzisieren, andererseits aber in der politischen Frage in Verhandlungen mit der Pforte zu treten. Was den ersteren Punkt anbelange, werde ich heute eine Note dem Minister des Aeussern übergeben. Ich las hierauf dieselbe dem Grossvezir vor. Kiamil Pascha folgte der Lektüre mit grosser Aufmerksamkeit. Als ich geendet hatte, wollte er den bekannten Standpunkt auseinandersetzen, dass sich die Türkei in einer nicht normalen Lage Österreich-Ungarn gegenüber befinde und dass diese anormale Lage durch unsere Schuld hervorgerufen worden sei. Ich unterbrach Kiamil Pascha, indem ich ihm sagte, ich möchte gar nicht heute in eine Diskussion der Boykottfrage eingehen, welche wir, wie gesagt, von der politischen ganz trennen und als eine Reklamationsangelegenheit unserer interessierten Kreise betrachten wollen. Heute handle es sich mir hauptsächlich darum, die Wege zu einer Verständigung in der politischen Frage zu ebnen und die Basis festzustellen, auf welcher wir verhandeln könnten. Kiamil Pascha nahm diese Erklärung mit grosser Freude entgegen und sagte mir, dass dies immer sein Wunsch gewesen sei. Im weiteren Verlaufe des Gespräches wies ich auf die bereits ihm angedeuteten wirtschaftlichen Konzessionen hin, welche wir der Türkei machen würden. Ich legte das Hauptgewicht auf zwei Punkte, nämlich auf die Erhöhung des Zolles und die Zustimmung zur Einführung gewisser Monopole, die ich ihm auch namhaft gemacht habe. Die übrigen von uns ins Auge gefassten Konzessionen streifte ich nur im Allgemeinen. Der Grossvezir erwiderte mir, dass die von mir namhaft gemachten Konzessionen, namentlich die Erhöhung des Zolles, von grossem Werte für die Türkei wären, vorausgesetzt, dass dieselben realisiert werden können, da sie ja doch auch von den anderen Mächten abhängen. Der Standpunkt, den er einnehme, sei folgender: Österreich-Ungarn hätte der Türkei eine pekuniäre Kompensation zu leisten. Dieselbe bestände in der Übernahme eines Teiles der Staatsschuld, welcher Teil nach den aufgestellten Berechnungen vier Millionen türkische Pfund betragen würde. Kiamil Pascha liess hiebei die Bemerkung fallen, dass die Idee einer solchen Kompensation nicht von ihm stamme, sondern von England, Frankreich und Russland der Türkei suggeriert wurde. Wenn nun aber die Monarchie — fuhr Kiamil Pascha fort — solche Konzessionen der Türkei in Aussicht stellt, welche, wenn realisierbar, für die Türkei ebenso viel Wert oder noch wertvoller wären, so könnte die obige Forderung durch letztere kompensiert werden. Es würde sich also darum handeln, vorläufig die Verpflichtung zur Zahlung von vier Millionen Pfund anzuerkennen, welche aber, falls es zur Zollerhöhung und zu den übrigen, auch von den anderen Mächten abhängigen Konzessionen kommen sollte, gegenstandslos werden würde. Kiamil Pascha fügte hinzu, er werde schon jetzt trachten, die anderen Mächte zu bewegen, der Zollerhöhung ihre Zustimmung zu erteilen, den grössten Widerstand fürchte er bei England. Ich antwortete Kiamil Pascha, dass ich die Forderung nach einer pekuniären Konzession wohl als aussichtslos bezeichnen müsse, dass

ich aber immerhin seinen Vorschlag Euer Excellenz unterbreiten werde. Nach der Entrevue mit Kiamil Pascha habe ich mich zum Minister des Äussern begeben und händigte ihm die Note ein. Tewfik Pascha nahm meine hieran geknüpften weiteren Mitteilungen gleichfalls sehr erfreut entgegen und sagte, er hoffe, dass wir bald zu einem positiven Resultat kommen werden. Der Boykott werde gewiss, sobald man Kenntniss von der Aufnahme der Verhandlungen erhalte, schnell aufhören. Ich sagte beiden Ministern, dass es meiner Ansicht nach nicht opportun wäre, die Note in der Boykottfrage irgendwie publik zu machen, was beide auch für besser hielten. Im Laufe des Gespräches mit beiden Ministern erhielt ich den Eindruck, dass Kiamil Pascha nicht daran denkt, zu demissionieren. Tewfik Pascha sagte mir, der Rücktritt des Ministeriums würde dann erfolgen, wenn das Parlament demselben Misstrauen votieren sollte, was aber, soweit man bisher die Dinge überblicken könne, nicht wahrscheinlich sei. Das Komitee sei in drei Teile geteilt und der Majorität im Parlamente nicht sicher. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 50 Nr. 78. Vgl. n. 723, 734, 739, 743, 754.

Nr. 739. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Dez. 1908 Nr. 515 (eing. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes No. 514 von heute. Ich habe gestern Hilmi Pascha sagen lassen, dass ich mit ihm heute eine Unterredung haben möchte, aber von ihm eine ausweichende Antwort erhalten. Hingegen hat der Minister des Innern heute Herrn Oppenheimer empfangen. Letzterer sagte mir, Hilmi Pascha habe ihm gegenüber die politische Frage spontan zur Sprache gebracht, aber in einem Sinne, welcher ihm (Oppenheimer) den Eindruck hinterliess, dass Hilmi Pascha eine Verständigung zwischen uns und der Pforte als nicht wahrscheinlich betrachtet und in zweiter Linie, dass er derzeit einen näheren Verkehr mit mir vermeiden möchte. Überhaupt scheint Hilmi Pascha, wie mir Herr Oppenheimer sagte, die Lage pessimistisch aufzufassen. Letzteres dürfte vielleicht darin seinen Grund finden, dass, wie aus meinem obzitierten Telegramme hervorgeht, die Aussichten Hilmi Paschas auf das Grossvezirat momentan sich nicht günstig gestalten. Es ist dies wahrscheinlich auch der Grund, warum Hilmi Pascha eine Verständigung zwischen uns und der Pforte derzeit selbst nicht zu wünschen scheint. Gestern abends suchten mich die in meinem Berichte vom 30. v. M. No. 98 genannten beiden Leiter des Boykotts auf und sagten mir, sie kämen im Auftrage des Komitees, um mich zu fragen ob ich geneigt wäre, mit einem führenden Mitglied des Komitees, dessen Namen sie aber nicht nennen wollten, in Berührung zu treten. Ich antwortete den Herren, dass ich ausschliesslich mit der Pforte verhandle, dass ich aber sehr gerne bereit sei, die Ansichten des Komitees in der Frage anzuhören. Die Begegnung wird Dienstag nachmittags stattfinden. Die beiden Herrn sagten mir ferner, dass der Boykott aufhören wird, sobald das Komitee in Erfahrung gebracht haben werde, dass ich mit der Pforte in Verhandlungen getreten bin.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 754, 756.

Nr. 740. Tel. aus St. Petersburg, 13. Dez. 1908 Nr. 221 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Réponse au télégramme de Votre Excellence No. 160 en date du 12 courant. Attendu que notre dernier aide-mémoire se réfère à pourparlers intimes et convention secrète, ministre des affaires étrangères juge inopportun d'en communiquer contenu aux autres Puissances. Il estime que moment d'associer ces dernières aux négociations serait arrivé dès que réponse russe se trouvât entre nos mains, ce qu'il envisage pour la fin de la semaine.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 741, 794.

Nr. 741. Tel. aus St. Petersburg, 13. Dez. 1908 Nr. 222 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ministre des affaires étrangères n'a pas touché dans ses conversations sur notre dernier aide-mémoire question du résultat des pourparlers de Buchlau. J'ai cru ne pas devoir aborder de mon côté passage de notre note se référant à cet échange de vues sans que ministre me donne occasion de le faire. Monsieur Isvolsky fait entendre que réponse russe serait „satisfaisante“.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 740, 745.

Nr. 742. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1908 Nr. 517 (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bei meiner gestrigen Besprechung mit dem Grossvezir kam letzterer ganz spontan auf Serbien und Montenegro zu sprechen und sagte mir folgendes: „Ich weiss, dass Serbien und Montenegro Ihnen nicht gefährlich werden können, aber ich glaube, dass ich Ihnen doch einen Dienst erwiesen habe, indem ich sowohl den Serben als den Montenegrinern keinen Zweifel darüber liess, dass sie nicht auf uns zu rechnen hätten und dass sie in Ruhe die Beschlüsse Europas abwarten sollten.“ Der Minister des Aeussern kam gleichfalls bei unserer gestrigen Unterredung auf Serbien zu sprechen und sagte mir, Serbien hätte hier Anträge wegen Abschlusses einer Militärkonvention gemacht, aber die Antwort erhalten, dass man den Nutzen eines solchen Abkommens nicht einsehe, da dasselbe sich nur gegen Oesterreich-Ungarn oder Bulgarien richten könne; ein Krieg mit Oesterreich-Ungarn komme für die Türkei überhaupt nicht in Betracht und gegen Bulgarien fühle sie sich selbst genügend stark. Die obigen Aeusserungen, welche ganz spontan und augenscheinlich unter dem Eindrucke getan wurden, welchen unsere durch meine Demarche zum Ausdruck gelangten freundschaftlichen Aeusserungen bei beiden Ministern hervorriefen, scheinen mir eben aus diesem Grunde vollkommen aufrichtig gemeint zu sein. Sollte aber trotzdem eine geheime Konvention bestehen, was ich durchaus nicht voraussetzen zu sollen glaube, so würde auch Hilmi Pascha kaum in die Lage gesetzt sein, Herrn Oppenheimer hierüber etwas zu verraten. Nachdem übrigens letzterer sich schon gestern von Hilmi Pascha verabschiedet hat, wäre eine

neuerliche Begegnung desselben mit dem Minister des Innern kaum durchführbar. Ich halte deswegen auch Herrn Oppenheimer, welcher heute nach Wien abreist, nicht länger zurück. Pallavicini.

a) Vgl. n. 737, 746.

Nr. 743. Privatschreiben aus Konstantinopel, 14. Dez. 1908 (eing. 16. Dez.).^{a)} Ausfert.

Ich benütze die Gelegenheit der Rückreise des General-Consul Oppenheimer nach Wien, um meiner gestrigen telegrafischen Bericht-erstattung noch einiges hinzuzufügen. Der Grossvezir machte im Laufe unserer Unterredung folgende Bemerkung: „Baron Aehrenthal handelt sehr weise, wenn er dahin trachtet, namentlich die Frage über die Annexion Bosniens noch vor der Conferenz ins Reine zu bringen. Im entgegen-gesetzten Falle könnte die Conferenz eine Gefahr für den Frieden werden.“ Im Allgemeinen machte mir Kiamil Pascha gestern den Eindruck, dass er immerhin aufrichtig die Verständigung mit uns sucht. Die von Euerer Excellenz befolgte Taktik, die Boycottfrage vorderhand auf ein anderes Geleise zu schieben, hat sich vollkommen bewährt und wird von den türkischen Staatsmännern mit grossem Danke begrüsst. Trotzdem komme ich immer mehr zu der Überzeugung, dass wir bezüglich der pekuniären Compensationen entgegenkommend sein müssen, wenn wir zum Ziele gelangen wollen. Es scheint mir auch, dass in der vom Grossvezir vorge-schlagenen Form diese Forderung nicht leicht abzuschlagen sein dürfte, da wir sonst implicite zugeben würden, dass die unsererseits in Aussicht gestellten Concessionen werthlos weil unrealisirbar sind. Zu einer effectiven Zahlung der 4 Millionen Pfund wird es aller Wahrscheinlichkeit nach ohne-dies nicht kommen, da es unter den heutigen Verhältnissen ganz ausge-schlossen erscheint, dass die anderen Mächte ihre Zustimmung zur Zoll-erhöhung nicht geben sollten. Es würde sich also nur um die prinzipielle Zusicherung handeln, den mit 4 Millionen Pfund bezifferten Antheil an der ottomanischen Staatschuld zu übernehmen. Vielleicht tragen aber Euere Excellenz gerade aus prinzipiellen Gründen namentlich mit Rücksicht auf Bulgarien gewisse Bedenken. Meiner unmassgeblichen Meinung nach steht aber die Sache im Falle Bosniens ganz anders als mit Bulgarien. Die Forderung, welche die Türkei an Bulgarien stellt, beruht auf einer ganz praecisen Bestimmung des Berliner Vertrages. In unserem Falle hingegen würde es sich, da die einschlägige Bestimmung des Berliner Vertrages von Bosnien nichts erwähnt, nicht etwa um die Erfüllung einer aus jenem Ver-trage entspringenden Verpflichtung handeln, sondern um Gewährung einer Compensation an die Türkei aus Billigkeits-Gründen nach Analogie ähn-licher Fälle von Gebietsabtretungen, wie zum Beispiel im Falle der Lom-bardei ferner Elsass-Lothringens. Es würde also glaube ich nicht ein für Bulgarien unangenehmes Praecedenz geschaffen werden, da der Rechts-titel, unter welchem die Türkei von Bulgarien den Antheil an der otto-manischen Staatsschuld fordert, ein ganz anderer ist, als im Falle Bosniens. Wie ich bereits in meinem Telegramme No. 514 von gestern bemerkt habe,

scheint mir die Stellung Kiamil Paschas jetzt wieder befestigt zu sein. Der General-Director der Ottoman-Bank Herr Deffes, welcher sehr gut informiert zu sein pflegt, sagte mir gestern Kiamil Paschas Stellung sei nun für einige Zeit gesichert. Wenn es zu meiner Abreise gekommen wäre, sagte mir Herr Deffes, hätte das Cabinet Kiamil Pascha seine Demission geben müssen, nun aber, da die Dinge wieder in ein besseres Stadium zu treten scheinen wünscht man, dass Kiamil Pascha die äusseren Fragen endgiltig löse, da man in ihn in dieser Hinsicht doch ein grösseres Vertrauen setze, als in andere, die nicht dieselbe Erfahrung haben. Die Hoffnungen Hilmi Paschas scheinen also für den Augenblick sich nicht zu realisieren. Es dürfte dies auch der Grund sein, warum Hilmi Pascha Herrn Oppenheimer gegenüber so zurückhaltend war. Übrigens würde ich auch in Hilmi Pascha kein unbedingtes Vertrauen setzen: seine Herrn Rappaport gemachten Versicherungen klingen ja recht schön, aber ob sie so ganz aufrichtig gemeint waren, möchte ich noch bezweifeln. Unter keinen Umständen sollten wir uns meiner Meinung nach mit Rücksicht auf Hilmi Pascha irgendwie aufhalten lassen, mit der Pforte zu einem Einverständnis zu gelangen. Der Moment ist jetzt äusserst günstig, wir müssen ihn ausnützen und zwar möglichst rasch.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 764.

Nr. 744. Tel. aus Rom, 14. Dez. 1908 Nr. 234 (eing. 4 U. 45 M. p. m.). Entziff

Bei gestriger Unterredung betonte Herr Tittoni die vorurteilsfreie und einsichtsvolle Aufnahme, welche seine Aeusserungen vom 4. d. M.^{a)} bezüglich Annäherung an Russland bei unseren massgebenden Kreisen gefunden hätten. Euer Exzellenz seien am besten in der Lage zu beurteilen, wie wenig Grund zur Beunruhigung für uns darin liege, nachdem Ihnen sein Projekt des Accord à trois zwischen Oesterreich-Ungarn, Italien und Russland^{b)} bekannt sei. Er verzweifelte auch jetzt noch nicht an dessen Realisierung. Gelingen es, so sei der Friede Europa's auf absehbare Zeit gesichert.

Lützwow.

a) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 363. Vgl. n. 687, n. 1664 Beilage Anm. c. — b) Vgl. n. 157.

Nr. 745. Tel. aus St. Petersburg, 14. Dez. 1908 Nr. 224 (eing. 15. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Im Laufe der heutigen Unterredung mit Herrn von Tscharykow betonte ich, dass wir Lösung nicht akzeptieren könnten, die Ergebnissen der Buchlauer Pourparlers widersprechen würde. Minister-Adjoint versicherte — ohne hierauf einzugehen —, dass russische Antwort danach angetan sein werde, uns zufriedenzustellen. Es werde unser Standpunkt adoptiert, dass Meinungs austausch über Meritum der einzelnen Programmpunkte zwischen Mächten voranzugehen und Konferenz lediglich Schlussprotokoll zu redigieren hätte. Auf meine Frage, ob Stellungnahme des kaiserlichen Kabinettes gleichzeitig präzisiert werde oder noch nachträglich Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland nötig

sein werden, konnte ich keine bestimmte Auskunft erhalten. Doch gab Ministeradjoint zu verstehen, Hauptsorge gehe gegenwärtig dahin, dass Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien-Montenegro vermieden werde. Es scheint daher nicht ausgeschlossen, dass hiesige Regierung in einer oder der anderen Form Schaffung diesfälliger Garantien in Anregung bringen werde. Russische Antwortnote wird mir voraussichtlich Mittwoch, spätestens Donnerstag eingehändigt werden. Berchtold.

a) Vgl. n. 741, 750.

Nr. 746. Tel. aus Sofia, 14. Dez. 1908 Nr. 153 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ich hatte soeben Gelegenheit, mich dem Kabinettsdirektor Dobrović gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 12. d. M., No. 63, auszusprechen. Ich fand bei ihm volles Verständnis dafür, dass Bulgarien keinerlei Interesse daran haben könne, sich der türkisch-serbischen Gruppe anzuschliessen und könne ich versichert sein, „dass solange König Ferdinand König von Bulgarien sei“ alle Versuche, die von welcher Seite immer in der angedeuteten Richtung unternommen werden könnten, erfolglos bleiben würden. Herr Dobrović erwähnte im Laufe des Gespräches spontan, dass Fürst Ferdinand ihm gegenüber auch die Eventualität eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei besprochen habe. In einem solchen Konflikte werde Bulgarien gewiss nicht auf Seite der Gegner der Monarchie stehen, sondern sich neutral verhalten, da durch Anschluss an die Türkei und Serbien für Bulgarien nichts zu holen wäre. Ich stimmte dem zu und warf scheinbar scherzend die Bemerkung dazwischen, dass, wenn es sich, wie er sich ausdrückte, darum handle, etwas zu holen, die Neutralität Bulgariens für diesen Zweck kaum genügen würde. Herr Dobrović ging auf den scherzenden Ton ein und lachte herzlich über den guten Witz, doch glaube ich, dass er den dahinter versteckten Wink wohl verstanden hat. Darüber im gegenwärtigen Augenblick hinauszugehen, hielt ich mich weder für berechtigt, noch wäre es meiner Meinung nach zweckmässig gewesen. Herr Dobrović erwähnte sodann, dass die gegenwärtige Regierung etwaigen durch Russland unterstützten Liebeswerben Serbiens gegenüber gänzlich immun sei, aber selbst im Falle eines künftigen sogenannten russophilen Kabinettes würde es Fürst Ferdinand zu verhindern wissen, dass dieses, wenn es überhaupt daran denken sollte, die Interessen Bulgariens an Russland verkaufe. Übrigens sei für die nächste Zukunft an einen Kabinettswechsel gar nicht zu denken, da Seine königliche Hoheit mit der Haltung seiner gegenwärtigen Minister sehr zufrieden sei und gar nicht daran denke, sie zu entfernen. Thurn.

a) Vgl. n. 742, 752, 770.

Nr. 747. Privatschreiben nach Berlin, 15. Dez. 1908. Konz. (S. Macchio; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Mit dem dortamtlichen Chiffretelegramm No. 281^{a)} melden Euere Exzellenz, daß der dortige russische Botschafter der deutschen

Regierung zu erklären beauftragt wurde, Herr Iswolsky habe die ihm vom „Lokalanzeiger“ in den Mund gelegte Äußerung, Deutschlands Haltung in der Balkanfrage mache ein förmliches Bündnis zwischen Rußland und England nötig, niemals gemacht. Es wird Euere Exzellenz interessieren, aus dem hier beigeschlossenen Telegramme des Grafen Berchtold^{b)} zu ersehen, was dieser über die der fraglichen Sensationsmeldung zu Grunde liegenden Vorgänge in Erfahrung gebracht hat, so daß er zu der Konklusion kommt, es handle sich hier um einen russischerseits inszenierten Bluff. Demgegenüber erfahre ich von vertrauenswürdiger Seite^{c)} als Äußerung eines eben in Wien weilenden intimen Freundes Herrn Clémenceau's, daß König Eduard in den verflossenen zwei Monaten alles aufgeboten habe, um Clémenceau dazu zu bewegen, der englisch-französischen Entente eine aggressive Spitze gegen Deutschland zu geben. Clémenceau sei hierüber sehr erbittert und habe erklärt, daß er auf diesem Wege der englischen Politik nicht folgen könne und über Mittel nachsinnen müsse, die geeignet erschienen, die englisch-französische Entente der kriegesischen Tendenz zu entkleiden, die ihr König Eduard so gerne geben möchte. Clémenceau soll sogar die Eventualität einer vollständigen Lossagung von England für den Fall in Aussicht genommen haben, als König Eduard fortführe, die französische Mithilfe zur Befriedigung seiner kriegesischen Velleitäten gegen Deutschland ausnützen zu wollen. Sei auch vielleicht diese Auffassung Clémenceau's nicht ganz wörtlich zu nehmen, so unterliege es ebensowenig einem Zweifel daß der französische Ministerpräsident dem unablässig drängenden König Eduard bereits im Verlaufe der in der letzten Zeit stattgehabten Verhandlungen mit derselben gedroht habe. Wenn man diese Nachricht mit dem früher besprochenen russischen Bluffmanöver sowie überhaupt mit der Sprache der englischen Presse in Zusammenhang bringt, so erscheint es mindestens nicht ausgeschlossen, daß auch ersteres auf englische Maché zurückgeführt werden könnte. Das Ganze entbehrt nicht des Interesses und wird jedenfalls auch Euerer Exzellenz beachtenswerte Fingerzeige zur Beurteilung der Situation bieten. Aehrenthal.

^{a)} Vom 11. Dez. 1908. Nicht aufgenommen, weil der wesentliche Inhalt oben wiedergegeben erscheint. — ^{b)} Vgl. n. 712. — ^{c)} Nach einer Amtserinnerung des literarischen Bureaus handelt es sich um eine Mitteilung der „Äußerung eines eben in Wien weilenden intimen Freundes Herrn Clémenceaus“ durch Dr. Szeps.

Nr. 748. Tel. aus Cetinje, 15. Dez. 1908 Nr. 111 (eing. 16. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Montenegrinische Skupschtina ist heute mittelst Ukas eröffnet worden. Selbe hat an Duma und italienisches Parlament Telegramme gerichtet, welche der Hoffnung Ausdruck geben, dass Montenegro in dieser schweren Zeit, in welcher das Slaventum vom Feinde bedroht werde, auf ihr Wohlwollen und ihre Hilfe rechnen könne. Vorschlag eines Telegrammes an die serbische Skupschtina wurde angenommen. Kuhn.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 51 Nr. 79.

Nr. 749. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1908 Nr. 518 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Laut Blättermeldungen beschäftigte sich gestern eine aus dem Minister des Innern, seinem Amtsvorgänger, dem Unterrichtsminister Haki Bey und dem Zolldirektor bestehende ministerielle Kommission mit den zur Eindämmung der Boycottbewegung zu ergreifenden Massregeln. Zwei in die Kommission berufenen Mitgliedern des Boycottsyndikates wurde erklärt, dass die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn angefangen hätten und der Rat erteilt, den Boycott abzuschwächen. Die beiden Vertreter des Syndikates erwiderten, dass das Syndikat keineswegs gesonnen sei, der Bewegung ein Ende zu machen, solange nicht Österreich-Ungarn die Forderungen der Türkei anerkannt haben würde. Sie fügten hinzu, dass selbst wenn die Hamale ihre Arbeit wieder aufnehmen und die österreichischen und ungarischen Waren somit in das Zollamt eingelagert werden würden, damit ja nichts gewonnen wäre, da die Kaufmannschaft sich weigern würde, die Waren zu beziehen. Nach einer Version hätten sich die beiden Delegierten bereit erklärt, die Sache dem Syndikat selbst vorzutragen und darüber der Kommission zu referieren. Ich glaube, dass, wenn ich in die Lage versetzt werden würde, die Propositionen Kiamil Paschas anzunehmen und letzterer dies zur weiteren Kenntnis bringen könnte, der Boycott sofort aufhören würde.

Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 52 Nr. 80.

Nr. 750. Bericht aus St. Petersburg, 2. 15. Dez. 1908 Nr. 53 A (eing. 17. Dez.).^{a)} Ausfert.

Meinen ergebensten Telegrammen Nro. 219 vom 27. November 10. Dezember l. J. und Nro. 224 vom 1. 14. l. M. möchte ich noch nachstehende Relation folgen lassen. Als ich am 28. November 11. Dezember dem Herrn Minister des Äussern unsere vom 8. d. M. datierte Antwort auf das die Konferenz betreffende russische Promemoria vom 9. November l. J.^{b)} verlesen und eingehändigt hatte, resumierte mir Herr Iswolsky seinen Eindruck dahin, dass er nicht recht wisse, wie unsere nunmehrige Stellungnahme auszulegen sei. Auf meine Bemerkung, dass darin der Gedanke festgelegt sei, das Meritum der einzelnen Programmpunkte sollte im Wege des Meinungsaustausches unter den Kabinetten au préalable fixiert werden, meinte er, es sei aber nicht daraus zu ersehen, ob wir unsere früheren schroffen Reserven beibehalten hätten oder nicht. Ich verwies darauf, dass in der Zulassung der schriftlichen Diskutierung vor Zusammentritt der Konferenz ein Entgegenkommen an die russische Anschauungsweise gelegen sei, worauf der Minister erwiderte: „Mais pour l'article 7 il parait que vous maintenez votre manière de voir“. Aus dieser Bemerkung im Zusammenhalte mit der seitens des Ministers an den Tag gelegten Unlust, die Programmpunkte genau umschreiben zu müssen, glaubte ich auf eine Besorgnis Herrn Iswolskys schliessen zu können, von vorneherein seine ihm lieb gewordene Kompensationspolitik desavouieren zu müssen. Bei nochmaliger Durchsicht des Schriftstückes fand sich der Minister veranlasst, die Passage zu rele-

vieren, worin eine Analogie zwischen dem gegenwärtigen Falle und dem Vorgehen Russlands in Bezug auf den Artikel 59 des Berliner Traktates (Batum) gezogen wird. Seiner Ansicht nach sei die Parallele nicht zutreffend, da Russland im fraglichen Paragraphen bloß die einseitig vom Kaiser ausgesprochene Absicht kundgetan habe, Batum als Freihafen errichten zu wollen. Ich erwiderte, dass dies aber England nicht gehindert habe, im Jahre 1886 Russlands Vorgehen als Vertragsverletzung zu stempeln. Die Stellen des Memorandums, welche sich auf die älteren Abmachungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland, sowie die im heurigen Jahre gepflogenen Pourparlers beziehen, übergieng der Minister mit vollkommenem Stillschweigen. Angesichts dieses demonstrativen Mutismus war es mir schwer möglich, die corde sensible des Buchlauer Gedankenaustausches zu berühren, zumal mir Herr Iswolsky bei einer früheren Gelegenheit expressis verbis gesagt hatte, es schiene ihm besser, nicht mehr auf die bereits erörterten „peinlichen“ Vorkommnisse zurückzugreifen, die der Annexion unmittelbar vorangegangen waren. Da ich Herrn Tscharykoff keine solche Reserve schuldig bin, habe ich in einer Unterredung, die ich mit dem Ministeradjoint am 1./14. d. M.^{c)} gepflogen, die empfindliche Saite erklingen gemacht. Ich gieng davon aus, dass es mir bedenklich erscheine, Vogel Strauss-Politik zu führen. Was ich dem Minister mit Rücksicht auf dessen Irritabilität schwer sagen könne, möge er im Interesse unserer guten Beziehungen von mir annehmen und nach Gutdünken seinem Chef gegenüber verwerten. Herr Tscharykoff, der sich in die Position eines Beichtvaters rückte, hörte meine Ausführungen ohne eine Miene zu verziehen bis zum Schlusse an. Nachdem ich geendet, versicherte er mich, die russische Antwort werde uns vollkommen zufrieden stellen. Er sei in der Lage mir deren wesentlichen Inhalt mitteilen zu können. Unserem Standpunkte werde Rechnung getragen, dass ein Gedankenaustausch über das Meritum der einzelnen Programmpunkte zwischen den Mächten voranzugehen hätte und der Konferenz lediglich die Aufgabe überlassen bliebe, das Schlussprotokoll zu redigieren. Auf meine Frage, ob das kaiserliche Kabinet gleichzeitig seine eigene Stellungnahme definitiv präzisieren werde oder ob diesfalls noch separate Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland nötig sein werden, konnte ich seitens des aalglatten Diplomaten keine bündige Antwort erhalten. Er meinte, Russlands Hauptsorge sei gegenwärtig, dass ein kriegesischer Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und den serbischen Schwesterländern, mit deren Interessen Russland durch eine mehr als hundertjährige Tradition verbunden sei, vermieden werde, denn ein solcher könnte von unabsehbaren Folgen begleitet sein. „Le premier coup de canon est vite parti, mais le dernier quand et où va-t-il résonner?“ Russland brauche Frieden und nicht nur russischen Frieden, sondern europäischen Frieden. Eine jede Komplikation würde einen Rückgang der Werte nach sich ziehen und die Realisierung der dringend benötigten Anleihe vereiteln. Russland habe bereits Mahnungen nach Belgrad ergehen lassen, die nicht unerhört geblieben seien. Man hoffe hier, dass der Friede gewahrt werde und rechne dabei auf unsere Unterstützung. Herr Tscharykoff besprach eingehend die serbischen Verhältnisse und wurde dadurch von

unserem ursprünglichen Ausgangspunkte vollkommen abgelenkt. Ich glaubte daher noch einmal auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Euer Exzellenz und Herrn Iswolsky zurückkommen und bedeuten zu sollen, dass wir eine Lösung nimmer gut heissen könnten, welche die Stellungnahme des Kaiserlichen Kabinetes zur Annexion von der Zustimmung der übrigen Mächte abhängig machen würde. Auch in diesem Falle verhielt sich mein vorsichtiger Mitredner lediglich rezeptiv, was mich zur Bemerkung veranlasste: „J'ai tenu à Vous le dire pour qu'il n'y ait pas de surprise." Heute soll die russische Antwort Seiner Majestät unterbreitet werden und morgen, spätestens übermorgen, in meine Hände gelangen. Ich werde mir dann erlauben, dieselbe im Wege des am Donnerstag 4./17. d. M. von hier abgehenden russischen Kuriers an Euer Exzellenz gelangen zu lassen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 758. — b) Neuen Stils 22. Nov. Vgl. Beilage zu n. 626. — c) n. 745.

*Nr. 751. Tel. aus Berlin, 16. Dez. 1908 Nr. 286 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Streng vertraulich. Gestern abends hatte ich eine lange und sehr eingehende Unterredung mit Fürsten Bülow, der mich wiederholt ersuchte, Euer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für den erhaltenen Brief^{b)} auszusprechen, aus welchem er mit Genugtuung ersehe, wie sehr seine Ansichten in allen schwebenden Fragen mit jenen Euer Exzellenz völlig übereinstimmen. Reichskanzler ist überzeugt, dass die ganze Krisis durch Festigkeit gegenüber Russland und entsprechendes Entgegenkommen gegenüber Türkei zu einem guten Ende geführt werden könne. In diesem Sinne sei vorgestern ein Erlass an Herrn von Tschirschky abgegangen, der ermächtigt wurde, Euer Exzellenz denselben vorzulegen. Die nach soeben eingetroffenem Berichte des Grafen Pourtalès noch immer ablehnende Haltung des Herrn Iswolsky gegenüber den letzten Vorschlägen Euer Exzellenz zur Regelung der Annexionsfrage betrachtet Reichskanzler als weiteren Einschüchterungsversuch. Nach seiner Kenntnis der italienischen Verhältnisse glaubt Fürst Bülow sicher darauf rechnen zu können, dass im Falle eines russischen Angriffes Italien sein Wort nicht brechen und sich nicht an die Seite unserer Gegner stellen werde. Mit einem schriftlichen Gedankenaustausch der beiden Generalstabschefs^{b)} in dem von Euer Exzellenz angeregten Belange ist Fürst Bülow vollkommen einverstanden. Eingehenden Bericht über meine hochinteressante Unterredung werde ich morgen^{a)} mit Spezialkurier an die Grenze senden.

Szögyény.

a) Vgl. n. 752. — b) n. 703.

*Nr. 752. Bericht aus Berlin, 16. Dez. 1908 Nr. 61 A (eing. 18. Dez.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Als ich gestern Abends den Reichskanzler aufsuchte, entschuldigte er sich vor allem angelegentlichst, mich früher nicht empfangen haben zu können; er sei gerade jetzt mit inneren Angelegenheiten so in Anspruch genommen, dass es ihm in der Tat nicht möglich gewesen

sei, sich die Zeit zu verschaffen, um mit mir eine längere Unterredung, auf die er großes Gewicht lege, haben zu können.

Ich brachte nahezu zwei Stunden bei dem Reichskanzler zu; in seiner höchst anregenden und auf den Grund der Sache gehenden Weise erging sich der Fürst zuerst in einem Rückblicke über die Vorgeschichte der jetzt geschaffenen Situation und versicherte mir, je mehr er über dieselbe nachdenke, desto mehr bestärke sich seine Überzeugung, dass die von Eurer Exzellenz in Angriff genommene Aktion notwendig und zeitgemäß war. Bei diesem Anlasse wiederholte mir Fürst Bülow, schon die Erregung und Enttäuschung, welche die Annexion Bosniens und der Herzegowina in Serbien und in Montenegro hervorgerufen habe, bewaise, wohin die politischen Aspirationen der beiden Balkanstaaten gerichtet gewesen seien und wie notwendig es für uns war, denselben durch einen entscheidenden Schritt Halt zu gebieten. Die Annexion musste nach seiner Ansicht durchgeführt werden — und zwar schon jetzt — wenn Österreich-Ungarn sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, zu einem späteren Zeitpunkte dieselbe unter viel größeren Schwierigkeiten vornehmen zu müssen, eventuell auch ganz daran verhindert zu werden. Außerdem gestehe er mir ganz offen, er habe als aufrichtiger Freund und treuer Bundesgenosse es in jeder Beziehung für wünschenswert erachtet, dass von den schwarz-gelben und rot-weiss-grünen Pfählen heraus endlich wieder ein Lebenszeichen in der internationalen Politik gegeben werde. Hiedurch sei die ganze politische Welt wieder zum Bewusstsein gekommen, dass mit Österreich-Ungarn, welches sich trotz seiner Bedeutung und seiner militärischen Kraft aus verschiedenen Gründen durch lange Zeit im Hintergrunde gehalten habe, in internationalen Angelegenheiten ernstlich gerechnet werden müsse.

Jede großangelegte politische Aktion berge während der Durchführung Gefahren in sich. Auch diesmal sei es der Fall und er begreife sehr gut, dass insbesondere industrielle Kreise in Österreich und Ungarn, die sich durch die unsichere Weltlage und speziell durch den türkischen Boycott geschädigt fühlten, an der Leitung unserer auswärtigen Politik eine scharfe Kritik zu üben begannen. Doch zweifle er keinen Augenblick, dass alle wirklich maßgebenden Faktoren in Österreich-Ungarn fest entschlossen seien, die begonnene Aktion bis zum Ende durchzuführen. Eine Umkehr vor den jetzt betretenen Bahnen wäre, so meinte der Fürst, ein folgeschwerer Fehler, der nicht so bald wett gemacht werden könnte.

Wenn hauptsächlich von englischer und russischer Seite immer wieder auf die Möglichkeit — selbst Wahrscheinlichkeit — eines Krieges im kommenden Frühjahr hingewiesen werde, so halte er diese Hinweise lediglich für Einschüchterungsversuche. Trotz der gereizten und polternden Sprache des uns allen wolbekannten Herrn Iswolsky könne man sicher sein, dass weder er noch ein anderer ernster russischer Staatsmann an einen Krieg denke.

Die inneren Verhältnisse Russlands und sein Geldbedürfnis könnten dies nicht zulassen. Spätestens im Frühjahr brauche Russland dringend einen enormen Geldbetrag; über eine dazu erforderliche Anleihe in der Höhe von mehr als einer Milliarde Francs sei ein Übereinkommen zwischen

Russland und Frankreich prinzipiell fertig, doch habe man in dieser Beziehung von Frankreich aus mit der grössten Entschiedenheit erklärt, dass dieses Anlehen nur in dem Falle flüßig gemacht würde, wenn der Friede gesichert erscheine. Demzufolge sei von russischer Seite eine krieglerische Aktion gänzlich ausgeschlossen. Umso stärker werde aber eben von dieser Seite in die Kriegsfanfare geblasen und auf die Einkreisung Österreich-Ungarns und Deutschlands hingearbeitet — eine Aktion, bei welcher eigentlich England die Führung habe, die aber gerade in letzter Zeit von Herrn Iswolsky mit allen erlaubten und auch unerlaubten Mitteln gefördert werde. Dies zeige sich in dem den Tatsachen gewiss nicht entsprechenden, zum Mindesten aber übertriebenen Betonen einer russisch-italienischen Entente, sowie in dem Bemühen, die Türkei gegen uns aufzuhetzen und einen Bund der Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn und Deutschland herbeizuführen. Dies seien aber, wie gesagt, lediglich Einschüchterungsversuche, denen gegenüber die einzig richtige Politik „Festigkeit“ sei. Russland müsse und werde zu der Überzeugung kommen, dass es durch die Fortsetzung seiner bisherigen Haltung nicht aus den Schwierigkeiten heraus- sondern immer tiefer hineinkomme; und für die künftige, für Österreich-Ungarn und Deutschland so erwünschte bessere Gestaltung guter Beziehungen zu Russland sei das Festhalten an unserer bisher verfolgten Politik von viel größerem Nutzen, als wenn wir jetzt Herrn Iswolsky durch Nachgiebigkeit aus seiner schwierigen Situation heraushelfen würden.

Umsomehr glaube er, der Reichskanzler, so weit er die Lage überblicken könne, im Interesse Österreich-Ungarns raten zu sollen, der Türkei in wirtschaftlichen und in staatsfinanziellen Fragen sich möglichst entgegenkommend zu zeigen. Dass die Türkei in hohem Maße geldbedürftig sei, brauche er des Näheren nicht auseinanderzusetzen. In dieser Beziehung könnte Österreich-Ungarn der Türkei gerade im jetzigen Momente sehr große Dienste erweisen, indem es ein entsprechendes Anlehen negotzierte, an welchem sich — wie er nicht zweifle — auch der deutsche Geldmarkt gerne beteiligen würde. Zugleich dürfte nichts versäumt werden, damit Bulgarien, Rumänien und Griechenland an die Seite Österreich-Ungarns gezogen werden. Hauptsächlich gelte dies von Bulgarien; ein Zusammengehen dieses Landes mit Österreich-Ungarn würde notgedrungen einen kalten Wasserstrahl auf alle Machinationen Herrn Iswolskys werfen. Rumänien würde durch Entgegenkommen in den Handelsvertragsverhandlungen noch fester an uns gekettet werden. Griechenland könnte man eventuell auf Albanien verweisen, womit auch Italien voraussichtlich einverstanden wäre. Er habe übrigens — was Italien betreffe — Grund zur Annahme, dass dessen Aspirationen auf Tripolis in letzter Zeit zugenommen haben. Diese würden von England — wegen Aegypten — und von Frankreich — wegen Tunis — bestimmt mit scheelen Augen betrachtet, aber nichtsdestoweniger von uns ermutigt werden.

Auf Russland zurückkommend wiederholte der Fürst, was mir Herr von Kiderlen schon gesagt hatte, dass die dortigen panslawischen Sympathien im Falle eines Waffenganges zwischen uns und Serbien sehr geteilt sein würde,^{b)} wenn wir mit Versprechungen an Bulgarien „von Riemen

aus dem serbischen Leder“ nicht sparen und so Bulgariens tätige Mithilfe uns sichern würden. Auch den Rumänen könnte ein Stück Serbiens als Kompensation in Aussicht gestellt werden.

Leider habe er bisher noch keine Anzeichen dafür, dass man russischerseits einzulenken gesonnen sei. Graf Pourtalès telegraphiere, Herr Iswolsky habe ihn zu sich bitten lassen. Er habe den russischen Minister sehr deprimiert gefunden; von einer schroffen Haltung keine Spur. Herr Iswolsky habe sich in weitspurigen Versicherungen ergangen, dass an den Zeitungsnachrichten über Verhandlungen in Betreff eines russisch-englischen formellen Bündnisses kein wahres Wort sei. In dieser Beziehung habe sich seit Reval, wo lediglich Abmachungen über centralasiatische Spezialfragen getroffen worden wären, nichts geändert.

Über die österreichisch-ungarisch-russischen Verhandlungen sprach sich Herr Iswolsky sehr pessimistisch aus. Der deutsche Botschafter habe freundschaftlich, aber sehr ernst dem russischen Minister des Äußern das so notwendige Einlenken ans Herz gelegt; Graf Pourtalès befürchtet aber, dass seine Worte, wenn sie auch ihren Eindruck nicht verfehlten, doch nicht den entsprechenden Erfolg gehabt haben. Herr Iswolsky sei bisher nicht geneigt, seinen ablehnenden Standpunkt aufzugeben, offenbar rechne er noch immer darauf, dass die Mehrzahl der Mächte bei Discussion der Annexionsfrage eine Art Autonomie Bosniens und der Herzegovina verlangen und sich einer einfachen Einverleibung beider Provinzen in die Habsburgische Monarchie widersetzen werden.

Bezeichnend für diese Sinnesrichtung ist eine Bemerkung gewesen, die er dem deutschen Botschafter machte, als dieser ihm sagte, es könne doch nicht schwer sein, eine Formel zu finden, um den betreffenden Artikel des Berliner Vertrages im Sinne der erfolgten Annexion abzuändern. „Eine solche Verständigung“, warf Herr Iswolsky ein, „kann doch unmöglich allein auf Kosten Russlands erfolgen.“ — „Aber vielleicht auf Grund eines Kompromisses“ — erwiderte der deutsche Botschafter. „Alles wäre möglich,“ erklärte hierauf der russische Minister, „wenn ich nicht darüber mit mir ganz im Klaren wäre, dass Österreich-Ungarn Serbien nehmen will.“ Graf Pourtalès hat versucht Herrn Iswolsky von diesem Gedanken abzubringen, indem er auseinandersetzte, dass, wenn Österreich-Ungarn wirklich auf der Balkanhalbinsel weiter vorrücken wollte, es den Sandjak nicht zurückgegeben haben würde. Die Antwort des russischen Ministers lautete man dürfe nicht vergessen, dass der Weg nach Salonich nicht über den Sandjak, sondern über Serbien führe.

Im weiteren Verlauf dieser Unterredung holte Herr Iswolsky das erst vor wenigen Stunden eingegangene österreichisch-ungarische Aide-mémoire^{c)} hervor, um den Beweis zu liefern, dass nicht er, sondern der österreichisch-ungarische Minister des Äußern es sei, der nach wie vor den intransigenten Standpunkt vertrete. Graf Pourtalès warf ein, dass nachdem das Wiener Kabinet — wie er aus diesem Memorandum ersehe — die Discussion über die Annexion garnicht mehr unbedingt von der Hand weise, dies ihm im Hinblick auf den ursprünglichen Standpunkt der k. und k. Regierung als ein sehr weitgehendes Zugeständnis erscheine. Herr Iswolsky

gab zu, dass die österreichisch-ungarische Note allerdings im ersten Augenblicke den Eindruck mache, in versöhnlichem Tone gehalten zu sein; bei näherer Betrachtung jedoch sehe man, dass sie in Wirklichkeit die Situation nur verschlimmere. „Was soll jetzt geschehen“, rief Herr Iswolsky aus, „je suis au bout de mon latin; wenn ich wüsste, dass ich die Sache des Friedens dadurch förderte, würde ich am liebsten meinen Platz einem anderen räumen, ich habe dies schon dem Zaren gesagt, doch bin ich so unbescheiden, dass gerade ich Bürgschaften für den Frieden biete.“

Der Reichskanzler ersuchte mich, diese Mitteilung als streng vertraulich zu behandeln; er habe dieselben zu meiner Kenntnis gebracht, um neuerlich darzulegen, dass es dem russischen Minister des Äußern hauptsächlich darum zu tun sei, die Situation in möglichst schwarzen Farben zu malen und Österreich-Ungarn sowie auch Deutschland einzuschüchtern. Nach seiner, des Reichskanzlers Meinung könne man diesem so durchsichtigen Manöver nichts anderes als Festigkeit entgegensetzen. Österreich-Ungarn und Deutschland, wenn sie zusammenhielten, würden schließlich doch die Oberhand behalten und hiebei auch im Sinne des allgemeinen Friedens wirken.

Dass die Versicherungen des Fürsten Bülow vollkommen ernst gemeint sind, ist nicht zu bezweifeln. Er ist von der Richtigkeit unserer Politik überzeugt und er hat bei der unbedingten Unterstützung dieser Politik einen großen Rückhalt in der deutschen öffentlichen Meinung, was von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, wenn man bedenkt, dass die gesamten deutschen publizistischen Organe — mit verschwindend wenig Ausnahmen — die bundestreue Haltung der deutschen Regierung vollauf billigen und dass alle maßgebenden, in inneren Fragen so zerklüfteten Fraktionen des Reichstages, sogar die mit den Alldeutschen in engster Fühlung stehenden „Antisemiten“ aus vollster Überzeugung für die treueste Bundesgenossenschaft zu uns eingetreten sind. Für die Aufrichtigkeit des Reichskanzlers spricht auch der Umstand, dass er keinen Anlass versäumt, in St. Petersburg — sogar auf die Gefahr hin, dort Verstimmungen hervorzurufen — für uns Partei zu nehmen, trotzdem ihm die Versuchung gewiss sehr nahe liegt, Bismarckische Traditionen neu zu beleben und die Gelegenheit auszunützen, damit die Verhältnisse sich wieder so gestalten, dass der Weg von Wien nach St. Petersburg über Berlin geführt werde.

Offenbar liegt gerade jetzt dem Reichskanzler sehr viel daran, die von so mancher Seite angezweifelte Stetigkeit der deutschen Politik außer Frage zu stellen und der Welt ad oculos zu demonstrieren, wie ernst Deutschland seine Bundespflichten auffasst.

Zum Schlusse unserer Unterredung kam Fürst Bülow auch auf die von Eurer Exzellenz angeregte Idee zu sprechen, dass unsere beiderseitigen Chefs des Generalstabes im Laufe des Winters in Betreff der Eventualität eines europäischen kriegerischen Konfliktes mit einander in einen schriftlichen Gedankenaustausch treten. Er ersuchte mich, Eurer Exzellenz zu melden, dass er mit dem General der Infanterie von Moltke diese Angelegenheit erörtert habe, der in dieser Beziehung dem k. u. k. General der Infanterie v. Conrad ganz zur Verfügung stehe.^{d)}

Italien betreffend ist der Reichskanzler — wie ich Eurer Exzellenz telegrafisch zu melden die Ehre hatte — der Meinung, dass unser dritter Bundesgenosse im Falle eines russischen Angriffes sich nicht auf die Seite unserer Gegner stellen würde. Abgesehen von dem Bündnisvertrage sei man in Italien doch zu vernünftig, um sich von uns los zu sagen und sich einer voraussichtlich ephemeren anderen Kombination anzuschließen. Graf Monts wäre zwar anderer Meinung, doch sei der Herr Botschafter ein so unverbesserlicher Pessimist, dass man seine Voraussagungen nicht immer ernst nehmen könne. Er — Fürst Bülow — habe so lange Zeit in Italien zugebracht und unterhalte mit den dortigen maßgebenden Persönlichkeiten fortdauernd einen so regen Verkehr, dass er sich ein richtiges Urteil zumute.

Die Nachteile, welche aus einem Krieg erwachsen würden, wären für Italien noch viel bedeutender, als für jedes andere Land. Aus diesem Grunde könne man nahezu mit Sicherheit darauf rechnen, dass die vernünftigen Elemente im Königreiche stets die Oberhand behalten und das Land vor Abenteuern bewahren würden.

Szögyény.

a) Vgl. n. 751, 753, 838, 855. — b) So! Vgl. n. 678, 746, 757. — c) Erste Beilage zu n. 705. — d) Vgl. n. 751, 848.

Nr. 753. Privatschreiben aus Berlin, 16. Dez. 1908 (eing. 18. Dez.).^{a)} Ausfert.

Über meine gestrige lange Unterredung mit dem Reichskanzler berichte ich Eurer Exzellenz an anderer Stelle;^{b)} wenn mein diesbezüglicher Bericht etwas gar zu breitspurig ausgefallen ist, und wenn ich in demselben Einiges melde, was Hochdenselben aus Mitteilungen Herrn von Tschirschkys und der Berichterstattung des Grafen Berchtold schon bekannt sein dürfte, bitte ich um gütige Nachsicht. Fürst Bülow war diesmal ganz besonders mittheilsam, und versicherte mir, er wolle mir seine Auffassung über die Situation in der möglichst ausführlichsten Weise auseinandersetzen, um seine, wie er mir sagte, von vielen Seiten als allzuoptimistisch beurteilten Ansichten gehörig begründen zu können. Er bleibe dabei, dass trotz des Kriegslärmes, der von den Gestaden der Themse und der Newa erschalle, der Friede ernstlich nicht bedroht sei. Russland wolle, und was die Hauptsache, könne sich in kein kriegerisches Abenteuer stürzen. Frankreich sei fest entschlossen den Frieden aufrechtzuerhalten und sei, wie der eben hier weilende deutsche Botschafter in Paris versichere, eher bereit, sich von der Entente mit England loszusagen, als den kriegerischen Velleitäten eines Theiles der englischen öffentlichen Meinung, die sich auch diesmal wie schon so oft, die Kastanien von einem Anderen aus dem Feuer holen lassen möchte, Folge zu leisten. Die Türkei werde gewiss nicht zu den Waffen greifen, und die kleinen Ruhestörer am Balkan, Serbien und Montenegro, können füglich leicht gezüchtigt werden. Als Curiosum über die Zustände in St. Petersburg, erzählte mir der Fürst streng vertraulich, es sei ihm gestern eine Meldung aus der russischen Hauptstadt zugekommen, die, wie er hinzufügte, sehr bezeichnend für die gänzliche Unorientirtheit des Kaisers von Russland sei. Als Herr Iswolsky das letzte Aide-Mémoire, welches Euere Excellenz dem russischen Minister des Äussern mittheilen liessen,^{c)} seinem kaiserlichen Herrn vorlas, machte Höchstderselbe folgende

Bemerkung: „Also Baron Aehrenthal hat den Muth, uns für die Annexion Bosniens und der Herzegowina die mesquine Compensation vorzuschlagen, dass wir den Artikel 59 des Berliner Vertrages abrogiren und den Hafen von Batoum zu einem Kriegshafen erklären sollen.“ Es sei wirklich ganz unglaublich, so fuhr der Reichskanzler fort, dass Kaiser Nikolaus, der in der Auswärtigen Politik füglich doch ein gewichtiges Wort mitzureden habe, gar nicht wisse, dass, wie Euere Excellenz dies in Hochdero Mémoire ganz richtig ausführen, Russland sich schon seit Jahren von dem in Rede stehenden Artikel des Berliner Vertrags losgesagt und den Hafen von Batoum thatsächlich zu einem Kriegshafen umgewandelt habe. ... *Innere deutsche Angelegenheiten.* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 855. — b) n. 752. — c) Erste Beilage zu n. 705.

Nr. 754. Tel. nach Konstantinopel, 16.a) Dez. 1908 Nr. 253 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).b) Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Aus Euer Exzellenz Telegramm vom 13. I. Mts., No. 514, habe ich mit Genugtuung entnommen, daß der Großvezier Ihre instruktionsgemäßen Eröffnungen mit dem Ausdrucke der Freude und der Bereitwilligkeit aufgenommen hat, die unterbrochenen Verhandlungen wieder fortzusetzen. Aus Ihrer weiteren Meldung ist zu entnehmen, daß Kiamil Pascha, als die Diskussion über die wirtschaftlichen Punkte wieder aufgenommen wurde, alsbald auf das Verlangen nach Übernahme eines Theiles der Staatsschuld zu sprechen kam. Abgesehen davon, daß eine Verpflichtung hiezu weder im Berliner Vertrage noch sonst normiert wurde und diesem Verlangen daher jede rechtliche Basis fehlt, scheint uns derselbe selbst vom türkischen Standpunkte aus nicht praktisch zu sein, denn wir könnten nicht umhin, diesem Verlangen die Ersatzansprüche entgegenzustellen, welche wir der Türkei gegenüber aus diversen Titeln geltend zu machen berechtigt wären, wie die Kosten für die jahrelange Verpflegung der zahlreichen bosnischen Flüchtlinge, die Kosten für die Erhaltung der Garnisonen im Sandschak während 30 Jahren, die Ablösung der daselbst gebauten Straßen, Kasernen und so weiter. Bei Abrechnung aller dieser Beträge würde es sich herausstellen, daß dieselben dem betreffenden Theile der Staatsschuld an Höhe gleichkommen oder sogar denselben übertreffen würden. Zu Ihrer näheren Information und entsprechenden Verwertung erhalten Euer Exzellenz mit dem nächsten Kurier einige speziell diesen Punkt betreffende Daten. Im weiteren Verlaufe des Gespräches hat Kiamil Pascha Euer Exzellenz gegenüber erklärt, daß, wenn seitens der Monarchie der Türkei solche Konzessionen in Aussicht gestellt werden könnten, welche für dieselbe ebenso viel oder noch mehr Wert besäßen, die Forderung der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld durch diese letzteren Zugeständnisse kompensiert werden könnte. Euer Exzellenz wollen von diesen Erklärungen des Großveziers ausdrücklich Akt nehmen und sich auf dieselben beziehend ihm als Vorschlag von unserer Seite folgenden Gedanken entwickeln, welchen ich hier bloß kurz resümiere: Die geeignetste und speziell auch für die Türkei wünschenswerteste Form, in welche die ihr unsererseits zu gewähren-

den Konzessionen gekleidet werden könnten, dürfte die eines möglichst bald abzuschließenden Handelsvertrages sein, welcher an Stelle des bisherigen Regimes in den wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder treten würde; die von der Monarchie der Türkei einzuräumenden Konzessionen in Bezug auf Zölle, Monopole, Postanstalten und so weiter würden in diesen Vertrag selbst aufgenommen werden. Dieser Modus wäre für die Türkei umso wertvoller als sie sich des Vertrages mit uns als *traité modèle* gegenüber den anderen Mächten bedienen könnte. Mit dem morgigen Kurier erhalten Euer Exzellenz den bereits ausgearbeiteten Entwurf einer Entente préalable zwischen beiden Regierungen in Bezug auf den Abschluß eines Handelsvertrages im Geleite näherer Instruktionen. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, den Großvezier zu verständigen, daß Ihnen neue Instruktionen bereits angekündigt sind und mit ihm eine Zusammenkunft zu vereinbaren, um den Anschein einer Stockung der Verhandlungen zu vermeiden. Streng vertraulich! Zu Ihrem Telegramme vom 11. l. Mts., No. 510, möchte ich zu Ihrer persönlichen Information bemerken, daß die Übernahme eines Teiles der Staatsschuld allerdings vollkommen ausgeschlossen bleiben muß, daß aber Projekte einer pekuniären Kompensation in anderer Form hier bereits Gegenstand der Erwägung bildeten. Gegen eine Verquickung mit der Sandschak-Bahn würde das Bedenken sprechen, daß wir dadurch in der Türkei und anderwärts im jetzigen inopportunen Augenblicke neuerlich das Mißtrauen gegen unsere weiteren Absichten wecken und so den Effekt, welchen wir durch die Räumung des Sandschaks erzielen wollten, ganz zu nichte machen würden. Was die von Euer Exzellenz im Telegramme vom 13. l. M., No. 515, erwähnte reservierte und eher pessimistische Haltung Hilmi Paschas anlangt, so dürfte dieselbe wohl auf den Umstand zurückzuführen sein, daß derselbe den begreiflichen Wunsch hegt, es möge der Erfolg eines Accords mit uns seinem eventuellen Großvezierate vorbehalten bleiben. Es wird sich aber immerhin empfehlen, daß Euer Exzellenz auch weiterhin mit dem Herrn Minister des Innern in vertraulicher Fühlung bleiben. Euer Exzellenz könnten demselben gegenüber zur Geltung bringen, daß wir bei Wiederanknüpfung der Verhandlungen, seinem eigenen Wunsche entsprechend, die wirtschaftlichen Diskussionspunkte in den Vordergrund gestellt haben. Aehrenthal.

^{a)} Das Originalkonzept trägt die Datierung 17. Dez., dagegen den Vermerk: chiffriert 16. Dez. 8 U. 15 M. p. m. Das Tel. aus Konstantinopel, 17. Dez. 1908 Nr. 523 (aufg. 17. Dez. 8 U. 10 M. p. m., eing. 18. Dez. 7 U. a. m.) besagt: Telegramm Nr. 253 vom 16. d. M. erhalten. Die Datierung 17. Dez. dürfte daher auf einem Irrtum beruhen. ^{b)} Vgl. n. 763, 764, 765, 779.

Nr. 755. Erlaß nach Konstantinopel, 16. Dez. 1908 Nr. 2780.^{a)} Konz. (S. Pitner; V. und G. Macchio).

Streng vertraulich. Einer vertraulichen Meldung zufolge trachtet der russische und der französische Botschafter in Constantinopel neugewählte türkische Abgeordnete materiell zu gewinnen, um sie für ihre Politik auszunützen. Durch ein Consortium, welches von zwei Individuen namens Rouet und Hadjibiar geleitet wird, sollen angeblich bereits zahlreiche tür-

kische Abgeordnete bestochen worden sein und arbeitet man derzeit daran, die arabischen Abgeordneten gleichfalls zu gewinnen. Auch der englische Botschafter soll diesen Weg eingeschlagen haben, um sich eine Partei im türkischen Parlament für seine Zwecke zu sichern. Der russische Agent soll ein Armenier namens Anmeghian sein, der seinerzeit mit Ahmed Riza in Paris war und jetzt als französischer Secretär des Comité's fungirt. Indem ich Euer Excellenz von vorstehender Meldung in Kenntniss setze, möchte ich die Frage anregen, ob Euer Excellenz nicht auch für uns einen ähnlichen Weg gangbar fänden, wobei mir speziell die Ausnützung albanesischer Abgeordneter vorschwebt. Ich ersuche Euer Excellenz daher, diesem Gegenstande Ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen und mir diesbezüglich Ihre Ansichten bekannt zu geben.

a) Vgl. n. 789.

Nr. 756. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Dez. 1908 Nr. 519 (eing. 4 U. 30 M.)^{a)} Entziff.

Die in meinem Telegramme No. 515 vom 13. d. M. signalisierte Zusammenkunft mit dem Mitgliede des Komitees hat gestern nachmittags stattgefunden. Es erschien im Auftrage des Komitees das Mitglied desselben Rami Bey, einer der Deputierten von Salonik. Im Laufe des Gespräches stellte es sich heraus, dass derselbe von den in Salonik geführten Verhandlungen des Generalkonsuls Rappaport mit dem Komitee Kenntniss hatte. Ich erklärte Rami Bey, dass ich Verhandlungen nur mit der Pforte führen könne und dass ich dieselben tatsächlich auch schon aufgenommen habe. Es freue mich aber, Gelegenheit zu haben, die Auffassung des Komitees über die Lage kennen zu lernen. Was die Boykottfrage anlange, so sei dieselbe vorläufig beiseite geschoben und werde von uns ganz separat behandelt. Ich gäbe mich aber der Hoffnung hin, dass der Boykott, wie dies auch seitens des Komitees in Aussicht gestellt wurde, nunmehr wenigstens allmählig aufhören werde. Rami Bey antwortete mir, dass dies, sobald die Verhandlungen greifbares Resultat aufweisen würden, der Fall sein werde. Allerdings könne eine vollständige Einstellung des Boykotts nicht von heute auf morgen stattfinden, namentlich auch deshalb, weil jetzt persönliche Interessen hiebei eine grosse Rolle spielen. In Betreff der im Zuge befindlichen Unterhandlungen sagte er mir, dass das Komitee grosses Gewicht darauf legen würde, dass dieselben einen möglichst raschen Verlauf nehmen. Er liess hiebei durchblicken, dass das Komitee auf einen baldigen Kabinettswechsel rechne und daher wünschen würde, dass die Angelegenheit der Hauptsache nach durch Kiamil Pascha durchgeführt werde, um diesem die Verantwortung für die eventuell uns gegenüber an den Tag zu legende Nachgiebigkeit aufzubürden. Er betonte im Laufe des Gespräches zu wiederholten Malen, dass eine möglichst rasche Finalisierung der Angelegenheit sehr wünschenswert wäre. Obwohl er keinerlei Anspielung darauf machte, dass man Hilmi Pascha als eventuellen Nachfolger Kiamils seitens des Komitees im Auge habe, glaube ich doch, vermuten zu sollen, dass seine Zusammenkunft mit mir von Hilmi arrangiert war. Pallavicini.

a) Vgl. n. 764.

Nr. 757. Bericht aus Konstantinopel, 16. Dez. 1908 Nr. 102 D (eing. 19. Dez.).^{a)} Ausfert.

Der italienische Botschafter hat gestern im Auftrage seiner Regierung den Grossvezir über den angeblichen Abschluss einer türkisch-serbischen Militärconvention^{b)} interpellirt. Kiamil Pascha gab Marquis Imperiali die Antwort, dass die serbischen Unterhändler schon seit längerer Zeit bemüht waren, irgendeine derartige Convention mit der Pforte abzuschliessen, dass aber ihre Bemühungen fruchtlos geblieben sind. Zuerst schlugen sie einen Offensiv- und Defensiv Vertrag zwischen der Türkei einerseits und Serbien und Montenegro andererseits vor. Dann machten sie den Antrag eines Defensiv-Vertrages, aber auch dieser Antrag wurde hier zurückgewiesen, schliesslich unterbreiteten sie den Entwurf einer Declaration, in welcher blos die Freundschaft zwischen den betreffenden Staaten constatirt werden sollte. Letzteres wäre man beinahe bereit gewesen zu acceptiren, aber seitdem sich die Dinge zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei zum Besseren gewendet hätten, sei man auch hievon abgekommen und hätte den serbischen Unterhändlern gesagt, sie müssten sich mit der mündlichen Erklärung begnügen, dass die Türkei Serbien gegenüber von den freundschaftlichsten Gesinnungen beseelt sei. Herr Novakovitsch, der in den nächsten Tagen von hier abreisen soll, scheint also trotz seines langen Aufenthaltes in Constantinopel nicht viel erreicht zu haben. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 770. — ^{b)} Vgl. n. 752 Anm. b.

Nr. 758. Tel. aus London, 16. Dez. 1908 Nr. 122 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe im Sinne der Weisung vom 11. d. M., Nr. 2721, mit Sir Edward Grey und Sir Charles Hardinge gesprochen und aus ihren Äusserungen entnommen, dass britische Regierung nichts dagegen einzuwenden haben wird, wenn vor der Konferenz zwischen den Kabinetten eine Einigung darüber erzielt würde, in welchen Grenzen sich die Diskussion auf derselben bewegen soll. Grey, zwar noch immer etwas reserviert, erklärt mir, dass, wenn sich Euer Exzellenz mit Konstantinopel, Petersburg und Rom über die Konferenz einigen würden, es wohl keinen Grund geben dürfte, dass England, Deutschland und Frankreich einem derartigen Arrangement nicht zustimmen. Er betrachte die Situation heute als etwas günstiger, weil eine konziliantere Stimmung in der Luft zu liegen scheine. Die Hauptsache sei eine Einigung zwischen uns und Konstantinopel sowie eine Verständigung zwischen uns und Russland. (Er nimmt an, dass in dieser letzteren auch Serbien und Montenegro einbegriffen sein dürften.) Ich habe gestern abends nach Tisch mit Premierminister Asquith gesprochen, der mir ebenfalls sagte, er habe Empfindung, dass Situation sich etwas gebessert hätte. Als ich auch ihm gegenüber von vorheriger Verständigung der Mächte sprach, erwähnte er, dass er in seiner Rede in Guildhall^{b)} ausdrücklich erklärt hätte, die britische Regierung lege kein Gewicht darauf, in welcher Form Situation geregelt werde, solange eine befriedigende Lösung erzielt wird. Bezüglich Haltung der englischen Presse, über die ich wiederholt gesprochen und die

Euer Exzellenz dem englischen Botschafter gegenüber berührt haben, sagte mir Sir Edward Grey, er sei nicht für den „Daily Telegraph“, den er nie lese, verantwortlich. Wenn man überhaupt von Presse spräche, könnte er sich als den beleidigten Teil ansehen, weil die österreichisch-ungarische Presse, teilweise auch die inspirierte, stets England als Friedensstörer und Urheber aller Schwierigkeiten darstelle. Ich verwies auf Artikel des „Fremdenblatt“ von Sonntag, worin streng zwischen englischer Regierung und englischer Presse unterschieden wird. Ich betonte abermals den bedenklichen Effekt gewisser englischer Artikel in Ländern wie Serbien und Montenegro. Grey hält in seinen Gesprächen noch immer an seinen griefs über die plötzliche Form der Annexion fest, erklärte mir aber, dass er unseren Verhandlungen mit Petersburg ebenso Erfolg wünsche wie unseren Verhandlungen mit der Türkei. Mensdorff.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 52 Nr. 81. Vgl. n. 750. — ^{b)} Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 328.

Nr. 759. Tel. aus Rom, 16. Dez. 1908 Nr. 235 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).
Entziff.

Neuangekommener englischer Botschafter mit dem ich seit Jahren bekannt bin, besuchte mich heute. Er wiederholte mir einen Ausspruch Sir E. Greys, wonach es sowohl dem englischen als auch dem europäischen Interesse entspreche, dass Italien dem Dreibunde unwandelbar treu bleibe, unbeschadet natürlich seiner Freundschaft zu den Westmächten. Grey habe beigefügt, es scheine ihm, dass Herrn Barrère's Tätigkeit in entgegengesetzter Richtung vielfach über die Intentionen seiner Regierung hinausgehe. Englischer Kollege wiederholte streng vertrauliche Äusserung Herrn Barrères, wonach antiösterreichische ...^{a)} in Italien in der letzten Zeit wieder tief Wurzel gefasst habe. Lützow.

^{a)} Chiffre fehlt.

Nr. 760. Tel. aus Bukarest, 17. Dez. 1908 Nr. 97 (eing. 18. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. König sprach mir gestern in einer Audienz über folgende Punkte: Als Hauptgrund der Stimmung gegen uns bezeichnete er ungarische Wahlreform. Auch sei hier allgemein selbst unter den Bauern Ansicht verbreitet, ungarische Regierung strebe Übersetzung der Kirchenbücher ins Ungarische an, daher das gefährliche Schlagwort, man werde nicht einmal mehr in seiner Sprache beten dürfen. Die bittersten Klagen seien in der letzten Zeit nach Rumänien herüber gedrungen. Man habe den Leuten hier geantwortet, wenn sie sich mit antidynastischen oder irredentistischen Ideen abgeben, so würde man sie nicht mehr als Stammesbrüder betrachten. Auch habe man ihnen geraten, sich zu keinen Demonstrationen hinreissen zu lassen. Letzteres liege dem König besonders am Herzen, da im Falle blutiger Unterdrückung sich hier ein wahrer Sturm gegen Ungarn entfesseln würde. König sagte mir, daß er über die auswärtigen Fragen mit allen Parteiführern Besprechungen gehabt habe; denn

er bestehe darauf, daß in dieser Hinsicht Einstimmigkeit herrsche zum Unterschiede von den inneren Fragen ... *Donauffrage, Handelsvertrag* ... Über nationalistische Bewegung, welche seit Sonntag doch wieder an Stärke zugenommen hat, betonte der König, daß anständige Elemente derselben bisher ferne blieben und daß gegen die jetzigen Arrangeure nichts auszurichten sei. Jorga und Gradisteano seien ganz verrückte Leute. Liesse der König einen derselben kommen, um ihm jede weitere Agitation zu verbieten, so würde die Antwort lauten, daß ein gewaltsames Vorgehen gegen die nationalistische Bewegung auch die Stellung der Dynastie beeinträchtigen würde. Zum Unterschiede zu dieser nationalistischen Hetze bezeichnete der König die Grundbesitzer, welche gegen uns einen Boykott inszenieren wollen, als zum grossen Teil anständige Leute, welche keine prononcierte politische Richtung haben. Fortsetzung folgt. Schönburg.

a) Vgl. n. 761.

Nr. 761. Tel. aus Bukarest, 17. Dez. 1908 Nr. 98 (eing. 18. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm Nr. 97. Bezüglich der Erhaltung des Friedens findet König folgende Umstände ungünstig: Serbien fühle sich zwar militärisch sehr schwach, man wisse aber in Belgrad, dass man der Monarchie trotzdem sehr unangenehme Dinge antun könne, so besonders, dass im Falle eines Krieges mit Serbien sich die Nationalitäten Ungarns bei der jetzigen schlechten Stimmung, in der sie sich wegen der Wahlreform befinden, erheben würden. Aus dieser und anderen Bemerkungen, auf welche ich in meinen Berichten noch zurückkommen werde, entnehme ich, dass es mir gegenüber auch des Königs Absicht war, davor zu warnen, man möge den rumänischen Volksstamm in seiner Gesamtheit nicht den Slaven in die Arme treiben. Bezüglich Russlands bemerkte der König, sein dringendes Geldbedürfnis verbürge, dass bis zum Jänner Ruhe eintrete. Bezüglich Englands, dass Hardings Einfluss im Abnehmen begriffen zu sein scheine. Diese Information verdanke er Herrn Stead. Bezüglich Italiens, Herr Tittoni hätte sich (ebenso wie Herr von Schoen und Herr Iswolsky) etwas gekränkt gefühlt, dass man ihn wegen Annexion nicht genau eingeweiht habe. Noch möchte ich meine während der Audienz gemachten folgenden Bemerkungen erwähnen: Betreffs der uns feindlichen Stimmung in Rumänien, dass es empfehlenswert wäre, wenn hiesige massgebende Persönlichkeiten im Parlament oder Presse die Hetzer vor einer unüberlegten Haltung uns gegenüber warnen würden. Betreffs Ungarns, dass seit Jahr und Tag in der hiesigen Presse gegen Ungarn gehetzt werde. Ferner, dass meiner Ansicht nach die ungarische Regierung betreffs der siebenbürgischen Komitate eine umso intransigenter Haltung einnimmt, als man sich hier im Königsreiche für die dortigen Rumänen interessiere. Ich verweilte sodann absichtlich länger bei dem Umstande, dass der Liga culturala durch königliches Decret voriges Jahr die Rechte einer moralischen Person verliehen worden seien, was ich sehr bedauerte. Seine Majestät meinte, man habe eben dadurch gehofft, diese Gesellschaft mehr in die Hand zu bekommen. Herr Sturdza

sei allerdings immer dagegen gewesen. Der König bedauerte zum Schlusse, dass es ihm durch eine acute Verkühlung, die er sich bei der Kammereröffnung zugezogen habe, nicht möglich gewesen sei, dem Tedeum anlässlich der Jubiläumsfeier persönlich beizuwohnen. Er hätte dies sehr gerne getan und zwar „auch als Demonstration.“
Schönburg.

a) Vgl. n. 772.

Nr. 762. Erlaß nach Konstantinopel, 17. Dez. 1908 Nr. 2793.a) Konz. (S. Maschinschrift; V. Call und Princig; G. Aehrenthal).

Von dem Wunsche geleitet, der Türkei angesichts der durch die Proklamation der neuen Verfassung im ottomanischen Reiche geschaffenen Situation einen Beweis unseres Wohlwollens zu geben, haben wir uns nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände entschlossen, der hohen Pforte den Abschluß eines neuen Handels- und Schiffahrtsvertrages anzubieten, der bestimmt sein soll, an Stelle der das derzeitige wirtschaftliche Verhältnis Österreich-Ungarns zur Türkei regelnden Bestimmungen zu treten. Im Rahmen des abzuschließenden Vertrages, über dessen Details wir gegebenen Falles sogleich mit der Türkei in Verhandlungen einzutreten gewillt sind, sind wir in der Lage, der hohen Pforte die Euer Exzellenz bereits mit meinem Erlasse vom 19. November l. J., No. 2454, angedeuteten Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete zu gewähren. Euer Exzellenz sind sonach ermächtigt, unter Verwertung des anverwahrten Textes einer provisorischen Entente und unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Türkei ihre Zustimmung zu unserer Notifikation der Annexion Bosniens und der Herzegowina zu erteilen bereit sei, sowie auch den festen Willen habe, eine dieser Zustimmung analoge Haltung auf der in Aussicht genommenen Konferenz einzunehmen, die Erklärung abzugeben, daß Sie bereit seien, in Verhandlungen mit der Türkei wegen Abschlusses eines neuen Handels- und Schiffahrtsvertrages einzutreten. Selbstverständliche Voraussetzung hiezu würde es jedoch sein, daß die Türkei ihre oberwähnte Zustimmung in einer für sie bindenden Form erteile, wobei mir der Gedanke vorschwebt, daß diese am besten in der Form eines Protokolles erfolgen könnte. Zur Regelung Euer Exzellenz hiebei zu beobachtenden Vorgehens und Ihrer Sprache folgen die bezüglichlichen Instruktionen in einem separaten Erlasse.

a) Oe.-U. Bosnien 54 Nr. 84. Vgl. n. 763, 764, 784.

Beilage zu n. 762. Entwurf einer Entente préalable. Konz. (S. Princig; V. Call).

L'Autriche-Hongrie, animée du désir de manifester ses intentions amicales à l'égard du nouveau régime établi en Turquie par suite de la proclamation d'une constitution, se déclare prête à conclure avec la Sublime Porte un nouveau Traité de commerce et de navigation destiné à remplacer les dispositions en matière de commerce et de navigation qui règlent actuellement les relations mutuelles des deux pays. En vue de fixer dès à présent les détails de ce nouveau Traité que l'Autriche-Hongrie désire conclure celle-ci se déclare prête à accorder à la Sublime Porte par ledit Traité les

avantages suivants: I° Une augmentation des droits d'entrée en Turquie jusqu'à 15% ad valorem à l'exception des articles soumis au droit d'accise et de monopole mentionnés ad II. II° a) Certains articles de consommation à désigner par la Turquie et à énumérer dans le Traité à conclure comme par exemple les sucres seront soumis à un droit d'accise. Ces articles seront passibles du droit d'entrée actuel, i. e. de 11%, et l'accise en sera prélevée séparément sans distinction de leur provenance, indigène ou étrangère. b) La Turquie aura le droit d'établir des monopoles (surtout pour les allumettes, les papiers à cigarettes et les cartes à jouer) à condition que l'administration Impériale des monopoles soit tenue à se fournir d'une quantité d'articles de provenance autrichienne ou hongroise non inférieure à l'importation actuelle de l'Autriche-Hongrie en Turquie. III° L'Autriche-Hongrie se déclare prête à faire cesser le fonctionnement des bureaux postaux Impériaux Royaux en Turquie dès que les bureaux postaux des autres Puissances dans l'Empire ottoman seront abolis. De plus le Gouvernement Impérial et Royal s'engage à entrer sans délai en pourparlers avec le Gouvernement d'Autriche en vue de la suppression des bureaux postaux Impériaux Royaux en Turquie situés dans des localités où aucun autre bureau postal étranger n'est établi. Le nombre de ces bureaux postaux Impériaux et Royaux en Turquie s'élève au chiffre de 25.

Nr. 763. Erlaß nach Konstantinopel, 17. Dez. 1908 Nr. 2794.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Aehrenthal u. Princig; G. Aehrenthal).

Wie Euer Exzellenz aus meinem gleichzeitig unter Nr. 2793 an Hochdieselben abgehenden Erlasse entnehmen werden, haben wir uns entschlossen, der Türkei den Abschluß eines neuen Handels- und Schiffahrts-Vertrages anzubieten. Aus dem diesem Erlasse zuliegenden Texte einer diesbezüglichen provisorischen Entente mit der Türkei, der die Basis für die Eröffnung der abzuführenden Verhandlungen bilden soll, sind Euer Exzellenz in der Lage zu entnehmen, daß wir eine Reihe von Konzessionen wirtschaftlicher Natur zu gewähren die Absicht haben, die sowohl von jung-türkischer Seite als auch in Ihren Unterredungen mit den kompetenten dortigen Faktoren von diesen als das Ausmaß der von der Türkei gewünschten wirtschaftlichen Zugeständnisse bezeichnet wurden. Die Form eines neuen Handels- und Schiffahrts-Vertrages, die wir zu diesem Zwecke zu wählen beabsichtigen, bietet überdies den Vorteil, den Wert unserer Zugeständnisse prägnanter in die Erscheinung treten zu lassen. Die Türkei würde dadurch aber auch das Modell einer wirtschaftlichen Entente erhalten, das sie bei ihren einschlägigen Verhandlungen mit den übrigen interessierten Staaten in Anwendung zu bringen in der Lage wäre, wobei für uns der Umstand als besonders wertvoll in die Wagschale fallen würde, daß wir zu einem derartigen gegenseitigen Abkommen die Initiative ergriffen haben. Allerdings entnehme ich Ihrer einschlägigen Berichterstattung, daß es der türkischen Regierung in erster Linie darum zu tun ist, außer den von uns nunmehr in offizieller Form angebotenen wirtschaftlichen Zugeständnissen auch noch Zuwendungen materieller Natur von uns zu erlangen, die in der

Form der Uebernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld zum Ausdrucke zu kommen hätten. Über die Stellungnahme, die wir dieser Frage gegenüber einzunehmen gedenken, habe ich bereits in meinem Privatschreiben vom 10. d. M. Andeutungen gemacht und möchte ich daher, daß Euer Exzellenz vorerst den Eindruck abwarten, den unsere in der Form eines Handels- und Schiffahrtsvertrages angebotenen wirtschaftlichen Zugeständnisse bei der dortigen Regierung machen. Für den Fall, daß Euer Exzellenz den Eindruck gewinnen, daß die dortige Regierung sich mit dem Ausmaße der im Rahmen dieser Entente zum Anbote gelangten Konzessionen unbedingt unbefriedigt erklären sollte und daß diese ganz speziell neuerlich auf die von ihr schon wiederholt erwähnte materielle Entschädigung in der Form der Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld durch Oesterreich-Ungarn zurückkäme, sind Euer Exzellenz ermächtigt zu erklären, daß wir wohl nicht in der Lage sein würden, eine solche Verpflichtung auf uns zu nehmen. Die Gründe, die uns bei dieser ablehnenden Haltung leiteten, seien vor allem anderen, daß nach der Lage der Dinge Österreich-Ungarn überhaupt nicht verpflichtet sei, einen Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen. Denn selbst angenommen, daß wir anläßlich der Okkupation Bosniens und der Herzegowina den auf diese Provinzen entfallenden Teil der türkischen Staatsschuld hätten übernehmen sollen, so wären wir in der Lage, mit einer Reihe von Gegenforderungen aufzutreten, die wie z. B. die Kosten für die Erhaltung der etwa 200.000 bosnisch-herzegowinischen Flüchtlinge in den Jahren 1875—1878, die Aufwendungen für die temporäre Besetzung eines Teiles des nunmehr wiederrestituierten ehemaligen Sandjaks von Novibazar, der Wert der während der 29jährigen Ausübung unseres Besatzungsrechtes im Limgebiete geschaffenen Einrichtungen und Bauten, der Ersatz für den unserem Exporte durch den Boykott zugefügten Schaden u. dgl. mehr die Summe contrebalancieren, ja vielleicht übersteigen würden, die rechnungsmäßig die Quotepart ausmachen würde, welche als Anteil Bosniens und der Herzegowina an der türkischen Staatsschuld zu ermitteln wäre. Zu Euer Exzellenz persönlichen Information erhalten Sie überdies in der Anlage ein Aperçu über das mutmaßliche Ausmaß unserer Gegenforderungen,^{b)} dessen Daten Euer Exzellenz bei Ihren Besprechungen mit den dortigen kompetenten Faktoren verwerten können. Wir seien jedoch, so wollen Euer Exzellenz erklären, keineswegs geneigt, uns auf dieses Terrain zu begeben und seien Euer Exzellenz vielmehr ermächtigt, darauf hinzuweisen, daß wir die Konsolidierung der türkischen Finanzen gerne zu fördern bereit seien und aus diesen Erwägungen geneigt wären, uns in entsprechender Weise an einer Kollektivgarantie der Mächte für ein größeres türkisches Anlehen zu beteiligen. Ich möchte annehmen, daß dieses unser Anbot, wenn auch nach einigem Zögern und Verhandeln doch endlich die Zustimmung der dortigen Regierung finden wird, so daß es nicht nötig sein wird, Euer Exzellenz neue Instruktionen zu erteilen. Bei aller Bereitwilligkeit unsererseits, eine Kombination zu finden, die im Stande wäre, unseren und den türkischen Standpunkt in Uebereinstimmung zu bringen, will ich heute noch darauf hinweisen, daß mir eine finanzielle Transaktion im Zusammenhange mit der Frage des

Baues und der Finanzierung der Sandjakbahn, wie Euer Exzellenz dies in Hochdero Telegramme vom 11. Dezember l. J., Nr. 510, empfehlen, schon deshalb nicht zweckmäßig erschiene, weil der Wert unseres Angebotes durch die Verbindung mit einer Angelegenheit paralisiert sein würde, die vom Standpunkte der heutigen Machtfaktoren in der Türkei nicht sehr goutiert werde. Wir könnten daher nur dann die von Ihnen zur Sprache gebrachte Kombination in Erwägung ziehen, wenn sie uns von der anderen Seite suggeriert werden würde.

^{a)} Vgl. n. 754, 764. — ^{b)} Wird nicht abgedruckt, da es nur eine nähere finanztechnische Ausführung des in dem vorstehenden Erlaß Gesagten darstellt.

*Nr. 764. Privatschreiben nach Konstantinopel, 17. Dez. 1908 Nr. 2807.
Konz. (S. Kwiatkowski; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Mit dem heute abgehenden Courir übermittle ich Euer Exzellenz die näheren Instruktionen, die ich Ihnen in meinem gestrigen Telegramme^{a)} angekündigt und kurz resümiert hatte. Wie Sie aus demselben entnehmen, stelle ich mir also vor, dass die nächste Etappe in unseren Pourparlers mit Konstantinopel darin bestünde, dass Euer Exzellenz der Pforte eine Entente préalable auf Grund des Ihnen mitgeteilten Entwurfes anbieten. Sollte es sich herausstellen, dass dies der Pforte absolut nicht genüge, so sind Euer Exzellenz ermächtigt, als zweite Etappe unsere Teilnahme an einer Kollektiv-Garantie für ein grösseres Anlehen zuzusagen. Allein ich sollte glauben, dass das im Entwurfe enthaltene Anbot eines Handelsvertrages für die Pforte ungemein wertvoll sein dürfte, da dies ja eine diplomatische Initiative auch gegenüber den andern Mächten bedeutet, um einen vollständigen Bruch mit dem bisherigen der Türkei gegenüber beobachteten Regime in den Handelsbeziehungen herbeizuführen. Ich möchte hier nur speziell auf einen Punkt zurückkommen, der in Ihrem Privatschreiben vom 14. d. Mts. behandelt wird, nämlich das türkische Verlangen nach Übernahme eines Teiles der Staatsschuld. Euer Exzellenz haben ganz Recht zu vermuten, dass ich schon aus principiellen Gründen auf dieses Ansinnen nicht einzugehen vermöchte. Wie Sie aus einer mit dem heutigen Courir mitgeteilten telegraphischen Weisung an Graf Thurn^{b)} ersehen, habe ich der bulgarischen Regierung die Zusage erteilt, sie gegen eine analoge türkische Forderung, die sich in diesem Falle auch im Betrage weit höher stellen würde, zu schützen. Nun kann ich aber die Ansicht Euer Exzellenz nicht teilen, dass unser Eingehen auf die in Rede stehende türkische Forderung für Bulgarien kein ungünstiges Präcedens abgeben würde. Wenn sich nämlich die Monarchie ohne dass eine bezügliche vertragsrechtliche Bestimmung existirt, freiwillig zur Übernahme einer Quote der Staatsschuld verstünde, um wieviel mehr würde die Pforte auf diesem Verlangen den Balkanstaaten gegenüber insistiren, die doch ausdrücklich durch den Berliner Vertrag hiezu verpflichtet wurden. Gelegentliche Äusserungen von türkischer Seite unter Anderem Hilmi Paschas haben direkt bestätigt, dass die Türkei bei ihrem an uns gerichteten Verlangen eben vom obigen Gedanken geleitet

sei und es hiebei speziell auf Bulgarien abgesehen habe. Eine gewisse Rücksichtnahme auf Bulgarien, von dessen Verhalten ja das Zustandekommen einer gegen uns gerichteten Gruppierung oder eines Balkanbundes abhängt, erscheint mir unsererseits in der heutigen Constellation geradezu geboten. Den weiteren Meldungen Euer Exzellenz über den Verlauf der Pourparlers sehe ich mit Spannung entgegen. Sie werden gewiss nicht sofort zum Ziele führen. Euer Exzellenz wollen dieselben mit Ruhe und Geduld behandeln und selbst wenn die Pforte auf unsere Propositionen nicht sofort eingehen sollte, die Pourparlers weiter spinnen und einen brüsquen Abbruch derselben vermeiden. Es wird interessant sein zu beobachten, in welcher Weise der heute erfolgende Zusammentritt des Parlamentes auf die Lage zurückwirken wird; vielleicht bringt er einige Klärung in das jetzige etwas verschleierte Verhältnis zwischen einem unfassbaren und unverantwortlichen Comite und der Pforte, mit der allein wir wirklich verhandeln können. Für den Augenblick tritt als dritter Faktor das Parlament in die Erscheinung. Der früher allein massgebende Faktor: der Sultan scheint noch immer ganz ausgeschaltet. Für wie lange?

P. S. Aus Ihrem Telegramm vom 16. d. Mts. No. 519 über Ihre Unterredung mit Comitemitglied Rami Bey gewinne auch ich den Eindruck, dass das Comite eine rasche Finalisirung der Pourparlers mit uns zu wünschen scheint. Wenn dem so ist, so wäre dies ja ein recht günstiger Umstand, der unseren Verhandlungen hoffentlich zu Gute kommen wird.

a) Vgl. n. 754, 762, 763. — b) n. 734.

Nr. 765. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. Dez. 1908 Nr. 523 (eing. 18. Dez. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Telegramm Nr. 253 vom 16. d. M. erhalten. In Erwartung Euer Exzellenz detaillierter Instruktionen glaube ich Hochdieselben auf Folgendes aufmerksam machen zu sollen. Schon in meiner sonntägigen Unterredung mit dem Grossvezir habe ich bereits betont, dass wir, wenn die Pforte auf ihrer Forderung wegen Übernahme eines Teiles der Staatsschuld beharren sollte, Gegenforderungen aufstellen würden. Ich habe dieselben auch angeführt, namentlich die Auslagen für die Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge, dann Investitionen, die wir im Sandjak gemacht haben. Kiamil Pascha scheint diese Forderungen nicht gelten lassen zu wollen, so dass ich den Eindruck gewann, dass er auf eine Diskussion derselben überhaupt nicht eingehen würde. Sowohl der Grossvezir, als auch überhaupt die hiesige öffentliche Meinung ist dermassen von der Überzeugung durchdrungen, Österreich-Ungarn schulde irgend eine effektive pekuniäre Entschädigung für die Annexion Bosniens und der Herzegovina, dass meiner Überzeugung nach es zu keiner Verständigung kommen wird, solange wir uns in dieser Beziehung prinzipiell ablehnend verhalten. Auf den Berliner Vertrag beruft man sich hiebei überhaupt nicht, sondern auf andere Fälle von Gebietsabtretungen. Die Konzessionen, die wir durch einen Handelsvertrag der Türkei bieten könnten, würden mehr oder weniger nur dann in Kraft treten, wenn auch die anderen Mächte analoge Konzessionen der

Pforte machen würden. Kiamil Pascha will sich eben offenbar für diesen Fall die prinzipielle Übernahme eines Teiles der Staatsschuld sichern. Aus einer Bemerkung die mein russischer Kollege mir gegenüber fallen liess, konnte ich entnehmen, dass wenn es infolge unserer Initiative zu einer Erhöhung des Zolles kommen sollte, man russischerseits von der Pforte gleichfalls irgend welche Gegenleistung verlangen würde. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 54 Nr. 83. Vgl. n. 775, 779.

Nr. 766. Bericht aus Konstantinopel, 17. Dez. 1908 Nr. 103 (eing. 20. Dez.).^{a)} *Ausfert.*

Anverwahrt beehre ich mich, Eurer Exzellenz die von mir bereits telegraphisch avisierte Verbalnote der Pforte in Angelegenheit des Ersatzes des unserm Handel und unserer Schifffahrt aus dem Boycott schon erwachsenen und noch zu gewärtigenden Schadens ergebenst vorzulegen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 717, 774.

Beilage zu n. 766. Verbalnote des türkischen Ministeriums des Äußern an die Botschaft in Konstantinopel, 17. Dez. 1908. Ausfert.

Le Ministère des Affaires Etrangères a reçu la note verbale que l'Ambassade de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique a bien voulu lui adresser le 13 de ce mois No. 2435,^{a)} au sujet du boycottage des marchandises autrichiennes en Turquie. La Sublime Porte sans entrer dans l'examen des stipulations conventionnelles, que l'Ambassade de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique invoque dans sa susdite note verbale croit devoir faire remarquer que le Gouvernement Austro-Hongrois, en décrétant en pleine période de paix, l'annexion à ses Etats d'une partie importante de l'Empire Ottoman telle que la Bosnie-Herzégovine, a accompli un acte hostile qui ne pouvait que compromettre gravement les rapports d'amitié entre les deux pays. Le Gouvernement ottoman en vue d'assurer la sauvegarde de ses droits a cru devoir faire appel aux Grandes Puissances, mais la population douloureusement impressionnée par cet événement d'une si grande importance, n'a pu attendre le résultat des démarches diplomatiques entreprises et a, à l'instar de ce qui se pratique en d'autres pays, déclaré le boycottage, tant comme mesure de représailles que pour obliger la Sublime Porte à faire respecter les droits de l'Empire. Ce conflit provoqué par le Gouvernement Austro-Hongrois a occasionné des préjudices non seulement à ses nationaux, mais encore aux consommateurs du pays dont la plupart appartiennent à la nationalité ottomane. Car, par suite du boycottage, les marchandises de provenances autrichiennes devenant de plus en plus rares, des hausses se sont produites dans les prix des articles similaires, ce qui n'a servi que les intérêts de tiers qui font concurrence aux commerçants autrichiens. D'autre part, les déficits constatés de ce chef dans les revenus des douanes ont atteint un chiffre considérable. La Sublime Porte a voulu dès-lors, dans son propre intérêt, mettre fin au boycottage et n'a pas manqué d'aviser, de l'aveu même de tout le monde, aux dispositions nécessaires à ce sujet, mais comme elle a constaté que ses efforts ne seraient couronnés de succès, tant que la question

de la Bosnie-Herzégovine n'aura pas reçu une forme légale, elle a prié à diverses reprises Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, d'entamer des négociations à ce sujet. Son Excellence ayant cependant persisté dans son refus, d'entrer en pourparlers avant la cessation du boycottage, celui-ci a continué en causant de nouveaux préjudices. Dans ces conditions, ce n'est que la partie qui est cause de cet état de choses qui doit en subir les conséquences et le Gouvernement Impérial décline formellement toute responsabilité du chef des dommages qui ont pu ou qui pourraient en résulter. Il se permet, en même temps, d'ajouter que les considérations qui précèdent pourraient être soumises au besoin à la juste appréciation de l'opinion européenne.

a) Vgl. Beilage zu n. 717.

Nr. 767. Privatschreiben nach London, 17. Dez. 1908.^{a)} Konz. (S. Gager; V. u. G. Aehrenthal).

Der neue englische Botschafter Sir Fairfax Cartwright hat am Tage seiner Ankunft mir seinen ersten Besuch abgestattet und, wie dies usuell ist, mir die Copie seines Beglaubigungsschreibens überreicht. Gleichzeitig hat Seine Excellenz ein in deutscher Sprache verfasstes Communiqué zu meiner Kenntniß gebracht, welches er über seine vermeintlich bei der feierlichen Antrittsaudienz zu haltende Ansprache der Presse zu geben beabsichtigte. Ich machte den Herrn Botschafter darauf aufmerksam,^{b)} daß es am Allerhöchsten Hofe nicht gebräuchlich sei, die Überreichung des Beglaubigungsschreibens mit einer Ansprache einzubegleiten. Da er somit bei diesem ceremoniellen Akt nicht in die Lage kommen werde eine Ansprache an Seine Majestät zu halten, werde es — so bemerkte ich weiter — für das ihm vorschwebende Communiqué an einem entsprechenden Substrat fehlen, so daß von einer solchen Verlautbarung wohl abzusehen sein werde. Sir Fairfax sah dies auch ein und bat mich, von dem betreffenden Communiqué mit Rücksicht darauf Kenntniß nehmen zu wollen, daß dasselbe die Ansichten seiner Regierung wiedergebe. Ich habe diesem Wunsche zwar Rechnung tragen zu sollen geglaubt, jedoch am folgenden Tage das Schriftstück dem Botschafter im Geleite des abschriftlich anverwahrten Briefes^{c)} zurückgesendet. Aus dem hier gleichfalls in Abschrift beiliegenden Entwürfe des unterbliebenen Communiqués^{c)} geht hervor, in welcher Weise der neue Botschafter seine Mission beginnen wollte. Er beabsichtigte Seiner Majestät — nach der angesichts der Haltung Englands direct ironisch klingenden Betonung der traditionellen Freundschaft zwischen England und Österreich-Ungarn — den Standpunkt seiner Regierung in der Frage der Behandlung des Conferenzproblems sowie in jener eines Einverständnisses zwischen uns und der Türkei zu präzisiren. Was dabei zunächst auffällt, ist die ganz unpassende Tendenz der Person des Souveräns gegenüber die Ansichten seiner Regierung vertreten zu wollen. Ferner ist das Bestreben des Botschafters charakteristisch gleich zu Beginn seiner Thätigkeit eine starke Unterstreichung der jetzt pendenten Fragen vorzunehmen. Sir Fairfax Cartwright wird aus meinen Aufklärungen wohl ersehen haben, daß

er sein Programm etwas wird modificiren müssen. Nicht minder charakteristisch für die Persönlichkeit des neuen englischen Vertreters am Allerhöchsten Hofe sowie für die von ihm zu gewärtigende, gewiß auf Instructionen beruhende Haltung ist die schroffe Sprache, welche er gelegentlich seiner Verabschiedung bei den Höfen von München und Stuttgart den maßgebenden höchsten Persönlichkeiten sowie Ministern gegenüber geführt hat. Zu Ihrer Information hierüber übersende ich Ihnen beifolgend gegen Rückschluß zwei Privatbriefe Herrn von Velics ddo. München 8. und 12. December 1. Js.^{c)} Denselben Ton annähernd hat der Botschafter gleich bei seinem ersten Besuche mir gegenüber anschlagen wollen. Ohne eigentliche Einleitung betonte er die lebhafteste Beunruhigung, welche er in England und Frankreich angesichts unserer Haltung in der jetzigen Krise constatiren könne. Ich habe den Herrn Botschafter gleich zu Beginn seiner Rede unterbrochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß ich, wenn er den Wunsch hätte, gelegentlich seines ersten Besuches ein politisches Gespräch mit mir zu führen, sicherlich Nichts dagegen einzuwenden fände, daß aber diesem Gespräch ein privater Character gewahrt werden müsse, nachdem er von Seiner Majestät meinem Allergnädigsten Herrn noch nicht empfangen worden sei. Sir Fairfax Cartwright hat dann versucht, seine pessimistische Auffassung dadurch zu erhärten, daß er auf unsere militärischen Maßnahmen Serbien gegenüber sowie auf unsere Haltung der Türkei gegenüber in der Entschädigungsfrage hinwies. In ersterer Hinsicht bemerkte er, daß die englische Regierung ihren uns freundlichen Standpunkt dadurch zu erkennen gegeben habe, daß sie auf den Wunsch Serbiens in Wien Vorstellungen wegen unserer Rüstungen zu erheben, nicht eingegangen sei. Ich bemerkte dem gegenüber, ich sei erfreut zu vernehmen, daß die englische Regierung zu diesem Entschlusse gelangt sei, denn ein anderer hätte mich sehr in Erstaunen gesetzt und ich wäre nicht in der Lage gewesen, mich in ein Gespräch über dieses mehr als eigenthümliche serbische Ansinnen einzulassen. In Betreff der Verhandlungen mit der Türkei war ich in der Lage dem Botschafter unsere concilianten Dispositionen bekannt zu geben, von welchen der jüngste Schritt des Markgrafen Pallavicini einen eclatanten Beweis lieferte. Wir hätten uns in Anbetracht der Schwäche und schwierigen Stellung der türkischen Regierung entschlossen, mit derselben trotz der Fortdauer der Boykottbewegung in Betreff der anderen Fragen in Verhandlungen zu treten. Was die Angelegenheit der Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld betrifft, welche der Botschafter speciell als eine Voraussetzung für einen Erfolg unserer Negotiationen mit der Türkei zu betrachten scheint, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß mir dieses Begehren der Türkei nicht gerechtfertigt und auch nicht ganz praktisch zu sein scheine. Sollte die Pforte auf dieser Forderung bestehen, würden wir Gegenforderungen aufstellen müssen und die schließliche Abrechnung würde für die Türkei, die ja doch Geld brauche, gewiß nicht günstig ausfallen. Cartwright frug mich sodann, ob wir eventuell geneigt sein würden, die Collectivgarantie eines zu emittirenden türkischen Anlehens zu übernehmen. Diesem neuen Gedanken gegenüber verhielt ich mich durchaus sympathisch und entgegenkommend und bemerkte, daß, wenn eine

diesbezügliche offizielle Anregung an mich herantreten würde, ich gerne bereit sein werde, dieselbe in ernste Erwägung zu ziehen, wie ich denn überhaupt mein Möglichstes thäte, um durch Thaten zu beweisen, daß die österreichisch-ungarische Regierung bestrebt sei, der Türkei in ihrer schwierigen Lage zu helfen. In dieser Beziehung sei ich erfreut, mich mit der englischen Regierung in Übereinstimmung zu wissen. Desgleichen schiene mir, daß zwischen Sir Edward Grey und mir über die Vorarbeiten, die zwischen den Cabineten geleistet werden müssen, um einen sicheren Erfolg der Conferenz zu garantiren, keine oder doch nur eine sehr unwesentliche Meinungsverschiedenheit bestünde. Auch der englische Staatssecretär denke, gleich mir, daß die Conferenz nur zusammentreten dürfe, wenn sie eine vollkommene Beruhigung zu schaffen im Stande sein werde. Ferner scheine es mir, daß man in London den von mir in meiner letzten Note nach Petersburg eingenommenen Standpunkt, in welcher Weise die Freiheit der Discussion über die einzelnen Fragen des Programmes zu verstehen sei, für praktisch ansehe. Dieser Standpunkt besteht bekanntlich darin, daß zwischen den Cabineten hinsichtlich der wichtigsten Conferenzpunkte eine formelle Vereinbarung zu Stande kommen müsse, in welcher im Vorhinein die Stellungnahme der betreffenden Cabineten zu diesen Fragen festgelegt würde. Nachdem ich auf diese Weise auf Grund unzweideutiger Symptome constatirt hatte, daß bezüglich der Auffassung der weiteren Behandlung der obschwebenden Fragen zwischen Wien und London eine nur geringe Meinungsverschiedenheit obwalte, unterließ ich es nicht, die in Europa unstreitig bestehende Spannung auf die geradezu verhetzende Sprache der englischen Presse zurückzuführen. Ich betonte, daß mir dies um so unverständlicher sei, als die englische Regierung uns gegenüber keine direct feindliche Haltung einnehme. Ich machte Sir Fairfax Cartwright darauf aufmerksam, daß diese das Maß des Erlaubten oft überschreitende Campagne hier in der Monarchie eine grosse Mißstimmung hervorgerufen habe und für die weitere Gestaltung unserer Beziehungen nicht gleichgiltig sei. Noch ernster seien die Consequenzen welche diese Haltung der englischen Presse in Serbien hervorruft. Nach Aussage nicht nur unseres ruhig denkenden Gesandten in Belgrad sondern der meisten dort accreditirten fremden Diplomaten, wäre die in Serbien wahrzunehmende Détente viel weiter gediehen, wenn die dortigen Politiker in der leidenschaftlichen Sprache der Londoner Zeitungen nicht immer wieder eine neue Aufmunterung zum Festhalten an den serbischen Präntentionen gefunden hätten. Es liege ein offener Widerspruch vor zwischen der mässigenden Sprache der englischen Regierung und dem unverantwortlichen Treiben der Londoner Presse. Ich ließ dem Herrn Botschafter keinen Zweifel darüber, daß die Monarchie ihre friedliebende, ausschließlich der Wahrung ihrer Würde und ihres territorialen Besitzes geltende Politik gegenüber Serbien und Montenegro fortzusetzen beabsichtige, daß aber infolge der früher geschilderten ungünstigen äußeren Einflüsse, worunter jener der englischen öffentlichen Meinung in erster Linie zu verstehen sei, mit einer Haltung Serbiens gerechnet werden müßte, die uns zu einem Akte der Nothwehr zwingen würde. Ich war bei meiner ersten Unterredung mit Sir Fairfax Cartwright einerseits von dem Bestreben

geleitet, ihm zu zeigen, daß ich mich ausschließlich von objectiven Gesichtspunkten leiten lasse und die Möglichkeit erkenne, auch weiterhin mit der englischen Regierung in den obschwebenden Fragen ein gutes Einvernehmen zu bewahren, vorausgesetzt natürlich, daß ihre Thaten ihren Worten entsprechen. Andererseits hat, glaube ich, der Botschafter aus meinen Worten den bestimmten Eindruck empfangen, daß ich mir weder durch die Drohungen einer Hetzpresse noch durch den etwas polternden und ungeschickten Ton eines ehrgeizigen, offenbar eine Rolle spielen wollenden Diplomaten imponiren lasse.

a) Vgl. n. 785. — b) Privatschreiben an Cartwright, 12. Dez. 1908. Konz. Nicht aufgenommen, weil Inhalt oben wiedergegeben. — c) Nicht aufgenommen.

Nr. 768. Privatschreiben nach London, 17. Dez. 1908 Nr. 2795.^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich, zu eigenhändiger Eröffnung. Ich schrieb Dir unlängst, daß die derzeitige englische Politik mir nur dann verständlich erscheine, wenn ich als ihren leitenden Gedanken den indirekten Kampf gegen Deutschland annehme. Deine amtliche Berichterstattung, sowie Deine Privatschreiben vom 5. und vom 11. 1. M.^{b)} haben meine Anschauung nicht zu ändern vermocht. Die politische Arbeit Englands wird, nach der Methode der Arbeitsteilung, durch drei Faktoren betrieben: die Regierung, die Presse und die „Reisenden“. Wenn ich im Folgenden von „englischer Politik“ spreche, so meine ich damit die Tätigkeit dieser drei Elemente, die mit verschiedenen, ihrer respektiven Beschaffenheit angemessenen Mitteln, durchaus einheitlich und harmonisch, dasselbe Ziel verfolgt. Die Regierung nimmt naturgemäß einen kühlen, vornehmen Standpunkt ein, um den unsrigen absichtlich zu verkennen. Die Presse, die sich weniger Zwang aufzuerlegen braucht, bedient sich aller auf die öffentliche Meinung anwendbarer Reizmittel bei der Verbreitung absichtlich entstellter und erfundener Tatsachen. Die „Reisenden“, die manchen diplomatischen und halbamtlichen Agenten zu ihrem Verbands zählen, besorgen am Balkan das übrige, praktische, Werk. Wie sich die höchste Stelle zu dieser planmäßigen Arbeit verhält, darüber möchte ich aus der Ferne mir kein näheres Urteil anmaßen. Angesichts der Zurückhaltung Seiner Majestät Dir gegenüber, infolge derer Du auch nicht in der Lage warst, mir hierüber Stichhaltiges zu berichten, muß ich einer geheimen Meldung, die mir zugekommen ist, eine gewisse Bedeutung beimessen. König Eduard hat nämlich vor kurzem den Jungtürkenführer Achmed Riza in Audienz empfangen, wobei er ihn mit den Worten begrüßt haben soll: „Capital trick, your boycott; go on!“^{c)} Die leitenden Staatsmänner führen ja eine ganz korrekte Sprache: Sie wünschen, wie Grey und Hardinge sagen, nichts sehnlicher, als daß wir uns mit der Türkei verständigen; sie mahnen in Serbien zur Ruhe etc. Dabei gesteht einem aber der Türke ganz offen, daß die Idee der Übernahme eines Staatsschuldenteiles für Bosnien der Pforte in erster Linie von England suggeriert wurde, ebenso die Unannehmbarkeit etwaiger Propositionen unsererseits hinsichtlich einer Erhöhung des türkischen Zolles u. dgl. mehr. Befremdend muß es auch wirken, wenn ein leitender

Staatsmann den Besorgten tut, über die Provokation, die Serbien und Montenegro in unseren militärischen Vorbereitungen erblicken könnten. Ganz nachdenklich wird man aber, wenn derselbe Minister seine Klage über die aggressive Sprache unserer Presse vernehmen läßt. Die Auffassung, daß 1) Rücksicht auf das jungtürkische Regime, 2) Inviolabilität internationaler Verträge die Kardinalpunkte der englischen Politik seien, vermag ich nicht ganz zu teilen. Als Schlagworte und als Deckmäntel des Kampfes gegen uns erkenne ich sie rückhaltslos. England war seit jeher ein Freund der Jungtürken. Es war es in den letzten Jahren, da seine markantesten Diplomaten unverhüllt die Aufteilung der Türkei predigten, und war es auch in Reval, wo es einen tötlichen Schlag gegen das ottomanische Reich in Europa vorbereitete. Die Revolution brachte dieser modernen englischen Politik zwei große Überraschungen: Sie siegte und die europäische Türkei ging dabei nicht in Stücke! Somit mußte aus Liebe für die Jungtürken auch die vorläufige Integrität der Türkei vor der englischen Politik Gnade finden. Rücksicht für das neue Regime ist also seitens Englands zweifellos vorhanden. Glaubt aber England ernstlich, daß die Annexion Bosniens, mit der damit verbundenen Räumung des Sandschaks, eine aggressive Tendenz gegen die Türkei gehabt hätte, oder in der Folge haben könnte? Um seine Freundschaft gegenüber einem Staate kundzutun, hetzt man ihn doch nicht gegen einen dritten, dem man nicht übel will. Was die Inviolabilität der Verträge anbelangt, so glaube ich, daß dieses Prinzip England in demselben Maße am Herzen liegen mag, wie etwa die Rechte der Neutralen zur See. Daß ein englischer verantwortlicher Politiker sich für dieses Prinzip dermaßen ereifern könne, daß er zu dessen Schutze kriegerische Eventualitäten ins Auge faßt, kann ich mir nicht recht denken. Die Traditionen und die historische Entwicklung Großbritanniens sind eben nicht gerade auf diese Note gestimmt. Es kann nun kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß England auf eine regelrechte Allianz mit Rußland und Frankreich hinarbeitet. Ich kann Dir mitteilen, daß Clémenceau sich bei den Haaren ziehen läßt, aus dem guten Grunde, weil ihm England zu arm an Soldaten erscheint. An seiner Weigerung ist bisher die Sache gescheitert. Wem die Reden Roberts und Rosebys über die Invasionsgefahr und die daraus sich ergebende Notwendigkeit der Schaffung eines Heeres von 500.000 Mann etwas übertrieben vorkommen mögen, der wird diese Anregungen nicht mehr für unmotiviert halten, wenn er weiß, daß es sich hier ganz einfach darum handelt, England allianzfähig zu machen. Ich will nicht in diesem ohnedies sich in die Länge ziehenden Briefe des näheren erörtern, warum die Tätigkeit der Presse mich ebenfalls in der Auffassung bestärkt, daß in England das Bestreben vorherrscht, über unseren Leib an Deutschland heranzurücken. Lehrreich ist in dieser Hinsicht die Artikelserie der „Times“, die Du Deiner letzten Berichterstattung beigeschlossen hast. Die Sprache der Londoner Zeitungen erinnert zuweilen in Geist und Ton an die Pariser Blätter während der Faschoda-Zeit. Und dies wegen der Türkei und der Vertragstreue! Den dritten politischen Faktor, die „Reisenden“, empfehle ich Deinen näheren Betrachtungen. Ich habe die Zeit der argen Hitrowo- und Bachmetiew-Treibereien erlebt. In Petersburg selbst war

damals von derlei Dingen nichts zu merken; ebensowenig wird dies der Fall in London sein, wo bekanntlich die unerschütterliche Gastfreundschaft der Engländer selbst in dem aktuellen Feinde im Privatverkehr keine unbefagliche Stimmung aufkommen läßt. Es geht jedoch nicht an, die englische Agitation am Balkan im „Idealisten Buxton“ leichtthin zu symbolisieren. Ich glaube auch nicht an die Millionen Buxtons. Es handelt sich aber nicht um Buxton und einige reisende Engländer: Sie sind zahlreich und ihre Tätigkeit wird mir von berufsmäßigen Berichterstatlern und von Ort und Stelle als „schamlos“ bezeichnet. Du magst Dir wohl denken, daß man in balkanländischen Zentren derlei Sachen auch mit dem freien Auge sehen kann. Wenn ich alle diese Eindrücke subsummiere, komme ich wieder zu dem Dilemma: Entweder ist Englands Politik ein unerklärlicher böser Rausch, oder sie ist nur zu erklärlich, aber zugleich auch sehr bedenklich. Denn eine hostile Politik gegen eine Großmacht gerichtet, gegen die man vernünftigerweise direkt nichts anhaben kann, ist für die Dauer nur durch solche Mittel durchzuführen, die geeignet sind, das Maximum an schlechtem Blute zu erzeugen. Sie kann und darf nicht offen sein, sie muß auf jeden Schritt und Tritt das Gepräge der mala fides zur Schau tragen. Ich weiß, daß das Londoner Kabinett über unsere Politik nicht immer gut informiert wird. So trifft zum Beispiel den unfähigen Goschen ein Teil der Schuld, wenn die englischen Staatsmänner zur Zeit der Sandschakbahnepisode der Anschauung sein konnten, wir hätten jenen Schritt auf Befehl Deutschlands unternommen. Doch haben ja die Dummheit und die Unwissenheit auch ihre Grenzen und ich fürchte, daß sie heute nicht zulänglich sind, um die Machthaber Englands zu exonerieren. Es wird sich übrigens bald zeigen, wie weit diese guten Glaubens sind. Unsere neu begonnenen Verhandlungen mit der Pforte werden sich in Bahnen bewegen, die das Londoner Kabinett nach seinen bisherigen Äußerungen wohl nur „mit Freude begrüßen dürfte.“ Angesichts der Schwierigkeiten, die eine Lage hervorbringen muß, wo eine Großmacht traditionelle Bande mutwillig zu zerreißen sich anschickt, die uns so lange mit ihr verbunden haben, und zu diesem Zwecke mit fiktiven Griefs gegen uns herumhantiert, die zurückzuweisen eben wegen deren Willkürlichkeit eine überaus heikle Sache ist, wäre der persönliche Einfluß des Herrschers für das Einstellen dieses gefährlichen Spieles von großem Werte. Die Deiner Person gegenüber beobachtete politische Zurückhaltung König Eduards sowie die in der oben angeführten kleinen Episode bekundete Sinnesart Seiner Majestät, müssen wir als bedauerliche Momente unter den Aussichten unserer Bemühungen in dieser Richtung registrieren. Deine Aufgabe muß es immerhin sein, Deine ausnehmlich guten Beziehungen zum Könige zur Geltung zu bringen. Ich weiß wohl, daß diese Aufgabe Deine ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt in Anspruch nehmen dürfte, doch bürgt mir die außergewöhnliche Stellung, die Du Dir beim Hofe zu schaffen gewußt hast, dafür, daß Du, im Besitze der Gunst und des Vertrauens Seiner Majestät, hierin Dir mehr Erfolg versprechen darfst, wie ein Botschafter, der außerhalb des höchsten Familienkreises stünde. Der rege persönliche Verkehr mit Seiner Majestät ohne politische Fühlung mit Ihm, schiene mir unter den gegebenen Verhältnissen Deiner Stellung als Bot-

schafter eher nachteilig werden zu können. Ich rechne zuversichtlich auf Deinen Takt und Deine Pflichttreue, die mir beide gleich bekannt sind.
Aehrenthal.

a) Vgl. n. 781, 1055, 1747 Anm. c. — b) Unwesentliche Ergänzung von n. 695. — c) n. 730.

Nr. 769. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Dez. 1908 Nr. 54 (eing. 19. Dez.).^{a)} Ausfert.

Der Herr Minister des Äussern hat mich heute zu sich beschieden um mir die russische Antwort auf unser letztes die Konferenzfrage betreffendes Promemoria zu übergeben. Nachdem ich krankheitshalber verhindert war, dem Rufe Herrn Iswolskys Folge zu leisten, hat sich an meiner Stelle Legationsrat Graf Westphalen ins Auswärtige Amt begeben und vom Minister den fraglichen Text entgegengenommen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Iswolsky darauf hingewiesen, dass ihm die von Euer Exzellenz vorgeschlagene Vorgangsweise einer vorherigen Verständigung der Kabinete durch Notenaustausch eine sehr komplizierte und langwierige scheine. Er könne sich nicht vorstellen, dass eine baldige Einigung erzielt werden könnte, wenn ein jedes der Kabinete allen anderen gegenüber seinen Standpunkt klarlegen und rechtfertigen müsse. Auch betonte der Herr Minister, dass nunmehr der Meinungs-Austausch zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg allein seinen Abschluss gefunden hätte und die k. u. k. Regierung ihren Antrag den übrigen Signatar-Mächten bekannt geben müsse. Er würde seinerseits die Kabinete verständigen „que le Gouvernement Impérial n'a pas d'objections à soulever contre ce mode de procéder.“ ... *Besprechung des russischen Aide mémoire.* ... Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 53 Nr. 82. Vgl. n. 705, 790, 791, 840, 1191, 1222, 1259.

Beilage zu n. 769. Aide Mémoire du Cabinet de St. Pétersbourg en date du 4 (17) Décembre 1908. Abschrift.

Le Cabinet Impérial ayant soumis à un examen attentif l'aide-mémoire du Cabinet de Vienne en date du 8 décembre ct.,^{a)} croit devoir avant tout relever les points suivants qui lui semblent exiger quelques éclaircissements: 1) Le Cabinet de Vienne mentionne incidemment des pourparlers au cours desquels le Gouvernement Impérial se serait montré prêt à s'engager d'observer à certaines conditions une attitude amicale par rapport à l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine. Si le Cabinet de Vienne entend se référer à l'aide-mémoire confidentiel du Gouvernement Impérial en date du 19 juin dr.,^{b)} il est à remarquer que cette pièce, laquelle avait pour but de préciser différentes questions visées par l'accord Austro-Russe de 1897, établit textuellement, que d'après notre avis, „la question de la modification de l'état de choses établie par l'article 25 du Traité de Berlin c'est à dire de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine, a un caractère éminemment Européen et n'est pas de nature à être réglée par une entente séparée entre la Russie et l'Autriche-Hongrie.“ Ce point de vue n'a jamais été abandonné

par le Gouvernement Impérial; si néanmoins celui-ci s'était montré disposé en même temps à accepter la discussion de cette question avec le Cabinet de Vienne, une pareille discussion ne pouvait évidemment avoir qu'un caractère préalable et préparatoire à une entente générale. 2) A propos du principe reconnu par la Conférence de Londres, le Cabinet de Vienne fait remarquer que le Gouvernement Impérial a jugé lui-même compatible avec ce principe de se délier, sans une entente entre toutes les parties contractantes, de l'engagement stipulé par l'article 59 du Traité de Berlin, concernant le port de Batoum. Sur ce point le Cabinet Impérial ne peut que se référer au texte même de l'article 59 lequel ne contient aucun engagement, mais seulement une déclaration de Sa Majesté l'Empereur de Russie ayant un caractère purement unilatéral et spontané; la résolution prise subsequmment par le Gouvernement Impérial relativement au port de Batoum n'a donc enfreint aucune stipulation arrêtée en commun par les Puissances signataires du Traité de Berlin. 3) Le Cabinet de Vienne attribue au Gouvernement Impérial l'origine du projet d'une réunion des Puissances; tout en n'attachant à ce point aucune importance, le Cabinet Impérial croit devoir cependant observer que le projet d'une conférence Européenne a été émis en premier lieu non par lui, mais par le Gouvernement Ottoman, dans sa dépêche circulaire concernant la proclamation de l'indépendance de la Bulgarie. En passant à l'examen de la Substance de l'aide-mémoire du Cabinet de Vienne en date du 8 décembre ct., le Cabinet Impérial constate, avec une vive satisfaction que le Gouvernement Impérial et Royal n'insiste plus sur le point de vue exposé dans son mémoire précédent, à savoir que la question de l'extension des droits souverains de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur la Bosnie et l'Herzégovine, de même que celle de l'évacuation du Sandjak, ne pourront plus faire l'objet d'une discussion, et que les Puissances réunies en Conférence devront se borner à la constatation d'une entente éventuelle entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie et à l'abrogation de l'article 25 du Traité de Berlin. En effet, le Cabinet de Vienne en formulant l'opinion que l'accord préalable entre les Puissances ne devrait pas se borner strictement à l'énumération des points du programme, émet en même temps l'avis que l'échange de vues entre les Cabinets devra porter sur le fond des questions auxquelles se réfèrent les différents points du programme, par conséquent aussi sur la question de la Bosnie et de l'Herzégovine. Cet échange de vues aboutirait à certaines formules qui traceraient des limites précises à la discussion en Conférence. Dans ces conditions, tout en croyant que le mode de procéder suggéré par le Cabinet de Vienne, offre, à cause de sa lenteur, de sérieux inconvénients, le Cabinet Impérial désireux de faire preuve, de son côté, d'un esprit de conciliation, est prêt à ne pas s'y opposer, si les autres Puissances sont disposées à y adhérer. Le Cabinet de Vienne pourrait proposer le mode de procéder susindiqué aux Cabinets, auxquels le Gouvernement Impérial ne manquera pas de notifier, de son côté, sa manière de voir à ce sujet. Pour ce qui concerne le désir du Cabinet de Vienne que le Cabinet Impérial fasse connaître au Gouvernement Impérial et Royal son avis sur les points importants du programme de la Conférence, le Cabinet Impérial se fera

un devoir, au cas où le mode de procéder suggéré par le Cabinet de Vienne est accepté par les Puissances, de présenter au cours des négociations qui suivront ses vues sur les points du programme qui sont de nature à intéresser particulièrement la Russie.

a) Erste Beilage zu n. 705. — b) n. 9.

*Nr. 770. Bericht aus Sofia, 17. Dez. 1908 Nr. 73 (eing. 20. Dez.).^{a)}
Ausfert.*

Geheim. Ich war bereits mit meinem gehorsamsten Telegramm vom 14. d. Mts., No. 153 in der Lage, über den Verlauf einer Unterredung zu berichten, die ich am gleichen Tage mit dem Cabinetschef Dobrowitsch hatte und gelegentlich welcher ich mich diesem Vertrauten Fürst Ferdinand's gegenüber im Sinne des hohen Telegrammes vom 12. d. Mts. No. 63 aussprach. Bei einer zufälligen Begegnung mit dem Handelsminister Liapcheff, welcher mir als bisheriger Leiter der türkisch-bulgarischen Pourparlers für eine solche Confidence am geeignetesten schien, brachte ich das Gespräch auf die durch Herrn Saraffoff Euer Excellenz gegenüber ausgesprochene Besorgniss, wir könnten durch eventuelle Uebernahme eines Theiles der auf Bosnien fallenden türkischen Staatsschuld die Situation Bulgariens den analogen das Fürstenthum betreffenden Ansprüchen der Türkei gegenüber erschweren. Ich theilte sodann dem Herrn Minister im strengsten Vertrauen den Inhalt der Antwort mit, welche Euer Excellenz dem bulgarischen diplomatischen Agenten gegeben hatten und die Herrn Liapcheff noch nicht bekannt war. Der Herr Minister war über die seitens Euer Excellenz in dieser Frage eingenommene Haltung sehr erfreut und dankbar. Den Minister des Äussern konnte ich schon seit einiger Zeit nicht sprechen, da er neuerdings mit rheumatischen oder gichtischen Schmerzen das Bett hütet. Eingedenk der Instruction Euer Excellenz, mit der bulgarischen Regierung im ständigen politischen Contact zu bleiben, was durch die Krankheit General Paprikoff's und die mangelhaften Sprachkenntnisse mehrerer seiner Collegen einigermassen erschwert ist, glaubte ich mich hiezu auch der Beihilfe des k. u. k. Militär-Attachés bedienen zu dürfen, dem seine Kenntniss der bulgarischen Sprache sehr zu statten kommt und der namentlich mit dem, kein europäisches Idiom beherrschenden Kriegsminister auf dem besten Fusse steht. General Nicolajeff, auf den der Fürst grosse Stücke hält, ist auch in der Armee ungemein populär, so dass seine Stimme im gegebenen Moment ziemlich schwer in die Wagschale fallen dürfte und es daher jedenfalls zweckmässig erscheint, seine Anschauung bei Zeiten kennen zu lernen und mit ihm überhaupt thunlichst in Contact zu bleiben. Ich ersuchte daher den Major von Hranilović, der den Kriegsminister in einer anderen Angelegenheit aufsuchen wollte, das Gespräch in unauffälliger Weise auch auf das politische Gebiet zu lenken und General Nicolajeff, wenn möglich, etwas auszuholen. Der Kriegsminister gieng auf die Anwürfe Major von Hranilović's bereitwillig ein und sprach sich diesem gegenüber sehr offen aus, wie Euer Excellenz aus dessen einschlägigem Berichte an den Chef des k. u. k. General-Stabes hochgeneigtest entnehmen wollen, welchen

ich in auszugsweiser Abschrift^{b)} hier beizuschliessen mir gestatte. Die sehr interessanten Äusserungen General Nicolajeff's bestätigen zunächst die aus anderen Quellen stammenden und Euer Excellenz bereits einberichteten Nachrichten über die einen Anschluss Bulgariens an Serbien bezweckende intensive Minir-Arbeit Russlands,^{c)} sowie namentlich auch, dass russischerseits nun sogar schon mit dem Versprechen einer seinerzeitigen Unterstützung der macedonischen Aspirationen gelockt wird. Auch aus den Worten des Kriegsministers ist die beruhigende Versicherung zu entnehmen, daß Bulgarien, wenigstens vorläufig, den russischen Werbungen zu widerstehen gewillt ist. Hingegen gibt eine andere Bemerkung des General Nicolajeff Anlass zu reiflicher Ueberlegung: Er spricht nämlich die Ansicht aus, Bulgarien müsse sich bald entscheiden, ob es sich auf die österreichische oder russische Seite stellen wolle, um nicht zwischen 2 Stühlen zu sitzen und zieht daraus den Schluss, es würde sich empfehlen, demnächst ein Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn zu pflegen, weil, wenn man hiezu den Ausbruch des Krieges abwarten wollte, bis dahin noch verschiedene andere Einflüsse sich geltend machen würden. Dies klingt ganz wie eine Einladung zu concreten Abmachungen. Es kann auch kein Zweifel sein, dass unter normalen Umständen, d. h. wenn man sich auf die Ehrlichkeit und die Discretion der competenten Factoren, namentlich aber des Staatsoberhauptes verlassen könnte, Manches dafür spräche, über etwaige künftige Eventualitäten schon jetzt vertrauliche Besprechungen zu pflegen; schon um den russischen Einflüsterungen zuvorzukommen und ihnen den Boden zu entziehen. Leider liegen aber in dieser Beziehung die Verhältnisse ausserordentlich ungünstig. Der nach seiner Stellung zur Entgegennahme derartiger vertraulicher Confidencen sonst in erster Linie berufene Minister des Äussern kann unter den gegebenen Verhältnissen umso weniger in Betracht kommen, als er von allen Cabinetsmitgliedern am meisten zu Russland hinneigt; der Fürst hinwiederum ist ein derartig complicirter und unverlässlicher Charakter, dass man nie wissen kann, welchen Gebrauch Er von Ihm anvertrauten geheimen Eröffnungen machen könnte. Schon der Mangel an persönlichem Mute und der Ihm zur zweiten Natur gewordene Hang zur Intrigue lassen es befürchten, dass Er nicht den geraden Weg gehen, sondern versuchen könnte, die Ihm etwa für besondere Eventualitäten eröffneten Aussichten unseren Gegnern preiszugeben, um sich seine Tugendhaftigkeit, unseren Verlockungen widerstanden zu haben, sowohl in Petersburg als in Constantinopel entsprechend belohnen zu lassen. Ich glaube daher, dass die durch Euer Excellenz in dem hohen Telegramme vom 12. d. Mts. No. 63 skizzirte Taktik, mit den massgebenden Kreisen in steter politischer Fühlung zu bleiben und auch dem Fürsten, beziehungsweise seinem vertrauten Cabinetschef vis-à-vis, über ganz allgemeine, mehr die negative Seite der Frage berührende Andeutungen nicht hinauszugehen, unter den herrschenden Verhältnissen die richtigste ist. Sollte es, wie es ja in letzter Zeit erfreulicher Weise den Anschein hat, gelingen, auf friedlichem Wege eine befriedigende Lösung der schwebenden Differenzen zu erreichen, dann ist es entschieden besser, sich Bulgarien gegenüber nicht zu weit avancirt zu haben, da man hier doch gegen Indiscretionen nie ganz

gesichert ist. Sollte sich hingegen die Situation so zuspitzen, dass eine kriegserische Verwicklung unvermeidlich wird, dann dürfte es immer noch Zeit sein, mit concreten Anträgen hervorzutreten, die ja in einem solchen Falle der Natur der Sachlage nach nicht nur sehr viel günstiger und praktisch greifbarer sein können als die vagen Versprechungen allgemeinen Wollens, welche Russland unseren Propositionen entgegenstellen könnte, sondern auch den für Bulgarien immensen Vorteil hätten, nicht nur einen Wechsel auf eine ferne Zukunft darzustellen, sondern unmittelbar und sofort realisierbar zu sein. Es würde sich dann aber darum handeln rasch und energisch aufzutreten, dem Fürsten gegenüber auch mit eventuellen Drohungen nicht zu sparen und auch durch eine intensive Bearbeitung der öffentlichen Meinung eine Stimmung hervorzurufen, qui lui forcerait la main. Dies Alles wäre, wie General Nicolajeff sehr richtig bemerkt, nur in dem Falle mit ziemlicher Aussicht auf Erfolg durchführbar, wenn es sich in erster Linie um eine Action gegen die Türken handelte, bei welcher für Bulgarien eine Verwirklichung seiner höchsten nationalen Ideale, der macedonischen Aspirationen, winken würde, und die andererseits keinen direct antislawischen Character hätte. Eine Cooperation mit uns gegen Serbien und Montenegro allein dürfte hingegen weit schwieriger zu erreichen sein. Ja ich möchte sogar so weit gehen zu behaupten, dass es unter Umständen noch leichter wäre, die Bulgaren allein zu einem Krieg gegen Serbien zu verleiten, bei dem ihnen der Gewinn der angeblich von Bulgaren bewohnten Kreise von Pirot und Nisch in Aussicht gestellt würde, als dass sie sich als unsere Bundesgenossen an einem solchen Kriege beteiligten. Im ersteren Falle liesse er sich als ein interner Zwist zwischen 2 Nachbarn hinstellen, während die zweite Combination auf Bulgarien das Odium der ganzen slavischen Welt herabziehen würde, bei der „Vernichtung eines slavischen Bruderstammes den Gendarm Oesterreich-Ungarns abgegeben zu haben“, ein Odium, das eine bulgarische Regierung nur schwer auf sich zu nehmen bereit sein dürfte.

Thurn.

a) Vgl. n. 835, 1009. — b) Vgl. n. 771. — c) Vgl. n. 757.

Nr. 771. Bericht des Militärattaché Major Oskar von Hranilović-Czvetassin an den Chef des Generalstabs aus Sofia, 17. Dez. 1908 Nr. Res. 208 (eing. mit Bericht aus Sofia, 17. Dez. 1908 Nr. 73 am 20. Dez.).^{a)} Abschrift.

Ich habe gestern dem Kriegsminister General Nikolajew den Dank für die bereitwillige Ueberlassung des bulgarischen Kartenmaterials ausgesprochen und, die Gelegenheit benützend, das Gespräch auf die politische Lage gelenkt, um insbesondere seine Ansichten über das Verhalten Bulgariens bei Eintritt kriegserischer Ereignisse auf dem Balkan zu hören. Der Gesamteindruck, der mir aus den Ausführungen des Ministers blieb, deckt sich vollkommen mit dem Inhalte meines gehorsamsten Berichtes Res. Nr. 207.^{b)} General Nikolajew bestätigte vor allem die intensiven Bemühungen Rußlands, bei den Bulgaren das slavische Solidaritätsgefühl wieder reger zu machen und das Fürstentum unter Hinweis auf dieses von Oesterreich-

Ungarn abziehen. Die Russen spiegeln hier vor, Bulgarien sei es dem Slaventum schuldig, die Serben — sollten sie von Oesterreich-Ungarn angegriffen werden — tatkräftigst zu unterstützen und so das von der Monarchie beabsichtigte Vordringen auf dem Balkan zu verhindern. Rußland werde es nie zulassen, daß Serbien vernichtet werde und verlange dasselbe von Bulgarien. Selbst eine Neutralität des Fürstentums sei schon ein Verbrechen gegen die slawischen Brüder. Zur Belohnung könne Bulgarien auf wirksame Unterstützung seiner mazedonischen Wünsche zählen. Eines der Argumente, welches die Russen gegen einen Anschluß an Oesterreich-Ungarn anführen, ist auch die alte Phrase vom Vormarsche nach Salonik. Mit dieser trachten sie die Bulgaren zu überzeugen, daß Mazedonien für sie nach einem siegreichen Kriege Oesterreich-Ungarns gegen die Türkei auf ewig verloren wäre. Nur Rußland sei so selbstlos und habe auf diese Gebiete keine Absichten. Der Kriegsminister gestand mir offen ein, daß die russischen Machenschaften hier gegenwärtig keinen Boden fänden. Die Bulgaren seien zwar ebenfalls Slawen, doch stehe ihnen das engere Staatsinteresse höher als das des großen Slawentums. Letzteres würde nur dann ausschlaggebend in die Wagschale fallen, wenn es sich bei der Frage nicht um Mazedonien handeln würde. Wäre z. B. ein Krieg auf Oesterreich-Ungarn, Serbien und Montenegro lokalisiert, so sei es fraglich, ob Bulgarien gegen die Serben daran teilnehmen würde. Mit ihnen werde es zwar nicht gehen, aber gegen sie schwerlich, denn es würde sich dadurch in der slawischen Welt einen nicht gutzumachenden moralischen Schaden tun. Anders, wenn auch die Türkei engagiert wäre. Da könnte man das mazedonische Problem endgiltig lösen und um diesen Einsatz wäre Bulgarien zu allem bereit. Von Rußland in dieser Hinsicht etwas zu erwarten, wäre aber seiner Ansicht nach Selbsttäuschung. „Bulgarien wird sich in allernächster Zeit zu entschließen haben“, bemerkte General Nikolajew weiter, „ob es auf die russische Seite tritt oder auf die österreichische. Wir müssen bald wählen, sonst sitzen wir zwischen zwei Stühlen da. Ich glaube, ein Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn wäre für uns zweckmäßig, aber es müßte schon demnächst gepflogen werden. Würde man warten, bis der Krieg da ist, wäre es zu spät, denn bis dahin werden sich noch verschiedene Einflüsse geltend machen.“ Schließlich entwickelte General Nikolajew noch in großen Zügen seine Ansichten über die Art, wie die österreichisch-bulgarischen Kräfte gegen die Türkei zu verwenden wären und betonte, die bulgarische Armee sei stark genug, um mit einigen österreichischen Korps zusammen die Türkei zu schlagen. Das Gros unseres Heeres könnte in diesem Falle zusammen mit Rumänien Rußland im Schach halten. Resümiere ich die Darlegungen des Kriegsministers, so geht aus ihnen hervor, daß man von uns die Stellung von Anträgen erwartet und daß man eher geneigt ist, diesen zu folgen als den russischen. Eine Kooperation gegen Serbien und Montenegro allein würde mit Rücksicht auf Rußland schwer zu erreichen sein; gegen die Türkei sofort, wenn die Angliederung Mazedoniens oder selbst nur dessen Autonomie in Aussicht stünde. Die Bulgaren werden also wie gewöhnlich dem Meistbietenden folgen.

Hranilović.

a) Vgl. n. 770, 882. — b) Liegt nicht vor.

Nr. 772. Erlaß nach Bukarest, 18. Dez. 1908 Nr. 2808.a) Konz.
(S. Brusselle; V. Musulin; G. Pogatscher).

Streng vertraulich. Die letzten Wochen und Monate, die seit der Erstreckung der Souveränität Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät auf Bosnien und die Herzegowina verfloßen sind, waren, wie Euer Durchlaucht wissen, von Verhandlungen erfüllt, die wir teils mit Russland geführt haben, um zu einer Einigung bezüglich des Konferenzprogrammes zu gelangen, teils mit der Türkei, um dieselbe zur Anerkennung der erfolgten Annexion der beiden Provinzen zu bewegen. Die hier mitfolgenden Piècen geben Euer Durchlaucht über den Gang der Verhandlungen mit Russland und über den gegenwärtigen Stand, beziehungsweise über die Wiederaufnahme der Pourparlers mit der türkischen Regierung erschöpfenden Aufschluss. Diese Piècen sind zu Ihrer ausschließlich persönlichen Kenntnisnahme und zu Ihrer persönlichen Orientierung bestimmt; da ich es aber für höchst wünschenswert erachte, daß sowohl Seine Majestät der König als auch Herr Sturdza über die sich aus der Annexion der okkupierten Provinzen für uns ergebende politische Situation vollständig und in vertrauensvoller Weise aufgeklärt werden, ersuche ich Euer Durchlaucht, Seine Majestät König Karl, wenn es Höchstdessen Gesundheitszustand gestattet, im mündlichen Wege, sonst aber durch Höchstdessen Ministerpräsidenten auf Grund des mitfolgenden Materiales tunlichst vollständig in streng vertraulicher Weise informieren zu wollen. Die Dokumente, die ich Euer Durchlaucht übersende, sind das russische Konferenzprogramm,^{b)} unsere Antwort auf die Übermittlung desselben,^{c)} ein russisches Mémoire vom 22. 9. November^{d)} und unser letztes Antwort-Mémoire vom 8. Dezember l. J.^{e)} Euer Durchlaucht finden weiters unter den Beilagen meine letzten die Verhandlungen mit der Pforte betreffenden Instruktionen an Markgrafen Pallavicini.^{f)} Wenn Euer Durchlaucht Gelegenheit haben, Seine Majestät den König persönlich zu sehen, so könnten Sie Höchstdemselben gegenüber ebenso wie zu Herrn Sturdza meine Auffassung der Lage ungefähr dahin charakterisieren, daß ich die Situation ruhig und zuversichtlich beurteile. Die Entwicklung, die die Dinge seit der Annexion genommen und die Schwierigkeiten, die sich seither ergeben, bestärkten mich nur in der Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen. Was übrigens die Haltung der Pforte anbelange, so führte ich dieselbe nicht so sehr auf den eigenen Antrieb des türkischen Nationalgefühles, sondern auf englische Machinationen zurück. Die englische Politik selbst sei übrigens nicht so sehr von einer direkten mala fides uns gegenüber, sondern von dem Wunsche inspiriert gewesen, ein neues Mittel in Anwendung zu bringen, um uns von Deutschland zu trennen. Habe England dies früher auf dem Wege freundschaftlicher Werbungen versucht, so schlage es jetzt zu demselben Zweck komminatorische Wege ein. Seine Majestät den König dürfte es speziell interessieren, daß wir mit Berlin, und zwar sowohl mit Kaiser Wilhelm als mit dem Reichskanzler, in allen Fragen einer Auffassung sind. Fürst Bülow, dessen Stellung ich jetzt wieder für gesichert halte, teilt speziell meine Ansicht auch darin, daß wir mit Festigkeit und Ruhe ohne weitere accros aus der gegenwärtigen Situation

herauskommen werden. In den Verhandlungen mit Russland sind wir zu dem größtmöglichen Entgegenkommen bereit, um das Zustandekommen der Konferenz zu ermöglichen; wir geben uns aber nicht der Illusion hin, daß Herr Iswolsky uns die Sache besonders leicht machen werde. Er dürfte vielmehr die Tendenz verfolgen, die aufgeworfenen Fragen noch eine Zeit lang offen zu lassen, um so eine für die russischen Interessen günstige Gelegenheit wahrnehmen zu können. Als unsere Hauptaufgabe betrachtete ich es, zu einer Verständigung mit der Türkei zu gelangen und sie zu einer Anerkennung der gegebenen Tatsachen zu vermögen. König Karol wird dieser Tendenz unserer Politik gewiss volles Verständnis entgegenbringen. Trotz unseres festen Wunsches sei ich aber nicht zu optimistisch in Bezug auf eine baldige Ermöglichung der erstrebten Verständigung mit Konstantinopel, wo die Verhältnisse derzeit noch einigermaßen ungeklärt seien. ... *Handelsvertrag* ... Meine ernstlichen Bemühungen, Rumänien auf wirtschaftlichem Gebiete das weiteste Entgegenkommen zu betätigen, würden, wie ich hoffte, sowohl Seine Majestät wie Herrn Sturdza in der Überzeugung bestärken, daß ich in der ernstesten Weise bestrebt sei, unser Verhältnis zu Rumänien vor jeder Trübung zu bewahren; nach wie vor von den freundschaftlichsten Intentionen für das Königreich erfüllt, liege es mir auch ferne, den nationalistischen Exzessen, die gegenwärtig in Rumänien an der Tagesordnung seien und denen die Regierung gewiss jederzeit mit Energie entgetreten werde, eine ernstere Bedeutung beizumessen. Indem ich Euer Durchlaucht schließlich noch den Empfang Ihres Berichtes vom 10. Dezember, No. 66/Bg) und den Ihres Privatbriefes vom gleichen Datum bestätige, etc.

P. S. Eben erhalte ich Euer Durchlaucht interessante Telegramme vom 17., No. 97 und 98, über Ihre Audienz bei Seiner Majestät dem Könige. Die Art und Weise, wie Euer Durchlaucht auf gewisse Bemerkungen des höchsten Herrn reagiert haben, hat meine volle Billigung. Im übrigen werden die im Vorhergehenden enthaltenen Instruktionen dadurch nicht modifiziert und ersuche ich Euer Durchlaucht, eine ehebaldigste Gelegenheit zu neuerlicher Aussprache mit Seiner Majestät zu suchen, andernfalls Höchstendenselben durch Herrn Sturdza zu informieren.

a) Vgl. n. 799, 840. — b) Vgl. n. 300. — c) n. 576 Anm. c. — d) n. 626 Beilage. — e) n. 705 Beilage, n. 790. — f) n. 717. — g) Nicht aufgenommen.

Nr. 773. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Dez. 1908 ohne Nr. (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Nachstehend die wörtliche Übersetzung des auf die auswärtigen Beziehungen Türkei bezüglichen Teiles der Thronrede: „Während der unter seinem (Kiamil Paschas) Vorsitze gebildete Ministerrat mit der Organisation des neuen konstitutionellen Verwaltungssystems beschäftigt war, hat sich der Fürst von Bulgarien und Gouverneur des Vilajets Ost-rumelien, Prinz Ferdinand, aus welchen Gründen immer von der Treue zu Unserem türkischen Reiche losgesagt und die Unabhängigkeit Bulgariens proklamiert; unmittelbar darauf hat auch Österreich-Ungarn der hohen

Pforte und den Kabinetten der Grossmächte mitgeteilt, dass es beschlossen habe, Bosnien und die Hercegovina, die zufolge des Berliner Vertrages sich unter der zeitweisen Okkupation und Verwaltung Österreichs befanden, seinem Ländergebiete einzuverleiben. Diese beiden wichtigen Ereignisse, durch welche Rechte verletzt und Beziehungen geschädigt wurden, sind ausserordentliche Vorkommnisse, welche Uns überaus betrübt haben. Auf diese Übergriffe hin wurde die Vorkehrung des Nötigen und die Wahrung der Rechte des Staates der Fürsorge Unseres Ministerrates anvertraut und ist diesbezüglich, wie auch in jeder anderen Beziehung, die Hilfe und Unterstützung des Parlamentes erwünscht. Da Unser türkisches Reich mit sämtlichen Staaten in vollständig guten und aufrichtigen Beziehungen sich befindet, so hegen Wir die feste Hoffnung auf eine günstige Lösung der obschwebenden politischen Fragen mit Hilfe der befreundeten Grossmächte.“

Pallavicini.

a) Vgl. n. 774, 778, 786.

Nr. 774. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Dez. 1908 Nr. 524 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Der gestern mit Telegramm Nro. 522^{b)} gemeldete Passus der Thronrede über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und über die Annexion Bosniens wird in hiesigen diplomatischen Kreisen viel kommentiert, namentlich wegen der Ausdrücke „Rechtsverletzung“ und „Übergriff“. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass durch dieses Vorgehen der türkischen Regierung unser Ansehen neuerlich Schaden erleiden wird. Sie klagt uns öffentlich an, um vor aller Welt zu konstatieren, dass wir nach ihrer Auffassung der Türkei Genugtuung schulden, welche sie sich in Form einer materiellen Leistung denkt. Meiner unmassgeblichen Meinung nach gibt es unter diesen Umständen für uns nur zwei Wege: entweder wir zeigen Ernst, so wie ich dies mir vorzuschlagen erlaubt hatte, als ich Euer Exzellenz meine Abberufung von hier anriet, oder aber wir geben im Punkte der materiellen Leistung nach. Je länger wir die Sache durch Verhandlungen, die doch zu keinem positiven Ziel führen können, hinausziehen, desto mehr wird unser Prestige leiden, namentlich weil auch der Boykott, wie dies schon jetzt zu konstatieren ist, im Laufe der Verhandlungen keine Abschwächung erfahren wird. Alle unsererseits in Aussicht gestellten Konzessionen bleiben so lange wertlos, als die anderen Mächte nicht dieselben Konzessionen der Türkei machen. Es ist aber nicht anzunehmen, dass die anderen Mächte sich zu solchen Konzessionen entschliessen sollten, um uns ein Geldopfer zu ersparen, ohne auch sich Vorteile herauszuschlagen. Wie immer wir also die Sache drehen wollen und ob wir nun unsere Konzessionen in einen Handelsvertrag kleiden oder ihnen eine andere Form geben, das Ende wird doch sein, dass wir entweder zahlen, oder aber uns entschliessen müssen, Ernst zu machen. Letztere Alternative ist jedoch heute schon schwieriger zu wählen als früher, da wir uns bereits nachgiebig gezeigt haben, namentlich aber deshalb, weil unsere Presse in Artikeln, die hier als Inspiration aufgefasst wurden, das weiteste Entgegenkommen unsererseits in Aussicht

gestellt hat. Unter solchen Umständen, glaube ich, wird erst nichts anderes übrig bleiben, als in irgend einer Form ein Geldopfer zu bringen, wie es Euer Exzellenz selbst bereits ins Auge gefasst zu haben scheinen. Ich erlaube mir daher und namentlich auch unter dem Eindrucke der gestrigen Thronrede, sowie der durch mein gestriges Telegramm Nro. 521 signalisierten gleichfalls gestrigen Pfortennote^{c)} folgende Anregung: Der von Kiamil Pascha gemachte Antrag, die Geldentschädigung mit den von uns in Aussicht gestellten Konzessionen in Verbindung zu bringen, wäre abzuschlagen, hingegen wäre der Pforte die Zahlung von 2 Millionen Pfund ganz ohne Rücksicht auf die zugesagten Konzessionen in Aussicht zu stellen. Ausserdem wäre aber unser Versprechen in Bezug auf jene Konzessionen aufrecht zu erhalten. Auf diese Art würden wir voraussichtlich ein geringeres Geldopfer zu bringen haben, als wenn wir den Antrag Kiamil Paschas annehmen. Es wäre, glaube ich, nicht notwendig, die Geldentschädigung unter dem Titel eines Teiles der Staatsschuld zu leisten, man könnte auch irgend eine andere Form, etwa als eine einfache Zuwendung an den ottomanischen Staatsschatz finden.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 779. — ^{b)} Tel. Nr. 522 wurde nicht aufgenommen. Es hat denselben Inhalt wie n. 773, welche die bessere textliche Überlieferung aufweist. Vgl. n. 778 Anm. b. — ^{c)} Beilage zu n. 766. Das Tel. Nr. 521, das nur einen Vorbericht hierzu enthält, wurde nicht aufgenommen. Vgl. n. 778 Anm. c.

Nr. 775. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Dez. 1908 Nr. 525 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm vom 16. d. M. No. 253. Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf den Umstand zu lenken, dass die eventuelle Geltendmachung einer Gegenforderung unter dem Titel der Erhaltung der Garnisonen im Sandjak während 30 Jahren von Kiamil Pascha leicht dahin erwidert werden könnte, dass wir die Zurückziehung unserer Truppen aus dem Sandjak als Konzession hingestellt hätten und daher mit uns in Widerspruch geraten, wenn wir jetzt die Kosten der Erhaltung dieser Truppen beanspruchen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 765, 779.

Nr. 776. Bericht des Legationssekretärs Leopold Freiherrn von Andrian aus Athen, 19. Dez. 1908 Nr. 48 B (eing. 26. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Im Laufe einer mir unlängst anlässlich Überreichung des Militär-Jubiläums-Kreuzes gewährten Audienz erörterte Seine Majestät der König des Längeren die dermaligen Beziehungen der europäischen Mächte zu einander. Aus den Mittheilungen des bekanntlich, dank Seiner ausbreiteten verwandtschaftlichen und anderen Beziehungen über die Vorgänge in den Europäischen Centren stets vielfach informirten Höchsten Herrn möchte ich mir nachstehend erlauben, die mir am interessantesten scheinenden in Kürze wiederzugeben. Anschließend an einige die Berechtigung des österreichisch-ungarischen Standpunktes gegenüber den Balkan-

Ereignissen der letzten Monate betreffenden Bemerkungen betonte Seine Majestät König Georg, daß mehrere der wichtigsten Europäischen Preßorgane einen großen Theil der Schuld an der Verwicklung der Verhältnisse seit den Oktober-Ereignissen haben, und gedachte hiebei insbesondere der leidenschaftlichen, systematischen und, um den von meinem Hohen Mitredner gebrauchten Ausdruck zu wiederholen, „unverschämten“ Hetze der „Novoe Wremja“ gegen uns. Daß an den Höchsten Stellen im Russischen Reiche die aggressive Stellungnahme uns gegenüber nicht gebilligt wurde, meinte König Georg, sei Ihm genau bekannt. Außer aufrichtiger Friedensliebe, fügte Seine Majestät lächelnd hinzu, sei ja eine gewichtige Bürgschaft für versöhnliche Gesinnungen der maßgebenden russischen Factoren die aus complexen Ursachen resultirende unabweisliche Notwendigkeit für das Reich des Czaren, in absehbarer Zukunft kriegerrischen Verwickelungen aus dem Wege zu gehen. Sodann auf die während Höchstseines letzten Aufenthaltes in Bari stattgehabten, mit Sympathie-Kundgebungen für Seine Person, denen auszuweichen Er Mühe gehabt habe, verbundenen anti-österreichischen Demonstrationen übergehend, bemerkte der Monarch, daß an denselben nur gänzlich verkommen aussehende und halbwüchsige Individuen theilgenommen haben, wie es ja überhaupt meistens das Stadtproletariat sei, das in Italien mit Vehemenz gegen uns zu demonstrieren pflege. Herr Tittoni selbst sei ein ehrlicher Freund Österreichs. Der Herr Minister habe, betonte Seine Majestät der König mit Nachdruck, Ihm Ende November in Rom seinen Entwurf für seine damals bevorstehende Kammerrede über äußere Politik gezeigt. Dieser Entwurf habe allerdings anders und wesentlich austrophiler gelautet, als die später thatsächlich gehaltene, wohl unter dem Einfluß der vorhergehenden Kammerdebatte endgiltig ausgearbeitete Rede. Trotz der in der ebenerwähnten Rede gemachten Concession an die seine Gesinnungen nicht theilenden Factoren bleibe übrigens Herr Tittoni, wie Seine Majestät ihn kenne, eine feste Stütze und Bürgschaft des, der Ansicht des genannten Staatsmannes nach, Italien den Frieden garantirenden Dreibundes. „Überhaupt muß“, bemerkte mein hoher Mitredner nach einer kleinen Pause, und schloß hiemit den betreffenden Theil unseres Gespräches ab, „Italien den Frieden wollen.“ „Nicht Russland allein, auch Italien ist heute ja ganz und gar nicht für Krieg gerüstet.“

Andrian.

Nr. 777. Erlaß nach Belgrad, 19. Dez. 1908 Nr. 2828.^a) Konz. (S. Brusselle; V. Aehrenthal; G. Pogatscher).

Streng vertraulich. Ich habe die Berichte Euer Hochgeboren Nr. 89 A—D vom 12. I. M. und Ihr Telegramm vom 15.^b) d. M. erhalten. Aus Ihrer jüngsten Berichterstattung entnehme ich in Übereinstimmung mit Ihren früheren Relationen, daß in Serbien in jüngster Zeit eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, daß aber die militärrischen Vorbereitungen mit dem Ausblicke auf das kommende Frühjahr zielbewußt fortgesetzt werden und daß die Agitation des serbischen Preßbureaus, das durch die Haltung der englischen Presse ermutigt wird, sich nach wie vor unermüdlich geltend

macht. Neben der von Belgrad aus inszenierten Preßcampagne ist die serbische Regierung auch durch besondere Agenten, die mit den verschiedensten Missionen nach dem Auslande entsendet werden, bemüht, Stimmung gegen uns zu machen und womöglich auch Vereinbarungen abzuschließen, deren Spitze gegen die Monarchie gerichtet ist. So hat die Entsendung Spalajkowitsch nach Konstantinopel, die Euer Hochgeboren in Ihren Relationen vom 12. I. M.^{c)} erwähnen, wie ich nach verschiedenen, sicheren und geheimen Indikationen schließen zu können glaube, auch den Zweck gehabt, die Türkei zum Abschluß einer Defensiv-Allianz mit Serbien zu bewegen. Herr Spalajkowitsch hat allerdings keinen Erfolg erzielt und das Vertragsinstrument, das er nach Konstantinopel mitgenommen hatte, hat die Unterschrift der Pforte nicht erhalten. Der Großvezier und der Minister des Äußern haben spontan dem Markgrafen Pallavicini gegenüber die Existenz geheimer Verabredungen mit Serbien in Abrede gestellt und ich habe den Eindruck, daß ihre Abläugnungen durchaus aufrichtig gemeint waren. Was die Frage unseres Handelsvertrages mit Serbien anbelangt, die Euer Hochgeboren in Ihrem Telegramm vom 15. I. M.^{b)} berühren, so geht meine Absicht dahin, denselben mit oder ohne Ermächtigungsgesetz in Geltung zu belassen, bis das österreichische Parlament ihn in Verhandlung zieht, was kaum vor Jänner oder Februar künftigen Jahres der Fall sein dürfte. Zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information bemerke ich, daß beinahe keine Aussichten für die Votierung desselben vorhanden sind. Es wäre mir erwünscht, bis Dienstag, den 22. d. M., abends, Ihre Ansicht über die Wirkung zu kennen, welche die Verwerfung des Handelsvertrages durch eines unserer Parlamente in Serbien hervorrufen wird.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 782, 783. — ^{b)} Liegt im Polit. Archiv nicht vor und betrifft die Handelsvertragsverhandlungen. — ^{c)} Außer n. 553 liegen auch nach Ausweis des Protokolls keine Berichte aus Belgrad vom 12. Nov. über Auslandsreisen serbischer Staatsmänner vor.

Nr. 778. Tel. nach Konstantinopel, 19. Dez. 1908 Nr. 254 (chiffre. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Kwiatkowski; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme vom 17. d. M., No. 522,^{b)} und vom 18. d. M. ohne Nummer über die Thronrede des Sultans. Die Art und Weise, wie in dieser Enunziation unmittelbar anschließend an den Passus über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens von der Einverleibung Bosniens gesprochen wird und die Wahl der Ausdrücke, in denen dies geschieht, haben hier einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Unmittelbar nachdem die Monarchie ein weitgehendes Entgegenkommen an den Tag gelegt hat, indem sie die Boykottfrage einer abgesonderten Behandlung zuführend sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklärt und mit den konziliantesten Dispositionen in diese Verhandlungen eingetreten ist, welche gerade den Zweck verfolgen, bezüglich Bosniens mit der Türkei zu einem Einverständnis zu gelangen, konnten wir erwarten, daß die türkische Regierung in ihren Enunziationen, besonders den für

die Öffentlichkeit bestimmten, gerade in diesem Punkte eine gewisse Zurückhaltung beobachten und eine schroffe Sprache vermeiden würde. Euer Exzellenz wollen bei Ihrem nächsten Zusammentreffen mit dem Großvezier Seine Hoheit über diesen Eindruck nicht im Zweifel lassen und sich im Sinne des vorstehenden äußern. Als charakteristisch für die uns unfreundliche Tendenz dieser Kundgebung wollen Euer Exzellenz auch relevieren, daß dieselbe die Annexion Bosniens, welche füglich doch nur eine formelle Modifikation des status quo bedeutet, in so pointierter Weise bespricht, hingegen die unsererseits ganz spontan verfügte Räumung des Sandschaks, welche für das ottomanische Reich einen faktischen Gebietszuwachs bedeutet, mit keinem Worte erwähnt. Euer Exzellenz wollen schließlich dem Großvezier nicht verhehlen, daß ein solcher Mangel an Rücksicht natürlich nicht geeignet sein könne, auf die pendenten Verhandlungen günstig zurückzuwirken. Zu Euer Exzellenz persönlicher Information. Bezüglich der im Telegramm Euer Exzellenz vom 17. Dezember, Z. 521,^{c)} signalisierten Verbalnote der Pforte behalte ich mir eine Stellungnahme vor, sobald ich in den Besitz des Wortlautes derselben komme.

a) Vgl. n. 784. — b) Vgl. n. 774 Anm. b. — c) Vgl. n. 774 Anm. c.

Nr. 779. Tel. nach Konstantinopel, 19. Dez. 1908 Nr. 256 (chiffre 7 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Kwiatkowski; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme vom 17. und 18. d. M., No. 523, 524 und 525. Im Sinne der Instruktionen, welche ich Euer Exzellenz mit Telegramm vom 17. d. M., No. 253, sowie mittelst des am selben Tage hier abgegangenen Kuriers erteilte, ersuche ich Euer Exzellenz, sich angelegentlichst zu bemühen, auf Basis der in diesen Instruktionen enthaltenen Zugeständnisse zu einem Einvernehmen mit der Pforte zu gelangen. Es wird hiebei viel darauf ankommen, daß der Pforte der große Wert dieser unserer Konzessionen in möglichst eindrucksvoller Weise vor Augen geführt werde, wofür ich Euer Exzellenz in den obzitierten Weisungen einige Anhaltspunkte gegeben habe. Von großer Wichtigkeit erscheint es mir, wie ich bereits in dem obzitierten Telegramme hervorhob, daß Euer Exzellenz von der Erklärung des Großveziers ausdrücklich Akt nehmen, wonach, wenn unsererseits der Türkei solche Konzessionen in Aussicht gestellt werden könnten, welche für dieselbe ebensoviel oder noch mehr Wert besäßen, die Forderung der Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld durch diese besseren Zugeständnisse kompensiert werden könnte. Diese Erklärung des Großveziers erscheint mir für den weiteren Verlauf der Verhandlungen insofern als wichtig, weil sie die Interpretation zuläßt, daß an der mehrerwähnten Forderung bezüglich der Staatsschuld nicht unbedingt festgehalten werde. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 18. d. M., No. 525, möchte ich bemerken, daß die Räumung des Sandschaks allerdings unsererseits als Konzession, respektive als Kompensation für die Einverleibung Bosniens intendiert war, daß aber, wenn die Pforte auf diese unsere Auffassung nicht eingeht und mit anderen Forderungen an uns herantritt, wir berechtigt sind, unsererseits Ersatz-

ansprüche zu stellen. In dieser Weise wäre einem eventuellen Einwand Kiamil Paschas zu begegnen. Übrigens sollen die Euer Exzellenz mitgeteilten Daten über diese und andere Kosten im Sinne meiner Instruktionen nicht dazu dienen, schon als Forderungen geltend gemacht zu werden, sondern nur um in der Diskussion Verwertung zu finden und der Pforte das Unpraktische ihrer die Staatsschuld betreffenden Forderung vor Augen zu führen. Euer Exzellenz Meldung über das Ergebnis Ihrer Besprechung mit dem Großvezier sehe ich mit Interesse entgegen. Aehrenthal.

Nr. 780. Erlass des russischen Ministers des Äußern an die russischen Vertretungen in Berlin, Wien, Paris, London, Rom und Konstantinopel; St. Petersburg, 6. (19.) Dez. 1908 (übergeben am 23. Dez. durch den russischen Geschäftsträger).a) Abschrift.

Le 24 Septembre/7 Octobre a. c.^{b)} le Comte Berchtold communiqua au Cabinet Impérial une dépêche circulaire par laquelle le Baron d'Aehrenthal informait les Représentants de l'Autriche-Hongrie de deux décisions prises par le Gouvernement Impérial et Royal: celui-ci „renonçait à faire valoir à l'avenir ses droits par rapport au Sandjak de Novi-Bazar“ et „reprenait, quant à la Bosnie et à l'Herzégovine, son entière liberté d'action.“ A la même date une série d'actes promulgués à Budapest étendait les droits souverains de S. M. l'Empereur François Joseph sur les deux provinces susindiquées; deux jours auparavant le Prince Ferdinand de Bulgarie avait assumé le titre Royal et proclamé l'indépendance de la Bulgarie. Dans l'un, comme dans l'autre cas, l'Europe s'est trouvée devant un acte unilatéral apportant une modification de fait à l'ordre de choses établi par le traité de Berlin. Or, en 1871^{c)} les Puissances Européennes, réunis en Conférence à Londres, avaient solennellement reconnu le principe essentiel du droit des gens qu'aucune Puissance ne peut se délier des engagements d'un traité, ni en modifier les stipulations, qu'à la suite de l'assentiment des parties contractantes au moyen d'une entente amicale. Depuis lors, ce principe nous l'avons, pour notre part, constamment observé, et bien que le traité de Berlin renfermât des clauses particulièrement onéreuses tant pour la Russie que pour les Etats Balkaniques, auxquels nous avons de tout temps porté un intérêt traditionnel, nous n'avons jamais cherché à en enfreindre les stipulations. Il est évident que toute déviation de ce principe est de nature à fortement ébranler les bases de l'équilibre politique existant et, par conséquent, à mettre en danger la paix générale; en effet, les actes accomplis par l'Autriche-Hongrie et par la Bulgarie ont eu pour résultat immédiat de provoquer une situation des plus tendues dans la péninsule des Balkans et de plonger l'Europe dans un état d'inquiétude qui dure encore. La Turquie, en sa qualité de Puissance directement lésée, ne manqua pas de protester formellement auprès des Puissances signataires du traité de Berlin contre cette double infraction audit traité; cette protestation semblait d'autant plus mériter l'attention des Puissances, que la Turquie, absorbée par la consolidation de ses réformes intérieures, avait particulièrement besoin de ménagements et d'appui moral; aussi le Représentant de la Russie

à Constantinople reçut-il l'ordre de déclarer à la Sublime Porte que le Gouvernement Impérial estimait que le traité de Berlin ne pouvait subir de modification sans un accord entre les Puissances signataires de ce traité. La même déclaration fut faite au Gouvernement Ottoman par les Représentants de plusieurs autres Puissances.^{d)} En même temps l'idée suggérée par la Turquie de réunir une Conférence Européenne donnait lieu à un échange de vues confidentiel entre les Cabinets; ceux-ci durent reconnaître que les derniers événements ayant sensiblement modifié l'état de choses dans la péninsule des Balkans, la Conférence aurait à s'occuper encore d'autres questions qui s'imposaient à l'attention des Puissances, notamment de la révision de plusieurs stipulations surannées du traité de Berlin et de satisfactions à donner à certains intérêts légitimes de la Turquie et des Etats Balcaniques. Votre Excellence connaît le projet de programme de la Conférence en 9 points^{e)} proposé comme base à une entente entre les Puissances. Ce projet fait depuis plus de deux mois l'objet de laborieux pourparlers privés entre les différents Cabinets, mais aucun accord définitif n'a encore pu être établi à son sujet. La principale difficulté consistait jusqu'ici dans une différence entre le point de vue du Gouvernement Austro-Hongrois et celui du Gouvernement Impérial de Russie sur la compétence de la future Conférence. Le Cabinet de Vienne tout en admettant que la question de la Bosnie et de l'Herzégovine ainsi que celle du Sandjak de Novi-Bazar figurassent au programme de la Conférence, déclarait que ces deux questions ne pourraient plus former l'objet d'une discussion; ayant engagé des pourparlers avec la Sublime Porte en vue d'une entente directe entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie, le Cabinet de Vienne exigeait que la Conférence se bornât à constater cette entente et à procéder à l'abrogation de l'article 25 du traité de Berlin. Le Cabinet de St. Pétersbourg ne croyait pas, pour sa part, pouvoir se ranger à une pareille opinion. Il nous paraissait en effet évident que l'Autriche-Hongrie ayant été investie du droit d'occuper la Bosnie et l'Herzégovine et de tenir garnison dans le Sandjak de Novi-Bazar non par un arrangement particulier avec la Turquie, mais par le traité de Berlin, aucune modification de ces droits ne pouvait avoir lieu sans une entente entre toutes les Puissances signataires dudit traité. Le cas actuel offrait d'ailleurs une entière analogie avec celui qui avait fourni à l'Europe l'occasion de formuler le principe du droit des gens qui servait de base à notre raisonnement. En effet, lorsqu'en 1871,^{c)} à la suite de l'acte unilatéral par lequel la Russie avait déclaré se délier de certaines clauses du traité de Paris, il fut question de réunir une Conférence, les Puissances ne consentirent à y prendre part qu'à la condition expresse qu'elle se réunirait sans que rien ne fût arrêté d'avance quant à ses résultats; c'est ce qui fut constaté à la première séance de la Conférence par son Président Lord Granville, lequel déclara que les questions qui lui étaient soumises devaient être examinées et discutées „sans parti-pris et avec une entière liberté“. Quant à l'entente directe projetée entre le Cabinet de Vienne et la Sublime Porte, le Cabinet Impérial pensait qu'elle contribuerait certainement à acheminer la question vers une solution, mais qu'elle ne saurait cependant préjuger la sanction définitive, ni empêcher une libre discussion entre les

Puissances. Enfin le Cabinet de St. Pétersbourg estimait que la Conférence ne pourrait guère se borner à une simple abrogation de l'article 25 du traité de Berlin. Sous ce rapport nous devons encore une fois nous référer au précédent de la Conférence de Londres, car cette Conférence avait eu pour résultat non seulement l'abrogation des articles 11, 13 et 14 du traité de Paris, mais la conclusion d'un traité spécial, portant modification du traité susmentionné.^{f)} Il y aurait donc lieu, pensions nous, pour la future Conférence, au cas où les Puissances tomberaient d'accord sur la question de la Bosnie et de l'Herzégovine, non seulement d'abroger l'article 25 du traité de Berlin, mais encore de le remplacer par une stipulation définissant d'une manière précise la nouvelle situation de ces deux provinces. Votre Excellence appréciera certainement toute l'importance du débat survenu entre nous et le Cabinet de Vienne; heureusement ce débat semble aujourd'hui pouvoir se résoudre d'une manière acceptable aux deux parties. Dans une communication que nous venons de recevoir du Cabinet de Vienne, celui-ci n'insiste plus sur son exigence de soustraire la question de la Bosnie et de l'Herzégovine à toute discussion entre les Puissances et propose un nouveau mode de procéder: les Cabinets ne se borneraient pas à s'accorder avant la Conférence sur l'énumération des points du programme, mais commenceraient par entrer dans un échange de vues préalable sur le fond des questions auxquelles se réfèrent ces différents points; cet échange de vues aboutirait à certaines formules qui traceraient des limites précises à la discussion en Conférence.^{g)} Un pareil mode de procéder qui consiste à remplacer la discussion en Conférence par des négociations préalables entre les Cabinets, n'est pas sans offrir à nos yeux de sérieux inconvénients à cause surtout de son caractère compliqué et de sa lenteur. D'autre part, nous ne saurions méconnaître qu'il est de nature à écarter le danger de divergences trop sensibles au sein même de la Conférence. Il nous semble de plus sauvegarder d'une manière suffisante le principe essentiel que nous avons soutenu dès le début et d'après lequel toutes les questions qui font partie du programme, y compris le point 2 — Bosnie et Herzégovine — ont un caractère Européen, ne peuvent être définitivement résolues que d'un commun accord entre toutes les Puissances signataires du traité de Berlin et doivent dès lors faire l'objet d'une libre discussion entre les Cabinets. Dans ces conditions le Cabinet Impérial, désireux de faire preuve à son tour d'un esprit de conciliation, est prêt à ne pas s'opposer au mode de procéder susindiqué; il vient de suggérer au Cabinet de Vienne de saisir de cette proposition les autres Puissances; si celles-ci se montrent disposées à y adhérer, le Cabinet Impérial ne manquera pas, au cours des négociations qui suivront, de faire connaître ses vues sur les points du programme de la Conférence qui sont de nature à intéresser particulièrement la Russie. Vous voudrez bien donner lecture de la présente dépêche à Mr. le Ministre des Affaires Etrangères et lui en laisser copie s'il le désire.

Iswolsky.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 57 Nr. 187 Beilage. Vgl. n. 790, 791, 793, 801, 826, 840, 856, 1222. — ^{b)} n. 116. — ^{c)} Das Staatsarchiv XX 190. — ^{d)} Vgl. n. 255. — ^{e)} n. 300. — ^{f)} Londoner Vertrag vom 13. März 1871. Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 242 Nr. 3806. — ^{g)} Vgl. n. 705.

Nr. 781. Privatschreiben aus London, 20. Dez. 1908. Ausfert.

Streng vertraulich. Der Courier hat mir gestern Abend Deinen interessanten streng vertraulichen Privatbrief vom 17. l. Mts. überbracht, für den ich Dich bitte, meinen ergebensten Dank empfangen zu wollen. Bevor ich in die Einzelheiten desselben eingehe, möchte ich mir erlauben, das résumé einer Conversation wiederzugeben, die ich gerade gestern mit meinem Collegen Metternich hatte, weil Manches davon sich auf die in Deinem Schreiben vorgebrachten Erwägungen bezieht. Metternich ist, wie Du weisst, schon ziemlich lange hier, hat manche Stürme und unangenehme Zeiten durchgemacht, ist durchaus nicht verblendet, was England betrifft, bemüht sich aber, nicht verbittert zu werden und objectiv zu urtheilen. Metternich glaubt absolut nicht, dass der gegen uns gerichteten Tendenz der englischen Politik die Absicht zu Grunde liege, durch Österreich-Ungarn den Alliierten Deutschland treffen zu wollen. Grey sagte ihm gleich nach Eintreffen Iswolskys in London, dass er nicht wünsche, dass Europa sich über die bosnische Frage in zwei Lager theile. Metternich glaubt, dass dies ehrlich gemeint sei, und seine seitherigen Beobachtungen haben ihn darin bestärkt. Die Motive der englischen Politik definirt Metternich ungefähr so, wie ich es mir erlaubt habe, zu thun, nämlich vor Allem 1. Rücksicht auf die Jungtürken und 2. Inviolabilität der internationalen Verträge. Was die Jungtürken betrifft, so meint er, dass die unblutige Revolution, der Abschluss des hier perhorrescirten Regimes des Sultans und die Bemühungen eine dauernde constitutionelle Regierung in der Türkei einzuführen, hier in allen Kreisen eine so tiefgehende und warme Sympathie und einen so allgemeinen Enthusiasmus erweckt habe, dass sich keine englische Regierung dieser Strömung verschliessen könnte. Überdies dient es dem englischen Interesse. Der Einfluss Englands in Constantinopel, der so gut wie verloren war, ist jetzt mächtiger als je, und nachdem der König von England mehr muselmannische Unterthanen hat, als der Sultan oder irgend ein Souverain, so muss es für England von Wichtigkeit sein, mit dem Centrum des Islams auf gutem Fusse zu stehen. Was den Punkt der Inviolabilität der Verträge betrifft, so meint Metternich, dass die hiesige Regierung es wirklich sehr empfunden hätte, dass eine europäische Grossmacht von einem Traktat, das ihre Unterschrift trägt, einseitig zurücktrete. Es lässt sich ja natürlich darüber discutiren, ob überhaupt und in wie weit das geschehen sei, aber es war einmal die hiesige Auffassung und daran wird festgehalten werden, bis die — nach englischer Meinung — geschehene Infraction regularisirt ist, was eben nur durch Zustimmung des Geschädigten, das ist die Türkei, und durch Sanction der übrigen Mächte geschehen kann. Ist dies aber geschehen, so meint Metternich, dass sogleich ein Umschwung in der hiesigen Stimmung zu bemerken sein wird. Er hat erst vorgestern mit Grey und Hardinge gesprochen; Ersterer gab ihm zu verstehen, dass wenn unsererseits Vorschläge in Constantinopel gemacht werden, welche der Türkei irgend wie eine Compensation bringen, von hier aus nur Rathschläge der Mässigung und der Conciliation ergehen würden. Metternich hat den bestimmten Eindruck, dass Grey ein Arrangement zwischen uns und der Türkei gerne sehen würde. Hardinge sprach in demselben Sinne

zu meinem deutschen Collegen, bemerkte aber, dass von den 5 Punkten, die Du der Türkei, angeboten hättest, drei — nämlich Monopole, Erhöhung der Zölle und Abschaffung der Capitulationen — Fragen beträfen, welche die Zustimmung aller Mächte erfordern, also nicht als specielle Leistung Österreich-Ungarns angesehen werden könnten; von den übrigen 2 werde Protektorat über die albanesischen Christen von der Türkei nicht anerkannt, so dass überhaupt nur die Abschaffung unserer Postämter übrig bliebe. Hardinge bleibt bei seiner Ansicht, dass ohne finanzielle Compensation unsererseits ein Arrangement mit Constantinopel nicht zu erreichen sein wird, und glaubt persönlich nach wie vor, dass wir durch Übernahme eines Theiles der türkischen Staatsschuld schon vor einigen Wochen am billigsten durchgekommen wären. Metternich erzählte mir noch weiter, dass Grey sich beklagt hätte, dass in unserer Presse der englischen Regierung allerhand Intriguen zugeschrieben werden. Hardinge sprach auch von der letzten Sitzung im Wiener Abgeordnetenhaus, in welcher in einer Rede die Anklage erhoben wurde, England wolle durch Ausnützung des Boycotts den Ausfall in seinem Handel wieder gut machen. Hardinge erklärte Metternich, dass der englische Handel in der Türkei seit Beginn des Boycotts absolut keine Zunahme erfahren habe. Metternich machte sowohl Grey als Hardinge darauf aufmerksam, dass die englische Presse, wenn sie sich auch jetzt beruhigt hat, zu Beginn eine sehr heftige Sprache gegen uns geführt hätte. In Vorstehendem habe ich mir erlaubt, einige Eindrücke Metternichs wiederzugeben, die er mir in einer ganz privaten Unterredung mitgeteilt hat und ich muss, um ehrlich und aufrichtig zu bleiben, sagen, dass sie mit dem übereinstimmen, was ich im Laufe der letzten Zeit hier wahrgenommen habe. Ich glaube, dass bei Beurtheilung der englischen Politik — neben der Rücksichtnahme auf das jungtürkische Régime, deren Vorhandensein Du auch anerkanntest, — das Faktum nicht übersehen werden darf, dass der Standpunkt für die Inviolabilität der Verträge einzutreten, ein äusserst dankbarer und durchaus ungefährlicher ist, welcher der englischen Regierung nebst der Zustimmung des eigenen Landes, die immer die Hauptsache bleibt, auch den Beifall der slavischen Welt und der lateinischen Staaten sichert. Dass diese Haltung mit einigen Capiteln der englischen Geschichte nicht ganz in Einklang zu bringen ist, wäre kein Abhaltungsgrund, sie einzunehmen. Der Engländer ist nicht logisch — weder individuell noch collectiv — sondern stets der genialste Opportunist, wobei immer die Grundsätze der Humanität und der Freiheit — in diesem Falle auch der Legalität — mit Geschick und gewöhnlich mit glücklichem Erfolge in den Vordergrund gestellt werden. Nachdem Du mir sagst, dass England auf eine regelrechte Allianz mit Frankreich und Russland hinarbeitet, so liegen Dir wohl hiefür Anhaltspunkte vor, die ich nicht kenne. Eine wirkliche Allianz war bisher in England nicht populär — am allerwenigsten eine, welche militärische Opfer im Sinne eines stark vermehrten Heeres erfordern würde — und eine derartige Politik könnte leicht für die betreffende Regierung verhängnisvoll werden. Die Rede des alten Lord Roberts über Schaffung eines Heeres von 500.000 Mann hat wenig Widerhall gefunden, entspringt der tollen Angst vor einer Invasion und ist jedenfalls nicht im Einvernehmen mit der

Regierung gehalten worden, der sie unbequem war. Ich muss die weiteren Ereignisse abwarten, bevor ich wagen kann, ein bestimmtes Urtheil über die englische Politik abzugeben. Ich hoffe auf einen Umschwung und erwarte denselben, falls Deine Verhandlungen mit Constantinopel zu einem glücklichen Abschlusse gelangen. Wenn ich mich täusche und diese Besserung dann nicht eintritt, wäre allerdings die Lage bedenklicher. Bis dahin würde ich aber unvorgreiflich meinen, dass es gut wäre, Alles zu vermeiden, was eine noch grössere Verbitterung hervorrufen könnte. Die hiesige Presse hat sich ja jetzt etwas beruhigt, vielleicht wäre es zweckmässig, wenn auch in unseren Blättern „abgeblasen“ würde und, so lange keine neuen Provocationen erfolgen, die Wiener Presse die Angriffe auf England einstellen würde. Leider besteht hier der Eindruck, dass der grösste Theil der Wiener Presse ihre Inspirationen vom Ballplatz erhält. Die Agitation der englischen Reisenden schien mir immer ein bedenkliches Symptom. Ich habe sie auch wiederholt hier im Foreign Office zur Sprache gebracht. Die Antwort ist stets, dass man dafür nicht verantwortlich ist und den individuellen englischen Reisenden nicht daran hindern kann, seine Gefühle auszudrücken. Den „unerklärlichen bösen Rausch“^{a)} der englischen Politik, von dem Du sprichst, hat in der hiesigen öffentlichen Meinung in so weit bestanden, als in der ersten Zeit nach der Annexions-Erklärung England von einem seiner bekannten Indignationsanfälle ergriffen zu sein schien. Diese Bewegung hat sich aber seither bedeutend gelegt und ich glaube sie wird vollständig verschwinden, sobald wir eine Verständigung mit Constantinopel erzielt haben. Alle meine hiesigen Collegen versichern mir, dass, obwohl Grey gegen uns sehr verstimmt war, die britische Regierung nicht gegen uns hetzt und durchaus keine krieglerischen Complicationen wünscht. Nach Ansicht all dieser Diplomaten ist die Verständigung mit Constantinopel aber die unerlässliche Vorbedingung zu einer befriedigenden Lösung der Krise. Es klingt manchmal die Besorgnis durch, als wären werthvolle Wochen unbenützt verstrichen. Das Scheitern unserer Verhandlungen mit der Türkei würde als ein sehr bedenkliches Symptom angesehen werden und könnte — nach Ansicht eines meiner erfahrensten Collegen — die Gefahr einer Balkan-Federation mit der Türkei näherrücken. Was nun die persönliche Haltung König Eduards betrifft, so habe ich in meinen Gesprächen mit Lord Knollys, dem Privatsecretair Seiner Majestät, von diesem die Versicherung erhalten, dass der König keinen der Jungtürkenführer empfangen habe — also auch nicht Achmed Riza. Die Bemerkung „capital trick your boycott; go on“ kann also nicht gefallen sein und klingt überdies für jeden, der den König kennt, absolut unwahrscheinlich. Der König ist seiner Regierung gegenüber, über die Er sich im intimen Kreise, auch vor mir, in letzter Zeit recht abfällig ausspricht, in einer sehr heiklen Lage. Man hat Ihm vorgeworfen, sich zu viel in die Auswärtige Politik zu mischen und Seine Besuche ohne Begleitung eines verantwortlichen Ministers sind Ihm vielfach verübelt worden. Eine direkte Ingerenz des hohen Herrn, gerade jetzt, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Überdies ist der König noch unwohl; obwohl besser, noch recht matt und theilnahmslos. Ich habe Seine Majestät in den letzten Tagen in Brighton gesehen und ich glaube, dass es ein Fehler

gewesen wäre, zu versuchen eine politische Conversation zu forciren. Ich hätte Ihn dauernd verstimmt und die Chancen für eine — hoffentlich baldige Zukunft verdorben. Der höchste Herr sprach in sehr netter Weise Sein Bedauern über den Tod Rudolf Liechtensteins aus, der für unseren allergnädigsten Herrn einen schweren persönlichen Verlust bedeuten dürfte. Er sprach auch von Cartwright und von Seiner Hoffnung, dass derselbe in Wien reussire. Der König streifte in so weit die Politik, dass Er mir einen Artikel in der „National Review“ über Ferdinand von Bulgarien zu lesen gab, in welchem derselbe recht strenge behandelt wird. Wir sprachen über diesen gemeinschaftlichen Verwandten und Seine Majestät drückte Sich eher ungnädig aus. Er erzählte mir, Ferdinand habe ihm zu Seinem Geburtstage am 9. November nicht gratulirt und Buchanan gesagt, er hätte es absichtlich zu thun unterlassen. Auch soll er — wie der König gehört hat — gesagt haben, dass, wenn England ihn nicht bald in seiner neuen Würde anerkennt, er seine englischen Orden zurücksenden werde. (Wie ich ihn kenne, wird er das gewiss nicht thun.) Auf weitere politische Themas mit mir einzugehen, zeigte der noch immer unpässliche König keine Geneigtheit und ich hatte das bestimmte Gefühl, dass ich eine Gaffe begehen würde, wenn ich insistirt hätte. Ich soll den König im Laufe des Jänner wieder auf dem Lande treffen. Vielleicht hat sich die Lage bis dahin geändert oder haben wir ein bestimmtes Resultat in Constantinopel erzielt, was mir eine Handhabe bieten würde, Ihm etwas mitzuthemen und dadurch eine Conversation zu beginnen. Ich habe mich bestrebt durch diese letzten Wochen das gewohnte Verhältniss zum königlichen Hofe in natürlichster Weise aufrechtzuerhalten, ohne politische Conversationen forciren zu wollen und ohne mich zurückzuziehen. Ich that dies mit der Absicht, dass im gegebenen Momente wieder eine Conversation politischen Inhaltes sich ganz von selbst ergeben würde, als ob nie etwas vorgefallen wäre. Du kannst versichert sein, dass ich eine viel zu hohe Conception des verantwortungsvollen Postens habe, den ich zu bekleiden die Ehre habe, als dass ich zu der Stellung eines gesellschaftlich gerne gesehenen aber sonst nicht ernst zu nehmenden Habitué des königlichen Kreises herabsinken möchte. Ich glaube nur, dass es wichtig ist, das bestehende Verhältniss in so weit aufrechtzuerhalten, damit à un moment donné eine vertrauliche Unterredung wieder von selbst und ungezwungen stattfinden kann. Dieselbe in einem inopportunen Augenblicke forciren zu wollen, würde aber, ich fürchte, nicht so sehr mir persönlich, als vielmehr dem Vertreter der Monarchie dauernd schaden.

Mensdorff.

a) So!

Nr. 782. Tel. aus Belgrad, 21. Dez. 1908 Nr. 198 (eing. 22. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Erlaß Nr. 2828 von vorgestern, welcher mich anweist, meine Ansicht über Wirkung der Ablehnung des Handelsvertrages bis morgen Abend Euer Exzellenz vorzulegen. Bei der politisch so gespannten Lage zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien kann die Verwerfung des Vertrages durch eines unserer Parlamente im Laufe des

Winters die Spannung nicht sehr verschärfen; jedenfalls wird dessen Annahme die Feindseligkeit nicht mindern. Nur würde Serbien mit viel Lärm hervorheben, daß die Ablehnung eines für Serbien wenig günstigen, hier mit Mühe parlamentarisch erledigten Vertrages beweise, daß wir das Königreich wirtschaftlich nicht berücksichtigen wollen, daher dessen Emancipation von uns und die Verbindung mit dem Meere eine absolute Existenzbedingung für Serbien sei. Wirtschaftlich würde unser Import durch Minimal- und Kampftarife vollständig aufhören, eventuell der angedrohte Boykott eintreten. Nach Kündigung des Konsular- und Schifffahrtsvertrages werden unsere hiesigen Untertanen und Unternehmungen allen erdenklichen Chikanen ausgesetzt sein. Im Zollkrieg mit uns würde Serbien jede Möglichkeit der normalen Entwicklung genommen; das Land wird aber wegen seiner Bedürfnislosigkeit und Rückständigkeit den Zollkrieg ebenso ertragen, wie den vertraglosen Zustand der letzten Jahre. Wirtschaftlich wäre die Ablehnung des Vertrages für unsere Interessen in Serbien bedauerlich, politisch könnte ich derselben jetzt keine besondere Bedeutung beimessen.

Forgách.

Nr. 783. Bericht aus Belgrad, 21. Dez. 1908 Nr. 93 C (eing. 23. Dez.). Ausfert.

Vertraulich. Mit meinem ergebensten Telegramm No. 196 vom 17. d. M.^{a)} hatte ich die Ehre Euer Excellenz zu melden, dass der von Konstantinopel heimgekehrte Herr Novaković dem englischen Gesandten den vollständigen Misserfolg seiner Mission eingestand. Er sei zur Überzeugung gelangt, dass die türkischen Machthaber sich, falls wir genügende finanzielle und wirtschaftliche Kompensationen bieten, mit uns ausgleichen und die Verständigung durch die Konferenz ratificiren lassen wollen. Gegen Bulgarien sei das neue Regime weit aufgebrachter, aber auch in diesem Falle gesonnen, moyennant finances, die Ereignisse zu ertragen. Die serbischerseits proponirte Allianz oder Militär-Konvention ist also, wie Euer Excellenz auch von Markgrafen Pallavicini gemeldet wurde,^{b)} abgelehnt worden. In dem in den Wolken lebenden und wenig praktisch veranlagten Herrn Novaković hatte Serbien einen recht ungeschickten Unterhändler. Seine gegenwärtig thörichte, plötzlich lancierte Idee der Wiederherstellung des historischen, serbischen Ipeker Patriarchates musste natürlich auch Misstrauen erregen. Trotz der offiziellen Ablehnung des Bündnisses, ist das türkisch-serbische Verhältnis doch ein gutes und das jungtürkische Komitee ist — von seinem Standpunkt aus mit Recht — bestrebt, sich die Serben „warm“ zu erhalten. Specieell würde dasselbe, um uns noch mürber zu machen, es gerne sehen, wenn der Boykott unserer Waaren sich auch auf Serbien ausdehnte. Es wird dies uns hier täglich angedroht und finden jedenfalls Verhandlungen mit dem türkischen Boykottkomitee statt. Auch werden den serbischen Waffen-, Munitions- und eventuell auch Pferde-transporten via Salonich die weitgehendsten Erleichterungen gewährt. Schliesslich haben, wie ich Euer Excellenz seiner Zeit auf Grund verlässlicher Information meldete, die Emissäre der serbischen Nationalverteidigung mit dem jungtürkischen Komitee eine — wenn auch nicht formelle und verbindliche, so doch bestehende geheime Abmachung^{c)} getroffen, um über

den Sandschak die Verbindung der serbischen und montenegrinischen Banden aufrechterhalten zu können. Tatsächlich befinden sich ohne jegliche Behelligung seitens der türkischen Behörden, im nördlichen Sandschake gegenwärtig mehrere, sich über Befehl allerdings ganz ruhig verhaltende Banden, deren Zweck vorläufig hauptsächlich darin besteht, Botendienste zu versehen, um Bomben, aufrührerische Bilder und Proklamationen u. s. w. nach Montenegro zu bringen und nach Bosnien und in die Herzegowina einzuschmuggeln. Was die Mission des Sektionschefs Spalajković betrifft, welcher, laut dem strengvertraulichen hohen Erlasse vom 19. d. M. Nro. 2828 das Vertragsinstrument nach Konstantinopel überbrachte, so gehen meine Informationen dahin, dass, während Novaković der offizielle Unterhändler bei der Pforte war, Spalajković die Mission hatte, alle haarsträubenden, phantastischen Verdächtigungen, die gegen unsere Verwaltung und Armee täglich vom serbischen Pressbureau erfunden werden, in Konstantinopel, besonders bei dem Komitee, zu verwerten und mit den dortigen bosnischen Auswanderern und mit jenen Kreisen, die teils aus religiösen, teils aus politischen Gründen Beziehungen mit Bosnien unterhalten, sich zu beraten, um einen möglichst einheitlichen Zusammenschluss der mohammedanischen und orthodoxen Opposition in Bosnien zu erreichen und um an deren Führer anfeuernde, gemeinsame Instruktionen zu erlassen. Dies alles ist jedoch nur kleinliche Wühlarbeit, der vollkommen der Boden entzogen würde, sobald wir mit der Türkei zu einer Verständigung gelangen. Unsere Verhandlungen werden hier mit der grössten und ängstlichsten Aufmerksamkeit verfolgt, denn die massgebenden Kreise sind sich klar, dass eine von den Westmächten gebilligte österreichisch-ungarisch-türkische Vereinbarung den serbischen Präntensionen jede Hoffnung nehmen würde, und dass Serbien, trotz der platonischen slavischen Liebesbeteuerungen sich in sein unabänderliches Schicksal fügen müsste.

Forgách.

a) Kurzer Vorbericht zum obigen Bericht. — b) Vgl. n. 668. — c) Vgl. n. 598, 1106.

Nr. 784. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Dez. 1908 Nr. 530 (eing. 22. Dez. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Die mit meinem Telegramm von gestern Nr. 529^{b)} signalisierte Unterredung mit dem Grossvezir fand soeben statt. Bevor ich in die Besprechung über unsere Verhandlungen in der Annexionsfrage einging, entledigte ich mich der telegrafischen Weisungen Nr. 254 und 257^{c)} vom 19. d. M. Die auftragsgemäss gemachte Bemerkung über die Thronrede machte auf Kiamil Pascha sichtlich Eindruck. Er erwiderte mir, dass er in seinem demnächst im Parlament zu haltenden Exposé den gemachten Fehler gut machen wolle, indem er die ganze Frage eingehend beleuchten und darauf hinweisen würde, dass die Verhandlungen mit uns tatsächlich begonnen haben. Die von mir in Betreff der in Valona vorgekommenen Gewalttätigkeiten gemachten ernsten Vorstellungen nahm der Grossvezir mit der Bemerkung entgegen, dass er diesem Treiben ein Ende machen werde. Er erliess in meiner Gegenwart diesbezügliche Befehle. Nach dieser Einleitung sagte ich Kiamil Pascha, dass ich trotzdem neuerliche Instruktionen erhalten

habe, um mit ihm die angeknüpften Verhandlungen fortzusetzen. Von der mir letzthin gemachten Erklärung, dass die türkische Regierung auf der Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld durch die beiden Provinzen verzichten würde, falls die von uns gemachten Konzessionen gleichwertig wären, nehme ich Akt und sei nunmehr ermächtigt, einen formellen Antrag zu stellen. Derselbe bezwecke den Abschluss eines neuen Handels- und Schiffahrtsvertrages und zwar auf der Basis der von uns ins Auge gefassten Konzessionen. Ich übergab ihm gleichzeitig den Entwurf der „Entente préalable“^{d)} und setzte ihm auf Grund der mir an die Hand gegebenen Argumente den Wert des proponierten Vertrages auseinander. Kiamil Pascha hörte mich mit sehr grosser Aufmerksamkeit an und sagte mir, er anerkenne die grossen Vorteile, welche die Türkei aus unserem Anerbieten ziehen könne. Diese Vorteile wären vielleicht sogar grösser als die von ihm aufgestellte Forderung, aber es bleibe doch noch immer die Frage offen, ob diese Vorteile wirklich ins Leben gerufen werden können. Es hänge ja von den anderen Mächten ab, ob sie gleichfalls auf Grund der von uns proponierten Konzessionen Handelsverträge mit der Türkei abschliessen wollen. Schon jetzt hätten ihm mehrere meiner Kollegen gesagt, daß, falls die Türkei von ihren Regierungen unter Berufung auf unser Beispiel analoge wirtschaftliche Konzessionen verlangen würde, dieselben auch ihrerseits Vorteile für sich verlangen müssten. Unter solchen Umständen, sagte mir Kiamil Pascha, könne er nicht umhin, daran festzuhalten, daß als absolute Basis für ein Übereinkommen in der Annexionsfrage die Anerkennung der Übernahme eines Teiles der Staatsschuld wenigstens im Prinzipie dienen müsse. Ich antwortete hierauf Kiamil Pascha, die Übernahme eines Teiles der Staatsschuld sei für uns ganz undiskutierbar. Ich hätte mir übrigens gar nicht erwartet, sofort zu einem praktischen Resultate zu kommen und bitte ihn, diese Sache mit seinen Ministerkollegen eingehend zu studieren. Kiamil erwiderte mir hierauf, er werde es tun, betonte aber nochmals, daß er unbedingt an seiner Forderung festhalten müsse. Was die von Euer Exzellenz vorgeschlagene Protokollsform des Übereinkommens anbelangt, war der Großvezir damit vollkommen einverstanden. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 811. — ^{b)} Dieses enthält lediglich die Meldung, daß der Botschafter mit Kiamil Pascha eine Zusammenkunft für den 21. Dez. vereinbart habe. — ^{c)} Mit Tel. vom 20. Dez. 1908, Nr. 257 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.; Konz. S. Musulin; G. Aehrenthal) wird der Botschafter ermächtigt, „die Pforte in der nachdrücklichsten Weise darauf aufmerksam zu machen, daß wir sie für allen unseren Staatsangehörigen im Zusammenhange mit der Boykottbewegung durch Excesse des Pöbels, an Leben und Eigentum erwachsenden Schaden verantwortlich machen würden“ und sich bei den bezüglichen etwa noch bevorstehenden Demarchen ausdrücklich auf diesen telegrafischen Auftrag zu berufen. — ^{d)} Beilage zu n. 762.

Nr. 785. Privatschreiben aus Berlin, 22. Dez. 1908 (eing. 24. Dez.)^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem ergebensten Danke habe ich das vertrauliche Privatschreiben vom 17. d. Mts.^{b)} erhalten, mit welchem mir Eure Exzellenz einen Brief, den Hochdieselben in Angelegenheit der ersten Unterredung mit Sir Fairfax Cartwright an den Grafen Mensdorff gerichtet haben^{a)}, in Abschrift zur Einsicht zu senden die Güte hatten. Ich erlaube

mir diesen Brief im Anbuge, Eurer Exzellenz Wünsche entsprechend, rückvorzulegen. Vor wenigen Tagen hatte ich Gelegenheit anlässlich eines Besuches im Auswärtigen Amte mit dem Staatssekretär über die Persönlichkeit des neuen englischen Botschafters in Wien zu sprechen und hiebei, von Eurer Exzellenz Ermächtigung Gebrauch machend, einzelne Stellen aus dem interessanten Schreiben an Graf Mensdorff zu verwerthen. Herr von Schoen, der mir seinen verbindlichsten Dank für die interessante Mitteilung aussprach, erzählt mir, die preussischen Gesandten in München, Stuttgart und Darmstadt hätten wiederholt Anlass gehabt, über das Auftreten und Benehmen ihres bisherigen englischen Collegen sich zu beklagen; Sir Fairfax scheine ein ausgesprochener Feind Deutschlands zu sein, und offenbar theile er bezüglich der Balkanfragen und der Stellungnahme Deutschlands und Österreich-Ungarns zu denselben, die Auffassung der englischen Hetzpresse. Mit seinen diesbezüglichen Ansichten sei der genannte englische Diplomat garnicht zurückhaltend gewesen, sondern er habe im Gegentheil in jeder Weise getrachtet, dieselben zu propagieren. Die letzten Berichte der drei preussischen Gesandten hat Herr von Schoen — wie er mir sagt — mit dem Auftrage Herrn von Tschirschky gesandt, Eurer Exzellenz in dieselben Einsicht nehmen zu lassen. Mit meinem hiesigen englischen Collegen hatte ich bisher nur sehr wenig Gelegenheit, Rücksprache zu pflegen. Gleich nach meiner Rückkehr von meinem Urlaube verließ Sir E. Goschen Berlin, um nach England zu reisen, von wo er erst zu Neujahr hierher zurückkehren soll. In dem Privatschreiben an Graf Mensdorff weisen Eure Exzellenz außerordentlich richtig darauf hin, dass angesichts der jetzigen Haltung Englands die emphatische Betonung der traditionellen Freundschaft zwischen Großbritannien und Österreich-Ungarn geradezu ironisch klingen müsse. Die Geschichte der letzten 50 Jahre hat es erwiesen, dass diese sogenannte historische Freundschaft Englands zu unserer Monarchie in entscheidenden Augenblicken sehr viel zu wünschen übrig gelassen hat. In den jüngst erschienenen, Eurer Exzellenz gewiss bekannten Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahre 1848 des in Frankfurt erwählten Reichsverwesers Erzherzog Johann kommt England betreffend, folgender Passus vor: „In seiner auswärtigen Politik ist Großbritannien perfid, kalten kaufmännischen Schmugglersinnes, anmaßend, tyrannisch in liberalem Gewand, wenig gewissenhaft in seinen Mitteln, überall unsorgend Verlegenheit bereitend, Schutz auch Schlechten gebend, um sie zu seinen Zwecken zu gebrauchen und nach Umständen zu unterstützen oder aufzuopfern.“ Ein hartes vor mehr als einem halben Jahrhundert ausgesprochenes Urtheil dessen Richtigkeit aber — nach den Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart kaum abgestritten werden kann. Szögyény.

a) Vgl. n. 767. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 786. Tel. aus Sofia, 22. Dez. 1908 Nr. 157 (eing. 23. Dez. 9 U. a. m.). a) Entziff.

Die türkische Thronrede hat hier allgemein und insbesondere in Regierungskreisen einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgerufen, insbesondere hat die zeitliche, und wie es nach dem ersten vorliegenden

französischen Text schien, auch ursächliche Zusammenlegung der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der Annexion Bosniens arg verstimmt. Im ersten Augenblicke schien man in der Thronrede solche Dispositionen der Türkei Bulgarien gegenüber zu erblicken, daß jede weitere Fortsetzung der Verhandlungen ausgeschlossen erschien und daher die beabsichtigte neuerliche Entsendung Liaptscheffs (mein Telegramm 155^b) vom 19. d. M.) werde unterbleiben müssen. Heute scheint man, wenigstens nach Äußerungen Herrn Dobrovič's, die Sache schon etwas ruhiger anzusehen und die Bedeutung der entschieden unfreundlichen Worte, die vielleicht mehr für die Galerie gesprochen waren, weniger ernst einzuschätzen. Herr Malinoff allerdings, den ich sprach, zeigte sich über die beleidigende Sprache der Thronrede sehr erregt und meinte, daß dieselbe etwaige weitere Verhandlungen entschieden ungünstig beeinflussen werde. Überhaupt zeigte sich der Herr Ministerpräsident eher pessimistisch gestimmt. Als Ausfluss der herrschenden Entrüstung ist wohl die Verbalnote anzusehen, welche heute den Vertretern der Großmächte zukam und in welcher vor allem neuerdings nachdrücklichst hervorgehoben wird, daß die Unabhängigkeitserklärung und Annexion in keinerlei Zusammenhang stehe. Das bulgarische Ministerium des Äußern führt des weiteren aus, wie friedfertig, konzilient und den Wünschen der Mächte entgegenkommend sich Bulgarien die ganze Zeit über verhalten habe, während die Türkei immer weiter rüste. Diese aggressive Haltung der Pforte zusammen mit der feindseligen Sprache der Thronrede lasse darauf schließen, daß es der Türkei nur darum zu thun sei, Zeit zu gewinnen, um dann besser über Bulgarien herfallen zu können. Das könne die bulgarische Regierung nicht riskieren und werde daher genötigt sein, auch ihrerseits Maßnahmen zu treffen. Bevor sie aber irgend etwas tue, wende sie sich an die k. u. k. Regierung, (beziehungsweise an die übrigen Mächte) mit der Bitte: „de faire d'urgence les démarches que le moment critique impose pour mettre le plus tôt possible fin à une situation qui pourrait avoir des conséquences imprévues et dangereuses.“ Den Wortlaut der fraglichen Verbalnote lege ich mit morgiger Post vor.^c)

Thurn.

^a) Vgl. n. 773, 797, 828. — ^b) Nicht aufgenommen. Behandelt die Entsendung Liaptscheffs zur Wiederaufnahme der türkisch-bulgarischen Verhandlungen. —

^c) Bericht aus Sofia, 23. Dez. 1908 Nr. 74 A. Nicht abgedruckt. Die bulgarische Zirkulärnote ist in deutschem Auszug veröffentlicht in Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908 S. 420.

Nr. 787. Tel. aus Belgrad, 23. Dez. 1908 Nr. 200 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^a) Entziff.

Streng vertraulich. Ausser dem vorgestern angesprochenen Nachtragskredit von 10¹/₂ Millionen hat der Kriegsminister heute in der Skupschtina einen weiteren Rüstungskredit von 7¹/₂ Millionen verlangt. Mit den vor zwei Monaten bewilligten 16 Millionen hat die Militärverwaltung nunmehr 34 Millionen beansprucht und nähert sich also jenen 40 Millionen, welche unseren konfidenziellen Informationen gemäß der Kriegsminister in den geheimen Sitzungen als für die Bereitstellung der Armee notwendig bezeich-

nete. Referate und Diskussion über die auswärtige Politik wurden wegen der latenten Ministerkrise und Uneinigkeit der Parteiführer neuerlich auf übermorgen verschoben. Minister des Äussern sagte mir vertraulich, die Schwierigkeit der Kabinettsbildung sei wegen des Parteigezänkes so gross, daß die Krise noch wochenlang andauern könne, eventuell sogar das jetzige Ministerium verbleiben werde.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 55 Nr. 85.

Erlaß nach Berlin, 23. Dez. 1908 Nr. 2885. Siehe n. 790.

Nr. 788. Erlaß nach Konstantinopel, 23. Dez. 1908 Nr. 2876.a) Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Wie Euer Excellenz dem gegen Rückschluss mitfolgenden Berichte des Grafen Khevenhüller vom 12. I. M. No. 36 B entnehmen werden, scheint Achmed Riza unter dem Eindrücke zu stehen, dass er von mir bei der Unterredung, die ich am 22. September I. Js.^{b)} mit ihm gehabt habe, getäuscht worden sei. Diesem Eindrücke liegt zweifellos ein Missverständnis zu Grunde. Während es nämlich Achmed Riza in der Erinnerung vorzuschweben scheint, dass ich ihm bezüglich Bosniens und der Herzegowina die Versicherung gegeben hätte, der status quo werde dort auch formell keinerlei Veränderung erleiden, erinnere ich mich bestimmt daran, — was übrigens auch durch die hieramtliche Actenlage bestätigt wird — dass die beiden Provinzen bei unserer Unterredung überhaupt nicht erwähnt worden sind. Wäre die bosnische Frage von Achmed Riza zur Sprache gebracht worden, so hätte ich ihm erwidert, dass wir uns unsere weiteren Entschliessungen vorbehalten müssten; auf alle Fälle hätte ich ihn nicht im Zweifel darüber gelassen, dass wir Bosnien und die Herzegowina niemals aufgeben würden. So aber habe ich nur im Allgemeinen der Erwartung Ausdruck gegeben, man werde in Constantinopel keine utopistische sondern praktische Politik machen. Im Übrigen verwies ich damals — wie ich es Euer Excellenz mit meinem Telegramm aus Budapest vom 23. Sept. I. Js. mitgeteilt habe, — auf die sympathische, zuwartende Haltung, welche wir gleich vom Beginne der neuen Ära gegenüber eingenommen und den anderen Cabineten anempfohlen haben, sowie auf die von uns schon gegebenen Beweise des Wohlwollens. Da es mir unerwünscht wäre, dass Achmed Riza etwa durch einen irrthümlichen Eindruck von seiner Unterredung mit mir in einem uns ungünstigen Sinne beeinflusst werde, halte ich es für zweckmässig, das obwaltende Missverständnis zu beseitigen. Ich ersuche Euer Excellenz daher den Mehrgenannten bei sich ergebender Gelegenheit in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise im Sinne der vorstehenden Ausführungen, im Geleite einiger freundlicher Bemerkungen darüber aufzuklären, dass mir eine Irreführung bei meinem Gespräche mit ihm völlig ferne lag, und dass ich im Gegentheil mit Sorgfalt alles vermieden habe, was hiezu hätte Anlass geben können.

a) Vgl. n. 806, 809, 819. — b) Vgl. n. 84.

Nr. 789. Bericht aus Konstantinopel, 23. Dez. 1908 Nr. 105 G (eing. 26. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Mit Bezugnahme auf den hohen Erlass No. 2780 streng vertraulich vom 16. d. Mts. betreffend die Gewinnung von türkischen Abgeordneten, beehre ich mich Euerer Excellenz das Nachstehende zu berichten. Von den beiden übel beleumundeten Individuen, welche an der Spitze eines zu obigem Zwecke gebildeten „Consortiums“ stehen sollen, ist der eine, Rouet, jener Mittelsmann durch den uns bis vor kurzem die „geheimen Mittheilungen“ zugiengen, die, wie Euerer Excellenz bekannt, Übertragungen von Chiffrecorrespondenzen der Palais mit verschiedenen türkischen Botschaftern darstellten. Hochdieselben haben aber auch der hieramtlichen Berichterstattung entnommen, dass wir uns genöthigt sahen, den Bezug dieser Mittheilungen einzustellen, da dieselben, wie zahlreiche Indizien darthaten, grossentheils fingirt waren. Bezüglich Hadjibiar wäre zu bemerken, dass er der Sohn des Kapouoglans der russischen Botschaft ist und vor etwa einem Jahre in eine unsaubere Affaire verwickelt war, aus der er sich nur mit Hilfe des russischen Einflusses herauszuziehen vermochte. Ob dieses „Consortium“ einem Auftraggeber reelle Dienste leisten wird, möge mit Rücksicht auf die Antecedenzen seiner Leiter dahin gestellt bleiben. Was nun die Anregung betrifft in ähnlicher Weise von unserer Seite an albanesische Abgeordnete heranzutreten, möchte ich meine Auffassung dahin präcisiren, dass eine solche Aktion im gegenwärtigen Momente, wo wir über die Ziele und Gruppierung der genannten Parlamentsmitglieder noch im Unklaren sind, inopportun wäre. Dazu kommt noch, dass ein missglückter Versuch in dieser Richtung unsere jetzige ohne hin schon genügend heikle Stellung nur hoffnungslos zu compromittiren geeignet wäre. Eine zweckdienliche Beeinflussung der politischen Kreise dürfte meiner Ansicht nach vorläufig nur auf dem Wege der türkischen Presse möglich sein. Diesbezüglich könnte gegenwärtig vielleicht die „Yeni Gazetta“ in Betracht kommen. (Vergleiche auch meinen heutigen Bericht lit. H).^{a)} Pallavicini.

^{a)} Dieser Bericht liegt (auch im Archiv des Pressedepartements) nicht vor.

Nr. 790. Erlaß nach London Nr. 2882, Paris Nr. 2883, Rom Nr. 2884 und Berlin Nr. 2885, 23. Dez. 1908.^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. Musulin; G. Pogatscher).

Vertraulich. Die Verhandlungen, die wir mit dem russischen Kabinette begonnen hatten, als uns dasselbe das Programm der Balkan-Konferenz in vertraulicher Weise durch Vermittlung des Grafen Berchtold mittheilte, haben zu einem vorläufigen Abschlusse geführt, indem Herr Iswolsky unserem Standpunkte zustimmt, daß dem Zusammentritte der Konferenz Verhandlungen zwischen den Mächten voranzugehen hätten, durch welche die Tätigkeit der Konferenz in allgemeiner Übereinstimmung präzisiert und gewisse Formeln vereinbart würden, bestimmt, die Diskussion in genau umschriebenen Grenzen zu halten. Es erscheint mir notwendig, die Kabinette von diesem Stande der Angelegenheit in Kenntniss zu setzen und

ich ersuche Euer etc. daher, dem dortigen Auswärtigen Amte ein Exemplar des in zwei Ausfertigungen hier anruhenden Aide-mémoire samt dessen Beilagen zur Verfügung stellen zu wollen. Die genannten Beilagen enthalten Abschriften des zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinette bezüglich des Zusammentrittes der Konferenz stattgehabten Notenwechsels.

^{a)} Das beiliegende Aide mémoire wurde mit Erlaß vom 23. Dez. 1908, Nr. 2887 (nicht aufgenommen) auch nach Konstantinopel mitgeteilt. Vgl. n. 772, 780, 791, 807, 808, 813, 814, 816, 840, 1294 Beilage.

Beilage zu n. 790. Aide-mémoire, 23. Dez. 1908. Konz. (S. Traxler; V. Musulin).

Confidentiel. Le Cabinet de Vienne a reçu dans le temps par l'entremise du Cabinet de St. Pétersbourg et d'une manière confidentielle connaissance du programme de la Conférence qui aurait à se réunir en présence des derniers événements survenus dans les Balcons. Désireux de contribuer en tant qu'il dépendait de lui à la réalisation de l'idée de la Conférence, idée qui n'émanait pas de lui, mais dont il ne méconnaissait pas l'influence salutaire, le Gouvernement Impérial et Royal a été le premier à préciser vis-à-vis du Cabinet de St. Pétersbourg sa manière de voir quant aux différents points du programme qui lui a été communiqué. Une copie de ces deux pièces ainsi que de trois autres Aide-Mémoires échangés ensuite entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg se trouve sous ce pli.^{a)} Il appert de ces documents que le Gouvernement Impérial et Royal continue à observer une attitude sympathique à l'égard de la réunion d'une Conférence pour les affaires du Balcan; les réserves, qu'il a cru devoir formuler pour son adhésion ne lui sont dictées que par l'intention de rendre le travail de la Conférence aussi efficace que possible. C'est aussi dans cet ordre d'idées que le Cabinet de Vienne poursuit des négociations immédiates avec la Sublime Porte; il ne manquera pas d'informer les Puissances dès que ces négociations auront donné le résultat désiré.

^{a)} 1. Programme de la Conférence, vgl. n. 300; 2. Öster.-ung. Antwort vom 14. Nov. 1908 vgl. n. 576 Anm. c; 3. Russisches Aide-mémoire vom 9. (22.) Nov. 1908 vgl. Beilage zu n. 626; 4. Österr.-ung. Aide-mémoire vom 8. Dez. 1908 vgl. erste Beilage zu n. 705; 5. Russ. Aide-mémoire vom 4. (17.) Dez. 1908 vgl. Beilage zu n. 769.

Erlaß nach Paris, 23. Dez. 1908 Nr. 2883. Siehe n. 790.

Erlaß nach Rom, 23. Dez. 1908 Nr. 2884. Siehe n. 790.

Nr. 791. Tel. an den Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg in St. Peterburg, 23. Dez. 1908 Nr. 163 (chiff. 8 U. 30 M. p. m.)^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ich ersuche Euer Durchlaucht, Herrn Iswolsky mitzuteilen, daß ich mit der heutigen Post ein Aide-Mémoire an die Kabinette von London, Paris, Rom und Berlin^{b)} abgehen lasse, in welchem ich dieselben in vertrau-

licher Weise und unter Anschluß von Abschriften des zwischen uns und dem Petersburger Kabinette in der Konferenzfrage aufgelaufenen Notenwechsels von dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit und daher auch von dem die Vorbereitung der Konferenz betreffenden Einverständnis in Kenntnis setze. In dem Aide-Mémoire wird bemerkt, daß die Idee der Konferenz zwar nicht von uns ausgegangen sei, daß wir ihren heilsamen Einfluß aber nicht verkannt und daher ohne Zeitversäumnis, früher als andere Mächte, zu dem Konferenzprogramm Stellung genommen hätten. Das Mémoire schließt mit der Hervorhebung des Umstandes, daß wir der Konferenzidee auch heute sympathisch gegenüberständen und unsere Beteiligung an derselben nur deshalb von Bedingungen abhängig gemacht hätten, um ein gedeihliches Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen; aus demselben Gedankengange heraus hätten wir auch direkte Verhandlungen mit der Türkei begonnen und würden den Mächten eine weitere Mitteilung zukommen lassen, sobald diese ein günstiges Resultat ergeben.

Aehrenthal.

P. S. Soeben hat Herr Sverbéew die von Herrn Iswolsky Euer Durchlaucht angekündigte Zirkularnote an die Mächte^{c)} hier überreicht; ich ersehe mit Befriedigung auch aus diesem Schriftstück, daß das russische Kabinett gegen den von uns proponierten modus procedendi zur Vorbereitung der Konferenz keine Einwendung mehr hat.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 769, 794. — b) Vgl. Beilage zu n. 790. — c) n. 780.

Nr. 792. Tel. aus Bukarest, 24. Dez. 1908 Nr. 99 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

General Coanda, welcher jetzt längere Zeit in Berlin war und in deutschen Militärkreisen gute Beziehungen hat, charakterisiert auf Grund dort erhaltener Informationen die Lage folgendermassen: Die in keinem Verhältnisse zu den Ressourcen dieses Landes stehenden Ausgaben, welche Serbien für Kriegszwecke macht, deuten auf finanzielle Unterstützung Englands à fond perdu, also zu politischen Zwecken. England wird in paar Jahren eine Milliarde ausgeben müssen, um den Zweimächte-Standard aufrechtzuerhalten, nicht so sehr wegen der Quantität, sondern wegen Qualität seiner Schiffe (teils Ausrangierung und Ersetzung alter Schiffe durch neue, teils Verstärkung älterer Modelle gegen die neuesten Geschosse). Ein Krieg und die dadurch erhoffte Dezimierung der deutschen Flotte könnte England der Notwendigkeit dieser kolossalen Ausgaben überheben. Russland könnte am Ende doch versucht sein, etwas zu unternehmen, besonders wenn England durch Vorschüsse finanziell aushilft. Japans wäre es durch Vermittlung Englands sicher. Für Deutschland müsse die hauptsächlichste Besorgnis darin liegen, dass es sein Flottenprogramm erst in vier bis fünf Jahren vollenden könne, und dass wir mit unserer Artillerie nicht fertig sind.

Schönburg.

a) Vgl. n. 857.

Nr. 793. Privatschreiben an den russischen Geschäftsträger, 24. Dez. 1908 Nr. 2904.a) Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

En Vous accusant réception de la circulaire du Gouvernement Impérial^{b)} que Vous avez bien voulu me transmettre hier je constate avec plaisir que le Cabinet de St. Pétersbourg y déclare à nouveau ne pas avoir d'objections contre notre proposition relative à la manière de procéder pour préparer le terrain de la Conférence projetée. Sans vouloir entrer dans un examen détaillé de toutes les parties de la circulaire, je me crois pourtant en devoir de relever le passage, où il est question de remplacer „l'article XXV du traité de Berlin par une nouvelle stipulation définissant d'une manière précise la nouvelle situation de ces deux provinces“. Aux yeux du Cabinet de Vienne cette nouvelle situation ne saurait être évidemment que celle créée à la Bosnie et l'Herzégovine par la proclamation de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique en date du 5 octobre dernier.

a) Vgl. n. 798, 801, 804. — b) n. 780.

Nr. 794. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 24. Dez. 1908 Nr. 229 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Inhalt Telegramms No. 163 heute zur Kenntnis Herrn Iswolskys gebracht. Derselbe ersuchte mich, Euer Exzellenz seine peinlichste Überraschung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass Hochdieselben der Zirkulardepesche die Kopien des zwischen uns und dem Petersburger Kabinette in der Konferenzfrage aufgelaufenen Notenwechsels beigegeben hätten. Zu einer Anfrage des Grafen Berchtold, betreffend Veröffentlichung unseres letzten Mémoires, habe er sich ablehnend verhalten, er hätte daher vorausgesetzt, dass Euer Exzellenz nicht einseitig, sondern erst nach Übereinkunft mit ihm die konfidenziellen Noten der Öffentlichkeit preisgeben würden. Ein derartiges einseitiges Vorgehen erschwere vertrauliche Verhandlungen fast bis zur Unmöglichkeit. Auf meine Frage, weshalb die Veröffentlichung dieser Pièces ihm dermassen peinlich sei, antwortete der Minister, wegen der in denselben enthaltenen Hinweise auf vorhergegangene geheime Pourparlers. Ich liess in meiner Widerrede einfließen, dass der Minister wohl einer oder der anderen Regierung in unseren Notenaustausch Einblick gewährt haben dürfte, die englische Presse sei jedenfalls von dem Inhalte der letzten russischen Note früher informiert gewesen als Euer Exzellenz. Er stellte meinen Anwurf in Abrede und versicherte, über die Quelle der englischen Zeitungsinformationen nichts zu wissen. Finde eben in hieramtlichen Telegramm Nr. 221 vom 13. d. M. Passus: „Il estime“ bis „semaine“. Werde denselben bei meiner nächsten Konversation mit Herrn Iswolsky verwerten.

Karl Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 802, 807, 826 Anm. b.

Nr. 795. Tel. aus Cetinje, 25. Dez. 1908 Nr. 112 (eing. 11 U. p. m.).a) Entziff.

Fürst Nikolaus hat dieser Tage die Vertreter Italiens, Russlands, Englands und Frankreichs ersucht, ihre Regierungen zu verständigen, dass

Montenegro sein Verlangen nach der Abtretung Spizzas unter allen Umständen aufrecht erhält, und im Falle der Nichtberücksichtigung desselben zum äussersten entschlossen sei. Italienischer Gesandter hat, wie er mir mitteilte, den Fürsten auf die Inopportunität dieser neuerlichen Démarche der fürstlichen Regierung aufmerksam gemacht, doch habe Seine königliche Hoheit, welcher vernünftigen Gründen ganz unzugänglich sei, auf seinem Ansuchen bestanden. Kuhn.

a) Vgl. n. 707, 841.

Nr. 796. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 25. Dez. 1908 Nr. 230 (eing. 26. Dez. 7 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky heute seine angekündigte Rede^{b)} unter starken Beifall der Dumamehrheit gehalten. In Oesterreich-Ungarn betreffend Passus hebt Minister hervor, dass Verpflichtungen russischer Politik aus früheren Jahren Protest gegen Annexion unmöglich gemacht haben. Russland habe Pflicht auf Einhaltung internationaler Verträge zu dringen. Wenn aber eine Macht einseitig Vertragsab  nderungen trifft, fällt auch Russland moralische Verpflichtung zu, auf diejenigen Artikel des Berliner Vertrages hinzuweisen, die für dasselbe beengend und für Balkan-Staaten und Türkei unvorteilhaft seien. Konferenzgedanke gehöre Türkei als unmittelbar geschädigter Macht. Russland setze sich für Konferenz ein ohne unfreundliche Haltung gegen Oesterreich-Ungarn. Auf derselben werde sich Russland mit allen diplomatischen Mitteln für Balkan-Staaten ohne Unterschied warm und uneigennützig einsetzen. Im Passus über Bulgarien äussert sich Minister dahin, dass Russlands fernere Haltung ihm gegenüber davon abhängt, inwieweit Bulgarien mit übrigen Balkanstaaten solidarisch bleibt. Bulgarien, Serbien, Montenegro müssen durchdrungen sein vom Bewusstsein der Notwendigkeit moralisch-politischer Einigkeit untereinander. Russlands Ziel bestehe darin, diese Staaten zusammenzuschliessen und mit der Türkei zu einigen durch gemeinsamen Gedanken an Schutz ihrer nationalökonomischen Selbständigkeit.

Karl Emil Fürstenberg.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 56 Nr. 86. — Vgl. n. 812, 817, 818. — ^{b)} Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 405.

Tel. nach Berlin, 26. Dez. 1908 Nr. 139 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 801.

Nr. 797. Tel. nach Berlin Nr. 140 (1), Paris Nr. 75 (2), London Nr. 96 (3), Rom Nr. 142 (4), St. Petersburg Nr. 165 (5), Konstantinopel Nr. 263 (6) und Sofia Nr. 67 (7), 26. Dez. 1908 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1.—5. Ich ersuche Euer etc. der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, folgende mündliche Mittheilung zu machen, deren Wortlaut Sie in Form einer „Notice“ dem Herrn Minister des äussern zurückzulassen ermächtigt sind: „Le Gouvernement bulgare a fait parvenir aux représentants des Puissances    Sofia une Note verbale du 9/22 d  cembre^{b)} dans laquelle

parlant de certains passages du discours du trône à Constantinople et d'autres circonstances, le susdit Gouvernement expose les inquiétudes que lui inspire l'attitude du Gouvernement Impérial Ottoman à son égard et prie les cabinets de faire d'urgence des démarches pour mettre le plus tôt possible fin à une situation qui pourrait avoir de conséquences imprévues et dangereuses que le Gouvernement bulgare désire éviter. Le cabinet de Vienne a toujours émis l'avis que le rétablissement des relations normales et amicales entre la Bulgarie et la Turquie était urgent dans l'intérêt de la conservation de la paix dans les Balcons. Dans cet ordre d'idées il a saisi toute occasion pour conseiller aux deux Gouvernements la plus grande conciliation dans les pourparlers engagés entre eux dans le but d'arriver à une entente sur les questions actuellement en suspens. Fidèle à cet esprit et préoccupé de l'état de choses qui lui est signalé par le Gouvernement bulgare, le cabinet de Vienne juge utile d'attirer sur ce point l'attention du Gouvernement Impérial Ottoman et de lui recommander à nouveau de faire preuve de sentiments bienveillants et de sage modération dans les négociations avec la Bulgarie, et cela dans l'intérêt des deux parties ainsi que dans celui de la paix générale. Des instructions en ce sens ont été envoyées à l'Ambassadeur Impérial et Royal à Constantinople.“ Euer etc. wollen hinzufügen, daß es uns natürlich nur erwünscht sein könnte, wenn auch das dortige Cabinet sich in einem gleichen Sinne in Konstantinopel vernehmen ließe.

6. u. 7. Ich telegraphiere an die k. u. k. Vertreter in Berlin, London, Paris, Rom und Petersburg wie folgt: (Scribatur obiges Telegramm in extenso.)

6. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Sinne dieses Telegrammes dem Großvezier gegenüber auszusprechen.

7. Ich ersuche Euer Hochgeboren, dem Herrn Minister des Äußern von unserer Demarche bei den Cabineten der Signatarmächte und der Pforte Kenntnis zu geben.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 786, 805, 812. — b) Vgl. n. 786 Anm. c.

Nr. 798. Privatschreiben an den deutschen Botschafter in Wien, 26. Dez. 1908. Konz. (S. und G. Szápáry).

Indem ich für die mir im Auftrage des Fürsten Bülow gemachte Mittheilung,^{a)} dass Deutschland sich in Angelegenheit der jüngsten russischen Circularnote der Stellungnahme und den Gesichtspunkten des Wiener Cabinets anschliessen wird, bestens danke, bitte ich Euer Excellenz hiefür auch dem Reichskanzler den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes übermitteln zu wollen. In der Anlage erlaube ich mir die Abschrift eines von mir an den russischen Geschäftsträger gerichteten Schreibens^{b)} beizuschliessen, aus welchem Euer Excellenz entnehmen wollen, dass ich mich ohne auf die Details der erwähnten Circularnote einzugehen, begnügt habe, unsere Auffassung gegenüber einem einzigen Passus derselben zu präcisiren. Herr von Szögyény ist kürzlich beauftragt worden, das Berliner Cabinet über unsere bisherigen Verhandlungen mit Russland in Betreff der Conferenzfrage zu informiren. Dem in der bezüglichen Correspondenz zum

Ausdruck gebrachten Wunsche Herrn Iswolskys, dass wir bei den Regierungen deren Zustimmung zu dem mit Russland vereinbarten *modus procedendi* einholen mögen, beabsichtige ich vorläufig keine Folge zu geben und behalte mir vor, den Cabineten eine weitere Mittheilung zu machen, sobald unsere Verhandlungen in Constantinopel zu einem Resultat geführt haben werden.

^{a)} Privatschreiben aus Berlin vom 25. Dez. 1908 (Ausfert.) nicht aufgenommen. — ^{b)} n. 793.

Nr. 799. Privatschreiben aus Bukarest, 26. Dez. 1908.^{a)} Ausfert.

... *Audienz beim König am 25. Dez., Erkrankung Sturdzas, Innerpolitisches* ... Nochmals gegen Schluss der Audienz sagte mir der König gerade heraus, Er habe Sich erwartet von uns schon früher über die politische Lage aufgeklärt und au courant gehalten zu werden. Er müsse nachdrücklichst bitten, dass wir Ihn fernerhin nicht im Dunklen lassen,¹⁾ weil es Ihm sonst nicht möglich sei die der jeweiligen Lage entsprechende Directive einzuhalten; Er sei allerdings in der Lage Sich auch anderweitig gut zu informiren, aber Er ziehe vor, dass es durch uns geschehe. Der König fügte absichtlich hinzu, dass er von Berlin aus sehr gut informirt sei, „von dort schicke man Ihm jetzt auch alle Actenstücke“. Ich stelle den ganz ergebensten Antrag, dass mir weitere durch Euer Excellenz hochgeneigtest verfügte und für den König bestimmte politische Mittheilungen von Fall zu Fall auf telegrafischem Wege zugänglich gemacht werden, unbeschadet der Übersendung von Actenstücken, welche den König orientiren können. Ich muss hiezu noch ergebenst bemerken, dass der König, wie ich zu constatiren häufig in der Lage bin, über Alles was vorgeht, auch über Dinge, welche Rumänien direkt nicht betreffen, mit erstaunlicher Genauigkeit unterrichtet wird. Zu den im hohen Erlasse Nr. 2808^{b)} gemachten politischen Mittheilungen bemerkte der König: Überraschungen seien niemals ausgeschlossen, wie die Geschichte der letzten Jahrzehnte beweise. Als neues Element geselle sich heute überdies noch die schwer einzuschätzende Haltung der zwei jungen Parlamente, des Russischen und des Türkischen, bezüglich der Auswärtigen Politik hinzu. Bezüglich unserer an der Grenze getroffenen militärischen Vorbereitungen bemerkte der König, Seiner Ansicht nach schreibe speziell die ungarische Presse hierüber mit viel zu grosser Offenheit. Im Interesse des Friedens wäre im Gegentheil grosse Zurückhaltung in dieser Hinsicht geboten. Die schwierigste Frage scheint dem Könige diejenige der staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegovina. Seiner Ansicht nach könnte man über diese Schwierigkeit jetzt am Besten dadurch hinüberkommen, dass man einen Erzherzog als Vice-König ernennen würde, analog der seinerzeitigen Stellung der Lombardei und Veneziens. Dass wir vor Allem mit der Türkei in's Reine kommen wollen, scheint der König für sehr richtig zu halten. Das aber würde Ihn, wie Er mir sagte, am Meisten interessiren zu wissen, was wir der Türkei bieten. „Sie sollten das Aufgeben der Capitulationen und eine weitere Zollerhöhung anbieten“. Ich erlaubte mir die Einwendung, dass dies von Österreich-Ungarn allein, ohne Zustimmung der Mächte nicht geboten

werden könnte. „Das macht ja gar Nichts,“ erwiderte der König mit grosser Lebhaftigkeit, „ganz im Gegentheil. Politik ist Politik. Es wäre das die beste Erwiderung auf die Intriguen, welche England gegen Österreich-Ungarn eingefädelt hat.“ (Es ist schon das 2. mal, dass mir der König sagt, wir hätten den Sandschak nicht gleich räumen, sondern dies als Concession bei den Verhandlungen mit der Türkei bieten sollen. Das Geschrei gegen uns wäre allerdings noch stärker gewesen.) ... *Donauffrage, Handelsvertrag.* ... Schönburg.

¹⁾ In betreff der rechtzeitigen Aufklärung Seiner Majestät König Carl sind die entsprechenden Verfügungen getroffen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 840. — ^{b)} Vom 18. Dez. 1908.

Tel. nach Konstantinopel, 26. Dez. 1908 Nr. 262 (chiff. 5 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 801.

Tel. nach Konstantinopel, 26. Dez. 1908 Nr. 263 (chiff. 8 U. p. m.). Siehe n. 797.

Nr. 800. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Dez. 1908 Nr. 534 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Der im hohen Telegramme No. 249 vom 11. d. M. erwähnte Faik Bey (Vertrauensmann Achmed Riza Beys) ist vorgestern bei mir, wie er sagte, im Auftrage des Comités erschienen. Er berief sich auf die in Paris durch Vermittlung Herrn Backs mit Grafen Khevenhüller gepflogenen Pourparlers und sagte mir, das Comité hätte zu seiner Verwunderung gehört, dass die Verhandlungen mit der Pforte nunmehr unter Ausschaltung der pekuniären Entschädigungen wieder aufgenommen worden seien. Faik Bey stellte die Behauptung auf, Graf Khevenhüller hätte gesagt, dass die von dem Comité verlangte Summe von 100 Millionen Francs allerdings zu hoch gegriffen wäre, aber durchblicken lassen, dass man unsererseits vielleicht bis auf 75 Millionen gehen würde, und habe wörtlich hinzugefügt: „Dans tout les cas le gouvernement Impérial et Royal sera très large.“ Faik Bey erklärte sogar, dass die Herren vom Comité im Besitze eines Schreibens des Grafen Khevenhüller seien. Ich erwiderte meinem Mitredner, dass ich mit der türkischen Regierung in Verhandlungen stehe und mich natürlich mit den Herrn des Comités in keine Verhandlungen einlassen könne, immerhin wäre es mir sehr interessant, die Ansichten des Comités zu erfahren und sei ich bereit Achmed Riza oder andere Herren zu empfangen. Was die angeblichen Verhandlungen mit Grafen Khevenhüller in Paris anbelangt, sei mir darüber nichts bekannt, ich müsse aber schon jetzt meine Zweifel darüber aussprechen, dass der k. u. k. Botschafter in Paris irgendwelche Zusicherung gegeben hätte. Auf meine Aufforderung, mir den Brief des Grafen Khevenhüller zu zeigen, antwortete Faik Bey ausweichend. Er sagte mir aber ausdrücklich, dass das Comité auf der Geldentschädigung bestehen müsse und dass es auf alle anderen Compensationen, sei es auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete, nur dann Wert lege, wenn Österreich-Ungarn die Zahlung einer Geldentschädigung

auf sich nehmen würde. Er fügte hinzu, dass die Verhandlungen mit der Regierung zu nichts führen werden, solange das Comité nicht seine Zustimmung geben wird. Einige türkische Blätter, namentlich der „Schura i Ummet“, haben gestern Artikel gebracht, in welchen auf die Notwendigkeit der Zahlung einer Geldentschädigung mit grossem Nachdrucke hingewiesen wird. Die letzte russische Note hat in hiesigen diplomatischen Kreisen grossen Eindruck gemacht. Man glaubt, dass dieselbe auf unsere Verhandlungen mit der Türkei nachteilig einwirken wird, hingegen dürfte nach Ansicht dieser Kreise die bulgarische Enunziation auf den jung-türkischen Grössenwahn einen ernüchternden Einfluss ausüben. Der Ministerrat hat Mittwoch meine Propositionen beraten. Kiamil Pascha hat mir bisher hierüber nichts wissen lassen. Ich gehe absichtlich erst nächsten Montag auf die Pforte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 806.

Tel. nach London, 26. Dez. 1908 Nr. 95 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 801.

Tel. nach London, 26. Dez. 1908 Nr. 96 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 797.

Tel. nach Paris, 26. Dez. 1908 Nr. 74 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 801.

Tel. nach Paris, 26. Dez. 1908 Nr. 75 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 797.

Tel. nach Rom, 26. Dez. 1908 Nr. 141 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 801.

Tel. nach Rom, 26. Dez. 1908 Nr. 142 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 797.

Nr. 801. *Tel. nach St. Petersburg Nr. 164 (1), Rom Nr. 141 (2), Berlin Nr. 139 (3), Paris Nr. 74 (4), London Nr. 95 (5) und Konstantinopel Nr. 262 (6), 26. Dez. 1908 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

1.—6. Der hiesige rußische Geschäftsträger hat mir am 23. 1. M. einen Abdruck der Circulardepesche seiner Regierung an die rußischen Vertreter bei den Signatarmächten^{b)} das Conferenzprojekt betreffend übermittelt. Den Empfang dieser Mittheilung bestätigend habe ich Herrn von Sverbeew schriftlich in Kenntniss gesetzt,^{c)} ich hätte mit Befriedigung constatirt, dass das St. Petersburger Cabinet in seinem Circular neuerdings erkläre, es habe gegen die von uns vorgeschlagene Vorgangsweise für die Vorbereitung der in Aussicht genommenen Conferenz Nichts einzuwenden. Ich habe hinzugefügt, daß ich, ohne in eine eingehende Prüfung der Circulardepesche eingehen zu wollen, es für meine Pflicht hielte, jene Stelle zu releviren, wo davon die Rede sei, den Artikel XXV des Berliner Vertrages durch eine neue Bestimmung zu ersetzen, „welche in einer präzisen Weise die neue Situation Bosniens und der Herzegovina definiren würde.“ Nach der Auffassung des Wiener Cabinetes könne man unter der „neuen Situation“

natürlich nur jene verstehen, welche durch die Proclamation Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät vom 7. October l. Js. für Bosnien und die Herzegovina geschaffen worden sei.

1. Vorstehendes zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache.

2., 3., 4., 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Verwerthung bei der dortigen Regierung.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 56 Nr. 87. Vgl. n. 804, 815, 817. — ^{b)} n. 780. — ^{c)} n. 793.

*Tel. nach St. Petersburg, 26. Dez. 1908 Nr. 165 (chiffr. 8 U. p. m.).
Siehe n. 797.*

Nr. 802. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 26. Dez. 1908 Nr. 231 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Je viens de recevoir la lettre suivante de M. Isvolsky: „En me référant à notre dernière conversation, je vous serai obligé de vouloir bien prier le Baron Aehrenthal de m'informer exactement quelles sont les pièces qu'il a communiquées aux cabinets de Berlin, Paris, Londres et Rome. Devant faire mon rapport à ce sujet à Sa Majesté l'Empereur mardi prochain, je voudrais beaucoup avoir une réponse avant ce jour.“ Je prie Votre Excellence de me faire parvenir les instructions nécessaires.

Karl Emil Fürstenberg.

^{a)} Vgl. n. 794, 807, 826 Anm. b.

Nr. 803. Tel. des Militärattachés in St. Petersburg an den Chef des Generalstabs, 26. Dez. 1908 (eing. beim Generalstab, 2 U. 20 M. p. m., mitgeteilt mit Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 27. Dez. Nr. 4656 res.). Abschrift.

Bei gestern nachmittags stattgehabter besonderer Audienz beauftragte mich Kaiser Nikolaus II. unserem Allerhöchsten Kriegsherrn seinen Dank für die dem Kexholmregiment zugewendeten Gnadenbeweise, insbesondere aber die Versicherung zu melden, dass Allerhöchstselber sich der zuversichtlichen Hoffnung trage, die historisch guten Beziehungen zwischen den beiden Monarchien baldigst wiederhergestellt zu sehen, wozu Allerhöchstselber nach besten Kräften beizutragen sich bestrebt. Spannochi.

Tel. nach Sofia, 26. Dez. 1908 Nr. 67 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 797.

Nr. 804. Tel. aus Berlin, 27. Dez. 1908 Nr. 290 (eing. 28. Dez. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 139. Staatssekretär, mit dem ich die russische Circulardepesche heute zu besprechen Gelegenheit hatte, bat mich Euer Exzellenz zu melden, Herr von Tschirschky habe den Auftrag, Euer Exzellenz zu erklären, dass die deutsche Regierung sich vor der Hand darauf beschränkt habe, die Circulardepesche ohne weitere Bemerkung entgegenzunehmen. Ob und welche Stellung

deutsche Regierung zu derselben nehmen werde, würde sich ganz nach Euer Exzellenz Wünschen richten. Euer Exzellenz Definition der „neuen Situation Bosniens und der Herzegowina“ im dritten Alinea^{b)} des oben genannten Telegrammes entspreche vollkommen hiesiger Auffassung.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 808, 817. — ^{b)} Reicht von „Nach der Auffassung“ bis „geschaffen worden sei“.

Nr. 805. Tel. aus Berlin, 27. Dez. 1908 Nr. 291 (eing. 28. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 140 von gestern und die betreffende „Notiz“ Staatssekretär übergeben. Herr von Schoen versprach mir, Baron Marschall im gleichen Sinne zu instruieren, doch fügte er hinzu, daß solange als Kiamil Pascha auf seinem Posten bleibe, vernünftige Ratschläge in Konstantinopel bedauerlicherweise kein Gehör finden dürften.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 817.

Nr. 806. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Dez. 1908 Nr. 536 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe den hohen Erlaß vom 23. d. M., Nr. 2876 sowie dessen Beilage (Bericht des Grafen Khevenhüller vom 12. d. M., Nr. 36 B) erhalten. Die Beilage des Berichtes bestätigt teilweise die mir laut meines gestrigen Telegrammes Nr. 534 gemachte (Mitteilung)^{b)} Faik Beys. Das Comité scheint tatsächlich, wie Faik Bey mir gesagt hat, im Besitze eines Briefes des Grafen Khevenhüller zu sein, nämlich jenes an Herrn von Back, mittelst welchem das Comité aufgefordert wurde, mit mir in „Pourparlers“ zu treten und über die Mittel zu beraten, auf welche Art den derzeitigen anormalen Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn ein Ende gemacht werden könnte. Nachdem der Inhalt dieses Briefes mit den im Telegramm Nr. 249 vom 11. d. M. enthaltenen Instruktionen nicht vollkommen im Einklange steht, erlaube ich mir Euer Exzellenz zu bitten, mir Hochderen Willensmeinung bekanntgeben zu wollen, in welchem Sinne ich die in Euer Exzellenz zitierten Telegramme aufgetragene Fühlungnahme mit Achmed Riza Bey weiter fortsetzen soll, das heißt, ob diese Fühlungnahme nur den Zweck verfolgen soll, das jungtürkische Comité bei möglichst guter Stimmung zu erhalten, oder ob damit beabsichtigt ist, jetzt oder in einem späteren Moment auch Meritorisches mit demselben zu besprechen. Mein französischer Kollege, der durch Herrn Laurent über die momentane finanzielle Lage der Türkei am besten informiert ist, sagte mir gestern, daß die Pforte zwei bis vier Millionen Pfund derzeit unbedingt brauche und von keiner Seite bekommen könne, da sie augenblicklich keine Pfandobjekte zu bieten in der Lage sei. Herr Constans glaubt, daß dies der Grund ist, warum man türkischerseits mit solcher Hartnäckigkeit eine finanzielle Entschädigung von uns fordert.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 809, 824. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 807. Tel. an den Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg in St. Petersburg, 27. Dez. 1908 Nr. 166 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramme vom 24. l. M., Nr. 229 und vom 26. l. M., Nr. 231. Ich verstehe nicht recht die peinliche Überraschung, die Herr Iswolsky Euer Durchlaucht gegenüber darüber zum Ausdrucke gebracht hat, daß die zwischen uns und dem Petersburger Kabinette in der Konferenzfrage ausgetauschten Noten unserer Zirkulardepesche beigeschlossen worden seien. Wie Graf Berchtold unterm 13. l. M., Nr. 221, telegraphierte, hat sich Herr Iswolsky ihm gegenüber dahin ausgesprochen, daß der Zeitpunkt, um die anderen Mächte an den Verhandlungen zu beteiligen, dann gekommen sein werde, wenn wir die russische Antwort empfangen haben würden. Es schien mir daher nach Empfang der russischen Antwort opportun, — und hierin glaubte ich mich in Übereinstimmung mit der von Graf Berchtold gemeldeten Äußerung des Herrn Ministers, — die Mächte, welche nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen sollen, über die bisherigen Pourparlers der Kabinette von Wien und St. Petersburg zu informieren. Gegen die Informierung der Kabinette schien mir aber auch deshalb kein Anstand zu obwalten, weil Herr Iswolsky ja auch seinerseits den Gang und Inhalt der Verhandlungen zwischen Wien und St. Petersburg in seiner Zirkulardepesche in erschöpfender Weise zur Darstellung brachte. Unserer Zirkulardepesche sind die nachstehenden Pièces beigeschlossen worden: ... *wie Anm. a zur Beilage von n. 790* ... Euer Durchlaucht wollen diese Pièces dem Herrn Minister des Äußern namhaft machen und sich hiebei im Sinne der vorstehenden Ausführungen vernehmen lassen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 813.

Nr. 808. Tel. nach Berlin, 28. Dez. 1908 Nr. 141 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Telegramm No. 290 vom 27. l. M. Auch Herr von Tschirschky hat den Auftrag erhalten mir im Namen des Fürsten Bülow zu erklären, dass sich Deutschland bezüglich der russischen Circularnote derjenigen Stellungnahme anschliessen und für diejenigen Gesichtspunkte eintreten werde, welche das Wiener Cabinet für angemessen erachte. Ich ersuche Euer Exzellenz dem Herrn Reichskanzler für diese Mittheilung, die mir als ein neuer Beweis seiner bundesfreundlichen Gesinnung werthvoll ist, in meinem Namen herzlichst zu danken; Euer Exzellenz können hinzufügen, dass ich mich — wie aus meiner Circulardepesche vom 23. l. M.^{b)} hervorgehe — im gegenwärtigen Augenblick und solange die Verhandlungen mit der Türkei noch schweben — darauf beschränken zu sollen glaubte, die Mächte von dem gegenwärtigen Stand unserer pourparlers mit Russland und von der die Vorbereitung der Conferenz betreffenden Verständigung in Kenntniss zu setzen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 817. — ^{b)} n. 790.

Nr. 809. Tel. nach Konstantinopel, 28. Dez. 1908 Nr. 265 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d. Mts. No. 536. Aus meinem Telegramme vom 11. d. Mts. No. 249 haben Euer Exzellenz erschen, dass ich mich in der Erwiderung, die ich durch den Grafen Khevenhüller auf die Anwürfe des Pariser Comités erteilte, darauf beschränkt habe Unterhandlungen mit demselben abzulehnen und den Betreffenden anheimzustellen einen Vertrauensmann in Constantinopel namhaft zu machen, der zwischen dem Comité und der Botschaft eine Fühlung herstellen würde. Graf Khevenhüller ist in dem Briefe an Herrn von Back, mittelst welchem das Comité aufgefordert wird, mit Euer Exzellenz in Pourparlers zu treten und über die Mittel der Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn zu beraten, über meine Instruktionen, wenn auch gewiss in bester Absicht, hinausgegangen. Euer Exzellenz wollen demnach sich an die Weisungen halten welche in meinem obzitirten Telegramme sowie dem Erlasse vom 23. Dezember^{b)} enthalten sind und die Fühlungnahme mit Achmed Riza respektive dem Comité zu dem Zwecke fortsetzen, um jene einflussreichen Faktoren bei möglichst guter Stimmung zu erhalten und über deren Dispositionen orientirt zu sein. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 818, 824. — ^{b)} n. 788.

Nr. 810. Tel. nach Konstantinopel, 28. Dez. 1908 Nr. 266 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Als mich gestern der neue türkische Botschafter besuchte, brachte er das Gespräch auch auf unsere gegenwärtigen Verhandlungen mit der Türkei. Ich glaubte meinen Mitredner sofort darauf aufmerksam machen zu sollen, daß es mir äußerst erwünscht sei, von nun an die Gelegenheit zu haben, durch eine Aussprache mit ihm jene Verhandlungen zu fördern, daß jedoch die Negotiationen selbst in Konstantinopel zwischen Euer Exzellenz und der Pforte auch ferner geführt werden würden. Reschid Pascha sprach nun die persönliche Überzeugung aus, daß die von uns bisher in Konstantinopel angebotenen Konzessionen zur Erzielung einer Verständigung nicht genügen würden und daß es bei der in der Türkei allgemein herrschenden Stimmung ganzunerlässlich wäre, daß wir einen Teil der türkischen Staatsschuld auf uns nähmen. Ich erklärte, dies sei schon aus prinzipiellen Gründen untunlich, worauf der Botschafter bemerkte, „si c'est le mot ou la forme qui Vous est désagréable on pourrait bien causer sur ce point et trouver un autre mode de compensation pécuniaire“. Ich ließ diesen Anwurf ohne direkte Erwiderung und bemerkte sodann, es sei vor allem wünschenswert, daß die Pforte unsere, ihr bereits zugekommenen, von der Pforte selbst als sehr wertvoll anerkannten Konzessionen nicht zurückweise, sondern als Basis der weiteren Pourparlers akzeptiere; im Verlaufe derselben könnte dann immerhin im Rahmen unserer Propositionen eine gewisse Ergänzung derselben statthaben, wobei ich auf eine eventuelle Beteiligung an einer Garantie für ein türkisches Anlehen anspielte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 811.

Nr. 811. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Dez. 1908 Nr. 537 (eing. 29. Dez. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Kiamil Pascha sagte mir heute, dass die von mir am letzten Montag^{b)} gemachten Propositionen vom Ministerrat geprüft und als für die Türkei sehr wertvoll befunden wurden. Er fügte gleichzeitig aber hinzu, dass die Pforte an ihrem ursprünglichen Standpunkte festhalten müsse, nämlich dass Österreich-Ungarn der Türkei eine effektive Geldentschädigung zu (leisten)^{c)} habe. Dies müsse die Basis der Verhandlungen sein. Er sprach heute nicht von der „Übernahme eines Teiles der Staatsschuld“, sondern davon, dass die Monarchie für die Souveränitätsrechte über Bosnien und die Herzegowina eine Geldentschädigung schulde. Auch nannte Kiamil Pascha heute keine Summe. Ich habe mich bemüht, dem Grossvezir nochmals auseinanderzusetzen, dass wir nach unserer Auffassung durch Verzichtleistung auf unsere Rechte im Sandschak bereits eine genügende Kompensation gegeben haben, ausserdem aber noch geneigt seien, ihm solche pekuniäre Vorteile in Aussicht zu stellen, welche die verlangte Geldentschädigung bei weitem aufwiegen. Der Grossvezir gab letzteres zu, hielt aber entgegen, dass die von uns gebotenen wirtschaftlichen Vorteile nur mit Zustimmung aller Mächte realisiert werden könnten. Er sagte mir schliesslich, er werde seinen Standpunkt auch durch den türkischen Botschafter in Wien Euer Exzellenz darlegen lassen, und erwarte Hochheren Antwort.^{d)} Ich glaubte ...^{c)} unter diesen Umständen die als zweite Etappe ins Auge gefasste Konzession einer Beteiligung der Monarchie an einer Kollektivgarantie für ein türkisches Anlehen vorläufig nicht berühren zu sollen. Ich bin übrigens der Überzeugung, dass auch eine solche Proposition Kiamil Pascha von seinem Standpunkte nicht abbringen könnte, und zwar schon aus dem Grunde, da auch diese Begünstigung eine Zustimmung der anderen Mächte zur Voraussetzung hätte. Aus den Äusserungen des Ministers des Äussern, den ich nach dem Grossvezir besuchte, entnehme ich, dass der Grossvezir, indem er von den von uns gemachten Propositionen dem Ministerrat Mitteilung machte, den Antrag stellte, abgesehen von diesen Konzessionen auf der von ihm formulierten Forderung einer Geldentschädigung zu bestehen, womit sich der Ministerrat einverstanden erklärt habe. Tewfik Pascha fügte dieser Mitteilung hinzu, dass es der Pforte nicht darauf ankommen würde, jene Entschädigung unter dem Titel eines Anteiles an der ottomanischen Staatsschuld zu erlangen, dieselbe könnte auch unter irgend einem anderen Titel erfolgen. Ich habe seinerzeit Minister des Äussern gegenüber, wie ich dies schon wiederholt in meinen Besprechungen mit dem Grossvezir getan, auf unsere eventuellen Gegenforderungen hingewiesen.

Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 60 Nr. 88. Vgl. n. 810, 815, 818. — ^{b)} n. 784. — ^{c)} Chiffre fehlt. — ^{d)} n. 810.

Nr. 812. Tel. aus Rom, 28. Dez. 1908 Nr. 241 (eing. 29. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Ausführung des in Euer Excellenz Telegramm von vorgestern Nr. 142 enthaltenen Auftrages führte zu einer Unterredung mit Herrn Tittoni. Ich

schicke voraus, dass er nach kurzer Überlegung erklärte, Marquis Imperiali im gleichen Sinne instruieren zu wollen. Tittoni beurteilt die Gesamtsituation sehr ruhig und ohne die vielfach verbreiteten Apprehensionen zu teilen. Er erblickt in Herrn Iswolskys Akzeptierung des von Ihnen vorgeschlagenen *modus procedendi* einen Erfolg für Euer Exzellenz und sieht mit Beruhigung der voraussichtlich langsamen weiteren Entwicklung der Dinge entgegen. Ein rascherer (Verlauf)^{a)} der Verhandlungen in Konstantinopel wäre ihm erwünscht gewesen. Bei Besprechung der Rede Herrn Iswolskys^{b)} bemerkte ich, er möge alles von mir Gesagte ausschliesslich als den Ausdruck meiner rein persönlichen Auffassung ansehen. Unter dieser Reserve könne ich ihm nicht vorenthalten, dass die Worte Iswolskys, „*que depuis le commencement de la crise la Russie avait agi en parfaite harmonie, non seulement avec la France, mais aussi avec l'Angleterre et l'Italie*“ in Wien (und voraussichtlich auch in Berlin) ein seltsames Echo wecken würden. Unwillkürlich müsse man bei uns Vergleiche anstellen zwischen der so scharf kontrastierenden Haltung unserer beiden Alliierten. Herr Tittoni selbst konnte die Berechtigung meiner Bemerkung nicht bestreiten; er gab zu, dass Herrn Iswolskys Worte in ihrer Fassung leicht den ganz unrichtigen Eindruck geben könnten, als hätten zwischen Italien, Russland und den Westmächten *Pourparlers* zu einem gemeinsamen Vorgehen stattgefunden. Zwischen Rom und Petersburg bestehe kein anderer Accord als der in Desio stattgefundene Meinungsaustausch, dessen Absicht, Inhalt und Tragweite Euer Exzellenz genau bekannt sei. Herr Tittoni behält sich vor, durch den dieser Tage zurückkehrenden Herzog von Avarna auf den Gegenstand Euer Exzellenz gegenüber zurückzukommen; auch in Berlin wird er inzwischen aufklärend wirken.

Lützow.

a) Chiffre fehlt. — b) Vgl. n. 796.

Nr. 813. *Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 28. Dez. 1908 Nr. 233 (eing. 29. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Mit Bezugnahme auf Telegramm Nr. 166 vom 27. Dezember. Herr Iswolsky steht vollständig unter dem Eindrucke einer von Herrn von Sverbëw erhaltenen Nachricht, wonach heutige Wiener Blätter ausgetauschte Noten publizieren.^{b)} Was Herrn Iswolsky insbesondere erregt, ist Umstand, dass unsere Note in extenso, russische mit Auslassungen veröffentlicht werden. Minister des Äussern äusserte sich dahin, dass er diese einseitige Publikation als einen Akt ansehen müsse, der geeignet sei, neue Schwierigkeiten und Diskussionen hervorzurufen, nachdem es ihm gelungen sei, durch sein Auftreten Beruhigung zu erzielen. Der Hinweis in publizierter Note auf geheime Abmachungen vom Jahre 1897,^{c)} die von Kaiser* zu Kaiser stattfanden, mache es ihm zur Pflicht, Angelegenheit Seiner Majestät dem Zaren zu unterbreiten. Seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit werde von der Allerhöchsten Entscheidung abhängen. Meinem Einwurf, dass Minister selbst den Zeitpunkt der Beteiligung der Mächte an den Verhandlungen fixiert hätte, begegnete Herr Iswolsky mit der Behauptung,

er hätte nie seine Zustimmung zur Mitteilung konfidenzieller Noten an Mächte oder gar zur Veröffentlichung gegeben. Auf Frage des Herrn Ministers, zu welchem Zwecke Euer Exzellenz zu dieser Vorgangsweise gegriffen hätten, die zu einem Konflikte führen könnte, antwortete ich, in Unkenntnis der Beweggründe Euer Exzellenz zu sein, meine Privatansicht gehe aber dahin, dass von einer Absicht, Konflikt zu provozieren, nicht die Rede sein könne, sondern Euer Excellenz wären, nachdem russische Regierung es getan, gezwungen gewesen, Standpunkt zu präzisieren, welcher auf den in Buchlau erzielten Resultaten fusse, Resultaten, die der Herr Minister nicht mehr in Rechnung zu ziehen scheine. Im Übrigen müsse sowohl letzte russische Note als auch Zirkulardepesche als nicht sehr entsprechend bezeichnet werden. Über erstere hätten Euer Exzellenz sich in obiger Weise geäußert. Herr Iswolsky brachte hierauf seine Graf Berchtold gegenüber des öfteren schon vertretene Auffassung der Buchlauer Entrevue zur Geltung.

Karl Emil Fürstenberg.

^{a)} Vgl. n. 816, 826 Anm. b. — ^{b)} Vgl. „Wiener Zeitung“ vom 29. Dez. 1908 Nr. 298 und Oe.-U. Bosnien 61 Nr. 89 als Beilage zu einem gar nicht existierenden Zirkularerlaß vom 29. Dez. 1908 (n. 790 betrifft nicht eine Veröffentlichung in der Presse, sondern nur eine Mitteilung an die Regierungen). — ^{c)} Pribram, a. a. O. I. 78, Martens, N. R. G. 3. S. X 64.

Nr. 814. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 29. Dez. 1908 Nr. 127 (eing. 30. Dez. 7 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Erlass Nr. 2882 vom 23. d. M. Habe heute Sir Charles Hardinge gefragt, ob er das am letzten Freitag dem Foreign Office zur Verfügung gestellte Aide-mémoire über unsere Verhandlungen mit russischem Kabinett betreffend Konferenz bereits gelesen. Unterstaatssekretär bejahte und erklärte, er sei ermächtigt, mir als Antwort zu sagen, dass die hiesige Regierung bereit sei, dem in der letzten russischen Circulardepesche als Resultat unserer diesbezüglichen Verhandlungen mit Petersburger Kabinet vorgeschlagenen modus procedendi zuzustimmen.

Széchényi.

Nr. 815. Tel. des Legationsrates Grafen Ludwig Széchényi aus London, 29. Dez. 1908 Nr. 128 (eing. 30. Dez. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe die mit Telegramm Nr. 95 vom 26. d. M. gewordenen Mitteilungen heute Sir Charles Hardinge gegenüber gesprächsweise verwertet. Bezüglich Ausdruckes „neue Situation Bosniens“ pflichtete Unterstaatssekretär Euer Exzellenz Auffassung bei und meinte, dass auch nach seiner Ansicht nur von der neugeschaffenen derzeitigen Situation die Rede sein könne. Streng vertraulich. Hardinge schien mir entgegenkommend gestimmt und versicherte er mich im Verlaufe der Konversation, dass England bei den der Konferenz vorangehenden Verhandlungen uns keine Schwierigkeiten bereiten wolle und bestrebt sei, dass eine rasche Einigung erzielt werde. Er meinte man könnte alles im Vorhinein soweit regeln und präzisieren, dass zum Schlusse eine blosse „Botschafter-Konferenz“ vielleicht genügen könnte, um die Angelegenheit zum formellen Abschlusse zu bringen. Sir Charles Hardinge erwähnte neuerlich, wie wünschenswert es wäre,

wenn wir mit der Türkei baldigst zu einer Verständigung kämen. Durchaus nicht im Tone eines Ratschlages und ohne darauf zu insistieren, bemerkte er bloss nebenbei, dass eine Geldentschädigung wohl das am raschesten wirkende Medikament wäre, und meinte, die Türkei würde sich auch schon mit zirka 2¹/₂ Millionen Pfund abfertigen lassen. Széchényi.

a) Vgl. n. 811, 818.

Nr. 816. Tel. an den Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg in St. Petersburg, 29. Dez. 1908 Nr. 167 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^a) Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Erhalte soeben Euer Durchlaucht Telegramm vom 28., Nr. 233. Die Bemerkungen, welche Ihnen Herr Iswolsky aus Anlaß der in den heutigen Wiener Blättern erschienenen Publikation gemacht hat, beruhen offenbar auf einer irrtümlichen Information oder einem Mißverständnisse. Die fragliche Veröffentlichung bezieht sich ausschließlich auf unser den Mächten jüngst mitgeteiltes Aide-mémoire vom 23. d.^b) und die demselben beigeschlossenen Pièces, welche ich in meinem Telegramme an Euer Durchlaucht vom 27. 1. M. Nr. 166, einzeln angeführt habe. Jedoch werden alle diese Pièces nicht in ihrem Wortlaute reproduziert, sondern bloß Auszüge aus denselben gebracht, wobei ganz der gleiche Modus für die von den beiden Regierungen ausgehenden Pièces eingehalten und alle Stellen, deren Veröffentlichung zu Bedenken Anlaß geben könnte, weggelassen wurden. Eine Bezugnahme auf geheime Abmachungen vom Jahre 1897 oder gar auf die Person der Souveräne kommt in der Publikation keineswegs vor. Der publizierte Auszug enthält übrigens kaum irgend etwas, was nicht bereits früher durch die Presse, speziell die englische, der Oeffentlichkeit vermittelt worden wäre. Ich bin überzeugt, daß Herr Iswolsky, sobald er über den wirklichen Sachverhalt informiert ist, vollkommen darüber beruhigt sein wird, daß seine, Ihnen ausgesprochenen Befürchtungen, grundlos waren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 820, 825, 827. — b) Vgl. n. 790, 813 Anm. b.

Nr. 817. Tel. aus Berlin, 30. Dez. 1908 Nr. 292 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^a) Entziff.

Vertraulich. Reichskanzler, welcher mich gestern abends zu sich bitten liess, versicherte mir, wie dies Herr von Schoen vor einigen Tagen getan (vide mein Telegramm No. 291 vom 27. d. M.), dass Baron Marchall ohne Verzug Auftrag erhalten werde, in Konstantinopel auf eine Verständigung mit Bulgarien hinzuwirken. Bulgarische Zirkularnote vom 22. d. M. sei deutscherseits noch nicht beantwortet, da die deutsche Regierung auch in dieser Frage zunächst Stellungnahme des k. u. k. Kabinettes abwarten wollte. Bei diesem Anlasse führte Fürst Bülow neuerdings aus, wie sehr er eine engere Entente mit Bulgarien für wünschenswert erachte. Er glaube sich in dieser Beziehung ganz mit den Ansichten Euer Excellenz zu begnügen, doch wolle er darauf hinweisen, dass „periculum in mora“ vorliege, da die Russen im Vereine mit den Engländern und den Franzosen es an

Lockungen in Sofia nicht fehlen lassen. Es sei zu befürchten, dass, wenn das k. u. k. Kabinett die Bulgaren bei Zeiten sich nicht festlege,¹⁾ bulgarische Regierung den Bestrebungen der uns feindlichen Mächte sich anschliesse und einer antiösterreichischen Gruppe beitreten könnte. Wenn Herr Iswolsky in seiner Duma-Rede^{b)} mit der Proklamation der Idee eines Balkanbundes allerdings hauptsächlich einen Einschüchterungsversuch beabsichtigt habe, so könne dennoch nicht verkannt werden, dass Russland, von Frankreich und England unterstützt, Türken und Bulgaren zu einem Bunde, zu einer Gruppe, überreden möchte, welche unter den obwaltenden Verhältnissen nur gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gerichtet sein könnte. In der Rede des russischen Ministers des Aeussern sei ihm, dem Reichskanzler, besonders jener Passus aufgefallen, in welchem Herr Iswolsky für eine anderweitige Fassung des Artikels 25 des Berliner Vertrages eintritt. Offenbar handle es sich hiebei um den Autonomie-Gedanken für Bosnien und die Herzegowina. Es sei ausserordentlich richtig und entsprechend gewesen, dass Euer Excellenz dem russischen Geschäftsträger in Wien schriftlich mitgeteilt hätten, dass unter der „neuen Situation“ natürlich nur jene verstanden werden könne, welche durch die Proklamation Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät vom 7. Oktober laufenden Jahres geschaffen worden sei (vide Euer Exzellenz Telegramm No. 139 vom 26. d. M. und mein Telegramm No. 290 ddo. 27. d. M.). Im Laufe meiner langen Unterredung mit Fürst Bülow hatte ich Gelegenheit, ihm den Inhalt Euer Excellenz Telegrammes vom 28. v. M., No. 141 mitzuteilen. Der Reichskanzler ist vollkommen einverstanden, dass Euer Excellenz sich darauf beschränken wollen, im gegenwärtigen Augenblicke und solange die Verhandlungen mit der Türkei schweben, die Mächte von dem derzeitigen Stande der Pourparlers zwischen Wien und Petersburg und von der die Vorbereitung der Konferenz betreffenden Verständigung in Kenntnis zu setzen. Herr von Tschirschky ist beauftragt worden, sich in ähnlichem Sinne Euer Excellenz gegenüber auszusprechen. Szögyény.

¹⁾ „Anerkennung“.

^{a)} Vgl. n. 796, 828. — ^{b)} Vom 25. Dez. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 405.

Nr. 818. Bericht aus Konstantinopel, 30. Dez. 1908 Nr. 106 C (eing. 2. Jan. 1909).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Ich habe das hohe Telegramm No. 265 vom 28. I. M. betreffend die durch Graf Khevenhüller, dessen Bericht vom 12. d. M. No. 36 B anbei zurückfolgt, in Paris mit dem jungtürkischen Comité angebahnte Fühlungnahme, zu erhalten die Ehre gehabt. Ich sehe aus demselben, dass Graf Khevenhüller über seine Instruktionen, wenn auch in der besten Absicht, hinausgegangen ist. Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin zu bemerken, dass dieser Umstand meine Verhandlungen insofern ungünstig beeinflussen könnte, als voraussichtlich der Grossvezir von jenen in Paris stattgehabten Pourparlers Kenntniss bekommen haben dürfte. Überhaupt kann man, was unsere Verhandlungen mit der Türkei anlangt, das Sprichwort anwenden: „Viele Köche versalzen die Suppe“.

Schon die Saloniker Besprechungen Generalconsuls Rappaport mit dem Comité haben die Lage insoferne erschwert, als ohne Zweifel der Boycott erst recht eingesetzt hat, als das Comité merkte, dass wir bereit sind, Concessionen zu machen. Nun kommt noch die Fühlungnahme mit Achmed Riza dazu, welche von Letzterem ohne Zweifel dahin aufgefasst wurde, dass wir schliesslich in Bezug auf die Geldfrage mit uns reden lassen werden. Die Ansicht des Grafen Khevenhüller, dass wir nur durch direkte Verhandlungen mit dem Comité zum Ziele gelangen können, scheint mir nicht stichhältig zu sein. Wir müssen, glaube ich, nur mit der Regierung verhandeln und es der Letzteren überlassen, mit dem Comité ins Reine zu kommen. Die Regierung wird ohnedies sich solange nicht binden bis sie nicht sicher ist, dass auch das Comité hiezu seine Zustimmung gibt. Ich stimme hingegen vollkommen mit der Ansicht unseres Botschafters in Paris überein, wenn er sagt, es gäbe nur zwei Wege, um ans Ziel zu gelangen. Auch ich habe in meiner Berichterstattung stets diesen Standpunkt vertreten und gesagt, entweder müsse Ernst gezeigt oder in Bezug auf die finanzielle Entschädigung nachgegeben werden. Noch so werthvolle Concessionen, wenn sie nicht von uns allein abhängen, werden hier den erwarteten Erfolg nicht erzielen. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, schon in meinem Telegramme No. 537 vom 28. d. M. mich dahin auszusprechen, dass die Übernahme der Garantie für ein türkisches Anlehen in Gemeinschaft mit den anderen Mächten ebensowenig Eindruck machen dürfte als die übrigen von uns in Aussicht gestellten Concessionen. Ganz anders würde sich die Sache aber verhalten, wenn wir allein eine solche Garantie übernehmen wollten. Meine Verhandlungen mit der Pforte werden auch dadurch erschwert, dass die europäische Presse, speciell auch die Wiener Blätter, immer wieder Nachrichten bringen, dass wir im schlimmsten Falle geneigt wären, eine Geldentschädigung zu leisten. Man nannte sogar vielfach eine bestimmte Summe. Hiedurch ist hier der Eindruck hervorgerufen worden, dass wir jetzt unser „halb und halb schon gegebenes Versprechen“ wieder zurückziehen und nichts mehr von einer Geldentschädigung wissen wollen. Bei Beurtheilung der Frage, ob wir in Bezug auf die Leistung einer Geldentschädigung nachgeben sollen oder nicht, muss auch der Umstand in Erwägung gezogen werden, ob wir die Verhandlungen mit Rücksicht auf den Boycott hinausziehen können. Wie ich aus hiesigen Handelskreisen höre, muss damit gerechnet werden, dass der Boycott wenigstens noch 5—6 Wochen andauern kann. Ausserdem ist zu bedenken, dass der Boycott je länger er andauert und je schwieriger er von den Arrangeuren aufrecht zu erhalten ist, desto gewalthätigere Formen annehmen kann. Ich verweise in dieser Beziehung auf die letzten Vorfälle in Beirut. Es muss hiebei mit der Eventualität gerechnet werden, dass solche Vorfälle sich ereignen, welche wir unmöglich ruhig hinnehmen könnten. Schon der Fall von Beirut ist heikler Natur und erfordert unsererseits eine gewisse Langmuth, da die Regierung bei den heutigen Verhältnissen kaum in der Lage sein wird, ausreichende Genugthuung zu leisten, nachdem eine solche, wenn sie bekannt wird, neue Erregung in die Massen zu tragen geeignet wäre und Anlass zu weiteren Ausschreitungen geben könnte. Ich möchte mir noch erlauben,

auf einige weitere Ausführungen des eingangs erwähnten Berichtes näher einzugehen. Graf Khevenhüller sagt: „Vor die Wahl gestellt, uns entweder mit der Türkei zu verständigen oder die russischen Forderungen territorialer Entschädigungen an Serbien und Montenegro zu dulden, kann es wohl nicht schwer sein, sich zu entscheiden.“ Weiter sagt der Herr Botschafter: „Wir können nicht gleichzeitig die Feindschaft am Bosphorus und an der Neva vertragen.“ Ich kann mich in dieser Hinsicht mit der Ansicht des Grafen Khevenhüller nur ganz einverstanden erklären und glaube, dass die letzte russische Note, sowie die Rede Herrn Iswolskys in der Duma^{b)} eine neue Bestätigung für die Richtigkeit jener Ansicht bietet. Wenn der russische Minister des Äussern ganz offen von seiner Absicht, die Balkanstaaten unter der Führung der Türkei zu einigen, spricht, so weist er uns deutlich den Weg, den wir zu gehen haben; denn ein solcher Bund kann nur gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein. In meinem ergebensten Privatschreiben vom 12. August l. J. habe ich mir erlaubt, unter Anderem auch darauf hinzuweisen, dass durch die Aufrollung der bosnischen Frage die Verwirklichung der bisher als Utopie bezeichneten Idee eines Balkanbundes der Verwirklichung näher gebracht werden könnte. Eine solche Gefahr scheint mir unter den heutigen Verhältnissen allerdings ausgeschlossen zu sein, aber immerhin verdient die Thatsache, dass der russische Minister des Äussern für jene Idee ganz offen Stellung nimmt,^{b)} unsererseits ernstlich in Rechnung gezogen zu werden. Diese Idee wird zwar weder bei den Bulgaren noch bei den Türken vorläufig Anklang finden. Nichtsdestoweniger könnten aber Fälle eintreten, wo ein solcher Bund zur Erreichung eines momentanen Zieles möglich wäre. Das sicherste Mittel, um die russischerseits ins Auge gefasste Combination gründlich zu vereiteln, wird immer darin bestehen, uns mit der Türkei in bleibender Weise zu verständigen. Selbst dann, wenn es auf Kosten unserer Beziehungen zu Bulgarien geschehen müsste.¹⁾ Die Freundschaft der Türkei repräsentiert für uns sowohl in politischer als auch wirthschaftlicher Hinsicht einen weit grösseren Werth als jene Bulgariens, abgesehen davon, dass auf letztere, namentlich dann, wenn der Antagonismus zwischen uns und Russland wieder mehr in die Erscheinung treten sollte, doch niemals ein sicherer Verlass sein wird.

Pallavicini.

¹⁾ !!

^{a)} Vgl. n. 815. — ^{b)} Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 405. Vgl. n. 796.

Nr. 819. Bericht aus Konstantinopel, 30. Dez. 1908 Nr. 106 H (eing. 2. Jan. 1909).^{a)} Ausfert.

Ich habe gestern Ahmed Riza Bey aus Anlass seiner Ernennung zum Kammerpräsidenten einen Besuch abgestattet. Ich folgte diesfalls dem von dem Doyen Baron Marschall und den übrigen Collegen gegebenen Beispiele, welche ihre Glückwünsche dem neuen Präsidenten persönlich darbrachten. Am Beginn unseres Gespräches nahm ich Anlass, mich des hohen Auftrages vom 23. d. M. No. 2876 zu entledigen, indem ich mich genau im Sinne dieses Erlasses aussprach. Wie Ahmed Riza Bey mir sagte,

hätten Euer Excellenz ihn gelegentlich der ihm gewährten Unterredung über die Programmpunkte der jungtürkischen Partei in Bezug auf die äussere Politik befragt, worauf er erwidert habe, dass seine Partei alle internationalen Engagements der Pforte auch in Bezug auf Egypten, Kreta etc. respectieren wolle. In diesem Sinne hätte er von der Aufrechterhaltung des Status quo gesprochen, worauf ihn Euer Excellenz von der Entschlossenheit der k. u. k. Regierung, zur Aufrechterhaltung des Status quo nach besten Kräften beizutragen, versichert hätten. Ich erwiderte Ahmed Riza Bey, dass das Missverständniss also in dem Worte Status quo gelegen sei, welches Euer Excellenz gleich allen Diplomaten und Staatsmännern nur in dem Sinne des effektiven Besitzstandes der Türkei aufgefasst und sodann angewendet haben konnten. Ich sagte hierauf Ahmed Riza Bey, dass ich doppelt erfreut sei, seine Bekanntschaft zu machen, indem ich grossen Werth darauf legen würde, mit ihm nicht nur in seiner Eigenschaft als Präsident des Abgeordnetenhauses, sondern auch in jener als hervorragendes Mitglied der jungtürkischen Partei gute Beziehungen zu unterhalten. Es sei doch ein gemeinsames Interesse unserer beiden Länder, die derzeit obschwebenden Differenzen einer raschen und befriedigenden Lösung entgegenzuführen, um sodann ungestört die so mannigfachen, beiden Ländern gemeinsamen allgemeinen politischen Interessen pflegen zu können. In diesem Sinne wäre mir seine Unterstützung werthvoll. Ahmed Riza Bey erwiderte mit der Versicherung, dass er auch, der ja sogar durch verwandtschaftliche Bande mit Österreich verbunden sei (bekanntlich ist seine Mutter eine Österreicherin), keinen sehnlicheren Wunsch habe, als dass die obschwebenden Differenzen gelöst werden und zwischen den beiden Reichen das natürliche eng freundschaftliche Verhältniss wieder hergestellt werde. Nach dieser Einleitung sprachen wir lange Zeit über die aktuelle Frage. Ich möchte hier nicht die Einzelheiten dieses Gespräches wiedergeben, sondern mich nur darauf beschränken, die hauptsächlichsten der von meinem Mitredner — der mir in der Führung derartiger Gespräche noch wenig gewandt schien und sich auch wiederholt in Widersprüche verwickelte — aufgestellten Thesen zu reproducieren. Ahmed Riza Bey stellte sich auf den Standpunkt, dass die Türkei keine andere Lösung als die Wiederherstellung des Status quo in Bosnien und der Herzegowina acceptieren könne. Die Concessionen, welche wir anbieten und von welchen ich ihm speciell, was deren pecuniären Werth anbelangt, nähere Mittheilungen machte, ja selbst auch die Zahlung einer bestimmten effectiven Geldentschädigung für die Souveränitätsrechte über Bosnien wären ja nur demüthigend für die Türkei. Solange obigem Verlangen nicht nachgegeben werden sollte, werde der Boycott fortgesetzt werden und ähnlich würde auch jeder anderen Macht, welche in Bezug auf Kreta, Tunis oder Aegypten den Status quo verletzen sollte, mit dem Boycott begegnet werden. Er gab der Überzeugung Ausdruck, dass keine einzige europäische Macht die Annexion Bosniens anerkennen werde und flunkerte zuletzt mit gewissen werthvollen Anerbietungen Serbiens! In Bezug auf die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Türkei sagte er, dass Frankreich und England der heutigen constitutionellen Türkei in jeder Beziehung entgegenkommen und derselben auch reichliche Geldmittel zur Verfügung

stellen werden! Die oben kurz wiedergegebenen Äusserungen Riza Beys machten mir im allgemeinen den Eindruck, dass ich es mit einem in politischer Beziehung ganz phantastischen Menschen zu thun habe, der überhaupt nicht im Stande ist, praktische Politik zu machen, namentlich wenn es sich um äussere Fragen handelt. Andererseits wäre es aber nicht unmöglich, dass Ahmed Riza Bey mit seinen mir gegenüber an den Tag gelegten idealen Auffassungen nur den Zweck verfolgt hat, mich sozusagen einzuschüchtern, um mich in der Geldfrage müde zu machen, da ich mir sonst die Euer Excellenz bekannte Démarche Faik Beys, wenn sie wirklich im Auftrage Riza Beys erfolgt war, nicht erklären könnte. Ich werde nächstens Gelegenheit haben, mir über diesen Punkt Klarheit zu verschaffen, da mir Riza Bey seinen Besuch für die nächsten Tage in Aussicht gestellt hat.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 829, 873.

Nr. 820. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 30. Dez. 1908 Nr. 235 (eing. 31. Dez. 9 U. a. m.),^{a)} Entziff.

Bei heutigem Diplomatenempfange Herrn Iswolsky den Inhalt des Telegrammes vom 28. dieses Monats, Nro. 233, zur Kenntnis gebracht. Der Herr Minister machte hierauf nachstehende mündliche Erklärung, deren Wortlaut ich unter seinem Diktate zu Papier brachte: „Sa Majesté s'est montrée péniblement surprise que le gouvernement de Vienne ait cru possible de communiquer sans consentement de notre part à des tiers des pièces confidentielles qui se réfèrent à des pourparlers intimes se rattachant à l'accord de 1897; l'Empereur envisage cet accord comme un pacte personnel entre les deux Souverains, leurs ministres n'y ayant participé qu'en qualité de témoins. L'Empereur n'ignore pas d'ailleurs que le Baron Aehrenthal avait déjà précédemment communiqué une pièce se rapportant au même accord à un cabinet étranger. L'Empereur envisage ce procédé comme un manque d'égards envers sa personne. Ce procédé rendant impossible tout échange de vues confidentiels, Il m'a ordonné que dorénavant le cabinet Impérial se borne dans ses relations avec celui de Vienne à des communications strictement officielles.“ Dieser Erklärung fügte der Minister das Ersuchen bei, in meinen Mitteilungen an ihn mich von nun an nur mehr des Weges der offiziellen Noten zu bedienen. Weiters fügte der Minister bei, dass ehe er diese Aussprache zu schliessen gezwungen sei, er mir sagen müsse, dass Seine Majestät der Czar durch das Vorgehen Euer Exzellenz auf das tiefste verstimmt sei, da er durch den Hinweis auf den Accord von 1897 und auf die im Sommer ausgetauschten aide-mémoires gegenüber seinem Alliierten persönlich in eine ausnehmend peinliche Lage gebracht worden sei, ebenso seine Regierung. Meine darauffolgenden Ausführungen nahm der Minister nur à titre privé an. Ich hob hervor, dass ich nur auf das tiefste bedauern könne, dass dieser Akt, dessen Berechtigung ich nicht verstünde, seitens der russischen Regierung erfolgt sei, da eine feindselige Absicht unserer Regierung gegen die russische absolut ausgeschlossen sei, dass der Minister aber anerkennen müsse, dass die k. u. k.

Regierung nach den Vorgängen im Sommer und nach Buchlau berechtigt war, eine andere Haltung des russischen Kabinetts zu erwarten als die von ihm eingenommene und dass die russische Regierung die letzte hätte sein sollen, unserer Regierung wegen einer der Notwendigkeit entspringenden Aktion derartige Schwierigkeiten zu machen. Den weiteren Ausführungen des Ministers entnahm ich, dass er befürchtet, Euer Exzellenz werden noch weiter auf dem Wege der Mitteilungen vertraulicher Stücke schreiten, da er wiederholt auf die an Graf Berchtold unter gewissen Bedingungen in Aussicht gestellte Publikation der im Sommer gewechselten Pièces hinwies, die er als menace bezeichnete. Der ausserordentlichen Schärfe seines heutigen Vorgehens dürfte die Absicht zu Grunde liegen, diese eventuelle Massnahme hintanzuhalten. Ersuche Euer Exzellenz um Instruktionen über mein ferneres Verhalten.

Fürstenberg.

a) Vgl. n. 816, 822, 825, 826, 827, 1133, 1947.

Nr. 821. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 30. Dez. 1908 Nr. 236 (eing. 31. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Der bulgarische Vertreter hat heute bei mir vorgesprochen und mit mir den Gang der Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei besprochen. Er beklagte sich über die Haltung Russlands, das die bulgarische Regierung nach Konstantinopel weise, dortselbst aber darauf dringe, dass Entscheidung über Verhandlungen auf Konferenz verlegt werde. Er habe auch im Ministerium des Äussern seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, dass, wenn ein direktes Arrangement zwischen der Türkei und Bulgarien erreicht würde, Russland es wahrscheinlich nicht gutheissen würde. Herr Tzokoff sagte mir, er betrachte die Lage als gespannt und hätte bei seiner letzten Unterredung mit Herrn Iswolsky demselben keinen Zweifel über den Ernst der Situation und die Absichten seiner Regierung gelassen. Bulgarien sei für einen Krieg wohl vorbereitet und entschlossen, vor dem Äussersten nicht zurückzuschrecken. Er habe ferner dem Minister in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, dass, falls es zu Feindseligkeiten zwischen der k. u. k. Monarchie und der Türkei kommen sollte, Bulgarien an der Seite Österreich-Ungarns kämpfen werde, nicht aus Rücksichten für letzteres, aber um seine eigenen Interessen zu wahren. Auf entsprechende Frage des Ministers habe er geantwortet, Bulgarien werde selbst gegen Serbien losgehen, falls es notwendig erscheinen würde.

Fürstenberg.

a) Vgl. n. 828.

Nr. 822. Privatschreiben Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Franz Josef I.; Carskoe Selo, 17./30. Dez. 1908 (eing. mit Begleitschreiben des russischen Geschäftsträgers in Wien vom 4. Jan. 1909 am 5. Jan.).^{a)} Ausfert.

J'ai été profondément touché des termes affectueux de Ta lettre^{b)} et j'éprouve à mon tour le besoin de Te parler à cœur ouvert des rapports actuels entre nos deux Empires; ces rapports ont subi, hélas, ce dernier

temps, une altération qui me cause le plus vif chagrin; Tu sais combien j'ai toujours été attaché à l'entente qui avait été notre œuvre commune et personnelle; c'est cet accord qui pendant dix ans a assuré le cours pacifique des événements dans les Balkans. Si cet état de choses a fait place aujourd'hui à un sentiment d'alarme générale, ce n'est certes pas la Russie qui en est cause. Se conformant strictement à ma volonté, mon Gouvernement restait scrupuleusement fidèle à l'action que nous avions entreprise en commun en Macédoine; c'est Ton Ministre des Affaires Etrangères qui a porté le premier coup à notre entente; ai-je besoin de Te rappeler les événements si regrettables de l'hiver dernier? Au moment même où j'étais fermement convaincu qu'à la suite des entretiens amicaux entre nos deux Ministres à Vienne, nous marchions complètement d'accord, le Baron d'Aehrenthal nous faussait brusquement compagnie, annonçait, sans nous en prévenir, son projet de chemin de fer du Sandjak, et abandonnait le plan de réformes judiciaires en Macédoine élaboré en commun par nos Cabinets. Tu connais tous mes efforts pour éviter la rupture de notre accord; c'est pour tâcher de le reconstituer que je prescrivis à Mr. Iswolsky de s'aboucher l'automne dernier avec le Baron d'Aehrenthal. Celui-ci lui réléva à cette occasion de nouveaux plans qui ne pouvaient que troubler le cours normal des choses et la bonne harmonie entre nos deux Empires. Néanmoins, mon Ministre des Affaires Etrangères, pénétré d'intentions les plus conciliantes, s'appliqua à rechercher avec lui les moyens les plus propres à acheminer la question de l'annexion, qu'il était résolu à soulever, vers une solution à l'amiable. Mr. Iswolsky commença par le rendre attentif à l'effervescence qu'il ne manquerait pas de provoquer tant en Russie que parmi les peuples Balcaniques; il lui indiqua ensuite les conditions auxquelles il nous serait possible, malgré toutes les difficultés qu'il nous préparait, de persévérer dans notre attitude amicale envers l'Autriche-Hongrie; il lui déclara d'ailleurs franchement que nous ne pourrions pas renoncer à la thèse que nous avons toujours soutenue, à savoir que la question de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine avait un caractère Européen et ne pouvait être résolue qu'avec l'assentiment des Puissances; il fut même question du lieu et de l'époque d'une conférence. Enfin Mr. Iswolsky reçut l'assurance que le Baron d'Aehrenthal le préviendrait d'avance et en temps utile des résolutions définitives de Ton Gouvernement. Il demeura bien entendu que l'échange de vues entre les deux Ministres devait avant tout être porté à ma connaissance et l'accord esquissé par eux — recevoir ma sanction. Or, sans attendre une réponse de ma part, sans nous prévenir plus de vingt-quatre heures à l'avance, sans tenir le moins du monde compte des réserves formulées par mon Ministre, le Baron d'Aehrenthal nous plaçait devant un fait accompli, ce qui ne l'empêchait pas de déclarer qu'il avait agé en plein accord avec nous; en même temps Tes Ambassadeurs à l'étranger soutenaient que l'annexion ne concernait en rien les Puissances et que l'Autriche-Hongrie n'irait pas à une conférence. Tu sais quelle émotion cette brusque manière d'agir provoqua dans toute l'Europe. Le Baron d'Aehrenthal qui a passé tant d'années parmi nous devait s'attendre au mouvement d'opinion qui se produisit en Russie et qui a causé et cause encore tant de difficultés à

mon Gouvernement. Tu comprendras aussi, mon Cher Ami, combien j'ai été personnellement froissé des procédés de Ton Ministre. Malgré tout cela mon Cabinet n'a pas cessé un seul instant d'agir par tous les moyens pour pacifier les esprits tant en Russie que parmi les peuples Balcaniques; au milieu de toutes ces difficultés mon Cabinet ne s'est pas départi un instant de l'attitude la plus conciliante et la plus correcte; c'est donc avec un pénible étonnement que j'ai appris de quel procédé le Baron d'Aehrenthal vient de se servir à notre égard. Contrairement à tous les usages diplomatiques, il a trouvé bon de communiquer, sans consentement de notre part, à d'autres Cabinets les pièces confidentielles échangées récemment entre nos Cabinets; quelques unes de ces pièces se réfèrent à des pourparlers antérieurs se rattachant à notre accord secret de 1897; cet accord je le considère comme un pacte personnel conclu entre Toi et moi, auquel nos Ministres n'ont participé qu'en qualité de témoins. Je n'ignore pas d'ailleurs que le Baron d'Aehrenthal avait déjà précédemment communiqué à un Cabinet étranger une pièce se rapportant au même accord.^{c)} Je ne Te cacherai pas, mon Cher Ami, que je vois dans ces procédés de Ton Ministre un manque d'égards envers ma personne; aucuns rapports confidentiels n'étant possibles dans de pareilles conditions, je me suis vu obligé d'ordonner à mon Ministre des Affaires Etrangères de borner dorénavant les relations entre nos deux Cabinets à des communications strictement officielles. Je puis T'assurer, mon Cher Ami, que tous ces pénibles incidents laissent parfaitement intacts les sentiments de profonde affection que je Te porte et mon sincère désir de voir la bonne harmonie la plus complète rétablie entre nos deux Monarchies. Ce n'est pas seulement avec un profond chagrin que je T'écris ces lignes, mais aussi avec un sentiment de vive appréhension pour l'avenir. Il ne m'appartient certes pas de juger si la politique de Ton Ministre des Affaires Etrangères a procuré à Ton Empire des avantages en proportion avec les troubles qu'elle a fait naître. Mais je dois me demander si cette politique s'arrêtera aux perturbations qu'elle a déjà causées, ou bien si nous sommes à la veille de complications encore plus dangereuses pour la paix générale. D'après tout ce qui me revient, Ton Gouvernement prend des mesures militaires sur une échelle qui semble indiquer qu'il se prépare à un conflit prochain avec Tes voisins Balcaniques du Sud. Si un pareil conflit se produit, il aura pour contre-coup une grande effervescence non seulement dans la péninsule des Balcans, mais aussi en Russie, et Tu comprendras la situation particulièrement difficile dans laquelle je me trouverai placé. Dieu nous garde d'une pareille éventualité, qui mettrait fin à toute possibilité de bons rapports entre la Russie et l'Autriche-Hongrie et pourrait amener l'Europe à une guerre générale. Pour ma part je resterai toujours fidèle aux sentiments et aux principes qui m'ont guidé dans mes rapports avec Toi, et qui me paraissent si impérieusement nécessaires pour le maintien de la paix et des institutions Monarchiques; je prie Dieu de seconder mes efforts dans ce sens en me conservant de Ta part les mêmes sentiments, qui me sont infiniment précieux et dans lesquels je ne cesserai de voir le gage le plus sûr des bons rapports entre nos deux Empires. Nicolas.

a) Vgl. n. 820, 825, 826, 900, 935, 1068. — b) n. 700. — c) Wohl n. 337.

Nr. 823. Erlaß nach Konstantinopel, 31. Dez. 1908 Nr. 2976.^a) Konz. (S. Brusselle; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Von der Absicht geleitet, Euer Exzellenz in die Lage zu versetzen, die Verhandlungen, die Sie mit Kiamil Pascha kürzlich wieder begonnen haben, in Fluß zu erhalten, versehe ich Sie im nachfolgenden mit einigen ergänzenden Instruktionen. Aus Euer Exzellenz Berichterstattung geht nicht hervor, ob Sie der Pforte bereits als eine von uns ins Auge gefaßte Konzession unsere Bereitwilligkeit namhaft gemacht haben, an einer Kollektivgarantie teilzunehmen, die die Mächte der Pforte für ein von ihr aufzunehmendes Anlehen zu gewähren sich bestimmt finden würden. Sollte dies noch nicht geschehen sein, so wollen Euer Exzellenz diese Mitteilung Kiamil Pascha gegenüber nachholen und im Laufe der Konversation bemerken, daß im Rahmen dieser Kollektivgarantie auch für eine besondere Beteiligung des Wiener und Budapester Platzes Vorsorge getroffen werden könnte. Wenn, wie ich befürchte, Kiamil Pascha auch dieses Entgegenkommen als ebenso wenig genügend erachtet, wie die ihm bisher angebotenen wirtschaftlichen Vorteile, so könnten Euer Exzellenz bemerken, daß eventuell auch die Idee einer Spezialgarantie Oesterreichs und Ungarns für ein von der Türkei zu emittierendes Anlehen im Höchstausmaße von 50—60 Millionen Francs in Erwägung gezogen werden könnte. Euer Exzellenz wollen sich, wenn Sie diesen Gedanken Kiamil Pascha gegenüber ausführen, auf seine wiederholten Äußerungen beziehen, die dahin gingen, daß es der Türkei darum zu tun sei, ein materielles Zugeständnis seitens der Monarchie zu erlangen, das unabhängig von der Zustimmung der anderen Signatarmächte geltend gemacht und verwertet werden könnte. Die von uns der Türkei offerierte Spezialgarantie stelle nun eben ein solches materielles Zugeständnis dar, dessen Wert die Türkei hoffentlich seiner ganzen Bedeutung nach zu würdigen wissen werde. Die Pforte habe mit diesem unserem Anbote das erreicht, was sie beabsichtigt habe, gelinge es ihr, infolge des eventuellen Widerstandes der einen oder der anderen Signatarmacht, nicht, den wirtschaftlichen Wert zu realisieren, der in unseren bisherigen ökonomischen Zugeständnissen liege, so finde sie in der ihr angebotenen Spezialgarantie die vollwertige materielle Kompensation. Am Schlusse Ihrer Darlegungen können Euer Exzellenz hinzufügen, daß in dem auf Grund der vorstehenden Ausführungen zu vereinbarenden Garantievertrag auch die näheren Modalitäten des Anlehendienstes Aufnahme finden würden. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, mich über die Aufnahme, die Ihre Eröffnungen bei Kiamil Pascha gefunden, telegraphisch informieren zu wollen, möchte ich der Ansicht Raum geben, daß ihr Eindruck ein günstiger sein wird und dies umsomehr, als ja, wie aus Ihrer letzten Berichterstattung und aus den Äußerungen des hiesigen türkischen Botschafters hervorgeht, die Pforte nicht mehr auf ihrem intransigenten Begehren der Übernahme eines aliquoten Teiles der türkischen Staatsschuld zu bestehen scheint.

^a) Vgl. n. 842, 850.

Nr. 824. Erlaß nach Paris, 31. Dez. 1908 Nr. 2964. Konz. (S. Brusselle; V. und G. Pogatscher).

Euer Exzellenz Bericht vom 12. d. Mts. No. 36 B. samt demselben abschriftlich beiliegendem Briefe an Herrn Back de Surány habe ich erhalten. Wie aus den Mittheilungen Faik Beys,^{a)} welcher mit Markgrafen Pallavicini in Constantinopel in Fühlung getreten ist, hervorgeht, scheint das jungtürkische Comité im Besitze dieses obgenannten Briefes Euer Exzellenz an Herrn von Back zu sein. In diesem Schreiben haben Sie Herrn Back ermächtigt, das Comité aufzufordern mit dem Markgrafen Pallavicini in „Pourparlers“ zu treten und über die Mittel zu beraten, auf welche Art den derzeitigen anormalen Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn ein Ende gemacht werden könnte. Nun gieng aber die Instruction, die ich Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 5. Dezember l. Js. No. 72^{b)} ertheilte, dahin, dass^{c)} Unterhandlungen mit einem in Paris tagenden Comité ablehnte, es aber den Betreffenden anheimstellte, einen Vertrauensmann in Konstantinopel namhaft zu machen, der zwischen dem Comité und unserer dortigen Botschaft eine Fühlungnahme herstellen würde. Der Tenor des Briefes, welchen Euer Exzellenz an Herrn Back de Surány gerichtet haben, gieng daher, wenn Euer Exzellenz auch hiebei zweifellos von den besten Absichten geleitet waren, über meine Intentionen hinaus. Ich habe nunmehr den Markgrafen Pallavicini eingeladen^{d)} mit dem Vertrauensmanne Achmed Rizas, Faik Bey respektive mit dem Ersteren selbst, auch weiterhin in Fühlung zu bleiben, dies aber nur zu dem Zwecke das jungtürkische Comité bei möglichst guter Stimmung zu erhalten und sich über die Wünsche desselben in unverbindlicher Weise zu informieren.

^{a)} Vgl. n. 806. — ^{b)} Vgl. n. 722 Anm. a. — ^{c)} So! Es fehlt hier offenbar das Wort „ich“. — ^{d)} n. 809.

Nr. 825. Tel. an den Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg in St. Petersburg, 31. Dez. 1908 Nr. 168 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm vom 30. d. M., Nr. 235. Ich bin im höchsten Grade überrascht von der Mitteilung, welche Ihnen der Herr Minister des Aeußern laut Ihrer Meldung gemacht hat und ich kann die Auffassung Seiner Majestät Kaiser Nikolaus betreffs meines Vorgehens nur auf den Umstand zurückführen, daß Höchstdieselben über den Sachverhalt offenbar mißverständlich informiert waren. Insoferne die Bemerkungen des Herrn Ministers sich auf die in den Blättern geschehene auszugsweise Veröffentlichung beziehen, dürfte Herr Swerbejeff mittlerweile die ihm hier zuteil gewordenen Aufklärungen, welche auch in meinen Telegrammen an Euer Durchlaucht vom 27. und 29. d. M., Nr. 166 und 167, enthalten sind, nach Petersburg gemeldet haben und auf diese Weise die Grundlosigkeit des mir gemachten Vorwurfes klargelegt sein. Was aber unsere Mitteilung an die Mächte betrifft, so beschränkte sich dieselbe ausschließlich auf die zwischen dem Petersburger und Wiener Kabinette nach Mitteilung des Konferenzprogramm-Entwurfes ausgetauschten und auf die Konferenz bezüglichen Pièces. Ueber die vorausgegangenen vertraulichen

Pourparlers wurde keinerlei Schriftstück in diese Publikation aufgenommen. Allerdings geschieht in dem Aide-mémoire des russischen Kabinettes vom 4./17. Dezember des austro-russischen Accords vom Jahre 1897^{b)} Erwähnung. Dieser Umstand konnte aber nicht als Divulgation eines Geheimnisses angesehen werden, nachdem ja die Tatsache eines solchen, im Jahre 97 zustande gekommenen Accords allgemein bekannt und sogar unmittelbar danach zum Gegenstande eines beiderseitigen, identischen Zirkular-Telegrammes en clair vom 29. April 1897 an die österreichisch-ungarischen und russischen Vertreter bei den Balkanstaaten gemacht worden war. Anschließend an diese Erwähnung des Accords von 97 ist in dem zitierten Aide-mémoire hervorgehoben, daß die Frage der Annexion Bosniens nach Ansicht des russischen Kabinettes einen eminent europäischen Charakter habe und daß, wenn das genannte Kabinett dennoch über diese Frage mit dem Wiener Kabinette in eine Diskussion eingegangen sei, diese Diskussion nur einen prelablen und vorbereitenden Charakter haben konnte. Nachdem in diesen Bemerkungen der Standpunkt des russischen Kabinettes in so unzweideutiger Weise niedergelegt ist, konnte mir nicht der Gedanke kommen, daß deren Mitteilung an die anderen Kabinette die russische Regierung unangenehm berühren könnte. Irgend eine Bezugnahme auf die Personen der Souveräne kommt aber weder in dem zitierten russischen Mémoire, noch in einer anderen, den Mächten mitgeteilten Pièce vor. Diese Darlegung in Verbindung mit den Aufklärungen, die ich Euer Durchlaucht mit meinen letzten Telegrammen vom 27. und 29., Nr. 166 und 167, zu geben in der Lage war, dürften davon überzeugen, daß ich keineswegs voraussehen konnte, daß unser Vorgehen in Petersburg einen ungünstigen Eindruck hervorrufen würde. Von der Ankündigung des kaiserlichen Kabinettes, daß es sich künftighin in seinen Beziehungen zum Wiener Kabinette auf offizielle Mitteilungen beschränken würde, nehme ich mit dem Bemerken zur Kenntnis,^{c)} daß die von mir ausgehenden Eröffnungen auch bislang immer einen offiziellen und keinerlei privaten Charakter trugen. Ich ersuche Euer Durchlaucht, sich im Sinne des Vorstehenden und in meinem Namen Herrn Iswolsky gegenüber auszusprechen. Wenn Sie Grund haben anzunehmen, daß Herr Iswolsky einer mündlichen „offiziellen“ Darstellung Schwierigkeiten entgegensetzen würde, sind Euer Durchlaucht ermächtigt, Vorstehendes in Form eines „offiziellen Schreibens“ zur Kenntnis des Ministers zu bringen. Streng vertraulich. Ich pflichte vollkommen Ihrer Ansicht bei, daß das merkwürdige Vorgehen Herrn Iswolsky's von seiner Angst inspiriert ist, es könnte auch über die im Sommer gepflogenen Pourparlers Weiteres an die Oeffentlichkeit gebracht werden, was Herr Iswolsky mit allen Mitteln hintanhaltend will. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 822, 831. — b) Pribram, a. a. O. I. 78, Martens, N. R. G. 3. S. X 64. — c) So!

Nr. 826. Bericht des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 19. Dez. 1908/1. Jan. 1909 Nr. 1 A (eing. 4. Jan.).^{a)} Ausfert.

Während meiner drei letzten Unterredungen mit Herrn Iswolsky, deren Inhalt ich in Kürze in meinen diesbezüglichen Telegrammen niederzulegen mich beehrte, stand der Herr Minister unter dem Einflusse hoch-

gradiger Gemütsregung. Bei meiner ersten freitägigen Entrevue war es hervorquellender Zorn, der Herrn Iswolsky beherrschte, seine Sprache am Samstag stand im Zeichen kalter, verhaltener Wut und am Dienstage^{b)} gesellten sich zu diesen Stimmungen noch das Gefühl befriedigter Rache und Genugtuung, gemischt mit einem gewissen Teil Besorgnis vor der Zukunft. Den heftigen sich nicht immer in parlamentarischen Ausdrücken bewegendem Ausführungen des Herrn Ministers gegenüber gelang es mir, nicht ohne Überwindung, meine Ruhe zu bewahren und ihm möglichst kurz und bündig zu Gehör zu bringen, was mir im Moment als das geeignetste erschien, um seinen Ausfällen und einseitigen Darstellungen zu begegnen. Bei der ersten Unterredung geriet der Herr Minister in einen solchen Affekt, dass ich mit den Worten: „je rapporterai textuellement Vos mots au Baron d'Aehrenthal“ mich anschickte das Zimmer zu verlassen, was eine starke Entnüchterung bei Herrn Iswolsky zur Folge hatte. In meinen obzitierten Telegrammen gab ich die hauptsächlichsten Punkte meiner Aussprachen mit dem Herrn Minister wieder. Wenn ich mir nun erlaube, dieselben in etwas eingehender Weise nochmals in diesem ergebensten Berichte zusammenzufassen, so geschieht dies nur, um mich gegen etwaige Unterstellungen oder Entstellungen, die meine Worte erfahren könnten, zu sichern. Ich führte dem Herrn Minister vor, dass seit dem Vollzug der Annexion das russische Kabinet, der österreichisch-ungarischen Regierung nichts anderes als Schwierigkeiten geschaffen habe, die das Meiste zu der heutigen Gespanntheit der allgemeinen Lage beigetragen. Meine Regierung hätte in Anbetracht der so lange bestandenen vertrauensvollen Beziehungen zu Russland, nach den seitens der russischen Regierung vor Jahren eingegangenen Verpflichtungen und schliesslich nach den bei jüngst stattgehabten Besprechungen erzielten Resultaten mit vollstem Rechte eine entgegenkommende, doch keineswegs eine an Hostilität grenzende Haltung des Petersburger Kabinetes erwartet; eine derartige Haltung einzunehmen, wäre Russland an letzter Stelle berufen gewesen. Herr Iswolsky sei aber über dies Alles, auch über die Buchlauer Entrevue hinweggeschritten, als ob dieselbe überhaupt nie stattgefunden hätte, ebenso auch über den im Sommer erfolgten Meinungsaustausch. Auf seine Bemerkung, dass nicht er dem Entente-Verhältnisse den ersten Riss beigebracht habe, erlaubte ich mir hervorzuheben, dass die Wege, in die er seine Politik seit zwei Jahren lenke, dieselbe immer mehr in das Fahrwasser Englands zu führen scheinen, er daher zu einer Haltung in Balkanfragen gezwungen war, die unseren Interessen zuwider lief. Mir persönlich hätte auch die russische Zirkularnote^{c)} den Eindruck gemacht, dass in derselben geflissentlich über Vieles geschwiegen wird, worüber sich auszusprechen entschieden viel zuvorkommender gewesen wäre. Es schiene mir auch, dass der Herr Minister Eur Exzellenz durch seine in der Zirkularnote zum Ausdruck gebrachte Haltung in eine peinliche Lage bringen wollte, da dieselbe den Glauben zu befestigen geeignet war, dass er, der Herr Minister, tatsächlich von der Annexion überrumpelt worden wäre. Diese meine Ausführungen konnte ich so zu sagen nur ruckweise hervorbringen, da der wohlerwogene Wortschwall des Herrn Ministers sich unaufhaltsam über mich ergoss. Die

langatmigen Auseinandersetzungen Herrn Iswolskys bewegten sich in dem Rahmen seiner dem Grafen Berchtold gegenüber vertretenen Auslassungen und Behauptungen. Fast wortgetreu wiederholte er mir Alles, was er bereits diesem vorgehalten und was von dessen ausgezeichneten Feder so lebendig, klar und eingehend dargestellt wurde. Ich glaube daher die Ausführungen des Herrn Ministers nicht wiedergeben zu sollen. Neu war vielleicht seine Behauptung, dass er in Buchlau unter gewissen Bedingungen sich zu einer wohlwollenden Haltung dem fait accompli gegenüber verpflichtet hätte, dies aber nur auf einer künftigen Konferenz und auch das nur unter der Reserve der Zustimmung seines Kaiserlichen Herrn, die er in Buchlau nicht besessen habe. Als er ins Treffen führte, dass er erst 24 Stunden vor der öffentlichen Mitteilung von der bevorstehenden Annexion verständigt worden sei, bemerkte ich, dass Euer Exzellenz ihm in Buchlau doch den Zeitpunkt derselben als nahe gerückt und im Zusammenhange mit dem Zusammentritt der Delegationen stehend, bezeichnet hätten.¹⁾ Der Herr Minister leugnete dies kategorisch und stellte die Behauptung auf, Euer Exzellenz hätten sich auf eine diesbezügliche Anfrage nur in ganz vager Form geäußert. Am Schlusse meiner letzten Konversation am Mittwoch^{b)} liess der Herr Minister noch die Bemerkung fallen, dass er gerne sein schwieriges Amt in die Hände seines Herrschers zurücklegen möchte, doch verbiete ihm dies die politische Lage und dann — dies fügte Herr Iswolsky mit einem bedeutungsvollen Augenaufschlag und im Flüstertone bei — die Sorge um seinen Nachfolger, der wohl anders auftreten würde wie er, lui qui était partisan d'une entente avec l'Autriche-Hongrie, à ainsi dire, avant la lettre.²⁾ Ein vom Herrn Minister des öfteren schon verwerteter Ausspruch.

Karl Emil Fürstenberg.

¹⁾ habe ich gethan. — ²⁾ !!

^{a)} Vgl. b. 822, 827. — ^{b)} Die hier angegebenen Daten über Unterredungen mit Iswolsky vom 25., 26., und 29. Dez. stimmen nicht genau mit den Daten der Telegramme überein, die einzig und allein über Unterredungen mit Iswolsky über diese Angelegenheit vorliegen: n. 794, 802, 813 und 820. — ^{c)} n. 780.

Nr. 827. Bericht des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 19. Dez. 1908/1. Jan. 1909 Nr. 1 B (eing. 4. Jan.).^{a)} Ausfert.

Meinem ergebensten einschlägigen Telegramme werden Euer Exzellenz den Wortlaut jener Erklärung geneigtest entnommen haben, die Herr Iswolsky am letzten Mittwoch abzugeben für gut fand. Ich erlaube mir dieselbe Euer Exzellenz im Anbuge nochmals zu unterbreiten.^{b)} Nachdem ich gleich bei meinem Eintritt den Inhalt der Depesche Euer Exzellenz (betreffend Publikation des unserer Zirkularnote beigeschlossenen Notenwechsels)^{c)} Herrn Iswolsky mitgeteilt hatte, ergriff derselbe das Wort und sagte in feierlichem Tone, er sei ermächtigt, eine Erklärung zu meiner Kenntnis zu bringen. Als er dieselbe verlesen, ersuchte ich ihn mir den Inhalt schriftlich einzuhändigen, da ich ohne Aufzeichnungen sonst nicht in der Lage wäre, dieselbe wortgetreu weiter zu leiten. Dieses Ersuchen schlug der Herr Minister mit der Begründung ab, dass er die Befugnis nicht besitze, mir das Gesagte schriftlich zu übermitteln, doch könne er mir die

Erklärung nochmals verlesen, was ich zu einer Nachschrift benützte. In seinen nunmehr folgenden Ausführungen, die er mit der Bemerkung schloss, dass damit bis auf weiteres ein Verkehr mit dem kaiserlichen Kabinete in vertraulicher Weise unterbleiben müsste und ich mich auf offizielle schriftliche Mitteilungen in der Form von Noten und Notes verbales beschränken möge, betonte Herr Iswolsky, dass Seine Majestät der Kaiser persönlich tief über die Vorgangsweise Euer Exzellenz gekränkt sei. Euer Exzellenz hätten Höchstdenselben seinen Alliierten gegenüber in eine ausnehmend heikle Situation gebracht, da diesen die geheimen Abmachungen vom Jahre 1897^{d)} und die jüngst ausgetauschten Mémoires bis heute verheimlicht worden wären. Dass es gerade Euer Exzellenz gewesen sei, dem Seine Majestät der Czar stets so gewogen gewesen wäre, der diesen Weg betreten habe, wäre Höchstdemselben doppelt schmerzlich gewesen. Selbstverständlich — fügte der Herr Minister schliesslich bei — würden die Gefühle tiefster Ehrfurcht und Anhänglichkeit, die Seine Majestät der Czar für die erhabene Person unseres Allergnädigsten Monarchen hege, durch diese Angelegenheit in keiner Weise berührt. Es wäre vielleicht der Situation entsprechender gewesen, wenn ich nach den Schlussworten des Herrn Ministers das Zimmer wortlos verlassen hätte, doch konnte ich mich nicht enthalten, meinem Erstaunen Ausdruck zu verleihen, dass in dem mir vom Herrn Minister als inkriminierend bezeichneten Passus (unser Aide-mémoire vom 8. Dezember l. J.^{e)} „une pareille attitude . . . Russie“), der doch nur eine Anspielung auf die im Sommer ausgetauschten Pièces enthalte, eine solche weit hergeholte Bedeutung beigelegt werde. Herr Iswolsky formulierte seine Ansicht dahin, dass durch den Hinweis auf diese Stücke er gezwungen sei, dieselben den Alliierten bekannt zu geben, wodurch dann die Einzelheiten der Bestimmungen vom Jahre 1897^{d)} bekannt würden, die einem direkten Meinungs austausche zwischen den zwei hohen Monarchen entsprungen sei. Dadurch werde die Person seines Kaiserlichen Herrn und Dessen Regierung in eine ausnehmend missliche Lage gebracht. Ausserdem erblicke er in diesem Vorgang auch mit Bezug auf gewisse Mächte eine ausnehmende Gefahr. Ich habe Grund anzunehmen, dass er mit diesen Mächten wohl Italien und die Türkei bezeichnen wollte. Als ebenso unstatthaft wie die Übermittlung der angeführten letzten Aide-mémoires bezeichnet Herr Iswolsky auch die, wie er mir zu verstehen gab, an Italien erfolgte Auslieferung eines Stückes, das direkt mit den Bestimmungen des Jahres 1897 im Zusammenhange stünde.^{f)} Auf diese Weise konstruierte sich der Herr Minister einen Zusammenhang zwischen der Allerhöchsten Person Seiner Majestät des Czaren und den bestehenden Verhandlungen. In seinen Ausführungen kam der Herr Minister immer wieder auf die vom Grafen Berchtold im Auftrage Euer Exzellenz ihm gegebenen Falles in Aussicht gestellte Veröffentlichung der im Sommer ausgetauschten Pièces zurück und bezeichnet dieses Vorgehen als geeignet, zu den bedauerlichsten Konsequenzen zu führen. Da Euer Exzellenz diesen Weg nunmehr zu betreten entschlossen zu sein schienen, so gebe es kein Absehen mehr. Eine der letzten Phrasen, die den beredten Lippen des Herrn Ministers entglitt, war folgende: „Nous avons mis un point aux rapports confiden-

tiels, le Baron d'Aehrenthal peut publier maintenant ce qu'il veut, mais s'il continue dans cette voie, nous pouvons aller loin.“ Dieses Hineinziehen der Allerhöchsten Person Seiner Majestät des Czaren in eine Diskussion von Kabinet zu Kabinet stellt sich in meinen Augen als eine Art Flucht dar. Herr Iswolsky, der sich nunmehr an die Wand gedrückt fühlt, und dem kein Ausweg und kein Winkelzug mehr zu Gebote steht, um sich aus einer durch Entstellung der Tatsachen selbst geschaffenen unhaltbaren Lage zu retten, schiebt nunmehr seinen kaiserlichen Herrn in den Vordergrund und sucht Deckung hinter diesem mächtigen Schild. Man kann es nur als ausnehmend bedauerlich bezeichnen, dass ein Minister in seinem Selbsterhaltungstribe so weit geht, seinen Monarchen derartig zu exponieren. Die gewisse selbstgefällige Befriedigung, die ich seiner Haltung zu entnehmen glaubte, führe ich auf den Umstand zurück, dass er vermeinte, durch sein Vorgehen einen vernichtenden Schlag gegen die Person Euer Exzellenz geführt und sich selbst in Sicherheit gebracht zu haben, nachdem es ihm gelungen, seinen kaiserlichen Herrn in den Vordergrund zu drängen und so zu sagen gegen Euer Exzellenz auszuspielen. Um mich zu überzeugen, ob Herr Iswolsky von seiner Aktion auch andere verständigt habe, begab ich mich am selben Nachmittage zu Graf Pourtalés, der mir mitteilte, dass Herr Iswolsky auch ihm den Inhalt der mehrfach erwähnten Erklärung zur Kenntnis gebracht hätte. Der deutsche Botschafter stimmte ganz mit meiner Auffassung der Handlungsweise Herrn Iswolskys überein. Ich werde auch mit meiner Meinung über das Vorgehen Herrn Iswolskys, falls von diplomatischer Seite die Angelegenheit bei mir zur Sprache gebracht werden sollte, nicht hinter dem Berge halten. Karl Emil Fürstenberg.

a) Vgl. n. 839, 851, 1133. — b) Gleichlautend mit n. 820 von „Sa Majesté“ bis „strictement officielles“. — c) Wohl n. 816. — d) Pribram a. a. O. I 78; Martens N. R. G. 3. S. X 64. — e) n. 705. — f) Wohl n. 337.

Nr. 828. *Privatschreiben nach Berlin, 2. Jan. 1909 Nr. 19.*a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Pogatscher; G. Aehrenthal).

Geheim. Aus Euer Exzellenz Telegramm vom 30. v. M., No. 292, habe ich mit grosser Befriedigung ersehen, dass Baron Marschall auf Grund unserer Zirkulardepesche den Auftrag erhalten wird, in Konstantinopel auf eine Verständigung mit Bulgarien hinzuwirken. Ganz im gleichen Sinne hat sich an dem genannten Tage auch Herr von Tschirschky mir gegenüber ausgesprochen; ich darf daher Euer Exzellenz ersuchen, dem Herrn Reichskanzler für sein freundschaftliches Eingehen auf meine Intentionen meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Was die Beantwortung der bulgarischen Zirkularnote vom 22. v. M.^{b)} anbelangt, so hat dieselbe unsererseits darin bestanden, dass wir die bulgarische Regierung von den Instruktionen verständigt haben, die dem k. u. k. Botschafter in Konstantinopel ihren Wünschen entsprechend neuerdings zugekommen sind. In meiner Unterredung mit Herrn von Tschirschky habe ich ausgeführt, dass ich die Wichtigkeit einer Festlegung der bulgarischen Politik (wie ich dies ihm auch schon früher gesagt hätte) immer klar erkannt und meine Haltung danach eingerichtet habe. Wenn ich nicht schon in einem früheren Momente

in dieser Beziehung in Sofia deutlicher geworden wäre, so sei der Grund dafür darin gelegen, dass unsere Interessen mit denen Bulgariens in so augenfälliger Weise übereinstimmen, dass ich von dem praktischen Sinn des bulgarischen Volkes erwartete, es würde die Orientierung seiner äußeren Politik gewissermaßen spontan in der Richtung dieser Interessenparallelität suchen. Ein anderer Grund, der mir eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, war der gelinde gesagt komplizierte Charakter des Fürsten und die Lage seiner Regierung, die ja beide dem Fürsten Bülow genau bekannt seien. Dessenungeachtet hielte ich nach der suggestiven Rede Herrn Iswolskys und in Anbetracht der Schwierigkeiten, denen wir in Konstantinopel begegnen, den Moment für gekommen, eine engere Fühlungnahme zunächst mit Fürst Ferdinand anzubahnen. Der k. u. k. Gesandte in Sofia habe daher die Instruktion^{c)} erhalten, die ersten diesfälligen Schritte zu unternehmen und dem Fürsten eine geheime „Notice“ zur Kenntnis zu bringen, in welcher unsere Ansichten über ein engeres Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Bulgarien niedergelegt sind. Wie Euer Exzellenz dem Fürsten Bülow in meinem Namen sagen wollen, wird in diesem Mémoire zwischen der Eventualität einer isolierten Aktion Serbiens gegen Österreich-Ungarn oder der Türkei gegen Bulgarien und zwischen der Möglichkeit einer Kooperation Serbiens und der Türkei gegen Österreich-Ungarn oder Bulgarien unterschieden. Die Tendenz der „Notice“, die hauptsächlich diesen letzteren Punkt im Auge hat, ist nicht so sehr auf die Herbeiführung eines bindenden Arrangements als auf die klare und unzweideutige Konstatierung unserer Interessengemeinschaft gerichtet. Trotzdem der bulgarische Vertreter in Petersburg sich, wie Prinz Fürstenberg in dem abschriftlich abgeschlossenen Telegramme vom 30. v. M. No. 236 meldet, Herrn Iswolsky gegenüber dahin geäußert haben soll, daß Bulgarien sich im Falle eines Konfliktes der Monarchie mit der Türkei oder selbst mit Serbien auf unserer Seite befinden würde, bin ich bei dem enigmatischen und versatilen Charakter des Fürsten nicht ganz sicher darüber, ob die einzuleitenden Pourparlers bald zu einem Ergebnis führen werden. Die auf die Bildung eines gegen uns gerichteten Balkanbundes abzielenden Bestrebungen Herrn Iswolskys, die Fürst Bülow Euer Exzellenz gegenüber erwähnt hat, möchte ich vorerst nicht als besonders gefährlich ansehen. Wie mir aus Belgrad berichtet wird, hat die betreffende Stelle seiner Rede^{d)} dort keinen Effekt gemacht; sie wird voraussichtlich auch in Sofia kein Echo finden; in Serbien und Bulgarien ist man hauptsächlich partikularistisch gesinnt und die Phrase vom Allslaventum verblasst dort gegenüber den eigenen großbulgarischen und großserbischen Aspirationen. Man hat in beiden Ländern nur für praktische Anerbietungen Verständnis und weniger Sinn für akademische Hinweise, wenn sie auch noch so gut gemeint sind. Indem ich Euer Exzellenz mit den vorstehenden Mitteilungen an den Herrn Reichskanzler betraue, ersuche ich Sie, ihm meine herzlichsten Grüße zu übermitteln und ihm zu sagen, dass ich nicht versäumen würde, ihn über die Meldungen, die mir aus Sofia zukommen würden, auf dem Laufenden zu erhalten.

a) Vgl. n. 839, 856. — b) Vgl. n. 786. — c) Vgl. n. 835. — d) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 405.

Nr. 829. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Die mir gegenüber gemachte Äusserung Achmed Riza Beys (mein Bericht vom 30. v. M. No. 106 H), die Türkei werde niemals ihre Souveränitätsrechte auf Bosnien um Geld oder Geldeswert verkaufen, scheint mehr Beachtung zu verdienen, als ich anfangs glaubte. Auch in der türkischen Presse wird seit einigen Tagen diesem Gedanken vielfach Ausdruck gegeben. Bei den hiesigen anormalen Verhältnissen ist es nicht unmöglich, dass derselbe sehr schnell Verbreitung finden und schliesslich auch die Regierung beeinflussen könnte. Es scheint mir nicht ausgeschlossen zu sein, dass sich russischer Einfluss in dieser Richtung geltend macht, um ein Einvernehmen zwischen der Monarchie und der Türkei zu vereiteln.

Streng vertraulich. Mein französischer Kollege erzählte mir, dass sich Achmed Riza Bey auch ihm gegenüber auf den oberwähnten intransigenten Standpunkt gestellt und ihm gesagt habe, die Türkei könne auf Russland zählen. Herr Constans teilte mir ferner mit, man gebe sich in jungtürkischen Kreisen in Bezug auf die finanziellen Erfordernisse der Türkei grossen Illusionen hin. Man wisse wohl, dass die Ottoman-Bank und die hinter der Bank stehende französische Bankgruppe unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Türkei jeden Kredit versagen müssten, man rechnet aber auf andere französische Bankgruppen, namentlich auf die Banque de Paris et des Pays-Bas. Dies stimmt mit der Bemerkung, die mir Achmed Riza machte, dass man der Türkei Geld angeboten hätte. Unter solchen Verhältnissen muss mit der Eventualität gerechnet werden, dass man sich türkischerseits demnächst auf einen Standpunkt stellen könnte, welcher jede weitere Verhandlung mit uns in der Annexionsfrage unmöglich macht. Angesichts dieser Gefahr bliebe meiner Meinung nach, falls der Grossvezir neuerlich die Geldforderung aufstellen sollte — was mit Bestimmtheit anzunehmen ist — nichts anderes übrig als zu erklären, dass wir mit unseren bekannten Vorschlägen das letzte Wort gesprochen haben und nicht weiter verhandeln werden. Ich bin der Überzeugung, dass man, wenn wir Ernst machen, bald zur Besinnung kommen würde. Durch unsere bisherige Nachgiebigkeit hat sich hier der Gedanke festgesetzt, dass wir um jeden Preis mit der Türkei uns einigen müssen. Die Verhandlungen werden jedenfalls bis Donnerstag wegen des Beiramfestes ruhen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 830, 842, 844.

Nr. 830. Tel. aus London, 2. Jan. 1909 Nr. 2 (eing. 3. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bei meinem heutigen Besuche bei Sir Charles Hardinge sprach er wieder — wie er ausdrücklich betonte als Privatmann — seinen aufrichtigen Wunsch aus, dass zwischen uns und der Türkei eine Einigung erzielt werde. Ich wies darauf hin, wie sehr der Boykott es der k. u. k. Regierung erschwere, der Pforte gegenüber Wohlwollen und Entgegenkommen zu zeigen. Sir Charles Hardinge bemerkte, Boykott sei die Waffe der Schwachen gegen den Starken. England habe in früherer Zeit wiederholt in Japan und China

sich einem Boykott gegenüber gesehen und es habe stets nur ein Mittel zur Beendigung gegeben, nämlich sich zu verständigen. Er sei überzeugt, dass wenn wir unter irgend einem Motto oder „déguisement“ der Türkei 50 Millionen Francs anböten, sie es schliesslich statt der verlangten 100 Millionen annehmen würde.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 829.

Nr. 831. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 2. Jan. 1909 Nr. 1 (eing. 3 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf hohes Telegramm Nr. 168 vom 31. v. M. Inhalt desselben Herrn Iswolsky mittelst eines offiziellen Schreibens mitgeteilt. Habe Passus „Insoferne — sein“ ausgelassen, nachdem diese Seite der Angelegenheit bereits durch Übermittlung Euer Exzellenz Depesche Nr. 167 erledigt war. Mit gestriger Abendpost politische Kouriersexpedition abgegangen.

Karl Emil Fürstenberg.

Nr. 832. Tel. nach Belgrad, 3. Jan. 1909 Nr. 1 (chiff. 6 U. 15 M. p. m.).^a) Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

In der Rede des Ministers des Äussern, die in einem aggressiven Tone gehalten ist, kommt nach den Zeitungsberichten folgender Passus vor: „Der erste Schritt der österreichisch-ungarischen Monarchie am Balkan besteht darin, dass sie das Volk zweier serbischer Länder zu Sklaven macht.“ Falls sich diese groteske Äusserung bestätigt, wollen sie Euer Hochgeboren bei Herrn Milovanovich releviren, indem Sie die unwahre und gehässige Behauptung zurückweisen und der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, dass der Minister dieselbe aufklären und entsprechend richtigstellen werde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 833, 834, 836.

Nr. 833. Tel. aus Belgrad, 3. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^a) Entziff.

Nachdem in mehreren geheimen Sitzungen über die äussere Politik debattiert worden war, richteten die Häupter aller Parteien gestern eine Interpellation an die Regierung, um auch in einer offenen Sitzung eine für das Publikum und das Ausland berechnete Erklärung und kurze Debatte zu provozieren. In einer in der Form glatten, im Inhalt aber gegen uns sehr heftigen Rede, welche ich Euer Exzellenz im Wortlaute vorlegen werde, erklärte der Minister des Äussern, Österreich-Ungarn müsse die Save und die Donau als seine südliche Grenze anerkennen, sonst auf die Todfeindschaft Serbiens rechnen. Eine Autonomie Bosniens und dessen politische und ökonomische Annäherung oder Verbindung mit Serbien und Montenegro sei eine Lebensbedingung für Serbien und das Serbentum. Dies müsse also das Königreich fordern. Ich glaube, dass die Rede, welche Beifall fand, nach vorhergehender Besprechung mit den Parteichefs hauptsächlich den Zweck verfolgte, die so törichte Forderung territorialer Kompensationen fallen zu lassen und das Verlangen nach der Autonomie Bosniens als offizielles

serbisches Programm aufzustellen. Sowie diese territorialen Kompensationen von Herrn Iswolsky erfunden und hierher eingegeben wurden, so zweifle ich nicht, dass die neuerliche Richtungsnahme auf russische Weisung erfolgte. Der uneigennütigen russischen Politik wurde in der Rede viel Lob gezollt und dieselbe im Gegensatz zu unseren die Freiheit aller Balkanvölker gefährdenden Aspirationen hingestellt.

Forgách.

a) Vgl. n. 832, 834, 899.

Nr. 834. Tel. aus Belgrad, 3. Jan. 1909 Nr. 4 (eing. 6 U. p. m.),^{a)} Entziff.

Debatte der Skupschtina über auswärtige Politik schloss auf Antrag Herrn Pašić's, der selbst keine Rede hielt, mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, welche Russland, Frankreich, England und Italien für ihre Sympathien den serbischen Interessen gegenüber dankt, Russland um weitere moralische und auch materielle Unterstützung bittet, die Autonomie Bosniens und der Herzegovina unter der Souveränität der Türkei fordert.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 65 Nr. 90. Vgl. n. 832, 833, 836, 1129.

Nr. 835. Erlaß nach Sofia, 3. Jan. 1909 Nr. 29.^{a)} Konz. (S. Brüssel; G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Hochgeboren haben aus den Unterredungen, die ich vor wenigen Tagen mit Ihnen hatte, entnommen, dass ich nunmehr den Moment für gekommen erachte, um im Anschlusse an die Eröffnungen, welche Sie kürzlich den bulgarischen Ministern sowohl, als auch dem Kabinetts-Sekretär Seiner königlichen Hoheit in meinem Auftrage vertraulich gemacht haben, um einen Schritt weiter zu gehen. Es handelt sich nach jenen vorbereitenden Schritten gegenwärtig darum, Eventualitäten, die sich in naher oder entfernterer Zukunft ergeben können, nun konkreter ins Auge zu fassen. Es soll damit also einerseits den Bedürfnissen einer Situation Genüge getan werden, die sich schon in der nächsten Zeit plötzlich akuter gestalten könnte; andererseits soll aber auch über die momentanen Bedürfnisse hinaus, für die fernere Entwicklung der Dinge unser Verhältniss zu Bulgarien etwas mehr festgelegt und der unstreitige Parallelismus der beiderseitigen Interessen deutlicher praecisirt werden. Ich möchte hier aber gleich ausdrücklich betonen, dass diese Aussprache die gegenwärtig zwischen der Monarchie und der Türkei sowie andererseits zwischen Bulgarien und der Türkei schwebenden Verhandlungen keineswegs hindern soll. Im Gegentheil möchte ich annehmen, dass es jenen Verhandlungen nur zu Statten kommen dürfte, wenn Österreich-Ungarn und Bulgarien sich bereits jetzt über ihre Haltung in den immerhin möglichen Eventualitäten der Zukunft Rechenschaft geben und durch eine Aussprache sich einen gegenseitigen Rückhalt sichern, der es ihnen erlaubt, die Verhandlungen mit Ruhe und Festigkeit fortzuführen. Diesen Schritt noch weiter aufzuschieben, wäre umsoweniger angezeigt, als Russland, wie dies aus den Meldungen Euer Hochgeboren und anderweitigen Mitteilungen hervorgeht, gegenwärtig

Alles daran setzt, um Bulgarien auf seine Seite zu ziehen, respective für einen Balkanbund zu gewinnen. Dieses Bestreben erhielt durch die Duma-rede Herrn Iswolskys^{b)} eine offenkundige Bestätigung und wir könnten also Gefahr laufen zu spät zu kommen. Den näheren Inhalt der Mittheilungen, mit welchen Sie nun beauftragt werden, wollen Euer Hochgeboren aus der anliegenden, Ihnen übrigens ebenfalls schon bekannten schriftlichen Notice ersehen, in welcher nach einer entsprechenden Einleitung die verschiedenen Fälle, die sich ergeben können, angeführt werden und darauf hingewiesen wird, in welcher Weise der Parallelismus der beiderseitigen Interessen in jedem dieser Fälle zum Ausdrucke käme. Unserer Mittheilung wohnt also weniger der Charakter von direkten „Propositionen“ inne, sondern mehr der Charakter einer Constataion der übereinstimmenden beiderseitigen Interessen, wobei wir Bulgarien die Gelegenheit geben, sich seinerseits zu diesen Fragen zu äussern. Wie ich Euer Hochgeboren bereits mündlich eröffnet habe, stelle ich mir den Vorgang in der Weise vor, daß Euer Hochgeboren im Wege des Cabinet-Sekretärs Dobrowitsch um eine Unterredung mit Seiner königlichen Hoheit ansuchen und demselben von der anliegenden Notice Kenntniss geben, indem Sie dieselbe Seiner königlichen Hoheit vorlesen, ohne jedoch eine Abschrift derselben zu hinterlassen. Euer Hochgeboren wollen aber dem Fürsten anheimstellen, sich bei der Vorlesung des Schriftstückes Notizen zu machen. In einem Punkte wollen Euer Hochgeboren den Inhalt der Aufzeichnung mündlich ergänzen, indem Sie für den Fall, als die Monarchie gegen Serbien oder aber mit einer Coalition Serbiens und der Türkei Krieg zu führen gezwungen wäre, und Bulgarien an unserer Seite stünde, erklären, dass wir gegen eine Vergrößerung desselben in der Richtung von Pirot nichts einzuwenden hätten. In Ihrer Aussprache wollen Sie Seine königliche Hoheit darauf verweisen, dass auch Seine dynastischen Interessen, wie unsere bisherige Haltung dartue, bei uns volles Verständniss und Schutz finden würden, vorausgesetzt, dass Seine Haltung sich zu unseren Interessen nicht in Widerspruch stelle. Wir glaubten daher darauf rechnen zu können, dass unsere gegenwärtigen Eröffnungen bei ihm richtig gewürdigt und eingeschätzt werden würden. In Ihrem geheimen Berichte vom 17. Dezember No. 73 haben Euer Hochgeboren die überaus bemerkenswerten Äusserungen relationirt, welche General Nikolajeff dem k. u. k. Militär-Attaché gegenüber fallen liess. Seine Bemerkung, dass Bulgarien sich bald entscheiden müsse, auf welche Seite es sich stellen wolle, und dass es sich empfehle, schon demnächst ein Einvernehmen mit Österreich-Ungarn zu pflegen, konnte mich in der bereits früher gehegten Absicht, welche der gegenwärtigen Instruktion zu Grunde liegt, nur bestärken. Ich halte es nun für unerlässlich, dass Euer Hochgeboren den Contact mit dem genannten hohen Militär auf demselben Wege auch weiter aufrecht erhalten und denselben, selbstverständlich in streng vertraulicher Weise, im Sinne der Aufzeichnungen, die Sie dem Fürsten mitzuteilen beauftragt sind, informiren lassen. Dies jedoch ohne Mittheilung des Textes der Notice. Zu Euer Hochgeboren persönlichen Information schliesse ich hier die Abschrift eines Telegrammes des Prinzen Fürstenberg vom 30. XII. v. Js. No. 236 bei, wonach der bulgarische Vertreter in

St. Petersburg sich gegenüber dem Genannten mit bemerkenswertem Freimute über eine Cooperation Bulgariens mit der Monarchie geäußert, ja sogar angegeben hat, dass er sich in demselben Sinne auch Herrn Iswolsky gegenüber ausgesprochen habe.

a) Vgl. n. 828, 872, 878. — b) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 405.

Beilage zu n. 835. „Notice. “Konz. (S. Pessler; a) V. Aehrenthal).

Secret. Le Cabinet de Vienne estime encore à l'heure qu'il est que les différends surgis dans les Balkans trouveront une solution pacifique. Il désire, ainsi que le fait certainement le Gouvernement Bulgare, la consolidation du régime constitutionnel en Turquie et il espère que les négociations ouvertes entre l'Autriche-Hongrie et la Bulgarie d'un côté et de la Sublime Porte de l'autre, aboutiront à un résultat satisfaisant. Toutefois la situation précaire à Constantinople, où un comité révolutionnaire dispose du pouvoir; d'autre part l'égarement des esprits en Serbie, lui font un devoir d'envisager des éventualités très sérieuses. La politique de la Sublime Porte est en ce moment guidée par l'idée d'empêcher un rapprochement entre l'Autriche-Hongrie et la Bulgarie, et d'obtenir de ces deux pays un maximum de compensations financières. Il importe en présence de cette tactique facile à discerner, de serrer les rangs et de procéder en harmonie. L'Autriche-Hongrie a déjà informé la Bulgarie qu'elle refusait par égard pour elle d'accepter une obligation quelconque du chef de la dette ottomane; elle lui a en même temps conseillé d'être conciliante dans ses négociations pour les chemins de fer et dans la question du payement de la redevance de la Roumélie Orientale. De l'avis du Cabinet de Vienne les obligations financières de la Bulgarie vis-à-vis de la Turquie se bornent à ces deux points. Il est tout disposé à défendre cette manière de voir devant la conférence. Dans le cas où des conflagrations dans les Balkans seraient inévitables, deux actions surtout — mais qui pourront rester localisées — méritent d'être envisagées: une guerre entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie et un conflit entre la Bulgarie et la Turquie. Les intérêts de la Bulgarie n'exigeront probablement pas que cette dernière prenne une part active dans une guerre entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie. Pour ce qui est d'un conflit entre la Bulgarie et la Turquie, l'Autriche-Hongrie ne pourrait guère y intervenir au commencement de l'action; elle n'hésiterait cependant pas dans le cas d'une agression de la part de la Turquie à assumer l'obligation de ne pas tolérer que la Serbie prenne une attitude menaçante ou belliqueuse vis-à-vis de la Bulgarie. Il importe d'envisager en dehors de l'éventualité d'une entreprise isolée de la Serbie ou de la Turquie, la possibilité d'une action commune de ces deux Etats dirigée contre l'Autriche-Hongrie ou la Bulgarie; cette action fût elle spontanée ou basée sur un traité d'alliance. Une parfaite identité d'intérêts existant dans ce cas là entre l'Autriche-Hongrie et la Bulgarie, il paraîtrait utile d'échanger dès-à-présent des vues sur la base d'une entente, destinée à assurer aux deux pays un appui mutuel en présence d'une action combinée de la Serbie et de la Turquie. Une pareille entente ne manquerait pas de fortifier la position de l'Autriche-Hongrie et de la

Bulgarie dans leurs négociations avec la Turquie et aiderait par là à mener ces négociations à bonne fin. Cette entente garderait du reste sa valeur pour un avenir plus lointain et pourrait être de haute importance en vue des éventualités futures et du développement ultérieur des choses dans les Balkans.

^{a)} Hiezu ein Vorentwurf in deutscher Sprache vom 22. Dez. 1908 (S. Aehrenthal; V. Musulin und Pogatscher).

*Nr. 836. Tel. aus Belgrad, 4. Jan. 1909 Nr. 5 (eing. 5 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

In der gestern in der Skupschtina angenommenen Resolution (mein Telegramm No. 4 von gestern), deren genauer Wortlaut erst heute bekannt wird, wird ausser der Autonomie Bosniens unter türkischer Souveränität noch die territoriale Verbindung Serbiens mit Montenegro über Bosnien und die Garantie für den serbischen Transitverkehr nach allen Richtungen und nach allen Staaten gefordert. Die Resolution ist also ein Conglomerat aller serbischen Standpunkte und Forderungen, da sich die Parteien nicht auf eine einheitliche Basis einigen konnten. Euer Exzellenz Telegramm No. 1 von gestern erhalten. Da die einzige Zeitung, welche bisher den vollständigen Wortlaut der Rede des Ministers des Äussern bringt, die „Politika“, an der betreffenden Stelle ein serbisches Wort gebraucht, welches nur mit „unterjochen“ oder „zu Sklaven machen“ übersetzt werden kann, werde ich noch heute die angewiesene Demarche machen, Aufklärungen und Richtigstellung verlangen und überhaupt den impertinenten und äusserst aggressiven Ton der Rede zur Sprache bringen. Sowohl nach den Telegrammen in unseren Zeitungen als nach dem Wortlaute der „Politika“ ist die Rede viel heftiger, als mir durch Zuhörer aus der Skupschtina gemeldet wurde. Auch die Reden aller Parteiführer (mit Ausnahme des schlaunen Pašić, der schwieg) waren der hiesigen Stimmung entsprechend, sehr scharf und aggressiv.

Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 65 Nr. 91. Vgl. n. 837.

*Nr. 837. Tel. aus Belgrad, 4. Jan. 1909 Nr. 6 (eing. 5. Jan. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes No. 5. Ich habe Minister des Äussern den unzukömmlichen, aggressiven Ton seiner Rede vorgehalten und erklärt, dass er meine wiederholte Warnung über den Ernst, mit welchem wir die Haltung Serbiens beobachten und beurteilen, vergessen zu haben scheine. Seine Rede sei in krasssem Gegensatze zu allen seinen versöhnlichen Gesprächen mit mir, zu seinem öfters ausgesprochenen Bestreben, die Situation nicht zu verschärfen. Ich könne nur bedauern, nach Wien gemeldet zu haben, dass er mehr Einsicht wie seine Landsleute besitze und sein Verbleiben im Ministerium eine Gewähr für die Erhaltung normaler Beziehungen zu Serbien biete. Einzelne Ausdrücke seiner Rede müsse ich mit Empörung zurückweisen, falls er sie wirklich gebraucht habe, und eventuell eine Aufklärung und Rektifikation verlangen. Es sei unglaublich,

dass der Minister des Landes, welches uns eine Gebietserweiterung, die Erhebung zum Königreiche und einen ehrenvollen Frieden nach einem unglücklichen Kriege verdanke, über Österreich-Ungarns Wirksamkeit am Balkan in so gehässiger, unwahrer Weise spreche. Der Minister war sichtlich kleinlaut, und als ich ihm meine Überzeugung ausdrückte, dass seine Rede die Situation noch verschärft habe, ganz bestürzt. Er habe sehr ungern, nur durch alle Parteien gezwungen, in der öffentlichen Sitzung gesprochen. Er habe natürlich den nationalen serbischen Standpunkt in der bosnischen Frage vertreten und begründen müssen. Er sei jedoch peinlich bestrebt gewesen, jedes uns direkt feindselige und verletzende Wort zu vermeiden; der genaue Wortlaut seiner Rede werde erst morgen oder heute publiziert werden, der Text im Hetzblatte „Politika“ sei entstellt. Bei der im Lande herrschenden Stimmung seien seine Worte die ruhigsten und friedlichsten, die ein serbischer Minister gebrauchen könne. Er habe jede krieglerische Drohung oder Wendung vermieden und ausdrücklich hervorgehoben, dass Serbien vorläufig ruhig die Entscheidung der Mächte über seine Forderungen abwartet. Le ministre m'a autorisé à Votre Excellence en son nom que son discours n'avait aucune tendance agressive contre l'Autriche-Hongrie, qu'étant forcé de développer le point de vue serbe dans la question bosniaque il a mis tous ses soins à éviter toute expression directement hostile à l'Autriche-Hongrie et que dans son discours le mot serbe „zarobiti“ n'était pas employé dans le sens „en faire des esclaves“ mais „assujettir“ ou de prendre sous la domination. Da ich dem Minister auch die Feindseligkeit seiner Äusserung, in welcher er die Save und Donau uns als südliche Grenze anweist, vorwarf und erklärte, dieser Standpunkt würde auch in der Zukunft gute Beziehungen unmöglich machen, erwiderte er, dass er mit seinen Worten auch habe sagen wollen, die serbische nationale Idee und Aspirationen endigen an der Save und greifen nicht auf unsere von Serben bewohnten Länder. Auch nach der Okkupation vom Jahre 1878 habe in Serbien eine ausserordentlich gereizte Stimmung geherrscht und man hätte geglaubt, ein gutes Verhältnis zur Nachbarmonarchie sei unmöglich. Dasselbe sei doch eingetreten. Man müsse also jetzt die aufgeregte Stimmung mit Nachsicht behandeln und deren Beruhigung erhoffen. Der Minister war so eifrig bestrebt, sich rein zu waschen, dass ich zum Schlusse weniger schroff war. Mit seiner Behauptung, dass er das gemässigte Element in Serbien repräsentiere, hat er Recht. Meiner ergebensten Ansicht nach ist seiner ganzen Rede nicht viel Bedeutung beizumessen. Im gegenwärtigen Moment muss jeder Serbe seinen Heldenmut beweisen, indem er mit dem Mund gegen uns loszieht. Übrigens sagte mir der Minister noch, dass die Resolution der Skupschtina (mein heutiges Telegramm No. 5) beinahe ein Misstrauensvotum für die bisherige Politik der Regierung sei, deren Stellung durch den Machthunger Pašić und seiner Anhänger so erschüttert ist, dass sie trotz der Vertagung der Skupschtina jeden Tag fallen könne und wahrscheinlich dieser Tage fallen werde. Tatsächlich höre ich soeben, dass die Regierung heute dem Könige neuerlich ihre Demission eingereicht hat

Forgách.

a) Vgl. n. 843.

Nr. 838. Tel. nach Berlin; Budapest, 4. Jan. 1909 Nr. 1 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Gager).

Durch ein Versehen ist der letzten an Euer Exzellenz von hier abgegangenen Couriersepedition ein von General der Infanterie von Conrad an den Chef des großen Generalstabes von Moltke gerichtetes Schreiben ^{b)} ohne irgend welche Einbegleitung beigeschlossen worden. Da dieses Schreiben inzwischen von Euer Exzellenz wohl schon seiner Bestimmung zugeführt worden sein dürfte, ersuche ich Euer Exzellenz dem Reichskanzler nachträglich mitzuthemen, daß im Sinne des zwischen uns stattgehabten Gedankenaustausches der Chef des k. u. k. Generalstabes mit seinem deutschen Collegen nunmehr in brieflichen Verkehr getreten ist. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 752, 848, 855 Anm. d. — ^{b)} Der hier erwähnte Briefwechsel zwischen Conrad und Moltke liegt im Archiv des Ministeriums des Äußern auch abschriftlich nicht vor. Vgl. auch n. 2475 und Conrad, Aus meiner Dienstzeit I 374—406, 631 ff.

Nr. 839. Tel. aus Berlin, 4. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. 5. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Gestern habe ich Reichskanzler aufgesucht, um mich der in Euer Excellenz vertraulichen drei Privatschreiben vom 2. d. M.^{b)} enthaltenen Aufträge zu entledigen. Über unsere Unterredung werde ich demnächst eingehend berichten. Bei diesem Anlasse erzählte mir Reichskanzler streng vertraulich, der russische Botschafter habe gestern bei ihm vorgesprochen und ihm einen in höchst aufgeregtem Tone gehaltenen Brief Herrn Iswolskys vorgelesen. Russischer Minister des Äußern führt in diesem Schreiben aus, dass die österreichisch-ungarischerseits gemachten „Enthüllungen“ über geheime Abmachungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland nicht nur ihn, sondern auch seinen Kaiser auf das peinlichste berührt hätten. Infolgedessen habe Kaiser Nikolaus Befehl erteilt, Verkehr mit k. u. k. Botschaft auf den rein „offiziellen“ zu beschränken. Iswolsky befürchtet aber noch weitere Publikation, die er nicht anders denn als einen direkten Vertragsbruch bezeichnen könnte. Iswolsky wendete sich an den Reichskanzler und ersuchte um dessen freundschaftliche Intervention bei Euer Excellenz, damit der Gefahr weiterer „Indiscretionen“ vorgebeugt werde. Er, Fürst Bülow, habe dieses Ansinnen entschieden abgelehnt und dem russischen Botschafter versichert, dass nach seiner Überzeugung in den bisherigen sogenannten Enthüllungen eigentlich gar nichts enthalten sei, was nicht schon so ziemlich allgemein bekannt gewesen wäre. Fürst Bülow ist der Ansicht, Herr Iswolsky befürchte die eventuelle Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen ihm und Euer Excellenz, welcher für die russische Regierung sehr kompromittierend sein könnte. Szögyény.

^{a)} Nach St. Petersburg mit Tel. Nr. 4 am 6. I. mitgeteilt. Vgl. auch n. 827, 855, 856. — ^{b)} Von diesen drei Privatschreiben wurde nur n. 828 aufgenommen. Das zweite Privatschreiben betrifft die Übermittlung eines militärischen Konfidentenberichts, das dritte die Angriffe gegen Bülow in der „Reichspost“ (vgl. n. 855).

Nr. 840. *Privatschreiben nach Bukarest, 4. Jan. 1909 Nr. 73.^a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. In meinem Erlasse vom 18. v. M., Nr. 2808, habe ich Euer Durchlaucht den Empfang Ihrer Telegramme vom 17. v. M., Nr. 97 und 98, in welchen Hochdieselben über ihre Audienz bei S. M. dem König relationnieren, bestätigt. Inzwischen ist mir Ihr ausführliches Privatschreiben vom 26. v. M. zugekommen; ich möchte heute den Inhalt dieser Pièce etwas eingehender besprechen. S. M. der König hat Ihnen am Beginn Ihrer Audienz von dem Befinden Herrn Sturdza's gesprochen, über das Hochdieselben bereits in der Lage waren, mir auf Grund eigener Wahrnehmungen zu berichten. Ich brauche nicht hervorzuheben, wie sehr ich das Scheiden der historischen Persönlichkeit Herrn Sturdza's vom politischen Schauplatze bedauern würde. Herr Sturdza ist ein aufrichtiger Freund der Monarchie und persönliche Bande herzlicher Freundschaft haben mich mit ihm verbunden. Ich hoffe noch immer, dass der rumänische Premier in besserem Gesundheitszustand von seinem Urlaube zurückkehren und dass es ihm möglich sein wird, die Staatsgeschäfte wieder für geraume Zeit zu übernehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre es im Interesse Rumäniens und unserer Beziehungen zu dem Königreiche gelegen, dass es S. M. dem König gelänge, zur Nachfolge Herrn Sturdza's eine Persönlichkeit zu berufen, die es ebenso wie Herr Sturdza verstünde, die Intentionen König Carl's zu verwirklichen und sich die Gefolgschaft der ganzen liberalen oder konservativen Partei zu sichern. Was den Wunsch S. M. des Königs anbelangt, ihn über die politische Situation im Allgemeinen und rechtzeitig zu informieren, so bin ich demselben, wie Euer Durchlaucht wissen, mit meinem Eingangs genannten Erlasse zuvorgekommen. Ich werde auch weiterhin Euer Durchlaucht in die Lage versetzen, S. M. den König tunlichst vollständig zu informieren. Euer Durchlaucht gehen in diesem Belange mit dem heutigen Kuriere zwei Erlässe zu, von denen sich der eine auf den vorläufigen Abschluss unserer Verhandlungen mit dem Petersburger Kabinet über die Vorbereitung der Balkankonferenz bezieht,^{b)} während der andere Euer Durchlaucht ermächtigt, S. M. dem König das Ihnen abschriftlich zugekommene Informationsmaterial fallweise zur Verfügung zu stellen;^{c)} in speziellen Fällen werden Euer Durchlaucht nach wie vor telegraphische informierende Mitteilungen zugehen, die Euer Durchlaucht dann ermächtigt sind, an höchster Stelle zu verwerten. Bezüglich unserer Verhandlungen mit Konstantinopel hat Ihnen S. M. gesagt, dass es ihm vor Allem darauf anzukommen scheine, dass wir eben mit der Türkei ins Reine kämen. Mit Rücksicht auf diese Bemerkung ersuche ich Euer Durchlaucht dem höchsten Herrn zu sagen, dass wir die Wichtigkeit eines mit der Türkei zu erzielenden Einverständnisses nie verkannt hätten. Wir haben, wie Euer Durchlaucht aus dem Ihnen abschriftlich mitgeteilten Erlasse an Markgraf Pallavicini vom 10. Dezember v. J., Nr. 2710, bekannt ist, gerade aus diesem Grunde die politischen Verhandlungen mit der Pforte wieder aufgenommen, trotzdem der Boykott noch in unverminderter Heftigkeit andauert. Wir haben der Türkei auch bereits auf wirtschaftlichem Gebiete ein ganz bedeutendes Entgegenkommen erwiesen, indem wir ihr den

Abschluss eines auf moderne Grundlagen basierten Handelsvertrages antragen und ihr in Aussicht gestellt haben, dass wir in der Frage unserer Postämter in der Türkei und in jener der Kapitulationen mit uns reden lassen würden. Wie Euer Durchlaucht S. M. dem König im strengsten Vertrauen mitteilen wollen, sind Markgraf Pallavicini überdies vor wenigen Tagen Instruktionen zugekommen, die noch weitere wohlwollende Anerbietungen enthalten, so dass wir hoffen können, auf Grund derselben ein Einvernehmen mit der Pforte zu erzielen. ... *Donaufolge, Handelsvertrag* ... Ich habe Euer Durchlaucht bereits in dem Postskriptum meines Erlasses vom 18. v. M.,^{d)} angedeutet, dass ich mit der Art und Weise, wie Euer Durchlaucht auf gewisse Bemerkungen König Carol's (betreffend die ungarländischen Rumänen) reagiert haben, vollkommen einverstanden war. Euer Durchlaucht haben ganz Recht gehabt, das Thema nicht vollkommen fallen zu lassen; es wird sich aber auch in Hinkunft, falls der König auf diesen Gegenstand zurückkommen sollte, empfehlen, in Ihren Repliken bei aller Deferenz für den höchsten Herrn durchleuchten zu lassen, dass die Frage der ungarländischen Rumänen eine interne ungarische Angelegenheit ist und dass die Situation der ungarischen Rumänen der Regierung gegenüber eine umso günstigere würde, je weniger man sich im Königreich um sie kümmert. Zur Sache selbst wollen Euer Durchlaucht S. M. gegenüber bemerken, dass das ungarische Wahlreformgesetz, das ganz allgemeine Bestimmungen enthält, gewiss keine Spitze gegen die rumänische Nationalität besitze; die Märe, als strebe die ungarische Regierung die Übersetzung der rumänischen Kirchenbücher ins Ungarische an, könne wol nur von berufsmässigen Agitatoren verbreitet werden. Im Übrigen würde ich voraussichtlich in absehbarer Zeit in der Lage sein, S. M. dem König über Bedeutung und Tendenz der ungarischen Wahlreform durch Euer Durchlaucht einiges Material zur Verfügung zu stellen.

^{a)} Amtsvermerk (Pirquet): NB.: Dieses Privatschreiben ist thatsächlich vom 4. I. datiert gewesen, wiewohl es Erläuterungen zu den Erlässen Nr. 69 und 70 vom 7. I. enthält. Vgl. unten Anm. b und c. — ^{b)} Erlaß nach Bukarest, 7. Jan. 1909, Nr. 70 ermächtigt den Gesandten, die Schriftstücke n. 769 Beilage, n. 780, 790 Beilage dem König von Rumänien mitzuteilen. — ^{c)} Erlaß nach Bukarest, 7. Jan. 1909 Nr. 69 ermächtigt den Gesandten, die ihm zugehenden abschriftlichen politischen Mitteilungen dem König Karl in streng vertraulicher Weise vorzulegen. Die Auswahl der betreffenden Stücke bleibt dem Ermessen des Gesandten anheimgestellt. Mitteilungen, die teils rein persönlicher Natur sind, teils einen streng geheimen Gegenstand betreffen, müssen von einer Vorlage an den König ausgeschlossen bleiben oder können nur nach nochmaliger Anfrage weitergegeben werden.

Nr. 841. Tel. nach Cetinje, 4. Jan. 1909 Nr. 1 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. u. G. Pogatscher).

Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 112 vom 25. Dezember v. Js. mit welchem Euer Hochwohlgeboren melden, dass Fürst Vertreter von Russland, England, Frankreich und Italien ersucht habe ihre Regierungen zu verständigen, dass Montenegro für den Fall der Nicht-Abtretung Spizzas zum Äussersten entschlossen sei. Es würde mich interessieren zu erfahren, welche Aufnahme diese Mittheilung nach dortigen Nachrichten bei den Regierungen der vier Mächte gefunden hat und welche Weisungen die Vertreter derselben in Cetinje erhalten haben. Ich ersuche

Euer Hochwohlgeboren mir dasjenige, was Sie hierüber in Erfahrung bringen können, sofort telegraphisch berichten zu wollen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 849.

Nr. 842. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. Jan. 1909 Nr. 5 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erllass vom 31. v. M. No. 2976 erhalten. Ich werde nach Ablauf des Beiramfestes, also am Samstag den 9. d. M., die Verhandlungen mit Kiamil Pascha wieder aufnehmen und instruktionsgemäss ihm zuerst unsere Beteiligung an einer Kollektiv-Garantie für ein eventuelles türkisches Anlehen in Aussicht stellen, falls dies nicht genügen sollte, auf das Versprechen einer Spezialgarantie Österreich-Ungarns für ein Anlehen von 50 bis 60 Millionen Francs übergehen. Angesichts der in meinem Telegramme No. 3 vom 2. d. M. erwähnten Gefahr, dass der von Achmed Riza eingenommene intransigente Standpunkt sich verallgemeinern könnte, möchte ich Euer Excellenz bitten, mich ermächtigen zu wollen, Kiamil Pascha bei Bekanntgabe des obigen Versprechens erklären zu dürfen, dass dies unser letztes Wort ist und dass Österreich-Ungarn binnen acht Tagen eine Antwort erwarte, ob die Pforte auf der Basis der bisher unsererseits in Aussicht gestellten Konzessionen verhandeln will, widrigenfalls wir unsere sämtlichen Angebote zurückziehen und die Verhandlungen abbrechen würden. Sollte die Pforte, was ich nicht glaube, die Verhandlungen tatsächlich zum Abbruche kommen lassen, so würde die Situation wenigstens geklärt sein und wir würden in der Boykottangelegenheit freie Hand bekommen. Letzteres wäre dann meiner Ansicht nach dazu zu benützen, um der Türkei ernstlich an den Leib zu gehen, indem in Form eines Ultimatus und unter Fixierung einer Präklusivfrist etwa von 10 Tagen verlangt werden müsste: erstens, dass die Regierung Massnahmen treffe, damit unsere Schiffe anstandslos die Waren löschen können. Zweitens, dass das Boykottsyndicat aufgelöst werde. Auf diese Weise würde sich die Sache bis Anfang des nächsten Monates hinausziehen lassen, also bis zu einem Zeitpunkte, wo die Pforte finanziell so ziemlich am Trockenen sein wird und an keinen ernsten Widerstand denken kann. Jedenfalls würde durch ein solches Vorgehen den Türken der Wahn genommen werden, dass wir uns um jeden Preis mit der Türkei verständigen müssen. Dies scheint mir heute die Hauptsache zu sein. Ausserdem würde durch die faktische Niederwerfung des Boykotts das Terrain für neue Verhandlungen in der Annexionsfrage vorbereitet werden. Am 11. d. M. wird Kiamil Pascha sein Exposé halten und wird wahrscheinlich an diesem Tage das Schicksal des Kabinettes entschieden werden. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es gut, Klarheit in die Situation zu bringen. Hält sich Kiamil Pascha, so wird er sich stark genug fühlen, um die Verhandlungen mit uns fortzusetzen, fällt er, so wäre dem neuen Kabinette gegenüber unser Standpunkt klar präzisiert, was aber nicht hindern würde, dem neuen Kabinett gegenüber die obige Frist von acht Tagen entsprechend zu verlängern. Vorläufig wird ziemlich allgemein angenommen, dass sich das Kabinett Kiamil Pascha halten dürfte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 859.

Tel. nach Athen, 5. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

*Nr. 843. Tel. nach Belgrad, 5. Jan. 1909 Nr. 2 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 4. d. M., Nr. 6. Ich kann die beschönigenden Aufklärungen, welche Ihnen Herr Milovanović erteilt hat, nicht als genügend ansehen. Seine Versicherung, daß er peinlich bestrebt gewesen sei, jedes feindselige und verletzende Wort zu vermeiden, steht im Widerspruche zu dem aggressiven Tone seiner ganzen Rede. Als Minister des Äußern mußte er sich der Tragweite der Worte, die er in einer öffentlichen Kammerrede gebrauchte, bewußt sein. So sehr ich daher die ernste und nachdrückliche Sprache billige, welche Euer Hochgeboren Herrn Milovanović gehalten haben, so hätte ich lieber gesehen, wenn Euer Hochgeboren bis zum Schlusse der Unterredung daran festgehalten und es vermieden hätten, in Herrn Milovanović vielleicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß Sie sich mit seinen Erklärungen zufrieden geben würden. Ich muß darauf bestehen, daß Herr Milovanović den Erklärungen, welche er Sie ausdrücklich ermächtigte, mir zu übermitteln und welche in dem französischen Alinea Ihres Telegrammes enthalten sind, den Ausdruck seines Bedauerns hinzufüge, daß seine Worte den Eindruck einer gegen Österreich-Ungarn geäußerten feindseligen Absicht hervorrufen konnten. Euer Hochgeboren wollen sich Herrn Milovanović gegenüber im Sinne des Vorstehenden aussprechen und dementsprechend mit ihm den Text eines Communiqués vereinbaren, welches gleichzeitig in Belgrad und Wien veröffentlicht werden würde und folgenden Inhalt hätte: „Le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade a été chargé de faire des représentations auprès de Monsieur Milovanović au sujet du discours que ce dernier a fait dans la Skupština et de lui demander la version authentique de ses paroles. Le Ministre des Affaires Etrangères de Serbie a autorisé le Comte Forgách à déclarer en son nom au Cabinet de Vienne que son discours n'avait aucune tendance aggressive contre l'Autriche-Hongrie. Il a ajouté ses regrets qu'étant obligé de développer le point de vue serbe dans la question bosniaque, les termes dont il a usé aient été interprétés en Autriche-Hongrie comme hostiles à la Monarchie tandis que toute intention blessante était loin de sa pensée.“

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 845, 846.

Tel. nach Berlin, 5. Jan. 1909 Nr. 2 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Tel. nach Bukarest, 5. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Tel. nach Cetinje, 5. Jan. 1909 Nr. 2 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Tel. nach Konstantinopel, 5. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Nr. 844. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Jan. 1909 Nr. 6 (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Achmed Riza Bey hat mir gestern seinen Gegenbesuch abgestattet. Er machte mir diesmal einen bedeutend besseren Eindruck und ich fand ihn vernünftigen Gründen zugänglich. Nachdem ich Achmed Riza den Ernst der Lage auseinandergesetzt und ihm gesagt hatte, man möge sich hier darüber klar sein, dass Österreich-Ungarn weitere mit dem Boykott verbundene Beleidigungen ruhig hinzunehmen nicht gewillt sei, was in letzter Linie zu den ernstesten Konsequenzen führen könnte, bezeichnete ich ihm als das einzige Mittel um dieser Situation ein Ende zu machen das Zustandekommen eines Einverständnisses in der Annexionsfrage. Achmed Riza antwortete mir hierauf, seine Partei wünsche nichts sehnlicher als dies, sie strebe sogar mit der Zeit ein Allianz-Verhältnis zur Monarchie an, nur müsse unsererseits etwas geboten werden, was geeignet wäre, die aufgeregte öffentliche Meinung in der Türkei zu beschwichtigen. Ich nahm diese Äusserung freundlich entgegen und bemerkte, wir seien bereit der Türkei in vielen Punkten entgegenzukommen, nur dürfe man sich nicht auf jenen Standpunkt stellen, den er neulich mir gegenüber eingenommen hat. Riza Bey machte eine vage Bemerkung, man könnte aus Bosnien eine Art Pufferstaat machen. Diese Bemerkung veranlasste mich, mit grossem Nachdruck zu erklären, dass wir uns, wenn man die Frage auf dieses oder auf ein ähnliches Terrain bringen wollte, weder mit der Türkei noch mit irgend einem anderen Staat in eine Diskussion einlassen würden; wer so etwas erzwingen wolle, müsste uns den Krieg erklären. Diese Worte schienen Achmed Riza Bey ernüchtert zu haben, da er mich dann fragte, ob wir uns nicht herbeilassen würden, wenigstens einen kleinen Landstrich von Bosnien an Serbien abzutreten. Meine Antwort war selbstverständlich, dass auch hievon keine Rede sein könne. Achmed Riza verliess mich mit der Versicherung, dass ihm unsere Unterredung sehr wertvoll war, da in den nächsten Tagen eine Komiteesitzung über die bosnische Frage stattfinden werde.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 829.

Tel. nach London, 5. Jan. 1909 Nr. 1 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Tel. nach Paris, 5. Jan. 1909 Nr. 1 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Tel. nach Rom, 5. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845

Nr. 845. Tel. nach St. Petersburg Nr. 1, Konstantinopel Nr. 3, London Nr. 1, Paris Nr. 1, Berlin Nr. 2, Rom Nr. 3, Sofia Nr. 1, Bukarest Nr. 3, Cetinje Nr. 2 und Athen Nr. 3, 5. Jan. 1909 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).

Die Rede des serbischen Ministers des Äussern, die mir im authentischen Wortlaute noch nicht vorliegt, aber nach den Zeitungsberichten

in einem aggressiven Tone gehalten ist, hat mich veranlasst, den Grafen Forgách anzuweisen,^{a)} dieselbe zur Sprache zu bringen und insbesondere folgenden, von den Zeitungen publicirten Passus zu releviren: „Der erste Schritt der Österreichisch-ungarischen Monarchie besteht darin, dass sie das Volk zweier serbischer Länder zu Sklaven macht.“ Falls sich diese Äusserung bestätigt, ist Graf Forgách angewiesen, die unwahre und gehässige Behauptung zurückzuweisen und der bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, dass der Minister dieselbe aufklären und entsprechend richtig stellen werde. Vorstehendes zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

^{a)} n. 843.

Tel. nach Sofia, 5. Jan. 1909 Nr. 1 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 845.

Nr. 846. Tel. aus Belgrad, 6. Jan. 1909 Nr. 8 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe mich dem Herrn Minister des Äussern gegenüber in energischer Weise im Sinne des hohen Telegrammes No. 2 von gestern ausgesprochen und ihm nunmehr auf Grundlage des authentischen Textes seiner Rede auf seine feindseligen, für den verantwortlichen Minister des Äussern ganz ungehörigen Worte aufmerksam gemacht. Ich übergab ihm das zu vereinbarende und zu veröfentlichende Communiqué, ausdrücklich betonend, dass ich keine Korrektur desselben zu akzeptieren gedenke. Meiner Ansicht nach könne er Euer Excellenz für dessen Text, der sehr milde sei, besonders dankbar sein. Ich selbst würde noch wünschen, dass in dem Communiqué er jene von ihm wortlos angehörten Reden missbillige, welche sich in unstatthafter, unverschämter Weise mit unseren inneren Angelegenheiten befassen. Der Minister wiederholte alle seine Beteuerungen, Ausflüchte und Entschuldigungen und Bitten, die Schwierigkeit seiner Stellung, die Stimmung im Lande, in der Skupschtina und so weiter zu würdigen. In meinen Antworten konnte ich auf die einstimmige Beurteilung seiner oratorischen Leistung durch das Ausland verweisen. Bezüglich des Communiqués bezeichnete der Minister die erste Hälfte als ganz konform seinen mir gegebenen Erklärungen, wegen des letzten Satzes, der übrigens auch seinen Intentionen entspreche, müsse er erst mit seinen Kollegen Rücksprache pflegen. Mit Hinweis auf die serbischen Weihnachtsfeiertage und darauf, dass in Belgrad durch vier Tage keine Zeitungen erscheinen werden, versuchte er einen Aufschub zu erlangen. Ich erwiderte, dass ich die Nützlichkeit eines Ministerrates zu seiner Deckung einsehe, die serbischen Feiertage aber nicht berücksichtigen könne. Ich wolle mich jeder komminatorischen Wendung enthalten, müsse ihn aber ersuchen, seine Kollegen und den König, den er noch heute sehen wird, auf den ausserordentlichen Ernst Euer Excellenz Auffassung und meiner Démarche aufmerksam zu machen. Wir vereinbarten, dass ich morgen mittag seine und des Ministerates Antwort erhalten werde.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 847.

*Nr. 847. Tel. aus Belgrad, 6. Jan. 1909 Nr. 9 (eing. 7. Jan. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Zu Euer Exzellenz Telegramm No. 2. Ich bedauere lebhaft, dass die Stilisierung meines Telegrammes No. 6 die Deutung zuliess, dass der Minister des Aussen den Eindruck gewinnen hätte können, ich sei von seinen Erklärungen befriedigt. Empört über die Rede, hatte ich dem Minister gegenüber einen Ton gebraucht, den man nur in Serbien verwenden kann und muss. Da er sich alles gefallen liess und sich in allerdings haltlosen Entschuldigungen und Ausflüchten erschöpfte, gewann ich den Eindruck, dass wir ihn zu eventuell gewünschten Erklärungen werden bewegen können. Meine Sprache wurde schliesslich weniger schroff, da ich anerkennen muss, dass Herr Milovanović die diplomatischen Formen nie verliert. Er hatte aber keineswegs den Eindruck, ich sei befriedigt; besonders, da ich ihm im serbischen Texte seiner Rede auf die seine versöhnliche Sprache Lügen strafenden Ausdrücke verwies und speziell seine nachträgliche Deutung des Wortes „zarobiti“, welches zum mindesten „unterjochen“ bezeichnet, abfällig beurteilte. Bei dem Abschied sprach ich ihm meine Vermutung aus, Euer Exzellenz würden sich mit unserer Konversation nicht zufrieden stellen und entsprechende Veröffentlichung verlangen. Ich glaube, noch erwähnen zu dürfen, dass, wenn ich den serbischen Worten und Provokationen gegenüber in Telegrammen und Berichten eine, ich glaube mit Euer Exzellenz Intentionen übereinstimmende ruhige Auffassung ausdrücke und ergebendst beantrage, dies durchaus nicht identisch ist mit der sehr deutlichen Sprache, die ich hier häufig führen muss. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 846, 853.

*Nr. 848. Tel. aus Berlin, 6. Jan. 1909 Nr. 5 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Antwort auf Telegramm No. 1 vom 4. d. Mts. Schreiben des Generals von Conrad hat der k. u. k. Militärattaché dem General von Moltke am 3. d. Mts. zugestellt. Nachträglich habe ich dem Reichskanzler mitgeteilt, dass im Sinne des zwischen Euer Excellenz und ihm stattgehabten Gedankenaustausches der Chef des Generalstabes mit seinem deutschen Kollegen nunmehr in direkten schriftlichen Verkehr getreten ist. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 752 Anm. d, 855 Anm. d.

*Nr. 849. Tel. aus Cetinje, 6. Jan. 1909 Nr. 2 (eing. 7. Jan. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Antwort auf Telegramm vom 5. d. M. No. 1.^{b)} Streng vertraulich. Wie ich aus vertraulicher Rücksprache mit meinem italienischen Kollegen entnehme, habe bisher keine Regierung weder auf die montenegrinische die Abtretung Spizzas betreffende Zirkulardepesche, noch auf die später mit meinem Telegramme vom 25. Dezember Zl. 112 gemeldete Démarche des Fürsten geantwortet. Der italienische Gesandte, welcher, wie er mir

mitteilte, über erhaltenen Auftrag in diesem Sinne an seine Regierung berichtet hat, fügte streng vertraulich bei, dass die königlich italienische Regierung, welche nicht geneigt sei, in eine sie nichts angehende Frage irgend welche Ingerenz zu nehmen, von einer Beantwortung der montenegrinischen Démarche, welche höchstens in der Wiederholung der Ermahnung zur Ruhe und dem neuerlichen Abraten von Abenteuern bestehen könnte, überhaupt absehen werde.

Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 858. — ^{b)} n. 841.

*Nr. 850. Tel. nach Konstantinopel, 6. Jan. 1909 Nr. 4 (chiff. 8 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Brusselle; G. Aehrenthal).*

Die in der telegraphischen und schriftlichen Berichterstattung Euer Excellenz über unsere gegenwärtigen Verhandlungen mit der Pforte dargelegten Momente haben hier den Gegenstand der reiflichsten Erwägung sowie in letzter Zeit auch von wiederholten Besprechungen mit den beiden Minister-Praesidenten gebildet. Als Ergebniss dieser Besprechungen resultirt eine Modifikation der Euer Excellenz zuletzt mittelst Weisung vom 31. Dezember 1908 No. 2976 gegebenen Instruktionen. Das von Euer Excellenz dem Grossvezier instruktionsgem    gemachte Anbot einer Entente préalable betreffs Abschlusses eines Handelsvertrages bleibt aufrecht. Dagegen hat es von dem Ihnen aufgetragenen Anerbieten unserer Beteiligung an einer Kollektiv-Garantie oder Übernahme einer Spezial-Garantie unsererseits für ein türkisches Anlehen sein Abkommen, weshalb Sie also diesen Punkt bei Kiamil Pascha nicht mehr vorbringen wollen. An Stelle dessen würde ein anderer Vorschlag treten, über den ich jedoch Euerer Excellenz Äusserung einholen m  chte, bevor ich Ihnen eine definitive Instruktion erteile. Auf das Verlangen der Übernahme eines Teiles der Staatsschuld können wir, wie Euer Excellenz bekannt, schon aus principiellen Gründen nicht eingehen; auch spr  chen praktische Gründe dagegen, da wir nicht umhin könnten Gegenforderungen aufzustellen. Nun hat aber Kiamil Pascha gegenüber Euer Excellenz ebenso wie Reschid Pascha hier zu verstehen gegeben, dass die Pforte auf diesem Verlangen nicht bestehen und sich mit einer finanziellen Zuwendung in anderer Form zufrieden geben würde. Um nun das weitestgehende Entgegenkommen in dieser Frage unsererseits zu dokumentiren, wären wir bereit derselben einen Betrag in der Höhe von 2 1/2 Millionen türkischen Pfunden als Entschädigung für die in Bosnien und der Herzegowina gelegenen fiskalischen Güter zuzuwenden, jedoch unter der Voraussetzung, dass durch einen im beiderseitigen Einverständnis zu wählenden Schiedsrichter die Natur jener Güter als Staatseigentum des Ottomanischen Reiches und nicht etwa als Eigentum der Länder Bosnien und der Herzegowina festgestellt werde. Euer Excellenz wollen hiebei dem Grossvezir bemerken, dass wir diesen Modus bloss als eine Form der finanziellen Zuwendung betrachten und dass uns eben diese Form für die Würde beider Teile die entsprechendste scheint. Auch würden wir keineswegs eine Verzögerung der Angelegenheit sondern im Gegenteile eine möglichst rasche Erledigung derselben wünschen und daher auf ein umständliches contra-

diktorisches Verfahren im Vorhinein verzichten. Euer Excellenz könnten hiebei auch durchblicken lassen, dass dieser Modus die parlamentarische Bewilligung des Kredites bei uns zu erleichtern bestimmt ist. Zu Euer Excellenz persönlichen Information bemerke ich, dass speziell der kgl. ungarische Minister-Praesident diese Form wünschen würde, um die betreffende Vorlage im ungarischen Reichstage leichter vertreten zu können. Ausdrücklich wollen Euer Excellenz dem Grossvezir gegenüber hervorheben, dass der Schiedsspruch sich ausschliesslich auf die oben praecisirte rechtlich-kameralistische Frage beschränken und weder auf die Höhe der zuzuwendenden Summe noch irgend eine andere etwa mit der Annexion zusammenhängende Frage erstrecken dürfe. Als Gegenwert unserer Conzessionen müsste die Pforte selbstverständlich die formelle Erklärung abgeben, den durch die Allerhöchste Proklamation vom 5. Oktober 1908 in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen Zustand anzuerkennen und diesen Standpunkt auch auf einer eventuellen Conferenz einzunehmen. Bevor ich Euer Excellenz eine definitive Instruktion im Sinne des Vorstehenden erteile, ersuche ich Sie, mir telegraphisch Ihre Meinung über obigen Vorschlag mitzuthemen, speziell darüber, ob derselbe nach Ihrem Dafürhalten von der Pforte akzeptirt werden und zur gewünschten Entente führen würde. Ich stelle es Euer Excellenz anheim, bis zum Einlangen meiner definitiven Instruktion die vereinbarte Zusammenkunft mit Kiamil Pascha unter Berufung auf diesen Umstand zu verschieben. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 66 Nr. 92. Vgl. n. 859, 862.

Nr. 851. Tel. an den Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg in St. Petersburg, 6. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Durchlaucht Berichte No. 1 A—B vom 1. I. J. erhalten. Ich billige die Sprache, die Sie Herrn Iswolsky gegenüber geführt haben und spreche Ihnen für dieselbe meine Anerkennung aus. Den Argumenten, die Sie dem russischen Minister gegenüber geltend machten, ist nichts hinzuzufügen. Es entspricht nicht meinen Intentionen und auch nicht dem Ansehen, das ich der mir von Seiner Majestät anvertrauten Stellung zu bewahren habe, die Diskussion fortzuspinnen. Es ist tief bedauerlich, daß Herr Iswolsky seinen höchsten Herrn in unsere persönliche Kontroverse hineingezogen hat; ich kann nichts tun, als zuwarten und hoffen, daß Seine Majestät vollständiger und besser informiert werde. Es erscheint mir sehr richtig, daß Sie das diplomatische Korps und ebenso die Hof- und Regierungsfunktionäre über den wahren Sachverhalt informieren wollen. Ich habe dieser Ansicht bereits in meinem Privatbriefe vom 2. d. M.^{b)} Ausdruck gegeben. Nach den gemachten Erfahrungen haben auch wir kein Verlangen und kein Interesse, den konfidentiellen Verkehr mit Herrn Iswolsky fortzusetzen und ersuche ich Euer Durchlaucht, sich ihm gegenüber auch Ihrerseits auf schriftliche Mittheilungen zu beschränken. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 869. — ^{b)} Liegt weder im Konzept noch in Abschrift vor.

*Nr. 852. Tel. nach Belgrad, 7. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Abschrift.*

Ich bin mit dem zwischen Euer Hochgeboren und dem Minister des Äussern vereinbarten Wortlaute des Communiqués einverstanden. Dasselbe wird hier und in Budapest in den morgen früh erscheinenden Blättern publiziert werden, ebenso wie die Publikation in Belgrad alsbald erfolgen müsste.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 853, 854, 870.

*Nr. 853. Tel. aus Belgrad, 7. Jan. 1909 Nr. 11 (eing. 6 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

In Anhoffung Euer Exzellenz Genehmigung habe ich mit Minister des Äussern folgenden Wortlaut des Kommuniqués vereinbart: „Le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade a été chargé de faire des représentations auprès de M. Milovanović au sujet du discours que ce dernier a tenu dans la Skoupchtina nationale et de lui demander la version authentique de certaines de ses paroles. Le Ministre des Affaires Etrangères de Serbie a en donnant ces éclaircissements, autorisé le Comte Forgách à déclarer en son nom au cabinet de Vienne que son discours n'a eu aucune tendance aggressive contre Autriche-Hongrie. Il a ajouté que toute intention blessante ayant été loin de sa pensée, il regrette que les termes dont il s'est servi pour développer le point de vue serbe dans la question de la Bosnie aient été interprétés en Autriche-Hongrie comme s'inspirant des sentiments hostiles à l'égard de la Monarchie. Enfin Monsieur Milovanović n'a pas hésité de déclarer qu'il considère les critiques se rapportant aux questions d'ordre intérieur de la monarchie exprimées par certains orateurs de la Skoupchtina comme contraires aux usages internationaux et que par conséquent il les désapprouve.“

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 847, 852, 854.

*Nr. 854. Tel. aus Belgrad, 7. Jan. 1909 Nr. 12 (eing. 7 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Fortsetzung des Telegrammes No. 11. Die erste Hälfte entspricht vollkommen dem von Euer Exzellenz telegraphierten Texte; die bedeutungslosen stylistischen Änderungen glaubte ich dem sie vorschlagenden Minister zu seiner Befriedigung konzедieren zu können. In Anhoffung Euer Exzellenz Genehmigung bestand ich auf dem Schlussalinca. Nachträglich publizierten nämlich die Partei-Blätter die Reden des Chefs der jungradikalen Partei und des statt des schlaun Herrn Pašić im Namen der Altradikalen sprechenden Protič. Beide befassen sich in unverschämter Weise mit unseren inneren Zuständen in Böhmen, Kroatien u. s. w. Protič votierte einen von der Skupschtina mit stürmischen Beifall angehörten Dank für den Hochverräter und serbischen Agenten, den ungarisch-kroatischen Abgeordneten Supilo. Der ehemalige jungradikale Ministerpräsident Stojanović erklärte, die Skupschtina werde sich nach italienischem Beispiel von nun an ständig mit ihren in der Monarchie lebenden Konnationalen befassen. Ich warf

dem Minister vor, dass er und der Präsident dies im Gegensatze zum internationalen Gebrauche wortlos zugelassen und geduldet haben. Er entschuldigte sich damit, dass er nur peinlich darauf bedacht war, dass gegen unseren Allerhöchsten Herrn kein unziemliches Wort falle, welches er sofort energisch gerügt hätte. Minister war bereit, Communiqué noch heute durch Pressbureau zu veröffentlichen und in das Ausland zu telegrafieren; ich vereinbarte mit ihm, dass er bis morgen mittags warte, da bis dorthin noch ein telegrafischer Befehl Euer Exzellenz eintreffen könne, falls Euer Exzellenz der Redaktion nicht zustimmen und eine Änderung wünschen. Falls der Text Euer Exzellenz genehm ist, kann die Publikation bei uns morgen Freitag in den Morgen- oder Abendblättern und im hiesigen Pressbureau zu Mittag erfolgen. Die Belgrader Zeitungen erscheinen erst Montag und wird Minister sorgen, dass dieselben auch das Communiqué enthalten.

Forgách.

a) Vgl. n. 852.

Nr. 855. Privatschreiben nach Berlin, 7. Jan. 1909.^{a)} Konz. (S. Gagern; G. Aehrenthal).

Mein Privatschreiben vom 2. d. Mts.^{b)} hat sich mit Euer Exzellenz Telegramm vom 3. d. Mts.^{c)} gekreuzt, laut welchem der Reichskanzler Ihnen gegenüber auf die gegen ihn seitens der deutschen Centrumpresse sowie der hiesigen Reichspost in letzter Zeit gerichteten Angriffe zurückgekommen ist. Inzwischen hatte ich bereits Veranlassung getroffen, dass im „Fremdenblatt“ diesen Presstreibereien in einer Weise entgegengetreten werde, die, wie ich annehme, den Intentionen des Fürsten Bülow vollkommen entsprechen dürfte. Der betreffende, in der Nummer des „Fremdenblatt“ vom 4. d. Mts. erschienene Artikel, welcher übrigens auch im Morgenblatte der „Neuen Freien Presse“ vom 5. d. Mts. reproducirt erscheint, dürfte der Aufmerksamkeit Euer Exzellenz nicht entgangen sein, weshalb ich denselben hier nicht beischliessen zu sollen glaube. Dagegen übersende ich Euer Exzellenz zu Ihrer Information im Anbuge eine Notiz, in welcher der Ausgangspunkt und die Zusammenhänge der gegen den Reichskanzler inscenirten Presscampagne dargelegt werden.

Im Drange der zahlreichen mir obliegenden Geschäfte war ich noch nicht in der Lage, meine grosse Befriedigung über Ihre den Gegenstand des Berichtes vom 16. v. Mts. No. 61 A bildenden Unterredung mit dem Reichskanzler auszusprechen. Im Laufe dieser Unterredung hat der Reichskanzler die Situation, in der wir uns befinden, von einem sehr hohen Gesichtspunkte aufgefasst und besprochen, und ich freue mich, neuerdings meine volle Übereinstimmung mit dem Fürsten constatiren zu können. Ich brauche Ihnen wohl nicht besonders aufzutragen, in Ihren Gesprächen mit dem Reichskanzler sowie mit dem Staatssecretär zu verstehen zu geben, dass wir an der Absicht, die einmal nach reiflicher Überlegung begonnene Action durchzuführen, mit Beharrlichkeit und Entschlossenheit festhalten werden. Bei der in gewissen Kreisen der öffentlichen Meinung hierlands herrschenden Nervosität, die sich ja auch in der Presse bemerkbar macht, ist es wohl am Platze, dass durch den Mund der berufenen Factoren das unbedingte Fest-

halten an unserer Politik immer wieder betont werde. Ich thue dies auch in meinen Gesprächen mit Herrn von Tschirschky, über dessen Verkehr mit mir ich mich nur sehr anerkennend aussprechen kann.

Nicht nur aus den Äusserungen des Reichskanzlers Euer Exzellenz gegenüber, sondern auch den Herrn von Tschirschky zukommenden Instructionen geht deutlich hervor, dass man in Berlin schon seit langer Zeit die Beilegung unserer Differenz mit der Türkei durch die Gewährung einer materiellen Entschädigung für sehr zeitgemäss hielte. Auf Grund der Berichterstattung des Markgrafen Pallavicini und in Erwägung aller anderen in Betracht kommenden Umstände bin auch ich seit längerer Zeit zu derselben Ansicht gelangt. Wenn ich diese Absicht bisher nicht verwirklichen konnte, so lag der Grund hierfür — streng vertraulich gesagt — in der Abneigung der beiden Ministerpräsidenten, auf den Gedanken einer materiellen Compensation einzugehen u. zw. mit Rücksicht auf die Vertretung einer solchen in den Parlamenten. Es ist mir aber glücklicherweise gelungen diese Schwierigkeiten zu überwinden und ich werde nunmehr in der Lage sein, unserem Botschafter in Constantinopel Instructionen zu geben, welche hoffentlich zu einem baldigen guten Ergebnisse führen werden. Ich muss mich heute auf diese Andeutungen beschränken, und ersuche Euer Exzellenz von denselben erst gegen Ende dieser Woche dem Fürsten Bülow oder Herrn von Schoen gegenüber Gebrauch zu machen. Es ist um so dringender geboten, dass diese Verhandlungen endlich einen Abschluss finden, als die Boykottbewegung gegen uns immer anarchistischere Formen annimmt und Zwischenfälle zeitigen könnte, aus denen sich ein offener Conflict herausbilden müsste. Ich bin daher auch entschlossen gleichzeitig mit der Ankündigung unserer neuen Vorschläge eine sehr ernste Sprache in Constantinopel zu führen, um auf diese Weise baldmöglichst zu einer Klärung der Verhältnisse zu gelangen. Ich denke aber vorläufig nicht daran, auch wenn infolge conträrer Einflüsse die türkische Regierung uns abermals eine unbefriedigende Antwort ertheilen sollte, sofort mit der Abberufung des Botschafters vorzugehen. Es stehen mir auch noch andere moralische Pressionsmittel zu Gebote, von denen ich Gebrauch machen will.

Sollte es mir gelingen bald mit der Türkei in's Reine zu kommen, so wäre dies, wie Fürst Bülow Euer Exzellenz gegenüber ausführte, der wirksamste kalte Wasserstrahl auf die erhitzte Phantasie Herrn Iswolsky's. Eine Auseinandersetzung unsererseits mit der Türkei würde, so möchte ich annehmen, England und Frankreich befriedigen und auf diese Weise die jetzt in Europa bestehende Unruhe wenigstens zum grossen Theile bannen. Der sehr kampflustig nach Wien gekommene Sir Fairfax Cartwright schlägt mir gegenüber einen sehr milden Ton an. Seine Auffassungen lassen sich dahin zusammenfassen, dass, wenn wir uns mit der Türkei freundschaftlich verständigen und ihr eine Specialcompensation bieten, die öffentliche Meinung in England zu einer anderen Beurtheilung unserer Action gelangen und sich von Serbien desinteressiren würde. Über die Perfidie und polternde Sprache Herrn Iswolsky's sind nicht viel Worte zu verlieren. Es ist nur bedauerlich, dass Kaiser Nikolaus auch in der jetzigen Krise kein eigenes Urtheil Sich zu bilden und keinen selbständigen Standpunkt einzunehmen fähig ist und

allen Verkehrtheiten und Unwahrheiten der Iswolsky'schen Darstellung Glauben zu schenken scheint. Ich bin aber der Ansicht, dass, solange Iswolsky am Ruder ist, oder, besser gesagt, solange man in den Petersburger politischen Kreisen nicht zu der Überzeugung von der Verkehrtheit der von Iswolsky im engen Bunde mit England inaugurierten auswärtigen Politik gelangt sein wird, an eine Klärung und Besserung der österreichisch-russischen Beziehungen nicht zu denken ist. Erst wenn in Petersburg die Einsicht durchgedrungen sein wird, dass die Iswolsky'sche Politik Russland nur Schaden und Gefahren eingetragen hat, wird sich vielleicht ein neuer Modus vivendi herausbilden und bis dahin will ich mit Ruhe meinen Weg gehen und auch die Ungnade Kaiser Nikolaus, die ich mir speziell persönlich zugezogen habe, als eine unausweichliche Consequenz einer activeren Politik der Monarchie über mich ergehen lassen.

Ich glaube annehmen zu dürfen, dass der Brief des Generals der Infanterie von Conrad,^{d)} auf welchen sich mein Telegramm vom 4. d. No. 1 bezog, in Berlin einen günstigen Eindruck machen wird und dass diese militärische Aussprache nur dazu beitragen kann, die Überzeugung hervorzurufen, dass man in Wien und Berlin für den Fall hoffentlich nicht eintretender ernster Eventualitäten einig ist. Die Conrad'schen Vorschläge sind auf dem auch von Fürst Bülow für richtig gehaltenen Grundgedanken aufgebaut, dass im Falle einer grösseren europäischen Conflagration Italien zwar als neutral, aber nicht als aktiver Bundesgenosse in Betracht käme.

Als einen dunklen Punkt in der Situation betrachte ich die schlechten Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und Fürst Bülow. Das bringt eine gewisse Unruhe und Unsicherheit mit sich, doch hoffe ich, dass Kaiser Wilhelm in nächster Zukunft nicht an einen Kanzlerwechsel denkt, was übrigens auch aus Euer Exzellenz einschlägiger Berichterstattung hervorzugehen scheint.

Meine Informationen aus Paris wiederholen immer — und dies scheint mir die Richtigkeit der von Euer Exzellenz mit Privatschreiben vom 16. v. Mts. gemeldeten Äusserungen des Reichskanzlers über die absolut friedlichen Intentionen des Pariser Cabinets zu bestätigen — wie Clémenceau und die ministeriellen Kreise unangenehm berührt sind durch die englischen Absichten, denen man misstraut, weil sie zu deutlich eine aggressive Tendenz erkennen lassen.

a) Vgl. n. 861 letzter Absatz. — b) Vgl. n. 839 Anm. b. — c) Tel. aus Berlin, 3. Jan. 1909 Nr. 2 (eing. 5 U. 50 M. p. m.). Danach sagte Bülow, die Angriffe der Wiener „Reichspost“ und der „Germania“ vom 29. Dez. 1908, in welchen Deutschland der Vorwurf gemacht wird, es stehe nicht fest genug zu Österreich-Ungarn, entsprängen der Absicht des Zentrums und der Polen, seine Stellung zu erschüttern. — d) Vgl. n. 838 Anm. b, 848, 920, 2475.

Nr. 856. Privatschreiben aus Berlin, 7. Jan. 1909 (eing. 8. Jan.). Ausfert.

Geheim. Bei meinem letzten Besuche beim Reichskanzler habe ich ihm Eurer Excellenz geheimes Privatschreiben vom 2. d. Mts. über die

Beziehungen zu Bulgarien vorgelesen. Auf Wunsch des Fürsten Bülow habe ich ihm nachträglich eine Abschrift dieses Schreibens zur Verfügung gestellt. Der Fürst ersuchte mich, seinen verbindlichsten Dank für die interessanten Mitteilungen Eurer Excellenz auszusprechen. Er sieht es vollkommen ein, dass bei dem unverlässlichen Charakter des Fürsten Ferdinand Eure Excellenz Sich in Betreff der vertraulichen Verhandlungen über ein engeres Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Bulgarien eine große Zurückhaltung auferlegen müssen und ist Hochdenselben sehr dankbar für die Zusage weiterer Mitteilungen über den Fortgang dieser Angelegenheit. Die Bestrebungen Herrn Iswolsky's, einen gegen uns gerichteten Balkanbund zustandezubringen, erachtet Fürst Bülow, ebenso wie Eure Excellenz, für nicht besonders gefährlich. Auch nach seinen Nachrichten hat der betreffende Passus der Iswolsky'schen Rede weder in Belgrad, noch in Sofia und am allerwenigstens in Constantinopel einen nennenswerten Eindruck gemacht. Umsomehr scheint — so melde Baron Marschall — die Idee der Gewährung einer Autonomie an Bosnien und die Herzegovina, die der russische Minister des Äußern in seiner letzten Circulardepesche,^{a)} wenn auch nur indirekt, durchblicken lässt, in den jungtürkischen Kreisen der türkischen Hauptstadt ein sympathisches Echo gefunden zu haben. Die Jungtürken seien eben, so meint der Fürst, keine praktischen Politiker, sondern bis zu einem gewissen Grade Idealisten, ein Umstand, der aber unter den gegebenen Verhältnissen allerdings mannigfache Gefahren in sich berge. Das Ansinnen Herrn Iswolsky's, auf Eure Excellenz freundschaftlich einzuwirken, damit keine weiteren Veröffentlichungen über zwischen Österreich-Ungarn und Russland getroffene Abmachungen erfolgen, hat der Reichskanzler, wie ich Euer Excellenz bereits telegrafisch zu melden die Ehre hatte, a limine abgelehnt. Mein russischer College kam gestern mir gegenüber auch auf diese Frage zu sprechen und sagte mir, dass nach seiner Ansicht das ernsteste Moment in dieser Sache darin liege, dass Kaiser Nikolaus selbst über die erfolgten und in weitere Aussicht gestellten Publicationen im höchsten Grade missgestimmt und bestürzt sei. Die Abmachungen, um die es sich handle, seien so streng vertraulicher Natur, dass Kaiser Nikolaus deren Publication als eine persönliche Beleidigung auffassen würde.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 780.

Nr. 857. Erlaß nach Bukarest, 7. Jan. 1909 Nr. 67. Konz. (S. Matscheko ; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Mit Ihrem Telegramme vom 24. v. M., Nr. 99, melden mir Euer Durchlaucht einige Äußerungen, die General Coanda auf Grund von Informationen, die er in deutschen Militärkreisen erhalten haben will, über die gegenwärtige politische Lage gemacht hat. Da die Appreziationen General Coandas jedenfalls zur Kenntnis der rumänischen Regierungskreise und auch zu der Seiner Majestät des Königs gelangt sind, schiene es mir opportun, daß Euer Durchlaucht eine sich darbietende Gelegenheit benützen, um darauf hinzuweisen, daß mir die Auffassung der politischen Situation,

wie sie General Coanda aus Berlin mitgebracht hat, den Tatsachen nicht vollkommen zu entsprechen scheint. Es wäre hier vor allem zu bemerken, daß wir keinerlei Anhaltspunkte dafür besitzen, daß England die serbischen Kriegsrüstungen à fond perdu, also zu politischen Zwecken, unterstütze. Für ebensowenig begründet halte ich nach allen mir vorliegenden Informationen die von General Coanda wiedergegebene Ansicht, daß England auf einen Krieg mit Deutschland deshalb hinarbeite, um die finanziellen Lasten einer neuen Milliardenanleihe für seine Flotte zu vermeiden. Was die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme Rußlands an einer kriegerischen Aktion anbelangt, so brauche ich nur auf die letzte Rede Herrn Iswolskys hinzuweisen, aus welcher wol in überzeugender Weise das eminente Friedensbedürfnis des russischen Reiches hervorgeht.

*Nr. 858. Tel. aus Cetinje, 7. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).
Entziff.*

Zu meinem Telegramm Nr. 2 von gestern. Wie ich den Äusserungen des englischen Geschäftsträgers entnehme, hat englisches Kabinet auf die Spizza betreffende montenegrinische Note keine Antwort erteilt; doch war der genannte Vertreter in der Lage, dem Fürsten Auszug eines Telegrammes mitzuteilen, wonach Vorteile für Serbien und Montenegro in das Konferenzprogramm aufgenommen seien, im übrigen englisches Kabinet dringendst zur Ruhe mahne. Auf die Démarche des Fürsten hin ist englischer Vertreter beauftragt worden, dem Fürsten von seiner drohenden Sprache dringendst abzuraten (im englischen Text: discourage his threatening language.) Die russische Regierung hat bisher, nach den Äusserungen russischen Geschäftsträgers zu schliessen, weder auf die Circularnote der montenegrinischen Regierung noch auf die Démarche des Fürsten reagiert.

Kuhn.

Nr. 859. Tel. nach Konstantinopel, 7. Jan. 1909 Nr. 5 (chiff. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Pogatscher).

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme No. 4. Die allgemeinen Considerationen welche in Euer Excellenz Telegramme vom 4. d. M., No. 5 enthalten sind, stimmen mit meiner Auffassung überein. Ich behalte mir vor, in den definitiven Instructionen, die ich Euerer Excellenz nach Empfang Ihrer Antwort ertheilen werde, darauf zurückzukommen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 860.

Nr. 860. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Jan. 1909 Nr. 8 (eing. 8. Jän. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 4 vom 6. d. M. und 5 vom 7. d. M. Meiner Auffassung dürfte das Anbot von 2 $\frac{1}{2}$ Millionen türkischer Pfund genügen, um in der Annexionsfrage zum Ziele zu gelangen, vorausgesetzt dass das jetzige Kabinet am Ruder bleibt. Was die in Aussicht genomme formelle Vorgangsweise anbelangt, erlaube ich mir zu bemerken:

1.) Nach türkischem Recht gibt es keinerlei Provinzialbesitz, sondern nur Staatsbesitz, ein Schiedsgerichtsspruch über diesen Punkt scheint mir also ganz gegenstandslos zu sein. — 2.) Unter den Begriff Staatseigentum fallen nach türkischem Recht die sogenannten Miri-Güter; nach meinen Informationen bildet der bosnische Wald-Miri-Besitz allein zirka die Hälfte des Grund und Bodens, es wäre daher gefährlich, den Gedanken einer Ablösung der Miri-Güter überhaupt den türkischen Staatsmännern gegenüber zur Sprache zu bringen. Ich setze daher voraus, dass Euer Exzellenz andere Besitzobjekte vorgeschwebt haben mögen, von denen ich keine Kenntnis habe, so dass ich mich derzeit nicht des Weiteren auszusprechen vermag. Im gegenteiligen Falle, und nachdem es sich Euer Exzellenz nur um die Form handelt, erlaube ich mir anzuregen, ob es nicht zweckmässig wäre, Kiamil Pascha vorzuschlagen, uns irgendeine Form, unter welcher wir die Zahlung zu leisten hätten, seinerseits zu proponieren. Pallavicini.

a) Vgl. n. 862.

Nr. 861. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bülow, 8. Jan. 1909.a) Ausfert.

Für Ihren liebenswürdigen und interessanten Brief vom 8. Dezember habe ich Ihnen bereits durch Herrn von Tschirschky danken lassen; ich habe auch Herrn Szögyény gebeten, Ihnen meinen Dank für Ihren Brief und meine Freude über seinen Inhalt zu übermitteln. Wir haben uns auch über die von Ihnen in Ihrem Brief angeregten Gedanken inzwischen durch den Kanal unserer beiderseitigen Botschafter weiter ausgesprochen. Ich will aber doch den Anfang des neuen Jahres nicht zu lange vorübergehen lassen, ohne Ihnen auch noch persönlich für Ihren Brief zu danken und damit unsere, auch mir lieb und zum Bedürfnis gewordene direkte Korrespondenz wieder aufzunehmen. Es drängt mich dabei vor allem Ihnen, lieber Freund, meine Genugtuung darüber auszusprechen, dass ich sehe, wie die ruhige und zielbewusste Weiterführung der von Ihnen inaugurierten Politik nicht bloss an den massgebenden höchsten Stellen und bei den fachmännisch geschulten Politikern unserer beiden Länder, deren Anerkennung und moralische Unterstützung Ihnen von Anfang an gesichert war, sondern auch in immer weiteren Kreisen Ihrer eigenen Heimat und bei uns Verständnis und damit Zustimmung findet. Meine Ansicht über die Äusserungen und die Haltung des Herrn Iswolsky kennen Sie aus den Mitteilungen, die ich Ihnen durch Herrn von Tschirschky zugehen liess. Ich kann aber hier doch den nochmaligen Ausdruck meines Staunens darüber nicht unterdrücken, dass der russische Minister sich speziell über „österreichische Indiskretionen“ beschwert hat; er weiss, welch' schwerwiegendes und durchschlagendes Material Sie in Händen haben und welchen gemässigten und schonenden Gebrauch Sie bisher davon gemacht haben. Wenn aber Herr Iswolsky fortfährt, in der bisherigen Weise durch schiefe Darstellungen und Unterdrückung von Tatsachen die öffentliche Meinung in Russland und in der ganzen slavischen Welt zu vergiften und auch seinem Kaiser eine falsche Ansicht von dem Vorausgegangenen beizubringen, so wird sich

Ihnen doch immer wieder die Frage aufdrängen müssen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen, Ihr erdrückendes Material ohne weitere Rücksicht dem öffentlichen Urteil zu unterbreiten. Ich möchte annehmen, dass dann gerade im eigenen Lande Herr Iswolsky wenig Zustimmung mehr finden wird, ohne dass dadurch die fernere Gestaltung der politischen Beziehungen zu Russland einen dauernden Schaden erleiden würde. Ihren Ausführungen über Österreich-Ungarns Beziehungen zur Türkei kann ich nur vollkommen zustimmen. Einerseits kann es weder den Interessen noch der Würde der Monarchie entsprechen, dem von sich erfüllten und in seiner hohen Meinung von sich von aussen noch künstlich aufgestachelten Jungtürkentum nachzulaufen; andererseits wird es immer wünschenswert bleiben, mit einer massvoll auftretenden Türkei zu einer Verständigung zu gelangen. Ich glaube noch immer an diese Möglichkeit, solange Ihr ruhiger und verständiger Markgraf Pallavicini in Konstantinopel weilt und, ohne zuviel empressionen zu zeigen, doch immer den Türken die Möglichkeit erhält, sich eines Besseren zu besinnen und einzulenken. Hierzu dürfte sie allmählich die Erkenntnis führen, dass auch die jungtürkischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, und dass wenigstens das offizielle England, trotz Cartwright, anfängt, Wasser in seinen turkophilen Wein zu giessen. Die Fanfaronade Iswolsky's vom Balkanbunde habe ich, gleich Ihnen, nicht einen Moment ernst genommen. Einen alle kleineren und grösseren Balkanstaaten umfassenden und unter Führung der Türkei einher marschierenden Bund kann sich nur eine krankhafte Phantasie als etwas in die Wirklichkeit Umzusetzendes vorstellen. Ich bin aber mit Ihnen überzeugt, dass es trotzdem nicht nur nützlich, sondern geradezu nothwendig ist, sich der Haltung Bulgariens auf alle Fälle zum Voraus zu versichern. Ich habe mich gefreut, namentlich auch aus den Ihrem Privatbriefe nachfolgenden Mittheilungen zu ersehen, mit welcher Konsequenz Sie an der Durchführung dieses mir überaus glücklich erscheinenden Gedankens festhalten. Dass Sie auf die mögliche Verständigung mit Bulgarien auch schon bei eventuellen Konzessionen an die Türkei Rücksicht nehmen wollen, ist sicher de bonne politique. Ihre genaue Kenntniss des Charakters des Fürsten-Zaren wird Ihnen bei Lösung dieser Aufgabe wesentlich zu statten kommen. Es wird, wie Sie mir schon sagen liessen, darauf ankommen, den Bulgaren und dem Fürsten Ferdinand klar zu machen, dass ihre und Österreich-Ungarns Interessen nach der gleichen Richtung gehen. Es wird dabei Ihnen besonders förderlich sein, wenn der kluge Fürst einsieht, dass er von russisch-slavischen Mächtschaften, wie sie seinerzeit gegen den Battenberger ausgespielt wurden, für seine Person nur dann etwas zu fürchten hat, wenn er den chauvinistischen Träumen seines Volkes durch seine persönliche politische Orientierung im Wege steht. Es wird dem Fürsten nicht schwer sein, seinen Bulgaren klar zu machen, dass der schlechteste Weg zur Erfüllung mazedonischer Träume der Anschluss an den von Iswolsky gepriesenen Balkanbund sein würde, dass nicht Österreich-Ungarn, nicht wir zwischen Bulgarien und Mazedonien stehen, dass vielmehr von dem turkophilen England und Frankreich und dem sich zur Zeit an sie anschliessenden Russland die Hand über dem türkischen Mazedonien gehalten wird,

und dass insbesondere im Falle von Konflikten nur an Österreich-Ungarns Seite Landerwerbungen nach serbischer oder türkischer Seite hin zu erhoffen sind. Sobald sich der Fürst überzeugt, dass er von russischer Seite nichts für seine Person zu fürchten hat, weil jetzt russische Lockrufe bei den durchaus praktischen und gar nicht sentimentalsten Bulgaren nicht verfangen würden, so wird er auch keinen Anstand nehmen, sich mit Ihnen einzulassen. Ich kann daher auch nicht die Ansicht von Marschall, Sinowiew und unserm guten Szögyény, der dies hier als seine Privatmeinung aussprach, teilen, dass die Bulgaren doch immer wieder nach der russischen Seite umfallen werden. Die halten es mit dem, an dessen Seite sie sich den meisten Vorteil versprechen. Sie haben vollkommen Recht, dass es gut sein wird, die Rumänen von etwaigen Abmachungen mit Bulgarien zu unterrichten. Eine Beruhigung Rumäniens dürfte namentlich hinsichtlich des einsichtigen und loyalen Königs Karl nicht allzu schwierig sein, immerhin wird Vorsicht und Nachsicht bei der Behandlung Rumäniens noch nötiger sein, seitdem durch die leider schwere Erkrankung Sturdza's die chauvinistischere Gruppe der Brătianu's ans Ruder gekommen ist. Sie haben mich in Ihrem Briefe auch noch um meine Ansicht über Italien gefragt. Wir haben inzwischen schon Gelegenheit gehabt, festzustellen, dass sich auch hier unsere Auffassungen decken. Ich halte es natürlich nicht für sicher, dass Italien im Falle einer Konflagration gegen unsere Gegner energisch vorgehen würde; ich halte es aber für ganz ausgeschlossen, dass es Österreich-Ungarn angreift. Zu einem solchen Entschluss fehlen den Italienern Kraft und Wagemut, und die jüngste Katastrophe in Süditalien kann ihre Aktionslust und Aktionsfähigkeit ja nur noch mehr beeinträchtigen. So viel ich weiss, findet auf Grund dieser gemeinschaftlichen Ansicht jetzt ja auch der Gedankenaustausch zwischen den gegenseitigen Generalstabschefs statt.

Bülow.

In diesem Augenblick erhalte ich Einblick in Ihr Schreiben an Szögyény vom 7. d. Mts. Besten Dank für Ihre Abwehr im „Fremdenblatt“, die mich durchaus befriedigt. Was Sie über Ihre türkischen Pläne — und die Überwindung gewisser Widerstände — schreiben ist sehr erfreulich.

^{a)} Vgl. n. 1022.

*Nr. 862. Tel. nach Konstantinopel, 8. Jan. 1909 Nr. 7 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Excellenz Telegramm vom 7. d. M. No. 8. Ich entnehme aus demselben, dass Ihrer Auffassung nach unser Anerbieten von 2 1/2 Millionen türkischen Pfunden zu dem gewünschten Einvernehmen mit der Türkei führen dürfte. Was nun die beiden Einwendungen betrifft, welche Euer Excellenz bezüglich der formellen Vorgangsweise anführen, möchte ich folgendes bemerken: ad 1.) Nachdem wir den schiedsrichterlichen Spruch über die Natur der fiskalischen Güter in Bosnien nur als eine blosser Form für unsere finanzielle Zuwendung betrachten, und vollkommen damit rechnen, ja sogar voraussetzen, dass jener Schiedsspruch gegen uns ausfallen werde, so kann es uns ganz recht sein, wenn der Punkt, der dem Schieds-

gericht vorgelegt werden soll, eigentlich von vorneherein nicht als zweifelhaft angesehen werden kann. Zu Ihrer persönlichen Information bemerke ich jedoch, dass wir, wenn diese Form grössern Schwierigkeiten auf türkischer Seite begegnen sollte, immerhin vielleicht uns bereit finden könnten, dem schiedsrichterlichen Spruche etwa ein fachmännisches Gutachten zu substituieren, um das Verfahren noch zu vereinfachen, andererseits aber den Parlamenten gegenüber uns auf eine rechtliche Basis für die finanzielle Zuwendung berufen zu können. Die Hauptsache wird sein, dass Euer Excellenz dem Grossvezier keinen Zweifel darüber lassen, dass wir, indem wir die in Rede stehende Form vorschlagen, unsere finanzielle Leistung keineswegs vielleicht hinausschieben und noch weniger sie in Frage stellen wollen, sondern diese Form eben nur aus parlamentarischen Rücksichten wünschen. Ad 2.) Die Besitzobjekte, welche uns vorschweben, sind allerdings hauptsächlich die in Bosnien gelegenen Wälder, deren Ausdehnung circa 2 Millionen Hektare, aber zum grossen Teile Karstgebiet, beträgt. Dies ergibt, den Hektar zu 25 Kronen gerechnet, beiläufig den in Aussicht genommenen Betrag von $2\frac{1}{2}$ Millionen türkischer Pfund. Dies zu Euer Excellenz Information. Wie ich in meinem Telegramme vom 6. Jänner jedoch betont habe, würde sich der Schiedsspruch keinesfalls auf die Höhe des zuzuwendenden Betrages erstrecken; diese müsste ganz ausserhalb jeder Diskussion bleiben, da wir in keinem Falle darüber hinausgehen würden. Nach dem Vorstehenden glauben wir, dass keine genügenden Gründe gegeben seien, um von dem von uns in Aussicht genommenen Modus abzugehen und dem Grossvezier die Formulierung eines diesbezüglichen Vorschlages zu überlassen. Ich ersuche Euer Excellenz daher, unseren Vorschlag in der Form, wie er in meinem Telegramme No. 4 präzisiert war und unter Verwertung der dort dargelegten Gesichtspunkte beim Grossvezier vorzubringen und nachdrücklichst zu vertreten. Bloss dann, wenn seitens des Grossveziers ernste Schwierigkeiten wegen der gewählten Form eines schiedsgerichtlichen Verfahrens erhoben werden sollten, könnten Euer Excellenz sich eine Berichterstattung an mich vorbehalten, in welchem allerdings wenig erwünschten Falle ich mich erst der Zustimmung der beiden Regierungen der Monarchie zur Substituierung des Schiedsgerichtes durch ein Gutachten versichern müsste. Im Übrigen wollen Euer Excellenz dem Grossvezier in der nachdrücklichsten Weise vor Augen führen, dass die Monarchie nunmehr der Türkei für die rein formelle Änderung, welche in der Annexion gelegen ist, bereits drei ungemein schwer in die Wagschale fallende Kompensationen gegeben hat und jetzt anbietet: nämlich die Räumung des Sandschaks und den Verzicht auf alle uns daselbst zustehenden Rechte, den Vorschlag einer entente préalable betreffs Abschluss eines Handelsvertrags und Erhöhung der Zölle, also eine Initiative in einer für das ottomanische Reich so ungemein wichtigen Frage des handelspolitischen Régimes, und endlich die Zuwendung von zweieinhalb Millionen türkischen Pfunden als Entschädigung für die bosnischen Staatsgüter. Über diese Opfer, welche das weitgehendste Entgegenkommen darstellen, und einen vollgiltigen Beweis unserer freundschaftlichen Dispositionen für das neue Régime bilden, wird die Monarchie in keinem Falle hinausgehen. Wir

erwarten von der Pforte eine baldige Antwort auf unsere Propositionen. Sollte sie die ihr entgegengebrachte Freundschaft jetzt zurückweisen, so muss sie sich darüber vollkommen klar sein, dass wir die ihr jetzt angebotenen Zugeständnisse nicht etwa in einem späteren Zeitpunkte wieder erneuern, sondern dass wir für dieselben nicht mehr zu haben sein werden und dass wir uns in den Fragen der Zölle, Monopole etc. vollkommen freie Hand wahren, selbst für den Fall, als eine oder die andere Macht hiefür von der Türkei gewonnen werden sollte. Die Türkei hat dann nicht mehr das Recht, auf ein Entgegenkommen unsererseits, sei es in diesen wirtschaftlichen, sei es in zahlreichen anderen Fragen zu rechnen, welche aktuell sind oder es bald werden dürften. Es ist selbstverständlich, dass die ganze Orientation der österreichisch-ungarischen Politik am Balkan von der Haltung abhängen wird, welche die Türkei gegenüber unseren freundschaftlichen Anerbieten einnehmen wird. Indem ich Euer Excellenz ersuche, im Sinne meiner mehrfach zitierten Weisung vom 6. v. M. No. 4, sowie des gegenwärtigen Telegrammes vorzugehen, sehe ich mit grossem Interesse Ihren Meldungen entgegen.

a) Vgl. n. 865.

*Nr. 863. Bericht aus London, 8. Jan. 1909 Nr. 2 A (eing. 11. Jan.).^a
Ausfert.*

Vertraulich. Sir Edward Grey ist zu Beginn dieser Woche auf zwei Tage nach London gekommen, und ich habe ihn Montag Nachmittag im Foreign Office aufgesucht. Ich fragte ihn, was er von Cartwright höre, und er sagte mir, der neue britische Botschafter bedauere sehr den Eindruck, der bei uns vorzuherrschen scheine, als ob England uns gegenüber eine feindselige Haltung einnehme. Auch hätten Euer Excellenz erwähnt, dass Mr. Noel Buxton in Serbien Gelder vertheilt und gegen uns agitirt hätte. Buxton und das Balkan-Comité haben früher Grey stark angegriffen und er habe den genannten Herrn seit längerer Zeit nicht gesehen. Um seine Reisen habe sich der Staatssecretär nur insoferne gekümmert, als er Sir Gerald Lowther instruirte, sein Möglichstes zu thun, damit Buxton sich nicht zu sehr in innere türkische Angelegenheiten mische. Er kenne Buxton als Philantropen und zur Zeit der argen Zerstörungen in Macedonien hätte das Balkan-Comité ohne Zweifel für die Unterstützung der am meisten heimgesuchten Ortschaften einige nicht sehr bedeutende Summen verwendet. Es scheine ihm aber unwahrscheinlich, dass Buxton in Serbien die ihm zugeschriebene Thätigkeit entwickelt hätte. Sollten aber Euer Excellenz wirklich Beweise darüber haben, dass Noel Buxton in Serbien gegen uns agitirt und Gelder vertheilt hätte, so würde Grey, wenn ihm dieselben mitgetheilt würden, die Sache sehr sorgfältig untersuchen und Buxton veranlassen, eine derartige Agitation einzustellen oder ihn öffentlich darüber zur Rede stellen. (I would go into the question very carefully and if I found that Buxton had really done it, I would stop him or denounce him.) Er wiederholte dies zweimal mit Nachdruck und ich nahm speciell Act von dieser Erklärung, indem ich ihm sagte, ich würde dieselbe zur Kenntniss Euer Excellenz bringen. Als der Herr Staatssecretär davon sprach, dass unsere

Presse England als den Störenfried und Anstifter aller Unruhen bezeichnet, erwiderte ich, dass dies die unvermeidliche Folge der heftigen Hostilität sei, welche die englische Publicistik uns gegenüber zur Schau getragen hätte.¹⁾ Dieser feindselige Ton habe sich zwar in letzter Zeit bedeutend abgeschwächt, aber die Folge der Hetze mache sich eben bei uns jetzt fühlbar. Ich erinnerte ihn daran, dass ich ihn bereits vor Wochen darauf aufmerksam gemacht hätte, welche bedenkliche Rückwirkung diese Hetzereien auf die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns ausüben müssten. Ich wiederholte ihm, dass ich privat von massgebenden, bisher sehr englischfreundlichen, ernsten und hervorragenden Persönlichkeiten in der Monarchie Worte aufrichtiger Besorgnis für die Zukunft unserer Beziehungen vernommen hätte. Ich führte aus, dass die Sympathie Englands für die Jungtürken vollkommen begreiflich gefunden würde, ja, dass sie vielfach geteilt wird, denn auch bei uns — und Euer Excellenz selbst seien dieser Ansicht — könne man eine Consolidirung der reformirten Türkei, mit der wir auf dem besten freundnachbarlichen Fusse zu stehen beabsichtigen, nur mit Freude begrüßen. Unverständlich sei uns aber die Ermunterung, welche scheinbar von England unseren turbulenten kleinen Nachbarstaaten gegeben werde. Ich zitierte die Auszüge montenegrinischer Blätter, welche die Artikel des „Daily Telegraph“ vollinhaltlich wiedergegeben und daran das Commentar geknüpft haben, dies sei der wahre Ausdruck der englischen Stimmung und nicht die officiellen Rathschläge zur Mässigung. Ich betonte, dass, was bei uns besonders empfunden wird, der Eindruck sei, den derartige Zeitungsartikel und unvorsichtige Äusserungen englischer Reisender in Serbien und Montenegro hervorrufen. Ich sagte Sir Edward, dass er die Balkanländer nicht kenne und sich wahrscheinlich keine Rechenschaft darüber geben könne, welch' bedeutenden Eindruck in diesen kleinen und unruhigen Staaten einige englische Leitartikel und die inopportunen Reden sowie die Neugierde englischer Reisenden und Correspondenten hervorrufen, die wenige Pfunde ausgeben, welche dort als bedeutende Summen angesehen werden. Alles werde als Sympathiebezeugung und als eine Unterstützung dortiger Aspirationen gegen uns interpretirt. Meldungen über solche Eindrücke laufen bei uns aus Belgrad und Cetinje ein und meine Landsleute gelangen widerstrebend und erstaunt zu der Überzeugung, dass England den Stützpunkt bilde, um welchen sich alle Elemente schaaren, die uns feindselig gestimmt sind. Sir Edward schien diesmal von meinen Ausführungen mehr impressionirt, als ich es bei früheren Anlässen bemerkt hatte. Er betonte aber, der Eindruck, dass durch unsere Action ein internationaler Vertrag verletzt worden sei, bestehe nun einmal. Dadurch sei eine gewisse Erregung erzeugt worden, die bei öffentlichen Meetings, in der Presse und endlich auch bei den einzelnen Engländern sich fühlbar mache. Dies sei aber nicht nur hier geschehen, sondern auch in Italien und Russland. Ich antwortete dem Herrn Staatssecretär, dass es weniger überraschte, in Petersburg und Moskau Sympathiebezeugungen für Serbien und Montenegro zu sehen, weil Russland stets die Rolle des Protectors der Balkanstaaten spielen wolle; auch habe Herr Iswolsky vielleicht Gründe, um seiner persönlichen Stellung zu Liebe diese Attitude einzunehmen. England sei aber

kein slavischer und orthodoxer Staat und es deshalb bei uns unbegreiflich erschienen, dass dieses Land einen solchen Eifer gegen uns an den Tag lege. Wir waren gewöhnt in England einen traditionellen Freund zu erblicken und hätten erwartet, dass auch bei gegentheiliger Auffassung der freundschaftliche Ton aufrechterhalten würde. Ich erinnerte ihn an unsere Haltung während des Burenkrieges — im Gegensatze zum übrigen Europa — und an die Worte unseres Allergnädigsten Herrn an Sir Horace Rumbold, die dieser seither publicirte etc. etc. Ich betonte wiederholt die ernststen Besorgnisse, die mich und viele bisherige Freunde Englands in der Monarchie für die Zukunft unserer Beziehungen erfüllen. Sir Edward, der mich mit Aufmerksamkeit anhörte, meinte, dass, wenn die jetzigen Schwierigkeiten einmal geregelt wären, die englische öffentliche Meinung uns gegenüber wieder in das frühere normale Geleise gelangen würde. Ich erwiderte ihm, dass ich auch selbst glaube, dass dies eintreten würde, wenn einmal zwischen uns und der Türkei eine Einigung erzielt ist. Dass unsere turbulenten kleinen Nachbarstaaten aber sich für befriedigt ansehen würden, könne ich bei der Masslosigkeit ihrer unrealisirbaren Ansprüche nicht erwarten. Solche Verfechter serbischer Träume, wie es zum Beispiel jetzt der „Daily Telegraph“ geworden ist, dürften sich nicht zufrieden geben. Grey meinte darauf, man müsse doch auch den slavischen Gefühlen etwas Rechnung tragen. Die Aufregung der beiden serbischen Staaten habe ihren Grund in der Besorgnis, dass die Monarchie sich auch mit weiteren Expansionsplänen trage. Ihre Argumentation sei die folgende: Österreich-Ungarn habe Bosnien und die Herzegowina occupirt, weil dort an unseren Grenzen ein Herd von Unruhe bestand. Sie befürchten nun, dass wir auch in Zukunft die geringste Unruhe benützen würden, um weitere Gebiete zu besetzen²⁾ und sie meinen, dass deshalb irgend eine Barriere gegen die weitere territoriale Ausdehnung der Monarchie errichtet werden müsste. Ich erwiderte, dass wir die Provinzen, wo anarchistische Zustände vorherrschten, auf Grund eines europäischen Mandates, das auch die Unterschrift des Sultans trug, occupirten, trotzdem aber einen Feldzug führen mussten, so dass wir füglich auch damals „le droit de conquête“ hätten vorbringen können. Bei der jetzigen Angliederung der beiden Provinzen seien aber Euer Excellenz gerade von dem Gedanken geleitet worden, durch Regelung der Grenzen ein Definitivum zu schaffen, um dann nichtmehr in jenen Gegenden die Rolle eines Gendarme de l'Europe spielen zu müssen. Grey meinte, wenn es uns gelingen könnte, diesen Standpunkt unseren südöstlichen Nachbarstaaten klar zu machen, dies zur Beruhigung derselben sehr wesentlich beitragen könnte. Im Laufe unserer Unterredung liess ich auch die Bemerkung fallen, dass bei uns vielfach der Eindruck bestehe, man wolle in uns den Bundesgenossen Deutschlands treffen und dass, wenn wir nicht in enger Allianz zum Deutschen Reiche stünden, die englische Haltung uns gegenüber nicht so unfreundlich gewesen wäre. Darauf erklärte mir Grey ausdrücklich, dass ihm nichts ferner liegen könne, als gegen unser Bündniss mit Deutschland etwas unternehmen zu wollen. Die „balance of power in Europe,“ die für England von primordialer Wichtigkeit ist, könnte durch eine Lockerung unseres Bündnisses mit Deutschland nur erschüttert werden. Dann würde das

Deutsche Reich thatsächlich isolirt sein und dies wäre die grösste Gefahr für den europäischen Frieden. Grey führte weiter aus, Deutschland habe Bündnisse mit Österreich-Ungarn und Italien, England habe keine Bündnisse, sondern nur eine Entente mit Frankreich und eine Convention mit Russland; er begreife also nicht, warum der Besuch in Reval so viel Aufsehen erregt hätte und auch heute noch so viel davon gesprochen würde. Ich antwortete ihm, ein Besuch des Königs bei Seinem Neffen, dem Kaiser von Russland, sei das Natürlichste der Welt und kein vernünftiger Mensch könne davon überrascht sein, aber diese Entrevue habe eine neue Constellation in der Orientfrage zur Folge gehabt. Grey will das nicht gelten lassen und betont, er habe seine Auffassung über die damals seiner Ansicht nach ganz unhaltbaren Zustände in Macedonien bereits vor Reval, und ganz unabhängig davon, in seiner Parlamentsrede dargelegt. Wenn übrigens, wie behauptet wird, die türkische Revolution thatsächlich durch die Revaler Zusammenkunft beschleunigt wurde, so habe sie eine sehr glückliche Folge für die Reform des ottomanischen Reiches gehabt. Im Laufe unserer ziemlich eingehenden und ganz vertraulichen Unterredung, die ich vorstehend in Kürze zu resumiren versucht habe, fand ich Grey für Vieles, das ich vorbrachte, ziemlich empfänglich. Ich kann nicht umhin zu glauben, dass die in der Monarchie zu Tage tretende Stimmung einen gewissen Eindruck auf ihn macht und ich muss annehmen, dass die Berichterstattung Sir Fairfax Cartwrights dazu beigetragen hat. Von einzelnen privaten aber nicht unbedeutenden Seiten habe ich in letzter Zeit das Bedauern über die Haltung eines Theiles der englischen Presse wiederholt aussprechen gehört. Auch in den Zeitungen begann, wie ich an anderer Stelle melde, ein besserer Ton sich geltend zu machen. Ob diese in erfreulicher Weise beginnende Besserung nicht wieder durch die letzten heftigen Angriffe der „Neuen Freien Presse“ auf England in Frage gestellt wird, möchte ich heute noch nicht zu beurtheilen wagen. Auf die Gefahr hin, Euer Excellenz mit meinen Wiederholungen zu ermüden, muss ich noch einmal die Überzeugung aussprechen, dass, wenn wir einmal eine Verständigung mit der Türkei erzielt haben werden, unsere Beziehungen mit England wieder langsam in das normale Fahrwasser gelangen könnten. Selbst die heftigsten unserer Gegner in der englischen Presse haben niemals davon gesprochen, dass die Annexion rückgängig gemacht werden könne. An dem Principe, dass die Änderung eines Vertragsverhältnisses auf irgend eine Weise durch einen internationalen Beschluss legalisiert werden müsse, wird man hier festhalten. Mit diesem Factum muss gerechnet werden; eben so mit dem Wunsche, das jung-türkische Régime zu stützen. Interesse für Serbien und Montenegro bestand hier zu Anfang so gut wie gar nicht und es ist nur nach und nach durch die lange Dauer unserer Verhandlungen etwas herangewachsen. Das Gefühl, das mir jetzt in politischen Kreisen vorzuherrschen scheint, und das mir auch von der City berichtet wird, ist, dass jedermann die Krise herzlich satt hat und nur ein Ende wünscht, welches eine Beruhigung herbeiführt, die den Businessleuten gestattet, wieder Geschäfte zu machen. Ernste Besorgnisse hört man darüber aussprechen, dass so viel Zeit verstreicht, bevor eine Lösung gefunden wird und man berechnet die Wochen, die uns von der

Jahreszeit trennen, zu welcher kriegerische Explosionen am Balkan wahrscheinlicher werden, als während des strengen Winters. Ich möchte mir noch erlauben, schliesslich hervorzuheben, dass ich in einzelnen Meldungen und Telegrammen des uns hostilen „Daily Telegraph“ den Wunsch bemerke, eine möglichst rasche Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien hergestellt zu sehen, damit dann der Bildung einer Balkan-föderation im Einverständnisse mit der Türkei — wohl gegen uns gerichtet — nichts mehr im Wege stehe.

Mensdorff.

1) Sehr richtig. — 2) Hypocrite Argumentation und der Sandjak.

a) Vgl. n. 870, 891.

Nr. 864. Tel. an den Generalkonsul in Skutari, 8. Jan. 1909 Nr. 1 (chiffr. 9 U. 15 M. p. m.). a) Konz. (S. u. G. Macchio).

Geheim. Dieser Tage hat der Ihnen bekannte Albanienreisende und Geologe Baron Franz Nopcsa hieramts sowie im Generalstab vorgesprochen und wurde mit demselben die den Gegenstand Ihres geheimen Briefwechsels mit Baron Macchio bildende Eventualaktion erörtert. Die hiebei in Betracht kommenden vorbereitenden Schritte wurden insoweit gefördert, als es gelungen ist, die Kriegsverwaltung zur vorläufigen Bereitstellung von 5000 Mannlicher-Karabinern (Armeemodell) und von 100 Mannlicher-Schönauer-Gewehren zu bestimmen. Zugleich hat sich Baron Nopcsa, dem viele Beziehungen mit einflussreicheren Chefs in der Malissija zu Gebote stehen, bereit erklärt die von ihm schon bisher betriebene materielle Kapacitirung derselben nunmehr in grösserem Masstabe, jedoch noch immer im eigenen Namen fortzusetzen, ein Vorgang, den ich mir parallel mit den von Euer Hochwohlgeboren an die Ihnen bekannten Chefs verteilten kleinen Subventionen denke. Baron Nopcsa, welcher demnächst in Skutari eintrifft, wurde ersucht, sich mit Euer Hochwohlgeboren, um Doppelzahlungen zu vermeiden, über diese Unterstützungen zu verständigen und auch über die genauen Modalitäten und Wege zur etwaigen Einfuhr obiger Waffen und Munition, für deren Zeitpunkt ich mir die Entscheidung noch vorbehalten, ein Einvernehmen zu pflegen. Hierüber sehe ich Ihrer Berichterstattung entgegen. Zugleich ermächtige ich Euer Hochwohlgeboren dem Baron Nopcsa, wie ihm dieses hieramts zugesichert wurde, für obigen Zweck bis auf Weiteres monatlich 2500 Frs zu verabfolgen; bezüglich der für den 1. Semester l. J. zu demselben Zweck von Ihnen angesprochenen 3000 Frs, welche ich bewillige, überlasse ich es Euer Hochwohlgeboren eine vielleicht unvermeidliche Ueberschreitung nicht zu weit auszudehnen. Entsprechende Summen werden Ihnen mit separatem Reskript bei dortiger Postamtskassa angewiesen.

a) Vgl. n. 433, 449, 944, 1011, 1439.

Tel. nach Athen, 9. Jan. 1909 Nr. 5 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Tel. nach Belgrad, 9. Jan. 1909 Nr. 4 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Tel. nach Berlin, 9. Jan. 1909 Nr. 6 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Tel. nach Bukarest, 9. Jan. 1909 Nr. 6 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Tel. nach Cetinje, 9. Jan. 1909 Nr. 4 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Nr. 865. Tel. aus Konstantinopel, 9. Jan. 1909 Nr. 11 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Telegrafischen Auftrag vom 8. d. M. No. 7 soeben ausgeführt. Ich habe dem Grossvezir instruktionsgemäss gesagt, dass wir nunmehr entschlossen sind, ausser den schon bekannten Konzessionen der Pforte 2½ Millionen Pfund zu zahlen. Mir ins Wort fallend, sagte Kiamil Pascha, die österreichisch-ungarische Regierung würde sich doch vielleicht herbeilassen, 3 Millionen zu zahlen, worauf ich ihm kurz und bündig antwortete, dass die von mir namhaft gemachten Konzessionen unsere letzten Worte sind und dass, wenn die Pforte auf dieser Basis nicht verhandeln will, wir fest entschlossen sind, die Verhandlungen abubrechen, was soviel bedeuten würde, dass alle von uns bisher in Aussicht gestellten Angebote unsererseits als zurückgezogen zu betrachten wären. Ferner hob ich hervor, dass in einem solchen Falle unsere Politik gegenüber der Türkei eine andere Orientierung nehmen müsste. Auf diese entschiedene Sprache hin erklärte mir der Grossvezir: „Sie können Baron Aehrenthal melden, dass mir die Freundschaft Österreich-Ungarns mehr wert ist, als mehrere Millionen Pfund.“ Ich nahm diese Äusserung entgegen, indem ich ihm sagte: „Ich kann also annehmen, dass Sie unser Anbot, wenn auch nicht offiziell, so doch für Ihre Person annehmen.“ Kiamil Pascha bejahte dies, fügte aber hinzu, dass wir wohl dann keine Entschädigungsansprüche wegen des Boykotts stellen werden. Ich sagte sodann dem Grossvezir, dass die Sache noch eine formelle Seite habe, und setzte ihm instruktionsgemäss die Notwendigkeit auseinander, dass ein Schiedsrichter bestellt werde, welcher sich lediglich über die Frage zu äussern hätte, dass die in Bosnien gelegenen Staatswälder, für welche wir eben die Entschädigung von 2½ Millionen Pfund anbieten, Eigentum des Staates und nicht der Provinz gewesen seien. Kiamil Pascha ging sofort mit vollem Verständnis auf diesen Vorschlag ein und schlug als Schiedsrichter den bekannten hiesigen Advokaten, englischen Untertanen, Doktor Mizzi (auch Eigentümer des Levant Herald) vor. Allerdings ist Doktor Mizzi momentan von Konstantinopel abwesend, aber, wie der Grossvezir meinte, könnte vielleicht eine andere Persönlichkeit nicht schwer gefunden werden. Nachdem auch diese Frage günstig erledigt wurde, sagte ich Kiamil Pascha, dass ich seine offizielle Antwort baldigst erwarte. Der Grossvezir erwiderte, er müsse die Sache dem Ministerrat vorlegen und werde mich wenn möglich Montag nachmittags besuchen; wenn dies nicht ginge, so erwarte er Dienstag vormittags meinen Besuch, um mir die offizielle Antwort zu geben. Kiamil Pascha war sichtlich erfreut und sprach mir seinen Dank aus. Am Ende unserer Unterredung erwähnte ich, dass

der Boykott natürlich aufhören müsse, was der Grossvezir als selbstverständlich bezeichnete. Ich begab mich sodann zum Minister des Äussern, welchem ich von meiner Unterredung mit dem Grossvezir Kenntnis gab. Auch Tewfik Pascha zeigte sich hoch erfreut über diese Wendung der Dinge und sagte mir, es könne kaum einem Zweifel unterliegen, dass der Ministerrat zustimmen werde. Der Minister des Äussern sagte mir sodann vertraulich, dass serbischerseits dem türkischen Vertreter gegenüber bereits die Drohung ausgesprochen wurde, dass Serbien, falls eine Verständigung zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn zustande kommen sollte, seine territorialen Kompensationsansprüche auf Kosten des Sandschaks geltend machen und zur Unterstützung derselben Unruhen in Mazedonien stiften würde. Er habe antworten lassen, dass die Türkei fest entschlossen sei, einem solchen Ansinnen mit grösster Entschiedenheit entgegenzutreten. Dieser Mitteilung fügte Tewfik Pascha hinzu, er sei überzeugt, dass Österreich-Ungarn es nicht zugeben würde, dass Serbien einen Teil des Sandschaks bekomme. Letztere Bemerkung liess bei mir den Eindruck zurück, dass man vielleicht türkischerseits von uns gewisse Versicherungen in dieser Hinsicht verlangen werde. Auch Kiamil Pascha machte im Gespräche eine Andeutung, aus welcher ich ersehen konnte, dass auch er in Bezug auf das eventuelle Verhalten Serbiens besorgt ist. Er sagte nämlich, er glaube annehmen zu können, dass Österreich-Ungarn gewisse wirtschaftliche Aspirationen Serbiens möglichst befriedigen werde. Beide Minister versprechen sich für den Fall des Zustandekommens der Entente mit uns die besten Wirkungen auf die Verhandlungen mit Bulgarien und überhaupt auf die allgemeine politische Situation.

Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 68 Nr. 94. Vgl. n. 868, 880, 907.

Tel. nach London, 9. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Nr. 866. Tel. aus London, 9. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe heute Sir Charles Hardinge gesehen, der sich über einen Artikel des „Neuen Wiener Tagblatt“ beklagt, worin Sir Thomas Barclay als Freund des Königs bezeichnet und daraus Schlüsse gezogen werden, die Seine Majestät persönlich sehr verstimmt haben. König Eduard kennt den gedachten Herrn gar nicht oder kaum und auch die Regierung steht in keinerlei Verbindung zu ihm. Daran anknüpfend sprach Unterstaatssekretär von der heftigen Hetze, welche jetzt in der Wiener Presse gegen England geführt werde. Ich erwiderte, dies sei die natürliche Folge der feindlichen Haltung der englischen öffentlichen Meinung. Er citierte auch feindselige Sprache, die Herr Rodich im österreichischen Abgeordnetenhaus führte, ohne dass irgend jemand Einspruch erhoben hätte. Bei ähnlichen Angriffen im englischen Parlamente hätte gewiss ein Mitglied der Regierung eine so heftige Sprache gegen eine befreundete Macht als unstatthaft zurückgewiesen. Er will die Tendenz bei uns bemerken, öffentliche Meinung der Monarchie gegen England aufzuhetzen und ist von der vor-

gefassten Meinung nicht abzubringen, dass unsere Presse in auswärtigen Fragen leicht vom offiziellen Pressbureau beeinflusst werden könne. Englische Regierung, sowie englische öffentliche Meinung, habe von Anfang an — mit Recht oder mit Unrecht — unsere Aktion als Vertragsverletzung angesehen und bleibe dabei, dass eine derartige Verletzung gutgemacht werden müsse. Sonst seien aber Legenden von englischen Treibereien falsch; hiesige Regierung habe im Gegenteil zweimal und mit grösstem Nachdrucke in Belgrad zur Mässigung und Verminderung der Kriegsvorbereitungen geraten. Respekt vor internationalen Verträgen sei einmal hier in der öffentlichen Meinung festgewurzelt¹⁾ und das Misstrauen, das zum Beispiel hier bis vor Kurzem gegen Russland bestand, war basiert auf der Ansicht, dass Russland gewöhnlich ein zu elastisches Gewissen für solche Abmachungen habe.²⁾ Die öffentliche Meinung Englands hätte sich gegen jede Macht unter analogen Verhältnissen ebenso ausgesprochen, wie sie es gegen uns getan hat. Ich antwortete mit Hinweis auf seinerzeitige Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien, die hier nicht das öffentliche Gewissen erregt hätte. Er erklärte dies damit, dass Bulgarien keine Signatarmacht war. Ich hielt ihm die Eindrücke vor, die uns von Constantinopel und den Balkanländern über englische Unterstützung der gegen uns gerichteten Bestrebungen zukommen; citierte, dass Iswolsky gesagt hätte, er habe hier calmieren müssen, weil man gegen uns so aufgebracht gewesen sei; ferner, dass in allen Hauptstädten Eindruck von englischer Hostilität gegen uns zu konstatieren war, und verwies auf Neujahrsartikel des „Temps“ und überhaupt französischer Presse, die doch gewiss mehr unter englischem als unter unserem Einflusse stehe. Bezüglich der Reden im österreichischen Abgeordnetenhaus betonte ich, dass unser Auswärtiges Amt im Parlament nicht vertreten sei. Schliesslich wiederholte ich ihm, dass öffentliche Meinung bei uns wirklich verletzt und verstimmt sei und dies jetzt zum Ausdruck komme. Mit gestern abgegangenem Kourier berichte ich über Unterredung mit Herrn E. Grey und lege hiesige Pressstimmen vor, die jetzt gemässigte Sprache führen.

Mensdorff.

¹⁾ ! — ²⁾ !!

^{a)} Vgl. n. 874.

Tel. nach Paris, 9. Jan. 1909 Nr. 3 (chiff. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Nr. 867. Privatschreiben aus Paris, 9. Jan. 1909 (eing. 11. Jan.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Crozier hat eine Woche in Paris verbracht. Er hat mich nicht besucht, ich habe ihn aber zufällig getroffen. Er schien tief verstimmt zu sein, was mir erklärlich war, da ich erfahren hatte, dass Clémenceau sich über den Botschafter sehr wegwerfend geäussert und ihn zu empfangen verweigert hatte. Die Worte des Premiers lauteten: „Nous n'avons pas d'ambassadeur à Vienne, nous ne savons rien par lui et nous n'y sommes pas représentés.“ Clemenceau lässt sich leicht zu einem heftigen Ausfall hinreissen, das liegt in seinem galligen Temperament.

Ich habe Grund zur Annahme, dass das Ehepaar Guillemin hier über Crozier geschimpft hat und dass die Wirkung verschiedener an geeigneter Stelle ausgestreuter Verleumdungen sich bald eingestellt hat. Pichon hat vermittelnd eingegriffen und wurde Crozier vor seiner Rückkehr von Clemenceau empfangen. Der Botschafter erzählte, dass er sich mit dem Conseils Präsidenten ganz rein auseinandergesetzt habe und kein Misston zwischen ihnen zurückblieb. Allerdings war Clémenceau mittlerweile aus dem Var nach seinem Triumphzuge heimgekehrt und befand sich in besserer Laune als zuvor. Croziers Stelle wird von einigen okkulten Kandidaten angestrebt, daher die Intriguen ihn zu Fall zu bringen. Ich halte ihn nicht für einen hervorragenden Vertreter, er ist uns jedoch im Allgemeinen freundlich gesinnt und bei einem Wechsel würden wir kaum gewinnen. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 975.

Tel. nach Rom, 9. Jan. 1909 Nr. 6 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Nr. 868. Tel. nach St. Petersburg Nr. 8 (1), Berlin Nr. 6 (2), Rom Nr. 6 (3), London Nr. 3 (4), Paris Nr. 3 (5), Bukarest Nr. 6 (6), Belgrad Nr. 4 (7), Sofia Nr. 4 (8), Cetinje Nr. 4 (9) und Athen Nr. 5 (10), 9. Jan. 1909 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—10. Als die Monarchie sich anfangs Oktober v. J. gezwungen sah, die Annexion der bis dahin okkupierten Provinzen durchzuführen, war das Wiener Kabinett vor allem darauf bedacht, die türkische Regierung davon zu überzeugen, daß diese durch die Umstände notwendig gewordene Aktion sich keineswegs gegen das neue Régime in Konstantinopel richte und daß die k. u. k. Regierung nach wie vor großen Wert auf die Erhaltung guter und freundschaftlicher Beziehungen zu dem türkischen Reiche lege. Eben zu diesem Zwecke hat das Wiener Kabinett damals gleichzeitig den Verzicht auf alle der Monarchie im Sandschak zustehenden Rechte ausgesprochen. In den Verhandlungen, die seither mit der Pforte geführt wurden, um dieselbe zur Anerkennung des durch die Allerhöchste Proklamation vom 5. Oktober v. J. geschaffenen Zustandes zu vermögen, hat die k. u. k. Regierung das weitestgehende Entgegenkommen bewiesen und der türkischen Regierung für den Fall einer Verständigung wirtschaftliche Vorteile von großer Bedeutung in Aussicht gestellt. Da die Pforte diesen Anerbietungen gegenüber auf dem Standpunkte verharnte, für den Verlust ihrer nominellen Souveränitätsrechte an Bosnien und der Herzegowina eine materielle Entschädigung zu beanspruchen, die ihr in der Form der Übernahme eines aliquoten Teiles der türkischen Staatsschuld zugestanden werden sollte, hat sich die k. u. k. Regierung in eingehender Weise mit der Frage beschäftigt, ob es möglich sei, auch diesem türkischen Verlangen zu entsprechen. Die Übernahme eines aliquoten Teiles der türkischen Staatsschuld erschien der Sachlage nach von vorneherein ausgeschlossen. Die k. u. k. Regierung hat sich hingegen, von dem Wunsche geleitet, alles, was an ihr liege, zu tun, um die bestehenden Kontroversen mit der Türkei zu bereinigen und dadurch der Sache des Friedens zu dienen,

entschlossen, der türkischen Regierung zum Ersatz für den Verlust ihrer wenn auch bloß formalen Souveränitätsrechte den Betrag von 2¹/₂ Millionen türkischer Pfunde als Kaufpreis für die in Bosnien und der Herzegowina gelegenen staatlichen Güter unter der einzigen bloß formalen Voraussetzung anzubieten, daß diese Güter durch ein schiedsrichterliches Gutachten ihrer Natur nach auch wirklich als staatliche anerkannt würden. Markgraf Pallavicini hat am 8. 1. Mts. die Instruktion erhalten, sich in dem vorstehenden Sinne dem Großvezier gegenüber auszusprechen.

1. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Information und zur Regelung Ihrer Sprache.

2. Euer Exzellenz wollen von dem Vorstehenden dem Herrn Reichskanzler Mitteilung machen und hinzufügen, daß wir ihn von dem definitiven Ergebnisse unserer Verhandlungen mit Konstantinopel, das, wie wir annehmen zu können glaubten, ein günstiges sein werde, in Kenntnis setzen würden.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und zur Mitteilung an Herrn Tittoni mit Rücksicht auf Ihr Telegramm vom 8. 1. Mts., No. 8.^{b)}

4. Wenn Euer Exzellenz von dem Inhalte des vorstehenden Telegrammes dem Herrn Staatssekretär oder Sir Charles Hardinge Kenntnis geben, wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß das englische Kabinett zu wiederholten Malen die Leistung einer materiellen Entschädigung an die Türkei als das geeignetste Mittel bezeichnet habe, um dieselbe zur Anerkennung der gegebenen Situation zu vermögen. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir uns auf Grund des Gesagten der sicheren Erwartung hingeben, das englische Kabinett werde das exzeptionelle Entgegenkommen, das wir der Türkei im Interesse des europäischen Friedens erwiesen, entsprechend würdigen und bei seiner Beurteilung der politischen Situation in Rechnung ziehen.

5. Euer Exzellenz wollen von dem Vorstehenden Herrn Pichon eine entsprechende Mitteilung machen und bemerken, daß die französische Regierung, die in der gegenwärtigen Krise in dankenswerter Weise tätig gewesen sei, die bestehenden Gegensätze auszugleichen, gewiß volles Verständnis zeigen werde für das namhafte Opfer, das wir im Interesse des europäischen Friedens zu bringen uns entschlossen hätten.

6. Von dem Vorstehenden setze ich Euer Durchlaucht zu Ihrer Information und zur Regelung Ihrer Sprache mit dem Ersuchen in Kenntnis, von dem Inhalte des vorliegenden Telegrammes Seiner Majestät dem Könige ehestens Mitteilung zu machen.

7.—10. Vorstehendes zu Euer — Information und zur Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 67 Nr. 93. Vgl. n. 865, 871, 872, 875, 878. — b) Berichtet folgendermassen über ein Gespräch mit Tittoni: „Il me dit: J'ai la conviction ferme que du moment que vous vous arrangerez avec la Turquie toute seule, l'affaire est réglée et qu'on n'en parlera bientôt plus. L'ambassadeur de Turquie m'a dit lui-même que, moyennant un paiement quelconque, tout pourrait s'arranger.“ „Zurückblickend auf den Anfang der Krise betonte der Minister (Tittoni), wie sehr die Haltung der englischen Presse ihm hier geschadet habe und wie auch jetzt noch die Haltung der englischen Regierung eine rein negative sei.“

Nr. 869. Privatschreiben des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 27. Dez. 1908/9. Jan. 1909 Nr. 2 (eing. 11. Jan.).^{a)} Ausfert.

Vor Allem sei es mir erlaubt Euerer Excellenz meinen ergebensten Dank für die Anerkennung meiner bescheidenen Thätigkeit zu unterbreiten, die Hochdieselben die Gewogenheit hatten, mir mittelst Chiffre-Telegramm No. 3 auszusprechen. Bei meinen Besuchen, die ich in den letzten Tagen den Herren Botschaftern abstattete, nahm ich wahr, daß Herr Isvolsky außer dem Grafen Pourtalès, dem er — wie berichtet — seine Declaration vorgelesen hatte, vielleicht keinem dieser Herren eine eingehende Mittheilung über seine Handlungsweise uns gegenüber gemacht hat. Wenn dies geschehen sein sollte, dann geschah es jedenfalls nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit, da keiner von denselben ein Wort über den Zwischenfall fallen ließ. Sir Arthur spielte so zu sagen den naiven. Herr Touchard bemerkte nur, daß ihm gegenüber Herr Isvolsky sich über das Vorgehen Euerer Excellenz beschwert habe. Der türkische und italienische Botschafter hüllten sich in receptives Schweigen. Ich hielt mich daher nicht für berechtigt, die Declaration Herrn Isvolskys zu erwähnen, sondern führte überall dieselbe Sprache, dahin gehend, daß mich die von persönlicher Animosität gegen Euer Excellenz dictirte Politik Herrn Isvolskys auf das peinlichste berühre, da dadurch die Lage eine überflüssige Verschärfung erfahre. Wenn der Herr Minister sich für berechtigt hielt, ihm nicht passende Facta zu eskamotiren, so müsse man Euer Excellenz auch das Recht zubilligen, wenn nothwendig, dieselben wieder an das Tageslicht zu fördern; mehr als das wäre mit unserem Aide-mémoire und den beigelegenen Kopien nicht gewollt gewesen; wenn dies nun Herrn Isvolsky dermassen aufrege, so frage ich mich wohl warum? Die verständnisvollste Aufnahme fanden meine Ausführungen beim Herrn französischen Botschafter. Meiner Bemerkung, daß wir berechtigt waren an letzter Stelle von der russischen Regierung so viel Schwierigkeiten zu erwarten, pflichtete er vollständig bei. Jedenfalls ist der Öffentlichkeit über unseren nunmehr rein offiziellen Interkurs mit dem hiesigen Auswärtigen Amte nichts bekannt und ich möchte nicht der Erste sein, der diesen Zustand ohne die ausdrückliche Ermächtigung Euerer Excellenz an die große Glocke hängt.

Karl Emil Fürstenberg.

^{a)} Vgl. n. 1052.

Tel. nach Sofia, 9. Jan. 1909 Nr. 4 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 868.

Nr. 870. Bericht aus Belgrad, 10. Jan. 1909 Nr. 4 C (eing. 12. Jan.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Der letzte mit der Rede des Herrn Milovanović verknüpfte Zwischenfall verleitet die Wiener Presse zu starken Ausfällen gegen England und zu der Behauptung, dass diese Macht hinter Serbien stehe und das kleine Königreich in seiner Frechheit ermuntere. Dies ist trotz eines richtigen Kernes eine arge Übertreibung. Es ist zweifellos, dass die unfreundliche Auffassung, welche Regierung und öffentliche Meinung in

England der Annexion gegenüber zu Tage legten und noch legen, in Belgrad mit grosser Genugthuung begrüsst wurde, und dass „l'appui moral“, welchen Sir Edward Grey Serbien versprach, dieses Land in seinem Wahnsinne bestärkte. Aber eine offizielle Ermunterung zu Provokationen und zu Reden, wie die letzte des Ministers des Äussern, haben die Serben von England nie erhalten. Tatsächlich knüpft auch in Serbien Niemand reelle Hoffnungen an England oder dessen Unterstützungen. Infolge der Annexion ist hier der alte Hass gegen uns in Tobsucht ausgeartet und eine hysterische Aufregung entstanden, welche Jedem, der nicht in Serbien weilt, unverständlich erscheinen mag, welche aber ohne jedwede fremde Einwirkung von Zeit zu Zeit so bedenkliche Erscheinungen, wie Milovanovičs Rede, zeitigen muss. Freundlich für uns und nützlich für Serbien ist allerdings die Haltung des hiesigen englischen Vertreters nicht, obwohl derselbe, instruktionsgemäss, wie alle meine Kollegen stets die üblichen Ratschläge zur Ruhe und Mässigung erteilt. Daneben wird aber, in Verkennung serbischer Zustände und Anlagen, so viel von Sympathie gesprochen und unzeitgemässes Interesse gezeigt, dass die Serben den Ratschlag vergessen und sich nur der freundlichen Worte erinnern. Mr. Whitehead, der erste englische Gesandte seit dem Königsmorde, kam nach Belgrad im heftigsten Momente unseres Zoll- und Kanonenkonfliktes. Den Serben war er verdächtig, da sie wussten, dass er seine ganze Erziehung und Bildung sowie sein grosses Vermögen Österreich-Ungarn, wo er seine Jugend verbrachte, respektive der Fiumaner Torpedofabrik zu verdanken hat; er und noch mehr seine mit pseudoliberalen englischen Balkankomitee-Ideen saturierte Gemahlin bestrebten sich sofort diesen Glauben Lügen zu strafen. Er wollte im Zollkonflikte den serbischen Export fördern und nach Ägypten, Malta u. s. w. lenken, und sie begann die Serben gesellschaftlich so heranzuziehen wie es hier seitens einer fremden Vertretung noch nie geschehen ist. Ich bin der Meinung, dass weder Mr. Whitehead, der sonst ein schwerfälliger Diplomat und ein behäbiger Familienvater ist, noch seine Gemahlin sich darüber Rechenschaft ablegen, welch' schlechten Dienst sie eigentlich den Serben leisten, wie sehr sie deren Grössenwahn bestärkten, und welche Deutungen ihr Benehmen zulässt und verursacht. Direkte Hetzereien gegen uns betreibt aber Mr. Whitehead gegenwärtig nicht und ich muss die eingangs erwähnten Behauptungen unserer Blätter als unrichtig bezeichnen. Bezüglich der Presse will ich noch erwähnen, dass durch einige Wochen ein intelligenter, eigens entsendeter Korrespondent der „Times“ hier weilte, welcher dieser Tage nach Konstantinopel geht. Mr. Browne suchte mich öfters auf. Wir besprachen die gegen uns so unfreundlichen Presstimmen und ich drückte meine Überzeugung aus, dass sie nicht die wahre Stimmung Englands wiedergeben, dieselbe aber für uns ungünstig beeinflussen. Mr. Browne gab mir vertraulich zu, dass dies auf ein mot d'ordre seitens des Foreign Office nach der Annexion erfolgt sei. Ich bezeichnete dies als doch jetzt nicht mehr nötig, da die englische Regierung zur Einsicht gelangt sein müsse, dass das von ihr aus dem bekannten und politisch begreiflichen Grunde so protegierte jungtürkische Régime durch unser Vorgehen nicht gefährdet würde. Hierauf erwiderte mein Mitredner,

man müsse Vieles auf die eigenartige Persönlichkeit Sir Edward Greys zurückführen. Der Staatssekretär sei in die Idee verbohrt, wir hätten den Berliner Vertrag gebrochen, und sei darüber moralisch empört. Er hat daher die Parole ausgegeben, uns so viel Unannehmlichkeiten als möglich zu bereiten (to make it as uncomfortable as possible for Austria), um uns und eventuellen Nachahmern die Lust zu nehmen, internationale, von England unterfertigte Verträge zu missachten. Auf dieselbe Ursache sei die grosse Animosität gegen die Person Eurer Exzellenz, die sich in England zeige, zurückzuführen.

Forgách.

a) Vgl. n. 852, 863, 897, 899, 916.

Nr. 871. Tel. aus Rom, 10. Jan. 1909 Nr. 10 (eing. 11. Jan. 7 U. a. m.). Entziff.

Bei einem Besuche, den mir Herr Bollati heute abstattete, habe ich ihm von dem wesentlichen Inhalte Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 von gestern Mitteilung gemacht. Derselbe war von der Sache bereits durch Konstantinopel informiert. Hiebei hat Marquis Imperiali gleichzeitig seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Türkei unser Anbot annehmen werde. Generalsekretär sieht hierin einen bedeutungsvollen Schritt auf der Bahn zum allgemeinen Einverständnis, denn ohne vorherige Einwilligung Englands würde die Türkei niemals diesen Entschluss fassen; man könne nunmehr hoffen, dass von keiner Seite weitere Schwierigkeiten erhoben werden würden. Bezüglich Kretas bemerkte Bollati, dass die intransigente Haltung der Jungtürken eigentlich für die ganze Welt eine Überraschung bedeute. Italiens temporisierende Haltung in der Frage sei der jetzigen Turkomanie Englands noch immer ungenügend. Herr Tittoni sucht sich telegrafisch zu informieren, ob tatsächlich Projekt einer Konstantinopel Reise König Eduards besteht. Bollati für seine Person scheint eher daran zu glauben.

Lützow.

Nr. 872. Tel. aus Sofia, 10. Jan. 1909 Nr. 2 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Geheim. Kabinettsdirektor Dobrovich teilte mir heute mit, sein gnädigster Herr werde mich erst in einigen Tagen, voraussichtlich aber noch vor den orthodoxen Neujahr, empfangen. Grund der Verzögerung sei der Wunsch des Fürsten, zwischen meiner Rückkehr aus Wien und meiner Audienz eine gewisse Zeit verstreichen zu lassen damit, wenn letztere doch bekannt werden sollte, das Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse nicht zu Kommentaren und Spekulationen Anlass gebe, zumal meine auffallend kurze Wiener Reise ohnehin schon viel Aufmerksamkeit erregt habe. Erhalte soeben Euer Excellenz gestriges Telegramm Nr. 4 betreffend unsere Bereitwilligkeit zur Zahlung einer Geldentschädigung an die Pforte, infolge welcher ein Arrangement mit dieser wohl ehestens zu erwarten ist. Bitte um hochgeneigte Weisung, ob hiedurch die mit geheimem Erlass Nr. 29 herabgelangten Instruktionen betreffend meine Sprache dem Fürsten gegenüber irgend welche Modifikation erleiden.

Thurn.

a) Vgl. n. 878, 879.

Nr. 873. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Jan. 1909 Nr. 12 (eing. 3 U. p. m.). Entziff.

Der rumänische Gesandte teilt mir vertraulich mit, daß ihm Achmed Riza Bey vor einigen Tagen gesagt hat, das Komitee habe die Entsendung von Delegierten in die Hauptstädte der Balkanstaaten sowie auch nach Bukarest beschlossen, welche Delegierte im Interesse der Idee des Balkanbundes unter Führung der Türkei namens der maßgebenden Faktoren Anknüpfungspunkte zu suchen hätten. Herr Papiniu will Achmed Riza geantwortet haben, daß seiner Ansicht nach diese Idee wenig Aussicht auf Verwirklichung habe. Bei dieser Gelegenheit sprach sich Achmed Riza Bey betreffend die bosnische Frage dahin aus, daß die Provinzen unter der Garantie Europas eine Art Pufferstaat zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn zu bilden hätten. Ich habe konstatiert, dass obige Unterredung einige Tage nach dem Besuche Achmed Riza Beys^{a)} bei mir stattfand; hieraus wäre ersichtlich, daß es mir nicht gelungen ist, Achmed Riza Bey zu überzeugen, daß seine Idee eine vollkommene Utopie sei.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 819.

Nr. 874. Tel. aus London, 11. Jan. 1909 Nr. 4 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm No. 3 vom 9. d. M. Heutige Blätter veröffentlichen ein offizielles Communiqué mit Bezug auf Wiener Interview des Sir Thomas Barclay, erklärend, derselbe könne nur seine persönliche Ansicht ausgesprochen haben und dass er in keiner Weise im Vertrauen des Königs oder der Regierung stehe, ferner dass Seine Majestät ihn persönlich nicht kenne.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 881.

Nr. 875. Tel. aus London, 11. Jan. 1909 Nr. 5 (eing. 12. Jan. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezugnahme auf Telegramm Nr. 3 vom 9. d. M. Ich habe eben Sie Charles Hardinge gesprochen und ihm Inhalt des Telegrammes mitgeteilt. Er nahm Nachricht mit sichtlicher Befriedigung auf und sagte mir, er habe nach den ihm von Cartwright zugekommenen ersten Meldungen darüber an Sir Edward Grey telegraphiert, der am Land ist. Sobald er Antwort von ihm erhalten, hoffe er mir eine Mitteilung machen zu können. Er schien aber nicht daran zu zweifeln, dass auch Sir Edward Grey die Nachricht eines nahe bevorstehenden Arrangements zwischen uns und der Türkei aufrichtig willkommen heißen wird. Unmittelbar vor mir war türkischer Botschaftsrat bei dem Unterstaatssekretär; ein Telegramm aus Konstantinopel an hiesige türkische Botschaft besagt, „qu'on avait presque conclu arrangement avec Gouvernement austro-hongrois.“

Mensdorff.

a) Vgl. n. 876.

Nr. 876. Tel. aus London, 11. Jan. 1909 Nr. 6 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nro. 5. Sir Charles Hardinge teilt mir spät abends mit, dass Sir Edward Grey die Aussicht eines Arrangements auf der von uns vorgeschlagenen Basis willkommen heisst und es als geeignet ansieht, ein freundliches Einverständnis mit der Türkei herbeizuführen und den Frieden am Balkan zu erhalten. Cartwright wird beauftragt, sich Euer Exzellenz gegenüber in obigem Sinne auszusprechen. Mensdorff.

Nr. 877. Tel. aus Rom, 11. Jan. 1909 Nr. 12 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Nachdem nunmehr die Bahn zur Konferenz bis zu einem gewissen Grade geebnet erscheint, möchte ich mir die ergebenste Anfrage erlauben, ob es Euer Excellenz nicht tunlich erschiene, zwischen der Haltung Italiens auf der Konferenz (beziehungsweise bei den derselben vorhergehenden Verhandlungen) und der Lösung der Universitätsfrage ein gewisses Junktim herzustellen. Wir könnten vielleicht Italien für den Fall, dass sein Verhalten ein bundestreues und nach jeder Richtung einwandfreies sein sollte, als Aequivalent die Versicherung geben, eine seine Wünsche berücksichtigende Lösung der Universitätsfrage dem Parlamente vorzulegen und mit allem Nachdrucke zu vertreten. Es scheint mir dieses ein nicht zu unterschätzendes Mittel, Italien bei der Stange zu halten. Andererseits erhielten wir für unser eventuelles Entgegenkommen in der Universitätsfrage immerhin eine Gegenleistung, die unter Umständen von Wert sein könnte. Die etwaige Einwendung, dass Italien so wie so verpflichtet ist, die Bundestreue zu halten, ist theoretisch unanfechtbar, in der Praxis aber von zweifelhaftem Werte. Sollten Euer Excellenz auf den Gedanken eingehen, wäre es selbstverständlich in unserem Interesse, die grossen parlamentarischen Schwierigkeiten, die sich der bewussten Lösung entgegenstellen, hier mit allem Nachdrucke zu betonen, unter Hervorhebung des Umstandes, dass wir eine Garantie für die Annahme der Vorlage selbstverständlich zu geben nicht vermögen. Voraussetzung des Ganzen wäre natürlich eine etwas temporisierende Behandlung der Universitätsfrage im dermaligen Stadium, die übrigens hier eher erwünscht wäre. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 886.

Nr. 878. Tel. nach Sofia, 11. Jan. 1909 Nr. 5 (chiff. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Geheim. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 10. d., No. 2. Die Euer Hochgeboren aufgetragene Aussprache mit Seiner königlichen Hoheit ist durchaus nicht unvereinbar mit den Anerbietungen, welche wir laut meines Telegrammes von vorgestern No. 4 der Pforte behufs Herstellung eines Einverständnisses gemacht haben. Wie ich in meinen Instruktionen an Euer Hochgeboren vom 3. d. M., No. 29, Geheim, betonte, soll die Ihnen aufgetragene Démarche die Verhandlungen zwischen der Türkei und der Monarchie ebensowenig als diejenigen zwischen der Türkei und Bulgarien

beeinträchtigen. Wir haben stets das Bestreben gehabt, mit der Türkei zu einem Accord zu gelangen, ebenso wie wir einer Verständigung zwischen Bulgarien und der Türkei immer das Wort geredet und die darauf gerichteten Bemühungen der bulgarischen Regierung, so auch kürzlich, in Konstantinopel unterstützt haben. Wir geben uns der Hoffnung hin, dass unsere Verhandlungen mit Konstantinopel nunmehr zu einem günstigen Resultate führen sowie dass die Pourparlers zwischen Sofia und Konstantinopel wieder aufgenommen und bald zu einem gedeihlichen Abschlusse kommen werden. Was uns betrifft, möchte ich ausdrücklich hervorheben, dass wir unserer Zusage gemäß bei unseren Verhandlungen mit der Pforte auf die Interessen Bulgariens Bedacht genommen haben, indem wir speziell mit Rücksicht auf die letzteren alle Versuche der Pforte, uns zur Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld zu bewegen, standhaft ablehnten und für unsere finanzielle Zuwendung an die Türkei eine Form wählten, welche der Stellung Bulgariens nicht präjudizieren kann. Ebenso würden wir uns dagegen aussprechen, dass die Pforte auf die Forderung des bulgarischen Tributes zurückkomme. Im Übrigen sollte die Konstatierung des Parallelismus der beiderseitigen Interessen, wie sie mir bei den in Rede stehenden Instruktionen an Euer Hochgeboren vorschwebte, sich nicht allein auf die momentane Situation beziehen, sondern auch für die fernere Entwicklung der Dinge Geltung haben. Selbst wenn eine Verständigung mit der Pforte gegenwärtig zustande kommen sollte, sind die in meinen Instruktionen zur Sprache gebrachten Eventualitäten eines Konfliktes zwischen der Monarchie und Serbien oder der Türkei und Bulgarien oder einer Koalition Serbiens und der Pforte in naher oder fernerer Zukunft nicht vollkommen ausgeschlossen; eine Aussprache über dieselben erschiene also im beiderseitigen Interesse gelegen. Euer Hochgeboren wollen sich demnach unter Berücksichtigung der vorstehenden Bemerkungen und meines Telegrammes vom 9. d. M., No. 4, in Gemäßheit der geheimen Weisung vom 3. d. M. aussprechen. Zu Ihrer persönlichen Orientierung möchte ich noch bemerken, dass es mir ganz willkommen ist, wenn Euer Hochgeboren gerade jetzt unmittelbar nach unseren letzten in Konstantinopel gemachten Anerbietungen Gelegenheit zu einer vertraulichen Aussprache mit Seiner königlichen Hoheit erhalten, um eventuellen Ausstreuungen von dritter Seite zu begegnen, als ob wir bei unserer Aktion in Konstantinopel ohne Rücksicht auf Bulgarien vorgehen würden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 882.

*Nr. 879. Tel. aus Sofia, 11. Jan. 1909 Nr. 5 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Ich komme soeben von der Audienz bei Fürst Ferdinand. Nach einer entsprechenden Einleitung, in der ich den im Erlass vom 3. d. Mts. Nr. 29. und in gleichzeitigem Privatschreiben Euer Excellenz^{b)} entwickelten Gedankengang verwertete, las ich Seiner königlichen Hoheit die mir zu diesem Zwecke übermittelte Notiz vor. Fürst folgte meinen Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit und ich hatte Eindruck, dass er nicht abgeneigt

wäre, uns auf dem Wege, welchen ihm Euer Excellenz vorzeichneten, zu folgen. Einige Schwierigkeit wird allerdings seine Abneigung vor entscheidenden Entschlüssen, sowie die immer zum Ausdruck kommende Angst vor Russland noch machen. Jedenfalls hat er sich gegen die Idee, in Pourparlers über die zukünftigen Eventualitäten mit mir einzugehen, nicht ablehnend verhalten, sondern gleich nach einem geeigneten Weg gesucht, wie dieses geschehen könnte. Seine königliche Hoheit bezeichnete von seinen jetzigen Ministern nur den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister für genügend verlässlich, um mit ihnen derartige wichtige und geheime Angelegenheiten besprechen zu können. Seine königliche Hoheit meinte auch, dass es vielleicht besser wäre, wenn ich zuerst mit Malinow in demselben Sinne, wie ich es eben ihm gegenüber getan habe, sprechen würde, damit dieser dem Fürsten, der den Unwissenden spielen würde, von unseren Anwürfen Meldung erstatte. Auf diese Weise würde Seine königliche Hoheit davon enthoben werden, seinem Ministerium gegenüber in dieser Angelegenheit eine Initiative zu ergreifen und würde daher einen leichteren Stand haben. Schliesslich sagte mir Fürst Ferdinand, er müsse sich die Sache doch noch überlegen und werde mir dann durch Herrn Dobrovič wissen lassen, wie die Angelegenheit seiner Meinung nach am besten weiter zu verfolgen wäre. Ich werde inzwischen nicht verfehlen, den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister entsprechend zu bearbeiten und vorzubereiten.

Thurn.

a) Vgl. n. 872, 882. — b) Liegt nicht vor.

Nr. 880. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Jan. 1909 Nr. 14 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Meine verabredete Besprechung mit Kiamil Pascha hat soeben stattgefunden. Der Großvezir sagte mir, er habe die Frage mit seinen Ministerkollegen besprochen und könne mir jetzt in offizieller Form die Antwort geben, daß unser Anbot seitens der türkischen Regierung angenommen ist. Was den Inhalt des Protokolles anbelange, welchen außer dem Minister des Äußern auch er zu unterfertigen wünsche, so würde dasselbe nach Ansicht Kiamils folgende Punkte zu enthalten haben: 1. Verzicht auf unsere Rechte auf den Sandjak von Novi Bazar. 2. Unsere formelle Zusage im Sinne der „Entente préalable“ betreffend die wirtschaftlichen Konzessionen. 3. Die Zusicherung der vollen Religionsfreiheit und Gleichstellung der in Bosnien und der Herzegowina lebenden Mohammedaner mit der dortigen christlichen Bevölkerung. 4. Unsere Erklärung, daß wir in Betreff des Kultusprotektorates mit der türkischen Regierung in Verhandlungen treten werden. 5. Zahlung einer Summe von 2½ Millionen türkische Pfund für die Staatsdomänen in Bosnien und Herzegowina. Türkischerseits: 6. Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Kiamil Pascha will den Entwurf eines solchen Protokolles bis nächsten Donnerstag fertig stellen und mir übergeben.^{b)} Zu Vorstehendem erlaube ich mir folgende Bemerkungen: Ad Punkt 4: Kiamil formulierte denselben zunächst in einer Weise, welche ein völliges Aufgeben unseres Kultusprotektorates involviert

hätte. Ich bemerkte hierauf, daß dies unsererseits nicht zugegeben werden und der betreffende Punkt nur so lauten könnte, daß wir geneigt sind, in Verhandlungen hinsichtlich der Ausübung des Kultusprotektorates mit der Pforte einzutreten. Ad Punkt 5: Der Großvezir wollte anfangs denselben folgendermaßen formulieren: Zahlung von 2 1/2 Millionen für „Domänen etc.“ Er meinte unter dem Etc. überhaupt alle Souveränitätsrechte. Ueber meine Einwendung, daß dies selbst vom türkischen Standpunkte aus kaum wünschenswert wäre, ließ er seine Anregung fallen. Kiamil Pascha will in seinem morgigen Exposé über unsere Verhandlungen Aufklärungen geben und rechnet darauf, ein Vertrauensvotum zu erhalten. Im Gespräche ließ er sogar die Worte fallen „pour moi le comité n'existe plus“. In der Tat hat sich in den letzten Tagen ein großer Wechsel in der hiesigen Situation vollzogen. Im Schoße des Komités sind solche Zerwürfnisse zu Tage getreten, welche die Macht desselben lahm legen. Ueber eine von mir gestellte Frage sagte mir Kiamil Pascha, daß Seine Majestät der Sultan über den Verlauf unserer Verhandlungen sehr befriedigt sei. Der Großvezir scheint über das infolge unseres Entgegenkommens in der bosnischen Frage erreichte Einvernehmen hocherfreut zu sein; er sagte mir: „Ich hoffe, daß, nachdem wir uns jetzt verständigt haben, Baron Aehrenthal mir auch in den Verhandlungen mit Bulgarien helfen wird. Wir werden unsere pekuniären Forderungen so bescheiden als möglich stellen, hingegen wünschen wir eine kleine Grenzregulierung, welche schon zu Zeiten des Fürsten Alexander zwischen Bulgarien und der Türkei in Verhandlung stand und durch welche einige mohammedanische Dörfer an das Vilajet Adrianopel fallen würden. In Betreff Serbiens ließ Kiamil Pascha die Bemerkung fallen: „Ich werde dafür sorgen, daß die Serben auch im Frühjahr ruhig bleiben.“ Er fügte hinzu, daß die Türkei in Bezug auf die serbischen Wünsche einer Eisenbahnverbindung mit der Adria möglichstes Entgegenkommen zeigen wird. Was die Frage des Schiedsspruches anbelangt, sagte mir Kiamil Pascha, daß er dieselbe als eine rein interne zwischen den beiden Regierungen betrachtet und jeden Schiedsrichter, den wir vorschlagen würden, annehmen wolle. Ich machte ihm unverbindlich den deutschen Delegierten bei der Dette publique, Herrn Testa, einen gewiegten Kenner hiesiger Rechtsverhältnisse namhaft. Ich bitte Euer Exzellenz, mich in telegrafischem Wege in Kenntnis zu setzen, ob diese Persönlichkeit genehm wäre, damit ich mit derselben in Fühlung treten könne. Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 68 Nr. 95. Vgl. n. 865, 885. — b) Die weiteren Einzelverhandlungen über die Redaktion des am 26. Feb. 1909 geschlossenen Protokolls (Drucke bei Bittner, Chronol. Verz. der österr. Staatsverträge III 599 Nr. 5336), über die Schiedsgerichtsfrage, das Kultusprotektorat, die handelspolitischen Zugeständnisse, die Kapitulationen und die Zahlungsmodalitäten für die 2 1/2 Millionen türk. Pfund u. s. f. wurden nicht aufgenommen. Vgl. auch Oe.-U. Bosnien Nr. 96, 102, 104, 105, 171, 191 und unten n. 885, 994, 1062.

Nr. 881. Tel. nach London, 12. Jan. 1909 Nr. 4 (chiff. 8 U. 45 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Telegramme Nr. 3 und 4^{b)} erhalten. Es ist mir nicht erklärlich, warum König Eduard über das von Sir Thomas Barclay dem „Neuen

Wiener Tagblatt“ gewährte Interview verstimmt ist. Wenn das Blatt ihn oder er sich selbst als Vertrauensmann des Königs bezeichnete, können wir doch nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Barclay, dessen Persönlichkeit keineswegs eine übertriebene Wichtigkeit beigemessen wurde, ist hier als verhältnismäßig objektiv denkender Publizist angesehen worden, wenn sich seine Ansichten mit den unserigen auch nicht decken. Aber irgend eine politische Bedeutung kommt seinen hier gemachten Äußerungen nicht zu. Die Anwürfe, welche Euer Exzellenz gegenüber betreffend der Haltung unserer Presse gemacht wurden, haben Sie in vollkommen zutreffender Weise beantwortet. Die Monate lange Hetze, welche in der englischen Journalistik gegen uns betrieben und in die mitunter auch die Person Seiner Majestät des Kaisers in unehrerbietigster Weise einbezogen wurde, konnte schließlich kein anderes Resultat zeitigen und mußte auch unsere Presse aus ihrer bisherigen Reserve heraus in eine erregtere Stimmung bringen. Ich kann mir auch eine Besserung dieses gewiß bedauerlichen Verhältnisses nicht versprechen, so lange hiesige englische Korrespondenten, wie z. B. der „Times“ und der „Morning Post“, ihre Blätter mit aufreizenden und unwahren Nachrichten versehen. Wenn ganz England fortfährt, bei jeder Gelegenheit unsere, in der unbedingt gebotenen Wahrung unserer Interessen unternommene Aktion als Vertragsverletzung zu stigmatisieren, so können wir uns das eben nicht bieten lassen und man darf sich in London nicht wundern, wenn man bei uns hierüber Bitterkeit empfindet. Auch der von Euer Exzellenz mit Bericht vom 11. Dezember v. J.^{c)} empfohlene Mr. Maxwell hat sich mißliebig bemerkbar gemacht, da er seinem Blatte am 23. Dezember das gerade Gegenteil der tatsächlichen Verhältnisse telegraphierte, über die er dank des Entgegenkommens der Behörden richtig informiert wurde, so zwar, daß das Reichskriegsministerium seine Ausweisung beantragt hat. Seitens der englischen Regierung ist unser nunmehr hoffentlich bevorstehendes Einverständnis mit der Türkei immer als Hauptbedingung der Besserung der zwischen uns und England bestehenden unerfreulichen Beziehungen hingestellt worden. Ich möchte mich gerne der Hoffnung hingeben, daß wir nun zu einer besseren Harmonie gelangen, habe aber nicht das Gefühl, daß wir auf dem Wege dazu sind, wenn ich bemerken muß, daß Leute wie Buxton sich in ihrer Beschützerrolle weiter gefallen und von den Kompensationen zu reden anfangen, die wir angeblich Serbien und Montenegro zukommen lassen müssen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 891, 896. — b) Vom 9. und 11. Jan. — c) Nicht aufgenommen.

Nr. 882. Bericht aus Sofia, 12. Jan. 1909 Nr. 5 (eing. 14. Jan.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Wie Euer Excellenz aus meinem gestrigen Telegramm Nr. 5 hochgeneigtest ersehen haben werden, ist meine Audienz bei Fürst Ferdinand, wenn sie auch naturgemäss nicht zu einem sofortigen greifbaren Resultate geführt hat, doch im Allgemeinen nicht unbefriedigend verlaufen und scheint mir dieselbe zu der Hoffnung zu berechtigen, dass es gelingen werde, in absehbarer Zeit das angestrebte Ziel zu erlangen, vorausgesetzt, dass bei

Fürst Ferdinand nicht schliesslich doch noch die Ihm eigene Unentschlossenheit sowie die Angst vor Russland die Oberhand gewinnen. Als ein günstiges Symptom glaube ich ansehen zu dürfen, dass Seine Königliche Hoheit meinen Deductionen über den Parallelismus der beiderseitigen Interessen durchaus zustimmte und nicht einen Augenblick die Frage in Zweifel zog, ob Er auf meinen Anwurf, betreffend Anbahnung einer Aussprache über die nächsten und weiteren Eventualitäten eingehen solle, sondern dass Er gleich die Art und Weise erwog, wie eine solche eingeleitet werden könnte. Ich glaube übrigens am Besten zu tun, wenn ich Euer Excellenz den Verlauf meiner Unterredung chronologisch schildere, damit Hochdieselben in die Lage kommen, Selbst daraus die Hochdieselben richtig erscheinenden Schlüsse zu ziehen. Seine Königliche Hoheit empfing mich sehr gnädig und bemerkte, es seien, seit Er mich zuletzt gesehen, gar viele wichtige und ernste Ereignisse eingetreten. Ich erwiderte, dass eben die Entwicklung, welche die Dinge seither genommen haben, den Anlass für die Eröffnungen gegeben hat, mit welchen Euer Excellenz mich für Seine Königliche Hoheit beauftragt haben. Ich bat Fürst Ferdinand sodann mir zu gestatten etwas weiter ausholen zu dürfen, um die Umstände naeher beleuchten zu können, aus welchen das gegenwärtige Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien sich entwickelt hat und die in ihrer logischen Folgerung schliesslich zu der Anregung führen mussten, die ich ihm Namens Euer Excellenz zu unterbreiten haben werde. Ich gieng bei meiner Schilderung von der Thatsache aus, dass die Monarchie auf der Balkanhalbinsel in erster Linie nur wirtschaftliche Ziele verfolge und politisch nur insoweit interessirt sei, als sie nicht zugeben könnte, dass dort ein Element das Uebergewicht gewinne, welches zufolge seiner irredentistischen Bestrebungen eine Gefahr für die Ruhe und für den Besitzstand der Monarchie bilden könnte. An diesem Punkte begegneten sich bereits unsere Interessen mit denen Bulgariens, welches eine Erstarkung und Ausdehnung Serbiens, die nur auf Kosten der bulgarischen Aspirationen möglich wäre, ebenfalls nicht wünschen koenne. Von diesem Punkte ausgehend, beleuchtete ich nun den in die Augen springenden Parallelismus unserer Interessen, der nicht nur in einer zufälligen momentanen Constellation, sondern in der geographischen und ethnographischen Lage seinen Ausgangspunkt habe und daher ein dauernder sein müsse. Ich schilderte sodann den auffallenden Parallelismus, der sich auch in der Entwicklung der Dinge in den letzten Monaten zwischen unserer beiderseitigen Situation ergeben habe, indem ich hiebei die im hohen Erlass vom 3. d. Mts. Nr. 29 und im gleichzeitigen Privatbriefe^{b)} Euer Excellenz mir an die Hand gegebenen Argumente verwertete. Ich gieng darüber nur insoferne hinaus, als ich auch des inzwischen erfolgten Angebotes auf Zahlung einer Entschädigung für in Bosnien gelegenes türkisches Staatsgut als Parallele zu der bulgarischerseits für Bahnen und ostrumelischen Tribut angetragenen Ablösungssumme Erwähnung that. Ich stellte nun Seiner Königlichen Hoheit vor, dass, nachdem in der Politik niemals bloss Gefühlsmomente sondern nur die eigenen Interessen massgebend seien, es nur logisch wäre, dass Staaten, welche die gleichen Interessen haben, auch im gemeinsamen Einvernehmen vorgehen.

Dies seien die Beweggründe, die Euer Excellenz veranlasst hätten, mich zu beauftragen mit Seiner Königlichen Hoheit Fühlung zu suchen. Ich schilderte sodann die Vortheile, welche für Bulgarien, nicht nur im Falle jetzt schon eventuell akut werdender Complicationen, sondern unter allen Umständen auch für Eventualitäten einer fernerer Zukunft aus einem Einvernehmen mit der Monarchie erwachsen würden, und die auch bezüglich der schwebenden Verhandlungen mit der Türkei für Bulgarien durchaus nicht gering zu achten wären. Schliesslich machte ich den Fürsten auf die Intriguen aufmerksam, die von russischer Seite gesponnen würden, um Bulgarien in eine, seinen eigenen Interessen durchaus widersprechende Richtung zu drängen, wobei es nur den Vorspann für die egoistischen russischen Zwecke bilden würde. Ich führte dann aus, dass die Versprechungen, die russischerseits zu diesem Zwecke in's Treffen geführt werden mögen, weder ernst gemeint sein können, noch auch von russischer Seite erfüllbar sind. Dies werde übrigens vom gesunden politischen Sinne des bulgarischen Volkes ganz richtig erkannt, wie aus den sich immer mehrenden, von den verschiedensten Seiten ausgehenden Kundgebungen ersichtlich ist, aus denen hervorgeht, Bulgarien wolle nicht eine seinen Interessen ferne liegende sentimentale „slavische“, sondern bulgarische Politik treiben. Wenn aber auch Seine Königliche Hoheit sich unter das russische caudinische Joch beugen wollte — Zwischenruf des Fürsten: „Ich beuge mich vor niemanden!“ — würde Ihm damit durchaus nicht gedient sein, da Er, was immer Er thue, doch mit dem russischen Groll und seinen Consequenzen zu rechnen haben werde, weshalb Er viel besser fahren und auch weit sicherer sein werde, wenn Er auf unserer Seite für Bulgarien Erfolge erringe, als wenn Er sich dem russischen Dictate unterwerfe und dadurch der Monarchie die Möglichkeit benehme, Ihn und Seine Dynastie in dem sicher zu erwartenden Falle zu unterstützen, wo Russland Ihn im geeigneten Momente fallen lassen würde. Denn, dauernde Unterstützung und Freundschaft sei schliesslich nur dort zu finden, wo gemeinsame Interessen bestehen; auf welcher Seite aber dies der Fall sei, glaubte ich hinreichend ausgeführt zu haben. Der Fürst hatte meine Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und namentlich die Andeutungen, die ich über die Ihm persönlich von Russland drohende Gefahr, sowie die Möglichkeit eventuell zwischen zwei Stühlen zu sitzen, machte, scheinen einen tiefen Eindruck auf Ihn geübt zu haben. Ich las sodann Seiner Königlichen Hoheit die mir von Euer Excellenz übermittelte Notice vor. Als ich dieselbe auftragsgemäss dahin ergänzte, dass ich für den Fall, als Oesterreich-Ungarn in einen Krieg gegen Serbien oder gegen eine türkisch-serbische Coalition verwickelt werden sollte und Bulgarien an unserer Seite stünde, schon jetzt erklären könne, dass wir gegen eine Vergrösserung Bulgariens in der Richtung von Pirot nichts einzuwenden hätten, warf der Fürst ein: „Also nur in dieser Richtung?“ Ich erwiderte, indem ich dem Fürsten nochmals den Passus der Notice vorlas, in welchem Euer Excellenz die Geneigtheit kund geben „d'échanger dès à présent des vues sur la base d'une entente destinée à assurer aux deux pays un appui mutuel en présence d'une action combinée de la Serbie et de la Turquie“. Diesen

eventuellen Verhandlungen könne ich natürlich nicht vorgreifen und sei es eben ein Zeichen ganz besonderen Vertrauens und Entgegenkommens, wenn ich schon vorher das Einverständnis meiner Regierung zu irgend einer Vergrößerung Bulgariens kundgeben durfte. Diese Bemerkung des Fürsten bestärkt mich aber in der Ueberzeugung dass, wenn es zu concreten Verhandlungen kommen sollte, eine active Mithilfe in einem eventuellen Kriege mit der Türkei seitens Bulgariens nur durch gewisse Versprechungen in der Richtung von Macedonien zu erlangen sein wird. Nachdem ich meine Lecture beendet hatte, bemerkte der Fürst, dies seien ausserordentlich interessante und wichtige Eröffnungen gewesen; man befinde sich an einem historischen Marksteine. Ich erwiderte, dass mir in der That der Moment für einen beherzten Entschluss gekommen scheine; solche Augenblicke kaemen eben in der historischen Entwicklung vor und sei es nothwendig dieselben richtig zu erfassen, um nicht zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Nach einigem Nachdenken sagte der Fürst: „Ja, aber ich bin nicht allein; ich habe mit meiner Regierung zu rechnen und da heisst es vorsichtig sein.“ „Von meinen Ministern ist nur General Nicolayeff unbedingt verlässlich — dessen Russenhass ist waschecht — und Minister-Präsident Malinoff; letzterer hat aber eine Frau, vor der man sich hüten muss. Mit diesen beiden Ministern könnte aber die Sache besprochen werden. General Paprikoff aber darf nichts davon erfahren, der ist mit Sementowsky zu liirt.“ Dann schienen dem Fürsten plötzlich Bedenken zu kommen. Er frug mich, was wohl, im Falle eines Krieges zwischen der Monarchie und Serbien, Russland machen würde? Dieses, versicherte ich Ihm, ist gegenwärtig absolut nicht in der Lage — selbst wenn es wollte — irgendwie activ einzugreifen. Das habe ja übrigens Iswolsky selbst den Serben deutlich genug gesagt. Auch kenne Russland zu gut den Inhalt unseres Bündnisses mit Deutschland, um nicht zu wissen, dass, im Falle eines russischen Angriffes auf uns, für Deutschland der casus foederis eintrete. Und mit den zwei grössten Militär-Mächten Europa's anzubandeln, werde sich Russland wohl überlegen. „Aber England!“ Dieses, meinte ich, liebt es durch andere die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, und werde sich schwerlich dazu herbeilassen, Serbien zu liebe sich in einen Krieg verwickeln zu lassen; übrigens könnte eine Action Englands höchstens für uns in der Adria unbequem sein, keinesfalls könnte es Bulgarien irgendwie angreifen. Dies schien die Bedenken des Fürsten einigermassen zu beschwichtigen und Er kam wieder auf die Frage zurück, wie unser Gedankenaustausch weiter bewerkstelligt werden sollte. Hiebei sprach Er die Meinung aus, ob nicht ich Herrn Malinoff einen entsprechenden Anwurf machen könnte, damit dieser an Ihn herantrete, und somit die Initiative seinem Ministerium gegenüber nicht vom Fürsten auszugehen scheine. Ich erwiderte, dass ich hiegegen, vom Momente, wo Er mich hiezu autorisiere, kein Bedenken erblicke und daher gerne sowohl Herrn Malinoff als General Nicolayeff entsprechend vorbereiten wolle, damit diese veranlasst werden meine Anwürfe Ihm, dem Fürsten, vorzutragen. Damit war Er vollkommen einverstanden. Schliesslich aber sagte Er mir, die richtige und zweckmässige Enmanchirung dieser Angelegenheit sei doch so wichtig, dass Er darüber noch reiflich

nachdenken müsse; Er werde mir daher in einigen Tagen, nach den Neujaufestfesten durch Herrn Dobrowitch sagen lassen, in welcher Weise Er glaube, dass die Angelegenheit am Besten weiter zu verfolgen sei. Ich habe demnach die Absicht, bevor ich selbst mit Herrn Malinoff spreche, noch einige Tage zuzuwarten, um zu sehen, welche Mittheilung mir der Fürst durch Herrn Dobrowitch zugehen lassen wird. Hingegen gedenke ich, schon jetzt durch den k. u. k. Militär-Attaché mit dem Kriegsminister etwas nähere Fühlung zu nehmen, was umso leichter ist, als Major von Hranilović nur auf die durch General Nicolayeff selbst seinerzeit gemachten Anwürfe^{c)} zurückzukommen braucht. ... *Neujahrsgratulation.* ... Thurn.

P. S. Ich erhalte soeben Euer Excellenz gestriges Telegramm Nr. 5; konnte dasselbe daher bei meiner gestrigen Aussprache mit Fürst Ferdinand nicht mehr verwerten, doch glaube ich — wie Euer Excellenz aus den vorstehenden Ausführungen entnehmen wollen — ohnehin in dem von Euer Excellenz gewünschten Sinne gesprochen zu haben. Thurn.

a) Vgl. n. 887. — b) Liegt nicht vor. — c) n. 771.

Nr. 883. Erlaß nach Tokio, 12. Jan. 1909 Nr. 120.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Die Ereignisse der letzten Monate, deren Zeuge Euer Exzellenz während Ihrer Tätigkeit im k. u. k. Ministerium des Aeufßern waren, haben das politische Bild Europa's nicht unwesentlich verändert. Während wir gezwungen waren, die Politik der Verständigung mit Russland und des einheitlichen Vorgehens mit diesem Reiche in allen Balkanangelegenheiten zu verlassen, hat Herr Iswolsky eine Anlehnung an die Westmächte gesucht und gefunden. Der Gegensatz, der zwischen Großbritannien und Deutschland schon seit langem bestand, hat sich in der jüngsten Orientkrise auch in einer gewissen unfreundlichen Haltung der englischen Politik uns gegenüber manifestiert; diese charakteristische Haltung des englischen Kabinetes ist schließlich nicht ohne Einfluss auf Italien geblieben, wo man mit einiger Ängstlichkeit bemüht war, die bundesfreundliche Haltung des Alliierten nicht in einen Gegensatz zu der anglophilen öffentlichen Meinung Italiens zu bringen. Dem ferner stehenden Beobachter möchte es nun scheinen, dass sich speziell die politische Lage der Monarchie infolge der früher erwähnten Fluctuationen einigermaßen verschlechtert habe; dieser irrthümliche Eindruck wird umso stärker sein, wenn die Wirkung der Distanz noch durch entsprechend einseitig gefärbte Informationen unterstützt wird. Es ist Euer Exzellenz bekannt, dass die politische Prognose für die Monarchie gerade in der letzten Zeit eine erheblich günstigere geworden ist. Wir stehen aller Wahrscheinlichkeit nach vor einer Verständigung mit der Türkei, aus England werden uns Symptome eines freundlicheren Einlenkens gemeldet, seitens Italiens ist eine direkt feindselige Haltung nicht zu erwarten und Frankreich fährt fort, in einer uns sympathischen Weise für die Ausgleichung der noch bestehenden Gegensätze tätig zu sein. Ein Umstand aber ist es vor allem, der jeder pessimistischen Beurteilung der gegenwärtigen europäischen Lage und allen Befürchtungen um die Bewahrung

des europäischen Friedens entgegengehalten werden kann, und das ist das feste und erprobte Zusammenstehen der beiden europäischen Zentralmächte, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Euer Exzellenz werden meinen Intentionen entsprechen, wenn Sie in Ihren Unterredungen mit den japanischen Staatsmännern auf die unerschütterliche Festigkeit unseres Bundesverhältnisses mit Deutschland mit allem Nachdrucke hinweisen und die militärischen Machtmittel entsprechend beleuchten, die den beiden verbündeten Regierungen zur Verfügung stehen und ihren Entschlüssen die Achtung Europa's sichern. Angesichts der Tatsache, dass die 97er Entente mit Russland nunmehr der Geschichte angehört und unsere Wege sich am Balkan wieder getrennt haben, wird man in Japan aller Voraussicht nach mit einem österreichisch-russischen Konflikt als mit einer Möglichkeit rechnen, die sich in absehbarer Zeit verwirklichen könnte. Euer Exzellenz wissen, dass wir aus mannigfachen schwerwiegenden Gründen eine russische Aggression weder für bevorstehend noch selbst überhaupt für wahrscheinlich halten. Hochdieselben können sich also in diesem Sinne dem japanischen Auswärtigen Amte gegenüber vernehmen lassen. Sie können hinzufügen, dass uns ein eventueller russischer Angriff eben wegen der Stärke, die die deutsch-österreichische Machtgruppe darstelle, auch keine Besorgnis einflösse. Für Japan, dem es gelungen sei, seine militärische Superiorität Russland gegenüber zu dokumentieren, ergäbe sich im Falle eines deutsch-österreichisch-russischen Krieges die Gelegenheit, seine Interessen an der pazifischen Küste, die dort in keinem Punkte mit jenen der europäischen Zentralmächte kollidierten, entsprechend wahrzunehmen. Ich überlasse es dem bewährten Takte Euer Exzellenz, die vorstehenden Andeutungen dem Herrn Minister des Äußern gegenüber in vertraulicher Weise und in jenem Momente fallen zu lassen, wo Ihnen die Atmosphäre für derartige diskrete Eröffnungen genügend vorbereitet erscheint. Bei Ihren bezüglichen Unterredungen mit dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Japans werden Euer Exzellenz in dem gleichen gedanklichen Zusammenhange auch erwähnen können, dass das Wiener Kabinett, wie schon aus der dem hiesigen japanischen Botschafter am 19. Dezember v. J. mitgeteilten Notiz^{b)} hervorgehe, die Nachricht von dem erfolgten Abschluss eines Arrangements zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in welchem Arrangement die gegenseitige Respektierung des chinesischen Besitzstandes ausgesprochen worden sei, mit besonderer Befriedigung begrüßt habe. Dieses Arrangement schließe in der Tat die Möglichkeit von Konflikten zwischen beiden Teilen wegen eines eventuellen Eingriffes in chinesisches Territorium aus, Konflikten, aus denen naturgemäß nur das russische Nachbarreich zu profitieren vermöchte. Wir müssten es daher auch als im eminenten Interesse Japans gelegen bezeichnen, dass es gegebenen Falles seine territorialen Aspirationen mehr in nördlicher Richtung zu befriedigen suche. Indem ich diesen kurzen Überblick abschließe, will ich nicht versäumen, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass es äußerst dankenswert wäre, wenn Hochdieselben die bereits von Ihrem Herrn Amtsvorgänger unternommenen Versuche fortsetzten, orientierend auf die japanische Presse einzuwirken, die, soweit es

sich um Verhältnisse und Ereignisse in der k. u. k. Monarchie handelt, ausschließlich auf fremde, zumeist mißgünstige Informationsquellen angewiesen ist. Wenn Euer Exzellenz sich veranlasst sehen würden, mir Vorschläge über die Art und Weise zu unterbreiten, wie durch eine Unterstützung Ihrer bezüglichen Bemühungen unsererseits diesem Übelstande tunlichst abgeholfen werden könnte, würde ich dieselben dankend entgegennehmen und nach Möglichkeit trachten, sie zu berücksichtigen. Aehrenthal.

^{a)} Nach Berlin mit Erlaß vom 14. Jan. Nr. 161 zur Verständigung des deutschen Reichskanzlers mitgeteilt. Vgl. n. 1483, 3659. — ^{b)} Nicht aufgenommen.

Nr. 884. Tel. aus Berlin, 13. Jan. 1909 Nr. 9 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär sagte mir heute, Baron Marschall telegraphiert, dass im ganzen diplomatischen Korps in Konstantinopel infolge der türkischerseits erfolgten Annahme des österreichisch-ungarischen Angebotes grosse Zufriedenheit herrscht. Graf Wolf Metternich meldet aus London, Sir Charles Hardinge habe ihn versichert, dass auch englische Regierung diese günstige Wendung mit aufrichtiger Freude begrüße. Englischer Botschafter in Konstantinopel sei angewiesen, Annahme unserer Propositionen bei der Pforte lebhaft zu befürworten. Hoffentlich werde nunmehr auch ein Arrangement zwischen der Türkei und Bulgarien nachfolgen. In diesem Falle sei eigentlich der Zusammentritt einer Konferenz überflüssig. Offiziell werde zwar englische Regierung nach wie vor für das Zustandekommen einer Konferenz eintreten, er sei aber persönlich der Ansicht, dass es unter den gegebenen Verhältnissen jedenfalls wünschenswerter wäre, wenn diese unterbliebe. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 901.

Nr. 885. Tel. nach Konstantinopel, 13. Jan. 1909 Nr. 12 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Ich habe die telegrafische Meldung Euer Exzellenz vom 12. 1. M. No. 14 unverzüglich zur Kenntnis unseres Allergnädigsten Herrn gebracht und bin beauftragt, Euer Exzellenz für die zielbewußte und unermüdliche Tätigkeit, die Hochdieselben im Interesse der nunmehr glücklich erfolgten Verständigung mit der Türkei entwickelten, die Allerhöchste Anerkennung auszusprechen. Indem ich Euer Exzellenz zu dem erzielten Erfolge wärmstens und unter dem Ausdrucke meines herzlichsten Dankes für Ihre so werthätige Unterstützung beglückwünsche, ersuche ich Sie, auch dem Großvezir zu sagen, daß mich die Nachricht von dem zustimmenden Beschlusse des Ministerrathes mit lebhafter Befriedigung erfülle und daß ich der sicheren Hoffnung sei, die Bande traditioneller Freundschaft, die uns mit dem türkischen Reiche verbänden, würden sich nun neuerdings kräftigen und stärken. . . . *Redaktionsfragen (Anm. b zu n. 880).* . . . Was schließlich den Schiedsspruch anbelangt, wäre ich mit der Wahl Herrn Testas vollkommen einverstanden und können sich Euer Exzellenz in dieser Richtung definitiv äußern. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 894, 902.

Nr. 886. Erlaß nach Rom, 13. Jan. 1909 Nr. 134.a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. In dem Telegramme No. 12 kommen Euer Exzellenz abermals auf die Universitätsfrage und zwar diesmal mit der Anregung zurück, zwischen der Lösung dieser Frage und der Haltung Italiens auf der Konferenz ein gewisses Junktim herzustellen. Ich bedauere auf diesen Antrag nicht eingehen zu können, zunächst deshalb nicht, weil wir die Regelung dieser Angelegenheit nicht als eine Gefälligkeit für Italien betrachten und angesehen wissen wollen. Was die österreichische Regierung in dieser Frage vorzukehren für notwendig befindet, tut sie in der Erfüllung der Pflicht, für die Ermöglichung des Hochschulunterrichtes in allen Landessprachen Sorge zu tragen, nicht aber in der Erwartung, hiefür Gegengefälligkeiten von Italien zu erlangen. Was nun die Konferenz anbelangt, so sind wir bekanntlich von allem Anfange der Ansicht gewesen, daß die Annexion eine zwischen uns und der Türkei zu regelnde Sache sei. In konsequenter Festhaltung an diesem Standpunkte haben wir nun schon gar nach erfolgtem Einverständnis mit der Pforte kein besonderes Interesse an dem Zusammentritt der Konferenz, wenn wir demselben auch keine Schwierigkeiten bereiten wollen. Und noch viel weniger Interesse hat die Türkei daran, die besorgten müßte, einige ihr unerwünschte Fragen zur Erörterung gelangen zu sehen. Die Haltung Italiens auf der Konferenz durch irgendwelche Opfer zu beeinflussen, erscheint mir nicht erforderlich, denn abgesehen von den Italien durch das Bundesverhältnis auferlegten allgemeinen Rücksichten hat Herr Tittoni dieser Haltung in einem uns günstigen Sinne bereits durch sein an mich gerichtetes Schreiben vom 4. Oktober präjudiziert, welches ich Euer Exzellenz mit Telegramm No. 89 vom 6. Oktober auszugsweise mitgeteilt habe. Ich habe noch immer genug Vertrauen zu ihm, um nicht annehmen zu wollen, daß er sich der damals gemachten Zusicherungen ent schlagen werde. Ich glaube, daß Euer Exzellenz die Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu Italien überschätzen, wenn wir den italienischen Wünschen in der Universitätsfrage Punkt für Punkt nachgekommen wären. Gewiss wäre im Falle der Verlegung der Hochschule nach Triest die Stellung des Herrn Tittoni momentan befestigt worden — andererseits wäre diese äußerste Nachgiebigkeit von der uns feindlich gesinnten Seite als ein Erfolg der auf uns ausgeübten Pression angesehen worden und keinesfalls hätte ich mir davon eine dauernde Änderung der Gesinnungen der italienischen öffentlichen Meinung versprechen dürfen. Aber selbst im gegenteiligen Falle hätte ich, was Euer Exzellenz nicht genügend zu berücksichtigen scheinen, in dieser Angelegenheit nicht weiter gehen können, als ich gegangen bin. Ich habe die österreichische Regierung veranlaßt, dieselbe ernstlich in Angriff zu nehmen und sie einer Regelung zuzuführen. Die Art dieser Regelung ist eine nur zwischen der Regierung und dem Parlamente zu verhandelnde Frage, deren Lösung sich ausschließlich nach den parlamentarischen Verhältnissen, auf die mir kein Einfluß zusteht und den damit gegebenen Möglichkeiten richten kann. Darum muß ich, so lebhaft ich auch den Wunsch hege, mit Italien in den besten Beziehungen zu bleiben, die Hochschulfrage, was meine Ingerenz

betrifft, als definitiv abgeschlossen ansehen und auch Euer Exzellenz ersuchen, sie nicht mehr zum Gegenstand Ihrer Besprechungen mit Herrn Tittoni zu machen.

^{a)} Vgl. n. 888.

Nr. 887. Tel. aus Sofia, 13. Jan. 1909 Nr. 6 (eing. 14. Jän. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Bei heutiger Unterredung mit Kriegsminister brachte der k. u. k. Militärattaché die seitens Euer Excellenz in Aussicht genommenen Anwürfe vor. General Nikolaieff ging auf das Thema bereitwilligst ein und bezeichnete es von seinem Standpunkte für höchst opportun, die günstigen Dispositionen Österreich-Ungarn's zur Herbeiführung einer Entente raschestens auszunützen. Es sei hiebei jedoch grösste Vorsicht geboten, namentlich dürfe der russophile Minister des Äussern nichts davon erfahren. Was seine in Betracht kommenden Kollegen anbelangt, so werde seiner Ansicht nach der Grad der Geneigtheit zu einem Abkommen mit der Monarchie zum nicht geringen Teil davon beeinflusst sein, ob sich die Situation für Bulgarien mehr oder weniger kritisch gestalte. Er müsse aber sagen, dass die Bereitwilligkeit Österreich-Ungarn's, der Türkei eine finanzielle Abfindung zu gewähren, hier einen ungünstigen Eindruck gemacht habe, da man nun befürchtet, dass die Türkei in ihren Forderungen gegen Bulgarien jetzt noch hartnäckiger sein werde. Major von Hranilovicz trat dieser Auffassung sofort mit der Bemerkung entgegen, dass, nachdem die Türkei uns gegenüber von der Forderung auf Anteilnahme an der Staatsschuld zurückgetreten sei, sie auch von Bulgarien aus diesem Titel keine Zahlung fordern könne. Übrigens sei die k. u. k. Regierung bereit, letzteres in Konstantinopel oder vor einer Konferenz gegen zu weit gehende und ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Prätionen in Schutz zu nehmen. Der Kriegsminister führte des weiteren aus, die anzustrebende Entente müsse einerseits unbedingt von den hiesigen Parteiwechseln unabhängig gemacht werden, daher nicht blos in einem Regierungsabkommen bestehen, anderseits müsse die Person des Herrschers entsprechend gedeckt sein. Deswegen schwebte ihm — General Nikolaieff — der Abschluss einer Militärkonvention vor, durch welche allen in Betracht kommenden Momenten Rechnung getragen würde. Schliesslich erklärte er dem Militärattaché, er werde bei der nächsten passenden Gelegenheit seinem Allergnädigsten Herrn — ohne von seiner Unterredung mit Major Hranilovic Erwähnung zu tun — Vortrag halten und ihn auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam machen, eine Aussprache mit der k. u. k. Regierung behufs Anbahnung einer konkreten Entente ehestens anzustreben. Thurn.

^{a)} Vgl. n. 882, 889, 893, 895.

Nr. 888. Tel. aus Berlin, 14. Jan. 1909 Nr. 10 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr von Schoen sagte mir heute, Fürst Bülow gebe sich der Hoffnung hin, dass der Konferenzgedanke unter den gegebenen Verhältnissen von

allen Mächten schliesslich fallen gelassen werde. Dennoch sei es nicht ausgeschlossen, dass eine oder die andere Macht auch ferner auf der Einberufung einer Konferenz bestehen werde. Reichskanzler bleibe dabei, dass Deutschland nur in dem Falle an der Konferenz teilnehmen könnte, wenn vorher das betreffende Programm ganz genau festgestellt und wenn als Ort der Konferenz keinesfalls die Hauptstadt einer Grossmacht in Aussicht genommen werden würde. Übrigens sei in dieser Angelegenheit, so versicherte mir Herr von Schoen, für die deutsche Regierung die Auffassung des k. u. k. Kabinetts massgebend. Herr von Tschirschky ist beauftragt, sich Euer Exzellenz gegenüber im obigen Sinne auszusprechen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 886, 901.

*Nr. 889. Bericht aus Bukarest, 14. Jan. 1909 Nr. 4 (eing. 17. Jan.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Die Nachbarschaft mit Bulgarien (in der Dobrudscha sogar eine etwa unbequeme Nachbarschaft, um das Geringste zu sagen) und verschiedene damit im Zusammenhange stehende politische Erwägungen (darunter in erster Linie die Expansionsbestrebungen des rührigen und temperamentvollen Nachbarn gegen Macedonien hin ebenso wie der fortwährende Druck, den Rumänien als kleiner Nachbar des grossen Russland fühlt) lassen es ganz natürlich erscheinen, daß die Aufmerksamkeit Rumäniens stets auf Sophia gerichtet ist. Uneingestandener Maßen geschieht dies immer mit einem gewissen Unbehagen, mit einer gewissen Nervosität. Dieses Unbehagen wächst, wenn dabei das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Bulgarien in Betracht kommt. Daß die große gedankenlose und schreiende Masse der Nationalisten von der Sache Nichts erwähnt, scheint mir ein Beweis mehr, daß es sich da wirklich um Etwas handelt, worauf von unserer Seite geachtet werden muß. Aber selbst die maßgebenden Kreise scheuen sich die Sache zu berühren. Was man nicht gerne ausspricht, das sitzt eben meistens am Tiefsten. Auch ich habe mir erlaubt die Sache in meiner Berichterstattung (über die Stimmung in Rumänien uns gegenüber) für den Schluß aufzuheben. Ob Fürst Ferdinand bei Seinem Besuche in Budapest^{b)} zur Unabhängigkeitserklärung ermuntert wurde, darüber ist mir, wie ich nicht erst zu sagen brauche, nicht das Geringste bekannt, aber ich kann wohl ohne Übertreibung hinzufügen, daß es keinem rumänischen Politiker als irgendwie zweifelhaft erscheint. Mir hat man direct nicht davon gesprochen, aber ich habe es aus Andeutungen leicht und oft heraushören können. Wahrscheinlich hatte man hier zugleich das Gefühl, daß wir damals — ohne die hiesigen maßgebenden Kreise vorher zu verständigen — Bulgarien über die voraussichtliche neutrale Haltung Rumäniens beruhigt haben. Ein Nicht-Rumäne, der zur Zeit als die Annexion noch Etwas Neues war, von mir à tout prix herausbringen wollte, ob wir den Fürsten Ferdinand wirklich encouragiert hatten, formulierte Obiges, wie mir scheint ganz richtig, wie folgt: On avait ici à Bucarest le sentiment que vous aviez — pour ainsi dire — disposé de la Roumanie. Rumänien scheint in seinem Bestreben, uns für die Zukunft die Wahl zwischen ihm und

Bulgarien zu seinen Gunsten leicht zu machen, ein durchaus correctes, loyales und wie mir scheint praktisches Mittel anzuwenden: Es verstärkt seine Armee. Der k. u. k. Militär-Attaché, welchem ich das Urtheil in dieser Hinsicht überlassen muß, sagt mir, Rumänien werde in 4—5 Jahren stärker sein als Bulgarien und zwar um so mehr, als Letzteres in jüngster Zeit bekanntlich weit über seine Mittel gerüstet habe. Schönburg.

a) Vgl. n. 184, 887, 973, 1103. — b) Vgl. n. 87.

Nr. 890. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Jan. 1909 Nr. 19 (eing. 15. Jan. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Der Großvezir sagte mir heute, er habe Maßnahmen getroffen, damit das Löschen unserer Schiffe in den Häfen des Reiches gesichert werde. Er hoffe, daß dieselben bereits in aller nächster Zeit mit Erfolg durchgeführt werden können und der Boykott dann überhaupt zu Ende gehen werde.

† Pallavicini.
a) Vgl. n. 896, 908.

Nr. 891. Tel. nach London, 14. Jan. 1909 Nr. 6 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 8. d. M., No. 2 A. Die Bemerkungen, zu denen mir Ihre Unterredung mit Sir Edward Grey Anlass bietet, decken sich im Wesentlichen mit den Ausführungen meines Telegrammes No. 4.^{a)} Ich begrüße es, dass der Staatssekretär von Ihren Darlegungen mehr impressionirt schien, als bei früheren Anlässen. Befremdend finde ich dagegen, dass auch Sir E. Grey selbst Redewendungen gebraucht wie „man müsse den slavischen Gefühlen etwas Rechnung tragen“ und von der Besorgniss in den beiden serbischen Staaten gesprochen hat, dass die Monarchie sich doch mit weitem Expansionsplänen trage. Ich billige die Sprache, die Euer Exzellenz dem Staatssekretär gegenüber geführt haben. Speciell mit Bezug auf die zuletzt angeführte Äußerung Sir E. Greys hätten Euer Exzellenz vielleicht hinzufügen können, dass die Rückgabe des Sandschaks wol das schlagendste Dementi aller Expansionsbestrebungen unsererseits bilde und dass die Geschichte der sechzigjährigen Regierung unseres Allergnädigsten Herrn eine Gewähr dafür biete, dass es uns durchaus ferne liege, gegen die kleinen Nachbarstaaten im Südosten aggressiv vorzugehen. Aehrenthal.

a) Vom 12. Jan.

Nr. 892. Tel. aus London, 14. Jan. 1909 Nr. 8 (eing. 15. Jan. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eben Sir Charles Hardinge gesprochen, der mir heute früh einen Ausschnitt des hiesigen Daily Express und Wiener Telegramme schickte, worin Artikel der Mittag-Zeitung reproduziert wird, in dem König Eduard ein „gekrönter Agent provocateur“ genannt und auf das heftigste angegriffen wird. Ich versicherte den Unterstaatssekretär, dass jedermann in Wien gewiss einen derartigen persönlichen Angriff auf den König in

diesem übrigens ganz unbedeutenden Blatte sehr bedauern würde. Ich erinnerte ihn bei diesem Anlasse aber an gewisse Artikel, die in hiesiger Presse im Laufe der letzten Wochen erschienen sind und zitierte ihm solche, die auch die Person unseres Allergnädigsten Herrn berührten. Er erklärte, dass, wenn dies geschehen sei, er es auf das tiefste bedauern würde, dass ihm aber keine Angriffe gegen Seine k. u. k. Apostolische Majestät in englischen Blättern unter die Augen gekommen wären. Er war sehr gereizt und steht unter dem Eindruck, dass die Angriffe gegen England in unserer Presse von offizieller Seite begünstigt werden. Er betonte, dass Wiener Blätter noch fortwährend Nachrichten darüber bringen, dass England Serbien gegen uns aufreize, Boykott angeraten und Verständigung zwischen uns und der Türkei hintertrieben habe, obwohl englische Regierung in Belgrad zur Ruhe gemahnt und sowohl in Konstantinopel als in Wien Befriedigung über bevorstehende Einigung ausgesprochen habe, wovon bei uns keine Notiz genommen werde. Er sagte mir, dass, wenn dies fortginge, der englischen Politik solche Motive in unserer Presse zugeschrieben und besonders die Person des Königs angegriffen werde, man hier offiziell davon Notiz nehmen müsste. (Ganz privat und persönlich gab er mir zu verstehen, dass eventuell sogar an eine Abberufung des britischen Botschafters von Wien gedacht werden könnte.) Eine Weisung an Cartwright, die vorstehenden Beschwerden bei Euer Exzellenz zur Sprache zu bringen, scheint vorläufig nicht ergangen zu sein, weil dies einen offizielleren Charakter haben würde, als die Konversation des Unterstaatssekretärs mit mir. Wenn mit Rücksicht auf die frühere Sprache der hiesigen Presse — die in letzter Zeit gemässigter ist — die Vorwürfe Sir Charles Hardinges gewiss übertrieben und ungerecht sind, so würde ich doch unvorgreiflich meinen, dass eine Zurückweisung der Angriffe gegen den König im Fremdenblatt einen sehr günstigen Eindruck haben könnte, etwa so, dass „die persönlichen Angriffe auf König Eduard lebhaft bedauert und zurückgewiesen werden, wie gewiss auch in London jeder Mangel an Ehrfurcht für die Person unseres Allergnädigsten Herrn entschieden verurteilt würde.“ Es schiene mir sehr bedauerlich, wenn durch Pressrekrinationen die Beziehungen verbittert würden, welche jetzt nach Verständigung zwischen uns und der Türkei sich im Gegenteil verbessern sollten, wozu entschieden Anzeichen vorhanden waren. Ich habe dagegen protestiert, dass die k. u. k. Regierung für Pressaktionen verantwortlich gemacht werden könne; Sir Charles Hardinge verharnte aber bei seiner Ansicht, dass, wenn auch natürlich der Artikel in der Mittagszeitung nicht inspiriert ist, doch der allgemeine Ton unserer Presse von amtlicher Seite angegeben wird und er bemerke, dass in diesem Tone eine Abnahme der Hostilität gegen England nicht zu verzeichnen ist, sondern eher das Gegenteil, so dass es den Eindruck einer systematischen Campagne machen müsse. Sir E. Grey ist auf dem Lande, wahrscheinlich bis zum 25., so dass ich leider nicht mit ihm sprechen kann. Streng vertraulich. Zur Beurteilung der hiesigen Informationen über unsere Presse glaube ich Euer Exzellenz eine Bemerkung, um deren Geheimhaltung ich bitte, nicht vorenthalten zu sollen, die Lord Northcliffe neulich machte: „In jeder Zeitungsredaktion Deutschlands und Österreich-Ungarns habe

ich jemanden, der mir berichtet.“ Northcliffe, besser bekannt unter dem Namen Harmsworth, ist Besitzer einer sehr grossen Anzahl englischer Zeitungen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 896.

Nr. 893. Bericht des Militärattachés in Sofia, Majors Oskar von Hranilović-Czvetassin an den Chef des Generalstabs, 14. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. mit Bericht aus Sofia, 15. Jan. 1909 Nr. 8).^{a)} Abschrift.

Geheim. ... Ausführliche Wiedergabe der in n. 887 gemeldeten Unterredung. ... Am Tage der oben gemeldeten Unterredung hatte ich auch ein Gespräch mit dem Chef des General-Stabes, in dessen Verlauf ich ihn wieder über seine Meinung bezüglich eines Anschlusses an Österreich-Ungarn sondirte. General Nazlumoff äusserte sich ganz unumwunden: „Eine Entente mit der Monarchie würde bei uns sehr gerne gesehen. Wenn Österreich-Ungarn erklärt, dass es Macedonien nicht für sich beansprucht, dann ist der Anschluss gesichert; ohne diese Gewissheit aber schwerlich.“ Natürlich habe ich höchst beruhigend erwidert. Hranilović.

a) Vgl. n. 895.

Nr. 894. Bericht aus Konstantinopel, 15. Jan. 1909 Nr. 3 B (eing. 20. Jan.).^{a)} Ausfert.

Seit unseren letzten Propositionen an die Pforte in der Annexionsfrage haben sich, soweit ich erfahren konnte, meine Collegen bei Kiamil Pascha zu Gunsten des Zustandekommens eines Einvernehmens zwischen uns und der Türkei verwendet. Ganz bestimmt weiß ich dies in Bezug auf meine Collegen von Deutschland, Frankreich und Italien. Marquis Imperiali sagte mir, er habe von Herrn Tittoni telegraphisch den Auftrag erhalten, den Großvezir anlässlich unseres letzten Angebotes zu beglückwünschen, was natürlich den Rath in sich schließt, das Anbot anzunehmen. Aber auch der englische Botschafter gab mir zu verstehen, daß er gleichfalls am letzten Montag Kiamil Pascha nahe gelegt habe, sich mit uns zu verständigen. Sir Gerald Lowther erzählte mir dies in folgender Weise: „Ich habe den serbischen Gesandten beim letzten Diplomatenempfang im Wartezimmer des Großvezirs getroffen. Herr Nenadovitsch sprach mir die Befürchtung aus, daß Marquis Imperiali und Herr Zinoview, die eben auf der Pforte waren, Kiamil Pascha den Rath geben dürften, die Proposition der oesterreichisch-ungarischen Regierung anzunehmen. Ich antwortete ihm, daß ich das auch vermüthe und die Absicht habe, dasselbe zu thun.“ Was Herrn Zinoview anlangt, habe ich von anderen Collegen gehört, daß auch er dem Großvezir den persönlichen Rath ertheilt hätte, unser Anbot nicht abzuweisen. Die Unterstützung meiner Collegen in der Frage war allerdings nicht entscheidend, nachdem Kiamil Pascha schon zwei Tage früher im Principe angenommen hatte; immerhin glaube ich aber, daß es zur Charakterisierung der Lage interessant ist, die Haltung der Vertreter der übrigen Großmächte in dieser Angelegenheit zu constatiren. Pallavicini.

a) Vgl. n. 885.

Nr. 895. Bericht aus Sofia, 15. Jan. 1909 Nr. 8 (eing. 18. Jan.).^{a)} Ausfert.

Geheim. . . . Ausführliche Wiedergabe der in n. 887 gemeldeten Unterredung . . . Aus den Äusserungen General Nicolajeff's verdient meiner Ansicht nach noch ein Moment besonders hervorgehoben zu werden, welches auch im Gespräche Major von Hranilović's mit dem Chef des Generalstabes, General Nazlumoff, hervortrat. Ich meine hiemit die hier trotz Allem noch immer nicht völlig ausrottbare fixe Idee, dass Oesterreich-Ungarn doch selbst Aspirationen auf Mazedonien erheben könnte. Wenn durch eine in die geplanten Vereinbarungen aufzunehmende kategorische Erklärung dieser Fabel ein für alle Male ein Ende gemacht werden könnte, würde einer der hauptsächlichsten Gründe für das in weiten hiesigen Kreisen gegen die Monarchie immer wieder zum Ausbruch kommende Misstrauen beseitigt werden. Gestern abends suchte mich Herr Dobrovitch auf, um den Dank seines gnädigsten Herrn für die Neujahrswünsche der k. u. k. Regierung zu überbringen. In dem sich hieran schliessenden Gespräche nahm ich die Gelegenheit wahr, um ihn zu fragen, ob Fürst Ferdinand ihm von seiner letzten Unterredung mit mir gesprochen habe. Herr Dobrovitch bejahte dies und sagte mir, Seine Königliche Hoheit werde mir in einigen Tagen eine diesbezügliche Mittheilung zukommen lassen. Jedenfalls werde es nothwendig sein, auch die Regierung, d. h. zum Mindesten den Minister-Präsidenten, irgendwie in's Vertrauen zu ziehen. Näher habe Sich Seine Königliche Hoheit noch nicht ausgesprochen. Ich glaube jedenfalls, die vom Fürst Ferdinand in Aussicht gestellte Mittheilung abwarten zu sollen, ehe ich irgendwelche weitere Schritte, insbesondere Herrn Malinoff gegenüber unternehme, zumal ja durch die Aussprache des k. u. k. Militär-Attachés mit General Nicolajeff, welch' letzterer die Angelegenheit ohnehin selbst beim Fürsten anregen will, das Terrain entsprechend präparirt ist.

Thurn.

^{a)} Vgl. n. 893, 904.

Nr. 896. Tel. nach London, 16. Jan. 1909 Nr. 7 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Hinsichtlich der mit Telegramm No. 8 gemeldeten Recriminationen Hardinges kann ich mich auf die Ausführungen meines Telegrammes No. 4 berufen. Ich bedauere es gewiss lebhaft, wenn hiesige Blätter König Eduard persönlich angreifen, wie dies jüngst in der hier wenig beachteten „Mittagszeitung“ geschah, mit der wir gar keine Beziehungen unterhalten, was schon daraus hervorgeht, dass sie mich wiederholt angegriffen hat. Wir stehen der Presse gegenüber auf demselben Standpunkte wie die englische Regierung; auch bei uns ist das Recht der freien Meinungsäusserung gewährleistet und eine effective Censur nicht vorhanden. Wenn ich aber meinen Einfluss geltend mache, geschieht es im Sinne einer friedlichen Ausgleichung der bestehenden Gegensätze und in diesem Sinne habe ich auch in der Polemik mit den englischen Blättern eingewirkt. Daher wollen Euer Exzellenz den Verdacht, als ob die gegenwärtige Presscampagne von hier aus geleitet würde, auf das bestimmteste zurückweisen. Die lange zurück-

gehaltene Erregung unserer Presse ist angesichts der Haltung vieler englischer Blätter durchaus verständlich und wird nicht weichen, so lange die Sprache der englischen Presse sich nicht wesentlich ändert. Die Gereiztheit, welche Hardinge über diese Controverse kundgiebt, ist sehr deplacirt. In meinem Telegramm No. 4 habe ich von Angriffen auf unsern Allergnädigsten Herrn gesprochen. Ich will hier nur zwei herausgreifen. In den „Illustrated London News“ wurde Er mit Fürst Ferdinand als the two Monarchs dargestellt, who tricked Europe. Das unerhörteste aber leistet die Monatsschrift „The near East“. Euer Exzellenz wollen sich das Decemberheft derselben beschaffen, den mit „Francis Joseph“ überschriebenen Artikel Hardinge vorlegen und ihn fragen, ob er je etwas annähernd ähnliches über König Eduard in der österreichischen Presse gefunden hat. Ich bin nicht geneigt, wegen einiger abfälliger Bemerkungen der hiesigen Presse mein Bedauern auszusprechen, weil von englischer Seite nichts geschieht, um die unflätigsten Beschimpfungen S. M. des Kaisers abzuwehren. Die günstige Aufnahme, welche nach Ihren Meldungen unser Accord mit der Türkei bei den massgebenden Persönlichkeiten gefunden hat, befriedigt mich sehr und ich hoffe, dass unsere fernerer Verhandlungen mit der Pforte von Seiten Englands unterstützt werden. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne aussprechen und dabei betonen, dass man im foreign office einsehen muss, wie unbequem mir unter den obwaltenden Verhältnissen die bestehende Presshetze ist und wie sehr ich deren Beilegung wünsche, die aber nur erfolgen kann, wenn die englische Presse ihre feindselige und aufhetzende Sprache einstellt. Zu Ihrer streng persönlichen Information füge ich bei, dass Cartwright sich durch seine verhetzende Berichterstattung aus München seinen Ruf gemacht hat. Ich besorge, dass er diese Thätigkeit hier fortsetzen und durch Signalisierung von für England unfreundlich lautenden Journalstimmen ungünstig auf die Dispositionen im foreign office einwirken wird.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 903.

Nr. 897. Bericht aus Belgrad, 17. Jan. 1909 Nr. 7 C (eing. 19. Jan.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Seitdem der glückliche Abschluss unserer Verhandlungen in Constantinopel zu erhoffen war, sprach mein englischer Kollege öfters zu mir von der Nützlichkeit auch Serbien zu beruhigen. Er frug mich, indem er territoriale Kompensationen als ausgeschlossen bezeichnete, welche wirtschaftliche Konzession wir Serbien anbieten könnten. Ich verhielt mich ziemlich wortkarg und verwies auf die bekannte Rede Euer Excellenz in den Delegationen, also auf die Donau-Adria Bahn und die Donaukommission. Vorgestern besuchte Mr. Whitehead mich — und wie ich höre, gegen seine Gewohnheit, auch mehrere andere Kollegen — um die Möglichkeit, Serbien zu befriedigen, neuerlich zu besprechen und erwähnte speziell den eventuellen bosnischen Bahnanschluss bei Višegrad, Garantierung des serbischen Transits auf dieser Linie und Gewährung eines serbischen Freilagers in Ragusa oder Metković, nach Analogie einer ähnlicher Einrichtung, die, wie er glaubt, Deutschland in Antwerpen besitzt. Der Herr Gesandte sagte mir ausdrück-

lich, seine Bemühungen erfolgten nicht (?) über Auftrag seiner Regierung, und er würde an die Serben erst nach meinem eingeholten Einverständnis herantreten. In meinen Erwiderungen drückte ich meine Hoffnung aus, dass man in absehbarer Zeit tatsächlich an die Frage der den Serben gewährbaren „*avantages économiques*“ herantreten könne; heute sei es aber noch verfrüht in Belgrad davon zu sprechen. Der Minister des Aeussern hätte mich noch vor wenigen Tagen erweichen wollen und mich neuerlich mit dem Streifen, welcher Serbien und Montenegro verbinden sollte, gelangweilt. Ich hätte ihm artig aber bestimmt geantwortet, wir wären doch wahrlich beide zu beschäftigt, um auch nur eine Stunde über unrealisierbare Chimären zu verlieren. Für ein wirtschaftliches Anbot sei Serbien heute noch nicht reif; dasselbe würde, wie der doch ruhige und angesehene Chef der Progressisten, der ehemalige Minister-Präsident Novaković in seiner Skupština-Rede vor 14 Tagen sagte, „Oesterreich-Ungarn in's Gesicht zurückgeworfen werden.“ Dieser Ansicht pflichtete der englische Gesandte bei. Er meinte, wir müssten noch einige Wochen warten und ersuchte mich, sobald es mir möglich scheine, mit ihm neuerlich Rücksprache zu pflegen. Wie Euer Exzellenz also geneigtest ersehen wollen, verhielt ich mich den englischen Anwürfen gegenüber recht kühl. Die Lage kann sich täglich ändern. Vorläufig ist sie aber tatsächlich noch nicht geklärt und sind die Serben noch nicht genug „mürbe“ geworden und von ihrem bosnischen Wahnwitz noch befangen. Ein Schritt unsererseits würde heute nur missverstanden werden. Euer Exzellenz werden es zu bestimmen haben, wann der Versuch einer beruhigenden Demarche in Belgrad zeitgemäss sein wird. Dann werden wir aber keiner englischen Mediation oder Protektion bedürfen.

Forgách.

a) Vgl. n. 870, 919.

*Nr. 898. Tel. nach Konstantinopel, 17. Jan. 1909 Nr. 16 (chiff. 3 U. 45 M. p. m.).*a) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 14. d. M. No. 19: Ich habe mit Befriedigung von der Erklärung des Großvezirs Act genommen, daß er Maßnahmen getroffen habe, damit das Löschen unserer Schiffe gesichert und der Boykott überhaupt beendet werde. Wie auch Euer Exzellenz aus verschiedenen Konsularmeldungen bekannt, ist eine Abnahme des Boykotts bisher jedoch nicht zu konstatieren. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, bei der Pforte auf diesen Umstand hinzuweisen und auf die baldigste und energische Durchführung der vom Großvezir zugesagten Maßregeln hinzuwirken.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 69 Nr. 97. Vgl. n. 908.

*Nr. 899. Tel. aus Belgrad, 18. Jan. 1909 Nr. 27 (eing. 12 U. p. m.).*a) Entziff.

Laut Meldungen der Blätter soll die serbische Note über die bosnische Frage und deren Einfluss auf die Existenzbedingungen Serbiens und Montenegros demnächst an die Mächte abgehen. Ich habe diese beab-

sichtige Note mit meinem Bericht No. 4 B vom 10. d. M.^{b)} Euer Exzellenz signalisiert. Laut damaliger Aussage des Ministers des Äussern würde sie auf dem Gedankengange seiner Rede aufgebaut sein und eigentlich das für die Konferenz bestimmte serbische Memorandum darstellen. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 70 Nr. 98. Vgl. n. 870, 909. — ^{b)} Nicht aufgenommen, da Inhalt im wesentlichen oben wiedergegeben. Über die Rede des serb. Ministers des Äußern vgl. n. 833.

Nr. 900. Privatschreiben Kaiser Franz Josef I. an den deutschen Kaiser Wilhelm II., 18. Jan. 1909.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Es hat mir zur lebhaftesten Freude gereicht, die Abordnung des^{b)} Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regimentes empfangen zu können, die Du die Gnade gehabt hast, zur Feier meines sechzigjährigen Inhaberbildäums nach Wien zu entsenden. Ich danke Dir aus vollstem Herzen für diesen neuen Beweis Deiner warmen Freundschaft. Ebenso wie ich jede Gelegenheit mit Genugtuung begrüße, die mich mit dem ausgezeichneten^{c)} Regimente zusammenführt, erblicke ich in der Anwesenheit der Kaiser Franz-Grenadiere in Wien das Symbol unserer engen Freundschaft und der innigen Zusammengehörigkeit unserer Armeen. Du hast, mein teurer Freund, am 11. Jänner im Kreise der Herren des Regimentes in Worten meiner gedacht, die ich mit tiefster Rührung vernommen habe. Du kannst überzeugt sein, dass ich die Gefühle, denen Du in so beredter Weise Ausdruck gabst, mit der gleichen Herzlichkeit erwidere: Meine Armee und ich stehen unerschütterlich zu Dir, heute und in der Zukunft, in guten und in bösen Tagen. Ich kann den Anlass dieses Schreibens nicht vorübergehen lassen, ohne mit wärmster Befriedigung und aufrichtigster Erkenntlichkeit der werktätigen Unterstützung zu gedenken, die uns Deine Regierung in der gegenwärtigen Orientkrise hat zuteil werden lassen. Diese Krise ist gewiss nicht so sehr wegen der formellen Veränderungen entstanden, die wir an der Rechtslage der neuangegliederten Provinzen vorzunehmen gezwungen waren; ich habe vielmehr den Eindruck, dass man die Gelegenheit benützen wollte, um den Versuch, uns zu entzweien, in einem besonders günstigen Momente zu wiederholen. Die Enttäuschung darüber, dass dieser Versuch so gänzlich misslungen ist, und die Beziehungen zwischen unseren Reichen, wenn dies irgend möglich war, nur noch inniger gestaltet hat, wird sicherlich keine geringe sein. Wie Du weisst, haben wir uns^{d)} entschlossen, der Pforte für den Verlust der nominellen Hoheitsrechte an Bosnien und der Herzegowina eine materielle Zuwendung anzubieten; die Pforte hat diesen Vorschlag angenommen und wir nähern uns, wie ich hoffe, mit diesem Schritte nach vorwärts wieder einer Klärung unseres Verhältnisses zu der Türkei und der Wiederherstellung der alten freundschaftlichen Beziehungen. Diese günstige Wendung wird gewiss in Deinem Reiche mit sympathischer Genugtuung begrüßt werden. Wenn sich also die Wolken auch zu lichten beginnen, die in der letzten Zeit den politischen Horizont beschatteten, so ist der Ausblick in die Zukunft doch noch kein völlig sorgenfreier geworden. Der russische Minister des Äussern fühlt sich durch die politischen Massnahmen meiner Regierung persönlich getroffen und ist bestrebt, sich eine Revanche

zu holen. Er beeinflusst durch unzuverlässige Informationen Kaiser Nikolaus, der, wie ich die Überzeugung gewonnen habe, nur mehr durch die Brillen Iswolsky's sieht. In dem letzten Briefe, den er an mich gerichtet, ^{e)} schlägt der Zar einen sehr alarmierenden Ton an; er weist darauf hin, dass meine Regierung angeblich militärische Vorkehrungen treffe, die darauf schliessen liessen, dass wir uns auf einen Konflikt mit den Balkanstaaten vorbereiteten; sollte ein solcher Konflikt tatsächlich ausbrechen, so würde dies nicht nur eine grosse Erregung der Gemüter auf der Balkanhalbinsel, sondern auch in Russland zur Folge haben; Kaiser Nikolaus lenkt in diesem Zusammenhange meine Aufmerksamkeit auf die schwierige Lage, in der er sich in einem solchen Falle befinden würde, und schliesst mit den Worten, dass Gott eine solche Eventualität, welche den guten Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Russlands ein Ende setzen und einen allgemeinen europäischen Krieg heraufbeschwören müsste, verhüten möge. Ich gedenke, auf diesen Brief, der sich im übrigen zum grössten Teile als eine Polemik gegen die auswärtige Politik meiner Regierung darstellt, nur kurz zu antworten. Die Schlussapostrophe Kaiser Nikolaus' berührend, werde ich feststellen, dass er über die Natur unserer militärischen Massnahmen, die einen ausschliesslich defensiven Charakter besässen, in einem grossen Irrtum befangen sei; die Vergangenheit bürge dafür, dass der Politik der Regierung, die mein Vertrauen geniesse, jeder Gedanke eines Angriffes gegen unsere unruhigen südlichen Nachbarn fern liege. Nur wenn sich Serbien und Montenegro zu Verletzungen unseres Gebietes oder zu offenbaren Insulten hinreissen liessen, würden wir zu einem entscheidenden Schlage ausholen. Ich könnte aber schon jetzt selbst für diesen Fall erklären, dass wir die Unabhängigkeit Serbiens und Montenegros nicht antasten würden und keine territorialen Erwerbungen auf Kosten dieser Länder anstreben.

^{a)} Laut Telegramm aus Berlin vom 23. Jan. 1909 Nr. 12 (eing. 24. Jan. 9 U. a. m.) dem deutschen Kaiser vom Botschafter am 23. Jan. in persönlicher Audienz überreicht. Vgl. n. 920, 926, 961. — ^{b)} Von Kaiser Franz Josef eigenhändig verbessert statt „meines“. — ^{c)} Desgl. statt „meinem stolzen“. — ^{d)} Desgl. statt „hat sich meine Regierung“. — ^{e)} n. 822.

Nr. 901. Erlaß nach Berlin, 18. Jan. 1909 Nr. 225.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm vom 14. I. M., Nr. 10, habe ich erhalten. Herr von Tschirschky hat sich mir gegenüber in dem von Euer Exzellenz angekündigten Sinne ausgesprochen und hiebei die Bedingungen, von welchen Fürst Bülow eine Beteiligung Deutschlands an der Konferenz, falls diese überhaupt zustande kommen sollte, abhängig mache, dahin präzisiert, daß sämtliche Signatarmächte an derselben teilnehmen, daß die Kabinette im Wege eines Meinungsaustausches hinsichtlich aller wichtigen Programmpunkte zu einem endgiltigen Einverständnis gelangen, welches durch die Konferenz nur mehr registriert und sanktioniert würde und schliesslich, daß als Sitz für die Konferenz keinesfalls die Hauptstadt einer Großmacht gewählt würde. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, daß auch wir gegebenenfalls unser Erscheinen auf der Konferenz von den

gleichen Voraussetzungen abhängig machen werden. Hiebei habe ich bemerkt, daß es mir am zweckmäßigsten schiene, da Herr Tittoni nicht mehr den Wunsch hege, daß die Konferenz in einer italienischen Stadt zusammentrete,^{b)} wenn eine Stadt in einem kleineren Staate, z. B. in der Schweiz, ins Auge gefaßt würde. Was den Konferenzgedanken selbst betreffe, so sei derselbe bekanntlich nicht von uns ausgegangen. Durch die wohl unmittelbar bevorstehende Einigung zwischen uns und der Türkei sei allerdings eine unerläßliche Vorbedingung für unsere Beteiligung an einer Konferenz erfüllt. Andererseits hätten wir wohl kaum eine Veranlassung, auf deren Realisierung besonderen Wert zu legen; wir teilten vielmehr bis zu einem gewissen Grade die von Fürst Bülow seinerzeit gehegten Bedenken, daß auf der Konferenz der Versuch gemacht werden könnte, Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu majorisieren, wenn auch die erwähnten Vorbehalte, welche wir hinsichtlich unserer Beteiligung an derselben machten, eine gewisse Garantie gegen solche Versuche bieten dürften. Nach der in Euer Exzellenz Telegramm vom 13. I. M. Nr. 9 erwähnten Meldung des Grafen Wolff-Metternich aus London schiene nun auch die englische Regierung der Auffassung zuzuneigen, daß die Konferenz eigentlich überflüssig werde. Ein besonderes Interesse an dem Konferenzgedanken — so fuhr ich fort — dürften fernerhin wohl nur Rußland und Italien bekunden, welche sich vielleicht der Hoffnung hingäben, auf einer Konferenz gewisse eigene Wünsche zu realisieren. Was die Türkei betreffe, von welcher ja der Konferenzgedanke in Bezug auf Bulgarien ausging, so wäre zu erwarten, daß, wenn sie, wie wir es wünschten, zu einem direkten Einverständnis mit der bulgarischen Regierung gelange, nach den schlechten Erfahrungen, die die Pforte schon wiederholt gemacht habe, den Zusammentritt einer Konferenz lieber vermieden sehen möchte, auf der sie abermals unangenehme Ueberraschungen zu erleben Gefahr liefe. Andererseits aber könne ich nicht verhehlen, daß die türkischen Staatsmänner bei den Verhandlungen, die wir jetzt mit der Pforte hinsichtlich gewisser wirtschaftlicher Fragen führten, der Konferenz in ganz bestimmter Weise Erwähnung getan hätten. Euer Exzellenz wollen sich der dortigen Regierung gegenüber im Sinne der vorstehenden Ausführungen aussprechen und hiebei betonen, es gereiche mir zu hoher Befriedigung, daß die Kabinette von Wien und Berlin auch in der Konferenzfrage fortdauernd im engsten Einvernehmen stünden.

a) Vgl. n. 911, 931. — b) Vgl. n. 696.

Nr. 902. Privatschreiben aus Konstantinopel, 18. Jan. 1909 (eing. 20. Jan.).^{a)} Ausfert.

Die Anerkennung, welche meine Thätigkeit an Allerhöchster Stelle und auch bei Euer Excellenz gefunden hat, wird mir ein neuer Ansporn sein, in dem Kampfe, den ich hier seit Monaten zu führen habe, auszuharren. Ich hoffe, ihn in kurzer Zeit glücklich zu Ende führen zu können. Immerhin werden wir aber noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben. ... Redaktionsfragen (Anm. b zu n. 880) ... Kjamil Paschas Stellung

ist wohl heute im Parlament eine starke, er besitzt aber nicht die völlige Unterstützung des Comités, welches ihm gerade in dieser Frage Schwierigkeiten machen könnte. Ein bedenkliches Zeichen ist, daß er des Boykottes noch immer nicht Herr werden konnte und daß die Leute, die an der Spitze dieser Bewegung stehen, vorläufig die Waffen nicht niederlegen wollen. Meiner Ansicht nach sollten wir uns also mit dem Faktum, daß die Türkei ihren Protest ausdrücklich zurückzieht und die Annexion, wenn auch nicht in ganz klaren Worten, doch in der That anerkennt und somit auf ihre Souveränitätsrechte verzichtet, begnügen, und uns nicht an Worte klammern. Die Hauptsache wäre meiner Ansicht nach, die Angelegenheit so rasch als möglich abzuwickeln. Erstens könnten fremde Intriguen uns noch Schwierigkeiten bereiten und zweitens — und dies ist glaube ich das wichtigste — müssen wir den Moment benützen, wo Kjamil Pascha noch Herr der Situation ist. Bei den hiesigen Verhältnissen kann man nicht dafür gut stehen, wie lange dies noch währen wird. Hilmi Pascha, wenn er auch Nachfolger Kjamils werden sollte, würde mir weit weniger Vertrauen einflößen. Es scheint mir, daß Generalconsul Rappaport in Bezug auf Hilmi Pascha etwas zu optimistisch war. Überhaupt hat nichts meine Arbeit hier so erschwert als gerade die Aktion hinter den Coulissen des genannten Generalconsuls.¹⁾ Ohne diese Aktion hätte meiner Überzeugung nach der Boykott niemals die Proportionen angenommen, die er thatsächlich angenommen hat.²⁾ In Bezug auf die Frage des Schiedsgerichtes werde ich mich bemühen, den Wünschen Euer Excellenz trotz der türkischerseits diesfalls gemachten Schwierigkeiten zu entsprechen.

Pallavicini.

¹⁾ Pallavicini hat ausdrücklich zugestimmt.

²⁾ Vgl. n. 885. — ^{b)} Vgl. n. 497, 698.

Nr. 903. Tel. aus London, 18. Jan. 1909 Nr. 10 (eing. 19. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 7 vom 16. d. M. Ich habe eben Sir Charles Hardinge gesehen und im Sinne der telegrafischen Weisung gesprochen. Die Angriffe auf unseren Allergnädigsten Herrn hatte ich bereits unlängst berührt, sowohl „Illustrated London News“ als „The Near East“. Letztere nahm ich aber heute mit und zeigte sie dem Unterstaatssekretär, der seine Empörung ausdrückte und meinte, „er schäme sich als Engländer, so eine Infamie zu sehen“. Von dem Blatte selbst will er noch nie gehört haben. Unsere Konversation bewegte sich im Rahmen unserer letzten, nur war er ruhiger. Er ist von seiner vorgefassten Meinung nicht abzubringen, dass unsere Presse unschwer dazu beeinflusst werden könnte, Angriffe auf England einzustellen. Obwohl, wie er meint, hiesige Regierung keine Autorität über englische Presse habe, hätte er sich auf meine wiederholten Beschwerden hin bemüht, in privater Weise mässigend einzuwirken und glaube er, dass seit einem Monat hier nichts erschienen sei, was wir beanstanden könnten. (Tatsächlich hat sich der Ton sehr merklich gebessert.) Ich habe ihm alles, was früher hier gegen uns Verletzendes geschrieben wurde, nach Möglichkeit vorgebracht. Die Hauptbeschwerde

hier ist, dass unsere Presse Nachricht von Intervention englischen Botschafters in Konstantinopel zur Verhinderung einer Einigung zwischen uns und der Türkei verbreitet, ebenso wie dass der Boykott vom Balkankomitee organisiert wurde, ohne es zu dementieren. Auch Behauptung Vambéry's nach dieser Richtung sowie Artikel der „Neuen Freien Presse“ und analoger Artikel Friedjung's scheinen in der Einbildung des Foreign-Office auf Inspiration vom Ballplatz zurückgeführt zu werden. Ich stellte dies alles in Abrede. Ich habe nachher auch mit dem Privatsekretär Sir E. Greys gesprochen. Mein persönlicher Eindruck geht dahin, dass wenn unsere Presse nach und nach Angriffe auf England einstellt — je früher desto besser — und in den Diplomaten-Gesprächen in Wien und hier möglichst wenig darauf zurückgekommen wird, die Rekrimationen vergessen werden dürften. Dauern die Angriffe in unserer Presse fort, so befürchte ich einen Wiederbeginn schärferer Sprache hiesiger Blätter, was zu endloser Polemik und Verbitterung führen würde, die mit Rücksicht auf die noch bestehenden Verhandlungen zwischen den Mächten sehr zu bedauern wäre.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 916.

*Nr. 904. Tel. aus Sofia, 18. Jan. 1909 Nr. 8 (eing. 19. Jan. 8 U. a. m.), a)
Entziff.*

Geheim. Nachhang zu meinen gehorsamsten Berichten vom 12. d. M. Nr. 5 geheim und vom 16. d. M. Nr. 8^{b)} geheim. Soeben verlässt mich Herr Dobrovich, der mich namens seines gnädigsten Herrn ersuchte, nunmehr mit einer entsprechenden vorsichtigen Andeutung an Herrn Malinow heranzutreten, dass Seine königliche Hoheit es nach reiflicher Ueberlegung für unerlässlich halte, dass die Initiative zu den auf Herbeiführung der anzustrebenden Entente hinzielenden Pourparlers ihm gegenüber von seinem Ministerpräsidenten ausgehe und nicht umgekehrt. Inzwischen werde er (Dobrovich) im höchsten Auftrage diesen in geeigneter Weise auf meine Eröffnungen vorbereiten und ihm zu erkennen geben, dass Seine königliche Hoheit von meinem Schritt unterrichtet sei. Auf diese Weise werde Herr Malinow in die Lage kommen, dem Fürsten über die Angelegenheit Vortrag zu halten und dann werde man sehen, in welcher Weise sie weiter zu verfolgen sei. Herr Dobrovich erwähnte noch, dass, wie er bestimmt wisse, der Kriegsminister der Idee sehr günstig gegenüber stehe; er werde daher diesem nahelegen, mit dem Ministerpräsidenten die Sache zu besprechen, wodurch letzterer nur günstig beeinflusst werden könne. Da morgen und übermorgen hier wieder Feiertage sind, wird es mir kaum möglich sein, Herrn Malinow vor Donnerstag zu sprechen. Thurn.

a) Vgl. n. 905. — b) n. 895.

*Nr. 905. Privatschreiben aus Sofia, 18. Jan. 1909 (eing. 20. Jan.), a)
Eigenh. Ausfert.*

... Ausführliche Wiedergabe der in n. 904 gebrachten Meldungen ... Ganz unbeeinflusst werden aber die hiesigen massgebenden Leute von

unserem Arrangement mit der Türkei doch nicht bleiben. Es wäre jedenfalls angesichts einer gewissermassen unmittelbar drohenden kriegerischen Verwicklung leichter gegangen, den Fürst und seine Minister zum Abschlusse einer Entente zu bewegen, deren Früchte ihnen in fast unmittelbarer Nache gewunken hätte, als jetzt, wo mit dem Aufhören der unmittelbar zu einem Entschlusse draengenden Zwangslage es sich eher um einen Wechsel auf längere Sicht handelt. Ich hatte soeben eine Unterredung mit dem vor 2 Tagen von einem längeren Urlaub aus Paris zurückgekehrten Herrn Paléologue, über welche ich unter einem telegraphisch berichte.^{b)} Hier möchte ich aber auf eine Bemerkung meines französischen Kollegen hinzuweisen mir erlauben, die gewisse Beachtung verdient. Herr Paléologue sagte mir naemlich, dass bulgarischerseits in Paris in der Blume zu verstehen gegeben worden sei, dass Bulgarien sich vor übertriebenen türkischen Forderungen nicht zu beugen gedenke, dass übrigens seine Situation durchaus keine schlechte sei, wobei man habe durchblicken lassen, dass mit Oesterreich-Ungarn ein militärisches Abkommen bestehe. Herr Paléologue, dessen Meinung Herr Pichon einholte, will geantwortet haben, er werde an diese Nachricht erst glauben, wenn er das betreffende Document saehe, da dieselbe durchaus unwahrscheinlich sei, zumal Oesterreich-Ungarn kein Interesse hätte mit dem unverlaesslichen Fürsten Ferdinand ein solches Abkommen, ausser hoechstens im letzten Moment zu treffen. „C'est du chantage politique comme les Bulgares aiment à le faire“ concludirte mein französischer College. Ich pflichtete ihm selbstredend vollkommen bei, und glaube nicht, dass er von etwas Wind hat; immerhin zeigt dies, wie vorsichtig man mit den Bulgaren sein muss.

Thurn.

^{a)} Vgl. n. 917. — ^{b)} Tel. aus Sofia, 19. Jan. 1909 Nr. 9 (eing. 12 U. 40 M. p. m.). Nicht aufgenommen. Danach habe Paléologue erzählt, daß zwischen den Kabinetten von Paris, London, St. Petersburg und Rom Verhandlungen „über eine gemeinsam in Sofia zu unternehmende Démarche schweben, durch welche auf die bulgarische Regierung ein Druck zur Erreichung eines Einverständnisses mit der Türkei ausgeübt werden soll“. P. sei jedoch der Ansicht, daß „eine solche nur von einem Teil der Großmächte unternommene Pression keinen Erfolg haben werde“.

Nr. 906. Bericht aus Belgrad, 20. Jan. 1909 Nr. 8 A (eing. 22. Jan.). Ausfert.

Von dem Assentjahrgange 1908 sind die Rekruten der Kavallerie und Artillerie bereits eingerückt. Für die Rekruten der Infanterie, welche gewöhnlich erst im Monate Mai den Dienst antreten, soll die Einberufung, laut konfidentieller Nachrichten, gegen Ende Jänner erfolgen. Diese militärischen Massnahmen beweisen neuerlich, dass die massgebenden Kreise für den Winter keine kriegerische Verwicklung befürchten, dagegen die Armee, in Befolgung des von mir öfters gemeldeten Planes, für das Frühjahr möglichst fertigstellen wollen. Während des Winters soll der Jahrgang 1908 abgerichtet werden und das Heer im Frühjahr über einen Jahrgang geschulter Mannschaft mehr verfügen, als normal der Fall wäre. Der neu ernannte Kriegsminister, General Živković, hat dieser Tage die Kommandanten der 5 Divisionen nach Belgrad beordert. Seine Konferenzen mit ihnen und den Abteilungschefs des Kriegsministeriums werden von den Belgrader

Blättern pompös „Kriegsrat“ genannt. Es soll sich hauptsächlich um die Besprechung aller mit einer eventuellen Mobilisierung zusammenhängenden Massnahmen handeln. Alle diese Vorkehrungen sind vom serbischen militärischen Standpunkte aus verständlich, bestärken aber — in Verbindung mit der turnusweisen Einberufung der Reservisten, den grossen Rüstungen und Anschaffungen, den Übungen der Freiwilligen u. s. w. — die verblendete öffentliche Meinung in der Überzeugung, dass der Krieg im Frühjahr als sicher und unausweichlich zu betrachten sei. Forgách.

Nr. 907. Bericht aus Konstantinopel, 20. Jan. 1909 Nr. 5 A (eing. 23. Jan.).a) Ausfert.

Der Grossvezir hat mir heute einen Besuch abgestattet und bei dieser Gelegenheit die Hoffnung ausgesprochen, dass unsere Verhandlungen recht bald definitiv abgeschlossen sein werden. Auf eine Bemerkung von mir, dass unsere Verständigung mit der Türkei in ganz Europa einen ausserordentlich guten Eindruck gemacht hat, antwortete Kjamil Pascha: „Ja, dies ist ganz richtig, nur die Albanesen sind nicht zufrieden; sie fürchten nämlich, Serbien werde Compensationen auf Kosten des Sandjaks von Novibazar beanspruchen. Die albanesischen Deputierten haben in diesem Sinne eine Anfrage an mich gerichtet. Ich trachtete sie zu beruhigen, indem ich ihnen sagte, dass es auch nicht im Interesse Österreich-Ungarns gelegen wäre, wenn Serbien das Sandjak von Novibazar bekäme.“ Der Grossvezir fügte noch hinzu, dass die genannten Deputierten ihm nahe gelegt hätten, von uns eine Garantie für den status quo in jenem Gebiete zu verlangen. Kjamil Pascha theilte mir Vorstehendes mit, ohne irgendein Petit zu formulieren; ich hatte aber den Eindruck, dass er vielleicht später auf die Sache zurückkommen könnte. In meiner Erwiderung an den Grossvezir bemerkte ich, ich sei schon mehrfach in der Lage gewesen, ihm zu sagen, dass die Monarchie ein grosses Interesse an der Erhaltung des status quo in jenen Gegenden hat und dass wir unsere Defensivstellung, die wir dort inne hatten, gewiss nicht deshalb aufgeben hätten, um dieselbe den Serben und Montenegrinern zu überlassen. Ich benützte die Gelegenheit, um den Grossvezir darauf aufmerksam zu machen, dass wir ja, wenn wir auch vorläufig nicht davon sprechen wollen, unser Projekt der Verbindung der bosnischen Bahnen mit den türkischen keineswegs aufgeben haben. Wenn dieses Projekt verwirklicht wird, so würde schon hierin für die Türkei die beste Garantie liegen, dass dieser Landestheil nicht serbisch werde. Kjamil Pascha nahm diese Äusserung mit vollem Verständniss entgegen und sagte mir, die politische Idee, welche dem Sandjakbahnprojekte zu Grunde lag, war eine solche von hoher politischer Bedeutung, denn eben dadurch sei den russisch slavischen Aspirationen ein Riegel vorgeschoben worden. Der Grossvezir fügte noch hinzu, er habe dies bereits Euer Excellenz durch den türkischen Botschafter in Washington, Kjazim Bey, welcher kürzlich Wien passiert hat, sagen lassen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches erwähnte noch der Grossvezir, die Hauptsache sei jetzt mit Bulgarien ins Reine zu kommen. Er bemerkte, die Bulgaren würden, wie er höre, eine Summe von 120 Millionen Francs zahlen.

Er lege aber unter allen Umständen auf die von ihm ins Auge gefasste Grenzregulierung grossen Werth. Auf meine Frage, ob er diesfalls schon mit der bulgarischen Regierung in Fühlung getreten sei, antwortete Kjamil Pascha: „nicht direkt, aber indirekt.“ Ich glaube, er hat hiemit eine englische und französische Vermittlung gemeint. Auf diesem Wege habe er erfahren, dass Bulgarien einer solchen Grenzregulierung principiell nicht abgeneigt wäre, jedoch die Sache davon abhängig mache, dass keine christlichen Dörfer an die Türkei abgetreten werden. Dies dürfte eben die grössten Schwierigkeiten bieten, weil die bulgarische Regierung in den letzten Jahren gerade in den an der Grenze liegenden Dörfern Christen ansiedelte und die früher dort angesiedelten Mohamedaner im Inneren des Landes ansässig machte.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 865, 921, 937.

Nr. 908. Bericht aus Konstantinopel, 20. Jan. 1909 Nr. 5 D (eing. 23. Jan.).a) Ausfert.

Ich habe während der Verhandlungen im Laufe der vergangenen Woche absichtlich vermieden, in Angelegenheit des Boycotts neuerlich Schritte bei der Pforte zu unternehmen, um auch in diesem Stadium der Annexionsangelegenheit den Schein zu vermeiden, als ob wir uns durch die Boycottbewegung pressionirt fühlen würden. Wohl hat mir aber Kiamil Pascha seinerseits an einem der Verhandlungstage, wie ich Euerer Excellenz telegrafisch gemeldet,^{b)} diesfalls die Hinausgabe kategorischer Befehle in Aussicht gestellt. Nach Fertigstellung des Protokollsentwurfes^{c)} bin ich am letzten Montag auf die Angelegenheit beim Großvezir zurückgekommen und habe ihn um die Ergreifung energischer Maßregeln ersucht, damit der Boycott, welchem nunmehr auch nach den Begriffen seiner Instigatoren jede Berechtigung fehle, endlich aufhöre. Ich war hiebei in der Lage, mich auf Grund des hohen Telegrammes No. 16 vom 17. d. M. auf Euerer Excellenz ausdrücklichen Befehl zu berufen, um so meiner Démarche noch mehr Nachdruck zu verleihen, wobei ich gleichzeitig auf den üblen Eindruck hinwies, welchen der Fortbestand dieser Bewegung im gegenwärtigen Momente in Wien hervorrufen müsse. Kiamil Pascha erwiderte, er habe die Zeit seit vergangener Woche keineswegs verloren; er habe in der Sache mit dem Zollminister persönlich gesprochen und dem Zolldépartement auch eine neuerliche schriftliche Weisung zugehen lassen. Er vertrat hiebei abermals den Standpunkt, daß zunächst erreicht werden müßte, daß die Lösungsarbeiten seitens der hiesigen Hammalkörperschaften aufgenommen werden; deren Beispiel würde für die Provinz genügend wirksam sein. Der Zollminister selbst erklärte einem Dolmetsche der Botschaft, daß er einige Zeit brauche, bis die Hammals umgestimmt werden können, er hoffe aber, daß binnen 5—6 Tagen die Arbeiten aufgenommen werden würden. Ich fürchte, Raif Pascha gibt sich in dieser Beziehung einer Täuschung hin. Die Frage ist jetzt sozusagen eine rein finanzielle geworden. Die Äußerungen des Herrn Back in Paris betreffend eventuelle Bakschische an jungtürkische Adresse sind mir in dieser Beziehung recht verdächtig. Andererseits wird

hier in der Stadt erzählt, daß die Hammals unter Berufung darauf, daß „sie den Sieg über Österreich-Ungarn davon getragen haben“ eine halbe Million Pfund von der hiesigen Regierung verlangen! Kurz ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich befürchte, daß wir wegen Beendigung des Boycotts noch mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Ich denke bereits auch daran, daß wir wohl erklären werden müssen, vor Beendigung des Boycotts keine effective Zahlung an die Pforte zu leisten. Einstweilen setze ich natürlich meine Bemühungen ohne Unterlaß fort. Pallavicini.

Postscriptum: Soeben war der Großvezir bei mir und sagte mir, er werde die Administrativbchörden in den Provinzen anweisen, alles aufzubieten, damit dem Boycott ein Ende gemacht werde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 915. — b) n. 890. — c) Vgl. n. 880 Anm. b.

Nr. 909. Tel. aus Belgrad, 21. Jan. 1909 Nr. 30 (eing. 22. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramme Nro. 27 vom 18. dieses Monats. Minister des Äussern erwähnte mir gesprächsweise, dass das serbische Memorandum nächste Woche an die Mächte gesendet werde. Auf meine Warnung, ungehörige, feindliche Ausdrücke, wie in seiner Rede, zu vermeiden, sagte er mir, er sei darauf bedacht gewesen. Diesmal spreche er nicht zur serbischen Skupschtina sondern zu den Mächten. Da er auch hinzusetzte, dass es sich nicht wie bei der ersten Note um einen direkten Protest gegen die Annexion handelt, sondern um die Darlegung der serbischen Frage für die Mächte und für die Konferenz, so bitte ich um Instruktionen Euer Exzellenz für den Fall als das Memorandum eventuell auch mir überreicht oder übersendet werden sollte. Falls die offizielle Überreichung in den betreffenden Hauptstädten geschieht und bei den Gesandtschaften in Belgrad nur Kopien ohne Einbegleitungsnote abgegeben würden, ist meinerseits eine förmliche Zurückstellung vielleicht nicht notwendig. Wie stets sprach mir der Minister auch heute von seinem Wunsche mit uns dauerhaft gute Beziehungen zu pflegen. Ich gieng darauf nicht weiter ein, da dies nur neuerlich zur Aussprache über die unannehmbaren serbischen Forderungen geführt hätte.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 913.

Nr. 910. Bericht aus Berlin, 21. Jan. 1909 Nr. 3 A (eing. 23. Jan.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Mein französischer und mein italienischer Kollege haben — wie mir der Staatssekretär vertraulich mitteilt — in letzter Zeit wiederholt den Versuch gemacht, ihn davon zu überzeugen, wie sehr es angezeigt wäre, daß Deutschland die Initiative zu einer Intervention in der gegenwärtigen Orientkrise ergreife. Herr Cambon und Herr Pansa versicherten hiebei, daß sie, diese Frage betreffend, zwar keinen Auftrag von ihren Regierungen erhalten hätten, sie seien aber überzeugt, daß die Kabinette von Paris und von Rom die jetzige Gelegenheit mit großer Genugtuung benützen würden, um gemeinschaftlich mit Deutschland dahin zu wirken,

daß die bestehenden Gegensätze zwischen den Kabinetten von Wien, St. Petersburg und London ausgeglichen werden. Er — Herr von Schoen — habe diese Anregungen mit der allergrößten Reserve aufgenommen und beiden Botschaftern erwidert, daß die deutsche Regierung ihre bisher eingenommene Haltung zu ändern keineswegs gesonnen sei. Deutschland werde nach wie vor treu zu Österreich-Ungarn stehen und dessen Aktion unterstützen. Eine Intervention würde leicht zu Mißverständnissen Anlaß bieten und könnte — wie die Dinge stünden — mit Recht als unzeitgemäß betrachtet werden. Trotz dieser ablehnenden Antwort des Staatssekretärs ist Herr Cambon, der gestern von einem kurzen Urlaube aus Paris zurückgekommen ist, Herrn von Schoen gegenüber wieder auf den Interventionsgedanken zurückgekommen. Er wiederholte auch diesmal, er habe keinen Auftrag erhalten, doch könne er sich darauf berufen, daß er auch während seines letzten kurzen Aufenthaltes in Paris sich überzeugt habe, daß Herr Clémenceau und Herr Pichon gerade den jetzigen Augenblick für eine freundschaftliche Intervention als geeignet erachten würden. Hiezu wären nach seiner Ansicht in erster Linie Frankreich und Deutschland berufen. Das Bundesverhältnis Frankreichs zu Rußland einerseits und die intimen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits würden den gewünschten Erfolg bedeutend erleichtern. Der Staatssekretär hat, wie er mir sagte, dem französischen Botschafter auch jetzt die gleiche Antwort gegeben, wie letzthin, und insbesondere darauf hingewiesen, daß die direkte Verständigung, welche zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei nunmehr nahezu perfekt sei, nach seiner Meinung die ganze Situation günstig beeinflussen und eine Intervention der anderen Mächte wohl überflüssig machen werde. Herr Cambon hat auch mich aufgesucht und mir ebenfalls des Längeren auseinandergesetzt, daß eine Intervention, wobei ihm hauptsächlich eine Einwirkung auf Herrn Iswolsky vorschwebt, von großem Vorteile wäre. Ein diesbezügliches gemeinschaftliches Vorgehen Frankreichs und Deutschlands würde, so meint Herr Cambon, auch dazu beitragen, die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich vertrauensvoller zu gestalten, was gewiß auch Euer Exzellenz Intentionen entsprechen dürfte.

Szögyény.

a) Vgl. n. 933.

Nr. 911. Bericht aus Berlin, 21. Jan. 1909 Nr. 3 B (eing. 23. Jan.). Ausfert.

Euerer Excellenz hohen Erlass Nr. 225 d. dto. Wien 18. d. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die deutsche Regierung bleibt dabei, dass unter den gegebenen Verhältnissen eine Konferenz ganz überflüssig wäre. Sollte von Seite der einen oder der anderen Macht das Projekt eine Konferenz einzuberufen, neuerlich auf's Tapet gebracht werden, so beabsichtigt man keine Schwierigkeiten zu machen und wäre auch bereit die Konferenz zu beschicken, selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass nicht nur die k. u. k. Regierung das gleiche thut, sondern dass auch alle in Betracht kommenden Mächte sich an der Konferenz beteiligen. Auch würde die deutsche Regierung, wie sie in einem früheren Stadium dieser Angelegenheit

zu erklären Gelegenheit genommen hat, jedenfalls nach wie vor daran festhalten, dass das Programm der Konferenz in vorhinein in allen Details genau fixirt werde, da man sonst, nach hiesiger, wol sehr berechtigter Auffassung, der Gefahr unliebsamer Überraschungen zu leicht ausgesetzt wäre. Auf diese Art hofft man hier die Konferenz auf das Niveau einer Registrirungs-Conferenz herabzudrücken, welche die vorher bereits festgelegten Beschlüsse der Cabinete in Paragraphe zu kleiden und zu Papier zu bringen hätte. Was den Ort betrifft, an welchem eine solche Konferenz etwa zusammentreten sollte, ist man hier mit Eurer Excellenz vollkommen einverstanden, dass, wenn die italienische Regierung ihren Wunsch aufgegeben habe, dass die Konferenz in einer italienischen Stadt zusammentrete, für dieselbe eventuell eine Stadt in der Schweiz wie zum Beispiel Genf ins Auge gefasst werden sollte. Charakteristisch als Symptom für die Auffassung der deutschen Regierung, nach welcher eine Konferenz nicht nur überflüssig, sondern vielleicht auch besser zu vermeiden wäre, ist die mir gegenüber vom Staatssecretär geäußerte Idee, es würde vollkommen genügen, wenn die Regelung der noch in Ordnung zu bringenden Tagesfragen am Balkan den Botschaftern in Constantinopel, die sich ad hoc als Konferenz constituiren könnten, übertragen würde.¹⁾ Szögyény.

¹⁾ Wurde von mir Herrn Iswolsky in Buchlau vorgeschlagen, von diesem jedoch nicht sehr sympathisch aufgenommen. Aehrenthal.

*Nr. 912. Privatschreiben aus Berlin, 21. Jan. 1909 (eing. 23. Jan.).^{a)}
Ausfert.*

Im Laufe der letzten Tage hatte ich wiederholt Gelegenheit, Kaiser Wilhelm zu begegnen. Anlässlich der Feier des 60jährigen Jubiläums Seiner Majestät unseres Allernächsten Herrn als Chef des Kaiser Franz Garde Grenadier-Regimentes, bei dem großen Krönungs- und Ordensfeste am hiesigen Hofe, bei dem Schwarzen Adler-Ordens-Diner im kgl. Schlosse und während eines Ballfestes beim Kronprinzenpaare in Potsdam war Seine Majestät so gnädig, mich wiederholt in längere Unterredungen zu ziehen. Höchstderselbe ist, wie Er mir sagte, über die günstige Wendung, welche in unseren Verhandlungen mit der Türkei eingetreten ist, hoch erfreut. Mit aufrichtiger Befriedigung sprach Sich Seine Majestät über die demnächst zu erwartende diesbezügliche Verständigung aus und versicherte, dass auch nach Seiner Meinung nunmehr, wenn nicht in der zwölften Stunde ganz unerwartete Schwierigkeiten eintreten, der wichtigste Teil der in den letzten Monaten akut gewordenen politischen Probleme im europäischen Oriente tatsächlich als gelöst betrachtet werden könnte. Kaiser Wilhelm billigt vollkommen Eurer Exzellenz Politik, die von Anbeginn so richtig eine direkte Verständigung mit der Türkei ins Auge gefasst hatte. Es sei dies unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel gewesen, „den Quertreibereien“ Englands und Russlands erfolgreich zu begegnen. Die friedliche Lösung des Streites mit der Türkei bedeute nicht nur den besten Ausweg aus den orientalischen Wirrnissen, sondern werde auch auf die Beziehungen der Habsburgischen Monarchie zur Türkei und auch zu den anderen Balkan-

staaten die entsprechende Wirkung ausüben. Eure Excellenz hätten durch das bewiesene Entgegenkommen den jetzigen Machthabern am Goldenen Horne eine Brücke gebaut, über die eine erneute Stärkung des gegenseitigen freundschaftlichen Verhältnisses erreicht werden könne, die nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns und der Türkei, sondern auch jenen Deutschlands entspreche. Nach dieser Richtung sei die allgemeine politische Lage bedeutend geklärt und wenn auch noch manche Fragen einer Regelung bedürfen, so zweifle Er nicht daran, dass dieselben trotz der Machinationen des ränkesüchtigen Herrn Iswolsky und seiner englischen Freunde in Ordnung gebracht werden könnten. Hoffentlich werde man von der Einberufung einer Konferenz absehen; sollte es aber dennoch dazu kommen, so dürfte dieselbe nichts weiter als eine ganz formelle Bedeutung haben. Nach Meldungen, die Ihm zugekommen seien, scheint man sich in letzter Zeit in Paris für die Konferenz-Idee zu echauffieren und würde es Herr Clémenceau gerne sehen, dass ein europäischer Areopag, der über die Geschicke Europa's entscheiden soll, in der Hauptstadt der französischen Republik zusammentrete! Welche Haltung König Eduard, der Freund und Protektor Herrn Clémenceau's zu dieser Frage einnehmen werde, sei Ihm bisher unbekannt. Sir E. Grey und Sir Ch. Hardinge hätten sich dem deutschen Botschafter in London gegenüber dahin ausgesprochen, dass, wenn eine Verständigung zwischen Wien und Constantinopel zustande komme, eine Konferenz ganz überflüssig sei. Auf den bevorstehenden Besuch des englischen Königspaares in Berlin übergehend, sagte mir Seine Majestät, Er werde Seinerseits alles tun, damit der Aufenthalt der Großbritannischen Majestäten in der Hauptstadt des Deutschen Reiches sich „glänzend“ gestalte; dies werde auch gewiss der Fall sein. Ob aber dieser Besuch die gewünschten günstigen politischen Folgen nach sich ziehen werde, müsse erst die Zukunft lehren. Jedenfalls werde König Eduard Sich hier neuerdings überzeugen können, dass der mitteleuropäische unüberwindliche Block — das treue Zusammenhalten der beiden verbündeten mächtigen Nachbarmonarchien — weder jetzt noch in der Zukunft erschüttert werden könne. ... *Verhältnis zwischen Wilhelm II. und Bülow* ... Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 972.

Nr. 913. Tel. aus Belgrad, 22. Jan. 1909 Nr. 31 (eing. 8 U. p. m.).^{a)}
Entziff.

Vertraulich. Minister des Äussern sagte italienischem Gesandten, Memorandum werde im Sinne seiner Rede von den Mächten Autonomie Bosniens verlangen, damit dasselbe frei über sein Schicksal verfügen könne; ausserdem werden Existenzbedingungen für Serbien und Montenegro, das heisst deren territoriale Verbindung und freier Zugang zum Meere gefordert. Italienischer Vertreter erzählte mir, er habe mit dem Minister eine recht unangenehme Auseinandersetzung gehabt, da er ihm vorwarf, solche unmögliche Forderungen aufzustellen. Auf seine Frage, was in dem doch ganz sicheren Falle, dass von alledem nichts bewilligt werde, geschehen

würde, erwiderte Milovanović, er könne hierauf als Minister nicht antworten und nur seine private Meinung äussern, dass Serbien sich dann in einer so verzweifelten Lage befinden werde, welche die unglücklichsten Entschlüsse und Ereignisse nicht ausschliesse. Aus den Gesprächen mit meinem italienischen Kollegen entnehme ich, dass die italienische Regierung für ihr erfüllbar scheinende serbische Wünsche Unterstützung versprochen zu haben scheint und über die weitgehenden, Italien unbequemen Forderungen sehr unzufrieden ist.

Forgách.

a) Vgl. n. 909, 918.

*Nr. 914. Tel. aus Cetinje, 22. Jan. 1909 Nr. 9 (eing. 23. Jan. 9 U. a. m.).
Entziff.*

Fürst Nikolaus liess heute die Vertreter der Signatarmächte des Berliner Vertrages, ausser mir, zu sich bitten, und ersuchte sie, Folgendes an ihre Regierungen zu telegrafieren: „L'inquiétude produite ici par la temporisation de la conférence est aussi grande que justifiée. La situation militaire avantageuse au début de l'incident de l'annexion pour le Monténégro de jour en jour se modifie en sens contraire vu l'agglomération sur ses frontières de troupes autrichiennes et autres préparatifs militaires poussés avec activité. Néanmoins le Monténégro étant décidé aux dernières extrémités si satisfactions aux demandes de compensation sont refusées, la réunion de la conférence est donc de toute urgence. Son Altesse Royale me charge de transmettre à Votre Excellence sa prière de vous tenir en garde contre une proposition eventuelle de la part de l'Autriche-Hongrie de satisfaire le Monténégro par une compensation pécuniaire car une pareille compensation ne pourra d'aucune façon être acceptée par la Principauté.“ Kuhn.

Nr. 915. Tel. nach Konstantinopel, 22. Jan. 1909 Nr. 20 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Princig und Pogatscher; G. Aehrenthal).

Im Verfolg meines Telegrammes vom 17. v. M. No. 16. In der Boykottbewegung ist auch nach den letzten Konsularmeldungen keine Besserung eingetreten. Ich verweise auf die Telegramme aus Smyrna vom 17. d. No. 2, aus Trapezunt vom 19. d. und namentlich auf jenes aus Valona vom 19. d. No. 3.^{b)} Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Großvezier gegenüber mit allem Ernste und Nachdruck auf die schweren Gefahren hinzuweisen, welche sich für die Perfectionierung unseres Übereinkommens mit der Pforte ergeben würde, falls trotz der bereits erzielten prinzipiellen Einigung dem vertragswidrigen Zustand der Boykottierung unserer Schiffe und Waren nicht in der kürzesten Zeit ein Ende bereitet würde. Euer Exzellenz wollen hiebei betonen, daß über die vertragswidrige Natur des Boykotts nach den mehrfachen Darlegungen, die wir der Pforte zukommen ließen und die durch ihre Erwidernngen nicht widerlegt wurden, kein Zweifel bestehen könne. Die Unhaltbarkeit der türkischerseits wiederholt vorgebrachten Argumentation, es handle sich beim Boykott um eine private, aus nationalen Gefühlen entsprungene Bewegung, wurde durch uns kürzlich zugekommene Meldungen illustriert (Berichte aus Jaffa vom 26. v. M. No. 962 und vom

5. d. M. No. 12)^{b)} denen zufolge türkisches Militär activ eingegriffen habe, um die Ausschiffung österreichischer und ungarischer Waren hintanzuhalten. Das große Entgegenkommen, das wir bewiesen hätten und dem es zu danken sei, daß ein Accord über die schwebenden Fragen nunmehr in sicherer Aussicht steht, berechtigen uns zu der Forderung, daß die Pforte ihrerseits durch die sofortige Erlassung und energische Durchführung aller in ihrer Macht gelegenen Maßnahmen auf die rascheste Beendigung des Boykotts hinwirke. Euer Exzellenz wollen dem Großvezier kein Hehl daraus machen, daß es angesichts der schweren Opfer, welche die von uns beabsichtigten Zugeständnisse der Monarchie auferlegen, vollkommen ausgeschlossen wäre, die erforderliche Zustimmung der beiden Parlamente zu dem abzuschließenden Übereinkommen zu erlangen, wenn die wirtschaftlichen Interessen der Monarchie noch weiter durch eine dem vertragsmäßigen status quo direct widersprechende feindselige Bewegung schwer geschädigt würden, zu der gegenwärtig, wo Österreich-Ungarn und die Pforte in freundschaftlichen Unterhandlungen stehen und einem Abschlusse derselben nahe sind, jeder plausible Vorwand fehlt. Ich erhalte soeben Euer Exzellenz gestriges Telegramm No. 30,^{b)} dessen Inhalt insoferne nicht befriedigend erscheint, als die Wiederaufnahme der Löscharbeiten in Konstantinopel von der Erfüllung einer Bedingung abhängig gemacht wird, die überdies eine Schädigung österreichischer Unternehmen bedeuten würde. Eine Änderung in den Euer Exzellenz vorstehend erteilten Instruktionen tritt sonach nicht ein.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 70 Nr. 99. Vgl. n. 908, 930. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 916. Erlaß nach London, 22. Jan. 1909 Nr. 281.^{a)} Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Im Anschlusse an die telegrafische Correspondenz über die englisch-österreichische Pressfehde beehre ich mich Euer Exzellenz beiliegend gegen Rückschluss einen Bericht des Grafen Forgách^{b)} zu übermitteln, der einen interessanten Beitrag zu diesem Thema liefert. Wenn man dem darin genannten Correspondenten der „Times“, Mr. Browne, glauben könnte, so wäre Sir Edward Grey an der englischen Zeitungshetze gegen uns doch nicht so ganz unschuldig, wie er sich Ihnen gegenüber stets den Anschein giebt. Ähnliche Andeutungen sind uns übrigens auch von hiesigen englischen Zeitungsberichterstatlern gemacht worden. Wir haben denselben keinen unbedingten Glauben beigemessen und sie jedenfalls nicht zum Gegenstande von Recriminationen bei der englischen Regierung gemacht, wie dies Ihnen gegenüber von den Herrn Grey und Hardinge in Betreff meiner Haltung zur hiesigen Presse geschehen ist. Wenn seitens dieser Herrn nochmals auf die Presscampagne zurückgekommen werden sollte, können Euer Exzellenz mit allem Nachdruck betonen, dass wir trotz gegenteiliger Nachrichten in die Aufrichtigkeit ihrer Versicherungen keinen Zweifel setzen wollen, dass aber auch wir mit vollem Rechte beanspruchen dürfen, geglaubt zu werden, wenn wir eine Einflussnahme auf die ungünstigen Dispositionen unserer Presse England gegenüber auf das bestimmteste in

Abrede stellen. Ich kann es nur bedauern, wenn nach Ihrem Telegramm No. 10 die englische Regierung auch jetzt noch nicht davon abzubringen ist, mir eine Autorität über die Presse zuzuschreiben, die sie für sich selbst der eigenen Presse gegenüber ablehnt. Aus diesem Telegramme habe ich übrigens auch entnommen, dass der unqualificirbare Artikel des „Near East“ Euer Exzellenz nicht unbekannt geblieben ist. Ich vermuthete, dass, wenn Hochdieselben ihn Sir Charles Hardinge gleich nach seinem Erscheinen vorgelegt haben würden, letzterer sich wohl besonnen hätte, seiner Verstimmung über die ungleich geringfügigern Ausschreitungen unserer Presse einen so lebhaften Ausdruck zu geben.

a) Vgl. n. 964. — b) Vgl. n. 870.

*Nr. 917. Tel. aus Sofia, 22. Jan. 1909 Nr. 11 (eing. 23. Jan. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Ich habe gestern in einer Unterredung mit Minister Malinow, welcher auf seinen Wunsch auch Handelsminister Liaptscheff beiwohnte, die im Erlasse vom 3. d. M. No. 29 niedergelegten Gesichtspunkte dargelegt und entschiedenes Verständniss bei Malinow gefunden, welcher einer Entente mit Oesterreich-Ungarn sympathisch gegenüber zu stehen erklärte. Er betonte jedoch die Notwendigkeit, den Gedankenaustausch mit den zunächstliegenden und brennendsten Fragen zu beginnen, als welche er die Regelung des Verhältnisses Bulgariens zur Türkei bezeichnete.

Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, dass nur auf Basis einer Entschädigung für ostrumelischen Tribut und Bahn verhandelt werden könne; dieser Auffassung entsprang ihr bekanntes 82 Millionen-Anbot. Die Türkei weigere sich jedoch bisher, diese Grundlage zu akzeptieren. Eine noch so kleine Gebietsabtretung oder Zahlung was immer für eines Betrages, der als „amende“ für Unabhängigkeitserklärung zu betrachten wäre, sei ausgeschlossen. Es entstehe zunächst Frage, erstens, welche Stellung die k. u. k. Regierung dieser Auffassung gegenüber einnehmen, und zweitens, wie sich dieselbe verhalten würde, wenn infolge eines definitiven Abbruchs der Verhandlungen die Angelegenheit entweder einer europäischen Konferenz vorgelegt, oder ein Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei entstehen würde. Bezüglich des ersten Theiles glaubte ich, eine bestimmte Erklärung abgeben zu können, bezüglich des zweiten Theiles hielt ich es für vorsichtiger, mich auf die Aeusserung zu beschränken, dies könne eben Gegenstand unserer Unterhandlungen bilden, wobei ich im Sinne Euer Excellenz Instruktionen in vager Weise andeutete, in welcher Richtung sich die k. u. k. Regierung eventuell — das heisst im Falle der Erzielung einer Entente — einlassen könnte.

Hier warf Herr Liaptscheff ein, Oesterreich-Ungarn könnte den grössten Beweis seines Wohlwollens geben und Bulgarien in dessen Verhandlungen mit der Pforte am wirksamsten unterstützen, wenn es ihm möglich wäre, die faktische Durchführung eines Abkommens mit der Türkei etwas hinauszuschieben. Hiedurch würde einerseits der Parallelismus deutlich markiert, anderseits läge hierin ein starkes Pressionsmittel gegen die Türkei.

Bei weiterer Besprechung künftiger Möglichkeiten und Konfliktsfälle gewann ich den Eindruck, dass in dieser Richtung eine Einigung nicht ausgeschlossen sein dürfte. Besonderes Gewicht würde bulgarische Regierung darauf legen, nicht nur gegen Serbien eine Rückendeckung zu erlangen, sondern auch über die Haltung Rumäniens im Falle eines Konfliktes mit der Türkei beruhigende Zusicherungen zu erhalten.

Der Ministerpräsident wird dem Fürsten über die Angelegenheit nächster Tage Vortrag halten und sodann mit mir Verhandlungen fortsetzen. Bitte Euer Excellenz für dieselben um hochgeneigte Instruktionen.

Thurn.

a) Vgl. n. 905, 923.

Nr. 918. Tel. nach Belgrad, 23. Jan. 1909 Nr. 13 (chiff. 6 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme No. 30 vom 21. 1. Mts. und No. 31 vom 22. 1. Mts. Wie Euer Hochgeboren bekannt, haben wir stets den Standpunkt eingenommen, den ich auch vor den Delegationen vertreten habe, daß wir Serbien das Recht, zur Annexion Bosniens und der Herzegowina auf diplomatischem Wege Stellung zu nehmen, nicht zugestehen. Demgemäß ist auch seinerzeit die Protestnote der serbischen Regierung von uns zurückgewiesen worden. Da sich das angekündigte Memorandum als eine Fortsetzung der mit der erwähnten Protestnote begonnenen Aktion der serbischen Regierung gegen die Annexion erweisen dürfte, in welcher Ansicht ich auch durch Euer Hochgeboren Meldung über die bezüglichen Mitteilungen des Herrn Ministers des Aeußern Ihrem italienischen Kollegen gegenüber bestärkt werde, wollen Euer Hochgeboren gegebenenfalls die Entgegennahme dieses Memorandums verweigern, beziehungsweise das Ihnen zugesandte Exemplar in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zurückstellen, wobei ich jedoch jede unnötige Schroffheit in der Form vermieden sehen möchte. Die vorstehende Instruktion gilt auch für den Fall, daß Euer Hochgeboren nur eine Kopie der fraglichen Pièce zu Ihrer Information ohne Einbegleitungsnote übermittelt würde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 928, 932.

Nr. 919. Erlaß nach Belgrad, 23. Jan. 1909 Nr. 293.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Den Bericht Euer Hochgeboren, betreffend die Sondierungen des englischen Gesandten in Belgrad, wie etwa zwischen uns und Serbien vermittelt werden könnte, habe ich erhalten.^{a)} Ich bin mit der zurückhaltenden Sprache, mit welcher Euer Hochgeboren die Anwürfe Mr. Whiteheads beantwortet haben, vollkommen einverstanden und stimme auch der von Ihnen geäußerten Ansicht bei, daß es im Hinblick auf die in Serbien noch vorherrschende Erregung derzeit unzweckmäßig und verfrüht wäre, an die serbische Regierung mit dem Anbote wirtschaftlicher Konzessionen, die wir allenfalls zu gewähren bereit wären, heranzutreten. Auch ich bin der Ansicht, daß wir, wenn ein Moment kommen sollte, wo man in Serbien

mehr Verständnis für unser Anerbieten haben dürfte, keiner fremden Mediation bedürfen werden. Bei dem letzten Diplomatenempfang hat mir der Herzog von Avarna mitgeteilt, es seien Herrn Tittoni Nachrichten zugekommen, denen zufolge der englische und der französische Vertreter in Belgrad bemüht wären, ein Terrain für die Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu finden. Hieran anknüpfend versuchte der Herr Botschafter zu sondieren, wie ich mich dazu verhalte. Auch der französische Botschafter hat mir gegenüber das gleiche Thema zur Sprache gebracht. Ich habe Herrn Crozier in ziemlich analoger Weise wie dem Herzog von Avarna geantwortet, daß mir der Weg direkter Verhandlungen, welchen wir der Türkei gegenüber eingeschlagen und der günstige Resultate ergeben habe, auch Serbien gegenüber der geeignetste erscheine, vorausgesetzt, daß man dort Vernunftsgründen wieder zugänglich werde. Hiebei habe ich hinzugefügt, daß wir es selbstverständlich dankbar anerkennen würden, wenn die französische beziehungsweise die italienische Regierung gegebenenfalls bezüglich jener Verhandlungen eine sympathisierende und fördernde Haltung beobachten würde.

a) n. 897, 924.

Nr. 920. Tel. aus Berlin, 23. Jan. 1909 Nr. 13 (eing. 24. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 12 von heute.^{b)} Während meiner Audienz sagte mir Kaiser Wilhelm, dass er das gnädige Schreiben Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät demnächst beantworten werde. Dieser Briefwechsel stehe in „glücklicher Korrelation“ mit den zwischen den beiden Generalstabschefs ausgewechselten Briefen.^{a)} Die sehr eingehende und alle Details berücksichtigende Antwort des Generals Moltke sei gestern abgegangen. Hoffentlich werde diese Stellungnahme zu den Vorschlägen des Generals Conrad in Wien den hier gewünschten günstigen Eindruck machen. ... *Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und Bülow* ... Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 855 Anm. d, 1022 Anm. f. — ^{b)} n. 900 Anm. a.

Nr. 921. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Jan. 1909 Nr. 33 (eing. 24. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Der Grossvezir ist heute auf die in meinem Berichte vom 20. d. M. Nr. 5A erwähnte Idee einer Garantie des Sandjaks von Novi-Bazar unsererseits zurückgekommen. Heute hat er ausdrücklich das Ersuchen an mich gerichtet, an Euer Exzellenz telegrafisch die Anfrage zu stellen, ob die k. u. k. Regierung nicht gewillt wäre, in irgend einer Form eine solche Garantie zu übernehmen. Kiamil Pascha schwebt eine geheime Deklaration unsererseits (etwa in Form einer Note) vor, dahingehend, dass Österreich-Ungarn nicht zugeben werde, dass der Sandjak in den Besitz Serbiens oder Montenegros übergehe. Er meinte, dass es genügen würde, eine solche Garantie auf die nächsten drei Jahre zu übernehmen, da dann die Türkei genug stark sein wird, um ihren Besitzstand selbst gegen einen

eventuellen Bund der 3 slavischen Balkanstaaten zu schützen. Eine solche Erklärung wäre ihm insbesondere mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten von Seite der albanesischen Deputierten bei der Debatte über das Protokoll-Übereinkommen wertvoll. Wenn das Abkommen auch selbstverständlich geheim gehalten werden müsste, wäre er dadurch doch in die Lage gesetzt, im Parlament zu erklären, dass die Türkei für den Sandjak von Novibazar nichts zu fürchten habe. Die Sache hätte, wie Kiamil des Weiteren ausdrücklich bemerkte, mit dem Protokolle gar nichts zu tun, aber er würde Wert darauf legen, wenn die von ihm erbetene Deklaration schon zur gedachten Kammerdebatte in seinem Besitze wäre. Pallavicini.

a) Vgl. n. 937, 948.

Nr. 922. Bericht aus Paris, 23. Jan. 1909 Nr. 2 B (eing. 25. Jan.).^{a)} Ausfert.

Die Artikel, welche der „Temps“ veröffentlichte und in welchen England zugesprochen wurde, seine aggressive gegen Österreich-Ungarn feindselige Politik zu mässigen, haben sicherlich Euer Excellenz hohe Aufmerksamkeit erregt. Es sei mir gestattet, zu der uns freundlichen Haltung des „Temps“ einen Kommentar zu liefern. Die Polemik des „Temps“, der andere Blätter wie „Eclair“ und „Figaro“ folgten, hatte einen besonderen Beweggrund. Man ist an massgebender Stelle in Frankreich unzufrieden mit der Wendung der Dinge in Konstantinopel. Das an England gespendete überschwängliche Lob seitens des türkischen Parlamentes, die Neigung sich ausschließlich an England zu lehnen und dasselbe auf ökonomischem Felde zu begünstigen haben hier Eifersucht erregt. Man findet, dass Frankreich zu kurz kommt, und dass das jungtürkische Element nicht unparteiisch jedem den gebührenden Teil zumisst. Ein hervorragendes Mitglied des Komités, zur Rede gestellt, warum Frankreich zu Gunsten Englands vernachlässigt werde, hat geantwortet: „So lange Sie in Konstantinopel durch Constans vertreten sind, wird sich die Lage nicht ändern lassen. Wir vergessen nicht die Besetzung von Mytilene und den Druck, den man auf die Türkei ausübte zu Gunsten der verösten^{b)} Reklamation der Wucherer Tubini und Lorando! Wie schade, dass wir damals nicht an den Boykott gedacht haben.“ In Paris fängt man an, die türkische Revolution mit etwas nüchternen Augen zu betrachten. In London haben die Auslassungen des „Temps“ einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen. Der Effekt war stark genug um von Seite Seiner Majestät des Königs Eduard ein persönliches Eingreifen zu veranlassen. Lord Knollys liess Herrn Tardieu sagen, dass er die entente cordiale durch seine Campagne gefährde und fragte man den politischen Redakteur des „Temps“, ob es in seiner Absicht liege, das Einverständnis mit England unmöglich zu machen. Herr Tardieu erwiderte, er halte an der Entente fest, aber unter der Bedingung, dass Frankreich aus ihr ein Vorteil erwachse. Aus derselben Quelle, aus welcher mir die vorstehende Darstellung zukam, ist mir mitgeteilt worden, dass der englische Gesandte in Belgrad die serbische Regierung mehrfach gegen uns influenziert habe, und dass die dortige Presse mit Artikeln gefüttert

wurde, die in London geschrieben waren. Der freche Ton, den man sich gegen uns in Belgrad angewöhnt hat und welcher noch unbequeme Formen annehmen dürfte, ist nicht zum geringsten Teile in dem Bewusstsein gelegen, dass England den sogenannten slavischen Stammes-Revindikationen sympathisch gegenüberstehe. Ich habe nach Kräften mich bemüht, in Frankreich den Egoismus Englands zu demonstrieren. Noch kann ich nicht einen vollen Erfolg konstatieren, aber der Zweifel hat begonnen. Zu meiner Studentenzeit war es ein bekannter Witz die polnischen Juden mit dem Zuruf zu begrüßen: Was zieht euch nach Pintscheff? Zögernd und unwillig antworten die Interpellirten: Es tagt! Khevenhüller.

a) Vgl. n. 933, 979. b) So!

*Nr. 923. Tel. nach Sofia, 25. Jan. 1909 Nr. 11 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Geheim. Euer Hochgeboren schriftliche und telegrafische Meldungen über die geheimen Pourparlers, zuletzt Ihr Telegramm vom 22. d. M., No. 11, habe ich erhalten und mit Befriedigung daraus entnommen, dass sowohl Seine königliche Hoheit als auch der Kriegsminister sowie der Ministerpräsident volles Verständnis für unsere Darlegungen sowie Geneigtheit zu einem weiteren Gedankenaustausche behufs Herstellung einer Entente bekundet haben. Herr Malinoff hat Ihnen gegenüber als die dringendste Frage unsere Stellungnahme zu dem Verhältnisse zwischen Bulgarien und der Türkei sowie speziell zu den zwischen beiden jetzt schwebenden Verhandlungen bezeichnet. Diesbezüglich stehen wir unentwegt auf dem Euer Hochgeboren bekannten Standpunkte, dass wir Forderungen von türkischer Seite, welche auf eine Übernahme eines Teiles der Staatsschuld oder auf den bulgarischen Tribut sich beziehen würden, nicht als gerechtfertigt ansehen könnten, ein Standpunkt, welcher mit der Auffassung der fürstlichen Regierung vollkommen übereinstimmt. Unserer diesbezüglich erteilten Zusage gemäß werden wir nicht verfehlen, diesen Standpunkt gegebenen Falles den Mächten gegenüber, eventuell auch auf einer Konferenz nachdrücklich zu vertreten. Die nun angebahnten geheimen Pourparlers zwischen uns und Bulgarien sollten, wie mir vorschwebt, unsere beiderseitigen Verhandlungen mit der Pforte keineswegs ungünstig beeinflussen, sondern im Gegenteile förderlich auf dieselben einwirken, indem sie unsere beiderseitige Stellung der Türkei gegenüber stärken und uns so in die Lage setzen, die Verhandlungen in Konstantinopel mit umso größerer Ruhe und Festigkeit zu führen. Dies dürfte jetzt Bulgarien, dessen Verhandlungen mit der Pforte noch nicht so weit vorgeschritten sind, wie die unseren, besonders zu statten kommen. Indem ich dies mit Bezug auf die von Euer Hochgeboren einberichteten Äußerungen Herrn Liaptscheffs besonders hervorhebe, möchte ich noch bemerken, dass ich mir von der erhofften Perfektionierung unserer Verständigung mit der Pforte nur eine günstige Rückwirkung auf den Fortgang der türkisch-bulgarischen Verhandlungen versprechen möchte. Auch werde ich mir es dann angelegen sein lassen, nach Tunlichkeit in Konstantinopel die bulgarisch-türkischen

Negotiationen zu fördern, was nicht gut angienge, bevor wir nicht selbst mit der Pforte zu einem Accord gelangt sind. Falls die Verhandlungen zwischen Sofia und Konstantinopel nicht nur zu keiner Einigung führen sollten, sondern es in weiterer Folge zu einem Konflikt zwischen der Türkei und Bulgarien kommen würde, wäre die Monarchie, wie wir dies bereits dargelegt haben, zunächst wol nicht in der Lage activ einzugreifen. Jedoch würden wir es nicht dulden, dass Serbien im Falle eines türkischen Angriffes auf Bulgarien eine feindselige oder kriegerische Haltung gegen Letzteres einnehme und würden uns also bereit finden, in die geheime Abmachung mit Bulgarien eine Zusage des Inhaltes aufzunehmen, Serbien, eventuell manu militari, zurückzuhalten. Wir wären auch geneigt, es auf uns zu nehmen, mit unserem diplomatischen Einflusse auf das befreundete Rumänien einzuwirken, damit dasselbe in dem in Rede stehenden Falle eines Konfliktes zwischen der Türkei und Bulgarien eine für Letzteres wohlwollende Neutralität beobachte. Falls der Verlauf des Krieges es mit sich brächte, würde die Monarchie, welche keine eigenen territorialen Aspirationen in Mazedonien verfolgt, gegen eine Vergrößerung Bulgariens nach dieser Seite hin ihrerseits keine Einwendung erheben; jedoch müsste Bulgarien in einem solchen Falle darauf bedacht sein, Rumänien, welches berechtigt wäre, auf der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes am Balkan zu bestehen als Entgelt für seine wohlwollende Haltung eine territoriale Kompensation zu gewähren. Was die Form der anzustrebenden Entente betrifft, so scheint es auch mir geboten, sie von dem Parteiwechsel in Sofia unabhängig zu machen und halte ich aus diesem Grunde die Form einer Militär-Konvention für die geeignetste. Indem ich Euer Hochgeboren ersuche, sich in Ihren weiteren Besprechungen von obigen Gesichtspunkten leiten zu lassen, sehe ich Ihren Meldungen mit Interesse entgegen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 954.

Nr. 924. Bericht aus Belgrad, 26. Jan. 1909 Nr. 10 B (eing. 28. Jan.). Ausfert.

Vertraulich. Mit ergebenstem Danke bestätige ich den Erhalt Euer Exzellenz hohen Erlasses No. 293 vom 20. d. Mts., mit welchem Hochdieselben meiner Sprache gegenüber dem englischen Gesandten (Bericht 7 C vom 17. d. Mts.) geneigtest zustimmten. In meiner von Euer Exzellenz gebilligten Ansicht, dass jedes wirtschaftliche Anbot unsererseits an Serbien verfrüht wäre, bin ich seitdem nur bestärkt worden. Im Anschlusse an unsere Verhandlungen mit der Türkei haben mehrere unserer Blätter, besonders die hier weitverbreitete Neue Freie Presse, wiederholt und nachdrücklich hervorgehoben, dass nun unserer Verständigung mit Serbien auf wirtschaftlicher Grundlage die Wege zu ebnen seien. Dieser Gedanke fand hier eine einmütige, heftige Ablehnung in der ganzen serbischen Presse und gar keinen Widerhall in den leitenden Kreisen. Unsere Presstimmen wurden nur als Ausdruck unserer Schwäche verhöhnt. Die in dem erwähnten hohen Erlasse berührte Herrn Tittoni zugekommene Nachricht, dass der französische Gesandte, analog wie Mr. Whitehead, das Terrain für eine

Verständigungsaktion suche, ist irrtümlich. Der Euer Exzellenz von Bukarest wohlbekannte M. Descos, entschieden der klügste Kopf unter den hiesigen Diplomaten, steht mit mir in sehr regem freundschaftlichem Kontakte. Seiner Ueberzeugung nach muss es zur friedlichen Verständigung kommen — mit zu viel Optimismus wiederholt er jedermann „il n'y a pas ombre de danger d'une guerre“ — doch teilt er vollkommen meine Ansicht, dass es verfrüht wäre, an die Serben mit Propositionen heranzutreten, da sie vernünftigen Verhandlungen und Erwägungen noch unzugänglich sind. Forgách.

Nr. 925. Bericht aus Belgrad, 26. Jan. 1909 Nr. 10 C (eing. 28. Jan.). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich öfters zu berichten die Ehre hatte, ist der russische Vertreter in Belgrad ein angenehmer, korrekter, aber ängstlicher und zurückhaltender Kollege. Seit einiger Zeit fiel es mir auf, dass er immer wortkarger wurde, nur über unerträgliche Schwierigkeiten klage und seiner glühenden Sehnsucht nach Ruheposten wie München oder Stockholm Ausdruck gab. Die Erklärung lieferte mir hiezu der französische Gesandte, welcher schon öfters „seine zwei Bundesgenossen“, Herrn Serguéiew und Herrn Whitehead, als absolute Nullitäten bezeichnete, sich darüber beschwerend, dass sie weder eine Meinung äußern noch sich mit ihm in ein politisches Gespräch einlassen wollen. Die ablehnende Haltung Herrn Serguéiews sei ihm schliesslich zu arg geworden, und er habe davon dem rührigsten Mitgliede der russischen Gesandtschaft, Madame Serguéiew, gesprochen. Sie bat ihn, ihren Mann zu entschuldigen, denn derselbe sei seines Amtes überdrüssig, „ne sachant plus sur quel pied danser“. Es sei klar, dass auf der Sängerbücke zwei verschiedene Richtungen — jene Iswolskys und jene Tscharykoffs — herrschten, und ihr Mann erhalte fortwährend sich widersprechende Erlässe und Telegramme, so dass er gar nicht wüsste, welche Sprache er den Serben und seinen Kollegen gegenüber führen sollte. Verstellung sei er abhold, daher schweige er lieber. Herr Descos fügte noch bei, dass Herr Serguéiew, der persönlich ein Anhänger der Kadetten und ihrer politischen Ideen sei, sich auch dadurch bedrückt fühlt, que chaque Serbe l'abreuve d'injures et lui reproche l'attitude pas suffisamment slavophile de la Russie. Ueber die zwei Strömungen im russischen Auswärtigen Amte berichtet, nach Aussage meines Kollegen, auch die französische Botschaft in Petersburg. Herr Iswolsky betrachte Serbien und Montenegro als wertvolle Bundesgenossen für eine spätere Abrechnung mit der Monarchie; daher wolle er die bosnische Frage verschleppen, die zwei südslawischen Staaten jetzt zur Ruhe verhalten, aber nicht befriedigen. Eine zweite, mehr dem kulturellen Neopanslavismus entsprechende Strömung, mit der anscheinend Herr Tscharykoff liebäugelt, möchte die Frage im südslawischen Interesse bereinigen, dem serbischen Stamme eine möglichste Autonomie in Bosnien und je mehr Vortheile in den zwei „freien“ Staaten sichern. Herr Descos, der, nebenbei bemerkt, als Franzose mit allen slawischen und trialistischen Bestrebungen bei uns sympathisiert, betont immer, dass es in unserem Interesse sei, die

bosnische oder serbische Frage möglichst dauerhaft — durch Gewährung einer Art Autonomie — zu bereinigen. Trotz aller englischen Intrigen sei unsere Lage jetzt eine vorteilhafte; Russland sei finanziell und militärisch brach gelegt und aktionsunfähig, das friedliebende kapitalistische Frankreich sei aufrichtig bestrebt, jede uns nützliche und genehme Lösung zu erleichtern, und die Weltlage zwingt Deutschland durch Dick und Dünn an unserer Seite auszuharren.

Forgách.

Nr. 926. Privatschreiben des deutschen Kaisers Wilhelm II. an Kaiser Franz Josef I.; Berlin, 26. Jan. 1909.^{a)} Ausfert.

Aus Deinem gütigen Schreiben vom 18. ds. Mts., das wie alles, was von Dir kommt, mir eine wahre Herzensfreude bereitet hat, ersehe ich mit aufrichtiger Befriedigung, dass es mir gelungen ist, durch die Entsendung der Abordnung Deines Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments meinen Gefühlen der wärmsten und innigsten Teilnahme an Deinem sechzigjährigen Inhaberbiläum einen Dir woltuenden Ausdruck zu verleihen. Die überaus gnädige Aufnahme, die Du meiner Abordnung hast zu Teil werden lassen, erfüllt mich mit tiefster Dankbarkeit und Deine Worte, dass Du darin ein Symbol unserer engen Freundschaft und der innigen Zusammengehörigkeit unserer Armeen erblickst, finden in meinem Herzen den lebhaftesten Widerhall. Gewiss wird allezeit, in guten wie in bösen Tagen der Platz Deutschlands an der Seite Österreich-Ungarns sein — ein fester Block im Herzen Europas, gegen den anzugehen die anderen Mächte sich wohl hüten dürften. Darin erblicke ich die grösste und kostbarste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Von dieser Überzeugung durchdrungen, hat auch meine Regierung keinen Augenblick gezögert, in der gegenwärtigen Orientkrise nirgends einen Zweifel darüber zu lassen, dass Österreich-Ungarns Interessen aufs engste mit den unsern verbunden und dass dessen Feinde die unsern sind. Mit ganz besonderer Freude habe ich es deshalb begrüsst, dass Mittel und Wege gefunden worden sind, um mit der Türkei über die Annexionsfrage zu einer Verständigung zu gelangen. Diese Verständigung scheint mir zugleich die beste Antwort, die auf die ins Masslose gesteigerten unberechtigten Forderungen und die provokatorische Haltung der verhetzten Serben und Montenegriner gegeben werden konnte. Dass diese Prätionen seitens des offiziellen Russland Unterstützung oder gar Vertretung finden, möchte ich bezweifeln; dessen aber bin ich gewiss, dass sie für Kaiser Nikolaus und seine Regierung den Gegenstand schwerer Sorge bilden, da sich immerhin nicht absehen lässt, wie stark und haltbar der Damm ist, der dort einem Anprall der panslavistischen Wogen im Fall einer kriegerischen Entwicklung der Dinge entgegengesetzt zu werden vermag.

Wilhelm.

^{a)} Dieses vom deutschen Botschafter mit Zuschrift vom 31. Jan. 1909 eingesendete Schreiben wurde dem Kaiser mit Immediatbericht vom 1. Feb. 1909 überreicht. Die Entscheidung Kaiser Franz Josefs lautet: Ich bitte den deutschen Botschafter für Morgen 11 Uhr in Schönbrunn im Morgen-Anzuge zu mir zu bestellen. Franz Joseph. Hiezu Randbem. Aehrenthals: Botschafter verständigt.

Nr. 927. Tel. aus London, 26. Jan. 1909 Nr. 13 (eing. 27. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Gestern abends in Windsor eingetroffen, wohin im Laufe dieser Woche alle Botschafter geladen werden, sprach mir König Eduard sogleich von der Nachricht bulgarischer Mobilisierung und meinte, die Mächte sollten sich bemühen, sofort in Sofia beruhigend einzuwirken, wobei Seine Majestät bemerkte, die Ratschläge der k. u. k. Regierung würden gewiß hiebei von großem Einflusse sein. Die erste Nachricht der bulgarischen Maßnahmen ist hier von Petersburg aus vorgestern mitgeteilt worden. Meine ebenfalls in Windsor anwesenden Kollegen Frankreichs und Rußlands sprachen bezüglich bulgarischer Vorbereitungen ihre Ansicht dahin aus, daß die Mächte in Sofia entschieden beruhigend einschreiten und auch in Konstantinopel, falls dort wirklich von einer vor Jahren geplanten Grenzrektifikation wieder gesprochen worden sei, erklären sollten, daß davon nicht die Rede sein könne. Im Übrigen sagte mir der König, daß, seitdem er mich zuletzt gesehen, die Einigung zwischen uns und der Türkei arrangiert worden sei, über die er sich sehr freue. Er hoffe nun, daß Alles sich besser gestalten werde. Der König betrachtet es jetzt als Hauptsache, daß die Bulgaren davon abgehalten werden, eine Unbesonnenheit zu begehen. Er werde sich auch in diesem Sinne in Berlin aussprechen. Seine Majestät sprach von den inneren Schwierigkeiten Bulgariens und der nicht sehr festen Stellung des Fürsten Ferdinand, auf den er noch immer nicht sehr gnädig gestimmt scheint. Ich machte Seine Majestät darauf aufmerksam, daß Fürst Ferdinand gerade deshalb in seinem Lande an Popularität eingebüßt hätte, weil er sich für die Erhaltung des Friedens eingesetzt hat, was ihm doch vom europäischen Standpunkte aus als Verdienst angerechnet werden müsse. Seine Majestät gab dies schließlich etwas widerstrebend zu. König sprach Ansicht aus, es scheine ihm sehr wünschenswert, daß es zu einer Konferenz komme, um Alles zu regularisieren und in Ordnung zu bringen. Ich erwiderte, daß wir nie prinzipiell dagegen gewesen seien. Als ich im Laufe der Unterredung bemerkte, es scheine mir jetzt die Aufgabe der Mächte, nach allen Richtungen hin zu beruhigen und guten Willen und freundliche Stimmung zu zeigen, stimmte der höchste Herr zu. Königin, zu unwohl, um nach Windsor zu kommen, ist noch immer in Sandringham an ihr Zimmer gefesselt. König hofft, daß Ihre Majestät für Berliner Besuch hergestellt sein wird; die höchste Frau erholt sich aber langsam von ihrer sehr starken Influenza. König Eduard erkundigte sich lebhaft und wiederholt nach dem Befinden unseres Allernädigsten Herrn. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 929.

Nr. 928. Tel. aus Belgrad, 27. Jan. 1909 Nr. 33 (eing. 2 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Erscheinen des serbischen Memorandums um einige Tage bis Ende dieser Woche verschoben, da es erst zur Begutachtung vorgestern durch einen Beamten des Auswärtigen Amtes über Bosnien nach Cetinje geschickt wurde. Zum selben Zwecke ist es auch nach Petersburg

vorgelegt worden, und verbrachten sowohl Minister des Aeussern als Sectionschef Spalajković den gestrigen Tag auf der russischen Gesandtschaft, mit dem russischen Gesandten den Text umarbeitend. Daraus kann mit einiger Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, dass Memorandum vielleicht eine für die prinzipielle Frage des Zusammentrittes der Konferenz bedeutsame Aufnahme und Beantwortung in Petersburg finden wird.

Forgách.

a) Vgl. n. 918, 932, 936.

Nr. 929. Tel. nach Berlin Nr. 13 (1), Paris Nr. 7 (2), Rom Nr. 11 (3), St. Petersburg Nr. 16 (4) und Konstantinopel Nr. 32 (5), 27. Jan. 1909 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

1.—5. Ich hege die Ueberzeugung, dass die bulgarische Regierung mit den jüngst verfügten militärischen Massnahmen keine aggressive oder provokatorische Absicht verfolgt und nach wie vor ein Einverständnis mit der Türkei anstrebt. Aus Aeusserungen des hiesigen britischen Botschafters habe ich entnommen, dass die Regierungen von England, Frankreich und Russland, denen sich die italienische anschliessen dürfte, beabsichtigen, in Sofia darauf hinzuwirken, dass zunächst die letzten militärischen Massregeln zurückgenommen und sodann die Verhandlungen mit der Pforte wieder angeknüpft werden. Ich gab dem englischen Botschafter gegenüber meiner persönlichen Auffassung Ausdruck, dass die genannten Mächte, um ein praktisches Resultat zu erzielen, in Konstantinopel sich dafür einsetzen sollten, dass türkischerseits nicht das Verlangen irgendwelcher Grenzrektifikation aufgestellt und auch in finanzieller Hinsicht keine übermässige, die Kräfte Bulgariens übersteigende Forderung erhoben werde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 927, 934.

Tel. nach Konstantinopel, 27. Jan. 1909 Nr. 32 (chiffr. 9 U. p. m.).
Siehe n. 929.

Nr. 930. Bericht aus Konstantinopel, 27. Jan. 1909 Nr. 8 D (eing. 30. Jan.).^{a)} *Ausfert.*

Wie ich die Ehre hatte, Euer Excellenz telegraphisch zu melden, habe ich nicht ermangelt, im Sinne des hohen telegraphischen Auftrages vom 22. I. M. No. 20 bei Kjamil Pascha in Angelegenheit der Boycottbewegung neuerliche und eindringliche Schritte zu unternehmen. Der Großvezir hat mir vollkommen Recht gegeben, daß dieser Bewegung mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse, und mir versprochen, daß er dies auch thun werde. Leider sehe ich, daß sich diese Bemühungen der Regierung bisher immer nur darauf beschränken, mit den Leitern der Bewegung zu verhandeln. Es fehlt augenscheinlich der Regierung an Macht, ihren Willen durchzusetzen. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, daß, wenn die Boycottbewegung auch seinerzeit der Regierung ganz gelegen gekommen ist,

sie doch heute aufrichtig der Sache ein Ende machen möchte. Allerdings scheinen gewisse Thatsachen gegen diese Annahme zu sprechen. Es fehlt nämlich nicht an Beispielen, wo Organe der Staatsgewalt, wie Officiere, Beamte, namentlich Zollbeamte, sich noch heute an dem Boycott activ betheiligen. Wenn man die hiesigen anormalen Verhältnisse nicht kennt, so müßte man allerdings hieraus schließen, daß die Regierung der Boycottbewegung noch immer nicht ferne steht. Thatsächlich verhält es sich aber nicht so, denn wenn z. B. wie in Jaffa, Officiere mit Mannschaften activ als Boycottanten auftreten, so ist dies noch lange kein Beweis, daß ein solches unqualificierbares Vorgehen etwa von ihren Vorgesetzten gebilligt wird. Diese Officiere handelten ohne Zweifel in ihrer Eigenschaft als Comitémitglieder, ebenso wie es unter den heutigen Verhältnissen häufig geschieht, daß subalterne Officiere als Mitglieder des Comité ihren Vorgesetzten Befehle geben und sogar deren Entfernung von ihren Posten durchsetzen. Dasselbe gilt auch von den Zollbeamten. Unter solchen Umständen kann man aus dem Verhalten gewisser officieller Persönlichkeiten keinen Schluß auf jenes der Regierung ziehen. Auch in Bezug auf die Einwirkung der Regierung auf die Hammale und Leichterführer müssen die ganz anormalen Verhältnisse, die in diesem Lande bestehen, in Rechnung gezogen werden. Die Corporationen, um die es sich hier handelt, sind ein Faktor, mit welchem die Regierung von jeher, auch unter dem alten Régime, rechnen mußte und der immer sehr schwer zu behandeln war, weil er, was Constantinopel anlangt, eine organisierte Macht von 40.000 Menschen darstellt. Diese Leute wollen einerseits jetzt die Gelegenheit benützen, um sich materielle Vortheile herauszuschlagen, andererseits hat man diese fanatischen Kurden seit Monaten gehetzt und durch Eide verpflichtet, so daß es gegenwärtig nicht möglich ist, ihrer von heute auf morgen Herr zu werden. Man ist sich überhaupt in Europa noch immer nicht darüber klar, welchen Eindruck die Annexion Bosniens auf die Mohammedaner gemacht hat. Für diese Kreise handelt es sich nicht so sehr um den Verlust zweier Provinzen als hauptsächlich darum, daß 600.000 Mohammedaner thatsächlich der Souveränität des Sultan-Chalifen für immer entzogen wurden. Argumente staatsrechtlicher Natur wie z. B. jenes, daß in Bosnien faktisch schon seit 30 Jahren jede Bethätigung der Souveränitätsrechte des Sultans ausgeschlossen war und daß daher durch die Annexion nichts anderes geschah, als die Umwandlung des faktischen Zustandes in einen rechtlichen, verfangen selbst bei gebildeten Türken nicht. Die Mentalität der Mohammedaner ist eben eine ganz andere als die unsere. Es darf also nicht Wunder nehmen, daß es Zeit braucht, bis man sich hier mit dem Gedanken abfindet, diese 600.000 mohammedanischen Brüder endgiltig zu verlieren. Bosnien und die Herzegowina gelten hier viel mehr als mohammedanische Länder wie Ostrumelien trotz seiner Nähe zum Sitze des Chalifates, da in dieser letzteren Provinz die Muselmanen eben in verschwindender Minorität sind. Nichtsdestoweniger bin ich der festen Überzeugung, daß die Boycottbewegung in kürzester Zeit aufhören wird, man darf aber nicht glauben, daß dies auf einen Schlag durch ein Machtwort der Regierung geschehen kann. Es sind eben auch viele persönliche Interessen der Boycottagitatoren hier im Spiele, welche darunter

leiden würden, wenn der Boycott ein plötzliches Ende fände. Selbstverständlich bemühe ich mich unausgesetzt, um die Regierung dahin zu bringen, alles aufzubieten, um der Bewegung so schnell als möglich ein Ende zu bereiten.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 950.

N. 931. Bericht aus Konstantinopel, 27. Jan. 1909 Nr. 8 E (eing. 30. Jan.). Ausfert.

Unter den mit der letzten Courierexpedition herabgelangten abschriftlichen Mittheilungen befindet sich ein Erlass Eurer Excellenz an den k. u. k. Botschafter in Berlin vom 18. d. M.,^{a)} in welchem ein Gespräch Hochderselben mit dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien in Angelegenheit des Conferenzzgedankens wiedergegeben ist. Im Verlaufe dieses Gespräches haben Euere Excellenz Herrn von Tschirschky gegenüber hervorgehoben, es wäre, was die Türkei betrifft, zu erwarten, dass die Pforte nach Herstellung eines directen Einvernehmens mit Bulgarien, den Zusammentritt der Conferenz lieber vermieden wissen möchte, wiewohl andererseits die türkischen Staatsmänner bei unseren letzten Verhandlungen der Conferenz in ganz bestimmter Weise Erwähnung gethan haben. In diesem Bezüge dürften für Euere Excellenz gewisse Äusserungen, welche Kiamil im Verlaufe einer Unterredung mit mir vor einigen Tagen fallen liess, nicht ohne Interesse sein. Der Grossvezir sagte, er hoffe, sobald einmal der Accord mit uns ganz perfect geworden sein werde, auch mit Bulgarien im Wege directer Verhandlungen ins Reine zu kommen. Dann wäre der Zusammentritt der Conferenz für die Pforte nur mehr im Hinblick auf die von ihr angestrebten wirthschaftlichen Concessionen sowie auf ihre Wünsche auf dem Gebiete der Capitulationen von Belang. Auf meine nebenher hingeworfene Bemerkung „diese beiden Fragen könnten ja auch im Wege directer Verhandlungen mit den Cabineten in nützlicher Weise behandelt werden“, erwiderte Kiamil Pascha, dass dies allerdings auch möglich wäre.

Pallavicini.

^{a)} n. 901.

Tel. nach Paris, 27. Jan. 1909 Nr. 7 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 929.

Tel. nach Rom, 27. Jan. 1909 Nr. 11 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 929.

Tel. nach St. Petersburg, 27. Jan. 1909 Nr. 16 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 929.

Nr. 932. Tel. aus Belgrad, 28. Jan. 1909 Nr. 34 (eing. 29. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass Memorandum Samstag, spätestens Montag, abgehen und auch in Wien überreicht werden soll; gleichzeitig werden Kopien hiesigen Gesandtschaften und auch mir übersendet. Ich sagte dem Minister, unser bekannter Standpunkt habe sich

nicht geändert, Memorandum dürfte daher in Wien dieselbe Zurückhaltung erfahren wie serbische Note im Oktober. Ich ersuche jedenfalls, mir keine Kopie zuzusenden. Minister des Äussern gab zu, dass die beiderseitigen Standpunkte seit Oktober keine Veränderungen erlitten haben und frug mich, ob ich zu meiner privaten Information eine Kopie wünsche. Ich lehnte auch dies ab, um Missverständnissen vorzubeugen. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 71 Nr. 100. Vgl. n. 918, 928, 936.

Nr. 933. Erlaß nach Paris, 28. Jan. 1909 Nr. 368. Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).

Ich habe von dem Berichte Euer Exzellenz No. 2 B vom 23. I. M. mit Interesse Kenntnis genommen. Euer Exzellenz wollen eventuellen weiteren Symptomen einer beginnenden Unstimmigkeit zwischen Frankreich und England Ihre Aufmerksamkeit schenken und mir gegebenenfalls über Ihre Wahrnehmungen berichten. Herr von Tschirschky hat mir, wie ich zu Euer Exzellenz Information bemerke, davon Mittheilung gemacht, dass die französische Regierung in der letzten Zeit wiederholt in Berlin darauf hinweisen liess, wie erwünscht es wäre, durch eine Cooperation des deutschen und des französischen Cabinetes auf eine Ausgleichung der zwischen den Signatarmächten speciell zwischen Wien und Petersburg bestehenden Divergenzen hinzuwirken. Fürst Bülow habe die Anwürfe des französischen Botschafters dahin beantwortet, dass das Berliner Cabinet, wie er bereits öfters betont habe, seine Stellungnahme völlig von jener des Wiener Cabinetes abhängig mache; es habe keinen Grund von dieser Haltung abzuweichen und Herrn Iswolsky aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen, in welche dieser durch sein eigenes Verschulden gerathen sei. Einen den gleichen Gegenstand behandelnden Bericht des Herrn von Szögyény vom 21. I. M.^{a)} schliesse ich hier in Abschrift zu Euer Exzellenz Information bei.

^{a)} n. 910.

Nr. 934. Tel. aus Paris, 28. Jan. 1909 Nr. 3 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug Telegramm Nr. 7. Herr Pichon hat mir gesagt, daß er sowohl in London als in Konstantinopel erklärt habe, daß Bulgarien höchstens 100 Millionen zahlen könne. Der Minister hofft, daß Türkei über diese Summe hinaus Ansprüche nicht erheben wird. Territoriale Abtretungen seien ausgeschlossen. Ferid Pacha, den ich mehrmals gesprochen, hat mir gesagt, daß England hier gegen Haltung Herrn Croziers als zu freundlich für uns protestiert hätte und daher Verstimmung Herrn Clémenceaus gegen den Botschafter komme. Ferid Pacha glaubt, daß Eile beim Abschlusse des Arrangements mit der Türkei notwendig sei. Er hat gehört, daß in den letzten Tagen in Konstantinopel stark dagegen intriguiert wurde. Er riet, wegen des Boykotts sehr energisch aufzutreten. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 938.

Nr. 935. Privatschreiben Kaiser Franz Josef I. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, 28. Jan. 1909.^a) Konz. (S. Esterházy).

La peine que Tu as prise dans Ta lettre du 17-30 dernier, de m'exposer personnellement tous les arguments que Ton gouvernement croit devoir invoquer contre le mien, me donne la mesure de Ta sollicitude pour les affaires de la politique actuelle. Je songe, en Te voyant si fortement impressionné par le différend que des négociations récentes ont fait naître entre nos ministres des affaires étrangères, aux conflits analogues dont j'ai été témoin autrefois. J'ai toujours trouvé que de pareilles mésintelligences entre hommes d'Etat se dissipaient plus facilement sans l'intervention des Souverains; l'expérience m'a appris, par conséquent, à m'imposer une patiente réserve à leur égard. Tu ne m'en voudras donc pas, si, au lieu d'entreprendre la discussion des griefs dont Tu Te fais l'interprète, je me borne à relever dans Ta lettre quelques passages qui mettent en cause Ta personne et la mienne. Tout d'abord, j'ai été frappé de T'entendre dire que le baron d'Aehrenthal ait „révélé“ l'automne dernier à Ton ministre des affaires étrangères „de nouveaux plans qui ne pouvaient que troubler le cours normal des choses“. Ces nouveaux plans (il s'agit sans doute de l'annexion des provinces de Bosnie et d'Herzégovine) étaient compris dans l'ensemble des propositions dont Ton ministre avait saisi le baron d'Aehrenthal deux mois avant de le rencontrer à Buchlau. Mon ministre qui ne se serait pas permis d'entrer dans les vues de M. Iswolsky sans mon consentement tenait pour acquis que ce dernier fût muni de Ton autorisation, lorsqu'il les lui communiqua. Je ne puis, mon cher ami, Te dissimuler mon étonnement du fait que ces propositions n'aient pas été soumises à Ta sanction préalable, et qu'elles aient été portées à Ta connaissance après coup, sous l'aspect d'une révélation inattendue et intempestive. Il est utile que Tu saches, que dans la pensée initiale de Ton ministre la mesure que j'ai prise plus tard à l'égard de la Bosnie-Herzégovine — mesure dont la nécessité s'était imposée à son jugement — devait s'étendre sur le Sandjak de Novibazar, tandis que pour ma part je me serais engagé à suivre avec bienveillance et à prêter mon appui moral à une action que Tu aurais entreprise en vue d'ouvrir à Tes bâtiments de guerre le passage des Détroits. Cette partie du programme ne fut pas exécutée, pour des motifs que je ne rechercherai pas; je Te prie cependant, mon cher ami, de croire que mon gouvernement leur est resté étranger et que, même, nous les ignorons complètement à l'heure qu'il est. Le baron d'Aehrenthal est donc loin d'avoir mérité Ton mécontentement de ce chef. Je désirerais bien aussi Te voir suspendre Ton jugement sur mon ministre quant à la grave indiscretion qu'il aurait commise envers Ta personne par la prétendue divulgation de notre pacte de 1897.^b) Ici encore un examen direct des pièces, qui évidemment n'ont pas été placées sous Tes yeux, Te convaincrail, comme j'en ai été moi-même, qu'aucun secret nous concernant, aucun détail de notre entretien confidentiel de cette époque n'ait été livré au public par la communication du baron d'Aehrenthal aux cabinets étrangers. Tout au contraire ce ministre a même fait preuve de retenue et de discrétion dans les éclaircissements que la situation le forçait de donner sur les résultats de nos négociations. Un troisième passage de Ta lettre enfin, me touche

directement, et me surprend au plus vif. J'ai peine à comprendre que l'on ait pu Te dissimuler l'état des choses et des esprits dans les Balkans, au point de Te faire envisager comme agressive mon attitude envers la Serbie et le Monténégro. L'effervescence qui règne dans ces parages donne naissance aux bruits les plus divers et les plus contradictoires, qu'il importe de vérifier incessamment avec la plus grande attention. Les conseillers qui négligent de puiser aux sources certaines leurs informations et de les trier soigneusement avant de Te les transmettre me semblent ne pas se rendre compte à quel point ils engagent leur responsabilité et à quels risques ils exposent la situation politique. Mon attitude vis-à-vis des Etats serbes depuis l'automne m'a été dictée par la prévoyance et le devoir, en présence d'une hostilité haineuse et passionnée dont se sont pénétrées dans ces pays toutes les classes, y compris les représentants responsables du pouvoir. Je n'ai jamais songé à porter atteinte à leur existence indépendante et je ne caresse aucun dessein de conquête à leur détriment. Par contre, je suis, certes, déterminé à repousser avec la dernière énergie toute agression à laquelle leur audace croissante pourrait les entraîner, dans la poursuite des rêves chimériques qui, hélas, leur ont été suggérés de plus d'un côté. Il est sans exemple qu'une Grande-Puissance soucieuse de sa dignité et de ses intérêts ait fait preuve à l'endroit des provocations insolentes de ses petits voisins, d'une longanimité comparable à la nôtre. Je persiste à espérer que la réflexion et le bon sens auront raison finalement de ces égarements, qui finiraient par conduire ces peuples vers les pires hasards. Mon chargé d'affaires à Saint-Petersbourg m'a rendu compte des paroles gracieuses dont Tu as bien voulu l'honorer à l'occasion du nouvel an; j'en pris ma part et T'en remercie cordialement. Les sentiments et les vœux que Tu as exprimés en peu de mots sont d'heureux augure.

François Joseph.

^{a)} Randbem. Aehrenthals: Von Seiner Majestät genehmigt 25. I. 1909. Amtsvermerk: „Ausfertigung wurde von Seiner K. u. K. Ap. Majestät am 28. Jänner 1909 (Wien) unterschrieben.“ Die Übersendung erfolgte im Wege der St. Petersburgs Botschaft auf Grund eines Erlasses vom 29. Jan. 1909. Die Botschaft sandte das Schreiben laut Bericht vom 15. Feb. Nr. 7 E am 3. Feb. an Iswolsky. Vgl. n. 972, 1068, 1130. — ^{b)} Pribram a. a. O. I 78; Martens, N. R. G. 3. S. X 64.

Nr. 936. Tel. aus Belgrad, 29. Jan. 1909 Nr. 35.^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Mein französischer Kollege bestätigt mir meine Meldung über die gemeinsame russisch-serbische Umarbeitung des serbischen Memorandums.^{b)} Er glaubt, daß russischerseits sowohl hier als in Cetinje auf die Vorschiebung der Autonomieforderung gearbeitet wurde und daß diesbezüglich auch zwischen London und Petersburg Meinungs-austausch stattgefunden hat. Seiner Ansicht nach dürfte gelegentlich des Königsbesuches in Berlin eine von uns sehr zu beachtende englische Intrigue unternommen werden, um auf Deutschland zu wirken, damit dasselbe bei uns zu Gunsten irgend einer Autonomie vermittele. Ich konnte nicht konstatieren, ob diese Äußerungen meines französischen Kollegen auf dessen eigener Kombination oder auf Pariser Nachrichten beruhen. Englischer Gesandter ließ mir gegenüber die Äußerung fallen, daß, falls Serbien statt der Territorial-

kompensation sich mehr auf das Schlagwort „die Autonomie Bosniens“ verlege, sich darin vielleicht das Terrain für eine Annäherung und Verständigung finden ließe. Der Gedanke der Autonomie wurde bekanntlich von Herrn Pašić erfunden und in Petersburg vertreten; ob diese gegen uns gerichtete Idee nunmehr im Memorandum vorgeschoben und von Rußland unterstützt wird, wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Jede Unterstützung seitens Rußlands kann nur serbische Vermessenheit und Kriegslust steigern. Forgách.

a) Vgl. n. 932, 967, 971, 987, 1059. — b) Vgl. n. 928.

Nr. 937. Tel. nach Konstantinopel, 29. Jan. 1909 Nr. 33 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). a) Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).

Vertraulich. Der türkische Protokollentwurf, den Euer Exzellenz mit Bericht vom 18. I. M. No. 4^{b)} vorgelegt haben, wurde hier einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es hat sich als nothwendig erwiesen, an dem türkischen Texte einige zum großen Theile redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Der so modificirte Entwurf wurde den beiden Ministerpräsidenten mitgetheilt und ich hoffe, noch morgen in den Besitz ihrer zustimmenden Antworten zu gelangen. In diesem Falle werde ich Sonntag den 31. I. M. einen Specialcourier mit unserem Gegenprojekt und den nöthigen Instruktionen an Euer Exzellenz abgehen lassen.

Geheim. Derselbe Courier wird Euer Exzellenz den Entwurf einer seinerzeit eventuell im Wege eines Notentausches abzugebenden Erklärung überbringen, in welcher wir den von Euer Exzellenz mit Bericht vom 20. I. M. No. 5 A und Tel. vom 23. I. M. No. 33 gemeldeten Anregungen des Großvezirs in Bezug auf den Sandžak und die Sandžakbahn nach Thunlichkeit entgegen zu kommen trachten. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 72 Nr. 101. Vgl. n. 941, 948, 996. — b) Nicht aufgenommen. Vgl. n. 880 Anm. b.

Nr. 938. Note des russischen Geschäftsträgers, 29. Jan. (neuen Stils) 1909 Nr. 91. a) Ausfert.

Le soussigné Chargé d’Affaires de Russie a l’honneur de communiquer, d’ordre de son Gouvernement, à Son Excellence Monsieur le Baron d’Aehrenthal, Ministre des Affaires Etrangères, que par une note, adressée aux Représentants des Puissances à Sofia, le Gouvernement Bulgare constate avec regret que la Porte aurait posé comme condition à un arrangement avec la Bulgarie, la question d’une rectification des frontières et aurait pris des mesures militaires de nature à donner lieu à des doutes sur le but poursuivi par la Turquie. La note ajoute que le Gouvernement Bulgare a cru devoir renforcer l’effectif de la 8^e division en appelant les réservistes pour instruction temporaire mais qu’il reste fermement décidé à arriver au plus tôt à un arrangement durable avec la Turquie. Tout en tenant compte des assurances pacifiques exposées dans la note précitée adressée aux Puissances, le Gouvernement Impérial estime que tout mouvement militaire sur la frontière turco-bulgare pourrait donner lieu à une tension locale et mener à menacer dans la

suite la paix générale. — Dans cet état de choses le Gouvernement Impérial pense qu'il y aurait lieu pour les grandes Puissances de charger leurs Représentants à Constantinople et à Sofia de faire sans retard et simultanément aux Gouvernements Turc et Bulgare une communication dans le sens de ce qui suit: Des mesures militaires entreprises sur la frontière turco-bulgare ne sauraient qu'entraver, au détriment des intérêts des deux pays, les efforts des Puissances faits en vue d'amener une entente amicale entre la Turquie et la Bulgarie; les Puissances accueilleraient favorablement toute combinaison apte à faciliter l'entente, mais elles estiment que la question de rectification des frontières en faveur de l'une ou de l'autre partie, devrait être entièrement écartée, vu qu'une pareille éventualité ne pourrait qu'envenimer les rapports turco-bulgares et compromettre la situation générale; enfin il est indispensable pour le succès des négociations entamées que la Bulgarie, de même que la Turquie, s'abstiennent de mesures qui pourraient être interprétées dans le sens d'une provocation. Le Gouvernement Impérial espère que le Gouvernement Impérial et Royal, s'il le juge possible, voudra bien munir ses Représentants à Constantinople et à Sofia d'instructions leur prescrivant de s'entendre avec leurs collègues des Grandes Puissances en vue d'une démarche à faire dans le sens précité. En priant de vouloir bien le mettre à même de donner au Gouvernement Impérial une réponse dans le plus bref délai possible, le Chargé d'Affaires de Russie saisit ... Sverbéew.

a) Vgl. n. 934, 940, 942, 943.

Nr. 939. Tel. aus Berlin, 30. Jan. 1909 Nr. 21 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Wie immer am Todestage unseres unvergesslichen Kronprinzen Rudolf hat Kaiser Wilhelm die Gnade gehabt mich aufzusuchen. Bei diesem Anlasse stellte ich Höchstdemselben den zufällig anwesenden Grafen Berchtold vor. Seine Majestät verweilte über eine Stunde und machte meiner Frau kurzen Besuch. Über die Unterredung Kaiser Wilhelms mit mir und Berchtold folgt Bericht durch den Kourier.^{a)} Szögyény.

a) Vgl. n. 961, 972 Anm. f.

Nr. 940. Tel. nach Konstantinopel Nr. 36 (1) und Sofia Nr. 15 (2), 30. Jan. 1909 (chiff. 11 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—2. Der russische Geschäftsträger hat gestern in Angelegenheit der Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei hier eine Proposition seiner Regierung übermittelt. Aus dem nachfolgenden Texte wollen Euer Exzellenz (Hochgeboren) den Inhalt des Vorschlages des Petersburger Cabinets sowie die Antwort ersehen, welche ich Herrn Sverbéew heute zukommen ließ: Inseratur heutige Note an M. Sverbéew von Anfang bis „le sens précité“.^{b)} Im Sinne meiner dem Herrn russischen Geschäftsträger erteilten Antwort wollen Euer Exzellenz (Hochgeboren) mit Ihren Kollegen ins Einvernehmen treten, um auf der Basis des vom russischen Cabinet vorgeschlagenen Textes eine identische Démarche bei der dortigen Regierung zu vereinbaren.

Zu Ihrer Orientierung bemerke ich, daß ich besonderen Wert darauf lege, daß bei der von Euer Exzellenz (Hochgeboren) im Einvernehmen mit Ihren Kollegen zu unternehmenden Démarche jede einseitige Bezugnahme auf die von bulgarischer Seite getroffenen militärischen Maßnahmen vermieden werde. Nach unserer Auffassung sollen die seitens der Mächte zu erteilenden Ratschläge sich nur auf die Zukunft beziehen und sich gleichmäßig an beide Teile richten. Über den Vollzug dieser meiner Instruction wollen Euer Exzellenz (Hochgeboren) mir telegraphisch berichten.

2. Vertraulich wollen Euer Hochgeboren den bulgarischen Ministern im Sinne der vorangehenden Bemerkungen meine Auffassung von der Tendenz der zu unternehmenden Démarche darlegen und dabei besonders hervorheben, daß ich mich entschlossen habe, dem Vorschlage des russischen Cabinets zuzustimmen, weil in demselben jede Grenzrectification ausdrücklich ausgeschlossen wird, und ich außerdem in der Lage war, mich dessen zu vergewissern, daß unter den Mächten günstige Dispositionen für Bulgarien bestehen. Unsere Teilnahme an der Démarche der Mächte verfolgt den Zweck, bei den Verhandlungen unter denselben diese Dispositionen zu stärken und den bulgarischen Interessen tunlichst zu nützen.

1.—2. Wie ich zu Ihrer persönlichen Information bemerke, enthielt meine Mitteilung an den russischen Geschäftsträger noch folgenden Zusatz, der nur für das russische Cabinet bestimmt war und daher bei der Ihnen aufgetragenen Démarche nicht in Betracht kommt: Inseratur vorletztes Alinea der heutigen Note an M. Sverbeew von „En même temps“ bis „et Sofia“.

2. Streng vertraulich füge ich hinzu, daß ich eine Pauschalsumme von hundert Millionen Francs, in welcher die Entschädigung für die Eisenbahnen inbegriffen wäre, für eine angemessene und billige Lösung der pekuniären Frage halten und bei den Mächten vertreten möchte. Aus Ihren Meldungen glaube ich zu entnehmen, daß dies Aussicht hätte, in Sofia acceptiert zu werden; etwaige fernere Wahrnehmungen hierüber wollen Euer Hochgeboren mir telegraphisch einberichten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 955, 958. — b) n. 942.

Nr. 941. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Jan. 1909 Nr. 48 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe die mir mit Telegramm Euer Excellenz vom 30.^{b)} d. Mts. No. 33 gemachte Eröffnung bezüglich des Protokolles dazu benützt, um beim Großvezir nochmals einen eindringlichen Schritt in der Boykottfrage zu machen. Ich habe Kiamil Pascha gesagt, daß ich vielleicht schon in der nächsten Woche in der Lage sein werde, das von uns angenommene oder in einigen Punkten modifizierte Protokoll mitzuteilen, sodaß die Angelegenheit in kürzester Zeit finalisiert werden könnte. Mit Rücksicht hierauf müsse ich mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß er alles, was in seiner Macht stehe, anwende, um dem Boykott doch endlich ein Ende zu machen. Der Großvezir war über meine obige Mitteilung hochofrenet und sagte mir, er habe eben auf das Komitee durch Major Enver Bey — den ich tat-

sächlich bei meinem Eintritt im Empfangssalon des Großvezirs noch dort traf — eingewirkt, damit morgen Beschlüsse gefaßt werden, die das Ende des Boykotts aussprechen. Auf meine Frage, ob ich den Lloyd verständigen könne, von nun an den Warenverkehr wieder aufzunehmen, antwortete mir Kiamil Pascha, er werde mir morgen diesbezüglich ganz Bestimmtes mitteilen lassen. Ich habe heute auch durch einen mit dem Boykott-Syndikat in Verbindung stehenden österreichischen Kaufmann dem Syndikat sagen lassen, daß das Einverständnis zwischen den beiden Regierungen dem Wesen nach zustande gekommen ist, und daß eine Fortsetzung des Boykotts ein sicherer Beweis wäre, daß es sich hiebei um rein persönliche Interessen handelt. Ich fügte hinzu, ich würde dafür Sorge tragen, daß dieses Treiben in der europäischen Presse nach Gebühr gebrandmarkt werde.

Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 72 Nr. 102. — b) Vom 29. Jan.

Nr. 942. *Note an den russischen Geschäftsträger, 30. Jan. 1909*
Nr. 388.a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Le soussigné Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie a l'honneur d'accuser réception de la communication que Monsieur le Chargé d'Affaires de Russie a bien voulu lui adresser hier sous le No. 91. Selon la teneur de cette pièce, le Gouvernement Impérial de Russie est d'avis qu'il y aurait lieu pour les Grandes Puissances de charger leurs représentants à Constantinople et à Sofia de faire sans retard et simultanément aux Gouvernements turc et bulgare une communication dans le sens de ce qui suit: ... wie n. 938 von „Des mesures militaires“ bis „provocation“ ... Le Cabinet de Vienne partage la manière de voir qui a inspiré la communication du Gouvernement Impérial Russe; il estime notamment que toute idée de modification territoriale ne saurait que compromettre sérieusement les relations entre la Turquie et la Bulgarie, et devrait être absolument exclue; de même, il se joint à l'avis du Cabinet de St. Pétersbourg quant à l'opportunité de conseiller aux deux parties de s'abstenir de mesures militaires plus étendues qui ne seraient pas justifiées par les circonstances et auxquelles on pourrait attribuer des intentions hostiles ou agressives. Le Gouvernement Impérial et Royal s'empresse donc de munir encore aujourd'hui ses représentants à Constantinople et à Sofia d'instructions télégraphiques leur prescrivant de s'entendre avec leurs collègues des Grandes Puissances en vue d'une démarche à faire dans le sens précité. En même temps le Cabinet de Vienne se demande s'il n'y aurait pas lieu de provoquer un échange de vues entre les Grandes Puissances pour établir — en tenant compte tant des intérêts en cause que des conditions financières et économiques du pays — le montant de la somme globale que la Bulgarie aurait à payer et qui pourrait servir de base aux négociations ultérieures entre Constantinople et Sofia. En priant Monsieur le Chargé d'Affaires de Russie de bien vouloir informer son Gouvernement de ce qui précède, le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie saisit etc.

a) Vgl. n. 940, 943, 952, 980, 1541.

Nr. 943. Note des russischen Geschäftsträgers, 30. Jan. (neuen Stils) 1909 Nr. 99 (eing. 31. Jan.).^{a)} Ausfert.

Le soussigné Chargé d'Affaires de Russie a l'honneur de porter, d'ordre de son Gouvernement, à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal, Ministre des Affaires Etrangères, que le Cabinet Impérial vient de charger son Représentant à Sofia de faire auprès du Gouvernement Bulgare une démarche décisive relativement au règlement du différend turco-bulgare et de lui proposer la solution suivante: La Bulgarie étant prête à payer à la Turquie une indemnité de quatre vingt deux millions de francs, la Russie, qui est créancière de la Turquie pour une somme de beaucoup supérieure, pourrait se charger de liquider cette indemnité. La Bulgarie contracterait un emprunt ne dépassant pas 82 millions de francs à un taux égal ou inférieur à celui du marché financier européen, mais sans aucune condition de contrôle ou de garanties spéciales. — La Turquie, ayant évalué les dommages qu'elle a subies à un chiffre supérieur aux 82 millions, la Russie s'entendrait avec elle pour la satisfaire complètement en lui abandonnant ou en capitalisant un nombre suffisant des versements annuels qui lui sont dus à titre de contribution de guerre. Les intérêts payables par la Bulgarie sur l'emprunt susmentionné de 82 millions permettraient au Trésor russe de régler cette combinaison financière de façon à ne subir aucune perte matérielle. Aussitôt qu'un accord sera conclu sur ces bases le Gouvernement Russe proposera à la Turquie et aux autres Puissances de procéder à la reconnaissance de l'indépendance de la Bulgarie et du nouveau titre de son Souverain. Cette combinaison donnera pleine satisfaction à la Bulgarie et contribuera à sauvegarder la paix qui constitue un intérêt de premier ordre tant pour la Bulgarie que pour l'Europe entière. En informant de ce qui précède Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères, le soussigné a l'honneur d'attirer sa bienveillante attention sur l'urgence qu'il y aurait pour les Grandes Puissances Européennes à prendre des mesures propres à sauvegarder la paix dans les Balkans vu les dangers auxquels elle est exposé en ce moment. Dans ces conditions le Gouvernement Impérial croit devoir adresser au Gouvernement Impérial et Royal l'instante prière de vouloir bien appuyer à Sofia la démarche dont est chargé le Ministre de Russie en Bulgarie.

Sverbéew.

^{a)} Vgl. n. 938, 945, 952, 953, 955.

Nr. 944. Tel. an den Generalkonsul in Skutari, 30. Jan. 1909 Nr. 3 (chiffr. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Geheim. Mit Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Privatbriefe an Freiherrn von Macchio vom 21. und 23. d. M.^{b)} Die dem Baron Nopcsa bewilligten Mittel waren selbstverständlich zur Verteilung während seiner Reisen in den Berggegenden bestimmt. Nachdem der Genannte, wie aus Ihrem Schreiben hervorgeht, noch längere Zeit in Skutari zuzubringen gedenkt, so ermächtige ich Euer Hochwohlgeboren, insoweit Sie selbst grössere Summen zur Verteilung benötigen, zwischen den zu Ihrer Verfügung stehenden und den mit Erlass vom 15. d. M. No. 165^{b)} dem Baron

Nopcsa bewilligten Beträgen ein entsprechendes Virement vorzunehmen. Ein Hinausgehen über die Ihnen beiden in dieser Angelegenheit zur Verfügung gestellten Beträge habe ich einstweilen nicht in Aussicht genommen. Was die von Ihnen zur Sprache gebrachte materielle Zuwendung an Nopcsa anlangt, so hat sich übrigens das Ministerium des Äussern an die von ihm selbst namhaft gemachten Summen gehalten. Was Sokol Baci, den Vertrauensmann des Fürsten von Montenegro, betrifft, so scheint es mir wahrscheinlich, daß Wohlwollen unsererseits für ihn zwecklos wäre. Zu häufige Zusammenkünfte mit Baron Nopcsa im Interesse dringend gebotener Vorsicht zu vermeiden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 864, 1011. — b) Nicht abgedruckt. Enthalten Einzelheiten über die Durchführung der geplanten Aktion.

Tel. nach Sofia, 30. Jan. 1909 Nr. 15 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 940.

Nr. 945. Tel. aus Berlin, 31. Jan. 1909 Nr. 22 (eing. 1. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär sagte mir soeben, der russische Botschafter habe ihm gestern im Auftrage seiner Regierung Erklärung abgegeben, daß die russische Regierung zur Beilegung der zwischen Konstantinopel und Sofia schwebenden finanziellen Differenz bereit wäre, die bulgarischerseits an die Türkei zu zahlende Entschädigungssumme in der Höhe von 82 Millionen Francs zu übernehmen und von der türkischerseits rückständigen Kriegsentschädigung an Rußland in Abzug zu bringen. Zugleich stellte Graf Osten-Sacken die Bitte, deutsche Regierung möge sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären. Baron Schoen, welcher augenblicklich die Tendenz dieses russischen Vorschlages durchschaut hatte, der offenbar in erster Linie darauf hinausgeht, Bulgarien von unserer Seite wegzudrängen und sich als Hauptbeschützer dieses Landes hinzustellen, hat dem russischen Botschafter die prealable Antwort erteilt, daß die Höhe der Entschädigungssumme, die Zahlungsmodalitäten sowie auch die Sicherstellung der betreffenden Gläubiger vorerst den Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien bilden müßten. Herr von Tschirschky ist angewiesen, Euer Exzellenz von diesem, wie mir Baron Schoen wiederholt versicherte, nach seiner Ansicht perfiden Eingreifen Rußlands zu verständigen. Wenn Euer Exzellenz damit einverstanden, werde er Graf Osten-Sacken definitive Antwort erteilen, daß nach Ansicht der deutschen Regierung die in Rede stehende Proposition, welche übrigens, auch abgesehen von anderen Unzukömmlichkeiten, keine Aussicht hätte, von der Türkei angenommen zu werden, undurchführbar erscheint. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 943, 946, 953, 954.

Nr. 946. Notiz des deutschen Botschafters, eingesandt mit Zuschrift¹⁾ vom 31. Jan. 1909.^{a)} Abschrift.

Der kaiserlich russische Botschafter in Berlin hat beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes daselbst um die Unterstützung eines Vorschlags

gebeten, wonach die russische Regierung ihre Forderung an die Türkei auf Kriegsentschädigung gegen die bulgarische Schuld an die Türkei aufrechnen will. Herr von Schoen hat dem Grafen von der Osten-Sacken geantwortet, dass sich zunächst Bulgarien und die Türkei über den Betrag sowie über die Zeit der bulgarischerseits zu leistenden Entschädigung einigen müssten. Sodann frage es sich, ob die Türkei gewillt sei und mit Rücksicht auf die orientalische Bahn und die dette publique in der Lage sein werde, den russischen Vorschlag anzunehmen. Die kaiserliche Regierung würde es gegebenen Falls nur begrüßen können, wenn Russland Bulgarien bei der Einlösung seiner Verbindlichkeiten der Türkei gegenüber behilflich sein wollte. Die kaiserliche Regierung sei hiernach nicht in der Lage, im Sinne des russischen Vorschlages auf die beteiligten Mächte einzuwirken.

¹⁾ Randbemerkung Aehrenthals auf der Zuschrift Tschirschkys: Ich werde diese neueste russische Anregung in gleichem Sinne beantworten wie die deutsche Regierung.

^{a)} Vgl. n. 945, 956.

Nr. 947. Tel. aus Bukarest, 31. Jan. 1909 Nr. 23 (eing. 3 U. 13 M. p. m.). Entziff.

Geheim. Im Verlaufe der gestrigen Audienz, über deren handelspolitischen Teil ich ebenfalls telegraphisch^{a)} berichten werde, sprach mir der König unter anderem von einem Berichte des rumänischen Militärattachés in Rom, welcher, wie Seine Majestät sagt, in der italienischen Armee sehr gute Verbindungen hat. Der König meinte, es liege ihm gewiss ferne, sich in Angelegenheiten einmengen zu wollen, die Rumänien direkt nicht betreffen; er glaube uns aber einen Freundschaftsdienst zu erweisen, wenn er auf Dinge aufmerksam mache, welche unser und Deutschlands Verhältnis zu Italien betreffen. Seine Majestät hatte die Gnade, mir sodann aus dem Rumänischen einen grossen Teil des erwähnten Berichtes zu übersetzen, welcher in grossen Zügen folgenden Inhalt hat: Habe schon der bekannte Artikel Schlieffens in Italien verstimmt, so sei dasselbe, jedoch in weit höherem Masse, bezüglich eines in Wien in der „Armeezeitung“ erschienenen Artikels der Fall. Dort wird nämlich ausgeführt, dass jetzt, wo Italien durch das Erdbeben 100.000 Menschen und grosse Summen an Nationalvermögen verloren habe, für Österreich-Ungarn, so sehr man das Unglück in Messina vom rein menschlichen Standpunkte bedauern müsse, der Moment zu einem Vorgehen gegen Italien gekommen sei. Während des russisch-japanischen Krieges sei man naiv genug gewesen, Russland zu schonen; derselbe Fehler dürfe Italien gegenüber nicht wiederholt werden, früher oder später müsse es doch zu einem Kriege zwischen uns und Italien kommen. Dann sei es schon besser gleich. In der italienischen Armee sei man über diesen Artikel (das Datum desselben ist im Berichte nicht erwähnt) sehr erregt. Das Blatt „Pensiero Militare“ meint, man sollte denselben in allen Kasernen und Gemeinden Italiens affichieren, und fordert dazu auf, dass die strategischen Punkte, die aus Österreich nach Italien führen, scharf bewacht werden. Schönburg.

^{a)} Nicht aufgenommen.

Nr. 948. Erlaß nach Konstantinopel, 31. Jan. 1909 Nr. 398.a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Geheim. Ich habe den Bericht vom 20. Jänner l. Js. No. 5 A, und das Telegramm vom 23. l. M. No. 33, Geheim, erhalten, in denen mir Euer Exzellenz davon Mitteilung machen, daß der Großvezier Ihnen gegenüber neuerdings die Idee zur Sprache gebracht habe, wir möchten der Türkei gewisse Zusicherungen, nach dem Ausdrucke Kiamil Paschas, eine Garantie für die Aufrechterhaltung des status quo und der türkischen Souveränität im Sandjak im Zusammenhange mit unseren gegenwärtigen Pourparlers erteilen. Ich würdige vollkommen die politischen Beweggründe, die Kiamil Pascha bei seiner Anregung geleitet haben. Auch uns liegt daran, daß die türkische Herrschaft im Sandjak erhalten bleibe; es ist ein erfreuliches Moment, daß der Großvezier unser Sandjakhahn-Projekt jetzt selbst von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet und der Einsicht Ausdruck gegeben hat, daß die politische Idee, die diesem Projekte zu Grunde liegt, ein eminentes Interesse der Türkei darstellt. In Würdigung dieser Sachlage lasse ich Euer Exzellenz mit diesem Erlasse den Entwurf einer geheimen Deklaration^{b)} zukommen, in welcher unser Interesse an der Aufrechterhaltung des türkischen Besitzstandes im Sandjak gegenüber den serbischen und montenegrinischen Aspirationen in deutlicher und präziser Weise zum Ausdruck kommt. Wie Euer Exzellenz dem Texte der Deklaration entnehmen werden, sind wir in derselben den Wünschen Kiamil Paschas soweit entgegengekommen, als dies irgend möglich war; wären wir über das von uns Gebotene noch hinausgegangen, so hätte sich, wie ich persönlich zu Euer Exzellenz bemerke, für uns dieselbe aequivoke Situation ergeben, der wir eben durch die Räumung des Sandjak ein Ende gemacht haben. Im übrigen sind wir in der vorliegenden Formulierung weit über den Inhalt der Erklärung hinausgegangen, die Euer Exzellenz laut meines Telegrammes de dato Budapest, 19. Oktober v. Js. No. 10 ermächtigt waren, der Pforte abzugeben. Die Argumente, die Euer Exzellenz dem Großvezier gegenüber verwerten werden, um das freundschaftliche Entgegenkommen in das richtige Licht zu stellen, das wir in der vorliegenden Deklaration bekunden, werden Euer Exzellenz aus dem Texte derselben selbst schöpfen. Falls Kiamil Pascha die Frage aufwerfen sollte, was darunter zu verstehen sei, wenn wir der Türkei unseren „appui“ versprechen, um den eventuellen Absichten Serbiens und Montenegros auf den Sandjak entgegenzutreten, so wollen Euer Exzellenz dem Großvezier nicht verhehlen, daß damit eine militärische Kooperation nicht gemeint sei. Euer Exzellenz können hiebei den Großvezier darauf aufmerksam machen, daß die Verabredung einer solchen Kooperation in Widerspruch stünde mit der klaren Situation, die wir für uns und die Türkei eben durch die Aufgabe unseres Besatzungsrechtes im Sandjak geschaffen hätten. Auch wäre es nicht recht mit der Würde und Großmachtstellung der Türkei vereinbar, sich eine einseitige militärische Unterstützung von uns zusichern zu lassen, während wir von ihr bloß eine „attitude sympathique“ uns gegenüber beanspruchen. Es wird Euer Exzellenz übrigens ein Leichtes sein, dem Großvezier vor Augen zu halten, daß, wenn auch eine militärische Kooperation in derselben nicht

vorgesehen sei, die Deklaration, zu der wir uns entschlossen hätten, für die Türkei nicht bloß diplomatischen sondern auch einen eminenten militärischen Wert besitze. Wenn nämlich die Türkei in die Lage käme, eine Armee in der Gegend von Mitrovitz zu konzentrieren, so würde die bloße Anwesenheit österreichisch-ungarischer Truppenkörper an der bosnischen Sandjakgrenze, also im Rücken einer eventuellen serbischen Aufstellung, militärische Operationen des Königreiches in diesen Gebieten nahezu unmöglich machen. Was die Form anbelangt, in der die beabsichtigte geheime Verabredung mit der Türkei bezüglich des Sandjaks zustande käme, so denken wir an einen Notenaustausch. Euer Exzellenz würden die vorliegende Deklaration in einer geheimen Note an die türkische Regierung richten und die Pforte würde in ihrer Antwortnote, unseren Text paraphrasierend, von dem Inhalte unserer Erklärung Akt nehmen. Euer Exzellenz müßten natürlich, bevor Sie Ihre Note an die Pforte abgehen lassen, vorläufige Kenntnis von der türkischen Antwortnote erhalten und uns dieselbe zur Genehmigung vorlegen. Am Schlusse meiner Ausführungen will ich noch zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung beifügen, daß das Hauptmotiv, warum wir dem Wunsche Kiamil Paschas so weit entgegengekommen sind, darin liegt, daß wir in der zu treffenden Vereinbarung ein Mittel gefunden zu haben glauben, um dem Gedanken der Sandjakhahn jetzt auf einer anderen Grundlage zur Realisierung zu verhelfen. Euer Exzellenz werden mit Ihrer gewohnten Geschicklichkeit der Aufgabe gerecht werden, sich bei Ihren Pourparlers mit den türkischen Staatsmännern diesen Gesichtspunkt vor Augen zu halten, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, als ob es in dem gegebenen Gedankenzusammenhange unser Interesse und nicht vielmehr das militärische Interesse der Türkei sei, welches uns den je früheren Ausbau der Sandjakhahn rätlich erscheinen lasse.

a) Vgl. n. 937, 982, 1035, 1046, 1069, 1070, 1104, 1217, 1250. — b) Beilage.

Beilage zu n. 948. Entwurf einer Note. Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Geheim. La Sublime Porte n'ignore pas que la renonciation de l'Autriche-Hongrie aux droits que le traité de Berlin lui avait conférés par rapport à l'ancien sandjak de Novibazar, a eu lieu en faveur de la Turquie, dans la supposition que l'Empire ottoman saurait dorénavant à lui seul sauvegarder ses intérêts dans ces parages et défendre le territoire du sandjak contre les convoitises de la Serbie ou du Monténégro.

L'intérêt de l'Autriche-Hongrie à la conservation de la souveraineté ottomane dans le défilé de Novibazar est aujourd'hui tout aussi grand qu'il l'était pendant les trente années de la coopération des troupes Impériales et Royales avec celles de Sa Majesté le Sultan. Le Cabinet de Vienne qui repousse toute idée d'accorder à la Serbie ou au Monténégro des compensations territoriales, comprend parfaitement que la Sublime Porte se place au même point de vue quant aux empiètements possibles desdits Etats sur le territoire du sandjak.

Il existe donc à ce sujet un parallélisme parfait entre les intérêts de l'Autriche-Hongrie et de la Turquie.

Persuadés que la Sublime Porte observera en présence des aspirations serbes et monténégrines visant le territoire austro-hongrois une attitude sympathique à notre égard, nous nous déclarons prêts à donner à la Sublime Porte notre appui en conférence ou autrement pour contrecarrer les desseins que la Serbie ou le Monténégro pourraient former à l'endroit du sandjak de Novibazar.

Nous assumons cette obligation pour la durée de trois ans dans la supposition que la Turquie ne manquera pas de faire tout ce qui dépendra d'elle pour fortifier sa position stratégique dans le défilé de Novibazar dont l'accès actuellement difficile ne se prête pas aux opérations militaires rapides que pourraient exiger les éventualités auxquelles le Gouvernement Impérial veut parer. En activant dans cet ordre d'idées l'achèvement de la ligne Uvac—Mitrovitza, le Gouvernement ottoman peut compter sur notre concours actif et amical^{a)} quant aux questions financières et techniques qui resteraient réservées à une entente spéciale entre les deux Gouvernements.

^{a)} Die in n. 1104 vorgeschlagene Fassung: „Ayant constaté que le Gouvernement Impérial apprécie à sa juste valeur l'importance qu'aurait dans cet ordre d'idées l'achèvement de la ligne Uvac—Mitrowitza le Gouvernement Impérial et Royal est tout disposé de lui prêter à cet effet son concours actif et amical“ findet sich hier von der Hand des Gesandten von Musulin mit Bleistift am Rande vermerkt.

Nr. 949. Tel. des Gesandten Prinzen Karl Emil Fürstenberg aus St. Petersburg, 31. Jan. 1909 Nr. 13 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Kritische Situation zwischen Türkei und Bulgarien, welche im hiesigen Auswärtigen Amte größte Beunruhigung hervorgerufen, soll, wie ich aus guter Quelle erfahre, Herrn Iswolsky veranlasst haben, vorgestern, Freitag abends, nach Konstantinopel und Sofia zu richtenden Vermittlungsvorschlag zu erwägen. Derselbe soll sich beiläufig in folgender Richtung bewegen. Rußland verzichtet auf circa 20 Jahre auf die von der Türkei zu zahlende Kriegsentschädigung. Kapitalisierung dieser Raten würde annähernd die von Bulgarien der Türkei zu entrichtende Entschädigung darstellen. Behufs Tilgung dieser Bulgarien an Russland erwachsenden Verpflichtung würde Bulgarien Amortisierung zahlen, Verzinsung wäre aber so gering bemessen und Raten auf so viele Jahre verteilt, daß schließlich das von Bulgarien gezahlte Kapital sich nicht höher als 82 Millionen darstellen würde. Bulgarischer Vertreter bestätigte mir gestern abends, daß Iswolsky finanziellen Vermittlungsvorschlag gemacht habe, war über Inhalt aber reserviert, hoffte aber, Beilegung der Differenz in Bälde zu sehen. Ob Vorschlag obigen Inhaltes tatsächlich abgegangen, konnte ich nicht feststellen. Streng geheim erfahre ich durch k. u. k. Militärattaché, daß Herrn Iswolskys Vorschlag tatsächlich erfolgte und Entscheidung Dienstag gefällt werden soll. Türkischer Botschafter soll gegen Annahme desselben sein. Bulgarischer Vertreter sprach sich für denselben aus. Hiesiger bulgarischer Militärattaché wünscht Annahme verhindert zu sehen, um daraus resultierende Abhängigkeit Bulgariens von Russland zu verhindern. Karl Emil Fürstenberg.

^{a)} Vgl. n. 953.

Tel. nach Berlin, 1. Feb. 1909 Nr. 16 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 953.

Tel. nach Bukarest, 1. Feb. 1909 Nr. 21 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 953.

*Tel. nach Konstantinopel, 1. Feb. 1909 Nr. 37 (chiffr. 9 U. p. m.).
Siehe n. 953.*

*Nr. 950. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. Feb. 1909 Nr. 52 (eing.
2. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Wie mir der Großvezir mitteilte, sind nunmehr alle Schwierigkeiten mit Bezug auf den Boykott beseitigt und kann daher der Warenverkehr aus der Monarchie nach den türkischen Häfen wieder beginnen.

Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 73 Nr. 103. Vgl. n. 930, 974.

Tel. nach London, 1. Feb. 1909 Nr. 15 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 953.

Tel. nach Paris, 1. Feb. 1909 Nr. 11 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 953.

Tel. nach Rom, 1. Feb. 1909 Nr. 16 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 953.

*Nr. 951. Tel. aus Rom, 1. Feb. 1909 Nr. 31 (eing. 2. Feb. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Ein bisher nur telephonisch anher gelangter Artikel des „Temps“ über die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien ist hier sehr bemerkt worden und wird von der „Tribuna“ in einer gegen Frankreich eher ungünstigen, für uns (in Anbetracht der dormaligen Stimmung) nicht unfreundlichen Weise kommentiert. Der Artikel kam heute zwischen mir und Herrn Tittoni zur Sprache. Ich bemerkte, die Behauptung des „Temps“, Frankreich habe nie etwas getan, um zwischen uns Misstrauen zu säen, scheine mir etwas gewagt. Tittoni éclata de rire et me dit: „Quant à cela, Dieu sait que vous avez raison. Depuis des mois la France ne fait pas autre chose que d'exciter et d'ameuter l'opinion publique contre moi. Je ne dis pas le Gouvernement français, mais dans tous les cas M. Barrère et la franc-maçonnerie française. C'est même un jeu dangereux que joue Barrère; depuis quelque temps il ne fait que dire, à qui veut l'entendre, qu'en cas de complication grave (er sagte nicht mit wem, aber der Sinn war nicht misszuverstehen) l'Italie aurait la France à côté d'elle. Je trouve que ce sont là des questions trop graves et délicates pour être traitées en causant avec de petits journalistes de bas étage.“ Bericht folgt durch morgigen Kurier.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 975.

*Tel. nach St. Petersburg, 1. Feb. 1909 Nr. 19 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe
n. 953.*

Nr. 952. Note an den russischen Geschäftsträger, 1. Feb. 1909 Nr. 415.a)
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Le soussigné Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie a eu l'honneur de recevoir la communication que Monsieur le Chargé d'Affaires de Russie a bien voulu lui adresser en date du 30 janvier dr. sous le No. 99. Par cette pièce le soussigné est invité à appuyer à Sofia une combinaison financière que le Gouvernement Impérial de Russie entend proposer à la Bulgarie concernant l'acquittement de la somme que celle-ci aurait à payer à la Turquie. Le Cabinet de Vienne voit avec plaisir toute démarche tendant à faciliter une solution satisfaisante des questions qui sont encore en suspens entre la Bulgarie et la Turquie. C'est dans cet esprit qu'il s'est empressé d'adhérer à la proposition du Gouvernement Impérial^{b)} faite, il y a quelques jours, concernant une démarche identique à Sofia et à Constantinople pour écarter toute idée de modification territoriale et pour prévenir des incidents dangereux pour le maintien de la paix. Par contre la proposition actuelle du Gouvernement Impérial se réfère au mode auquel la Bulgarie aurait recours pour s'acquitter d'un paiement dont le montant d'ailleurs n'est pas encore établi. Ce mode de paiement étant, de l'avis du Cabinet de Vienne, une question d'ordre intérieur, le Gouvernement I. et R. croit ne pas devoir peser sur la liberté des décisions que la Bulgarie jugerait opportun de prendre à cet égard. De même le Cabinet de Vienne ignore l'accueil que la Sublime Porte pourra faire à la combinaison envisagée par le Gouvernement Impérial et cela d'autant plus que le Gouvernement Impérial ottoman est lié par des engagements spéciaux vis-à-vis de la Compagnie des chemins de fer orientaux et de la Dette publique ottomane. Dans ces conditions le Cabinet de Vienne préfère ne pas sortir de la réserve qui lui paraît être imposée par les circonstances.

a) Vgl. n. 953, 980. b) n. 942.

Nr. 953. Tel. nach Sofia Nr. 16 (1), Konstantinopel Nr. 37 (2), Berlin Nr. 16 (3), St. Petersburg Nr. 19 (4), London Nr. 15 (5), Paris Nr. 11 (6), Rom Nr. 16 (7) und Bukarest Nr. 21 (8), 1. Feb. 1909 (chiffre 9 U. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

I.—8. Der russische Geschäftsträger hat mir gestern folgende Mitteilung zukommen lassen: ... wie n. 943 ... In Antwort hierauf habe ich heute Herrn Sverbéev Nachstehendes mitgeteilt: ... wie n. 952 ...

1. Ich ersuche Euer Hochgeboren, der bulgarischen Regierung vertraulich von meiner Antwort auf die russische Proposition Kenntnis zu geben. Wie in derselben betont ist, möchte ich die Freiheit der Entschlüssen der bulgarischen Regierung in dieser Frage, welche sie in erster Linie angeht, in keiner Weise beeinflussen. Ich bin jedoch überzeugt, daß man sich in Sofia vor einer definitiven Stellungnahme zum russischen Vorschlag die Konsequenzen wohl vor Augen halten werde, welche dessen Annahme in Zukunft für die ökonomische und politische Bewegungsfreiheit Bulgariens mit sich bringen könnte. Die bulgarischen Staatsmänner werden es sich gewiß angelegen sein lassen zu verhüten, daß Bulgarien im Momente, wo es im

Begriffe steht, seine staatliche Unabhängigkeit zu erreichen, sich nicht vielleicht in ein empfindlicheres finanzielles Abhängigkeitsverhältnis von einer fremden Regierung begeben. Ich würde wünschen, daß Euer Hochgeboren die vorstehenden Konsiderationen in angemessener und vorsichtiger Weise verwerten.

2.—8. Vorstehendes

3. und 4. mit Bezug auf das Telegramm vom 31. v. M., No. [ad 3:] 22, [ad 4:] 13

2.—7. zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache.

8. Zu Ew. Durchlaucht Information und Verwertung.

^{a)} Vgl. n. 954, 956, 957, 958, 959.

*Nr. 954. Tel. nach Sofia, 1. Feb. 1909 Nr. 17 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Geheim. Es kann wol keinem Zweifel unterliegen, dass der Euer Hochgeboren mit Telegramm von heute, No. 16, mitgeteilte russische Vorschlag darauf abzielt, Bulgarien in ein finanzielles und daher auch politisches Abhängigkeitsverhältnis zu Russland zu bringen. Wie Herr von Szögyény mir telegraphiert, wird der neueste russische Schachzug auch in Berlin so aufgefasst.^{b)} Prinz Fürstenberg meldet mir andererseits aus Petersburg, dass der dortige bulgarische Militärattaché sich bereits in Erkenntnis der wahren Sachlage gegen die russische Proposition ausgesprochen habe. Bei der Beantwortung der Frage, welchen Einfluss die russische Proposition und ihre eventuelle Annahme durch die fürstliche Regierung auf unsere Beziehungen zu Bulgarien ausüben könnte, kommen zunächst die geheimen Pourparlers in Betracht, mit deren Führung Euer Hochgeboren beauftragt sind. Wir haben diese Pourparlers mit einem in seinen politischen Entschlüssen völlig freien und unbeeinflussten Bulgarien begonnen und könnten sie natürlich nicht zum Abschlusse bringen, wenn sich Bulgarien inzwischen durch die Annahme des russischen Vorschlages seiner politischen Entschlössenfreiheit begeben hätte. Es schiene mir angezeigt, daß Euer Hochgeboren angesichts der russischen Aktion es sich angelegen sein lassen, unsere geheimen Verhandlungen im Fluss zu erhalten. Bei Ihren bezüglichen Unterredungen könnten Euer Hochgeboren dann als eine selbstverständliche Voraussetzung einflechten, dass wir bei allem freundschaftlichen Wohlwollen für das Fürstentum die so bedeutsame politische Förderung, die wir demselben in Aussicht gestellt hätten, doch nur dann eintreten lassen könnten, wenn die allgemeine Orientierung der bulgarischen Politik dieselbe bleiben würde, wie bei Beginn unserer Verhandlungen. Die Annahme des russischen Vorschlages würde es aber Bulgarien in Zukunft gewiss unmöglich machen, die Orientierung seiner Politik wie bisher unbeeinflusst von äußeren Momenten durchzuführen und auf jener Linie zu erhalten, auf der eine Fortführung unserer geheimen Verhandlungen möglich wäre. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 923, 955, 958. — ^{b)} n. 945.

*Nr. 955. Tel. aus Sofia, 1. Feb. 1909 Nr. 19 (eing. 2. Feb. 3 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Bevor die Kollektivdemarche, welche den Gegenstand Euer Exzellenz Telegramms von gestern Nr. 15 bildete, zur Ausführung gebracht werden konnte, erhielt mein russischer Kollege den Auftrag, hier einen anderen Vorschlag^{b)} zu machen, welchen gleichzeitig der englische und französische Vertreter zu unterstützen angewiesen worden waren. Nach den mir bisher durch Sir Georg Buchanan gemachten ziemlich unklaren Mitteilungen, (Herrn Sementowsky, welcher mich aufsuchte und der mich nicht zu Hause traf, habe ich bisher nicht auffinden können) hätte russische Regierung vorgeschlagen, die Indemnisierung der Türkei für Bulgarien durch Verzicht auf den entsprechenden Teil der noch aushaftenden türkischen Kriegsentschädigung zu übernehmen, wofür Bulgarien entsprechende Verzinsung und Amortisation an Rußland zu leisten hätte. Für die Entschädigung der Bahn sei auch in irgend einer Weise vorgesorgt, doch wußte mein englischer Kollege mir nicht zu sagen wie. Obiger Vorschlag wurde, wie letzterer mir mitteilte, General Paprikoff und Herrn Malinoff unterbreitet und von diesen sofort im Prinzipie angenommen. Von unserem Standpunkte kann diese Lösung, welche, falls sie von der Türkei angenommen wird, Bulgarien — ganz abgesehen von einer neuen Dankesschuld — in finanzielle Abhängigkeit von Rußland bringt, nicht begrüßt werden und steht zu befürchten, daß sie auch auf die Ausgestaltung unseres weiteren Verhältnisses zum Fürstentum eine ungünstige Rückwirkung haben werde.

Thurn.

^{a)} Vgl. n. 954, 958. — ^{b)} n. 943.

*Nr. 956. Tel. aus Berlin, 2. Feb. 1909 Nr. 26 (eing. 3 Feb. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Staatssekretär, welchem ich Inhalt Euer Exzellenz Telegramms Nro. 16 von gestern zur Kenntnis brachte, versicherte mir, der russische Botschafter hätte ihm vorerst mündlich mitgeteilt, daß die russische Regierung bereit wäre, die bulgarischerseits zu zahlende Entschädigungssumme von 82 Millionen zu liquidieren (mein gestriges Telegramm Nr. 22). Nachträglich habe Graf Osten-Sacken ihm eine Notiz übergeben, in der ausgeführt wird, daß man russischerseits bereit wäre, mit der Türkei „pour la satisfaire complètement“ auch über die Zahlungsmodalitäten der die 82 Millionen übersteigenden Entschädigungssumme das Euer Exzellenz bekannte Arrangement zu machen. Erst in dieser Notiz sei bemerkt worden, daß russische Regierung nach Herstellung des Einvernehmens der Türkei und den anderen Mächten vorschlagen werde, die Unabhängigkeit Bulgariens und den neuen Titel seines Herrschers anzuerkennen. Baron Schoen ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er heute dem russischen Botschafter in Form einer Notiz eine mit der Antwortnote Euer Exzellenz an Herrn Swerbejew fast wörtlich gleichlautende Antwort erteilen wird. Man müsse in Konstantinopel und in Sofia einsehen, daß diese ganze russische Aktion nichts weiter als ein durchsichtiger Schachzug gegen unsere

Politik sei. Es müsse abgewartet werden, wie man sich in der Türkei und in Bulgarien zu derselben stellen werde. Bisher seien ihm weder aus Konstantinopel noch aus Sofia irgendwelche Nachrichten zugekommen. Die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur behauptet zwar, daß die bulgarische Regierung ihre prinzipielle Zustimmung zu dem russischerseits für die Begleichung der Differenzen mit der Türkei vorgeschlagenen Weg gegeben habe und Grund vorhanden sei, daß die russische Proposition auch in Konstantinopel sympathisch aufgenommen werde, doch ist Baron Schoen der Meinung, daß dies den Tatsachen nicht entsprechen könne.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 957.

Nr. 957. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. Feb. 1909 Nr. 55 (eing. 3. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm Nro. 37 vom 1. dieses Monats. Bei meiner heutigen Begegnung mit dem Großvezir ließ derselbe einige Worte fallen, aus welchen ich entnehmen konnte, daß die Pforte den russischen Vorschlag nicht a limine ablehnen will. Er sagte nämlich, es fehle vorläufig die Basis zur Beurteilung der Propositionen, das ist die ziffernmäßige Feststellung der Entschädigungssumme für die Türkei. Die Sache werde übrigens im heutigen Ministerrate besprochen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 956.

Nr. 958. Tel. aus Sofia, 2. Feb. 1909 Nr. 20 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Euer Exzellenz gestrige Telegramme Nro. 16 und 17, geheim, heute erhalten. Soeben hatte ich Besuch meines russischen Kollegen, der mir ebenfalls von russischem Vorschläge Mitteilung machte. Betreffende telegraphische Weisung sei ihm vorgestern abends zugegangen und er habe darin enthaltene Proposition sofort dem Ministerpräsidenten in Gegenwart des herbeigerufenen Ministers des Aeussern übermittelt. Gestern vormittags sei ihm bereits offizielle Antwort zugekommen, worin prinzipielle Annahme des russischen Vorschlages erklärt wird. Der Umstand, daß die Zustimmung scheinbar ohne jegliche Ueberlegung der Konsequenzen buchstäblich über Nacht erfolgte, so daß für mich die physische Unmöglichkeit vorlag, von diesem Vorgange rechtzeitig Kenntnis zu erlangen, machte eine vorgängige Beeinflussung der Minister im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nro. 16 leider unmöglich und bitte ich um Weisung, wie ich mich angesichts des fait accompli der gegebenen bulgarischen Zustimmung zu verhalten habe. Eigentümlich ist, daß Herr Dobrovič, den ich gestern mittags — also nachdem Herr Sementowski bereits im Besitze der zustimmenden Antwort der Regierung war — von der russischen Proposition noch keine Kenntnis zu haben schien. Von den bulgarischen Ministern konnte ich bisher noch keinen sehen, da sie gestern anlässlich eines Requiems für die verstorbene Fürstin in Philippopel weilten und heute wegen der aus Anlass des 15jährigen Geburtsfestes des Kronprinzen stattfindenden Feierlichkeit unsichtbar sind. Russischer Gesandter hat über spezielle Anfrage Weisung

erhalten, unbeschadet der durch den letzten russischen Schritt geschaffenen neuen Situation, die vorerst vereinbarte Kollektivdemarche (Euer Exzellenz Telegramm Nro. 15 vom 31. vorigen Monats) doch vorzunehmen, da die darin enthaltene Ausschaltung der territorialen Kompensationsfrage auch jetzt noch aktuelle Geltung habe. Wenn alle anderen Kollegen sich letzterer Demarche anschliessen, welche allerdings gegenwärtig meiner Meinung nach völlig zwecklos ist, so glaube ich im Sinne Euer Exzellenz Intentionen zu handeln, wenn auch ich mich von derselben nicht fernhalte. Ich hatte übrigens schon gestern Gelegenheit genommen, Herrn Dobrovič gegenüber die Konsiderationen anzudeuten, welche die k. u. k. Regierung zur Teilnahme an dieser von den Blättern bereits in allen Details angekündigten Demarche veranlasst haben.

Thurn.

^{b)} Vgl. n. 955, 960.

Nr. 959. Tel. aus London, 3. Feb. 1909 Nr. 17 (eing. 4. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Euer Excellenz Telegramm No. 15 vom 1. d. M. erhalten. Ich habe soeben Sir E. Grey gesehen, der sich sehr zugunsten des russischen Vorschlages ausspricht, den er als ein glückliches Mittel bezeichnet, um über die türkisch-bulgarischen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Er wußte nicht, wie die türkische Regierung den Vorschlag aufnehmen würde. Man schien in Konstantinopel noch nicht im Besitze aller Details zu sein. Staatssekretär hat aber im Gespräche mit türkischem Botschafter Annahme des russischen Vorschlages anempfohlen. Sir E. Grey erklärte, daß vor einigen Tagen die Lage infolge der Hartnäckigkeit Bulgariens ernst aussah. Heute sei sie infolge der Initiative Herrn Iswolskys viel günstiger. Er betonte, daß die Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei die anderen Mächte ermuntert hätte, viel entschiedener für Lösung des türkisch-bulgarischen Streites einzutreten, als sie es hätten tun können, solange die Differenzen zwischen Wien und Konstantinopel nicht geregelt waren. Er hoffe, daß die beiden Hauptschwierigkeiten nunmehr bald überwunden sein würden. Es bliebe dann noch Serbien und Montenegro; man müsse sich aber damit zufrieden geben, eine Frage nach der anderen zu behandeln und könne nicht alles gleichzeitig regeln. Staatssekretär sprach mit meinem deutschen Kollegen in demselben optimistischen Sinne wie mit mir. Einer Konversation über Serbien und Montenegro, die Graf Metternich versuchte, wich er mit der obigen Begründung (eine Frage nach der anderen) aus.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 960, 963, 971, 976.

Nr. 960. Tel. nach Sofia, 3. Feb. 1909 Nr. 18 (chiffr. 2 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm vom 2. 1. M., Nr. 20. Durch die von Euer Hochgeboren gemeldete principielle Annahme des letzten russischen Vorschlages seitens der bulgarischen Regierung ist bereits, insoferne letztere in Betracht kommt, ein fait accompli geschaffen, und die

auffallende Raschheit, mit welcher dies erfolgte, würde beinahe der Vermuthung Raum geben, dass es sich um ein bereits abgekartetes Spiel handelte. Bei dieser Sachlage wollen Euer Hochgeboren in Ihrer bezüglichen Aussprache mit den bulgarischen Ministern sich in der Hauptsache darauf beschränken, im Sinne meiner dem russischen Geschäftsträger ertheilten Antwort hervorzuheben, dass ich die Freiheit der Entschliessung Bulgariens in dieser Frage in keiner Weise beeinflussen wollte. Hiebei wollen aber Euer Hochgeboren nicht unterlassen, auf die Frage der Entschädigung der orientalischen Eisenbahngesellschaft hinzuweisen, deren Nichtberücksichtigung in dem geplanten Arrangement nur zu neuen Schwierigkeiten Anlass geben würde.

Geheim: Bei der gegenwärtigen Sachlage, wie sie durch den letzten russischen Vorschlag und dessen Annahme seitens Bulgariens geschaffen wurde, erschiene es mir augenblicklich nicht opportun, dass Euer Hochgeboren im Sinne meines geheimen Telegrammes No. 17 Ihrerseits auf die geheimen Pourparlers zurückkommen. Sollte jedoch diesbezüglich von bulgarischer Seite an Sie herangetreten werden, so wollen sich Euer Hochgeboren im folgenden Sinne aussprechen: Unsere bezüglichen Darlegungen hätten sich nicht allein auf die momentane Situation bezogen, in welcher die Kenntniss von unseren so freundschaftlichen Dispositionen Bulgarien immerhin bereits schätzbare Vortheile geboten hat; wir hätten dabei hauptsächlich im Auge gehabt, das Verhältnis zwischen der Monarchie und Bulgarien auf Grundlage der beiderseitigen Interessen in dauernder Weise zu praecisiren und festzulegen. Wir seien bereit, in einem gegebenen Zeitpunkte diese Besprechungen wieder aufzunehmen, müssten jedoch begreiflicherweise Werth darauf legen, vorher Aufschluss darüber zu erhalten, ob Bulgarien sich nach wie vor im Besitze seiner vollen Bewegungsfreiheit befinde und ob letztere nicht etwa durch mittlerweile eingegangene Verpflichtungen alterirt worden sei. Mit Bezug auf das letzte Alinea^{b)} Ihres eingangs citirten Telegrammes: Ich bin vollkommen damit einverstanden, dass Euer Hochgeboren sich an der infolge des ersten russischen Vorschlages vereinbarten Collectivdémarche betheiligen, falls Ihre Collegen ein Gleiches thun.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 959, 962, 1743, 1762, 2547. — ^{b)} Beginnt mit: „Wenn alle anderen Kollegen“.

Nr. 961. Bericht aus Berlin, 4. Feb. 1909 Nr. 4 A (eing. 5. Feb.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Kaiser Wilhelm, Höchstwelcher mir, wie ich Eurer Excellenz zu melden die Ehre hatte, am 30. vorigen Monats^{b)} einen langen Besuch zu machen die Gnade hatte, erzählte mir, Er habe an Seinem Geburtstage von Kaiser Nikolaus einen Brief erhalten, in dem Seine Majestät nach den üblichen Glückwünschen einige Bemerkungen in Betreff der jetzigen internationalen Situation zu machen „für gut befunden hat“. Vor Allem konstatiert der Kaiser von Russland mit grosser Befriedigung, dass die traditionellen guten Beziehungen zwischen Russland und Deutschland trotz der vielen Komplikationen in der europäischen Politik ungetrübt

aufrecht erhalten worden seien; leider könne Er von den Beziehungen Seiner Regierung zum österreichisch-ungarischen Kabinette wenig Gutes sagen und Er müsse gestehen, dass der neue Kurs der österreichisch-ungarischen — oder wie Kaiser Nikolaus Sich in Seinem Brief wiederholt ausdrückt — der „Ährenthal'schen Politik“ Ihm grosse Sorgen mache. Er — Kaiser Wilhelm — habe nicht gesäumt, dieses Schreiben, wenn auch nur ganz kurz, zu beantworten und bei diesem Anlasse neuerdings sehr entschieden zu versichern, dass Er die Haltung des k. und k. Kabinettes in der gegenwärtigen Orientkrise von allem Anfange an gebilligt habe und die von der engbefeundeten Nachbarmonarchie unternommene wolbedachte Aktion auch weiterhin werktätig unterstützen werde. In dieser Hinsicht — so fuhr Seine Majestät fort — benütze Er jede Gelegenheit, um die Wolken, die — wie unser Allergnädigster Herr in Seinem letzten, an Ihn gerichteten gnädigen Schreiben^{c)} so richtig bemerke — den politischen Horizont bedauerlicherweise noch immer beschatten, zu zerstreuen. Als Herr Iswolsky zum Schlusse seiner Rundreise in Europa nicht anders konnte, als auch in Berlin vorzusprechen, sei ihm hier ganz klarer Wein eingeschenkt worden. Nachdem der Herr russische Minister sich sowol in Paris, als in London in Betreff der Dardanellen-Frage Körbe abgeholt hatte, und in übelster Laune in der deutschen Hauptstadt eingetroffen war, kam er allerdings auf die Dardanellenfrage, deren Lösung er bei früheren Anlässen auch hier wiederholt betrieben habe, nicht mehr zurück und machte dergleichen, als ob diese Angelegenheit für ihn nur eine cura posterior sei. Mit umso grösserer Insistenz habe er aber darauf bestanden, dass es in erster Linie die Pflicht Deutschlands sein müsse, die von Österreich-Ungarn in so flagranter Weise begangene Verletzung des Berliner Vertrages zu ahnden. Dieser Vertrag — so habe Herr Iswolsky ausgeführt — sei seinerzeit unter der Aegide Deutschlands zustande gekommen und demzufolge sei insbesondere Deutschland berufen, gegen den begangenen Rechtsbruch ein weithinhallendes Veto einzulegen. Nachdem der russische Minister für seine „Jeremiaden“ bei dem Reichskanzler kein entsprechendes Gehör gefunden, habe er alles daran gesetzt, um Ihn — Kaiser Wilhelm — für seine Ansichten zu gewinnen. Er liess sich zur Audienz melden und habe dem Fürsten Bülow ganz offen gesagt, er gebe sich der bestimmten Hoffnung hin, dass er im Stande sein werde, „den Kaiser umzustimmen“. Herr Iswolsky habe sich jedoch in dieser Beziehung gründlich geirrt; Er — Kaiser Wilhelm — habe ihn zum Frühstück eingeladen, aber trotz aller Versuche sei es dem Herrn Minister überhaupt nicht gelungen, Ihn — Kaiser Wilhelm — dazu zu bewegen, Sich in ein politisches Gespräch einzulassen.^{d)} Dies alles — so sagte mir Seine Majestät — habe zwar nur retrospektives Interesse, doch wollte Er mir durch Wiederholung der Vorkommnisse bei dem letzten Besuche des russischen Ministers des Äussern in Berlin neuerdings den Beweis liefern, wie sehr Er immer darauf bedacht war, darzutun, dass Er die Insinuationen Herrn Iswolsky's richtig beurteile und dessen Versuche, uns — Deutschland und Österreich-Ungarn — zu entzweien „mit Verachtung“ zurückweise. Jetzt handle es sich darum, den weiteren Intriguen des russischen Ministers wirksam entgegenzutreten und am Balkan Ruhe zu schaffen. Ein grosser Schritt nach vorwärts sei

glücklicherweise durch die Vereinbarungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erfolgt; hoffentlich werden auch die Differenzen zwischen Bulgarien und der Türkei ehetunlichst in Ordnung gebracht werden können. Begreiflicher Weise lege Er grosses Gewicht darauf, dass Bulgarien sich jetzt sowie in der Zukunft eng an Österreich-Ungarn anschliesse. Es wäre dies als Contrapondium zu dem russischen Einflusse auf die stamm- und glaubensverwandten Völker auf der Balkanhalbinsel von ausserordentlichem Werte. Dem Fürsten Ferdinand habe Er noch unlängst durch Herrn von Romberg sagen lassen, dass der Fürst nur in dem Falle auf Deutschlands warme Unterstützung der Unabhängigkeitserklärung und der Annahme des Königs- oder Czarentitels rechnen könne, wenn Bulgarien sich an die Seite Österreich-Ungarns stelle. Hierauf erging Sich Seine Majestät in einer langen, recht geistreichen, aber nicht immer ganz klaren Auseinandersetzung über die Bedeutung des Panslavismus. Er machte einen grossen Unterschied zwischen Panslavismus und Panrussismus und stellte die Behauptung auf, dass die panslavistische Propaganda, insoferne sie nur Russland Vorteile bringen sollte, nunmehr auch nach russischer Auffassung an Bedeutung verloren habe, da man in Russland zur Einsicht gelangt sei, dass Österreich-Ungarn, mit seiner starken und immermehr zunehmenden slavischen Bevölkerung die bisher dominierende Vormachtstellung Russlands in der gesamten slavischen Welt, in nicht geringem Masse, gefährden werde. Aus diesem Grunde sei man jetzt von St. Petersburg aus bestrebt, alle slavischen Völkerschaften zu beeinflussen und sie, soweit es irgendwie möglich ist, von Russland, wenn auch nicht de facto, so doch theoretisch abhängig zu machen. Dies werde aber, so meinte Seine Majestät, nicht erfolgen, wenn Österreich-Ungarn seine jetzt so entschieden zum Ausdrucke gebrachte aktive Orientpolitik ausharrend weiter verfolgen werde. Auf den bevorstehenden Besuch des englischen Königspaares in Berlin übergehend, sagte mir Kaiser Wilhelm, Er rechne sicher darauf, mit König Eduard und den englischen Staatsmännern, die Ihn begleiten werden, die aktuelle politische Situation freundschaftlich und eingehend besprechen zu können.^{e)} Sehr merkwürdig sei es, dass man in St. Petersburg über diesen Besuch sehr nervös ist. Offenbar fürchte man sich dort, dass bei dieser Gelegenheit auch die Entrevue von Reval zur Sprache komme und dass König Eduard Sich zu Indiskretionen verleiten lassen werde. Er — Kaiser Wilhelm — sei trotz aller Ablehnungen überzeugt, dass in Reval, wenn auch keine direkten Abmachungen getroffen worden seien, doch Besprechungen stattgefunden hätten, die eine direkte Spitze gegen Deutschland haben. Zum Schlusse erwähnte Seine Majestät, Er habe bei den letzten Hoffestlichkeiten wiederholt Gelegenheit gehabt, Sich mit dem neuen hiesigen türkischen Botschafter zu unterhalten. Nizamy-Pascha mache auf ihn keineswegs den Eindruck eines ganz vertrauenswürdigen Mannes, doch scheine er ausserordentlich intelligent und in konstanter Verbindung mit den jungtürkischen Kreisen in Constantinopel und Salonich zu stehen. Aus diesem letzteren Grunde habe Er — Kaiser Wilhelm — es für nützlich erachtet, den türkischen Botschafter mit grossem Nachdrucke zu versichern, dass Er es für ein vitales Interesse der Türkei halte, die alten freundschaftlichen Beziehungen zu

Österreich-Ungarn in vollem Masse wiederherzustellen. Nizamy-Pascha sei für diese Empfehlungen sehr empfänglich gewesen und habe versprochen, in diesem Sinne seinen Einfluss in Constantinopel geltend zu machen, wie er dies übrigens — nach seiner Behauptung — auch bisher immer getan hätte.

Szögyény.

a) Vgl. n. 972, 998. — b) n. 939. — c) n. 900. — d) n. 371. — e) Vgl. n. 968.

Nr. 962. Bericht aus Sofia, 4. Feb. 1909 Nr. 15 (eing. 6. Feb.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Mit dem gehorsamsten heutigen Berichte No. 14 B^{b)} habe ich mir erlaubt meine gestrige Unterredung mit Herrn Dobrovitch zu schildern. Im weiteren Verlaufe derselben bemerkte der Herr Cabinets-director noch, es liege gewiss nicht in den Intentionen der Regierung den bisherigen Curs der bulgarischen Politik, namentlich was das Verhältniss zur Monarchie anbelangt, durch das finanzielle Arrangement mit Russland irgendwie beeinflussen zu lassen. Als Beweis für diese Behauptung führte er an, Herr Liapcheff habe ihm eben noch ganz spontan von den mit uns schwebenden geheimen Unterhandlungen gesprochen und der Anschauung Ausdruck verliehen, dass dieselben durch die neueste Wendung der Dinge keinen Aufschub erleiden sollten. Ich erwiederte, dass bei den schwebenden Verhandlungen Bulgarien in jeder Beziehung der empfangende Theil sei, dass es daher für uns selbstverständlich nicht gleichgiltig sein könne, ob das Bulgarien, welchem wir so namhafte Vorthelle für die Zukunft zusichern würden, auch thatsächlich noch in seinen Entschliessungen vollkommen frei und unbeeinflusst sei. Die geplanten Abmachungen bezögen sich ja nicht bloss auf heute und morgen sondern hätten vor Allem auch eine weitere Zukunft im Auge. Es sei nun gewiss mit unserem Interesse wohl vereinbar ein freies und selbständiges Bulgarien erstarken und unter Umständen sogar sich vergrössern zu sehen; von einem eventuell unter russischem Einflusse stehenden Bulgarien könne dasselbe natürlich nicht gesagt werden. Es sei deshalb für uns jedenfalls nöthig darüber Sicherheit zu erhalten, ob der Curs Bulgariens nach wie vor auch derselbe bleiben könne, das heisst ob es wirklich auch im Besitze seiner vollen Bewegungsfreiheit sei. Ich zweifle nicht, dass Herr Dobrovitch seinem gnädigsten Herrn unverweilt von meinen Aeusserungen Meldung erstattet haben wird. Wenngleich mir zur Zeit des Besuches Herrn Dobrovitch's die hohen Instructionen Euer Excellenz gestrigen Telegrammes No. 18 leider noch nicht vorlagen, so hoffe ich doch in meinem oben geschilderten Gespräche im Rahmen der Instructionen Euer Excellenz geblieben zu sein.

Thurn.

a) Vgl. n. 972, 1009. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 963. Tel. nach London, 5. Feb. 1909 Nr. 16 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 17 vom 3. l. Mts. Ich nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Sir E. Grey mit der einmal gegebenen direkten Verständigung zwischen uns und der Pforte und mit der unmittelbar zwischen Sofia und Konstantinopel erfolgenden Beilegung des bulgarisch-

türkischen Streitfalles, diese beiden „Hauptschwierigkeiten“ der Lage als überwunden ansehen würde. Bekanntlich waren wir immer der Ansicht (und haben auch entsprechend gehandelt), daß die Bereinigung der bosnischen Kontroverse durch direkte Verhandlungen mit der türkischen Regierung erfolgen müßte. Es ist sehr erfreulich zu konstatieren, daß der Herr Staatssekretär sich nunmehr so unumwunden auf unseren Standpunkt stellt. Weniger verständlich finde ich indessen, daß Sir E. Grey davon spricht, daß nach der bosnischen und der bulgarischen Angelegenheit dann auch noch Serbien und Montenegro übrig blieben und daß „diese Fragen“ eine nach der anderen behandelt werden müßten. Euer Exzellenz können ähnlichen Einwürfen des Herrn Staatssekretärs gegenüber mit nicht genug Nachdruck betonen, daß es für uns eine serbische und montenegrinische Frage im Zusammenhange mit der Annexion weder heute gäbe noch jemals geben könne. Sei es einmal zwischen uns und der Pforte sowie zwischen Sofia und Konstantinopel zu einer definitiven Verständigung gekommen, so blieben nur noch die kretensische Angelegenheit und die von uns bereits im Prinzip akzeptierte Modifikation des Artikels XXIX des Berliner Vertrages übrig, um die gegenwärtige Krise völlig zu beseitigen. Um zu verhindern, daß der Ausdruck „serbische und montenegrinische Frage“ sich in die aktuelle diplomatische Terminologie einschleiche, wird es sich empfehlen, daß Euer Exzellenz eine nächste sich darbietende Gelegenheit zu einer Aussprache mit Sir E. Grey im Sinne meiner vorstehenden Ausführungen benützen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 971, 983, 1027.

Nr. 964. Bericht aus London, 5. Feb. 1909 Nr. 13 E (eing. 8. Feb.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Ich erlaube mir anliegend den mit hoher Weisung No. 281 vom 22. I. Mts. herabgelangten interessanten Bericht des Grafen Forgách vom 10. I. Mts., No. 4 C mit ergebensten Danke in Rückvorlage zu bringen. Die Informationen, die der „Times“-Correspondent Mr. Browne dem k. und k. Gesandten in Belgrad über die Haltung Sir Edward Greys mitgeteilt hat, scheinen mir einen Kern von Wahrheit zu enthalten. Der Staatssekretär hat nie ein Hehl daraus gemacht, wie sehr er eine Action missbillige, welche er leider als ein einseitiges Zurücktreten von einem internationalen Vertrage ansieht. Bedauerlicher Weise ist er von dieser Ansicht nicht abzubringen, die er in seinen öffentlichen Reden und — wie Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung bekannt ist — auch in seinen Gesprächen mit mir zum Ausdruck brachte. Ich zweifle also nicht, dass in den ersten Tagen nach der Annexion den im Foreign Office anfragenden Journalisten die Auskunft ertheilt wurde, „that Sir Edward Grey feels very strongly about what he considers to be a breach of treaty“ oder etwas dergleichen. Dass aber eine directe Aufforderung gegen uns zu schüren und zu hetzen, ausgegeben worden sei, möchte ich bezweifeln; daher sah es Sir Edward Grey als eine ihn persönlich treffende Kränkung an, als in unseren Blättern die Anklage erhoben wurde, die englische Regierung habe einer Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei

entgegengewirkt und den Boycott angeregt. Ich habe persönlich den Eindruck, dass man hier unangenehm berührt war, als man sich darüber Rechenschaft gab, wie allgemein und tiefgehend die Verstimmung gegen England in der Monarchie geworden war. (Ich hatte zwar im Foreign Office wiederholt und eindringlich gewarnt, dass es so kommen müsse, wenn die Londoner Blätter in ihrer feindlichen Sprache fortfahren.) Dann trat in der hiesigen Presse seit ungefähr Anfang December ein viel gemäßigter Ton ein. Man vergass, was früher hier geschrieben worden war und zeigte sich entüstet über die in unseren Journalen immer heftiger werdenden Angriffe auf England. Ich glaube, es dürfte jetzt am Besten sein, möglichst wenig Recriminationen de part et d'autre vorzubringen. Der Artikel des „Fremdenblatt“ über Sir Edward Greys Rede, den die hiesige Presse telegraphisch wiedergegeben hat, wurde als ein Symptom betrachtet, dass man auch in Wien nicht die Absicht habe, eine Pressfehde weiterzuführen. Hoffentlich wird dieser Grundsatz auch hier befolgt werden, wenn auch zu erwarten steht, dass der „Daily Telegraph“, von seinem Petersburger Berichterstatter beeinflusst, und in dem Bestreben, der Anwalt aller Slaven zu sein, in der Verfechtung serbischer Interessen noch öfters zu weit gehen wird. Mensdorff.

a) Vgl. n. 966.

Nr. 965. Bericht aus London, 5. Feb. 1909 Nr. 13 F (eing. 8. Feb.).^a) Ausfert.

Der Privatsecretär Sir Edward Greys, Mr. Tyrrell, ist unlängst wieder auf die Anklage gegen Mr. Chirol von der „Times“ zurückgekommen, nach welcher derselbe in Belgrad agitatorische Reden gehalten hätte. Mr. Chirol hat gleich nach seiner Rückkehr im Foreign Office vorgesprochen und Mr. Tyrrell erklärt, er sei kurz nach seiner Ankunft in Belgrad von einigen Herrn überrumpelt worden, die ihn nöthigten, an einem Pressbanquette an demselben Abend theilzunehmen. Er habe dabei einige verbindliche Worte sprechen müssen, worin er jedoch zur Ruhe und Mässigung rieth und, nachdem im Laufe des Abends der telegraphische Bericht über die Rede Mr. Asquiths im Mansion House einlief, habe er dieselbe zum Text seines Speeches gemacht. Er verwahrt sich entschieden dagegen, irgend etwas gesagt zu haben, welches im aufreizenden Sinne gedeutet werden könnte. Ich habe seither auch selbst mit Herrn Chirol, den ich bei einem Luncheon traf, gesprochen. In eine Discussion über seine persönliche Thätigkeit in Serbien sind wir nicht eingegangen und ich habe nur im Vorübergehen bemerkt, dass gewissen Reden und sympathischen Bemerkungen englischer Reisender in den Balkanländern dortselbst eine übertriebene Bedeutung zugeschrieben wird. Sie werden als directe Förderung der übertriebenen Aspirationen der dortigen Politiker gedeutet und der Widerhall dieser von Belgrad und Cettinje kommenden Eindrücke mache sich in unserer Presse bemerkbar. Mr. Chirol meinte, die Wiener Blätter hätten sich vielleicht für einige Alarmnachrichten etwas gar zu gläubig gezeigt und er knüpfte daran einige Bemerkungen über unsere Presse. Es sei schwer, meinte er, unter den Wiener Zeitungen eine zu finden, die wirklich die österreichische Meinung „the genuine Austrian opinion“ wiedergibt.

Im Auslande müsse man unsere Presse nach dem beurtheilen, was man sieht und das hervorragendste Blatt scheine stets hauptsächlich das Organ Deutschlands und des Judenthums zu sein. (Darin erkennt man die Ansicht Mr. Steeds, die „Neue Freie Presse“ vertrete nur die Interessen Berlins und der Synagogen.) Aus seinen Bemerkungen über Serbien möchte ich als nicht uninteressant hervorheben, dass Mr. Chirol mir erzählte, einige der vernünftigsten Leute in Belgrad hätten ihm gesagt, dass sie den Gedanken eines Aufgehens Serbiens in einen innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie stehenden südslavischen Staat durchaus nicht von sich weisen würden. Es schiene ihnen dies eine bessere Lösung für die Zukunft des Serbenthums, als der Fortbestand des gegenwärtigen Zustandes. Den König Peter, welchen Mr. Chirol nicht sah, bezeichnete er als eine Null ohne Macht und ohne Einfluss. Den Kronprinz, den er sah, beschreibt er als einen persönlich nicht unsympathischen jungen Mann, der unter dem Makel leidet, welcher der Thronbesteigung seines Vaters anhaftet und der in der Öffentlichkeit offenbar von einer Art von Rausch (intoxication) erfasst wird, welcher ihn zu unvorsichtigen und excessiven Reden verleitet. Schliesslich möchte ich noch bemerken, dass Mr. Chirol der Ansicht zu sein scheint, es werde für die k. u. k. Regierung schwieriger sein, mit Montenegro zu einem irgend wie befriedigenden Arrangement zu kommen, als mit Serbien.

Mensdorff.

Nr. 966. Notiz, 5. Feb. 1909.^a) Konz. (S. Szápáry).

Im Juni 1906 nahm die seit kurzem am Ruder befindliche liberale englische Regierung die diplomatischen Beziehungen mit Serbien wieder auf. Es geschah dies in der richtigen Erkenntnis, daß das unruhige Savekönigreich mit seinen großserbischen Aspirationen einen geeigneten Angriffspunkt biete, um in die durch Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn von der Nordsee bis zum ägäischen Meere reichende politische Einflußsphäre der mitteleuropäischen Zentralmächte einen Keil zu treiben. In der Tat läßt sich von diesem Zeitpunkte an ein rapides Uebernehmen der großserbischen Konspiration an unserer Südostgrenze konstatieren. Die allmähliche Lockerung der österreichisch-ungarisch-russischen Entente und die sich vollziehende englisch-russische Annäherung ermutigte Serbien, eine Offensivpolitik gegen Oesterreich-Ungarn zu inaugurierten, deren Absichten aus dem zu jener Zeit ausgearbeiteten Operationsplan des serbischen Generalstabes entnommen werden können. Es sollten alle für die Erfüllung der großserbischen Phantasien günstigen Momente, welche sowohl die damalige europäische Gesamtlage als auch die inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns zu bieten schienen, für einen kriegesischen Angriff auf die Monarchie und die gleichzeitige Anstiftung innerer Wirren in derselben fruktifiziert werden, um auf diese Weise die südslavische Frage aufzurollen und mit Hilfe englisch-russischer Protektion in panserbischem Sinne zu lösen. Dem erwähnten Operationsplane zufolge sollte nach Abschluß einer großen Anleihe zu Rüstungszwecken die Armee unter dem Scheine von großen Armeemanövern mobilisiert, Bosnien und die

Herzegowina insurgiert und die Offensive in dem gleichfalls zu revolutionierenden Kroatien-Slavonien von Syrmien aus ergriffen werden. Hierbei rechnete man auf die Bundesgenossenschaft der damals noch kaum kalmierten ungarischen Parlamentsmehrheit und der serbisch-kroatischen Koalition, mit welcher man dauernd in Fühlung stand, und machte sich zugleich Hoffnungen auf die Mitwirkung der italienischen und rumänischen Irredenta, der österreichischen und ungarischen Sozialisten, ja sogar der ungarischen Slowaken, kurz aller Elemente, welchen man Unzufriedenheit und Erbitterung über die inneren Verhältnisse der Donaumonarchie zuschreiben zu sollen glaubte. Alle diese politischen Faktoren sollten aus der aufzunehmenden Anleihe reichlich mit Geld versehen werden. Montenegro wollte man nolens volens zur Beteiligung an diesem phantastischen Plane nötigen, ohne Rücksicht darauf, ob Fürst Nikolaus dies als im Interesse seiner Dynastie gelegen betrachte. Es ist bekannt, welche Gefahren der Beherrscher der Schwarzen Berge durch seine auf dynastischer Eifersucht beruhende ablehnende Haltung für sich und sein Haus heraufbeschwor. Einen psychologischen Moment zur Verwirklichung dieser Intentionen hätte das Hervortreten Oesterreich-Ungarns mit dem Sandschakbahnprojekte geboten, gegen welches Serbien nach Ansicht serbischer Militärs bewaffneten Protest hätte einlegen sollen. Nur war in jenem Augenblicke der Operationsplan nur insoweit in Angriff genommen, als man Millionen für die Agitation innerhalb unserer Grenzen ausgegeben hatte, welche den eigentlichen militärischen Zwecken entzogen worden waren; die Ausrüstung des Heeres hatte man für weniger dringlich gehalten und die Zustände in der durch Parteilungen unter den Offizieren geschwächten schlecht bewaffneten und bekleideten Armee waren ärger denn je. Westliche Einflüsse machten sich in den politischen Plänen Serbiens wohl auch auf andere Weise geltend. Die Pariser und Londoner jungtürkischen Komitees, welche mit den Dispositionen der Westmächte wohl vertraut gewesen sein dürften, boten den Serben ihre Bundesgenossenschaft an. Es wurde eine Kooperation vereinbart, welche den Umsturz des alten Regime's in der Türkei durch das gleichzeitige Losschlagen Serbiens gegen Oesterreich-Ungarn mit der Aufrollung der serbischen Frage verquicken sollte. Die Jungtürken gelangten jedoch ohne serbische Hilfe zum Ziele und schüttelten die Serben von sich ab. Erst nachdem diese nach serbischer Auffassung so günstigen Gelegenheiten versäumt waren und das fait accompli der Annexion geschaffen war, hat Serbien, sowohl von englischer wie von russischer Seite lebhaft angeeifert, seine Rüstungen zu vervollständigen begonnen. Die Zukunft muß es lehren, ob sich das ohnmächtige, von inneren Wirren zerrüttete Königreich trotz der täglich sich zu seinen Ungunsten verschiebenden Konstellation zu einem Abenteuer verleiten lassen wird.

a) Vgl. n. 964.

Nr. 967. Tel. aus Belgrad, 6. Feb. 1909 Nr. 40.a) Entziff.

Vertraulich. Bulgarischer Vertreter teilt mir mit, daß er aus authentischer serbischer Quelle erfahren habe, Verhandlungen mit Petersburg

hätten zu einem ungünstigen Resultate geführt. Es wurde kein Einverständnis erzielt, russischerseits das Memorandum mißbilligt und Unterstützung der darin enthaltenen Forderungen abgelehnt. Herr Toscheff hat den Eindruck, daß russischer Gesandter sich hier zu weit engagiert, serbischen Standpunkt in Petersburg befürwortet hat und jetzt in eine schwierige Lage geraten ist. Der englische Gesandte sagte Toscheff, daß englischerseits nur wirtschaftliche Konzessionen für Serbien uns gegenüber auf Unterstützung rechnen können.

Forgách.

a) Vgl. n. 936, 970, 971.

*Nr. 968. Bericht aus Paris, 6. Feb. 1909 Nr. 3 A (eing. 8. Feb.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. König Eduard hat Seinen intimen Geldgeber, Sir Ernest Cassel, mit einer geheimen Mission betraut. Dieser grosse Financier kam vor einer Woche in Paris an und hatte mit Herrn Clémenceau eine lange Unterredung. Am Schluss dieser Konversation wurde Sir Ernest ein Brief Clémenceaus eingehändigt, welchen derselbe an den König weiter beförderte. Es ist nicht leicht mit Bestimmtheit zu sagen, um was es sich gehandelt hat bei dem Meinungs austausche der beiden Herren. Ich habe gehört, dass der König das Bedürfnis empfunden habe Seinem Statthalter in Frankreich Aufklärungen zu geben über die Berliner Reise. Es wäre gesagt worden, dass der Besuch bei Kaiser Wilhelm nichts ändern werde an den politischen Ansichten des Königs im Verhältnisse zu Frankreich und Deutschland. Es würde nach Berlin alles so bleiben wie es zuvor gewesen. Der hiesige englische Botschafter wurde bei dieser Intervention gänzlich ausgeschaltet. Nachdem sich Sir Ernest bisher mehr mit Geldfragen, als mit solchen diplomatischer Natur abgab, wäre es nicht unmöglich, dass er noch andere Aufträge an Herrn Clémenceau zu bestellen hatte. Es ist merkwürdig, dass der Besuch Sir Ernest Cassels in der Pariser Presse nicht erwähnt wurde, was darauf hindeutet, dass Schweiggeld bezahlt wurde.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 961, 971.

Nr. 969. Erlaß nach Belgrad, 7. Feb. 1909 Nr. 499. Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Pogatscher).

Vertraulich. Ich habe den Bericht Euer Hochgeboren vom 30. v. M., Nr. 11 B,^{a)} erhalten und pflichte der von Ihnen dargelegten Auffassung vollkommen bei, wonach es angesichts der in Serbien vorherrschenden Stimmung verfrüht und unzweckmäßig erscheint, daß in unserer Presse die wirtschaftlichen Konzessionen erörtert und hervorgehoben werden, die wir den Serben unter gewissen Voraussetzungen zu gewähren geneigt wären. Ich habe daher auch veranlaßt, daß seitens der hieramtlichen Preßleitung auf die hiesigen Zeitungen im Sinne der von Euer Hochgeboren in dem eingangs zitierten Berichte gemachten Anregung nach Tunlichkeit eingewirkt werde.

a) Nicht aufgenommen, da Inhalt im Wesentlichen oben wiedergegeben.

Nr. 970. Tel. aus Belgrad, 8. Feb. 1909 Nr. 41 (eing. 3 U. p. m.).^a) Entziff.

Vertraulich. Infolge ablehnender Haltung der russischen Regierung ist die Unterbreitung des serbischen Memorandums an die Mächte auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Minister des Äußern gebrauchte mehreren meiner Collegen gegenüber die Ausrede, Serbien wolle warten, bis die bulgarisch-türkischen, sowie österreichisch-ungarisch-türkischen Verhandlungen beendet seien, um dann mit der serbischen Frage vor die Mächte zu treten. Tatsächlich soll von einzelnen Mächten ein solcher Ratschlag hier erteilt worden sein. Russlands vermittelndes Eintreten für Bulgarien, im Gegensatz zur Ablehnung der Verantwortung für die serbischen Forderungen, sowie die Einsicht, dass die neuen finanziellen Anforderungen des Kriegsministers unbedeckbar sind, scheint mir in den massgebenden Kreisen eine sehr ernüchternde Wirkung und friedliche Stimmung zu erzeugen. Forgách.

^a) Oe.-U. Bosnien 74 Nr. 106. Vgl. n. 967, 971.

Nr. 971. Erlaß nach Berlin, 8. Feb. 1909 Nr. 504.^a) Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Aufmerksamkeit ist gewiss die Hochdemselben mit der letzten Kuriergelegenheit mitgeteilte und in der Anlage hier nochmals reproduzierte telegraphische Meldung des Grafen Forgách vom 29. I., No. 35, nicht entgangen, wonach laut Aeüßerungen seines französischen Kollegen russischerseits auf Vorschiebung der Autonomieforderung für Bosnien gearbeitet worden sei und diesbezüglich zwischen London und Petersburg ein Meinungs austausch stattgefunden habe. Herr Descos fügte hinzu, daß nach seiner Ansicht gelegentlich des englischen Königsbesuches in Berlin eine von uns sehr zu beachtende englische Intrigue unternommen werden dürfte, um auf Deutschland zu wirken, damit dasselbe bei uns zu Gunsten einer Autonomie Bosniens und der Herzegowina interveniere. In teilweiser Uebereinstimmung mit diesen interessanten Meldungen unseres Gesandten in Belgrad steht das Euer Exzellenz in der Anlage abschriftlich zugehende Telegramm des Grafen Mensdorff vom 3. I. M. No. 17, wonach Sir E. Grey sich unserem Botschafter gegenüber zwar sehr befriedigt über die unmittelbar erhoffte Einigung zwischen der Monarchie und der Türkei sowie zwischen Bulgarien und der Türkei ausgesprochen, jedoch daran die Bemerkung geschlossen habe, daß dann noch Serbien und Montenegro übrig bleiben; man müsse eine Frage nach der anderen behandeln. Ich sah mich daher veranlaßt, Graf Mensdorff mittelst der ebenfalls hier in Kopie angeschlossenen Weisung vom 5. I. M. zu instruieren, er möge dem Herrn Staatssekretär gegenüber nachdrücklich betonen, daß es für uns eine serbische und montenegrinische „Frage“ im Zusammenhange mit der Annexion nicht gebe. Was aber die gegenwärtig an der Sägerbrücke vorwaltenden Tendenzen betrifft, so liefern zwei Berichte des k. u. k. Geschäftsträgers in Petersburg vom 28/15. Jänner I. J. No. 6 A und 6 C,^b) welche ich Euer Exzellenz in der Anlage ebenfalls abschriftlich übermittle, interessante Beiträge. Diese Meldungen besprechen zwei im Petersburger

„Slowo“ erschienene Unterredungen mit einem russischen Diplomaten, welcher nach der bestimmten Angabe des Prinzen Fürstenberg niemand anderer als Herr Tscharykow ist. Seine Aeußerungen scheinen darauf hinauszugehen, daß Russland auf der europäischen Konferenz, deren Zusammentreten ihm noch immer als sicher gilt, in irgendeiner Form Forderungen aufstellen würde, welche eine traktatmäßige Sicherstellung der religiösen und nationalen Selbständigkeit der orthodoxen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina bezwecken und in den an Stelle des bisherigen Artikels XXV des Berliner Vertrages neu zu redigierenden Artikel aufgenommen würden. Nach diesen Enunziationen wäre also die von Serbien wiederholt lancierte Forderung nach einer staatsrechtlichen Autonomie der beiden Provinzen in Petersburg auf eine bloß für die serbischen Orthodoxen Bosniens bestimmte national-religiöse Autonomie reduziert worden. Diese Meldungen des Prinzen Fürstenberg scheinen in einem mir heute zugekommenen Telegramme des Grafen Forgách vom 6. d. M. No. 40 eine gewisse Bestätigung zu finden, wonach laut einer Information des bulgarischen diplomatischen Agenten in Belgrad das von der serbischen Regierung geplante und zur Absendung an die Mächte bestimmte Memorandum russischerseits mißbilligt und die darin enthaltenen Forderungen abgelehnt wurden. Euer Exzellenz erhalten in der Anlage auch eine Abschrift dieses Telegrammes. Eine Zusammenfassung der obigen Meldungen dürfte mit einiger Wahrscheinlichkeit einen Schluß auf die Richtung gestatten, welche die russische und englische Politik in der nächsten Zeit in der Behandlung der Annexionsangelegenheit einzuschlagen gewillt sein dürften, und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß anläßlich des Besuches des Königs Eduard in Berlin,^{c)} wie dies die eingangs erwähnte Meldung des Grafen Forgách ankündigte, der Versuch einer Einflußnahme auf das Berliner Kabinett unternommen werde, um dasselbe zu einer Vermittlung bei uns zu bestimmen. Ich lege jedenfalls Wert darauf, daß Euer Exzellenz ohne Verzug den Herrn Reichskanzler oder den Staatssekretär auf die in Rede stehenden Meldungen aufmerksam machen. Der diesbezügliche Standpunkt des Wiener Kabinettes ist der deutschen Reichsregierung wohlbekannt: Durch die bereits angekündigte und bald bevorstehende Einführung verfassungsmäßiger Einrichtungen in Bosnien und der Herzegowina erhalten diese Länder jenen Grad von Selbständigkeit und Autonomie, welcher auch allen übrigen in der Monarchie vereinigten Ländern gewährleistet ist. Die nationale Entwicklung und die religiöse Freiheit sind ebenfalls allen in der Monarchie lebenden Nationalitäten und Konfessionen durch die Staatsgrundgesetze verbürgt und wurden bekanntlich anläßlich der Allerhöchsten Proklamation in feierlicher Weise bekräftigt. Dagegen könnte die Monarchie wohl nicht der Aufstellung von förmlichen internationalen Stipulationen beistimmen, welche eine fremde Kontrolle in einem integrierenden Teile der Monarchie involvieren oder irgend einer fremden Einmischung als Vorwand dienen könnten.

^{a)} Vgl. n. 963, 967, 970, 972, 976, 978. — ^{b)} Die beiden Berichte aus St. Petersburg, die im wesentlichen nur eine Wiedergabe des im Petersburger Slowo vom 8./21. Jan. 1909 erschienenen Zeitungsartikels enthalten, werden nicht abgedruckt. — ^{c)} Vgl. n. 968.

Nr. 972. Privatschreiben nach Berlin, 8. Feb. 1909 Nr. 512.^a) Konz.
(S. Gagern; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. Ich habe Euer Exzellenz Privatbriefe vom 21. v. Mts. und 4. d. Mts.^b) sowie den Bericht letzteren Datums No. 4 A, mit welchem Sie die in [der] letzten Zeit stattgefundenen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm einberichtet haben, mit lebhaftem Interesse gelesen. Die zustimmenden Bemerkungen, welche Seine Majestät auch anlässlich dieser Conversationen zu meiner Politik und insbesondere zu den im Principe perfect gewordenen Abmachungen mit der Türkei über Bosnien und die Herzegowina zu machen die Gnade hatte, erfüllen mich mit großer Befriedigung, weil ich in denselben einen neuerlichen Beweis für die loyale und thatkräftige Unterstützung erblicke, welche die deutsche Politik uns in der gegenwärtigen Situation zu Theil werden läßt. Kaiser Wilhelm hat in der Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen Oesterreich-Ungarns zur Türkei ein sehr wichtiges Moment der allgemeinen Situation auch für die anderen Mächte und speciell für Deutschland erkannt. Durch die Behebung der Spannung mit der Türkei erfahren auch die Interessen Deutschlands in Constantinopel eine gewisse Förderung und wird es hoffentlich unseren vereinten Bemühungen gelingen, das dortige Terrain allmählich wieder zurückzugewinnen. ... *Redaktion des Protokolles mit der Türkei*^c) ... Den Mittheilungen Kaiser Wilhelm's Ihnen gegenüber sowie auch den Äusserungen Kaiser Nikolaus' zum deutschen Botschafter in St. Petersburg ist zu entnehmen, daß der Czar leider fortfährt, die politischen Vorgänge auf dem Balkan und die infolgedessen eingetretene Störung unserer bisherigen guten Beziehungen ausschließlich durch Herrn Iswolsky's Brille zu sehen. Es ist bei dem schwachen Charakter des Kaisers und bei Seiner Unselbständigkeit wohl kaum zu erwarten, daß in dieser Beziehung bald eine Änderung eintritt. Vielleicht, daß das letzte Schreiben Seiner Majestät, unseres Allergnädigsten Herrn, an Kaiser Nikolaus^d) dazu beitragen wird, den Nebel zu zerstreuen, der sich vor den Augen des Kaisers angesammelt hat, aber ich bin eher skeptisch, da der Zar sich in der bisherigen Correspondenz mit unserem Allergnädigsten Herrn als ein willenloses Werkzeug in den Händen Seines galligen Ministers gezeigt hat. Es ist bezeichnend für die einseitige Auffassung des russischen Herrschers, daß er auch Kaiser Wilhelm mit Seinen Beschwerden über meine Politik nicht verschont hat. Wir können Letzterem nur zu lebhaftem Danke verpflichtet sein, daß Er umgehend Seine Ansicht klipp und klar nach Petersburg mittheilte, die wohl den Beifall des russischen Herrschers und Seines Ministers nicht finden dürfte. Im Augenblicke beschäftigt hauptsächlich der so unerwartet in den Vordergrund gestellte russische Vorschlag die Cabinete und die öffentliche Meinung Europas. Ich ersehe aus Ihrer Berichterstattung, daß man in Berlin, réflexion faite, zu einer ganz richtigen und mit unserer Auffassung übereinstimmenden Beurtheilung der Situation gelangt ist. Ich zweifle keinen Augenblick, daß Herr Iswolsky mit seinem Projecte manchen Vorteil einzuheimsen bestrebt ist. Er will zunächst bei der endgiltigen Lösung der bulgarischen Unabhängigkeit Rußland eine entscheidende Rolle sichern, Bulgarien sich zu Dank und Abhängigkeit verpflichten und in natürlicher Consequenz unsere

Beziehungen zu diesem Lande stören. Ich glaube, daß es wohl die schlechteste Politik gewesen wäre, wenn ich gegen diesen sehr geschickt geführten Streich Front gemacht oder üble Laune zur Schau getragen hätte. Wir verfolgen am Balkan keine Prestigepolitik. Unsere Handlungen im vorigen Herbste waren herbeigeführt durch zwingende Umstände und bezweckten die Durchführung und Sicherung der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Daß hiebei unser gutes Verhältnis zu Bulgarien uns zu statten kam, will ich nicht in Abrede stellen und es wird auch weiterhin das Ziel einer jeden von realen Gesichtspunkten ausgehenden Politik des Wiener Cabinetes sein müssen, Bulgarien thunlichst auf seiner Seite zu haben. Daß in dieser Hinsicht Schwankungen eintreten werden, ist wohl zweifellos, da ja Russland nicht so leicht auf seinen bisherigen prädominierenden Einfluß in Bulgarien verzichten wird. Aber darum handelt es sich nicht in der gegenwärtigen Phase. Ich hielt es daher unserem Interesse entsprechend, die Entscheidung über die Annahme oder die Nichtannahme des russischen Vorschlages den Beteiligten, das ist den Bulgaren und Türken, zu überlassen. Was die Bulgaren anbetrifft, so haben sie sich unter dem verblüffenden Effect der günstigen Seiten des russischen Angebotes, das heißt verleitet durch die geringe Summe von 82 Millionen, die sie zu zahlen haben werden, und durch die unmittelbar bevorstehende Erreichung der Unabhängigkeit unglaublich rasch zur principiellen Annahme entschlossen. Euer Exzellenz werden aus den Berichten des Grafen Thurn,^{e)} die Ihnen mit derselben Couriers-gelegenheit zukommen, ersehen, daß sich die bulgarischen Minister einem weitgehenden Optimismus hingeben bezüglich der Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit auch nach der Annahme der russischen Intervention. Zur Stunde liegt ein türkischer Gegenvorschlag vor, der mir, was die finanziellen Einzelheiten anlangt, ebenso wie der ursprüngliche russische Vorschlag nicht ganz klar ist. Ich will mich daher nur darauf beschränken zu constatieren, daß wir auch in dieser Beziehung mit der deutschen Regierung übereinstimmen und daß wir nicht türkischer oder bulgarischer auftreten wollen als die Interessirten selbst. Es war sehr gnädig von Kaiser Wilhelm, gestattet zu haben, daß Ihm der Botschafter Graf Berchtold^{f)} vorgestellt werde. Für letzteren war es von hohem Interesse und Werthe, die Gedanken und die Ausdrucksweise des Deutschen Kaisers durch direkten Contact kennen zu lernen. Da Graf Berchtold in Petersburg in engster Fühlung mit seinem deutschen Collegen zu wirken berufen ist, so kann es für ihn nur nützlich gewesen sein, daß er Gelegenheit zu einem politischen Gespräche mit Seiner Majestät hatte. In diesem Gespräche hat Kaiser Wilhelm, wie Euer Exzellenz hervorheben, einige geistreiche Aperçus über die Metamorphosen des panslavistischen Gedankens vorgebracht. Seine Majestät hat darin vollkommen recht, daß der Panslavismus, wie er zur Zeit Kaiser Alexanders II. und speziell Kaiser Alexanders III. sich manifestierte und, richtig gesagt, Panrussismus genannt werden musste, ein überwundener Standpunkt ist. Die Neuauflage dieser Utopie heißt „Neopanslavismus“ und ist bekanntlich auf ultrademokratischer Basis construiert. Die Annäherung und schließlich engere Verbindung aller slavischen Stämme soll sich unter dem Einflusse des weitestgehenden Liberalismus vollziehen, das heißt, wenn

auch in der Zukunft die Slaven in Rußland einen mächtigen Schirm und Schutz erblicken, so soll das Zarenreich doch, was seine spezielle „groß-russische“ Nationalität betrifft, keine Vormachtstellung innehaben, sondern ihm nur die völlige Gleichberechtigung mit den anderen slavischen Völkernschaften eingeräumt werden. Mit anderen Worten müßte, wenn der Neopanslavismus praktisch werden soll, den Polen und Ukrainern volle nationale Autonomie gewährt werden, weil sonst diese Idee außerhalb der Grenzen des russischen Reiches keine werbende Kraft haben würde. Es ist aber einleuchtend, daß eine solche Richtung dem monarchischen Prinzip in Rußland nur nachtheilig sein kann. Und deshalb will ich nicht verzaßen in der Annahme, daß die russischen Staatsmänner sich von diesen für den Bestand des russischen Reiches gefährlichen Plänen nicht irreführen lassen werden. Die ganze Entrüstung, welche die Annexion Bosniens und der Herzegowina in Serbien und in den slavischen Kreisen Russlands hervorgerufen hat, ist ein deutlicher Beweis dafür, welch' empfindlichen Schlag unsere Action dem Panslavismus versetzt hat. Aus dem Wuthgeheul der serbischen und panslavistischen Organe hört man immer wieder den Refrain heraus, daß insoferne die Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht rückgängig gemacht werde, der serbischen Frage im Sinne der Vormachtstellung der Monarchie präjudicirt sei. Nachdem aber die Interessen der Monarchie mit jenen Bulgariens nirgends collidiren und zwischen denselben sogar ein gewisser Parallelismus besteht, so kann ich die Auffassung Kaiser Wilhelms nur als ganz zutreffend bezeichnen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie theils infolge ihrer stets zunehmenden slavischen Bevölkerung und in weiterer Folge durch ihre Action auf dem Balkan das bisherige dominirende Prestige Russlands allmählich zurückzudrängen berufen ist. Morgen trifft das englische Königspaar in Berlin ein. Ich sehe mit lebhaftem Interesse Euer Exzellenz Berichterstattung über den Verlauf dieser Monarchenbegegnung entgegen. Es wird von besonderem Werthe sein zu erfahren, in welcher Weise König Eduard diesmal seine politische Action accentuiren wird; denn darüber kann kein Zweifel sein, daß der König in irgendeiner Weise bestrebt sein wird, seine politischen Pläne fortzuspinnen. Euer Exzellenz wissen aus einer Ihnen an anderer Stelle zukommenden Weisung,^{g)} wie ich einem eventuellen Versuch, die serbische Frage anzuschneiden, entgetreten würde. Wir haben in den letzten Monaten Beweise unserer aufrichtigen Friedensliebe und Mäßigung gegeben, aber gegenüber den Unverschämtheiten und unausgesetzten Rüstungen des Donau-Save-Königreiches bin ich nicht in der Lage, irgendein Dazwischentreten fremder Vermittelung anzunehmen. Seit König Peter den blutbefleckten Thron in Belgrad bestiegen, ist Serbien ausgesprochen das Centrum einer nach allen Richtungen hin ausstrahlenden Wühlarbeit geworden. Es ist hoch an der Zeit, daß dem so oder so ein Ende gemacht werde.

^{a)} Vgl. n. 971, 978 — ^{b)} Liegt im Archiv des Ministeriums des Äußern nicht vor. — ^{c)} Vgl. n. 880 Anm. b. — ^{d)} n. 935. — ^{e)} Vgl. n. 962, 973. — ^{f)} Vgl. n. 939, 961. — ^{g)} n. 971.

*Nr. 973. Tel. aus Bukarest, 8. Feb. 1909 Nr. 31 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Ueber die bulgarischen Kriegsvorbereitungen ist auch der König, wie ich aus seiner Aeusserung bei der gestrigen Audienz entnehmen konnte, etwas beunruhigt. Seine Majestät rechnet allerdings auf den Effekt der energischen Vorstellungen der Grossmächte in Sofia, welche dahin zielen müssten, Bulgarien begreiflich zu machen, dass auch im Falle eines bulgarischen Sieges die Friedensbedingungen (wie Seine Majestät annimmt) auf einer Konferenz durch die Grossmächte bestimmt werden würden. König hat, wie er mir sagte, mit General Averescu die möglichen Eventualitäten besprochen. Einer Vergrösserung Bulgariens in Mazedonien könnte Rumänien nicht gleichgiltig gegenüberstehen. Für letzteres gäbe es im Falle des Ausbruches türkisch-bulgarischen Krieges zwei Möglichkeiten: „eine freundschaftliche Aussprache mit Bulgarien oder aber die Aufstellung eines Observationskorps in der Dobrutscha“. Ich wage es, die Aufmerksamkeit Euer Excellenz auf obige wörtlich wiedergegebene Aeusserung aus dem Grunde zu lenken, weil im Falle eines Krieges für den Eintritt der einen oder anderen dieser beiden Möglichkeiten auch unsere Rathschläge in Sofia ausschlaggebend sein dürften. Betreffs des bekannten russischen Vorschlages bemerkte der König, er sei ihm vom finanziell technischen Standpunkte offen gestanden nicht ganz verständlich. Jetzt sei derselbe auch noch durch den türkischen Gegenvorschlag kompliziert worden. Annahme des russischen Vorschlages hängt von dem Grade des Empressement ab, mit welchem England denselben in Konstantinopel befürworten würde. Ueber die Haltung Deutschlands, welches als Antwort auf russischen Vorschlag die bekannten zwei Bedingungen stelle, war Seine Majestät direkt von Berlin aus informiert.

Schönburg.

^{a)} Vgl. n. 889, 972 Anm. e, 1010.

Nr. 974. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. Feb. 1909 Nr. 67 (eing. 9. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

In Angelegenheit des Boykotts habe ich dieser Tage wiederholt energische Schritte auf der Pforte unternommen, jedoch bisher leider ohne effektives Resultat. Ich benützte daher meine heutige Unterredung mit Gabriel Effendi auch dazu, letzterem die unbedingte Notwendigkeit, den Boykott rasch zu beendigen, eindringlichst vorzuhalten. Ich sagte ihm, daß ich die mir am letzten Montag gemachten Erklärungen des Großveziers, wonach österreichisch-ungarische Schiffe nunmehr anstandslos in den türkischen Häfen ihre Ladung würden löschen können, meiner Regierung telegraphiert habe; wenn nun unsere Schiffe entgegen dieser Erklärung tatsächlich nicht in der Lage sein sollten, ihre Waren ans Land zu bringen, so würde die Verantwortung hiefür ganz den Großvezir beziehungsweise die türkische Regierung treffen. Gabriel Effendi versprach, in dem morgigen Ministerrat für energische Maßregeln gegen den Boykott eintreten zu wollen.

Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 75 Nr. 107. Vgl. n. 950, 1004.

Nr. 975. *Privatschreiben nach Paris, 8. Feb. 1909 Nr. 513.*^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

In dem beiliegenden Telegramme^{b)} erstattet Graf Lützow von einem Gespräche Meldung, das er anlässlich des bekannten Artikels im „Temps“ über die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien mit Herrn Tittoni gehabt hat. Wenn letzterer hiebei auf die Wühlarbeit Herrn Barrères hinweist, die seit Jahren den Zweck verfolgt, in Italien die Monarchie zu zerstören und das Königreich von uns und dem Dreibund abwendig zu machen, so hat er in der Konstatierung dieser allbekannten Tatsache gewiß recht. Wenn er sich hiebei aber auch den Anschein gibt, als wäre er den Einflüsterungen des französischen Botschafters immer ganz unzugänglich geblieben, so bin ich, durch manche Erfahrungen belehrt, wohl nicht naiv genug, um ihm hierin aufs Wort zu glauben. Daß die italienische Politik sich im großen und ganzen nicht allzuweit von der ihr durch den Dreibund vorgezeichneten Richtungslinie entfernt, ist heute, so gut wie schon in früheren Jahren, nicht dem freien Willen der italienischen Staatsmänner, sondern dem Zwang der Verhältnisse zu verdanken, und ihrer Furcht vor den Gefahren, die eine etwaige neue Orientierung mit sich bringen könnte. Herr Crozier ist anscheinend befriedigt von seinem zweiten Pariser Aufenthalt im Laufe des Monats Jänner zurückgekehrt (siehe Euer Exzellenz streng vertrauliches Privatschreiben vom 9. Jänner) und hat mir erzählt, daß er seine gegen die politische Abhängigkeit seines Landes von England gerichteten Bemühungen nicht ohne Erfolg fortgesetzt habe. So sei es ihm unter anderem gelungen, Herrn Louis von der Richtigkeit seiner Ansichten in dieser Beziehung und auch von den für Frankreich zu erwartenden Vorteilen zu überzeugen, wenn die französische Politik in der Beurteilung und der Behandlung der orientalischen Fragen sich unserem Standpunkte mehr als es bisher der Fall gewesen ist, nähern wollte. Aus den Ausführungen Herrn Croziers, könnte geschlossen werden, daß es in- und außerhalb der Regierungskreise eine Gruppe von Politikern gibt, welche der englischen Bevormundung überdrüssig zu werden beginnt und daß diese Richtung im Elysée eine gewisse Stütze findet. Ich würde es mit Interesse begrüßen, wenn Euer Exzellenz in die Lage kommen sollten, Wahrnehmungen einzuberichten, welche geeignet wären, die obige Annahme zu bestätigen.

^{a)} Vgl. n. 1042. — ^{b)} n. 951.

Nr. 976. *Tel. aus Berlin, 9. Feb. 1909 Nr. 29 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.).*^{a)} Entziff.

Expedition^{b)} heute morgens erhalten. Schon am 5. d. M. habe ich den Inhalt des vertraulichen Telegrammes des Grafen Forgách Nr. 35 und des Telegrammes des Grafen Mensdorff Nr. 17 dem Staatssekretär mitgeteilt. Während des Trubels des Besuches des englischen Königs wird es mir schwer sein, mit dem Reichskanzler eingehend zu sprechen, doch habe ich heute Gelegenheit gehabt, den Unterstaatssekretär neuerdings auf

die Meldung unserer Vertreter in Belgrad und in London im Sinne des Erlasses Nr. 504 aufmerksam zu machen. Freiherr von Schoen ist der Meinung, dass König Eduard und die ihn begleitenden englischen Staatsmänner hier nur sehr im Allgemeinen politische Gespräche führen und zu Gunsten der Gewährung einer Autonomie an Bosnien und die Herzegowina, sowie auch Serbien und Montenegro betreffend keine Anregung machen werden. Sollte es aber dennoch der Fall sein, so werde die klipp und klare Antwort erfolgen, dass die deutsche Regierung den von Österreich-Ungarn eingenommenen Standpunkt vollkommen teilt. Als Doyen habe ich bei meinem englischen Kollegen angefragt, ob König Eduard das diplomatische Korps empfangen werde. Seine Majestät liess sich wegen Mangels an Zeit freundlichst entschuldigen; zum morgigen Dejeuner in der englischen Botschaft zu Ehren des englischen Hofes sind alle Botschafter mit ihren Gemahlinen geladen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 978. — b) n. 971.

*Nr. 977. Tel. aus Berlin, 9. Feb. 1909 Nr. 30 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Ein deutsch-französisches Abkommen über Marokko ist heute morgens durch Freiherrn von Schoen und hiesigen französischen Botschafter Herrn Cambon unterzeichnet worden.^{b)} Hauptinhalt desselben besteht darin, dass einerseits französische Regierung erklärt, den deutschen Handels- und gewerblichen Interessen in Marokko nicht entgegenzuwirken und andererseits die deutsche Regierung, welche dort ausschliesslich wirtschaftliche Interessen verfolge, sich verpflichtet, den politischen Interessen Frankreichs, welche mit der Sicherung des Friedens und der Ordnung in Marokko verknüpft sind, nicht entgegenzuwirken. Vertraulich. Freiherr von Schoen sowie Herr Cambon, mit dem ich eben sprach, sind über das Zustandekommen dieses Vertrages hocherfreut. Beide hoben mir gegenüber hervor, welch' hohe politische Bedeutung diesem Akte beizumessen sei; seit dem grossen Kriege sei es das erste Mal, dass ein derartiges Abkommen zwischen den beiden Mächten zum Abschlusse gebracht werden konnte. Es sei dies eine gegenseitige Vertrauenskundgebung, welche für die künftige Gestaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vom besten Vorbedeuten sei. Bei diesem Anlasse sagte mir Cambon, Herr Pichon habe ihn noch gestern versichert, er sei überzeugt, dass Euer Excellenz mit so freundschaftlichem und erfolgreichem Abschlusse der langen, Marokko betreffenden Verhandlungen zwischen Berlin und Paris vollkommen einverstanden sein werden. Glücklicherweise bestehe zwischen Wien und Paris ein höchst vertrauensvolles Verhältnis und die französische Regierung habe die jetzige Gelegenheit gerne wahrgenommen, um dem mit Österreich-Ungarn eng befreundeten Deutschland das grösste Entgegenkommen zu bezeugen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 611, 978, 984, 986, 1022 Anm. b, 1025. — b) G. P. XXIV 489 Nr. 8490.

Nr. 978. Privatschreiben aus Berlin, 9. Feb. 1909 mit Nachschrift vom 10. Feb. Ausfert.

Mit verbindlichstem Danke habe ich die beiden hohen Erlässe^{a)} und das hochinteressante Privatschreiben vom 8. l. M., welche Eure Excellenz mit dem Spezialcourier mir zukommen zu lassen die Güte hatten, zu erhalten die Ehre gehabt. Im Laufe der allernächsten Tage, während der bewegten Zeit des Besuches der großbritannischen Majestäten in Berlin, wird es mir kaum möglich sein mit dem Reichskanzler eingehendere Besprechungen zu pflegen. Aus diesem Grunde suchte ich den Staatssekretär auf und teilte ihm den Inhalt Eurer Exzellenz Erlasses No. 504 vertraulich mit. Zugleich ersuchte ich ihn, den Reichskanzler, noch bevor er mit König Eduard und Sir Ch. Hardinge Unterredungen haben werde, auf die in Rede stehenden Meldungen des k. und k. Gesandten in Belgrad und des k. u. k. Botschafters in London aufmerksam zu machen. Wie in meinem heutigen Telegramme^{b)} erwähnt, hatte ich schon vor mehreren Tagen die bezüglichen Meldungen des Grafen Forgách und des Grafen Mensdorff zur Kenntnis des Freiherrn von Schoen gebracht. Letzterer hält es für ausgeschlossen, dass während des Berliner Aufenthaltes des englischen Königspaares, König Eduard und die englischen Staatsmänner, die sich in Höchstdessen Begleitung befinden, den Versuch machen könnten, die Angelegenheit einer zu erteilenden Autonomie an Bosnien und die Herzegovina, aufzuwerfen oder die serbische Frage anzuschneiden. Wenn dies aber wider Erwarten dennoch erfolgen sollte, so würden Seine Majestät sowie Höchstdessen Ratgeber neuerdings zu hören bekommen, dass Deutschland auch in diesen Fragen ganz auf der Seite Österreich-Ungarns stehe und gegebenen Falles, gegen jede fremde Einmischung bei Einführung verfassungsmäßiger Einrichtungen in den nunmehr der Monarchie einverleibten zwei Provinzen, sowie gegen das Aufwerfen einer „serbischen und montenegrinischen Frage“ im Zusammenhang mit der Annexion Bosniens und der Herzegovina, entschieden Stellung nehmen würde. Die Folge wird lehren, ob die Annahme des Staatssekretärs, dass der König von England oder Sir Ch. Hardinge diese so heiklen Angelegenheiten hier nicht zur Sprache zu bringen gesonnen seien, sich bewahrheiten wird. Jedenfalls werde ich den Verlauf der Monarchenbegegnung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und, da ich nicht daran zweifle, dass Fürst Bülow und Herr v. Schoen mich in dieser Beziehung genau informieren werden, glaube ich bald in die Lage zu kommen, Eurer Exzellenz entsprechend Bericht erstatten zu können. Zu ganz besonderem Danke bin ich Eurer Exzellenz verpflichtet für die ausnehmend interessanten Bemerkungen, welche Hochdieselben, an die von mir einberichteten Aperçus Kaiser Wilhelm's, über die Metamorphosen der panslavistischen Propaganda knüpfen. Die lehrreichen und so treffenden Ausführungen Eurer Exzellenz über die Bedeutung des „Panslavismus“, „Panrussismus“ und „Neopanslavismus“ stellen die diesbezüglichen, nicht ganz konkludenten Auseinandersetzungen Kaiser Wilhelm's, in das richtige Licht. Jedenfalls entspricht die Auffassung Seiner Majestät, wie dies auch Eure Exzellenz hervorheben, den Tatsachen, dass nämlich unsere Monarchie infolge ihrer stets zunehmenden slavischen Bevölkerung, und insbesondere durch ihre

Aktion am Balkan der bisher dominierenden Stellung Russlands bei allen slavischen Völkerschaften, in weiterer Folge — glücklicherweise — ein Paroli zu bieten im Stande sein wird. Ich werde Gelegenheit finden, die anerkennende Beurteilung, welche Eure Exzellenz auch den übrigen Äusserungen Kaiser Wilhelm's zukommen lassen, Höchstdemselben zur Kenntnis zu bringen. Ich will hiezu nicht die Intervention des Fürsten Bülow oder des Freiherrn v. Schoen benützen, da — wie ich Eurer Exzellenz letzthin gemeldet — Seine Majestät dringend wünscht, dass Seine, mit mir geführten politischen Gespräche dem Reichskanzler nicht mitgeteilt werden. Aus diesem Grunde erlaube ich mir Eure Exzellenz ganz ergebenst zu ersuchen, auch Herrn v. Tschirschky gegenüber „von dem Inhalte der von Kaiser Wilhelm gemachten Äusserungen“ keine weitere Erwähnung machen zu wollen. In meiner letzten Berichterstattung hatte ich vergessen, zu melden, dass Kaiser Wilhelm mir zu erzählen die Gnade hatte, mein italienischer Kollege habe den „schüchternen Versuch“ gemacht, Ihm nahezu legen, wie dankbar die italienische Regierung wäre, wenn das deutsche Kabinet in der leidigen Universitätsfrage bei der k. und k. Regierung freundschaftlich intervenieren würde. Er — Kaiser Wilhelm — sei Herrn Pansa sogleich ins Wort gefallen und habe ihm erwidert, die deutsche Regierung mische sich nie in innere Angelegenheiten fremder, wenn auch intim befreundeter Staaten und würde auch ihrerseits nicht dulden, wenn beispielsweise von österreichisch-ungarischer Seite ihr der Rat gegeben würde, in Posen eine polnische Universität zu gründen! Schon seit einiger Zeit hat es nicht an Anzeichen gefehlt, dass zwischen Berlin und Paris bestimmte Verhandlungen im Gange seien. Das Ergebnis dieser sehr vertraulich geführten Pourparlers liegt nun in der Veröffentlichung der heute erfolgten Unterzeichnung eines deutsch-französischen Abkommens, vor, über welches ich bereits telegrafisch zu berichten mir erlaubt habe.^{c)} Mein französischer Kollege war vor kurzem nach Paris gereist, um die endgültige Redaktion des Abkommens zu beschleunigen, damit die Unterfertigung noch vor der Ankunft König Eduards in Berlin vorgenommen werden könne. Man wollte dem Eindrücke vorbeugen, als hätte ausser dem deutschen und dem französischen Faktor, noch ein Dritter an dem Zustandekommen der Abmachung mitgewirkt. Es ist — so sagte man mir im Auswärtigen Amte — für beide Teile von Wert zu konstatieren, dass sie in der Lage sind, sich ohne Hilfe Dritter mit einander zu verständigen. Gleichzeitig mit den offiziellen Verhandlungen haben im Laufe der letzten Wochen, zwischen deutschen und französischen Banken und Industriegesellschaften private Verabredungen stattgefunden; es wurde zunächst die Gründung von 3 internationalen Syndikaten beschlossen, in denen Deutschland an zweiter Stelle — gleich nach Frankreich — rangiert. Die deutsche und die französische Regierung haben hiebei nicht direkt eingegriffen, aber die Verhandlungen mit wärmsten Wolwollen verfolgt. ... *Persische Angelegenheiten.* ... Szögyény.

P. S. Berlin, 10. Februar 1909. Nach dem heutigen Dejeuner, das in der englischen Botschaft zu Ehren des grossbritannischen Königspaares veranstaltet wurde, hatte König Eduard die Gnade, mich in eine kurze Unterredung zu ziehen. Seine Majestät ersuchte mich, Seine wärmsten

Grüsse zu Füßen Seiner k. und k. Apostolischen Majestät, Allerhöchstdem Er in unwandelbarer treuer Gesinnung zugetan ist, zu legen. Die Aussichten, dass der allgemeine Friede aufrechterhalten werden könne — so sagte mir Seine Majestät — seien in letzter Zeit glücklicherweise bedeutend bessere geworden. Er — der König — zweifle auch nicht daran, dass die aufgetauchten internationalen Komplikationen zur gegenseitigen Befriedigung beigelegt würden. Die Richtigkeit, ja die Notwendigkeit unserer Annexionsaktion habe Er nie bezweifelt, doch müsse Er offen gestehen, dass Er durch unser plötzliches Vorgehen, von dem Er in keiner Weise informiert war, in hohem Grade überrascht worden sei. Sehr betrübt sei Er gewesen, dass in der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarn's die Stellungnahme Seiner Regierung in der Annexionsfrage so ungünstig beurteilt wurde. Er hoffe, dass der leichte Schatten, der hiedurch auf unsere politischen Beziehungen geworfen wurde, bald weichen werde. Er selbst, sowie Seine Regierung, wünschten nichts sehnlicher, als dass die vortrefflichen Beziehungen, die seit jeher zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und England bestanden haben, auch weiterhin in gleichem Masse aufrecht erhalten werden. . . . *Bericht über den Verlauf des Dejeuner.* . . . Fürst Bülow sagte mir nach dem Dejeuner, dass weder König Eduard, noch Sir Charles Hardinge in Ihren mit Kaiser Wilhelm und ihm gepflogenen Unterredungen bisher die bosnische Autonomie — und die angebliche serbische Frage irgend wie berührt hätten.

Szögyény.

^{a)} n. 971 und Erlaß nach Berlin, 8. Feb. 1909 Nr. 509, der persische Angelegenheiten betrifft und deshalb nicht aufgenommen wurde. — ^{b)} n. 976. — ^{c)} n. 977.

Nr. 979. Bericht aus London, 9. Feb. 1909 Nr. 14 A (eing. 12. Feb.).
Ausfert.

Streng vertraulich. In dem mir tüchtigst mitgetheilten interessanten Berichte des Grafen Khevenhüller No. 2 B vom 23. v. Mts. wird von dem Eindrücke gesprochen, welchen die Artikel des „Temps“ über die aggressive gegen uns gerichtete englische Politik in London hervorgerufen haben. Dass diese sehr vernünftigen Artikel hier unangenehm berührt haben, ist zweifellos. Die „Times“ sprach wiederholt von den „fremden Einflüssen“ die sich am „Temps“ bemerkbar machen und mit den „Anschauungen der französischen Regierung nicht übereinstimmen.“ Ob König Eduard sich thatsächlich veranlasst sah, auf Herrn Tardieu einwirken zu lassen, vermag ich nicht zu sagen. Es scheint mir jedoch unwahrscheinlich, dass dies auf so directe Weise, wie durch Lord Knollys, geschehen sei. Wie Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung bekannt, habe ich in meinen Discussionen mit Sir Charles Hardinge auch die „Temps“-Artikel verwerthet, um darauf hinzuweisen, dass nicht nur in Oesterreich-Ungarn der Eindruck erweckt wurde, dass die englische Politik uns gegenüber eine hostile Haltung eingenommen hätte. Bei einer dieser Gelegenheiten entschlüpfte dem Herrn Unterstaatssecretär die Bemerkung, Herr Tardieu sei eben so bestechlich, wie die meisten seiner Pariser Collegen, ja vielleicht einer der zugänglichsten für Beeinflussung in klingender Münze. Ohne in

eine Erörterung über die Moralität der französischen Journalistik einzugehen, erwiderte ich Sir Charles Hardinge, dass ich stets gehört hätte, der „Temps“ sei das vornehmste und „anständigste“ Blatt in französischer Sprache und Herr Tardieu der angesehenste unter den Pariser Pressleuten.
Mensdorff.

*Nr. 980. Note des russischen Geschäftsträgers, 27. Jan. 9. Feb. 1909
Nr. 160 (eing. 10. Feb.).^{a)} Ausfert.*

Le soussigné Chargé d'Affaires de Russie a l'honneur, d'ordre du Gouvernement Impérial, de porter à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal Ministre Austro-Hongrois des Affaires Etrangères, qu'après avoir examiné le projet russe concernant l'indemnité bulgare, le Gouvernement Ottoman n'y a fait aucune objection principale. Il a formulé, de son côté, une contreproposition purement financière et ne faisant plus mention d'une rectification de frontières. Cette contreproposition a été mise à l'étude par le Gouvernement Impérial. D'autre part la Porte avait déjà précédemment déclaré qu'elle ne faisait aucun préparatif militaire sur la frontière bulgare, qu'elle n'avait nullement en vue une extension de son territoire et ne songeait à occuper par surprise aucun point. Dans ces conditions la Bulgarie peut certainement considérer que les négociations actuelles entre la Russie et la Turquie ouvrent la voie à une solution pacifique; les précautions militaires prises par le Gouvernement Bulgare devenant, dès lors, évidemment sans objet, il semble extrêmement désirable de ne pas les continuer. Le Ministre de Russie à Sofia ayant reçu l'ordre d'informer de ce qui précède le Gouvernement Bulgare, le soussigné Chargé d'Affaires de Russie est chargé par son Gouvernement de s'adresser à l'obligeance éprouvée de Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères avec la prière de vouloir bien munir le Représentant Austro-Hongrois à Sofia d'instructions lui prescrivant d'appuyer auprès du Gouvernement Bulgare la démarche précitée du Ministre de Russie. S. Sverbéew.

^{a)} Vgl. n. 942, 952, 985, 1225, 1242.

*Nr. 981. Tel. nach Berlin, 10. Feb. 1909 Nr. 21 (chiff. 8 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Pogatscher).*

Der türkische Botschafter hat heute infolge einer Zirkularweisung der Pforte hier mitgeteilt, es seien am 6. d. M. Bandenführer aus Kreta in Athen eingetroffen, die beabsichtigten, sich von dort nach Mazedonien zu begeben. Daran anknüpfend hat der Botschafter ersucht, wir möchten auf das griechische Kabinett einwirken, damit dasselbe die Kretenser von der Weiterreise nach Mazedonien abhalte. Bevor ich zu dem türkischen Ansuchen Stellung nehme, würde es mich interessieren zu erfahren, wie sich das Berliner Kabinett, an welches türkischerseits jedenfalls mit dem gleichen Ansinnen herangetreten wurde, diesbezüglich zu verhalten gedenkt. Ich würde zur Ansicht neigen, daß wir, ebenso wie Deutschland, unsere Stellung als in der Kretafrage erst in zweiter Linie interessierte Macht zum Vorwand nehmen könnten, um den Kretamächten den Vortritt zu

lassen und uns dem türkischen Ersuchen gegenüber vorläufig passiv zu verhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich dem Fürsten Bülow gegenüber im vorstehenden Sinne zu äußern und mir über den von ihm eingenommenen Standpunkt telegraphisch zu berichten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 988.

Nachschrift zum Privatschreiben aus Berlin vom 9. Feb., 10. Feb. 1909.
Siehe n. 978.

Nr. 982. Bericht aus Konstantinopel, 10. Feb. 1909 Nr. 13 C (eing. 13. Feb.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Mit Bezugnahme auf den hohen Erlass No. 398 geheim vom 31. v. M. habe ich unter dem 2. l. M. No. 54^{b)} die Ehre gehabt, Euer Excellenz telegraphisch zu melden, dass ich dem Grossvezir aus taktischen Gründen nur gesagt habe, dass ich auch in der von ihm angeregten Frage betreffend den Sandjak Instruktionen erhalten hätte, von welchen ich annehme, dass sie ihn befriedigen würden. Ich habe auch seither aus meiner Reserve nicht heraustreten und dieses wichtige Atout nicht aus der Hand geben zu sollen geglaubt. Übrigens bin ich seit einigen Tagen, wie Euer Excellenz bekannt, durch Unwohlsein ans Bett gefesselt und es fehlte mir schon deshalb die Gelegenheit den Grossvezir zu sehen, weshalb auch türkischerseits diese Frage nicht wieder berührt wurde. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 996. — ^{b)} Nicht aufgenommen, da die in Betracht kommende Stelle oben fast vollständig wiedergegeben ist.

Nr. 983. Tel. aus London, 10. Feb. 1909 Nr. 18 (eing. 11. Feb. 9 U. a. m.).
Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm No. 16 vom 5. d. M. Ich habe heute Sir E. Grey gesprochen. Er betonte wieder seine Befriedigung darüber, daß unsere Einigung mit der Türkei, deren Fertigstellung hoffentlich nur durch Detailfragen verzögert werde, sowie die Beilegung des türkisch-bulgarischen Streitfalles die Hauptschwierigkeiten überwunden hätte. Ich erwiderte, daß Euer Exzellenz darin mit ihm übereinstimmen, und benützte eine im Gespräche sich darbietende Gelegenheit, um zu erklären, dass es für uns keine serbische und montenegrinische Frage gebe und die k. u. k. Regierung nicht zugeben könne, daß von einer solchen gesprochen werde. Sir E. Grey antwortete, daß er gewiß keine Frage aufwerfe, daß aber gewisse bestehende Gegensätze nicht abgeleugnet werden könnten. Von der kretensischen Frage sprechend sagte er, daß er über dieselbe vorläufig nicht verhandelt habe, wenn er auch in Gedankenaustausch über gewisse Details, wie Rückkehr von Mohammedanern nach der Insel, gestanden sei. Eine Frage müsse nach der anderen behandelt werden und die von Kreta sei eine der allerschwierigsten und heikelsten. Er betonte wieder, wie gefährlich durch einige Tage der türkisch-bulgarische Streitfall ausgesehen hätte. Der einzige erfreuliche Punkt darin war, daß Dank der Einigung zwischen uns und der Türkei wieder ein Vorgehen der 6 Mächte auf einer Linie möglich geworden war. Mensdorff.

*Nr. 984. Tel. nach Paris, 10. Feb. 1909 Nr. 14 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Herr von Tschirsky hat mir heute den Text des zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossenen auf Marokko bezüglichen Übereinkommens übergeben, von dessen Inhalt ich mit der grössten Befriedigung Kenntniss genommen habe. Ich erblicke in diesem so glücklich erzielten Einverständniss, welches dazu beitragen wird, Missverständnisse zwischen beiden Staaten zu beseitigen und die Beziehungen vertrauensvoller zu gestalten, einen schönen Erfolg der friedlichen und entgegenkommenden Politik Herrn Pichons und ersuche Euer Exzellenz ihm hiezu meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 977. Ein Tel. gleichen Inhalts wie n. 984 erging am selben Tag unter Nr. 20 nach Berlin.

*Nr. 985. Note an den russischen Geschäftsträger, 10. Feb. 1909 Nr. 530.^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

Le soussigné Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie a eu l'honneur de recevoir la communication que Monsieur le Chargé d'Affaires de Russie a bien voulu lui adresser en date du 27 janvier (9 février) sous le No. 160. Selon la teneur de cette pièce le Gouvernement Impérial de Russie est d'avis qu'en présence des déclarations de la S. Porte qu'elle ne faisait aucun préparatif militaire sur la frontière bulgare et vu que dans la contreproposition que le Gouvernement ottoman a adressée au Gouvernement Impérial de Russie il n'est plus fait mention d'une rectification de frontière, les précautions militaires prises par le Gouvernement bulgare devenaient évidemment sans objet et qu'il était extrêmement désirable de ne pas les continuer. Le Ministre de Russie à Sofia ayant reçu l'ordre d'informer le Gouvernement bulgare de la manière de voir du Gouvernement Impérial de Russie le soussigné a été invité de charger le représentant austro-hongrois en cette ville d'appuyer la démarche en question. Le Cabinet de Vienne voit avec plaisir ainsi qu'il l'a fait remarquer dans sa communication à Monsieur le Chargé d'Affaires de Russie en date du 1^{er} février de l'année courante — toute démarche tendant à faciliter une solution satisfaisante des questions qui sont encore en suspens entre la Bulgarie et la Turquie. C'est dans cet esprit qu'il s'est empressé d'adhérer à la proposition du Gouvernement Impérial faite par la communication du 30 janvier dr., concernant une démarche identique à Sofia et à Constantinople pour écarter toute idée de modifications territoriales et pour prévenir des incidents dangereux pour le maintien de la paix. D'après les nouvelles qui sont parvenues entre-temps au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères et qui ont été confirmées par le représentant austro-hongrois à Sofia, le Gouvernement bulgare vient de donner l'ordre de licencier les réservistes qui avaient été appelés sous les drapeaux. En présence de cette mesure qui correspond à l'idée mise en avant par le Gouvernement Impérial de Russie, le Cabinet de Vienne est d'avis qu'une démarche ultérieure à Sofia — telle qu'elle a été proposée au Gouvernement Impérial et Royal — man-

querait à présent d'objet. En priant Monsieur le Chargé d'Affaires de Russie de bien vouloir informer son Gouvernement de ce qui précède, le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie saisit ...

a) Vgl. n. 991, 998, 1010.

Nr. 986. Bericht des Legationssekretärs Grafen Michael Bukuwky aus Tanger, 10. Feb. 1909 Nr. 6 (eing. 17. Feb.).^{a)} Ausfert.

Durch die gestern Abends angelangten Havas-Depeschen wurde das neue deutsch-französische Abkommen über Marokko in Tanger bekannt. Der allgemeine Eindruck läßt sich daher noch nicht ermessen; die hiesige französische Zeitung brachte heute einen höchst freudigen, die deutsche einen sehr reservierten Artikel über diese neueste Wendung der marokkanischen Frage; da diese Blätter Organe ihrer respectiven Gesandtschaften sind, so liegt die Annahme nahe, daß diese Artikel die Stimmung der letzteren widerspiegelt.^{b)} Tatsächlich scheint mir der kaiserlich deutsche Gesandte, der sich äußerster Zurückhaltung befleißt, von dem Abkommen nicht gerade entzückt zu sein. Wie die politische Präponderanz Frankreichs mit der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung zu vereinbaren sein werde, das, gab Dr. Rosen zu, sei eine neue Nuß, die er zu knacken haben würde. Er gestand mir gestern auch, daß er jede Freude und jedes Interesse an Marokko verloren habe, und ich glaube, daß er mit Freuden je eher je lieber von hier scheiden möchte. Dr. Rosen begab sich gestern zusammen mit dem französischen Geschäftsträger, Grafen Saint Aulaire, zu Si El Guebbas, dem sie den Text des Abkommens mitteilten. Der Sultansvertreter nahm wohl oder übel an den Beglückwünschungen teil, die bei dieser Gelegenheit ausgetauscht wurden. Die Marokkaner werden aber in dem Übereinkommen kaum etwas anderes als ein im Stiche lassen seitens Deutschlands erblicken und die für letzteres bestehenden Sympathien dürften einen starken Stoß erlitten haben. Es ist hier auch die Ansicht vertreten, dass die französisch-deutsche Déclaration neben dem publizierten Texte noch geheime Klauseln enthalte; diese bezögen sich auf volle Aktionsfreiheit Frankreichs an der algerischen Grenze. Fast für sämtliche hiesigen Kreise kam die Nachricht des Abkommens unerwartet. Sogar Graf Saint Aulaire gestand dem belgischen Gesandten, daß ihm zwar die Existenz der Verhandlungen bekannt gewesen sei, daß er jedoch von dem weitgehenden Inhalt der Déclaration gänzlich überrascht wurde. Die spanische Gesandtschaft scheint durch das in Rede stehende Ereignis auf das Unangenehmste berührt zu sein. Der in seinem Innern mit den Franzosen durchaus nicht übereinstimmende Herr Merry del Val sieht sich nun ganz in den Hintergrund gedrängt und dürfte in Fez, wohin er aufzubrechen im Begriffe steht, (die vom Sultan gesendete Eskorte ist hier bereits eingetroffen) zu einer eher kläglichem Rolle verurteilt sein. In den kommerziellen Milieus Tangers hat man die Überzeugung, daß Handel und Wandel nunmehr einen bedeutenden Aufschwung nehmen werde, und ist daher voller Zuversicht für die Zukunft. Frankreich erhalte über Marokko eine Art Protectorat,

dessen Name man eben nur vermeiden wolle. Die Gewährung einer Anleihe seitens Frankreichs erscheine jetzt höchst wahrscheinlich. Bukuwky.

a) Vgl. n. 977, 1025. — b) So!

Nr. 987. Erlaß nach Belgrad, 11. Feb. 1909 Nr. 537.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Der europäische Aspekt der Situation in Serbien ist durch zwei Momente charakterisiert: Durch die beharrlich fortgesetzten serbischen Rüstungen, die bestimmt sind, den serbischen Forderungen Relief und Nachdruck zu verleihen, und durch eine mehr und mehr abnehmende Geneigtheit des europäischen Areopags, diesen Forderungen Rechnung zu tragen und sie uns gegenüber zu vertreten. Wie Euer Hochgeboren berichten, ist dank der unermüdlichen Aufstachelung der öffentlichen Meinung durch die Regierung und ihre Organe eine kriegerische Stimmung im Lande unverkennbar. Die Intensität dieser Stimmung ist wechselnd und von verschiedenen Einflüssen abhängig; sie steigt mit der Hoffnung auf fremde Hilfe und Intervention, sie flaut ab, wenn ungünstige Nachrichten in Belgrad aus den serbenfreundlichen Zentren der europäischen Politik einlaufen, und sie schwillt auch wieder in dem Gefühl eines verzweifelte[n] Trotzes an, wenn sich zeitweise die Erkenntnis Bahn bricht, daß man selbst an der Newa nicht viel Lust zeigt, sich für die serbische Sache in ernste Komplikationen zu stürzen. Ich habe früher erwähnt, daß die Geneigtheit Europas, den serbischen Forderungen zu willfahren, sich auf absteigender Linie bewege. Diese Auffassung läßt sich durch Anführung verschiedener Tatsachen erhärten. Ursprünglich hat bekanntlich niemand Geringerer als Herr Iswolsky das Schlagwort von den territorialen Kompensationen lanciert, die wir Serbien für die Angliederung der beiden Provinzen zu leisten hätten. Als man zur Einsicht kam, daß wir uns durch diese Fanfare nicht einschüchtern ließen, hat man die Idee einer politischen Autonomie für die annektierten Provinzen erfunden. Heute scheint man in Petersburg auch diese Patenschaft ablehnen zu wollen. Die telegraphische Meldung Euer Hochgeboren vom 29. v. M., No. 35, wonach russischerseits auf Vorschiebung der serbischen Autonomieforderung für Bosnien hingearbeitet werde, deckt sich nämlich nicht ganz mit dem Inhalte zweier Berichte des Prinzen Fürstenberg vom 28. v. M., No. 6/A und 6/C,^{b)} in welchen der k. u. k. Geschäftsträger in Petersburg eine autentische Unterredung Herrn Tscharykoffs mit einem russischen Journalisten wiedergibt. Wie Euer Hochgeboren diesen Berichten, die ich abschriftlich anschließe, entnehmen werden, ist in der Konversation Herrn Tscharykoffs von der Forderung einer politischen Autonomie für Bosnien nicht mehr die Rede; der Herr Ministergehilfe spricht jetzt nur davon, daß die Großmächte die Rechte der orthodoxen Bevölkerung der annektierten Provinzen schützen würden. Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß wir unseren ablehnenden Standpunkt in der Frage einer völkerrechtlichen Autonomie Bosniens auch diesem neuesten Versuche gegenüber bewahren, eine Ingerenz Europas, auf die Verwaltung der annektierten Provinzen herbeizuführen. Ich habe

auf Grund der bereits bezogenen telegraphischen Meldung Euer Hochgeboren vom 29. v. M. den k. u. k. Botschafter in Berlin beauftragt, die deutsche Regierung in vertraulicher Weise darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen London und Petersburg ein Meinungs austausch bezüglich Serbiens in letzter Zeit stattgehabt habe und daß gelegentlich des Königsbesuches in Berlin der Versuch unternommen werden dürfte, auf Deutschland einzuwirken, damit dasselbe bei uns zu Gunsten irgendeiner Autonomie für die annektierten Provinzen vermittele. Auf die Eröffnungen hinweisend die Herr Tscharykoff einem russischen Journalisten gemacht hat, habe ich speziell betont, daß Bosnien und die Herzegowina durch die bereits angekündigte und bald bevorstehende Einführung verfassungsmäßiger Einrichtungen jenen Grad von Selbständigkeit und Autonomie erlangen würden, der auch allen übrigen in der Monarchie vereinigten Ländern gewährleistet sei. Die nationale Entwicklung und die religiöse Freiheit seien allen in der Monarchie lebenden Nationalitäten und Konfessionen durch die Staatsgrundgesetze verbürgt; diese Postulate wären übrigens auch bekanntlich in der Allerhöchsten Proklamation vom 7. Oktober v. J. in feierlicher Weise bekräftigt worden. Die Monarchie könnte daher der Aufstellung von förmlichen internationalen Stipulationen, die eine fremde Kontrolle in einem integrierenden Teile der Monarchie involvierten oder irgend einer fremden Einmischung als Vorwand dienen könnten, nicht zustimmen. Wenn ich in dem Vorhergehenden auf Grund der vorhandenen Anzeichen und der mir vorliegenden Informationen zu dem Schlusse gelangt bin, daß die serbophile Strömung in der europäischen Diplomatie im Abnehmen begriffen sei, so muß ich gleichzeitig auch konstatieren, daß unsere eigene Stellungnahme Serbien gegenüber nach den Erfahrungen der letzten Monate notwendigerweise eine andere geworden ist. Wie früher erwähnt und wie es Euer Hochgeboren genugsam bekannt ist, haben wir territoriale Kompensationen ebenso wie später den Plan einer völkerrechtlichen Autonomie von vorneherein als unannehmbar bezeichnet. Wir waren aber, indem wir der in Serbien herrschenden, wenn auch durch keine rechtlichen Erwägungen zu begründenden Erregung Rechnung trugen, bereit, dem Königreiche auf wirtschaftlichem Gebiete das tunlichste Entgegenkommen zu beweisen. In diesem Sinne haben wir uns auch bekanntlich den Kabinetten der Großmächte gegenüber anfangs November v. J. geäußert und hiebei ganz bestimmte Kombinationen im Auge gehabt. Wir sind nun zwar nach wie vor bereit, Serbien ein Einlenken in die Bahnen einer vernünftigeren und weniger selbstmörderischen Politik gegebenen Falles durch eine wohlwollende Haltung zu erleichtern. Angesichts der fortdauernden und zielbewußt betriebenen serbischen Rüstungen, deren gegen uns gerichteter Charakter, seien sie nun als Demonstration oder als ernste Kriegsvorbereitung gedacht, in Belgrad gar nicht mehr verhüllt wird, müssen wir uns zumindest fragen, ob wir jene wirtschaftlichen Zusagen auch heute noch aufrecht erhalten können. Eines scheint mir jedenfalls sicher, daß ich es vor der öffentlichen Meinung der Monarchie nicht mehr werde verantworten können, das serbische Provisorium, das am 31. März d. J. abläuft, zu erneuern. Die einzige Rücksicht, die wir heute Serbien gegenüber noch

beobachten können, liegt darin, daß wir die unablässigen serbischen Provokationen vorläufig noch übersehen und den serbischen Politikern Zeit lassen, zur Vernunft und Besinnung zu kommen. Ins Unendliche werden wir aber diese Geduldprobe nicht fortsetzen können. Voraussichtlich wird noch im Laufe des Frühjahres der Moment einer Entscheidung eintreten. Entweder bricht die abenteuerliche, allem Anscheine nach auf eine kriegerische Entscheidung hinarbeitende Politik der serbischen Regierung aus finanziellen oder anderen innerpolitischen Gründen in sich zusammen, oder Serbien vermag seine verblendete und herausfordernde Haltung noch weiterzuführen. In diesem Falle kann eine Klärung der Situation wohl nicht ausbleiben. Die vorstehenden Konsiderationen sind zu Euer Hochgeboren persönlicher Orientierung bestimmt; ich würde jedoch nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Sie gegenüber Ihren Kollegen, den Vertretern der anderen Mächte in Belgrad, durchblicken ließen, daß wir dem serbischen Kriegsgeschrei zwar bisher mit nicht zu überbietender Ruhe und Langmut begegnet sind, daß es aber immerhin fraglich ist, ob wir bei dem Umfang und dem offenkundigen Ziel der vor aller Welt betriebenen serbischen Rüstungen nicht doch eines Tages gezwungen sein würden, aus der Rolle des zuwartenden und beobachtenden Zuschauers herauszutreten.

a) Vgl. n. 989. — b) Vgl. 971 Anm. b.

*Nr. 988. Tel. aus Berlin, 11. Feb. 1909 Nr. 33 (eing. 12. Feb. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Antwort auf Telegramm Nr. 21 von gestern. Türkischer Botschafter hat hier bisher keine formelle Demarche unternommen. Anlässlich des gestrigen Hofballes machte er Staatssekretär Mitteilung, dass am 6. d. M. Bandenführer aus Creta in Athen eingetroffen seien und sich nach Mazedonien zu begeben beabsichtigen. Zugleich sprach er Hoffnung aus, dass die deutsche Regierung auf das griechische Kabinett einwirken werde, um die Kretenser von der Weiterreise abzuhalten. Freiherr von Schoen teilt vollkommen Euer Exzellenz Meinung, dass Deutschland ebenso wie Oesterreich-Ungarn, als in der Cretafrage nur in zweiter Linie interessierte Mächte, Vortritt den Cretamächten zu überlassen und sich dem türkischen Ansinnen gegenüber vorerst passiv zu verhalten haben. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 989.

*Nr. 989. Tel. aus Berlin, 12. Feb. 1909 Nr. 35 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramme No. 33 von gestern. Staatssekretär sagte mir, Fürst Bülow lasse über seine gestrige Unterredung mit Sir Charles Hardinge Aufzeichnungen machen, die auch Euer Exzellenz streng vertraulich mitgeteilt werden sollen.^{b)} Ausführungen des englischen Unterstaatssekretärs haben, wie ich von allen massgebenden Seiten höre, hier guten Eindruck gemacht, insbesondere ist man darüber sehr befriedigt, dass weder die Frage des Flottenbauplanes, noch jene der Bagdad-

bahn und der bosnischen Autonomie zur Sprache gebracht wurde. Vom Inhalte der Unterredung erfahre ich streng vertraulich aus dem Auswärtigen Amte folgendes: Sir Charles Hardinge versicherte, dass die englische Regierung mit dem letzten russischen Vermittlungsvorschlage einverstanden sei und auch der Türkei angeraten habe, denselben anzunehmen. Fürst Bülow, welcher den Eindruck hatte, dass England auch in diesem Punkte Russland besonders entgegenkommend sich zeigen möchte, habe erwidert, dass auch deutsche Regierung in dieser Beziehung keine Einwendungen erhebe und nur darauf bestehen müsse, dass die Rechtsansprüche der Orientbahnen von Bulgarien befriedigt werden. Kriegsgefahr zwischen der Türkei und Bulgarien halte Hardinge für abgetan. Englischer Militärattaché in Sofia sei zwar der Meinung, dass die bulgarische Armee stärker als die türkische sei, Fürst Ferdinand sei aber zu unentschlossen, sich einem Kriege auszusetzen. Überrascht sei der Reichskanzler gewesen über die Frage, ob Oesterreich-Ungarn dazu zu bewegen wäre, Spizza an Montenegro abzutreten.^{c)} Er habe dem Unterstaatssekretär sofort geantwortet, es sei nach seiner Ansicht für eine Grossmacht . . .^{d)} sich ohne Krieg zu einer derartigen Gebietsabtretung bestimmen zu lassen. Fürst Bülow glaube bemerkt zu haben, dass Sir Charles Hardinge diese Erwiderung erwartet habe. Letzterer habe zum Schlusse gemeint, es könne sich für Serbien und Montenegro nur um Gewährung „wirtschaftlicher Vorteile“ handeln. Bei diesem Anlasse habe der Unterstaatssekretär versichert, englische Diplomatie bemühe sich, in Belgrad und in Cetinje mässigend einzuwirken, da man vollkommen einsehe, dass gegenwärtig ernste Komplikationen nur von dort drohen. Kreta betreffend stehe England ganz auf dem türkischen Standpunkte. Griechische Drohungen mit Regierungswechsel und Unruhen in Kreta würden englischerseits nicht tragisch genommen. Unterstaatssekretär habe auch die Dardanellenfrage berührt und gemeint, dass die Zeiten jetzt zu kritisch seien, um in deren Behandlung einzutreten. Zur Konferenz äusserte sich Hardinge, dass wenn alle Schwierigkeiten früher beigelegt würden, dieselbe eigentlich überflüssig würde. Unterstaatssekretär scheine nicht pessimistisch in die Zukunft zu sehen und rechne umso sicherer auf die Aufrechterhaltung des Friedens, als Rußland nicht kriegsfähig sei, Frankreich einen Krieg perhorresziere und England ebenso friedfertig sei wie Deutschland. Sir Charles Hardinge habe den Fürsten Bülow zum deutsch-französischen Marokkoabkommen beglückwünscht und seine hohe Befriedigung geäußert, dass dadurch eine immer mögliche Gefahr von Komplikationen aus der Welt geschafft sei. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 992. — ^{b)} Diese Aufzeichnungen liegen jedoch im Archiv des Ministeriums des Äußern nicht vor. — ^{c)} Vgl. n. 987. — ^{d)} Chiffre fehlt.

Nr. 990. Bericht aus London, 12. Feb. 1909 Nr. 15 B (eing. 16. Feb.). Ausfert.

Ich habe vor einigen Tagen den bekannten ehemaligen Chef der Auswärtigen Correspondenz der „Times“, Sir Donald Mackenzie Wallace, getroffen, der in diesem Winter wieder in Rußland war. Obwohl er Petersburg schon vor einigen Wochen verlassen und sich seither in Deutschland und Holland aufgehalten hat, habe ich ihn doch über seine Petersburger

Eindrücke befragt. Wie er mir sagte, wollte er, als er in Rußland eintraf, sich zunächst davon überzeugen, ob das „slavische Gefühl“, von dem er so viel gehört hatte, thatsächlich so stark und verbreitet wäre, wie man es schilderte. Er persönlich wollte nicht recht daran glauben. Er hat seiner Zeit die Jahre 1876, 1877 in Rußland mitgemacht und es schien ihm nicht wahrscheinlich, daß heute wie damals eine Strömung vorherrsche, die mächtig genug sei, um die Regierung gegen ihren Willen zu kriegesischen Abenteuern fortzureißen. Er erkundigte sich rechts und links, zunächst bei einigen seiner Freunde, deren panslavistische und agitatorische Neigungen er kannte, und — bekam überall dieselbe erregte Sprache zu hören: „La Russie ne peut pas admettre l'annexion de la Bosnie, nous devons protester avec énergie etc.“ Als er aber die Frage stellte, ob man bereit wäre, deshalb Krieg zu führen, antwortete man „il n'est pas question de guerre, mais nous ne saurions admettre etc.“ Einer der Ersten, mit denen er sprach, war Herr Suvorin, der Besitzer der „Novoje Vremja“. Als Mackenzie ihm von Krieg sprach, lächelte er. Darauf stellte Sir Donald die Frage an ihn, warum er in seinem Blatte einen so scharfen Ton anschlagen lasse, und erhielt von Suvorin die Antwort: „Das sind meine jungen Leute unten in der Redaction.“ Als Mackenzie Wallace ihn darüber interpellirte, warum er dies gestatte, meinte Suvorin, die Regierung sei etwas schwach und indifferent gewesen und deshalb müsse die Presse desto energischer gegen die österreichisch-ungarische Action protestiren. Was Herrn Iswolsky betrifft, so meinte Sir Donald, der Herr Minister habe nicht verstanden, daß die populären „Emballlements“ in Rußland stets zu Beginn einen ganz desinteressirten Charakter haben. Er glaubte, seine Bestrebungen die Dardanellen-Durchfahrt zu erreichen — von denen Mackenzie Wallace schon lange gewußt haben will — würden, falls sie von Erfolg gekrönt wären, die russische öffentliche Meinung beruhigen und befriedigen. Diese Berechnung sei falsch gewesen und habe Herrn Iswolsky geschadet, denn man habe in Rußland das Losungswort des „désintéressement de la Russie“ angenommen und populär gemacht. Sir Donald hat die Duma-Rede Herr Iswolskys gehört. Er bezeichnete sie als eine sehr gute oratorische Leistung, aber von dem, was Alle hören wollten, nämlich den Buchlauer Unterredungen, habe er nichts gesagt. Auch sei es für den russischen Minister des Äußern unbequem, daß er nach seiner Ankunft in Paris im October einem Journalisten eingestanden hätte, er habe Euer Excellenz in Buchlau^{a)} gesagt, daß er die Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht als einen casus belli ansehen würde. Sir Donald Mackenzie Wallace resumirte seine Eindrücke mit den Worten: „Wenn Baron Aehrenthal wirklich — wie man erzählt — gesagt hat, je connais la Russie comme ma poche, elle ne fera certainement pas la guerre, so dürfte er vielleicht Recht behalten.“ Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 79.

Nr. 991. Tel. nach Berlin, 14. Feb. 1909 Nr. 24 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Wie ich streng vertraulich erfahre, wurde zwischen den Cabineten von Petersburg, Paris und London ein Gedankenaustausch darüber angeregt, wie

sie den übrigen Mächten in der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens zuvorkommen könnten. Die Tendenz, die dem beabsichtigten Schritte zu Grunde liegt, ist offenbar dieselbe, wie jene, von welcher sich die russische Regierung bei ihrer jüngsten finanziellen Proposition in Sofia leiten ließ, nämlich die Erlangung der Unabhängigkeit unter die Ägide Russlands zu stellen und so den russischen Einfluß in Bulgarien neu zu beleben und fester zu begründen. Um nun diesen neuen Schachzug, der unseren Interessen zuwiderläuft, zu pariren oder ihn möglichst abzuschwächen, schiene es mir zweckmäßig, auf die seinerzeitige, unsere Unterstützung in Sofia für die erwähnte finanzielle Proposition ansprechende Mitteilung des russischen Cabinets zurückzugreifen und von der darin enthaltenen Erklärung Act zu nehmen, daß die russische Regierung, sobald ein Accord auf Grund der von ihr vorgeschlagenen finanziellen Basis geschlossen wäre, der Türkei und den übrigen Mächten vorschlagen würde, die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen. Indem wir sodann unsere Bereitwilligkeit aussprechen würden, im Vereine mit der russischen Regierung und den übrigen Mächten zur Anerkennung des neuen Rechtszustandes in Bulgarien zu schreiten, sobald die Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien als perfect betrachtet werden kann, würden wir zugleich auf die Initiative verweisen, die wir in dieser Frage gleich nach der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens ergriffen und auf die ich in meinen öffentlichen Ausführungen im Laufe der letzten Delegationssession hingewiesen habe. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Reichskanzler oder Herrn von Schoen von der eingangs erwähnten Meldung sowie von der Vorgangsweise Mittheilung machen, die mir für die Contrecarrirung der oben dargelegten Absicht des Petersburger Cabinetes geeignet erscheint, und mir über die Beurtheilung, die der mir vorschwebende Gedanke bei den genannten Staatsmännern findet, telegraphisch berichten. Falls dieselben mit meiner Absicht einverstanden wären, würde ich eine Mittheilung in obigem Sinne an das Petersburger Cabinet und die übrigen Mächte richten und zugleich die bulgarische Regierung hievon verständigen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 985, 995, 998, 999, 1013.

Nr. 992. Tel. aus Berlin, 14. Feb. 1909 Nr. 38 (eing. 15. Feb. 9 U. a. m.). a)
Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär sagte mir, dass die Aufzeichnung über die Unterredung des Reichskanzlers mit Sir Charles Hardinge dem deutschen Botschafter in Wien zugesendet und dieser beauftragt sei, sie zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen. b) Baron Schoen las mir dieselbe vor und ich konstatierte, dass sie mit den Mittheilungen, die ich im Auswärtigen Amte erhalten hatte (vide mein Telegramm Nro. 35 vom 12. dieses Monats) übereinstimme. Schoen versicherte mir, auch die wiederholten Unterredungen zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard seien zur gegenseitigen vollen Befriedigung ausgefallen, und es bestehe nunmehr begründete Hoffnung, dass die deutsch-englischen Beziehungen in sicheren und ruhigen Bahnen sich bewegen werden. König von England habe sehr entschieden

erklärt, er sei über den deutschen Flottenbauplan nicht beunruhigt und rechne bestimmt darauf, dass das Gerede hierüber in England mit der Zeit aufhören werde. Kaiser Wilhelm habe bei seinem königlichen Onkel „keinerlei Missstimmung gegen Oesterreich-Ungarn und dessen Politik“ vorgefunden. Szögyény.

a) Vgl. n. 1002, 1003. — b) Vgl. n. 989 Anm. b.

Nr. 993. Tel. des Vizekonsuls Milivoj Gregovich aus Beirut, 15. Feb. 1909 Nr. 17 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Konsularagentie Kaifa berichtet, dass gelöschte Waren von Bootslenten und Pöbel zerstört und ins Meer geworfen wurden; ein Volkshaufe unter Anführung ruchloser Individuen veranstaltete Demonstrationen mit geraubten Kisten Bieres durch die Stadt und zog vor dortiges Konsulat, wo sie unter Abgabe vieler scharfer Schüsse und Beschimpfungen der Monarchie und des Amtes das Haus mit Bierflaschen bewarfen. Lokalbehörde vollständig passiv, Unsicherheit zunehmend, Lage kritisch, unser Vertreter bittet um Intervention, Schutz und Genugtuung. Auf mein Einschreiten beim Vali zeigte mir derselbe ein Telegramm vom Mutessarif in Acric, worin letzterer die Vorfälle in gleicher Weise wie oben erwähnt schildert und meldet, beim Militärkommandanten dortselbst Schritte wegen Entsendung von Truppen nach Kaifa zur Herstellung der Ordnung unternommen zu haben. Vali versprach mir, dies auch seinerseits sofort anzuordnen und zu verfügen, dass unser dortiges Konsulat bewacht und die Schuldtragenden bestraft werden. Was Satisfaktion und den eventuellen Schadenersatz anbelangt, habe ich die Botschaft um ehebaldige Intervention ersucht, da die letzten Exzesse in Saffed und Kaifa auch den hiesigen zügellosen Pöbel zu Ausschreitungen ermutigen könnten. Gleichlautend Konstantinopel. Gregovich.

a) Oe.-U. Bosnien 76 Nr. 109. Vgl. n. 1004.

Nr. 994. Tel. nach Berlin Nr. 25 (1), St. Petersburg Nr. 27 (2), Paris Nr. 17 (3), London Nr. 19 (4) und Rom Nr. 22 (5), 15. Feb. 1909 (chiff. 4 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Roessler; V. und G. Aehrenthal).

I bis 5. Bei den Verhandlungen mit der Pforte über das Entente-Protokoll wurden von türkischer Seite auch mehrere handelspolitische Forderungen an uns gestellt, insbesondere Abgabe einer Erklärung wegen Unterstützung der Pforte bei Konferenzverhandlungen über die Aufhebung der Kapitulationen, Anerkennung der zoll- und handelspolitischen Dispositionsfreiheit der Türkei und des Rechtes, im Falle des Mißlingens von Vertragsverhandlungen nach zwei Jahren autonomen Zolllarif auf spezifischer Grundlage einzuführen. Diese Forderungen betreffen Fragen, die nur im Einvernehmen sämtlicher Traktatsmächte geordnet werden können. Zur Vermeidung von Präjudizen und um bisher bestandenes Konzert der Großmächte zu erhalten, habe ich — wie ich zur streng vertraulichen Behandlung Euer Exzellenz mitteile — diese vom früheren Großvezier Kiamil Pascha vorgebrachten Wünsche abgelehnt.

1. Ein spezielles Interesse der Bagdadbahn hätte auch der weitere Antrag der Pforte berührt, freie Hand hinsichtlich der Transitbehandlung zu erhalten. Auch diese Forderung wurde von mir abgelehnt.

1.—5. Euer Exzellenz wollen hievon bei passendem Anlasse dortige Regierung gesprächsweise mit dem Beifügen informieren, daß ich in letzterer Zeit Gelegenheit hatte, die hier akkreditierten Botschafter auf obige Tendenz der Pforte aufmerksam zu machen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 880 Anm. b, 996, 1022 Anm. d.

Nr. 995. Mitteilung der Deutschen Botschaft in Wien, 15. Feb. 1909. a) Abschrift.

Vertraulich. In Berlin ist eine vertrauliche Instruktion des serbischen Ministeriums des Aeußern an die serbischen Vertreter in London, Paris, Petersburg, Rom und Konstantinopel bekannt geworden. Die serbische Regierung trägt in der Instruktion den Vertretern auf, in London, Paris, Petersburg, Rom und Konstantinopel zu erklären, daß zwischen dem Wiener Hofe und dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien weittragende Abmachungen abgeschlossen worden sind, und daß Fürst Ferdinand in der gleichen Weise wie seinerzeit König Milan sich Wien gegenüber durch eine geheime Konvention gebunden hat, welche ihn für alle Eventualitäten einer österreichischen Aktion auf der Balkanhalbinsel zu einer genau definierten Kooperation verpflichtet. Es sei ganz unzweifelhaft, daß die Gleichzeitigkeit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina sowie das wohlberechnete Ineinandergreifen der österreichischen Truppenverschiebungen nach dem Süden mit den bulgarischen Mobilisierungen bereits ein Ergebnis dieser geheimen Abmachungen sind und daß es sich hiebei um die Verwirklichung eines Planes handelt, der Oesterreich-Ungarn zum Alleinherrscher auf der ganzen Balkanhalbinsel machen soll.

a) Vgl. n. 991, 1007.

Nr. 996. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Feb. 1909 Nr. 79 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.). a) Entziff.

Nachdem ich noch krank bin, konnte ich den neuen Grossvezir nicht persönlich begrüßen, sondern entsandte Herrn Kolossa zu diesem Zwecke auf die Pforte. Hilmi Pascha sagte, dass in der äusseren Politik der Türkei, wie er dies bereits allen Botschaftern, die ihn gesehen hatten, erklärt habe, keinerlei Änderung eintreten werde. Die nächste Aufgabe auf diesem Gebiete sei, fuhr er fort, die Perfectionierung der Verständigung mit Oesterreich-Ungarn. Er selbst sei Verfasser einiger Artikel des Protokolles und werde dasselbe seinen Ministerkollegen gegenüber voll unterstützen; er befürchte keine Schwierigkeiten. Als Kolossa ihm mitteilte, dass ich morgen neue Instruktionen erwarte, vereinbarte er mit ihm eine Zusammenkunft während des morgigen Ministerrates zur Entgegennahme unserer Äusserungen zu den letzten türkischen Propositionen. Geheim. Schliesslich spielte Hilmi Pascha darauf an, er hoffe bald mit mir in einer Angelegenheit, die er streng

geheim behandeln will, eine Unterredung zu haben. Es dürfte sich hiebei wahrscheinlich um die Frage der „Garantie“ für den Sandjak handeln.^{b)} Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 75 Nr. 108. Vgl. n. 937, 994, 1035. — b) Vgl. n. 982.

Tel. nach London, 15. Feb. 1909 Nr. 19 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 994.

Tel. nach Paris, 15. Feb. 1909 Nr. 17 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 994.

Tel. nach Rom, 15. Feb. 1909 Nr. 22 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 994.

Tel. nach St. Petersburg, 15. Feb. 1909 Nr. 27 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 994.

Nr. 997. Bericht aus St. Petersburg, 2. 15. Feb. 1909 Nr. 7 C (eing. 17. Feb. 1909).^{a)} Ausfert.

Die Äußerungen Wiener und Budapester Blätter über die fortdauernden Rüstungen Serbiens und die hieraus für die k. und k. Monarchie gezogenen Konsequenzen haben in den letzten Tagen die hiesige öffentliche Meinung allarmiert. In politischen Kreisen werden diese Kundgebungen lebhaft diskutiert und in der Presse finden sich Niederschläge einer starken Erregung. Wenn ich die Stimmung richtig einschätze, so kann gesagt werden, daß der Monarch und seine Regierung Alles daran zu setzen bereit sind, eine kriegерische Verwicklung zu verhüten. Diese Faktoren sind von der Ausichtslosigkeit eines eventuellen Feldzuges gegen Österreich-Ungarn und Deutschland durchdrungen, wie nicht minder von der Einbuße, die das hiesige Prestige erleiden würde, wenn Serbien und Montenegro im Falle eines Waffenganges mit Österreich-Ungarn ihrem Schicksale überlassen bleiben müßten. Es liegt in ihrem Interesse, daß es zu keinem Konflikte am Balkan komme. Sollte jedoch ein solcher unabwendbar sein, dann dürfte eine mehr als diplomatische Stellungnahme nach dem heutigen Stande der Dinge kaum zu gewärtigen sein. Wie ich von zuverlässiger Seite erfahre, ist sowohl der Kriegsminister Roediger als der Chef des Generalstabes Suchomlinow der Ansicht, daß sich Rußland derzeit in keine kriegерische Affaire einlassen könne, in welcher es mit den Armeen Österreich-Ungarns und Deutschlands zu rechnen hätte. Allerdings scheinen die Tage des Kriegsministers gezählt zu sein, doch läßt sich nicht annehmen, daß sein Nachfolger wesentlich anderer Anschauung sein könnte, in Betreff der evidenten Inferiorität der heutigen russischen Armee. Es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß gewisse Truppen — darunter die Elitekorps der Armee — im Kriegsfall gegen den Feind nicht verwendet werden könnten, sondern zum Schutze gegen innere Feinde zurückbehalten werden müßten. Es sind dies das St. Petersburger Gardekorps, das 22. Armee-Korps in Finnland, ein Teil des 1. Armee-Korps in den baltischen Provinzen, das Grenadier-Korps in Moskau, die beiden kaukasischen Armee-Korps, sämtliche turkestanische Schützenregimenter und die vier sibirischen Armee-

Korps. Das Vorgesagte schließt nicht aus, daß gegenwärtig im Kriegs- und Marine-Ministerium rastlos und methodisch gearbeitet wird, als stünde man vor einer kriegerischen Komplikation. Nach Äußerungen, die mir von höheren russischen Offizieren zu Ohren gekommen sind, würde es sich darum handeln, die Wehrmacht im Laufe von 3—5 Jahren kriegsbereit zu machen. Vorher wäre ein Feldzug kaum ernstlich in Erwägung zu ziehen. Was die öffentliche Meinung anbelangt, ist das Friedensbedürfnis allerdings ziemlich ausnahmslos in allen Schichten anzutreffen und sind hie und da aufleuchtende kriegerische Ausbrüche wohl lediglich Blendwerk ohne realen Untergrund. Es läßt sich jedoch mit Bestimmtheit voraussehen, daß im Falle unsererseits die Offensive ergriffen werden sollte, ohne daß sich Serbien einer Grenzverletzung schuldig gemacht hätte, ein Sturm durch das Land gehen würde, welcher unsere Aktion als kühl vorbereitete Vergewaltigung des wehrlosen Brudervolkes brandmarken würde. Daß dadurch eine bedenkliche Stimmung wachgerufen würde, deren Umfang und Konsequenzen sich schwer abschätzen lassen, bedarf keiner weiteren Begründung. Die am Ruder befindliche Regierung würde jedenfalls einen schweren Stand haben, umso schwerer, je mehr die Schwächen der slavischen Natur in dieser Krise in Erscheinung treten würden, welche bekanntlich Leidenschaften leichter zugänglich ist als Vernunftgründen. Der hiesige bulgarische Agent, welcher zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung mir gegenüber wiederholt betont hatte, Serbien würde allein bleiben, wenn es den Kampf mit Österreich-Ungarn aufnehmen wollte, spricht sich jetzt wesentlich anders aus. Er will mit verschiedenen maßgebenden Politikern gesprochen haben, die sich übereinstimmend dahin geäußert hätten, die öffentliche Meinung in Rußland würde nimmer zugeben, daß die kaiserliche Regierung einem aggressiven Vormarsche Österreich-Ungarns gegen Serbien mit verschränkten Armen zusehe. Keine Regierung würde sich in einem solchen Falle halten können und das Land würde selbst vor einer Revolution nicht zurückschrecken, um dem Brudervolke im Existenzkampfe beizustehen. Diese Darstellung Herrn Tzokoffs ist weniger wegen ihres mit einiger Reserve aufzunehmenden Inhaltes bemerkenswert, als hinsichtlich der darin zu Tage tretenden Wandlung, die sich seit der russisch-bulgarischen Aussöhnung in den Anschauungen des bulgarischen Agenten vollzogen hat. Die Äusserungen waren offenbar berechnet, durch mich an die Adresse Euer Exzellenz zu gelangen und dürften ein Teilmanöver bilden im Feldzugsplane der diplomatischen Strategen an der Sängerbrücke. Berchtold.

a) Vgl. n. 1006, 1018, 1066.

Nr. 998. Privatschreiben aus St. Petersburg, 2. 15. Feb. 1909 (eing. 17. Feb.).a) Eigh. Ausfert.

Aus Berlin wird Euerer Excellenz gemeldet worden sein^{a)} über meine zufällige Begegnung mit Kaiser Wilhelm bei Herrn von Szögyény. Seine Majestät, Höchstwelchem ich bei dieser Gelegenheit die Ehre hatte vorgestellt zu werden, geruhte mich sofort in ein längeres politisches Gespräch zu ziehen, in dessen Verlaufe der höchste Herr die Peripetien der russischen

Politik und namentlich jene Herrn Iswolskys im verflossenen Jahre recapitulirte. Gegenwärtig seien die zwei hervorstechendsten Momente der Orientirung des St. Petersburger Cabinetes: 1.) die Sorge, daß die bisherige Ausnahmstellung Russlands als slavische Vormacht weitere Einbusse erleiden könnte, nachdem Österreich-Ungarn in Sofia Boden gefasst habe und die Blicke der Bulgaren mehr nach Wien als nach St. Petersburg gerichtet seien und 2.) der persönliche Antagonismus Herrn Iswolskys gegen Euer Excellenz, hervorgerufen durch eine Reihe von Erfolgen des Wiener und Misserfolgen des St. Petersburger Cabinetes. Kaiser Wilhelm, Höchstwelcher der Politik Euerer Excellenz vollste Anerkennung zollte, bezeichnete Hochderselben Situation dem russischen Minister gegenüber mit den Worten: „Die Annexion Bosniens hat er verkündet und den Brief Iswolskys^{b)} hat er in der Tasche, — mehr braucht er nicht!“ Als gemeinsani anzustrebendes Ziel Österreich-Ungarns und Deutschlands stellte der höchste Herr die Aufgabe hin, zwischen den Romanen und den Slaven eine breite Straße durch Europa zu bilden, eine Straße, die in der Türkei, Rumänien und Griechenland ihre Ergänzung zu finden hätte. Wenn es dauernd gelingen sollte, Bulgarien diesem Systeme anzugliedern, wäre es umso besser. Kaiser Wilhelm habe seinem diplomatischen Vertreter in Sofia angeordnet, in diesem Sinne einvernehmlich mit seinem österreichisch-ungarischen Collegen vorzugehen. Dem Könige von Griechenland habe der höchste Herr versichert, daß in Athen auf die deutsche Unterstützung gerechnet werden könne. Ebenso stünde es mit Rumänien. Und was die Pforte anbelange, gäbe er sich der Erwartung hin, daß dieselbe auch unter dem neuen Régime nicht den trügerischen Lockungen folgen werde, die von anderer Seite in Scene gesetzt würden. Den von Herrn Iswolsky propagirten Gedanken eines Balkanbundes hält Kaiser Wilhelm für keinen blossen Bluff, vielmehr lauteten Informationen aus den Balkanländern dahin, daß die russische Diplomatie intensiv in diesem Sinne arbeite. Seine Majestät erwähnte auch des Glückwunsch-Schreibens, welches Er von Kaiser Nikolaus anlässlich Seines Geburtsfestes erhalten. In diesem Schreiben wären zwei Seiten den Beschwerden gegen die Politik Euerer Excellenz gewidmet. Kaiser Wilhelm habe auf diese Invektiven nicht geantwortet. Von Staatssekretär von Schoen hörte ich nachträglich, daß das Dankschreiben des deutschen Kaisers diesmal viel weniger herzlich abgefaßt gewesen sei als in früheren Jahren. Kaiser Wilhelm sprach mir schließlich Seine herzlichsten Wünsche aus für meine hiesige Thätigkeit und trug mir Grüße an Grafen Pourtalès mit den Worten auf: „Ich bin froh ihn dort zu haben. Der wird Iswolsky schon Stand halten!“ Bezeichnend für das Verhältniß Seiner Majestät zum Reichskanzler ist das Ansuchen, das der höchste Herr nachträglich durch Herrn von Szögyény an mich stellen ließ, in meiner Aussprache mit Fürsten Bülow auf die Details der Äußerungen des Kaisers nicht zurückzukommen! Am zweiten Tage meines Berliner Aufenthaltes hatte ich eine Zusammenkunft mit Staatssekretär von Schoen, am dritten Tage Vorstellung beim Reichskanzler. Letzterer behielt mich eine Stunde bei sich in anregender Conversation über alle Tagesfragen. Während meines Berliner Aufenthaltes ließ mich der italienische Botschafter, Herr Pansa, mit welchem ich von London

her befreundet bin, dringend einladen, ihn aufzusuchen. Aus seinen langathmigen Äußerungen konnte ich entnehmen, daß es seiner Regierung daran gelegen wäre, die serbisch-montenegrinischen Compensations-Ansprüche auf einer Conferenz geregelt zu sehen. Seine Schlußfolgerung gieng darauf hinaus, daß diese Länder von ihren weitgehenden Ansprüchen nicht abgehen würden, wenn ihnen nicht „von oben herab“, d. i. vom Areopage der Berliner Signatarmächte ihre Ration festgesetzt würde.¹⁾ Er gab zu verstehen, daß die Westmächte nur solche Compensationen in das Programm aufnehmen würden, die Österreich-Ungarn acceptiren könnte. Namentlich würde die Idee territorialer Entschädigungen ebenso wie der Gedanke einer unter die Controle der Mächte gestellten Autonomie der annektirten Provinzen ausgeschaltet werden. Betreffs Geltendmachung des betreffenden Programmes bei Eurer Excellenz schwelt Herrn Parsa eine französisch-deutsche Intervention vor, eine Idee, die bekanntlich im französischen Botschafter in Berlin, Herrn Cambon, einen warmen Verfechter hat. Ich möchte hier bemerken, daß Fürst Bülow, welcher sich mir gegenüber nicht sehr konferenzfreundlich ausgesprochen hat, die Annahme formulirte, daß Italien bei dieser Gelegenheit Vortheile für sich herauszuschlagen beabsichtigen dürfte. Hier angelangt habe ich meine Ankunft in schriftlichem Wege dem Herrn Minister des Äußern angezeigt, bei demselben eine Karte gelassen und seiner Gemahlin einen Besuch abgestattet. Als er mich das erste Mal gelegentlich einer Soirée wiedersah, beschränkte sich unsere Conversation auf unpolitische Sujets. Wie mir nachträglich von seinem Bridgespiel-Partner erzählt wurde, war Herr Iswolsky an diesem Abende, vom Momente an, wo ich den Salon betrat, in nervöser Aufregung, was seinem Spiele zum Nachtheile gereichte. Nachdem er wiederholt gefragt: „Ou est maintenant Berchtold?“ „Je ne le vois plus“ u. s. w. sprang er schließlich auf ohne die Abrechnung abzuwarten und kam auf mich zu, um mir mit demonstrativer Herzlichkeit seine Freude auszusprechen mich wiederzusehen. Die Taktik peinlich korrekter Reserve scheint mir unter den gegebenen Umständen die richtige. Meinem deutschen Collegen gegenüber führt der Minister bei jeder Zusammenkunft Klage über die Vorgangsweise Eurer Excellenz Rußland gegenüber. Den letzten Anlaß hiezu hat die neutrale Haltung des Wiener Cabinets gebildet zum russischen Vorschlage betreffs Ausgleiches der türkisch-bulgarischen Differenzen.^{c)} „Si le Baron d'Aehrenthal avait appuyé notre proposition à Constantinople en trois jours l'affaire aurait été réglée.“ Es ist begreiflich, daß der Minister à la longue den Verkehr mit mir missen wird, der ihm Gelegenheit bieten würde, von Zeit zu Zeit seinen cholerischen Wallungen Luft zu machen!

Berchtold.

¹⁾ Welches Augenmaaß!

^{a)} Vgl. n. 961, 1018. — ^{b)} n. 86. — ^{c)} n. 985, 991.

Nr. 999. Tel. aus Berlin, 16. Feb. 1909 Nr. 41 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).
Entziff.

Zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 40.^{a)} Nach Rücksprache mit dem Reichskanzler bittet mich Staatssekretär, Euer Exzellenz zu melden,

dass Fürst Bülow mit der von Euer Exzellenz beabsichtigten Vorgangsweise einverstanden ist, vorausgesetzt, dass, wie dies Euer Exzellenz Auffassung entspricht, neuerdings hervorgehoben werde, dass die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens nur unter den bekannten drei Bedingungen erfolgen könne, nämlich: 1.) Befriedigende Regelung der Orientbahnfrage; 2.) Sicherung der Rechte der türkischen Staatsgläubiger; 3.) Verständigung mit der Türkei. Bulgarische Regierung sei übrigens bereits im Oktober vorigen Jahres von diesen Bedingungen verständigt worden. Staatssekretär ist der Meinung, dass Russland, England und Frankreich zur Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens nicht in der Lage sein dürften, bevor nicht die Verständigung mit der Türkei zustandekommt. Herr von Schoen meint, dass selbst wenn die genannten Mächte wider Erwarten zu einer früheren Anerkennung sich verstehen sollten, dies zwar nicht verhindert werden könne, doch würde eine Anerkennung lediglich seitens jener drei Mächte Bulgarien nichts nützen, da bisher von keiner Seite bestritten sei, dass zur Sanktionierung des von Bulgarien geschaffenen Zustandes die Anerkennung sämtlicher Mächte erforderlich sei.

Szögyény.

^{a)} Mit Tel. Nr. 40, 15. Feb. 1909 (eing. 5 U. p. m.) wurde aus Berlin gemeldet, daß Inhalt von n. 991 dem Staatssekretär mitgeteilt worden sei und daß dieser nach Rücksprache mit Fürst Bülow rasche Antwort versprochen habe.

Nr. 1000. Bericht aus Rom, 16. Feb. 1909 Nr. 13 A (eing. 18. Feb.). a)
Ausfert.

Streng vertraulich. ... *Bevorstehender Rücktritt Tittonis* ... Ganz kürzlich sagte der Minister zum Grafen Monts: „Mein Verderben ist Baron Aehrenthal gewesen; die Annexion oder die Universität hätte ich überlebt, beide zusammen waren zuviel für mich, wie übrigens für jeden Anderen, der an meiner Stelle gewesen wäre.“ Ich citire die Worte, weil sie charakteristisch sind, nicht nur für seine Gemüthsstimmung — welche schliesslich nebensächlich wäre — sondern auch für die in den massgebenden politischen Kreisen des ganzen Landes herrschende Denkungsweise. Sie illustriren in greller Weise den schroffen — schwer überbrückbaren — Gegensatz zwischen der in Wien und in Rom herrschenden Auffassung. Unser Standpunkt ist hier dem grossen Publikum ebenso unverständlich, wie der italienische in Wien. Das Unvermögen oder die mangelnde Geneigtheit sich auch nur vorübergehend auf den Standpunkt des Anderen zu stellen, ist im privaten, wie im Verkehre der Nationen nur allzuhäufig die Quelle ernster Zerwürfnisse geworden; sie können es leider nur zu leicht auch im vorliegenden Falle werden, wenn auch voraussichtlich nicht in der allernächsten Zukunft! Beiderseits besteht leider noch allzusehr im Publikum und in der Presse die Gewohnheit die Verhältnisse des Nachbarstaates in oberflächlicher Weise, auf Grund einiger althergebrachter Schlagworte, zu beurtheilen. Die Folge davon ist eine mitunter geradezu staunenswerthe Unkenntniss der faktischen Verhältnisse, welche sich nicht immer in abgenützte Formeln und Schablonen zusammenpressen lassen. Unzweifelhaft trägt der Ton der italienischen Presse — mit ganz wenigen lobenswerthen Ausnahmen — wesentlich dazu bei, dass in weiten Kreisen bei uns

vielfach eine ganz verkehrte Auffassung über die politischen Ziele und Richtungen des modernen Italiens vorherrscht. Es ist gewiss nicht zu verwundern, sondern nur zu bedauern, wenn die von Perfidie und Gehässigkeit strotzenden Auslassungen der italienischen Journalistik bei uns den rechten Glauben an den ehrlichen Wunsch Italiens mit uns gut Freund zu sein, nicht aufkommen lassen. Und doch hat dieser Wunsch bestanden — und zwar im Kopfe (ich sage nicht im Herzen) der überwiegenden Majorität der politisch urtheilsfähigen Bevölkerung. Der materielle Aufschwung des Landes und der zunehmende Wohlstand haben den Wunsch nach ungestörter friedlicher Fortentwicklung, die Abneigung nach einer Politik der Abentheuer gekräftigt und intensiviert. Diese Tendenz war es in erster Linie, welche — nach einem gewissen, anfänglichen Zaudern — Herrn Tittoni die Majoritäten gab, die es ihm ermöglichten offen und rückhaltslos als der Vorkämpfer des engen Anschlusses an Österreich-Ungarn aufzutreten, der Politik des: *alliés et amis*! Der Versuch ist missglückt, und Tittoni bezahlt denselben mit seinem Rufe als Staatsmann. Ich kann nicht anders sagen, als dass er dieses vom rein menschlichen Gesichtspunkte ziemlich tragische Geschick mit einer gewissen Würde — man könnte fast sagen noblesse — trägt, die ihm nicht Jeder zugetraut hätte. Mir gegenüber ist ihm kaum jemals ein bitteres Wort entschlüpft, so sehr ihn auch das Gefühl drückt, für uns seine politische Zukunft geopfert und dafür wenig Dank geerntet zu haben. Letzteres begründet er folgendermassen: Als er nach der Ära Prinetti (und dessen kurzlebigen Nachfolgern) in die Consulta einzog, wusste er — auf wohlfeile Popularität verzichtend — Parlament und Nation für seine Politik zu gewinnen, eingewurzelten Vorurtheilen entgegenzutreten, den Irredentismus in Wort und Schrift zu bekämpfen, um nicht zu sagen, auszurotten. Wachsende Majoritäten dokumentirten seinen Erfolg, seine Politik schlug Wurzeln im Lande; die freundliche und glatte Lösung ungezählter grosser und kleiner Incidenzfälle veranschaulichte den Geist der Versöhnung und Freundschaft, welche in die Gemüther eingezogen war. Der Ära der rasch aufeinander folgenden Ministerbegegnungen liess den Gedanken weiter erstarken. Als anlässlich des Sandjakhbahn Projektes Paris, London und Petersburg von Vorwürfen gegen uns widerhallte, und Berlin sich in Schweigen hüllte, hatte Tittoni als einziger europäischer Staatsmann den Muth, offen für uns einzutreten. Er that dasselbe — zwar nicht offen, aber immerhin verständlich genug, in seiner für ihn verhängnissvollen Rede von Carate nach Proklamirung der Annexion.¹⁾ Diese Rede bedeutet den Anfang vom Ende; was seither folgte, ist noch in zu frischem Gedächtnisse, um einer Erwähnung zu bedürfen. Was Tittoni schmerzt, ist nicht allein sein eigenes persönliches Schicksal, sondern der gänzliche Schiffbruch einer Politik, die er für die einzig richtige hielt. Er ist für seine Person davon durchdrungen, dass durch ein rücksichtsvolleres Vorgehen unsererseits, durch eine gewisse Schonung italienischer, in das Gebiet der *imponderabilia* fallenden, Empfindlichkeiten diese Politik hätte gerettet werden können. Nun wird — meint er — sein Name durch alle künftigen Generationen fortleben als Exempel des Schicksales, dem ein Minister verfällt, der mit Österreich-Ungarn Freundschaft schliessen will.

Um diesen Bericht nicht über Gebühr auszudehnen, behalte ich mir vor, bei künftiger Gelegenheit auf die voraussichtlichen Folgen des Rücktrittes Tittonis zurückzukommen.

Lützow.

1) ?

a) Vgl. n. 1022 Anm. i, 1049.

Nr. 1001. Bericht aus Rom, 16. Feb. 1909 Nr. 13 F (eing. 18. Feb.).a)
Ausfert.

Vertraulich. Beiliegend beehre ich mich eine kurze Relation des k. u. k. Legations-Secretärs Grafen F. Colloredo zu unterbreiten, betreffend eine stellenweise ganz interessante Unterredung, welche er unlängst mit dem ehemaligen Minister-Praesidenten, Herrn Fortis, hatte. Ich habe den gemüthlichen alten Herrn, der weit entfernt ist der Feuerbrand zu sein, als der er mitunter angesehen wird, auch neulich begegnet, wobei er mir — soweit es die Anwesenheit zahlreicher Damen gestattete — gleichfalls die herzlichsten Freundschaftsversicherungen zum Ausdruck brachte.

Lützow.

a) Vgl. n. 1049.

Beilage zu n. 1001.

Relation. Vertraulich. Die Aeusserungen, welche Herr Fortis unlängst mir gegenüber gemacht hat, kann ich im folgenden zusammenfassen: Von seiner letzten, grossen Parlamentsrede gelegentlich der Debatte über die auswärtige Politik ausgehend, meinte Herr Fortis, dass der Sinn derselben vielfach falsch ausgelegt worden sei. Besonders seine Schlussworte seien in einer seinen Absichten entgegengesetzten Weise interpretirt worden. Ihm und jedem vernünftigen Italiener liege jede aggressive Absicht gegen Oesterreich-Ungarn fern. Italien wolle keinen Krieg, könne ihn nicht wollen, da es für einen solchen nicht vorbereitet sei. Deshalb erfüllen ihn die fortwährenden Rüstungen Oesterreich-Ungarns mit Besorgniss und es sei seine Pflicht gewesen, der Regierung den Unterschied in der Wehrkraft und Schlagfertigkeit der beiden Länder in Erinnerung zu bringen. Es sei die erste und oberste Pflicht einer jeden italienischen Regierung, das Heer und die Flotte zu regeneriren und auszubauen. Ein starkes Italien werde eine ganz andere internationale Stellung einnehmen können. Diess alles dürfe aber niemals den Character einer anti-oesterreichischen Tendenz annehmen. Wir sind Freunde und können es zweifellos bleiben, wenn wir uns der Mühe unterziehen wollen, einander zu verstehen. Man darf die Lebhaftigkeit und Erregbarkeit des italienischen Volkscharakters nicht ausser Acht lassen; — dann wird man auch einsehen, dass den Leidenchaftsausbrüchen des Italieners nicht dasselbe Gewicht beizulegen ist, wie denen anderer Völker. Fürchten Sie nichts von uns. — Wir werden vor Allem treu zu den geschlossenen Verträgen halten — treu bis zum Tode (fedeli fino alla morte). — Angesichts der complicirten Allianz- und Entente-Systeme unserer Zeit wäre es erklärlich und entschuldbar gewesen, wenn Italien — beispielsweise mit Frankreich Fühlung genommen und gesagt

hätte: wie würdet Ihr Euch verhalten, wenn wir die uns gegenwärtig bindenden Verträge nicht erneuern. Ich schwöre aber bei allem, was mir heilig ist (*Io giuro per quel' che mi è di piu sacro*), dass Italien niemals einen derartigen Schritt unternommen hat. Ein wirklich freundschaftliches Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien herzustellen, sei allerdings keine ganz leichte Sache. Das demokratische und anticlericale Frankreich biete dem modernen Italien mehr Anknüpfungspunkte als das konservativ-clericale Oesterreich, der Hort der Tradition, das Land, welches als eines der letzten dem Absolutismus entsagt habe. Die Presse, welche in diesem Lande vielfach in freimaurerischen Händen sei, schlage naturgemäss lieber die Werbetrommel für ein gleichgesinntes Frankreich. Auf die anticlericale Bewegung übergehend meinte Herr Fortis, dass er derselben keine grosse Bedeutung beimesse. Das italienische Volk sei religiös zu indifferent, um sich an einem Zweikampf zwischen Clericalismus und Freidenkerthum mit Animo zu betheiligen.

Tel. nach Belgrad, 17. Feb. 1909 Nr. 22 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1007.

Nr. 1002. Bericht aus Berlin, 17. Feb. 1909 Nr. 5 A (eing. 19. Feb.).^a Ausfert.

Vertraulich. Über den Verlauf und das Ergebnis des englischen Königsbesuches in Berlin sind Eure Exzellenz durch meine fortlaufende telegraphische Berichterstattung und durch die Hochdenselben von Herrn v. Tschirschky übergebene ausführliche Aufzeichnung des Reichskanzlers genau unterrichtet. Das vom Auswärtigen Amte an die Presse gegebene *mot d'ordre* lautete dahin, die aktuellen politischen Fragen seien nur im Allgemeinen besprochen worden; die zwischen den deutschen und englischen Staatsmännern gepflogenen Besprechungen hätten aber gegenseitig aufrichtige Befriedigung hervorgerufen und die Zuversicht begründet, dass durch den Besuch König Eduards das Vertrauen in die beiderseitige Loyalität und das Verständnis für die politischen Ziele der beiden Reiche nicht unerheblich gefestigt worden sei. Insbesondere habe sich bei der Behandlung der Balkanfragen die vollste Übereinstimmung ergeben, sowol in Betreff der auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen Englands und Deutschlands, als auch bezüglich der Haltung beider Regierungen dem neuen Regime in der Türkei gegenüber. Hoffentlich werde sich die öffentliche Meinung sowol in Deutschland als in England dem von den Herrschern und Staatsmännern gegebenen Beispiele friedlicher Absichten und aufrichtigen gegenseitigen Verstehens anschließen. Ich will es heute nicht untersuchen, inwieferne all' dies eintreffen wird. Deutscherseits besteht aber jedenfalls der feste Wille, fernerhin allen Missverständnissen vorzubeugen und ein tatsächlich vertrauensvolles Verhältnis zwischen Berlin und London herzustellen und aufrecht zu erhalten. Fürst Bülow legt — wie er mir wiederholt sagte — große Bedeutung dem bei, dass im Laufe der Besprechungen, die er mit Sir Charles Hardinge hatte, letzterer die Flottenbaufrage und die Bagdadbahnangelegenheit, die ja bekanntlich seit langer Zeit den Erisapfel zwischen Deutschland und England bilden, gar nicht zur Sprache

gebracht hat. Nach des Reichskanzlers Ansicht habe man eben englischerseits endlich eingesehen, dass Deutschland nicht gesonnen sei, vom Standpunkt, den es in diesen Fragen so oft kundgegeben hat, sich abbringen zu lassen, und dass die deutschen Seerüstungen keinesfalls eine Gefährdung Englands darstellten. Nachträglich habe ich erfahren, dass in Sachen des Flottenbaues, wenn auch nicht zwischen Fürst Bülow und dem englischen Unterstaatssekretär, so doch zwischen den beiden Herrschern Erörterungen stattgefunden haben. Wie mir Kaiser Wilhelm zu erzählen die Gnade hatte, habe König Eduard hiezu die Initiative ergriffen und in der freundschaftlichsten Weise versichert, Er teile keineswegs die Ansicht eines großen Teiles der aufgeregten öffentlichen Meinung Seines Landes, die in dem deutschen Flottenbauplane eine Bedrohung Englands erblicke. Das, nach Seiner (König Eduards) Meinung, „recht überflüssige und schädliche Gerede“ in England über diese Angelegenheit werde sich mit der Zeit von selbst beruhigen. In Betreff der aktuellen Balkanfragen haben Kaiser Wilhelm sowie auch der Reichskanzler aus den Äusserungen König Eduards und des englischen Unterstaatssekretärs den entschiedensten Eindruck gewonnen, dass englischerseits durchaus keine Voreingenommenheit, geschweige denn eine feindliche Tendenz unserer Aktion gegenüber bestehe. Sir Charles Hardinge und noch viel entschiedener König Eduard, haben hier versichert, sie sähen es vollkommen ein, dass bei der Annexion Österreich-Ungarn sich in einer Zwangslage befunden hätte und ein aktives Vorgehen unter den gegebenen Verhältnissen kaum viel länger hätte hinausschieben können. Seine Majestät wie auch der Unterstaatssekretär drückten aber beide lebhaftes Bedauern darüber aus, dass die Vorgangsweise so wenig den freundschaftlichen Beziehungen der Monarchie zu England entsprochen hätte. Mehrere Tagesblätter hatten gemeldet, es sei zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Kolonialminister Lord Crewe ein Abkommen vereinbart worden, laut dem beschlossen wurde, dass die in Afrika aneinander grenzenden Mächte, vorerst Deutschland und England, und in der Folge auch Frankreich und Belgien, sich im Falle von Aufständen von Eingeborenen gegenseitig Unterstützung zu leisten hätten. Diese Nachricht ist von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als unrichtig bezeichnet worden. Freiherr von Schoen erzählt mir, ein derartiges förmliches Abkommen sei weder besprochen noch abgeschlossen worden; doch könne er mir vertraulich mitteilen, dass Lord Crewe mit dem Reichskanzler und Staatssekretär Dernburg in einer freundschaftlichen Auseinandersetzung die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei gefährlichen Eingeborenen-Aufständen anerkannt und eine eventuelle gemeinsame Aktion in Aussicht genommen habe.

Szögyény.

a) Vgl. n. 992, 1003.

Nr. 1003. Privatschreiben aus Berlin, 17. Feb. 1909 (eing. 19. Feb.).^{a)}
Ausfert.

Bei einem Feste, das die Kronprinzlichen Herrschaften vorgestern veranstalteten, und an dem auch Ihre Majestäten, Kaiser Wilhelm und

Kaiserin Auguste Victoria, Teil nehmen, war Seine Majestät so gnädig, mich wieder in eine längere Unterredung zu ziehen. Höchstderselbe begann damit, mir zu sagen, wie hoch erfreut Er gewesen sei, dass Er auf Sein, nach der Abreise des englischen Königspaares an Seine Majestät unseren Allergnädigsten Herrn gerichtetes Telegramm, sogleich eine gnädige Antwort erhalten habe. „Hoffentlich“, so fuhr Kaiser Wilhelm fort, „wird Ihr Allergnädigster Herr nach Erhalt Meines Telegrammes und nach Kenntnissnahme der Mitteilungen, die Ich auch Herrn v. Tschirschky nach Wien kommen ließ,^{b)} mir zustimmen, dass Ich allen Grund habe, mit dem Verlaufe des Besuches der englischen Majestäten in Berlin ganz zufrieden zu sein. Ich habe die betreffenden Aufzeichnungen des Reichskanzlers gelesen und dieselben vollkommen gebilligt. Aber nicht nur der Inhalt der in diesen Aufzeichnungen richtig wiedergegebenen friedlichen Äußerungen König Eduards, sondern insbesondere die Art und Weise, wie der König Sich ausdrückte, der warme Ton Seiner freundschaftlichen Versicherungen, haben auf Mich — wie Ich gestehen muss — einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Von einer Animosität gegen Österreich-Ungarn, geschweige denn von Versuchen, Mich von Meinem erprobten Alliierten abwendig zu machen, war nicht die geringste Spur, und was die günstige Wendung in den englisch-deutschen Beziehungen betrifft, so sprach Sich der König in dieser Hinsicht so zuversichtlich aus, dass Ich tatsächlich glaube, es werde möglich sein, in der Zukunft, den bisher sich immer wiederholenden Missverständnissen vorzubeugen. Die vernünftige Auffassung König Eduards in Betreff der deutschen Flottenbaupläne, welcher Er Mir gegenüber ganz spontan Ausdruck verlieh, bietet Mir eine Gewähr, dass Mein königlicher Oheim Sich nunmehr eines Besseren besonnen hat und einsieht, dass es in unserem gegenseitigen Interesse liege, nicht zuzugeben, dass die öffentliche Meinung in unseren beiden Ländern — wie dies leider seit Jahren geschehen ist — durch gefährliche und gehässige Schlagworte aufgehetzt werde“. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung erzählte mir Seine Majestät, dass König Eduard während Seines ganzen hiesigen Aufenthaltes mit dem Reichskanzler nicht ein einziges Wort über Politik gesprochen habe. Obwol sich bei verschiedenen Anlässen die Gelegenheit hiezu geboten hätte, habe Sich der König nicht bewegen lassen, Sich mit dem Fürsten in ein ernstes Gespräch einzulassen. König Eduard habe den Reichskanzler ganz einfach „geschnitten“, Er habe dies Ihm (Kaiser Wilhelm) ganz offen gesagt und versichert, dass Er dem Fürsten Bülow seine Haltung während der betrübenden Vorkommnisse im letzten November nicht verzeihen könne. Er tue dies nicht nur Seinem verwandtschaftlichen Empfinden nach, sondern vom Standpunkte des monarchischen Prinzips. Der Abschied vom englischen Königspaaire sei außerordentlich herzlich gewesen; noch im letzten Augenblicke habe König Eduard Ihn versichert, wie wol Er Sich, trotz Seines leichten Unwolseins, in Berlin befunden habe. Er werde dies, in Seiner nächsten Thronrede auch besonders hervorheben (was seither auch bekanntlich geschehen sei). Zum Schlusse fasste der Kaiser das Ergebnis des Besuches in folgenden Sätzen kurz zusammen: Die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen seien aufrichtig

herzliche, und sei zu hoffen, dass sie es bleiben würden und dass dies auch einen günstigen Einfluß auf das Verhältnis der beiden Länder zu einander üben werde. König Eduard hätte Ihm den Eindruck gemacht, dass Er für die Aufrechterhaltung des Friedens Sein Möglichstes tun werde und zwar nicht nur mit Rücksicht auf Sein eigenes Land, sondern in der Überzeugung, dass Russland keinen Krieg machen könne und Frankreich keinen Krieg machen wolle. Die englische Politik am Balkan sei in ihren Mitteln nicht ganz einwandfrei, doch sei nicht zu befürchten, dass den, für den Frieden so gefährlichen Aspirationen Serbiens und Montenegro's durch England Vorschub geleistet werde. Für die Konferenzidee sei König Eduard keineswegs begeistert und halte sie eigentlich für überflüssig; immerhin sei es aber möglich, dass, wenn Russland und Frankreich auf dem Zustandekommen der Konferenz bestünden, auch England dafür eintreten werde.

Szögyény.

a) Vgl. n. 992, 1002, 1022 Anm. c. — b) Vgl. n. 989 Anm. b.

Tel. nach Bukarest, 17. Feb. 1909 Nr. 31 (chiff. 6 U. p. m.). Siehe n. 1007.

Nr. 1004. Tel. nach Konstantinopel, 17. Feb. 1909 Nr. 54 (chiff. 12 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf das auch Euer Exzellenz vorliegende Telegramm aus Beyrut vom 15. I. M. Obwohl ich überzeugt bin, dass Euer Exzellenz im Hinblick auf die in Kaifa vorgefallenen gewalthätigen Ausschreitungen und Demonstrationen gegen die Monarchie bei der Pforte bereits ernste Vorstellungen erhoben haben, ersuche ich Hochdieselben bei Ihrer ersten Begegnung mit dem neuen Grossvezier diese unerhörten Vorfälle, denen gegenüber die Localbehörden eine vollkommene Passivität beobachtet haben, in eindringlicher Weise zur Sprache zu bringen, hiebei wollen Euer Exzellenz betonen, dass, falls diese empörenden Ausschreitungen nicht geahndet oder sich ähnliche Verletzungen des Völkerrechtes und der bestehenden Verträge wie sie in Saffed und nunmehr in Kaifa vorgekommen seien, in anderen Orten des türkischen Reiches ereignen sollten, die zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei schwebenden Verhandlungen, deren baldigen Abschluss Hilmi Pascha selbst Herrn Kolossa gegenüber als wünschenswerth bezeichnet hat, im hohen Grade gefährdet würden, ja dass uns deren Weiterführung direct unmöglich gemacht werden könnte. Wie ich zu Euer Exzellenz Information beifüge, sehe ich mich bestimmt Hochdieselben diese ernste Sprache aufzutragen, da zu befürchten steht, dass, falls die türkische Regierung es noch weiter bei leeren Versprechungen und halben Massnahmen bewenden lässt, die in Rede stehenden, einen so violenten und feindseligen Charakter tragenden Ausschreitungen auch in grösseren Städten Nachahmung finden, wodurch eine gefährliche Situation geschaffen würde.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 76 Nr. 110. Vgl. n. 974.

*Tel. nach Konstantinopel, 17. Feb. 1909 Nr. 55 (chiffr. 6 U. p. m.).
Siehe n. 1007.*

*Nr. 1005. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. Feb. 1909 Nr. 86 (eing.
18. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.*

Hilmi Pascha hielt heute in der Kammer seine Programmrede. In dem Teile betreffend die äußere Politik sagte der Großvezir, daß die Schwierigkeiten, die zwischen der Türkei und einzelnen Mächten bestehen, am besten Wege seien, definitiv geregelt zu werden. Die Kammer votierte mit großer Mehrheit das Vertrauen. Pallavicini.

Tel. nach London, 17. Feb. 1909 Nr. 20 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1007.

*Nr. 1006. Tel. aus London, 17. Feb. 1909 Nr. 22 (eing. 18. Feb. 9 U.
a. m.).^{a)} Entziff.*

Sir Grey fragte mich heute, ob ich etwas Neues von Serbien gehört habe. Er habe den Eindruck, dass man bei uns etwas ungeduldig werde. Ich erwiderte, dass mir keine neuen Nachrichten vorliegen, dass aber die Provokationen und Rüstungen Serbiens geeignet sind, die Langmut der k. u. k. Regierung und auch der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns auf eine harte Probe zu stellen. Sir E. Grey sprach von den Bemühungen der Mächte — auch Russlands — in Belgrad mässigend einzuwirken. Streng vertraulich. Ich erwähne Vorstehendes, weil mir gestern abends König Eduard sagte, es mache ihm grosse Sorge zu hören, dass Euer Exzellenz beabsichtigen, mit Serbien einen Streit zu beginnen, obwohl alle Mächte sich bemühen, jede krieglerische Komplikation zu verhüten. Ich protestierte energisch, sprach von den unerhörten Provokationen und von der grossen Geduld, welche die k. u. k. Regierung gezeigt habe und noch zeige. Ich habe den Eindruck, dass der König — der recht unwohl ist — irgend einen Bericht gelesen haben muss, der ihn beunruhigte. Im Foreign Office sagte mir Sir E. Grey nur das eingangs Gemeldete, Sir Charles Hardinge gar nichts über Serbien. Ich sagte den beiden Staatsmännern nichts von den Bemerkungen des Königs, da ich, nachdem Seine Majestät nun wieder beginnt, mit mir über Politik zu sprechen, zu meiner früheren Regel zurückkehre, von den Mitteilungen Seiner Majestät im Foreign Office keine Erwähnung zu machen. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 997, 1008, 1014.

Tel. nach Paris, 17. Feb. 1909 Nr. 18 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1007.

Tel. nach Rom, 17. Feb. 1909 Nr. 25 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1007.

*Nr. 1007. Tel. nach St. Petersburg Nr. 28, London Nr. 20, Rom Nr. 25,
Paris Nr. 18, Konstantinopel Nr. 55, Sofia Nr. 28, Belgrad Nr. 22 und
Bukarest Nr. 31, 17. Feb. 1909 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko;
G. Aehrenthal).*

Für alle: Einer mir zugekommenen vertraulichen Information zufolge ist in Berlin ... wie n. 995 von „eine vertrauliche“ bis Schluß ... Der

Inhalt der signalisierten serbischen Instruktion gehört in die Kategorie der zahlreichen von serbischer Seite in Umlauf gebrachten tendenziösen Erfindungen, die den Zweck verfolgen, gegen uns Stimmung zu machen. Euer etc. sind ermächtigt, falls die Sache Ihnen gegenüber

Für Sofia und Belgrad: seitens eines Ihrer Kollegen

Für alle: zur Sprache gebracht würde, die Richtigkeit der obigen serbischen Nachricht auf das Bestimmteste zu dementieren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1009, 1014, 1028, 1041.

Nr. 1008. Tel. aus St. Petersburg, 17. Feb. 1909 Nr. 19 (eing. 18. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Wie mir mitgeteilt wurde, soll Herr Iswolsky sich einem Diplomaten der Balkanstaaten dahin geäußert haben, dass er eine Occupation Serbiens seitens Österreich-Ungarns in allernächster Zeit nicht für ausgeschlossen halte. Russland würde jedoch in keinem Falle aktiv dagegen Stellung nehmen. Weiters erzählte mir mein Gewährsmann, dass Russland zur Verhütung ernster Zwischenfälle zwischen Österreich-Ungarn und Serbien in Belgrad intervenieren und nach erfolgreicher Beendigung der austro-türkischen und turco-bulgarischen Verhandlungen auf Zusammentritt der Konferenz hinwirken wolle, auf welcher russische Diplomatie sich das Recht erwerben will, im Namen aller Balkanstaaten aufzutreten und austro-serbische Differenzen beizulegen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1006, 1014, 1067.

Tel. nach Sofia, 17. Feb. 1909 Nr. 28 (chiff. 6 U. p. m.). Siehe n. 1007.

Nr. 1009. Privatschreiben aus Sofia, 17. Feb. 1909 (eing. 22. Feb.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Wiewohl weder von bulgarischer noch von hiesiger serbischer Seite bisher eine Bestätigung erlangt werden konnte, so hat es doch den Anschein, dass es mit dem Annäherungsversuch Fürst Ferdinand's an Serbien, wie er Euer Excellenz von anderer Seite gemeldet wurde, seine Richtigkeit haben dürfte und dass die allerdings nicht immer ganz verlässlichen Informationsquellen Herrn Paléologue's diesmal sich bewährt haben. Ich werde in dieser Annahme unter Anderem auch durch die auffallende Absichtlichkeit und überflüssige Insistenz bestärkt, mit der mir Fürst Ferdinand seinen Widerwillen und seine Angst vor einem Passiren Serbien's auf dem Wege nach Coburg gerade diesmal kundgeben liess. Am Tage seiner Abreise war nämlich erst Herr Dobrowitch und, da dieser mich nicht angetroffen hatte, einer seiner Secretäre bei mir, um mich zu bitten, veranlassen zu wollen, dass der dem Conventionalzuge angehängte Wagen des Fürsten gleich nach seiner Ankunft in Belgrad durch eine Separatmaschine nach Semlin abgeholt werde, um einen längeren Aufenthalt am Belgrader Bahnhof, wo der Zug fahrplanmässig eine Stunde bleibt, und der dem Fürsten überaus unheimlich sei, zu vermeiden. Tags darauf war Herr Dobrowitch neuerdings bei mir, angeblich um sich zu erkundigen,

ob der Secretär seinen Auftrag richtig ausgeführt habe und benützte die Gelegenheit, um nochmals in offenbar übertriebener Weise das Unbehagen zu schildern, welches dem Fürsten die Reise durch Serbien verursache. Seine Majestät habe ihn auch beauftragt „meine Meinung darüber einzuholen, ob Er diese Reise über Serbien ohne allzu grosse Gefahr riskiren könne“, und dergleichen. Wäre es Ihm wirklich darum zu thun gewesen, meine diesbezügliche Ansicht kennen zu lernen, hätte Er wohl etwas früher danach fragen sollen, denn zu dieser Stunde befand Sich der Fürst bereits jenseits Semlins! Aufgefallen ist mir auch, dass, wie ich feststellen konnte, diesmal die hiesige serbische Agentie von der bevorstehenden Durchreise des Fürsten officiell verständigt worden war, während Seine Königliche Hoheit sonst grösstes Gewicht darauf legte, möglichst unerkannt durch Serbien zu kommen. — All' das zusammen bringt die Vermuthung nahe, dass in der That eine gewisse Annäherung erfolgt zu sein scheint, wenn auch die eigentlich angestrebte Entente vorläufig noch nicht zu Stande gekommen ist. Dass aber Fürst Ferdinand gerade in dem Augenblicke den Anschluss einer Entente mit Serbien versuchte, wo Er gleichzeitig mit uns in Verhandlungen war, welche unter Anderem auch eine Rückendeckung gegen dieses selbe Serbien bezweckten, wirft neuerlich ein grelles Streiflicht auf die absolute Unzuverlässlichkeit dieses Fürsten. Allerdings schwebte Ihm beim Antrage einer Alliance militaire mit Serbien gewiss keinen Augenblick vor, dass diese gegen uns gerichtet sein könnte, sondern dachte Er zweifellos nur an die Türkei, mit welcher gerade in diesem Momente der bulgarischen Teilmobilisirung die Beziehungen besonders gespannt waren. Da mag Sich Fürst Ferdinand gedacht haben, dass eine militärische Allianz mit Serbien, welche doch einen Teil der türkischen Streitkräfte paralysirt hätte, einer blossen Rückendeckung gegen Serbien, wie Er sie durch eine Entente mit uns erlangen konnte, noch vorzuziehen wäre. Immerhin müsste das Vorgehen des Fürsten zum Mindesten als eine grobe Unaufrichtigkeit bezeichnet werden, welches mehr als je geboten erscheinen lässt, Ihm gegenüber nun auch unsererseits die grösste Zurückhaltung zu beobachten. Was nun das Meritum der Sache anbelangt, so glaube ich auch heute noch nicht, dass eine dauernde Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien in absehbarer Zeit möglich ist. Dazu sind die Interessen der beiden Völker allzu widerstreitende. Auch wird stets Macedonien der Zankapfel bleiben, der im gegebenen Moment die beiden Länder doch wieder in Gegensatz bringen wird. Es haben also alle Annäherungs- und Verbrüderungs-Versuche, welche nach Phasen grimmigsten Hasses immer wieder auftauchen und die ja durchaus nichts Neues sind, meiner Meinung nach keine tiefere Bedeutung und werden selbst auch etwa formell abgeschlossene Ententen und Verträge doch von keinem Bestande sein. Trotzdem schiene es mir doch in unserem Interesse zu liegen, eine sich etwa bietende Gelegenheit, einer Annäherung der beiden slavischen Balkanstaaten entgegenzuwirken, jederzeit zu benützen. In dieser Erwägung möchte ich Euer Excellenz ergebenst um eine Weisung bitten, ob ich nicht ermächtigt werden könnte einzelne auf Bulgarien bezughabende Stellen aus dem mir gütigst zur ausschliesslich persönlichen Kenntnissnahme übermittelten höchst interessanten Briefe des

Sectionschef Spalaikovich an den montenegrinischen Brigadier Vukotich,^{b)} selbstverständlich ohne Angabe der Quelle, dem Fürsten durch Herrn Dobrowitch zu stecken. Die Stelle, wo es heisst: „Wir schüren die Boykottbewegung ohne Rücksicht auf Yildiz und Pforte etc.“ und „von diesem Punkte aus gedenken wir eine ernste Revanche an unseren bulgarischen Brüdern zu initiiren, wenn auch diesbezüglich die Mitteilung unserer Leute aus Bulgarien jenes ceterum censeo, das mit dem Coburger verbunden ist, vollkommen am Platze erscheint“, wäre mit ihrer unklaren Drohung wie gemacht, um auf den Fürsten eine bedeutende Wirkung zu üben. Auch der Schlusspassus wäre in dieser Beziehung vielleicht wirkungsvoll, in dem es heisst: „Wir bedürften der Türkei für unsere Zwecke wegen Bulgariens. Was weiss den Grey davon, wo uns der Schuh am meisten drückt. Verfluchter Coburger!“ Falls Euer Excellenz es für zulässig halten würden, dass ich die erwähnten Stellen, welche ich als aus einem zufällig in die Hände der k. u. k. Behörden gekommenen Briefe eines activen serbischen Staatsmannes stammend bezeichnen könnte, zusammenstelle und Herrn Dobrowitch vorlese, könnte vielleicht hiedurch das zweifellos immer vorhandene Misstrauen Fürst Ferdinands gegen Serbien wieder in einer Weise angefacht werden, welche Ihn zu neuen Annäherungsversuchen weniger geneigt machen würde.

Thurn.

a) Vgl. n. 599, 770, 962, 1007, 1010, 1012. — b) Dieser Brief liegt nicht vor.

Nr. 1010. *Erlaß nach Bukarest, 18. Feb. 1909 Nr. 604.a) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Seine Majestät König Karl zeigt sich, wie ich aus Euer Durchlaucht letzten Meldungen entnehme, fortdauernd recht preokupiert betreffs der Absichten Bulgariens und der Eventualitäten, die sich daraus ergeben könnten. Nach den uns zugekommenen Nachrichten sind wol, wie ich dies Euer Durchlaucht mitgeteilt habe, keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, um der bulgarischen Regierung kriegerische Velleititäten zuzuschreiben. Bulgarien ist im Herbste vorigen Jahres zur Erklärung seiner Unabhängigkeit geschritten, ohne dies mit außerordentlichen militärischen Maßregeln zu verbinden; vielmehr gab es sofort seine Absicht kund, die Anerkennung der neuen Situation auf dem Wege einer freundschaftlichen Verständigung mit der Türkei zu erreichen. In der That ist man nach einiger Zeit diesbezüglich in Verhandlungen eingetreten, die bekanntlich gegenwärtig noch nicht zum Abschluss gelangt sind. Wenn sich Bulgarien vor kurzem zu einer teilweisen Mobilisierung veranlasst sah, so wurde diese Maßregel nur durch die von türkischer Seite aufgeworfene Frage einer territorialen Modifikation hervorgerufen und sofort rückgängig gemacht, als man die Idee einer Grenzberichtigung in Konstantinopel wieder fallen ließ. Wenn also auch nach dem Vorangehenden nichts zu dem Schlusse berechtigt, dass sich Bulgarien mit aggressiven Plänen trage, so ist immerhin zu bedenken, dass die türkisch-bulgarischen Verhandlungen gegenwärtig unterbrochen sind und dass es noch keineswegs feststeht, ob der letzte russische Vorschlag^{b)} in der nächsten Zeit

eine Lösung der schwebenden Differenzen herbeiführen werde. Hiezu kommt noch der Régimewechsel in Konstantinopel und dessen noch nicht zu überblickende mögliche Rückwirkungen. Unter diesen Umständen kann allerdings die Eventualität eines bulgarisch-türkischen Conflictes, welche den Gegenstand der Sorge Seiner Majestät des Königs bildet, nicht oder wenigstens nicht für alle Folge als ganz ausgeschlossen betrachtet werden. Die Haltung, welche Rumänien im Falle des Eintretens einer solchen Eventualität als seinen Interessen entsprechend beobachten würde, ist bereits bei dem vertraulichen Gedankenaustausch zur Sprache gekommen, welchen wir eben aus Anlass der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung im October vorigen Jahres mit Seiner Majestät dem König und Höchstseiner Regierung gepflogen haben.^{c)} Im Laufe dieser offenerzigen und vertrauensvollen Aussprache ist uns von rumänischer Seite die Versicherung zu Teil geworden, dass Rumänien im Falle eines bulgarisch-türkischen Krieges seine Entschlüsse im Einvernehmen mit der Monarchie fassen werde und wir haben keinen Grund anzunehmen, dass hierin eine Änderung eingetreten sei. Gelegentlich der damaligen vertraulichen Aussprache — wie übrigens auch schon bei früheren Anlässen — haben wir der Ansicht Ausdruck gegeben, dass die Herstellung eines aufrichtigen und freundschaftlichen Verhältnisses zu dem südlichen Nachbar im Interesse Rumäniens gelegen wäre. Würde sich Rumänien der nationalen Entwicklung Bulgariens feindlich entgegenstellen, so wäre nur zu sehr zu besorgen, dass Letzteres seine Rückendeckung in einem engen Anschluss an das slavische Russland suchen würde, wodurch Rumänien, zwischen den beiden Staaten gelegen, in eine gewiss nicht erwünschte Situation käme. In erfreulicher Übereinstimmung mit dieser unserer Auffassung steht es, dass König Karl, wie er Euer Durchlaucht seiner Zeit mittheilte, unmittelbar nach der Proklamation von Tirnowo seine Glückwünsche im Geleite der freundschaftlichsten Versicherungen nach Sofia gelangen ließ und sich Euer Durchlaucht gegenüber damals dahin aussprach, dass Rumänien auch im Falle eines bulgarisch-türkischen Krieges ruhig abwarten und zusehen würde. Wie ich den letzten Meldungen Euer Durchlaucht, speziell dem Telegramm vom 8. d. M., No. 31 entnehme, denkt Seine Majestät der König für den Fall des Ausbruches eines solchen Conflictes auch gegenwärtig zunächst an eine freundschaftliche Aussprache mit Bulgarien und erst in zweiter Linie an eine militärische Demonstration. Nach unserer oben dargelegten Auffassung, welche sich mit jener des Königs zu begegnen schien, würde eine freundschaftliche Auseinandersetzung und ein Akkord mit Bulgarien den Interessen Rumäniens am besten entsprechen. Bei den innigen Beziehungen, welche uns mit Rumänien verbinden, darf es wol als selbstverständlich bezeichnet werden, dass wir uns gerne bereit finden würden, gegebenen Falles, wenn dies in Bukarest genehm wäre, eine solche Verständigung dem Kräften zu fördern. Ich hatte übrigens Gelegenheit, mich persönlich dem Fürsten Ferdinand gegenüber — speziell während seines Wiener Aufenthaltes im Frühjahr 1908,^{d)} bei welchem Anlasse Seine königliche Hoheit die allgemeine politische Situation zur Sprache brachte — dahin auszusprechen, dass Bulgarien nach meinem Dafürhalten den grössten

Wert auf die Herstellung eines guten Verhältnisses zu Rumänien legen und bestrebt sein müsse, sich dasselbe dauernd zu sichern; was Oesterreich-Ungarn betreffe, so könne es aufrichtig freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur auf das Wärmste begrüßen. Euer Durchlaucht wollen sich im Sinne der voranstehenden Darlegungen bei nächster Gelegenheit Seiner Majestät dem Könige gegenüber aussprechen; ich stelle es Ihnen anheim, diese Bemerkungen auch bei Herrn Bratiano zu verwerten.

a) Vgl. n. 1009, 1022 Anm. h, 1040. — b) Vgl. n. 985. — c) Vgl. n. 184. — d) n. 1.

Nr. 1011. Tel. an den Generalkonsul in Skutari, 18. Feb. 1909 Nr. 5 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

Geheim. Mit Bezug auf das Euer Hochwohlgeboren von Generalkonsul Oppenheimer im Auftrage Freiherrn von Macchio mitgeteilte Projekt der Waffendeponierung bei Castelnuevo. Euer Hochwohlgeboren sind ermächtigt Anfragen des Generals der Infanterie von Varešanin über die Waffeneinfuhr in Albanien zu beantworten und sich eventuell diesbezüglich mit ihm in streng vertrauliches Einvernehmen zu setzen. Doch wird Euer Hochwohlgeboren ausdrücklich zur Pflicht gemacht, in entscheidenden Phasen dieser Angelegenheit nichts Decisives ohne vorherige telegraphisch einzuholende Ermächtigung des Ministeriums des Äußern zu unternehmen. Die Deponierung der Waffen kann erst nach Eintritt des Kriegsfalles erfolgen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 944, 1439.

Nr. 1012. Bericht des k. u. k. Militärattachés in Sofia an den Chef des Generalstabs o. D. (eing. mit Bericht aus Sofia, 18. Feb. 1909 Nr. 18).^{a)} Abschrift.

Geheim. Ich habe heute den diesjährigen Schematismus für das k. und k. Heer dem Kriegsminister überreicht, welcher mich ersuchte, der k. und k. Heeresleitung seinen wärmsten Dank für diese Aufmerksamkeit auszusprechen. General Nikolajew knüpfte ein längeres Gespräch daran und leitete dasselbe mit der Bemerkung ein, die Verhältnisse hätten sich seit unserer letzten Unterredung leider wesentlich verschoben und er sei nicht in der Lage, mir bezüglich seiner damals ausgesprochenen Idee einer Militär-Convention mit Oesterreich-Ungarn Neues zu sagen, da ihn der König seither zwar schon dreimal zum Vortrag befohlen, aber wegen der wieder aufgetretenen Gichtschmerzen kein einzigesmal empfangen habe. Er kenne daher die Ansicht des Herrschers nicht, halte an seiner Idee eines Zusammengehens mit der Monarchie trotz aller russischen Vorschläge fest, müsse aber zugestehen, dass sich eben mit Rücksicht auf dieselben jetzt mit der Regierung nichts werde machen lassen. Das Kabinett Malinow sei, obwohl mit Ausnahme Paprikow's gar nicht russophil, so kurzsichtig, dass es den gebotenen Rettungsanker ergriffen habe, ohne die Folgen zu bedenken. Der General ist auf das russische Finanzprojekt sehr schlecht zu sprechen. Er sieht auf Grund seiner langjährigen Erfahrung voraus,

dass Russland die pekuniäre Abhängigkeit des Fürstentums rücksichtslos ausnützen und dabei insbesondere seine schon vor Jahren beobachtete Methode anwenden werde, welche im Stunden der Jahresraten bestehe, um die aufgelaufenen Summen dann bei passender Gelegenheit, das heisst im für Bulgarien unangenehmsten Momente, auf einmal einzufordern. Da im Fürstentume Missjahre nicht selten, Geldknappheit aber Regel sei, werde es den Russen leicht sein, die bulgarische Regierung zum Aufschieben der Zahlungen zu bewegen — und damit sei man ganz in die Hände der angeblichen Freunde gegeben. Das Projekt sei übrigens nicht von der russischen Diplomatie ersonnen, sondern stamme von den Zankowisten (Danew und Konsorten; extrem-russophil), die dadurch wieder an's Ruder zu gelangen hoffen. Dies wäre aber nicht nur für das Land ein Unglück, sondern auch für den König, der von den gehorsamen Dienern Russland's über dessen Verlangen sofort geopfert werden würde. Und der König sei jetzt recht schlecht angeschrieben; so schlecht, dass Russland sicherlich bald nach dem Regierungsantritt der Russophilen gegen ihn aktiv werden würde. Auf meinen Einwurf, ob denn dem Herrscher diese Umstände unbekannt seien, erwiderte der Kriegsminister, sein Herr wisse das genau, wolle aber immer alle Gegensätze aplaniren und durch Laviren ausweichen, sei also zu entschiedenem Wendungen nicht zu haben. Aus den weiteren Ausführungen des Ministers über die bulgarisch-türkische Entschädigungsfrage war zu entnehmen, dass sich bei ihm der Gedanke an eine Lösung mit österreichisch-deutscher Hilfe unverrückbar festgesetzt hat. Er glaubt, dass es dem Einflusse dieser beiden Mächte gelingen müsste, die Türkei zur Annahme des ursprünglichen bulgarischen Vorschlages, also auch zur Abweisung des russischen zu bringen, und dass dann die Bezahlung durch eine in Oesterreich-Deutschland aufzunehmende Anleihe erfolgen könnte. Seiner Meinung nach hätte das gegenwärtige Kabinett eine bezügliche Proposition ebenso freudig ergriffen, wenn sie von unserer Seite gekommen wäre, wie jene, die von Russland gemacht worden ist. Schliesslich sei es noch immer nicht zu spät, denn weder die Türkei noch Bulgarien hätten mit den Russen bisher Definitives abgemacht. Ueberhaupt sei die Finalisierung der bulgarisch-türkischen Differenzen durch den Ministerwechsel in Constantinopel wieder in Frage gestellt. Die bei dieser Gelegenheit enthüllten aggressiven Absichten einzelner türkischer Minister gegen Bulgarien seien recht beunruhigend. Als ich hierauf das Gespräch auf das jede friedliche Beilegung der Differenzen auf dem Balkan erschwerende Verhalten Serbien's lenkte, gab General Nikolajew offen zu, dass für den Fall eines oesterreichisch-serbischen Krieges eine aktive Teilnahme Bulgarien's unter den derzeitigen Verhältnissen wol ziemlich auszuschliessen sei. Mit Serbien werde es gegen uns keinesfalls gehen, gegen Serbien mit uns aber ebensowenig; immer vorausgesetzt, dass der russische Finanzplan realisiert wird und die demokratische Partei am Ruder bleibt. Selbst eine in Aussicht gestellte Gebietserweiterung würde daran nichts ändern, da mit der Annahme der russischen Geldhilfe die Bedingung freundschaftlicher Beziehungen zu Serbien verknüpft wäre. Auf meine Bemerkung, dass nach Zeitungsnachrichten, letztere scheinbar schon angebahnt seien,

gab der Kriegsminister diese Möglichkeit mit dem Beifügen zu, er habe zwar von bezüglichen Schritten keine Kenntniss, wisse aber, dass die Russen schon früher und anlässlich ihres Antrages neuerdings ein freundschaftliches Verhalten gegen Serbien gefordert hätten. So sicher er auch sei, dass das Kabinett Malinow dem Verlangen Russlands in dieser Richtung nicht allzu intensiv nachkommen werde, so wenig könne er das von einer eventuellen künftigen zankowistischen oder überhaupt der Majorität nach russophilen Regierung behaupten. Eine solche wäre imstande selbst bis zu einem Bündniss mit Serbien zu gehen, wenn es der Wille Russlands erheischen sollte. Die Demokraten hingegen würden vor einem Kriege zwischen Serbien und Bulgarien allein nicht zurückscheuen, wenn ihn die Gefährdung wichtiger Interessen — etwa in Macedonien — erfordern sollte. Zum Schlusse kehrte General Nikolajew wieder zu seinem Lieblingsthema, der Schädlichkeit des russischen Einflusses, zurück, und beklagte sich über die von der hiesigen russischen Agenzie gegen ihn in Scene gesetzte Kampagne, über die ich sub Res. No. 32^b) abgesondert berichte. So wertvoll die aus vorstehenden Aeusserungen wieder klar hervortretenden sympathischen Gesinnungen des Kriegsministers gegen die Monarchie an sich auch sind, glaube ich ihnen gegenwärtig keinen praktischen Wert beimessen zu dürfen, da sein Einfluss beim Fürsten offenbar schwächer ist, als dessen Furcht vor Russland. General Nikolajew wird — solange er noch im Amte ist — der Ausbreitung des Russicismus in der Armee entgegenwirken, ein eventuelles Abschwenken seines Herrn nach der russischen Seite und die damit verbundene Annäherung an Serbien aber nicht verhindern. Ist dies einmal vollzogen, dann ist der Rücktritt des Kriegsministers unausbleiblich. Das Wichtigste der vorgemeldeten Unterredung scheint mir die von General Nikolajeff ausgesprochene Meinung, die Monarchie habe heute für den Fall eines Krieges gegen Serbien auf eine Teilnahme Bulgariens nicht zu zählen — denn diese Ansicht wird zweifellos von der ganzen Regierung geteilt.

Hranilović.

a) Dieser Bericht aus Sofia Nr. 18 wurde, weil inhaltlich nicht über den vorliegenden hinausgehend, nicht abgedruckt. Vgl. n. 1009, 1013, 1019, 1577, 1743.
— b) Liegt nicht vor.

Nr. 1013. Tel. nach Berlin, 19. Feb. 1909 Nr. 27 (chiffr. 11 U. p. m.). a)
Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Nach offiziell noch nicht bestätigten Nachrichten aus Sofia hätte Russland, England und Frankreich die Unabhängigkeit Bulgariens anerkannt. Ein solcher Schritt der drei Mächte stünde im Einklang mit der vertraulichen Information, auf welche ich in meinem Telegramme vom 14. d. M., Nr. 24, hingewiesen habe. Was unsere Haltung anbelangt, so habe ich stets den Standpunkt eingenommen, daß wir zur Anerkennung der neuen Rechtslage in Bulgarien schreiten würden, sobald zwischen Konstantinopel und Sofia eine Einigung in dieser Frage zustande gekommen sein würde. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch heute und gedenke, sobald ich von dem Abschlusse eines diesbezüglichen bulgarisch-türkischen Accords offiziell benachrichtigt werde, unter Hinweis auf meine seinerzeitigen Erklärungen in den

Delegationen auch unsererseits die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens auszusprechen. Hiedurch würde jedoch in keiner Weise mein fester Entschluß berührt, die Interessen der Orientbahngesellschaft sowohl Bulgarien als der Türkei gegenüber nach wie vor mit allem Nachdruck wahrzunehmen und hierin, so wie bisher, solidarisch mit dem Berliner Kabinet vorzugehen. Im vorstehenden Sinne wollen sich Euer Exzellenz dem Herrn Reichskanzler oder Freiherrn von Schoen gegenüber möglichst umgehend aussprechen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1012.

Nr. 1014. Bericht aus London, 19. Feb. 1909 Nr. 17 C (eing. 22. Feb.).^a Ausfert.

Streng vertraulich. ... *wie n. 1006* ... Als ich Sir Edward Grey verliess, hielt ich mich noch bei seinem Privatsecretär Mr. Tyrrell auf. Dieser machte die Bemerkung, dass Euer Excellenz in Hochdero Reden und auch in den Gesprächen mit den Botschaftern in Wien Geneigtheit gezeigt hätten, Serbien auf oekonomischem Gebiete entgegenzukommen. Er meinte nun, dass, wenn Euer Excellenz sich darüber vernehmen lassen wollten, welcher Art von wirtschaftlichen Begünstigungen Serbien gewährt werden sollen, es vielleicht gelingen könnte, die aufgeregten Gemüther in Belgrad zu beruhigen. (Dieselbe Argumentation hörte ich von dem russischen Geschäftsträger Herrn Poklewski, der soeben bei mir war und von den heute hier circulierenden, sehr alarmirenden Nachrichten sprach: „Si vous disiez le maximum de ce que vous êtes préparés à faire pour la Serbie, on pourrait peser sur les Serbes et ce seraient eux alors, qui se mettraient dans leur tort en ne pas acceptant. Mais si vous leur adressez maintenant des menaces, nous aurons une explosion terrible de l'opinion publique en Russie.“) Das hohe Telegramm vom 17., No. 20, erhielt ich in der Nacht von vorgestern auf gestern. — Nachdem ich Mr. Tyrrell gestern Nachmittag wieder sah, glaubte ich insoferne davon Gebrauch machen zu sollen, als ich ihm ganz vertraulich sagte, ich hörte, die serbische Regierung versuche es, die Nachricht von weitgehenden Abmachungen zu verbreiten, die zwischen dem Wiener Hofe und Fürst Ferdinand abgeschlossen worden wären. Ich ersuchte ihn, Sir Edward Grey, unter Bezugnahme auf unser vorgestriges Gespräch, darauf aufmerksam zu machen, dass eine derartige Nachricht in die Kategorie der Erfindungen gehöre. Ich betonte, dass ich hiemit keinerlei Demarche mache und auch keine Instruktion hiezu erhalten hätte, aber nur den Staatssecretär vor derartigen unrichtigen Ausstreuungen warnen möchte. Mr. Tyrrell versprach mir, seinem Chef meine Mittheilung als ganz vertraulich und persönlich zu bestellen, sagte mir aber, bisher sei dem Foreign Office, so viel er wisse, nichts Derartiges zugekommen. Ich möchte mir noch erlauben, beizufügen, dass der Prince of Wales mir neulich auch von Serbien sprach, indem Seine königliche Hoheit meinte, es schiene ihm unendlich schwierig für uns, Serbien und Montenegro zur Ruhe zu bringen, denn „Russland wird euch nie erlauben in Belgrad einzumarschiren.“ Ich antwortete, dass davon zunächst nicht die Rede sei. Wir hofften Serbien

auch auf friedlichem Wege zur Raison zu bringen, jedenfalls hätte man aber bei uns keinerlei Neigung serbisches Territorium zu annectiren. Ich führte aus, wie ungerechtfertigt die serbischen Prätionen seien, nachdem ja durch die Ereignisse der letzten Monate weder Serbien noch Montenegro geschädigt worden wären. Der Prinz gab dies bis zu einem gewissen Grade zu, bemerkte aber „Wenn einmal eine Veränderung der bestehenden Verträge eintritt, glaubt eben jeder, dass er auch einen Anspruch hat, etwas zu erlangen.“ Heute ist London voll von alarmirenden Gerüchten, die theilweise aus Petersburg, theilweise aus Paris kommen. — Auf der Börse ist seit 11 Uhr Vormittag eine allgemeine baisse eingetreten, in Folge eines dort aufgeschlagenen Telegrammes, dass die k. u. k. Regierung ein Ultimatum an Serbien gerichtet hätte, innerhalb des Zeitraumes von 7 Tagen abzurüsten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1008, 1017, 1054.

Nr. 1015. Bericht aus London, 19. Feb. 1909 Nr. 17 E (eing. 22. Feb.).a)
Ausfert.

Ich hatte vor wenigen Tagen nach längerer Zeit wieder eine Unterredung mit einem der rührigsten und jüngsten Mitglieder des Cabinets, Mr. Winston Churchill. Derselbe ist über den Berliner Besuch der Majestäten höchst erfreut und hält die allgemeine Situation in Europa überhaupt für günstiger, weil er hofft und glaubt, dass die Grossmächte beginnen, sich besser zu verstehen und weniger gegenseitiges Misstrauen zu hegen. Unsere Einigung mit der Türkei begrüsst er als ein höchst erfreuliches Ereigniss. Daran anknüpfend, discutirten wir die Lage überhaupt und auf einige meiner Bemerkungen über die Haltung der englischen Presse uns gegenüber in den letzten Monaten gab er zu, dass die hiesigen Journalisten vielleicht etwas zu weit gegangen sind, „they perhaps overdid it.“ Von Serbien und Montenegro sprechend, meinte Mr. Churchill, dass hier für Serbien gar keine Sympathie bestehe. Anders verhalte es sich mit Montenegro und er könne nicht leugnen, dass dieses kriegerrische Gebirgsvolk auf ihn persönlich und auf die meisten seiner Landsleute eine gewisse Attraction ausübe. Ich glaube das umso mehr erwähnen zu sollen, als ein anderes Cabinetsmitglied, Lord Crewe, der vor kurzer Zeit bei mir dinirte, nach Tisch sich dem Botschaftsrath Grafen Széchenyi gegenüber in demselben Sinne ausgedrückt hat. (Auch die Journalisten Mr. Chirol und Mr. Maxwell, welche die Balkanländer kürzlich bereist haben, sprachen mir mit viel mehr Wärme von Montenegro als von Serbien.) Bei diesem Anlasse erlaube ich mir zu melden, dass mir mein deutscher College vor einigen Tagen sagte, er habe bestimmt gehört, dass Fürst Nicolaus von Montenegro, falls er von uns etwas erhielte, das ihn und sein Land zufriedenstellen könnte, ganz bereit wäre, Serbien und die Freundschaft mit dem Bruderlande sofort über Bord zu werfen. Auf meine Frage, ob man auch hier an maßgebender Stelle dies wisse, antwortete Graf Metternich, er glaube sicher annehmen zu können, dass diese aus sehr guter Quelle stammende Nachricht auch hier bekannt sei. Im Verlaufe meines weiteren Gespräches mit Mr. Churchill machte der Präsident des Board of Trade einige Bemerkungen, denen ich entnehme, dass auch er

von der jetzt hier modernen Russomanie ergriffen ist. Er erklärte mir nämlich, er habe einen festen Glauben an die zukünftige Größe Russlands. Es sei mit seinen „unlimited resources“ und der Zahl seiner Bevölkerung das Land der Zukunft. Als ich die Meinung aussprach, die russische Rasse habe nicht den Unternehmungsgeist und die Arbeitskraft der Anglosachsen und Germanen, bemerkte er, fremdes Capital und fremde Unternehmer würden nach Russland ziehen und es würde in den nächsten 50 Jahren einen Aufschwung nehmen, wie Amerika in dem abgelaufenen halben Jahrhundert. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1022 Anm. e.

*Nr. 1016. Privatschreiben aus London, 19. Feb. 1909 (eing. 22. Feb.).^{a)}
Ausfert.*

Der Militaerattaché Prinz Friedrich Liechtenstein hat mir die beiliegende Abschrift eines Berichtes an den Chef des Generalstabes über eine Unterredung der Prinzessin mit dem Marquis de Soveral^{b)} übergeben. Ich erlaube mir diesen Bericht Euer Excellenz zu unterbreiten, weil darin die persönliche Stimmung König Eduards unserem Allerhöchsten Herrn gegenüber berührt wird; Soveral gehört, wie Euer Excellenz bekannt, zu den aller Intimsten des königlichen Hofes. Ich habe Soveral, mit dem ich eng befreundet bin, gestern gesprochen und das Thema seiner Conversation mit Prinzessin Liechtenstein berührt. Er sagte mir, König Eduard habe bei jeder Gelegenheit seine unbegrenzte Anhänglichkeit und Verehrung für Seine k. und k. Apostolische Majestät zum Ausdruck gebracht. Soveral habe von Freunden in Österreich-Ungarn allerhand Klatsch über angebliche Verstimmungen während und nach der Ischler Entrevue^{a)} gehört. Er sei überzeugt, dass nichts König Eduard mehr kränken und betrüben könnte, als das Gefühl, dass unser Allergnädigster Herr gegen Ihn ernstlich verstimmt sei. Auf meine directe Frage, ob der König ihm etwas darüber gesagt habe, antwortete mir Soveral verneinend, ja er wisse nicht einmal, ob der König von der angeblich gegen Ihn bestehenden Verstimmung Seiner k. und k. Apostolischen Majestät unterrichtet sei. Was er aber ganz sicher bestätigen könne sei, dass durch alle Ereignisse und Controversen der letzten Monate die Gefühle persönlicher Anhänglichkeit des Königs für unseren Allergnädigsten Herrn unvermindert geblieben sind. Mensdorff.

a) Vgl. n. 681, 1055. — b) Portugiesischer Gesandter in London.

Beilage zu n. 1016. Bericht des Militärattachés in London Prinzen Friedrich Liechtenstein an den Chef des Generalstabes ohne Datum und Nr. Abschrift.

Ich sehe aus Telegrammen in Wiener Zeitungen, dass Seine Majestät König Eduard während seines Berliner Aufenthaltes mit dem k. u. k. Botschafter in Berlin in besonders freundlicher Weise gesprochen hat und dass hier daraus gefolgert werde, dass die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und England eines der Resultate der Reise Seiner Majestät sein dürfte. In ähnlichem Sinne äussert sich die hiesige „Daily News“. Im Zusammenhange mit den erwähnten Zeitungsnach-

richten erlaube ich mir nachstehend ein Gespräch in Kürze wiederzugeben, welches meine Frau dieser Tage bei einem Diner mit dem hiesigen Portugiesischen Gesandten, Marquis Soveral, hatte und über welches ich Euerer Excellenz nicht berichtet haben würde, wenn es nicht gewissermassen eine Bestätigung des Vorhandenseins hier bestehender Wünsche nach Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zu Österreich wäre und wenn nicht Marquis Soveral, der das königliche Vertrauen in höherem Grade genießt, als irgendein anderer Diplomat in London seine Äusserungen mit dem offenkundigen Zwecke gemacht hätte, dass dieselben nach Wien weitergeleitet werden. Marquis Soveral sprach von der persönlichen Verstimmung, welche Seine Majestät, Unser Allergnädigster Herr angeblich gegen den König hege, und welche den Letzteren umsomehr kränke und betrübe, weil Er Sich dieselbe gar nicht erklären könne. Soveral habe den König unmittelbar nach Ischl in Marienbad gesehen und Höchstderselbe sei sehr befriedigt über den Verlauf Seines Besuches bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät gewesen, welche nicht durch den geringsten Misston gestört worden sei. Soveral habe zwar durch Privatbriefe aus Österreich von angeblichen Vorfällen in Ischl gehört, welche den Anlass zu der Misstimmung gebildet haben sollen, er halte aber diese Gerüchte für grundlos, weil sonst der König gewiss nicht in dem obenerwähnten Sinne gesprochen haben würde. Auch das Foreign Office zerbreche sich den Kopf, was der Grund für die persönliche Verstimmung Seiner Majestät des Kaisers sei, und wie das persönliche Verhältnis zwischen beiden Monarchen wieder gebessert werden könnte. Soveral könne sein Ehrenwort geben, dass dem Könige alles daran gelegen wäre, das frühere freundschaftliche Verhältnis mit Seiner Majestät, Unserem Allergnädigsten Herrn, welchen Er so hoch verehere, wiederhergestellt zu wissen. König Eduard habe, wie Soveral ganz sicher wisse, niemals die leiseste Absicht gehabt, Seine Majestät den Kaiser persönlich zu kränken. Ohne dass Marquis Soveral diess ausdrücklich erwähnte, dürfte er damit die Abberufung Sir E. Goschens gemeint haben, welche bei uns vornehmlich als Grund der Allerhöchsten Verstimmung bezeichnet zu werden scheint. Dem König sei persönlich die ganze Annexionsangelegenheit gleichgültig und es handle sich hier nur um die Trübung des persönlichen Verhältnisses zwischen beiden Monarchen und nicht um jenes, das vornehmlich durch die Sprache der beiderseitigen Pressen hervorgerufen worden sei. Marquis Soveral hielte es für ganz besonders wichtig, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät von dieser Stimmung des Königs orientiert werde, und meinte, auf diese Weise könnten alle Misverständnisse in kürzester Zeit beseitigt werden. Wie schon erwähnt, glaube ich, Euerer Excellenz die vorstehenden Äusserungen Marquis Soverals berichten zu sollen, weil sie eine endlich hier beginnende Einsicht zu zeigen scheinen, dass man in der Bethätigung der Animosität gegen die Monarchie zu weit gegangen sei und dass speziell Seine Majestät der König, welcher natürlich fühlt, dass Er Sich die persönliche Verstimmung Seiner Majestät des Kaisers, wenn eine solche thatsächlich besteht, durch Seine eigene Identifizierung mit der Politik Seiner Regierung, verdienter Weise zugezogen hat, ernstlich die Erneuerung alter freundschaftlicher Beziehungen zur Monarchie wünschen würde.

*Nr. 1017. Tel. aus Paris, 19. Feb. 1909 Nr. 8 (eing. 20. Feb. 5 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Erfahre soeben, dass Herr Pichon den Fürsten Radolin zu sich bat und ihm nachstehende Mitteilung gemacht hat. Englischer und französischer Botschafter werden morgen in Berlin eine Démarche machen, um eine sofortige Einwirkung auf uns zu erzielen. Aus Wien und Petersburg seien höchst beunruhigende Nachrichten hier eingetroffen. Russland wolle Bulgariens Unabhängigkeit einseitig anerkennen und Anerkennung für die Annexion verweigern. Man erwarte, dass wir gegen Serbien aktiv auftreten und der Kriegsfall unvermeidlich sei. In Petersburg sei Stimmung sehr aufgeregte und dränge Regierung zur Tat gegen uns. Man fasst Lage sehr tragisch auf und auch Börse ist in Aufregung. Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 1014, 1020, 1028.

Nr. 1018. Eigenhändiges Privatschreiben nach St. Petersburg, 19. Feb. 1909.^{a)} Abschrift.

Deinen Brief und die Expedition vom 15./2. d. M. habe ich erhalten und den Inhalt beider, wie immer, mit lebhaftem Interesse zur Kenntnis genommen. Wie ich erwartet, war die Taktik, die Du, nach Deiner Rückkehr, Iswolsky gegenüber eingeschlagen hast, die richtige. Es empfiehlt sich daher, in derselben Verhaltenslinie zu bleiben. Ich erfahre soeben, daß Erzherzog Friedrich zum Begräbnis des guten Großfürsten Wladimir sich begibt. Dessen plötzlicher Tod geht mir nahe; mit ihm verschwindet wieder ein Stück des alten Petersburg! Ich hoffe, daß ich Gelegenheit haben werde, den Erzherzog vor der Abreise zu sprechen. Natürlich ist seine Mission eine unpolitische, aber in der jetzigen Zeit ist es doch nicht ausgeschlossen, daß der Kaiser den Erzherzog befragt, über unsere Absichten Serbien betreffend. Ich werde Seine k. u. k. Hoheit ersuchen, in diesem Falle sich auf die Bemerkung zu beschränken, daß die Monarchie, welche bisher die Frechheiten des kleinen Landes mit größter Langmut behandelt hat, augenblicklich kein Interesse und keinen Grund hat, aus dieser Reserve hervorzutreten. Natürlich würden wir im Falle einer neuerlichen Beschimpfung oder Aggression mit gebührender Energie antworten. Ich bitte, auch Deine Sprache dementsprechend einzurichten. Iswolsky ist jetzt nervöser denn je und scheint mit einem Angriff unsererseits zu rechnen. Für diese Hypothese stellt er, wie ich aus geheimen Nachrichten weiß, eine russische Mobilisierung in Sicht!? Ich glaube, daß Deine Beurteilung (Bericht 7 C) die richtige ist. — Vorderhand bleibt das Ziel meiner Politik: die Finalisierung des Entente-Protokolls mit der Türkei — dies dürfte in den nächsten Tagen geschehen — und was Serbien anbelangt, so wünsche ich nicht, daß vorderhand eine diplomatische Aktion in Fluß kommt. Unseren Interessen würde es sicher mehr entsprechen, den Zeitpunkt einer solchen Diskussion, wenn eine überhaupt notwendig, selbst zu bestimmen. ... *Verhalten der Nowoje Wremja*. ... Aehrenthal.

P. S. Erzherzog Friedrich verließ mich eben. Seine Majestät haben Seiner k. u. k. Hoheit direkte Instruktionen erteilt für den Fall, daß Kaiser

Nikolaus die Beziehungen zu Serbien berühren sollte. Die Allerhöchste Instruktion deckt sich vollkommen mit den von mir eingangs des Briefes erwähnten Erwägungen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1020, 1051, 1052.

Nr. 1019. Tel. aus Sofia, 19. Feb. 1909 Nr. 34 (eing. 5 U. p. m.).^{a)}
Entziff.

Eine soeben erschienene Extraausgabe der offiziellen „Wreme“ bestätigt die Nachricht der Anerkennung des unabhängigen Königreiches Bulgarien durch Rußland, England und Frankreich und spricht die Erwartung aus, daß die übrigen Großmächte bald nachfolgen werden. Gleichzeitig wird angekündigt, daß Fürst Ferdinand gestern zum Leichenbegängnis des Großfürsten Wladimir nach Petersburg abgereist ist, wo er als Souverän mit königlichen Ehren empfangen werden wird. Über den Zusammenhang der Ereignisse, die zu dieser überraschenden Lösung geführt haben, ist hier gegenwärtig nicht das Geringste bekannt. Die Ministerreise hat also doch ihre Überraschung gebracht! Bitte um hochgeneigte telegrafische Instruktionen bezüglich meines Verhaltens.

Thurn.

a) Vgl. n. 1012, 1022 Anm. g, 1029, 1031.

Nr. 1020. Tel. nach Berlin, 20. Feb. 1909 Nr. 28 (chiff. 9 U. a. m.).^{a)}
Konz. (S. und G. Aehrenthal).

Graf Khevenhüller telegraphiert unter dem 19. d. M.: ... wie n. 1017 ... Euer Excellenz wollen sich unverzüglich mit Reichskanzler oder Staatssekretär in Verbindung setzen und das Nachstehende mitteilen. Französischer Botschafter hat gestern bei mir eine Sondierung in obigem Sinne vorgenommen. Ich erwiderte, dass die Zeitungsnachrichten über Ultimatum an Serbien gänzlich unbegründet sind. Für eine Einwirkung sei nicht Wien, sondern Belgrad der passende Ort. Oesterreich-Ungarn habe derzeit keinen Grund, seine eminent friedliche und von aller Welt als ausserordentlich langmütig anerkannte Politik, der gegenüber die serbischen Prätionen und fortgesetzten Rüstungen sonderbar kontrastieren, zu ändern. Ich schloss mit der Bemerkung, dass, wenn man in Paris beunruhigt sei, die französische Regierung die Möglichkeit besitze, die serbische Regierung von dem Wahnwitz ihrer bisherigen Politik zu überzeugen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1018, 1021, 1050, 1126 Anm. b.

Nr. 1021. Erlaß nach Berlin, 20. Feb. 1909 Nr. 663.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 28 teile ich Euer Exzellenz mit, daß der hiesige französische Botschafter die darin erwähnte Sondierung in sehr vorsichtiger und freundschaftlicher Weise vorgenommen hat, indem er den Eindruck hervorzurufen sich bestrebte, als handle er ohne Auftrag. Herr Crozier hat bei dieser Gelegenheit das Gespräch auch auf die zwischen Wien und St. Petersburg bestehende Verstimmung gelenkt

und hiebei angedeutet, daß deren baldige Behebung im allgemeinen Interesse sehr wünschenswert wäre. Indem ich auch meinerseits dem Gespräch den Charakter eines privaten und freundschaftlichen Gedankenaustausches wahrte, habe ich den Anwurf des Herrn Botschafters mit dem Bedeuten abgelenkt, daß ich die in seinen Bemerkungen neuerlich zum Ausdruck kommende freundschaftliche Gesinnung vollauf zu würdigen wisse. Im Hinblick aber auf das Bundesverhältnis Frankreichs zu Rußland schiene es mir indiziert, daß die französische Regierung, wenn sie über die zwischen hier und St. Petersburg bestehende Verstimmung besorgt sein sollte, an letzterem Orte beruhigend und aufklärend wirke, und zwar in dem Sinne, daß uns eine unfreundliche Tendenz oder gar aggressive Velleitäten in irgend einer Richtung völlig ferne lägen. Euer Exzellenz wollen auch Vorstehendes zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen.

a) Vgl. n. 1022, 1023, 1050, 1126 Anm. b.

Nr. 1022. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler Fürsten Bülow, 20. Feb. 1909.^{a)} Konz. (S. Gager; V. u. G. Aehrenthal).

Szögyény hat den Auftrag erhalten, Ihnen meinen wärmsten Dank für den Brief vom 8. Januar auszusprechen. Nichtsdestoweniger drängt es mich, Ihnen heute nochmals zu sagen, wie sehr ich durch den wahrhaft freundschaftlichen Inhalt dieses Schreibens angenehm berührt war und zu welch' großer Befriedigung es mir gereicht, mich mit Ihnen, hochverehrter Freund, in der Beurtheilung der großen und kleinen Sorgen des Augenblicks in Übereinstimmung zu wissen.

Mein heutiges Schreiben will ich damit beginnen, Ihnen meine besten Glückwünsche zu dem Übereinkommen mit Frankreich über Marocco^{b)} sowie über den sehr gelungenen englischen Königsbesuch^{c)} zu übermitteln. Herr von Tschirschky hatte den Auftrag, mich über beides eingehend zu informiren und wird Ihnen wohl inzwischen schon meinen herzlichsten Dank für diese Mittheilungen übermittelt haben, welche nicht nur für Deutschland und seinen Bundesgenossen, sondern auch für ganz Europa von guter Vorbedeutung sind. Ich freue mich über den Accord betreffend Marocco, weil derselbe den Abschluß einer jahrelangen Spannung zwischen Deutschland und Frankreich sowie die Möglichkeit eines ruhigen Neben- und Miteinanderlebens und Wirkens der zwei großen Nationen bedeutet, ohne auf eine Veränderung des politischen Systems Europa's abzielen. Einen weiteren Erfolg Ihrer Politik möchte ich in dem gelungenen Besuche König Eduard's und in der bei diesem Anlasse stattgehabten Aussprache mit Höchstdemselben und mit Hardinge erblicken. Die Herzlichkeit, mit welcher englischerseits das deutsch-französische Übereinkommen aufgenommen worden ist, ist gewiß symptomatisch und bestärkt mich in der Auffassung, die Sie schon in Ihrem Briefe vom 8. Januar andeuteten, daß in der englischen Politik ein Wandel wahrnehmbar sei. Die praktischen Engländer haben eben eingesehen, daß eine Politik gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Unmöglichkeit ist und schicken sich an, mehr mit dem festen Block in Mitteleuropa zu rechnen. Diese bessere Einsicht kann von Deutschlands und

unserem Standpunkte nur mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt werden. Wer mit dieser Wendung unzufrieden sein wird, ist Herr Iswolsky, der immer mehr einsehen lernen wird, daß seine Politik der Intrigue und des persönlichen Hasses keine guten Früchte trägt. In diesem Zusammenhange möchte ich nur im Vorübergehen des, wie es scheint, ziemlich intimen Contactes gedenken, welcher zwischen Petersburg und Rom besteht.

Nach wie vor bleibt die endliche Bereinigung der Differenz mit der Türkei meine Hauptsorge. Ich hoffe, daß der Sturz Kiamil's und die Berufung Hilmi's zum Großvezierat der Finalisirung unseres Abkommens nicht schädlich sein wird, wenigstens hat letzterer sich stets als Anhänger der Politik des Zusammengehens mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland bekannt und auch in diesem Sinne Pallavicini gegenüber in jüngster Zeit Erklärungen abgegeben. Was das bosnische Protokoll^{d)} betrifft, so bestehen nur hinsichtlich des künftigen wirthschaftlichen Regime's der Türkei einige Differenzen. Die Türkei möchte die Gelegenheit des Ententeprotokolles benützen um von uns bindende Erklärungen zu erlangen über die Aufhebung der Capitulationen, über die Anerkennung ihrer zoll- und handelspolitischen Dispositionsfreiheit sowie in Betreff ihres Rechtes, im Falle des Mißlingens von Vertragsverhandlungen nach 2 Jahren einen autonomen Zolltarif auf specifischer Grundlage einzuführen. Wie schon Szögyény Ihnen in meinem Auftrag gesagt haben wird, kann ich diesen Wünschen der Türkei nicht entsprechen, da ich im Interesse aller Mächte und um das bisher in diesen Angelegenheiten bestandene Concert der Großmächte zu erhalten, kein Präjudiz schaffen kann. Die letzten Telegramme Pallavicinis lassen eine weitere Annäherung der beiderseitigen Standpunkte erkennen und die Unterfertigung des Protokolles dürfte binnen Kurzem zu gewärtigen sein.

Die Art und Weise, wie der Großvezierwechsel sich vollzogen hat, spricht neuerdings für die problematischen Zustände im türkischen Reiche, welches sich tatsächlich noch im Zustande der Revolution befindet. Wie immer aber die Dinge in der Türkei sich späterhin auch gestalten mögen, ich hoffe und werde es in dieser Beziehung nicht an gutem Willen fehlen lassen, mein Werk der Verständigung mit der Türkei in der bosnischen Frage nicht nur zu einem gedeihlichen Abschlusse zu führen, sondern auch an dem Bestreben festzuhalten, thunlichst freundschaftliche Beziehungen mit der Türkei zu unterhalten.

Ich halte den Augenblick für gekommen, um Ihnen, sehr verehrter Freund, streng geheim Mittheilung zu machen von den nächsten Absichten unserer Politik speciell was Serbien anlangt. Das Ziel meiner Politik war und ist die Sicherung der Annexion Bosnien's und der Herzegovina. Nachdem ich darüber hinaus keine Pläne weder in Bezug auf territoriale Erwerbungen noch in Bezug auf Inaugurirung einer Prestigepolitik verfolge, so halte ich auch heute an meiner Auffassung fest, daß ein Krieg mit Serbien derzeit kein Objekt hätte. Der militärische Aufwand und die finanziellen Opfer sowie die im Geleite eines wenn auch lokalisirten Krieges unvermeidliche Spannung der Beziehungen zu anderen Mächten stünden nicht im Verhältniss zu dem zu erreichenden Ergebnisse einer solchen kriegerischen

Unternehmung. Die nationalen Leidenschaften in dem unglücklichen Serbien und die schwankende Politik gewisser Mächte in dieser Frage haben aber andererseits immerhin eine Lage geschaffen, welche unsere Politik mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche die Annexion für die vitalen Interessen der Monarchie besitzt, zwingen könnte, wenn es unbedingt notwendig wäre, einen Waffengang mit dem Save-Königreich in's Auge zu fassen.

Die Erregung, welche sich in Serbien wie in Montenegro und nicht minder in den slavisch gesinnten Kreisen Rußlands nach der Proclamirung der Annexion in geräuschvoller Weise bemerkbar gemacht hat, beweist, daß man in diesen Ländern und in diesen Kreisen sich über die Bedeutung des Annexionsaktes keiner Täuschung hingibt. Durch die Schwächung der Türkei und deren Verdrängung gegen Asien ist an unserer Südostgrenze der Prozess der Staatenbildung naturgemäß neuerdings in Fluß gerathen. Wir mußten hiezu Stellung nehmen und dies ist vor 30 Jahren durch die Occupation und jetzt durch die Annexion geschehen. Diese beiden Akte bedeuten die Vernichtung des Traumes eines großserbischen Staates zwischen Donau, Save und Adria. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß ein solcher neuer Faktor, wenn er entstände, seine Directiven vom äußersten Nordosten und Westen erhalten und daher kein Element sein würde, welches sich in den Dienst einer ruhigen mitteleuropäischen Culturentwicklung stellen würde. In einer so entscheidenden Phase der Staatenbildung oder, von unserem Standpunkte aus richtiger gesagt, der „Reichsentwicklung“, muß man wohl, wenn es nicht anders geht, selbst an die Anwendung der ultima ratio im Leben der Völker denken. Ich wiederhole aber, daß ich vorziehen würde, wenn jetzt der Krieg mit Serbien nicht notwendig sein sollte, weil mein Ziel auch ohne Krieg sicherzustellen ist und weil ich eine Schwächung Serbiens durch Bulgarien für eine Eventualität halte, welche, entsprechend vorbereitet, in der Zukunft unschwer zu erreichen sein wird.

Dies vorausgeschickt, möchte ich Ihnen anvertrauen, daß mir die Absicht vorschwebt, im Laufe des Monates März unser auf die Dauer unhaltbares Verhältniß zu Serbien einer Klärung zuzuführen. Ich brauche wohl die Gründe nicht näher darzulegen, welche für die Nothwendigkeit der Herbeiführung einer Klärung sprechen. Nur soviel möchte ich hierüber sagen, daß ich es als sehr bedenklich und als eine Schwächung unserer Position ansehen müßte, wenn wir es Serbien oder den anderen Mächten überlassen würden, diese Klärung in die Hand zu nehmen. Ich beabsichtige die Fertigstellung des Ententeprotokolles mit der Türkei sowie den Ausgang der italienischen Wahlen abzuwarten, dann aber — etwa Mitte März — unseren Gesandten in Belgrad zu beauftragen, an die dortige Regierung behufs Herbeiführung einer Entscheidung heranzutreten. In freundschaftlicher, aber bestimmter Weise will ich der serbischen Regierung erklären, daß ich, wie ich schon vor Monaten in den Delegationen offen ausgeführt habe, eine Stellungnahme Serbiens zur Annexionsfrage mangels eines irgendwie begründeten Rechtstitels nicht acceptiren könne. Diese Frage sei nunmehr infolge der Fertigstellung des Ententeprotokolles zwischen den zwei interessirten Mächten — Oesterreich-Ungarn und der Türkei — auch formell erledigt. Serbien müsse seine bisherigen Präntionen aufgeben und uns

überdies in bestimmtester Form die Versicherung ertheilen, daß es gegen die Monarchie keine aggressiven Absichten hege und daher seine unmotivirten und das Land zu Grunde richtenden Rüstungen sofort einstellen werde. Für diesen Fall wird Graf Forgách ermächtigt sein, der serbischen Regierung als Gegenwerth für die Erklärung Serbiens, mit uns in Frieden und Freundschaft leben zu wollen, die Zusicherung zu ertheilen, daß die Monarchie bereit sei, dem Königreiche den bisherigen Handelsvertrag mit geringen Modificationen und den Anschluß des serbischen Eisenbahnnetzes an das bosnische zwecks Erleichterung der serbischen Transporte an's Meer zu gewähren. Die Verständigung über diese rein wirthschaftlichen Fragen wäre directen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien vorzubehalten. Gleichzeitig mit der Instruction an Graf Forgách beabsichtige ich, die Berliner Signatarmächte von unserer Auffassung und von unserem Schritte in Belgrad in Kenntniß zu setzen, ohne jedoch ein Petit daran zu knüpfen. Ich erwarte selbstverständlich, daß die Mächte sofort mit ihren Bemühungen behufs Anbahnung einer Verständigung einsetzen werden und möchte annehmen, daß, nachdem unser Verlangen nach Aufklärung über die weiteren Absichten Serbiens bei gleichzeitigem Entgegenkommen auf wirthschaftlichem Gebiete nur ein billiges ist, die Rathschläge der Kabinette im Sinne des Einlenkens Serbiens ertheilt werden dürften. Sollte dies in Belgrad nicht den gewünschten Eindruck hervorrufen und dort weder eine zufriedenstellende Erklärung über die ferneren Absichten des Königreiches noch eine solche abgegeben werden, die eine Verzichtleistung Serbiens auf dessen bisherige Ansprüche (territoriale Compensationen oder die Forderung nach einer Autonomie der beiden Provinzen) beinhalten würde, dann wäre allerdings der Moment für die Stellung eines Ultimatus gekommen, welches dann unser Verhältniß in die letzte und entscheidende Phase bringen würde.

Ich beabsichtige mich vorderhand nur an Serbien zu wenden und Montenegro^{e)} nicht zu erwähnen, weil ich bei dieser Vorgangsweise den Fürsten in seiner Disposition bestärken möchte, sich mit Serbien nicht vollkommen zu identificiren. Es sind nämlich Symptome vorhanden, die auf eine Trübung der Beziehungen zwischen Belgrad und Cetinje hindeuten. Ich glaube daher, daß, wenn Serbien durch unsere entgegenkommende Sprache und durch den Rath und die Pression der Mächte zur Umkehr gebracht werden könnte, dann dieselbe Methode gegenüber Montenegro zur Anwendung zu bringen wäre. Vielleicht wird Letzteres ganz überflüssig sein und Fürst Nikolaus den Faden eines directen Gespräches mit Wien wieder anknüpfen. Die im Vorstehenden skizzierte Vorgangsweise entspricht meiner bisherigen Methode, die darin bestand zu versuchen, die durch die Annexion hervorgerufenen Differenzen oder Spannungen durch directe Verhandlungen mit den beteiligten Factoren zum Abschlusse zu bringen. Also nach der Verständigung mit der Türkei eine Klärung des Verhältnisses zu Serbien und sohin wären, da in der Zwischenzeit die türkisch-bulgarischen Beziehungen in eine definitive Phase getreten sein werden, die heikelsten Punkte in dem gegenwärtigen Balkanproblem soweit geordnet, daß die Signatarmächte sich mit den-

selben behufs definitiver Sanctionirung entweder im Wege direkter Verhandlungen, was mir entschieden mehr zusagen würde, oder auf einer Botschafterconferenz befassen könnten.

Es entsteht nun die Frage, wie wird sich Russland zu unserem Schritte in Belgrad verhalten! Die letzten Berichte Berchtold's besagen, daß Kaiser Nikolaus und seine Regierung Alles daran zu setzen bereit sein werden, eine krieglerische Verwickelung zu verhüten. Die Einsicht ist auch heute, namentlich in dortigen militärischen Kreisen, vorherrschend, daß Rußland sich in keine krieglerische Affaire einlassen könne, in welcher es mit den Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu rechnen hätte. Auch die öffentliche Meinung scheint so ziemlich ausnahmslos für die Erhaltung des Friedens gestimmt zu sein, so daß die hie und da wahrnehmbaren krieglerischen Ausbrüche als Blendwerk ohne realen Hintergrund angesehen werden können. Es wird nun darauf ankommen, die Partie mit Serbien so zu spielen, daß unsere militärische Action, wenn wir zu einer solchen gezwungen sein würden, in Russland nicht als eine Aggression aufgefasst werden kann. Ich glaube dies, soweit es überhaupt möglich ist, erreichen zu können, indem ich erst dann eine Entscheidung durch die Waffen herbeiführe, wenn Serbiens Haltung durch die Nichtannahme unserer wie gesagt sehr maßvollen Vorschläge den Charakter offener Feindseligkeit annimmt. Ich glaube, daß im entscheidenden Augenblicke alles darauf ankommen wird, in welcher Weise Deutschland dann in Petersburg seinen Einfluß zur Geltung bringen wird. Ich bin überzeugt, mein sehr verehrter Freund, daß diese Haltung den so loyalen und bündigen Erklärungen ganz conform sein wird, welche Seine Majestät, Ihr Allerhöchster Herr, mein gnädigster mächtiger Gönner, und in Ausführung dieser Willensmeinung auch Sie und General von Moltke^{f)} abgegeben haben. Eine diesbezügliche Eröffnung im richtigen psychologischen Momente dürfte wohl genügen, die Ertheilung solcher Rathschläge von Petersburg nach Belgrad zu bewirken, daß ein Kampf zwischen uns und Serbien überflüssig werden wird.

Ich möchte noch einige Worte über Bulgarien vorbringen. Wie Sie wissen, haben unsere geheimen Verhandlungen mit dem Koburger und seinen Ministern unter ganz günstigen Auspicien begonnen. Sowohl der Czar-Fürst Ferdinand als auch seine politischen und militärischen Rathgeber haben den Parallelismus der Interessen des Landes mit der Monachier anerkannt und sich geneigt gezeigt, ein Übereinkommen mit uns abzuschließen. Dem Kriegsminister Nikolajew schwebte der Gedanke des Abschlusses einer Militärconvention vor. In diese Verhandlungen fiel störend die russische Initiative wegen Regelung der türkisch-bulgarischen Differenz. Seither ist bulgarischerseits auf den Gedanken nicht zurückgegriffen worden und Thurn hat die Weisung, sich zuwartend zu verhalten.^{g)} In dieser Phase hat sich der Character des Fürsten und der bulgarischen Politiker in sehr prägnanter Weise geoffenbart. Ich baue aber auch weiterhin auf den realpolitischen Sinn der Bulgaren und werde keine Gelegenheit versäumen, um die mit Bulgarien angeknüpften Beziehungen enger zu gestalten. In Übereinstimmung mit Ihrer Auffassung setze ich meine Bemühungen fort, König Karol von Rumänien in seinen Dispositionen für eine freundschaftliche Aussprache mit Bulgarien zu

erhalten. Ich thue dies nur im Allgemeinen, ohne jedoch in concreter Weise auf die geheimen Pourparlers mit Bulgarien Bezug zu nehmen.^{h)}

Zu ganz besonderem Danke bin ich Ihnen für die Mittheilung Ihrer Ansicht über Italiens wahrscheinliche Haltung in der nächsten Zukunft verpflichtet. Es ist für mich von hohem Werthe und gereicht mir zur großen Beruhigung, die Anschauung geäußert zu sehen, daß ein Angriff Italiens auf Oesterreich-Ungarn, wenn letzteres durch die aggressive Politik seiner kleinen serbischen Nachbarn zu einer militärischen Action gezwungen werden sollte, ausgeschlossen ist. Freund Tittoni ist ein Opfer seiner schwankenden Politik.ⁱ⁾ Mir wird es sehr leid thun, wenn er nach den Wahlen zurücktritt, aber in den letzten Monaten war er wirklich nicht sehr geschickt und auch nicht zuverlässig, denn er hat mehr nach Petersburg gehört als nach Berlin und Wien.

Nun habe ich Ihnen gegenüber, mein sehr verehrter Fürst, mein politisches Herz ausgeschüttet in dem angenehmen, sicheren Bewußtsein, Übereinstimmung mit meinen Gedanken zu finden. Die volle Harmonie zwischen Berlin und Wien wird, ich bin davon durchdrungen, bis zum Ende vorhalten und dank dieser Harmonie wird binnen Kurzem eine Zeit der Sorge und Spannung überwunden sein, und zwar zu Gunsten des mitteleuropäischen Friedensbundes, welcher vor 30 Jahren von unseren Vorgängern geschaffen und von uns in ernster Zeit erhalten und womöglich noch inniger gestaltet worden ist. In diesem Bewußtsein blicke ich mit voller Zuversicht in die Zukunft.

a) Mit Privatschreiben vom 20. Feb. 1909 dem Botschafter in Berlin zur Übermittlung an den deutschen Reichskanzler übermittelt. Vgl. n. 1021, 1023, 1043, 1833. — b) Vgl. n. 977, 1025. — c) Vgl. n. 1003. — d) Vgl. n. 994. — e) Vgl. n. 1015. — f) Vgl. n. 920, 1987. — g) Vgl. n. 1019. — h) Vgl. n. 1010. — i) Vgl. n. 1000, 1049.

Nr. 1023. Tel. aus Berlin, 20. Feb. 1909 Nr. 46 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)}
Entziff.

Noch vor Erhalt Euer Exzellenz Telegramm Nro. 28 von heute hatte ich Gelegenheit, Staatssekretär aufzusuchen. Freiherr von Schoen sagte mir, es sei gestern abends vom Fürsten Radolin ein Telegramm eingetroffen, laut welchem englische, französische und italienische Regierung Demarche in Wien beabsichtigen, um in freundschaftlicher Weise Vorstellungen zu machen, dass wir gegen Serbien nicht aktiv auftreten. Englischer und französischer Botschafter in Berlin seien beauftragt, hiesige Regierung zu bitten, diesen Schritt in Wien zu unterstützen. Freiherr von Schoen beabsichtigt, die Antwort zu erteilen, dass er vorerst Befehl des Kaisers einholen werde. Reichskanzler habe Seiner Majestät vorgeschlagen, dieses Ansinnen unbedingt abzulehnen und den beiden Botschaftern zu erklären, dass, wenn Gefahr vorliege, diese nicht von Seite Österreich-Ungarns, welches wiederholt in der entschiedensten Weise erklärte, keine aggressiven Tendenzen zu verfolgen, sondern von Seite Serbiens drohe. Die beiden Botschafter haben bisher im Auswärtigen Amte noch nicht vorgesprochen. Ich werde den Staatssekretär noch nachmittags sehen und telegraphisch berichten. Szögyény.

a) Vgl. n. 1022, 1024, 1033, 1050.

Nr. 1024. Tel. aus Berlin, 20. Feb. 1909 Nr. 47 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 46 von heute. Soeben verlasse ich Staatssekretär, welchem ich vom Inhalte Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 28 Kenntnis gegeben habe. Telegramm des Fürsten Radolin ist mit jenem Grafen Khevenhüllers nahezu gleichlautend, in der Depesche des deutschen Botschafters fehlt aber der Passus, Russland „wolle die Annexion verweigern“; sie enthält dagegen Meldung, dass sich an der von der englischen und französischen Regierung beabsichtigten Demarche in Wien, auch die italienische Regierung beteiligen wolle. Englischer und französischer Botschafter haben sich für heute beim Reichskanzler angesagt. Mit grosser (Befriedigung)^{b)} konstatierte Baron Schoen, dass die deutscherseits in Aussicht genommene, den beiden Botschaftern zu erteilende Antwort mit den Bemerkungen vollkommen übereinstimme, welche Euer Exzellenz gestern dem französischen Vertreter gemacht haben. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1027, 1033, 1050. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 1025. Bericht aus Paris, 20. Feb. 1909 Nr. 4 A (eing. 22. Feb.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. In den letzten Tagen des abgelaufenen Monats hatte ich in Erfahrung gebracht, dass Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich stattfanden, um eine Formel zu finden, durch welche die Gegensätze in der beiderseitigen Auffassung der marokkanischen Frage ausgetragen werden könnten. Nach den mir gemachten höchst vertraulichen Eröffnungen schien es mir nicht annehmbar, dass ein rascher Abschluss in den Besprechungen erfolgen würde. Da kam der Besuch König Eduards in Berlin. Dieses sehr erfreuliche Ereignis hat beschleunigend auf die Unterhandlungen der deutschen und französischen Staatsmänner eingewirkt. Seine Majestät der Deutsche Kaiser scheint höchstpersönlich eingegriffen zu haben, um während der Anwesenheit des hohen Oheims ein Moment von politischer Bedeutung zu schaffen, das geeignet ist, die friedliche Gesinnung Deutschlands klar zu dokumentieren. Das Übereinkommen, welches das seit Jahren heikle Verhältnis Deutschlands zu Frankreich auf dem Gebiete der Marokko-Angelegenheit stabilisirt und schlichtet, ist Euerer Excellenz im Texte bekannt. Ich benötige daher nicht, den Wortlaut in Vorlage zu bringen. Die öffentliche Meinung Frankreichs hat den Ausgleich mit ungeteilter Befriedigung entgegen genommen, und ist eine discordante Stimme hierüber nirgends zu constatiren. Euere Excellenz werden Sich gütigst entsinnen, dass ich in meiner Berichterstattung wiederholt darauf hinwies, dass die marokkanischen Angelegenheiten der wunde Punkt in Frankreichs Politik seien, und dass jedesmal, wo von deutscher Seite dieses Gebiet in nörgelnder Weise beschritten wurde, sich hier eine gefährliche Nervosität kundgab. Die Freude, dass es gelungen ist, diesem Zustande der allseits schwer empfundenen wurde, definitive Remedur zu geben, ist eine aufrichtige. Es wird die Erwartung daran geknüpft, dass es in absehbarer Zeit möglich sein wird, überhaupt bessere Beziehungen zwischen

den beiden Gross-Staaten zu gründen. Die Presse, die häufig übers Ziel schießt, spricht schon in letzter Zeit von der Möglichkeit einer Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Herrn Fallières. Das scheint mir noch etwas gewagte Zukunftsmusik zu sein. In französischen Blättern hat man der Darstellung begegnet, dass Kaiser Wilhelm den stärksten Impuls gegeben hätte, und hat es versucht, dem Fürsten Bülow das geringere Verdienst zuzuschreiben. Für diese Auffassung sprach das Claris-Telegramm, das Seine Majestät der Deutsche Kaiser an den Fürsten Radolin richtete. Es wurde im „Matin“ ohne Intervention des deutschen Botschafters veröffentlicht. Ich habe Grund zur Annahme, dass die hohe Anerkennung, die aus dieser kaiserlichen Depesche für das Wirken des deutschen Botschafters zu erkennen ist, dem Reichskanzler geringe Freude bereitete. Die Rede, welche Fürst Bülow seither im agrarischen Kreise seiner Freunde hielt, wird hier dahin gedeutet, dass der Reichskanzler sich das Verdienst mit Ausschluss des Fürsten Radolin zuerkennen will. ... *Formalitäten.* ... Khevenhüller.

a) Vgl. n. 986, 1022 Anm. b.

Nr. 1026. Bericht aus Paris, 20. Feb. 1909 Nr. 4 B (eing. 22. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Bei meinem letzten Besuche hatte ich mit Herrn Pichon einen Gedankenaustausch über den Sturz Kiamil Pachas und die Ereignisse, welche mit dem Minister-Wechsel in Konstantinopel im Zusammenhange stehen. Der Herr Minister sagte mir, dass Herr Constans ihn so ungenügend informiert hätte, dass er eigentlich auf die Nachrichten der Presse angewiesen sei. Er habe den Botschafter aufgefordert die Regierung in ausführlicher Weise zu unterrichten. Herr Constans, welcher wie ich weiss, dem Regime Clemenceau wenig Wohlwollen entgegen bringt, dafür aber aus alten Zeiten des seligen Panama-Schwindels noch verschiedene Papiere sehr bösen Charakters besitzt, hat eine derart unabhängige Stellung, dass eine mit Absicht vollzogene Pflichtverletzung ihn nicht gefährden kann. Er soll von Herrn Pichon gesagt haben: *Ce ne sera pas ce jeune homme qui me fera partir.* Ich habe Herrn Pichon gefragt, ob er wisse wie weit die Verhandlungen gediehen seien, welche Sir Ernest Cassel und Mr. Thors von der Banque de Paris mit der Pforte führen. Der Minister hält dafür, dass der Moment schlecht gewählt sei für Gründung von Banken in Konstantinopel. Bei dem grossen Deficit, das sich im türkischen Budget ergeben, sei vor allem Geldhilfe von Nöten, und Herr Pichon will nicht recht daran glauben, dass der englische Markt der Türkei beispringen werde. Das Telegramm das von dem Comité „Union et progrès“ nach England gerichtet wurde um den Sturz Kiamils zu entschuldigen, hat Herrn Pichon doch einigen Eindruck gemacht. Ich habe es nicht unterlassen den Minister aufmerksam zu machen auf den Unterschied der Behandlung, welche die Jungtürken an England und Frankreich verwenden. Er meinte Kiamil sei so ausgesprochen ein Freund Englands gewesen, dass die Jungtürken nach dessen Sturze eine Demonstration zu ihrer Entlastung machen müssten. Ich liess mich mit dieser Betrachtung nicht abspeisen und sagte Herrn

Pichon, dass er doch zugeben müsse, dass Frankreich bei seinem enormen Besitze an türkischen Fonds und der besonderen Freundlichkeit die es der jungtürkischen Bewegung entgegengebracht, nicht genügende Berücksichtigung fände. Der Minister zuckte mit den Achseln und meinte, das würde schon anders werden, wenn die Frage aktuell würde woher das Geld zu nehmen sei. Herr Pichon scheint von Hussein Hilmi Pacha eine sehr gute Meinung zu haben. Er hofft, dass der neue Grossvezir sowohl unsere pendenten Angelegenheiten, als auch das russische Anbot baldigst erledigen werde. Der Minister erkennt trotz seiner Vorliebe für die freiheitliche Bewegung in der Türkei, dass die letzten Ereignisse durch das Eingreifen militärischer Elemente einen bösen Beigeschmack haben, der an spanische Pronunciamientos erinnert. Euer Excellenz wissen welchen Anteil, nach meiner Ansicht, an der Revolution die von England, Italien und Frankreich unterstützten Freimauern^{a)} gehabt haben. Nachdem Herr Pichon auch zu dieser Sekte gehört, so sympatisirt er mit ihren Tendenzen. Naum Pacha sagte mir, dass Achmed Riza und seine Kollegen aus dem Komité, vor ihrer Abreise nach Konstantinopel bereits die Absicht hatten, Kiamil zu stürzen. Er habe sie beschworen Kiamil so lange zu belassen bis er die Schwierigkeiten der äusseren Lage beseitigt hätte. Man habe auch die Absicht gehabt die Schonzeit Kiamils so lange hinauszudehnen. Da sei die unter Inspiration des Sultans gestiftete Entlassung der beiden militärischen Minister durch Kiamil inscenirt worden und habe das Komité zum höchsten Mißtrauen aufgestachelt. An das Komplott glaubt Naum Pacha nicht, was er aber nicht begreift, war die Berufung Nazim Beys als Kriegsminister. Dieser Mann sei durch des Sultans Tyrannei schwer geschädigt worden und hätte stets als dessen grösster Gegner gegolten. Naum Pacha ist nicht gut unterrichtet über die letzten Ereignisse am Bosphorus. Er ist bemüht alles in das beste Licht zu rücken und meinte, dass der Wechsel im Ministerium kaum einschneidende Folgen nach sich ziehen werde. Khevenhüller.

^{a)} So!

Nr. 1027. Bericht aus Paris, 20. Feb. 1909 Nr. 4 C (eing. 22. Feb.).^{a)} Ausfert.

Bei meiner letzten Begegnung mit Herrn Pichon kamen wir auf die Lage zu sprechen, welche Serbien durch fortgesetzte Rüstungen uns bereitet. Der Herr Minister sagte mir, dass der serbische Gesandte Vesnić sich in sehr friedlicher Weise ausgesprochen habe und das Bestehen einer Kriegsgefahr für ausgeschlossen erklärt hätte. Ich erwiderte Herrn Pichon, dass die k. u. k. Regierung eine so weitgehende Duldung gegen den tobsüchtigen Nachbar an den Tag gelegt hätte, dass ich nicht wüsste, was man uns vorwerfen könne. Mir einen Ausdruck aneignend, den Euere Excellenz in einer Weisung an Graf Mensdorff^{b)} gebrauchten, habe ich gesagt, dass für uns eine sogenannte serbische Frage nicht existire. Wenn Serbien unverschämte Forderungen erhebe, so sei dafür verantwortlich derjenige Staatsmann, welcher die Version des Punktes 7 in London der Oeffentlichkeit übergab,^{c)} in welcher zuerst von einer territorialen Entschädigung

gesprochen wurde. Ich fügte hinzu, dass ich Grund hätte anzunehmen, dass die massgebenden politischen Factoren in Oesterreich-Ungarn noch nicht die Geduld verloren hätten, dass aber die öffentliche Meinung bei uns des serbischen Geschreies absolut überdrüssig sei. Ich erwähnte, dass es mir unwahrscheinlich scheine, dass Euere Excellenz den provisorischen Handelsvertrag nach dem 31. März erneuern würden, wenn bis dahin nicht ein völliger Wandel geschaffen sei. Herr Pichon meinte, es liesse sich vielleicht in Belgrad etwas machen, wenn von unserer Seite die seinerzeit in Aussicht gestellten Concessionen auf oekonomischem Gebiete in eine präzise Form gebracht würden. Ich machte den Herrn Minister darauf aufmerksam, dass die Ablagerungen, welchen ich im Echo de Paris, Matin und anderen Blättern begegne und deren Ursprung ohne Zweifel auf Herrn Vesnić hinweist, mich nicht zu der Ansicht bekehren können, dass der serbische Gesandte mässigend wirke. Im Gegenteil müsste ich ihn als den grössten Hetzer ansehen. Mein Urteil fusse auch auf allerlei Beobachtungen, die ich auf sociellem Gebiete angestellt habe. Herr Pichon hat für Serbien nur soweit ein Interesse, als er befürchtet, dass bei einem bewaffneten Zusammenstosse die Interessen der französischen Gläubiger Schaden nehmen würden. Was den Minister am meisten zu bedrücken scheint, ist die Furcht, dass in Russland das panslavische Gefühl eine Resurrection feiern könnte, wenn wir an Serbien die verdiente Lection verabfolgen sollten. Es scheint, dass aus St. Petersburg Berichte einliefen, welche von der Gefahr sprechen, die eine slavische Stammes-Entrüstung dem Herrn Iswolski bereiten würde. Meine Antwort auf diesen Anwurf war, dass ich überzeugt sei, Euere Excellenz würden die Rücksicht auf berechnigte, wenn auch ideale Interessen Russlands nicht ausser Acht lassen, dass es mir jedoch scheine, man übertreibe geflissentlich die Wirksamkeit der slavischen Solidarität. Seit in Russland die Revolution gekommen, und die Duma installiert worden sei, kümmere man sich mehr um innere Vorgänge und habe es aufgegeben, am Balkan alles retten zu wollen. Wenn ich meine Eindrücke resumiren darf, so konkludire ich, dass Herr Pichon des serbischen Getriebes herzlich müde ist und seine Hand gerne dazu böte, um den für uns und alle Welt unerquicklichen Zustand zu beenden. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1024, 1028. — b) n. 963. — c) Vgl. n. 292.

Nr. 1028. Bericht aus Paris, 20. Feb. 1909 Nr. 4 D (eing. 22. Feb.).^{a)}
Ausfert.

Vertraulich. Der Bericht No. 4 C war bereits verfasst und mündlich, als ich gestern in später Abendstunde die vertrauliche Nachricht erhielt, welche Gegenstand meiner telegraphischen Meldung No. 8 ist. Das Gespräch, das ich mit Herrn Pichon hatte und dessen ich in dem obengenannten Berichte erwähne, fand am 17. Februar statt. Euerer Excellenz Telegramm No. 18 vom 17. d. Mts. hatte ich damals noch nicht erhalten und konnte es daher nicht verwerten. Am 17. Februar schien Herr Pichon die Lage noch nicht als besonders bedrohlich aufzufassen. Nachdem der Minister gestern den deutschen Botschafter zu sich bat, um demselben eine dringende

Mitteilung zu machen, so ist anzunehmen, dass am Quai d'Orsay seit dem 17. aus St. Petersburg und Belgrad Alarm-Depeschen eingelaufen sind. Die Mitteilung Herrn Pichons an Fürst Radolin ging dahin, dass heute der englische Botschafter in Berlin, unterstützt von Herrn Cambon, bei Fürst Bülow einen Schritt machen werde, um ein gemeinsames Einschreiten Deutschlands, Englands und Frankreichs in Wien vorzuschlagen. Mit anderen Worten England proponiert seine Mediation zu Gunsten Serbiens und wird dabei von Frankreich unterstützt. Man versucht mit diesem Schritte, der nur dem Frieden dienen soll, einen Keil einzutreiben in unsere Allianz mit Deutschland. Das Thema der russischen Rassen-Gemeinschaft mit der aus diesem Gefühle für die Situation Iswolskys entspringenden Gefahr wurde dem deutschen Botschafter aufdringlich vorgestellt. Die Aufregung in der Presse und auf der Börse war gestern und heute eine hochgradige. Man spricht vom Ultimatum, das Euere Excellenz an Serbien zu richten im Begriffe sind, vom Einmarsche unserer Truppen und von einer Drohung Russlands an uns. Um die Situation am Balkan zu unseren Ungunsten zu drehen, sei Russland bereit, stante pede Bulgariens Unabhängigkeit anzuerkennen. Nachdem Fürst Ferdinand nach St. Petersburg zu den Beisetzungs-Feierlichkeiten des Grossfürsten Wladimir reist, würde sich dieses Ereignis dort sofort vollziehen. Herr Pichon hat Fürst Radolin aus Höflichkeit von dem in Berlin heute zu unternehmenden Schritte verständigt. Es steht ausser Zweifel, dass der französische Minister sich der englischen Demarche darum nicht entzog, weil er glaubt, und zwar auf Grund derselben Nachrichten, die auch König Eduard erhielt, dass die höchste Gefahr im Verzuge läge.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1032.

*Nr. 1029. Tel. nach Berlin, 21. Feb. 1909 Nr. 32 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).*

Der russische Geschäftsträger hat mir gestern im Auftrage seiner Regierung eine Mittheilung überreicht, welche im Wesentlichen folgenden Inhalt hat: Fürst Ferdinand habe in Petersburg die Bitte gestellt, der Beerdigung des Großfürsten Wladimir beizuwohnen, welcher Bitte Kaiser Nikolaus willfahrt habe. Hievon habe Herr Iswolsky den türkischen Botschafter mit dem Beifügen verständigt, daß die kaiserliche Regierung nicht umhin könne, dem Fürsten die Ehren zu erweisen, welche dem von ihm angenommenen Range entsprechen. Gewiß, daß dies seitens der Pforte nicht als eine Verletzung der türkischen Interessen angesehen werde, hoffe die kaiserliche Regierung, daß die zwischen Rußland und der Türkei schwebenden Verhandlungen betreffs der bulgarischen Indemnität bald zum Ziele führen und so die formelle Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens gestatten würden. Die russische Regierung rechne auf die freundschaftlichen Dispositionen der Pforte in einer Angelegenheit, in welcher Rußland seinen traditionellen Beziehungen zu Bulgarien sowie der russischen öffentlichen Meinung Rechnung tragen müsse. Der russische Geschäftsträger war beauftragt, die Hoffnung auszusprechen, daß die k. u. k. Re-

gierung es nicht ablehnen werde, bei der Pforte die freundschaftliche Interpretation zu unterstützen, welche das russische Cabinet seiner ihm von den Umständen auferlegten Vorgangsweise gegeben habe. Ich setze voraus, daß eine analoge Mittheilung des Petersburger Cabinetes auch in Berlin gemacht worden ist. Nach meiner Auffassung implicirt der Umstand, daß Fürst Ferdinand von Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus bei einem feierlichen Anlasse in Gegenwart fremder Fürstlichkeiten mit königlichen Ehren empfangen wird, die thatsächliche Anerkennung der königlichen Würde und der Unabhängigkeit Bulgariens. Wenn im weiteren Verlaufe der russischen Mittheilung die formelle Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit für den Zeitpunkt vorbehalten wird, in welchem die russisch-türkischen Verhandlungen bezüglich der bulgarischen Indemnität abgeschlossen sein würden, so kann darin nur mehr eine nachträgliche Formalität, wie zum Beispiel eine schriftliche Notification, verstanden werden, welche an Bedeutung hinter der seitens Seiner Majestät des Kaisers selbst ausgehenden solennen Kundgebung weit zurücksteht. Falls das Berliner Cabinet diese meine Auffassung theilt, könnte in der seitens der beiden Cabinetes zu ertheilenden Antwort dieser Standpunkt prägnant hervorgehoben werden. Wie ich vertraulich zur Regelung Ihrer Sprache bemerke, erscheint es mir opportun festzunageln, daß die Vorgangsweise des russischen Cabinetes in dieser Frage mit dem früher von demselben betreffs des Berliner Vertrages vertretenen Standpunkte nicht ganz übereinstimmt, indem es die Unabhängigkeit Bulgariens einseitig factisch anerkennt, ohne die Zustimmung der übrigen Signatarmächte oder auch nur der Türkei als bisheriger suzeräner Macht Bulgariens abzuwarten. In meiner Antwort an das russische Cabinet beabsichtige ich ferner zu bemerken, daß die k. u. k. Regierung im Sinne der Erklärungen, welche ich bereits im Herbst in den Delegationen abgegeben habe, gerne bereit ist, die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen, sobald die mit dieser Modification zusammenhängenden finanziellen Fragen zwischen Bulgarien und der Pforte einvernehmlich geregelt sein würden. Falls die russische Mittheilung in diesem Sinne beantwortet würde, schiene mir eine directere Bezugnahme auf das russische Ansuchen um Unterstützung nicht nöthig. Euer Exzellenz wollen diese Angelegenheit umgehend mit dem Herrn Reichskanzler oder Staatssekretär besprechen und betonen, wie erwünscht es mir wäre, auch hierin in voller Übereinstimmung mit dem Berliner Cabinet vorzugehen. Über das Resultat Ihrer Besprechung wollen Euer Exzellenz mir telegraphisch berichten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1019, 1031, 1034.

Nr. 1030. Tel. aus Rom, 21. Feb. 1909 Nr. 43 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Marquis San Giuliano machte mir einen langen Besuch. Er meint, es sei streng genommen kein zwingender Grund für Herrn Tittoni zu demissionieren. Seinerseits empfinde er keine Sehnsucht danach, den bequemen Londoner Posten mit der erdrückenden Arbeit der Consulta zu vertauschen. Selbstverständlich werde er aber einem Rufe

des Königs sofort folgen. Sodann entwickelte er ein förmliches politisches Programm. Seine Rede war zuckersüss. Er sei überzeugter Anhänger des Dreibundes; die Annäherung habe allerdings in den letzten Monaten Rückschritte gemacht, aber weniger als vielfach angenommen werde, und alles liesse sich noch gut machen. Man müsse darauf hinwirken, dass die Allianz mehr als ein blosses Stück Papier werde. Der Vertrag an sich sei bei einer durchaus verschiedenen politischen Konstellation geschaffen worden und sei vielleicht reformbedürftig. Gegen Frankreich würde Italien unter gewissen Verhältnissen marschieren; gegen Frankreich und England niemals. Die Universitätsfrage sei durch unsere italienischen Abgeordneten seinerzeit dadurch verfahren worden, dass sie nicht dankbar auf Rovereto zugegriffen. Marquis San Giuliano gedenkt bis nach den Wahlen hier zu bleiben. Neues Parlament ist für den 24. März einberufen, um bald darauf auf Osterferien zu gehen. Rekonstruktion des Kabinetts dürfte während letzterer stattfinden.

Lützow.

*Nr. 1031. Tel. nach Sofia, 21. Feb. 1909 Nr. 32 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Pogatscher).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 19. d. M., Nr. 34. Die Nachricht von der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens durch England, Rußland und Frankreich bestätigt sich nicht; sie ist jedenfalls auf die irrtümliche Interpretation der Reise des Fürsten Ferdinand nach Petersburg zurückzuführen. Authentische Aufschlüsse über die mit der Reise des Fürsten zusammenhängenden Vorgänge enthält eine Note, die mir der russische Geschäftsträger gestern überreichte. Danach sei dem Fürsten, welcher in Petersburg den Wunsch zu erkennen gegeben habe, an den Leichenfeierlichkeiten seines persönlichen Freundes, des Großfürsten Wladimir, teilzunehmen, aus Gründen der Courtoisie die Zusicherung erteilt worden, daß er bei diesem Anlasse in Rußland mit den Ehren empfangen werden würde, welche dem von ihm angenommenen Range entsprechen. Das Petersburger Kabinet habe eine in diesem Sinne gehaltene Mitteilung an die Pforte gerichtet und zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die letztere durch die Annahme des russischen Vorschlages binnen kurzem die Lösung der bulgarisch-türkischen Differenzen herbeiführen und damit die formelle Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens ermöglichen würde. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1029, 1034.

*Nr. 1032. Tel. aus Belgrad, 22. Feb. 1909 Nr. 53 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Bei meinem Abschiedsbesuche vor Antritt meines kurzen Urlaubes fand ich Minister des Aeussern ausserordentlich niedergeschlagen und ängstlich wegen der energischen Sprache unserer Presse. Auf seine friedlichsten Beteuerungen, über welche ich mündlich berichten werde, erwiderte ich, daß nach den Ereignissen der letzten Monate es kein Wunder sei, dass

unsere öffentliche Meinung die Geduld verliere und eine ernstliche, durch Taten zu beweisende Wendung der serbischen Politik und eine Klärung verlange. Die serbische Regierung müsse sich über den Ernst der Lage Rechenschaft ablegen. Die Ministerkrise ist noch unentschieden; momentan glaubt Minister des Aeussern an eine Koalition aller 4 Parteien, welche die Autorität hätte, die äussere Situation zu „liquidieren“. In diesem Falle würde er sein Portefeuille behalten; Präsident wäre Herr Nikolić oder Herr Novaković, Herr Pašić sei durch den Hass der anderen Parteien ausgeschlossen. Falls Koalitionskombination misslinge, sei ein altradikales Ministerium unter Pašić möglich. Englischer Gesandter, der vor mir den Minister gesehen hatte, war durch dessen Niedergeschlagenheit und Angst vor der kommenden Entscheidung sehr impressioniert. Forgách.

a) Vgl. n. 1028, 1033.

Nr. 1033. Tel. aus Berlin, 22. Feb. 1909 Nr. 53 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).a)
Entziff.

Zu meinem Telegramme Nro. 46 vom 20. dieses Monats. Kaiser Wilhelm hat Vortrag des Reichskanzlers vollkommen gebilligt. Demzufolge wird Staatssekretär heute dem englischen und dem französischen Botschafter Erklärung abgeben, in welcher die friedliche Tendenz der beabsichtigten Demarche in sehr entgegenkommender Weise anerkannt, zugleich aber der modus procedendi deutscherseits als unannehmbar bezeichnet wird. Des Längeren wird in dieser Erklärung ausgeführt, dass für die von den Westmächten beabsichtigte Einwirkung nicht Wien, sondern Belgrad der richtige Ort wäre, wo von der serbischen Regierung Garantien gefordert werden sollten, die von offizieller und von nichtoffizieller Seite betriebenen, fortwährenden Provokationen einzustellen. Hiesiger russischer Botschafter hat sich der Demarche seines englischen und seines französischen Kollegen angeschlossen, aber den Staatssekretär versichert, dass Russland an dem Schritte der Westmächte in Wien nicht teilnehmen werde. Italienischer Botschafter hat von seiner Regierung Auftrag erhalten, sich an der Demarche nicht formell zu beteiligen, dieselbe aber der wohlwollenden Erwägung der deutschen Regierung zu empfehlen. Szögyény.

a) Vgl. n. 1032, 1036, 1039, 1050.

Nr. 1034. Tel. aus Berlin, 22. Feb. 1909 Nr. 54 (eing. 23. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 32 vom 21. dieses Monats und Inhalt durch den Staatssekretär dem Reichskanzler mitgeteilt. Wie ich Euer Exzellenz mit meinen Telegrammen Nr. 45^{b)} und 48^{c)} gemeldet, hat hiesiger russischer Botschafter hier bloss erklärt, dass Fürst Ferdinand in Petersburg mit königlichen Ehren empfangen würde, ohne dass dies einer formellen Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens präjudiziert. Freiherr von Schoen versicherte mir, dass Graf Osten-Sacken von einer Unterstützung der russischen Auffassung in dieser Frage bei der Pforte kein Wort gesprochen habe. Deutsche Regierung hat sich vorerst beschränkt,

ihren Botschafter in Petersburg zu beauftragen — falls die Rede darauf kommt — von der Erklärung Akt zu nehmen, dass die russische Regierung mit ihrem Vorgehen die Anerkennung der königlichen Würde und der Unabhängigkeit Bulgariens nicht aussprechen wolle, als auch davon, dass sie sich in dieser Frage — wie Herr Iswolsky wiederholt versichert habe — von dem Einvernehmen mit den anderen Mächten nicht trennen wolle. Türkischer Botschafter hat im Auswärtigen Amte eine Protestnote der Pforte gegen das Vorgehen Russlands bei der Anwesenheit Fürst Ferdinands in Petersburg überreicht; es wurde ihm erwidert, dass die deutsche Regierung nach wie vor auf ihrem alten Standpunkte stehe und die Anerkennung von den bekannten Bedingungen abhängig mache, deren eine das vorherige Einvernehmen Bulgariens mit der Türkei sei. Durch ihre Botschafter in Konstantinopel und London hat die deutsche Regierung darauf hinweisen lassen, dass Russland mit seinem gegenwärtigen Vorgehen wieder zu seiner alten panslawistischen und antitürkischen Politik zurückgekehrt sei. Etwas ähnliches in Petersburg zu sagen, hat deutsche Regierung keine Veranlassung gehabt, da sie eine Antwort auf die russische Mitteilung bisher nicht für nötig gehalten habe. Nach Sofia hat die deutsche Regierung mitteilen lassen, Herr Iswolsky hätte in Berlin, Wien und wohl auch anderwärts erklären lassen, es handle sich ausschliesslich um eine Courtoisie für „König Ferdinand“, nicht aber um die formelle Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, Russland wolle also offenbar bei den Bulgaren einen guten Eindruck hervorrufen, verläugne sich aber wieder vor den anderen Mächten. Reichskanzler ist mit der im eingangs zitierten Telegramme näher präzierten Auffassung Euer Exzellenz vollkommen einverstanden, er würde es jedoch für praktischer halten, das illoyale Vorgehen Russlands nicht in Petersburg, sondern in Konstantinopel und bei den übrigen Signatarmächten zu relevieren und festzunageln. Fürst Bülow wäre für eine Mitteilung dankbar, ob Euer Exzellenz mit diesem modus procedendi einverstanden wären.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1031, 1037. — ^{b)} Laut Tel. aus Berlin Nr. 45, 20. Feb. 1909 (eing. 5 U. p. m.) sagte Staatssekretär am 20. Feb. morgens, russischer Botschafter habe ihm am 19. Feb. mitgeteilt, Fürst Ferdinand habe es sich nicht nehmen lassen, der Beisetzung des Großfürsten Wladimir beizuwohnen. Er werde als bulgarischer Zar behandelt werden, dieser Vorgang aber werde der bulgarischen Anerkennungsfrage keineswegs praejudizieren. — ^{c)} Mit Tel. Nr. 48, 20. Feb. 1909 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.) wurde aus Berlin gemeldet, Staatssekretär habe nachträglich gesagt, daß nach Mitteilungen des russischen Botschafters Fürst Ferdinand nicht als „bulgarischer Zar“ sondern „seinem Range entsprechend mit königlichen Ehren“ in Petersburg empfangen wird.

Nr. 1035. Tel. nach Konstantinopel, 22. Feb. 1909 Nr. 63 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Mit meinem Erlasse vom 31. v. M., Nr. 398, sowie mit meinem Telegramme vom 17. d. M., Nr. 53,^{b)} geheim, habe ich Euer Exzellenz ermächtigt, der Pforte im geeigneten Momente unsere Bereitwilligkeit bekanntzugeben, unter gewissen Voraussetzungen der türkischen Regierung auf der Konferenz oder anderweitig unsere Unterstützung zu gewähren, um die auf

einen Gebietserwerb im Sandschak von Novibazar etwa abzielenden Pläne Serbiens und Montenegros zu vereiteln. Die bezüglichlichen Zusicherungen, welche wir der Pforte zu erteilen bereit sind, müssen wir jedoch von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig machen, welche vor allem im wohlverstandenen Interesse der Türkei selbst liegen. Wir erwarten — wie ich schon in dem zitierten Erlasse hervorgehoben habe — daß die türkische Regierung ihre militärische Position im Défilé von Novibazar nach Möglichkeit stärken werde. Aus demselben Gedanken ergibt sich die Forderung, daß die Pforte, soweit es von ihr abhängt, die Vervollkommnung der militärischen Rüstungen und der Schlagfertigkeit Serbiens und Montenegros verhindere. Denn es wäre ja geradezu widersinnig, daß die türkische Regierung unsere Unterstützung gegen eine etwaige Aggression anspricht, die sie von seiten dieser Staaten befürchtet, und gleichzeitig durch die Bewilligung völlig unbehinderter Durchfuhr stetig zunehmender Kriegsmaterialsendungen eine gefährliche Stärkung der Wehrkraft Serbiens zuläßt, mit welcher gegebenenfalls die territorialen Ambitionen dieses Staates realisiert werden sollen. Euer Exzellenz wollen daher bei der Eröffnung, die Sie Hilmi Pascha über die Aufnahme machen werden, welche die den Sandschak betreffende Anregung Kiamil Paschas bei uns gefunden, dem Großvezier in eindringlicher Weise auseinandersetzen, daß uns eine weitere unbehinderte Zulassung der Durchfuhr serbischer Kriegsmaterialbestellungen mit dem Zwecke, dem das in Rede stehende Abkommen dienen soll, unvereinbarlich erscheine und daß wir die Zusicherungen, die wir der türkischen Regierung zu machen bereit wären, von der Zusage abhängig machen müssen, den Transit der mehrerwähnten Kriegsmaterialsendungen nicht mehr zu gestatten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 996, 1046, 1104. — b) Dieses besagt: Das Ministerium des Äußern steht der Meldung der Neuen Freien Presse vom 15. Feb. 1909, „wonach die Pforte von uns den Abschluß einer Convention zum Schutze des Sandžaks verlangt habe“, vollkommen ferne. Die Instruktionen des Erlasses vom 31. Jan. 1909, Nr. 398 bleiben weiter in Kraft.

Nr. 1036. Tagesbericht des Chefs des Kabinetts des Ministers des Äußern Maximilian Freiherrn von Gagern über eine Unterredung mit dem französischen Botschafter, 22. Feb. 1909.^{a)} *Eigenh. Aufzeichnung.*

Der Herr französische Botschafter erzählte, daß ihn heute der serbische Gesandte aufgesucht und ihn um seine Ansicht über die gegenwärtige politische Lage sowie um Rath gebeten habe. Herr Crozier erwiderte hierauf, daß er gerne bereit sei, diesem Ansuchen zu entsprechen, obwohl er in dieser Beziehung eigentlich schlechte Erfahrungen gemacht habe, da die Rathschläge zur Mässigung und Vernunft, die er dem serbischen Gesandten vor einiger Zeit erteilt habe, ihm nur eine Beschwerde der serbischen Regierung in Paris über seine für Serbien wenig freundliche Haltung eingetragen hätten. Nichtsdestoweniger könne er, wie er Herrn Simić gegenüber des Weiteren ausführte, auch heute mehr oder weniger nur das wiederholen, was er ihm damals gesagt habe, nämlich daß Oesterreich-Ungarn nach wie vor einen Krieg zu vermeiden wünsche, daß die Monarchie heute jedoch

allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein glaube und daß Serbien, wenn es auf seinem Verlangen nach territorialen Compensationen oder nach einer Autonomie Bosniens und der Herzegovina weiter beharre, bestimmt den Krieg haben werde, da man füglich, was speciell ersteres Verlangen betreffe, ebensowenig von ihr fordern könne, daß sie Theile von Bosnien und der Herzegovina abtrete, als man Serbien zumuthen könne, daß es den Pirotter Kreis an Bulgarien abtrete, nachdem heute die annektirten Provinzen von Oesterreich-Ungarn als ein integrierender Theil seines Territoriums betrachtet werden. Anders würde es sich verhalten, wenn Serbien seine Wünsche auf die Erlangung wirthschaftlicher Zugeständnisse herabstimmen wollte. In dieser Beziehung würde, wie der Herr Botschafter dem serbischen Gesandten gegenüber ausführte, seiner Ueberzeugung nach die Monarchie dem Königreiche gewiß weitgehendes Entgegenkommen beweisen und würde Frankreich einen Ausgleich der bestehenden Differenzen auf einer solchen Basis nur mit lebhafter Befriedigung und um so mehr begrüßen können, als es ja bekanntlich sehr große wirthschaftliche und finanzielle Interessen in Serbien habe und als dessen Hauptgläubiger natürlich einen Krieg zwischen der Monarchie und Serbien vermieden zu sehen wünsche. Der serbische Gesandte habe daraufhin bemerkt, daß er dies alles sehr gut einsehe und es gewiß sehr dankenswerth wäre, wenn Frankreich, eventuell auch andere Mächte, ihre Vermittlung eintreten lassen wollten, um eine Aplanirung der gegenwärtigen gespannten Situation auf wirthschaftlicher Grundlage herbeizuführen, ein Anwurf, welchen Herr Crozier entgegenkommend aufgenommen zu haben scheint. Während ich mich den Ausführungen des Herrn Botschafters [gegenüber] im Allgemeinen receptiv verhalten hatte, glaubte ich in letzterer Beziehung bemerken zu dürfen, daß, wenn Serbien sich mit der Erlangung wirthschaftlicher Vortheile begnügen wolle, es meiner unvorgreiflichen Ansicht nach eigentlich keiner Vermittlung anderer Mächte bedürfen und es das beste sein würde, wenn die serbische Regierung sich in dieser Beziehung vertrauensvoll direct mit der k. u. k. Regierung ins Benehmen setzen wollte. Dem gegenüber meinte Herr Crozier, daß es der serbischen Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des eigenen Landes den Rückzug von dem Verlangen nach territorialen Compensationen oder nach Autonomie der annektirten Provinzen auf die ungleich bescheidenere Forderung nach wirthschaftlichen Vortheilen sehr wesentlich erleichtern würde, wenn dies auf dem Wege einer Mediation durch die Mächte erfolgen könnte. Weiters bemerkte Herr Crozier, daß er Grund zur Annahme habe, daß der russische Gesandte in Belgrad, Herr Sergejew, die ihm aus Petersburg zugekommenen Aufträge nicht immer richtig und getreu interpretirt und ausgeführt habe und daß darauf zum Theil gewiß die dort verbreitete irrige Ansicht zurückzuführen sei, daß Serbien bei seinen Präensionen unter allen Umständen auf Russland zählen könne, wozu übrigens auch sehr wesentlich der Empfang Herrn Pasić und des Kronprinzen Georg in St. Petersburg beigetragen habe. Herr Crozier meinte jedoch, daß nach ihm zugekommenen Nachrichten Herr Sergejew auf Grund der von ihm während seines jüngsten Aufenthaltes hierselbst gewonnenen Eindrücke seine Haltung in Belgrad modificiren und dort

mehr als bisher zur Ruhe und Vernunft rathen werde. Schließlich brachte der Herr Botschafter die in der heutigen „Montags Revue“ erschienene alarmirende Nachricht, wonach der Krieg mit Serbien beschlossen sei, zur Sprache. Ich glaubte diesfalls in den Intentionen Euer Excellenz zu handeln, indem ich Herrn Crozier versicherte, Hochdieselben seien über diese glatt erfundene Meldung entrüstet gewesen und hätten deren Dementierung mit dem Beifügen sofort angeordnet, daß die Politik der Monarchie nach wie vor durchaus friedlich sei, und die Situation, welche infolge der fortgesetzten serbischen Rüstungen allerdings ernst sei, was die Haltung der Monarchie betreffe, keine Aenderung erfahren habe. Herr Crozier bat mich seine Aeusserungen Euer Excellenz zu melden, wodurch es ihm erspart bleibe, Hochdemselben durch einen Besuch lästig zu fallen. Gagnern.

a) Vgl. n. 1033, 1038, 1042.

*Nr. 1037. Tel. nach Berlin, 23. Feb. 1909 Nr. 35 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).*a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 54 vom 22. d. M. erhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler für seine Mittheilungen herzlichst zu danken und ihm zu sagen, daß ich mich dem von ihm proponierten Modus procedendi anbequeme. Ich habe also in meiner Antwort auf die russische Mittheilung von den den Fürsten Ferdinand betreffenden russischen Verfügungen bloß Kenntniss genommen und nur hinzugefügt, daß das Wiener Kabinet seinem Standpunkte treu bleibe, die bulgarische Unabhängigkeit in dem Momente anzuerkennen, wo die damit zusammenhängenden Fragen zwischen Bulgarien und der Pforte geregelt sein würden. In meiner Mittheilung an die k. und k. Vertreter in London, Paris, Rom und Constantinopel habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß die neuesten Entschließungen der russischen Regierung nicht ganz mit den Kundgebungen übereinstimmen, die bisher von ihr bezüglich der politischen Veränderungen am Balkan ausgegangen seien. Den k. und k. Gesandten in Sofia habe ich angewiesen, eine ähnliche Sprache zu führen, wie sie laut Euer Exzellenz bezogenen Telegrammes dem dortigen kaiserlichen Vertreter aufgetragen wurde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1040, 1044.

*Nr. 1038. Tel. nach Berlin, 23. Feb. 1909 Nr. 36 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).*a) Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ich habe dem Telegramme Euer Exzellenz von gestern, Nr. 53, mit der größten Genugthuung entnommen, daß Herr von Schoen mit Allerhöchster Ermächtigung dem französischen und dem englischen Botschafter eine Erklärung abgeben wird, in welcher der von den Kabinetten von Paris und London in Berlin angeregte Modus procedendi bezüglich einer bei der k. und k. Regierung zu machenden Demarche deutscherseits als unannehmbar bezeichnet wird. Euer Exzellenz wollen der dortigen Regierung meinen wärmsten Dank für diesen neuerlichen Freundschaftsbeweis aussprechen und hiebei hervorheben, in welch' erfreulicher Weise die in Rede stehende

Erklärung des Herrn Staatssekretärs mit dem Standpunkte der k. und k. Regierung und der Sprache übereinstimmt, die ich dem hiesigen französischen Botschafter gegenüber, der mich kürzlich sondierte, geführt habe. (Vide mein Telegramm an Euer Exzellenz vom 20. I. M., Nr. 28.)

Ahrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1036, 1039, 1044.

*Nr. 1039. Tel. aus Berlin, 23. Feb. 1909 Nr. 55 (eing. 6 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Zu meinem Telegramme No. 53 vom 22. d. M. Herr von Tschirschky ist beauftragt, Euer Exzellenz den Wortlaut der dem französischen und englischen Botschafter erteilten Erklärung^{b)} mitzuteilen. Staatssekretär hat diese Erklärung gestern nachmittags den beiden Botschaftern vorgelesen und hinzugefügt, dass dieselbe im Auftrage Kaiser Wilhelms erfolgte. Abschrift der Erklärung lege ich mit heutiger Post^{b)} vor.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1038. — ^{b)} G. P. XXVI/2 Nr. 9383.

*Nr. 1040. Tel. aus Bukarest, 23. Feb. 1909 Nr. 46 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Streng vertraulich. Im Verlaufe der gestrigen Audienz sprach mir der König abermals von der bulgarischen Kriegsgefahr, welche er namentlich für die allernächste Zeit als ziemlich bedeutend einschätzt. Stimmung in Bulgarien, wo man bedauere, schon einmal eine gute Gelegenheit versäumt zu haben, sei zweifellos eine krieglerische. Bulgarische Artillerie verfüge über 800 Stück Munition per Geschütz. Ein Krieg würde Bulgarien weniger kosten als die an die Türkei zu zahlende Summe. „Wenn ich an Stelle des Fürsten Ferdinand wäre, so würde ich losschlagen.“ König bezeichnete es auch als einen Zustand, den sich kein Staat gefallen lassen könne, durch Monate auf Anerkennung warten zu müssen. König erwartet Durchreise des Fürsten Ferdinand gegen Ende dieser Woche. Belustigt schien König durch charakteristischen Ausspruch des Fürsten in Wien Herrn Mişu gegenüber: Je vais à Pétersbourg malgré que je sois persuadé qu'on m'y fera toutes sortes d'avances. Letztere hätten nach den seither eingelangten Informationen des Königs aus königlichen Ehren bestanden. Dass ein festlicher Empfang am Bahnhofe in Petersburg stattfand, findet der König sogar mit Rücksicht auf traurigen Anlass ungebräuchlich. König scheint der Ansicht, dass Fürst Ferdinand es hätte ablehnen sollen.

Schönburg.

^{a)} Vgl. n. 1010, 1037, 1041.

*Nr. 1041. Tel. aus Bukarest, 23. Feb. 1909 Nr. 47 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Fortsetzung des Telegrammes No. 46. Erlass vom 18. d. M. streng vertraulich No. 604 und Inhalt Telegrammes vom 17. d. M., No. 31 dem Könige mitgeteilt. Höchstderselbe bemerkte halb fragend, halb mit-

teilend dass, falls unsere Verständigung mit der Türkei nicht gelungen wäre und letztere mit Serbien gegen uns zusammengestanden hätte, es wohl zu militärischen Abmachungen zwischen unserem und dem bulgarischen Generalstab gekommen wäre. Ich erklärte, hierüber auch nicht ein Wort zu wissen. König sprach auch von der Unzuverlässigkeit des Fürsten Ferdinand.

Schönburg.

a) Vgl. n. 1103.

Nr. 1042. Privatschreiben nach Paris, 23. Feb. 1909 Nr. 698.a) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Anknüpfend an mein Privatschreiben vom 8. Februar l. J., in welchem ich von den Bemühungen des französischen Botschafters im Interesse der Anbahnung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Wien und Paris sprach, beehre ich mich Euer Exzellenz beiliegend zu Ihrer gefälligen Kenntnissnahme eine Aufzeichnung^{b)} über Äusserungen zu senden, die Herr Crozier einem Vertrauenmanne gegenüber gemacht hat. Auch aus dieser Mitteilung geht hervor, dass Herr Crozier bestrebt ist, seine Regierung in einem Sinne zu beeinflussen, der meinen Euer Exzellenz wohlbekannten Absichten auf die Herstellung eines möglichst freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich vollkommen entspricht. Das Terrain scheint mir hiefür gerade jetzt besonders günstig zu sein, da das Marokkoübereinkommen in den Beziehungen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits eine détente herbeigeführt und eine Situation geschaffen hat, die dem Wunsche, die Regierungen in ihren auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen einander näher zu bringen, gewiss sehr förderlich ist.

a) Vgl. n. 1036. — b) Beilage.

Beilage zu n. 1042. Aufzeichnungen eines Vertrauensmannes, 11. Feb. 1909.a) Abschrift.

Von seiner Regierung aufgefordert, seine Ansicht über die österreichisch-italienische Frage und über die Stellungnahme Frankreichs zu derselben zu äußern, berichtete Crozier ungefähr Folgendes nach Paris: Baron Aehrenthal hat sich, wie vielfach erzählt wird, am Beginne seiner Ministerschaft viel mit der Idee des Dreikaiserbündnisses beschäftigt. Sei es nun, daß er zur Überzeugung der Undurchführbarkeit dieser Idee gelangt ist, sei es, dass er entgegen der oben erwähnten Behauptung von allem Anfange an eine Annäherung an Frankreich ins Auge gefasst habe, sicher ist, dass er sehr bald nach seinem Erscheinen auf der politischen Bühne Europas Frankreich Beweise seiner freundschaftlichen Gesinnungen gab und insbesondere durch sein Entgegenkommen in der Frage der Deserteure der Fremdenlegion Frankreich einen nicht hoch genug einzuschätzenden Dienst erwies, der zweifellos wesentlich dazu beitrug, die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland in der Marokko-Frage in jene Bahnen zu leiten, die den kürzlich erfolgten Abschluss des so hochwichtigen Abkommens ermöglichten. Dies müsse bei der Beurteilung der Stellungnahme Frank-

reichs zur österreichisch-italienischen Frage vor Augen gehalten werden. Österreich-Ungarn ist, wenn es einen selbständig denkenden Minister des Äussern hat, der sich von Berlin nicht beeinflussen lässt, viel geeigneter als das ewig schwankende Italien, „de prendre à la triplice sa pointe aigue“ und Frankreich könne daher, vor die Wahl zwischen Österreich-Ungarn und Italien gestellt, nicht zaudern.

a) Bleistiftbemerkung Biegelebens: Novara, Vertrauensmann. Der wirkliche Name dieser Persönlichkeit konnte nicht festgestellt werden.

Nr. 1043. Tel. aus Berlin, 24. Feb. 1909 Nr. 57 (eing. 7 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Herr von Kiderlen sagte mir heute, Reichskanzler habe Euer Exzellenz an ihn gerichtetes Schreiben^{a)} Kaiser Wilhelm vorgelegt. Seine Majestät habe auf dasselbe folgende Randbemerkung gemacht: „Mit der Auffassung und der beabsichtigten Vorgangsweise Baron Aehrenthal's einverstanden.“ Fürst Bülow wird Euer Exzellenz demnächst antworten.

Szögyény.

a) n. 1022.

Nr. 1044. Tel. aus Berlin, 24. Feb. 1909 Nr. 58 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 35 und 36 und Inhalt derselben, insbesondere Euer Exzellenz wärmsten Dank für die Abweisung der beabsichtigten Demarche zur Kenntnis des Reichskanzlers gebracht. Nach der abgegebenen Erklärung hatten Staatssekretär und Herr von Kiderlen längere Unterredungen mit französischem Botschafter, welcher — wie mir beide versicherten — vollkommenes Verständnis für die Auffassung deutscher Regierung gehabt und versprochen hat, sich bei seiner Regierung dafür einzusetzen, daß die Einwirkung in Belgrad ausgeübt werde. Dies wurde mir von Herrn Cambon, welcher mich heute aufsuchte, bestätigt; er versicherte mir, daß er alles tun werde, damit die französische Regierung die Initiative zu einer Demarche in Belgrad ergreife und auch alle anderen Mächte, insbesondere Russland für die Beteiligung an diesem Schritt gewinne. Zum Erfolg seiner Bemühung wäre es aber dringend nötig, daß Österreich-Ungarn auch weiter den serbischen Provokationen gegenüber die bisher bewiesene Langmut bewahre und nicht vorzeitig zu einem Ultimatum schreite. In letzterer Beziehung hege er große Befürchtungen, welche durch die Zeitungsnachricht über die Reise des Grafen Forgách nach Wien bestärkt werden. Ich habe meinem französischen Kollegen geantwortet, dass meines Wissens Euer Exzellenz in allernächster Zeit kein Ultimatum an Serbien zu richten gesonnen seien. Allerdings müsse ich befürchten, dass Serbien seine provokatorische Haltung nicht aufgeben werde, in welchem Falle die k. u. k. Regierung sich gezwungen sehen würde, Serbien gegenüber eine sehr entschiedene Sprache zu führen. Szögyény.

a) Oe.-U. Bosnien 77 Nr. III. Vgl. n. 1047, 1060.

Nr. 1045. Tel. nach Konstantinopel, 24. Feb. 1909 Nr. 71 (chiffr. 11 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

... Redaktionsfragen^{b)} ... In Zusammenfassung meiner hier niedergelegten letzten Instruktionen ermächtige ich Euer Exzellenz hiemit formell nach Bereinigung der oben erörterten Fragen in dem einen oder dem andern Sinne, das mit der Türkei abzuschließende Protokollarübereinkommen zusammen mit den türkischerseits hiezu Bevollmächtigten zu zeichnen und erwarte eine telegraphische Meldung über die erfolgte Unterfertigung, die Euer Exzellenz wenn möglich noch morgen vornehmen wollen. Den türkischen Unterhändlern gegenüber wollen Euer Exzellenz eventuell, wenn die Frage Ihrer Bevollmächtigung aufgeworfen wird, betonen, dass die vorliegende telegraphische Instruction die Stelle einer besonderen Vollmacht vertritt. Das für uns bestimmte Original Exemplar wollen Euer Exzellenz in Vorlage bringen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1061. — ^{b)} Vgl. n. 880 Anm. b.

Nr. 1046. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Feb. 1909 Nr. 103 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ich habe meinen vorgestrigen Besuch bei Hilmi Pascha auch dazu benützt, um ihm die mir von Euer Exzellenz aufgetragene Message auszurichten. Der Großvezir bat mich, Euer Exzellenz zu danken und zu sagen, er glaube, er sei die richtige Persönlichkeit, um die Beziehungen der beiden Staaten wieder in das alte freundschaftliche Geleise zu bringen und noch enger zu gestalten. Im Zusammenhange hiemit kam die Rede auf die von Kiamil Pascha angeregte Idee der Garantie für das Sandjak. Hilmi Pascha sagte mir, daß er es war, der diese Idee seinem Vorgänger suggeriert hatte. Ich sprach mich hierauf im Sinne des hohen Erlasses vom 31. v. M., Nr. 398 Geheim, dem Großvezir gegenüber aus und las ihm den diesem Erlass beigelegenen Notenentwurf vor. Hilmi Pascha nahm von demselben mit großem Interesse Kenntnis und bat mich um eine Kopie dieser Note. Er zog hiebei eine kleine Aufzeichnung aus der Tasche, die er vorbereitet hatte und welche im großen und ganzen mit unseren Ideen stimmt. Ich antwortete dem Großvezir, daß ich mich nicht in einen Gedankenaustausch einlassen könnte, welcher über den Rahmen des in dem Notenentwurf enthaltenen hinausgeht, betonte aber auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 63 vom 22. d. M., daß die Vorbedingung eines Einverständnisses zwischen uns und der Türkei selbstverständlich die Einstellung des Transportes von serbischem Kriegsmaterial durch die Türkei wäre. Hilmi Pascha bemerkte, daß er dies vollkommen einsehe und bereits jetzt ein serbisches Ansuchen wegen Durchfuhrerlaubnis von 15 Tonnen Dynamit verweigert habe. Ich werde morgen im Gegenstande eine weitere Besprechung mit dem Großvezir pflegen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1063, 1104, 1106.

Nr. 1047. Tel. aus London, 24. Feb. 1909 Nr. 24 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eben Sir E. Grey gesehen. Staatssekretär sprach mir von dem Gedankenaustausch, der in den letzten Tagen zwischen hier, Paris, Berlin und Rom stattgefunden hat, um eine eventuelle Intervention zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens zwischen uns und Serbien herbeizuführen, und wovon Euer Excellenz durch die deutsche Regierung informiert sind. Die Sache sei jetzt abgetan, nachdem die deutsche Regierung es für nicht angezeigt erachtet, mit derartiger Anregung an die k. u. k. Regierung heranzutreten; Staatssekretär legte aber Wert darauf, zu betonen, dass die Aktion, die ihm vorschwebte, nur von der Absicht geleitet war, im Interesse des Friedens zu wirken und einen Ausweg zu finden, um den zum Kriege treibenden Ereignissen entgegen zu treten. Nichts lag ihm und der französischen Regierung ferner, als irgendwie eine Pression ausüben zu wollen. Die Anregung, mit welcher England, Deutschland, Frankreich und Italien an uns herangetreten wären, hätte nach Vorschlag Sir E. Greys die Form der folgenden Mitteilung in Wien genommen, welche mir Staatssekretär selbst aufzeichnete. „1) Ob seitens Serbiens irgend eine neue bestimmte Aktion vorliegt, über welche sich Österreich-Ungarn beklagt oder Ursache habe, eine solche Aktion zu erwarten. Wenn ja, so werden sich die Mächte bemühen, in Belgrad, wie sie es schon früher getan, solche Gründe zur Beschwerde zu beseitigen, denn wir wünschen auf das lebhafteste, durch alle in unserer Macht liegenden Mittel die Eventualität zu verhindern, dass sich Österreich-Ungarn gezwungen sehe, aktive Massnahmen gegen Serbien zu ergreifen. 2.) Im Interesse des Friedens schiene eine Verschiebung der Diskussion zwischen den Mächten darüber unerwünscht, zu welchen „settlements“ bezüglich der serbischen und montenegrinischen Interessen man gelangen könnte. Um die Diskussion zu beschleunigen, würden wir suggerieren, daß Österreich-Ungarn vertraulich mitteile, welche Konzessionen es zu gewähren bereit wäre, Konzessionen betreffs des Artikels 29 zu machen,^{b)} sowie noch andere Vorteile zu gewähren“. Sir E. Grey fügte noch hinzu, daß, wenn nicht seitens der k. u. k. Regierung die eben zitierten Konzessionen in Aussicht gestellt worden wären, er sich nicht erlaubt hätte, darauf hinzuweisen. Die ganze, nicht zustande gekommene Aktion habe jetzt nur akademischen Wert und er ersuchte mich, ja es nicht so aufzufassen, als ob er darauf zurückkomme; er wolle mir nur mitteilen, in welchem Rahmen sie sich bewegt hätte. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1044, 1048. — b) So!

Nr. 1048. Tel. aus London, 24. Feb. 1909 Nr. 25 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm No. 24 von heute. Im Laufe meiner Unterredung mit Sir E. Grey betonte ich die Langmut der k. u. k. Regierung gegenüber serbischen Provokationen und erklärte, es schiene mir unmöglich, von wirtschaftlichen Konzessionen einem Lande gegenüber zu sprechen, in welchem alle massgebenden Faktoren sich zu einer Politik unerfüllbarer

Aspirationen, wie territoriale Kompensationen oder Autonomie bekannt haben. Staatssekretär meinte, er sehe kein anderes Mittel, um auf Belgrad Pressure auszuüben, als wenn man dortigen Machthabern erkläre, Serbien werde gewisse bestimmte wirtschaftliche Vorteile erhalten, wenn es sich ruhig verhalte, könne aber für seine weitergehenden Aspirationen auf keine Unterstützung der Mächte rechnen. Sir E. Grey meinte, eine Einwirkung der Mächte in Belgrad ohne Russland würde dort wenig Eindruck machen, denn schliesslich sei es doch nur die russische Unterstützung, auf die Serbien baue. Sir E. Grey sprach von der schwierigen Stellung der russischen Regierung, die unzweifelhaft Erhaltung des Friedens wünsche. Er wisse nicht mehr als ein anderer über Stimmung der Öffentlichkeit in Russland, warne nachdrücklich aber davor, dass ein Krieg zwischen uns und Serbien, den man zu lokalisieren glaubt, infolge slavophiler Strömungen sehr ernste und weittragende Folgen nach sich ziehen könnte. Staatssekretär betont, dass England, Deutschland und Frankreich keine direkten Interessen in Serbien hätten. Auch französischer Botschafter sprach mir und meinem deutschen Kollegen in demselben Sinne wie Grey. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1057, 1072.

Nr. 1049. Erlaß nach Rom, 24. Feb. 1909 Nr. 704.a) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Vertraulich. In dem streng vertraulichen Berichte vom 16. d. M Nr. 13 A beschäftigen Sie Euer Exzellenz mit dem bevorstehenden Rücktritt Herr Tittonis und knüpfen hieran allgemeine Betrachtungen über die Veranlassungen, welche zu diesem Ereignisse geführt haben und über dessen mögliche Rückwirkungen auf das Verhältnis Italiens zu uns. So sehr ich auch aus persönlichen und sachlichen Motiven den Abgang dieser Persönlichkeit von der politischen Bühne bedauere, so kann ich ihm doch, wie Euer Exzellenz wissen, nicht jene weittragende Bedeutung zubilligen, die Herr Tittoni selbst seinem Rücktritt beimisst. Ich bin überzeugt, dass er sich irrt, wenn er von einem gänzlichen Schiffbruch seiner Politik spricht. Nicht seine Politik, die doch auch jene Giolittis ist, hat Schiffbruch gelitten, sondern er persönlich, und nicht deshalb, weil diese Politik unpopulär gewesen wäre, sondern weil er es unterlassen hat, sie in den entscheidenden Momenten mit der genügenden Klarheit und Energie zu vertreten. An dem Dreibundverhältnisse wird auch sein Nachfolger — wer immer es sein mag — für absehbare Zeit festhalten müssen und es sich wohl überlegen, die sichern Garantien dieser politischen Combination aufzugeben, um ungewissen Chancen nachzujagen, die nur zu leicht eine gefährliche Isolierung Italiens mit sich bringen könnten. An dieser Auffassung kann mich auch die Lecture der italienischen Journale nicht irre machen, deren grösste Anzal übrigens eine rein regionale Bedeutung hat und nicht im Stande ist, auf die Richtung der Politik des Landes bestimmend einzuwirken. Für die Richtigkeit derselben spricht jedenfalls, dass kühl denkende und urteilsfähige Leute dem Friedensbedürfnisse Italiens rückhaltslos Ausdruck geben und eine Änderung seiner politischen Orientirung nicht wünschen. In dieser

Beziehung verweise ich auf die erst jüngst gemeldeten Äusserungen Sidney Sonninos und auf das Gespräch des Legations-Secretärs Grafen Colloredo mit Herrn Fortis.^{b)} Aus beiden Kundgebungen geht zur Evidenz hervor, dass die Annahme, als ob die Dreibundpolitik mit Herrn Tittoni stehen oder fallen müsste, nicht gerechtfertigt erscheint. So lange so autoritative Stimmen sich zu ihrem Gunsten aussprechen, braucht man nicht daran zu verzweifeln, dass unser Verhältnis zu Italien auch fernerhin ein erträgliches bleiben wird und sich auch wieder intimer gestalten kann. In der gegenwärtigen kritischen Zeit hat Italien allerdings eine gute Gelegenheit ver säumt, sich unsern Dank zu verdienen; man hat sich dort — weit entfernt von der von Deutschland bewiesenen werththätigen Bundestreue — damit begnügt, nicht geradezu an die Seite unserer Gegner zu treten; zum Theil mag dies darauf zurückzuführen sein, dass es, wie ich einer Bemerkung des Herzogs von Avarna entnehme, der italienischen Diplomatie seit einiger Zeit an leitenden Gesichtspunkten und an einer festen Directive fehlt. Und aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, wenn die Crise in der Consulta, sobald sie einmal unvermeidlich geworden ist, möglichst rasch eine Lösung fände, mit der wir uns zufrieden geben können.

a) Vgl. n. 1022 Anm. i, 1089. — b) n. 1001.

Nr. 1050. Tel. aus Rom, 24. Feb. 1909 Nr. 46 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 26^{b)} und 29^{c)} vom 20. d. M. und 23. d. M. Hiesige Regierung ist von unserer ablehnenden Haltung gegenüber irgend welchen in Wien zu machenden Vorstellungen rücksichtlich Serbiens genau informiert und von der Aussichtslosigkeit diesbezüglicher Versuche überzeugt. Andererseits ist man von dem dringenden Wunsche beseelt, aus der dormaligen nicht ungefährlichen Situation einen Ausweg zu finden. Bollati sprach mir heute früh davon, ob es sich nicht schließlich doch empfehlen würde, auf die Konferenzidee zurückzukehren, nur um über den toten Punkt hinwegzukommen. Öffentliche Meinung und speziell parlamentarische Kreise sind von der herausfordernden Sprache der russischen Presse impressioniert und beunruhigt. Man besorgt hier, daß im Falle kriegigerischer Komplikationen die russische Regierung außer Stande wäre, der panslavistischen Bewegung Herr zu bleiben und zum mindesten ganze Scharen von bewaffneten Freiwilligen für die serbische Sache kämpfen würden. Dies würde eine Rückwirkung auf gewisse extrem-antiösterreichische Kreise Italiens ausüben, wenn auch voraussichtlich in geringerem Maße als einzelne Schreier es glauben machen wollen. Vorstehende Erwägungen sind es in erster Linie, welche auch die Regierung mit einer gewissen Sorge erfüllen. Bollati sagte mir qu'il considère la situation comme très grave. Bisher nur auszugsweise bekannt gewordener Artikel der „Kölnischen Zeitung“ über Stellungnahme Deutschlands wird beruhigend wirken.

Lützow.

a) Vgl. n. 1051. — b) Nicht aufgenommen. Im wesentlichen gleichen Inhalts wie n. 1020, 1021. — c) Nicht aufgenommen. Enthält Mitteilung von n. 1023, 1024 und 1033.

Nr. 1051. Bericht aus St. Petersburg, 11. 24. Feb. 1909 Nr. 8 C (eing. 26. Feb.).a) Ausfert.

In den letzten Tagen haben unter dem Eindrucke der aus Wien und Belgrad eingelangten Nachrichten in verstärktem Maße Kundgebungen für Serbien hier stattgefunden. Dieselben machen sich theils in geschlossenen Versammlungen geltend, namentlich unter der Aegide des bekannten panslavistischen Agitators Stachowitsch und des österreichischen Reichsrats-abgeordneten Hlibowicki, theils in den Spalten der hauptstädtischen Presse. Das gemeinschaftliche Merkmal all' dieser Demonstrationen ist, daß mit viel Lärm für das „bedrohte“ Serbien eingetreten, an die öffentliche Meinung Rußlands, Englands und Italiens appelliert, eine neue „slavische Koalition“ im österreichischen Reichsrat angeregt und die Hoffnung ausgesprochen wird, es mögen, wenn es zu einem Zusammenstoße kommen sollte, zu Tausenden Freiwillige aus Rußland nach den Save-Niederungen strömen, um den bedrängten Brüdern beizustehen. Wahre Kriegsrufe sind im Ganzen nur spärlich zu vernehmen; hiezu scheint doch — bis jetzt wenigstens — die Einsicht und Urteilsfähigkeit nicht genügend getrübt zu sein. Wenn hie und da ein solcher Ton angeschlagen wird, so geschieht es mit der Pose, sich nicht einschüchtern zu lassen, oder in der Absicht, bange zu machen. Von einer ernsthaften kriegerischen Stimmung ist vorderhand nichts wahrzunehmen. In militärischen Kreisen wird, wie ich aus kompetentem Munde erfahre, ein Waffengang aus dem Grunde perhorresziert, weil man sich doch völlig klar darüber ist, daß Rußland noch auf lange hinaus einem solchen nicht gewachsen ist. Es sind zwar unter der moralischen Rückwirkung der im letzten Feldzuge zu Tage getretenen Inferiorität der russischen Armee umfassende Reorganisationen der gesamten Streitkräfte in Aussicht genommen und bedeutende Kredite hiefür votiert worden. Von einem praktischen Effekte dieser theoretischen Maßnahmen sei aber bis heute so viel wie nichts zu merken. Kriegsminister Roediger wisse dies am besten selbst und halte mit der Wahrheit auch nicht zurück. So lange er am Ruder sei, könne beruhigt der Zukunft entgegengesehen werden. Allerdings habe General Roediger viele Feinde, so die Truppenführer, die ihm bureaukratische Pedanterie vorwerfen, dann die zahlreichen Generale, welche er wegen dienstlicher Unzulänglichkeit pensionieren ließ. Herr Stolypine aber und die Duma hielten dem Kriegsminister die Stange und in Tsarskoe Selo erfreue sich derselbe nach wie vor besonderen Wohlwollens. Es sei daher kein Grund, den Geraden über eine Erschütterung seiner Stellung Glauben zu schenken. — Aus den vorstehenden Erwägungen müßte der Schluß gezogen werden, daß im Falle einer kriegerischen Verwicklung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zwar viel Fanfarenklänge hier zu hören sein würden, aber eine Mobilisierung — wie sie Herrn Iswolsky nach Euer Exzellenz Privatschreiben vom 19. d. Mts. vorzuschweben scheint — denn doch nicht zu gewärtigen wäre. Immerhin glaube ich, auf zwei Momente, die mir in den letzten Tagen aus untrüglicher Quelle zu Ohren gekommen sind, hinweisen zu sollen, welche für eine neuesten bemerkbare gewisse Rührigkeit — vielleicht Nervosität — sprechen würden. Es ist dies 1° die eben in Durchführung befindliche Verlegung der

33. Infanterie-Division sammt der 33. Artillerie-Brigade vom Kaukasus, wo dieselben seit 3 1/2 Jahren disloziert waren, nach Kiew und die offenbar Hand in Hand damit gehende angebliche Verlegung von vier Infanterie-Regimentern von Kiew, wohin sie seinerzeit als Ersatz für die fraglichen Divisionen gezogen waren, an die österreichische Grenze (Woloczyska). Die Degarnierung des Kaukasus in einem Momente, wo der Gouverneur Graf Worontzow-Daschkoff nicht müde wird, auf Vermehrung der Besatzung zu dringen, giebt gewiß zu denken. — Hiezu kommt 2° die gleichfalls in allerletzter Zeit verfügte Bestellung von 60.000 Pud Draht für Armierungszwecke in polnischen Festungen, wobei allerdings zu bemerken wäre, daß einer solchen Maßnahme, welche in den Bereich der reglements-mäßigen Festungsausrüstung in Friedenszeit gehört, an und für sich noch nicht die Bedeutung einer Kriegsvorbereitung zukommen würde. — Zum Schlusse sei mir noch gestattet, auf die Beteiligung von Freiwilligen in großem Stile im Kriegsfalle zurückzukommen, mit welcher hier viel geflunkert wird, u. zw. nicht bloß von Volksrednern und Journalisten, sondern auch von Diplomaten aus der unmittelbaren Umgebung Herrn Iswolskys. Was diese angeblich nach Hunderttausenden zu beziffernden Freiwilligen anbelangt, ist vor Allem zu berücksichtigen, daß das russische Volk kriegerische Neigungen vermissen läßt, daß ferner selbst der eigene Bedarf an Unteroffizieren im russischen Heere nur unzulänglich gedeckt wird und daß schließlich, wenn auch Anmeldungen kaum ausbleiben werden, die Elite der russischen Wehrfähigen gewiß nicht darunter zu finden sein wird.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1050, 1053.

Nr. 1052. Bericht aus St. Petersburg, 11. 24. Feb. 1909 Nr. 8 E (eing. 26. Feb.).a) Ausfert.

Die Reserve, welche ich seit meiner Rückkehr vom Urlaube dem Herrn Minister des Äußern gegenüber beobachte, scheint dem Letzteren auf die Dauer unbehaglich zu werden. Wie mir mein deutscher Kollege gestern vertraulich mitteilte, hat sich Herr Iswolsky ihm gegenüber im Laufe einer Unterredung darüber beklagt, daß ich sein Arbeitszimmer vollständig meide, indeß andere Minister von mir in letzter Zeit aufgesucht worden seien. „C'est un boycottage du Ministre des Affaires Etrangères, procédé qui n'a jamais été pratiqué auparavant par un Ambassadeur“. Graf Pourtales ließ sich angelegen sein, Herrn Iswolsky auseinanderzusetzen, daß er in meinem Vorgehen absolut nichts Befremdliches erblicke. Ich hätte, soweit ihm bekannt, bei meiner Rückkehr nach St. Petersburg der Gemahlin des Ministers einen Besuch abgestattet und eine Karte für Herrn Iswolsky abgegeben. Ein Privatbesuch im Bureau des Ministers sei nicht leicht denkbar. Der Mittwoch-Empfang habe einen offiziellen Charakter und es widerspreche wohl meinem Taktgefühl, bei demselben zu erscheinen, nachdem über Herrn Iswolskys eigenen Wunsch der Verkehr auf den Korrespondenzweg eingeschränkt worden sei. Der Minister gab Letzteres zu, meinte aber, daß dies nicht jeden Umgang ausschließe. Bei dem freundschaftlichen Verhältnisse, in welchem wir stets gestanden, müsse er annehmen, daß

besondere Gründe mein Verhalten beeinflussen. Auch gab er zu verstehen, daß er, was ihn betreffe, keinen Anlaß habe zu wünschen, außer jedem Kontakte mit mir zu bleiben. Ich versicherte Grafen Pourtalès, daß er meinen Ideengang vollkommen richtig dem Minister gegenüber verdolmetscht hatte, daß ich absolut keinen Anlaß habe, an Herrn Iswolskys Tür um Einlaß zu betteln, daß ich aber auch anderseits, wenn mich der Zufall auf neutralem Boden mit dem Minister zusammenführen sollte, gewiß mich freuen werde, ihn zu begegnen und mit ihm zu verkehren. Mein deutscher Kollege schloß das Gespräch, indem er mir proponierte, mich im Laufe der nächsten Tage gleichzeitig mit Herrn Iswolsky zu einem kleinen nichtoffiziellen Diner zu laden, welchen Vorschlag ich umsoweniger Anlaß hatte zu refüsieren, als mir dadurch Gelegenheit geboten wird, dem Minister zu zeigen, daß ich ihm zwar nicht nachlaufe, aber auch nicht trotzig aus dem Wege gehe.

Berchtold.

a) Vgl. n. 869, 1018, 1068, 1073, 1133.

Nr. 1053. Tel. nach Berlin Nr. 38 (1), Paris Nr. 24 (2), London Nr. 26 (3), St. Petersburg Nr. 38 (4), Rom Nr. 32 (5) und Konstantinopel Nr. 73 (6), 25. Feb. 1909 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Gagern; G. Aehrenthal).

1.—6. Die Ablehnung Deutschlands, auf die von Frankreich und England angeregte Demarche in Wien einzugehen, scheint die Kabinette von Paris und London bewogen zu haben, von einer solchen hier ganz abzusehen. Wenigstens ging aus den Bemerkungen der betreffenden gestern bei mir erschienenen Botschafter hervor, daß dieselben für den ganzen Gedanken dieser Aktion kein rechtes Verständnis hatten und denselben nicht billigten. Ich habe den Herren Botschaftern gegenüber, welche mich über die Situation befragten, erklärt, daß, wenn nichts Unerwartetes eintreten sollte, morgen die Unterfertigung des Entente-Protokolles in Konstantinopel stattfinden würde. Ich fügte bei, daß ich konform meiner früheren Erklärung eine entsprechende Mitteilung an die Signatarmächte gelangen lassen würde. Hiedurch würde ich meine Aufgabe, soweit dies von mir abhängt, erfüllt und die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina sowie durch die Kündigung der Konvention vom Jahre 1879 herbeigeführten formellen Änderungen saniert haben. Ich hätte keinen Zweifel, daß die Mächte dies zur Kenntnis nehmen und sohin diesen Teil der seit dem vorigen Herbste entstandenen Schwierigkeiten als behoben ansehen würden. Speziell Herrn Crozier machte ich, ohne jedoch eine Anregung, geschweige denn einen Vorschlag zu formulieren, in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam, daß in der bevorstehenden Mitteilung des Protokolles mit der Türkei an die Mächte ein *fait nouveau* liege, welches den Kabinetten die Möglichkeit bieten könnte, Serbien zur Vernunft zu bringen. Ich betonte ausdrücklich, wie bisher, daß ich keinen Wunsch nach einer Vermittlung hege und keinen derartigen Antrag annehmen könnte. Die Situation zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sei eben die, daß letzteres die Annexion Bosniens und der Herzegowina,

welche jetzt von der Türkei anerkannt sei, nicht nur nicht ruhig hinnehmen wolle, sondern gegen dieselbe von einem phantastischen nationalen Rechtsstandpunkte protestiere und gewisse territoriale Vorteile für sich reklamiere. Serbiens Bestrebungen seien gegen die Integrität der Monarchie gerichtet, bedeuteten somit eine inkorrekte und hostile Haltung des Königreiches, welche noch durch die Fortsetzung umfassender und zielbewußter Rüstungen erhöht werde. Es sei klar, daß ein solcher Zustand auf die Dauer unhaltbar sei. Nicht so präzise, aber annähernd in derselben Richtung äußerte ich mich zu Sir Fairfax Cartwright. Beide Botschafter schienen Verständnis für die Wichtigkeit des Augenblickes und für die günstige Gelegenheit zu haben, die bisher im Dunkeln herumtappenden Mächte auf eine feste Grundlage in ihrer Aktion gegen den Störenfried Serbien zu bringen.

1. Ich habe von dieser Konversation Herrn von Tschirschky Mitteilung gemacht. Vorstehendes zu Ihrer streng vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem Reichskanzler und Staatssekretär.

2. u. 3. Vorstehendes teile ich Euer Exzellenz zur streng vertraulichen Kenntnissnahme und Regelung Ihrer Sprache mit, welche umso vorsichtiger sein muß, als vorerst die Mitteilung des Protokolles an die Mächte zu erfolgen haben wird.

4., 5. und 6. Vorstehendes zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1051, 1054, 1065, 1067, 1072.

*Tel. nach Konstantinopel, 25. Feb. 1909 Nr. 73 (chiffr. 7 U. p. m.).
Siehe n. 1053.*

Tel. nach London, 25. Feb. 1909 Nr. 26 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1053.

*Nr. 1054. Erlaß nach London, 25. Feb. 1909 Nr. 720.a) Konz.
(S. Kwiatkowski u. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. In Ihrem Berichte vom 19. Februar l. J., No. 17/C, bringen Euer Exzellenz einige Bemerkungen König Eduards, Sir Edward Greys und A. Tyrrells über die Beziehungen der k. u. k. Regierung zu Serbien zu meiner Kenntnis. Euer Exzellenz haben speziell auf die befremdende Sortie König Eduards, daß ich die Absicht hätte, mit Serbien einen Streit zu beginnen, entsprechend reagiert. Ich glaube aber die gefallenen Äußerungen auch meinerseits relevieren zu sollen und es erscheint mir wünschenswert, daß Euer Exzellenz eine sich darbietende Gelegenheit benützen, um sowohl König Eduard wie dem Herrn Staatssekretär gegenüber die eigentümlichen Informationen richtig zu stellen, die denselben über unser Verhältnis zu dem benachbarten Königreiche allem Anscheine nach zugekommen sind. Wenn man in England Miene macht, Serbien als die verfolgte Unschuld hinzustellen, so hat man dort offenbar vergessen, daß eines der Hauptmotive, die den Entschluß der Annexion zur Reife brachten, die großserbischen Wühlereien waren, die seit Jahr und Tag von

Belgrad aus sowohl in den okkupierten Provinzen wie in den benachbarten Teilen der Monarchie betrieben wurden. Wie sich Serbien seit dem Momente der Annexion uns gegenüber verhalten hat, ist so allgemein bekannt, daß ich mich füglich enthalten könnte, hier diesbezügliche Tatsachen anzuführen. Serbien hat sich ohne jede rechtliche Basis für ein solches Vorgehen mit Protesten und Memoranden an die Großmächte gewendet, seine Presse führt seit Monaten — ich brauche nur auf den letzten vor wenigen Tagen erschienenen Artikel der „Samouprava“ hinzuweisen — eine unerhört heftige Sprache gegen die Monarchie, in den Straßen von Belgrad und bei öffentlichen Meetings wird der Krieg gepredigt und serbische Militärmärsche führen seit Monaten Kriegsmaterial aller Art in die serbischen Depôts und Magazine. Ich will gar nicht davon reden, daß die serbische Regierung nach uns vorliegenden detaillierten Informationen in ihrer konspirierenden, über die Grenzen des Königreiches hinausreichenden Tätigkeit auch heute noch fortfährt. All' diesem Treiben gegenüber, das sich vor ihren Toren abspielt, hat die Monarchie eine beispiellose Langmut bewiesen und auch der hiesigen öffentlichen Meinung hat sich erst in der letzten Zeit eine nur zu gerechtfertigte Erregung bemächtigt. Die Frage ist wohl gestattet, ob England sich etwa seitens einer südamerikanischen Republik nur einen Bruchteil der Provokationen hätte gefallen lassen, wie wir sie von unserem unmittelbaren Nachbar schon seit so langer Zeit mit unerhörter Geduld hinnehmen, ohne bisher andere als die notwendigsten militärischen Defensivmaßregeln ergriffen zu haben. Sir Edward Grey wird wohl selbst zugeben müssen, daß es uns schwer fallen müßte, eine noch „größere Nachsicht“ zu bekunden. Wir sind auch weiterhin entschlossen, einen Konflikt mit Serbien, wenn irgend möglich, zu vermeiden; wenn aber Mr. Tyrrell Ihnen gegenüber darauf hingewiesen hat, daß wir Serbien seinerzeit ein besonderes Entgegenkommen auf ökonomischem Gebiete in Aussicht gestellt hätten, so kann ich nur bemerken, daß sich das Königreich einen Anspruch auf eine besondere Rücksichtnahme unsererseits, welches übrigens die gesamte serbische Publizistik mit Hohn zurückweist, durch seine Haltung seit dem Tage der Annexion gründlich verscherzt hat. Abschließend will ich nur noch hervorheben, daß man sich in London die Beunruhigung über unsere aggressiven Pläne wohl hätte ersparen können, wenn man, statt irrigen Informationen Glauben zu schenken, sich an die Mitteilungen gehalten hätte, die Euer Exzellenz zu den maßgebenden Persönlichkeiten über unsere Absichten zu machen in der Lage waren und die mit meinen Äußerungen zu Sir F. L. Cartwright übereinstimmten.

a) Vgl. n. 1053, 1056, 1072.

Nr. 1055. Privatschreiben nach London, 25. Feb. 1909 Nr. 722.a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Ich bestätige den Empfang des Privatschreibens vom 19. d. M., mit welchem Euer Exzellenz einen Bericht des Prinzen Liechtenstein an den Chef des Generalstabes vorgelegt haben, in dem Äußerungen des Marquis de Soveral über das persönliche Verhältniss des Königs Eduard

zu unserem Allergnädigsten Herrn gemeldet werden. Zu diesem Punkte habe ich die nachfolgenden Bemerkungen zu machen. Die Annahme, als ob bei Seiner Majestät seit der letzten Ischler Begegnung gegen König Eduard eine Verstimmung bestehen würde, ist vollkommen unzutreffend. Euer Exzellenz waren ja dabei zugegen und haben constatiren können, daß die Aussprache zwischen beiden Monarchen und zwischen Hardinge und mir ein zufriedenstellendes Ergebnis gehabt hat. Mir haben diese Unterredungen speziell den Eindruck hinterlassen, daß die in Folge des Sandschakbahn-Projectes entstandene leichte Trübung unseres guten Verhältnisses zu England ganz geschwunden sei. Wenn König Eduard seither wahrgenommen haben will, daß ein Mißton in die bisher so herzlichen persönlichen Beziehungen der Herrscher eingetreten sei, so hätte er den Grund hiefür wohl nur in seiner und seiner Regierung Haltung und in dem Auftreten der englischen Presse in der Annexionsfrage zu suchen, wodurch Erscheinungen gezeitigt wurden, die ich schon in meinen Privatschreiben vom 30. November und vom 17. Dezember v. J. einer eingehenden Beurteilung unterzogen habe. Ich habe damals ausgeführt und bin auch heute noch der Ansicht, daß das Verhalten Englands in dieser Frage unser Einverständniß mit der Türkei erschwert und auf unser Verhältniß zu Serbien in der ungünstigsten Weise zurückgewirkt hat — wobei ich aber gern einräumen will, daß, seit wir mit der Pforte zu einer Verständigung gelangt sind, die englische Regierung und die Sprache der dortigen Blätter uns zu einer Beschwerde weniger Anlaß geben. König Eduard, der sogar so weit gieng, jeden politischen Meinungsaustausch mit Ihnen demonstrativ zu vermeiden, hätte wahrlich keine Ursache, sich über eine etwaige Verstimmung unseres Allergnädigsten Herrn zu wundern, da Allerhöchstderselbe des Königs und seiner Regierung sehr unfreundliche Stellungnahme in der gegenwärtigen Krise mit den bei jedem Zusammentreffen abgegebenen so freundschaftlichen Versicherungen nicht in Einklang zu bringen vermochte. Es ist kaum nötig zu bemerken, daß Seine Majestät der Kaiser jederzeit mit Freuden bereit sein wird, die seit jeher bestandenen intimen Beziehungen zu König Eduard fortzusetzen, wenn die Anlässe geschwunden sein werden, die nach des Königs Ansicht zu deren vorübergehender Störung geführt haben. Indem ich noch ausdrücklich beifüge, daß die Abberufung des wenig hervorragenden Sir E. Goschen die Stimmung in den hiesigen maßgebendsten Kreisen nach keiner Richtung beeinflusst hat, überlasse ich es dem Ermessen Euer Exzellenz, zu welchen Vertrauensmännern Sie sich mit Nutzen im vorstehenden Sinne äußern können.

a) Vgl. n. 1118.

Nr. 1056. Tel. aus London, 25. Feb. 1909 Nr. 27 (eing. 26. Feb. 10 U. a. m.). a) Entziff.

Je viens de causer avec l'ambassadeur de France qui exprime son regret que le projet d'une démarche toute amicale des puissances auprès du gouvernement Impérial et Royal ait pénétré dans les journaux ce qui a dû contribuer selon lui à rendre ce projet déplaisant au cabinet de Vienne.

Monsieur Cambon envisage la situation comme très sérieuse à cause des complications inextricables qu'une guerre austro-serbe amènerait. Il estime qu'il faut sortir de cette impasse et, à son avis personnel, on devrait quand même faire une démarche à Belgrade; c'est à dire que la France, l'Angleterre, l'Allemagne, l'Italie et la Russie devraient déclarer au gouvernement serbe qu'il ne peut pas être question d'avantages territoriaux ni de demandes d'autonomie pour la Bosnie et l'Herzégovine. Si la Serbie renonce catégoriquement à ces deux prétensions, on lui demanderait quels sont ses désirs économiques, et les puissances, si elles trouvent ceux-ci raisonnables, se feraient les avocats de la Serbie à Vienne. Mon collègue français croit que les Serbes se démèneront et crieront mais finiraient par se soumettre. Il croit que leurs aspirations économiques seraient le traité de commerce et le chemin de fer vers l'Adriatique avec garantie de tarif et de transit afin que le débouché ne puisse pas leurs être fermé. Monsieur Cambon parle de tout cela comme de son idée personnelle mais croit qu'il serait possible d'amener les puissances, y compris la Russie, à s'entendre sur un projet de ce genre. Il ajoute qu'il faudrait savoir préalablement comment le cabinet de Vienne recevrait une idée pareille et quels avantages économiques il serait disposé à concéder. Es käme also nach Anregung meines französischen Kollegen schliesslich doch darauf hinaus, dass die k. u. k. Regierung vorher zu verstehen gebe, welche Vorteile sie gewähren würde. Herr Cambon gab unserer Unterredung Charakter eines ganz vertraulichen Gespräches zwischen Kollegen, es scheint mir aber zweifellos, dass er sich für den von ihm skizzierten Plan hier warm einsetzt und man Grund hat anzunehmen, dass er hier gut aufgenommen würde. Er legte Wert darauf, dass eine Démarche in Belgrad nur Erfolg haben könnte, wenn Russland sich daran beteiligt.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1054, 1057, 1072.

*Nr. 1057. Bericht aus London, 25. Feb. 1909 Nr. 19 A (eing. 27. Feb.).^{a)}
Ausfert.*

Nachdem sich mir durch den heute Abend nach Wien abreisenden englischen Botschaftssecretär Rennie eine sichere Gelegenheit bietet, möchte ich mir erlauben im Nachhange zu meinen gestrigen Telegrammen No. 24 und No. 25 Euer Excellenz den Originaltext der Notizen^{b)} vorzulegen, die mir Sir Edward Grey gestern übergab. Der Staatssecretär war bemüht in unserer Unterredung hervorzuheben, dass die in's Auge gefasste Action Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens — die nunmehr abgethan sei — durchaus nicht irgendwie den Charakter einer Pression haben sollte. Die Mittheilung an die k. u. k. Regierung sollte in eine Form gekleidet sein, die keinen Anstoss erregen und „welche Ihre Alliirten mitunterschreiben“ könnten. Er liess den Entwurf der Depesche, welche eventuell an Sir Fairfax Cartwright gerichtet worden wäre, holen und schrieb aus derselben die beiliegenden Notizen ab, welche die zwei Punkte der geplanten Action darstellen. Sir Edward betonte wiederholt und ausdrücklich, dass ich seine Mittheilung an mich durchaus nicht so auffassen sollte, als ob er auf seine

Anregung zurückkomme. Er betrachte sie als vollständig abgethan, wollte mir aber nur zeigen, dass sie einen ganz freundschaftlichen Charakter gehabt hätte und dass er nur von dem Bestreben geleitet war, nach seinen Kräften dazu beizutragen, eine Störung des Friedens zu vermeiden. England habe, wie er betonte, eben so wie Frankreich und Deutschland keine directen Interessen in Serbien. Russland sei in einer anderen Lage. Er zweifle nicht an den durchaus friedlichen Absichten der russischen Regierung, könne aber nicht beurtheilen, in wie weit dieselbe der wachsenden slavophilen Strömung widerstehen könnte. Es sei immerhin die Gefahr vorhanden, dass ein Krieg zwischen der Monarchie und Serbien nicht localisirt werden könne und die ernstesten und weittragendsten Folgen nach sich ziehen würde. Der Staatssecretär sieht momentan kein Mittel, wie die Mächte auf Serbien eine Pression ausüben könnten, wenn sie nicht in die Lage versetzt werden, der Belgrader Regierung gewisse von der k. u. k. Regierung zu gewährenden wirtschaftlichen Vortheile in Aussicht zu stellen, welche Serbien für den Fall seines ruhigen und correcten Verhaltens zugesichert würden.¹⁾ Sir Edward betonte, dass er von solchen Concessionen nicht gesprochen hätte, wenn Euer Excellenz nicht selbst sich bereit erklärt hätten, einer Abänderung des Art. 29 des Berliner Vertrages zuzustimmen und Serbien auf öconomischem Gebiete Entgegenkommen zu zeigen. Ich erklärte, wie berichtet, nachdem ich neuerdings eingehend die Geduld der k. u. k. Regierung hervorgehoben hatte, dass es mir unmöglich schiene, wirtschaftliche Vortheile anzubieten, solange in Serbien die maßgebenden und verantwortlichen Factoren (Minister, Skupschtina und Kronprinz) laut erklären, dass sie sich nur mit territorialen Zugeständnissen und Autonomie der annexirten Provinzen zufriedenstellen würden. Sir Edward hatte diesen Argumenten gegenüber keine Antwort. Aus Allem, was er sagte, geht aber das aufrichtigste Bestreben hervor, nach einem Mittel zu suchen, um den Krieg zu verhindern. Ob nun die hiesige Regierung noch irgend eine andere Anregung vorbringen wird, vermag ich nicht zu beurtheilen. Sir Edward erklärte wiederholt, dass er die von ihm suggerirte Action als ganz abgethan ansieht. Nach dem Tone der heutigen Presse zu urtheilen, scheint es beinahe, als ob man wieder auf die Idee der Conferenz zurückgreifen wollte. Der französische Botschafter hat sowohl meinem deutschen Collegen als mir gegenüber lebhaft und eindringlich dafür plaidirt, dass wir durch Mittheilung der eventuellen wirtschaftlichen Concessionen an Serbien es den Mächten ermöglichen sollten, in Belgrad eine Pression auszuüben.²⁾ Der russische Geschäftsträger Poklewski (Benckendorff ist auf einen Monat Urlaub nach Egypten) sagte mir, „puisqu'on ne cause plus entre Vienne et St Pétersbourg, pourquoi ne causez vous pas ici et à Paris? Dites ce que vous êtes prêts à donner aux Serbes et on pourra les forcer alors de se tenir tranquils. C'est le seul moyen de faire taire ces brailards.“ Über die Stimmung in Russland sprach sich Poklewski in eher pessimistischem Sinne aus, indem er auf das Wachsen der Sympathie für Serbien hinwies.

Mensdorff.

¹⁾ Das wäre eine Belohnung für Serbiens Frechheiten. — ²⁾ derselbe Unsinn.
^{a)} Vgl. n. 1056, 1058, 1065. — ^{b)} Beilage.

Beilage zu n. 1057. Abschrift.

1.) Whether there is any definite action of which Austria complains or whether she has reason to apprehend such action; if so we could do our best at Belgrade as we have done before, to remove such cause of complaint for we are most anxious to avert by any means in our power the contingency of seeing Austria compelled to take active measures against Servia. 2.) It seems undesirable in interest of peace to delay discussion amongst Powers of what settlement can be arrived at with regard to Servian and Montenegrine interests. To intimate this discussion we would suggest that Austria should state confidentially what concessions she is prepared to make for we have always understood that she is prepared to make concessions about art: 29 and to offer some other advantages in addition.

Tel. nach Paris, 25. Feb. 1909 Nr. 24 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1053.

*Nr. 1058. Tel. aus Paris, 25. Feb. 1909 Nr. 11 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Streng vertraulich. Einem hier zirkulierenden Gerüchte zufolge soll russischer Botschafter Herrn Pichon gefragt haben, wie sich Frankreich verhalten würde, wenn Russland uns wegen Serbiens den Krieg erklären würde. Der französische Minister des Äussern hätte diese Anfrage überaus kühl aufgenommen, Fürst Radolin hat Herrn Nelidow befragt, ob ein derartiger Gedankenaustausch stattgefunden und erhielt eine verneinende Antwort. Die in Berlin erfolgte Ablehnung der von Frankreich und England proponierten Intervention in Wien wurde dem deutschen Botschafter angezeigt und hiebei ausdrücklich vermerkt, dass dies auf Allerhöchsten Befehl geschehen sei.

Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 1057, 1059, 1127.

Tel. nach Rom, 25. Feb. 1909 Nr. 32 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1053.

*Tel. nach St. Petersburg, 25. Feb. 1909 Nr. 38 (chiffr. 7 U. p. m.).
Siehe n. 1053.*

Nr. 1059. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 26. Feb. 1909 Nr. 59 (eing. 27. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern bezeichnete mir die Erklärung vor der Skupstchina als absichtlich nebulos; jeder soll herauslesen, was ihm passt. Gesprächsweise erwähnte er sodann, daß Regierung vorläufig die Absicht aufgegeben hat, Memorandum abzusenden, weil serbische Forderungen so wie so bekannt sind. Minister des Äussern fügte hinzu, daß im Memorandum — dem Standpunkte der neuen Regierung entsprechend — Autonomie Bosniens nicht mehr gefordert, nur mehr gewünscht werde, das heißt als frommer Wunsch vorhanden sei, jedoch ohne Garantie durch Mächte zu verlangen. An der Forderung territorialen Verbindungsstreifens werde festgehalten.

Franz.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 82 Nr. 113. Vgl. n. 936, 1058, 1060.

Nr. 1060. Erlaß nach Berlin, 26. Feb. 1909 Nr. 739.^{a)} Konz.
(S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Ich habe Euer Exzellenz bereits mit meinem Telegramme vom 23. I. M., Nr. 36, beauftragt, der kaiserlich deutschen Regierung meinen wärmsten Dank für die Erklärung auszudrücken, die Freiherr von Schoen mit Allerhöchster Ermächtigung dem französischen und dem englischen Botschafter gegenüber abgegeben hat, und in welcher der von den Kabinetten von Paris und London in Berlin angeregte modus procedendi bezüglich einer bei der k. und k. Regierung zu unternehmenden Démarche deutscherseits als unannehmbar bezeichnet wurde. Seither haben mir Euere Exzellenz eine Abschrift des genauen Wortlautes der in Rede stehenden Erklärung vorgelegt. Euer Exzellenz wollen zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers und des Freiherrn von Schoen bringen, daß ich mich nach der Lektüre dieser Pièce gedrängt fühle, der kaiserlich deutschen Regierung für diesen so eklatanten Beweis treuer bundesfreundlicher Gesinnung nochmals meinen wärmsten Dank auszusprechen und daß es mir zu hoher Genugtuung gereicht, daß sich der Standpunkt, den das Berliner Kabinett in dieser Erklärung in so klarer und zielbewu  fter Weise zum Ausdrucke brachte, in vollkommener Übereinstimmung mit der Auffassung der k. und k. Regierung befinde. Mit der größten Befriedigung begrüße ich die in so prägnanter Weise formulierten Konklusionen, zu denen das Berliner Kabinett in dieser Erklärung gelangt sei, wonach der Hebel in Belgrad anzusetzen und dort Garantien gegen die Fortsetzung der bisher eingenommenen provokatorischen Haltung zu fordern wären, sowie ferner, daß erst dann dem Gedanken einer direkten Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien über etwaige dem Savek  nigreiche zu gewährende wirtschaftliche Vorteile näher getreten werden könnte, wenn die serbische Regierung ihre Handlungen und Kundgebungen im eigenen Lande mit den den Mächten gegebenen friedlichen Versicherungen in Einklang gebracht haben würde. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über den Vollzug dieser Weisung entgegensehe, erneuere etc.

^{a)} Vgl. n. 1044, 1059, 1063, 1065.

Nr. 1061. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Feb. 1909 Nr. 106 (eing.
9 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Unterfertigung des Protokolls und Paraphierung der explicativen Noten soeben erfolgt. Das für die hohe k. u. k. Regierung bestimmte Originalexemplar des Protokolls sende ich durch den hier als Spezialkurier anwesenden Konsul Joannovi   morgen früh via Constantza und Bukarest nach Wien. Grossvezir drückte mir die bestimmte Hoffnung aus, dass Boykott dieser Tage überall enden werde. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1045, 1062, 1063, 1064.

Nr. 1062. Bericht aus Konstantinopel, 26. Feb. 1909 Nr. 18 A (eing.
28. Feb.).^{a)} Ausfert.

Die Verhandlungen über das Ententeprotocole haben sich sehr in die Länge gezogen. Hiezu trug einerseits der Wechsel im Grossvezirate bei,

andererseits aber auch der Umstand, dass sich bei den türkischen Unterhändlern das Bestreben einer vermehrten ängstlichen Rücksichtnahme auf das Parlament geltend machte, was seinen Grund wohl mit in den durch serbische Wühlereien veranlassten Annexionsprotest-Adressen hatte, die von albanesischer Seite der Kammer zukamen. Im Nachstehenden will ich mir nun erlauben Euer Excellenz den Werdegang des Protokolles kurz zu resumieren. Mit dem Endresultate der Verhandlungen können wir, glaube ich, ganz zufrieden sein. Im Artikel II ist es gelungen, trotz des anfänglichen bedeutenden Widerstandes türkischerseits die ausdrückliche Anerkennung des durch die Annexion geschaffenen Zustandes aufzunehmen. Was Artikel III anbelangt so werden die Schwierigkeiten, welchen successive unsere Fassungen dieses Artikels auf Seite der türkischen Unterhändler begegneten erst dann recht klar, wenn man bedenkt, dass diese letzteren nur nach langem Widerstreben auf ihre ursprüngliche Idee, einer zu veranstaltenden Option verzichteten, welche Anfangs für die gesamte bosnische Bevölkerung, später nur mehr für die Mohammedaner der bosnischen Regimenter und zwar für die Frist von 3 Jahren ins Auge gefasst war. Die schliessliche Annahme unserer transitorischen Bestimmung, die der Billigkeit nach allen Seiten hin möglichst Rechnung trägt, ist, glaube ich, nur zu begrüßen; es wäre meiner Ansicht nach zu weit gegangen, Bosnier, welche hier seit Jahren ansässig sind und als Ottomanen betrachtet werden, lediglich desshalb weil sie im Besitze eines bosnischen Passes sind, ihrem bisherigen Unterthanenstand zu entziehen. Artikel IV bot gleich Artikel I keine Schwierigkeiten und wurden unsere Amendements zum türkischen Ursprungstext anstandslos acceptiert. In Artikel V wurde trotz nachhaltigem Widerstande der Pforte der auf den Schiedsspruch anspielende Passus aufgenommen. Artikel VI ist schliesslich im Allgemeinen unseren Wünschen gemäss ausgefallen. Artikel VII erfährt durch die Unterdrückung der Aufzählung der aufzunehmenden Postämter in merito keine Veränderung, während durch die vereinbarte Explicativnote das Amt von S. Giovanni di Medua als Zwischenpostamt für Scutari uns an einem Orte erhalten bleibt, wo es dem Wortlaute dieses Artikels gemäss aufzulassen gewesen wäre. In Artikel VIII ist es uns gelungen die Pforte von ihrem ursprünglich zähe festgehaltenen Standpunkte einer bedingungslosen Anerkennung der Abschaffung der Capitulationen unsererseits abzubringen. In Artikel IX schliesslich haben wir durch Annahme der kalendermässigen Fixierung des Austausches der Ratificationen dem türkischen Wunsche Rechnung getragen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 880 Anm. b, 1061, 1063, 1064, 1067, 1068.

Nr. 1063. Bericht aus Konstantinopel, 26. Feb. 1909 Nr. 18 C (eing. 28. Feb.).^a) Ausfert.

Geheim. Wie ich Euer Excellenz telegrafisch zu berichten die Ehre hatte, hat mir gestern der Grossvezir einen längeren Besuch abgestattet, bei welcher Gelegenheit die seit so langer Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen uns und der Türkei wegen der Annexion Bosniens zum definitiven

Abschluss gebracht wurden. Heute nachmittag wird im Konak des Grossvezirs das Entente Protokoll unterzeichnet werden. Hilmi Pascha hat auch gestern, so wie er dies vor einigen Tagen, als ich ihn besuchte, gethan hat, die Hoffnung ausgesprochen, dass nunmehr die Basis zu einem weiteren und je innigeren Einvernehmen zwischen den beiden Staaten gelegt sei und dass es ihm vergönnt sein werde, in dieser Richtung auch fürderhin thätig zu sein. Er wies ferner darauf hin, dass diejenigen, welche geglaubt hatten, dass der Ministerwechsel die Sache aufhalten werde, sich geirrt hätten, denn gerade seitdem er die Regierung übernommen habe, seien die Verhandlungen rascher von Statten gegangen als früher. Augenscheinlich wollte hiedurch Hilmi Pascha mir gegenüber hervorheben, dass er uns freundlicher gesinnt sei als sein Vorgänger. Er hob im Laufe des Gespräches auch hervor, dass Kjamil Pascha in einem früheren Stadium der Angelegenheit die Idee der Autonomie Bosniens verfochten hätte, dass er, Hilmi Pascha, aber schon damals gegen diese Idee im Ministerrathe aufgetreten wäre, indem er darauf hingewiesen hätte, dass die Autonomie Bosniens geradezu eine Gefahr für die Türkei wäre. Es ist richtig, dass der frühere Grossvezir einen Moment an jene Idee gedacht hat. Er hat ja sogar mir gegenüber einmal eine diesbezügliche Bemerkung gemacht, die ich aber, wie Euer Excellenz erinnerlich sein dürfte, mit der Erwiderung zurückwies, dass ich dies nicht ernst nehmen und seine Äusserung nur als Scherz betrachten könne. Nachher sprach mir Kjamil Pascha nicht wieder von der Autonomie Bosniens. Inwieferne Hilmi Pascha ein Verdienst zukommt, dass der Ex-grossvezir die Idee der Autonomie so bald fallen liess, ist jetzt schwer zu constatieren. Im Zusammenhange mit den vorstehenden Äusserungen sagte mir ferner Hilmi Pascha, er sei auch immer gegen die Durchfuhrsbewilligung für serbisches Kriegsmaterial gewesen und habe nunmehr angeordnet, daß solche Bewilligungen nicht mehr ertheilt werden. Das Gespräch kam sodann auf die Frage des Sandjaks von Novi Bazar. Hilmi Pascha, welchem ich, wie ich dies Euer Excellenz mit Telegramm vom 24. I. M. No. 103 zu melden die Ehre hatte, vor einigen Tagen den Entwurf der mit hohem Erlasse vom 31. v. M. No. 398 herabgelangten Note übergeben hatte, sagte mir, er werde demnächst über diesen Gegenstand eingehender mit mir sprechen. Vorläufig wolle er nur erwähnen, dass er mit dem Inhalte der Note ganz einverstanden sei und nur einige kleine Änderungen vorschlagen möchte. Da ich Grund zur Annahme hatte, dass der Grossvezir die Stipulierung einer militärischen Intervention der Monarchie für gewisse Fälle im Auge hat, sagte ich ihm meine Instruktionen seien in dieser Beziehung sehr präzise und giengen dahin, dass wir uns in dieser Beziehung nicht die Hände binden könnten. Es wäre ja z. B. möglich, dass einige serbische Banden ins Sandjak einfallen und dass man dann türkischerseits verlangen würde, dass wir Serbien sofort den Krieg erklären; dies, sagte ich, würde viel zu weit führen. Das, was wir in der Note erklären, gehe ohnedies schon sehr weit und könne der Türkei vollkommen genügen. Ich betonte hiebei, dass ich nicht in der Lage wäre, Euer Excellenz irgendwelche weitergehende türkische Propositionen zu unterbreiten. Hilmi Pascha liess auch eine Bemerkung fallen, aus welcher ich ersah, dass türkischerseits die Möglichkeit eines serbisch-

bulgarischen Angriffes ins Auge gefasst wird und dass man für diesen Fall sich unsere wohlwollende Neutralität sichern möchte. Auch in dieser Hinsicht sagte ich, könne ich auf keinen Ideenaustausch eingehen, weil dies ausserhalb des Rahmens meiner Instructionen liege. Wenn die Pforte diesbezüglich in einen Ideenaustausch mit dem k. u. k. Cabinet treten will, so müsste dies meiner Ansicht nach im Wege des türkischen Botschafters in Wien geschehen. Aus gewissen Bemerkungen, die der Grossvezir schon neulich und auch gestern machte, konnte ich sehen, dass er in Bezug auf Russland besorgt ist. Er sagte mir, Herr Zinoviev hätte ihn einige Male auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche Serbien seitens Österreich-Ungarn drohe.^{b)} Der russische Botschafter habe hiebei einige von jenen, auch Euer Excellenz bekannten in Belgrad fabrizierten Nachrichten über österreich-ungarische Intriguen im Sandjak zur Sprache gebracht. Hilmi Pascha sagte mir, er habe Herrn Zinoviev geantwortet, dass alle diese Nachrichten erfunden seien und dass seiner Überzeugung nach Österreich-Ungarn Serbien nur dann angreifen werde, wenn es hiezu serbischerseits gezwungen werden würde. In demselben Sinne, sagte mir Hilmi Pascha, habe er sich auch meinem italienischen Collegen gegenüber ausgesprochen, der dies, wie er wisse, nach Rom gemeldet habe. Meine gestrige Unterredung mit dem Grossvezir liess bei mir den Eindruck zurück, dass es Hilmi Pascha wirklich darum zu thun ist, an der Wiederherstellung guter und freundlicher Beziehungen mit der Monarchie zu arbeiten. Ob es ihm aber gelingen wird, seine eigene Position zu stärken und sie vom Comité unabhängig zu machen, dies ist eine Frage, auf die man vorläufig noch nicht antworten kann.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1062, 1069, 1070. — b) Vgl. n. 1060, 1065.

Nr. 1064. Bericht aus Konstantinopel, 26. Feb. 1909 Nr. 19 A (eing. 1. März).^{a)} Ausfert.

Anbei unterbreite ich Euer Exzellenz das für die hohe k. und k. Regierung bestimmte Original exemplar des heute in Angelegenheit der Annexion Bosniens und der Herzegowina von mir und den türkischen Bevollmächtigten unterfertigten Protokolles, sowie eine Kopie der identischen Explikativnoten, deren Text von mir und den türkischen Delegierten bei Unterzeichnung des Protokolles paraphirt wurde und welche beim Austausch der Ratifikationen gewechselt werden sollen. Die Noten sind bis auf die Ansprache und die Ausdrücke „le soussigné Ambassadeur etc.“, respektive „le soussigné Ministre Impérial ottoman des affaires étrangères“ gleichlautend. . . . *Redaktionsfragen* (vgl. Anm. b zu n. 880) . . . Im dritten Anbuge unterbreite ich den Schiedsspruch des Herrn Testa. Derselbe wurde bereits am 1. I. M. gefällt, doch konnte ich seinen Text wegen eines in der ursprünglichen Ausfertigung unterlaufenen — nunmehr berichtigten — Fehlers bisher nicht einberichten. Sub 4 lege ich endlich den Text des Privatschreibens vor, welches ich gestern dem in meinem Telegramme vom 24. I. M., Nr. 102,^{b)} gemeldeten Wunsche des Großveziers gemäß in Angelegenheit des Boykottes, respektive unseres Vorbehaltes, das Protokoll

vor Beendigung der Boykottbewegung nicht zu ratifizieren, an den interimistischen Minister des Äußern gerichtet habe. Pallavicini.

a) Oe.U. Bosnien 77 Nr. 112. Vgl. n. 1062, 1063, 1096, 1146, 1276, 1566. —

b) Danach erklärte der Großvezier den österr.-ung. Vorbehalt, das Protokoll nur nach Einstellung des Boykotts ratifizieren zu wollen, für vollkommen verständlich und ersuchte, ihm hierüber eine schriftliche Aufzeichnung zu geben.

Erste Beilage zu n. 1064. Protokoll vom 26. Feb. 1909. Ausfert. Siehe n. 1522.

Zweite Beilage zu n. 1064. Entwurf der Notes explicatives à échanger lors de l'échange des ratifications du protocole signé entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie le 26 février 1909. Abschrift. Siehe n. 1568.

Dritte Beilage zu n. 1064. Schiedsspruch des deutschen Delegierten bei der Dette publique; Konstantinopel, 1. Feb. 1909. a) Ausfert.

Le Soussigné invité par Son Excellence le Marquis Pallavicini, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à Constantinople, et par Son Excellence Tevfik Pacha, Ministre des affaires étrangères de Turquie, agissant en conformité des instructions de leurs Gouvernements, à se prononcer sur la question de droit de propriété de l'Etat ottoman sur des immeubles de diverse nature sis en Bosnie-Herzégovine, après avoir entendu les explications fournies par Leurs Excellences décide ce qui suit: D'après le Code foncier ottoman toutes les terres situées en Bosnie et en Herzégovine, sauf celles possédées par des particuliers en vertu de titres de propriété, étaient à l'époque de l'occupation de ces deux provinces par l'Autriche-Hongrie propriété de l'Etat ottoman et non pas propriété provinciale. C. Testa.

a) Oe.-U. Bosnien 81, 2. Beilage.

Vierte Beilage zu n. 1064. Privatschreiben des Botschafters in Konstantinopel an den türkischen interimistischen Minister des Äußern Gabriel Effendi Noradounghian; Konstantinopel, 26. Feb. 1909. a) Abschrift.

Comme j'ai déjà eu l'honneur de Vous dire verbalement, mon Gouvernement, pour venir autant que possible au devant des désirs de la Sublime Porte, a consenti à stipuler dans l'article IX de notre protocole une date fixe pour l'échange des ratifications. Je vous avais également dit qu'en ce faisant, le Gouvernement Impérial et Royal s'attend à ce que la Sublime Porte prenne immédiatement après la signature du protocole, les mesures les plus énergiques pour mettre fin au boycotages des marchandises et navires autrichiens et hongrois, et cela sans exception dans toutes les échelles et localités de l'Empire afin d'assurer la liberté entière du commerce austro-hongrois. Je suis chargé de déclarer à Votre Excellence que si, contre cette attente de mon Gouvernement, le mouvement de boycotage ne prenait pas fin, il nous serait impossible de procéder à l'échange des ratifications.

Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 81, 3. Beilage.

Nr. 1065. Tel. aus London, 26. Feb. 1909 Nr. 28 (eing. 27. Feb. 9 U. a. m.)^{a)}. Entziff.

Vertraulich. Sir Charles Hardinge sagte mir eben bei einer zufälligen Begegnung, daß die im freundschaftlichsten Sinne gedachte Anregung Englands und Frankreichs in Berlin eine Abweisung gefunden habe, deren Schroffheit hier umso mehr überrascht habe, als die deutschen Staatsmänner wiederholt ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hätten, jede Anregung zu unterstützen, welche im Interesse des Friedens unternommen würde. Jedenfalls werde England darauf hin keine weitere Initiative ergreifen. Unterstaatssekretär fügte hinzu, nur England und Frankreich könnten Rußland wirksam beeinflussen. Bei der gedachten Anregung war der Gedanke unterliegend, daß eben die Westmächte auf die russische Regierung eine gewisse Pression ausüben würden, wenn dieser auch nicht ausgesprochen werden konnte. Sir Charles Hardinge hofft nun noch, daß irgend ein Mittel gefunden werde, um befriedigende Lösung herbeizuführen, sonst müsse man auf den Gedanken der Konferenz zurückfallen. Konferenz schliesse Gefahren und Schwierigkeiten in sich, aber schliesslich sei eine Konferenz besser als ein Krieg. Bisherige serbische Prätionen findet auch Hardinge nicht diskutierbar. Er glaubt aber, der Moment zum Versuch einer Aktion sei günstig, wenn unser Protokoll mit der Türkei unterfertigt ist und türkisch-bulgarisch-russisches Arrangement abgeschlossen wird, was anlässlich des bevorstehenden Besuches Rifaat Paschas in Petersburg der Fall sein wird, nachdem er nur unter dieser Bedingung nach Petersburg geht. Ich verhielt mich im Gespräch reserviert in Gemäßheit des Telegrammes Nr. 26 vom 25. d. M. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1057, 1060, 1066.

Nr. 1066. Erlaß nach St. Petersburg, 26. Feb. 1909 Nr. 730.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Ich habe den interessanten Bericht Euer Exzellenz vom 15./2. l. Mts., No. 7 C, erhalten, in welchem Hochdieselben in sehr anschaulicher und, wie ich glaube, richtiger Weise die militärisch-politische Situation des Zarenreiches charakterisieren. Angesichts der Inferiorität und mangelnden Schlagfertigkeit der heutigen russischen Armee, deren sich Kaiser Nikolaus und Höchstdessen Regierung wohl bewußt zu sein scheinen, lassen sich die in den russischen Blättern gegen uns betriebene Hetze sowie die Intriguen Herrn Iswolskys bei den Kabinetten wohl auf ein groß angelegtes Bluffmanöver zurückführen, durch welches eine Pression auf uns ausgeübt werden soll. Da der Herr russische Minister des Aeußern sich den direkten Weg zum Wiener Kabinette selbst verrammelt hat, versuchte er die Kabinette von Paris, London und auch die italienische Regierung zu einem Schritte in Berlin zu bewegen, um uns auf diese Weise an die Wand zu drücken; in seinem Bestreben, eine Intervention der Mächte bei dem Wiener Kabinette herbeizuführen, scheut Herr Iswolsky auch nicht davor zurück, die allgemeine Aufregung durch die Drohung zu vermehren, daß Rußland mobilisieren werde, falls wir Serbien okkupieren sollten. Diesen

Machinationen Herrn Iswolskys gegenüber bleibe ich, wie gesagt, bei meiner ruhigen Auffassung, daß wir es nur mit einer Einschüchterungstaktik zu tun haben und daß die Westmächte, ebenso wie Rußland, eine andere Haltung werden einnehmen müssen, wenn ein Konflikt mit Serbien vermieden werden soll. Von Belgrad aus ist der Friede bedroht; dort wäre der Hebel anzusetzen, damit der Friede erhalten bleibe. Ich übermittle Euer Exzellenz im Anbuge gegen seinerzeitigen Rückschuß einen Bericht des Grafen Mensdorff vom 12. I. Mts., No. 15 B, in welchem dieser auf Grund einer Unterredung über die Eindrücke Meldung erstattet, welche Sir Donald Mackenzie-Wallace, der vor einigen Wochen in Rußland weilte, dort gewonnen hat. Die Konklusionen, zu denen dieser gewiegte Kenner russischer Verhältnisse gelangt, decken sich, wie Euer Exzellenz ersehen werden, mit der Beurteilung der militärisch-politischen Situation im Zarenreiche, welche Hochdieselben in Ihrem eingangs zitierten Berichte dargelegt haben. Was übrigens den mir zugeschriebenen und von Sir Donald Mackenzie-Wallace bezogenen Ausspruch betrifft: „je connais la Russie comme ma poche, elle ne fera certainement pas la guerre“, so kann ich mich nicht entsinnen, dergleichen irgend einer offiziellen Persönlichkeit gegenüber gesagt zu haben.

a) Vgl. n. 1065, 1067.

Nr. 1067. Erlaß nach St. Petersburg, 26. Feb. 1909 Nr. 731.a) Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Mit dem Telegramme vom 17. I. Mts., No. 19, haben mich Euer Exzellenz von einer Ihnen gemachten Mitteilung in Kenntnis gesetzt, wonach Rußland nach erfolgreicher Beendigung der Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei und zwischen letzterer und Bulgarien, auf den Zusammentritt der Konferenz hinwirken wolle, auf welcher sich die russische Diplomatie das Recht erwerben möchte, im Namen aller Balkanstaaten aufzutreten und die Differenzen zwischen Wien und Belgrad beizulegen. Im Hinblick auf diese Meldung glaube ich, Euer Exzellenz Nachstehendes mitteilen zu sollen: Die Verhandlungen, welche wir mit der Pforte führen, sind nunmehr so weit fortgeschritten, daß der Abschluß derselben in dem Momente, wo Euer Exzellenz diesen Erlaß erhalten, wahrscheinlich schon erfolgt sein wird.^{b)} Sobald das Verständigungsprotokoll beiderseits unterfertigt ist, gedenke ich — wie ich dies in meinem gestrigen, meine Unterredung mit dem französischen und englischen Botschafter betreffenden Telegramme^{c)} des näheren ausführte — die Kabinette der Signatarmächte mittelst einer Zirkularnote hievon zu verständigen. Ich gewärtige nun, daß das Petersburger Kabinett in seiner Erwiderung auf diese Mitteilung unseren Akkord mit der Türkei zwar zur Kenntnis nehmen, gleichzeitig aber die Konferenzfrage wieder zur Sprache bringen wird. Diesem zu gewärtigenden Schachzuge werde ich dadurch begegnen, daß ich den von uns bereits wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt neuerdings zur Geltung bringe und dem russischen Kabinette erwidere, unsere Beteiligung an einer Konferenz, gegen deren Realisierung wir bekanntlich keinerlei prinzipielle

Bedenken hätten, sei nach wie vor davon abhängig, daß über alles, was auf derselben zur Verhandlung gelangen würde, also auch über die Tatsache der Annexion, vorerst zwischen den Signatarmächten ein völliges Einverständnis erzielt werde. Was die Annexion anbelangt, so erwarte ich mit Sicherheit, daß sich Rußland heute, wo unsere Entente mit der Türkei vollzogen ist und die Mächte sich beeilen werden, dieselbe zur Kenntnis zu nehmen, diesem Vorgange ohne Zeitverlust anschließen werde. Hiedurch würde Rußland das Zustandekommen der Konferenz wesentlich fördern, vorausgesetzt natürlich, daß seine Lenker es überhaupt wünschen, die bisher eingenommene unklare und zweideutige Haltung aufzugeben. Indem ich Euer Exzellenz die vorstehende Information zu Ihrer persönlichen Orientierung und Regelung der Sprache mitteile, erneuere ich etc.

a) Vgl. n. 1066. — b) n. 1062. — c) n. 1053.

Nr. 1068. Erlaß nach St. Petersburg, 26. Feb. 1909 Nr. 732.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Es kann wol nicht mehr der leiseste Zweifel darüber obwalten, dass Herr Iswolsky seinen kaiserlichen Herrn über meine Politik und sein Verhältnis zu derselben auf das Einseitigste zu informieren fortfährt. Nicht allein, dass er Kaiser Nikolaus bewogen hat, in langen Briefen^{b)} an Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät die schwersten Beschuldigungen gegen meine Person vorzubringen, — Herr Iswolsky hat seinen kaiserlichen Herrn auch veranlasst, diese Beschuldigungen dem deutschen Botschafter in St. Petersburg gegenüber und auch in einem Schreiben an Kaiser Wilhelm zu wiederholen. Der Weg der objectiven Information und des normalen Verkehrs mit dem russischen Auswärtigen Amt ist nicht nur durch diese Tatsache, sondern auch durch die Boutade Herrn Iswolskys erschwert, mit dem Wiener Cabinet nur mehr einen officiellen Verkehr pflegen zu wollen. Ich erachte es aber trotz Allem für meine Pflicht, auf die Entschließungen der russischen Regierung in dem Sinne eine Einwirkung zu versuchen, dass ich den maßgebenden russischen Staatsmännern eine tunlichst vollständige Aufklärung über jene Vorkommnisse zukommen lasse, die zu der Disharmonie zwischen Herrn Iswolsky und mir geführt haben. Zu diesem Behufe wollen Euer Exzellenz den russischen Ministerpräsidenten Herrn Stolypin aufsuchen und ihm in meinem Namen die folgenden Schriftstücke vorlegen: 1. Das russische Aide-Mémoire vom 6. Juli 1908.^{c)} 2. Unser Antwort-Mémoire vom 27. August 1908. 3. Den Brief Herrn Iswolskys aus Egern am Tegernsee vom 23. September 1908 und schließlich 4. Den Brief des hiesigen russischen Botschafters Fürsten Urussow vom 2. Oktober/19. September 1908. An die Mitteilung dieser Pièces wollen Euer Exzellenz die Bemerkung knüpfen, daß ich auf eine vollständige Informierung Herrn Stolypin's den größten Werth legen müßte; gleichwie in welcher Richtung die Antwort erfolgt, wird es Ihnen ein Leichtes sein, die Konstatierungen anzuschließen, die sich aus der Lektüre der Schriftstücke ergeben. Diese Constatierungen lassen sich in Kürze wie folgt zusammenfassen: Die Annexion Bosniens ist mit dem Herrn russischen Minister

des Außern bis in die Einzelheiten durchberaten worden und ich habe mich seiner prinzipiellen Zustimmung zu derselben versichert. Herr Iswolsky hat uns sogar die Annexion des Sandschaks angeboten; er hat zwar versucht, Kompensationen für Serbien und Montenegro zur Sprache zu bringen, diese Anregung aber nicht aufrechterhalten, nachdem ich ihm in Buchlau¹⁾ bestimmt erklärt hatte, dass nur von einer Modifikation des Artikels XXIX (mit Ausnahme natürlich der Zession von Spizza) und von einer Begünstigung der wirtschaftlichen Bestrebungen Serbiens und Montenegro's die Rede sein könne. Schließlich ist zu erwähnen, dass Herr Iswolsky auch davon verständigt war, dass die Annexion Bosniens und der Herzegovina spätestens im Monate Oktober vorigen Jahres verkündet werden würde. Die schriftlichen Belege, die Euer Exzellenz Herrn Stolypin für die Mitwissenschaft Herrn Iswolsky's an dem von mir durchgeführten Projekte der Annexion mitteilen werden, enthalten die beste und eclatanteste Verurteilung der serbischen Prätionen. Der Herr russische Minister des Außern hat aber aus dieser Tatsache die entsprechenden Konsequenzen nicht gezogen, sondern eine so schwankende und zweideutige Haltung eingenommen, dass Serbien durch dieselbe in seinen unrealisierbaren Forderungen bestärkt werden musste. Am Schlusse Ihrer Unterredung mit dem Herrn russischen Ministerpräsidenten wollen Euer Exzellenz nur kurz betonen, dass ich es angesichts des entscheidenden Augenblickes, in dem wir stehen, für meine Pflicht gehalten hätte, ihn durch eine directe Aussprache auf die wirkliche Sachlage aufmerksam zu machen. Heute, nach der Unterfertigung des Entente-Protokolls mit der Türkei^{e)} über Bosnien, hat es die russische Regierung in der Hand, durch eine klare Stellungnahme der Crise ihre Schärfe zu benehmen. Sie braucht blos die aus den früheren geheimen Verträgen entspringenden Verpflichtungen einzuhalten (daß letztere bestehen, wurde in der Duma officiell anerkannt) und ferner, in Entsprechung des von Herrn Iswolsky eingenommenen Standpunktes vorzugehen. Der russische Minister des Außern hat sich dahin vernehmen lassen, daß die Annexion nicht durch eine österreichisch-russische Entente allein geregelt werden könnte. Jetzt ist das volle Einverständniß der Türkei gegeben und die Zustimmung der Mächte zum Entente-Protokoll kann einem Zweifel überhaupt nicht unterliegen. Rußland hätte daher im Vereine mit den anderen Mächten und deren Übereinstimmung betonend, in Belgrad den bestimmten Rat zu ertheilen, die unrealisierbaren Hoffnungen aufzugeben und Oesterreich-Ungarn gegenüber eine correcte Politik einzuschlagen. Ich muss wohl damit rechnen, dass der Schritt, mit dem ich Euer Exzellenz hier beauftrage, einen neuen Zornausbruch Herrn Iswolsky's provozieren wird; weder der Herr Minister des Außern aber noch Herr Stolypin werden sich der Einsicht verschließen können, dass ich in dem Euer Exzellenz abschriftlich übermittelten Material Dokumente besitze, geeignet, Herrn Iswolsky's Stellung in Russland wie überhaupt in der slawischen Welt noch schwieriger zu gestalten und den Beweis zu erbringen, dass auf den Leiter der äußern Angelegenheiten Russlands die Verantwortung fällt, durch eine schiefe Darstellung und durch Unterdrückung von Tatsachen die öffentliche Meinung Russlands und Serbiens irregeführt zu haben. Eine Verständigung

Iswolsky's über das Gespräch, welches Euer Exzellenz in meinem Namen mit dem Herrn russischen Ministerpräsidenten zu führen haben werden, halte ich für unbedingt geboten. Ich überlasse es dem Ermessen Euer Exzellenz, den entsprechenden Vorgang zu wählen; ich denke, daß Sie unmittelbar nach der Conversation mit Herrn Stolypin den Herrn Minister des Aeußern von dieser Tatsache mittelst einer ganz kurzen schriftlichen, einen nicht amtlichen Character an sich tragenden Mittheilung in Kenntniss setzen könnten. Euer Exzellenz wollen die Démarche bei Herrn Stolypin unverzüglich nach Erhalt dieses Erlasses unternehmen und über den Verlauf Ihrer Unterredung mit dem Herrn russischen Ministerpräsidenten je eher telegraphisch Bericht erstatten.

^{a)} Gleichzeitig mit Erlaß Nr. 733 nach Berlin zur mündlichen Verständigung des deutschen Reichskanzlers Fürsten Bülow und des Staatssekretärs von Schoen mitgeteilt. Vgl. n. 1052, 1073, 1090, 1092, 1095, 1131, 1146, 1170, 1269. — ^{b)} n. 822. — ^{c)} n. 9. — ^{d)} Vgl. n. 79. — ^{e)} Vgl. n. 1062.

